Große Unterhaltungs- und Werbe-Veranstaltung der Roten Hilfe Au-Giesing. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr im Gasthaus „Falkenwand", Ecke Falken- und Dollmannstraße. Referent Genosse Freiberger und Lichtbilder über die Revolution in China. Die Veranstaltung verschönt die Schalmeienkapelle. Eintritt frei.

Achtung Rote Hilfe-Funktionäre Augsburg! Montag, den 25. März abends ½8 Uhr im Gasthaus zum „Roten Löwen", Mittelstraße, findet eine äußerst wichtige Besprechung statt, zu der alle Funktionäre der Roten Hilfe unbedingt erscheinen müssen.

Bund für Volksaufklärung München. Oeffentliche Versammlung am Samstag, den 23. März abends 8 Uhr im Colosseum. Thema: Kapitalismus — Kirche — Sozialismus. Freie Aussprache. 50 Pfg. Eintritt, Erwerbslose 15 Pfg.

Radfahrerverein „Solidarität", Ortsgruppe München. Radsport. Obacht Rennfahrer! Den Genossen der Rennabteilung, welche für das Paarfahren am 7. April in Frage kommen, zur Mitteilung, daß am 5. April Nennungsschluß ist. Das Startgeld beträgt eine Mark 50 Pfg. und ist beim Genossen Hörl im Fahrradhaus oder beim Genossen Stelzer, Schulstraße 49/I, einzubezahlen. Das Rennen findet bei jeder Witterung statt. Des weiteren werden folgende Abteilungen ersucht, wie folgt am 7. April die Streckenbesetzung zu übernehmen. Abteilung 15 besetzt von Moosach bis Dachau jede Ortschaft und Unterführung; Abteilung 14 besetzt Eingang mit Ausgang Dachau bis Bahnübergang Schleißheim; Abteilung 16 von Schleißheim — Lustheim, Kreuzstraße — mit Eching; Abteilung 17 besetzt Neufahrn, Grüneck, Garching. Der Start ist um 9 Uhr am Kilometerstein 6 bei Moosach, von dort über Dachau, Schleißheim, Kreuzstraße, Eching, Neufahrn, Grüneck, Garching mit Ziel am Kilometerstein 7½ in Freimann. — Sonntag, den 24. März früh 8 Uhr Treffpunkt am Kilometerstein 5 Dachauerstraße, Pflichttraining der Rennabteilung.

Obacht Motorfahrer. Sonntag, den 24. März Ausfahrt nach Schleißdorf. Treffpunkt um 10,45 Uhr am Isartalbahnhof, Einkehr Schloßbrauerei, ferner am Dienstag, den 26. März außerordentliche Versammlung im Hofbräu im Tal.

Den Genossinnen und Genossen der Abteilung 14 zur Kenntnis, daß am Samstag, den 23. März, im Gasthaus Rupprechthof, Rupprechtstraße, gemütliche Unterhaltung stattfindet und bestimmtes Erscheinen erwartet wird. Am 24. März mittags 12 Uhr Ausfahrt der Abteilung 14 nach Dachau ins Gewerkschaftshaus, ab 4 Uhr Zusammenkunft bei dem Genossen Althammer in der Fasanerieстraße.

Die Versammlung der Abteilung 18 findet am Samstag, den 23. März, im Genossenschaftsheim statt mit Vortrag über Rechte und Pflichten der Mitglieder. Die Musik erscheint ½ Stunde früher.

Sonntag, den 24. März, Ausfahrt der Jugend und der Ortsgruppe nach Allach. Abfahrt um 13 Uhr.

Die Genossen der Abteilung 7 treffen sich am Samstag, den 23. März, abends 8 Uhr im Rest. Sedanhof, Sedanstraße 4 zur Geburtstagsfeier des Gen. Römer. Sonntag früh 9 Uhr Treffpunkt am Feuerhaus in der Blumenstraße zur Beschäftigung des Feuerhauses. Nachmittag Beteiligung an der Ausfahrt der Ortsgruppe, abends 8 Uhr Treff, auch im Schützenlokal.

Ausfahrt der Abteilung 1 am Sonntag, den 24. März, um 1 Uhr nach Haar.

Ausfahrt der Abteilung 15 früh 8 Uhr nach Weilheim, nachmittags ½3 Uhr nach Fasanerie Nord, Gasthaus Eckel.

Bestattungen am 24. März in München.

Ostfriedhof: Geist Anna, Bankbeamtenswe., 62 J., 2 U.; Niederscheider Georg, Buchdrucker, 29 J., 2½ Uhr; Harrer Michael, Hausbesitzer, 61 J., 3 Uhr; Oswald Salongia, ehem. Köchin, 56 J., 3½ Uhr; Matauschowitz Magdalena, Schauspielerswe., 82 J., 4 Uhr; Schwarz Ludwig, Fellenhauermeister, 70 J., 2¼ Uhr; Resch Rosa, städt. Arbeitersgattin, 53 J., 1¾ Uhr; Schlag Olga, Schlossermeisterswe., 73 J., 2¼ Uhr; Anschütz Ruth, Dipl.-Kaufmannskind, 8 Tg., 1¾ Uhr; Baumann Ludwig, 1 Tg., 2¼ Uhr.

Westlicher Friedhof: Weyppert Christine, Bauführersgattin, 72 J., 2¼ Uhr; Schuller Raimund, Sortierer, 73 J., 1¾ Uhr.

Sendling: Seitz Katharina, Fuhrwerksbesitzersgattin, 54 J., 11 Uhr.

Neuer nördl. Friedhof: Göß Anna, Fabrikantenswe., 65 J., 3 Uhr; Steimer Ludwig, Hilfsarbeitersfrau, 7 Mt., 2 Uhr.

Waldfriedhof: Bickel Georg, Direktor, 50 J., 3 Uhr; Dinglreiter Anna, ehem. Köchin, 73 J., 2 Uhr; Rau Berta, Mechanikerswe., 80 J., 3¾ Uhr; Ziegler Maria, ehem. Köchin, 66 J., 2½ Uhr; Dix Ferdinand, Oberbaurat u. Straßenbaudirektor, a. D., 74 J., 3½ Uhr; Hieronimus, Elisabeth, Private, 69 J., 1½ Uhr.

Spielplan der Münchener Theater

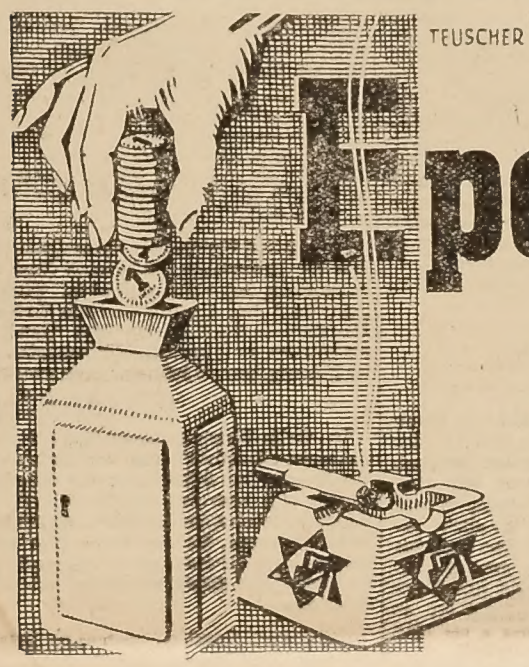
Samstag, den 23. März:

Prinzregententheater: „Undine oder Die Kaffeemaschinen von Lebak", 7½ Uhr.
Nationaltheater: „Schwanda, der Dudelsackpfeifer", 7½ U.
Residenztheater: „Perlenkomödie", 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Finden Sie, daß Constanze sich richtig verhält?", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Hochzeit in Hollywood", 7½ U.
Münchner Volkstheater: „Weekend im Paradies", 8 Uhr.

Sonntag, den 24. März:

Prinzregententheater: „Undine oder Die Kaffeemaschinen von Lebak", 7½ Uhr.
Nationaltheater: „Carmen", 7 Uhr.
Residenztheater: „Emilia Galotti", 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Der Barbesitzer", 3½ Uhr; „Finden Sie, daß Constanze sich richtig verhält?", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Hoheit tanzt Walzer", 3 Uhr; „Gräfin Mariza", 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater: „Unter Geschäftsaufsicht", 4 Uhr; „Weekend im Paradies", 8 Uhr.

Wochenprogramm der Bayerischen Landes-Filmbühne. Rathaus-Lichtspiele: Samstag, den 23. März nachmittags 14,30 Uhr (Jugendvorführung) und Sonntag, den 24. März vormittags 11 Uhr letzte Wiederholungen: „Meine Weltumsegelung mit dem Fischkutter Hamburg", Filmvortrag von Kapitän Kircheiß. — Harras-Lichtspiele: 22. mit 27. März: „Wolga-Wolga". — Samstag, den 23. und Dienstag, den 26. März im Vorführungsraum des Deutschen Museums 17 Uhr: Filmvortrag „Vom Rhein über den Schwarzwald zum Bodensee". — (Die für die beiden Osterfeiertage angesetzten Vorführungen von „Erotikon" finden nicht statt.)



TEUSCHER

Epoche machender Preisabbau

Wir konnten es wagen, in Deutschland Schrittmacher einer gesunden volkswirtschaftlichen Idee zu sein, den Preis herabzusetzen bei gleichbleibender überragender Qualität. Unsere bekannte 5-Pfg.-Zigarette

BULGARIA-STERN

kostet jetzt 4 Pfg., trotzdem wir nach wie vor die hochwertigsten, bulgarischen Edel-Tabake verarbeiten, wie sie sonst nur für 6-Pfg.-Zigaretten Verwendung finden.

Das ist einmal eine Rationalisierung, von der Sie als Käufer etwas haben!

BULGARIA

STERN

Für 4 nunmehr

statt 5 Pfg. bisher, wert 6 Pfg. und mehr

Dies ist der wahre Dienst am Raucher!

Aus Wirtschaft und Betrieb

Wie Bilanzen gefälscht werden

Ein Einblick in die Methoden des deutschen Bankkapitals

Auf der **Generalversammlung der Süddeutschen Bodenkreditbank A.-G. München** wurde ein interessanter Einblick in die Verschleierungs- und Bilanzfälschungsmethoden der deutschen Unternehmungen gegeben. Daß die Arbeiterschaft einmal einen derartigen Einblick erhält, verdanken wir der Tatsache, daß innerhalb der Aktionäre dieser Bank zwei Gruppen vorhanden sind, wovon der einen, der Minderheit, der Dividendenertrag nicht hoch genug ist, sie deshalb einen Antrag auf Vertagung der Generalversammlung einbrachte und auch durchsetzte.

In der Bilanz dieser Süddeutschen Bodenkreditbank wird ein Effektenkonto in der Höhe von 2,4 Millionen Mark angeführt. **In Wirklichkeit enthält dieses Konto aber über neun Millionen Goldpfandbriefe des eigenen Instituts und etwa 1,5 Millionen Mark Wertpapiere anderer Unternehmungen.** Im ganzen sind also in diesem Konto weit über 10 Millionen Mark enthalten, die trotzdem nur aus bestimmten Gründen der Steuerpolitik und der übrigen Finanzpolitik des Unternehmens mit einem Viertel ihres wirklichen Wertes in der Bilanz erscheinen. Ein anderer Teil derselben Verschleierungskünste ist das Kapitel **„Geschäftsunkosten".** Im vergangenen Jahre ist diese Position mit etwa 1,2 Millionen Mark ausgewiesen worden, trotzdem in diesem Konto die Unkosten für die Ausgabe von zirka 90 Millionen Mark Pfandbriefen enthalten waren. Diese Kosten beliefen sich auf etwa 600 000 Mark. Heuer wird in der Bilanz ein Unkostenkonto von 1,12 Millionen Mark ausgewiesen also **nur eine Geringfügigkeit weniger als im vergangenen Jahr.** Auch hier ist klar, warum diese Heraufsetzung der Unkosten erfolgte. Je größer nämlich das Unkostenkonto in der Bilanz ist, ein um so größerer Teil kann als stille Reserve verschleiert werden.

Fälschermethoden, die nur hier durch einen Zufall der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden können, die im übrigen aber in fast jeder Bilanz der deutschen Aktiengesellschaften zum Ueberfluß geübt werden.

Reformisten als Großkapitalisten

Steigende „Unkosten" und Verluste der Arbeiterbank / SPD.-Zeitung bestätigt kommunistische Kritik

Der ADGB.-Vorstand hat sich bekanntlich nach dem Muster von Industrieherzögen eine eigene Bank zugelegt — die **Arbeiterbank.** Anläßlich der von ihr jüngst veröffentlichten Jahresbilanz singt der „Vorwärts" wiederum ein Loblied auf die glänzenden Geschäfte der Arbeiterbank und setzt seinen sozialdemokratischen Mitgliedern dabei eine Milchmädchenrechnung über steigende Einlagen, Umsätze, zehnprozentige Dividenden und Rückstellungen in Höhe von 15 Prozent des Aktienkapitals usw. vor. Dabei ist der Zufluß neuer Mittel für die Arbeiterbank keineswegs ein Zeichen der besonderen Befähigung ihrer Leiter, sondern lediglich eine Auswirkung der Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie; die gewaltigen Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen werden von ihr nicht zur Unterstützung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe, sondern für faule und arbeiterfeindliche finanzkapitalistische Geschäfte der Arbeiterbank verwendet, obendrein in Konkurrenz mit den Konsumgenossenschaften!

Die Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg verteilt auch heuer 12 Prozent Dividende. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats teilte mit, daß eine weitere **Reorganisation der technischen Einrichtungen** durchgeführt werden soll. Es sei beschlossen worden, im Werk 2 die Möglichkeit zur Aufnahme der **Fabrikation von Garnen aus ägyptischer Baumwolle** zu schaffen.

Die Arbeiterbank ist interessiert, aus ihren Kapitalsanlagen möglichst hohe Zinsen und Dividenden zu erhalten und muß deswegen sämtliche reaktionären Maßnahmen des Finanzkapitals unterstützen. Mit den Geldern der Gewerkschaftsmitglieder sind zum Beispiel maßgebende Beteiligungen an der **Hannoverschen Boden-Kreditbank, an der Cröllwitzer Papierfabrik, an den Lindcar-Fahrradwerken, an dem Getreidekonzern Scheuer** usw. aufgekauft worden. **So sind rund hundert Millionen Mark rein kapitalistischen Unternehmungen zugeführt worden.** Es sei dabei vermerkt, daß der Getreidekonzern Scheuer den Mehlwucher zur Erhöhung der Profite des großagrarischen und Mühlenkapitals organisieren soll.

Die Unfähigkeit des Bankdirektors Bachem, in Verbindung mit persönlicher Korruption, Auszahlung von faulen Krediten an persönliche und politisch nahestehende Gruppen haben zu zahlreichen Verlustgeschäften geführt.

Der „Vorwärts" spricht aber zur Verteidigung der Wirtschaftsdemokratie von einer **„erfreulichen vertrauensvollen Entwicklung der Bank". Aus den Bilanzen der Arbeiterbank zeigt sich aber bei einem sorgfältigen Vergleich seit 1925 eine beständige Abnahme der Rentabilität** — kein Wunder bei den hohen „Spesen", Gehältern, Freundschaftskrediten usw.!

Im Jahre 1926 **wurden 41 Prozent des Rohgewinnes als Unkosten verbraucht, im Jahre 1927 55 Prozent, im Jahre 1928 gar 62 Prozent, mehr noch als im Jahre 1925 (60 Prozent).** Fürwahr eine rapide „Aufwärtsentwicklung"! Deswegen mußte die Arbeiterbank trotz Aufrechterhaltung des Scheines mit den ausgewiesenen Reserven sparsamer sein. **Im Jahre 1926 wurden nur 1,11 Prozent der Einlagen dem Reservefonds überwiesen, im Jahre 1927 nur 0,54 Prozent und im Jahre 1928 gar nur 0,49 Prozent!** Gleichzeitig hat aber das Aktienkapital plus Reserven und Einlagen sich von 25,3 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 40,3 Millionen im Jahre 1926, 83,7 Millionen Mark im Jahre 1927 und 122,1 Millionen Mark im Jahre 1928 erhöht.

Der Roh- und Reingewinn sowie die Reservenbildung befinden sich seit drei Jahren ständig im Rückgang, während die Unkosten über das Wachsen der Einlagen hinaus zunehmen. Die Ursachen des Erfolgsrückganges liegen nicht, wie das „Berliner Tageblatt" vermutet, in der Flüssighaltung und Kurzfristigkeit der Gewerkschaftsgelder, sondern in den Korruptions- und Protektionsmethoden, sowie der Unfähigkeit eines ehemaligen Staatsanwaltes und Geheimrates, der neben seiner 10 000 Mark Pension als Ministerialdirektor aus der Arbeiterbank ein Einkommen von 40 000 Mark jährlich bezieht.

Kulturreaktion ist Trumpf

Aus den Beratungen des Bayerischen Landtags

Im Schnellzugstempo beschäftigt sich der Landtag in seinen Ausschußsitzungen mit dem Kultusetat. Trotzdem es praktisch unmöglich ist, hat es beinahe den Anschein, als wolle man diesen größten Etat im bayerischen Finanzplan noch vor Ostern, wenigstens im Ausschuß unter Dach und Fach bringen. Den Pfaffen pressiert es, ihre mehr als 37 Millionen in die Tasche stecken zu können, daher wohl auch diese besondere Eile.

Aus den Beratungen der beiden letzten Tage nur das Hauptsächlichste. Die an den bayerischen Universitäten eingeschriebenen Studenten sind gezwungen, mit der Einschreibung gleichzeitig auch Beiträge an den extrem nationalistischen völkischen Verband „Deutsche Studentenschaft" abzuführen. Vergeblich versuchte der Sozialdemokrat Högner, mit lendenlahmen Einwendungen die Regierung zu überreden, diese Beiträge abzuschaffen.

Der Koalitionsbruder im Reich, die Bayerische Volkspartei, ist auch nicht völlig mit diesen Beiträgen einverstanden. Aber ihr Vertreter, der Abgeordnete Probst, meinte, man solle der Regierung gewissermaßen freie Hand lassen und so wird denn weiter von der gesamten Studentenschaf mit den Immatrikulationsbeiträgen gleichzeitig auch der Beitrag an die völkische „Deutsche Studentenschaft" geleistet.

Unsere bayerischen Volksparteiler haben ein Gemüt wie ein Bierfaß, mindestens so tief und schwarz wie ein solches, denn der Abgeordnete Müller von der Bayerischen Volkspartei fand beispielsweise gar nichts daran, daß die Würzburger Universität an irgend einen Hotelbesitzer den Ehrendoktor gegen bares Geld verkauft. Er war der Ansicht, so etwas sei gar nicht welterschütternd. Die Hauptsache ist, daß kein Würzburger Professor an der Geschichte etwas verdient habe. So wird man auch weiterhin den Ehrendoktor in Bayern für 25 000 Mark kaufen können. Eine neue Anziehungskraft für Bayern.

Demgegenüber meinte der Kultusminister Goldenberger, es habe nichts auf sich, wenn so bedeutende Professoren, wie Oncken und andere aus Bayern weggingen. Wie ein Schulbub hielt er den Ausschußmitgliedern einen Vortrag darüber, daß es **eigentlich eine große Ehre sei,** wenn die anderen deutschen Universitäten aus Bayern die besten Kräfte wegschnappten. Auch ein bayerischer Ruhm, aber fragt nur nicht was für einer.

Wie der Ersatz der von Bayern weggezogenen Hochschullehrkräfte aussieht, das bewies ebenfalls der bayerische Volksparteiler Probst, indem er aus Würzburg den Beweis anführte, daß ausschließlich konfessionelle Gesichtspunkte bei der Neuberufung von Professoren in Bayern ausschlaggebend sind. In einer Berufungssitzung schlug ein Professor als Nachfolger einen auch sonst wegen seiner wissenschaftlichen Leistungen, bekannten Kollegen vor. Da meinte einer der Berater: „Ja der ist doch Katholik" und da auf dem Lehrstuhl nur ein Evangelischer kommen sollte, so wurde der Vorschlag wieder schleunigst zurückgezogen. Für diese Professoren, die nach solchen Gesichtspunkten gewählt werden, dürften die übrigen Universitäten in Deutschland allerdings kaum großes Verlangen sein.

Der Kultusminister Goldenberger stellte sich ebenfalls vor dem Ausschuß als ein überaus naiver Mann hin. Ein Würzburger Professor, der von der Republik monatlich einen schönen Batzen Geld einsteckt, hatte als Dank dafür die Verfassung dieser Republik eine **„Faschingszeitung"** genannt. Darob natürlich bei den Demokraten und Sozialdemokraten großer Jammer. Goldenberger hat die Sache „geprüft" und was kommt heraus? **Der Würzburger Professor hat die Verfassung blos mit einer „Kasperlkomödie" nicht aber mit einer „Faschingszeitung"** verglichen. Ernsthaft erklärte deshalb der bayerische Kultusminister: **„Unter diesen Umständen sei zu einem Einschreiten gegen den Professor kein Anlaß vorhanden gewesen.** Der Mann darf weiter von der Republik sein Gehalt beziehen. Wehe aber dem Kommunisten, der es wagen sollte, die Verfassung dieser Kapitalsrepublik in ähnlicher Weise anzugreifen.

Die Beratungen werden noch einige Zeit weiter gehen. Zweifellos werden dabei sich noch mehr derartige wirklich bayerische Kulturtaten aufzeigen.

Aus dem Gewerkschaftsleben

Mißglückte Rechtfertigung Simons

Schuhmacher, verlangt die Kündigung des Reichslohntarifvertrages!

Der Vorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher hat die Anträge mehrerer Zahlstellen auf Kündigung, sowie den Antrag der Zahlstelle Berlin (Kündigung des Reichslohntarifvertrages und Stellung einer Lohnforderung von 20 Prozent auf die Mindestlöhne) abgelehnt. Am Sonntag wird nun in Nürnberg der Beirat des Verbandes zur Kündigung Stellung nehmen. **Schon auf der vorigen Beiratssitzung stimmten fünf Mitglieder für die Kündigung.** Der Beschluß, den Tarif nicht zu kündigen, kam nicht, wie Simon fälschlicherweise überall behauptete, einstimmig zustande.

Die Kollegen in den Betrieben und Zahlstellen müssen jetzt auf die nach Nürnberg fahrenden Beiratsmitglieder einen scharfen Druck ausüben, und verlangen, daß jetzt der Tarif gekündigt wird.

Ist jetzt die Zeit zum Kampf? Die Reformisten sagen nein. Sie verweisen auf die „schlechte Konjunktur". Was sind die Tatsachen? Die „Berliner Börsenzeitung", ein schwerkapitalistisches Blatt, spricht immer wieder von **„günstigem Geschäftsgang in der Schuhindustrie",** von **„befriedigendem Auftragseingang" usw.** In allen Teilen Deutschlands schießen die Schuhfabriken nur so aus der Erde hervor. Das Frühjahrsgeschäft geht jetzt glänzend.

Wie ist es mit der **Massenarbeitslosigkeit?** Gewiß, sie ist da, aber sie ist **weniger eine Folge der „schlechten Konjunktur"** als vielmehr **die Folge äußerst verschärft durchgeführter Rationalisierung.** Bei verminderter Belegschaftszahl die gleiche, ja oft erhöhte Produktion. Die jetzt erwerbslosen Schuhmacher werden auch bei keiner noch so günstigen Konjunktur wieder in den Betrieb hineinkommen, nur der entschiedene Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wird die erwerbslosen Kollegen wieder in den Produktionsprozeß einreihen.

In der Nummer 10 des „Schuhmacher" und im „Vorwärts" vom 14. März erklärt nun Simon, daß er diese Aeußerung nicht getan habe und daß der kommunistische Abgeordnete Schreck ein Verleumder sei. Genosse Schreck schreibt uns dazu:

„Der „Schuhmacher" und der „Vorwärts" versuchen in ihrem Schimpfepistel die Sache so darzustellen, als ob die Simonsche Rede von mir erfunden sei. Gegenüber diesen Versuchen der sozialdemokratischen Presse, mit schamlosen Schimpfereien über die Wahrheit hinwegzutäuschen, stelle ich hiermit vor der Arbeiteröffentlichkeit den Sachverhalt nochmals fest:

Anläßlich der Beratung verschiedener Anträge zur Behebung der Notlage in den besetzten Gebieten jammerten die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie über die schwere Not der „Wirtschaft". Besonders der Volksparteiler Zapf hielt eine große Klagerede über die schwere Notlage der Pirmasenser Schuhfabrikanten, die durch die hohen Löhne der Schuharbeiter ins Maßlose gestiegen seien. Diese provokatorische Verhöhnung der Schuharbeiter wurde durch Simon, der nach Zapf sprach, nicht etwa vom Standpunkt des Proletariats aus gebrandmarkt, **sondern Simon erklärte, daß die Schuhmacher unter seiner Führung mit Rücksicht auf die Notlage der Schuhindustrie ja schon seit Frühjahr 1927 keine Lohnerhöhung mehr erkämpft hätten.** In seinen weiteren Ausführungen bemerkte Simon, **daß er und seine Partei auch in Zukunft alles tun werden, um der Schuhindustrie zu helfen.** Wie diese Hilfe gedacht ist, beweisen seine ersten Ausführungen. Ein famoser Verbandsvorsitzender.

In derselben Sitzung habe ich an Hand der Bilanz der zweitgrößten Schuhfabrik Deutschlands nachgewiesen, daß diese „notleidende" Firma im Jahre 1928, trotz Kurzarbeit, ihren Gewinn auf 1¼ Millionen Mark gesteigert hat. Damit war die schamlose Rolle der Schuhmacherbürokratie unter Führung Simons ins rechte Licht gerückt.

Paul Schreck, M. d. R."

Das ist die Wahrheit und die Antwort auf die Artikel im „Vorwärts" und im „Schuhmacher". Die Antwort der Schuhmacher auf diese Politik Simons muß seine eine erhöhte Aktivität aller Schuhfabrikarbeiter, **für die Kündigung des Reichslohntarifvertrages, für eine 20prozentige Lohnerhöhung, gegen die Sabotage der Reformisten, für die Einheit aller Schuhfabrikarbeiter mit den Erwerbslosen.**

Schuhmacher, organisiert den Kampf! Führt ihn auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokraten! Wählt Euch Kampfleitungen. Stärkt die revolutionäre Opposition, in den Gewerkschaften!

Wie die Reformisten früher Reverse beurteilten

In einer Zeit, wo die reformistischen Gewerkschaftsführer, um die unbequeme Opposition aus den Gewerkschaften herauszuschmeißen, mit der Vorlegung von Reversen arbeiten, ist es vielleicht ganz lehrreich, einmal zu sehen, wie die „Vorkämpfer der Demokratie" früher, in ihren besseren Zeiten einen Revers und zwar den, **der den Mitgliedern der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine** und auch solchen, die es werden wollten, von 1876 ab eine Reihe von Jahren vorgelegt wurde. Es sollte damals unterschriftlich versichert werden, daß man **„weder Mitglied noch Anhänger der Sozialdemokratie"** sei. **Umbreit,** der langjährige Redakteur des Organs für alle freigewerkschaftlichen Funktionäre schrieb in seinem Buche: **„Gegnerische Gewerkschaften"** (Gesammelte Vorträge, die Umbreit in der zentralen Gewerkschaftsschule vor dem Kriege hielt):

„Mit diesem Revers haben die Gewerkvereine sich von der Masse der Arbeiterschaft geradezu künstlich abgeschlossen und ihre völlige Stagnation für alle Zeiten besiegelt... Der Revers hat ihnen auch für alle Zeiten das unverwischbare Zeichen der Engstirnigkeit aufgeprägt, hat eine ganze Generation vergiftet und ihnen die Jugend, die Träger künftiger Entwicklung, abwendig gemacht."

Dieses Zitat entnehmen wir dem Buche: „Der Kampf um die Gewerkschaften" von H. Farwig, das soeben im Führer-Verlag erschienen ist. 237 Seiten. Organisationspreis 2.— Mark.

Die Industrie der USSR. wird vom Ausland unabhängig

Eigenproduktion von landwirtschaftlichen Maschinen

Das Wachstum der **Industrie der landwirtschaftlichen Maschinen** vollzog sich in den letzten Jahren in einem unerhört raschen Tempo. Die Produktion betrug im Jahre

1912	53 Millionen Rubel
1921/22 (erstes Jahr der Nep., nach dem Bürgerkriege)	6,9 Millionen Rubel
1924/25	39,9 Millionen Rubel
1925/26	70,0 Millionen Rubel
1926/27	94,2 Millionen Rubel
1927/28	130,6 Millionen Rubel
1928/29	185 Millionen Rubel.

Im letzten Wirtschaftsjahr hat die Produktion also bereits das Vorkriegsniveau um das 2½fache überschritten; im laufenden Jahre soll die Produktion 3½mal größer sein als die der Vorkriegszeit. Entsprechend der gesteigerten Produktion sinkt die Einfuhr, sie beträgt 1927/28 nur noch 12,5 Millionen Rubel, oder 9,6 Prozent Eigenproduktion. Die Einfuhr von Pferde-Pflügen, Sämaschinen, einfachen Dreschmaschinen u. a. ist bereits ganz eingestellt. Die Einfuhr von komplizierten Maschinen, Separatoren usw. ist bedeutend zurückgegangen. Die Durchführung des jetzt aufgestellten 5. Jahresplanes in der Industrie wird der Sowjetunion die Möglichkeit geben, sich in der Belieferung der Landwirtschaft mit Maschinen vollkommen vom Auslande frei zu machen.

Parallel mit der quantitativen Steigerung der Produktion geht deren Standardisierung, Herabsetzung der Herstellungskosten und die Verbesserung der Qualität der Produkte.

Nach 30 Jahren losgesagt v ßEss

Der Arbeiter Otto Bilke, Freyburg, Bz. Halle, der seit 30 Jahren Mitglied der SPD. ist, wurde vor zirka vier Wochen **„wegen politischer Querreibereien"** aus der SPD. ausgeschlossen. Die „politischen Querreibereien" bestanden darin, daß er in vielen Fragen mit der kommunistischen Fraktion des Querfurter Kreistages stimmte. Jetzt ist dieser seit dem 1. Januar 1900 in der SPD. organisierte Arbeiter zur KPD. übergetreten. Dieses Beispiel sollte für viele zaudernde sozialdemokratische Arbeiter ein Ansporn sein, die letzte politische Konsequenz zu ziehen. Tatsächlich finden immer mehr klassenbewußte Arbeiter den Weg zur KPD. In Döllnitz Bez. Halle, wurden in den letzten Tagen sechs neue Parteigenossen und 18 neue Leser für den „Klassenkampf" gewonnen.

RFB.-Kameraden, Arbeiter, Arbeiterinnen!

Rüstet zum internationalen Treffen in Hamburg, steigert die Sparaktion

Die Massenverhaftungen in Indien

Die Zahl der Streikenden steigt / 14 Fabriken in Bombay stillgelegt
Auch die Landarbeiter stehen auf

Bombay, 21. März.

Von den hunderten von Verhaftungen, die die indische Regierung vornehmen ließ, sind bisher nur wenige Personen wiederum auf freien Fuß gesetzt worden. **Wie die offizielle Pressеagentur berichtet, sollen sich unter den Verhafteten 31 Personen befinden, die eine führende Rolle in der gewerkschaftlichen und kommunistischen Bewegung spielen.** Die Regierung will gegen diese ein Verfahren durchführen, unter der Vorgabe, die Verhafteten wollten die Verfassung Indiens gewaltsam ändern und an deren Stelle eine Sowjetrepublik errichten.

In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes als um eine ganz gewöhnliche Repressalie der englischen Imperialisten in Indien gegen die indische Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft hat diese Repressalien teilweise mit Streiks und offenen Vorbereitungen zum Aufstand beantwortet. Daily-Telegraph berichtet aus Allahabad, daß dort zahlreiche Studenten an einer Sympathiekundgebung für einen verhafteten Studenten teilgenommen hatten. Aus Kalkutta berichtet das Blatt, die Kommunistenverhaftungen seien auf eine Erklärung zurückzuführen, die ein Gefangener der Polizei in Meerut abgegeben habe. **Die Nachricht über die Haussuchungen in verschiedenen Städten rief das größte Aufsehen in der gesetzgebenden Versammlung in Delhi und in dem gesetzgebenden Rat von Bengal hervor.** Die gewöhnliche Arbeit der Tagungen wurde so gut wie vernachlässigt. Alle Angeklagten werden im Verlaufe der nächsten Tage nach Meerut gebracht werden. Die Behörden treffen scharfe Vorsichtsmaßnahmen, insbesondere in Bombay. Polizeioffiziere, die die Verhaftungsbefehle überbringen, sind von starken Polizeimannschaften begleitet und Truppen sind auf strategischen Punkten aufgestellt, um allen Schwierigkeiten zu begegnen.

Aus Bombay berichtet „Daily Telegraph": **Die gestrigen Kommunistenverhaftungen hatten Rückwirkungen im industriellen Leben von Bombay. 14 Fabriken wurden gezwungen, die Arbeit einzustellen, einige von ihnen mit aus dem Grunde, weil sich die Angestellten als Protest weigerten, zu erscheinen. Die Zahl der streikenden Fabrikarbeiter wird auf 25 000 geschätzt.** Aus Kalkutta berichtet **„Daily Telegraph", im Schahabad-Bezirk von Bihar sei ein ernster Landarbeiteraufstand ausgebrochen.** Ein englischer Gutsverwalter werde vermißt. Es werde angenommen, daß er getötet worden ist und daß seine Leiche von den Aufständischen mitgeschleppt wurde.

Mexikanischer Rebellenführer standrechtlich erschossen

Der Rebellenführer General Jesus Aguirre ist heute in La Magras im Staate Veracruz in einem undurchdringlichen Dschungelgebiet von den Bundestruppen mit einer Reihe seiner Unterführer aufgestöbert worden. Er wurde sofort vor ein Kriegsgericht gestellt und standrechtlich erschossen.

Seiner Gefangennahme war ein Gefecht vorhergegangen, bei dem zwei Offiziere der Rebellen den Tod fanden.

Newyork, 22. März.

Wie „Associated Preß" aus Washington berichtet, hat der amerikanische Botschafter in Mexiko **Morrow dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß eine Abteilung von aufständischen Truppen am frühen Morgen einen Angriff auf die Hafenstadt Mazatlan unternahm, sich aber bald darauf wieder zurückzog.**

WTB. Jiminez (Chihuahua), 23. März.

Bei Bermejollo, 50 Kilometer nördlich von Torreon, wurden größere Truppenabteilungen der Aufständischen zusammengezogen, wahrscheinlich um den Vormarsch der Bundesarmee aufzuhalten oder um einen Gegenangriff auf Torreon zu unternehmen. 2500 berittene Yaqui-Indianer sind hier eingetroffen und wurden sofort nach Süden entsandt, um die Nachhut der Rebellentruppen bei Bermejollo aufzuhalten.

Tschangkaischek eröffnet den Bürgerkrieg

Zwei Divisionen gegen Hankau entsandt / Feng marschiert nach Süden
Zahlreiche Delegierte verlassen den Kuomintang-Kongreß

Wie aus Nanking gemeldet wird, hat gestern die Regierung zwei Divisionen mobil gemacht zur Entsendung nach Hankau, um dort die „Ruhe und Ordnung" wieder herzustellen. Die beiden Divisionen sind bereits unterwegs nach Hankau, wo sie die Truppen des Generals Hotschien entwaffnen sollen. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß sich der kriegerische Konflikt zwischen Hankau und Nanking stark zugespitzt hat. Tschangkaischek will die Operationen gegen Hankau selbst leiten.

Gestern gab der chinesische Ministerpräsident Tang eine Erklärung über die Beziehungen zwischen Hankau und Nanking ab, wonach die Provinz Hankau es abgelehnt habe, die Befehle der Regierung auszuführen. Sämtliche Beamten der Nankinger Regierung in der Provinz Hankau wurden ihrer Stellunen durch Hotschien enthoben und aus Hankau ausgewiesen.

Die Agentur Indopacifique berichtet aus Nanking: Der Rücktritt des Marschalls Fengyuhsiang als Kriegsminister hat auf den Kongreß der Kuomintang eine unmittelbare Rückwirkung ausgeübt. Der frühere Chef des Generalstabes von Fengyuhsiang, General Lutschunglun, hat beschlossen, Nanking zu verlassen, ebenso auch der frühere Leiter der Kuomintang, Yuyaogen, sowie zahlreiche Delegierte. Die Haltung Fengyuhsiangs wird als Ankündigung einer militärischen Aktion aufgefaßt.

Fengyuhsiang ist in Peischuen mit der Reorganisierung seiner Streitkräfte beschäftigt und man meldet bedeutende Truppenbewegungen im Norden und Süden der Linie Lunghai und südlich und östlich von Schantung. Abteilungen Fengyuhsiangs rückten in Richtung Huitschau vor.

In den Reihen der Kongreßteilnehmer herrsche große Verbitterung trotz der Versicherung der leitenden Persönlichkeiten, daß die Tagung bis zu ihrem Ende durchgeführt werde, da eine künstliche Mehrheit durch Gewaltstreiche geschaffen worden sei und der Exekutivausschuß selbst seine Delegierten ernenne.

Dem Kuomintang-Kongreß ist ein Entwurf über die Errichtung der Diktatur in China zugegangen. Ein außerordentlicher Rat von 11 Mitgliedern soll geschaffen werden, der die Diktatur im Namen der Nankingregierung ausüben soll. Der Rat wird vom Kuomintang-Prozeß „gewählt" werden. Zu seinem Vorsitzenden ist Tschangkaischek ausersehen. Als Mitglieder des Rates werden u. a. vorgeschlagen: der Außenminister Dr. Wang, Verkehrsminister Sunfo, Marschall Tschanghsueliang und der Vorsitzende der Nankingregierung Tang.

Grubenexplosion in Pennsylvanien

Die Zahl der Toten bisher unbekannt

Parnassus (Pennsylvanien), 21. März.

Heute früh ereignete sich auf der Nienlochgrube der Valleycamp Kohlengesellschaft eine schwere Kohlenstaubexplosion, die das Eindringen der Rettungsmannschaft bisher unmöglich machte. Von den in der Grube befindlichen etwa 300 Mann konnten sich bis 1 Uhr nachmittags 170 Grubenarbeiter gruppenweise, unter Benutzung eines Notausgangs, der 8 Kilometer von dem Haupteingang entfernt liegt, retten.

Die Explosion erfolgte mit ungeheurer Gewalt, zertrümmerte das Fördergestell des Schachtes und sämtliche Fensterscheiben im weiten Umkreise. Nach der Explosion schossen aus dem Hauptschacht hundert Meter hohe Flammen empor. Die Bergwerksgesellschaft ist nicht in der Lage, die genaue Zahl der eingefahrenen Arbeiter anzugeben. Gewöhnlich werden auf der Grube 392 Mann beschäftigt. Man nimmt jedoch an, daß heute nur 275 bis 300 eingefahren waren. Die Explosion ist, wie festgestellt wurde, durch Entzündung von Gasen durch Sprühfunken verursacht worden, die dadurch erzeugt wurden, daß ein Grubenwagen einen steilen Abhang hinunterstürzte. Viele der Geretteten leiden an schwerer Gasvergiftung. Das Rettungswerk am Haupteingang erweist sich als außerordentlich schwierig, da, wie die Rettungsarbeiter berichten, die Flammen noch immer am Grubeneingang wüten und die Grube von giftigen Gasen erfüllt ist. In der Nähe des Haupteingangs wurden von den Rettungsmannschaften zwei Leichen gesehen, es erwies sich jedoch als unmöglich, sie zu bergen. **Einer der geretteten Arbeiter erklärte, daß die Explosion unter den eingefahrenen Bergleuten eine Panik hervorrief und sich viele der Arbeiter nach dem Inneren der Grube zu retten versuchten. Während er selbst umherirrte, fand er die Leiche eines Freundes, sah jedoch keine weiteren Leichen. Als er den Ausgang erreichte strömte eiskaltes Wasser durch die Grube, das ihm fast bis zum Knie reichte. Der Haupteingang der Grube wird von Frauen und Kindern umlagert** und es spielen sich ergreifende Szenen ab.

Genosse Su Tschao Tschen

Aus Schanghai erreicht uns die Trauernachricht, daß der hervorragende, verdienstvolle und beliebte Führer der revolutionären Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei Chinas, ein Vorkämpfer für die Sowjets in China und in den Kolonial- und Halbkolonialländern überhaupt, Genosse Su Tschao Tschen, an einer Blinddarmentzündung gestorben ist.

Su Tschao Tschen war der Vorsitzende des Sowjets von Kanton, des ersten Sowjets in China. Sein Name ist ein Symbol für die Sowjetrevolution in China und unter allen unterdrückten Völkern. So werden der Geist und das Werk Su Tschao Tschen, wenn sein Körper auch tot ist, unter Hunderten von Millionen Menschen weiter leben.

Su Tschao Tschen war nicht nur ein Todfeind der Imperialisten und Kapitalisten, sondern auch ein Todfeind der Opportunisten in den Reihen der Revolution. Zu Beginn der Liquidierungsperiode des Opportunismus in der Kommunistischen Partei Chinas im Jahre 1927 wurde er erstmalig Mitglied des Exekutivkomitees der KPCh. Bald darauf, nahm er am Aufstand von Nantschang teil, durch den der Grundstein für die grundsätzliche Revolution in China gelegt wurde. In der außerordentlichen Konferenz der KPCh. am 7. Aug. 1927 wurde er führendes Mitglied des Polbüro. Er führte nun einen schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus und leitete die revolutionäre Massenbewegung aus dem alten Stadium in das neue Stadium der Räte über.

Genosse Su Tschao Tschen war ein rastloser Arbeiter für die Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Ursprünglich war er von kräftiger Natur. Aber seine unermüdliche aufreibende Arbeit hat ihn nach und nach geschwächt. Nach dem Weltkongreß im Jahre 1928 erkrankte er an Blinddarmentzündung und wurde in Moskau geheilt. Da er sich keine Ruhe gönnte, sondern seine Arbeit gleich wieder aufnahm, verschlimmerte sich sein Zustand wieder, um so mehr, als er sich in der Illegalität keine Pflege angedeihen lassen könnte.

Die Arbeiter und Bauern Chinas werden diesen großen Führer und Vorkämpfer niemals vergessen. Unter Führung der Kommunistischen Partei werden sie an dem ihm gelegten Grundstein weiterbauen und im Zeichen der Sowjets den Sieg erkämpfen.

Tang Shin She.

London, 22. März.

Nach englischen Blättermeldungen aus Peschawar noch nicht begonnen. Es sind jedoch alle Vorbereitungen dazu getroffen. Innerhalb der Stämme hat der Vormarsch Aman Ullahs auf Kabul so große Uneinigkeit herrschen.

1,75 Milliarden Reparationszahlungen

Berlin, 22. März.

Zu der bevorstehenden Reise Schachts nach Berlin wird in der englischen und französischen Presse mitgeteilt, die Reparationssachverständigen in Paris hätten als neuen Vorschlag für die Höhe der jährlichen Zahlungen **eine Forderung an Deutschland von 1,75 Milliarden Goldmark ausgearbeitet. Schacht soll sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt haben** und will den zuständigen Stellen in Berlin nunmehr Bericht erstatten. **Wie lang** diese Zahlungen dauern sollen und **in welchem Einfluß** die neu zu gründende Reparationsbank auf dem Transfair aussieht, ist nicht bekannt geworden.

Die Tatsache, daß Schacht den 1,75 Milliarden Reparationszahlungen zugestimmt hat, ist ein erneuter Beweis für die Tatsache, daß **die Kapitalisten** unter allen Umständen auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft eine Einigung für den Entente-Imperialisten zu erzielen.

Die Neunzehn

Roman von A. Fadejew

Copyrigth by Verlag für Literatur u. Politik Wien-Berlin 1928

42

Eine dumpfe Erregung ergriff die Menge — die vorne Stehenden wandten sich um —, ein Mann in schwarzer Weste drängte sich entschlossen durch die Menge vor, den Kopf so nach vorne neigend, daß nur seine dicke Pelzmütze sichtbar war.

„Durchlassen, durchlassen!" — sagte er schnell, mit der einen Hand sich den Weg bahnend und mit der andern jemanden hinter sich herziehend.

Endlich erreichte er die Treppe. Nun sah man, daß er ein mageres schwarzhaariges Bürschlein in langem Rock führte, das sich ängstlich sträubte und mit seinen schwarzen Augen abwechselnd Meteliza und den Eskadronchef anglotzte. Die Unruhe der Menge wuchs, Seufzer und verhaltenes Gemurmel der Frauen wurden hörbar. Meteliza blickte hinunter und erkannte plötzlich in dem schwarzhaarigen Burschen den Hirtenjungen mit den schüchternen Augen und dem dünnen, lächerlichen Kinderhals, bei dem er gestern sein Pferd zurückgelassen hatte.

Der Bauer nahm dem Knaben, ihn mit einer Hand festhaltend, die Mütze ab, entblößte den abgeplatteten, fleckenweise ergrauten blonden Kopf (es sah aus, als ob man ihn ungleichmäßig mit Salz bestreut hätte), verbeugte sich vor dem Eskadronchef und begann:

— Hier dieser mein Hirtenjunge . . .

Dann beugte er sich, offenbar befürchtend, daß man nicht auf ihn hören würde, zu dem Burschen nieder und fragte, mit dem Finger auf Meteliza zeigend:

— War es dieser?

Einen Augenblick schauten sich der Hirtenjunge und Meteliza gerade in die Augen: Meteliza mit gespieltem Gleichmut, der Hirtenjunge mit Entsetzen und Mitleid. Dann wandte der Bursche den Blick zum Eskadronchef, verweilte bei ihm einen Augenblick wie versteinert, streifte den Bauer, der ihn noch immer festhielt und sich zu ihm niederbeugte, dann seufzte er tief und schwer auf und schüttelte verneinend den Kopf . . . Die Menge, die sich bisher so still verhalten hatte, daß man das Kalb im Stall des Kirchenvorstehers sich regen hörte, erbebte kaum merklich und erstarrte wieder.

— Fürchte dich nicht, Dummkopf, fürchte dich doch nicht, — redete der Bauer mit einem einschmeichelnden Vibrieren in der Stimme auf den Burschen ein, selber erschrocken und geschäftig mit dem Finger auf Meteliza zeigend. — Wer sonst sollte es denn sein, wenn nicht er? . . . Sage es doch, hab' keine Ang . . . u—a, Lumpenpack! . . . wütend zerrte er plötzlich aus ganzer Kraft den Burschen am Arm. — Er ist es, Euer Wohlgeboren, wer könnte es sonst sein, — sagte er leut, sich gleichsam entschuldigend und untertänig die Mütze in der Hand knetend. — Der Junge hat bloß Angst, aber wer denn, wenn das Pferd gesattelt und in der Satteltasche das Futteral . . Gestern kam er zum Feuer angeritten. „Hüte — sagte er — mein Pferd", und er selbst geht ins Dorf, der Junge konnte auf ihn nicht warten — es tagte schon —, er wartet nicht, treibt das Pferd nach Hause, und das Pferd ist gesattelt und das Futteral in der Satteltasche — wer könnte es sonst sein? . . .

— Wer kam angeritten? Was für ein Futteral? — fragte der Eskadronchef, vergeblich die wirre Rede zu verstehen suchend. Der Bauer drehte noch verlegener die Mütze in der Hand und erzählte, abschweifend und verwirrt, wie sein Hirte am Morgen ein fremdes Pferd heimgetrieben hatte, das gesattelt war und in dessen Satteltasche ein Pistolenfutteral steckte.

— So, so — sagte der Eskadronchef mit schleppender Stimme. — Er kennt ihn also nicht? — sagte er, mit dem Kinn auf den Burschen weisend. — Uebrigens, gib ihn mal her — wir werden ihn auf unsere Art verhören . . .

Der Bursche kam, von hinten gestoßen, an die Treppe heran, wagte jedoch nicht hinaufzugehen. Der Offizier lief die Stufen hinunter, ergriff ihn an den mageren zitternden Schultern, zog ihn an sich heran und starrte mit durchdringendem, entsetzenerregendem Blick in seine vor Schreck aufgerissenen Augen.

— Aa . . . a! . . . heulte der Bursche plötzlich auf und verdrehte die Augen.

Was soll denn da werden? — seufzte eines von den Weibern, die Spannung nicht mehr aushaltend.

Im selben Augenblick flog ein geschmeidiger Körper die Stufen hinunter. Die Menge stürzte hinzu, die Hände zusammenschlagend. Der Eskadronchef fiel hin, von einem starken Stoß zu Boden geschleudert . . .

— Schießt doch! . . . Was ist denn das? — schrie der schöne Offizier. Er streckte hilflos die flache Hand aus, in seiner Verwirrung ganz vergessend, daß er selbst ja auch schießen könnte.

Einige Berittene sprengten in die Menge, die Leute mit ihren Pferden auseinanderdrängend. Meteliza lag mit dem ganzen Körper auf seinem Feind und versuchte dessen Kehle zu fassen, der aber wand sich wie eine Fledermaus, den schwarzen Tscherkessenmantel wie schwarze Flügel auseinanderschlagend und sich mit der Hand krampfhaft an den Gürtel klammernd, um den Revolver zu ziehen. Endlich gelang es ihm, die Pistolentasche aufzuknöpfen, und fast im selben Augenblick, als ihn Meteliza an der Kehle faßte, schoß er einige Male hintereinander auf ihn . . .

Als die herbeieilenden Kosaken Meteliza an den Füßen zerrten, klammerte dieser sich noch an das Gras, knirschte mit den Zähnen und versuchte, den Kopf zu heben, doch dieser fiel zurück und schleifte am Boden.

— Rjetschitailo! — rief der schöne Offizier. — Die Eskadron sammeln! . . . Reiten Sie auch mit? — fragte er höflich den Eskadronchef, ohne ihn anzusehen.

— Ja.

— Das Pferd für den Kommandeur! . . .

In einer halben Stunde ritt die Kosakeneskadron in Kampfordnung aus dem Dorfe und sprengte aufwärts denselben Weg entlang, den Meteliza nachts vorher geritten war.

Baklanow, der, wie auch alle anderen, stark beunruhigt war, hielt es endlich nicht mehr aus.

— Hör' mal, laß mich vorreiten, — sagte er zu Lewinsohn. — Der Teufel weiß, am Ende . . .

Er gab dem Pferd die Sporen und erreichte, schneller noch als er gedacht hatte, den Waldbrand und die moosbewachsene Hütte. Er brauchte gar nicht auf das Dach zu klettern — in einer Entfernung von kaum einer halben Werst ritten fünfzig Reiter den Hügel hinunter. An ihrer gelbfleckigen Uniform sah er, daß es Reguläre waren. Er unterdrückte den ungeduldigen Wunsch, möglichst schnell zurückzureiten, um Lewinsohn vor der Gefahr zu warnen (er konnte ja jeden Augenblick da sein) und verbarg sich im Gebüsch, um abzuwarten, ob hinter dem Hügel nicht noch weitere Abteilungen auftauchen würden. Es kam aber niemand mehr; die Eskadron ritt im Schritt, in aufgelösten Reihen; nach dem Sitz der Reiter und dem Verhalten der Pferde zu urteilen, mußten die Truppen eben getrabt haben.

Baklanow kehrte um und stieß fast mit Lewinsohn zusammen, der an den Waldrand herangeritt. Er machte ihm ein Zeichen, stehen zu bleiben.

— Viele? — fragte Lewinsohn, nachdem er ihn angehört hatte.

— Ungefähr fünfzig.

— Infanterie?

— Nein, Berittene . . .

— Kubrak, Dubow, absitzen! — kommandierte leise Lewinsohn. — Kubrak an den rechten Flügel, Dubow an den linken . . . Ich werde dir geben! . . . — zischte er plötzlich, als er sah, daß ein Partisane mit verbundener Backe sich seitwärts schlug und auch den anderen Zeichen machte, seinem Beispiel zu folgen. — An die Plätze! — und drohte mit der Reitgerte.

(Fortsetzung folgt.)

A. Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in München und Ingolstadt

München-Zentrum

Es hat sich herumgesprochen Cink's Damen-Konfektion ist die billigste!

Damen-Konfektion Cink

Gärtnerplatz München

56771

Nackte

TATSACHE!
Die billigsten und dauerhaftesten
Schuhe
kaufen Sie bei
56862
Eugen Diegel, am Stachus
und Filiale: München, Neuhauserstr. 30

Nähmaschinen
für Haushalt, Industrie, Handwerk
Kostenlose Nähanleitung — Zahlungserleichterung
„Deutsche Nähmaschinen"
Vertriebsaktiengesellschaft
56863
München, Gärtnerplatz — Telefon: 297 616
Nürnberg, Ludwigstr. 51 — Telefon: 25 827
Fürth, Kohlenmarktecke — Telefon: 73 112
Augsburg, Karolinenstr. D 67 - Telefon: 1 952
Ulm a. D., Bockgasse 12 — Telefon: 2 031
Regensburg, Wahlenstr. 4 — Telefon: 2 407
Ingolstadt, Harderstr. 19 — Telefon: 910

J. Zeller
Feinbäckerei
und
Conditorei
Jahnstr. 27
Tel. 27130

Café Bauer
täglich abends 8 Uhr
Künstlerkonzert
Angenehmer Familienaufenthalt
Müllerstr. 54
56867

KARL LEUTE
Spezialgeschäft in
Holzwaren für Haus und Küche
56870 Altes Rathaus
und Rumfordstr. 15

56815 Kaufen Sie Ihre
Hüte
bei Griner, Müllerstr. 31
Spezialität: In Herren-Velourhüten von Mk. 14.50 an, riesige Auswahl. Filzhüte von Mk. 10.50, Mk. 4.50. Mützen in allen Preislagen, stets Neuheiten von Mk. 1.90 an.

Möbel-Storz
München, Tal 24
56816

Schokoladen, Kaffee, Tee :-: alle süßen Sachen
nur von der
56868 **Süßen Quelle,** Rumfordstraße 22

Max Saffer
Frauenhoferstr. 8
Billigste Einkaufsquelle
55869 für
Kolonialwaren

Spezialhaus für **Opel-Räder**
56851
Günstigste Preise u. Zahlungsbedingungen. Stets Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Rädern
Opel-Fahrrad-Vertrieb, Eugen Niedermayr
München, Bayerstr. 69, am Holzkirchner Bahnhof

Josef Rauscher, Tal 58
Sämtl. Musik-Instrumente
56818 Reparatur-Werkstatt

Max Löwenthal
Augustenstr. 4
56863
Moderne Korsetts
Strumpfwaren - Unterkleidung

Reserviert

Emelka - Filmpalast
56861
Blumenstr. 29 - Müllerstr. 32
Das Haus der guten Filme
Jed. Donnerstag Programmwechsel

■ Feine Fleisch- und Wurstwaren ■
Ludwig Kallmünzer
56864 **Westermühlstr. 15**

Billigste Einkaufsquelle sämtlicher Lebensmittel
56871 Altlebensmittelfirma
Heinrich Bosert
Kolonialwaren — Landesprodukte
Rumfordstr. 11a, nächst Reichenbachplatz u. Viktualien-Markt - Tel. 25297

56812
Führendes Spezialhaus
am Platze
Sonnenstr. 27
gegenüber d. prot. Kirche

Max Hieber, München
Marienplatz Nr. 18
Musikalien/Theaterkarten
56814 **Elektrola-Schallplatten**

Fleischhandelsgesellschaft m. b. H. - München
Verkaufsstellen nur:
Viktualienmarkt 7 (hinter der Nordseefischhalle)
Viktualienmarkt 13 (neben Kustermann)
Färbergraben 35 (gegenüber Knagge & Peitz)
56767 Reichenbachstraße 21 (gegenüber Gärtnertheater)

56848
Ochsen-, Kalb- u. Schweinemetzgerei
Peter Mayer, Zweibrücken Straße 11

Kaufhaus Gebr. List
Reichenbachstr. 47
Unsere bekannt guten Qualitäten
56859 zu niedrigsten Preisen

Schuhreparaturen schnell und billig
Schuhinstandsetzungs-Fabrik HANSA
Tal 17 / Augustenstr. 24 56817

Ph. Reinhard
Müllerstr. 36
Radio-Bedarf
50866

Farben Lacke Pinsel Schablonen
56768
R. Wagner
Reichenbachstr. 45

Karl Mohr
Reichenbachstr. 41
Spezialhaus sämtlich. elektr. Bedarfsartikel

G. JAKOBUS
Dachauer Str. 9
56789 Spezialgeschäft
Wäsche — Trikotagen — Strümpfe

Fr. Schummersch
56856 Pestalozzistr. 34
Zigarren - Zigaretten - Tabake

Photo-Scheithauer
Entwickeln - Kopieren - Vergrößern
Apparate auf Teilzahlung
56685 Westermühlstr. 8 - Tel.: 20484

Gebr. E. & J. Marx
Kaufinger Str. 14
56837
Kaufen Sie fertige Herrenkleidung nur bei der Firma Marx, Kaufinger Str. 14
● ***Wir bedienen Sie gut und billig.*** ●

Kolosseum
täglich ab 8 Uhr
Auftreten erster Künstler
Bierhalle
Samstag und Sonntag
Doppel-Konzert mit Komiker-Vorstellung
1. Seitengeb. TANZ
Ausschank der ganz vorzüglichen Spatenbiere
56828

56769 **Möbelhaus A. Weichhart** Reichenbachstr. 5-7
liefert Möbel aller Art zu niedrigen Preisen auf Teilzahlung

PHOEBUS-PALAST
2200 SITZPLÄTZE - PREISE 1-3 MK.
TRAMBAHNLINIEN 2, 7, 18, 28
SONNENSTR. 8 TEL. 51110, 51519
56813
ERSTKLASSIGE DARBIETUNGEN IN
FILM u. MUSIK

München-Ost

Kaufhaus Pappenheimer
56855 Weißenburgerplatz
Bekannt niedrige Preise!
56785 **Spezialhaus für Liköre u. Weine**
E. Prester - Weißenburger Str. 43

Ochsen,- Kalb- und Schweinemetzgerei
Otto Steinmayer
56846 Emmererstr. 1

Empfehle zu den niedrigsten Tagespreisen:
Prima frisches Ochsen-, Rind-, Kalb- und Schweinefleisch
56904 **ff. Wurstwaren**
Michael Prenninger, Metzgermstr.
Weißenburger Platz 3

München-Nord

Berg Osk. - Türkenstr. 31
bekannt für billigsten Einkauf von Fahrrädern — Nähmaschinen — Sprechapparaten und Schallplatten
56791 **Bequeme Teilzahlung**
Anzahlung von Mk. 10.— an / Wochenraten Mk. 3.—

Ankauf
von
Altpapier, Lumpen
Flaschen
Alteisen u. Metall
— Autogummi —
Duschl, Jos.
Gabelsberger Str. 85
56852 Tel. 55236

Schindler & Co., Photohaus
56790 München, Türkenstr. 20
Sämtliche photogr. Bedarfsartikel / Kameras etc.
Sauberste Ausführung sämtl. Amateurarbeiten

MARMORHAUS
Leopoldstr. 35 - Tel. 31759
Ecke Hohenzollernstr.
Das Theater der guten Filme!
56772 Wochentags ab 4 Uhr
Sonntags ab 2 Uhr

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei, sämtl. Wurstwaren
Xaver Biersack
56847 Hohenzollernstr. 24

Ludwig Bauer, Gabelsbergerstr. 81
56850 empfiehlt sich in
Prima Mastochsen Kalb- und Schweinefleisch

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei
Hubert Enzinger
56788 Schleißheimer Str. 47

Photo-Kinner
Leopoldstr. 60
Photo-Apparate u. Bedarfsartikel
56849 Alle Amateurarbeiten

Dampfmolkerei Schwabing
Tel. 33557 Leopoldstr. 59
56773 Verkaufsstellen
Leopoldstr. 48 — Augustenstr. 76
Ungerstr. 56 — Kölnerplatz 8
empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte

Optiker Clemens
Fachgeschäft
für Optik, Photo und Feinmechanik
56787 Theresienstr. 23

Kaufhaus R. Glückmann
Gegründet 1887 **Augustenstr. Ecke Steinheilstr.** Gegründet 1887
Altbekanntes Spezialhaus für Kleider und Wäschestoffe, - Gardinen - Herren- und Damenwäsche - Strümpfe - Socken - Kragen - Krawatten
56853 Strickwaren - Kurzwaren
Spezialabteilungen: Kinder- u. Damen-Konfektion - Bleyle-Kleidung

München-West

Drogerie Ludwig Hezel
Inh. Wilh. Sambammer
Drogen — Farben — Verbandstoffe
56792 Kolonialwaren
Schwanthaler Str. 142 / Fernruf 56293

München-Süd

Wilhelm Bernbacher
Bäckerei
Conditorei
Lindwurmstraße 143
56820

Aug. Müller
Bäckerei und Conditorei
56825 Auenstr. 29

Anna Stöhr
Damenkonfektion
Kleider — Blusen — Mäntel
56830 **Strickwaren**
Günstige Preise
Thalkirchnerstr. 90, Eing. Kapuzinerstr.

Kolonialwaren - Obst - Gemüse
Karl Trost
56823 Am Glockenbach 6

L. Empfenzeder, Lindwurmstr. 13
Spezialgeschäft für Bruchbänder, Leibbinden
56819 u. Sanitäre Artikel
Lieferant aller Krankenkassen

Aeskulap-Drogerie - Parfümerie
Josef Aufschnaiter +
56831 Häberlstraße 20

K. Regele, Isartalstr. 20
Fahrradhandlung — Reparatur-Werkstatt
56827 **Nähmaschinen Sprechapparate**
Mitgl. von „Solidarität" erh. 10 % Rabatt

Photo-Artikel
u. Hausbedarf
Salvator-Drogerie
56821 Lindwurmstraße 44

Arbeiter-Angestellte-Beamte
decken ihren Bedarf an Qualitätsschuhwaren von Arbeitsschuhen bis zum Luxusschuh in großer Auswahl nur in dem Fabrikschuhwarenlager von
56829 **Josef Weilbach, Roecklplatz 8**
direkte Haltestelle der Linie 30

Rosenheim

Auerbräu A. G.
Rosenheim 56890
Vorzügliche dunkle und helle Lagerbiere
1 a Spezialbiere Tel. 17 u. 357

Alle Leser
berücksichtigen bei ihren Einkäufen die Geschäfte der Inserenten der
„Neuen Zeitung"

Augsburg-Ingolstadt

+ Bruchleidenden +
empfehle ich das seit fast 60 Jahren überall bekannte, altbewährte und von vielen Aerzten lobend anerkannte
Hans Opel, Bruchband ohne Feder
für Leisten-, Schenkel- u. Hodenbrüche, bei schwerster Arbeit leicht u. bequem tragbar. Tausende mit bestem Erfolg im Gebrauch. Leibbinden für Nabel- u. Bauchbrüche, Suspensorien, Vorfallbandagen. Kein Ring, Kein Kegel! (Viele Dankschreiben von Frauen!) Bruchbänder für Kinder in jedem Alter. Prospekte zu Diensten.
Geschäfts- gründung 1873 **Hans Opel** Geschäfts- gründung 1873
Bandagen-Spezialgeschäft
München, nur Baldestr. 1, Linie 12, 17, 30.
Die Opel'sche Bruchsalbe ist erhältlich in der Löwen- und Schützen-Apotheke, München. Diskreter Versand. 56824

Ingolstadt

Ferd. Schweizer Nachfg
D. Ascher
Das führende Haus
für
Stoffe und Damenbekleidung
Ludwigstr.
56803

Haus- und Küchengeräte Oefen, Herde 56895
kaufen Sie am günstigsten bei
Georg Stahl, Donaustr.

Dampfwäscherei „Edelweiss"
56804 Ludwigstraße 22

N. Gutmann
Manufaktur und Modewaren
56809 ***Moritzstr. 13***
Das Haus der ***guten*** *Stoffe*

Reserviert

Kaufen Sie im Spezialgeschäft
G. M. Schwarz
Obst- und Beerenweinkellerei — Likörfabrik
Weingroßhandlung — Chabesofabrik
56896 Ludwig Moritzstr.

Schuhhaus Friedmann
Ludwigstr. 10
Erstklassige Qualität
56931 **Niedrige Preise**

Holzer & Neumeier
Milchstr.
Manufakturwaren
56898 Betten u. Aussteuerartikel

Damenmodehaus Theodor Ritter
Am Bach! 23
Damenhüte - Damenkonfektion - Pelze
56902

I. K. Neumayer's Nachf.
Inh. Ulrich & Maier
56900 Am Stein 12
Das Spezialgeschäft für Jedermann

Gewerkschaftshaus
Eselbräustr. 2
Spezialausschank der Schäffbrauerei hell und dunkel, sowie Exportbier eigene Schlächterei
billiger Mittagstisch 56892
Pächter Betty und Hans Hauner

Kaufhaus Günther
56897 **Ludwigstr. 3**
Manufakturwaren, Aussteuerartikel
Kleiderstoffe, Damenputz

F. J. M. Rehse
Archiv
f. Zeitgeschichte
u. Publizistik
München

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft"

Nr. 86 | „Neue Zeitung" erscheint tägl. Verantwortl. für Redaktion Alb. Buchmann, für Anzeigen G. Epple, Verleger: Freier Verlag G.m.b.H. Druck: Basisbarendruck G.m.b.H., alle in München, Nymphenburgerstr. 32, Telefon 50463, Postscheckkonto: Freier Verlag Nr. 4728 | Samstag, 13. April 1929 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.50 Mk. ohne Zustellgebühr, durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. — Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 50 Pfg. Rabatt nach Tarif | 12. Jahrg.

Der 13. April 1919

Lenin über die bayerische Räterepublik

Eine Unterredung mit Wladimir Iljitsch

Von Max Levien

Im Juli 1921 traf ich auf der Flucht aus Deutschland in Moskau ein. Anfang Dezember hat mich Wladimir Iljitsch zu ihm zu kommen, um ihn über den Gang der Kämpfe in der Zeit der Räterepublik in Bayern und die Politik der Kommunistischen Partei Bayerns zu unterrichten.

Leider habe ich mir von meinem Gespräch mit Lenin keine Aufzeichnungen gemacht; dennoch glaube ich, daß auch nur einige Striche aus Lenins Gespräch mit mir von gewissem politischem Interesse sein können.

Zunächst ein für Wladimir Iljitsch charakteristischer Zug: Lenin hatte das Gespräch auf 12 Uhr in seinem Arbeitszimmer in Kreml angesetzt. Ich war pünktlich zur Stelle und meldete mich bei der Sekretärin, Genossin Fotiewa, die mir jedoch mitteilte, Lenin sei momentan durch einen anderen Besuch genommen. 12,15 Uhr empfing mich Lenin mit den Worten: „Ich bitte sehr um Entschuldigung, daß ich Sie aufgehalten habe. Ich bat Sie doch um 12 Uhr zu mir." Ich war darüber so verblüfft, daß ich nichts zu erwidern wußte. Ich sagte nur: „Wladimar Iljitsch, Sie wegen uns bayerische Kommunisten jedenfalls ordentlich wegen der Dummheiten, die wir gemacht haben, ausschimpfen." — „Warum?" antwortete Lenin. „Soweit ich über den Verlauf der bayerischen Ereignisse informiert bin, scheint es mir, daß bei der objektiv außerordentlich schwierigen Lage, in der sich Ihre Partei in Bayern befand, man schwerlich andere Erfolge hätte erreichen können."

Wladimir Iljitsch forderte mich zunächst auf, ihm meine Erlebnisse während meiner Flucht zu erzählen. Hierbei interessierte er sich für die kleinsten Details, wie meine illegale Grenzüberschreitung, für die Genossen, die mich bei der Flucht unterstützten, meine Gefangenschaft in Wien, das Verhalten der österreichischen Sozialdemokratie in der Frage meiner Auslieferung an Bayern und dergleichen mehr.

Während des ganzen 45 Minuten dauernden Gesprächs hatte Lenin mich nur selten durch Fragen unterbrochen. Insbesondere interessierte ihn naturgemäß die Bauernfrage, besonders die politische Haltung des linken Bauernbundes Gandorfers, der u. a. die Erklärung abgegeben hatte, die Räteregierung zu unterstützen, falls die Sozialisierung in der Landwirtschaft Betriebe bis zu 1000 Tagwerk unangetastet lasse und Handel, Gewerbe und Kleinbetriebe von der Sozialisierung verschont blieben.

Lenin kannte sehr gut die allgemeine Klassenstruktur der bayerischen Landwirtschaft*) und meinte, **wir hätten angesichts der Tatsache, daß Bayern ein Agrarland mit überwiegend Mittel- und Großbauernwirtschaften sei, etwas doktrinär gehandelt und unser taktisches Hauptziel — Zeit zu gewinnen, um unsere Macht nach außen zu festigen — nicht genügend scharf im Auge behalten. Er wies darauf hin, daß angesichts der Bedeutungslosigkeit des Großgrundbesitzes in Bayern, der Sympathien für uns unter den ärmeren Schichten der Mittelbauern und der abwartenden Neutralität der wohlhabenden Mittelbauern und der Großbauern, das Proletariat alle seine Kräfte auf den Kampf gegen die Bourgeoisie und die Noskotruppen hätte konzentrieren müssen und daß wir daher die Bauern nicht hätten abschrecken dürfen.**

Weiter fragte GLenin, ob wir mit der ungarischen Räterepublik gute Verbindung gehabt hätten.

„Nach Ihren Mitteilungen", schloß Lenin das Gespräch, „und dem, was andere Genossen aus Deutschland erzählten, war die Kommunistische Partei Bayerns mit den Proletariermassen fest verbunden und hat sich mit ihnen entschlossen geschlagen. So etwas vergessen Arbeiter nicht."

*) Lenin lebte in den Jahren 1901/1902 in München als politischer Flüchtling.

Gemeindewahlen am 8. Dezember

Bei der Beratung des Etats des Innern verlangte die kommunistische Landtagsfraktion die Vorlage eines Gesetzentwurfes, wonach gleichzeitig mit den demnächst stattfindenden Gemeindewahlen in Bayern eine Neuwahl der Bezirks- und Kreistage verbunden werden soll. Im Landtagsausschuß erklärte hierzu der Innenminister Stützel, daß die Gemeindewahlen zu dem gesetzlichen Termin vorgenommen werden. In der Presse wird allgemein die Ansicht vertreten, daß als Wahltag der Sonntag, der 8. Dezember 1929 festgesetzt werden wird.

Ueber München wehen rote Fahnen!

Von Budich-Dittrich-Moskau

Sofort nach der Ausrufung Bayerns zur Räterepublik am 7. April durch die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Anarchisten und dem damit Hand in Hand gegangenen gemeinen Verrat der offiziellen Sozialdemokratie, trafen die Kommunisten **alle Vorbereitungen für den offenen und bewaffneten Kampf zur Verteidigung der bayerischen Arbeiterklasse.** Es wurde durch die Parteileitung **der Befehl gegeben, die Parteimitglieder und die Arbeiter in den Betrieben zu bewaffnen und kampffähige Kaders zu schaffen. Gleichzeitig ging die Kommunistische Partei dazu über, die ganze Jämmerlichkeit und Halbheit der Tollerschen Scheinräteregierung mit rücksichtsloser Schärfe vor den breiten Massen der revolutionären Arbeiter und Soldaten bloßzustellen.**

In diesen Tagen offenbarte sich die ganze ideologische und organisatorische Schwäche der jungen Kommunistischen Partei. Es zeigte sich, daß die Mitte März eingeleitete politische Klärung der Partei und ihre Reorganisierung auf Betriebs- und Kasernenzellen sich bei weitem noch nicht genügend ausgewirkt hatte. Die Ausrufung der Scheinräterepublik hatte vielmehr die Partei selbst in eine Krise gebracht. Die Direktiven der Parteiführung wurden nur mangelhaft, in vielen Fällen überhaupt nicht durchgeführt. Eine Reihe von Funktionären ging sogar aktiv gegen die politische Linie der Partei vor u. schloß sich der Toller-Regierung an. Sie wurden ausgeschlossen. Besonders verhängnisvoll wirkte sich das Fehlen einer wirklichen Zellenorganisation in den Betrieben und bei den Regimentern aus. Es war eine ungeheuerliche Aufgabe, vor der die junge Partei stand: die breiten Massen der revolutionären Arbeiter und Soldaten politisch und organisatorisch als Klasse formieren und die eigene Partei schmieden.

Andrerseits sammelten sich die Massen des Proletariats erneut um die Partei und neue Mitglieder strömten ihr zu. Der Gang der Ereignisse, der zynische Verrat Schneppenhorsts, die verräterische Haltung des sozialdemokratischen Landesausschusses, die offene konterrevolutionäre Stellungnahme der Hoffmann-Regierung, die Hilflosigkeit und die leere Phraseologie der Toller-Regierung, der Verrat des unabhängigen Teiles der Hoffmann-Regierung, der Simon und Unterleitner, welche ebenfalls an der Ausrufung der Räterepublik mitgewirkt und plötzlich von der politischen Bildfläche verschwunden waren, alles das zeigte den Massen überraschend schnell, wie richtig und genau die Kommunistische Partei die Situation voraus gesehen hatte. Am weitesten ging der revolutionäre Klärungsprozeß bei den Massen der Unabhängigen. Aber, obwohl die unabhängigen Massen bereits fast vollständig unter dem politischen Einfluß der Kommunistischen Partei standen, fanden sie damals doch noch nicht die Kraft, sich auch organisatorisch von ihren Führern zu trennen. Bereits am 6. April, also einen Tag vor der offiziellen Ausrufung der Schein-Räterepublik, hatte eine Versammlung unabhängiger Funktionäre den Beschluß gefaßt, geschlossen zur KPD. überzutreten. Die Durchführung dieses Beschlusses scheiterte jedoch, wie alle ähnlichen, während der Zeit bis zum 13. April folgenden Versuche, an der Unentschlossenheit der unabhängigen Mitglieder und an dem Widerstand des damaligen Führers der Unabhängigen Partei, Toller. Es braucht nicht besonders unterstrichen zu werden, welche entscheidende Bedeutung ein solcher geschlossener Uebertritt der USP. zur Kommunistischen Partei in dieser Situation revolutionärer Hochspannung auf den Gang der weiteren Entwicklung gehabt hätte. Die Tagungen der revolutionären Betriebs- und Soldatenräte in der Zeit vom 9. bis 12. April dokumentierten ebenso in eindeutiger Weise die Unentschlossenheit und politische Unklarheit selbst des

Was wir heute bringen:

Parteiverbot in Bochum?
Vormarsch der Roten Front
Immer weniger für die Erwerbslosen
Hugenbergs faschistisches Diktaturprogramm
Sturmkatastrophe in Arkansas
Faschistische Mordtaten in Japan
Das indische Anti-Kommunistengesetz gefallen
Zum Eisenbahnerkampf

Parteiverbot in Bochum?

Faschisten wollen die Bevölkerung terrorisieren / Kommunisten werden es verhindern / Behörden drohen der KPD

Bochum, 12. April.

Am kommenden Sonntag soll hier ein Aufmarsch der **Nationalsozialisten** anläßlich ihres Bezirksparteitages in **Bochum** stattfinden, wobei der berüchtigte General Epp, Hitler und Göbbels sprechen sollen. **Die Bochumer Arbeiterschaft rüstet zu Gegenkundgebungen.** Angesichts der Stimmung der Arbeiterschaft hat der Bochumer Polizeipräsident, der ehemalige christliche Gewerkschaftssekretär Graß, die Vertreter der KP., Ortsgruppe Bochum, und des RFB. Bochum zu einer Aussprache aufgefordert. In dieser Aussprache wies Reichstagsabgeordneter Genosse Thesen darauf hin, daß die Bochumer Arbeiter bei den Betriebsrätewahlen bewiesen haben, daß sie dem Faschismus feindlich gegenüberstehen. Sie werden auch am Sonntag auf der Straße zeigen, daß in Bochum kein Platz für die Hakenkreuzler ist, denen eine vernichtende moralische Niederlage beigebracht werden müsse. Der christliche Polizeipräsident sprach in einem Atemzug von der friedlichen Haltung der Hakenkreuzler und der „nichtfriedlichen" der KPD. Oberregierungsrat Kretschmar erklärte in der Unterredung, daß

am kommenden Sonntag wahrscheinlich ein Durchgreifen der Polizei zur Räumung der Straßen und des Aufmarschplatzes der Faschisten notwendig sei. Es sei daher zweckmäßig, im Sinne des Grzesinski-Erlasses vorbeugende Maßnahmen durch das Verbot der Partei und des RFB. zu treffen.

Die Vertreter des Polizeipräsidiums erklärten ferner gegen die kommunistische Presse drohend, daß im Falle von Zusammenstößen die bisher erschienenen Artikel als Material herangezogen werden sollten. Bereits in dieser Aussprache wurde das **„Nieder"-Rufen als ein Grund zum Vorgehen gegen Partei und RFB. bezeichnet.** Die Belegschaften Bochums, die sich eben erst bei den Betriebsrätewahlen hinter die KPD. gestellt haben, werden vor diesen Drohungen selbstverständlich nicht zurückschrecken.

„Säuberungsaktion" bei der Verkehrs-A.-G.

Die „Rote Fahne" erhält folgenden Bericht:

Kurz nach der Betriebsratswahl bei der Verkehrs A.G. wurden einige aktive oppositionelle Arbeiter, die bei der Nord-Südbahn beschäftigt waren, mit der Begründung „Arbeitsmangel" entlassen. Jetzt wurden einige dieser Kollegen zum Berliner Polizeipräsidium, Abteilung 1a, geladen. Nach einem Verhör über ihre politischen Anschauungen wurde ihnen erklärt, daß gegen sie Anklage wegen Nötigung und Erpressung sowie gewaltsame Abhaltung anderer Kollegen von der Arbeit erhoben werde. Wie SPD.-Funktionäre in den Verkehrs-A.-G.-Betrieben erklären, wird jetzt seitens der Direktion zusammen mit der SPD.-Fraktion und dem Berliner Polizeipräsidium eine „Säuberungsaktion" in den Verkehrsbetrieben geplant. Die sozialdemokratischen Funktionäre erklären offen:

„Die Kommunisten haben zwar die Mehrheit bei den Betriebsratswahlen erhalten, doch die SPD. hat die Macht. Sie wird das schon beweisen. Die Berliner Verkehrs A.-G. muß eine Hochburg der SPD. werden. Die Zusammenarbeit zwischen Direktion, SPD.-Funktionären und Polizeipräsidium ist keine Betriebsspitzelei, sondern nur eine regelrechte Funktionärarbeit, da doch der Direktor Brolat und Zörgiebel SPD.-Mitglieder sind."

In einer verlegenen offiziellen Darstellung der Entlassungen bei der Verkehrs A.-G., die der Direktor der Verkehrs A.-G., der Sozialdemokrat Brolat, im gestrigen „Vorwärts" gibt, wird die Hilfe der Polizei im Kampfe der Verkehrs-A.-G.-Direktion gegen die Opposition gedeckt. Die furchtbare Niederlage bei der Betriebsrätewahl und nicht zuletzt der Beschluß der Betriebsversammlungen der Verkehrsbetriebe in den letzten Tagen, am 1. Mai die Verkehrsbetriebe stillzulegen, ist der SPD. so in die Knochen gefahren, daß sie ihren gesamten Polizei- und Verwaltungsapparat eingesetzt hat. Dabei arbeiten die Sozialdemokraten Brolat und der Direktor der Nord-Südbahn, der Deutschnationale Klatber, Hand in Hand, wie das der Sozialdemokrat Zörgiebel mit den deutschnationalen Polizeioffizieren auch tut.

fortgeschrittensten Teiles der bayerischen Arbeiter- und Soldatenmassen.

Auf dem Boden dieser Unentschlossenheit lauerte der Gedanke, daß es vielleicht doch noch einen kampflosen Ausweg aus der verfahrenen Situation gäbe. Es entstand die Hoffnung, daß die Scheingäbe. Es entstand die Hoffnung, daß die Scheinräteregierung Tollers sang- und klanglos verschwinden und sich gewissermaßen von selbst auf Grund ihrer völligen Hilf- und Kraftlosigkeit auflösen werde. Dadurch wäre alsdann der Konterrevolution unter der Führung der Sozialdemokratie der Vorwand genommen, den Kampf gegen das Proletariat eröffnen zu können.

Dieser Gedanke war äußerst naiv und übersah vollständig den Gang und die Dialektik der lebendigen politischen Klassenkräfte. So lächerlich und erbärmlich die Regierungsspielerei der Toller und Konsorten auch war, wie machtlos diese politischen Gernegroße in ihrer Hilflosigkeit den Dingen auch gegenüberstanden, eines jedoch stand fest: die Toller-Regierung existierte, und sie existierte nicht in einem luftleeren Raum. **Eben weil sie das Produkt der sozialverräterischen Politik der Sozialdemokraten und nicht das der Massenaktion des revolutionären Proletariats war, eben weil sie von den Schneppenhorst und Hoffmann provoziert worden war, um den vorzeitigen Kampf auszulösen, damit das revolutionäre Proletariat Bayerns noch niedergeschlagen werden kann, bevor es für die Bourgeoisie zu spät ist, eben deshalb mußte sie unter den Hieben der Konterrevolution fallen. Nicht weil sie ein ernstes Kampfobjekt für die Arbeiterklasse oder für die Bourgeoisie sein konnte, sondern weil mit ihrer Bildung die Kräfte der beiden feindlichen Klassen in Fluß gebracht worden waren, deshalb konnte es kein Zurück mehr geben.**

In der Nacht vom 12. zum 13. April stieß die Konterrevolution unter Führung der Sozialdemokraten vor. Als die Arbeiter und Soldaten Münchens am Morgen des 13., einem Sonntag, die Straßen betraten, prangten an allen Litfaßsäulen und Mauern riesige Plakate, mit denen die Münchener Garnison die Toller-Regierung für abgesetzt und die Hoffmann-Regierung zur rechtmäßigen Regierung erklärt. Gleichzeitig hatte die republikanische Schutztruppe in der Nacht den Bahnhof besetzt, und einen Teil der Toller-Regierung, darunter Mühsam, verhaftet und nach Nordbayern geschleppt. Der Putsch war hauptsächlich mit Hilfe der Republikanischen Schutztruppe und einigen Kasernenräten durchgeführt. Außerdem waren einige kleine Truppenteile aus der Provinz verwendet worden. Führer des konterrevolutionären Putsches waren die beiden Rechtssozialisten Dr. Walter Lowenfeld und Dr. Ewinger, welche im Einvernehmen und im Auftrage der sozialdemokratischen Minister Hoffmann, Schneppenhorst und Endres handelten. Die meisten Unterschriften unter die Erklärung der Münchener Garnison stellten sich später als gewöhnliche Fälschungen heraus. Die Garnison war überhaupt nicht gefragt worden, es waren lediglich einige Soldatenräte durch Dr. Ewinger gekauft worden. Das notwendige Geld hatte Dr. Ewinger zum großen Teil von der — Antibolschewistischen Liga erhalten.

In den Vormittagsstunden begannen die Weißgardisten zur Entwaffnung der Arbeiter vorzugehen. Es war in einem der Sektionslokale der Partei, wo sich die weißen Banditen der Schneppenhorst und Ewinger die ersten blutigen Köpfe holten. Gegen Mittag ging das erste Infanterie-Regiment geschlossen unter kommunistischen Losungen auf die Straße. Arbeiter begannen in Massen die Straßen zu durchziehen. Dem ersten Infanterieregiment folgten Soldaten anderer Truppenteile. Die revolutionären Arbeiter begannen sich mit den Soldaten zu verbrüdern. Die Arbeiter griffen auch ihrerseits zu den Waffen.

Der Riese Proletariat reckte seine Glieder und stand auf. In den ersten Nachmittagsstunden setzte spontan in den verschiedener Gegenden der Stadt der bewaffnete Kampf der revolutionären Arbeiter und Soldaten gegen die konterrevolutionären Truppen ein. Die Partei übernahm die Führung des Kampfes. An die einzelnen Sektionen erging der Befehl der Partei, zu den Waffen zu greifen, und mit zwei kurzen Flugblättern wurden die Massen der Arbeiter und Soldaten zum bewaffneten Kampf aufgerufen.

Der Aufstand der revolutionären Arbeiter und Soldaten Münchens wurde allgemein und der Straßenkampf war im vollen Gange. Der „vorzeitige" Kampf der bayerischen Arbeiterklasse um die Macht war damit entbrannt.

Die Weißen waren auf einen derartigen Widerstand nicht gefaßt. Sie begannen zu weichen, und gegen Abend waren sie auf den Bahnhof zurückgedrängt. Hier konzentrierten sich ihre ganzen Kräfte. Der Genosse Eglhofer übernahm die unmittelbare Leitung des Kampfes. Geschütze und Minenwerfer wurden von den aufständischen Arbeitern und Soldaten herangeschleppt. Bevor die Arbeiter mit dem Bombardement gegen den Bahnhof begannen, forderten sie die weiße Besatzung auf, zu kapitulieren. Die Weißen antworteten mit der Erschießung der Parlamentäre. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten eröffneten darauf schonungslos das Bombardement. Nach dem Bombardement gingen die Arbeiter und Soldaten zum Sturm vor. Voraus, an der Spitze der Stürmenden der Genosse Eglhofer. Der Bahnhof wurde genommen. Aschenbrenner, diesem alten Soldatenschinder, Kommandant der weißen Besatzung, gelang es, in letzter Minute auf einer Lokomotive zu entkommen. Die Weißen waren damit geschlagen. Die Reste der republikanischen Schutztruppe im Luitpoldgymnasium, in der Stadtkommandantur und an anderen Plätzen, ergaben sich ohne jeden Wiederstand. In der Nacht vom 13. zum 14. April war der konterrevolutionäre Putsch durch das Münchener Proletariat niedergeschlagen und die weißen Söldlinge der Loewenfeld und Ewinger entwaffnet. Das Proletariat hatte die Macht.

Bereits während der Kämpfe waren die revolutionären Betriebs- und Soldatenräte zusammengetreten. Sie beschlossen:

„Der provisorische revolutionäre Zentralrat wird als nicht mehr bestehend angesehen.

Die ganze gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Räterepublik wird einem fünfzehngliedrigen Aktionsausschuß übergeben."

Noch in der Nacht wählte dieser Aktionsausschuß aus seiner Mitte heraus einen viergliedrigen Vollzugsrat, welcher die oberste Regierungsgewalt der proletarischen Diktatur darstellte.

Die Diktatur des Proletariats in Bayern war Tatsache geworden. Ueber München wehte die rote Fahne der siegreichen Revolution.

Hugenbergs faschistisches Diktaturprogramm

Einheitsfront Stahlhelm–Hugenberg–Hitler

Im Dienstag tagte in Berlin der deutschnationale Parteivorstand. Hugenberg referierte und legte sein schon wiederholt propagiertes „Reformprogramm" vor. Gegen den Widerstand der deutschnationalen Gewerkschaftsvertreter, die sich erst vor einigen Wochen unter dem Druck ihrer Anhänger gegen die sozialreaktionären Diktaturpläne Hugenbergs — wenn auch nur zum Schein — ausgesprochen hatten, nahm der Parteivorstand das Hugenbergsche Diktaturprogramm an.

Der Kern desselben liegt in der völligen Ausschaltung des Parlaments und der Aufrichtung der Regierung eines faschistischen Direktoriums mit dem Reichspräsidenten an der Spitze. Nichts anderes bedeuten die Forderungen des Hugenbergprogramms, das in seinem ersten Punkt die Aufhebung des § 54 der Reichsverfassung fordert, und verlangt, daß in Zukunft nur der Reichspräsident die Reichsminister ernennen und abberufen darf. Dasselbe wird auch für die Länder gefordert. Zwischen den Regierungen des Reichs und Preußen sollen Personalunion eintreten. **Der Reichspräsident soll zugleich preußischer Staatspräsident und der Reichskanzler zugleich preußischer Ministerpräsident werden.** Um den partikularistischen, reaktionären Forderungen der einzelnen Länder als Bayern, Württemberg usw. entgegenzukommen, **sollen die gesamten Kultusangelegenheiten, die innere Verwaltung und das Justizwesen dem Reich entzogen und ausschließlich den Ländern zugewiesen werden.** Die wirtschaftlichen Ministerien sollen dagegen beim Reiche verbleiben, d. h. noch mehr als es bisher durch die Sozialdemokraten mit Hilfe des kapitalistischen Schlichtungsapparates getan wurde, sollen in Zukunft mit diktatorisch-faschistischen Methoden die Kämpfe der Arbeiterschaft um Lohn und Brot niedergeschlagen werden!

Dies nur ein paar Beispiele aus dem „sauberen Reformprogramm" der deutschnationalen Volkspartei, das Hugenberg vorerst nur als ein **„Notprogramm zur Ueberwindung des schlimmsten Augenblick!" bezeichnet. Es dürfte also in der** Praxis noch viel besser kommen. Tatsächlich hat die Arbeiterschaft alle Ursache, die Augen offenzuhalten. Daß die Verwirklichung der deutschnationalen faschistischen Diktaturpläne kein „leeres Hirngespinnst" ist, wie es die bürgerliche und auch sozialdemokratische Presse hinzustellen beliebt, darüber kann kein Zweifel sein. Ganz planmäßig verstärkt Hugenberg seine Front, um im gegebenen Augenblick sein Diktaturprogramm zu verwirklichen. Seine engen Verbindungen mit dem Stahlhelm sind hinlänglich bekannt. Jetzt sind zu ihm auch noch die Nationalsozialisten unter Führung Hitlers gestoßen. Ein Artikel des Stahlhelm-Führers Eduard Stadler im Hannoverschen Stahlhelm-Organ, betitelt: „Die wahre Front 1929" macht darüber folgende interessante Mitteilungen:

> **„Nun entsteht die Frage, ob die deutsche Rechte zur Zeit so dasteht, daß sie als politische Front ernstgenommen werden kann und für die Gestellung einer kraftvollen und erlösenden Diktaturregierung reif ist. . . ."**

Stadtler bejaht diese Frage in der offen ausspricht, daß Hugenberg, der Stahlhelm und die **Nationalsozialisten in einiger Front die Diktatur erstreben** und er meint, daß das aktive Auftreten der Deutschnationalen in diesem Sinne schon einen entsprechenden Einfluß auf Volkspartei und Zentrum ausgeübt habe. Am Schluß erklärt er:

> **„Die hier in knappen Umrissen gezeigte Front der parteiparlamentarischen, der wirtschaftspolitischen und der bündischen Rechten mit zentralen Machtformationen Deutschnationale Partei (Hugenberg), Reichsbauernfront (Schiele), Frontsoldatenrat (Seldte, Düsterberg, Hitler) steht vor den Augen des politisch empfindenden Menschen so klar da, daß man nur darüber staunen kann, wenn demgegenüber überhaupt noch von anderen Kombinationen geredet und geschrieben werden kann."**

Der letzte Satz ist gegen den Jungdeutschen Orden und andere Bewegungen der deutschen Bourgeoisie gerichtet, die sich, wie kürzlich gemeldet, im Bund „Front 1929" zur Durchsetzung ihrer Diktaturpläne zusammengefunden haben. Der Stahlhelmführer Stadtler fordert in seinem Artikel die Anhänger dieses Bundes, der vom Bankkapital finanziert und der Deutschen Volkspartei nahesteht, auf, die politischen Differenzen mit der Hugenberg-Front zurückzustellen und in diese einzuschwenken. Tatsächlich stehen der Bildung dieser Einheitsfront zur Verwirklichung des Hugenbergschen Diktaturprogramms keine größeren politischen Schwierigkeiten entgegen.

Die deutsche Arbeiterschaft darf sich keiner Täuschung hingeben. **Was Hugenberg durchsetzen will, das ist dasselbe, was die verschiedenen bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen die Volkspartei besonders in den letzten Wochen mit ihren Vorschlägen zur Verfassungs-, Wahl- und Reichsreform erstrebt und vertreten hat. Nur der Unterschied besteht, daß Hugenberg offen und brutal seine Absichten darlegt,** während die übrigen bürgerlichen Parteien dies mehr mit der üblichen bürgerlich-demokratischen Sauce würzen, um damit ihre diktatorischen Pläne zu verdecken. Der neueste Sieg der Trustbourgeoisie alias Volkspartei bei den Etatsverhandlungen zeigte der Arbeiterschaft erneut, wer die Politik der Koalitionsregierung Müller diktiert. Die SPD.-Führer führen nur die Befehle der Trustbourgeoisie aus. **Die Einheitsfront reicht tatsächlich jetzt schon von Hugenberg über Stahlhelm, Hitler und Hörsing bis zu den sozialimperialistischen Führern.** Planmäßig wird die Diktatur der faschistischen Trustregierung gegen die deutsche Arbeiterschaft vorwärtsgetrieben. Ihr entgegen steht die rote Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Unter ihrem Kampfruf der Niederschlagung der Bourgeoisie und des Diktatur des Proletariats müssen sich alle revolutionären Arbeiter sammeln

Immer weniger für die Erwerbslosen

Noch 40 Millionen Abstriche / Einstellung der Krisenfürsorge geplant

Die genaue Aufstellung der von den Koalitionsparteien im Reichsetat vorgesehenen neuen Streichungen liegt nun vor. Daraus ist zu ersehen, daß an den Mitteln zur Linderung der Erwerbslosennot die rigorosesten Abstriche gemacht wurden.

Für die produktive Erwerbslosenfürsorge, d. h. für Arbeitsbeschaffung, hatte Hilferding in diesem Jahre überhaupt nur 54 Millionen eingesetzt. **Davon sind jetzt volle 20 Millionen gestrichen worden. Außerdem sind die zur Fortsetzung der Kanalbauten vorgesehenen Mittel in der Höhe von über 20 Millionen gestrichen worden.**

Die Streichung der 20 Millionen aus dem Posten für produktive Erwerbslosenfürsorge wird damit begründet, daß im Jahre 1928 bei diesem Etatposten 20 Millionen erspart worden seien und man darum 20 Millionen streichen könne.

Diese Begründung zeigt den Erwerbslosen, in welch schändlicher Weise sie von der Müller-Regierung betrogen worden sind. Millionen Arbeiter sind erwerbslos. In Tausenden von Resolutionen forderten sie Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Notstandsarbeiten. Doch die Müller-Regierung findet Demonstrationsverbote und Einsatz von Schupo billiger. **Obwohl sie Mittel zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung hatte, ersparte sie auf Kosten der hungernden Erwerbslosen davon im zurückliegenden Jahre 20 Millionen.** Für das neue Etat-Jahr sollen 20 Millionen von vornherein gestrichen werden, damit die Mittel für den Panzerkreuzerbau usw. nicht gekürzt werden brauchen.

Mit der Streichung der Mitel für Kanalbauten werden so den Erwerbslosen über 40 bereits vorgesehene Millionen geraubt, obwohl die Ausdehnung der Arbeitsbeschaffung unbedingt notwendig ist und beträchtliche weitere Mittel dazu bereitgestellt werden müßten.

Aber nicht genug damit. Wie ein SPD.-Blatt berichtet, haben die Regierungsparteien unter sich abgekartet, **die Krisenfürsorge am 30. Juni ganz einzustellen.** Die Krisenfürsorge ist vorläufig bis zum 4. Mai ausgedehnt. Die Müller und Konsorten sahen aber ein, daß es schwer sein würde, schon am 4. Mai den Krisenfürsorge-Empfängern die Unterstützung zu rauben. Die Regierungsparteien haben aber abgemacht, die Krisenfürsorge nur bis zum 30. Juni zu verlängern. Eine so kurzfristige Verlängerung bedeutet, daß am 30. Juni mit der Krisenfürsorge Schluß gemacht werden soll.

Diese Pläne der sozialdemokratischen Minister sind so unerhört, daß sich die Erwerbslosen und Betriebstätigen mit aller Energie zur Wehr setzen müssen. Es ist notwendig, den Kampf der Erwerbslosen zu verstärken, damit jede Verschlechterung abgewehrt und die Forderungen der Erwerbslosen durchgesetzt werden.

Mit den sozialdemokratischen Führern aber, die jetzt im Interesse ihrer Panzerkreuzerpolitik das Elend der Arbeitslosen verschärfen, muß überall gründlich abgerechnet werden.

Bürokratenmanöver gegen Eisenbahner

Berlin, 11. April.

Der Sekretär des Hauptvorstandes des Einheitsverbandes der Eisenbahner Aptitsch sprach gestern erneut in einer Berliner Eisenbahnerversammlung über den Lohnkonflikt bei der Reichsbahn. Zu der Eingabe der Spitzenorganisationen an die Reichsregierung erklärte Aptitsch, **„daß eine ablehnende Stellungnahme der Reichsbahn zu den neuen Vorschlägen den Streik der Eisenbahner zur Folge haben wird. Die Organisation sei zur Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Kampfmittels zur Durchführung der berechtigten Forderungen der Eisenbahner bereit."**

Die außerordentlich starke Erbitterung der Eisenbahner über die Passivität der Bürokratie bei dem Lohnkampf veranlaßt die Bürokraten zur Durchführung einiger Manöver, **um unter radikalen Redensarten die Arbeiter von einem Streik abzuhalten und sie zu veranlassen, noch weiterhin in völliger Passivität den Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Reichsbahn-Hauptverwaltung entgegenzusehen.** Daß die reformistischen Gewerkschaftssekretäre trotz ihre Redensarten von der Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Kampfmittels keineswegs an einen Streik denken, geht daraus hervor, daß keine Vorbereitungen zu einem Streik getroffen sind. Deshalb nimmt die Bourgeoisie diese Drohung keineswegs ernst, ist keineswegs beunruhigt und glaubt nicht daran, daß die Spitzenorganisationen es auf einen Streik ankommen lassen. Für die Eisenbahner ist es noch Zeit, im Reiche die Passivität der Bürokratie durch ihre eigene Initiative zu durchbrechen.

Der Konkordatsentwurf fertig

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung" berichtet, daß Nuntius Pacelli voraussichtlich am Dienstag nach Rom reist, um dem Vatikan den Entwurf des preußischen Konkordats vorzulegen. Die Prüfung dürfte einige Zeit beanspruchen, wobei die deutsche Botschaft zu Hilfe gezogen werden soll.

Das schändliche Machwerk ist von den Sozialdemokraten also bereits fertiggestellt und geht nach Rom. Nur Massenproteste der Freidenker- und Arbeiterorganisationen können diesem pfäffischen Treiben der SPD. noch Einhalt gebieten.

Berliner Verkehrsarbeiter für 1. Mai-Demonstration

Berlin, 10. April.

Im Nationalhof in der Bülowstraße fanden gestern vormittag und abends überfüllte Betriebsversammlungen der Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft statt. **In der fast einstimig angenommenen Entschließung forderten die Versammelten alle Kollegen der Berliner Verkehrsgesellschaft auf, sich am 1. Mai an der Demonstration der klassenbewußten Arbeiterschaft zu beteiligen, weiter wird in der Entschließung auf das Schärfste gegen das Demonstrationsverbot Zörgiebels und den Warnungserlaß Grzesinskis protestiert.**

In einer äußerst scharfen Resolution protestieren die Arbeiter des Bahnbetriebswerks Westend gegen das Zörgiebelsche Demonstrationsverbot und mit Stimmen der sozialdemokratischen Kollegen wurde, trotz eifrigsten Bemühens des reformistischen Kreisleiters, beschlossen, den 1. Mai nicht im Saal zu feiern, sondern trotz Demonstrationsverbots auf der Straße für den Achtstundentag, für die Erhöhung der Löhne und ein sozialistisches Deutschland zu demonstrieren.

Die Betriebsversammlung der Firma Schöffer und Wacker protestiert in einer einstimmig angenommenen Resolution gegen das Demonstrationsverbot Zörgiebels und verurteilt aufs Schärfste die Haltung des ADGB.

Das Karl Liebknechthaus unter Belagerungszustand

Berlin, 11. April.

Die Berliner revolutionären Arbeitersportler trugen gestern die Asche des verunglückten Genossen Fritz Reußner nach Friedrichsfelde zur letzten Ruhe. Wie schon bei der Bestattung des von der Polizei ermordeten Genossen Reh, so hatte es auch diesmal die Polizei auf jede nur erdenkliche Störung des Leichenbegängnisses abgesehen. **Obwohl die Beerdigung erst für ½5 Uhr angesetzt war, wurden schon in den frühen Nachmittagsstunden ganze Kolonnen von Schupos nach dem Abfahrtsplatz des Trauerautos, dem Karl Liebknecht-Haus, beordert. Gegen ½3 Uhr glich der große und weite Bülowplatz einem Heerlager der Schupo, und das Karl Liebknecht-Haus befand sich im direkten Belagerungszustand.**

Große Arbeitermassen strömten spontan herbei, um Zeuge dieser Polizeiaktion gegen das Karl Liebknecht-Haus zu sein. Als die Zahl der herbeigeeilten Arbeitermassen auf über tausend angewachsen war, räumte die Polizei rücksichtslos den Bülowplatz. Im Hintergrund standen außerdem noch vier vollbesetzte Lastwagen mit Schupos und Kleinautos mit Polizeioffizieren, ungeduldig wartend, über die Arbeitermassen herfallen zu können. An der eisernen Disziplin der Arbeiterbevölkerung scheiterten alle Provokationen der Polizei.

In Friedrichsfelde versuchte die Polizei die Teilnehmer an der Beisetzungsfeier auf jede erdenkliche Art zu provozieren. Ungezählte Lastwagen durcheilten die Straßen des Berliner Ostens, ebenso wie der Bülowplatz wurde die Webermiese abgeriegelt und alle Passanten am Betreten gehindert.

Proletarische Antwort an Grzesinski

Am vergangenen Sonntag fanden im Ruhrgebiet 3 große Tagungen der Ortsgruppen- und Abteilungsführer des RFB. statt, an denen über 400 Funktionäre teilnahmen. Es wurde beschlossen, **als Antwort auf die Verbotsdrohung Grzesinskis das Märzaufgebot in verstärkter Agitation fortzusetzen.** Die vorgelegten Resolutionen wurden überall einstimmig angenommen.

Die letzte Erwerbslosenversammlung in Ahlen vor dem Verbot des Erwerbslosenausschusses faßte eine Entschließung gegen den Erlaß des sozialdemokratischen Innenministers Grzesinski

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Vor 10 Jahren: Bayerische Räterepublik

Wir sind im Wittelsbacher Palais

Aus der Münchener Räteregierungszeit

Die Räteregierung, die am 14. April 1919 nach dem Niederschlagen des konterrevolutionären Putsches durch das Proletariat entstanden war, hatte — ebenso wie ihre Vorgängerin, die Scheinräteregierung — ihren Sitz im Wittelsbacher Palais am Wittelsbacher Platz. Als wir, zunächst ein paar Genossen am Montag früh den 14. April in das frühere Heim der Wittelsbacher kamen, war das Haus leer. Mit devoter Höflichkeit und zögernd wurden die Vertreter der neuen Regierung von den uniformierten Schloßhütern begrüßt.

Schlüsselbündel rasselten, Türen wurden aufgeschlossen, Tische gerückt, Schreibmaschinen hingestellt. Der Apparat der nuen Regierung tritt in Funktion.

Der alte Sitz der Könige, nach dem Novemberumsturz zum Bürohaus geworden, in dem aber noch die Spuren früherer Pracht erhalten waren, wurde plötzlich zum Anziehungspunkt der Massen. Besonders der Propaganda-Ausschuß, der sich sofort gebildet hatte, wurde täglich von einem Haufen von Menschen überlaufen. Hier war zugleich Pressestelle der Regierung, Agitprop-Abteilung der Kommunistischen Partei, Redaktion des Regierungsorgans „Mitteilungen" (und der Münchener „Roten Fahne" nebenbei), ferner Zensurstelle, Referentenvermittlung und Auskunftsstelle für weiß der Himmel was für Fragen immer. Von hier gingen die Flugblätter und Aufrufe aus, von hier hielt täglich ein Genosse eine Ansprache vom Balkon über die Lage der Räteregierung und den Stand der Operationen an der Front. Trotzdem ohne Passagierschein das Betreten der Räume verboten war, trotz der militärischen Bewachung, fanden sich bald ganze Scharen von Menschen ein mit Vorschlägen und Anträgen. Der politische Dilettantismus der Scheinräterepublik der Toller, Landauer und Mühsam hatte besonders eine Reihe von Intellektuellen angelockt, die — ehrlich gemeint — nun die Zeit für gekommen hielten, um Politik nach ihrem Ideal machen zu können. Zahlreiche Arbeiter kamen zu ihrer Regierung, um über den Stand der Dinge bei Rosenheim oder Dachau zu berichten, um Flugblätter zu bestellen, um sich zu erkundigen, was es auf sich habe mit der „Nationalisierung" der Frauen in Sowjetrußland (eine bekannte konterrevolutionäre Ente jener Jahre) oder ob dieser oder jener Betrieb verstaatlicht werden würde. Die bürgerliche Presse wurde aufgehoben, die Druckereien unter Kontrolle gestellt. Aber gewisse Geschäftemacher waren so rasch in ihrer Umstellung „ins Proletarische", daß es nicht ohne Groteske dabei verlief. So wurde der Zensurstelle einmal ein Film angeboten, in dem Lenin und die russische Revolution figurierten: Lenin als lockiger Jüngling, der von einer Prinzessin verschmäht wird und dem Zarengeschlecht Rache schwört, und in den Grafen Tolstoi einen Rivalen findet.

Eine der anschaulichsten Lehren der Revolution war die Haltung der Mittelschichten und der Mitläufer gegenüber der Räteherrschaft. Im Moment der Straßenkämpfe hatte auch das technische Büropersonal die Bourgeoisie unterstützt; als es galt, das erste Radiotelegramm mit der Siegesmeldung nach Moskau zu senden, da waren die Angestellten des Funkdienstes auseinandergelaufen. Aber sobald die Leutchen merkten, daß die proletarische Regierung fest im Sattel saß, da meldeten sich sofort die Anwärter auf alle möglichen Posten und Aemter. Eines Tages erschien im Propaganda-Ausschuß ein nicht unbekannter, älterer pazifistischer Schriftsteller, der uns deutlich zu verstehen gab, daß er gerne die Rolle des bayerischen Tschitscherin übernehmen würde. Als wir ihm eine bescheidene Arbeit anboten: in der Presse Stellung zu nehmen für die Arbeiterregierung, zog er schließlich vor, sich nicht zu „kompromittieren". Als blutige Ironie blieb mir in Erinnerung ein anderer Besuch. Da erschien, in der zweiten Woche der Diktatur des Proletariats, im Propaganda-Ausschuß ein Polizeibeamter und bewarb sich um einen Posten bei der Räteregierung. Er war gekommen mitsamt seiner Gattin, saß da in Zivil, im Bratenrock, und setzte auseinander, daß Regierung Regierung sei und er jeder Regierung, auch der Räteregierung treu und brav dienen würde. Es ist unbekannt, was dieser Mann tat, als acht Tage später die Kommunisten schockweise von den Weißen auf die Polizei eingeliefert wurden.

Reichlich unerfahren, ja zum Teil vertrauensselig war das Verhalten unserer eigenen Genossen.

Eugen Levíné

Jeder, der zumal in den ersten Tagen, ins Wittelsbacher Palais kam, wurde als Kampfgenosse angesprochen. Von den Mitgliedsbüchern der Kommunistischen Partei, die als Legitimation vorgewiesen wurden, waren die meisten am Tage vorher oder am selben Tage erst ausgestellt worden. Spitzel und Gesindel schlichen sich ein. Als besonders zudringlicher Besucher ist mir in Erinnerung ein baumlanger Kerl in Soldatenuniform, der sich für einen ehemaligen Baltikumer und Kommunisten ausgab. Er brachte Artikel für die „Mitteilungen" und redete sehr revolutionär. Als er eines Tages mit dem Vorschlag kam, im „Auftrag der Räteregierung" den General Epp zu ermorden, da war uns seine Rolle eines Provokateurs klar. Wir wiesen ihn zur Tür hinaus. Einige Tage später sahen wir ihn wieder, in der Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution. Ein Griff in seine Brusttasche beförderte Ausweise von den Noskетruppen, Quittungen über empfangene Löhnungsgelder und Mandate, die Räteregierung auszukundschaften. Dieser Mann wurde verhaftet, um eine Woche später von den Weißen in Freiheit gesetzt zu werden und vor der weißen Justiz als Zeuge gegen die Räteregierung auftreten zu können. Während die Bourgeoisie vom ersten Augenblick an vom „Blut" und „Terror" der Räterepublik posaunte, hatte diese nicht einmal ihre schlimmsten Klassenfeinde an die Wand gestellt. Die Bourgeoisie und ihre Helfer waren weniger blutscheu. Die gefangenen Rotgardisten wurden um Dachauer Wald von den Weißen einfach niedergemacht. Erst auf die Bestialitäten der Bourgeoisie antworteten die Arbeiter mit der Erschießung der Geißeln im Luitpoldgymnasium.

Unvergeßlich für immer wird jedem Teilnehmer jener Ereignisse der riesige Elan und die Kampfbereitschaft der Münchener Arbeiter bleiben. Wir waren wie eine eingeschlossene Festung ringsum umgeben von einem mächtig überlegeneren Feinde. Man war von der übrigen Welt abgeschnitten. Hilfe kam von außen nicht. Nicht einmal von der Zentrale der Kommunistischen Partei in Berlin erging ein Appell zur Unterstützung der Räterepublik in München. Man kämpfte sozusagen auf verlorenem Posten. Und doch war die Hoffnung im Herzen jedes Proleten, der mit der Knarre auf der Schulter durch die Straßen von München ging. Der Aufmarsch der Roten Armee am 22. April gestaltete sich zu einer historischen Willenskundgebung der deutschen Arbeiterklasse. Als eines Abends die Kunde kam, daß die Weißen einen Fliegerangriff auf das Wittelsbacher Palais planen, da bereiteten sich die bewaffneten Arbeiter zur Abwehr. Im Eckzimmer des Propaganda-Ausschusses, von dem aus eine gute Rundsicht gegeben war, hielt eine Kolonne Rotgardisten mit Gewehren und Handgranaten Nacht für Nacht Wache. Ein Gespräch mit diesen Klassengenossen zeigte, daß an revolutionärer Begeisterung und Opferwilligkeit diese Bayern ihren russischen Klassenbrüdern würdig zur Seite gestellt werden konnten.

Am 1. Mai zogen Nosklden in die Stadt mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen. Aber die revolutionäre Arbeiterschaft hatte das Feld nicht geräumt. Studenten, die bürgerlichen Muttersöhnchen, banden sich das weiße Tüchlein um den Arm und zogen auf die fröhliche Pirsch gegen die Proleten aus. Aber die Arbeiter kämpften mit zusammengebissenen Zähnen, kämpften und fielen, um mit ihren Leibern den Weg zu bahnen, für den kommenden endgültigen Sieg.

Frida Rubiner.

Eine einfache Rechnung:

Für 40 Pfg. gibt es..... 8 Zigaretten zu 5 Pfg. oder
10 Zigaretten zu 4 Pfg.

Was, so frägt der Postillion den verehrten Herrn Raucher, ist Dir nun lieber, 8 oder 10 Zigaretten – wenn beide Sorten in der Qualität gleich sind, erst recht, wenn die Vierer besser schmeckt?

Der freundliche „Postillion" erläßt jedem gerne die Antwort und meint, durch einen Versuch sei leicht festzustellen, ob die

Postillion von Zuban zu 4 Pfg.

nicht mindestens jeder 5 Pfg. Zigarette ebenbürtig ist. Ein schlichtes Gewand – ein köstlicher Inhalt!

G. ZUBAN A.G. MÜNCHEN

Das ist schon eine treffliche Zigarette, mein Herr!

Stimmen der Werktätigen

Die Augsburger Arbeitshöfe als Geisel für Erwerbslose

(Arbeiterkorrespondenz)

Augsburg. Was unsere Genossen im Stadtrat gegen die Schaffung der Arbeitshöfe vorbrachten, hat sich Wort für Wort bestätigt. Am 26. März nahmen die Arbeiter der neugeschaffenen städtischen Arbeitshöfe in einer Betriebsversammlung zu ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen Stellung und richteten an den Stadtrat den Antrag:

Die am Samstag, den 23. März 1929 stattgefundene Betriebsversammlung der Beschäftigten des Städtischen Arbeits- und Holzhofes nimmt zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen Stellung und stellt einmütig folgende Forderungen an den Stadtrat:

1. Ab 1. April hat die Bezahlung nach den Sätzen des Notstandstarifs zu erfolgen; eventuell hat nach dem Fürsorgerichtsatz eine angemessene Entschädigung für besonderen Aufwand (Kleidung usw.) zu erfolgen. Desgleichen die Wiedererhöhung der Kinderzulage auf 3 Pfg. pro Std.

2. Mietzinssteuerbefreiungen und Zuwendungen des Wohlfahrtsamtes außer der Barunterstützung (Holz, Kohlen usw.) sollen vom Büro des Arbeitshofes aus erledigt werden.

3. Krankheitstage, die nicht über die Karenzzeit hinausgehen, sollen ebenfalls bezahlt werden.

4. Es ist eine Arbeitsordnung zu erlassen, in der Vorstehendes tunlichst einzufügen ist und die die Schaffung einer Betriebsvertretung vorsieht.

Diese 4 Forderungen bedürften eigentlich keines Kommentars. Schon, daß heute noch solche Forderungen in einem städtischen „Wohlfahrts"-Betrieb gestellt werden müssen, zeigt die ganze Schande derjenigen Kreise, die diese Arbeitshöfe ins Leben gerufen haben. Wir haben bereits gemeldet, daß die Sozialdemokraten den Löwenanteil daran für sich durch ihren Fraktionschef Wernthaler weggenommen haben.

Was bedeuten nun diese Forderungen? Wenn die Arbeiter selbst die Entlohnung eines Notstandsarbeiters verlangen, in Augsburg 72 Pfg. pro Std., dann beweist das, daß ihre Entlohnung eine hundsmiserable sein muß. Angeblich sollen sie 80% der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhalten.

Der Einstellohn im Arbeitshof ist 48 Pfg., dann kann man errechnen, was die Gemeindearbeiter verdienen.

Die Forderung aber, neben dem Fürsorgerichtsatz eine Aufwandsentschädigung zu verlangen, scheint uns das Entscheidende zu sein. Tatsächlich erhalten die Arbeiter nur einen Stundenlohn in der Höhe, daß sie ihren vorher vom Wohlfahrtsamt bezogenen Richtsatz erreichen. Für den Verschleiß von Arbeitskleidung, Fahrt zur Arbeitsstätte, erhalten sie nichts. Ganz moderne Sklaverei! Der ganze Betrieb des Wohlfahrtsamts ist eigentlich nur Leihgeschäft. Nach den Satzungen ist jeder Unterstützte verpflichtet, die Unterstützung nur als Darlehen anzusehen. Dies bedeutet bei den zur Arbeitsleistung in den Arbeitshof dirigierten erwerbslosen Arbeitern, daß sie die Unterstützungen an Holz und Kohlen, die sie zu ihrem im Arbeitshof verdienten Richtsatz gleich den anderen Unterstützungsempfängern erhalten, wiederum in besseren Zeiten zurückzahlen müssen. Wenn dann ein Arbeiter, der im Arbeitshof bei der Städtischen Betriebskrankenkasse versichert ist, krank ist, dann werden ihm **die Karenztage abgezogen** und er kommt während der Krankheit nicht einmal auf den Unterstützungsrichtsatz, welcher nebenbei seit 1926 nicht mehr erhöht worden ist. **Daß keine Arbeitsordnung besteht und eine Betriebsvertretung in diesen sogenannten Wohlfahrtsbetrieben, die immer noch unter der Leitung des sozialdemokratischen Stadtrats Buchwieser sich befinden, nicht anerkannt wird, ist die Höhe der Rechtlosmachung der zwangsweise in den Arbeitshöfen beschäftigten Arbeiterschaft.**

Diese ganzen Arbeitshöfe und ihre Verwaltung sind auf Grund des Vorstehenden nicht mehr allein eine Sache der dort Beschäftigten, die gesamte Arbeiterschaft ist verpflichtet, hier mitzuhelfen und Remedur zu schaffen. **Heran an die Arbeiterschaft der Großbetriebe, Mobilisierung der Arbeiterschaft unter Führung der oppositionellen Betriebsräte gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaschine** nicht nur allein im Interesse der zunächst dabeiteiligten, sondern in der Erkenntnis, daß das, was hier vor sich geht, **ein Versuch ist, der nicht auf** hier beschränkt **bleibt**, sondern weitere Kreise ziehen wird. Nicht erst eine Abrechnung bei den kommenden Gemeindewahlen, sondern heute schon aktive Solidarität mit den rechtlos gemachten erwerbslosen Klassengenossen. AK. 2039.

Wovon Erwerbslose leben müssen

(Arbeiterkorrespondenz)

Wallersdorf. Welche Unverschämtheiten heutzutage die Bourgeoisie und ihre Knechte von einem Erwerbslosen in der freiesten Republik in Deutschland verlangen, will ich nachstehend aufzeigen. Ich bin seit 9. Dezember erwerbslos und beziehe eine **wöchentliche Unterstützung von 12,15 Mk.** für mich und meine kranke Frau. Davon müßte ich **monatlich 15 Mk. Miete** zahlen, was ich aber nicht zahlen kann; von den 12,15 Mk. Unterstützung mußte ich folgendes zahlen: Zur Fahrt nach Landau hin und zurück 0,60 Mk., 1 Zentner Kohlen 2,20 Mk., 3 Bündel Holz 1,05 Mk., 7 Pfd. Brot a 25 Pfg. = 1,75 Mk., 1 Pfd. Zucker 0,35 Mk., 3 Pfd. Mehl 0,75 Mk., ½ Pfd. Salz 0,05 Mk., 15 Pfd. Kartoffel 0,75 Mk., 1 Liter Petroleum 0,40 Mk., Seife und Waschmittel 0,50 Mk., 1 Pfd. Margarine 1,10 Mk., 7 Ltr. Milch 1,75 Mk., Kaffee und Gewürze 0,60 Mk., Organisation 0,10 Mk., 2 Schachtel Streichholz 0,06 Pfg., ist alles zusammen 12,01 Mk., sodaß für **Wohnung noch ganze 14 Pfg. verbleiben.** Von einer Kleidung, Schuhe, Zeitung und sonstiges, was ein Arbeiter brauchen würde, ist gar keine Rede mehr. So passierte mir, als ich eine Arbeit suchte, daß ich **für das Stempeln eines Fahrscheines allein an den Gemeindeschreiber 30 Pfg. Gebühr bezahlen** mußte. Das ist die größte Gemeinheit, die existiert und dazu erhält er selbst jährlich 4000 Mk. für eine tägliche Arbeitszeit von 7 Stunden; würde er an unserer Stelle stehen, würde er nicht so unverschämt sein. Außerdem hetzt der ehemalige Redakteur von der Bayerischen Volkspartei-Zeitung die Bauern gegen die Erwerbslosen auf, damit der Erwerbslose in seiner Notlage noch einen weiteren Feind bekommen soll. Aber die Bauern sind nicht mehr so dumm, wie der Gemeindeschreiber meint, wenn sie auch ihm gegenüber eventuell recht geben.

Deshalb rufen wir euch zu, Genossen und Genossinnen, gebt ihnen bei den kommenden Gemeindewahlen den Fußtritt, daß sie so fliegen, daß sie nie wiederkehren und helft mit zur Befreiung der Arbeiterklasse und die Reaktion restlos zu vernichten. AK. 2040.

Für Arbeitsruhe am 1. Mai

(Arbeiterkorrespondenz)

Tettau. Eine Funktionär-Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre sowie aller Betriebsräte der Glas- und Prozellanbetriebe von Tettau und Umgebung nahm am Sonntag, den 7. April, Stellung zur bevorstehenden Maifeier.

Nachdem von Seiten der Kommunisten auf die Bedeutung der diesjährigen Maifeier angesichts der steigenden Lohn- und Arbeitszeitkämpfe sowie der steigenden Kriegsgefahr und des drohenden Sozialfaschismus hingewiesen wurde, wurde ein Antrag unserer Genossen **„alle Funktionäre werden verpflichtet, in sofort einzuberufenden Belegschaftsversammlungen der Porzellan- und Glasbetriebe für Arbeitsruhe in den Betrieben am 1. Mai einzutreten"** einstimmig angenommen. Trotz der verschiedentlich von den anwesenden reformistischen Gewerkschaftsführern am Ort an der Spitzenführung der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsleitung geübten Kritik wurde jedoch unser Antrag, dieses Jahr einen kommunistischen Referenten am 1. Mai zu den Arbeitern sprechen zu lassen, gegen 11 Stimmen abgelehnt. Mit Recht vertreten darum die revolutionären Arbeiter die Auffassung, daß die oppositionelle Phrasendrescherei der reformistischen Funktionäre Müller, Ruß und Co. gegen die Spitzenführung der Gewerkschaften ein gemeines **Täuschungsmanöver** ist, um die Arbeiter **vor dem Zustrom** zu den Kommunisten abzuhalten.

Mit dem größten Mißtrauen sehen darum auch alle revolutionären Arbeiter den weiteren Vorbereitungen der Reformisten zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai, sowie der aktiven Gestaltung der gegenwärtigen Lohnbewegung entgegen. Sonderbarerweise leuchtete auch in dieser Konferenz die Erziehungsarbeit der Reformisten aus folgendem Vorgang in die Verhandlung. Der reformistische Gewerkschaftsfunktionär (Unterkassierer Eckert) hatte an die Gewerkschaftsleitung ein Schreiben gerichtet, in welchem er für seine Funktion als Unterkassierer statt 4% rund 5% **verlangte. Bei Nichtbewilligung seiner Forderung will er mit allen Unterkassieren der Gewerkschaft den Streik erklären und nicht mehr kassieren!** Derselbe Ecker erklärte jedoch erst kürzlich dem aus dem Porzellanbetrieb gemaßregelten Kollegen Matt, daß er im Betrieb sich seinethalben das Maul nicht verbrennen werde. Zu feig, im Betrieb für die Arbeiterschaft einzutreten und die tariflichen Ueberstundenzuschläge zu verlangen, jedoch in der Gewerkschaft nach dem Beispiel der Bonzen für hohe Bezahlung der gewerkschaftlichen Funktion mit allen Mitteln kämpfen. **Das ist der typische Sumpf des Reformismus. Das sind die Erfolge der sozialdemokratischen Erziehungsarbeit. Arbeiter, mistet aus!** AK. 2041.

Ostergeschenke bei der Holzstoffabrik Olching

(Arbeiterkorrespondenz)

Olching. Die München-Dachauer Papierfabrik A.-G., zu der neben dem Werk Dachau und Pasing auch die Holzstoffabrik Olching gehört, hat unter der Leitung des Generaldirektors Hans Rinderknecht, München, Königinstr. 23, im zweiten Stock, ein neues Mittel gefunden, um die Herren Aktionäre vor dem Hungertod zu retten. Nicht genug, daß in den genannten Werken außerordentlich schikanöse Arbeitsbedingungen einreißen, ging jetzt diese „vornehme" Aktiengesellschaft dazu über, die Pensionsbezüge der alten und durch ein ganzes Leben lang bis auf die Knochen ausgebeuteten Arbeiter in geradezu räuberischer Weise **von 10 bis zu 40% zu kürzen.** Was dies heißt, begreift jedermann sofort, wenn man sich vergegenwärtigt, welch elende Pensionsbezüge überhaupt nun in Frage kommen. Der Endeffekt wird sein, daß Gemeinden, in denen die verschiedenen pensionierten Arbeiter wohnen, aus Gemeindemitteln Wohlfahrtszuschüsse gewähren müssen und so aus Steuermitteln, die wiederum die werktätige Bevölkerung aufbringt, indirekt hohe Dividenden und Tantiemen an die Papierindustriellen bezahlt werden. So schlimm diese ausgemergelten Proleten nun durch die diebische Rationalisierungsmethode der München-Dachauer Papierfabrik A.-G. aber auch geschädigt sind, es sind unglaublicher Weise immer noch Arbeiter in diesen Werken, die noch nicht zu der Erkenntnis gelangten, daß nur der schärfste Kampf gegen das Unternehmertum den Arbeiter zu seinem Recht kommen läßt. Kirche und Kriegervereine, katholischer Arbeiterverein und andere bürgerliche Klimbimgesellschaften sind es, auf die diese bedauernswerten Opfer des Geldsacks noch großenteils schwören. Aber wie soll das anders werden können, wenn Werktags und Sonntags gerade die Arbeiterfamilien es sind, die die Kirche als staatlich konzessionierte Verdummungsanstalt überfüllen. Natürlich der „Rinderknecht" freut sich darüber und lacht sich in die fette Faust; er ist klug genug, um zu wissen, daß er zur Niederhaltung und Beschwichtigung seiner Arbeitstiere (er betrachtet die Arbeiter ja als nichts anderes) an den dickgemästeten Pfaffen eine wertvolle Hilfe besitzt.

Freilich, den Arbeitern fällt es schwer, klar die Klassenfeinde zu erkennen, wenn z. B. der Herr Bürgermeister Tauschek von Olching selbst als Liebediener der Kirche, als „Freund" der Arbeiter auftritt. Die Zwiespältigkeit der Sozialdemokraten ist eben mit eines der größten Hemmschuhe für die Aufklärung der Arbeiterschaft. Nicht umsonst bekämpft die ganze genannte Verschwörerbande den Kommunismus und unsere Genossen bis aufs Blut. Nicht umsonst sind wir den dauernden Verfolgungen und Schikanen der Polizei ausgeliefert. Das müßte der Arbeiterschaft schon ohnehin zu denken geben. **Also, ihr Papier- und Holzstoffproleten, rafft euch auf!** Schüttelt endlich den Schlaf aus eueren Augen und euere Klassenfeinde von eueren zerflickten und zerarbeiteten Rockschößen. Lest die „Neue Zeitung" der Kommunistischen Partei. Tretet in die freien Gewerkschaften ein und kämpft dort gemeinsam mit den Kommunisten. Nur sie sind es, die euere Interessen wirklich aufrichtig und ehrlich vertreten. Kämpft mit uns, es geht ja um euere ureigenste, persönliche Sache. Und merkt euch bei euerem Ostergeschenk ganz besonders den Namen „Rinderknecht", denn er führte die Pensionskürzungen durch. In euerer Entbehrung soll der Name euch stets zu glühendem Haß aufstacheln gegen die bürgerliche Klasse und ihre Diener. AK. 2042.

Grauenvoller Kindsmord

SCB. München, 11. April.

Am 25. Februar dieses Jahres wurde aus dem Auer Mühlbach am Rechen bei der Maschinenfabrik Landes die unbekleidete Leiche eines neugeborenen Mädchens geborgen. Ein Stück Leinen, das anscheinend zu der Leiche gehörte, wurde bei dem damaligen Eisgang abgetrieben. Die Leiche befand sich mitten unter Asche, Staub und Küchenabfällen, ein Umstand, der darauf schließen ließ, daß sie sich außer Wasser vorher in einem Eimer oder anderem Behälter mit Asche usw. befunden hat und mit dem Inhalt in den Auer Mühlbach oder auch schon in den Harlachinger Mühlbach geschüttet wurde. Das Kind hat erwiesenermaßen nach der Geburt gelebt. Die Leichenöffnung, sowie auch die mikroskopische Untersuchung der Lunge haben ergeben, daß es noch lebend in ruß- und aschehaltige Massen gebracht, so daß es solche verschluckt und eingeatmet hat und auf diese Weise erstickt ist. **Die Geburt des Kindes dürfte 14 Tage bis drei Wochen vor der Auffindung erfolgt sein.**

Ein Lieferauto in Brand geraten.

SCB. **Augsburg**, 10. April.

Auf der Landstraße Augsburg—Stätzling geriet gestern nachmittag nahe der Stadtgrenze ein Lieferkraftwagen, vermutlich infolge Motordefekt, in Brand. Das Feuer griff so rasch um sich, daß der ganze Wagen bis auf das eiserne Fahrgestell vernichtet wurde. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt; Personen wurden nicht verletzt.

Durch Veronalvergiftung aus dem Leben geschieden.

SCB. **München**, 11. April.

Eine 30jährige ledige Verlagsangestellte wurde am Montag Vormittag im Schlafzimmer ihrer Wohnung an der Kaulbachstraße bewußtlos aufgefunden und wegen Veronalvergiftung in das Krankenhaus eingeliefert. Tags darauf starb die Lebensmüde ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Sie war nervenleidend.

Ein neuer Einbruch gegen [illegible]

SCB. **München**, 11. April.

In der Nacht zum 9. April wurde in einem Hause an der Augustenstraße vom Hofraum aus durch Wegreißen der Gitterstäbe eines Fensters, das in die Räume eines Strumpfwarengeschäftes führt, eingebrochen. Es wurden Herren- und Damenstrümpfe, Damenwäsche und dergleichen im Werte von ungefähr 12 000 Mark entwendet. Nach den polizeilichen Feststellungen wurde dieser Einbruch von dem bekannten Einbrecher Johann Zehentner ausgeführt, dem bis jetzt zehn weitere Einbruchsdiebstähle zur Last gelegt werden, bei denen ihm Waren im Gesamtwerte von über 80 000 Mark in die Hände fielen. Der größte Teil der bei dem letzten Einbruch von Zehentner erbeuteten Waren konnte wieder beigebracht werden und zwar bei einer Zimmervermieterin in der Augustenstraße, wo Zehentner sich zwei Tage vor dem Einbruch als Schlafwagenkontrolleur eingemietet hatte. Die Festnahme des gefährlichen Einbrechers ist aber trotz eifrigster Fahndung bis jetzt nicht gelungen.

11 Todesurteile

Davon 5 vollstreckt im Verschwörerprozeß in Moskau

Oeffentlicher Lichtbilder-Vortrag

Samstag, den 13. April 1929, abends 7½ Uhr im

Franziskanerkeller, Hochstraße

Overhagen der als Berichterstatter am Prozeß von Anfang bis zum Ende teilgenommen hat, spricht:

Über den Prozeß gegen die 50 Angeklagten, ehemalige Besitzer, Direktoren, Ingenieure, Techniker

Die Anklagen geg. die Deutschen Otto, Badstieber u. Meier

Können deutsche Firmen, Ingenieure, Techniker, Monteure noch ohne Gefahren in Rußland arbeiten?

Über Wirtschaftssabotage und Kriegsrüstungen

In dieser Veranstaltung wird auch die Rettungsfahrt des

„Eisbrechers Krassin"

und **Quer durch Sowjet-Rußland**

im Lichtbild gezeigt

Alle Kreise der Bevölkerung werden zu dieser Veranstaltung eingeladen

Einberufer:

KPD u. Komitee für Arbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland

Papst und Mussolini

Ueber dieses hochaktuelle Thema sprach in öffentlicher Versammlung der Genosse Prof. Mager im Kolosseum. Nach einleitenden Worten des Versammlungsleiters Gen. Olschewski, der auf die besondere Wichtigkeit des Vortrages für das revolutionäre Proletariat mit treffenden Worten verwies, ergriff der Referent zu seinen mehr als zweistündigen höchst interessanten Ausführungen das Wort.

Der Redner wandte sich zunächst — und mit Recht — gegen die gerade in Arbeiterkreisen leider weitverbreitete Auffassung, daß die neueste Aus-

Silverkron, die 5 ₰ Zigarette
mit Gutschein
Perusa München

einandersetzung zwischen Klerikalismus und Faschismus eine die Arbeiterschaft nicht unmittelbar berührende Angelegenheit sei. Mit einem Appell an das selbständige Denken der Arbeiterschaft machte der Referent an Hand stichhaltiger Argumente klar, daß die jetzt im internationalen Ausmaße akut gewordene Konkordatsfrage außerordentlich wichtig sei.

Mit unerschöpflichem Tatsachenmaterial schilderte sodann der Redner Wesen und Tendenz des Faschismus, ausgehend von seiner historischen Entstehung bis zu seiner heutigen Einstellung zu Papsttum und Klerikalismus. Als Hauptmerkmal des Faschismus, gleich welcher Richtung, bezeichnete Mager seine ausgesprochene grundsätzliche Arbeiterfeindlichkeit in seiner Rolle als Helfer des Kapitals (Militärgewalt, Klassenjustiz usw.) zum Zwecke gewaltsamer Aufrechterhaltung des bestehenden kapitalistischen Ausbeutungssystems. Zur richtigen Erfüllung dieser antiproletarischen Aufgaben könne der Faschismus heute nicht mehr der tatkräftigen Mithilfe jener Institution entraten, deren natürlicher Gegner er früher war. Das ist die Kirche. Das neueste Bündnis zwischen Galgen und Kreuz müsse der noch nicht aufgewachten Arbeiterschaft nunmehr endlich die Augen öffnen, welch ungeheuerer Machtzusammenschluß auf der Seite des Kapitals gegen das schaffende Volk durch das Bündnis zwischen Pabst und Mussolini vollzogen wurde. Daraus sei die notwendige Konsequenz zu ziehen, daß in dem Moment, wo der von Hause aus atheistische Duce den unentbehrlichen Machtwert von Religion und Kirche wieder erkannte, auch ihrerseits die Arbeiterschaft die Notwendigkeit und den Kampfwert der proletarischen Freidenkerbewegung erkennen und zu entsprechenden Abwehrmaßnahmen greifen müsse. Um die Absichten der klerikalistisch-faschistischen Allianz gegen das Proletariat zu erkennen, brauche man nicht nach Italien oder anderen faschistisch regierten europäischen Staaten zu blicken. Die gleiche Analyse gelte — mit geringfügigen formalistischen Einschränkungen — ebensogut auch für Bayern.

Gerade die Frauen hätten die Pflicht, jetzt beim bevorstehenden Schulbeginn mit allen nur möglichen Mitteln die Befreiung ihrer Kinder von den schädlichen Einflüssen des Religionsunterrichtes durchzusetzen. Das seien die elementarsten Abwehrmaßnahmen gegen die gegen das Proletariat geschlossene Allianz zwischen Kreuz und Galgen, Hunger und Ausbeutung. Eine endgültige Beseitigung dieser Hydra könne erst durch die Diktatur des Proletariats erfolgen durch Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Kraftquelle, durch Trennung von Staat und Kirche.

Vor Eintritt in die Diskussion verlas Genosse Olschewski eine aus der Versammlung eingelaufene Resolution gegen das Redeverbot für Max Hölz und gegen die sich in letzter Zeit häufenden Unterdrückungsmaßnahmen der bayerischen Polizei und Regierungsorgane gegenüber den proletarischen Organisationen. Die mit einem flammenden Protest schließende Resolution wurde unter stürmischem Beifall einstimmig von der Versammlung angenommen.

Einem jungen in seiner Art stark idealistischen Hitleranhänger machte Genosse Mager in sehr eindringlichen Worten am Schluß seines Nachvortrages klar, daß er, wenn er ehrlich den Kapitalismus zu bekämpfen gesonnen sei, an die falsche Adresse geraten sei, wenn er den lügnerischen Parolen der Faschisten Gefolgschaft leiste.

Gegen 12 Uhr schloß der Versammlungsleiter die anregend verlaufene Kundgebung mit der Ermahnung, das Gehörte nun hinauszutragen in die Wohnungen und Betriebe, zu Angehörigen und Kollegen, die noch im religiösen Dunkel dahinvegetieren. Herzlicher Beifall der bis auf den letzten Platz gefüllten Massenversammlung, die dann begeistert in den Gesang der Internationale einstimmte, gaben der Veranstaltung einen stimmungsvollen Abschluß.

Aus der Partei

Stadtteil Ost. Am Sonntag, den 14. April, vormittags ½10 Uhr, und Montag, den 15. April, abends ½8 Uhr Zusammenkunft der Genossen zur wichtigen Parteiarbeit in ihren Zellenlokalen. **Zelle Ober- und Untergiesing** und Süden im Rest. „Falkenwand". **Zelle Au und Gärtnerviertel** im Rest. „Hammerschmiede", Zehetnstr. **Zelle Haidhausen** in der „Lothringer Bierhalle", Lothringerstr.

NPD.-Erwerbslose. Samstag, den 13. April, vormittags 10 Uhr Sitzung der in der NPD. organisierten Erwerbslosen in der „Roten Wand".

Vereinskalender

Polytechnischer Verein Bayern. Vorführung des Abwasserfilms der Deutschen Abwasserreinigungs-G. m. b. H., Wiesbaden mit Geleitwort am Montag, den 15. April, abends 20 Uhr. Die Vorführung findet statt im Hörsaal 127 der Technischen Hochschule, Eingang XI, Theresienstr., Gittertor. Gäste willkommen, Eintritt frei.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe München. Radsport. Die Versammlung der Rennfahrer wird verschoben auf Dienstag, den 16. April, abends 8 Uhr im Deutschen Reich, Dachauerstraße 143. Ferner diene den Rennfahrern zur Kenntnis, daß das am Sonntag, den 7. April, verschobene Paarfahren am Sonntag, den 21. April zur Durchführung gelangt. Nachmittags Frühlingsfest der Ortsgruppe in Hüllriegelskreuth beim Brückenwirt. Am Samstag, den 13. April, finden folgende Abteilungsversammlungen statt: Abteilung 3 im Rest. Pfalzburg, Reisenstuelstraße 13. Die Mitglieder des Ausschusses treffen sich bis 6½ Uhr, zugleich werden die Mitglieder gebeten, den Hemdenstoff in der Versammlung abzuholen. — Ferner Versammlung der Abteilung 4 im Rest. Ligsalzhof, Ligsalzstraße 23. — Abteilung 6 Mühldorferhof, Äußere Wienerstraße 82. — Der Sportausschuß der Abteilung 6 trifft sich eine Stunde vor der Versammlung. — Abteilung 9 im Rest. Aignerhof, Aignerstraße 26. — Abteilung 12 beim alten Wirt in Forstenried. Abteilung 14 im Rest. Volkshalle, Schulstraße 28. — Abteilung 15 im Rest. Dobmann in Moosach. — Der Ausschuß der Abteilung 15 trifft sich um 6½ Uhr. — Sonntag, den 14. April Jugend- und Ortsgruppenausfahrt nach Anzing, Abfahrt um 8 Uhr. — Die Motorradabteilung betätigt am Sonntag, den 12. April, seine Zielfahrt nach Utting am Ammersee, Treffzeit zwischen 12 und 14 Uhr im Senefelderhof. — Ausfahrt der Abteilung 10 um 9 Uhr nach Zell bei Ebenhausen, bei ungünstiger Witterung Besuch des Deutschen Museums. — Ausfahrt der Abteilung 6 um 1 Uhr nach Haar. — Ausfahrt der Abteilung 15 um 1½ Uhr nach Dachau und Schleißheim. — Ausfahrt der Abteilung 11 um 12 Uhr nach Dachau, abends 18½ Uhr nach der Ausfahrt Versammlung.

Dienstag, den 16. April, abends 8 Uhr Verwaltungssitzung beim Genossen Schwimmer im Rest. Burenlager, Leonrodstraße, zwischen Dachauer- und Fasanerstraße.

Samstag, den 20. April, Quartal-Versammlung im Hofbräu.

Bestattungen am 14. April in München.

Ostfriedhof: Kugelmann Franziska, Gastwirtsgattin, 45 J., 2¾ Uhr; Wammelsberger Maria, Rentnerin, 90 J., 2¼ Uhr; Amershuber Anna, Wäscherin, 70 J., 3½ Uhr; Wiesend Natalie, Reisendenswe., 66 J., 2 Uhr; Baier Josef, Maschinist, 26 J., 3 Uhr.

Westlicher Friedhof: Meyer Christiane, pens. Krankenschwester, 71 J., 1¾ Uhr; Schiedermaier Josef, Versorgungsanwärter, 31 J., 2½ Uhr.

Südlicher Friedhof: Martin Georg, Hausbesitzer, 68 J., i. n. Ehrenstein.

Sendling: Appel Katharina, Elektrotechnikersgattin, 60 J., 11¼ Uhr.

Neuer nördl. Friedhof: Dr. Faller Karl, Amtsrichter, 45 J., 3½ Uhr; Gamm Georg, ehem. Fabrikant, 69 J., 3 Uhr.

Spielplan der Münchener Theater

Samstag, den 13. April abends

Prinz-Regenten-Theater. „Insulinde" oder „Die Kaffeemaschinen von Lebak". 7½ Uhr.
National-Theater. „Der Wildschütz". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. Aus dem Leben eines Taugenichts". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Olympia". 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Friederike". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Weekend im Paradies". 8 Uhr.

Sonntag, den 14. April nachmittags

Kammerspiele im Schauspielhaus. „Revolte im Erziehungshaus". 3½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Gräfin Mariza". 3 Uhr.
Münchner Volkstheater. „Unter Geschäftsaufsicht". 4 Uhr.

Sonntag, den 14. April abends

Prinz-Regenten-Theater. „Die Braut von Messina". 7½ Uhr.
National-Theater. „Tannhäuser". 6 Uhr.
Residenz-Theater. „Spiel im Schloß". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Olympia". 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Friederike". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Weekend im Paradies". 8 Uhr.

Aus der Geschäftswelt

Der Inhaber der Bulgaria-Zigarettenfabrik G. m. b. H., Dresden, Herr S. Krentner, bittet uns zu veröffentlichen, daß sein Unternehmen nicht dem Reemtsma-Konzern angehört, sondern daß er für seine eigne Rechnung arbeitet.

Drucksachen jeder Art liefert schnell und billig
Bajuvarendruck G m. b. H.
Nymphenburgerstraße 32

Billiger kaufen Sie **Schlafzimmer, Küchen,** Speisezimmer, Schränke, Matratzen, Bettstellen, Ottomanen, Diwan bei **Spangler,** Tal, Goldene 19 rückw.

Kaufen Sie Fahrräder und Fahrradteile nur in dem seit 32 Jahren bestehenden Spezial-Geschäft
Riesenhuber, Baader-str. 55
Erstklassige Marken-Räder.
Fünf Jahre Garantie.
Deutsche u. ausländ. Rennmaschinen
Günstige Teilzahlung.
Fahrräder von Mark 45.— an.
Preisermäßigung für Mäntel u. Schläuche

Konsum-Verein Sendling-München e. G. m. b. H.

Obacht! Mitglieder Obacht!

In unserem **Kaufhaus, Rosental 12** ist jetzt im

Parterre u. **1. Stock:** ein gutsortiertes Lager an **Textilien,** aparte Frühjahrsneuheiten in **Stoffen** für Kleider und Mäntel, sowie billige Wasch- u. Mousselinestoffe. Neu: **Trachtenabteilung,** reich sortiert, u. a. echt lederne Hosen

Im 2. Stock: die bedeutend erweiterte reichausgestattete **Schuhwaren-Abteilung**

Im 3. Stock: Neu eröffnet eine **Haushaltungsartikel-Abteilung,** Porzellan, Glas, Steingut etc.

Freundliche Bedienung, mäßige Preise

Der Vorstand

Kluge Mitglieder kaufen am besten im eigenen Kaufhaus

Das ist die wahre Rationalisierung!

BULGARIA STERN 4 ₰

Die Erfolge unseres Unternehmens gestatten uns, daß wir die Früchte unserer Fabrikation voll und ganz dem Raucher zugute kommen lassen. Wir konnten deshalb unsere bisherige 5-Pfennig-Zigarette

BULGARIA-STERN

auf 4 Pfg. herabsetzen. An der Qualität ist nicht das geringste verändert, sondern es werden für diese Zigarette nach wie vor nur hochwertige bulgarische Edel-Tabake verarbeitet, wie sie sonst nur für 6-Pfg.-Zigaretten Verwendung finden.

Für 4 ₰ nunmehr statt 5 ₰ bisher Wert 6 ₰ und mehr

Arbeitersport am Sonntag

Freie Fußballspielvereinigung Südbayern

Die Spiele des morgigen Sonntag bringen meistens das Zusammentreffen zweier gleichstarker Gegner, sodaß auf allen Plätzen interessanter Sport zu erwarten ist. In der Gruppe A wird Sportfreunde über Freiland als sicherer Sieger erwartet, Pasing und Turngemeinde Augsburg dürften sich die Wage halten. BSC. müßte mit dem Liganeuling Haar, wenn auch mit knappem Resultat, fertig werden. Einen hartnäckigen Kampf verspricht das Treffen Süd gegen Eldorado, bei dem der Ausgang ungewiß ist. Dachau dürfte auch auf dem Platze des Gegners, Vorwärts-Augsburg, beide Punkte erringen. Zwei Mannschaften, die technisch auf der Höhe sind, treffen sich auf Oberwiesenfeld, nämlich Freie Turnerschaft und Asozio, eine Punkteteilung dürfte das wahrscheinlichste sein. Von der Gruppe B muß Eintracht nach Göggingen und wird trotz ersatzgeschwächter Mannschaft als Sieger erwartet. Union und Westend sind zwei gleichstarke Gegner, vielleicht gibt der Vorteil des eigenen Platzes für Union den Ausschlag. Ost empfängt auf eigenem Platze Viktoria und dürfte knapp gewinnen. Astoria, das gegenwärtig die Tabelle anführt, muß alle Kräfte zusammennehmen, um in Penzberg ehrenvoll zu bestehen. Die Spiele der ersten Klasse beginnen um 3,30 Uhr, die der zweiten Mannschaften um 1,45 Uhr. Nachstehend die Spieltabelle.

Erste Klasse Gruppe A.

Münch. Sportfreunde gegen Freiland am Chiemseeplatz ½11 Uhr
Pasing I gegen Turngemeinde I in Pasing.
BSC. I gegen Haar an der Fuggerstraße.
Süd I gegen Eldorado I an der Valleystraße.
Vorwärts I gegen Dachau I in Augsburg.
Fr. Tschft. I gegen Asozio I in Oberwiesenfeld.

Erste Klasse Gruppe B.

Göggingen I gegen Eintracht I in Göggingen.
Union I gegen Westend I an der Leopoldstraße.
Ost I gegen Viktoria I an der Balanstraße.
Penzberg I gegen Astoria I in Penzberg.

Zweite Klasse Gruppe A.

Steinhausen I gegen Maisach I in Steinhausen.
Untermenzing I gegen Kickers AI in Untermenzing.
Borussia N. gegen Berg a. Laim in Berg a. L.

Zweite Klasse Gruppe B.

Freimann I gegen Waldtrudering I in Freimann.
Olching I gegen Kirchseeon I in Olching.
Gilching I gegen Talham I in Gilching.
Schwaben I gegen MAM. in Schwaben.
Planegg I gegen Astoria R. in Planegg.

Zweite Klasse Gruppe C.

BfR. I gegen Lerchenfeld I an der Hansastraße.
Ingolstadt I gegen Pasing R. in Ingolstadt.
Eintracht F. gegen Allach in Freising.
FC. München gegen Ringsee in Sendl. Oberfeld.

Erste Klasse Gruppe A, 2. Mannschaft.

BSC. II gegen Haar II an der Fuggerstraße.
Süd II gegen Eldorado II an der Valleystraße.
Olching II gegen Dachau II in Olching.
Fr. Tschft. II gegen Asozio II in Oberwiesenfeld.

Erste Klasse Gruppe B, 2. Mannschaft.

Berg a. Laim II gegen Borussia II in Berg a. L.
Union II gegen Westend II an der Leopoldstraße.
Ost II gegen Viktoria II an der Balanstraße.
Planegg II gegen Eintracht II in Planegg.

Zweite Klasse Gruppe C, 2. und 3. Mannschaften.

FC. M. II gegen Eintracht Fr. II in Sendl. Oberfeld um 1 Uhr.
Schwaben II gegen Kirchseeon II in Schwaben um 1 Uhr.
Untermenzing II gegen Pasing II gegen Untermenzing um 1 Uhr.
Fr. Tschft. III gegen Ost AH. in Oberwiesenfeld um ½11 Uhr.

Jugendspiele

BSC. gegen Viktoria um 10 Uhr.
Pfaffenhofen gegen Ost um 10 Uhr.
Union gegen Borussia um 10 Uhr.
Landshut gegen Steinhausen um 10 Uhr.
Olching gegen Haar um 10 Uhr.
Dachau gegen Sportfreunde um 10 Uhr.
Freising-Eintracht gegen Freie Turnerschaft um 10 Uhr.

Schüler:

BSC. gegen Viktoria um 11 Uhr.
Freie Turnerschaft gegen Ost um 10 Uhr.
Union gegen Borussia um 11 Uhr.

Aus Wirtschaft und Betrieb

Was der Ruhrbergbau verdient

und was die „Münchener Neuesten Nachrichten" fordern

Die bürgerliche Presse in Bayern, an ihrer Spitze die „Münchener Neuesten Nachrichten", haben anläßlich der Kündigung des Lohntarifs im Ruhrbergbau ein mächtiges Geschrei über die jämmerliche Lage des Ruhrbergbaues erhoben. Schweigsam wurde diese käufliche Presse allerdings, als die Unternehmer das Mehrarbeitsabkommen kündigten, um die **Heraufsetzung der Arbeitszeit** durchzusetzen. Dafür geht an anderer Stelle die Propaganda für die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Ruhrbergarbeiter und damit der gesamten deutschen Bergarbeiterschaft mit großer Verschlagenheit weiter. So bringen die „Münchener Neuesten Nachrichten" in ihrer Nummer vom 10. April in ihrem Wirtschaftsteil einen Artikel unter der Ueberschrift „Das Tarifproblem im Bergbau", das wieder einmal beweist, daß diese auch von Arbeitern oft gelesene Presse bis zur letzten Konsequenz auf seiten der Unternehmer steht.

In diesem Artikel — und ähnliche erscheinen in der übrigen bürgerlichen Presse in Bayern — findet man einen ganzen Musterkoffer voll reaktionärster sozialpolitischer Forderungen der deutschen Kapitalisten. Da wird zunächst einmal eine **„Gesamtregelung aller bestehenden Tarifverträge zu einem Termin auf eine Zeitdauer von mehreren Jahren"**, zu deutsch also eine **Laufdauer des Tarifes von 2 oder 3 Jahren** verlangt. Daß die Ruhrunternehmer an eine Verbesserung der Lebenslage der Bergarbeiter nicht denken, ist selbstverständlich. Als großartiges Zugeständnis betrachten es die „Münchener Neuesten Nachrichten" schon, wenn die Kohlenbarone „im wesentlichen eine Aufrechterhaltung des heutigen tatsächlichen Zustandes" verlangen. Die Betonung ist bei diesem auf „im wesentlichen" und „tatsächlich" zu legen. Das heißt zunächst, daß die Kohlenbarone in zahlreichen Punkten noch eine Verschlechterung des „heutigen tatsächlichen Zustandes" erstreben. Dazu verlangen sie die **Beseitigung der Arbeitszeitbestimmungen des Manteltarifs, die formal den 7-Stundentag unter, den 8-Stundentag über Tage vorsehen.** In der Wirklichkeit wurden diese Bestimmungen durch das Mehrarbeitsabkommen schon lange beseitigt. In Wirklichkeit besteht im Bergbau der 8- und 9-Stundentag unter Tage, und der 10-Stundentag über Tage. Aber die Unternehmer verlangen, daß auch diese formale Bestimmung fällt und damit die Ueberstundenzuschläge für die über diese Zeit geleistete Arbeit beseitigt werden. Das nennen sie dann eine „Erleichterung der Ueberschichten" und die „Aufrechterhaltung des heutigen tatsächlichen Zustandes".

Wie eng die Interessen der Bergarbeiterschaft international verknüpft sind, das propagieren nicht nur die Kommunisten Tag für Tag, sondern das beweisen auch die Maßnahmen der Unternehmer. So meinen die „Münchener Neueste Nachrichten", daß es nicht ausgeschlossen sei, daß **„auf bergbaulicher Seite" die Absicht besteht, die Einführung der englischen Arbeitszeit (8½ Stunden unter Tage) zu fordern".** Die deutschen Bergarbeiter, die sich während des englischen Bergarbeiterstreiks von ihren sozialdemokratischen Führern verleiten ließen, Ueberschichten zu leisten und damit die Niederlage ihrer englischen Kameraden zu besiegeln, sollen jetzt also von den deutschen Unternehmern die Quittung für diese Gewerkschaftspolitik im Zeichen der Wirtschaftsdemokratie erhalten: Die Verlängerung ihrer Arbeitszeit auf die Dauer der ihrer englischen Kameraden.

Aber wie die Interessen der Bergarbeiter international aufs engste verbunden sind, so ist auch der Ausgang der Lohnbewegung im Ruhrbergbau für die ganze deutsche Arbeiterschaft von großer Bedeutung. Da wollen wir gegenüber dem Gejammer der Unternehmerpresse darauf hinweisen, daß der Bergarbeiterverband im Dezember vorigen Jahres in einer genau detaillierten Rechnung schlüssig nachgewiesen hat, daß die Selbstkosten für eine Tonne Kohlen im Ruhrbergbau 13,88 Mark betragen, während das Ruhrkohlensyndikat, dessen Preispolitik bekanntlich auch die dort sitzenden Sozialdemokraten zugestimmt haben, dafür 16 Mark erhält.

Nach Abzug kleinerer Nebenausgaben und nach Hinzurechnung der Einnahmen durch die Nebenprodukte ergaben sich im Dezember vorigen Jahres auf jede Tonne Kohlen ein Gewinn von 3,47 Mk. Im Januar dieses Jahres stieg dieser Gewinn sogar auf 4,07 Mk.

Da nun die Förderung an Steinkohlen im Ruhrgebiet im Jahre 1927 allein 118,5 Millionen Tonnen betrug, kann sich jeder Arbeiter ausrechnen, welche ungeheure Gewinne die Ruhrindustriellen einstecken.

Die Kohlenbarone sind also durchaus in der Lage, die Forderungen der Ruhrbergarbeiter aufzubringen. Es handelt sich aber nicht um eine rechnerische Frage, sondern um eine Frage des Klassenkampfes. Diesen durchzuführen, dazu haben sich die reformistischen Gewerkschaftsführer als unfähig erwiesen. Deshalb gehört zum Siege der Ruhrbergarbeiter und damit zu einem großen Erfolg für die ganze deutsche Arbeiterschaft die **Beseitigung der reformistischen Führer** im Bergarbeiterverband und die Führung des Kampfes durch von den Belegschaften gewählte Streikleitungen.

188 Millionen Tonnen Kohlenverbrauch

Eine Ergänzung zu dem obigen Artikel bilden einige Zahlen, die der Geschäftsführer des Reichskohlenrats Berghauptmann Bennhold in der letzten Sitzung des Reichskohlenrats bekannt war. Danach ist die Gesamtförderung an Kohle umgerechnet in Steinkohle um eine Million gegenüber Vorjahr und **um 28 Millionen gegenüber dem Jahre 1913 auf 188 Millionen Tonnen gestiegen.** Diese Produktion, die selbst gegenüber dem Rekordjahr 1927 eine Steigerung bringt, wurde so gut wie völlig untergebracht. Bezeichnend ist lediglich, daß die deutsche Kohlenausfuhr etwas gesunken ist, da es der englischen Kohlenindustrie wieder gelang, einige durch den Generalstreik verloren gegangene Absatzgebiete zurückzuerobern.

Trotz des großen Eisenkampfes im Ruhrgebiet beträgt die Förderung an Steinkohlen-Koks 1,6 Millionen Tonnen mehr, als gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber der Friedensförderung ist sie um 6,9 Prozent auf 33,9 Millionen Tonnen gestiegen. An Braunkohlen wurden 166 Millionen Tonnen oder 79 Millionen Tonnen mehr als in der Vorkriegszeit gefördert.

Gegenüber dieser glänzenden Entwicklung der Produktion mußte selbst der Vorsitzende des Reichskohlenrats mitteilen, daß die Kopfzahl im Ruhrbergbau von 443 000 im Jahre 1924 auf 343 000 im Jahre 1928 zurückgegangen ist. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Rückgang der Belegschaftsziffer noch bedeutend größer.

Ein Kommentar zu diesen Zeilen ist wohl überflüssig.

Aus dem Gewerkschaftsleben

Mitarbeit am „Eisenbahner-Echo" Ausschlußgrund

Seit fünf Jahren geben die oppositionelle Eisenbahner im Bezirk Oberschlesien eine wöchentlich erscheinende Betriebszeitung, genannt „Eisenbahner-Echo" heraus. Trotzdem die Zeitung nur 10 Pfennige kostet, gibt es kaum einen Eisenbahner, der nicht Leser dieser Zeitung ist, die schon manche Mißstände durch rücksichtslose Anprangerung beseitigt hat. Die Kolporteure und Berichterstatter sind zu fast 100 Prozent Mitglieder des Einheitsverbandes.

Der Gewerkschaftsbürokratie ist diese Zeitung schon lange ein Dorn im Auge und so hat sich der Bezirksvorstand des Einheitsverbandes, der natürlich nicht auf demokratische Weise zusammengesetzt ist und nicht den Willen der Mitglieder verkörpert, zu einem Generalsturm auf die Waffe der Opposition entschlossen.

In einer Entschließung dieses Bezirksvorstandes heißt es:

„So lange das „Eisenbahner-Echo" Angriffe gegen die Organisation, die führenden Funktionäre und sonstige Mitglieder enthält, ist jede bewußte Mitarbeit und Mithilfe beim Vertrieb des „Eisenbahner-Echos" innerhalb unseres Bezirks als eine verbandsschädigende Handlung im Sinne des § 19 Ziffer 1a unseres Verbandsstatutes zu bewerten und hat zur Folge, daß sich die Kollegen von selbst außerhalb des Verbandes stellen. Die Verbandsinstanzen werden künftig gegen solche Kollegen mit allen statuarischen Mitteln vorgehen, welche Mithilfe des Eisenbahner-Echos auch unter Anwendung illegaler Methoden leisten sollten."

Ueberall, wo diese Entschließung in Gleiwitz, Oppeln und anderen Ortsgruppen des Einheitsverbandes zur Verlesung kam, gab es ein großes Gelächter, und tatsächlich ist die Zahl der Mitarbeiter, besonders der Korrespondenten seit dem Bannfluch erheblich für das Echo gewachsen. Die Ausschlußdrohung ist also eine sehr stumpfe Waffe und vermochte nichts auszurichten.

Um aber doch unsere gut sitzenden Schläge auf die reformistische Verbandsbürokratie einigermaßen zu parieren, will man ein eigenes „Mitteilungsblatt" herausgeben, dem die Kollegen heute schon kein gutes Ende, nämlich Verwendung zu hinterlistigen Zwecken prophezeien.

Die Reformisten haben im oberschlesischen Bezirk noch nie irgendwelchen Einfluß gehabt und selbstverständlich jetzt erst recht keinen.

Die oppositionellen Kollegen tragen sich mit dem Gedanken, das „Eisenbahner-Echo" weiter auszubauen und werden dabei unter den Eisenbahnern weitgehende Unterstützung finden.

Alle Mittel wendet die Bürokratie an, um die Opposition zu schwächen. Die Eisenbahner müssen die Antwort erteilen, indem sie rote Betriebsräte wählen.

Nach Opel — die IG.-Farben?

Der Chemietrust sucht in Amerika Kapital

Ueber die Verhandlungen, die mehrere Direktoren der J. G.-Farben zurzeit in Amerika führen, wird der Oeffentlichkeit von den deutschen Chemiekönigen ebensowenig mitgeteilt, wie über die Produktionshöhe in den Großbetrieben der J. G.-Farben. Diese Geheimdiplomatie verhindert nur deshalb nicht vollständig das Bekanntwerden einiger wichtiger Pläne der Chemietrusts, weil die ausländischen Chemiekonzerne aus Konkurrenzgründen ein Interesse daran haben, die großen Manöver der Farbengewaltigen zu enthüllen. So erfährt man jetzt aus der holländischen Presse neue Tatsachen über die Geheimverhandlungen der Chemietrustdirektoren in Newyork. Der Zweck der Amerikareise war demnach nicht nur der Abschluß von Lieferungsverträgen, sondern vor allem die Kapitalbeschaffung auf dem amerikanischen Markt. Die J. G.-Farben hat geplant, ihre Aktien an der Newyorker Börse einzuführen, was an dem Widerstand der amerikanischen Chemiekonzerne scheiterte. Um den Zufluß des amerikanischen Dollars, den der Chemietrust dringend braucht, zu sichern, versucht man jetzt dasselbe Ziel auf Umwegen erreichen. Es sollen nicht die eigenen Aktien der J. G.-Farben, sondern der von ihr vor einigen Monaten gegründeten schweizerischen Tochtergesellschaft in Newyork eingeführt werden. Bekanntlich ist das Kapital dieser schweizerischen Tochtergesellschaft des deutschen Chemietrusts überraschenderweise von 20 auf 250 Millionen Schweizer Franken erhöht worden. Diese Kapitalerhöhung war nur der erste Teil der geplanten Finanzoperation, die sog. Placierung, d. h. Unterbringung der Aktien auf dem Geldmarkt, ist der zweite Teil, der jetzt in Newyork durchgeführt werden soll.

Diese Vorgänge haben für die Entwicklung des deutschen Kapitalismus eine über das gewöhnliche Maß eines kapitalistischen Finanzmanövers hinausgehende Bedeutung. Bisher war der deutsche Chemietrust vom ausländischen Kapital so gut wie völlig unabhängig. Im Gegensatz zum Stahltrust ist das großzügige Programm einer völligen Erneuerung der Produktionsanlagen ohne die Notwendigkeit einer Auslandsanleihe durchgeführt worden. Im Gegensatz zu anderen Teilen des deutschen Kapitals hat der deutsche Chemietrust seine imperialistische Machtstellung auch durch Kapitalexport wesentlich gefestigt. Wenn nun der Chemietrust direkt oder indirekt seinen Kapitalbedarf in Amerika zu befriedigen versucht, so ist das ein **bedeutsames Zeichen für die inneren Widersprüche des deutschen Kapitalismus, insbesondere für den Gegensatz zwischen der ständigen Erweiterung und Steigerung der Leistungsfähigkeit und der unzureichenden inneren Kapitalbildung.** Selbstverständlich wird das Eindringen des amerikanischen Kapitals hier nicht zu solchen Ergebnissen führen, wie bei Opel. **Der Chemietrust behält seine finanzielle Unabhängigkeit,** auch wenn einige hundert Millionen Mark Kapital ihm vom Ausland zufließen werden. Mit der selbstherrlichen Abgeschlossenheit gegenüber dem internationalen Finanzkapital ist es aber vorbei und diese Entwicklung kann in der Zukunft zu einer noch weitergehenden Abhängigkeit auch des Chemiekapitals vom amerikanischen Imperialismus führen.

Gegen den Spaltungskurs im Baugewerksbund

Ueber 500 Bauarbeiter und Zimmerer Dresdens protestierten in einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung, die von der Opposition einberufen war, gegen die Annahme des neuen Reichstarifvertrages, und forderten alle Bauarbeiter auf, den Kampf für ihre Forderungen zu organisieren.

In einer einstimmig angenommenen Resolution fordern sie die Wiederaufnahme des Kollegen Füssel zu den alten Rechten in den Baugewerksbund. Ueberall müssen die Bauarbeiter dem Beispiel der Dresdener Kollegen folgen und den schärfsten Kampf gegen den Spaltungskurs im Baugewerksbund organisieren.

Oppositionelle Mehrheit im Baugewerksbund Klein-Lehna

In der diesjährigen Hauptversammlung des Baugewerksbundes wurde ein oppositioneller Vorsitzender gewählt. Als Vertreter zur Delegiertenversammlung nach Leipzig wurden ebenfalls drei oppositionelle Kollegen gewählt.

Der gleichfalls als Obmann vorgeschlagene Sozialdemokrat erhielt nur 21, der Kollege der Opposition 38 Stimmen.

Hungerlöhne für die Landarbeiter Mitteldeutschlands vereinbart

Einigung auf Kosten der Landproleten / Der DLV auf dem Rückzug

Am Donnerstag, den 11. April, kam es im Reichsarbeitsministerium zu einer Einigung zwischen den Gutsbesitzern und den sozialdemokratischen Führern vom DLV. und dem Zentralverband der Landarbeiter über die Festsetzung der Löhne für das mitteldeutsche Tarifgebiet, unter dem Vorsitz des Landgerichtsrates Dr. Heuer. Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen. Die Landarbeiter erhalten ab 15. März einen ganzen Pfg. Lohnzulage und ab 1. Juli einen weiteren ganzen Pfennig.

Diese Lohnvereinbarung ist das jämmerliche Machwerk, das in diesem Jahre für die Landarbeiter herausgekommen ist. Am 31. Dezember 1928 lief der Tarif für das mitteldeutsche Gebiet ab. Mitte Dezember bereits richtete der Deutsche Landarbeiterverband ein Schreiben an den Landbund forderte **Angleichung der Löhne an die Industriearbeiter.** Anfang Januar trat die Tarifgemeinschaft zusammen. Die Junker lehnten die Forderung des DLV strikte ab und verlangten noch **2 Pfennig Lohnabbau.** Am 25. Februar fand die dritte Verhandlung statt, in der von dem Schlichter ein Schiedsspruch gefällt wurde, der ab 15. März eine Erhöhung der Landarbeiterlöhne für Männer und Frauen in Höhe von 1 Pfennig vorsah. Die Stundenbarlohnsätze für Gesindelöhne sollten um ½ Pfennig erhöht werden. Dieser Schiedsspruch wurde von der Landarbeiterschaft mit Entschiedenheit zurückgewiesen und die Verbandsbonzen waren genötigt, ihn abzulehnen. Die Gutsbesitzer beantragten daher im Vertrauen auf den sozialdemokratischen Minister Wissell die Verbindlichkeitserklärung des Schandspruches vom 25. Februar. Am 20. März fand im Reichsarbeitsministerium eine Verhandlung statt, in der sich der Schlichter bemühte, eine Einigung zustande zubringen. Diese Verhandlungen scheiterten an dem Widerstand der Gutsbesitzer. Der Schlichter lud darum die Parteien erneut zu der Verhandlung am 10. April, die bis in die Morgenstunden des 11. April hinein dauerten, in der sich dann die Gutsbesitzer mit den Vertretern des DLV. und des Christlichen Zentralverbandes einigten. Mit großem Geschrei haben die Brandenburg, Hille, Rabe und die Klüsser vom DLV. eine Versammlungs-Kampagne Anfang März durchgeführt, um die Landarbeiter von der Notwendigkeit der Zurückweisung des gefällten Schiedsspruches zu überzeugen. Das Zentralorgan des DLV. schrieb in seiner Nummer vom 16. März:

„Der Schiedsspruch ist das Unerhörteste, was die bisherige Lohnbewegungen in der Landwirtschaft gezeitigt haben."

Nunmehr haben sich die Vertreter der Landarbeitergewerkschaften mit einem lumpigen Zugeständnis von 1 Pfennig von den Junkern nachhause schicken lassen.

Wie wir erfahren, haben sich die Arbeiter„vertreter" nur von dem Gesichtspunkt leiten alssen, einen Kampf in der gegenwärtigen Periode zu vermeiden, um, wie sie sich ausdrückten, der Landwirtschaft in ihrer schweren Lage nicht noch weitere Schwierigkeiten zu machen.

Es war von vornherein für jeden, der die Verräter vom Deutschen Landarbeiterverband seit Jahren schon kennt, klar, daß die Hille, Brandenburg und Konsorten gerade in diesem Jahre die Landarbeiter verraten würden.

Die Landarbeiter dürfen unter keinen Umständen sich als Opfer dieses Schachergeschäftes, das zwischen den Sozialdemokraten und Deutschnationalen zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens im Reichsministerium abgeschlossen wurde, einverstanden erklären. Jetzt gilt es, im gesamten Tarifgebiet, zu dem gehören: Provinz Sachsen, Provinz Hannover, Hessen-Nassau, Freistaat Sachsen, Freistaat Thüringen, Freistaat Anhalt und Freistaat Braunschweig, die Landarbeiter aufzurufen, gegen diesen Schlichtungsschwindel Stellung zu nehmen.

Oeffentliche Kundgebung des Z. d. A. München

Am Dienstag dieser Woche fand im Kreuzbräu in München eine gut besuchte öffentliche Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten statt, auf der der 1. Vorsitzende des Verbandes Urban-Berlin über das Thema: „Die Internationale der Privatangestellten" referierte. Der Redner gab einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der freien Angestelltenbewegung im allgemeinen und des Zentralverbandes der Angestellten im besonderen. Er hob hervor, daß das Ziel der Bewegung von allem Anfang an gewesen sei, bestmöglichste Tarife und Arbeitsbedingungen für die Angestellten zu schaffen und daß als eine der Hauptforderungen die gleiche Bezahlung der weiblichen und männlichen Angestellten zu betrachten sei.

Den Ausführungen des Urbans ist im großen und ganzen nichts hinzuzusetzen. Man könnte sie voll akzeptieren, wenn man nicht wüßte, daß zwischen den gesprochenen Wort und der Tat noch ein himmelweiter Unterschied ist. Man hörte da so schöne Worte von einer „Weltanschauung", von der die Angestelltenbewegung durchdrungen sei — im Gegensatz zu anderen bürgerlichen Angestelltenorganisationen. Schade nur, daß man von dieser Weltanschauung, die man doch wohl ganz klar Klassenkampf nennen kann, bei irgendwelchen wirtschaftlichen Kämpfen seitens unserer Bonzen nichts zu merken ist. Da muß man sich allerdings oft fragen, wo denn eigentlich der Unterschied zu bürgerlichen Organisationen zu finden ist.

Den Schluß der Kundgebung bildete ein Vortrag des Werkmeister-Gesangvereins. Nach all den schönen Ausführungen Urbans hatte man erwarten dürfen, daß doch wenigstens die „Internationale" gesungen würde. Aber weit gefehlt! Vom „schönen grünen Wald" und ähnlichen Dingen hat man was vorgesungen und die Zugabe schloß gar mit dem frommen Wunsch: **„Gott segne die Reben und ewig den Wein."**

Das wird der liebe Gott schon tun — nämlich **segne den Wein und die Reben derer, die sie besitzen.** Und daß dazu nicht jene gehören, die die Kundgebung besuchten, das ist jedem klar, der auch nur einigermaßen über die unglaublich schlechten Gehälter gerade der Angestellten unterrichtet ist.

Geschlossene Kampffront in Wien

Reformisten organisieren Streikbruch

Die Wiener Autoarbeiter streiken geschlossen weiter, trotzdem die Unternehmer und die Sozialdemokratie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Streikenden in die Betriebe zurückzutreiben versuchen.

Ueber die Vorfälle liegen jetzt folgende Details vor:

Die Unternehmer haben sich geweigert, selbst ursprünglich versprochene Lohnerhöhung von 2½ Prozent zu geben, da sie glaubten, sich auf die reformistische Abwürgungstaktik verlassen können. In den Hintertreppenverhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsspitzen ließ die Bürokratie demgemäß auch sämtliche 29 Forderungen der Metallarbeiter fallen, einschließlich der letzten Forderung auf 2½ Prozent, die die Unternehmer bloß versprochen hatten, um die Arbeiter mit dieser List in die Betriebe zurückzulocken. Die Reformisten bliesen daraufhin den Streik ab. **Bei Arbeitsantritt weigerten sich die Unternehmer, jegliche generelle Lohnerhöhung zu bewilligen.**

Auf diese Provokation traten die Arbeiter Montag und Dienstag wiederum in den Streik und stellten eigene Forderungen.

Die reformistische Metallarbeiterbürokratie versucht jetzt die geschlossene Kampffront der Wiener Autoarbeiter zu durchbrechen. Die reformistischen Betriebsräte jedes einzelnen Autobetriebs wurden von der Gewerkschaftsleitung aufgefordert, **gesondert mit den Unternehmern zu verhandeln** und anzufragen, ob diese eine Lohnerhöhung bewilligen werden und in welcher Höhe. Die Direktion des Werks Gräf erklärte sich zu einer Lohnerhöhung von 2 Prozent bereit, die Betriebsleitung Perl schlug individuelle Lohnerhöhungen vor. Andere Betriebe verweigerten jegliche Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaftsbürokratie bemüht sich jetzt, die Arbeiter dieser Betriebe **einzeln zum Streikbruch zu bewegen,** indem sie Verhandlungen mit den Unternehmern oder bereits zugestandene Lohnerhöhungen und Konzessionen vorschützt.

Den schärfsten Kampf führen die Gewerkschaften **gegen die Streikleitungen,** da sie in diesen die größte Gefahr für ihr Zusammenarbeiten mit dem Unternehmertum erblicken.

Die KPDe. fordert die Arbeiter auf, geschlossen gegen den versuchten Streikbruch der Reformisten anzukämpfen, Streikleitungen in allen Betrieben zu wählen, den Kampf um die vollen Forderungen aufzunehmen und eine Versammlung aller Wiener Autoarbeiter zur Schmiedung der festesten Kampffront zu organisieren.

Neue Massenverhaftungen in Ungarn

Nach Meldungen der „Prager Presse" ist es am 4. April in Budapest erneut zu **Demonstrationen der Arbeitslosen** gekommen, die unter den Rufen „Wir wollen Arbeit! Gebt uns Brot!" durch die Straßen marschierten. Vor dem Nationaltheater stellte sich ihnen ein Polizeikordon entgegen und trieb sie auseinander. Es kam später in den Nebenstraßen zu weiteren Ansammlungen. Die Polizei nahm acht Verhaftungen vor.

Die politische Polizei soll nach derselben Meldung eine „kommunistische Agitationsorganisation" ausgehoben haben, die in der Ebene zwischen Theiß und Donau arbeitete und für einen Streik der Landarbeiter während der Erntezeit Propaganda machte. Angeblich soll ar der Spitze dieser Organisation ein Kommunist namens Paul Urban gestanden haben. Die Polizei verhaftete 80 Personen.

Der Textilarbeiterstreik in Nordamerika

Newyork, 12. April.

In Gastonia (Nordkarolina) kündigt der linke Gewerkschaftsorganisator Beals, Mitglied der Kommunistischen Partei, an, daß er in weiteren fünfzehn Textilbetrieben in der nächsten Woche den Ausbruch des Streiks erwartet. Die Gewerkschaft besitzt dort Mitgliedschaften.

Aus hunderten Betrieben des Kreises Gastonia kommen zahlreiche Arbeiter nach der Stadt Gastonia und fordern die örtliche Gewerkschaft auf, sie zu organisieren. Die Gewerkschaft läßt den in den südlichen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten vorherrschenden Rassenvorurteilen zum Trotze auch Neger zur Mitgliedschaft zu.

Gegenwärtig streiken in diesem Gebiete bereits über 4500 Textilarbeiter.

Faschistische Mordtaten in Japan

Tokio, 12. April.

Nach der Ermordung des revolutionären Abgeordneten Yamanato durch einen Faschisten hat im ganzen Lande eine neue Hetze gegen die radikalen Arbeiterführer eingesetzt. Es hat den Anschein, als wenn die Bourgeoisie zu einem verschärften Schlag gegen die stark anschwellende revolutionäre Arbeiterbewegung rüstet. Aus allen Teilen des Landes werden Mordtaten faschistischer Banden gemeldet. In den Geschäftsräumen der revolutionären Gewerkschaften erscheinen fast jeden Tag bewaffnete faschistische Banden, die die Büroeinrichtung zerstören und die Angestellten mißhandeln. Die Unternehmer haben Millionensummen zur Bewaffnung der Faschisten ausgeworfen. Bei der Beerdigung des ermordeten Arbeiterabgeordneten kam es im ganzen Lande zu schwerer Zwischenfällen. Die Polizei verhaftete in Tokio Dutzende von Teilnehmern, die zur Beerdigung des ermordeten Führers erschienen waren. Zur Verschärfung ihrer Diktatur bereitet die Regierung eine weitere Einschränkung der Presse, Koalitions- und Versammlungsfreiheit vor.

Indisches Anti-Kommunistengesetz gefallen

London, 12. April.

Das Ereignis des Tages ist die Erklärung des Präsidenten des Parlaments, daß das Antikommunistengesetz von der Tagesordnung abgesetzt werde, weil es verfassungsmäßig nicht zulässig sei. Diese Erklärung wurde von der Linken mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Das englische Kabinett ist unmittelbar nach dem Eintreffen der Meldung über die Entscheidung des indischen Parlamentspräsidenten zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Erklärung formuliert werden soll, die heute der englische Vizekönig in Indien als das „letzte Wort" der englischen Regierung abgeben wird. Die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung haben erneut zahlreiche Drohbriefe erhalten, in denen Attentate angekündigt werden, falls das Gesetz gegen die revolutionäre Bewegung angenommen wird.

Bis weit in die Kreise der bürgerlichen Presse Deutschlands werden die Ereignisse in Indien in dem Sinne kommentiert, daß sie die indische Revolution ankündigen. Ein Beispiel dafür ist die Freitag-Ausgabe der „Vossischen Zeitung". Sie beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit den letzten Kämpfen in Indien, den Streiks in Bombay und anderen Orten, der immer stärker werdenden kommunistischen Bewegung, dem Eingreifen der englischen Regierung, „daß die Sympathien für den Kommunismus ebenso rasche Fortschritte machen, wie die Begeisterung für Rußland" und gelangt zu folgendem Schluß:

„Aber unabhängig von dem, was die Engländer tun werden, ist eines sicher . . . die indische Revolution ist auf dem Marsch."

Wozu wir als Kommunisten kaum etwas hinzuzufügen haben.

Sturmkatastrophe in Arkansas

Städte und Dörfer vernichtet / Bisher 64 Tote

Newyork, 12. April.

Nach Meldungen aus Arkansas trat dort gestern erneut ein schwerer Wirbelsturm auf, der furchtbare Verheerungen anrichtete. Menschen wurden in die Höhe gerissen und vom Sturme weit weggetragen. Zahlreiche Häuser in den vom Tornado betroffenen Städten und Dörfern stürzen ein und begruben unter sich zahlreiche Personen. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sind 11 Städte und Dörfer völlig vernichtet. Bisher sind 64 Personen gemeldet worden, die ein Opfer der Katastrophe wurden. Man fürchtet aber, daß sich unter den Trümmern noch zahlreiche Menschen befinden, sodaß sich die Zahl der Toten noch erhöhen wird.

Schmuggelzwischenfall an der deutsch-polnischen Grenze

WTB. Beuthen, 12. April.

Gegen 2,15 Uhr nachts wurde an der Grenzdienststelle Schomberg-Ost, ungefähr sechs Meter von der Grenze entfernt, auf deutschem Boden der polnische Staatsangehörige Michael Lewarzowski aus Sosnowice (Polen) beim Schmuggeln von einem polnischen Beamten angeschossen. Lewarzowski erlitt einen **schweren Bauchschuß** und wurde in das Städtische Krankenhaus in Beuthen eingeliefert.

Wie wir von beteiligter Seite hierzu noch erfahren, begaben sich kurz nach Mitternacht vier Schmuggler mit Paketen, die Sicherheitsketten entfernten, nach dem Grenzübergang bei Schomberg und entsandten zunächst einen von ihnen nach der Grenzlinie, der auskundschaften sollte, ob der Uebergang frei sei. Nachdem dies zunächst nicht möglich war, versuchten es die Schmuggler, etwa eine Stunde später noch einmal. Dabei hatten sie übersehen, daß ein polnischer Zollbeamter wenige Meter hinter der Grenze ihr Vorgehen beobachtet hatte. Ehe die Schmuggler noch die Grenzlinie überschritten, feuerte der polnische Beamte aus einer Pistole mitten in die Schmuggler hinein. Einer von ihnen brach, durch einen Bauchschuß schwerverletzt, zusammen. Während zwei der Schmuggler die Flucht ergriffen, besaß ein Dritter die Geistesgegenwart, nach dem deutschen Zollhaus zu eilen, um die dortigen Beamten von dem Vorfall in Kenntnis zu setzen. Deutsche Polizei und Zollbeamte begaben sich an den Tatort und trugen den Schwerverletzten nach dem deutschen Zollhaus zurück, von wo er durch die Sanitätskolonne abgeholt wurde. Der Schwerverletzte wurde im Krankenhaus sofort einer Operation unterzogen, doch ist sein Zustand nach den letzten Meldungen besorgniserregend. Einer der Schmuggler wurde von den deutschen Behörden wegen unerlaubten Grenzübertritts in Haft genommen.

Rätekongreß in Moskau

Der Rätekongreß des Moskauer Gouvernements wurde eröffnet. Nachdem Genosse Rykow den Bericht der Regierung über die internationale und innere Lage erstattet hatte, hielt Genosse Baumann im Namen des ZK. und des Moskauer Komitees der KPSU. eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. erklärte: Wir haben die Verwirklichung von Lenins Parolen der Elektrifizierung und Industrialisierung des Landes in Angriff genommen. Die Losung, die kapitalistischen Länder einzuholen, und zu überholen ist schon kein Traum mehr. Die großen Fortschritte bei der Naphtagewinnung und in der Kohlenindustrie wie auch die anderen wirtschaftlichen Leistungen zeigen, daß wir diese Arbeit meistern werden.

Der Kongreß nahm Begrüßungsschreiben an das ZK. der Partei, an die Regierung, die Rote Armee usw. an.

Vor dem Rücktritt Tschangkaischeks

Nanking, 12. April.

Tschangkaischek überraschte die Oeffentlichkeit mit einer Erklärung, daß er beabsichtige, nach der völligen Niederwerfung der Hankauer Truppen von allen seinen politischen und militärischen Funktionen zurückzutreten. Er begründet das damit, daß er im Laufe seiner Regierungstätigkeit zahlreiche Versprechungen gemacht hätte, die er zu halten jetzt nicht in der Lage sei.

Diese Erklärung überrascht deshalb, weil gerade jetzt durch die Niederwerfung Hankaus Tschiankaischek seine Position in China wesentlich verbessert hat. Der eigentliche Grund dürfte aber der sein, daß Tschiankaischek auf diesem Wege erreichen will, von seinen früheren Versprechungen, die er zu halten beabsichtigte, befreit zu werden und aufs bestimmteste damit rechnet, daß nach seinem Siege über Hankau er von der Kuomintang gebeten wird, unabhängig von den früheren Versprechungen seine politischen und militärischen Funktionen weiterhin auszuüben. Ein nicht ungeschicktes Manöver Tschiankaischeks.

Vom weißen Kreuz zur Roten Fahne

Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse

Von Max Hölz

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50
(Nachdruck verboten)

6

Das avisierte Auto traf wirklich ein, die schweren **eisernen Ketten versperrten den Weg,** und mit **Indianergeheul stürzte sich die halb irrsinnig gewordene Bürgermeute auf das Auto.** Tatsächlich **befanden sich in dem Wagen außer sechs Personen,** noch eine Anzahl Gewehre: also waren es Spione. **Ohne auf die Erklärungen und Beteuerungen der Autoinsassen zu hören, warfen sich die hundertprozentigen Vaterlandsverteidiger auf die angeblichen Spione, zogen einen von ihnen durch die Windschutzscheibe, daß die Glassplitter ihm die Schädelhaut zerschnitten, und verprügelten ihn, weil er ein etwas ausländisches Aussehen hatte, in so unmenschlicher Weise, daß er blutüberströmt zusammenbrach.**

Die Helden schleiften die „Gefangenen" nach dem Rathaus. Dort stellte sich heraus, daß der am übelsten zugerichtete Mann leitender Ingenieur des elektrischen Kraftwerks in Bergen bei Faltenstein war, — ausgerechnet von diesem Kraftwerk bezog Faltenstein Kraft und Licht! Er hatte mit anderen Angestellten vom Generalkommando in Plauen Gewehre geholt, um das Elektrizitätswerk gegen feindliche Angriffe zu verteidigen; denn auch er litt an Spionagefurcht.

Da ich Ersatzreservist war, erkundigte ich mich im Bezirkskommando, wann ich zum Militär eingezogen werde. Man sagte mir: am neunten Mobilmachungstage. Auf meine Frage, ob ich mir dann den Truppenteil wählen könne, erhielt ich eine verneinende Antwort. Ich überlegte: wenn ich sowieso am neunten Mobilmachungstag zum Militär muß, mir aber den Truppenteil nicht wählen darf, melde ich mich lieber einige Tage vorher freiwillig, damit ich mir den Truppenteil aussuchen kann. Ich fuhr also gleich in die Garnison Großenhain in der Nähe meines Heimatortes und meldete mich bei dem dortigen 18. Königshusarenregiment als Kriegsfreiwilliger. Meine Einstellung erfolgte am 10. August.

In den ersten Oktobertagen, nach kurzer Ausbildung, rückte ich mit dem 27. Reservearmeekorps ins Feld. Dieses Korps war ganz neu zusammengestellt und stand unter der Führung des sächsischen Kriegsministers General von Carlowitz. Ich wurde mit elf anderen Husaren dem General als Kavalleriestabswache zu seiner persönlichen Begleitung zugeteilt.

Im Oktober 1914 hatten wir vor Ypern unser erstes Treffen mit den Engländern. Nun konnte ich die schwungvollen Reden in der Heimat mit der Praxis im Felde vergleichen.

Beim Vormarsch sahen wir auf der Straße des kleinen Ortes Ledeghem zwölf erschossene Einwohner, darunter zwei Mädchen im Alter von etwa zehn und zwölf Jahren. Diese Menschen waren nicht im Gefecht gefallen, sondern von deutschen Soldaten einfach niedergeknallt worden. Auf unsere Frage, warum sie erschossen wurden, antwortete ein Offizier, das seien Franktireurs; ein deutscher Leutnant, Führer einer Reiterpatrouille sei von einem der erschossenen Mädchen nach der Zeit gefragt worden, und dabei habe ihn das Kind niedergeschossen.

Wir bezogen in Ledeghem Quartier und wurden mit den Einwohnern bekannt. Es stellte sich heraus, daß die Beschuldigungen gegen die Erschossenen heller Unsinn waren. Die deutschen Jäger hatten in der Stadt, aus der sie kamen, alle Wein- und Bierfässer geplündert und in ihrer Betrunkenheit die merkwürdigen Schornsteine mit ihren helmartigen Rauchmützen für Franktireure gehalten.

In dem Ort befand sich ein Haus, an dessen Tür mit Kreide geschrieben stand: „Hier sind die Kinder der Erschossenen." Diese fünfzehn bis zwanzig verwaisten Kinder waren für mich ein erschütternder Anblick.

Solange der Vormarsch gegen Ypern andauerte, kam auch der kommandierende General samt seinem Stab des öfteren ins Gewehr- und Granatfeuer. Als aber der Stellungskrieg anfing, bezog das Generalkommando sichere Quartiere hinter der Front, und nun begann ein Leben, das mich anwiderte. Weniger v. Carlowitz selbst, auch nicht sein Nachfolger, der General v. Schubert, als vielmehr die zahlreichen Offiziere und anderen Schmarotzer im Generalstab soffen, hurten, praßten, daß der gemeine Soldat und auch die Einwohner der feindlichen Ortschaften ihre Achtung vor deutschen Offizieren verloren. Leute, die niemals den Feind gesehen hatten, brüsteten sich mit dem damals noch seltenen Eisernen Kreuz. Ein Feldgendarm, von dem wir sagten, daß drei Männer nicht seinen Bauch umspannen könnten, hatte das Eiserne Kreuz für seine Spitzeldienste erhalten, während er uns vorschwindelte, daß eine schwere Granate fünf Meter vor ihm eingeschlagen und krepiert sei, ohne ihn zu verletzen.

Ich sah, wie Verwundete, die schmutzig, hungrig und durstig von der Front kamen, nicht verpflegt, sondern von Offizieren beschimpft wurden, sie hätten nicht tapfer genug gekämpft. Diese Scham erfüllte mich, wenn ich in meiner neuen Husarenuniform mit den Kameraden hinter dem General auf der Landstraße galoppierte und endlose Reihen Verwundeter, die oft Gefahr liefen, unter die Hufe unserer Pferde zu geraten, uns mit erbitterten Mienen nachschauten.

Ich bekam damals viele Pakete aus der Heimat von meinen Angehörigen und Freunden und gab des öfteren den an unserem Stabsquartier vorbeiziehenden Verwundeten Schokolade oder Erfrischungen. Dafür wurde ich mehr als einmal von den Offizieren des Stabes zurechtgewiesen. Es sollte verhindert werden, daß wir vom Stab überhaupt mit gemeinen Soldaten sprachen.

Einem Franzosen, der einen Bajonettstich in den Mund sowie mehrere Schußverletzungen davongetragen hatte und der nun bleich wie ein Toter an mir vorüberwankte, gab ich aus meiner Feldflasche zu trinken. Das trug mir wieder Anschnauzer von Offizieren und Rippenstöße von einem Feldgendarm ein.

Bei der Erstürmung von Zonnebele hatten die Deutschen viele Gefangene gemacht. Sie wurden in größeren Trupps am Generalstab vorübergeführt, der mit seinen Pferden und Automobilen an der Straße hielt. Die Ulanen hatten die Aufgabe, die gefangenen Engländer in die Etappenstationen abzutransportieren. Sie machten sich ein besonderes Vergnügen daraus, ihnen mit den Lanzen in die Waden und in den Hintern zu stechen. Als ich einmal Zeuge war, wie einer der Ulanen einen sehr kleinen Engländer, der am Ende des Gefangenentrupps marschierte, von hinten mit voller Wucht den rechten Fuß ins Rückgrat stieß, so daß der Gefangene zusammenbrach, bemühte ich mich um den Gestürzten und sprach ein paar Worte in seiner Muttersprache zu ihm. Dies wurde sofort von den Ulanen dem im Auto mitfahrenden Divisionsgeneral gemeldet. Der kanzelte mich vor allen Mannschaft furchtbar ab, und ich galt von Stunde an als ein unsicherer Kantonist, der es mit dem Feinde hielt.

(Fortsetzung folgt)

A. Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in München und Ingolstadt

München-Zentrum

Es hat sich herumgesprochen Cink's Damen-Konfektion ist die billigste!

Damen-Konfektion Cink

Gärtnerplatz München

56771

Nackte

TATSACHE!

Die billigsten und dauerhaftesten

Schuhe

kaufen Sie bei

56862 **Eugen Diegel, am Stachus**

und Filiale: München, Neuhauserstr. 30

Nähmaschinen

für Haushalt, Industrie, Handwerk

Kostenlose Nähanleitung — Zahlungserleichterung

„Deutsche Nähmaschinen"

Vertriebsaktiengesellschaft

56863

München, Gärtnerplatz	— Telefon:	297 616
Nürnberg, Ludwigstr. 51	— Telefon:	25 827
Fürth, Kohlenmarktecke	— Telefon:	73 112
Augsburg, Karolinenstr. D 67	- Telefon:	1 952
Ulm a. D., Bockgasse 12	— Telefon:	2 031
Regensburg, Wahlenstr. 4	— Telefon:	2 407
Ingolstadt, Harderstr. 19	— Telefon:	[illegible]

J. Zeller

Feinbäckerei und Conditorei

Jahnstr. 27

Tel. 27130

Café Bauer

täglich abends 8 Uhr

Künstlerkonzert

Angenehmer Familienaufenthalt

Müllerstr. 54

50807

KARL LEUTE

Spezialgeschäft in

Holzwaren für Haus und Küche

50870 Altes Rathaus und Rumfordstr. 15

56815 Kaufen Sie Ihre

Hüte

bei Griner, Müllerstr. 31

Spezialität: In Herren-Velourhüten von Mk. 12.50 an, riesige Auswahl, Filzhüte von Mk. 10.50, Mk. 4.50. Mützen in allen Preislagen, stets Neuheiten von Mk. 1.90 an.

Möbel-Storz

München, Tal 24

58816

Schokoladen, Kaffee, Tee :-: **alle süßen Sachen**

nur von der

56868 **Süßen Quelle,** Rumfordstraße 22

Max Saffer

Frauenhoferstr. 8

Billigste Einkaufsquelle

55869 für

Kolonialwaren

Spezialhaus für **Opel-Räder**

50851

Günstigste Preise u. Zahlungsbedingungen. Stets Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Rädern

Opel-Fahrrad-Vertrieb, Eugen Niedermayr, München, Bayerstr. 69, am Holzkirchner Bahnhof

---

Josef Rauscher, Tal 58

Sämtl. Musik-Instrumente

56818 Reparatur-Werkstatt

56812

Fleischhandelsgesellschaft m. b. H. - München

Verkaufsstellen nur: Viktualienmarkt 7 (hinter der Nordseefischhalle)
Viktualienmarkt 13 (neben Kustermann)
Färbergraben 35 (gegenüber Knagge & Peltz)
Reichenbachstraße 21 (gegenüber Gärtnertheater)

56767

Karl Mohr

Reichenbachstr. 41

Spezialhaus sämtlich. elektr. Bedarfsartikel

Ochsen-, Kalb- u. Schweinemetzgerei

56843

Peter Mayer, Zweibrücken Straße 11

Schuhreparaturen schnell und billig

Schuhinstandsetzungs-Fabrik HANSA

Tal 17 Augustenstr. 24 56817

Kaufhaus Gebr. List

Reichenbachstr. 47

Unsere bekannt guten Qualitäten

56859 zu niedrigsten Preisen

Max Löwenthal

Augustenstr. 4

56842

Moderne Korsetts

Strumpfwaren - Unterkleidung

Reserviert

Ph. Reinhard

Müllerstr. 36

Radio-Bedarf

50806

Farben
Lacke 56768
Pinsel
Schablonen

R. Wagner

Reichenbachstr. 45

56861

Emelka - Filmpalast

Blumenstr. 29 - Müllerstr. 32

Das Haus der guten Filme

Jed. Donnerstag Programmwechsel

■ **Feine Fleisch- und Wurstwaren** ■

Ludwig Kallmünzer

56864 **Westermühlstr. 15**

Billigste Einkaufsquelle sämtlicher Lebensmittel

56871 Altlebensmittelfirma

Heinrich Bosert

Kolonialwaren — Landesprodukte

Rumfordstr. 11a, nächst Reichenbachplatz u. Viktualien-Markt - Tel. 25297

Führendes Spezialhaus

am Platze

Sonnenstr. 27

gegenüber d. prot. Kirche

Max Hieber, München

Marienplatz Nr. 18

Musikalien Theaterkarten

Elektrola-Schallplatten

56814

Fr. Schummersch

56856 Pestalozzistr. 34

Zigarren - Zigaretten - Tabake

Photo-Scheithauer

Entwickeln - Kopieren - Vergrößern

Apparate auf Teilzahlung

Westermühlstr. 8 - Tel.: 20484

56865

Gebr. E. & J. Marx

Kaufinger Str. 14

Kaufen Sie fertige Herrenkleidung nur bei der Firma Marx, Kaufinger Str. 14

● ***Wir bedienen Sie gut und billig.*** ●

56857

Kolosseum

täglich ab 8 Uhr

Auftreten erster Künstler

Bierhalle

Samstag und Sonntag

Doppel-Konzert mit Komiker-Vorstellung

1. Seitengeb. TANZ

Ausschank der ganz vorzüglichen Spatenbiere

56828

Möbelhaus A. Weichhart

Reichenbachstr. 5-7

liefert Möbel aller Art

zu niedrigen Preisen

auf Teilzahlung

56704

PHOEBUS-PALAST

2200 SITZPLÄTZE - PREISE 1-3 MK.

TRAMBAHNLINIEN 2, 7, 10, 20

SONNENSTR. 8 TEL. 91114, 91510

ERSTKLASSIGE DARBIETUNGEN IN

FILM U. MUSIK

56813

München-Ost

Kaufhaus Pappenheimer

56855 Weißenburgerplatz

Bekannt niedrige Preise!

Spezialhaus für Liköre u. Weine

E. Prester - Weißenburger Str. 43

56786

Ochsen,- Kalb- und Schweinemetzgerei

Otto Steinmayer

56846 Emmererstr. 1

Empfehle zu den niedrigsten Tagespreisen:

Prima frisches Ochsen-, Rind-, Kalb- und Schweinefleisch

56904 **ff. Wurstwaren**

Michael Prenninger, Metzgermstr.

Weißenburger Platz 3

München-West

Drogerie Ludwig Hezel

Inh. Wilh. Sambammer

Drogen — Farben — Verbandstoffe

56792 Kolonialwaren

Schwanthaler Str. 142 Fernruf 56293

München-Süd

Wilhelm Bernbacher

Bäckerei

Conditorei

Lindwurmstraße 143

50820

Aug. Müller

Bäckerei und Conditorei

56825 Auenstr. 29

Anna Stöhr

Damenkonfektion

Kleider — Blusen — Mäntel

56830 **Strickwaren**

Günstige Preise

Thalkirchnerstr. 90, Eing. Kapuzinerstr.

Kolonialwaren - Obst - Gemüse

Karl Trost

56823 Am Glockenbach 6

L. Empfenzeder, Lindwurmstr. 13

Spezialgeschäft für Bruchbänder, Leibbinden

56819 u. Sanitäre Artikel

Lieferant aller Krankenkassen

Aeskulap-Drogerie - Parfümerie

Josef Aufschnaiter +

56831 Häberlstraße 20

R. Regele, Isartalstr. 20

Fahrradhandlung — Reparatur-Werkstatt

56827 **Nähmaschinen Sprechapparate**

Zeitgl. von „Solidarität" erh. 10 % Rabatt

Photo-Artikel u. Hausbedarf

Salvator-Drogerie

56821 Lindwurmstraße 44

Arbeiter-, Angestellte-Beamte

decken ihren Bedarf an Qualitätsschuhwaren von Arbeitsschuhen bis zum Luxusschuh in großer Auswahl nur in dem Fabrikschuhwarenlager von

56829

Josef Weilbach, Roecklplatz 8

direkte Haltestelle der Linie 30

Rosenheim

Auerbräu A. G.

Rosenheim 56890

Vorzügliche dunkle und helle Lagerbiere

I a Spezialbiere Tel. 17 u. 357

Alle Leser

berücksichtigen bei ihren Einkäufen die Geschäfte der Inserenten der

„Neuen Zeitung"

Augsburg-Ingolstadt

+ Bruchleidenden +

empfehle ich das seit fast 60 Jahren überall bekannte, altbewährte und von vielen Aerzten lobend anerkannte

Hans Opel, Bruchband ohne Feder

für Leisten-, Schenkel- u. Hodenbrüche, bei schwerster Arbeit leicht u. bequem tragbar. Tausende mit bestem Erfolg im Gebrauch. Leibbinden für Nabel- u. Bauchbrüche. Suspensorien, Vorfallbandagen. Kein Ring. Kein Kegel! (Viele Dankschreiben von Frauen!) Bruchbänder für Kinder in jedem Alter. Prospekte zu Diensten.

Geschäftsgründung 1873 **Hans Opel** Geschäftsgründung 1873

Bandagen-Spezialgeschäft

München, nur Baldestr. 1, Linie 12, 17, 30.

Die Opel'sche Bruchsalbe ist erhältlich in der Löwen- und Schützen-Apotheke, München. Diskreter Versand. 56824

München-Nord

Berg Osk. - Türkenstr. 31

bekannt für billigsten Einkauf von Fahrrädern — Nähmaschinen — Sprechapparaten und Schallplatten

56791 **Bequeme Teilzahlung**

Anzahlung von Mk. 10.— an / Wochenraten Mk. 3.—

Ankauf

von

Altpapier, Lumpen Flaschen Alteisen u. Metall — Autogummi —

Duschl, Jos.

Gabelsberger Str. 85

56852 Tel. 55286

Schindler & Co., Photohaus

56790 München, Türkenstr. 20

Sämtliche photogr. Bedarfsartikel / Kameras etc.

Sauberste Ausführung sämtl. Amateurarbeiten

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei

Hubert Enzinger

56788 Schleißheimer Str. 47

MARMORHAUS

Leopoldstr. 35 - Tel. 31759

Ecke Hohenzollernstr.

Das Theater der guten Filme!

Wochentags ab 4 Uhr Sonntags ab 2 Uhr

56772

Photo-Kinner

Leopoldstr. 60

Photo-Apparate u. Bedarfsartikel

56819 Alle Amateurarbeiten

Dampfmolkerei Schwabing

Tel. 33557 Leopoldstr. 59

56773 Verkaufsstellen

Leopoldstr. 48 Augustenstr. 76

Ungerstr. 56 Kölnerplatz 8

empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei, sämtl. Wurstwaren

Xaver Biersack

56847 Hohenzollernstr. 24

Ludwig Bauer, Gabelsbergerstr. 81

56850 empfiehlt sich in

Prima Mastochsen Kalb- und Schweinefleisch

Optiker Clemens

Fachgeschäft

für Optik, Photo und Feinmechanik

56787 Thereſienstr. 23

Kaufhaus R. Glückmann

Gegründet 1887 **Augustenstr. Ecke Steinheilstr.** Gegründet 1887

Altbekanntes Spezialhaus für Kleider und Wäschestoffe, - Gardinen - Herren- und Damenwäsche - Strümpfe - Socken - Kragen - Krawatten

56853 Strickwaren - Kurzwaren

Spezialabteilungen: Kinder- u. Damen-Konfektion - Bleyle-Kleidung

---

Ferd. Schweizer Nachfg.

D. Ascher

Das führende Haus

für

Stoffe und Damenbekleidung

Ludwigstr.

Haus- und Küchengeräte Oefen, Herde 56895

kaufen Sie am günstigsten bei

Georg Stahl, Donaustr.

Dampfwäscherei „Edelweiss"

56894 Ludwigstraße 22

N. Gutmann

Manufaktur und Modewaren

56890 ***Moritzstr. 13***

*Das Haus der **guten** Stoffe*

Reserviert

Kaufen Sie im Spezialgeschäft

G. M. Schwarz

Obst- und Beerenweinkelterei — Likörfabrik

Weingroßhandlung — Chabesofabrik

56896 Ludwig Moritzstr.

Schuhhaus Friedmann

Ludwigstr. 10

Erstklassige Qualität Niedrige Preise

56901

Holzer & Neumeier

Milchstr.

Manufakturwaren

56893 Betten u. Aussteuerartikel

Damenmodehaus Theodor Ritter

Am Bach 23

Damenhüte - Damenkonfektion - Pelze

56902

I. K. Neumayer's Nachf.

Inh. Ulrich & Maier

56900 Am Stein 12

Das Spezialgeschäft für Jedermann

Gewerkschaftshaus

Eselbräustr. 2

Spezialausschank der Schäffbrauerei hell und dunkel, sowie Exportbier eigene Schlächterei

billiger Mittagstisch 56892

Pächter Betty und Hans Hauner

Kaufhaus Günther

56897 **Ludwigstr. 3**

Manufakturwaren, Aussteuerartikel

Kleiderstoffe, Damenputz

F. J. M. Rehs
Archiv
f. Zeit...
u. Publizistik
München

Einzelpreis 10 Pfg

Neue Zeitung

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft"

Nr. 91 | „Neue Zeitung" erscheint tägl. Verantwortl. für Redaktion Alb. Buchmann, für Anzeigen G. Epple, Verleger: Freier Verlag G.m.b.H. Druck: Basuvarendruck G.m.b.H. alle in München, Nymphenburgerstr. 32. Telefon 50463, Postscheckkonto: Freier Verlag Nr. 47286 | Freitag, 19. April 1929 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.50 Mk. ohne Zustellgebühr, durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. — Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 50 Pfg. Rabatt nach Tarif | 12. Jahrg.

Wer bezahlt das Papstgeschenk?

Der Empfang Helds in Rom / Der Abschluß des Preußenkonkordats

Faschismus und Klerikalismus, die Feinde der Arbeiterklasse

Der bayerische Ministerpräsident Held ist am Dienstag abend im Vatikan mit dem Pomp und der Aufmachung empfangen worden, wie es sich gehört für einen im Ausland weilenden Vertreter, der einen so wichtigen Staatsvertrag als Geschenk überbringt wie es das preußische Konkordat für die katholische Kirche darstellt.

Wie verlautet, wurde der Ministerpräsident in einer fast halbstündigen persönlichen Unterredung vom Papst empfangen. Außer dem Fachmann für Staatsverträge, dem Geheimen Rat im Außenministerium Baron Stengel war Held von einer weiteren Reihe Staatsbeamter und Parteifreunde begleitet, unter denen sich auch der beim Abschluß des bayerischen Konkordats in den Vordergrund getretenen Prälat und Universitätsprofessor Scharnagel, ein Bruder des Münchener Oberbürgermeisters, befand.

Zu gleicher Zeit wo Held in Rom über den Abschluß des Preußenkonkordats verhandelt, wurden auch durch ein deutsches demokratisches Blatt bekannt, daß das Preußenkondordat perfekt ist und lediglich der Vertrag in seiner heutigen Gestalt noch vom Papst genehmigt werden muß. Auch die übrige Presse ist der Ueberzeugung, daß zum endgültigen Abschluß Rom vielleicht Einwendungen zu machen hat, über deren Formulierung sich man im Vatikan nicht nur mit Pacelli, sondern auch mit anderen, der römischen Kurie absolut untertänigen und treuergebenen Vasalen unterhalten will, wie es die Delegation der bayerischen Regierung darstellt.

Der bayerische Ministerpräsident hat dem Papst als Jubiläumsgeschenk die Kopie eines Seitenaltars der Schloßkapelle von Blutenburg überreicht, die bezeichnenderweise den „König Christus" darstellt und zu deren Aufstellung allein ein großer Saal benötigt wurde.

Wir erlauben uns hier an Held und die bayerische Regierung die Frage zu richten: Wer bezahlt dieses Geschenk?

Diese Frage ist umso notwendiger, als man bisher auch, wie uns berichtet wird, in christlichen Kreisen von einem derartigen Geschenk nichts wußte und das Geschenk selbst an die Hunderttausende von Mark kosten soll.

Wir vermuten, daß sich der bayerische Ministerpräsident auf Kosten der bayerischen Werktätigen nicht lumpen ließ und das Papstgeschenk aus irgendeinem Fond seines Ministeriums oder des bayerischen Kultusministeriums anfertigen ließ. So sehr wir dafür sind, daß die bayerischen proletarischen Künstler und Schriftsteller die Unterstützung erhalten die ihnen vom bayerischen Kultusministerium bisher stets versagt worden ist, so sehr sind wir in diesem Falle dagegen, daß man einer auswärtigen Macht, deren ganze Einstellung, Sinnen und Trachten der Arbeiterschaft feindlich ist, so lostspielige Geschenke überreicht um lediglich das hündische in der Gesinnung gewisser Personen zum Ausdruck zu bringen. Wir stellen deshalb in aller Oeffentlichkeit die Frage: **Ist die Bayerische Regierung bereit Auskunft darüber zu geben, ob das Papstgeschenk auf Kosten der bayerischen Steuerzahler hergestellt wurde?**

Nach den Meldungen der gesamten Presse und auch der von amtlicher Stelle aus verbreiteten Berichten über den Empfang Helds beim Papst zweifeln wir nicht, daß diese Frage mit ja beantwortet werden muß. Sofort drängt sich dann die andere Frage auf, ob die bayerische Regierung in diesem Augenblick wo Bayern noch über 250 000 Erwerbslose besitzt, wo Hunderttausende von Renten- und Fürsorgeempfängern mit den erbärmlichsten Bettelgroschen auskommen müssen, für die Steuergelder der Werktätigen keine andere Verwendung findet. **Mit aller Entschiedenheit muß gegen solche weder vom Landtag noch von irgend einer anderen Stelle genehmigten kostspieligen Gesinnungstüchtigkeiten des Herrn Held protestiert werden.** Auch dann, wenn die Kosten dieses Geschenkes dadurch wieder eingebracht werden sollen, daß Herr Held entsprechende Schmusgelder für den Abschluß des Preußenkonkordats vom Vatikan bezieht, wollen wir weder mit dem einen, noch mit dem anderen etwas zu tun haben.

Der Kardinal Staatssekretär Caspari hat sich, wie die letzten Meldungen lauten, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Prälaten Scharnagl dem Baron Stengel und den Ministerpräsidenten Held in einer längeren Sitzung unterhalten. Jedes politische Kind kann sich an den fünf Fingern abzählen, daß in dieser Sitzung die für den Vatikan wichtigsten Fragen seiner Verbindung mit Deutschland behandelt werden. Keiner der christlichen Politiker wird es wohl abzuleugnen versuchen, daß dies die entscheidende Sitzung war in der an die kulturelle Versklavung der preußischen Werktätigen durch das Preußenkonkordat, das der Kirche daneben noch hunderte von Millionen jährlich bringt, besprochen hat.

Mit aller Entschiedenheit muß gegen die Verhandlungen in Rom im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung Deutschland protestiert werden. Es zeigt sich hier wiederum, welchen verderblichen Einfluß der Vatikan durch die Bayerische Volkspartei und das Zentrum auf Kosten der werktätigen Bevölkerung und im Interesse der Durchführung der Ziele der deutschen und internationalen Bourgeoisie auf das deutsche politische Leben ausübt.

Auch das Preußenkonkordat soll genau wie das bayerische Konkordat die werktätige Bevölkerung nicht nur kulturell hervorheben, finanziell aussaugen, sondern auch ideologisch zu willfährigen Sklaven der Trustbourgeoisie machen. Der Kampf gegen jedes Konkordat und gegen jede Verhandlung mit Rom gehört deshalb mit zu den Lebensinteressen der gesamten Arbeiterschaft.

Was wir heute bringen:

Arbeiterstimmen zum 1. Mai
Max Hölz-Kundgebung in Ludwigshafen
Severing ist der Panzerkreuzer übel bekommen.
Deutsches Memorandum in Paris
Heimwehrkabinett in Wien?
Litwinow entlarvt die Abrüstungsschwindler

Der Reichsanwalt als Mordbegünstiger

Um die Ermordung Karl Liebknechts

Berlin, 18. April.

Im Prozeß wegen Begünstigung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs durch den jetzigen Reichsanwalt Jorns erklärte der Beklagte, der Redakteur des „Tagebuch" Bornstein, **daß das Verhalten Jorns bei der Untersuchung der Morde an Liebknecht und Luxemburg ein derartiges gewesen sei, daß ein Mann, gegen den solches Material vorliegt, in keiner Weise befugt ist, als Reichsanwalt zu fungieren.** Insbesondere schon deshalb nicht, weil dieser selbe Reichsanwalt sich nicht scheute in Prozessen vor dem Reichsgericht seinerseits gegen Angeklagte unhaltbare Verdächtigungen und Verleumdungen auszusprechen. Der Beklagte erklärt, er selbst sei froh, daß er nicht mit solchen Verleumdungen belastet werden kann, wie sie dieser Reichsanwalt gegen Angeklagte ausgesprochen hat.

Nach der Verlesung des Tagebuch-Artikels kommen die Zustände im Militärgefängnis zur Sprache, aus dem der Oberleutnant Vogel entfloh. Der Rechtsanwalt Levi weist darauf hin, daß die Zustände derart skandalös waren, **daß sich Vogel während seiner Haft sogar falsche Päße besorgen konnte.** Auf einen Einwand des Vorsitzenden erklärt Levi, daß man gegen Linksgerichtete ganz anders vorging und mit aller Energie dafür sorgte, daß keine Möglichkeit vorhanden war, mit der Außenwelt zu verkehren. Daß der Mörder Vogel sich einen falschen Paß besorgen konnte und mit Hilfe eines Komplizen entfloh trifft nicht zuletzt den Kläger Jorns als den allein Verantwortlichen.

Bei seiner Vernehmung als Zeuge erklärte der Reichsanwalt Jorns, der damaligeKommandant der Mörderdivision sei bei ihm erschienen und habe ihn gebeten die Untersuchung der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknechts zu übernehmen. Der jetzige Reichsanwalt hatte keine Bedenken, seine Wohnung aufzugeben, ins Edenhotel zu ziehen und

mit den Mördern unter einem Dache zu wohnen.

Er will bestreiten, bereits am 16. Januar mit der Untersuchung der Ermordung der Genossin Luxemburg betraut worden zu sein. Aus den Akten wird **ihm aber das Gegenteil nachgewiesen** und sogar noch die Tatsache, auf die er sich nicht entsinnen kann, **daß er bereits wenige Stunden nach der Uebernahme der Untersuchung den festgenommenen Mörder, Oberleutnant Vogel, auf freien Fuß setzte.**

Diese Freilassung war die erste Amtshandlung von Jorns als Untersuchungsrichter.

Auch die damalige Regierung nahm an dem Verfahren Anteil. In einer Besprechung, der auch der jetzige Reichskanzler Müller beiwohnte, wurde die Zuziehung von sogenannten Beisitzern aus dem Zentral- und Vollzugsrat gefordert. **Jorns betrachtete die Zuziehung solcher Beisitzer als ungesetzlich und behinderte ihre Kontrolltätigkeit derart, daß sie nach kurzer Zeit ihr Amt niederlegen mußten, um nicht mit ihrem Namen die mageren Untersuchungsergebnisse zu decken.**

Die nächste Amtshandlung Jorns war die Freilassung des Leutnants von Pflug-Hartung, der sich ebenfalls öffentlich brüstete, an dem Mord teilgenommen zu haben. Rechtsanwalt Levi erklärt, daß Jorns, trotzdem sich der Verdacht gegen Vogel und Pflug-Hartung immer mehr steigerte, nichts unternahm, es sogar ablehnte, sich der Hilfe der Kriminalpolizei zu bedienen und trotzdem er im Edenhotel wohnte und die Vernehmung der Personen, die im Edenhotel Posten standen und des Hotelpersonals, welches um die Mordzeit Dienst getan hat, nur ein kurzes Telephongespräch notwendig gemacht hätte, Jorns die Ermittlungen dem Stabsquartier, dem Hauptmann Papst, überlassen hat. **Obwohl die Aussagen des Hotelpersonals bereits am 18. Januar in den Zeitungen standen, ersuchte erst am 22. Januar der famose Reichsanwalt das Stabsquartier des Hauptmann Papst um Feststellung, wer vom Hotelpersonal und den Soldaten des Stabsquartiers als Zeugen in Betracht käme. Er überließ also die gesamte Untersuchung den Komplizen der Mörder selbst.**

Die Verhandlung dauert an

Die Sozialdemokratie gegen Arbeiter- und Kleinbauernlisten bei den Kommunalwahlen

München, 18. April.

Der Landesausschuß der Sozialdemokratie Bayerns nahm in seiner Sitzung vom Mittwoch Stellung zur Taktik der SPD. bei den bayerischen Kommunalwahlen und beschloß **Kompromisse irgendwelcher Art, gemeinsame Vorschlagslisten mit anderen Parteien, Interessengruppen oder sonstigen Vereinigung abzulehnen.**

Mitglieder der SP., die sich bei der bevorstehenden Wahl auf eine andere als die offiziell von der Partei aufgestellte Liste setzen lassen, stellen sich von selbst außerhalb der Partei, d. h. sie werden ausgeschlossen.

Mit diesem Ukas erklärt die sozialdemokratische Landesleitung, daß sie eine Beteiligung an Arbeiter- und Kleinbauernlisten, wie sie in einer großen Zahl bayerischer Gemeinden sich auch bei den letzten Kommunalwahlen zeigten, nicht beteiligen wird.

Abbruch der Reparationskonferenz?

Havas berichtet: In Verfolg der heute nachmittag von dem Unterausschuß Revelstoke abgehaltenen Sitzung wird offiziell bekannt gegeben, daß die deutsche Delegation sich geweigert hat, den von ihr gestern gemachten Vorschlag, während 37 Jahren 1650 Millionen Goldmark zu zahlen, zu erhöhen. Infolgedessen werden die deutschen Delegierten nicht mehr an den Arbeiten der Reparationskonferenz teilnehmen. Die Vertreter der Gläubigermächte werden morgen eine Sitzung abhalten, um einen Bericht über den Gegenstand ihrer Mission abzufassen und festzustellen, daß es ihnen unmöglich gewesen ist, sich mit den deutschen Delegierten zu verständigen, um eine Lösung des Reparationsproblems zu finden.

Zu dieser Meldung wird von der deutschen Delegation die Erklärung abgegeben, daß sie sich lediglich geweigert habe, höhere Zahlen als die in ihrem Memorandum angegebenen von sich aus zu befürworten, es sei denn, daß irgendwelche Anregungen gegeben werden könnten, durch die eine Erhöhung der deutschen Leistungsfähigkeit herbeigeführt werden könne. Die Reparationskonferenz wird nach deutscher Darstellung heute eine Vollsitzung abhalten, an der die deutsche Delegation teilnimmt und auf der darüber beschlossen werden soll, ob ein Bericht über die bisher geleistete Arbeit ausgegeben wird.

Ueber das deutsche Memorandum berichten wir an anderer Stelle.

Stahlhelmpleite

Der Gau Niedersachsen des Stahlhelms hatte unter ungeheurer Reklame einen Aufmarsch von Tausenden für den vergangenen Sonntag nach Braunschweig angekündigt. **Aber genau gerechnet marschierten einschließlich der Kapelle ganze 412 Männlein auf.** Den meisten der „Frontkämpfer" sah man an, daß ihnen das letzte Völkermorden tatsächlich wie eine Badekur bekommen ist. Der Aufmarsch war eine große Pleite des Stahlhelms.

Zum 12. Parteitag der KPD.

Der Bankrott der bürgerlichen Demokratie und des parlamentarischen Systems

Von Fritz Heckert

Die bürgerliche Demokratie wurde geboren im Kampfe des Bürgertums mit der absoluten Monarchie um das Recht der unbeschränkten Ausbeutung der überwiegenden Mehrheit des werktätigen Volkes. Das Bürgertum verstand sehr wohl, daß der Staat, zu dessen Erhaltung die Massen geschröpft wurden, ein Instrument der Gewalt zur Durchsetzung der Klassenherrschaft, der feudalen Gesellschaft gegenüber den ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung darstellte. Je mehr die ökonomische Bedeutung der bürgerlichen Klasse wuchs, die die Trägerin einer neuen — der kapitalistischen — Produktionsweise war, um so energischer ihre Forderung nach dem Recht über die Steuern und ihre Verwendung selbst zu entscheiden. Der Kampf um das Etatrecht wurde der sichtbarste äußerliche Ausdruck des Klassenkampfes der aufsteigenden Klasse gegen die Träger der alten Herrschaft. So wurde das Parlament eine Tribüne, auf der diese Kämpfe eingeleitet wurden. Dabei beschränkte man sich keinesfalls auf Redenhalten und Beschlüsse fassen, um die sich die herrschenden Gewalten im Staat kümmerten oder auch nicht kümmerten. In den beiden klassischen bürgerlichen Revolutionen, der englischen von 1646 und der französischen von 1789 geschahen ganz andere Dinge. Unter Oliver Cromwell schuf das englische Bürgertum sich eine bewaffnete Macht und schlug mit dem Schwert das Königtum der Stuart in der Schlacht von Neesby, den König selbst aber in Whiteschappel mit dem Beil das Haupt vom Rumpfe. Und in Frankreich konstituierte sich der „dritte Stand", zur Nationalversammlung. Er jagte die Abgeordneten des Adels und der Klerisei aus den Parlamentssesseln. Er bildete die Nationalgarde und ließ Ludwig XVI. guillotinieren. Von oben bis unten und von unten bis oben wurde der alte Staat mit diktatorischen Mitteln zerstört.

Indem aber die bürgerliche Gesellschaft unter der Losung Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit in ziemlich geräuschvoller Weise ihre Herrschaft aufrichtete, stürzte sie durch ihr Wirtschaftssystem, den Kapitalismus, die Gesellschaft sofort in einen neuen noch schärferen Klassengegensatz. Sie rief den Proletarier auf die Bühne, als einen Kämpfer für seine Befreiung aus neuer Ausbeutung und Unterdrückung für die Aufrichtung eines anderen Gesellschaftssystems, den Sozialismus. Je rascher sich die Elemente der kapitalistischen Entwicklung entfalteten, um so mehr wuchsen die Klassengegensätze und um so erbitterter wird der Klassenkampf. Daraus erklärt sich auch, warum die bürgerliche Revolution in den anderen Ländern nicht mehr in der klassischen Form durchführte, wie in England und Frankreich sondern sich fortgesetzt zu Kompromissen mit den alten Gewalten verstand. **Diese Kompromisse waren notwendig, um die andrängende proletarische Masse leichter niederhalten zu können.** Das Bürgertum verriet feige seine eigene Revolution. Aber dieser Verrat ist politisch und ökonomisch begründet in dem Augenblick, wo das Proletariat zum politischen Bewußtsein erwachte, wo es seine Klassenmission erkennt, wo es immer zahlreicher wird und ökonomisch jene Gesellschaftsschicht darstellt, ohne die die bürgerliche Gesellschaft nicht leben kann. Karl Marx sagt schon im Kommunistischen Manifest, daß vor dem Ausbruch der Pariser Februar-Revolution vom Jahre 1848 erschien, **daß das Proletariat der Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft sei.** Dessen wurde sich die französische Bourgeoisie in der Februar-Revolution sofort klar, als das Proletariat zum ersten Male als handelnde Klasse für seine Klassenforderungen auftrat. In der Juni-Schlacht wurden 17 000 Proletarier niedergemetzelt, auf diese Weise versuchte das französische Bürgertum sich die proletarische Gefahr vom Leibe zu schaffen. Doch die soziale Frage blieb auf der Tagesordnung. Deshalb unternahm die französische Bourgeoisie einen Rückzug von der Demokratie zu „rückständigeren" Formen der Klassenherrschaft. Das allgemeine Wahlrecht wurde abgeschafft und den Gewaltorganen des bürgerlichen Staates, Heer, Polizei und Justiz, außerordentliche Vollmachten zu Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erteilt. Damit wurde aber auch der Grundstein zur Militärdiktatur gelegt. Napoleon Bonaparte mit seiner „Gesellschaft vom 10. Dezember", einer Bande von Dieben und Strauchrittern aus dem Bürgertum, vollendete das begonnene Werk. In den „Klassenkämpfen in Frankreich" schreibt Karl Marx über diese Methode des Bürgertums, die Macht gegen die unterdrückten Schichten der Bevölkerung aufrecht zu erhalten:

„Die koalisierten Bourgeoisiefraktionen aber sind schon verurteilt, indem sie von der einzig möglichen Form ihrer vereinten Macht, von der gewaltigsten und vollständigsten Form ihrer Klassenherrschaft, der konstitutionellen Republik zurückflüchten zu dem untergeordneten, unvollständigen, schwächeren Formen der Monarchie. Sie gleichen jenem Greise, der, um seine Jugendkraft wieder zu gewinnen, seinen Kinderstaat heraussuchte und seinen welken Gliedern anzuquälen versuchte. Ihre Republik hatte nur ein Verdienst, das Treibhaus der Revolution zu sein.

Der 10. März 1850 trägt die Inschrift:
Nach uns die Sintflut!"

Für zwei Jahrzehnte wurde der Bonapartismus Trumpf. Ein „hergelaufener Glücksritter und ein mit ihm vereintes bürgerliches Diebes- und Lumpengesindel" gelangte mit ihm zur Macht. Erst der Krieg von 1870/71 und die Kommune von Paris machte dem bonapartistischen Spuk ein Ende.

(Fortsetzung folgt.)

Max Hölz-Kundgebung in Ludwigshafen

5000 durchbrechen Stützels Demonstrationsverbot

Hitlerbanditen schießen auf Arbeiter / Polizei verhaftet Rote Frontkämpfer

Ludwigshafen, 17. April.

Genau wie in München hatte auch die Ludwigshafener Polizei den Anweisungen Stützels folgend versucht, Versammlungen, in denen Max Hölz sprechen sollte, zu verbieten. Sie rechnete dabei jedoch nicht mit der revolutionären Entschlossenheit der Ludwigshafener Arbeiter, die sich um das Verbot der Polizeiknechte nicht kümmerte, und sowohl die Demonstration, als auch die Versammlung mit Max Hölz als Referenten durchsetzte. Unserem Ludwigshafener Bruderblatt entnehmen wir über den Verlauf des Empfangs Max Hölz in Ludwigshafen und die anschließende Kundgebung folgenden Bericht:

Lange vor Ankunft des Stuttgarter D-Zuges war der Platz zwischen Bahnhof, Eisenbahndirektion und Post schwarz von Menschen. Der RFB. zog mit Musik auf. Rote Fahnen und Transparente waren über dem wogenden Menschenmeer zu sehen. Die Polizei stand machtlos neben der Kundgebung. Als Genosse Max Hölz eintraf, brauste nicht endenwollender Begrüßungsjubel über den Platz. Auf den Schultern der Arbeiter wurde er im Demonstrationszuge zum Versammlungslokal getragen. Vorher hatte noch ein Genosse eine kurze Ansprache gehalten, hatte das provokatorische und von keinem Arbeiter beachtete Verbot der Demonstration durch die Polizei eines sozialdemokratischen Bürgermeisters festgenagelt, und Genosse Hölz hatte in kurzen Worten gedankt und zur Solidarität mit allen proletarischen Gefangenen aufgefordert.

Wo die Polizei schüchtern die Massen beiseits drängen wollte, wurde sie ausgelacht. Sie war nicht fähig, das angekündigte Verbot durchzuführen. Mit einer solchen Geschlossenheit, mit einem so tüchtigen Aufmarsch der Arbeiterschaft Ludwigshafens hatte die Polizei nicht gerechnet. Die Arbeiterschaft hatte sich das Recht auf die Straße einfach genommen, ohne Herrn Weiß oder Herrn Kleefoot um Erlaubnis zu fragen. Ein guter Auftakt zur Demonstration am 1. Mai, die die Ludwigshafener Arbeiterschaft unter der Führung der KPD. durchführen wird!

Die Hakenkreuzler provozieren

Nach der Kundgebung in Ludwigshafen sprach Max Hölz auch in einer Versammlung in Pirmasens, die derart überfüllt war, daß mehrere Tausend keinen Zutritt mehr finden konnten. **Eine tausendköpfige Menschenmasse begleitete nach Schluß der Veranstaltung Max Hölz in sein Quartier. Vor einem Hitlerlokal versuchten Faschisten die Arbeiterschaft zu provozieren und bewarfen die Arbeiter mit Biergläsern, Flaschen usw. Aus einem Lokal wurde auch geschossen und ein Arbeiter durch Bauchschuß schwer verletzt. Die Polizei schritt gegen die Hitlerleute nicht ein, sondern schützte diese und verhaftete, wie dies in Bayern so üblich ist, drei Rote Frontkämpfer.**

Das war einmal!

(Aus der Resolution für die Mai-Versammlungen 1914 der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften.)

„Schwere Bestrafungen ehrlicher Arbeiter, die Streikbrecher beleidigt haben sollen, sind an der Tagesordnung. Die Freisprechung von Streikbrechern, die organisierte Arbeiter erschossen oder erstochen haben ruft immer von neuem Empörung hervor.

Die Militärdiktatur wird immer dreister. Das Geschrei nach weiteren Rüstungen immer unerträglicher. Bis an die Zähne bewaffnet stehen die europäischen Großmächte in zwei Dreibünden sich gegenüber, und in gewissenloser Weise wird die Verhetzung der Völker durch die kapitalistischen Kriegsinteressenten und ihrer Söldlinge getrieben.

Angesichts der Tatsache, daß der Imperialismus infolge seiner immer gemeingefährlicher werdenden Rüstungspolitik, die nicht nur die Kriegsgefahr steigert und am Marke der Völker zehrt, die Sozialpolitik nahezu zum Stillstand gebracht hat, erheben die Versammelten energischen Protest gegen die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Die Versammelten geloben erneut, unermüdlich kämpfen zu wollen
für völlige Koalitionsfreiheit,
gegen den Kapitalismus und Imperialismus,
gegen die Kriegshetzerei und Kriegsrüstungen!
Her mit dem Achtstundentag!

Unter diesen Losungen demonstrierten 1914 Millionen deutscher Arbeiter. Wenige Monate später wurden die sozialdemokratischen Führer mit wenigen Ausnahmen zu offenen Sozialchauvinisten. Und heute? Die Arbeiter müssen gegen die Einheitsfront der Trustbourgeoisie und SPD.-Führer zur Durchsetzung der obigen, ehemalig sozialdemokratischen Forderungen den schwersten Kampf führen.

Es sind jetzt „sozialdemokratische" Führer, die den Achtstundentag abgeschafft haben, streikende Arbeiter mit Polizeiterror niederknüppeln lassen, ihnen das Koalitionsrecht rauben und der faschistischen Diktatur zur Durchführung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion den Weg bereiten! Polizeisozialisten verbieten Maidemonstrationen und wollen den Maiaufmarsch in Berlin, Hamburg usw. im Blute ersticken.

Trotz alledem: Heraus zum 1. Mai!

Sabotage der Ehescheidungserleichterung aus Koalitionsinteressen

Berlin, 17. April.

Schon in einer der letzten Sitzungen des Rechtsausschusses des Reichstages hatte das Zentrum durch den Abgeordneten Wegmann einen Vorstoß unternommen in der Richtung der **Absetzung der Ehescheidungsfragen von der Tagesordnung des Rechtsausschusses. Damals trat noch der Sozialdemokrat Rosenfeld diesen Sabotageversuchen entgegen.** Der Ausschuß beschloß in seiner Mehrheit ausdrücklich, die Ehescheidung zu beraten, und die Regierung unter dem inzwischen ausgeschiedenen Reichsjustizminister Koch legte dem Ausschuß einen Entwurf vor, der das sogenannte **Zerrüttungsprinzip** als Ehescheidungsgrund akzeptiert.

Inzwischen ist der Zentrumsmann v. Guerard Reichsjustizminister geworden. Prompt wurde die bereits für den vergangenen Montag mit der Tagesordnung Ehescheidung angesetzte Sitzung des Rechtsausschusses rückgängig gemacht. Das nahm in der Mittwoch-Sitzung des Rechtsausschusses im Namen der kommunistischen Fraktion Genosse **Maslowski** zum Anlaß, um gegen diese Mißachtung der Ausschußbeschlüsse und **gegen die Sabotage der Ehescheidungserleichterung aus Koalitionsinteressen den schärfsten Protest zu erheben.** Besonders wandte sich Genosse Maslowski auch an den Abgeordneten Rosenfeld, warum er denn jetzt nicht seine „mutigen" Reden gegen Wegmann wiederhole. Wegmann sei doch seinerzeit besser orientiert gewesen über das Resultat der Koalitionsverhandlungen für die Ehescheidungsfrage als Rosenfeld. **Wegmann mußte damals schon, was die Sozialdemokraten auf den Altar der Koalitionspolitik werden opfern müssen.** Im Vertrauen auf dieses faule Koalitionskompromiß habe er damals seinen Sabotagevorstoß unternommen.

Landsberg, der Vorsitzende des Ausschusses, versuchte diesem Vorgang eine ganz harmlose Deutung zu geben. Der neue Reichsjustizminister habe sich in die Materie „noch nicht einarbeiten" können. Darauf allein sei die Vertagung zurückzuführen.

Der Deutschnationale Strathmann machte gegenüber Rosenfeld und seiner künstlich zur Schau getragenen Harmlosigkeit die bezeichnende Bemerkung, man brauche doch hier nichts verheimlichen, es sei ja doch klar, daß die Ehescheidungserleichterung „ad Kalendas Graecas", d. h. auf den Sankt Nimmerleinstag, verschoben ist.

Die Arbeitslosenbewegung in Bayern

Noch 100 000 Erwerbslose mehr als im Vorjahr

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes, der bekanntlich nur einen Teil aller Erwerbslosen erfaßt, wurden Ende März in Bayern gezählt:

Hauptunterstützungsempfänger	Männlich	Weiblich	zusammen
in der Arbeitslosenversicherung	97 069	29 015	126 084
in der Krisenunterstützung	21 169	5 993	27 162
in der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit	96 663	5 698	102 361
Insgesamt	214 901	40 706	255 607
dagegen			
Mitte März 1929	263 997	42 440	306 437
Ende März 1928	122 780	25 098	147 878

Diese Zahlen zeigen, daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger gegenüber der gleichen Zeit des vergangenen Jahres um mehr als 100 000 höher ist. Wenn auch bis Ende März insgesamt 51 000 Unterstützungsempfänger gegenüber der Mitte des Monats weniger gezählt wurden, so zeigt ein Vergleich auch hier mit dem Vorjahre, **daß die Abnahme der Erwerbslosigkeit bedeutend langsamer vor sich geht.** Die sogenannten Saisonarbeitslosen haben nur um 29 000 abgenommen, **das ist etwas mehr als ein Fünftel aller bei der** diesjährigen Erwerbslosigkeit zu Saisonarbeitslosen gestempelten Personen.

1928 war Ende März der Abgang von Arbeitslosen in die Produktion relativ stärker als wie dieses Jahr. Wohl sind damals in dem gleichen Zeitraum von Mitte bis Ende März nur 20 000 Erwerbslose weniger gezählt worden. Zusammen genommen mit den vorhergehenden Perioden und der geringeren Erwerbslosigkeit ergibt sich aber beim Vergleich zwischen dem vergangenen Jahr 1929 ein ungleich schlechteres Ergebnis.

Müller-Regierung bestraft das Maifeiern

Die Reichsregierung hat jetzt einen Runderlaß betreffend eventuelle Beurlaubung solcher Reichsarbeiter, Reichsangestellten und Beamten herausgegeben, die am 1. Mai feiern wollen. **Allen denjenigen, die den 1. Mai feiern, soll ein Tag vom Urlaub abgezogen werden. Die Müllerregierung bestraft also das Maifeiern durch Urlaubskürzung.**

Dieser schändliche Runderlaß, der von der Bürgerblock-Regierung nicht schlimmer gefaßt werden konnte, beweist die gehässige Feindschaft der Regierungssozialisten gegen den Kampftag des internationalen Proletariats.

Die Reichsarbeiter und Reichsbeamten müssen sich gegen die angedrohte Urlaubskürzung wehren. Was sagen eigentlich die sozialdemokratischen Betriebs- und Beamtenräte zu dem Erlaß ihres Parteigenossen Hermann Müller? Sie haben zweifellos zugestimmt. Ein Ansporn mehr, bei den Betriebsrätewahlen bei Post und Reichsbahn usw. rote Betriebsräte zu wählen.

Der Erwerbslosenmarsch nach Köln

Polizeibrutalität gegen Frauen und Kinder

Köln, 19. April.

Der von dem Erwerbslosenausschuß des Bezirks Mittelrhein organisierte Marsch nach Köln gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung der Erwerbslosen gegen die Verelendsabsichten der Regierung gerade im Rheinland.

An der Demonstration beteiligten sich etwa 10 000 bis 12 000 Erwerbslose, darunter viele Delegationen aus dem Ruhrgebiet und vom Niederrhein.

Eine Delegation, an der auch der Landtagsabgeordnete Genosse Benscheidt-Koblenz und Reichstagsabgeordneter, Genosse Dautzenberger-Aschen teilnahmen, wurde von den Polizeibeamten des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Baumecht bei dem Versuch, den Präsidenten des Landesarbeitsamtes zu sprechen, die Treppen hinuntergeworfen. Unter dem Druck der Massen wurde die Unterredung trotzdem durchgesetzt. Der Präsident konnte zur Verlängerung der Krisenunterstützung keine Versprechung machen und bemerkte, daß die Gewerkschaften in dieser Frage noch keinerlei Anträge gestellt hätten.

Das Landesarbeitsamt war während der Demonstration polizeilich stark abgesperrt und zwei Autos begleiteten den Zug.

Die Polizei schlug wahllos auf Frauen und Kinder ein. Die berittene Polizei bewies eine besondere Brutalität, indem sie rücksichtslos in die dichtesten Menschenhaufen hineinritt. Die Erbitterung der Gesamtbevölkerung ist sehr stark. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Am 1. Mai Straße frei

Der große chemische Betrieb der Giulinwerke in Ludwigshafen entschied sich mit 88 Prozent der Belegschaft für Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die Baustelle Lingesleben, J. G. Farben-Fabrik Wolffen beschloß gegen nur fünf Stimmen am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und sich an den revolutionären Demonstrationen zu beteiligen.

Das Gewerkschaftskartell Kelbra beschloß eine einheitliche Maidemonstration unter revolutionären Losungen. Die reformistische Führung der Baugewerkschaft ließ aber erklären, daß für die Bauarbeiter eine Maifeier mit dem ADGB.-Kartell nicht in Frage komme.

Die Mitgliederversammlung der Sektion der Fleischer im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband Halle nahm einstimmig eine Resolution für die Arbeitsruhe und einheitliche Maidemonstration an.

Nazi unterschlägt 70 000 Mark.

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Die Strategie der bayerischen roten Kriegsführung

Von Erich Wollenberg

(ehemaliger Leiter der Infanterie der bayerischen Roten Armee.)

Am 17. April 1919 wartete ich im Kriegsministerium auf den Oberkommandierenden der bayerischen Roten Armee, den kommunistischen Rudolf Egelhofer. Plötzlich stürmte ein jüngerer Mann in Militäruniform ins Zimmer: brünettes längliches Gesicht, zurückfliehende hohe Stirn, über der schwarzes emporgekämmtes dichtes Haar stand, lebhafte theatralische Gebärden und glühende, unstete, ein wenig hervorquellende dunkle Augen. Die ganze mittelgroße schlanke Gestalt strahlte förmlich innere Unruhe, gepaart mit egozentrischem Selbstbewußtsein aus.

„Sie warten auf Egelhofer? Er ist weggefahren! Aber Sie sind Offizier? Sie wollen in die Rote Armee eintreten? Kommen Sie mit mir zur Front nach Dachau. Mein Auto steht auf der Straße."

Die Treppe herunter. Hastige sich überstürzende Fragen an mich. Fragen, auf die gar keine Antwort erwartet wurde. Dazwischen einige flüchtig hingeworfene Worte an die Begleiter. Heroenpathos längst vergangener Zeiten, wie es jetzt nur noch in Vorstadtbühnen gelegentlich zu finden ist. Das war der ganze Ernst Toller, Führer der bayerischen Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und Vorsitzender der vor ein paar Tagen vom Sturm des revolutionären Kampfes weggefegten Scheinräteregierung, jetzt Oberkommandierender der bayerischen Roten Nordarmee.

Schon saßen wir im Auto: außer uns beiden noch zwei Rotgardisten und ein Zivilist, Mitglied der Unabhängigen sozial. Partei.

Toller breitete eine Landkarte vor sich aus, zeigte auf München und während sein Zeigefinger ruckweise von München nordwärts fahrend auf die einzelnen Orte und Städte hinwies, sprudelten die Worte aus seinem Munde wie die Gewässer des Niagara. „Wir müssen nach Nürnberg vordringen. Das ist klar! München-Dachau-Ingolstadt-Ansbach-Nürnberg. **Egelhofer versteht nichts von militärischen Fragen. Stellen Sie sich vor, er ist heute gegen den Vormarsch, und vor drei Tagen hat er mir noch den Befehl dazu gegeben!**" Toller hielt entrüstet inne in seinem Wortschwall.

Vormarsch! Vormarsch nach Nürnberg, dem Einfallstor nach Sachsen mit seinen Bergwerken, Fabriken, mit seinem Industrieproletariat! Höchst einfach! Aber wie sah diese „Strategie" Tollers in Wirklichkeit aus? Während der „Räterepublik" der Sozialdemokraten, „Unabhängigen" und Anarchisten hatten Toller und seine Freunde nichts zur Verteidigung des Proletariats gegen die anmarschierenden Weißen unternommen. **Als nach Aufrichtung der kommunistischen Räteregierung die bewaffneten Arbeiter sich todesmutig dem von Norden anmarschierenden Feind entgegenwarfen und ihn bis nach Dachau zurücktrieben, übernahm Toller die Führung dieser Gruppe der Roten Armee und — knüpfte Waffenstillstandsverhandlungen mit den Offizieren der Weißen Garde an. Gegen den Willen Tollers nahmen die Roten Truppen Dachau im Sturm und warfen den Gegner aus diesem befestigten hochgelegenen Ort heraus. Die Weißen zogen sich fluchtartig bis nach Ingolstadt zurück. Jetzt befahl das kommunistische Oberkommando in München das einzig Richtige: sofortige Aufnahme der rücksichtslosen Verfolgung des demoralisierten Feindes. Aber was tat Ernst Toller? Er feierte Siegesfeste in Dachau und überschüttete München mit Flugblättern über den „Sieg der Roten Garde unter Führung Ernst Tollers".**

Seitdem waren drei Tage vergangen. Im Dachauer Frontabschnitt machten sich die zersetzenden Einflüsse der demagogischen Antikommunistenhetze Tollers bemerkbar. Die Disziplin in der Roten Armee begann sich zu lockern. Irgendwelche militärische Maßnahmen zur Aufnahme der Offensive oder auch nur zur [illegible] getroffer Infolge der „[illegible]" des Dachauer Oberkommandos, ein[illegible] zu organisieren, war ein Urlaub[illegible] Rotgardisten in die feindlichen Linien hineingefahren und dort von den weißen Banden aufgerieben worden. Toller, wegen der Mißwirtschaft an der Front und wegen seiner antikommunistischen Agitation nach München vorgeladen, hatte auf alle die furchtbaren Anklagen nur eine Antwort: Vormarsch gegen Nürnberg!

So war es verständlich, daß die führenden Genossen der kommunistischen Räteregierung diesen „Offensivplan" Tollers ablehnten, da sie auf Grund der Erfahrungen wissen mußten, daß der ehrgeizige Politikant eine große Gefahr für die proletarische Diktatur bedeutete, und daß Tollers Offensivgeist beim ersten Granatschuß sich in ein pazifistisches Gewinsel verwandelt hätte.

Zweifellos ergab sich aber aus der gesamten politischen, ökonomischen und militärischen Situation für die rote Kriegsführung die Notwendigkeit, den Vormarsch gegen Nordbayern anzutreten.

Die Münchener Räterepublik konnte sich nur verteidigen, wenn es ihr gelang, ihre geographische Basis (von anderen Faktoren sprechen wir hier nicht) zu verbreitern. Das war die Voraussetzung für ihre Existenz. Untätig abwarten auf die Auslösung der revolutionärer Bewegungen im übrigen Deutschland bedeutet Selbstmord. Die kommunistische Räteregierung mußte sich also entscheiden: **entweder sich nach Norden zu verbreitern, d. h. sich das Ziel der Aufrichtung einer deutschen Räterepublik zu setzen, oder gegen Süden, gegen Oesterreich, vorzudringen und im Zusammenwirken mit der damals siegreich vorwärtsschreitenden ungarisch Roten Armee die Donauräterepublik zu erkämpfen** (umfassend Ungarn, Oesterreich und das in vieler Hinsicht mehr mit Oesterreich als mit Norddeutschland verwandte südliche Bayern). Aber im Grunde genommen ließ die Macht der rauhen Tatsachen der Räteregierung gar keine Wahl zu. Sie mußte sich für die Verbreiterung ihrer Basis nach Norden, zunächst nach Nordbayern, entscheiden, da von dort her die weißen Garden heranrückten, während im Süden, von der österreichischen Grenze her, wenigstens vorläufig keine Gefahr drohte und daher unter Aufwand geringster Mittel die Aufstellung gewisser Beobachtungsposten genügte.

(Fortsetzung folgt.)

Polizeibrutalitäten gegen Erwerbslose

Diese äußerst seltenen Aufnahmen zeigen die Festnahme eines demonstrierenden Erwerbslosen. Ausgerenkte Arme, Gummiknüttelschläge, an die Wand gedrückt, geboxt und schließlich gefesselt. Das ist die republikanische „Demokratie" in Reinkultur.

Wie die Rothschilds reich wurden

Im Frankfurter Judenviertel / Die erste Million
Das Adelsdiplom bleibt nicht aus

Heute regieren Morgan und Vanderbildt, Ford und Rockefeller, Geldkönige amerikanischen Geblüts. Im vergangenen 19. Jahrhundert dagegen, das ähnlichen privaten kapitalistischen Aufschwung erlebte wie die Gegenwart, konnte man sich **finanzielle Macht nicht ohne die Rothschilds** vorstellen. Aus dem Namen entstand ein **eherner Begriff des Besitzes.** Ihre Dynastie führte schließlich in jeder europäischen Hauptstadt das Regiment, und die Geschichte dieser Familie war bald eng verbunden mit der Wirtschaftsgeschichte der ganzen Epoche.

Im Frankfurter Judenviertel stand das Stammhaus des Ahnherrn Meyer Amschel Rothschild, der einen kleinen Münzhandel betrieb. Die Verbindung mit dem Erbprinzen Wilhelm von Hessen, einem der reichsten Fürsten seiner Zeit, legt zunächst den Grundstock zu jener finanziellen Tätigkeit der **Anleihe- und Kapitalsvermittlung,** an der die Familie später Dutzende von Millionen verdiente. In den [illegible] der napoleonischen Kriege, in [illegible] Pa[illegible] Ch[illegible] bringen, [illegible] das Rothschildsche Imperium bereits [illegible] Ende des 18. Jahrhunderts die erste Million [illegible].

Die Söhne des [illegible] Gründers [illegible] mit [illegible] Als erster verläßt [illegible] an die Vaterstadt und geht nach London, um [illegible] Warenhandel zu betreiben. Während der Na[illegible] die mit ihrer Besetzung der [illegible]sche Truppen vielerlei Irrungen [illegible] mit sich bringt, versteht es Rothschild, sich mit unterwürfiger Schmiegsamkeit an die jeweiligen Verhältnisse anzupassen, und immer wieder so einträgliche Geschäfte zu machen, daß er schließlich der **zehntreichste Jude von Frankfurt** ist.

Dennoch kommt eine kritische Zeit. Die Polizei schreitet im Jahre 1808 gegen Rothschild ein, weil behauptet wird, daß er geheime Beziehungen zu dem vertriebenen Kurfürsten von Hessen unterhalte. Es kommt zu **Haussuchungen und Verhören,** doch bei den ganzen Maßnahmen bleibt die Familie fast deshalb ungeschoren, weil sie schon wieder recht gute Beziehungen zu den neuen Machthabern unterhält.

In den Jahren bis zu den Freiheitskriegen entfalten die Rothschilds eine intensive illegale Tätigkeit, sie schmuggeln, vermitteln und verdienen Geld. Gleichzeitig gelingt es dem Alten, für sich und seine Glaubensgenossen die **Judenbefreiung** in der Stadt Frankfurt durchzusetzen. Als Meyer Amschel am 19. September 1812 stirbt, hinterläßt er ein großes Erbe und das Bankhaus M. A. Rothschild und Söhne.

Nathan Rothschild hatte in London vor allem durch eine reiche Heirat seinen Aufstieg vollzogen. Die Brüder Karl und Jannes betätigten sich zu gleicher Zeit in Frankreich, wo das Haus Rothschild in Verdacht gerät, dunkle Transaktionen, die gegen Frankreich gerichtet sind, zu unterstützen. Als dann die Napoleonische Herrlichkeit zusammenbricht, sucht und findet man **Anschluß an Oesterreich.** Die Bankiers Rothschild, die ihre Geschäfte mit finanzunkundigen Politikern höchst raffiniert abschließen, betonen stets ihre „Uneigennützigkeit" und verstehen es, immer engere Fäden mit den europäischen Höfen zu knüpfen.

Inzwischen ist ein europäisches Filialsystem des Hauses Rothschild entstanden. Mit klugen Blicken erkennen die Brüder die Internationalität des Finanzgeschäfts. **Frankfurt bleibt das Stammhaus, aber in London arbeitet Nathan, in Paris James, in Wien vertritt Salomon die Interessen des Hauses. Die Leitung der Zentrale liegt in den Händen** des jungen Amschel und in Neapel operiert Karl für die Bankfirma.

Neben Einfluß und [illegible] Rothschilds vor allem Titel, 1817 [illegible]. Ein paar Jahre später wird Nathan Konsul. Die Art, wie die Ernennungen zustandekommen, ist typisch für die Methoden dieser Bankiers. Sie **betteln unermüdlich, sie kriechen vor den Ministern.** Sie erreichen einen ekelerregenden Grad von Unterwürfigkeit. Subalterne Krämerseelen, denen jedes Gefühl für Menschenwürde abgeht und die nur auf materiellen Vorteil bedacht sind, offenbaren sich in den Bittgesuchen der Brüder Rothschilds.

Frühzeitig lernte die internationale Bankiersfamilie, deren Vertreter jetzt in allen Hauptstädten sitzen, den **Wert eines Nachrichtenapparates** kennen. Um sich schnell verständigen zu können und so die Möglichkeit zum gemeinsamen Handel und zu Konsortialaktionen zu besitzen, schaffen sich die Rothschilds **einen eigenen Kurierdienst,** dank dessen sie stets glänzend informiert sind. Oftmals erfahren sie die politischen Neuigkeiten, deren Kenntnis Besitz oder Verlust von Millionen bedeuten, schneller als die europäischen Staatskanzleien.

Das Anleihegeschäft, wie es heute Morgan als Weltbankier betreibt, wird auch die nie versiegende Quelle des Rothschildschen Reichtums. Immer mehr beeinflussen sie die Politik der Mächte. Sie **antichambrieren bei Metternich.** Sie bestechen den Satiriker Saphir und ebenso den berühmten Gentz. Sie **arbeiten bedenkenlos** mit all jenen Mitteln, die auch heute noch zum Handwerkzeug moderner Finanzen gehören. So werden die Brüder Rothschild, deren Geschicklichkeit keine Grenzen kennt, geradezu die Erfinder der Methoden einer skrupellosen Geschäftsgebarung.

Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt steigt der Einfluß ihrer europäischen Finanzdynastie. Es gibt wohl **Krisen, Augenblicke, in denen die „fünf Frankfurter" zurückweichen müssen, aber im ganzen geht es doch ohne Unterbrechung vorwärts und aufwärts.** In England, Frankreich, Oesterreich, Preußen, Rußland, überall wirken sie als **Staatsbankiers.** Als Eisenbahnen gebaut werden, betätigen sie sich auch weitgehend in diesem neuen Geschäftszweig.

So **strömen die Millionen zusammen.** Am Ausgang des Jahrhunderts haben sich die Barone von Rothschild zu Aristokraten der englischen, französischen und österreichischen Adelsgesellschaft emporgedient. Sie haben es nicht mehr nötig, einen krummen Buckel zu machen und zu bitten. Sie können diktieren.

Graf Conti behandelt in einem zweibändigen Werk die Geschichte des Hauses Rothschild. Sie zeigt, daß es nicht eben die Ehrenmänner sind, die derart auf dem Rücken der schaffenden Millionen in der kapitalistischen Gesellschaft emporgelangen. Das **Proletariat wird der Herrschaft der Rothschilds und Morgans ein Ende zu bereiten wissen.**

Der Riesenschwindel mit Sanatogen

32 RM. für ein Kilo / 31 RM. Reingewinn am Kilo Sanatogen

Es ist aus zahllosen Prozessen der letzten Zeit bekannt, mit welch unglaublicher Unverfrorenheit die auf die Unwissenheit der Bevölkerung spekulierende chemische Großindustrie völlig untaugliche Schwindelpräparate als „Heil- und Nährmittel" auf den Markt wirft. An „Lulutate" und „Chromane" allein haben die herstellenden Firmen in die Millionen gehende Summen verdient. Obwohl diese Geheimmittel keinerlei Nähr- und Heilmittel enthielten, und häufig genug nur aus Leitungswasser mit Zusatz von Zucker und Pfefferminz bestehen, finden sie infolge der ungeheuren schwindelhaften Reklame doch reißenden Absatz.

Eine solche Reklame wird auch von der Firma Bauer & Cie. für ihr Präparat „Sanatogen" entfaltet. Von diesem „Nervenstärkungs- und Kräftigungspräparat" kostet das Kilo 32 Mark.

Ein Chemike von der Konkurrenz hat nun **die Zusammensetzung des „Sanatogen"** festgestellt. Es besteht lediglich aus Magermilch, sogenannter „Jungviehnahrung". Der tatsächliche Wert dürfte kaum eine Mark für das Kilogramm betragen!

31 Mark Reingewinn an jedem Kilo, kein Wunder, wenn immer wieder neue derartige Schwindelpräparate auf den Markt geworfen werden. Und da die Regierung wesentlich durch **die chemische Großindustrie** beeinflußt wird, so droht auch vom Staat und seinen Organen keinerlei Gefahr! Auf Kosten der Werktätigen wird eben im bürgerlichen Staat auch mit notorischem Schwindel genügend verdient!

Stimmen der Werktätigen

Die Arbeiter demonstrieren am 1. Mai

die Reformisten wollen Theater spielen

Die Erlanger Bauarbeiter beschließen Arbeitsruhe am 1. Mai

(Arbeiterkorrespondenz)

Erlangen. Am Mittwoch, den 10. April trat das hiesige Gewerkschaftskartell zusammen, um zum 1. Mai Stellung zu nehmen.

Entsprechend den Anweisungen des bayerischen Unternehmertums, zu dessen offenen Ausführungsorganen sich die Gewerkschaftsführer degradiert haben, wurde beschlossen, die Arbeiter aufzufordern, am 1. Mai in die Betriebe zu gehen und nicht durch Arbeitsruhe den Weltfeiertag des Proletariats zu begehen.

Dieser ungeheuerliche Beschluß wurde herbeigeführt, ohne erst die Arbeiterschaft zu fragen, ob sie gewillt ist, den schamlosen Verrat der Bürokratie mitzumachen.

Am vergangenen Samstag gaben die Bauarbeiter Erlangens den Reformisten die richtige Antwort. Eine Bauarbeiterversammlung beschäftigte sich mit dem Beschluß des Kartells und verlangte Rechenschaft von den anwesenden Gewerkschaftsführern. Eger, der reformistische Sekretär versuchte mit allen Mitteln der Demagogie den Kartellbeschluß den Kollegen mundgerecht zu machen und ihnen diesen aufzuzwingen. **Von Klassenbewußtsein hat Eger keine Spur mehr in sich,** der revolutionäre Kampf ist ihm eine Farce geworden, die er ungestraft zu verspotten können glaubt.

Die Bauarbeiter erheben sich wie ein Mann.

Doch Egers Redekünste waren umsonst.

Gegen drei eingeseifte Reformisten, die mit den Bonzen durch dick und dünn gehen, stimmte die Versammlung einmütig gegen den Kartellbeschluß. Von den anwesenden 82 Bauarbeitern erklärten sich 79 für die Arbeitsruhe am 1. Mai und für revolutionäre Begehung des proletarischen Kampftages.

In ohnmächtiger Wut sehen die Reformisten ihre Felle davonschwimmen. Die im ganzen Reich und auch bei uns in Bayern immer stärker auftretenden Erscheinungen hartnäckigen Widerstandes von Seiten der Arbeiterschaft gegen den verschärften Ausbeutungsfeldzug des Kapitals, bringt naturnotwendig mit sich ein immer stärkeres Abkehren der Arbeiter vor den Reformisten, deren ganze Taktik darauf gerichtet ist, den Wirtschaftsfrieden zu erhalten, die nichts wissen wollen von Kämpfen um eine wirkliche Besserstellung der hungerleidenden Arbeiterschaft, **die sich hinter Schandschiedssprüche ihres Parteigenossen Wissell verstecken und nicht zurückscheuen im Interesse der Niederhaltung der Arbeiterklasse die Arbeiterbewegung in allen ihren Gliedern zu spalten und zu zerschlagen.**

Die Betriebsrätewahlen im Reiche sind Gradmesser des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft und der wachsenden Entschlossenheit, ernsthaften Kampf zu führen unter der Leitung der Kommunistischen Partei.

Der erste Mai 1929 wird entweder ein Komödienspiel sein, aufgezogen von sozialdemokratischen, reformistischen Unternehmerlokalen, oder er wird ein revolutionärer Kampftag des Proletariats erster Größe.

Am ersten Mai wird und muß die Arbeiterklasse dem Faschismus die Zähne zeigen, muß sich selber und ihm beweisen, daß sie geschlossen marschiert und gewillt ist, mit Zähnen und Klauen einzutreten für ihre Befreiung, daß sie nicht zugeben wird, daß man wieder Millionen von Arbeiterleibern opfer, wenn diesieberhaften Kriegsrüstungen aller imperialistischen Länder umschlagen in den offenen Krieg gegen die Sowjetunion, **daß sie bereit ist, die Sowjetunion zu schützen und im eigenen Land zu verteidigen, durch den Angriff auf die eigene Bourgeoisie, deren Sturz und die Errichtung der roten Arbeitermacht.** A. K. 2064.

Der 1. Mai, oder „Knille geht zum Theater"

(Arbeiterkorrespondenz)

Nürnberg. Man sagte früher einmal, der Z. d. A. sei eine Klassenkampforganisation und naive Leute glauben auch heute noch daran. In welcher Geistesverfassung die heute dort richtunggebenden Leute sich befinden, zeigt die Bekanntmachung, die wir dem Mitteilungsblatt des Z. d. A., Ortsgruppe Nürnberg-Fürth vom April entnehmen:

Bunter Abend am 1. Mai

Aufführungen: Zwei Einakter:

„Der Herr im Frack"

und

„Knille geht zum Theater"

Außerdem Gesang und humoristische Vorträge.

Es veranstaltet nämlich die Theatergruppe des genannten Verbandes einen bunten Abend, mitwirken darf die Trachtengruppe der Naturfreunde und das Mundharmonika-Trio der Jugendgruppe. Eintrittskarten werden im Vorverkauf um 60 Pfennig abgegeben.

Ist es schon ein starkes Stück dieser freigewerkschaftlichen Theatergruppe, ihre Zeit mit derartigem Quark totzuschlagen, so ist es ungeheuerlich, **daß ausgerechnet am 1. Mai dieser bunte Abend stattfinden soll.**

Wir fragen die Kollegen des Z. d. A.:

Ist der 1. Mai ein Kampftag auch für die Angestellten, oder nicht?

Ist die Lage der Angestellten unter der glorreichen Führung der Verbandsbürokratie so gebessert worden, **daß ein deutliches, entschiedenes Bekenntnis zum Sozialismus nicht mehr nötig, ein Eintreten für unsere sozialen Forderungen überflüssig ist?**

Können wir es uns erlauben, den 1. Mai, unseren Kampftag zu vertauschen mit einem kitschigen bunten Abend?

Darauf gibt es nur eine Antwort. Zurückweisung aller Versuche der Verbandsbürokratie mit solchen Kinderlitzchen die tiefen sozialen Grundgedanken des 1. Mai in Vergessenheit zu bringen. Die Angestellten werden mit der revolutionären Betriebsarbeiterschaft auf den Straßen demonstrieren.

Kollegen, duldet nicht dieses verächtliche Hinwegsehen über den 1. Mai. A. K. 2065.

Spießbürger, Hakenkreuzler und Sozialdemokraten

Der Spießer:

„.... meist Lumpen und Gauner"

(Arbeiterkorrespondenz)

Gefreß. In einer hießigen Wirtschaft hatten die Arbeiter am Samstag, den 12. April Gelegenheit zu hören, wie sie von so verschiedenen verkommenen Spießbürgern eingeschätzt werden.

Der Malermeister Wilh. Walter äußerte sich in einer solch dreckigen Weise, daß wir es unbedingt der Arbeiterschaft von Gefreß und Umgebung zu Ohren bringen müssen, damit sie ihre Schlußfolgerungen daraus ziehen.

Da Walter Angehöriger der Vaterländischen Verbände ist, sind alle Andersdenkenden Lumpen und Gauner.

Besonders die Arbeitslosen, die sich für das Maulheldentum dieser vaterländischen Patrioten nicht begeistern können, liegen ihm schwer im Magen. **Er nannte sie die unterstützten Faulenzer usw.,** obwohl er selbst sich nicht scheute, vor Jahren die Erwerbslosenunterstützung zu beziehen. Es ist notwendig bei der nächsten Gelegenheit diesem Subjekt handgreiflich klar zu machen, daß sich die Arbeiterschaft von diesen Maulhelden nicht ungestraft beleidigen läßt.

Ein paar kräftige Arbeiterfäuste werden ihm sehr bald seine Schneid abkaufen.

Die Arbeiter ersehen aus diesem Beispiel, was sie von diesen vaterländischen Volkserneuerern zu halten haben und müssen ihre Vorkehrungen treffen, denn die Gesellen warten schon längst darauf, an der Arbeiterschaft ihr Mütchen zu kühlen. A. K. 2066.

Der Hakenkreuzler:

„.... meist Lumpen und Strolche"

Bayreuth. Ein Vorkommnis, das bezeichnend ist für die Frechheit der Hakenkreuzler, spielte sich vor einigen Tagen in Bayreuth ab.

Ein Hitlerjunge im Alter von 18 bis 19 Jahren stolzierte dauernd, mit seinem Hakenkreuz angetan, in provozierender Weise an den Notstandsarbeitern in der Wörthstraße vorbei. Am nächsten Tag erschien dieser Bengel in seiner Hitleruniform wieder, in derselben Absicht zu provozieren. Einige Arbeiter regten sich über sein Benehmen auf und es kam zu Auseinandersetzungen.

Der Kerl hatte nun die Frechheit, die Notstandsarbeiter mit Lumpen und Strolchen zu bezeichnen. Ein Kamerad des RFB. zog daraus die einzig richtige Konsequenz und **haute dem Burschen ein paar kräftige Ohrfeigen herunter,** worauf der **Spuck gleich zu Ende war.**

Er wird sich auf jeden Fall das nächstemal hüten, zu den Notstandsarbeitern Lumpen zu sagen. So wie es diesem Hakenkreuzler gegangen ist, muß es jedem gehen, der sich in provozierender Absicht den Arbeitern nähert. Ein paar kräftige Watschen sind das beste Heilmittel für ihren faschistischen Größenwahn. A. K. 2067.

Der Sozialdemokrat:

Arm in Arm mit dem Gendarmen

Kempten. Kein Mittel ist zu schäbig für die reformistischen Gewerkschaftssekretäre, wenn es gilt, einem oppositionellen Kollegen den Hals zu brechen.

Als bei der letzten **Plenarsitzung des Ortskartells** bei der Behandlung der Maifeier unser Genosse Weiher einen Zwischenruf machte, geriet der Sekretär Weinberger in unbändige Wut und schrie: **„Wenn der Kollege Weiher das Maul nicht hält, dann werden wir ihm etwas anderes sagen!"** Wir wissen was er sagen wollte, der Genosse Weiher zog dem Herrn die Würmer aus der Nase. Der unverschämten Verdächtigung liegt folgende Begebenheit zugrunde, die wir im Interesse der Opposition vor aller Augen klarlegen wollen.

Etliche Tage vor Ostern fand man den Vater des Genossen Weiher tot im Walde liegend auf. Neben der Leiche lag eine Flasche Schnaps, die zum größten Teil ausgetrunken war. In den Händen hielt der Tote einen Zettel mit den Worten: „Mein Sohn und seine Frau sind meine Mörder." Dem Gendarmeriekommandanten von Kottern, **Weit** mit Namen, war der Fund ein gemähtes Wiesel, glaubte er doch Gelegenheit zu haben, einen verhaßten Kommunisten als „Mörder" vorführen zu können. Er wußte nichts eiligeres zu tun, als den völlig Abnunslosen, der gerade zur Arbeit gehen wollte, mitzuschleppen und vor die Leiche zu führen, die bereits von einer Reihe Neugieriger und Gendarmen umlagert war. Nachdem einer derselben den toten alten Mann untersucht hatte, ob er keine Bürgemerkmale trage, konnte Genosse W. wieder gehen. Selbst das bürgerliche Tageblatt hat in seinem Bericht keinen Verdacht ausgesprochen und nur erwähnt, daß Familienzwistigkeiten den Selbstmord verursacht haben. **Die gemeine Andeutung blieb den Reformisten und Sozialdemokraten vorbehalten.**

Was ist nun die Wahrheit?

Der Vater des Genossen Weiher ist ein Opfer der Arbeit geworden. Im Jahre 1914 erlitt er bei seiner gefahrvollen Arbeit als Maschinenwärter in der Papierfabrik Heppe einen schweren Unfall. Er erhielt von dem nicht einwandfreien Treibriemen einen Schlag, der einen doppelten Schädelbruch herbeiführte. Von dieser Zeit an äußerte er öfters, immer kränklich und sehr nervös geworden, **daß man ihn eines Tages tot im Walde auffinden werde.** Als der Mann dann im Dezember vorigen Jahres entlassen (!) wurde und seiner gewohnten Tätigkeit nicht mehr nachgehen konnte, verfiel er immer mehr dem Alkohol. Es gab Wochen, wo der alte Mann drei- und viermal schwer betrunken nachhause kam, vollständig verjammert und besudelt spät abends ins saubere Bett ging. Die jungen Leute, die für den Vater sorgten, mußten in Auseinandersetzungen mit ihm kommen. Die junge Frau des Genossen, selber bis auf den Tod krank, wurde sie doch mit 26 Jahren invalide gesprochen, hatte tagtäglich die gleiche Bescherung.

Wer wagt es da, eine Schuld am Tode des Vaters dem Sohne zuzuschieben?

Das können nur Leute tun, wie Weinberger und Aumann, die vor nichts zurückschrecken, um einen unbequemen oppositionellen Gegner auf die schmutzigste und verwerflichste Art vor der Arbeiterschaft bloßzustellen. Und wenn es Verdächtigungen und Lügen sind, sie wenden sie an. Aumann brachte es fertig in seinem spießbürgerlichen Reformistendusel in einem Brief an Genossen Weiher zu verlangen, **er solle seine Funktionen als Betriebsrat und Gewerkschaftler niederlegen, da sie „nur saubere Funktionäre' bräuchten.** Genosse Weiher hat dieses Ansinnen natürlich abgelehnt.

SPD.-Leute als Intreiber für die Polizei ist nichts neues, bereits während des Weltkrieges gehörte es zum Geschäfte manches Schurken, revolutionäre Arbeiter zu denunzieren. Die Republik hat dieses Uebel nur verstärkt, sitzen doch selber eine ganze Anzahl von SPD.-Mannen in Gummiknüppelwürden. Daß aber ein Gewerkschaftssekretär in seinem ohnmächtigen Hasse derartige persönliche, schmutzige Geschichten kolportiert, gehört zum Minderwertigsten, so daß weiterer Kommentar sich erübrigt. A. K. 2068

Das Kominternn-Geschenk des RFB. zur Unterstützung des sozialistischen Aufbaus der proletarischen Vaterländer

nach Moskau, Rußland. nach Charkow, Ukraine. nach Rostow, Kaukasien.

Klassengenossen! Unterstützt die Solidaritätsaktion des RFB.! In allen Betrieben, proletarischen Organisationen und Arbeiterverkehrslokalen, bei Sympathisierenden, Freunden und Bekannten sammelt für das Kominten-Geschenk! Zeichnet Beträge auf das

Postscheckkonto Ernst Thälmann, Internationales Treffen der Roten Frontkämpferorganisationen, 5. Reichstreffen, Hamburg, Pfingsten 1929, Konto Nr. 43093, Postscheckamt Berlin

Platz dem Arbeiter

Unter dem Titel ist soeben die Maizeitung der KPD. erschienen. 16 Seiten / 35 Illustrationen / 20 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Zum 40. Mal Male 1. Mai ? Was hat sich geändert / Ein russischer Arbeiter spricht / Siebenstundentag in der Sowjetunion / Am 1. Mai in Moskau / Es lebe die Revolution / Die rote Fahne / Maidemonstration im Krieg.

Zu beziehen durch alle Arbeiterbuchhandlungen, Literaturboteute oder direkt durch den

Intern. Arbeiter-Verlag / Berlin

1. Mai

Bücher u. Zeitschriften

Die neue A. J. Z., Nummer 17

Bergarbeiter an der Ruhr.
Bilder der Woche.
Die Bauernunruhen von Beidenfleth.
Was jeder kennt... Erkennt es jeder?
Dschingis Khan „Kaiser der Menschheit".
Der mexikanische Militär-Putsch.
Sport.
Aus aller Welt.
Schach. Rätsel. Satire.

Das Reichsgesundheitsamt und die proletarischen Kinder

Freiluftunterricht statt Schulspeisungen

Von Edwin Hoernle

Die neue Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes, für die der Sozialdemokrat Carl Severing verantwortlich zeichnet, beklagt lebhaft den anhaltenden Rückgang der Geburtenhäufigkeit. Während nach 1925 die Zahl der Lebendgeborenen 1 292 499 betrug, sank sie 1927 auf 1 161 719 oder von zirka 20,7% auf 18,4% der lebenden Einwohner. Die Geburtenabnahme betrug in den Jahren 1903 bis 1913 im Durchschnitt etwa 2% der jährlichen Lebendgeborenen, in den Jahren 1920/25 bereits rund 4%, in den Jahren 1926 und 1927 aber rund 6%. Gegenüber 1903 hat die Geburtenhäufigkeit um Eindrittel abgenommen. Trotz der unverkennbaren Zunahme der durchschnittlichen Lebensdauer wird, so klagt die Denkschrift, „ein Anhalten dieser Entwicklung in weniger als zwei Jahrzehnten schon den Stillstand der Bevölkerungszunahme erreichen, dem dann eine rasch fortschreitende Abnahme der Bevölkerungszahl folgen wird".

Inwieweit diese Tatsache der schnell wachsenden Abnahme der Geburtenhäufigkeit und besonders seit 1926 eine Folge der kapitalistischen Rationalisierung und mit der damit zusammenhängenden allgemeinen Bedrängnis der proletarischen Massen, insbesondere der gesteigerten Ausbeutung der proletarischen Frauen, zusammenhängt, untersucht das Gesundheitsamt des Herrn Severing natürlich nicht. Ein Teil des Bevölkerungsrückganges wird auf den Ausfall der jetzt ins fortpflanzungsfähige Alter eintretenden Kriegsnachwuchses zurückgeführt. Entsprechend dieser Einstellung sind auch die Maßnahmen der sich in ihrer imperialistischen „Wehrhaftigkeit" bedroht fühlenden Bourgeoisie: Verschärfter § 218 und dergleichen.

Die auffallende Zunahme der **Unfallsterblichkeit bei Säuglingen, Kleinkindern** und der über 70 Jahre alten Greise macht dem Reichsgesundheitsamt und offenbar auch Herrn Severing keinerlei Kopfzerbrechen.

Den Gipfel der „Objektivität" für proletarische Kinder erklimmt das Reichsgesundheitsamt im Bericht über die Gesundheitspflege in den Schulen. Wörtlich steht hier folgendes:

> „Andererseits werden beachtliche Stimmen gegen eine wahllose Ausdehnung der Schulspeisungen laut. Sie weisen darauf hin, daß bei Schulkindern die bestehenden Magerkeitszustände nicht selten durch ein in der körperlichen Veranlagung beruhendes, durch vermehrte Nahrungszufuhr kaum beeinflußbares Unvermögen, Nahrungsstoffe in genügendem Muskel- und Fettansatz umzusetzen, zurückzuführen seien"... Eine allgemeine planmäßige Zusatznahrung habe bei einem erheblichen Teil der Kinder nur zur Folge, daß der Appetit für die häuslichen Mahlzeiten herabgesetzt würde."

Scheinbar enthält sich das Reichsgesundheitsamt eines eigenen Urteils. Da es aber nur die „beachtlichen Stimmen" gegen die allgemeinen Schulspeisungen vermerkt, keine Argumente für den Ausbau und die Finanzierung, der heute viel zu geringen Kinderspeisungen bringt, so unterstützt es in Wirklichkeit den Anschlag der reaktionären Kinderfeinde. Dies **entspricht auch vollkommen der Politik** der Herren Müller, Hilferding und Severing, in deren Etat 1929 für Kinderspeisungen nicht ein Pfennig eingesetzt ist, und das trotz der sozialdemokratischen Anträge 1927 vor den Wahlen.

Plump und unverschämt ist der Versuch, „die bestehenden Magerkeitszustände" bei Schulkindern einfach und ganz allgemein auf besondere körperliche Veranlagung zurückzuführen, während es sich in Wirklichkeit um die chronische Unterernährung von hunderttausenden proletarischer Kinder handelt. In der Periode der kapitalistischen Rationalisierung beginnen die Aerzte genau dasselbe Spiel mit den proletarischen Kindern zu treiben, wie in den Jahren des „Stahlbades".

750 Millionen für den Wehretat — nicht einen Pfennig für Kinderspeisungen, das ist die Einlösung der im Wahlkampf gegebenen sozialdemokratischen Versprechen! Das Reichsgesundheitsamt muß die Theorie dazu liefern? Beschränkung der Schulspeisung „auf die tatsächlich bedürftigsten Fälle" ist die Losung, damit „der Appetit für die häuslichen Mahlzeiten", für Kartoffeln und Margarine nicht verloren geht!

Recht bezeichnend für die Verschleierungstendenzen in diesem Reichsgesundheitsbericht ist die Tatsache, daß über das „Schulbadewesen", die „Schulzahnklinik", die „Schulturnhallen" nur allgemein behauptet wird, sie befänden sich in „erfreulicher Aufwärtsbewegung", konkretes Material und Zahlen aber nicht angegeben werden. Nachdem der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski seinen berüchtigten Sparerlaß an die Gemeinden herausgegeben und der ebenso sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding seinen Dienstherren vom Finanzkapital große Abstriche vom Sozialetat sowie eine „Revision" der Erwerbslosenversicherung zugesagt hat, werden die Gemeinden sich hüten, die angeblich bisher so „erfreuliche Aufwärtsbewegung" der Schulfürsorge fortzusetzen.

Proletarische Eltern! Klassenbewußte Arbeiter! Heraus zum Kampf gegen den kapitalistischen Kindermord und gegen seine Verhüllung durch sozialdemokratische Minister und deren republikanische Behörden! Stellt jetzt erst recht die proletarischen Schulforderungen

Allgemeine Schulkinderspeisung und Unterricht im Freien! Luft, Sonne und Wasser in die Schulen! Ausbau des Schulärztewesens und der unentgeltlichen Schulgesundheitspflege.

„Erziehung zu hygienischen Lebensgewohnheiten" jawohl! aber als Voraussetzung dafür hygienische Einrichtungen in der Schule, wie in den Wohnungen der Proletarier und in den Betrieben.

Kampf gegen das Kinderelend auf jedem Gebiet und dazu — als erste Voraussetzung: **Kampf um** ausreichenden Lohn, kürzere Arbeitszeit, billige Nahrungsmittel, ausreichende, allgemeine Fürsorge für Erwerbslose, Schwangere, Wöchnerinnen, stillende Mütter, Invaliden, Fürsorgebedürftige aller Art, Kampf um gesunde, billige Wohnungen, für Parks und Grüngürtel in den Städten, gegen jede Verschleuderung von Wald- und Ufergelände an villenbauende Bourgeois, damit die Kinder der Arbeiterklasse endlich mehr Milch und Brot, Sonne und Luft, Raum und Bewegung haben!

Rote Hilfe München

Einladung

zu dem am Samstag, den 20. April abends 7 Uhr in der

Lothringer-Bierhalle

stattfindenden **Unterhaltungsabend** der Roten Hilfe, Bezirk Haidhausen.

Programm: Musik, Ansprache, Rezitationen, gesangliche Einlagen und Lichtbildvortrag. **Eintritt frei!**

Kein Genosse, keine Genossin, versäume diesen Abend, jedes Mitglied wirbt für die Veranstaltung und bringt einen Sympathisierenden mit.

Der Vorstand.

Nazi-Sozi verprügeln Sozialdemokraten

Die Hakenkreuzprovokation in Rothenburg o. T.

Das geruhsame Städtchen mit den idyllischen Schlupfwinkeln für gefühlvolle Spießbürger wurde am vorigen Freitag in große Aufregung versetzt. Die SPD. hatte zu einer Versammlung aufgerufen, bei der Dr. Hoegner als Referent auftrat. **Im Saale hatten sich über 100 Hakenkreuzler eingefunden, die von den beiden sattsam bekannten Gestalten Stegmann und Holz aus der ganzen Umgebung zusammengezogen und planmäßig im Raum verteilt worden waren.** Unter dem Druck der Hitlerkumpane mußte die SPD.-Versammlungsleitung von ihrer sonst üblichen Gepflogenheit abweichen, Diskussionen nicht zuzulassen, um zu verhindern, daß das systematische Lügengebäude reformistischer Verschönerungskünste von ehrlichen Arbeitern aufgedeckt wird. Der Nationalsozialist Stegmann jedenfalls benutzte Gelegenheit, seinen provozierenden Unsinn zu verzapfen, der von vorneherein auf Sprengung der sozialdemokratischen Versammlung berechnet war.

Auf Verabredung **ergriffen die geschickt verteilten Hitlerrowdys Stühle, Stöcke, Bierkrüge und begann unter wüstem Geschrei auf die Anwesenden einzuschlagen. Ein großer Tumult brach aus, alles drängte zum Ausgang, Frauen schrien, Arbeiter bezogen Abwehrstellung, krachend brachen Stühle in Trümmer und klirrten die Scherben der zerbrochenen Biergläser.** Die Versammlungsleitung zeigte sich machtlos. Das Reichsbanner hatte wohl überhaupt nicht erwartet, daß die Nationalsozialisten etwas gegen die Ausführungen des Redners einzuwenden haben würden, jedenfalls ist in keinem Bericht über Einschreiten des Reichsbanners etwas zu lesen. Es scheint nur noch gegen Kommunisten und oppositionelle Gewerkschaftler Verwendung zu finden, wie sich wiederum gezeigt hat, in der am Dienstag stattgefundenen Eisenbahnerversammlung, worüber wir bereits berichteten. Erst als die Polizei erschien, konnte die Räumung des Saales unter einiger Ordnung vollzogen werden. Eine große Anzahl blutender Personen, zumeist harmlose Besucher, wurde festgestellt, sieben schwerer verletzte. Teilweise mußten sie ins Krankenhaus verbracht werden, aus dem sie mit einer Ausnahme anderntags wieder entlassen werden konnten.

Angesichts dieser ungeheuren Provokation der Nationalsozialisten, die bewußt dazu nunmehr überzugehen scheinen, als Vortrupp der faschistischen offener Diktatur ohne Unterschied sich auf Arbeiter zu stürzen, um diese niederzuschlagen, schreibt die „Münchener Post" in weinerlichem Tone, **„ob denn die bayerischen Behörden in Zukunft weiterhin untätig zuschauen wollen"**, wie friedliche Arbeiter blutig geschlagen werden.

Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter: Seid ihr einverstanden mit dieser Haltung euerer Führer? Habt ihr tatsächlich Lust, wie Herr Auer und Herr Mayr vom Reichsbanner es wünschen, wie friedvolle Lämmer die Köpfe den hakenkreuzlerischen Bergstöcken hinzuhalten und zu warten, bis der Schutzmann erscheint und euch hilft?

Glaubt auch ihr, daß ihr alles unbesehen einstecken müßt, was aus dem stockreaktionären und kontrerevolutionären Lager kommt, wie euere Ministerführer Müller, Hilferding und Wissell es predigen, wie Herr Hörsing es praktisch verlangt, wenn er Reichsbannerleute antreten läßt neben Stahlhelm zur Hindenburgparade und Herr Jörgiebel in Berlin es ausführt, wenn er den Arbeitern am 1. Mai die Straße verbietet und aus dem ganzen Reich die Söldner zusammenzieht, um „ein Exempel zu statuieren", wie es weiland Bismarck nicht für nötig befunden hat?

Reichsbannerkameraden und sozialdemokratische Arbeiter besinnt euch. **Der Weg der Koalition im bürgerlichen Staat ist der Weg des Krieges gegen die Arbeiterklasse.** Was bedeuten 34 sozialdemokratische Polizeipräsidenten im Reiche anders als die 34fache Auflage des Noskekurses, des Blutkurses gegenüber der Arbeiterklasse.

Gibt es euch nicht zu denken, daß es die sozialdemokratischen Führer sind, die die schlimmste und verlogenste Hetze gegen die Sowjetunion, da Vaterland aller Werktätigen betreiben, daß sie die Väter des Wehrprogramms sind, des schmachvollsten Dokumentes, das den Uebertritt der SPD. in das Lager der imperialistisch-faschistischen Bourgeoisie offen und zynisch bekundet.

Am 1. Mai wird das internationale Proletariat gegen den drohenden imperialistischen Krieg der Weltbourgeoisie gegen Sowjetrußland demonstrieren, wird auf den Straßen sein, aus den Betrieben herausgehen mit der Losung des revolutionären Kampfes gegen Unterdrückung und Versklavung, wird rote Fahnen tragen und das Gelöbnis ablegen, mit allen Mitteln zu kämpfen gegen den Faschismus, der heute schon alle Glieder des kapitalistischen Staates beherrscht, einschließlich des mit ihm bereits aufs engste verflochtenen reformistischen Partei- und Gewerkschaftsapparates.

Wollt ihr beiseitestehen und euch noch länger zum Narren einer Politikasterclique von Arbeiterverrätern machen?

Am 2. Juni wird der Stahlhelm in München sein Reichstreffen haben, die Nationalsozialisten rüsten heute schon fieberhaft, um an diesem Tage die Nothenburger Ereignisse übertrumpfen zu können. Sie wollen Arbeiterblut sehen.

Was tut ihr, um dem Faschistenaufmarsch ein Paroli bieten zu können, werdet ihr mit uns auf den Straßen sein, werdet ihr bei den klassenbewußten Arbeitern stehen oder werdet ihr nach alter sozialdemokratischer Regel einen Ausflug ins Grüne unternehmen, damit ja, wie es der Wille der Auer und Brüder ist, der Faschistenaufmarsch ungestört von statten gehen kann?

Es gibt nur eines: Revolutionären Kampf, Seite an Seite mit allen Klassengenossen unter Führung der einzigen wirklichen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei.

Münchener Sattler und Tapezierer, heraus zur Verbandstagswahl

Heute am Freitag, den 19. April wird der Delegierte zum **Verbandstag der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller** gewählt. Die Münchener Kollegenschaft hat zu entscheiden, ob sie den Kandidaten des Reformismus, den Verteidiger der Wirtschaftsdemokratie, des Schlichtungsschwindels und der Koalition mit der deutschen Schwerindustrie oder den Kandidaten der revolutionären Gewerkschaftsopposition ihre Stimme geben will. Die Münchener Ortsverwaltung hat in statutenwidriger Weise durch ein verleumderisches Flugblatt in den Wahlkampf eingegriffen. Das muß die Münchener Sattler und Tapezierer veranlassen, nun erst recht heute auf den Plan zu treten und dem Kandidaten der Opposition, den Kollegen

Kollegen Josef Röll

ihre Stimme zu geben. **Jeder erscheine zur Wahl und beweise durch seine Abstimmung, daß er Schluß machen will mit jener reformistischen Gewerkschaftspolitik, die auch den Sattlern und Tapezierern nur dauernde Mißerfolge gebracht hat.**

Die Wahllokale sind folgende:

Verbandsbüro Gewerkschaftshaus, Pestalozzistr. Wahlzeit 9—1, 4—7 Uhr.

Gasthaus **Pilgersheimer-Garten,** Pilgersheimerstr. 18. Wahlzeit ½5—7 Uhr.

Gasthaus **zum Liebherr,** Liebherrstr. 14. Wahlzeit 5—7 Uhr.

Gasthaus **Brunnwarth,** Biedersteinerstr. Wahlzeit 5—6 Uhr.

Gasthaus **Amalienburg,** Amalienstr. Wahlzeit 5—7 Uhr.

Gasthaus **Rottmannshof,** Rottmannstr. 3. Wahlzeit 5—7 Uhr.

Gasthaus **Ludwigsvorstadt,** Kazmaierstr. 44. Wahlzeit 5—7 Uhr.

Der **Mitgliedsausweis ist vorzulegen,** weil ein Vermerk über die Stimmabgabe gemacht werden muß. Stimmzettel liegen in den Wahllokalen auf. **Arbeitslose und kranke Mitglieder können ihre Stimme nur auf dem Büro abgeben.** Zu wählen ist ein Delegierter. Stimmzettel mit mehr als einem Delegierten sind ungültig.

Nochmals: Jeder Sattler und Tapezierer tue seine Pflicht, gehe zur Wahl und sorge für einen Sieg der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Berufsringkämpfe im Circus Krone.

Ergebnisse vom Donnerstag, den 18. April:

Baroty und Bachraty trennten sich nach langweiligem Kampf unentschieden. Weinura legte Marunke nach 2 Minuten durch Untergriff von hinten. Prozewka siegte über Bidart nach einer Gesamtzeit von 55 Minuten durch Armfallgriff. Der sympatische Kautsky wurde von Steinke in einer Gesamtzeit von 53 Minuten nach temperamentvoll durchgeführtem Kampf durch Hüftschwung besiegt. Diese Niederlage wurde vom Publikum heftig angezweifelt, denn Kautsky soll nicht auf beiden Schultern gelegen sein. Der Kampf Johnsohn : Kalwan wurde bei Eintritt der Polizeistunde unentschieden abgebrochen.

Aus der Partei

An alle Orgleiter

Im Laufe des Samstag Nachmittags haben alle Zellen Material bei der Bezirksleitung abzuholen.

Au und Gärtnerviertel. „Hammerschmiede". Referent Fischer.

Süden, Ober- und Untergiesing. „Falkenwand". Referent Hohendahl.

Zellengruppe Neuhausen. Freitag abends 8 Uhr außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung in den Vollarts-Bierstuben.

KJVD. Augsburg. Am Sonntag, den 21. April nachmittags 4 Uhr im „Roten Löwen" mit wichtiger Tagesordnung. Die Funktionäre müssen eine Stunde früher erscheinen.

Roter Frontkämpferbund

RFB., Abtlg. II. Sämtliche RFB.-Kameraden treffen sich **am Sonntag, den 21. April,** vormittags 9 Uhr in der „Hohenburg". Anzug Bundeskleidung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird zur Pflicht gemacht.

RFB. München, Abteilung 4. Freitag, den 19. April abends Restaurant Unterfahrt.

RFB.-Spielzug Groß-München. Samstag, den 20. April nachmittags 4 Uhr haben sämtliche Trommler und Pfeifer mit Instrumenten und Noten im Gasthaus Hohenburg, Ecke Gollier- und Ganghoferstraße zu erscheinen. Wichtige Aussprache.

Gewerkschaften

Fabrikarbeiterverband. Ordentliche Vertreter-Quartals-Versammlung am Freitag, den 19. April abends 7 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Deutscher Holzarbeiterverband. Abteilung Treppenbauer. Versammlung am Freitag, den 19. April abends 7½ Uhr im Gasthaus Studenvoll, Unteranger 20.

Vereinskalender

Arbeiter-Esperanto-Gruppe München, Junulara Rondo Esperantista

Am Sonntag, den 21. April, **Tageswanderung nach Dachau.** Treffpunkt um ½9 Uhr, Hauptbahnhof, unter der Uhr. Die erwachsenen Mitglieder der LEA.-Gruppe München sind eingeladen, teilzunehmen. Radfahrer treffen sich ½9 Uhr am Siegfriedmalerplatz.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" Ortsgruppe München — Radsport

Samstag, den 20. April abends 8 Uhr Ortsgruppen-Quartal-Versammlung im Höger im Tal, um pünktlichen und restlosen Besuch dieser Versammlung wird gebeten.

Sonntag, den 21. April Frühlingsfest in Hörlriegelskreuth beim Brückenwirt, nur bei ganz ungünstiger Witterung wird das Fest auf den 28. April verschoben und treffen sich dann die Mitglieder am 21. April nachmittags im Ebersbergerhof mit den Frauen. Um über Abhaltung des Festes genau in den Abteilungen informiert zu sein, soll jede Abteilung am Sonntag früh bis 8 Uhr einen Genossen zum Genossen Appel in die Geschäftsstelle zur Informierung senden, damit in den Abteilungen die Sache bekannt gegeben werden kann.

Ferner findet am Sonntag früh das vom 7. April verschobene Paarfahren statt, der Start ist um 9 Uhr und werden die Abteilungen gebeten, zur Strecken-Besetzung frühzeitig auf der Strecke zu sein. Start um 9 Uhr am Kilometerstein 6, Dachauerstraße.

Freitag, den 19. April, Sitzung des Ortsgruppen-Sportausschusses im Ebersbergerhof.

Die Genossen der Abteilung 15 treffen sich am Samstag, den 20. April um 19 Uhr im Gasthaus Lichtinger zum gemeinsamen Besuch der Versammlung im Höger. — Sonntag früh treffen sich alle Genossen im Abteilungs-Lokal zur Besetzung der Strecke Moosach — Dachau. Um 1 Uhr dann Abfahrt zum Sommerfest in Hörlriegelskreuth.

Polytechnischer Verein in Bayern und Bayerischer Bezirksverein Deutscher Ingenieure

Gemeinsamer Vortragabend am **Montag,** den 22. April um 20 Uhr. Herr Dipl.-Ing. Hans Vogt, Oberingenieur des Bayerischen Revisionsvereins, Augsburg spricht über: „Das Kraftfahrzeug und der Kraftfahrzeugverkehr in Amerika." Der Vortrag wird auf Grund einer Studienreise in Amerika einen Vergleich zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Kraftfahrzeugverkehr geben. Er findet statt im Hörsaal 127 der Technischen Hochschule, Eingang XI, Theresienstraße, Gittertor. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Bestattungen am 20. April

Ostfriedhof. Wölfl Ignaz, Bierarbeiter, 44 J., 2¾ Uhr; Nichold Rosa M. Elvelgina, Arme Schulschw., 46 J., 3¼ Uhr; Räuschl Michael, ehem. Kutscher, 72 J., 2½ Uhr; Grahl-Graselli Franz, Oberregisseur, 75 J., 3¾ Uhr; Roider Johann, Bäckermeister, 62 J., 3½ Uhr; Prandstätter Maria, Metzgermeisterswe., 51 J., 3 Uhr; Reisinger Kreszenz, Metzgerswe., 54 J., 2 Uhr; Wacle Alfra, Schreinermeistersg., 61 J., 10 Uhr; Kuntze Hedwig, Ratsswe. 67 J., 9½ Uhr; Ott Margarete, Kondukteurswe., 72 J., 9 Uhr.

Westlicher Friedhof. Helmerich Maria, Pfründn.- u. Hausbesitzersg., 46 J., 3½ Uhr; Hetzenecker Johann, Hotelportier, 46 J., 3 Uhr; Gruber Franz, Stallmeister, 61 J., 4 Uhr; Bauer Anna, Gastwirtswe., 78 J., 3¾ Uhr.

Oberföhring. Auer Ludwig, ehem. Gastwirt, 66 J., 9 Uhr.

Schwabing (Neuer nördlicher Friedhof). Riedmayer Korbinian, Restaurateur, 47 J., 4 Uhr; Langfritz Johann, pens. Laternenwärt., 73 J., 3 Uhr; Ostermeier Ignaz, Oberoffiziant, 60 J., 3½ Uhr; Schimmel Juliana, Landwirtswe., 81 J., 2½ Uhr.

Waldfriedhof. Selderer Johann, ehem. Brauer, 71 J., 2 Uhr.

Spielplan der Münchener Theater

Freitag, den 19. April abends

Prinz-Regenten-Theater. „Feurio". 7½ Uhr.
National-Theater. „Die lustigen Weiber von Windsor". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. „Emilia Galotti". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Olympia". 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Friederike". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Das Geld auf der Straße". 8 Uhr.

Wochenprogramm der Bayerischen Landes-Filmbühne

Sonntag, den 21. April vormittags 11 Uhr Rathaus-Lichtspiele Wiederholung von Bengt Berg's klassischem Bildwerk: „Abu Markub". — Gloria-Palast, Sonntag, den 21. April vormittags 11 Uhr Sondervorstellung: „Frieden über Rom" und „Der Meister von Benron" (Vorverkauf bei Mag Hieber). — Samstag und Sonntag, den 20. und 21. April im Capitol, Türkenstraße, nachts 11 Uhr, zeigt Walter Jerden sein Programm „Aus der Kinderstube des Films" mit den köstlichen Karl Valentin-Filmen. — Regina-Lichtspiele 18. mit 25. April „Stürme". — Capitol 18. mit 24. April „Die eiserne Maske". — Deutsches Museum, Dienstag, Donnerstag und Samstag, bei 22., 25. und 27. April jeweils 17,15 Uhr im Vortragsraum Filmvortrag „Der Film vom Bayerntwer. 2. Teil. Vortrag von Herrn Dipl.-Ing. Wipf.

Aus Wirtschaft und Betrieb

Die sozialistische Wirtschaft der USSR. wird den Westen überholen

Rußland ist in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht ein rückständiges Land. Dieser Satz galt für das alte zaristische Rußland und galt auch bis jetzt noch für das proletarische Land. Die bisher gemachten riesigen Fortschritte, die selbst vom schlimmsten Feind der proletarischen Diktatur zugegeben werden mußten, wurden daher nur relativ gewertet, d. h. im Vergleich mit der russischen Vergangenheit, nicht aber im Vergleich mit dem fortgeschritteneren kapitalistischen Westen. Nun aber schreibt die Regierungspartei, die KPSU. auf ihre Fahnen die Parole: Möglichst bald das industrielle Niveau der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder ein- und überholen! Dieses Gebot soll nicht einfach eine Agitationslosung sein zur Anfeuerung der Arbeit, sondern in Wirklichkeit umgesetzt werden. Der Fünfjahrplan der Wirtschaft zeigt konkret den Weg, wie diese historisch-gewaltige Aufgabe realisiert werden soll.

Die russische Presse hob wiederholt hervor, daß nach der Höhe des Volksvermögens und des Volkseinkommens pro Kopf der Bevölkerung die USSR. jetzt den Platz einnimmt, den die Vereinigten Staaten Amerika vor 50 Jahren einnahmen. Damit Amerika um 50 Jahre überholt werden kann, muß also das Tempo der Entwicklung das Amerikas übertreffen.

Das ist keine Utopie, daß die USSR. in einigen Zweigen des Entwicklungstempo bereits die USA. übertrifft, so hat 1928 die **Kohlenförderung** in den USA. 99,9 Prozent derjenigen von 1913 betragen, während für die Sowjetunion 119 Prozent zu verzeichnen sind. Nach dem Fünfjahreplan wird das Tempo des Wachsens der Steinkohlengewinnung und der Eisenbahnfracht der USSR. das sämtlicher kapitalistischen Länder (auch Amerikas) übertreffen — vorausgesetzt natürlich, daß sich die kapitalistischen Länder in dem bisher eingeschlagenen Tempo weiter entwickeln.

Das stürmische Wachstum wird besonders anschaulich durch die Entfaltung der Erzeugung von elektrischer Energie. In der Großindustrie entfallen heute auf je einen Arbeiter 4,3 PS. in den Vereinigten Staaten, 2,1 PS. in Deutschland, rund 1,4 PS. in der Sowjetunion. Nach fünf Jahren wird für die USSR. diese Zahl 2,73 PS. betragen. **Das bedeutet ein Wachstum von 84 Prozent in 5 Jahren, während Deutschland** ein Wachstum von 124 Prozent nur in 18 Jahren (1907—1925) aufzuweisen vermag, und in England fast in derselben Zeitspanne (1907—1924) der Zuwachs bloß 34,6 Prozent betrug.

Der Kern des Problems besteht für die Sowjetunion darin, daß sie aus einem agrar-industriellen zu einem industriell-agrarischen Land gemacht werden soll. Die Industrie muß die führende Rolle in der Wirtschaft übernehmen. Dazu werden die Fonds zur Entfaltung der Industrie verdreifacht, für die Elektroindustrie sogar verfünffacht, während die Fonds für die Landwirtschaft um ein Drittel gesteigert werden. Infolge dieser inneren Verschiebung im Charakter der Wirtschaft der USSR. wird die Industrie, die 1927/28 31,4 Prozent der Gesamtproduktion des Landes betrug, im Jahre 1932/33 34 Prozent überschreiten. Jedoch diese Zahl allein charakterisiert den Prozeß der Industrialisierung zur Genüge. Das Hauptgewicht der Industrialisierung wird auf die Entwaltung der Schwerindustrie und der Energetik gelegt, die ihrerseits unmittelbar auf die Produktionsverhältnisse des Dorfes einwirken (Maschinisierung und Kollektivisierung). Das ist der Weg, den Lenin charakterisierte mit den Worten:

„Die einzige materielle Basis des Sozialismus kann nur die maschinisierte Großindustrie sein, die imstande ist, auch die Landwirtschaft umzugestalten".

Das Bild der wirtschaftlichen Umgestaltung in den kommenden fünf Jahren sieht folgendermaßen aus:

	1927/28	1932/33
Elektroenergie in Milliard. Kilowattst.	5,1	22
Gußeisen in Millionen Tonnen	8,3	10
Kohle in Millionen Tonnen	36	75
Naphtha in Millionen Tonnen	10,5	22
Chem. Dünger in Millionen Tonnen	0,4	7
Landw. Maschinen in Mill. Rubel	125	610
Traktoren in Tausend	1,4	53

Wird die Sowjetunion imstande sein, den vorgezeichneten gigantischen Plan zu erfüllen, ohne wesentliche Hilfe von außen? Alle rechten und versöhnlerischen Tendenzen in der KPSU. entstehen auf der Basis eines Zurückweichens vor den bestehenden Schwierigkeiten. Die Stimmungen der Kapitulation bezeichnen die Pläne des sozialistischen Aufbaus als Zukunftsmusik und fordern Maßnahmen, die einen „sofortigen Effekt" ergeben. Zum Beispiel: nicht warten, bis die eigene Industrie mineralische Dünger in genügender Menge erzeugen kann, sondern lieber Düngemittel aus dem Auslande importieren, anstatt 200 Millionen Rubel in den Bau der Kraftanlage am Dnjepr zu stecken. Die Partei Lenins lehnt diesen Weg ab. Der 15. Parteitag formulierte den Kurs des Außenhandels mit den Worten: „ein Maximum von Handelsbeziehungen unter der Bedingung der Festigung der eigenen Produktionsgrundlage und der wachsenden Unabhängigkeit vom Auslande". In 5 Jahren wird die Sowjetunion z. B. genügend eigene Lokomobile und Dieselmotoren haben, um nicht Valuta für den Einkauf dieser Maschinen im Auslande ausgeben zu müssen.

Wird kein imperialistischer Krieg die Sowjetunion hindern, den 5-Jahresplan in Wirklichkeit umzusetzen, dann werden neue mächtige Kraftanlagen, Großbetriebe und neue Städte das Land bedecken, riesige Getreidefabriken werden die armseligen Bauernwirtschaften verdrängen und die wirtschaftliche Rückständigkeit Rußlands wird der Vergangenheit angehören. Jeder deutsche Arbeiter trägt — durch Verteidigung der Sowjetunion — zu dieser weltgeschichtlichen Entwicklung bei.

Aus dem Gewerkschaftsleben

20 Ausschlüsse aus dem Buchdruckerverband

Weil Buchdrucker ihre eigene Presse nicht stillegten

In Chemnitz hat jetzt der Gauvorstand des Buchdruckerverbandes 20 Kommunisten ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, die zum Nutzen der SPD. aus politischen Gründen verhängte Sperre über die Druckerei des „Kämpfer" anzuerkennen. In einer Chemnitzer Mitgliederversammlung des Buchdruckerverbandes am 13. April erreichte der Ausschlußantrag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Trotzdem behauptet die Bürokratie, daß der Ausschluß vollzogen sei.

Der am 14. April stattgefundene Bezirksparteitag der KPD. nahm zu dem unerhörten Vorgehen der Bürokratie des Buchdruckerverbandes einstimmig folgende Resolution an:

„Der Bezirksparteitag nimmt Kenntnis von dem Gewaltstreich der vereinigten Brandlerianer und Buchdruckerbürokraten gegen den „Kämpfer". Er protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Verängung der Sperre gegen den „Peuvag"-Betrieb durch die Gewerkschaftsbürokratie und fordert die Buchdrucker auf, die Maßnahmen der Verbandsbürokraten zu durchkreuzen.

Der Bezirksparteitag begrüßt andererseits die mustergültige Abwehr dieses Schandstreiches der Brandlerianer und Reformisten durch die Mehrheit der Belegschaft des Peuvag-Betriebes und spricht ihr das vollste Vertrauen aus.

Nieder mit den Feinden der Partei!

Hände weg von der Presse der Kommunistischen Partei!"

Diesem wuchtigen Protest wird sich die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft anschließen. Insbesondere die oppositionellen Buchdrucker müssen gegen die aus parteipolitischen Gründen vorgenommenen Ausschlüsse kämpfen.

Verdoppelung des Reingewinns bei der BMW.

Wieder 14 Prozent Dividende

Der Sturz der Börsenkurse der BMW. hat anscheinend dazu geführt, daß der Aufsichtsrat am 16. April in Eisenach zu einer Sitzung zusammentrat, in der die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr 1928 genehmigt wurde. Sie umfaßt zum erstenmal auch die Zweigniederlassung der BMW. in Eisenach, die früheren Dixi-Werke. Diese befinden sich aber erst seit dem 1. Okt. 1928 im Besitze der BMW., so daß sie bei der Betrachtung des Reingewinns nur eine sehr geringe Rolle spielen. Trotzdem soll der am 22. Mai in München tagenden Generalversammlung eine **Erhöhung der Abschreibung von 825 000 auf 1 848 000 Mark und Ueberweisung von 300 000 Mark an den Reservefonds vorgeschlagen werden.** Trotz dieser mehr als 100prozentigen Steigerung der Abschreibungen weist der verbleibende **Reingewinn eine Steigerung von 1 911 000 auf 2 809 000 Mark** auf. Davon soll wie im Vorjahre auf das von 10 auf 16 Millionen Mark gestiegene Aktienkapital eine Dividende von 14 Prozent vorgeschlagen werden. Uebrig bleibt trotzdem noch ein Rest von 159 000 Mark, der auf die kommende Rechnung vorgetragen wird.

Eine prompte Antwort — dieser Geschäftsbericht auf die Börsenmanöver! Und nicht nur das, er ist auch eine wirksame Antwort, denn Verdoppelung des Reingewinns, das kann nicht jede Gesellschaft bieten! **Wie diese großartige Gewinnsteigerung erzielt wurde,** darüber schweigt sich der Geschäftsbericht aus. Aber vielleicht reden einmal die Arbeiter der BMW. über die Art, wie dort aus Proletarierknochen Millionengewinne herausgeschunden werden.

Verbandstag der Baugenossenschaften

Der Verband der Baugenossenschaften Deutschlands hält am 26. und 27. April in Erfurt (Stadthaus-Saal seinen

33. Verbandstag

ab.

Von öffentlichem Interesse sind 2 Berichte und zwar „Einige dringende Fragen der Wohnungspolitik" (Justizrat Klinke-Berlin) und „Ueberblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage und deren Wirkung auf die gemeinnützigen Baugenossenschaften" (Verbandsanwalt Prof. Stein, Berlin).

Die gewählten Delegierten, die der KPD. angehören, treffen sich am Freitag, den 26. d. M. abends 8 Uhr in der Redaktion des „Roten Echo", Erfurt, Magdeburgerstr. 44.

Zentralkomitee der KPD., Sekretariat (Parlamente)

Königsberger Buchdrucker gegen die Kommunistenhetze des Verbandsvorstandes

Sozialdemokratische Niederlage in Frankfurt a. M.

Die nicht mehr zu überbietende Lügenhetze, die der Ortsvorstand des Buchdruckerverbandes gegen kommunistischer Zeitungen wie gegen die kommunistischen Kollegen im Allgemeinen eröffnet hat, findet in der Verbandsmitgliedschaft entschiedenen Widerstand.

Die Mitgliederversammlung der Königsberger Ortsgruppe des Buchdrucker-Verbandes, die am 14. April tagte, beschloß, am 1. Mai **keine der bürgerlichen Zeitungen erscheinen zu lassen,** beziehungsweise die Morgenzeitungen wie an einem Sonntag herauszubringen. Im vergangenen Jahre erschienen mit Ausnahme der „Königsberger Volkszeitung" alle bürgerlichen Zeitungen.

Als Delegierte zum Verbandstag wurde der Genosse Kühl und der Kollege Hube vorgeschlagen. Der Sozialdemokrat Elsner wurde zwar auch genannt, aber nur ein Bäckerdutzend erhob die Hände für ihn. — Am 28. April finden die Delegiertenwahlen statt.

Zuletzt gelangten **fünf Anträge an den Verbandstag zur Annahme,** die von der Opposition eingebracht worden waren. Ein Antrag wendet sich **gegen den Schlichtungsschwindel** der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten und der SPD., ein zweiter verlangt das **Verhältniswahlsystem** für alle gewerkschaftlichen Instanzen; ein dritter spricht sich gegen das von der Verbandsbürokratie beabsichtigte Vorgehen gegen die Maschinensetzer aus, ein vierter **gegen die beabsichtigte Beitragserhöhung** und ein fünfter schließlich für den **Industrieverband im graphischen Gewerbe.** Alle Anträge wurden **mit übergroßer Mehrheit angenommen.**

Alte Kollegen, die schon jahrzehntelang dem Verband angehören, gaben ihrer **Empörung über die Redaktion des „Korrespondenten" und den Verbandsvorstand** Ausdruck, die das Verbandsorgan zu einer **wüsten Kommunistenhetze** mißbrauchen, anstatt es in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen. Daß diese Kommunistenhetze die Kollegen nicht irrezuführen geeignet ist, dafür war die Versammlung, waren die Beschlüsse, die sie faßte, ein Beweis.

Am 15. April fand in **Frankfurt a. M.** eine Mitgliederversammlung des Buchdruckerverbandes statt, in der ein Kollege aus der sozialdemokratischen „Volksstimme"-Druckerei einen Ausschlußantrag gegen die kommunistischen Kollegen Böhler, Gotthard, und Kaczina einbrachte. Ueber 500 Kollegen waren erschienen. Nach stürmischer Aussprache wurde über den Ausschlußantrag in geheimer Abstimmung abgestimmt. Für den Ausschluß wurden 279 Stimmen abgegeben, dagegen 205. Da zum Ausschluß eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, ist der Ausschluß abgelehnt. Das ist aber schon die zweite abgelehnte Maßregelung gegen diese Kollegen. Wenn in dieser Versammlung die gewerkschaftlichen Kommunistenhetze der [illegible] Kollegen [illegible] denten" [illegible] [illegible] [illegible]

Deutsches Memorandum in Paris

1650 Millionen auf 37 Jahre

Paris, 18. April.

Die Pariser Presse beschäftigt sich ausführlich mit einem deutschen Memorandum, das gegen das der alliierten Mächte dem Sachverständigen-Komitee überreicht wurde. Deutschland schlägt 37 Jahreszahlungen von 1650 Millionen Goldmark vor. Das ergibt insgesamt eine Summe von 36 Milliarden. Der Plan der Alliierten sieht 37 Jahreszahlungen von 1800—2450 Millionen Goldmark, 20 Jahreszahlungen von 1700 und eine von 900 Millionen Mark vor. Im Plan der Alliierten erreichen die Zahlungen eine Gesamthöhe von 39 Milliarden Mark, sodaß zwischen den beiden Memoranden eine Differenz von 13 Milliarden besteht. Da die interalliierten Schulden und der Zinsendienst für die Dawesanleihe insgesamt eine Summe von 37 Milliarden Mark erreichen, ergibt sich, daß der deutsche Gegenvorschlag knapp diese Summe erreicht.

Diese Rechnung wird bezeichnender Weise von der französischen Presse angestellt. Die deutsche Regierung hat der Oeffentlichkeit überhaupt noch nichts über den Inhalt ihres Memorandums mitgeteilt. Die französische Presse lehnt den Vorschlag der deutschen Sachverständigen mit außerordentlicher Schärfe ab. Der Ministerpräsident Poincaré hat angekündigt, daß er am kommenden Samstag in einer Rede den Standpunkt der französischen Regierung in der Reparationsfrage darlegen wird. Ein Teil der französischen Presse teilt sogar mit, daß auch der Vorsitzende des Sachverständigen-Ausschusses Owen Young die deutschen Ziffern als undiskutabel bezeichnet haben soll.

*

26 Milliarden Mark will also die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung aus den deutschen Werktätigen herausschinden. Wahrscheinlich werden es aber nicht 26, sondern 30 oder 35 Milliarden Mark werden. Diese ungeheuren Lasten, die natürlich von den werktätigen Massen in Deutschland aufgebracht werden müssen, bedingen einen ungeheuren Druck auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft. Schon aus diesem Grunde müßte jede Arbeiterpartei diese Milliardenzahlungen ablehnen. Aber die Sozialdemokraten stellen pathetisch die Frage, was denn die Kommunisten vorschlagen, wenn diese Zahlungen abgelehnt werden. Einen Krieg, einen neuen Massenmord? Nun, die Kommunisten haben schon bewiesen, wie man mit den imperialistischen Räubern nach einem verlorenen Krieg umgehen kann. **Auch Rußland hat einen Krieg verloren. Aber dort sorgte die Arbeiterklasse dafür, daß nicht das Proletariat, sondern die eigene und die internationale Bourgeoisie die Kosten des Krieges bezahlen mußte.** Das ist auch für die deutsche Arbeiterschaft der einzig mögliche Weg, sich von den für Generationen festgelegten Milliardenlasten zu befreien: **die proletarische Revolution und das Bündnis Räte-Deutschland mit der Sowjet-Union.**

Betriebsratswahlen in Moskau

Moskau, 17. April.

Die Neuwahlen zu den Betriebsräten (Betriebskomitees), haben begonnen. Bis jetzt wurden die Neuwahlen in 11 Betrieben mit einer Gesamtbelegschaft von 3.054 Arbeitern durchgeführt, in denen die Wahlbeteiligung 70 Prozent erreicht. Im Woskresenski-Textilbetrieb beträgt die Wahlbeteiligung 92 Prozent. Die Wahlversammlungen nehmen den Charakter von Produktionsberatungen an. Die Arbeiter treten mit einer Kritik der Produktionsverhältnisse auf, bringen Anträge zur Verbesserung und Umgestaltung der Produktion ein und ergreifen die Initiative zu neuen Maßnahmen. Außer den Fragen der Produktion und der Arbeitsverhältnisse stehen auch Fragen des Kulturniveaus auf der Tagesordnung. In offener Selbstkritik werden die Arbeiten der sogenannten Kulturkommissionen unter die Lupe genommen. Die Kandidatenlisten werden in offenen Belegschaftsversammlungen aufgestellt und der öffentlichen Kritik unterworfen.

Heimwehr-Kabinett in Wien?

Die Kandidaten für das österreichische Kanzleramt

Wien, 18. April.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie wird unter den Regierungsparteien die Kandidatur für das Kanzleramt lebhaft besprochen. An aussichtsreicher Stelle steht der bisherige Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Ender, der auf dem rechten Flügel der Christlich-Sozialen Partei steht, und mit den Heimwehren die engsten Verbindungen hat. Unter seiner Herrschaft haben in dem Lande Vorarlberg die privaten Heimwehren Millionen an Staatsunterstützung bekommen. Auch sonst werden die Heimwehren von der Vorarlberger Landesregierung in jeder Beziehung unterstützt. Sie bilden sogar in Vorarlberg auf Verordnung des Landeshauptmanns Dr. Ender eine offizielle Regierungstruppe.

Der zweite Kandidat für das Kanzleramt ist der Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen, der ebenfalls als Vertreter des rechten Flügels der Christlich-Sozialen gilt. Auch er hat enge Verbindungen mit den Heimatwehren.

Diese beiden Kandidaten, die jetzt in der österreichischen Regierungskrise als Kanzler in den Vordergrund geschoben werden, sind **die Ankündigung der „Politik der starken Hand".** Falls Ender oder Rintelen tatsächlich das Kanzleramt erhalten, wird die staatliche Unterstützung der Heimwehren eine noch stärkere als unter der Regierung Seipels werden. So zeigt sich, daß der Rücktritt Seipels ein sehr geschickter Schachzug war, um den Einfluß der faschistischen Heimwehren auf die Regierungspolitik ins Ungeahnte zu steigern. Die österreichischen Arbeiter stehen also erneut vor erbitterten Kämpfen. **Jeden Tag kann in Oesterreich die Proklamierung der faschistischen Diktatur und damit der Bürgerkrieg auf der Tagesordnung stehen.** Bayern, dessen Regierungskreise über die engsten Verbindungen zur österreichischen Reaktion verfügen, ist, wie wir das schon öfter betonten, an dieser Entwicklung im benachbarten Oesterreich stark interessiert. Die bayerischen Arbeiter müssen deshalb im Verein mit den österreichischen Arbeitern bereit sein, gemeinsam die faschistische Reaktion aus dem Feld zu schlagen.

Kampfaufruf der KPDe.

Wien, 18. April.

Die Kommunistische Partei Oesterreichs erläßt ein Manifest zur Frage des Mieterschutzes, fordert die Massen auf, durch die proletarische Massenaktion die Gesetzwerdung der Abschaffung des Mieterschutzes zu verhindern und nicht nur den bestehenden Mieterschutz zu verteidigen, sondern auch seine Erweiterung zu erreichen. Die Kommunistische Partei stellt ein Aktionsprogramm von konkreten Forderungen zur Verteidigung und zum Ausbau des Mieterschutzes auf.

In ihrem Manifest betont sie aber gleichzeitig, daß die Mieterschutzfrage nicht getrennt behandelt werden kann, sondern im Mittelpunkt des wachsenden Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bürgerblockregierung, zwischen Arbeiterklasse und Faschismus steht. Eine wirkliche Lösung der Mieterschutzfrage kann nur auf revolutionärem Wege erfolgen. Der Kampf um den Mieterschutz muß auf den Sturz der Bürgerblockregierung, den offensiven Kampf gegen den Faschismus und Reformismus und den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung zugespitzt werden.

Die Kommunistische Partei ruft auf, sofort **Massenversammlungen und Straßendemonstrierung** zu veranstalten und überall **antifaschistische Abwehr- und Kampfkomitees** zu bilden, sowie gegen die Abschaffung des Mieterschutzes und die faschistischen Vorstöße der Bürgerblockregierung eine Massenstreikbewegung durchzuführen.

Die Vorbereitung zum Antifaschistischen Reichskongreß am 21. April in St. Pölten verläuft günstig. Zahlreiche Betriebe, Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterversammlungen haben bereits Delegierte gewählt, deren Mehrheit sozialdemokratische Arbeiter sind.

Zuchthausurteil in Ungarn

Wien, 13. April.

Der Gerichtshof von Debrezin verurteilte den Genossen Julius Papp zu sieben Jahren Zuchthaus auf Grund der Anlage, daß er Mitglied einer kommunistischen Terrorgruppe gewesen sei, die während der Räterepublik einen Fabrikdirektor ermordet habe. Genosse Papp war nach dem Sturze der Räterepublik nach der Sowjetunion geflüchtet, von wo aus er später nach Ungarn zurückgekehrt war, um da revolutionäre illegale Arbeit zu leisten. Er kehrte nach Ungarn zurück, obwohl er wußte, daß gegen ihn die Anklage wegen „Mordes" erhoben worden war. Vor dem Gericht hat es sich mit voller Klarheit erwiesen, daß er an der ihm zur Last gelegten Tat unbeteiligt war, trotzdem wurde er zu einer so hohen Strafe verurteilt. Nach der Verkündung des Urteils erklärte Genosse Papp, daß er gegen das Urteil an die öffentliche Meinung des Proletariats appelliere. Für diese Erklärung erhielt er eine schwere Disziplinarstrafe.

Schlacht bei Kabul

WTB. Kalkutta, 17. April.

Wie aus Kabul gemeldet wird, ist, etwa 60 km von Kabul entfernt, zwischen den Truppen Habib Ullahs und den Stämmen der Wardaaki, die auf Seiten Aman Ullahs stehen, ein heftiger Kampf entbrannt. Die Verluste werden als sehr schwer bezeichnet und die Krankenhäuser sind voll von Verwundeten.

Litwinow entlarvt den Abrüstungsschwindel

Genf, 18. April.

Die gestrige Sitzung des Abrüstungsausschusses wurde mit der Debatte über den zweiten Abrüstungsvorschlag der sowjet-russischen Delegation ausgefüllt. Von vornherein zeigte sich, daß die imperialistischen Vertreter diesem Vorschlag ein sang- und klangloses Begräbnis bereiten wollen. Als nämlich der deutsche Delegierte Bernstorff und nach ihm ein Japaner und ein Franzose gesprochen hatten, klärte der Vorsitzende, daß keine Wortmeldungen mehr vorliegen und nach den ablehnenden Reden der Vertreter der Großmächte der sowjet-russische Vorschlag als erledigt angesehen werden könne. Er beantragte deshalb Uebergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

In dieser Situation griff der sowjet-russische Delegationsführer Genosse Litwinow äußerst geschickt ein, indem er einen Antrag stellte, nach dem sich die Kommission für die Grundzüge der sowjet-russischen Abrüstungsvorschläge erklären soll. Das Eingreifen Litwinows verblüffte die imperialistischen Aufrüstungsschieber. In seiner Not wußte sich der Präsident nicht anders zu helfen, als die Sitzung aufzuheben und auf Donnerstag zu vertagen. Unter den bürgerlichen Delegationen herrschte über diesen taktischen Erfolg der russischen Delegation allgemein Aerger.

Vor dieser bezeichnenden Auseinandersetzung hatte der russische General Langovoi ausführlich die einzelnen Punkte des russischen Antrages besprochen, der eine **Verminderung der Heere über 200 000 Mann und der Flotten über 200 000 Tonnen um die Hälfte und der Heere bis 40 000 Mann und der Flotten bis 40 000 Tonnen und zwei Drittel vorsieht.** Außerdem verlangen die sowjet-russischen Vorschläge **Vernichtung aller chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel, aller Flammenwerfer, Gasapparate, Tanks und überhaupt aller Kampfmittel, die in einem Kriege gegen die Zivilbevölkerung Verwendung finden.** Der deutsche Delegierte Graf Bernstorff begrüßte den russischen Abrüstungsvorschlag, während die Japaner und Franzosen ihn mit allerhand Beteuerungen über ihre Abrüstungsbereitschaft ablehnten.

Blutige Wahlkämpfe in Rumänien

WTB. Bukarest, 15. April.

Gestern kam es in mehreren Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen liberalen Parteigängern und der Bauernschaft. In einer Gemeinde, in der Ersatzwahlen für die Gemeindevertretung stattfanden, kam es zu Schlägereien, bei denen auch Revolverschüsse gewechselt und mehrere Personen und Demonstranten verletzt wurden. Auch im Wahlbezirk des ehemaligen liberalen Innenministers Duca kam es zu Zusammenstößen, wobei zwei Personen durch Revolverschüsse und acht durch Messerstiche schwer verletzt wurden. 12 Personen wurden verhaftet.

Chamberlain und Mussolini

WTB. London, 17. April.

Chamberlain gab im Unterhaus eine Erklärung ab, in der er die zufälligen (?) Umstände schilderte, die während seines Aufenthaltes in Florenz zu der Zusammenkunft mit Mussolini führten. Er hob darin hervor, daß dieser keine besondere Bedeutung zukomme. Natürlich hätten Mussolini und er nicht nur von den englisch-italienischen Beziehungen gesprochen, die glücklicherweise sehr herzlich seien, sondern auch von der allgemeinen Lage Europas.

Vom weißen Kreuz zur Roten Fahne

Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse

Von Max Hölz

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50
(Nachdruck verboten)

11

Er weigerte sich, Abbitte zu leisten, also mußte er den Spaziergang durch die Straßen der Stadt mitmachen. Rechts und links hielten ihn zwei Frauen fest, damit er nicht fortlaufen konnte. So wurde er zwei Stunden lang in seiner eigenen Stadt an den Pranger gestellt.

Nach diesem Spaziergang setzte er sich telephonisch mit der Regierung in Dresden in Verbindung, um die behördlichen Organe zu bewegen, sofort Militär nach Falkenstein zu schicken, da angeblich alles in hellem Aufruhr sei und die vom Arbeitslosenrat aufgeputschten Massen bereits plünderten. Es herrschte damals Belagerungszustand, Demonstrationen waren erboten. Die Staatsanwaltschaft Plauen erließ gegen mich einen Steckbrief wegen Landfriedensbruchs und setzte einen Preis von 2000 Mark auf meine Ergreifung aus.

Die Treibjagd gegen mich beginnt.

Wie sehr schon um diese Zeit eine gewisse Presse bemüht war, unter allen Umständen und mit allen Mitteln eine Pogromstimmung gegen die Kommunisten zu schaffen, beweist das „Nürnberger Tageblatt", das aus Anlaß dieser Vorgänge folgendes schrieb:

„Die Falkensteiner Spartakisten schleppten ihren Bürgermeister fünf Stunden in der Stadt herum, schleppten ihn auf den Schloßfelsen und stürzten ihn dann in die Tiefe."

In Wirklichkeit war nichts anderes geschehen, als daß der Arbeitslosenrat durch seine Verhandlungen mit dem Stadtrat eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung durchgesetzt und daß die Falkensteiner Forstverwaltung sich bereit erklärt hatte, Brennholz schlagen zu lassen und zu billigen Preisen an die Arbeitslosen abzugeben.

Der Bürgermeister erreichte, daß noch in der Nacht Militär nach Falkenstein kam und fast alle Mitglieder des Arbeitslosenrats aus den Betten heraus verhaftete; mich, den Vorsitzenden des Arbeitslosenrates, erwischten sie nicht, weil ihr Spitzel einen großen Bock gemacht hatte. Der Bürgermeister und der militärische Führer hatten mitten in der Nacht einen ihnen geeignet erscheinenden Mann beauftragt, festzustellen, in welchem Zimmer ich schliefe. Der Mann machte seine Sache aber so täppisch, daß ich wach wurde und Verdacht schöpfte.

Ich verließ schnell die Wohnung, ging außerhalb der Stadt auf eine Anhöhe und sah beim anbrechenden Morgen zu meinen Füßen ein buntbewegtes Bild. Militärpatrouillen durchzogen die Straßen und Kommandorufe erschallten. Die Anhänger des Bürgermeisters beherrschten die Situation.

Zwei Freunde — Arbeitslose — machten mir gegen acht Uhr früh die Mitteilung, daß der ganze Arbeitslosenrat verhaftet worden sei. Die Soldaten hätten geschworen, den Ort nicht eher zu verlassen, als bis sie auch mich fingen. Die verhafteten elf Mann des Arbeitslosenrates waren in Militärautos nach Plauen ins Gefängnis transportiert worden, damit sie in Falkenstein nicht von der Masse aus dem Gefängnis befreit werden konnten.

Diese Nachrichten veranlaßten mich, meine sichere Position sofort aufzugeben; ich ging mit den beiden Freunden in die Stadt hinunter. Sofort sammelten sich um mich etwa zwanzig Arbeitslose, die empört den niederträchtigen Ueberfall besprachen. Ohne Aufenthalt ging ich mit ihnen vor das Rathaus, wo sich beim Bürgermeister der Führer der Truppe aufhielt und auch der größere Teil der Soldaten einquartiert lag. Am Eingang waren Maschinengewehre aufgestellt. Die Soldaten, die mich kommen sahen, und denen von den Spitzeln mitgeteilt wurde, daß ich Hölz sei, glaubten, ich wolle mich selbst stellen.

Ich verlangte den Offizier zu sprechen. Als er kam, fragte ich ihn barsch, warum er den Arbeitslosenrat verhaftet habe, und was dieser ganze Aufmarsch eigentlich bezwecken solle. Er antwortete etwas verlegen und betreten, ihm wäre in Zwickau mitgeteilt worden, daß die Arbeitslosen in Falkenstein plündern und schießen und sämtliche Schaufenster demolieren. Er mußte auf meine Frage zugeben, daß daran kein wahres Wort sei. Daraufhin forderte ich ihn ganz energisch auf, mit seiner Truppe sofort wieder abzuziehen. Der Offizier stotterte, das ginge nicht, er sehe zwar ein, daß er überflüssig sei, aber er dürfe ohne Befehl seiner vorgesetzten Stelle nicht abrücken. Ich wandte mich an die inzwischen in Massen vor das Rathaus geströmten Arbeitslosen und fragte: „Wollt ihr, daß die Soldaten noch eine Stunde länger in der Stadt bleiben?" Die einstimmige Antwort war: „Nein sofort raus mit ihnen!" Nun merkte der Offizier, daß die Situation für ihn etwas ungünstig stand, er verlangte für seinen Abzug eine Frist von zwei Stunden. Aber auch die wurde ihm nicht gewährt; die Menge stürmte die Stufen zum Rathaus empor, drängte das Militär zurück, nahm die Gewehre und Maschinengewehre und warf sie — so harmlos waren bei aller Erbitterung diese Menschen — auf die Lastautos der Soldaten. Unter dem Druck der Arbeitslosen kletterten die Soldaten auf die Lastautos. Man sah ihnen an, wie froh und erleichtert sie den Ort verließen.

Nach dem Abzug der Soldaten setzten die Arbeitslosen den Bürgermeister gefangen. Er mußte an die Regierung in Dresden telephonieren und unter unserer Aufsicht einen Situationsbericht über die Vorgänge geben. Wir zwangen ihn, zu sagen, daß auf Grund des nächtlichen Ueberfalles auf den Arbeitslosenrat er und mehrere einflußreiche Bürger der Stadt im Rathause solange festgehalten werden sollten, bis die verhafteten Mitglieder des Arbeitslosenrates ihre Freiheit erhielten. Nach langem Hin und Her gab die Regierung an die Plauener Staatsanwaltschaft Anweisung, die Verhafteten schnellstens freizulassen.

Unter ungeheurem Jubel der Menge, die von früh acht Uhr bis nachmittags sechs Uhr in strömendem Regen gewartet hatte, zogen die Freigelassenen in Falkenstein ein.

Nun herrschte für einige Wochen Ruhe in der Stadt. Der Arbeitslosenrat arbeitete Hand in Hand mit den behördlichen Organen, um die Verteilung von Lebensmitteln und Brennmaterial durchzuführen.

Im Zusammenhang damit machte es sich der Arbeitslosenrat zur Aufgabe, den im Ort üppig wuchernden Schleichhandel zu unterbinden.

Zwei Mitglieder des Arbeitslosenrates gingen mit zwei Schutzleuten in die Häuser der Fabrikanten, von denen bekannt war, daß sie große Mengen im Schleichhandel erworbener Lebensmittel aufgespeichert hatten. Die Vorräte wurden beschlagnahmt. Es kam vor, daß an einem einzigen Tage im Rathause ganze Berge von fettem Schinken usw. aufgestapelt wurden. Am nächsten Tag veröffentlichte dann der Arbeitslosenrat im Stadtblatt eine Bekanntmachung, die von der Behörde gegengezeichnet war, daß sich die Kriegerwitwen, die Kranken und Wöchnerinnen im Rathaus einfinden sollten, um dort pro Person ein halbes oder ein ganzes Pfund dieser oder jener Delikatesse in Empfang zu nehmen. Die Verteilung wurde in Zusammenarbeit mit der Behörde durchgeführt.

(Fortsetzung folgt.)

B. Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Augsburg

Augsburg

Konfektion
Hch. Grausmann
Augsburg - Bahnhofstraße 7
Große Auswahl in
Damen- und Mädchen-Kleidung
zu niedrigsten Preisen
56832

Kaufhaus Brüder Landauer A.-G.
Augsburg
Das Haus für preiswerte Qualitätswaren
56840

Auf Kredit
in Wochenraten von RM 2.— an
Möbel
Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung
Wäsche
Leuchtmann, Ludwigstr. 190 Hauptpostnähe
Lechhausen, Waterloostr. 9
Laden

Karl Burkhardt
Augsburg, Ulmer Str. 19
Tel. 3013, Ludwigsplatz D 15 (Eiermarkt)
Spezialgeschäft für Elektro, Radio und Spielwaren
5879

M. Gessler Inh. M. Kitz
Herren-, Burschen- u. Knabenkonfektion
sowie Anfertigung nach Maß
Reichhaltiges Stofflager — Grüne Marken
56804 METZGPLATZ C 276

Augsburger Prügelbräu
empfiehlt
Lagerbiere
hell und dunkel
Leonhard & Michael Gebler
Tel. Nr. 406 und 3858
56737

Friedr. Kaufers Nachf.
Inh. O. Kohler
56805 Wertachstr. 18
Herren- u. Damenwäsche
Grüne Rabattmarken — Grüne Rabattmarken

Wäsche aller Art
wird tadellos und schön gewaschen in der **Dampfwaschanstalt Aschenbrenner**, Bes. **Gg. Fischer**
Augsburg, Hint. Lech C 370/71
56835 Tel. 813

TRINKT
das gute
„Gesellschaftsbräu"
751

Zigarrenhaus Gg. RUFF
Zigarren — Zigaretten — Tabake
56759 Jakober Str. G 26

Brot- und Feinbäckerei
L. Thoma
56750 Schöpplerstraße 6

Metzgerei WIELAND
56750 ff. Fleisch und Wurstwaren
Schöpplerstraße 20

Alte und neue Möbel
56809 Sellermaier
Lorenz Sendlinger
Donauwörther Str. 17

Trinkt Chabeso
ärztlich empfohlen
Achten Sie genau auf Marke
„Chabeso"
56801

MUSIKINSTRUMENTE
Kurt Scherzer, Augsburg, Schmiedberg C 133 u. 130
Selbstanfertigung sämtlicher Metallblasinstrumente in eigenen Werkstätten / ständiges Lager in allen Schlag- u. Jazzartikeln Ausrüstung ganzer Spielmannszüge, Schalmeienchöre in jeder Besetzung. Bestandteile aller Art. Günstige Zahlungsbedingungen.
Reparaturen schnell, bei billigster Berechnung. 56802

Herren- und Knabenbekleidung
kaufen Sie gut und sehr preiswert bei
56806
KARL JUNG
nur Wertachstr. 1½

Molkereiprodukte
unerreicht
im Preis und Qualität, durch größten Umsatz in
35 eigenen Verkaufsstellen
Honig - Obst, Gemüse-Konserven - Konfitüren etc
„CEMA"
Central - Molkerei Augsburg
56831

deka
Die kluge Hausfrau kauft gut und billig
Lebensmittel
in den
Edeka-Geschäften
56752

Wo kaufe ich gut und billig
Trikotagen — Herrenartikel — Trachten-Bekleidung
Damenwäsche — Sporthosen — Arbeits-Anzüge
Damenstrümpfe — Windjacken — Arbeitsmäntel
56843
Carl Pivisti
Ecke Frauentor- und Georgenstraße, vis-à-vis Pfarrle Post.
Grüne Rabattmarken

Benno Siegeler
Spezialhaus für moderne und solide
Herren- u. Knabenbekleidung
sowie **Berufsbekleidung**
Jetzt: Karlstr. D. 51/52 Ecke Karlstr.-Steingasse
56753 Grüne Rabattmarken

Kaufhaus Schlögel
56800
Lange Gasse und Frauentorstraße F 4
Seit 1848 bekannt brauchbare Ware
Grüne Marken

Trinkt Vorzugsmilch
gewonnen unter tierärztlicher Aufsicht gereinigt und tief gekühlt — und
Millacol
(Acidophilusmilch)
das neue Milchgetränk für Gesunde und Kranke aus der
Genossenschaftsmolkerei Augsburg E. G. m. b. H.
56887 Telefon Nr. 1347
Verkauf in allen durch obenstehendes Warenzeichen gekennzeichneten Geschäften.

Fortuna-Bräu
Bes. Georg Streit Tel. 4011 empfiehlt seine vorzügliche
Lager- und Exportbiere
56758 Flaschenbiere: Tel. 812

+ St. Jakobs-Drogerie +
Franz Bey, Jakober Str. H. 19
56761 Tel. 2529

TRIKOTAGEN
56755 Strickwaren gut und preiswert bei
Wiedemann, Bahnhofstr. 4 und Carolinenstr. C 25

1. Augsburger Weizenbier-Brauerei Zur goldenen Gerste
56875 empfiehlt anerkannt ff. Weizenbier
Brauerei-Ausschank Tel. 2260

Carl Tappeiner, Alte Gasse F 394 1/2
56885 Filz-, Strohhüte u. Mützen in großer Auswahl

Zigarren • Zigaretten
en gros **Tabake** en detail
56837 nur bei
D. Hechenbleikner
Predigerberg A 71 - Tel.: 1475

+ Drogerie Schwedenlinde +
Drogen — Kolonialwaren — Farben
Wertach- Ecke Wolfgangstraße
56762 Lebeg-Marken

Georg Grill, Jakober Str. H 23
Damenkonfektion u. Strickwaren-Spezialgeschäft
56839

Belzmühle
Hinter der Stadtmetzg.
Pa. Weizen- und Roggenmehle
u. Teigwaren - niedrigste Preise
56838 Grüne Rabattmarken

Ochsen- und Schweinemetzgerei
56803 Georg Schnörzinger - Wertachstr. 13

Lederhandlung
P. KRAMER Schmiedberg C 147 unterh. d. Häringbrau.
Leder, Schäfte, Schuhbedarfsartikel
56841 Sohlenausschnitt, Gamaschen
Schuhpflegemittel — Treibriemen

S. Guttmann Nachf.
Maximilianstr. B 4 – 7
***Das Kaufhaus** der guten Qualitäten*
Baumwollwaren - Wäsche
Teppiche - Gardinen
Damenkonfektion
Wollstoffe - Seide
56811

Möbelhaus Scheurich
empfiehlt sich in **Qualitätsmöbeln**
Holz-, Polster- und Einzelmöbel
Riesenauswahl — Niedrigste Preise
56840 Zahlungserleichterung
Metzgpl. C 241 - Frauentorstr. F 1b

Ludwig Kees
Motor- u. Fahrräder Reparaturen
56878 Ludwigstr. 171

56877 Weine und Spirituosen aller Art
M. Diedritz, Wertachstr. 20

Molkerei I. Lec[illegible]
Inh.: Karl Ballweg
56880 Glückstr. 14

Wein-Peris
56842 Ludwigstr. D 160

Vertreter von Frisch auf!
Jos. Schmid
56882 Lange Gasse F. 251

Bürgerliches Brauhaus
Augsburg-Göggingen
Ludwig Glück
Telefon 482 ○ Telefon 483
ff. helle und dunkle Biere in Fässern und Flaschen
56872

Fleischwarenfabrik Sebastian Bihler
Augsburg, Hauptgeschäft: Bäckergasse A 341
Filialen: Bahnhofstr. 21 u. Karolinenstr. D 66
56873
ff. Fleisch- u. Wurstwaren, heiße Wiener Würstchen zu jeder Tageszeit.

ALLE LESER
berücksichtigen bei ihren Einkäufen die Geschäfte der INSERENTEN der
„Neuen Zeitung"

Pfaff-Nähmaschinen
für Haus, Gewerbe u. Industrie
Hervorragendes
56845 deutsches Fabrikat
Fritz Strunz
Annastr. D 233 — Fernspr. 2527
— Fachm. geleitetes Nähmaschinengeschäft und Reparaturwerkstätte —

Herrenkleidergeschäft
und Verleih von schwarzen Anzügen
J. Fleischmann, Reusser. Gang C 384
56830

Augsburg-Lechhausen

Josef Giegerich
Maßschneiderei sowie sämtliche Herrenkonfektion
Yorkstr. 39 56766

Kemischtwarenhandlung
F. A. Privinsky, Blücherstr. 6 56844

Roman Lauchner
Haus- u. Küchengeräte - Porzellan
Neuburger Str. 25 56763

Saalbau Paradiesgarten
56764 Brentanostr. 26
empfiehlt großen Saal mit 3 Nebenzimmern zu Festlichkeiten aller Art.

Schuhwarenhaus Joh. Driesslein
nur Waterloostr. 5 56765

Für die kommende Saison
Kleider, Mantelstoffe
in allen modernen Mustern und Farben. Herren- u. Damen-Wäsche Strümpfe und Strickwaren letzte Musterung - Niedrige Preise
56807 Aufmerksame Bedienung
— Auf alle Waren grüne Marken. —
Lorenz Mayr, Augsburg, Ulmer Str. 21

‚Gesundheit und Frohsinn'
durch naturreine Nahrungsmittel für Haus und Wandern — Körperpflegemittel
Reformschuhe
vom
REFORMHAUS „GE – FRO"
56875 Augsburg, Obstmarkt

Georg Jos. Kessler
Textil- und Kurzwaren
56883 Donauwörther Str. 22

Beste Bezugsquelle für
Kolonialwaren
Anton Kaiser, Augsburg
56881 Unteres Kreuz
Lieferung in's Haus

Trinkt die **Qualitäts-Biere** aus dem
Postbräu
Thannhausen,
vom Kenner stets bevorzugt.

Schokoladenhaus Merkle
Schokolade, Kakao, Kaffee, Tee
Wertachstr. 17

ff. Fleisch- und Wurstwaren
bei
Anton Leinfelder
56834 Wertachstraße 21

Jos. Breimair
Garküche
Augsburg, Metzgplatz
Ochsen-, Rind-, Kalb- und Schweinemetzgerei
56888 **Johann Wießner**
Werbhausgasse A 330 Tel.: 2137
Spez. Erstklassige Fleisch- und Wurstwaren

K. Schlicke, Metzgerei
ff. Fleisch- und Wurstwaren
56889 Hindenburgstr. 54

Reserviert
56754

Augsburg-Oberhausen

Kurz-, Weiß-, Woll- u. Strumpfwaren
Albert Emmerling
Ulmerstr. 2 56874 Tel.: 2913
grüne Rabattmarken
Trikotagen - Garne - Wolle

Johann Hoh
Fleisch- und Wurstwaren
56733

Schuhhaus Mader
Oberhausen, Zollernstr. 16

Werbt neue Leser für Euer Organ die „Neue Zeitung"

F.J.M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft"

Nr. 92 | „Neue Zeitung" erscheint tägl. Verantwortl. für Redaktion Alb. Buchmann, für Anzeigen G. Epple. Verleger: Freier Verlag G.m.b.H. Druck: Bajuvarendruck G.m.b.H., alle in München, Nymphenburgerstr. 32. Telefon 50463. Postscheckkonto: Freier Verlag Nr. 4728c | Samstag, 20. April 1929 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.50 Mk. ohne Zustellgebühr, durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. — Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 50 Pfg. Rabatt nach Tarif | 12. Jahrg.

„Kinderspeisungen statt Panzerkreuzer" war eine Wahllente

Kinderspeisung durch SPD abgelehnt

Dafür 100 Millionen an die Großagrarier / Die Lebensmittel sollen verteuert werden

Berlin, 18. April.

Der Haushaltausschuß des Reichstages behandelte am Mittwoch und Donnerstag den Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft. **Die Kommunisten hatten den Antrag eingebracht, 5 Millionen für Kinderspeisungen in den Etat einzusetzen.** Zu diesem Antrag sprach für die kommunistische Fraktion Genosse Hörnle, der wirkungsvoll die Notwendigkeit der erhöhten Kinderspeisung begründete. Nach Schluß der Rede des Genossen Hörnle fragt der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der Sozialdemokrat Heimann: „Wünscht sonst noch jemand das Wort?" Da ruft Genosse Stöcker der Sozialdemokratin Frau Wurm zu: „Das Wort hat Frau Abg. Wurm." Frau Wurm und die übrigen Sozialdemokraten hüllten sich in eisiges Schweigen. Der Sozialdemokrat Heimann ließ abstimmen und das Resultat dieser Abstimmung war: **der kommunistische Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt.** Folgende Sozialdemokraten scheuten sich nicht, gegen den Antrag zu stimmen, den sie mit als Grundlage für ihren Wahlkampf gegen das Zentrum benutzten: Breitscheid, Luise Schröder, Hertz, Aufhäuser, Frau Wurm, Schmidt-Köpenick, Heimann, Moses, Stücklen und Seppl. **Nach der Abstimmung stimmten die bürgerlichen Abgeordneten ein stürmisches Gelächter an. Mit Recht, denn in dieser Situation mußten sie alle daran denken, wie die Sozialdemokraten im Wahlkampf in allen Städten und Dörfern, auf Plakaten und Möbelwagen ihre Losungen durch die Straße führten:**

„Anstatt Panzerkreuzer — Kinderspeisung!"

In der gleichen Sitzung des Haushaltausschusses legte der Koalitionskollege Hermann Müllers, der Reichsernährungsminister Dietrich, einen Fünfjahresplan für die Landwirtschaft vor, durch den nochmal **100 Millionen in Jahresraten von rund 20 Millionen verpulvert werden und zwar lediglich als Liebesgaben für die Junker.** Bemerkenswert, daß sich bei dieser Gelegenheit Herr Dietrich bei den Landbundherrn v. Schiele und v. Richthofen entschuldigte, daß er leider nicht mehr tun könne. Daß es der Regierung lediglich darauf ankommt, den Großagrariern zu helfen, beweist ja die Tatsache, daß alle kommunistischen Anträge zur Beseitigung der Warennot der kleinen Bauern abgelehnt wurden. Der Ernährungsetat der Hermann Müller-Regierung zeigt noch deutlicher als selbst der Etat des Bürgerblocks, daß die Regierung alles tut, um die Großproduzenten zu unterstützen, damit diese in der Lage sind, die arbeitenden Massen besser auszuwuchern.

Verfassung ist Quatsch, der Polizeiknüppel regiert!

Was wir heute bringen:

Die Blutsaat des Ebenhotel
Held bei Mussolini
Am 1. Mai mit der KPD.
Was kostet eine Orientfahrt?
Staatsstreichpläne des Heimwehrkanzlers
Die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion
Ein Viertel aller Textilarbeiter wird entlassen
Ritter Lamas Abfuhr

Neue Riesenbrandkatastrophe in der Oberpfalz

22 Scheunen eingeäschert / Schwere Brandschäden

Regensburg, 19. April.

Wie der „Regensburger Anzeigr" berichtet, wurde die Gemeinde Tännesberg bei Bohenstrauß in der Nacht vom 17. auf 18. April infolge Brandstiftung von einem schweren Brandunglück, wohl dem schwersten seit dem Brand in Luhe, heimgesucht.

Nicht weniger als 22 Stadel mit sämtlichen Heu- und Strohvorräten, Baumaunsfahrnissen, landwirtschaftlichen Maschinen und anderem wurden innerhalb kurzer Zeit ein Raub der Flammen.

Der Schaden, der nur geringfügig durch Versicherung gedeckt ist, wird auf über 200 000 Mark geschätzt. Die 25 Brandleider sind in der Hauptsache kleinere, tief verschuldete Landwirte, die infolge der schlechten Ernten der letzten Jahre ohnehin schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben.

Held bei Mussolini

München, 20. April

Amtlich wird mitgeteilt, daß der bayerische Ministerpräsident Dr. Held gestern in Begleitung des deutschen Botschafters dem italienischen Diktator Mussolini einen Besuch abstattete.

Nachdem Held beim Papst in eingehender Audienz empfangen worden war, mit dem Kardinal-Staatssekretär das Schachergeschäft des preußischen Konkordats glücklich erledigte, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß er seinem großen Bruder und bisher nie erreichten Vorbild über den Bergen einen Besuch abstattet und dem Henker des italienischen Proletariats freundschaftlichst die Hand schüttelt. Natürlich erklärt die Meldung genau wie beim Papstbesuch, daß der Besuch Helds bei Mussolini ganz unpolitisch war. Held habe sich bei Mussolini lediglich für das zum Tode seines Bruders ausgesprochene Beileid der italienischen Regierung bedankt.

Wer es nicht glaubt, ist eben [illegible]

Bombenanschlag in Tunis

WTB., Rom, 19. April.

Wie die Blätter berichten, wurde auf das italienische Generalkonsulat in Tunis ein Bombenattentat verübt, dem keine Menschenleben zum Opfer fielen. Die Explosion war sehr stark. Sämtliche Fenster des Konsulats und der umliegenden Häuser gingen in Trümmer. Der Fußboden des Konsulats wurde aufgerissen und Splitter und Mauerstücke in einiger Entfernung von dem Gebäude aufgefunden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Die Pariser Konferenz aufgeflogen

Trotzdem neue Näherungsversuche

WTB. Paris, 19. April.

Die für heute Vormittag anberaumte Sitzung der Reparationssachverständigenkommission hat nur zwei Minuten gedauert. Sie wurde dazu benutzt, um der englischen Delegation das Beileid über den plötzlichen Tod Lord Revelstokes zum Ausdruck zu bringen, was deutscherseits von Dr. Melchior geschah. Die nächste Vollsitzung ist auf Montag vormittag 11 Uhr anberaumt worden.

Etwas Authentisches darüber, ob die Verhandlungspause dazu benutzt wird, um noch einmal die Möglichkeit einer Verständigung zu suchen, ist nicht bekannt; doch ist das unkontrollierbare Gerücht im Umlauf, daß Bemühungen unternommen werden, um eine neue Verhandlungsgrundlage zu finden.

Die französische und englische Presse behandelt mit aller Ausführlichkeit den [illegible] losen Ausgang der Konferenz [illegible] Verhalten der deutschen [illegible] növer, dem sich die Regierung [illegible] nicht anschließen werde. Ein Teil der Presse weist darauf hin, daß die deutsche Delegation auch [illegible] den Versailler Friedensverhandlungen zuerst die Konferenz auflösen wollte, dann eine neue Delegation doch [illegible]

Die englische Presse, auf deren [illegible] lichere Haltung gegenüber Deutschland [illegible] Bourgeoisie spekulierte, stellt sich auf [illegible] Standpunkt, daß nämlich England [illegible] werden könne, neue Lasten zu übernehmen und damit die Möglichkeit für die Herabsetzung der deutschen Steuern zu schaffen. Auch hier glaubt man, daß Deutschland schließlich doch den Forderungen der Alliierten entgegengekommen und eine Einigung in der Höhe der Forderungen der Alliierten zustande kommen werde.

Was Amerika anbetrifft, auf dessen Hilfe die bürgerliche Presse Deutschlands besonders hoffte, so haben seine Delegierten im Sachverständigenkomitee grundsätzlich denselben Standpunkt eingenommen, wie die Delegierten Frankreichs und Englands. Besonders wird bemerkt, daß es gerade der amerikanische Vorsitzende Owen Young war, der in der entscheidenden Sitzung eine Kommission über das deutsche Gegenangebot überhaupt ablehnte. Er wünschte im Gegenteil die deutsche Delegation [illegible], von sich aus ein höheres Angebot zu machen.

Die Vorbedingung dafür, daß ein Teil der Forderungen der deutschen [illegible] in Erfüllung [illegible], sind große außenpolitische Konzessionen Deutschlands. [illegible] Ruhrbesetzung, [illegible] Rheinlandräumung, [illegible] Abrüstung der deutschen Bourgeoisie, [illegible] Einschaltung in die weltpolitischen [illegible] Imperialismus die Garantie verlangt. Mit diesem Plane will die deutsche Bourgeoisie [illegible] Bourgeoisie [illegible] Bourgeoisie [illegible]

gegenwärtigen Stand ihrer Gesellschaftsordnung entspricht.

Kann vielleicht gesagt werden, daß in den großen kapitalistischen Staaten, in den alten Demokratien, Frankreich, England, Amerika, keine faschistische Gefahr besteht? Daß hier „die reinen Formen der Demokratie" von dem Bürgertum als die beste Basis für die künftige Entwicklung gehalten werden? Keinesfalls. Auch hier entwickelt die Bourgeoisie faschistische Elemente, bildet sie faschistische Organisationen und bereitet sich vor, mit dem Faschismus ihre alte Klassenherrschaft erneut zu festigen. Oder, wie steht es in Deutschland, das nach der sozialdemokratischen Etikette die freieste Demokratie der Welt ist? Hier ruft nicht nur Hugenberg nach dem Diktator, hier fordern nicht nur die Deutschnationalen die „Beseitigung der Demokratie" und des bankrotten Parlamentssystems". Hier ist die ganze Großbourgeoisie und die von ihr beeinflußten und mit ihr verbundenen Kräfte bis in das Lager der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführerschaft auf dem Wege zum Faschismus.

Der Umsturz der bürgerlichen Demokratie vollzieht sich natürlich nicht überall in gleichen Formen, und keineswegs ist ein „bonapartistischer Staatsstreich" das allgemeine Schema, wie auch nicht der „Marsch der Schwarzhemden in die Landeshauptstadt". In den entwickelteren Ländern vollzieht sich der Umsturz in raffinierteren Formen. Josef Pilsudski begann seine faschistische Revolution mit einem angeblich revolutionären Kampf „gegen die Feinde der Demokratie". Die Sozialdemokraten waren seine Hauptkämpfer, ihre Führer bilden einen wesentlichen Teil der faschistischen Garde. Heute haben die faschistischen Obersten die Macht in der Hand, — die Großbourgeoisie hat in ihnen die gewünschten Tyrannen für das Volk. Den Kampf gegen den siegreichen faschistischen Umsturz in Polen erklären die Führer der Sozialdemokraten als unmöglich. Ihr Oberhaupt Daszynski sagte nach dem „Vorwärts": ein Kampf gegen den heiligen Josef sei wenig ratsam". In ganz ähnlicher Weise kämpfen auch die österreichischen Sozialdemokraten gegen den Faschismus der Seipel-Regierung, indem sie die Arbeiterklasse politisch und physisch entwaffnen und sie damit unfähig machen, die fortgesetzt wachsenden Vorstöße der Heimwehr energisch zurückzuweisen.

Wohin die deutsche Demokratie und der deutsche Parlamentarismus unter Beihilfe der reformistischen Führer gekommen ist, das zeigen am besten die Vorgänge bei der Durchsetzung des neuen Etats. Der Sozialdemokrat Hilferding hat im Auftrage der Bourgeoisie den 10 Milliarden Etat eingebracht, in dem die sozialen Ausgaben vermindert, die Ausgaben für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau des kapitalistischen Gewaltapparats mächtig verstärkt sind. Da dieser Etat dem Bürgertum noch nicht reaktionär genug war, verursachte es eine Regierungskrise, bei der es nach den Ausführungen des Führers der Volkspartei Scholz 75 Prozent ihrer oFrderungen durchsetzte, worauf die Koalition mit der Sozialdemokratie neu gefestigt ist. Die bürgerlichen Parteien, die mit der Sozialdemokratie die Koalition bilden, verlangten aber weiter eine Verpflichtung, daß die Sozialdemokratie bedingungslos die Positionen des Etats durchführe, daß keine Agitationsanträge von ihr gestellt werden, und daß ihr ganzes Verhalten in Einklang gebracht wird mit diesen Bedürfnissen des Großbürgertums. Die vier bürgerlichen Parteien, die mit der Sozialdemokratie die Koalition bilden, haben in ihrer Fraktionsführer-Besprechung den Etat angenommen und auch die anderen Bedingungen für die Führung der Politik festgelegt. Das Parlament ist ausgeschaltet, von einer Demokratie kann keine Rede unter solchen Umständen sein. Die Sozialdemokratie hat damit offen ihre angebliche „Vertretung der Klasseninteressen des Proletariats auf demokratischem Wege im Parlament" durch diese Koalitionsvereinbarungen liquidiert. Dazu kommen eine Reihe von Maßnahmen, die die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokratie ergreift, um diese antidemokratische Methode der Volksregierung sicherzustellen. Severings Erklärung, daß er mit Hilfe des § 48 die Koalitionsdiktatur durchführen werde, Grzesinskis-Drohung, die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund zu verbieten, die Demonstrationsverbote der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, die Schlichtungssprüche des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell und die Streikabwürgung und Spaltungspraktik der reformistischen Gewerkschaftsführer sind die der Situation entsprechenden Ergänzungen der bürgerlichen Demokratie. Dazu kommt die Auslieferung der Schule an die Kirche, der Kunst und Literatur an die Zensur und das Konkordat mit der Klerikei. Die bürgerliche Gesellschaft, die bei ihrem Auftritt auf die geschichtliche Bühne für die „Freiheit des Geistes" und für die „Unantastbarkeit der Person" kämpfte, die mit Waffengewalt gegen die feudale Gesellschaft diese Freiheiten erstritt, ist jetzt angelangt an den Punkt, wo sie die Mittel ihrer alten feudalen Feinde anwenden muß, um ihre sterbende Ordnung gegen die proletarische Revolution zu sichern. Und die Sozialdemokratie, die die Arbeiterklasse zum Sozialismus zu führen vorgab, die das alte Joch der Sklaverei stürzen wollte, sie wird in ihrem führenden Kader immer mehr die faschistische Gewaltgarde, mit der die Großbourgeoisie, die Trusts und Kartelle ihre Macht über die Arbeiterklasse ausüben. Ohne aktive Hilfe des Reformismus wäre das imperialistische Kapital nicht fähig, seine faschistische Tyrannei über die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen aufzurichten.

Nach allen diesen Erfahrungen, die die Proletarier in allen Ländern machen müssen, wäre es ein Betrug an den Massen, wenn man ihnen verschweigen würde, daß die bürgerliche Demokratie bankrott ist. Nicht mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie und vorerst im Rahmen des bürgerlichen Staates, — wie ehemals die Brandleristen formulierten und es auch jetzt wieder tun — kann das Proletariat seine Klassenziele durchsetzen. Das Proletariat kann nur siegen mit den Mitteln, die einer neuen Gesellschaftsordnung, der sozialistischen, entsprechen, mit den Mitteln der proletarischen Diktatur, der wirklichen Demokratie der bewußten Arbeiterklasse und der Räte.

Die Blutsaal des Edenhotels

Der Mord an Karl und Rosa

Die Zeugenvernehmung des Sozialdemokraten Landsberg / Das Material gegen Jorns wird immer belastender

Berlin, 19. April.

In der Verhandlung gegen den Reichsanwalt Jorns wurde zum Schlusse noch der damalige Reichsjustizminister Landsberg vernommen. Bevor seine Vernehmung begann, hielt der Rechtsanwalt Levi dem Zeugen Jorns noch verschiedene Tatsachen vor Augen, die klar beweisen, daß der damalige Kriegsgerichtsrat der Gardekavallerie-Schützen-Division die Mörder zum mindesten begünstigte. Levi kommt darauf zu sprechen, daß der Hauptmann Papst, der jetzige Heimwehrführer in Oesterreich, anscheinend systematisch geschützt wurde. Denn jedesmal, wenn aus den Aussagen hervorging, daß Papst an dem Mord beteiligt sein sollte, wurde diese Mitteilung aus den Akten den die Untersuchung kontrollierenden Vollzugsräten nicht mitgeteilt. Jorns brachte es auch schließlich fertig, die Vernehmung Papsts ohne die Vollzugsräte durchzuführen, die ausdrücklich wünschten, bei der Vernehmung zugegen zu sein.

Der Verteidiger Levi brachte weiter die Sprache auf einen gewissen Jäger Träger, der vor dem Edenhotel Wache stand und den Mord mit Runge besprochen hatte. Er hatte z. B. zu Runge, der den Kolbenschlag gegen Rosa Luxemburg führte, gesagt:

„Sichere Dein Gewehr, damit kein Schuß los geht!"

Als Jorns gefragt wurde, warum er diesen Träger nicht verhaften ließ, erklärte er:: „Dann hätten sie alle den Mund gehalten."

Während die Redaktion der „Roten Fahne", der keinerlei Hilfsmittel zur Verfügung standen, den Mord an Liebknecht und Luxemburg längst mit allen Einzelheiten schildern konnte, wußte der damalige famose Kriegsgerichtsrat Jorns, dem alle kriminalistischen Hilfsmittel zur Verfügung standen, am 12. Februar von den Tätern und den näheren Umständen der Tat noch nichts.

Im Laufe der Verhandlung wird Jorns auch überführt, in einem Bericht an die Regierung bewußt die Unwahrheit berichtet zu haben, in dem er absichtlich verschwieg, daß er persönlich bereits durch Aussagen anderer Zeugen erfahren habe, daß die Aussage des Oberleutnant Vogel völlig erlogen war. In seinem Bericht stellte Jorns, trotzdem er die Lügen Vogels kannte, dessen Aussagen als durchwegs glaubwürdig hin. Auf die Frage, wie er dazu gekommen sei, erklärte er, das könne er nicht mehr sagen.

Ein weiterer falscher Bericht war die Uebermittlung der Aussage des Nachtportiers des Edenhotels. Nach dem Bericht Jorns habe dieser erklärt: „Ein Posten wäre nach 24 Stunden zu ihm gekommen und hätte gesagt: „Die Leiche schwimmt schon". In Wirklichkeit hat der Nachtportier Jorns gegenüber jedoch erklärt: „Schon nach einer Viertelstunde sagte der Posten zu mir, die Leiche schwimmt schon." Auch hierauf gibt Jorns keine Erklärung ab.

Der Zeuge Sozialdemokrat Landsberg, der in der damaligen Zeit Reichsjustizminister war, erklärte, daß auf die Nachricht von dem Mord ein Ansturm auf den Rat der Volksbeauftragten begann. Man verlangte ein Revolutionstribunal. Der Rat der Volksbeauftragten lehnte dies ab und schickte drei Vollzugsräte zu dem Kriegsgerichtsrat Jorns, die von diesem an der Nase herumgeführt wurden. Erst als die „Rote Fahne" einen ausführlichen Bericht über die Mordtat brachte, bestellte Landberg den Kriegsgerichtsrat Jorns am 19. Februar nach Weimar zur Berichterstattung. Landsberg erklärte: „Jorns hatte sich offensichtlich nicht wohl befunden". Landsberg bestätigt, daß Jorns auch in Weimar mit Absicht geschwiegen habe, daß am Tage vorher der Leutnant Nöpke ausgesagt hat, daß Vogel und weitere fünf Mann die Leiche Rosa Luxemburgs an der Corneliusbrücke in den Landwehrkanal geworfen haben. Das Märchen des Mörders Vogel, Zivilisten hätten ihm die Leiche entrissen, war damit gründlich zerstört. Herr Jorns, der jetzige Rechtsanwalt weiß bei allen in diesem Zusammenhang an ihn gerichteten Fragen nichts mehr. Er weiß nicht mehr ob in Weimar über die Lage Bericht erstattet wurde, er weiß nicht, ob über den Bericht in der „Roten Fahne" gesprochen wurde, er weiß überhaupt nichts. Er weiß nur, daß sich seine Unterhaltung mit Landsberg in einer netten und ganz angenehmen Vortragsform abgespielt hat.

Erst als Jorns von Weimar mit dem direkten Auftrag zurückkam, wurde Vogel verhaftet. Daß er bis zu diesem Zeitpunkt die Verhaftung nicht anordnete, will er damit erklären, daß ihm der Gerichtsherr General Hoffmann erklärt habe, Fluchtverdacht liege bei seinen Leuten nicht vor.

Die Verhandlung wurde daraufhin auf Samstag früh 9 Uhr vertagt.

Die „Rote Fahne" schreibt zu dem Prozeß u. a.:

Wir fragen wenig nach dem Ergebnis des Beleidigungsprozesses, den Herr Jorns und die Staatsanwaltschaft gegen das „Tagebuch" angestrengt haben, weil es in einem Artikel die Vergangenheit des Herrn Jorns und seine Verdienste um die Vertuschung des Liebknecht-Luxemburg-Mordes beleuchtete. Was das bürgerliche Klassengericht für ein Urteil fällen wird, ob es versuchen wird, die Reichsanwaltlehre des ehemaligen Kriegsgerichtsrats aus dem Eden-Hotel reinzuwaschen, interessiert uns nicht.

Das Urteil, das wir, das die proletarische Oeffentlichkeit über Herrn Jorns und seine Rolle in dem ganzen blutigen Netz von Verbrechen, Intrigen, Lügen und Schamlosigkeiten, wie es die Mörder und ihre Auftraggeber spannen, zu fällen haben, dieses Urteil steht seit zehn Jahren unverrückbar fest. Für dieses Urteil bedarf es keiner neuen Beweisaufnahme. Und wie der erste Tag des heutigen Prozesses dieses Urteil nur zu erhärten vermochte, so wissen wir, daß jeder neue Tag und jeder neue Prozeß dieses Urteil bestätigen muß.

Jorns war ein Werkzeug in den Händen der Hintermänner und Auftraggeber des Mords. Der Prozeß, den der Verteidiger und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Levi jetzt gegen Jorns führt, soll vielleicht die Tatsache vergessen machen, daß nicht ein Jorns, sondern daß diejenigen die Hauptschuld an der Nichtaufdeckung, an der Verschleierung des Liebknecht- und Rosa Luxemburg-Mordes tragen, die den Mord bestellt, die zum Mord gehetzt, die den Mord gewünscht hatten.

Diese aber ließen nicht Jorns und begnügten sich nicht mit der verhältnismäßig geringfügigen Karriere, die bis zum Posten des Reichsanwalts hinaufführt. Es war die regierende Sozialdemokratie, die den Mord an Karl und Rosa schürte, bestellte, und die Verschleierung dieses Mordes — als er geschehen war — [illegible]

Der Zwerg Jorns [illegible] genderlich jenes Urteil der proletarischen Oeffentlichkeit verdient, das kaum einer neuen Bestätigung mehr bedurfte. Aber der Zwerg Jorns und seine Schuld wiegen nicht die Blutschuld der Sozialdemokratie auf, in deren Reihen Paul Levi, der Ankläger wider Jorns, eingekehrt ist. Das ist es, was mit aller Klarheit, mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden muß.

Die Schuld des Jorns ist und bleibt die Schuld der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske-Landsberg-Wissell. Jorns war ihr Beauftragter. Jorns untersuchte, wie es ihnen behagte. Jorns wurde mit Recht von einem der ihren, Fritz Ebert, später mit dem Posten des Reichsanwalts belohnt. Kein noch so geschickter Advokat wird diese Tatsachen zu verdrehen vermögen.

Ein roter Faden zieht sich von den Taten der sozialdemokratischen Führer und Minister in jenen Tagen, als Karl und Rosa ihr Leben lassen mußten und als die Bourgeoisie und ihre bürgerliche Republik mit dem Blut der revolutionären Arbeiter gegen den Ansturm der proletarischen Massen gesichert wurde, bis in die Gegenwart, wo wiederum Sozialdemokraten in der Regierung der bürgerlichen Republik sitzen. Wiederum zeigen sich die ersten Ansätze eines neuen Aufstiegs des proletarischen Freiheitskampfes. Wiederum wächst der Wille der proletarischen Massen, ihre Ketten abzustreifen und das Joch der kapitalistischen Ausbeutung zu zerbrechen. Wiederum sind es die Sozialdemokraten in den Ministersesseln und den Polizeipräsidien, die, wie damals Noske, mit brutaler Gewalt die Bourgeoisie gegen den proletarischen Aufstieg zu verteidigen versuchen.

Der Prozeß gegen Jorns, der die Ermordung an Karl und Rosas Tod blutlebendig in unser Bewußtsein ruft — ermahnt zugleich: Bis heute sind sie ungesühnt!

Auch die bayerischen Arbeiter, die sich zum Kampfaufmarsch am 1. Mai für den Sozialismus, für die proletarische Revolution und gegen die Kapitalsdiktatur rüsten, die sich am 1. Mai um die Fahnen der Kommunistischen Partei scharen werden, sie tragen das Bewußtsein in sich, daß es Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Partei ist für die sie demonstrieren und dieser Kampfaufmarsch am 1. Mai — er wird zugleich die beste, die einzige proletarische Ehrung für die toten Toten sein

Severing sagt:

„Mir ist die Geschichte dieses Panzerkreuzers ein wenig zu einem Uebel geworden"

Der „kleine Metallarbeiter" Severing hat in Kiel in einer Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei sich am Sonntag mit den aktuellen politischen Fragen beschäftigt und dabei über die militärischen Rüstungen der deutschen Bourgeoisie, besonders über den Panzerkreuzer A Bemerkungen gemacht, die für jeden Arbeiter von höchstem Interesse sind. **„Mir ist die Geschichte dieses Panzerkreuzers jetzt allmählich zu einem Uebel geworden, aber wir müssen den Dingen, wie sie sich darstellen, ins Auge sehen und ich glaube, wir können froh sein, daß er nicht aufs Neue die Tätigkeit der Regierung und des Reichstages gerammt hat."**

Severing ist über die bisherige Koalitionspolitik so begeistert, daß er sich für die unbedingte Fortsetzung dieser Politik einsetzt, indem er betont, daß es ein großes Unglück für das deutsche Volk sei, wenn der Kampf gegen die überflüssigen (?) und unzweckmäßigen (?) Rüstungen die Regierungskoalition zum Scheitern gebracht hätte. Severing drückte die Hoffnung aus, daß trotz aller Irrungen und Wirrungen diese Regierung die Legislaturperiode aushalten wird.

Nach diesem offenen ungeschminkten Bekenntnis zu der Panzerkreuzerpolitik, zu den militärischen Rüstungen der deutschen Bourgeoisie die gerade jetzt während der Genfer Abrüstungskonferenz besonders interessant sind, wiederholte er das von Grzesinski bereits angedrohte Verbot der revolutionären Organisationen. Nach einem allgemeinen Gerede über die angebliche Freiheit der Weimarer Verfassung verlangt er von der Kommunistischen Partei die unbedingte Respektierung der Gesetze des bürgerlichen Klassenstaates.

„Sonst könnte eine Einengung der Freiheit der Verfassung, herbeigeführt auf verwaltungsrechtlichem Wege, eintreten.

Das ist eine nochmalige Bestätigung dessen, was Grzesinski im Auftrage der Trustbourgeoisie dem revolutionären Proletariat ankündigt und vorbereitet: Das Verbot der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes.

Es liegt an dem klassenbewußten Proletariat, unter Führung der Kommunistischen Partei dafür zu sorgen, daß diese Regierung der verschärften Massenausplünderung nicht die Legislaturperiode aushält, Severing sehnlichster Wunsch, sondern im revolutionären Kampf gestürzt werden.

Sozialdemokratische Presse-Korruption

Ein neuer Fall SPD-Ullsteinkonzern

Nach der Aufdeckung des Geheimvertrages zwischen dem SPD.-Parteivorstand und dem Ullstein-Konzern betr. Lieferung von Leitartikeln sozialdemokratischer Minister für die gelbe „Berliner Morgenpost" haben sich die prominenten Leitartikler der SPD. in Ullsteins „Grüne Post" verflüchtigt. Nun haben am 16. April dieses Jahres die Kommunisten ein neues Kapitel sozialdemokratisch-großkapitalistischer Presse-Korruption in der Berliner Stadtverordnetenversammlung enthüllt. Abermals ist der Ullstein-Konzern im Spiel.

Die SPD.-Stadtverordnetenfraktion will vor den Neuwahlen in diesem Jahre unbedingt ihren bisherigen Vorsitzenden, den ehemals deutschnationalen Studienrat Dr. Lohmann loswerden, weil er für die „linke" Wahldemagogie der SPD. in Berlin eine zu starke Belastungsprobe bedeuten würde. Lohmann der als SPD.-Landtagsabgeordneter jährlich zirka 9000 Mark einsteckt, kann davon selbstverständlich nicht „standesgemäß" leben. **Hinter dem Rücken der Stadtverordnetenversammlung wurde flugs ein unglaublicher Kuhhandel, namentlich mit den Demokraten, abgeschlossen und Lohmann zum Pressechef gemacht, um das städtische Nachrichtenwesen zu „reformieren". Lohmann bezieht dafür 18000 Mark Gehalt jährlich. Mit seinen 27 000 Mark bezieht er nun die standesgemäße „Freiheits"-Beamten-Versorgung.** Die Demokraten haben dafür eingehandelt die Stelle des Magistratsoberschulrats für das gesamte Berufs- und Fachschulwesen Berlins und die Stelle eines leitenden Redakteurs für Ullstein im städtischen Nachrichtenamt. Da der ehemalige Kaisergeburtstagsdichter und Kriegshetzer Lohmann keine blasse Ahnung vom Pressewesen hat, wird also praktisch der Ullstein-Vertrauensmann das städtische Nachrichtenwesen der Stadt Berlin zu einem Presse-Monopol für den gelben Ullstein-Konzern ausbauen.

Diese Verschacherung des Nachrichtenwesens hat einen ungeheuerlichen Skandal in der Stadtverordnetenversammlung hervorgerufen. Um sich eine Mehrheit für dieses saubere Geschäft zu verschaffen, **hat die SPD. außerdem dem Zentrum und auch der schwerkapitalistischen Volkspartei eine politische Redakteurstelle im Nachrichtenamt zugestehen müssen.** Das Nachrichtenamt wird nun, unter Führung von Ullstein und Co. die kommenden Kommunalwahlen vorbereiten. Die bürgerlich-großkapitalistische Journaille wird nun der SPD. helfen, die aufbegehrende Arbeiterschaft zu belügen und zu betrügen. Die Lügenmeldungen des städtischen Nachrichtenamtes Berlin sollen der Großen Koalition die proletarischen Wählermassen in die Arme treiben. Die Arbeiterschaft wird aber nun wissen, was sie von den „Informationen" namentlich der [illegible]-Presse zu halten hat.

Schiedsspruch in der Kartonnagen-Industrie

Für die deutsche Kartonnagen-Industrie hat ein [illegible] eingelegter Schlichtungsausschuß am [illegible] einen Schiedsspruch gefällt, wonach [illegible] vom 28. April bis zum 3. Juli 1930 Gültigkeit.

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Die Strategie der bayerischen roten Kriegsführung

Von Erich Wollenberg

(ehemaliger Leiter der Infanterie der bayerischen Roten Armee.)

(Fortsetzung.)

Der Zweifrontenkampf, den die kommunistische Räteregierung während der zwei kurzen Wochen ihres Bestehens führen mußte, d. h. gegen die weißen Garden der sozialdemokratischen Regierung und gegen die Machinationen Tollers und aller andere Führer der USPD., hatte eine gewisse **abwartende, schwankende und teilweise sich widersprechende Haltung des Roten Oberkommandos** zur Folge.

Unseres Erachtens wäre es notwendig gewesen, am Tage der Einnahme Dachaus durch die Rote Garde **alle verfügbaren bewaffneten Arbeiter von München an die Front zu werfen, sie dort zu Truppenverbänden zu formieren und unverzüglich die Verfolgung des Gegners aufzunehmen.** In jenen Tagen befanden sich zwischen Dachau und Nürnberg keine militärischen Formationen des Feindes, die in der Lage gewesen wäre, einen ernsthaften Widerstand zu leisten. Drei Tage später hatte sich der Gegner schon von seinem ersten Schreck erholt, und in einer Reihe von Orten, wie in Ingolstadt, war es der Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokratie schon gelungen, bewaffnete konterrevolutionäre Verbände zur Niederhaltung der Arbeiterschaft aufzustellen. So waren die wenigen Stunden und Tage, die die Rote Armee unter Tollers Führung zur Aufnahme des Vormarsches versäumte, in gewisser Hinsicht entscheidend für den Ausgang des gesamten Kampfes.

Von nun an beschränkt sich die Kriegsführung der Räteregierung auf eine reine passive Verteidigung der roten Hauptstadt, indem sie in einem Umkreis von 30 Kilometer um München kleinere und größere Abteilungen der Roten Armee postierte. Der stärkste und wichtigste Frontabschnitt blieb die Rote Nordarmee unter Führung Tollers, des Feindes der proletarischen Diktatur.

Noch einmal faßte das Oberkommando der Roten Armee den Beschluß, wenigstens einen starken taktischen Vorstoß zu unternehmen. In Augsburg — 60 Kilometer nordwestlich von München und 40 Kilometer west-nordwestlich von Dachau — kämpften bewaffnete Arbeiter gegen weiße Garden. Egelhofer gab der Dachauer Armeegruppe den Befehl, zwei Sturmbataillone auf Lastautomobilen sofort in Richtung Augsburg in Bewegung zu setzen, während von München her Arbeiterbataillone den Vormarsch gegen Augsburg antreten sollten. **Wieder verweigerte Toller den Gehorsam,** und in jenen Tagen war der verderbliche Einfluß der Unabhängigen Partei im Münchener Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat bereits so stark, daß die kommunistische Räteregierung nicht mehr in der Lage war, Toller zur Verantwortung zu ziehen, ohne den offenen Kampf gegen die Mehrheit der Räte aufzunehmen.

Schließlich kam jener schwarze 27. April, an dem Toller mit Hilfe der rückständigen Elemente des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates die kommunistische Räteregierung stürzte. Aber die Rote Armee blieb weiter kampfbereit, bis es Toller am 30. April durch Fälschung eines Befehles Egelhofers gelang, die Dachauer Armeegruppe nach München zurückzuberufen und damit die Front dem Feinde zu öffnen.

Das war das Ende der Räteregierung, und der Aufruf der Partei und des roten Oberkommandierenden Egelhofer an das Münchener Proletariat, mit bewaffneter Hand dem Feind den Eintritt in die Rote Hauptstadt zu wehren, konnte [illegible] der Ereignisse nicht mehr aufhalten. [illegible] rückten in München ein und metzelten in blutigen Straßenkämpfen den Vortrupp des Münchner Proletariats nieder.

Mit einer kleinen Episode aus diesen heroischen Straßenkämpfen will ich meine Ausführungen schließen.

Nach Auflösung der bewaffneten Verbände des Proletariats am 30. April war jeder Zusammenhang zwischen den ehemaligen Angehörigen der Roten Arme gerissen. Ve[illegible] ganze Nacht, Verbindung mit Eg[illegible]men. Auch am Vormittag des 1. Mai ge[illegible] mir nicht, Genossen zu finden, mit denen Maßnahmen zur Verteidigung der Stadt in Angriff genommen werden konnten. Als gegen [illegible] der Einmarsch der Regierungstruppen begann, hielt ich mich unter der Masse des [illegible] die Straße belebenden Publikums [illegible] der Vorhut der Weißen Garde auf, immer in der Hoffnung, daß irgendwo der Widerstand der bewaffneten Arbeiter beginnen würde. Aber das revolutionäre Proletariat schien verschwunden zu sein. Schon begannen die Verhaftungen. Dicht neben mir wurde ein roter Matrose unter dem Jubelgeheul des Bourgeoispöbels abgeführt. Das jugendliche Gesicht war voller blutiger Striemen. Jetzt treffen sich unsere Blicke: der Matrose hat an der Dachauer Front gekämpft. Er erkennt mich. Ihm öffnet sich die Möglichkeit, sein Leben zu retten, indem er den weißen Banden seinen Kommandeur verrät. Meine Augen grüßen zum Matrosen herüber, aber er blickt starr über mich hinweg, er will durch Verrat nicht sein Leben erkaufen. Die Weißgardisten führen den Matrosen zur nahen Kaserne. Wie hypnotisiert folge ich der Gruppe. Jetzt öffnet sich das Tor des Kasernenhofes. **Eine wilde Meute stürzt sich auf den Matrosen. Ein paar Schüsse — und schon liegt der Kamerad in seinem Blut.**

Da plötzlich klingt von ferner Maschinengewehrgeknatter. Dazwischen mischen sich einzelne Gewehrschüsse. Sie kämpfen also doch, die Arbeiter, sie wollen mit ihrem Herzblut die rote Hauptstadt verteidigen. Es ist klar, daß ich alles versuchen muß, um zu den Kämpfenden zu gelangen. Mit einem anderen Mitglied des Stabes der Dachauer Armeegruppe, der unerwartet in der Menschenmenge auftaucht, schlage ich mich durch Seitengassen nach der Stadtgegend durch, von wo her das Gewehr- und Maschinengewehrgeknatter ertönt. Jetzt müssen wir uns an den Häusern entlang schleichen, denn die Straße liegt unter schwerem Feuer. Von Mauereinschnitt zu Mauereinschnitt arbeiten sich Weiße vor. Mit einem zusammen gelangen wir bis an ein großes Eckhaus. Die Weißen bringen ein Maschinengewehr in Stellung; da bricht ein Soldat tödlich getroffen zusammen, seine beiden Begleiter lassen das Maschinengewehr stehen und ziehen sich fluchtartig zurück. Wir springen zur Straßenecke heran und als wir gerade das Maschinengewehr zurückwerfen wollen, erblicken wir hinter uns drei bewaffnete Soldaten. **„Seid Ihr Rote oder Weiße?"** rufe ich ihnen zu. **„Rote!"** tönt uns zur Antwort und drei Gewehrläufe richten sich auf uns. Rote! Wir waren bei den Unsrigen! Freilich die Gruppe der roten Kämpfer in diesem Stadtbezirk war klein, sie betrug noch nicht 100 Mann. Vom Café „Waltershof" aus leiteten wir den Kampf. Erst als feindliche Artillerie eingriff und u. a. einige Volltreffer in unser Stabsquartier setzte, mußten wir die Stellungen aufgeben. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai zogen wir uns nach dem Hauptbahnhofviertel zurück, wo sich unterdessen schwere Kämpfe entwickelt hatten. Das Zentrum der Verteidigung der Roten war der Stachusplatz.

Drei Tage und drei Nächte lang kämpften einige hundert bewaffnete und zum äußersten entschlossene Kommunarden gegen die hundertfache Uebermacht der Weißgardisten.

Gewiß konnten die heroischen Straßenkämpfer des Ausgang des ungleichen Kampfes nicht mehr ändern. **Aber ihr historisches Verdienst ist es, daß sie die Fahne der bayerischen Roten Armee, die Fahne der proletarischen Revolution hochgehalten, daß sie die Ehre der bayerischen Roten Armee, der ersten Roten Armee auf deutschem Boden gerettet haben.**

Knapp am Justizmord vorbei!

Vor der Haftentlassung eines „Lebenslänglichen"

Wir lesen in der „Welt am Morgen":

Der Fall des Knechtes von Dielingen, der im Jahre 1926 vom Schwurgericht Osnabrück wegen Mordes an seiner Geliebten Emma Hoge zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden ist, hat eine sensationelle Wendung genommen. Bereits vor einiger Zeit hat das Oberlandesgericht Celle die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet, nunmehr reichten jedoch auf Grund außerordentlich entlastenden Materials die Verteidiger des Verurteilten den Antrag ein, von Dielingen sofort aus der Haft zu entlassen.

Dem Urteil lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 17. November 1925 war das Dienstmädchen Emma Hoge in Grönlah bei Osnabrück als Leiche aufgefunden worden. Die Untersuchung nahm an, daß die in einem Bach aufgefundene Tote bereits auf festem Boden erdrosselt worden und die Leiche dann zum Zweck der Vortäuschung eines Selbstmordes zum Bach geschleppt worden wäre. Man suchte ein Motiv der Tat und konstruierte es: das Mädchen war schwanger, Vater des zu erwartenden Kindes war der Knecht Hermann von Dielingen. Um sich von Frau und Kind zu befreien, mußte dieser sie ermordet haben. Das Schwurgericht kam zu der Schuldbejahung des Angeklagten.

Bei der Verurteilung hatte sich das Gericht auf ein Gutachten des Linger Kreisarztes gestützt, der für einen reinen Ertrinkungstod nicht genug charakteristische Merkmale festgestellt zu haben glaubte. Es müsse an der ertrunkenen Emma Hoge ein Verbrechen begangen worden sein. Merkwürdigerweise bezog sich der Arzt auf das Sektionsprotokoll, das schon damals zu dem Schluß kam, daß die Leichenöffnung keine bestimmte Todesursache ergeben habe. Sichere Spuren einer verbrecherischen Einwirkung seien nicht erkennbar. Entgegen diesem Protokoll hatte das Gericht in dem Urteil erklärt, daß der Tod keinesfalls durch Ertrinken eingetreten sein könne. Vielmehr sei die Tote durch Zuschnüren der Kehle mittels ihres Kopftuches erdrosselt worden. Das Urteil nimmt sogar noch einen unermittelt gebliebenen Mittäter an. Es wäre nämlich beinahe unmöglich, den 170 Pfund wiegenden Körper der Toten vom Waldabhang allein bis zum Bach zu schaffen.

Vor kurzem hat Sanitätsrat Dr. Lonne ein Gutachten eingereicht, daß der Verurteilte sein Geständnis möglicherweise in dem von ihm behaupteten Dämmerzustand abgegeben habe. Er weist darauf hin, daß der Tod der Hoge sehr schnell eingetreten sein muß und erwähnt das Sektionsprotokoll, das sich mit absoluter Sicherheit gegen einen gewaltsamen Tod aussprach.

Zwangssuggestion erfolgt.

Von Dielingen habe die Tat mit den gleichen Worten eingestanden, wie das Gericht sie auf Grund des Befundes konstruiert und vorgetragen habe. Daher sei dieses Geständnis nicht voll zu werten.

Die nun eingetretene sensationelle Wendung brachte jetzt zwei Gutachten des bekannten Berliner Gerichtsarztes Dr. Dyrenfurth und des Professors Steinbiß, Dirigent des Augusta-Viktoria-Krankenhauses in Schöneberg. Aus diesen Gutachten ergibt sich vollends, daß die damalige Untersuchung sehr mangelhaft geführt worden ist. **Es sind nicht einmal mikroskopische Untersuchungen und ergänzende anatomische Feststellungen bei der Leichenöffnung gemacht worden. Insbesondere fehle die Untersuchung der großen Schenkelblutader auf Blutgerinnsel, das durch den Kreislauf und das rechte Herz in die Lungenschlagader verschleppt, einen plötzlichen Tod oder Bewußtlosigkeit herbeiführen konnte.** Die Hoge könnte darnach sehr gut einen [illegible] erlegen sein. Genau wie der seinerzeitige Obduzent kommen die beiden Gelehrten zu dem Ergebnis, daß der Leichenbefund für einen Ertrinkungstod nicht charakteristisch sei. Dasselbe gelte von den [illegible] Merkmale. Die [illegible] Hoge kann den erfahrenen Dielingen dazu verleitet haben, sie ins Wasser zu werfen. Zu bedenken ist auch, daß die Tote im achten Schwangerschaftsmonat gewesen und sich bei der Auseinandersetzung mit Dielingen über die Anerkennung der Vaterschaft außerordentlich aufgeregt habe. Ein plötzlich ungewollsamer Tod sei demnach möglich.

Im Kardinalpunkt des Gutachtens wird gesagt **„Eine mikroskopische Untersuchung der gesamten inneren Organe hätte vielleicht eine weitere Klärung des Todesfalles zur Folge gehabt."**

Horthys Belladona-Attentat

Von einer Schar Geheimpolizisten bewacht, saßen wir im Frühjahr 1920 im Pavillon 20 des „Steinhof" bei Wien hinter Schloß und Riegel. Unter uns befanden sich Bela Kun, Eugen Landler, der im vorigen Jahr starb, Max Lewien, der bayerische Räterepublikaner und Mathias Rakosi, der jetzt in der Kerkerhöhle Horthys schmachtet.

Wir waren interniert. Der Wiener Polizeipräsident Schober, der berüchtigte Bluthund des 15. Juli, und seine sozialdemokratischen Busenfreunde a la Seitz, Renner und Co., gewährten uns in dieser Form das Asylrecht in der jungen deutsch-österreichischen Bourgeoisrepublik; die Schober und Renner haßten uns wie die Pest und hätten gern die einen von uns an Horthy, die anderen an Noske ausgeliefert, wenn der Druck der revolutionären Arbeiter Wiens nicht so groß gewesen wäre. Konnten sie uns vorläufig nicht ausliefern oder ausweisen, so hielten sie uns doch wenigstens fest, und auch ein mehrtägiger Hungerstreik öffnete uns nicht die Kerkertore.

Inzwischen umschlichen die Mordbuben Horthys den Pavillon 26. Sie hatten es besonders auf unsere ungarischen Genossen abgesehen. Zu feige, mit Bomben und Revolvern vorzugehen und eventuell erwischt zu werden, sann das Horthy-Gesindel auf andere Mittel, um die verhaßten Revolutionäre zu erledigen . . . .

So kam Ostern 1920 heran. Da traf eines Tages ein großes Paket für uns ein. Die Kriminalpolizei öffnete es wie üblich, durchschnüffelte es gründlich und erst dann wurde es uns übermittelt. Es enthielt denn auch sehr harmlose Dinge: Allerlei Teegebäck, einige Apfelsinen und eine Torte mit Schokoladenüberguß. Dem lag ein Begleitbrief bei, der etwa lautete:

„Liebe teure Genossen im Kerker! Wir, eine Anzahl ungarischer Proletarier, vom weißen Henker Horthy verfolgt und nach Wien geflüchtet, denken Eurer ohne Unterlaß. Wir haben Euch, unsere Führer, nicht vergessen. Der Tag [illegible] kommen, an dem Euch die Freiheit blüht [illegible] das Werk der Befreiung fortsetzen [illegible]. Als Zeichen unserer Verbundenheit und unserer genossenschaftlichen Liebe zu Euch einige Kleinigkeit [illegible] geschenk. Es ist wenig und schlecht, weil wir bettelarm sind, aber es kommt vom Herzen. Laßt [illegible] Euch gut bekommen."

Folgten Unterschriften. [illegible] waren mem unbekannte Namen; nach dem Ton des Briefes handelte es sich wohl um einfache ehrliche Arbeiter, [illegible] arische Flüchtlinge, die auf diese Weise ihrem [illegible] gefühl Ausdruck gaben.

[illegible] Jedenfalls, das Ostergeschenk machte uns große [illegible] Am selben Abend wurde die Torte angeschnitten. Sie war [illegible] jener schlechten Kriegs- und Nachkriegserzeugnisse, die mit verfälschtem, sogar mit etwas Sägemehl vermischtem Mehl hergestellt wurden. Der untere Teil der Torte war kaum zu essen, obzwar wir nicht gerade verwöhnt waren; besser war schon die obere Hälfte mit dem Schokoladenüberguß. So hielten wir uns denn mehr an den Schokoladenteil. Jeder von uns bekam ein kleines Stück, nur auf Genossen Rakosi entfiel das besonders große Reststück.

Etwa eine halbe Stunde nach dem Essen kam Rakosi zu mir und sagte: „Ich weiß nicht, mir ist so sonderbar zu Mute und Kun fühlt sich auch nicht gut." Ich wollte Rakosi gerade fragen was ihm und Kun denn fehle, als plötzlich auch ich eine Benommenheit im Kopfe spürte. Im selben Augenblick kam ein dritter Genosse hinzu und klagte über Schwindelgefühle. Nun stellte es sich heraus, daß es allen mehr oder weniger ähnlich erging!

Gift? denken wir alle auf einmal, Gift? Die Torte war vergiftet! Das kann nur Gift sein!

Wir stürzen zum Abguß, kitzeln den Gaumen, reizen uns zum Erbrechen, um so das Gift aus dem Magen zu entfernen. Rakosi ist inzwischen ganz rot und dann ganz blaß geworden — — — man trägt ihn aufs Bett, er verliert das Bewußtsein und beginnt wirr zu reden. Wir schlagen Alarm. Zum Glück ist ein Arzt zur Stelle. Er hat zuerst nicht mehr viel Hoffnung, und Genosse Rakosi scheint verloren. Der Arzt versucht es noch mit einer Magenauspumpung. Lange Minuten vergehen, endlich, endlich hört das wirre Gerede Rakosis auf und der Arzt kann mitteilen: Rakosi ist gerettet! Uns andere erging es weniger schlimm. Wir litten nur einige Tage unter Benommenheit, gesteigerter Nervosität, unvollkommener Beherrschung des Körpers und anderen Erscheinungen, wie sie eine leichtere Vergiftung zur Folge hat.

Die chemische Untersuchungs ergab, daß die Torte tatsächlich vergiftet war.

Das Gift wurde als das der Tollkirche festgestellt, das in der Medizin als Atropin bezeichnet wird und allgemein unter dem Namen Belladonna bekannt ist. **Eines der gefährlichsten, in geringster Dosis absolut tödlich wirkenden Giftes.**

Was uns gerettet hatte, war der Umstand, daß wir nur den oberen Teil der Torte und nur ein kleineres Stück gegessen hatten. Die „Spender" hatten nämlich die Torte in der Mitte wagerecht aufgeschnitten und das Belladonna auf die untere Hälfte geschüttet; so enthielt die obere Tortenhälfte nur einige Tropfen Gift an der Berührungsfläche. Die Torte stammte natürlich nicht von Arbeitern, die Unterschriften waren fingiert und gefälscht. Die Uebersender des „Ostergeschenks" waren ungarische Weißgardisten, die im Auftrage Horthys, die Genossen Bela Kun, Landler, Rakosi und nebenbei uns andere hatten vergiften wollen. Hätten die bezahlten weißen Banditen nicht, wohl um ihre „Selbstkosten" zu sparen, eine ganz billige, teilweise ungenießbare Torte gekauft, so wären ihr Mordplan gelungen.

Infolge der „Sparsamkeit" der weißen Mörder [illegible] das Giftattentat. Bela Kun [illegible] ein besonderes Schnippchen [illegible] nächher untersuchte der Arzt den Ge[illegible] den bisher wegen seines Asth[illegible] hatte — um die Folgen des Belladonna fest[illegible]len. Plötzlich lachte der Arzt auf: „Ihr Kommunisten", sagte er, „seid nicht [illegible] zu z. B. leiden an Asthma und w[illegible], [illegible] tes Heilmittel gegen Asthma ist? Atropin, [illegible] donna in geringer Dosis! Sie können auf ein Besserung Ihres Asthmas rechnen!"

Horthy wird schön geflucht haben, als er erfuhr, wie er das Asthma seines Todfeindes Kun gelindert hatte.

Einen aber konnte Horthy wieder in seine Klauen bekommen: Mathias Rakosi. Der Hungerstreik, den Genosse Rakosi vor einigen Wochen durchführte, mahnt alle Arbeiter, ihn dem Kerker des Henkers Horthy zu entreißen, ehe es zu spät ist. (Haller)

Stimmen der Werktätigen

10 Jahre Bayerische Räterepublik

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Es war am 13. April 1919, einem heiterem Frühlingssonntag als in den Vormittagsstunden die Kunde durch die Straßen Münchens gellte:

„Die Regierung Toller-Mühsam ist verhaftet."

„Von wem", fragten wir uns naiv, „von den Kommunisten oder von der Weißen Garde".

Schon bald stellte sich heraus — das was immer noch Tausende von Arbeitern nicht glauben wollten — daß es die Hoffmann-Regierung fertig gebracht hat, durch ihre Freunde Löwenfeld und den später berüchtigten Staatskommissar Ewinger einen Teil der Regierungsschutztruppen auf ihre Seite zu bringen und die Scheinräteregierung zu verhaften. Die Partei sammelte sich in ihren Sektionslokalen, ungeheure Erregung bemächtigte sich der Arbeiterschaft. **Arbeiter bewaffnen sich.** Alles strömt wiederum zur Theresienwiese, Ansprachen werden gehalten, um die Situation zu klären.

Aschenbrenner, das war der Mann der überall im Vordergrund stand. Dieser berüchtigte Bahnhofskommandant hielt mit den weißen Hoffmannssöldlingen den Hauptbahnhof.

„Nieder mit den Hochverrätern an der Revolution." Es setzten sich von allen Seiten Züge bewaffneter Arbeiter, Soldaten, Matrosen in Bewegung, um Aschenbrenner mit der weißen Brut zu vertreiben. Bald war der Bahnhof umzingelt, Schüsse fielen, Minenwerfer, Maschinengewehre wurden herangeschafft, **das Pflaster der Prielmayerstraße aufgerissen und Barrikaden gebaut** und Parlamentäre abgesandt. Hier stellte sich heraus, daß das, was im Völkermorden noch vom Gegner respektiert wurde, hier nicht am Platze war.

Die Parlamentäre wurden erschossen.

Das war das Signal. Kein Verhandeln mehr, nur die Macht entscheidet. Ein paar Minen krachen und der Sturm bricht los.

Der Bahnhof war erstürmt.

13 **tote Arbeiter** lagen auf dem Pflaster als Antwort der Sozialdemokraten Hoffmann, Ewinger, Löwenfeld, Aschenbrenner. Ihnen gelang es, sich noch rechtzeitig aus dem Staube zu machen, ehe sie von ihrem gerechten Schicksal ereilt wurden.

Die Arbeiter und Betriebsfunktionäre wurden in das Hofbräuhaus zur Tagung der Münchener Betriebs- und Arbeiterräte berufen, wo zur Lage Stellung genommen wurde.

Eugen Levine-Nissen

hörte ich dort zum ersten male sprechen. Wimmer, der heutige SPD.-Vorstand, gebärdete sich richtig wie eine Revolutionswanze, innerlich verlogen, heuchlerisch, als ob er zur Sache stünde, sprach er. Eine neue Regierung ein 15köpfiger Aktionsausschuß mit einem vierköpfigen Vollzugsrat war das Ergebnis. **Die sofortige Bewaffnung des Proletariats wurde beschlossen.** Dies hatte die Toller-Mühsam-Regierung vergessen.

Gegen 1 Uhr nachts waren wir in Schwabing. Einer unserer Betriebsräte (Hamusch), der im 15er Ausschuß war, kam im Auto zu uns in eine Wirtschaft an der Belgradstraße und erklärte, alle Krupparbeiter sind sofort mobil zu machen und haben noch bei Nacht in den Betrieb Bayerische Geschützwerke zu gehen, um den Betrieb vor Sabotage zu schützen und die Waffen zu verteilen. Er erklärte uns noch, daß unser Arbeiterratsvorsitzender wohl schon im Betrieb sein werde bis alle hinkommen. Mich und noch einen Kollegen nahm er ins Auto, nachdem wir uns für einige Tage fertig gemacht hatten, um die Waffen zu verteilen. (Ich war in Halle 13 mit der Verteilung der Waffen schon vorher beauftragt.) Als wir gegen 1 Uhr in den Betrieb kamen rührte sich nichts. Nur die Betriebsfeuerwehr war neben dem Portier noch da. Nicht lange dauerte es, und es kamen etwa 15 Kollegen aus dem Wilhelm Hertzblock.

Sofort teilten wir alle ein. Drei bekamen den Auftrag, die Gendarmerie in Freimann zu entwaffnen. Andere mußten die Gewehre prüfen. Die übrigen gingen sofort auf Posten im Fabrikgelände. Einer bekam den Auftrag sich als Wache zu den auf dem Hofe stehenden vier Stück 15-Zentimeter-Haubitzen zu stellen, damit keine beschädigt wird. Nach meiner Rückkunft von dieser Einteilung war Genosse Müller Kurt und andere führende Genossen erschienen, die die Bewaffnung weiter leiteten, die Lebensmittelverwaltung und die weitere Arbeit im Betrieb besprachen. Da kamen schon unsere Leute, die die Gendarmen zu entwaffnen hatten, zurück und erzählten wie es herging. In seinen Händen hielt einer die Beute, einen Revolver, Karabiner und den Gendarmensäbel usw. „Wie ist es Euch gegangen", fragt schon wieder einer vor Ungeduld? Nochmals setzt der Führer der drei an. „Wir haben den Wachtmeister aufgeweckt und ihm erklärt, daß wir im Namen der Revolution kommen und ihn entwaffnen müssen." Der alte Gendarm gab uns sein Zeugl und ging nach unserer Haussuchung wieder ins Bett.

Da ein führender Genosse, Gerhard, noch nicht da war, erhielt ich den Auftrag ihm entgegen zu fahren. Der Chauffeur lag noch im Bett. In einigen Minuten war er jedoch zur Stelle. Wie verdutzt sah er mich an, als ich ihm erklärte: „Das Auto der Direktion ist beschlagnahmt vom Arbeiterrat." Er muß mich jetzt auf dem schnellsten Weg nach dem Wittelsbacher Palais bringen. Er kam der Aufforderung nach und ich traf Gerhard unterwegs. Sofort ging es wieder zum Werk zurück. Unsere Leute waren inzwischen zum großen Teil angekommen. Bei Tagesgrauen stellten wir die ersten Kompagnie zusammen.

Etwa 200 Mann zur Ablösung in den Münchener Hauptbahnhof.

Zehn Mann in die ausgeräumte Schule an der Schwindstraße.

Eine Doppel-Feldwache nach Ismaning und Garching. Eine andere in Richtung Schleißheim. Als die Truppen abmarschierten, waren auch einige Betriebsleiter anwesend. Ganz anders als am Samstag vorher waren ihre Gesichter, als sie nun die Proleten bewaffnet sahen.

Der Betriebsrat beschloß die Geschütze fertig zu machen, unausgebildete Leute militärisch auszubilden und in der Betriebsversammlung die Werkmeister zu wählen, sowie die Lehrlingsbildung nicht zu unterbrechen. Wie klein waren die protzigen Großschnauzen und Leuteschikanierer an diesem Tage. Scharf ging es bei der Meisterwahl her. Da wurde abgerechnet. Und doch ließen sich alle neben einer guten Charakterkenntnis auch von dem wirklichen Können der Meister leiten. Die allgemeine Arbeit im Betrieb ruhte natürlich.

So war in den ersten Stunden nun ungeheure Arbeit von den aktiven Genossen der Krupp-Sektion geleistet worden. A. K. 2071.

Ritter von Lamas Abfuhr

Zum jüngsten Prozeß um Konnersreuth

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Ein ganz verbissener Konnersreuthgläubiger ist der katholische Schriftsteller und fromme Erbauungsartikelschreiber R. v. Lama in Füssen.

Dabei soll aber der salbungsvolle Laienprediger gar nicht die Tugenden seines göttlichen Meisters, Sanftmut und Demut, besitzen. Besonders gefährlich ist es, ihn wirklich oder auch nur scheinbar zu beleidigen. Denn dann erhebt er gleich Klage beim Kadi. Aber das nur nebenbei. Das tun sie schließlich alle die „sanften und demütigen" Christusslämmer und zuletzt vor allem die

„fromme Dulderin" Resl von Konnersreuth.

Was uns heute besonders interessiert, ist die glänzende Abfuhr, die der wundergläubige Lama in dem jüngsten Beleidigungsprozeß in der Konnersreuther-Affäre erfuhr: Gar ergötzliche Dinge kamen da ans Licht.

Vor allem erweist sich der Laie Lama in der Konnersreuth-Frage als wundergläubiger, als selbst ein katholischer Theologieprofessor wie Wunderle, der ganz und zwar im Gegensatz zu der Konnersreuth-Broschüre des wundergläubigen Lama scharf Stellung nimmt gegen die Konnersreuther Sensationsmacherei.

Und was ist es auch anderes? Enthüllte doch dieser jüngste Prozeß um die kranke Schneidertochter von neuem, daß es sich nur um

eine arme Hysterikerin

handeln kann. Selbst ihr stockkatholischer Hausarzt hatte schon 1920, als es sich um die Erlangung einer Invaliditätsrente für Therese Neumann handelte, ein Gutachten abgegeben, das restlos nur auf Hysterie lautete.

Ferner ist es nach Professor Dr. Ewald durchaus möglich, sich 16 Tage der Nahrung zu enthalten, kein Wunder also, selbst wenn also die Nonnen richtig und lückenlos beobachtet haben.

Merkwürdig ist auch, daß sich während der Beobachtung Hungerurin zeigte, nach der Beobachtung keiner mehr. Trotzdem glauben die Verteidiger der Resl, daß diese nicht lüge. Es gibt übrigens bei Hysterikerinnen auch unbewußte Nahrungsaufnahme.

Aber das alles sieht unseren guten Lama nicht an. Konnersreuth muß ein Wunder sein und man kann es nicht genug verhimmeln. Da darf man auch Hyperbeln gebrauchen, wie, daß das **Fleisch am Fuße sich vom Aufliegen bis an die Knochen abgelöst habe, damit das „Wunder" der Heilung umso größer erscheint.** Selbst der katholische Arzt Dr. Seidl sieht sich veranlaßt, sich gegen solche Praktiken zu wenden, wie er auch bei seinem letzten Besuche den Eindruck hatte, daß selbst die Familie Neumann mit dem Laienverhimmler Lama nicht mehr so ganz einverstanden sei.

Aber sei dem, wie ihm sei. Jedenfalls hat der so eifrig Konnersreuth-wundergläubige Lama bei dem jüngsten Prozesse um diese Hysterica eine ziemliche Abfuhr erfahren. Möge er in Zukunft mit seiner katholischen Erbauungsschriftstellerei vorsichtiger sein! A. K. 2072.

SPD-Gemeinderäte rühmen sich ihrer unternehmerfreundlichen Steuerpolitik

(Arbeiterkorrespondenz)

Tettau. In der „Fränkischen Volkstribüne" vom 13. April berichtet in aller Oeffentlichkeit der sozialdemokratische Berichtstatter über die ungeheuerlichen Schweinereien, die die sozialdemokratischen Gemeinderäte von Tettau auf dem Gebiet der Steuerpolitik getrieben haben.

Anlaß gab eine bezirksamtliche Revision, welche feststellte, daß die Glasbetriebe und die Neue Porzellanfabrik mit den Gemeindeumlagen schwer im Rückstand sind. Das wäre noch nicht verwunderlich, ist es doch eine übliche Erscheinung, daß die Unternehmer im kapitalistischen Staat mit steuerlichen Leistungen im Rückstand bleiben. Aber die Revision stellte weiter fest, daß die Porzellanfabrik Tettau A.-G. die vollen Gemeindeumlagen hatte entrichten müssen. Und das ist peinlich, denn die Porzellanfabrik Tettau A.-G. erhebt nunmehr gegen die Gemeindeverwaltung den Vorwurf der Parteilichkeit. Kein Wunder auch, daß sie gleiche Rechte verlangt und überdies die gute Gelegenheit benützen will, um die steuerliche Belastung herabzudrücken.

Dazu äußerst sich nun der sozialdemokratische Berichterstatter. Er packte sein ganzes Material aus und merkt dabei gar nicht, wie unerhört seine Mitteilungen für die gesamte Arbeiterschaft sein müssen. In seinem Eifer, nachzuweisen, daß der sozialdemokratisch beherrschte Gemeinderat nicht parteilich gegen die Unternehmer ist, übersieht er vollständig, daß er seine eigene Partei in ihrer gepflegten Steuerpolitik vor der gesamten Arbeiterschaft entlarvt, **als absolut unternehmerfreundlich und absolut arbeiterfeindlich.** Wir freuen uns, einen so sehr berufenen Kronzeugen zu finden, der bestätigt, was wir seit Jahren behaupten.

Er erklärt: Es ist falsch, daß die Porzellanfabrik Tettau benachteiligt wurde, sie hat im Gegenteil bis jetzt immer die Steuern ein bis zwei Jahre gestundet erhalten, ja, die Gemeinde hat die Bezirksumlagen für die Fabrik jahrelang ausgelegt. Erst nachdem die Firma sich vollständig weigerte etwas zu zahlen, habe die Gemeindeverwaltung sich gezwungen gesehen, die notwendig gebrauchten Steuern zwangsweise beitreiben zu lassen.

Die kommunistische Fraktion stellt zu dieser von den Sozialdemokraten begünstigten Steuerdrückebergerei fest, **daß sie bereits im Jahre 1925/26 den Antrag gestellt habe, die Rückstände bei den größeren gewerblichen Betrieben zwangsweise beizutreiben, um Mittel freizubekommen zur Linderung der Not der Erwerbslosen. Wiederholt hat die kommunistische Fraktion bei der Beratung der Anträge der Erwerbslosen darauf gedrungen, so zu verfahren.**

Was taten die Sozialdemokraten?

In holder Eintracht mit den Bürgerlichen lehnten sie mehreremale diese Anträge ab, die Einheitsfront mit dem Unternehmertum war ihnen wichtiger, als beizusteuern, die Not der Erwerbslosen zu lindern.

Durch diese arbeiterfeindlichen Manöver verlor die Gemeinde beachtliche Beträge an Zinsen. Weiter war es nur dank dieser Taktik möglich, daß die Gemeinde anläßlich des Vergleichs der Firma Heinz die rückständigen Beträge in Höhe von 6000 bis 7000 Mark vollständig verlor.

Ganz in diesen arbeiterschädlichen Rahmen paßt es, wenn die Sozialdemokratie mit den Bürgerlichen seinerzeit beschloß,

den ortsüblichen Stundenlohn der Gemeindearbeiter von 81 Pfennig auf 75 Pfennig zu kürzen.

Ebenso erklärlich ist es auf Grund der schändlichen Einheitsfront der Reaktion und der Sozialdemokraten, wenn dieselben Gemeindevertreter die zwangsweise Beitreibung des schuldig gebliebenen Wasserzinses bei Arbeitern und sogar Halbinvaliden durch Lohnabzug in den Betrieben durchsetzten und bei Kleingewerbetreibenden nicht zurückschreckten, das Gericht anzurufen um Vollstreckung eines Zahlungsbefehles zu erreichen.

Es gibt noch mehr zu berichten. Wir wollen uns heute darauf beschränken, diese vorgenannten Blüten aus dem Sumpf sozialdemokratischer Gemeinderatspolitik in die Erinnerung der Arbeiterschaft zurückzurufen. A. K. 2075.

Den Schwiegersohn im Streit angeschossen

SCB. **Friedberg,** 18. April.

Am Mittwoch früh gegen 8 Uhr versetzte in Dasing der 70 Jahre alte Austräglers Lechner nach einem Streit seinen Schwiegersohn Xaver Bochtler durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Der Täter wurde verhaftet und in das hiesige Gefängnis eingeliefert.

Explosion auf einem Kraftwagen

Haushohe Stichflammen / Vier Personen schwer verbrannt

Ein schweres Unglück ereignete sich am Donnerstag um die Mittagsstunde an der Ecke Bayer-, Martin Greif-Straße. Ein Lieferkraftwagen der Laderinnung, der die Bayerstraße herunterkam und eben in die Martin Greif-Straße einbiegen wollte, geriet plötzlich in Brand. Nach einiger Zeit erfolgte eine starke Explosion, stockwerkhohe Stichflammen fuhren aus dem brennenden Wagen, wobei vier Personen, die sich unter den Zuschauern befanden, schwer verbrannt wurden, und ins Krankenhaus eingebracht werden mußten.

Die Branddirektion berichtet:

Am Donnerstag vormittag 11 Uhr 23 Minuten wurde telephonisch die Hauptfeuerwache um Hilfeleistung bei einem Autobrand in der Martin Greif-Straße ersucht. Beim Eintreffen der Motorspritze der Hauptfeuerwache an der Brandstelle stand ein Lastkraftwagen der Laderinnung auf dem sich ein kleiner Hanomag-Kraftwagen und einige Kisten befanden, vollständig in Flammen. Die Feuerwehr griff den Brand mit einer Schlauchanlage an, ohne daß ihr vom Führer des Kraftwagens Angaben über die Art der Ladung gemacht worden waren. Auf dem Kraftwagen befand sich Aether in kleinen Flaschen, die in Kisten verpackt waren, während größere Ballons mit Aether bereits vor Eintreffen der Feuerwehr geplatzt waren. Kurz nach Inangriffnahme der Löscharbeiten erfolgte eine heftige Explosion unter gewaltiger Stichflammenbildung, durch die vier vor dem Kaffeehaus Martin Greif sich aufhaltende Personen erheblich verletzt wurden. Vermutlich dürfte diese Explosion im Benzintank des Lastkraftwagens, dessen Seitenwand nach dieser Richtung eingedrückt war, entstanden und durch die Aetherdämpfe begünstigt worden sein. Am Kaffeehaus Martin Greif wurden mehrere Fensterscheiben beschädigt und bis in die obersten Stockwerke Fensterstöcke und Fensterrahmen verkohlt. Der kurz darauf alarmierte Löschzug der Berufsfeuerwehr beseitigte die noch immer glimmenden Teile des Lastkraftwagens und stellte fest, daß für das Haus keine Gefahr mehr gegeben war. Der arg verbrannte Kraftwagen wurde durch das Rettungsfahrzeug der Berufsfeuerwehr zur Polizeidirektion geschleppt.

Brennende Menschen

Der brennende Kraftwagen hatte im Nu eine nach hunderte zählende Zuschauermenge angezogen. Als die Wasserstrahlen des Löschzuges auf den Brand zischten, erfolgte plötzlich eine heftige Detonation, der sofort mächtige Stichflammen nachkamen, die bis zum dritten Stockwerk des Hauses emporschlugen, in dem das Cafehaus Martin Greif sich befindet. **Eine der Stichflammen schlug unmittelbar in die vor dem Café stehenden Zuschauer, deren sich eine ungeheure Panik bemächtigte. Laut schreiend flüchteten sie auseinander. Mehreren Personen hatte die Flamme die Kleider entzündet, brennend suchten sie um die Ecke zu gelangen, gefolgt von anderen Passanten, die ihnen die Kleider vom Leibe rissen und veranlaßten, daß sie sich auf den Boden warfen, um das Feuer zu ersticken.** Einem Kraftradfahrer verbrannte die Lederjoppe. **Einer Frau waren die Haare verbrannt, Teile der Haut lösten sich los, die Glieder schwollen auf. Drei weitere Zuschauer waren ebenfalls so schwer im Gesichte und an den Händen getroffen worden, daß sie vom Rettungsdienst in die Chirurgische Klinik verbracht werden mußten.**

Brandschäden im Kaffeehaus

In der Martin Greif-Straßenfront des Cafehauses wurden drei Fensterscheiben eingedrückt, durch den starken Luftzug ebenfalls ein großes Fenster in der Bayerstraße. Die Vorhänge waren verbrannt, selbst die Vorhangstangen wurden stark angekohlt. Gläser wurden von den Tischen geschleudert und blieben in Scherben liegen, ein Gemälde wurde bis auf einige Fetzen zerstört. Im Innern des Kaffeehauses, das vom Rauch vollkommen angefüllt wurde, ist alles geschwärzt. Das Haus selber zeigt Rußflecke bis zum zweiten Stockwerk. Ueber die Ursache des Brandes konnten bis her genaue Ermittlungen nicht getroffen werden.

Kameraden! Klassengenossen!

Heraus zum Roten Treffen der Roten Frontkämpfer-Organisationen zu Pfingsten in Hamburg!

Der Sonderzug ab München ist bestellt. Kameraden werbt unermüdlich für eine starke Beteiligung!

Tretet ein in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in der Partei und sonstigen Arbeiterorganisationen, für starke Delegationen.

410 Arbeiter benötigen wir für den Sonderzug.

Der Fahrpreis ab München beträgt 41.— Mark.
Der Fahrpreis ab Augsburg beträgt 38.— Mark.
Der Fahrpreis ab Treuchtlingen beträgt 34.— Mark.

Abfahrt ab München Freitag nachmittags 15.20 Uhr — der Zug hält in Pasing 15,30 Uhr; in Augsburg 16,22 Uhr; in Treuchtlingen 17,52 U.; in Würzburg 20,25 Uhr.
Ankunft in Hamburg-Altona 7,37 Uhr.
Rückfahrt ab Hamburg: Hannoverscher Bahnhof, Dienstag früh 1,05 Uhr.
Ankunft in München: 16,55 Uhr.

Alle Fahrgelder müssen bis 11. Mai mittags bei der Gauführung abgerechnet sein.

Alle Fahrtteilnehmer zeichnen sich sofort ein!

Einzahlungspreis 1.15 Mark,

dafür erhält der Teilnehmer Spar- und Teilnehmerkarte, sowie die Plakatte. Sämtliche Fahrtteilnehmer beteiligen sich jetzt schon an der Sparaktion!

Einzahlung nimmt entgegen: Alle Funktionäre, die Redaktion der „Neuen Zeitung", im Büro des RFB., Augsburgerstr. 17/0.

In Augsburg: KPD.-Büro, Mittleres Kreuz, F 327.

Gauführung Südbayern des RFB.

Aus der Partei

Montag, den 22. April, abends 8 Uhr findet in der Hohenburg eine wichtige unktionärsitzung des Bezirks Westend statt. Das Erscheinen jedes Genossen wird zur Pflicht gemacht.

Zelle Obersendling. Heute abends 8 Uhr Versammlung im Gasthaus „Unterfahrt", Boschetsriederstr. Referent: Genosse Göb.

Stadtteil Ost. Stadtteilfunktionärsitzung am Montag, den 22. April abends 8 Uhr im Rest. „Falkenwand".

KJVD. Augsburg. Am Sonntag, den 21. April nachmittags 4 Uhr im „Roten Löwen" mit wichtiger Tagesordnung. Die Funktionäre müssen eine Stunde früher erscheinen.

Roter Frontkämpferbund

RFB.-Spielzug Groß-München. Samstag, den 20. April nachmittags 4 Uhr haben sämtliche Trommler und Pfeifer mit Instrumenten und Noten im Gasthaus Hohenburg, Ecke Gollier- und Gangkofenerstraße zu erscheinen. Wichtige Aussprache.

RFB., Abtlg. II. Sämtliche RFB.-kameraden treffen sich am Sonntag, den 21. April, vormittags 9 Uhr in der „Hohenburg". Anzug Bundeskleidung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird zur Pflicht gemacht.

Gewerkschaften

Deutscher Metallarbeiterverband. Sektion Elektromonteure. Versammlung am 20. April abends 7½ Uhr im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses.

Vereinskalender

RH., Neuhausen. Am Sonntag, den 21. April morgens 9 Uhr Funktionärversammlung in den „Volkartsbierhallen, Volkartstraße. Erscheinen Pflicht.

Bestattungen am 21. April

Ostfriedhof. Sauder Viktoria, Oberpolizeiassistenswe., 81 J., 3¼ Uhr; Müller Kreszenz, Händlersgattin, 63 J., 4 Uhr; Biermeier Kreszenz, Gänsehändlersg., 60 J., 3¾ U.; Anderl Rosa, Verkäuferin, 19 J., 3½ Uhr; Brandl Regina, Friseursgattin, 31 J., 3 Uhr; Pfaffinger Kreszenz, Ausgeberswe., 80 J., 2½ Uhr; Feilmeier Max, Bäcker, 25 J., 2 Uhr.

Westlicher Friedhof. Zilsperger Frieda, Sattlerstochter, 16 J., 2¼ Uhr; Sprenger Bernhard, Kaufmann, 48 J., 3 Uhr.

Südlicher Friedhof. Dr. Graf Franz von Waldersdorf, Ehrenkanonikus, 63 J., kommt nach Hauenstein bei Regensburg.

Waldfriedhof. Schmid Afra, Schmiedmeisterswe., 72 J., 3 Uhr.

Rote Hilfe München

Einladung

zu dem am Samstag, den 20. April abends 7 Uhr in der

Lothringer-Bierhalle

stattfindenden **Unterhaltungsabend** der Roten Hilfe, Bezirk Haidhausen.

Programm: Musik, Ansprache, Rezitationen, gesangliche Einlagen und Lichtbildvortrag. Eintritt frei!

Kein Genosse, keine Genossin, versäume diesen Abend, jedes Mitglied wirbt für die Veranstaltung und bringt einen Sympathisierenden mit.

Der Vorstand.

Spielplan der Münchener Theater

Samstag, den 20. April abends

Prinz-Regenten-Theater. „Insulinde" oder „Die Kaffeemaschinen von Lebal". 7½ Uhr.
National-Theater. „Palestrina". 6½ Uhr.
Residenz-Theater. „Lady Windermeres Fächer". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Finden Sie, daß Constanza sich richtig verhält?" 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Friederike". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Das Geld auf der Straße". 8 Uhr.

Sonntag, den 21. April nachmittags

Kammerspiele im Schauspielhaus. „Revolte im Erziehungshaus". 3½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Das Dreimäderlhaus". 3 Uhr.
Münchner Volkstheater. „Bob und Bobbs Hochzeitsreise". 4 Uhr.

Sonntag, den 21. April abends

Prinz-Regenten-Theater. „Dover—Calais". 7½ Uhr.
National-Theater. „Schwanda, der Dudelsackpfeifer". 7 U.
Residenz-Theater. „Die Frau, die jeder sucht". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Olympia". 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Friederike". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Das Geld auf der Straße". 8 Uhr.

Arb.-Rad- u. Kraftfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe München
Geschäftsstelle Heßstraße 71 / Telephon 59 7 167

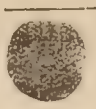
Einladung

zu dem am Sonntag, den 21. April bei ungünstiger Witterung am Sonntag, den 28. April beim Brückenwirt in Höllriegelskreuth stattfindenden

Frühlingsfest

mit Tanz und radsportlichen Darbietungen. Zahlreichen Besuch aller Sportler und Gewerkschaftsfreunden sieht entgegen

Die Verwaltung.



Maler-Arbeiten
werden billigst übernommen
Riggel, Elvirastr. 22/II r. Rgb.

Von einem Lieferkraftwagen überfahren

SCB. München, 18. April.

In der Ampfingerstraße wurde gestern der sieben Jahre alte Sohn eines Werkstättenführers von einem Lieferkraftwagen überfahren und schwer verletzt. Der Knabe hatte sich an ein Pferdefuhrwerk gehängt und sprang von diesem ab, als der Lieferkraftwagen mit dem Pferdefuhrwerk kreuzte, wobei der Knabe dem Kraftwagen in die Fahrbahn lief. Er erlitt einen Schädelbruch und wurde in das Hannersche Kinderspital eingeliefert.

Münchener Chronik

SCB. München, 19. April.

Gestern Abend gegen 11 Uhr stieß an der Straßenkreuzung Paul Heyse-Bayerstraße ein auswärtiger Kraftwagen mit einem auswärtigen Kraftradfahrer zusammen. Der Kraftradführer zog sich dabei innere Verletzungen zu.

Der gestern Abend bei einem Zusammenstoß mit der Straßenbahn schwer verletzte 7djährige verheiratete Kunstschreiner Balthasar Schuller ist kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Brand in einer Augsburger Essenzfabrik

SCB. Augsburg, 18. April.

Im Arbeitsraum der Kiesowschen Essenzfabrik in der Maximiliansstraße zersprang gestern Nachmittag einem Arbeiter ein mit Essenz gefüllter Glasbehälter bei der Prüfung des Gärungsprozesses. Die ausfließende Essenz, die sich gegen einen in unmittelbarer Nähe stehenden, geheizten Ofen ergoß, fing sofort Feuer. Infolge der dadurch entstandenen starken Hitze zersprangen weitere 30 gefüllte Glasbehälter mit Essenz, die sich gleichfalls entzündete. Die im Arbeitsraum befindliche Einrichtung ist zum größten Teil verbrannt. Der entstandene Sachschaden ist sehr bedeutend.

Silverkron, die 5 ₰ Zigarette mit Gutschein

Perusa München

Berufsringkämpfe im Circus Krone.

Ergebnisse vom Freitag, den 19. April:

Pröller und Bognar trennten sich unentschieden. Buchheim siegte über Bachraty in 13 Minuten durch Armzug. Weinura besiegte überraschend schnell Gockisch nach 18 Minuten durch Armfallgriff aus der Brücke. Der Kampf Baroty gegen Johnson endete ebenfalls unentschieden. Der alle Tage auf der Matte stehende Kautzky legte Bierholz in einer Gesamtzeit von 43 Minuten durch kraftvoll durchgeführten Kopfzug. Kavan besiegte Sinica nach 41 Minuten durch Schulterschwung.

Städtische Sonnenbäder

Bei Fortdauer der günstigen Witterung werden die Sonnenbäder im Mannerfreibad und im Frauenfreibad am Montag, den 22. April wieder geöffnet.

Arbeitersport am Sonntag

Der morgige fünfte Spielsonntag bringt wieder interessante und spannende Kämpfe. Besonders die Begegnung der Meisterschafts-Rivalen Dachau und Süd dürfte die Zuschauer auf ihre Kosten kommen lassen. Ein Spiel zweier technisch hochwertiger Mannschaften bringt die Begegnung zwischen Freier Turnerschaft und Sportfreunde, ein knapper Sieg der Sportfreunde ist das wahrscheinlichste. Freiland und Pasing sind zwei gleichwertige Gegner, ebenso Haar und Vorwärts-Augsburg. Auch das Spiel Asozio gegen Eldorado dürfte ausgeglichenen Sport bieten. Göggingen, der Ueberraschungssieger des letzten Sonntages fährt nach Landshut und dürfte beide Punkte einheimsen. Eintracht, durch die letzte Niederlage gewitzigt, darf Union nicht auf die leichte Achsel nehmen, ein knapper Sieg Eintrachts wird erwartet. Viktoria empfängt Penzberg und dürfte ebenfalls knapper Sieger werden. Astoria und Borussia sind zwei gleichwertige Gegner. Die Spiele der ersten Mannschaften beginnen um 3,30 Uhr, die der zweiten Mannschaften um 1,45 Uhr.

Anschließend die Spieltabelle:

Spiele am Sonntag, den 21. April.

Erste Klasse Gruppe A.

Freie Turnerschaft I und II gegen Sportfreunde I und II im Städtischen Stadion.
Freiland I gegen Pasing I auf dem Sendlinger Oberfeld.
Haar gegen Vorwärts I in Haar.
Turngemeinde I gegen BSC. I in Augsburg.
Dachau I gegen Süd I in Dachau.
Asozio I gegen Eldorado I in Milbertshofen.

Erste Klasse Gruppe B.

Landshut I gegen Göggingen I in Landshut.
Eintracht I gegen Union I an der Säbenerstraße.
Viktoria I gegen Penzberg I an der Hansastraße.
Astoria I gegen Borussia I auf dem Astoriaplatz.

Zweite Klasse Gruppe A.

Riders I gegen Maisach I in Augsburg.
Stern A I gegen Steinhausen I in Augsburg.
Firnhaberau-Augsburg I gegen Borussia N. in Augsburg.

Zweite Klasse Gruppe B.

Planegg I gegen Olching I in Planegg.
Kirchseeon I gegen Freimann I in Kirchseeon.
Talham I gegen Schwaben I in Talham.
Waldtrudering I gegen Astoria N. in Waldtrudering.
MAM. aufgelöst, fällt Spiel gegen Gilching aus.

Zweite Klasse Gruppe C.

Lerchenfeld I gegen Ingolstadt I in Freising.
Allach I gegen Pfaffenhofen in Allach.
Pasing N. gegen V. f. N. in Pasing.
Ringsee I gegen Eintracht F. I in Ringsee.

Erste Klasse Gruppe A, 2. Mannschaft.

Freiland II gegen Pasing II auf dem Sendlinger Oberfeld.
Haar II gegen Olching II in Haar.
Dachau II gegen Süd II in Dachau.
Asozio II gegen Eldorado II in Milbertshofen.

Erste Klasse Gruppe B, 2. Mannschaft

Eintracht II gegen Union II an der Säbenerstraße.
Astoria II gegen Borussia II auf Oberwiesenfeld.
Planegg II gegen Berg am Laim II in Planegg.
Allach II gegen Westend II in Allach.

Zweite Klasse Gruppe C, 2. und 3. Mannschaften.

Kirchseeon II gegen Fr. T. III in Kirchseeon um 1 Uhr in Haar.
Ost AH. gegen Untermenzing II an der Balanstraße um 1 Uhr auf dem Astoriaplatz.

Spielbeginn, wenn nicht anders angegeben, für die 1. Mannschaften um 3,30 Uhr, für die 2. Mannschaften um 1,45 Uhr.

Jugend-Spiele.

Viktoria gegen Union um 10 Uhr.
Borussia gegen BSC. um 10 Uhr.
Ost gegen Asozio um 10 Uhr.
Steinhausen gegen Olching um 10 Uhr.
Haar gegen Dachau um 10 Uhr.
Sportfreunde gegen Pasing um 10 Uhr.
Freie Turnerschaft gegen Pfaffenhofen um 10 Uhr.
Freising Eintracht gegen Landshut um 10 Uhr.
Berg am Laim gegen Waldtrudering um 10 Uhr.

Schüler:

Viktoria gegen Union um 11 Uhr.
Borussia gegen BSC. um 11 Uhr.
Ost gegen Asozio um 11 Uhr.

4 Pfennige

4 4

Postillion

Nicht die Banderole rauchen Sie, Sie rauchen den TABAK!

Die Banderole auf der Zigarettenschachtel nennt zwar den PREIS der Zigarette, beweist aber für die Qualität noch nichts.

Und doch kann man täglich feststellen, dass Raucher dem Irrtum verfallen, zu glauben, eine Banderole mit hoher Steuerziffer verbürge eine gute Zigarette.

Der Postillion kennt diesen Irrtum

und er entschuldigt ihn, denn er weiss, dass es eben bisher zu 4 Pfennig nichts so Vollkommenes gab — keine Qualität, die jeden Raucher befriedigt hätte.

Wenn die Banderole der „Postillion" nicht den 4 Pfennig-Aufdruck zeigte, würden Sie sicher glauben, eine 5- oder gar 6 Pfennig-Zigarette zu rauchen.

G. ZUBAN A.G. MÜNCHEN

Das ist schon eine treffliche Zigarette, mein Herr!

Aus dem Gewerkschaftsleben

Schandspruch für das Holzgewerbe

Ein neuer Verrat an den Interessen der Holzarbeiter

Nach monatelangen, ergebnislosen Verhandlungen zwischen den zentralen Instanzen wurde anfangs April ein „neutrales" Schiedsgericht unter Vorsitz des Prof. Brahns gebildet. Prof. Brahn ist bekannt als der „neutrale" Schiedsrichter, der an einem einzigen Tage 21 Hungerschiedssprüche für

Ein Viertel aller Textilarbeiter wird entlassen!

Die Vereinigung sächsischer Spinnereiarbeiter hat beschlossen, ihre Produktion in Baumwolle ab 22. April um 25 Prozent einzuschränken. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, schweben mit den Spinnerei-Vereinigungen Bayerns und Rheinland-Westfalen aussichtsreiche Verhandlungen über einen Anschluß an dieses Vorgehen.

die Textilarbeiter gefällt hat. Die Textilunternehmer hatten zu diesem Mann ein so großes Vertrauen, daß sie im voraus erklärten, einen Schiedsspruch, der unter dem Vorsitz des Prof. Brahn gefällt wird, unbedingt anzunehmen.

Wie die Forderungen der Holzarbeiter durch das „neutrale" Schiedsgericht abgewürgt worden sind, wollen wir im Einzelnen nachweisen.

Zur Arbeitsvermittlung wurde die **Arbeitsvermittlungspflicht** gefordert, früher bestand nur die Meldepflicht der offenen Stellen. Die Forderung ist im neuen Vertrag nicht aufgenommen worden.

Für die **Kündigung** des Arbeitsverhältnisses sollte die gesetzliche Kündigungsfrist (14 Tage) gelten, sofern nicht andere schriftliche Regelungen mit der Betriebsvertretung erfolgen. Im neuen Vertrag ist die Kündigungsfrist auf 6 Tage festgesetzt.

Die **tarifliche Arbeitszeit** sollte nach den Anträgen der Kollegen auf 46 Stunden pro Woche herabgesetzt werden. Nach dem neuen Vertrag bleibt die bisherige 48stündige Arbeitswoche bestehen.

Der **Zwangsüberstundenparagraph** des alten Vertrags sollte restlos beseitigt werden. Das ist nicht erfolgt. Es kann nach wie vor Mehrarbeit verlangt werden. Lediglich eine formelle Umänderung ist erfolgt, wonach jetzt der Unternehmer in Gemeinschaft mit der Betriebsvertretung entscheidet, während er früher nur „im Benehmen mit der Betriebsvertretung" Ueberstunden **bis zu 51 Stunden pro Woche** verlangen konnte.

Der Zuschlag von 25 Proz., der im „Vorwärts" als neue Regelung angepriesen wird, war bereits im alten Vertrag enthalten.

Die hauptsächlichsten Forderungen der Mitgliedschaft zielten auf eine grundsätzliche Aenderung der Lohnstaffelung. Besonders das System der Alters- und Ortsklassen sollte entsprechend den wirtschaftlichen Bedingungen zentralisiert und verbessert werden. U. a. sollte für Arbeiter unter 16 Jahren ein Vertragslohn festgesetzt werden. Eine Regelung dieser äußerst wichtigen Fragen ist bisher nicht erfolgt. Eine formelle Aenderung bringt der neue Vertragsentwurf, indem er den bisherigen „Durchschnittslohn" als Vertragslohn festlegt, mit der Ausnahmebestimmung, daß für schwächere Arbeiter ein Lohn vereinbart werden kann, **der bis zu 10 Prozent unter dem Vertragslohn** liegt.

Auch die Entschädigungssätze für die Lehrlinge, die nach den Anträgen 10, 20, 30 und 40 Prozent vom Tariflohn des über 22 Jahre alte Facharbeiters betragen sollen, sind nicht erreicht worden. Die Unternehmer machen hierbei ganz besondere Schwierigkeiten. Es wurde eine tarifliche Schlichtungsstelle eingesetzt, die ebenfalls unter dem Vorsitz von Prof. Brahn einen Schiedsspruch fällte, wonach **die Kostgeldsätze für Lehrlinge auf 8, 15, 20 und 30 Prozent des Tariflohnes** für Facharbeiter festgesetzt werden.

Bezüglich der Ferien wurde gefordert, eine **Herabsetzung der Wartezeit von 4 auf 2 Monate und Bemessung der Ferien-Dauer für alle Arbeiter und Arbeiterinnen**, einschließlich der Lehrlinge und Jugendlichen auf 5—9 Tage. Im Vertragsentwurf ist die Wartezeit nicht herabgesetzt worden. Es erhält also nur der Arbeiter 4 Tage Ferien, der am 1. April 4 Monate im Betrieb beschäftigt war. Eine kleine Verbesserung ist durch die Bestimmung geschaffen, daß im dritten Jahre der Beschäftigungsdauer 7 (bisher 6), und im 4. Jahre 8 (bisher 7 Tage) Ferien gewährt werden.

Ueber die Höhe der Löhne und die aufgestellten Forderungen wird erst verhandelt, wenn der Vertragsentwurf von beiden Parteien angenommen worden ist. Nach dem Bericht d[illegible] können sich diese Verhandlungen noch wo[illegible] ziehen. Vor der Hand besteht [illegible] rung, daß bis zum 10. Mai die [illegible] alten Reichsmanteltarifvertrages und des [illegible] mens Geltung haben.

Aus dem Inhalt dieses neuen Vertrages [illegible] klar und deutlich hervor, daß d[illegible] Genossen die Interessen der Holz[illegible] **men preisgegeben haben.** Auch hier [illegible] **verderblich** die Taktik der Verbandsstrategen [illegible] für die Mitglieder ausgewirkt hat.

Wir haben bereits früher betont, daß bei solcher Art der Verhandlungen, die unter Ausschluß der Kontrolle der Mitgliedschaft stattfinden, die Forderungen der Holzarbeiter nicht erfüllt werden können. Es ist die höchste Zeit, daß die Kollegenschaft dazu übergeht, in Mitglieder- und [illegible]

sammlungen Stellung zu dem neuen Vertrag zu nehmen. Alle Kampfvorbereitungen, Wahl von Kampfleitungen aus den Betrieben, Mobilisation der gesamten Kollegenschaft, sind sofort zu treffen, um wenigstens die Forderungen durchzusetzen, die bereits vor einem halben Jahr aufgestellt worden sind.

Der unter dem Vorsitz des Prof. Brahn zustande gekommene Tarif muß einmütig von der Kollegenschaft **abgelehnt** werden.

3 Pfg. auf zwei Jahre sollen die Chemieproleten erhalten

Die meisten Lohntarife für die Chemie sind gekündigt. Ueber 200 000 Arbeiter werden davon betroffen. Alle bisherigen Verhandlungen, auch die vor den Bezirksämtern sind gescheitert. Seit Wochen wird die „Fühlungnahme" beim Reichstarifamt angestrebt. Die Reformisten haben ihre 10 Pfg.-Forderung schon längst im Stich gelassen und waren bereit, sich auf 5 Pfg. zu einigen. Der Vertrag sollte dann auf zwei Jahre Geltung haben. Die Unternehmer wollen nicht. Der Chemietrust weiß ganz genau, daß der Fabrikarbeiterverband und die anderen Organisationen einschließlich der Christlichen gar nicht daran denken, einen Lohnkampf zu organisieren. Wagte man doch nicht, in Berlin die Funktionäre des Chemiekartells zusammenzunehmen.

Die wochenlangen Kuhhandeleien haben jetzt zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Man ist drauf und dran, einen Schiedsspruch zu fällen, der eine **Lohnerhöhung von 3 Pfg.** vorsieht und eine **Vertragsdauer von 2 Jahren.** Die Verbandsbürokratie versucht schon in den Betrieben Stimmung dafür zu machen, indem sie erklärt, daß die drei Pfennig doch wenigstens eine sichere Sache auf zwei Jahre wäre, währenddem sonst die Unternehmer doch leicht mit Lohnabbau kommen könnten. Sobald für ein Tarifgebiet der Schiedsspruch gefällt ist, wird er auch automatisch auf alle anderen Gruppen in Anwendung gebracht.

Die Berliner Chemie-Funktionäre waren auf die Initiative der Opposition am 15. April zusammen und beschlossen, sofort in allen Berliner Betrieben Kampfvorbereitungen zu treffen. Die neugewählte Kartelleitung erhielt den Auftrag, sofort die Verbindung zu den anderen Bezirken herzustellen. Nur wenn es gelingen wird, auch die Kollegen in den anderen Chemiebetrieben und Bezirken auf eine gemeinsame Kampfbasis zu einigen, wird es möglich sein, den geplanten Verrat und den Hungerschiedsspruch abzuwehren. Die jetzt stattgefundenen Betriebsrätewahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Fabrikarbeiter genügend Kraft aufbringen können, von sich aus den Kampf zu organisieren.

Was die Reichsbahn nebenbei verdient

und wie die Reformisten den „Klassenkampf" verstehen

Wir haben in unserer Presse mit aller Ausführlichkeit auf die Geschäftslage der Reichsbahn, auf die Millionenausgaben für Korruptionsprämien und Gehälter der höchsten Beamten hingewiesen. Dorpmüller veröffentlicht gegenüber diesen bekannten Zahlen eine Rechnung nach der die Reichsbahn wiedereinmal im letzten Vierteljahr mit Verlust gearbeitet hat. Wenn man diese Jammerberichte liest, fragt man sich vergeblich, woher die **Milliardensummen für Reparationsleistungen** kommen, die die Reichsbahn jährlich zahlt und woher schließlich am Ende jedes Jahres der Ueberschuß hervorgezaubert wird.

Aber diese Märchen sind eitel Schwindel, berechnet für die Spießbürger. Da hat der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding ein neues Mittelchen zur Beruhigung der Eisenbahner erfunden. Bei einer Unterredung mit dem Schaffel und Kompagnie erklärt Hilferding, **nachdem die Reichsbahnverwaltung den Wunsch ausgesprochen hatte, die Lohnverhandlungen bis zur Endlösung der Reparationsfrage zu vertagen,** gegenüber den Gewerkschaftsführern:

„Die Organisationen möchten, wenn irgend möglich, die allgemeinen Lohnverhandlungen bis zum Abschluß der Pariser Reparationsverhandlungen vertagen."

Ein gehorsamer Diener, dieser sozialdemokratische Reichsfinanzminister! Einen besseren kann sich Dorpmüller zweifellos nicht wünschen. Als Sozialdemokrat glaubt er besser dafür sorgen zu können, als die Reichsbahnhauptverwaltung, daß die Eisenbahner ihren Hunger so lange mit Gras stillen, wie es den Beauftragten der sozialdemokratischen-bürgerlichen Koalitionsregierung gefällt, die Reparationsverhandlungen zu beenden.

Wir zweifeln nicht, daß die Eisenbahner diesen Schwindel durchschauen werden, auch wenn er ihnen von den sozialdemokratischen Führern vorgesetzt wird. Darüber hinaus wollen wir aber heute einmal auf jene kleinen zusammengenommen aber Millionen ergeben, den Nebeneinnahmen der Dawesbahn hinweisen. Da sind zunächst die Bahnhofswirtschaften. Die Preise, die man hier bezahlen muß, werden dem Reisenden sonst nur in den elegantesten Hotels abgeknöpft. Aber für Dorpmüller rentiert sich das Geschäft. **Während im Jahre 1913 die Einnahmen aus den Bahnhofswirtschaften 8,9 Millionen betrugen, stiegen sie im Jahre 1923 auf 13,6 Millionen Mark.** Daneben die Bahnhofsbuchhandlungen, Verkaufsstände, Wechselstuben usw. die infolge der ungeheuerlichen [illegible] Automaten [illegible] Jahre 1928 6,76 Millionen [illegible] 16 Prozent des Umsatzes [illegible] Zinssatz. Gleichzeitig wurde [illegible] Pachtzins 250 000 Mark verlangt. [illegible] der Verpachtung einer Bahnhofsbuchhandlung in [illegible] wurde der **Zinssatz sogar auf 18 Prozent des Umsatzes gesteigert.**

Aber Dorpmüller hat schwere Sorgen. Wenn er auch weiß, wo er im allgemeinen diese Millionen[illegible] muß, so versucht er doch neue [illegible] zu schaffen, die gerade diese Nebenein-

nahmen der Reichsbahn auffressen sollen. Für diese Nebenbetriebe der Reichsbahn sollen nämlich **Revisionsbeamte der Reichsbahn-Direktion besonders ausgebildet** werden, für die natürlich wiederum Riesensummen für Gehälter eingesetzt werden.

Aber die Gewerkschaftsführer haben andere Sorgen als die Lohnbewegung der Eisenbahner durchzuführen. **Während Hunderttausende von Eisenbahner darauf brennen, im offenen Kampf ihre so bescheidenen Forderungen durchzusetzen, haben der Herren freien Gewerkschaftsführer nichts anderes zu tun — als bei der Generaldirektion bei der Reichsbahn vorstellig zu werden, damit die Herren von der Lokomotivindustrie Aufträge erhalten. Kann es etwas Groteskeres geben als dieses Bittgesuch gewerkschaftlicher Führer um Aufträge für die Kapitalisten.** Die Arbeiter bei der Reichsbahn und auch in der Lokomotivindustrie werden sich für diese elende Bettelei zugunsten der Kapitalisten bedanken. **Ihre Geduld ist endlich zu Ende. Nachdem die Gewerkschaftsführer den Lohnkampf wegen der Reparationsverhandlungen abgepfiffen haben, müssen die Eisenbahner aus den Betrieben selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen und im Streik die Bewilligung ihrer Forderungen zu erzwingen.**

Aus Wirtschaft und Betrieb

Personalabbau bei der Bayer. Staatsbank in Sicht

Trotz starker Steigerung des Umsatzes

Die Bayerische Staatsbank veröffentlicht für das vergangene Jahr ihren Geschäftsbericht, der eine ausgezeichnete Entwicklung dieses staatskapitalistischen Instituts mit stark privatkapitalistischen Einschlag zeigt. Das Kapital der Gesellschaft beträgt heute 30,45 Millionen, knapp die Hälfte des Vorkriegskapitals. Dagegen sind die fremden Mittel der Bank außerordentlich gestiegen und zwar von 206,9 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 370,2 Millionen Mark im Jahre 1928. Wenn auch von diesen Millionensummen ein Teil sich in Händen des kapitalistischen Staates befinden wird, so ist das so gut wie sicher, daß der Einfluß des Privatkapitals auch in der Bayerischen Staatsbank gestiegen ist.

Der Reingewinn der Bank ist mit 5,37 Millionen Mark um 50 000 niedriger als im Vorjahr und um etwa 1½ Millionen Mark niedriger als in der Vorkriegszeit. Diese Verminderung des Reingewinns, der eine **Verdoppelung des Rohgewinns** gegenübersteht, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß **die Verwaltungskosten der Bayerischen Staatsbank von 2,18 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 6,88 Millionen Mk. im Jahre 1928 gestiegen** sind. Wie die Verwaltung der Bayerischen Staatsbank mitteilt, ist diese Verdreifachung der Verwaltungskosten vor allem darauf zurückzuführen, daß im vergangenen Jahr die Umstellung auf Maschinenarbeit erfolgte. Schon jetzt soll sich diese Umstellung in einer Senkung der Verwaltungskosten ausgewirkt haben. **Die Verwaltung rechnet nun damit, daß infolgedessen in kurzer Zeit ein neuer Personalabbau bei der Staatsbank durchgeführt werden kann.**

Diese Drohung gegenüber den Bankbeamten wird keineswegs dadurch verzuckert, wenn diese den im übrigen glänzenden Abschluß studieren. Die Steigerung der Verwaltungskosten ist zweifellos **nicht ausschließlich** auf die Beschaffung neuer Maschinen zurückzuführen. Auch im Jahre 1927 waren die Verwaltungskosten nur um 800 000 Mark weniger als im Jahre 1928. Es scheint uns, als wenn auch hier wie z. B. bei der Reichsbahn eine Reihe abgetakelter Offiziere in gut bezahlte Positionen untergebracht worden ist.

Die Beteiligungen der Bayerischen Staatsbank erreichen eine Gesamthöhe von 9,45 Millionen. Davon erreichen die Aktien der Bayerischen Notenbank allein einen Wert von 9,2 Millionen. Außerdem ist die Staatsbank auch an der Kraft-Verkehrs A.-G. mit einer ¼ Million Mark beteiligt. Die Staatsbank beabsichtigt, ihre Zinssätze zu erhöhen, da sie die Gleichstellung der öffentlichen Banken mit den Privatbanken in steuerlicher Hinsicht befürchtet. Neben den zu erwartenden Entlassungen ist also mit einem neuen Druck auf die Preise durch die Politik der Staatsbank zu rechnen.

Schiedsspruch für die Münchener Speditions-Angestellten

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschafts-Verbänden und den Unternehmern im Münchener Speditionsgewerbe sind bekanntlich gescheitert. Jetzt hat nach einer Mitteilung des ZdA. der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Gehälter ab 1. April um 5 Prozent erhöht werden. Das Abkommen soll bis zum 31. März 1930 Gültigkeit haben. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches läuft bis 26. April.

Selbständige Landesfinanz-Verwaltung in Bayern

München, 19. April.

Entsprechend der gesamten von der Bayerischen Volkspartei und ihrer Regierung geübten Haltung, der völligen Unterwerfung Bayerns unter das politische Diktat der Trustbourgeoisie, haben die bayerischen Sonderbestrebungen und Kämpfe gegen das Reich zum größten Teil aufgehört. Sie haben Platz gemacht einer innerbayerischen den Wünschen derselben Trustkapitalisten entsprechenden politischen und verwaltungstechnischen Regelung. In diesem Sinne ist auch die Rede des bayerischen Finanzministers Schmelzle zu werten, die dieser am letzten Mittwoch zum bayerischen Finanzetat hielt.

Schmelzle begründete die Vorlage eines im Herbst zur Beratung stehenden Entwurfes eines neuen Haushaltsgesetzes an, **der auch eine landeseigene Finanzverwaltung bringen soll.** Bisher wurden die Landessteuern durch die Reichsbehörden, die Finanzämter, erhoben und verwaltet. Schmelzle erklärt, daß ein Teil dieser Finanzämter die „bayerischen Belange" gut vertreten habe, der andere Teil sie jedoch vernachlässigte und bei den Beamten das Gefühl bestehe, daß eine Beschäftigung mit [illegible] haben [illegible] wird. Schmelzle will [illegible] Unzufriedenheit der Bevölkerung will Schmelzle lediglich auf politische Agitation zurückzuführen. Er verweist, daß in Baden sowohl wie in Württemberg mit der Errichtung von landeseigenen Finanzverwaltungen bereits begonnen worden sei. Auch in Bayern habe man bereits zweimal versucht, eine eigene Landesfinanzverwaltung einzurichten. Die Pläne sind aber bisher gescheitert. Der Zeitpunkt für die endgültige Regelung sei auch erst dann gekommen, wenn ein endgültiger Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern geschaffen worden sei. Ebenso sei notwendig, daß der dem Reichsrat und dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes vorher erledigt ist. **Die Errichtung einer bayerischen Landesfinanzverwaltung sei aber unumgänglich notwendig.**

Gegen das Steuer-Vereinheitlichungsgesetz wurden von der bayerischen Regierung verschiedene Bedenken vorgebracht, die der Reichsrat jedoch nicht beachtete.

Das Jahr 1928 schließe mit einem Fehlbetrag von 25,8 Millionen, nach dem Stande vom Ende Februar 1929 ist jedoch anzunehmen, daß der bayerische Staatshaushalt **sowohl in Einnahmen als auch in Ausgaben überschritten werde.**

Zur Staatsvereinfachung erklärte der Finanzminister, daß in der nächsten Zeit die **Aufhebung von 24 Messungsämtern** beabsichtigt sei. Damit werde sich eine Gesamteinsparung von etwa 400 000 Mark erzielen lassen.

Am 1. April sei der Termin eines endgültigen Finanzausgleiches neuerdings abgelaufen. Das bisherige Provisorium bestehe weiter, ohne daß jedoch den Ländern die bisherige Garantie einer Mindestsumme der Steuerüberweisungen gegeben wird. Der Mehrertrag, den die Reichsregierung aus den Ueberweisungssteuern erwartet, soll ausschließlich für das Reich in Anspruch genommen werden. Schmelzle machte dabei auch die Mitteilung, daß die von Hilferding beantragte Kürzung der Steuerüberweisung an die Länder für Bayern nur den geringfügigen Betrag von sieben Millionen ausmache, (der durch weitere Zugeständnisse des Sozialdemokraten Hilferding bei den Verhandlungen mit Held längst ausgeglichen ist).

Debattelos wurde darauf der Etat des Finanzministeriums genehmigt, der Landtag vertagte sich, nachdem er die Strafverfolgung des Hakenkreuzlers Stemm abgelehnt hatte, auf unbestimmte Zeit.

Staatsstreich-Pläne des Heimwehrkanzlers

Die österreichische Regierungskrise

Wien, 19. April.

Die Verhandlungen des christlich-sozialen Präsidenten des Nationalrats Dr. Gürtler mit der Opposition über die Mietzinsfrage sind wieder aufgenommen worden. Gleichzeitig gehen die Verhandlungen unter den Regierungsparteien über die Ernennung des Landeshauptmanns von Vorarlberg Dr. Ender zum Bundeskanzler weiter. Diese Ernennung ist so gut wie sicher. Ender hat bereits ein umfangreiches Programm für seine Kanzlerschaft vorgelegt, dessen Annahme er zur Vorbedingung für die Uebernahme des Amtes macht. Unter diesem Programm ist besonders bezeichnend die Wiedereinführung des außerordentlichen Kabinettsrats, der sich in der Praxis als eine zweite Kammer mit außerordentlichen Vollmachten erweist. Gleichzeitig verlangt Ender eine bedeutende Abkürzung des parlamentarischen Verfahrens, d. h. Einschränkung der Rechte und möglichste Ausschaltung des Parlaments. Trotz dieser Forderung hält man die Wahl Enders zum Bundeskanzler gesichert, da auch der Landbund und die Großdeutschen ihre Zustimmung zu dieser Kandidatur erteilt haben.

Unterdessen verharren die Sozialdemokraten in völliger Passivität. Während in den Straßen Wiens beinahe täglich von den Kommunisten organisierte Demonstrationen gegen den Heimwehrfaschismus stattfinden und in den Betrieben die Protestbewegung gegen die immer stärkere Faschisierung Oesterreichs anschwillt, verhandeln die sozialdemokratischen Führer über die Erhöhung der Mieten. Der Abbruch der Verhandlungen war lediglich ein Manöver beider Gruppen, sowohl der Regierungsparteien als auch der Sozialdemokraten, um vor der Wählerschaft bei den am Sonntag in Graz stattfindenden Gemeindewahlen nicht mit einer neuen Erhöhung der Mietpreise zu kommen. So werden die Heimwehren systematisch und zielbewußt einen immer größeren Einfluß auf die Staatsmaschine erhalten, um schließlich eines Tages offen die Regierungsgewalt zu übernehmen.

Metallarbeiterstreik bei Prag

Prag, 19. April.

Die tschechoslowakischen Metallindustriebetriebe sind seit vielen Monaten ganz außergewöhnlich scharfen Rationalisierungsmethoden unterworfen. Aus diesem Grunde kam es zu einem Streik der Arbeiter der Waffenfabrik Janecek in Pankraz bei Prag. Die Arbeiterschaft verlangte eine 15prozentige Lohnerhöhung, eine einmalige Teuerungsaushilfe für 48 Arbeitsstunden. Obwohl in der Metallindustrie und zumal in der tschechoslowakischen Waffenindustrie eine sehr gute Konjunktur herrscht und die Teuerung aller Lebensbedarfsartikel im Kleinhandel unausgesetzt wächst, hat die Betriebsverwaltung die Forderungen der Arbeiterschaft abgelehnt und ihr nur eine Teuerungsaushilfe in der Höhe des Lohnes für 20 Arbeitsstunden angeboten. Daraufhin trat die ganze Belegschaft spontan in den Streik. Ein Streikausschuß, der sofort gewählt wurde, hat die Führung des Streikkampfes übernommen. Er wurde mit weiteren Verhandlungen betraut.

Das Unternehmen hat um Polizeiassistenz angesucht und durch Anschlag den Arbeitern bekanntgegeben, daß alle, die nicht unverzüglich die Arbeit wieder aufnehmen, entlassen werden. Die Arbeiter wandten sich an die Gesamtarbeiterschaft der Prager Metallindustrie um Unterstützung und Solidarität.

60 Personen in Bukarest verhaftet

RGP. Am 15. April sollte in Bukarest im Dacia-Hause eine Arbeiterversammlung stattfinden, die von der Polizei verboten worden war. Die Versammlung wurde trotzdem abgehalten. Die Polizei drang in den Versammlungsraum ein und **verhaftete 60 Arbeiter,** meist Mitglieder der unitären Gewerkschaften, die bekanntlich vor einigen Tagen von der Regierung aufgelöst wurden.

Einige Verhaftete wurden bald wieder freigelassen, die übrigen wurden in Haft behalten. Man wirft ihnen vor, an den Zusammenstößen in Temesvar beteiligt gewesen zu sein.

Die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion

WTB. Genf, 18. April.

Die sowjetrussische Abordnung im Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz hat entsprechend der vom Präsidenten an sie gerichteten Aufforderung noch gestern Abend eine endgültige Formulierung der drei Abrüstungsgrundsätze eingereicht, über die sie im Ausschuß eine Abstimmung herbeiführen will. Die neue Fassung, die in Form eines Entschließungsentwurfes gehalten ist und über die noch Besprechungen zwischen den verschiedenen Delegationen im Gange sind, besagt:

„Mit dem Ziele, die ihm obliegende Aufgabe zu präzisieren, die in der Vorbereitung einer möglichst raschen und wirksamen Lösung der Abrüstung besteht, beschließt der Vorbereitungsausschuß der Abrüstungskonferenz:

1. Den Abkommensentwurf auf der Grundlage einer tatsächlichen Herabsetzung der gegenwärtig bestehenden bewaffneten Streitkräfte auszuarbeiten;

2. in den Abkommensentwurf eine Methode zur Herabsetzung der Rüstungen aufzunehmen, die auf dem Grundsatz der Proportionalität fußt oder auf jedem anderen Kriterium, das einen ähnlich objektiven Charakter hat und ebenfalls auf alle Staaten unter Zulassung gewisser Abweichungen zu Gunsten der kleinen und unzureichend geschützten Länder anwendbar ist;

3. in den Abkommensentwurf zahlenmäßige Koeffizienten für die Herabsetzung der Rüstungen aufzunehmen."

Nach allgemeiner Auffassung ist vom Standpunkt des Ausschusses und der Förderung der Abrüstungsarbeiten natürlich die wesentliche Frage die unter Punkt 1 aufgeworfene, ob der Ausschuß sich auf den Standpunkt stellt, daß eine fühlbare Herabsetzung der gegenwärtig vorhandenen Rüstungen erstrebt werden muß.

In der heutigen Sitzung des Abrüstungs-Ausschusses kam es zu einer erneuten Debatte über den russischen Vorschlag und einer vom Vorstandsbüro dazu vorgelegten Entschließung. In der letzteren wurde der erste Teil des russischen Antrages, der eine tatsächliche Herabsetzung der Rüstungen als das Ziel der Kommission bezeichnet, angenommen. Der zweite und dritte Punkt des russischen Antrages, der eine gleichmäßige Herabsetzung der Rüstungen von allen Staaten vorsieht, wurde mit diplomatischen Redewendungen abgelehnt.

Bei der Diskussion über diese Anträge wies Genosse Litwinow auf diesen Widerspruch hin, während der deutsche Delegierte Graf Bernstorff seine Zustimmung zu der Entschließung des Vorstandsbüros damit rechtfertigte, daß er erklärte, daß diese nicht in direktem Gegensatz zu dem Antrag der Sowjet-Union stehe. Nach der Diskussion erklärte der Präsident die Entschließung des Vorstandes für angenommen. Der sowjetrussische Teilabrüstungsvorschlag wird danach als Anlage zu dem eigentlichen Abrüstungsentwurf des Ausschusses an die Abrüstungskonferenz weitergeleitet werden.

*

Ein fabelhaftes Feuerwerk, das da die Imperialisten wieder einmal loslassen. **Abrüstung „im Prinzip" angenommen — und im Konkreten abgelehnt!** Die Herren haben gelernt von den deutschen Sozialdemokraten, die am 9-Stundentag auch immer „grundsätzlich" festhalten — um in der Praxis den 10-Stundentag durchzuführen. Durch die Entschließung des Abrüstungsausschusses wird natürlich nicht eine Kanone abgerüstet werden. Das ist lediglich Blendwerk für die breiten Massen der Arbeiter, die Sturm gegen die neuen Kriegsrüstungen laufen.

Wiener Jungarbeiterschaft demonstriert trotz Verbots

Blutige Polizeiattacken / Autoarbeiter bleiben solidarisch

Wien, 19. April.

Trotz des Verbots des Wiener Polizeipräsidenten marschierte die Arbeiterjugend Wiens unter der Führung des kommunistischen Jugendverbandes in einer machtvollen Demonstration auf gegen die wirtschaftliche Verelendung der Jungarbeiter und gegen den Faschismus. Die Polizei provozierte die zum Schülerrätekongreß geschlossen marschierenden Jungarbeiter und machte einige Verhaftungen, mußte sich aber vor der Erbitterung der sich sammelnden Arbeiterschaft in das Polizeikommissariat zurückziehen. Nach herbeigeholte Verstärkungen hieben in brutalster Weise wahllos auf die Arbeiter ein. Trotzdem sammelten sich die Jungarbeiter nach Schluß des Kongresses wiederum zu einem Demonstrationszug, der von der Arbeiterschaft mit Begeisterung begrüßt wurde. Alle Versuche der Reformisten, den in Teilkämpfe der verschiedenen Betriebe aufgelösten Autoarbeiterstreik zu brechen, sind an der Solidarität und dem Kampfwillen der Arbeiterschaft, die fest hinter der KPDe. steht, gescheitert.

Die schändlichen Angebote der Unternehmer auf Lohnerhöhungen für eine ganz geringe Schicht von Arbeitern wurde entrüstet zurückgewiesen. Vertreter der streikenden Arbeiterschaft aus einem Betrieb treten in den Streikversammlungen der anderen Betriebe auf und werden begeistert empfangen.

Die ungeheure Entrüstung der Arbeiter über den Verrat der Sozialdemokratie am Mieterschutzgesetz und ihre Zustimmung zur Mietzinserhöhung bricht immer offener durch. Sogar die von der Sozialdemokratie als Ablenkungsmanöver einberufene Versammlung der Wiener Hausvertrauensmänner nahm einen stürmischen Verlauf. Sozialdemokratische Arbeiter protestierten heftig gegen den Verrat der SPDe.

Die KPDe. organisiert Demonstrationen auf der Straße und in den Betrieben zum Kampf gegen den Sozialfaschismus. Im Mittelpunkt der Kampagne steht die Agitation für den am Sonntag stattfindenden Antifaschistenkongreß.

Ausschluß der tschechoslowakischen Renegaten

Moskau, 19. April.

Das Vollzugsbüro der RGJ. beschloß, die Instruktoren und Organisatoren der Spaltung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei Josef Hais, Halik, Nadvornik, Sykora und Arno Hais aus den Reihen der RGJ. auszuschließen. Die Entschließung weist darauf hin, daß die Handlungen der ausgeschlossenen das Ziel verfolgen, die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei zu desorganisieren, ihre Kampffähigkeit gegenüber der Einheitsfront der Kapitalisten und Reformisten zu schwächen. Die ausgeschlossene Gruppe trägt klar ausgeprägten reformistischen Charakter. Ihre Ideologie und Praxis stehen im Gegensatz zu dem 4. RGJ.-Kongreß und zu den Traditionen der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Einbruch afghanischer Banden in die Sowjet-Union

WTB. Moskau, 19. April.

Nach Meldungen aus Djuschambe, der Hauptstadt des autonomen Rätestaates Tadschikien, überschritt eine afghanische Bande am 13. ds. Mts. die Sowjetgrenze, besetzte die Stadt Kala-i-Chum (176 Kilom. südöstlich von Djuschambe) und begann auf Tabidar (40 Kilom. nordwestl. von Kla-i-hum) vorzurücken.

Am 15. ds. Mts. unternahm eine andere afghanische Bande einen Ueberfall in der Gegend von Wantsch, verübte Gewalttätigkeiten und Plünderungen und kehrte dann wieder nach Afghanistan zurück. Maßnahmen zur Unterdrückung der Banden sind getroffen.

WTB. Simla, 19. April.

König Aman Ullah hat die Stadt Ghazni ohne Widerstand besetzt.

Erfolge Aman Ullahs

WTB. London, 19. April.

Reuter berichtet aus Peschawar: Schwere Kämpfe haben, wie gemeldet wird, vor zwei Tagen in dem Schech-Abad-Tal zwischen den Wardaks und den Streitkräften Habib Ullahs stattgefunden. Eine Anzahl von Verwundeten sind in Kabul eingetroffen.

Aman Ullahs Truppen sind bereits schon am 13. in Nani gemeldet worden. Die Streitkräfte Habib Ullahs sind in Ghanzhi zusammengezogen worden und schlossen sich dort mit den Tadschiks und Ghilzais zusammen. In Kabul ist ein Schreiben Nadir Khans an Habib Ullah veröffentlicht worden, in dem dieser dem Räuberhauptmann Habib Ullah Pardon anbietet, falls Habib Ullah sich ergibt.

Vom weißen Kreuz zur Roten Fahne

Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse

Von Max Hölz

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50
(Nachdruck verboten)

12

Unter den vielen Hunderten von abgearbeiteten Frauen kam eines Tages eine alte, vergrämte Mutter, deren sechsundzwanzigjähriger Sohn für den sie etwas erbat, seit einem Jahr an „Hungertyphus" (Storbut) darniederlag; sie wurde aufgefordert, am nächsten Tag bei der Verteilung da zu sein. Zur festgesetzten Stunde erschien sie im Rathaus und sagte unter tiefer Bewegung, daß es zu spät sei, ihrem Sohn zu helfen, er sei am Vormittag gestorben.

In einer Sitzung des Arbeitslosenrates erschien **ein Blinder, der seinen kümmerlichen Unterhalt mit Korbflechten verdiente, und bat um ein Darlehen von tausend Mark, um sich Weiden für seine Arbeit kaufen zu können. Ich sandte sofort ein Mitglied des Vollzugsrats zu einem steinreichen Großhändler, dem die Unmassen seines Geldes große Sorgen bereiteten, ließ ihn holen und forderte ihn auf, dem Blinden das Gewünschte zu geben; der arme Reiche erklärte sich dazu bereit.**

Bei einer großen Versammlung in Treuen kam ein alter Tagelöhner auf die Bühne und brachte stotternd und ungeschickt ein Anliegen vor. Er arbeitete seit vierzig Jahren bei dem Rittergutsbesitzer in Pfaffengrün. Auch sein Sohn war dort beschäftigt. Sie erhielten einen Stundenlohn von fünfzig Pfennigen. Das waren fünfundzwanzig Friedenspfennige. Der alte Mann hatte seinen Arbeitgeber gebeten, ihm eine Zulage zu gewähren, da er mit dem Gelde weder leben noch sterben könne. Da hätte der Rittergutsbesitzer geantwortet: „Geht zu Hölz und laßt euch von ihm etwas geben."

Ich schrieb dem Rittergutsbesitzer noch am selben Abend, er habe unverzüglich zehntausend Mark an den Boten auszuhändigen, damit wir seinen Taglöhnern eine Lohnzulage gewähren könnten; sollte er unseren Wunsch nicht erfüllen, so würden wir ihm die Pferde aus dem Stall ziehen, sie verkaufen und den Erlös seinen Arbeitern geben. Das Geld wurde pünktlich abgeliefert.

Zu einer Zeit, als in Falkenstein schon seit mehreren Monaten keine Kartoffeln mehr zu bekommen waren, kam ein Kraftfahrer zu mir und berichtete, daß in Grünbach — von Falkenstein eine halbe Stunde entfernt — durch die Gemeinde große Mengen Kartoffeln verkauft würden. Ich hielt die Nachricht nicht für wahr und fuhr selbst nach Grünbach zum Gemeindevorstand. Er verkaufte mir zwei Waggons Kartoffeln und sagte, eine Stunde früher hätter er mir noch fünfundzwanzigtausend Zentner geben können, die er nun anderweitig verkauft habe; er verfüge über gute Beziehungen und habe dem Bürgermeister von Falkenstein schon des öfteren große Mengen von Lebensmitteln angeboten: Erbsen, Haferflocken, Speck, Kartoffeln usw. Doch der habe diese Angebote regelmäßig abgelehnt.

Der Gemeindevorstand bestellte auf meine Anweisung telegraphisch für eine Million Mark Lebensmittel für Falkenstein und andere Orte des Vogtlandes.

Um die Bezahlung sicherzustellen, forderte ich die Kapitalisten der einzelnen Orte auf, den finanziell schwachen Gemeinden Kredite zu gewähren. Die Gemeinden sollten die Lebensmittel in eigener Regie zu niedrigen Preisen an die Bevölkerung abgeben.

Durch den Einmarsch der Regierungstruppen wurde diese Absicht vereitelt. Die Zusammenarbeit mit den behördlichen Organen gefiel weder dem Bürgermeister, noch den beiden Führern der USPD. Storl und Pöhlmann; denn die praktischen Erfolge, die der hauptsächlich aus Kommunisten bestehende Arbeitslosenrat für die Arbeiter und Arbeitslosen erzielte, verschafften der kommunistischen Idee in der Stadt und Umgebung viele Anhänger.

Den Bemühungen der Storl-Pöhlmann und des Bürgermeisters gelang es, bei der sozialdemokratischen Regierung in Dresden durchzusetzen, daß erneut Militär nach Falkenstein beordert wurde. Diesmal sollte der Arbeitslosenrat unter allen Umständen aufgelöst und verhaftet und vor allem ich in sicheren Gewahrsam gebracht werden. Der Bürgermeister erklärte wiederholt, die Leute ertrügen ihre Not viel geduldiger, wenn ich sie nicht immer wieder aufputschte.

Am Dienstag, den 3. Juni ,nachts zwei Uhr, rückte ein Regiment Jäger unter Führung eines Oberst Berger in Falkenstein ein und nahm sofort bei Genossen und Arbeitern Haussuchungen vor.

Das Haus, in dem ich wohnte, wurde von hundert Mann mit Gewehren und Handgranaten unter dem Vorwand gestürmt, es sei vom Dach aus auf die Soldaten geschossen worden. Dabei befand sich weder in diesem Hause eine Waffe, noch hatten die Arbeitslosen und Arbeiter überhaupt Waffen. Rasles Jäger eröffneten ein drei- bis vierstündiges Gewehrfeuer nach dem Schornstein des Hauses und warfen Handgranaten in den Garten. Der Offizier schrie: „Der Kerl muß vernichtet werden, und wenn die ganze Bude in die Luft geht!" Ich war nicht im Haus, da mein ausgezeichnet arbeitender „Nachrichtendienst" mich rechtzeitig gewarnt hatte. Von der Höhe des Mühlberges aus beobachtete ich das rührige Treiben der Regierungstruppen.

Obwohl das Militär mehrere Wochen in Falkenstein blieb und kein Haus und keinen Schrank unduchsucht ließ, wurde ich nicht entdeckt. Zuletzt kam man auf die verzweifeltsten Einfälle:

So wurde eines Tages auf der Ellefelder Straße eine Hochzeitskutsche mit allen Insassen verhaftet; eine Patrouille von fünfzehn Mann stürzte sich auf die Braut und den Kutscher und behauptete, die Braut sei ich u[nd] der Kutscher mein „Adjutant" Gruner.

Diese und ähnliche Mißgriffe hatten das Militär schon so lächerlich gemacht, daß die Gassenbuben den vorübergehenden Soldaten zuriefen: „Sucht ihn den Hölz, ich hab' ihn hier in der Tasche."

Es wäre mir unerträglich gewesen, in diesen Wochen untätig zu Hause zu sitzen, nur um mich vor meinen Verfolgern zu verbergen. Ich wollte für die Bewegung arbeiten. Deshalb sprach ich unter anderem Namen in den umliegenden Ortschaften in öffentlichen und Mitgliederversammlungen. Mein Auftauchen bedeutete jedesmal eine Blamage für das Militär, das mich stets „beinahe erwischte". Eines Tages im Juni sollte ich zu einer Parteikonferenz nach Chemnitz. Mein Quartier befand sich in Auerbach bei Falkenstein. Ich mußte, um nach Chemnitz zu kommen, unbedingt den Zug benutzen. Der Zug, der von Falkenstein kam, war voll Militär. Es war die abgelöste Truppe, die nach Zwickau fuhr. Ich geriet in eine schwierige, fast hoffnungslose Situation und glaubte nicht, daß ich diesmal wieder entkommen könne.

In Zwickau, wo das Militär den Zug verließ, mußte ich umsteigen. Ich stand auf dem Bahnsteig inmitten der Soldaten. Zivilpersonen, die mit ausstiegen und mich persönlich kannten, glaubten bestimmt, ich sei verhaftet worden. Nur die Soldaten wußten nicht, daß der Hölz, den sie seit Wochen suchten, sich mitten unter ihnen befand. Die Gefahr ging vorüber, ich schwenkte an einer geeigneten Stelle nach links ab, und das Militär trottete ruhig dem Ausgang zu.

(Fortsetzung folgt.)

A. Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in München und Ingolstadt

München-Zentrum

Es hat sich herumgesprochen Cinks Damen-Konfektion ist die billigste! — **Damen-Konfektion Cink** — Gärtnerplatz München — 56771

Nackte TATSACHE! Die billigsten und dauerhaftesten **Schuhe** kaufen Sie bei **Eugen Diegel, am Stachus** und Filiale: München, Neuhauserstr. 30 — 56863

Nähmaschinen für Haushalt, Industrie, Handwerk — Kostenlose Nähanleitung — Zahlungserleichterung

„Deutsche Nähmaschinen" Vertriebsaktiengesellschaft

München, Gärtnerplatz	— Telefon:	297 616
Nürnberg, Ludwigstr. 51	— Telefon:	25 827
Fürth, Kohlenmarktecke	— Telefon:	73 112
Augsburg, Karolinenstr. D 67	Telefon:	1 952
Ulm a. D., Bockgasse 12	— Telefon:	2 031
Regensburg, Wahlenstr. 4	— Telefon:	2 407
Ingolstadt, Harderstr. 19	— Telefon:	210

56863

J. Zeller Feinbäckerei und Conditorei **Jahnstr. 27** Tel. 27130 — 56822

Café Bauer täglich abends 8 Uhr **Künstlerkonzert** Angenehmer Familienaufenthalt **Müllerstr. 54** — 56867

KARL LEUTE Spezialgeschäft in **Holzwaren für Haus und Küche** 56870 Altes Rathaus und Rumfordstr. 15

56815 Kaufen Sie Ihre **Hüte** bei **Griner, Müllerstr. 31** Spezialität: in Herren-Velour hüten von Mk. 14.50 an, riesige Auswahl. Filzhüte von Mk. 10.50, Mk. 4.50. Mützen in allen Preislagen, stets Neuheiten von Mk. 1.90 an.

Möbel-Storz München, Tal 24 — 56816

Schokoladen, Kaffee, Tee alle süßen Sachen nur von der **Süßen Quelle,** Rumfordstraße 22 — 56868

Max Saffer Frauenhoferstr. 8 — **Billigste Einkaufsquelle** für **Kolonialwaren** — Max Löwenthal, Augustenstr. 4 — 56869 **Moderne Korsetts** Strumpfwaren - Unterkleidung — 56843

Spezialhaus für **Opel-Räder** — Günstigste Preise u. Zahlungsbedingungen. Stets Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Rädern — **Opel-Fahrrad-Vertrieb, Eugen Hiedermayr** München, Bayerstr. 69, am Holzkirchner Bahnhof — 56851

Farbenfabrikniederlage F. P. Hartl Landsberger Str. 78 — **Farben, Lacke, Pinsel etc.** Abg. von Kalk, Gips, Cement 57789 Dachpappe etc.

Feine Fleisch- und Wurstwaren Ludwig Kallmünzer 56864 **Westermühlstr. 15**

Führendes Spezialhaus am Platze **Sonnenstr. 27** gegenüber d. prot. Kirche — **Max Hieber, München** — **Marienplatz Nr. 18** — Musikalien Theaterkarten — **Elektrola-Schallplatten** — 56814

Fleischhandelsgesellschaft m. b. H. - München — Verkaufsstellen nur: Viktualienmarkt 7 (hinter der Nordseefischhalle) Viktualienmarkt 13 (neben Kustermann) Färbergraben 35 (gegenüber Knagge & Peltz) Reichenbachstraße 21 (gegenüber Gärtnertheater) — 56767

Kaufhaus Gebr. List Reichenbachstr. 47 — **Unsere bekannt guten Qualitäten** 56859 zu niedrigsten Preisen

Ochsen-, Kalb- u. Schweinemetzgerei Peter Mayer, Zweibrücken Straße 11 — 56848

Schuhreparaturen schnell und billig **Schuhinstandsetzungs-Fabrik HANSA** Tal 17 / Augustenstr. 24 — 56817

Karl Mohr Reichenbachstr. 41 **Spezialhaus sämtlich. elektr. Bedarfsartikel** — 56860

Farben Lacke Pinsel Schablonen R. Wagner Reichenbachstr. 45 — 56768

Ph. Reinhard Müllerstr. 36 **Radio-Bedarf** — 56866

G. JAKOBUS Dachauer Str. 9 — 56789 Spezialgeschäft Wäsche — Trikotagen — Strümpfe

Josef Rauscher, Tal 58 Sämtl. Musik-Instrumente 56818 Reparatur-Werkstatt

Photo-Scheithauer Entwickeln - Kopieren - Vergrößern Apparate auf Teilzahlung Westermühlstr. 8 - Tel.: 20464 — 56865

Emelka - Filmpalast Blumenstr. 29 - Müllerstr. 32 **Das Haus der guten Filme** Jed. Donnerstag Programmwechsel

Billigste Einkaufsquelle 56871 sämtlicher Lebensmittel — Altlebensmittelfirma **Heinrich Bosert** Kolonialwaren — Landesprodukte Rumfordstr. 11a, nächst Reichenbachplatz u. Viktualien-Markt - Tel. 25297

Gebr. E. & J. Marx Kaufinger Str. 14 — Kaufen Sie fertige Herrenkleidung nur bei der Firma Marx, Kaufinger Str. 14 — ***Wir bedienen Sie gut und billig.*** — 56857

Kolosseum täglich ab 8 Uhr Auftreten erster Künstler **Bierhalle** Samstag und Sonntag **Doppel-Konzert mit Komiker-Vorstellung** i. Seitengeb. TANZ Ausschank der ganz vorzüglichen Spatenbiere — 56828

Möbelhaus A. Weichhart liefert Möbel aller Art zu niedrigen Preisen auf Teilzahlung — Reichenbachstr. 5-7 — 56764

PHOEBUS-PALAST 2200 SITZPLÄTZE - PREISE 1-3 MK. — SONNENSTR. 8 TEL. 57710, 51510 — TRAMBAHNLINIEN 2, 7, 16, 20 — ERSTKLASSIGE DARBIETUNGEN IN **FILM u. MUSIK** — 56813

München-Ost

Kaufhaus Pappenheimer 56855 Weißenburgerplatz — **Bekannt niedrige Preise!** — **Spezialhaus für Liköre u. Weine** E. Prester - Weißenburger Str. 43 — 56786

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei Otto Steinmayer Emmererstr. 1 — 56846

Empfehle zu den niedrigsten Tagespreisen: **Prima frisches Ochsen-, Rind-, Kalb- und Schweinefleisch** 56904 **ff. Wurstwaren** **Michael Prenninger,** Metzgermstr. Weißenburger Platz 3

München-West

Drogerie Ludwig Hezel Inh. Wilh. Sambammer Drogen — Farben — Verbandstoffe 56792 Kolonialwaren Schwanthaler Str. 142 / Fernruf 56292

München-Süd

Wilhelm Bernbacher ✱ Bäckerei ✱ Conditorei **Lindwurmstraße 143** — 56820

Aug. Müller Bäckerei und Conditorei 56825 Auenstr. 29

Anna Stöhr Damenkonfektion **Kleider — Blusen — Mäntel** 56830 Strickwaren **Günstige Preise** Thalkirchnerstr. 90, Eing. Kapuzinerstr

Kolonialwaren - Obst - Gemüse Karl Trost 56823 Am Glockenbach 6

L. Empfenzeder, Lindwurmstr. 13 Spezialgeschäft für Bruchbänder, Leibbinden 56819 u. Sanitäre Artikel Lieferant aller Krankenkassen

Aeskulap-Drogerie - Parfümerie **Josef Aufschnaiter** 568 1 Fäberlstraße 20

Fr. Wegele, Isartalstr. 20 Fahrradhandlung Reparaturwerkstätte 56847 **Nähmaschinen** Sprechapparate Mitgl. von „Solidarität" e. G. m. b. H. Zedatt

Photo-Artikel u. Hausbedarf **Salvator-Drogerie** 56821 Lindwurmstraße 44

Arbeiter - Angestellte - Beamte decken ihren Bedarf an Qualitätsschuhwaren von Arbeitsschuhen bis zum Luxusschuh in großer Auswahl nur in dem Fabrikschuhwarenlager von **Josef Weilbach, Roecklplatz 8** direkte Haltestelle der Linie 30 — 56829

Rosenheim

Auerbräu A. G. Rosenheim 56890 — Vorzügliche dunkle und helle Lagerbiere — I a Spezialbiere Tel. 17 u. 357

Reserviert

Augsburg-Ingolstadt

Bruchleidenden empfehle ich das seit fast 60 Jahren überall bekannte, altbewährte u. von vielen Aerzten lobend anerkannte **Hans Opel, Bruchband ohne Feder** für Leisten-, Schenkel- u. Hodenbrüche, bei schwerster Arbeit leicht u. bequem tragbar. Tausende mit bestem Erfolg im Gebrauch. Leibbinden für Nabel- u. Bauchbrüche. Suspensorien, Vorfallbandagen. Kein Ring. Kein Kegel! (Viele Dankschreiben von Frauen!) Bruchbänder für Kinder in jedem Alter. Prospekte zu Diensten. Geschäftsgründung 1873 **Hans Opel** Geschäftsgründung 1873 Bandagen-Spezialgeschäft **München, nur Baldestr. 1, Linie 12, 17, 30.** Die Opel'sche Bruchsalbe ist erhältlich in der Löwen- und Schützen-Apotheke, München. Diskreter Versand. — 56824

München-Nord

Berg Osk. - Türkenstr. 31 bekannt für billigsten Einkauf von **Fahrrädern** — Nähmaschinen — Sprechapparaten und Schallplatten — 56791 **Bequeme Teilzahlung** Anzahlung von Mk. 10.— an / Wochenraten Mk. 3.—

Ankauf von Altpapier, Lumpen Flaschen Alteisen u. Metall — Autogummi — **Duschl, Jos.** Gabelsberger Str. 85 56852 Tel. 55336

Schindler & Co., Photohaus 56790 München, Türkenstr. 20 **Sämtliche photogr. Bedarfsartikel / Kameras etc.** Saubere Ausführung sämtl. Amateurarbeiten

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei Hubert Enzinger 56788 Schleißheimer Str. 47

MARMORHAUS Leopoldstr. 35 - Tel. 31759 Ecke Hohenzollernstr. — ***Das Theater der guten Filme!*** Wochentags ab 4 Uhr Sonntags ab 2 Uhr — 56772

Photo-Kinner Leopoldstr. 60 Photo-Apparate u. Bedarfsartikel 56849 Alle Amateurarbeiten

Dampfmolkerei Schwabing Tel. 33557 Leopoldstr. 59 56773 Verkaufsstellen Leopoldstr. 48 Augustenstr. 76 Ungerstr. 56 Kölnerplatz 8 empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei, sämtl. Wurstwaren Xaver Biersack 56847 Hohenzollernstr. 21

Ludwig Bauer, Gabelsbergerstr. 81 56850 empfiehlt sich in **Prima Mastochsen Kalb- und Schweinefleisch**

Reserviert

Kaufhaus R. Glückmann Gegründet 1887 **Augustenstr. Ecke Steinheilstr.** Gegründet 1887 — **Altbekanntes Spezialhaus für Kleider und Wäschestoffe,** - Gardinen - Herren- und Damenwäsche - Strümpfe - Socken - Kragen - Krawatten 56863 - Strickwaren - Kurzwaren — Spezialabteilungen. Kinder- u. Damen-Konfektion - Bleyle-Kleidung

Ferd. Schweizer Nachfg. D. Ascher — Das führende Haus für **Stoffe und Damenbekleidung** — Ludwigstr.

E. M. Schwarz Spezialgeschäft

Haus- und Küchengeräte Oefen und Herde 56895 kaufen Sie am günstigsten bei **Georg Stahl, Donaustr.**

Dampfwäscherei „Edelweiss" 56894 Ludwigstraße 22

N. Gutmann Manufaktur und Modewaren 56890 ***Moritzstr. 13*** *Das Haus der guten Stoffe*

Reserviert

Schuhhaus Friedmann Ludwigstr. 10 Erstklassige Qualität Niedrige Preise — 56901

Holzer & Neumeier Milchstr. Manufakturwaren 56894 Betten u. Aussteuerartikel

Damenmodehaus Theodor Ritter Am Bach 23 — Damenhüte - Damenkonfektion - Pelze — 56892

J. K. Neumayer's Nachf. Inh. Ulrich & Meier 56900 Am Stein 12 Das Spezialgeschäft für Jedermann

Gewerkschaftshaus Eselbräustr. 2 Spezialausschank der Schäffbrauerei hell und dunkel, sowie Exportbier eigene Schlächterei **billiger Mittagstisch** 56892 Pächter Betty und Hans Hauner

Kaufhaus Günther 56897 **Ludwigstr. 3** **Manufakturwaren, Aussteuerartikel** Kleiderstoffe, Damenputz

F.J.M. Rehse München

Neue Zeitung

Einzelpreis 15 Pfg.

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft"

Nr. 99 | „Neue Zeitung" erscheint tägl. Verantwortl. für Redaktion Alb. Buchmann, für Anzeigen G. Epple, Verleger: Freier Verlag G.m.b.H. Druck: Basabarendruck G.m.b.H. alle in München, Nymphenburgerstr. 32. Telefon 50463. Postscheckkonto: Freier Verlag Nr. 4726 | Montag, 29. April 1929 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.50 Mk. ohne Zustellgebühr durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. — Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 15 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif | 12. Jahrg.

Heraus zur roten Maidemonstration!

Bayerische Arbeiter und Arbeiterinnen, demonstriert am

1. Mai

unter den roten Fahnen des revolut. Proletariats!

gegen imperialistische Kriegsgefahr und Versklavung!

für Verteidigung der Sowjetunion!

für eine rote Arbeiter- und Bauernregierung!

Für die 44 Stunden-Woche / Für höheren Lohn / Für Arbeit und Brot / Für Versammlungs- u. Demonstrationsfreiheit / Gegen das KPD.- und RFB.-Verbot / Gegen Wirtschafts-Demokratie und Arbeitsgemeinschaft / Tod dem Faschismus / Hinein in die Freien Gewerkschaften / Nieder mit den reformistischen Spaltern / Nieder mit den Sozialimperialisten / Kampf den Paragraphen 218/219

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Erde vereinigt Euch

Aufmarschplan für München:

Die klassenbewußte Münchener Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei marschiert auf zur

zentralen Kundgebung am Valleyplatz

Genosse Albert Buchmann, M. d. R., spricht über: „Der 1. Mai und das Proletariat"

Zentraler Sammelpunkt:

Frühlingstraße, Ecke Sommerstraße.

Abmarsch: Frühlingstraße 10 Uhr früh

über Wittelsbacherbrücke, Kapuziner-, Tumblinger-, Oberländer-, Adelestraße zum Valleyplatz.

Aufmarschplan der Bezirke

Um 8 Uhr morgens sammeln:

Haidhausen: Sammellokal „Lothringer Bierhalle", Lothringerstraße. Abmarsch zum Zentralsammelplatz um 8,45 Uhr über Lothringerstr., Weißenburger-, Franziskanerstr., Regerplatz, Regerstr., Tegernseerlandstr., Rotherberg, Entenbachstr., Schlotthauerstr. zur Frühlingstr.

Ober- und Untergiesing: Sammellokal „Falkenwand", Falkenstraße. Abmarsch 9 Uhr über Falkenstr., Dollmannstr., Humboldstr., Sommerstr. zur Frühlingstr.

Nord: Sammellokal „Ludwigshof", Theresienstr. 128. Abmarsch 8,45 Uhr über Theresienstr., Schleißheimerstr., Seidlstr., Paul Heysestr., Lessingstr., Goetheplatz, Häberlstr., Kapuzinerplatz, Wittelsbacherbrücke, Sommerstr., Humboldstr., Frühlingstr.

Untersendling: Sammellokal „Frühlingsburg", Daiserstr. Abmarsch 8,45 Uhr über Daiserstr., Oberländerstr., Tumblingerstr., Kapuzinerstr., Wittelsbacherbrücke, Humboldstraße, Sommerstr., Frühlingstr.

Um 7,30 Uhr sammeln die Bezirke:

Neuhausen: Hindenburgallee, Kinderspielplatz. Abmarsch 8,30 Uhr über Hindenburgstr., Nymphenburgerstr., Seidlstr., Paul Heysestr., Herzog Heinrichstr., Kapuzinerstr., Wittelsbacherbrücke, Humboldstr., Sommerstr. zur Frühlingstraße.

Schwabing: Sammellokal „Schwabingerbrauerei". Abmarsch um 8,15 Uhr über Herzogstr., Hiltensbergerstr., Georgenstr., Theresienstr. 128. Von dort Anschluß an den Zug von Nord, gemeinsamer Abmarsch zum Zentralsammelpunkt

Westend: Sammellokal „Hohenburg", Ecke Gasthofer- und Gollierstr. Abmarsch um 8,30 Uhr über Gollierstr., Theresienhöhe, Landsbergerstr., Goethestr., Goetheplatz, Hebelstr., Kapuzinerstr., Humboldstr., Sommerstr., Frühlingstr.

Obersendling: Sammellokal „Zur Untersahrt", Boschetsriederstr. Abmarsch um 8,15 Uhr über Boschetsriederstr., Schäftlarnstr., Brudermühlstr., Implerstr., Valleystr., Daiserstr. Von dort mit dem Zug von Untersendling gemeinsamer Marsch zum Zentralsammelpunkt.

Aufmarschplan für Augsburg:

Um 10 Uhr Massen-Kundgebungen im Saalbau Herrle / Referent: Gen. Ernst Torgler, M. d. R., Berlin

Morgens 6 Uhr Weckruf durch die Schalmeien-Kapelle und des Spielmannszuges des Roten Frontkämpferbundes;

Um 9 Uhr Sammlung in folgenden Stadtteilen:

Stadtteil I (Wertachvorstädte einschließlich Kriegshaber) sowie die Abt. I des RFB. Ecke Schöppler- und Ulmerstraße.

Stadtteil II Jakobvorstadt mit Lechviertel und obere Stadt sowie die Abt. II des RFB. an der Jakoberkirche.

Stadtteil III Lechhausen und die Abteilung III des RFB. an der Radetzky-Neuburgerstraße. Die Teilnehmer müssen so rechtzeitig abmarschieren, daß sie um 9 Uhr an der Jakoberkirche sind.

Stadtteil IV Persee an der Bemberg-Fabrik.

Der Abmarsch von den einzelnen Stadtteilen muß so rechtzeitig erfolgen, daß alles um 9.15 Uhr am Stadttheater ist.

Anschließend an die Massenkundgebung Demonstration durch die Kaiserstraße, Königsplatz, Bürgermeister-Fischerstraße, Moritzplatz, untere Maximilianstraße, Karolinen-Frauentorstraße, mittleres Kreuz, Lange Gasse, Wertachbruckertor, Senkelbach, Wolfgangstraße, Emillenstraße, innere Uferstraße, Wertachbrücke, Donauwörtherstraße, Schloßle Neuhäuserstraße, quer Ulmerstraße, Grafstraße, Brauderstraße, Schöpplerstraße zum kl. Exerzierplatz dortselbst Auflösung der Demonstration.

Nachmittags 3 Uhr allgemeiner Kirchen-Austritt!

im Rathaus. Jede klassenbewußte Arbeiterin, (Arbeiterfrau) jeder klassenbewußte Arbeiter benützt den 1. Mai um sich aus der Liste der katholische Religionsgemeinschaft streichen zu lassen.

Abends 7 Uhr im Saalbau „Herrle" große Abschlußveranstaltung mit reichhaltigem Programm

Münchens Proletariat demonstriert

Am 1. Mai unter roten Fahnen

Der 1. Mai, er wird in diesem Jahre in München wirklich ein Tag des revolutionären Proletariats sein. Zum ersten Male seit Monaten wiederum marschiert die Münchener revolutionäre Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei, unter revolutionären Losungen und roten Fahnen durch die Arbeiterviertel um am Weltfeiertag der Bourgeoisie ihre Macht zu demonstrieren und für ihr Endziel zu kämpfen.

Die 1. Mai-Demonstration in München, die in diesem Jahr zum erstenmal durch die Kommunistische Partei und völlig losgelöst von dem schwarz-rot-goldenen Zug der Koalitionsschande der Gewerkschaftsführer, durchgeführt wird, sie ist in zweifacher Beziehung ein Erfolg auf den die gesamte Münchener revolutionäre Arbeiterschaft stolz sein kann.

Immer schon war die Beteiligung der Kommunisten an dem Mai-Aufmarsch der Gewerkschaften den gelben Führern der Gewerkschaftsverbände ein Dorn im Auge. Kein Mittel ließen sie unversucht um diese Beteiligung nach Möglichkeit zu hindern. **Trotzdem die Führer des ADGB. die Schieser und Konsorten in diesem Jahre schon seit Wochen wußten, daß die Kommunisten ihre Demonstration völlig getrennt von den Reformisten durchführen werden, brachten sie es dennoch fertig in der gemeinsten und verwerflichsten Weise sich vorsorglich die Hilfe der Stützelpolizei zu sichern, um ja die Gewißheit zu haben, daß keine revolutionäre Losung ihrem Schandzug auch nur den Schein revolutionärer Forderungen geben könnte.**

Am liebsten hätten es die Schieser und Konsorten gesehen, wenn [illegible] vorgekommen wäre, wie [illegible] in Berlin der revolutionären [illegible] Arbeiterschaft am 1. Mai die Straße hätten überlassen müssen. [illegible] hat es von seiten [illegible] führer — das haben unsere Berl[illegible] der Polizeidirektion eindeutig bew[illegible] gefehlt.

Im Auftrage der Münchener Gewerkschaftsführer verbot die Polizei die Ansetzung des kommunistischen Zentralsammelplatzes an der Stelle, an der auch die Gewerkschaften sammeln, oder auch nur in der Nähe desselben. Das genügte Schieser jedoch noch nicht. Die kommunistische [illegible] die in ihrem Aufmarsch, durch die Zahl der Füh-

Erster Mai!

Erster Mai!
In Paris, Berlin, Schanghai.
Weltball dröhnt von einem Schritt
Millionen schreiten mit:
Schritt der Revolution!

Erster Mai!
Knüppel, Kerker, Verräterei,
Dämmen nicht Millionensturmflut,
Fahnen, Fäuste, rotes Herzblut:
Für die Revolution!

Erster Mai!
Sklaven brecht die Tyrannei!
Mann an Mann für die Kommune!
Massenkampfruf: Hoch Lenin!
Revolution!

Carolus.

---

uen und die mitgetragenen Transparente, durch die Disziplviertheit und das zielbewußte Auftreten der Demonstranten **zweifellos den Zug der schwarz-rot-goldenen Koalitionsbrüder weit in den Schatten stellen wird**, darf selbstverständlich — um den Gegensatz nicht augenfällig den noch nicht in der revolutionären Front stehenden Arbeitern aufzuzeigen — auch nicht auf Straßenweite in die Nähe des Demonstrationszugs der Gewerkschaften kommen.

Unter dem Druck der Androhung eines völligen Verbotes der kommunistischen 1. Maidemonstration brachte die vereinigte Front der Gewerkschaftsführer und der Polizeifaschisten es fertig, die beiden Demonstrationen durch weit von einander abgelegene Straßen auf getrennte Demonstrationsplätze zu dirigieren. Dabei zeigte sich das Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaftsführern und der Ettstraße neuerdings in deutlichster Form. Nachdem der kommunistische Demonstrationszug genehmigt und die Straßen hierfür bereits festgelegt waren, fiel es den Gewerkschaften plötzlich ein den Weg ihres Demonstrationszuges zu ändern. Prompt erklärte daraufhin die Polizei, daß die Kommunisten ihren bereits genehmigten Weg neuerdings abändern müßten.

Gelbe Gewerkschaftsführer und Polizeifaschisten aber durften es trotz ihrer gemeinsamen Front nicht wagen die kommunistische Demonstration in München überhaupt und völlig zu verbieten. **Unter dem Einfluß der steigenden Erregung der Münchener Arbeiterschaft, der scharfen Kampfstellung auch gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer konnte es der Münchener faschistische Polizeipräsident, der bisher alle Demonstrationen der KPD. des RFB. und anderer revolutionären Organisationen grundsätzlich verboten hatte, nicht wagen, den diesjährigen Aufmarsch der Kommunistischen Partei zu verbieten.**

Der Erfolg, den die Münchener Arbeiterschaft damit erzielt hat, ist nicht nur ein Erfolg gegen die Polizeifaschisten Stützel und Mantel in Bayern, er ist auch ein Erfolg gegen die Sozialfaschisten Schiefer, Glade und Konsorten, deren Willen, die Kommunisten an einer Demonstration am 1. Mai überhaupt zu hindern, die Polizeifaschisten nicht wagten durchzuführen.

An der Münchener Arbeiterschaft liegt es nun den kommunistischer Aufmarsch am 1. Mai zu jenem wuchtigen, völlig das Bild der Straße beherrschenden Aufmarsch zu machen, der gerade in diesen Tagen, wo wir das 10jährige Jubiläum der Münchener Räterepublik feiern, der revolutionären Einstellung der Münchener Arbeiter ihrem revolutionären Denken und Wollen entspricht.

Aber nicht nur die Münchener und Nürnberger Arbeiter, die gesamte bayerische revolutionäre Arbeiterschaft muß am 1. Mai dafür Sorge tragen, daß in allen Betrieben **völlige Arbeitsruhe herrscht, daß nicht Reformisten sondern nur oppositionelle Gewerkschaftler, revolutionäre Arbeiter, an diesem Tage zu den Massen sprechen, daß überall unter roten Fahnen für die revolutionären Losungen** des internationalen Proletariats demonstriert wird und daß der 1. Mai auch in seinen Aufmärschen und Demonstrationen sich scharf gegen jene Sozialverräter wendet, die mit in jener Front stehen, die einen neuen Krieg vorbereitet, die neben einer verschärften Knebelung der Arbeiterschaft das Ziel verfolgen, des Sturzes der Sowjetunion.

Bayerns Arbeiterschaft demonstriert am 1. Mai
gegen imperialistische Kriegsgefahr und Verschleierung
gegen Sozialfaschismus
für Verteidigung der Sowjetunion
für die Diktatur des Proletariats.

Reichsanwalt Jorns wird verhaftet

Der Reichsanwalt als Mordbegünstiger

Klassengericht muß Begünstigung zugeben Freispruch im Beleidigungsproß Bornstein

WTB. Berlin, 27. April.

Im Beleidigungsprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des „Tagebuches", Bornstein, wegen der in einem Artikel der Zeitschrift gegen den jetzigen Reichsanwalt Jorns im Zusammenhang mit der Untersuchung der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs erhobenen Vorwürfe wurde heute der Angeklagte Bornstein auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

In seiner Begründung erklärt das Gericht, daß der Artikel den Vorwurf einer Begünstigung und der Rechtsbeugung gegenüber den wegen Mordes Angeschuldigten aufstellte. Das Gericht erklärt, daß dieser Wahrheitsbeweis wenigstens zum Teil als geführt betrachtet werden kann, daß insbesondere der Nebenkläger Jorns im Untersuchungsverfahren gegen die Mörder nicht so eingeschritten ist, wie es in einer solchen Kapitalssache erforderlich war. Die Schuld daran will das Gericht in einer Willensschwäche und wenig starken Selbständigkeit des Reichsanwalts Jorns sehen. **Das Gericht erklärt** auch ganz offen, daß Jorns unter dem Einfluß des Hauptmanns Pabst stand, einer autokratischen Persönlichkeit, die keinen Widerspruch duldete.

Kommunistischer Strafantrag gegen Reichsanwalt Jorns

WTB. Berlin, 27. April.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Pieck übermittelte heute der Staatsanwaltschaft einen Strafantrag gegen den Reichsanwalt Jorns, in dem es heißt, durch Gerichtsurteil des Landgerichts I im Prozeß gegen Bornstein sei erwiesen, daß Jorns als Kriegsgerichtsrat den Mördern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in seiner Eigenschaft als Untersuchungsführer Vorschub geleistet habe. Jorns habe sich demnach eines Verbrechens nach § 346 StGB. schuldig gemacht. Wegen der Höhe des zu verhängenden Strafmaßes wird in dem Strafantrag Verhaftung des Reichsgerichtsrats Jorns gefordert. Gleichzeitig richtete die Redaktion der „Roten Fahne" an das preußische Justizministerium und die Staatsanwaltschaft des Landgericht II einen offenen Brief, der darauf hinweist, daß die Nichtverhaftung des Reichsanwalts Jorns seitens der Staatsanwaltschaft im Gerichtssaal den Verdacht erwecke, daß die Strafverfolgung gegen Jorns nicht mit der genügenden Schärfe durchgeführt werden und daß auch darin ein Verbrechen nach § 346 StGB. zu erblicken wäre. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag zum Fall Jorns eine kleine Anfrage eingebracht.

Zum XII. Parteitag der KPD.

Ergebnisse und Perspektiven der relativen Stabilisierung in Deutschland

G. Reimann

(Schluß.)

Auch die Agrarkrise ist keineswegs behoben worden, hat sich vielmehr zum Teil noch verschärft. Die erfaßbare Verschuldung der Landwirtschaft ist von 3,2 Milliarden Mark Ende 1925 auf 5,1 Milliarden Mark Ende 1927 und 5,9 Milliarden Mark Ende 1928 gestiegen. Allerdings ist die kurzfristige Verschuldung im letzten Jahre ein wenig zurückgegangen, aber immer noch sehr groß. Während die Not der Kleinbauern durch wachsenden Steuerdruck verschärft wird, ist der Staat um so mehr um Hilfe für die „notleidenden" Großagrarier durch Steuervergünstigungen und Kreditgeschenke bemüht. Auch die Großbanken nehmen sich der „Notlage" der Großagrarier an, nicht nur um festgefrorene Kredite flüssig zu machen, sondern auch mit der Absicht, durch Organisierung von Wuchermonopolen für großagrarischen Erzeugnisse neue Profitquellen für das Finanzkapital zu erschließen. Die besonderen Schwierigkeiten dieser neuen Monopolbildungen infolge der Zersplitterung des Agrarkapitals und der Nahrungsmittel verarbeitenden Industrie (z. B. das Mühlengewerbe) sollen durch besondere staatliche Hilfe überwunden werden. Die dabei beabsichtigte Verdrängung der billigeren ausländischen Nahrungsmittel aus Deutschland soll dazu beitragen, die Handelsbilanz des deutschen Kapitalismus und damit auch die Lage des gesamten deutschen Kapitalismus, bzw. des deutschen Finanzkapitals zu verbessern.

Dank der gesteigerten Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals ist die deutsche Warenausfuhr im Vorjahre gegenüber 1927 um 1,4 Milliarden Mark oder 14 Prozent gestiegen. Dennoch ist die deutsche Handelsbilanz passiv geblieben. Im vergangenen Jahre betrug das Gesamtdefizit der deutschen Handelsbilanz (der Einfuhrüberschuß) rund 1,8 Milliarden gegenüber 3,4 Milliarden Mark im Jahre 1927 und einem Ausfuhrüberschuß von 0,3 Milliarden Mark im Jahre 1926. Dieses Handelsbilanzdefizit konnte nur durch neue Auslandsverschuldung gedeckt werden.

Im vergangenen Jahre belief sich trotz des Konjunkturrückganges die Kapitaleinfuhr Deutschlands nach Schätzung der „Frankfurter Zeitung" auf 3,5 Milliarden Mark (im Vorjahre 4,5 Milliarden Mark) bei einem Einfuhrüberschuß von 1,8 Milliarden Mark. Aber außerdem wurde noch für 0,8 Milliarden Mark Gold von der Reichsbank aufgekauft, die deswegen trotz der abgeleiteten Konjunktur ihre Notenausgabe und Wechselkredite vermehren mußte. Die Gesamtverschuldung des deutschen Kapitalismus ist damit auf über 24 Milliarden Mark gestiegen.

Außer den Reparationstributen von 2,5 Milliarden Mark soll also der deutsche Kapitalismus einen Zinstribut von über einer Milliarde Mark an das Auslandskapital zahlen. Diese Tributlast beschränkt die Kapitalakkumulation der deutschen Kapitalisten und treibt sie an, um so mehr die Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft zu steigern, die Profitrate für das Kapital in Deutschland hochzuhalten. Gleichzeitig wächst damit der imperialistische Betätigungsdrang des deutschen Kapitals. Hat der deutsche Kapitalismus wieder Kolonien oder Kapitalsanlagen im Auslande, aus denen er alljährlich Tributzahlungen einkassiert, so ist er eher in der Lage, selber Tributzahlungen an den stärkeren Dollarimperialismus zu zahlen, seine eventuelle Handelsbilanzdefizit auszugleichen, ohne seine eigene beschleunigte Kapitalakkumulation und Kapitalausfuhr in beträchtlichem Maße einschränken zu müssen. Deswegen die offene Forderung Schachts nach Kolonien und neuen imperialistischen Betätigungsmöglichkeiten für den deutschen Kapitalismus als „Endlösung" der Reparationsschwierigkeiten. Die Warenausfuhrüberschüsse müssen genügen, um erstens die Reparationstribute, zweitens die Zinstribute zu bezahlen und drittens noch eine Kapitalausfuhr zu ermöglichen, die den Warenabsatz steigert und für die Zukunft eine günstigere Gestaltung der Zahlungsbilanz des deutschen Kapitalismus bewirkt.

In der Tat ist die deutsche Kapitalausfuhr in den letzten anderthalb Jahren beträchtlich angewachsen. In zunehmendem Maße betätigen sich Schwerindustrielle, Elektro- und Bankkonzerne zusammen mit den Großbanken vor allem in den kleineren Ost- und Südoststaaten Europas, aber auch darüber hinaus in Asien usw. Zu einem erheblichen Teil ist die neue Kapitalausfuhr allerdings nur möglich gewesen mit Unterstützung des ausländischen Finanzkapitals, durch Aufnahme von Auslandskrediten.

Durch Steigerung der Warenausfuhr muß der deutsche Kapitalismus versuchen, auch seine Kapitalausfuhr „aus eigenen Kräften" zu steigern. Die Kapitalnot, d. h. der Zwang zu beschleunigter Kapitalakkumulation und gesteigerter Kapitalsausfuhr haben den deutschen Kapitalismus gezwungen, in großem Umfange kurzfristige Auslandskredite aufzunehmen. Nach Schätzung der Großbanken beträgt die kurzfristige Auslandsverschuldung des deutschen Kapitalismus, die zum größten Teil von den deutschen Großbanken aufgenommen worden ist, über 6 Milliarden Mark. Im Falle der Notwendigkeit einen größeren Teil dieser Auslandskredite sofort zurückzahlen zu müssen, sind neue krisenhafte Auswirkungen auf die Wirtschaftskonjunktur in Deutschland unausbleiblich. Allerdings werden die deutschen Kapitalisten versuchen, besonders bei weiterer Passivität der Handelsbilanz nochmals durch Aufnahme von Auslandsanleihen, die Kapitalsakkumulation und Kapitalausfuhr zu steigern und vor allem die kurzfristige Auslandsverschuldung herabzudrücken. Allerdings werden die deutschen Kapitalisten versuchen, besonders bei weiterer Passivität der Handelsbilanz nochmals durch Aufnahme von Auslandsanleihen, die Kapitalsakkumulation und Kapitalsausfuhr zu steigern und vor allem die kurzfristige Auslandsverschuldung herabzudrücken. Aber das ist keine Lösung der in der Gestaltung der Handels- und Zahlungsbilanz zum Ausdruck kommenden Widersprüche; sie werden vielmehr in näher Zukunft um so stärker wieder auftauchen.

Im weiteren Verlaufe der relativen Stabilisierung versucht deswegen der neue deutsche Imperialismus immer mehr, **durch Preiswucher im Inlande seine Dumping-Ausfuhr zu steigern, durch neue Lohnabbauoffensiven, verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft seine Profite zu vermehren, damit die Möglichkeit für gesteigerte Kapitalsakkumulation und Kapitalausfuhr, bei massenhafter Kapitalsverschwendung, zu erhalten.** Aber trotzdem ist bei den gegenwärtigen Weltmarktverhältnissen und infolge der für den deutschen Imperialismus höchst ungünstigen Aufteilung der Welt die Steigerung seiner Waren- und Kapitalausfuhr völlig unzulänglich. Dies beweist die bisherige Entwicklung der deutschen Handelsbilanz. Deswegen wird das Verlangen des deutschen Finanzkapitals nach neuen imperialistischen Privilegien und ihrer Sicherungen durch eigene Kriegsrüstungen, nach einer für ihn ungünstigeren Aufteilung der Welt immer stärker. Die Erfüllung seiner neuen imperialistischen Ziele erwartet der deutsche Kapitalismus vor allem bei einem Kriege gegen die Sowjetunion, wodurch er neue Aufrüstungsmöglichkeiten erhalten und in Rußland selbst bisher noch unerschlossener Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Anlagesphären finden zu können hofft.

Bei einer Herabdrückung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft, ihrer Verelendung und Ausbeutung in einem derartigen Umfange, daß das Trustkapital seine Macht nur noch mit faschistischen Diktaturmethoden aufrechterhalten kann, zeigt der deutsche Kapitalismus immer offener seine neuen imperialistischen Herrschaftsgelüste und seinen Willen, sich zu dem neuen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion zu beteiligen. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit für die Sozialdemokratie, sich offener als je zuvor als Stütze des neuen deutschen Imperialismus zu betätigen und sich aktiv an der Unterdrückung der Gegenoffensive der Arbeiterschaft zu beteiligen, gerade weil der Widerstandswille der Arbeiterschaft wächst. Bereits im vergangenen Jahre ist die Zahl der durch Arbeitskräfte verlorengegangenen Arbeitstage auf rund 16 Millionen gegenüber 6 Millionen im Jahre 1927 und 1,4 Millionen im Jahre 1926 gestiegen. Kein Zweifel, daß in diesem Jahre in noch größerem Umfange Arbeitskämpfe unter revolutionärer Führung ausgefochten werden.

Die Entwicklung der relativen Stabilisierung in Deutschland, das rapide Wachsen ihrer Widersprüche und in Verbindung damit des Kampfwillens der Arbeiterschaft, bestätigen die Richtigkeit der von der Partei gemäß den Beschlüssen des 4. RGI-Kongresses eingeschlagenen Gewerkschaftstaktik.

Erhöhte Polizei-Alarmbereitschaft am 1. Mai

So verkündet triumphierend der „Lokal-Anzeiger" und die übrige Hugenberg-Presse die letzten Vorbereitungen der Zörgiebel-Polizei zum 1. Mai. **Sie sind vollinhaltlich eine nachträgliche Bestätigung dessen, was die kommunistische Presse bereits über die Rüstungen der Zörgiebel-Polizei in Berlin berichtete.**

„Vom Dienstag abend ab befindet sich die gesamte Schutzpolizei in erhöhter Alarmbereitschaft. Man hält die Zahl der Beamten für völlig ausreichend, um irgendwelche Unruhen im Keime ersticken zu können. . . In Verbindung mit der Kriminalpolizei und der Abteilung Ia wird die Schutzpolizei einen besonders starken Streifendienst einrichten, die so stark ausgerüstet sind daß sie jeden Widerstand sofort brechen können. . . Eine besonders wichtige Rolle werden die Streifen auf den Schnell-Lastautos spielen. . . Das Verbot jeglicher Demonstrationen unter freiem Himmel wird strikte durchgeführt werden. . . Der Polizeipräsident wird noch eine Warnung an das Publikum erlassen, in dem die Ruhe liebenden Bürger aufgefordert werden, sich an diesem Tage so wenig wie möglich auf den Straßen sehen zu lassen."

Die reaktionärste Scharfmacherpresse ist täglich voll des Lobes für Zörgiebel und nachdem gestern die „Voss." Zörgiebel scharfgemacht hat, fordert die „Nacht-Ausgabe" heute kurz und bündig:

> **„daß die Polizei jetzt selbstverständlich die Pflicht hat, das Demonstrationsverbot durchzusetzen und dabei von allen Mitteln Gebrauch zu machen."**

Die Bürgerkriegsrüstungen Zörgiebels beweisen, daß er diese Wünsche in jeder Beziehung zu erfüllen bereit ist.

Jetzt hat auch der Oberpräsident von Schleswig-Holstein das Demonstrationsverbot am 1. Mai für die gesamte Provinz aufgehoben. Die fieberhafte Agitation der Kommunisten an der Wasserkante hat zu diesem Teilerfolg geführt.

Die Berliner Arbeiterschaft hat in unzähligen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und der Gewerkschaftsbürokratie zum Ausdruck gebracht, daß sie am 1. Mai sich das Recht der Straße nicht rauben lassen wird. Die letzten Vorbereitungen der Polizei, die angekündigte erhöhte Alarmbereitschaft, der Aufruf Zörgiebels an die Ruhe liebenden Bürger wird das klassenbewußte Proletariat Berlins veranlassen, in machtvollen Demonstrationen gegen diese Schande sozialdemokratischer Koalitionspolitik aufzumarschieren.

Ausnahmestrafen gegen Eisenbahner und Straßenbahner

Berlin, 25. April.

Der Strafrechtsausschuß hat einen besonderen Paragraph in das neue Strafgesetzbuch eingefügt, **der die Eisenbahner und Beamten der städtischen Verkehrsbetriebe mit einem Jahr Gefängnis bestraft, wenn sie durch Pflichtverletzung den Verkehr stören und dadurch eine Gefahr für Leib und Leben oder Eigentum herbeiführen.** Der Entwurf enthielt höhere Strafen für die Eisenbahner, sogar Zuchthaus. Diese Bestimmungen wurden aber auf Grund wirkungsvoller Argumente des Genossen Schumann abgelehnt. Danach hat der deutschnationale Abgeordnete Hanemann den neuen § 231a beantragt, der nun mit 13 gegen 10 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen wurde.

Berliner Arbeiter demonstrieren

Trotz des Demonstrationsverbots bildeten sich gestern starke Demonstrationszüge im Innern Berlins. Mehrere hundert Arbeiter zogen von der Burgstraße, in der sich die Börse befindet, zur Königstraße in der Richtung auf das Rathaus. An der Ecke der Spandauerstraße versuchte die Schupo vergeblich, den Zug zu zerstreuen. Die Arbeiter setzten ihre Demonstration trotz der Gummiknüppelattacken der Polizei fort. Die Demonstration bewegte sich nach dem Kölnischen Park, der Breiten Straße, nahe am Schloßplatz, bis zum Spittelmarkt. Auch im Bezirk Prenzlauer Berg wurden größere Demonstrationen durchgeführt.

---

1. Mai — Maifeiertag, auch für die Jugend!
Schickt Euere Kinder nicht zur Schule!

Werktätige Rosenheims und Umgebung!

Die Kommunistische Partei veranstaltet mit dem RFB. am Mittwoch, den

1. Mai eine Maidemonstration, der eine Kundgebung im Saale

vorausgeht. Es ist für die klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen und Erwerbslosen selbstverständliche Pflicht, sich geschlossen zu beteiligen.

Die Versammlung beginnt

vormittags 10 Uhr im Gasthaus Perlachner,

anschließend

Festzug durch die Hauptstraßen

Rosenheims. Die Kollegen von Kolbermoor und Redenfelden haben ihre Beteiligung zugesagt.

Nachmittags 2 Uhr findet in Kolbermoor ebenfalls Versammlung mit Umzug statt.

In Redenfelden findet abends 7 Uhr eine große Massenversammlung statt.

Kollegen, Arbeiter, heraus zum 1. Mai auf die Straße, demonstriert für eure Rechte am Weltfeiertag des Proletariats. Laßt die Sozialdemokraten am 5. Mai mit ihrem Bierfest allein.

Die letzten Verletzten des Dinkelscherbener Eisenbahnunglücks.

SCB. **München,** 26. April.

Im hiesigen Hauptkrankenhaus befinden sich zur Zeit noch drei Personen, die beim Dinkelscherbener Eisenbahnunglück im verganzenen Jahre schwere Verletzungen davongetragen haben. Es sind dies die Ingenieurswitwe Rehm aus Ulm, die bei der Katastrophe ihren Gatten verlor, die Rote Kreuz-Schwester Fräulein Manz und der Gartenbauarchitekt Walter Kiel aus Stuttgart. Alle drei dürften in etwa zwei Wochen entlassen werden.

Leichenfunde bei Brannenburg am Inn.

SCB. **Rosenheim,** 24. April.

Ein Waldarbeiter stieß in einer Waldung bei Brannenburg am Inn auf zwei Leichen, die bereits stark verwest waren. Da das Eintreffen einer Gerichtskommission aus Rosenheim abgewartet werden muß, konnten nähere Feststellungen über die Toten nicht gemacht werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich bei den Leichen um zwei seit Monaten vermißte Skiläufer, Geschwister Braß aus München, handelt.

Die Bluttat bei Schöllnach.

SCB. **Hengersberg,** 24. April.

Ueber die Bluttat bei Schöllnach, über die wir bereits kurz berichtet haben, meldet das „Straubinger Tagblatt" noch folgende Einzelheiten:

In Taiding fand eine Hochzeitsfeier statt. Dabei versprach eine junge Dienstmagd aus Englsing gleich zwei Burschen, daß sie die nächtlichen Nachhausebegleiter sein dürfen. Demzufolge glaubte jeder ein Recht auf das Mädchen zu haben. Anfangs begleiteten beide Burschen gemeinsam die Dorfschöne. Schon nach kurzer Zeit gerieten die beiden Nebenbuhler in Streit. Nun zog der Gütlersohn Alois Rüzinger von Tolla kurzerhand sein langes Messer und rannte es seinem Widersacher Alois Penn von Englsing in die rechte Körperseite. Der Schwerverletzte konnte noch einige Meter laufen, dann brach er zusammen und gab wohl nach kurzer Zeit seinen Geist auf. Der Mörder und das Mädchen gingen weiter, als sei nichts vorgefallen. Sie verbrachten die ganze Nacht gemeinsam, ohne anscheinend von Gedanken an den Ermordeten beschwert zu werden.

Theaterzensur im Würzburger Stadtrat.

SCB. **Würzburg,** 27. April.

Im Stadtrat beantragte die Fraktion der Bayerischen Volkspartei, vom Intendanten des Stadttheaters zu verlangen, daß er die auf Samstag anberaumte Aufführung des Lampelschen Stückes „Revolte im Erziehungshaus" vom Spielplan absetze. Der Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, zweier Demokraten, des Referenten und des Oberbürgermeisters angenommen.

Ein Großfeuer in Unterfranken

SCB. **Esselbach bei Marktheidenfeld,** 27. April.

Im Anwesen des Landwirts Roos brach gestern nachmittag 2 Uhr Feuer aus. Durch den ungünstigen Wind wurde das verheerende Element über einen Garten hinweg zum Nachbaranwesen getragen und von dort zu einer weiteren Scheune. Die ergriffenen Gebäude wurden vollständig vernichtet. Die anschließende Scheune war in größter Gefahr, konnte jedoch durch die Feuerwehr gerettet werden. Die Wohnhäuser wurden glücklicherweise nur leicht beschädigt.

Schweres Autounglück. — 1 Toter, 2 Verletzte.

SCB. **Babenhausen,** 27. April.

Auf der Fahrt nach Ottobeuren sprang in der Ortschaft Egg an der Günz ein Hund in das fahrende Auto des Herrn Bammert aus Oberroth. Das Auto geriet dadurch an die Straßenböschung, stürzte um und überschlug sich, sodaß die Insassen unter dem Wagen begraben wurden. Während der Lenker des Wagens mit leichten Verletzungen davonkam, wurden die mitfahrenden Eheleute Sauer schwer verletzt. Herr Sauer, der einen Schädelbruch erlitt, starb im Bezirkskrankenhaus in Babenhausen. Man hofft, Frau Sauer am Leben erhalten zu können.

Tot aufgefunden.

SCB. **Schwarzenbach a. Saale,** 27. April.

Der am 25. März vermißt gemeldete Porzellanarbeiter Herzl von Förbau, der in seiner Tasche 500 Mark Verbandsgelder trug, wurde aus der Saale geborgen. Da der Körper des Geländeten keinerlei Verletzungen aufwies und der Tote noch 50 Mark Silbergeld bei sich trug, scheint ein Raubmord ausgeschlossen zu sein. Die Mappe mit den 500 Mark konnte jedoch noch nicht gefunden werden, sodaß unaufgeklärt bleibt, ob es sich um einen Selbstmord oder einen Unglücksfall handelt.

Schweres Fuhrwerksunglück.

SCB. **Bad Reichenhall,** 24. April.

Am Hessingberg riß das Bremsgestänge des Unratabfuhrwagens, sodaß der schwere Wagen die beiden Pferde immer schneller vor sich herschob. Der Lenker des Fuhrwerks, Anton Saller, sprang ab, um sein Leben zu retten. An einer Kurve rannte das Fuhrwerk gegen einen Bretterzaun, durchbrach diesen und stürzte einen etwa zehn Meter hohen Abhang hinunter. Eines der Pferde riß sich bei dem Sturz vom Wage los, kollerte noch einige Meter weiter und blieb dann mit gebrochenem linken Hinterfuß liegen, sodaß es getötet werden mußte. Das andere Pferd geriet zum Teil unter den Wagen und mußte von der Feuerwehr befreit werden. Es trug zahlreiche Hautabschürfungen und eine Prellung am rechten Knie davon.

Die deutsche Lebensversicherung im Jahre 1928

Im Jahre 1928 sind die Kapitalanlagen der deutschen Lebensversicherungsunternehmungen um 47%, und zwar von 771 Millionen RM. auf 1137,9 Millionen RM. gestiegen. Vor dem Kriege verfügten die deutschen Lebensversicherungsunternehmungen über Kapitalanlagen von rund 6 Milliarden RM. Diese 6 Milliarden RM. sind in Jahrzehnten zusammengetragen worden; bei der gegenwärtigen Entwicklung des Lebensversicherungsgeschäfts dürfte es jetzt aber nur eine Frage von wenigen Jahren sein, um einen solchen Kapitalbestand zu erreichen.

Während des vorigen Jahres wurden 3,2 Millionen neue Versicherungen abgeschlossen, so daß am Jahresende ein Bestand von 9,1 Millionen Versicherungen mit 13 147,4 Millionen RM. Versicherungssumme vorhanden war. Der Anzahl der Versicherungen nach hat die deutsche Lebensversicherung bereits wieder ¾ des Vorkriegsbestandes erreicht.

Ist schon die Entwicklung des deutschen Lebensversicherungsgeschäfts im allgemeinen eine außerordentlich starke gewesen, so kann erfreulicherweise von der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge festgestellt werden, daß sie besonders gut vorwärtskam. Sie wird voraussichtlich am Schlusse des laufenden Geschäftsjahres einen Bestand von annähernd 2 Millionen Policen zählen.

Berufsringkämpfe im Cirkus Krone.

Am Samstag besiegte der sehr gute Kautsky Marunke durch kraftvoll durchgeführten Untergriff. Dieser Sieg wurde aber unverständlicher Weise vom Schiedsgericht wegen einer kleinen Verletzung Marunkes nicht anerkannt, sodaß der Kampf wiederholt werden muß. Johnson erledigte Progzepa in 15 Minuten durch Schulterschwung. Neström und Czaja lieferten sich eine temperamentvolle Partie, die unentschieden endete. Vondracek besiegte Pröller in 12 Minuten durch doppelten Armzug. Die Partie Steinke und Kawa wurde bei Eintritt der Polizeistunde ergebnislos abgebrochen.

Am Sonntag besiegte der technisch hervorragende Baroty Pröller nach 22 Minuten durch Ausheber aus dem Stand. Kautsky und Neström lieferten sich den schönsten Kampf des Abends, der überraschend Kautsky etwas in Vorteil sah, es reichte aber nicht zu einem Sieg, sodaß die Partie unentschieden endete.

Johnson legte Vondracek in 1 Stunde 5 Minuten durch Ueberwurf. Buchheim besiegte Kramer nach 16 Minuten durch Hüftschwung. Sinka wurde Sieger über Calea nach 21 Minuten durch Kopfzug.

Der Partie Weimura : Kawan machte die Polizeistunde ein ergebnisloses Ende.

Heraus zur Pasinger Maifeier

am 1. Mai nachmittags 3 Uhr in der Brauerei Pasing

Veranstalter: KPD., RFB., RS., Arbeitertribüne, Proletarische Freidenker. Reiches Programm, unter anderm Aufführung von „Oktoberstürme".

Kameraden! Klassengenossen!

Heraus zum Internat. Treffen der Roten Frontkämpfer-Organisationen zu Pfingsten in Hamburg!

Der Sonderzug ab München ist bestellt. Kameraden werbt unermüdlich für eine starke Beteiligung!

Tretet ein in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in der Partei und sonstigen Arbeiterorganisationen, für starke Delegationen.

410 Arbeiter benötigen wir für den Sonderzug.

Der Fahrpreis ab München beträgt 41.— Mark.
Der Fahrpreis ab Augsburg beträgt 38.— Mark.
Der Fahrpreis ab Treuchtlingen beträgt 34.— Mark.

Abfahrt ab München Freitag nachmittags 15.20 Uhr — der Zug hält in Pasing 15,30 Uhr; in Augsburg 16,22 Uhr; in Treuchtlingen 17,52 U.; in Würzburg 20,25 Uhr.

Ankunft in Hamburg-Altona 7,37 Uhr.
Rückfahrt ab Hamburg: Hannoverscher Bahnhof, Dienstag früh 1,05 Uhr.
Ankunft in München: 16,55 Uhr.

Alle Fahrgelder müssen bis 11. Mai mittags bei der Gauführung abgerechnet sein.

Alle Fahrtteilnehmer zeichnen sich sofort ein!

Einzahlungspreis 1.15 Mark,

dafür erhält der Teilnehmer Spar- und Teilnehmerkarte, sowie die Plakatte. Sämtliche Fahrtteilnehmer beteiligen sich jetzt schon an der Sparaktion!

Einzahlung nimmt entgegen: Alle Funktionäre, die Redaktion der „Neuen Zeitung", im Büro des RFB., Augsburgerstr. 17/0.

In Augsburg: KPD.-Büro, Mittleres Kreuz, F 327.

Gauführung Südbayern des RFB.

Aus der Partei

Stadtteil Ost.

Am Dienstag abend 8 Uhr finden in den Lokalen **„Falkenwand"**, Falkenstraße, für Ober- und Untergiesing, **„Hammerschmiede"**, Ecke Zeppelinstr. und Bereiteranger, für Au, Gärtnerviertel und Süden, **„Lothringer Bierhalle"**, Lothringerstr., für Haidhausen

Kundgebungen zum 1. Mai

statt. Rezitationen, Schalmeienkapelle, Agitproptruppe.

Genossen, erscheint alle, bringt Sympathisierende mit.

Zelle Nord. Heute abend 7½ Uhr wichtige Zellenversammlung im „Schellingshof", Ecke Schelling- und Augustenstraße.

Stadtteil Ost. Am Montag abends 8 Uhr Fortsetzung des Kurses über unsere Aufgaben bei Ausbruch eines Krieges im Gasthaus zur „Hammerschmiede".

Augsburg. Montag, den 29. April, abends 7 Uhr findet im Gasthaus „Zum Wilden Mann"

Parteiarbeiter-Versammlung

statt. Da äußerst wichtige Tagesordnung, sind sämtliche Pol-, Org- und Agitpropleiter, sowie alle anderen Parteiarbeiter verpflichtet, zu erscheinen.

Die Unterbezirksleitung.

Roter Frontkämpferbund

Voranzeige.

Mai-Tanz

der Arbeiter-Schalmeienkapelle und RFB., Abteilung IV am Sonntag, den 5. Mai 1929, nachmittags 4 Uhr im Gasthof zum Hirschen in Solln. Schöner Tanzsaal, erstklassige Tanz-Musik. Eintritt im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. Tanzzeichen 50 Pfg. pro Person.

Vereinskalender

Volkschor „Freiheit" e. V. (Altstadt). Dienstag, den 30. April, gem. Probe wegen der Mitwirkung bei der Maifeier im Hackerkeller. Restloses Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Mittwoch, den 1. Mai, treffen sich alle Mitglieder um 9¼ Uhr vormittags an der Sommer- u. Frühlingstr., von da Abmarsch zur Maikundgebung. Vereinstracht Pflicht.

Die Vorstandschaft.

Spielplan der Münchener Theater

Montag, den 29. April.

Nationaltheater: „Schwanda, der Dudelsackpfeifer", 7½ U.
Residenztheater: „Karl und Anna", 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Das Nachfolge-Christi-Spiel", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Friederike", 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater: „Das Geld auf der Straße", 8 U.

Circusgebäude am Marsfeld

Internationale Ringkampf-Konkurrenz im Mittelgewicht 1929

GUTSCHEIN für eine Karte einschl. Steuer

Unnummer.		Nummeriert	
3. Platz	0.50 Mk.	Sperrsitz 3. u. 4. Reihe	1.—
2. „	0.60 Mk.	„ 2. „	1.25
1. „	0.80 Mk.	„ 1. „	1.50
Loge	2.— Mk.	Ringplatz 2. „	2.50

Unverkäuflich — Leitung: K. Spiess

Gültig vom 1. mit 10. Mai 1929

Danksagung

Allen Freunden, Berufskollegen, Partei- und Gesinnungsgenossen, welche unserem lieben treubesorgten Gatten und Vater

Herrn

Franz Xaver Schormaier

Straßenbahn-Oberschaffner

die letzte Ehre erwiesen haben, sei hiermit der innigste Dank ausgesprochen.

In tiefer Trauer:
Wally Schormaier, Gattin
nebst ihren 2 Kindern

Ferien-REISEN — Motor-RÄDER — Kaffee-TASSEN — Foto-APPARATE — Kinder-WAGEN — 4% 5% 7% und 10% Rabatt

Was sonst noch alles
bietet unsere Konkurrenz dem unvorbenen Herrn Raucher an?
Aber
Der tapfere „Postillion" fürchtet sich dennoch nicht.

Er denkt, der geneigte Raucher werde sich mit der Zeit überzeugen, daß Geschenke auf Kosten der Qualität gehen müssen. Das Geld, das andere Zigaretten-Hersteller für Geschenke und Zugaben auswerfen, steckt bei der „Postillion" im Tabak.
Bedenken Sie, daß die „Postillion" nur 4 Pfennig kostet und vergleichen Sie diese treffliche Zigarette mit anderen Marken. Dann werden Sie uns recht geben, wenn wir sagen: Das beste Geschenk, das wir dem passionierten Raucher zu bieten vermögen, ist ein reifer und reiner Tabak, wie ihn die Postillion enthält.

G. ZUBAN A.G. MÜNCHEN

Das ist schon eine treffliche Zigarette, mein Herr!

Stimmen der Werktätigen

Den Helden des Kampfmai 1919

Die Nürnberger Arbeiter in der Zeit der Räterepublik

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Revolution im Vormarsch

Auch in Nürnberg nahm im April 1919 die politische Spannung von Tag zu Tag zu. Die Lage verschärfte sich besonders, als bekannt wurde, daß in München und Augsburg

die Räterepublik

ausgerufen sei. Hinzu kam, daß in Bayern wie im Reich die Konterrevolution immer frecher und provokatorischer auftrat. Nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wirkte die Erschießung Eisners durch den Grafen Arco aufpeitschend auch in der Nürnberger Arbeiterschaft.

Der Nürnberger Arbeiter- und Soldatenrat war durch die demagogische Arbeit der Sozialdemokraten bereits zum konterrevolutionären Werkzeug der Bourgeoisie degradiert worden. Die Führer der Mehrheitspartei (wie damals die SPD. genannt wurde) vertrat offen und brutal die konterrevolutionäre Politik Noskes, was seine Auswirkung in der restlosen Unterstützung der Politik der Ministerpräsidenten Hoffmann und Militärminister Schneppenhorst fand.

Die revolutionäre Arbeiterschaft Nürnbergs stand zum größten Teil im Lager der USPD. Die KPD. stand noch in den Anfängen ihrer organisatorischen Arbeit.

Eine starke politische und revolutionäre Kraft waren, infolge ihrer Aktivität, die

14 000 Erwerbslosen.

Sie waren zwar nicht organisatorisch zusammengefaßt, nahmen jedoch in großen Versammlungen zu allen wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen öffentlich und klassenmäßig Stellung. Die Führung dieser Erwerbslosenbewegung lag in den Händen der linken Arbeiterelemente der USPD. Die führenden Genossen dieser Bewegung, die eine starke revolutionäre Kraft darstellten, hatten sich den besonders wütenden Haß der sozialdemokratischen Bonzen und des Bürgertums zugezogen.

Am 7. Januar 1919 beschäftigten sich die Erwerbslosen in einer Versammlung mit ihren aufgestellten Forderungen. Um denselben mehr Nachdruck zu verleihen, zogen sie vor das Rathaus zum gerade tagenden Gemeindekollegium. Während die beauftragte Kommission im Rathaus verhandelte, zog ein Teil der Demonstranten zur **„Fränkischen Tagespost“**, die eine elende Hetze gegen die Erwerbslosen führte. Die Tagespost wurde besetzt und der Chefredakteur Dr. Braun etwas unsanft zur Rede gestellt. Unter dem Druck der Demonstration und der Besetzung war die Redaktion bereit, eine Erklärung zu veröffentlichen. Die an der Spitze des Blattes veröffentlichte Erklärung zeigt, wie stark die politische Unklarheit selbst in den revolutionären Teilen der Nürnberger Arbeiterschaft damals noch war. Die Erklärung selbst hatte folgenden Wortlaut:

„Die Erwerbslosen haben die Tagespost besetzt, da sie über deren Haltung erbittert sind. Sie empfinden es als Verrat, wenn **Mehrheitssozialdemokraten gegen eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung** stimmen. Sie finden, daß die Sozialdemokratische Partei durch die „Tagespost“ die Interessen des Kapitalismus, nicht die des werktätigen Volkes vertritt. Die Erwerbslosen wollen heute hierdurch nur ihren Unwillen zum Ausdruck bringen und hoffen, daß die Sozialdemokratische Partei und die Tagespost nicht länger kapitalistische Interessen vertreten, sondern mit den Revolutionären für die Sache des internationalen Proletariats kämpfen werden.“

Um 7 Uhr abends wurde dann die „Fränkische Tagespost“ von der Arbeitergarde, in der die USPD. dominierte, besetzt. **Im Generalkommando fand daraufhin um 9 Uhr unter Vorsitz von Schneppenhorst eine Sitzung statt, als deren Ergebnis die Besetzung mit Zustimmung der USPD.-Vertreter wieder aufgehoben wurde.**

Die

Wahlen zur deutschen Nationalversammlung

hatten die Befürchtungen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte gänzlich beseitigt werden sollten, erneut verstärkt. Als nun am 13. Februar der Aufruf des sozialdemokratischen Militärministers Roßhaupter zum Eintritt in den Volksheimatschutz erschien, steigerte dies die Empörung in der Arbeiterschaft, die sich auf die sozialdemokratischen Arbeiter **ausdehnte. Es kam am 15. Februar zu großen,** spontanen Massenkundgebungen auf dem Hauptmarkt, sowie an anderen Stellen der Stadt, an denen sich auch die Soldaten und die Matrosen beteiligten. In den Ansprachen wurde aufgefordert, am nächsten Tag auf dem Egydienberg die Demonstrationen fortzusetzen.

Am 16. Februar kam es zu einer

gewaltigen Massendemonstration

an der sich 15 000 Menschen beteiligten. Die Vertreter der USPD. und der Matrosen hielten scharfe Ansprachen gegen die Bildung der **weißen Garden Roßhaupters, gegen die Abschaffung der Arbeiter- und Soldatenräte und für die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Bildung der roten Garde.** Die Redner fanden stürmische Zustimmung. **Es bildete** sich ein großer Demonstrationszug unter Vorantragung einer großen roten Fahne und Mitführung von Schildern mit der Aufschrift: **„Nieder mit Schneppenhorst, Noske, Roßhaupter und Auer.“**

Halloh! Die neue „Kämpferin“ ist da!

Sie bringt den Kampfruf zum 1. Mai in Deutschland, spannende Schilderungen vom 1. Mai im zaristischen Rußland und in der befreiten Sowjetunion. Auch die Berichte von den Konferenzen werktätiger Frauen enthält diese Nummer.

Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient der Artikel über die „Wehrhaftmachung der Frau“ vom Reichstagsabgeordneten Schneller. Auch der Kampf unserer Kinder gegen Ausbeutung und Schulreaktion wird in den Korrespondenzen der Kinder anschaulich geschildert.

Reich illustriert, mit zweifarbigem Titelbild, mit Artikeln über alle brennenden Tagesfragen erscheint die Werbenummer der „Kämpferin“ als treuester Berater und Wegweiser für die kämpfenden Frauen. **Freudig wird diese Nummer von den Frauen begrüßt werden. Jede Frau muß** sie lesen und weiterverbreiten.

In jede Fabrik, in jeden Haushalt muß die „Kämpferin“ hinein!

Werbt Abonnenten der „Kämpferin“!

Unter Vorantritt der Kapelle des 14. Infanterieregiments zog der Zug durch die Straßen der Stadt zum Generalkommando.. Als Schneppenhorst von einem Fenster des ersten Stocks aus sprechen wollte, ging dieser Versuch im Protest der empörten Massen unter, die riefen, man wolle nichts von ihm hören.

Plötzlich fielen mehrere Schüsse,

deren Ursachen ungeklärt blieben, worauf es zu einer größeren Schießerei kam. Die Arbeiter stürmten daraufhin die Deutschhauskaserne, nachdem schon ein kleinerer Teil der Demonstranten vorher eingedrungen war. Bei der Schießerei wurden drei Matrosen getötet. Am Eingangstor wurde ein Schild ausgehängt:

„Von Unabhängigen und Spartakisten besetzt.“

Ein kleinerer Teil der Demonstranten war mittlerweile zum reaktionären „Fränkischen Kurier“ gezogen und besetzte denselben.

Die Sozialdemokratie verrät die Revolution

Die Sozialdemokratie verrät die Revolution.

Die Sozialdemokraten und das von ihnen beherrschte Generalkommando des III. A.-K. traf nun umfassende Maßnahmen, um mit Gewalt gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorgehen zu können. Zunächst wurde eine Reihe radikaler Arbeiterführer in „Schutzhaft“ genommen. Darauf riefen die Sozialdemokraten die gesamte Bevölkerung, also in erster Linie das Bürgertum zu einer

Gegendemonstration

am nächsten Tag auf. Der konterrevolutionäre Charakter dieses Vorstoßes kam im Aufruf, der zur Abwehr des Terrors und der Diktatur der Arbeiter aufforderte, zum Ausdruck. Verhandlungen im Arbeiter- und Soldatenrat führten zur Aufhebung der Besetzung und der Verhaftungen.

Am 24. März fand in Nürnberg der Landesparteitag der USPD. Bayerns statt. Dort zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit der revolutionsfeindliche Charakter eines Teils der Führer, aber auch die politische Unklarheit großer Teile der USPD.-Arbeiter. Konnte es doch dem Führer des rechten Flügels in der USPD., Dr. Freund, gelingen, sich als Landesvorsitzender, besonders in den ländlichen Gebieten, einen starken Einfluß zu sichern. Freund, der in seinem Referat scharf gegen die Aufrichtung der Räterepublik Stellung nahm, erhielt bei der Abstimmung mit 45 Stimmen die große Mehrheit. Er operierte mit dem zentristischen Argument, daß

das Volk nicht reif sei für die Räterepublik und die Diktatur des Proletariats.

Kämpfer, München, der als Korreferent um die Eroberung der politischen Macht durch die Aufrichtung der Räteherrschaft und den schärfsten Kampf gegen die Mehrheitsdemagogen, bei engster Zusammenarbeit mit den Kommunisten forderte, erhielt nur 4 Stimmen für seine Plattform.

Dieses Abstimmungsresultat **war sehr überraschend.** Zweifellos teilte auch in Nürnberg der weitaus größte Teil der Arbeiter in der USPD. den Standpunkt Kämpfers. Wurde doch 2 Wochen vorher bei der Wahl zum ersten Reichsparteitag der USPD. neben Freund demonstrativ ein revolutionärer Arbeiter als Delegierter gewählt. Die Simon, Freund und Neumann, die einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Parteiarbeit ausübten, nützten die Unklarheiten der Arbeiter für die Politik der Untätigkeit aus. Wären damals an der Spitze der Nürnberger USPD. wirklich revolutionäre Führer gewesen, dann hätte auch während der Räterepublik die Bewegung in Nürnberg einen anderen Verlauf genommen.

Im Arbeiter- und Soldatenrat kam es anfangs April zu heftigen Auseinandersetzungen über die Werbung für den

Roßhaupterschen Volksheimatschutz.

Aus dem Bericht, den die Tagespost über diese Sitzung brachte, geht hervor, daß die Vertreter der USPD. sich scharf gegen die Werbung für diese weißen Garden wandten. Der Anlaß war, daß die Tagespost trotz des Verbotes eine Werbeaufforderung brachte. Die USPD.-Vertreter sagten, die Hauptsache bei diesen Werbungen sei nicht der Grenzschutz, sondern **das Schaffen einer Garde zur Niederknüppelung der revolutionären Arbeiter.** Verurteilt wurde auch die Befestigungsarbeit, die das Generalkommando in Nürnberg durchführte. Der Vorsitzende (SPD.) erklärte, daß die Annoncen durch ein Versehen eingestellt worden seien. Zur Bauernbewaffnung bestritt er, daß das III. A.-K. daran denke, die Bauern zu bewaffnen. Die früher an die Bauern ausgegebenen Waffen seien wieder hereingeholt. Es wurde dann ein Antrag angenommen, daß zur Verhinderung von Werbung von Soldaten eine scharfe Kontrolle durch den Arbeiter- und Soldatenrat durchgeführt werden sollte. Mit 26 gegen 23 Stimmen wurde weiter beschlossen, daß für Schneppenhorst im Generalkommando ein Ersatz gestellt werden soll. Die USPD. schlug dafür Bauer vor. Mit 19 gegen 17 Stimmen beschloß man jedoch, die Personenfrage erst den in Frage kommenden Korporationen vorzulegen.

Was wirklich getan werden mußte, kam in den Anträgen Werbers zum Ausdruck:

1. Alle Einstellungen von Freiwilligen beim III. A.-K. haben sofort zu unterbleiben, auch von Freiwilligen als Volkswehr;

2. Dafür ist das revolutionäre Proletariat sofort zu bewaffnen;

3. Als Offiziere kommen nur sozialistische Vertrauensleute in Frage;

4. Alle Befestigungen sind in Nürnberg abzubauen.

Ueber diese Anträge, die wenigstens einige Sicherheit für den Kampf der Arbeiter gegeben hätten, ging man zur Tagesordnung über. Peter Meier (SPD.) hatte vorher erklärt, daß sie alle Anträge, die von Weber kommen, ohne Prüfung ablehnen werden. Die sozialdemokratischen Bonzen hatten sich in den Machtpositionen so stark festgesetzt, daß sie es gar nicht mehr für nötig hielten, selber noch in den Arbeiter- und Soldatenrat zu kommen. Sie hatten ihre zukünftigen Postenanwärter und Lakaien hineindelegiert.

Die konterrevolutionäre Schiebung des Arbeiter- und Soldatenrates war möglich, weil er nicht aus der Wahl der Arbeiter hervorgegangen war, sondern, soweit die Arbeitermitglieder in Frage kamen, von den Spitzen der SPD. und USPD. ernannt wurde. Darin lag die Quelle alles Versagens.

Nürnbergs Arbeiter und die Münchener Räterepublik

Nach der Proklamierung der Räterepublik in München, jener Scheinaktion, die die SPD.-Führer zur Abwürgung der Kampfstimmung der Arbeiter durchführten, konnte die Nürnberger Arbeiterschaft nicht neutral bleiben. So fand am 7. April vormittags im Lehrerheim eine Versammlung der Parteiführungen der SPD. und USPD. statt. Die Sozialdemokraten hatten sämtliche Spitzenfunktionäre und Bonzen zusammengetrommelt. Ebenso war der Arbeiter- und Soldatenrat eingeladen. Außerdem hatten die Sozialdemokraten sämtliche Kasernenräte, die auf ihrer Seite waren, geladen. Süßheim von der SPD. hielt ein Referat gegen die Ausrufung der Räterepublik. Freund von der USPD. trat nur sehr schwach dafür ein, auch in Nürnberg die Räterepublik auszurufen.

Schneppenhorst, der in München zu den Drahtziehern gehörte und sich verpflichtet hatte, in Nürnberg seine Partei dafür zu gewinnen, **dachte gar nicht daran. Bei der Abstimmung waren 70 für und 138 gegen die Ausrufung der Räterepublik. Ein Ergebnis, welches von den Sozialdemokraten mit Begeisterung, von der USPD. mit Empörung begrüßt wurde.**

Am Abend desselben Tages fanden Versammlungen auf dem Hauptmarkt und Umzüge der Arbeiter

für die Räterepublik

statt. Die USPD. und die revolutionären Vertrauensleute beschlossen am nächsten Tag den Generalstreik als Demonstrationsstreik durchzuführen. Die Sozialdemokraten setzten alles in Bewegung, den Generalstreik zu sabotieren. Das war ihnen jedoch nicht gelungen.

Trotz Verbotes und Belagerungszustand war die Arbeitsruhe fast allgemein. Eine große Demonstration wurde auf der Insel Schütt durchgeführt. Allerdings zeigte sich dabei auch schon das Auskneifen der rechten USPD.-Führer. Von den bestimmten Referenten kam keiner. **Auch das** in Nürnberg anwesende Zentral-Mitglied der USPD. glänzte durch Abwesenheit. Die Ansprachen für die Räterepublik wurden von Mitgliedern des linken Arbeiterflügels gehalten.

Belagerungszustand über Nürnberg

Durch Plakatanschlag wurde am 8. April die Verhängung des Belagerungszustandes durch das Generalkommando des III. A.-K. über Nürnberg bekannt gegeben. **Die Bauernräte des Nies' gaben bekannt, daß sie hinter der nach Bamberg ausgerissenen Regierung Hoffmann stünden und über die Städte München und Augsburg die Lebensmittelsperre wegen der Ausrufung der Räterepublik verhängt hätten.**

Räterepublik Fürth, Würzburg und Aschaffenburg

Am 6. April hatte in Fürth der Arbeiter- und Soldatenrat die Ausrufung der Räterepublik beschlossen, nachdem der Oberleutnant Mayer von der Fliegerabteilung die Erklärung abgegeben hatte, daß die ganze Garnison hinter der Räterepublik stehe. Man sandte ein Telegramm nach München, worauf die Antwort kam, daß alle Fabriken und Gebäude rot beflaggt werden sollen und die Exekutivgewalt an den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen habe. Da aber im Nürnberger Arbeiter- und Soldatenrat die Ausrufung der Räterepublik abgelehnt worden war und das Generalkommando des III. A.-K. die weitere Auszahlung der Löhnung für die Fürther Garnison verweigerte, wurde auch in Fürth die Räterepublik wieder aufgehoben.

Am 7. April hatte **Weibel in Würzburg und Sauber in Aschaffenburg die Ausrufung der Räterepublik durchgeführt.** Sie hatten entsprechend der Vereinbarungen in München gehandelt, während in Nürnberg die USPD.-Größen Simon usw. versagt und die Schneppenhorst und Braun die Bewegung zerschlagen hatten.

Die Erwerbslosen kümmerten sich nicht um den verhängten Belagerungszustand. Sie hielten am 9. April im Kulturverein eine von über 3000 Personen besuchte Versammlung ab. Werber berichtete

12. Parteitag der KPD.

Das Zentralkomitee der KPD. beruft den 12. Reichsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) für den 4. bis 10. Mai 1929 nach Dresden, Städtischer Ausstellungspalast, ein.

Tagesordnung:

1. **Bericht des Zentralkomitees:**
   a) **Die Arbeit der Partei seit dem 11. Parteitag. Referent: Genosse Heckert.**
   b) **Die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes. Referent Genosse Häbisch.**
   c) **Die Arbeit unter den werktätigen Frauen. Referent: Genossin Overlach.**
2. **Die politische Lage und Aufgaben der Partei:**
   a) **Die Beschlüsse des 6. Weltkongresses.**
   b) **Politische Lage und Aufgaben. Referent: Genosse Thälmann.**
3. **Der revolutionäre Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion und das Wehrprogramm der SPD. Referent: Genosse Remmele.**
4. **Wirtschaftskämpfe und revolutionäre Gewerkschaftspolitik. (Erwerbslosenfrage und sozialpolitische Arbeit.) Referent: Genosse Merker.**
5. **Anträge und Wahlen.**

Im Anschluß an die Tagung des Parteitages findet eine **Frauenreichskonferenz** und eine **kommunalpolitische Konferenz** statt.

Anträge zum Reichsparteitag müssen bis spätestens 30. April 1929 beim Zentralkomitee schriftlich eingereicht werden.

Der **Wahlmodus** der Delegierten zum Parteitag, sowie die Anzahl der den Bezirken zustehenden Delegierten ist den Bezirksleitungen durch Rundschreiben mitgeteilt worden.

Die Kosten der Delegationen (Fahrgelder, Lohnausfall und Spesen) sind von den Bezirken zu tragen.

Die Namen der gewählten Delegierten, sowie die Namen der Ersatzdelegierten sind sofort nach der Wahl dem Zentralkomitee mitzuteilen.

Presse- und Gastkarten sind beim Sekretariat des Zentralkomitees anzufordern.

Alle den Parteitag betreffenden Anfragen sind an das Sekretariat des Zentralkomitees zu richten.

Einheitlich und geschlossen für die Linie der Komintern

Der **Bezirksparteitag Wasserkante** nahm nach einem Bericht der Bezirksleitung, den der Genosse Grube erstattete, und einem Referat des Genossen Remmele vom ZK. über die Aufgaben der Partei die Resolution zu beiden Tagesordnungspunkten für die Linie des EKKI und des ZK. gegen nur 8 Stimmen der Versöhnler-Fraktion an. Anwesend waren 193 Delegierte, die Wahl der Bezirksleitung und der Delegierten zum Reichsparteitag erfolgte gegen 11 bzw. 9 Stimmen. **Kennzeichnend war, daß gleich zu Beginn des Parteitags die Versöhnler gegen das Telegramm des Bezirksparteitags an die Exekutive der KI. und gegen das Telegramm an die Reichskonferenz der KPdSU stimmten, bzw. sich der Stimme enthielten.** Vergeblich versuchten sie, den Eindruck, den diese Haltung auf die Delegierten gemacht hatte, zu verwischen.

Der **Bezirksparteitag Hessen-Frankfurt**, der am Sonnabend und Sonntag tagte, zeigte die vollste Einmütigkeit des Bezirks auf der Linie des 6. Weltkongresses. Der Bezirksparteitag stand im Zeichen der Betriebsratserfolge der revolutionären Opposition in den Höchster Farbwerken und bei der General-Motors-Opel, sowie der Vorbereitung auf die kommenden Massenkämpfe. Der Unterbezirksparteitag Gotha bekannte sich nach einer regen Diskussion einstimmig, bei nur zwei Stimmenthaltungen, vorbehaltlos für die Liste der Komintern.

SPD-Presse ohrfeigt sich selbst

Im Haushaltsausschuß des Reichstages haben in der vorigen Woche die Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen **die Bewilligung von 5 Millionen Mark für Kinderspeisungen gegen die Kommunisten abgelehnt.** Das entsprach, wie die SPD.-Presse zugeben muß, den Abmachungen zwischen den Sachverständigen, die den Hilferding-Etat und die Große Koalition im Auftrage der Trustbourgeoisie zusammengeschoben haben. Die „linke" „L. V." bemerkt dazu:

„Dieser Vorgang gehört zu den untragbarsten Ergebnissen, die die Koalitionspolitik bisher zeitigte. Erst der Panzerkreuzer, jetzt die Kinderspeisungen. Zwar hat die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt (aus Demagogie. Red. P. D.) für die zweite Rate des Panzerkreuzers zu sotieren. Trotzdem bleibt die Abspaltung der vier sozialdemokratischen Minister, die im Angesicht der Verhältnisse für die zweite Rate stimmen werden. (!) War schon das eine ungeheuerliche Belastung der SPD. so kennzeichnet der obige Vorgang im Haushaltsausschuß um so schärfer, was es mit dieser Koalitionspolitik auf sich hat. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses haben den kommunistischen Antrag abgelehnt, obgleich er im Tenor den sozialdemokratischen Forderungen vom Vorjahre vollkommen entsprach. . . Es bezeugt nur von neuem, wie Koalitionspolitik, wenn überhaupt, keineswegs getrieben werden darf."

Das sind Ohrfeigen ins eigene Gesicht. Haben doch die „Linken" in der Reichstagsfraktion den Abmachungen der Sachverständigen ihre Zustimmung gegeben und damit nicht nur zur Bildung der Großen Koalition geholfen, sondern auch ihre Stimme gegen die 5 Millionen für Kinderspeisungen abgegeben! Der letzte Satz des „L. V." Zitats bestätigt dazu nochmals die Bereitschaft zur Koalition, nur wünschen sie eine raffiniertere Politik derselben, die die SPD. in den Augen der Arbeiterschaft nicht zu sehr kompromittiert.

Ein Aufruf der bayerischen Großbauern

München, 24. April.

Die bayerische Landesbauernkammer, in der bekanntlich die größten bayerischen Agrarbarone neben einer stattlichen Anzahl Großbauern sitzen, und die keinen einzigen Vertreter des Klein- und Mittelbauerntums aufzuweisen hat, ruft wieder einmal zur „Bauernreinigung" in Bayern auf.

Der Zweck dieses Manövers ist deutlich: **Die Radikalisierung der kleineren und mittleren bäuerlichen Wirtschafter macht sich auch auf dem Dorfe im steigenden Maße bemerkbar.** Da ruft nun die Großbauernorganisation:

„Haltet Frieden in Dorf und Gemeinde. Wir erwarten, daß jeder Bauer, ob groß oder klein, eintritt in die Front der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Organisationen".

Die Melodie ist alt, das Lied ebenfalls. Es wurde schon so oft heruntergeleiert, daß es wohl kaum mehr als Rattenfängermelodie brauchbar ist. Frech und unverschämt, wie das bayerischen Großbauerntum und die bayerischen Feudaljunker immer schon waren, versuchen sie nunmehr die Schuld an der bäuerlichen Notlage gerade dem kleineren und mittleren Bauern selbst in die Schuhe zu schieben. Sie erklären, daß, wenn die Not nicht gemildert und das Ziel, das sie in ihren phrasenreichen Reden den Kleinbauern versprachen, nicht erreicht wurde, **„dann liegt die Schuld nicht zuletzt darin, daß ein große: Teil der Bauernschaft aus Unkenntnis und sträflichem Eigennutz den Organisationen fernblieb".**

Also weil der Kleinbauer gesehen hat, daß seine Interessen wesentlich andere sind, als die der Großbauern und Junker, deshalb weil er einsah, daß er sich in eine Front mit der Arbeiterschaft stellen muß, soll er seine Not verschuldet haben! Das ist wohl der Gipfel von Unverschämtheit, die sich die Großagrarier in Bayern bisher leisteten. Die Drohung soll ein letzter Wink mit dem Zaunpfahl sein, um die Kleinbauern in ihrer Abkehr von den Großgrundbesitzern und ihren Organisationen aufzuhalten.

über den in Berlin stattgefundenen Erwerbslosenkongreß. Es wurde rückwirkend ab 1. April die

Durchführung des Mietsstreiks

beschlossen, weil die Forderung auf Gewährung von Mietszuschüssen an die Erwerbslosen abgelehnt worden war.

Der vom A.-K. verhängte Belagerungszustand wurde als aufgehoben erklärt. Mit Rücksicht darauf, daß am Versammlungstag bereits in einer Reihe von Betrieben **Betriebsräte als Stützpunkte für die Räterepublik** gewählt worden waren, beschloß die Versammlung, auch ihrerseits **Arbeitslosenräte zu wählen.** Ein Redner erklärte im Auftrag eines Teils der Kommunisten, daß sie gemeinsam mit der USPD. an dem Zustandekommen der Räterepublik arbeiten wollten. Die Versammlung, die scharf gegen den Verrat der Mehrheitssozialdemokraten Stellung nahm, wurde mit einem Hoch auf die kommunistische Weltrevolution geschlossen.

Die Niederschlagung der Augsburger Arbeiter, die trotz heldenhaften Widerstandes durch die Weißen an den blutigen Ostertagen erfolgte, verschärfte auch in Nürnberg die Lage wiederum.

Die Kommunisten hatten sich unter Führung Grönsfelders eine kleine aber gute und aktive Organisation geschaffen. Die Lage wurde für die SPD. wieder kritischer. Die Tagespost hetzte in demagogischer und lügnerischer Weise gegen die Unabhängigen, Kommunisten und Erwerbslosen. Schauermärchen über den Terror der Bolschewistenherrschaft wurden zur Abschreckung der Spießer fabriziert. Der Arbeiter- und Soldatenrat wurde, weil er sich nicht restlos zur konterrevolutionären Politik der SPD. benutzen ließ, bei allen wichtigen Fragen übergangen, so auch bei der Verhängung des Belagerungszustandes durch das Generalkommando des III. A.-K. Die Unabhängigen traten deshalb am 23. April aus diesem Scheingebilde aus. In ihrer Austrittserklärung kennzeichneten sie die Situation durch folgende Feststellungen:

„Durch die weißen Garden Noskes verstärkt, vollzieht die aus bürgerlichen Kreisen zusammengesetzte Freiwilligensoldateska der Hoffmann-Schneppenhorstregierung die Niedermetzelung der revolutionären Arbeiter Südbayerns. Dagegen wäre es die höchste Aufgabe der Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft, die revolutionären Errungenschaften zu schützen."

Dieser Erklärung folgten aber keine Taten. Im Gegenteil, die zentristischen Führer der USPD. führten diesen Austritt durch, um die Arbeiter vom wirklichen Kampf abzuhalten.

Als sich zeigte, daß die weißen Truppen Noskes, Schneppenhorsts und Epps den Ring um das revolutionäre München immer enger zogen, wurden Freund, Simon und Aug. Meier zur Vermittlung nach Bamberg geschickt. Sie sollten mit Hoffmann verhandeln, damit die militärische Gewaltennahme Münchens durch die Weißen verhindert würde.

Hoffmann lehnte diesen Vermittlungsschritt ab.

Die sozialdemokratischen Minister trifft die volle Verantwortung für das blutige Wüten der weißen Banden in München.

Die revolutionären Arbeiter besinnen sich

Am 25. April planten die Sozialdemokraten eine große Versammlung, die die Nürnberger Arbeiter endgültig in die konterrevolutionäre Front der Erwürger der südbayerischen Arbeiterschaft eingliedern sollte. Große Plakate verkündeten, daß der Minister Sänger von der Hoffmannregierung im Velodrom

über die Gewaltherrschaft in München

sprechen würde. Die Versammlung wurde zu einer entscheidenden Niederlage der Sozialdemokraten.

Bereits am 24. April hatten die Erwerbslosen im Beckengarten eine Versammlung, die zu den sozialdemokratischen Plänen Stellung nahm. Auch die Unabhängigen hatten eine Versammlung gehabt. Die Stimmung in der Arbeiterschaft war erbittert. Da bekamen die Sozialdemokraten Angst. In der Tagespost veröffentlichten sie einen ungemein scharfen Hetzartikel unter der Ueberschrift:

„Putschisten seid gewarnt",

in dem Gewaltmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft angekündigt wurden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen SPD. und dem Generalkommando unter Schneppenhorst organisierte den Ueberfall auf die revolutionäre Arbeiterschaft. Die Versammlung sollte die Entscheidung bringen. Ihr sollte der verschärfte Kriegszustand und die Verhaftung der führenden Elemente der revolutionären Arbeiter folgen. Der einzige Erfolg dieser Hetze war, daß die Simon, Freund und Neumann in der Versammlung nicht zu finden waren. Die Arbeiter waren in Massen erschienen. 7000 Menschen füllten das Velodrom. Der Verlauf der Versammlung war stürmisch.

Als der Versammlungsleiter feststellte, daß der Referent erst später erscheinen werde, setzte ein ungeheurer Proteststurm ein. Unter stürmischem Beifall wurde ein Antrag der Opposition angenommen, daß der Referent, falls er erscheint, nur ¾ Stunden Redezeit erhält. Die Versammlung wurde von der empörten Arbeiterschaft beherrscht. Als Braun, der Abwürger der Hilfe für die Münchener Arbeiter, das Wort ergriff, mußte er wegen des erbitterten Widerstandes der Versammlung unverrichteter Dinge abtreten. Mittlerweile war Sänger erschienen. Er versuchte in einem provokatorischen Referat alle Schuld auf die Arbeiter zu schieben und die Taten der Hoffmannregierung zu verherrlichen. In seinen unter großen Tumultszenen begleiteten Ausführungen stützte er sich darauf, daß die Regierung Hoffmann am 7. März durch das Vertrauen des gesamten Volkes berufen wurde. In der nun folgenden Diskussion rechneten Weber und eine Reihe anderer Redner auf das schärfste mit den Sozialdemokraten ab. Unter dem ungeheuren Beifall der Versammlung deckten sie das Verbrecherische und Erbärmliche des Verhaltens der Sozialdemokraten auf.

Ein Soldat, der eben aus München kam, schilderte die wirklichen Verhältnisse. Der Kommunist Albert Schmitt zeigte dann auf, daß auch in Nürnberg durch das Generalkommando alle Vorbereitungen zur Vernichtung der revolutionären Arbeiterbewegung getroffen seien. Die Verhängung des Belagerungszustandes über Nürnberg sei ausschließlich von Schneppenhorst und der SPD. beschlossen und hinter dem Rücken der übrigen Verantwortlichen im Generalkommando durchgeführt worden. Unter großer Bewegung der Versammlung teilte er mit, daß in der Nacht Plakate angeschlagen werden sollen, in denen das Generalkommando ankündigt, daß jeder, der für die Räterepublik oder für den Generalstreik eintritt,

standrechtlich erschossen

werden soll.

Da Gerüchte gingen, daß bereits Arbeiter verhaftet worden seien, wurde eine Kommission gebildet, die am anderen Tag mit dem Generalkommando verhandeln sollte. Der Vorsitzende der Versammlung (der SPD.-Mann und Magistratsrat Schneider) verpflichtete sich gegenüber den laut gewordenen Befürchtungen, dafür zu sorgen, daß die Kommission verhandeln könne und daß niemand von ihr verhaftet würde.

Alle Anträge, die die Opposition einbrachte, wurden unter großem Beifall angenommen. **So die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, die Absetzung der Machthaber im Generalkommando, die sofortige Vornahme der Neuwahl des Arbeiter- und Soldatenrates, die Aufhebung der Pressezensur, sofortige Zurückziehung der nach München entsandten Truppen und die sofortige Einstellung der Freiwilligen-Werbung.** Ebenso wurde eine von Weber eingebrachte Entschließung angenommen, in der den Münchener kämpfenden Arbeitern die Solidarität ausgesprochen und zum Kampf gegen die „geistige" Einstellung der SPD. und gegen die Konterrevolution aufgerufen wurde. Unter großem Jubel wurde dann noch ein weiterer Antrag angenommen, daß die von der Mehrheitssozialdemokratie einberufene Versammlung sich hinter die Münchener Räterepublik stellt. Unter begeisterten Hochrufen auf die Räterepublik wurde die Versammlung geschlossen.

Die SPD antwortet mit dem Kriegszustand

Die sozialdemokratischen Konterrevolutionäre hatten in ihrer Hochburg eine entscheidende Niederlage erlitten, von der sie die schlimmsten Auswirkungen befürchteten, um so mehr, da auch die sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre Führer Stellung genommen hatten. Wir gingen mit gehobener Stimmung aus der Versammlung. Waren wir bisher nicht in der Lage gewesen, unseren kämpfenden Münchener Genossen aktiv zu helfen, so hatten wir doch vorläufig eine starke moralische Unterstützung erreicht und glaubten, daß es gelingen würde, nun auch aktiv eingreifen zu können.

Jetzt setzte mit aller Brutalität die Rache und der Gegenschlag der Sozialdemokraten und der Machthaber im Generalkommando ein.

Große rote Plakate kündigten am anderen Morgen folgendes an:

Kriegszustand!

„Grundlos wird versucht, die bestehende sozialistische Regierung zu stürzen und Ruhe und Ordnung zu stören. Deswegen ordnet das Kommando des III. A.-K. an:

Versammlungen jeder Art, öffentlich oder privat, sowie Umzüge, Anschläge, Demonstrationen ohne Genehmigung des III. A.-K. sind verboten;

Aufläufe, Zusammenrottungen von Gruppen, öffentliche Ansprachen sind verboten;

Oeffentliche Versammlungen bedürfen der Genehmigung;

Waffentragen ohne behördliche Genehmigung oder Ausweis ist verboten.

Vorstehende Bestimmungen ergehen auf Grund des Artikels 4, Abs. 2 des Kriegszustands-Gesetzes. Wer gegen obige Bestimmungen verstößt, wird strengstens bestraft."

Eine andere Bekanntmachung lautete:

Achtung!

Es ist festgestellt, daß Führer der USPD. und der Kommunisten gegen diese Bestimmungen hochverräterisch verstoßen. Ansammlungen werden nicht geduldet. Umzüge sind verboten. Das Militär wird gegen jeden, der die Anordnungen übertritt, mit Waffengewalt vorgehen. Die Bevölkerung sei gewarnt."

Diese beiden Bekanntmachungen waren gezeichnet vom Vollzugsausschuß des Kommandos des III. B. A.-K. (Hummel, Dr. Ewinger).

Außerdem hatte Schneppenhorst einen Anschlag machen lassen, in dem er gegen die verbrecherischen Machthaber in München und die Bolschewistenherrschaft loszog, den Erwerbslosen sofortige Arbeit versprach und den Abbau der Preise ankündigte. In der Unterschrift stellte er sich den Nürnberger Arbeitern als Militärminister vor.

Verhaftungen und Morde.

Es wurden denn auch in derselben Nacht alle bekannten revolutionären Arbeiter, die zu fassen waren, ja sogar die rechten Führer der USPD., verhaftet. **Zur Verhaftung von Albert Schmitt wurden 8 Kriminaler und 60 Mann Sicherheitspolizei mit Maschinengewehren losgelassen.** Sie umstellten das ganze Haus. Als sich Albert Schmitt zur Wehr setzte,

wurde er erschossen.

Sein erwachsener Sohn wurde dabei durch mehrere Kugeln schwer verwundet und ins Krankenhaus gebracht. Am selben Tag brachte die „Tagespost" heuchlerisch die Mitteilung: „Leider hätte es bei der Verhaftung heute früh ein Menschenleben gekostet. Der Kommunist Albert Schmitt wäre dabei erschossen worden."

Meine Verhaftung erfolgte durch drei Kriminaler. Auf meine Aufforderung zeigten sie mir den Verhaftungsbefehl, der von Hummel unterzeichnet war. Als ich erklärte, daß ich Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und des Vollzugsausschusses sei und daß Hummel kein Recht habe, uns zu verhaften, wurde mir eröffnet, daß sie Auftrag hätten, beim geringsten Widerstand mit Gewalt und der Waffe gegen uns vorzugehen. Daraufhin erklärte ich, ich werde mitgehen, damit es nicht heißen soll, „auf der Flucht erschossen". Beim Verlassen des Hauses bemerkte ich erst, daß die Treppe und das Haus umstellt waren. Bei der Einlieferung im Generalkommando sah ich dann, daß dasselbe zur Festung umgebaut war. **Die Eingangstore waren mit Stacheldraht, Kanonen und Maschinengewehren gesichert.** Im Hof dasselbe Bild; es wimmelte von bewaffneten Soldaten. Nach kurzer Zeit wurden wir — fast alle bekannten aktiven Genossen waren verhaftet worden — auf ein Lastauto mit umzogener Plane geladen. Mein Versuch, dabei an die Soldaten eine Rede zu halten, wäre mir beinahe schlecht bekommen. Aber die Genossen hatten die Situation schnell erfaßt und schubsten mich auf das Auto. In Begleitung einer Radfahrer-Abteilung wurden wir nach Dachau gebracht, wo wir in einen bereitgestellten Extrazug verladen wurden. Beim Uebergang zum Zug wurden wir von verhetzten Eisenbahnern als Lumpen beschimpft und einige Genossen geschlagen. Die bewaffnete Begleitmannschaft griff nicht ein.

Wir kamen ins Zuchthaus Ebrach. Die wachhabenden Soldaten hatten uns schon im Zug vor der Ebracher Bevölkerung gewarnt mit dem Bemerken, sie könnten für nichts garantieren, da die Landbevölkerung gegen die Spartakisten erbittert sei. Tatsächlich wurden wir beim Verlassen des Zuges beschimpft und wiederum einige Genossen geschlagen. Im Zuchthaus kamen wir in Einzelhaft. Kost und Behandlung wie Zuchthausgefangene, nur mit dem Unterschied, daß man uns nicht zur Arbeit zwang. Dort lernten wir auch unsere Münchener Genossen Hagemeister, Sauber, Waibl, Mühsam u. a. kennen. Beim Spaziergang im Gefängnishof, umgeben von einer hohen Mauer, wurden wir von den weißen Militärposten mit geladenem Gewehr überwacht.

Gegendemonstrationen der Arbeiter

Als der Arbeiterschaft die Vorgänge der Nacht bekannt wurde, als sie erfuhr, daß Schmitt erschossen und die anderen verhaftet worden waren, entstand große Erbitterung und Empörung. **Trotz Kriegszustand und Standrecht kam es zu erregten Demonstrationen.** Die Siedlungsarbeiter zogen zur Stadt und verlangten die Freilassung. Am Eggenberg kam es zu einem Zusammenstoß mit einem Radfahrerzug der Maschinengewehrabteilung. **Die Schießerei endete mit mehreren Verwundeten und Toten.** Zur Durchführung der Terrorherrschaft der Generalkommando-Gewaltigen war die Deutschhaus-Kaserne in weitem Umfange verstärkt gesichert. Die umliegenden Straßen waren mit Maschinengewehren und Schützen besetzt und durch dichte Postenketten abgesperrt.

Die Brutalität und der konterrevolutionäre Verrat der Sozialdemokraten wurde mit aller Deutlichkeit klar, als wir nach acht Wochen Einzelhaft in Ebrach vor das Standgericht in Nürnberg gestellt wurden. Die erhobene Anklage wegen Hochverrat brach völlig zusammen. Der größte Teil der Genossen wurde freigesprochen; im übrigen nur geringe Strafen verhängt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt waren. Dieser Ausgang bewies mit aller Deutlichkeit, daß es den SPD.-Leuten und den Beherrschern des Generalkommandos in jenen Tagen nur darauf ankam, mit allen Gewaltmitteln in Nürnberg die Arbeiterschaft niederzuhalten, damit die Oven und Epp an der Münchener Arbeiterschaft ihr blutiges Handwerk vollenden konnten.

W. W

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Eine Maifeier unter illegalen Verhältnissen

Sitzung des Kreiskomitees: Tagesordnung: „1. Mai". Ein Teil der Mitglieder spricht gegen eine Demonstration mit der Parteifahne, denn sie befürchten ein Fiasko. „Die Polizei wird sich auf die Fahne stürzen und sie mit brutaler Gewalt rauben wollen, es wird zu Blutvergießen kommen und wir sind viel zu schwach, um uns dann halten zu können". Solche und ähnliche Argumente wurden gegen die Demonstration ins Feld geführt.

Genosse Robert aber behauptete seinen Standpunkt. **„Genossen, wir müssen den Anfang machen! Die Massen werden uns verteidigen. Wir sind Revolutionäre und fürchten keine Opfer, wenn die Sache es erfordert! Wir feiern den 1. Mai — um jeden Preis!"** schrie Genosse Robert. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Demonstration auf jeden Fall durchzuführen.

Genosse Jordan und ich wurden beauftragt, die Vorbereitungen zu treffen. Ich kaufte zwei Meter roten Stoff und gab sie einem Maler, der mit Silberfarbe eine Aufschrift darauf malte. Genosse Alfred bekam den Auftrag, eine zusammenlegbare Stange zu verfertigen.

Der 1. Mai kam heran. Wir luden die Sozialdemokraten zu einer Konferenz, um eine gemeinsame Maifeier zu besprechen. Die Konferenz dauerte bis 3 Uhr früh und endete ohne Resultat. So wie wir gekommen waren, gingen wir wieder. **Die Sozialpatrioten lehnten es ab, mit uns zu demonstrieren, boten aber dafür an, unter ihren Fahnen mitzugehen. Sie versuchten, uns beizubringen, daß wir unbedingt zu schwach, wären. So gingen wir also auseinander.**

1. Mai. Ein herrlicher Tag. Ein blauer Himmel blickte auf uns herab, kühl streichelte uns der Maiwind. Die Massen versammelten sich am Platz. Unsere Schutztruppe, 60 Mann stark, war bewaffnet. Selbstverständlich ahnte niemand, auch die eigenen Genossen nicht, daß wir eine Kampftruppe zur Stelle hatten, um im Notfall die Fahne zu verteidigen. In der Schutztruppe waren lauter junge Bergarbeiter.

Genosse Jordan brachte die Fahne, unterm Rock verborgen, Genosse Alfred die Stange. Der Platz war schwarz vor Menschen. Ich bemerkte viele verdächtige Individuen, die wie Schlangen herumschlichen und nach allen Seiten spähten.

Wir schritten zur Arbeit. Ich ging in ein Vorhaus, die Genossen Alfred und Jordan folgten mir. Dort wurde das Fahnentuch an der Stange befestigt. „Wohin gehen wir?" fragte Genosse Alfred. „Dort, wo die Massen sind, nehmen wir Aufstellung" erwiderte ich. „Kommt, Genossen?" Wir bahnten uns einen Weg durch die Massen. Soweit es möglich war, machten uns die Arbeiter einen Durchgang frei, so daß wir bald bei der Tribüne angelangt waren. Ein PPS-Abgeordneter sprach gerade. Unsere Genossen riefen: „Hoch" als unsere Fahne sich zeigte. Die Masse antwortete mit „Hoch, hoch, hoch!"

„Genossen, wir werden von Agenten Moskaus provoziert! **Eine bolschewistische Fahne ist hier eingeschmuggelt worden. Zeigt diesen Agenten Lenins, wo wir hingehören!"** rief mit Schaum auf den Lippen der Sozialpatriot Czapinski. Aber seine Pogromagitation fand nur Anhänger bei den sozialdemokratischen Bonzen. Die Masse dagegen reagierte nicht auf diese Hetzrede. Ein immer größerer Kreis umgab die Fahne, die stolz in den Mailüften wehte. Das Referat des Bonzen war zu Ende.

„Genossen, Genossinnen! Im Namen der kommunist ...." Genosse Stefan konnte nicht weiter sprechen, denn **das Rednerpult war mit ihm von PPS-Männern umgekippt worden.** Genosse Stefan lag am Boden. Die Sozialdemokraten hielten d. Moment für Fahnenraub geeignet und stürzten sich auf die Fahne. Ich wußte, daß die Bergarbeiter sie mit ihren Körpern decken würden. Sie standen bereit, die Hände in den Taschen, wo sie Pistolen hatten.

Ich sprang auf den Tisch, der wieder aufgestellt war und von unseren Genossen geschützt wurde. **„Genossen, Arbeiter, Arbeiterinnen! Die kommunistische Partei feiert den 1. Mai als Kampftag ... trotz Polizei und sozialdemokratischen Terror (Die PPS. hat den 1. Mai, den proletarischen Kampftag, in einen antiproletarischen Kampftag verwandelt! Ein Genosse wurde von der Tribüne geschleudert. Man hetzt zu einem Progrom gegen die Kommunisten! Wer für die Revolution ist, demonstriert unter unserer Fahne? Es lebe die Kommunistische Partei!"**

„Polizei! Polizei! Die sozialdemokratischen Bonzen liefen hin und her und versuchten die Massen hinter ihre Fahnen zu bringen.

Ein Schuß fiel, abgegeben vom Sozialfaschisten Grejzar. Genosse Georg wankte, in die linke Brustseite getroffen. Ein Handgemenge entstand zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Ich stand in der Mitte — auf einer Seite Polizei und Kampftruppen der PPS. auf der anderen Seite die Massen — und wir, etwa 300 Mann.

„Genossen! Hebt mich!" Zwei Paar Arbeiterhände hoben mich auf die Schultern der Genossen. Ich schrie aus voller Kehle: „Arbeiter! Ein junger Bäcker, Genosse Georg Hereda, wurde eben durch ein Mitglied der PPS, Bojowka Grejzar schwer verwundet. Genossen, Arbeiter, verhindert ein Progrom durch die Polizei und die Arbeitermörder! Wer für den Sieg der Arbeiterklasse, für die Revolution ist, der demonstriert und verteidigt die Fahne der Revolution. Reiht Euch ein in unseren Zug! Es lebe die Kommunistische Partei!"

„Hoch, hoch, hoch!" brauste es aus 40 000 Kehlen.

„Genossen Stefan ist es gelungen, den Spitzeln zu entkommen!" rauhte mir Karl ins Ohr.

„Anstellen! Anstellen! Schließt die Reihen!" rief Genosse Andreas. Die Situation war gerettet. Immer neue Scharen schlossen sich uns an. Ich merkte sofort, daß die Polizei uns auf der Straße erwartete, um einen Durchbruch des Demonstrationszuges zu versuchen und die Fahne zu rauben.

„Genosse Alfred! Mit der Fahne 30 Schritt zurück! Die Fahne wird bis aufs Aeußerste verteidigt!" rief Genosse Fritz, der Führer der Schutztruppe.

Die ersten Reihen setzten sich in Bewegung. Ob Gewehr in Händen und gab es an Genossen Albert folgten, konnte ich doch nicht stehen bleiben. Ich mußte in der Masse verschwinden, um nicht verhaftet zu werden. Ich in der 9. Reihe, in der auch die Fahne getragen wurde. 20 bis 25 Schritte von uns wurde die Straße von der Polizei mit blanken Bajonetten abgesperrt. Die Genossen in den ersten Reihen stimmten an: „Des Volkes Blut verströmt in Bächen." Jeder ging entschlossen, ohne zu zögern, in die Bajonette.

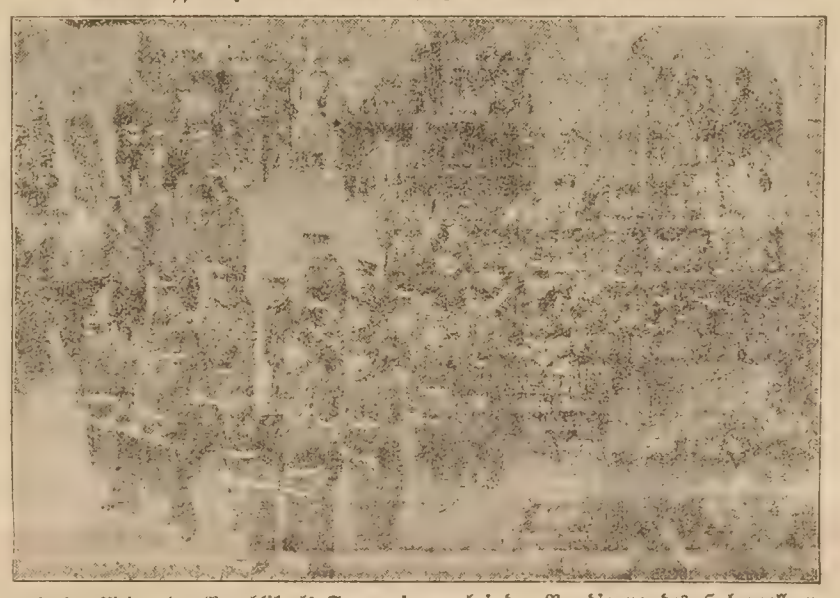
„Halt! oder es wird geschossen!" schrie der Polizeioffizier und spähte nach der Fahne, die noch gegen 15 Schritte von ihm entfernt war. 20 Polizisten standen kampfbereit. Genosse Rudolf ergriff das Gewehr eines Polizisten am Lauf und schlug mit dem Fuß auf den Kolben. Bevor der Polizist sich orientieren konnte, hatte Rudolf das Gewehr in Händen und gab es an Genossen Albert weiter. Die Polizei wagte es nicht, zu schießen. Wir durchbrachen die Kette und entwaffneten die übrigen 19 Polizisten, bevor sie Verstärkung bekamen. Die Gewehre verschwanden —.

Wir marschierten unbehindert durch die Hauptstraßen, bis der Zug sich auflöste und die Fahne unter dem Rock des Genossen Hans verschwand.

Die Fahne ist noch bis heute in unserem Besitz, aber viele der Teilnehmer und Leiter der damaligen Demonstration fehlen. Sie sind entweder im Gefängnis, oder im Kampf gefallen.

Es naht aber jener 1. Mai, der ein Gericht sein wird über alle jene, die an jenem 1. Mai ihre Hände mit Arbeiterblut besleckten.

Die „republikanische" Reichswehr



32 Marineoffiziere der Republik als Sargvorspann bei der Beerdigung des Hohenzollern-Heinrich v. Preußen

Ein frommer Beichtvater und — Mädchenschänder

Durch einen Zufall ist ein ungeheuerliches Verbrechen eines katholischen Pfarrers im Rheinland an die Oeffentlichkeit gekommen. Das 12jährige Mädchen Käte Z. aus Leichlingen fiel seinen Angehörigen durch gedrücktes Wesen auf. Zur Rede gestellt, gestand es schließlich, daß der Pastor Rohde von Langenfeld sich an dem Kind wiederholt vergangen hatte. **Der Beichtvater hatte das Kind, wenn er mit ihm allein im Schulzimmer war, umarmt, an der Brust betastet, auf die Schulbank gestellt, seinen und des Kindes Unterkörper entblößt und sich an dem Kinde in der schwersten Weise vergangen.** Diese Schändung hat der fromme Seelsorger von Ostern 1928 bis zum Herbst an dem Kinde begangen. Er hat sich nicht gescheut, dem Kind nicht nur gleichzeitig die Beichte abzunehmen, sondern es auch zur Kommunion zu führen.

Dieser Skandal in Langenfeld ist jedoch sicher nur ein Ausschnitt aus dem Sumpf hinter „geweihten Mauern", den die Arbeiterklasse einmal ausrotten muß.

Neue Klassenurteile gegen die kommunistische Presse

Am 23. April wurde der frühere verantwortliche Redakteur der „Freiheit" in Düsseldorf zu 14 Tagen Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in einem Artikel, der sich auf das Schandurteil des Duisburger Arbeitsgerichts gegen die kämpfenden Nordwestarbeiter bezog, geschrieben hatte:

„Die Weimarer Republik, dieser Ausbeuterstaat, hat durch sein Klassengericht eine Entscheidung gefällt, wie sie die Unternehmer gewollt haben."

Max Hölz in München?

Glossen von Carolus

Bayernkundgebung im Hofbräuhaus.

Der Festredner am Schlusse seiner Ausführungen: „... Deshalb: Nieder mit de Saupreißen! Hoch unser bayrischer Gerstensaft! Stimmt an das Lied voll Klang und Kraft: „Bayern, Bayern über alle Brauereien in der Welt ...!" — Dans, zwoa, drei! Gsuffa!"

— — — Bravoooo!! — — —

Zur Diskussion meldete sich auch ein Fräulein Kirchenknie, erste Trompeterin des Münchner Hausfrauenbläserchors:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Ich habe erfahren (— — Bravo — —) daß die Münchner Kommunisten den berüchtigten Hölzl, den Reiberhauptmann, nach München bringen wollen, damit er eine Unruhe anpflanzen soll (Oho!). Da müssen wir auf der Wacht sein ..."

„Sehr richtig!" — „Was, der Hölzl, der Hölz, der Reiberhauptmann?" — „Nieder mit de Kommunisten, nieder mit'n Hölz! Hoch König Ludwig III!" — Damischer Hund, da Ludwig is doch scho g'storbn ..." — „Des is ja wurscht!" —

„Dem Hölz, dem werd'n ma scho hoamleichten, dem Bruder ..." damit warfen ein paar wackere **Männer ihre Fracks** auf die Stühle, daß die Orden nur so klimperten und ... „dchtul .." spuckten sie sich in die Hände.

*

Republikanischer Staatsbürger Kängern war auf dem Heimweg von der Kundgebung. Die seit Jahrzehnten still und treu vor der Feldherrnhalle Wacht haltenden steinernen Löwen schienen ihm mit den Zähnen zu fletschen und im Begriffe zu sein, von den Sockeln herunterzuspringen. — „Da muaß was net ganz in Ordnung sein. Am End verpfuscht uns der Hölz unsere ganze bayerische Aktion?" „Keine Angst, Herr Nachbar", mischte sich ein Blumenhändler ein, „mir wurde von einem meiner besten Kunden, einem prominenten Sozialdemokraten bereits versichert, daß Hölz in München nicht sprechen werde, dafür sei gesorgt ..." „So g'hört sich's auch, an Reiberhauptmann, der gang uns noch ab. Aber der Hölz, der Bazi, der is so frech und kummt trotzdem, der fragt net lang ..."

*

In der Geburtstagsfeier eines großen Münchner Polizeimannes ging es sehr gemütlich und lustig her. Eine große Münchner Brauerei hatte ein ganz besonders feines Exportbier, den „Polizistor" gratis zur Verfügung gestellt und ... die Versammlung mit Max Hölz war ja verboten. Man konnte also ganz getrost am anderen Morgen zu spät in den Dienst kommen. Für die Abteilung VIa der Münchener Polizeidirektion jedoch wurde das zum Verhängnis. „Himmelhergottsakrament! Meine Herren, was machen wir? Hier liegt eine Meldung, Max Hölz sei in München und wolle sprechen!! .." — Einige der ... Herren warfen den Mantel (nicht zu verwechseln mit dem Polizeipräsidenten Mantel) um und verschwanden.

*

Kurz nach Mittag war der erste Appell. Zuerst wurden die Berichte von den Haussuchungen abgehört. „Leider, leider, bis jetzt noch keine Aussicht. Hier haben wir neben den bekannten Broschüren Kleider, Stiefel usw. beschlagnahmt, die Hölz eventuell tragen könnte ..." „Ach, was nützt uns das?"

„Herr Direktor, eine Spur gefunden, Max Hölz muß in München sein. Hier, sehen Sie: Max Hölz spricht, eine Grammophonplatte ebenfalls beschlagnahmt." „Das ist gut, wir werden ihn bald haben, lassen Sie Platte mal bitte sofort ablaufen ..." „Genossen! ..." „Ja, ja, das ist er. Man wird ganz nervös bei der Sache. Wir haben ja erst seine Stimme. Meine Herren, wir brauchen ihn ganz. Alle beweglichen Kräfte weiter auf die Suche!"

*

Zweihundert Kriminalbeamte suchten stundenlang Max Hölz in München. Einer trappte als Zeitungsverkäufer durch die Lokale. Max Hölz hat er nicht gefunden, aber ziemlich kommunistische Zeitungen hat er verkauft. Bei der Berichterstattung im Polizeigebäude fiel ihm vor Wut das Gebiß aus dem Mund. Ein anderer schob stundenlang einen Handkarren durch die Straßen und spähte nach [illegible], denn er stammte aus Niederbayern. Die anderen liefen als Bettler, Waisenknaben, Gepäckträger, Ausländer, Kinderfräuleins, Kuhhälter und sonstige Kriminalbeamte herum. Auch kriminelle Radler und Flaker verfolgten Max Hölz. Von der blauen Pickelhaubenpolizei war nichts mehr zu sehen. Alles in Zivil ..

Und noch nicht hatten Sie Herrn Hölz kennen gelernt ...

*

„Herr Polizeipräsident! So geht das nicht weiter. Verkehrsunglücke in der ganzen Stadt. Was glauben Sie denn, die Geschäftsleute ... Wenn Sie sämtliche Straßen um die Münchner Bahnhöfe absperren lassen, ist doch an keinen Fremdenverkehr zu denken. Hölz kann doch schon in München sein, oder wissen Sie ganz bestimmt, daß er erst ankommt?"

„Herr Kommerzienrat! Wenn wir Hölz erst nach München hereinlassen, dann spricht er ganz bestimmt. Dann haben wir den Saustall. Dann ist die öffentliche Ordnung und Sicherheit erst recht gefährdet. Und wir wissen ganz bestimmt, daß Hölz noch nicht in München ist ..."

Bei der Untersuchung der in den Münchner Bahnhöfen verhafteten Personen hat sich herausgestellt, daß niemand mit Max Hölz intendlfizierbar war. Die Leute wurden deshalb enthaftet. Gleichzeitig bekam die Reichswehr und die Polizeiwehr den Befehl, sämtliche Kanonen, Minen- und Flammenwerfer sowie Maschinengewehre zurückzuziehen, da Max Hölz nicht in München sei, sonst hätte man ihn finden müssen. Verhaftet wurden neuerdings nur ein paar Arbeiter, die in hochverräterischer Weise äußerten: „Wir bayerischen Arbeiter warten auf Max Hölz und sorgen dafür, daß er zu uns sprechen kann."

*

Der Mut und die Entschlossenheit Max Hölz spucken über die Aktionen der Münchner Polizei. Max Hölz hat unter stürmischem Beifall trotz Verbot in München gesprochen, unterm Schutz der revolutionären Münchner Arbeiterschaft. Wir haben Max Hölz gehört und werden ihm folgen, wenn sein Kampfruf ertönt: „Auf zur entscheidenden Schlacht!"

Neuer Massenstreik in Bombay

WTB. Bombay, 26. April.

Der gestern von den Gewerkschaften angesagte Streik der Textilarbeiter hat heute begonnen. Von 84 Spinnereien liegen 38 still. Etwa 100 000 Arbeiter sind betroffen. Es handelt sich bei dem Streik wie bereits gemeldet, nicht um eine Lohnfrage, sondern um einen Protest gegen Maßregeln der Arbeitgeber.

Die neue Streikbewegung in Indien ist von großer Bedeutung. Kaum sind die letzten Riesenstreiks in den großen Industriestädten Indiens vorüber, beginnt schon wieder ein Streik, an dem nicht weniger als 100 000 Textilarbeiter beteiligt sind. Dieser Streik trägt zudem noch ziemlich starken politischen Charakter, weil es sich um eine Solidaritätsaktion der Arbeiter handelt. Daß er gerade in derselben Zeit stattfindet, in der England einen Riesenprozeß gegen kommunistische Führer aufzieht, beweist die ganze Verschärfung der Lage in Indien.

Die Abrüstungskomödie in Genf

Ein deutscher Antrag über die Luftabrüstung

WTB. Genf, 25. April.

Bei Fortsetzung der Aussprache über das Kapitel der Luftrüstungen hat der Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz heute Vormittag einen neuen deutschen Antrag behandelt zwischen Annahme die Berücksichtigung der bekannten deutschen Forderung nach Einbeziehung des gelagerten Kriegsmaterials zunächst für die Luftstreitkräfte bedeutet hätte. Der Abkommensentwurf von 1927 sieht nur die zahlenmäßige Beschränkung der im aktiven Dienst eingestellten Flugzeuge und Luftschiffe vor, während Deutschland bereits damals in einem Vorbehalt die Forderung aufgestellt hätte, daß das **gesamte Kriegsmaterial der Luftstreitkräfte, also auch das Reserve- und das gelagerte Heeresmaterial** in die Abrüstungskonvention mit einbezogen werden muß.

Der heutige deutsche Antrag war in dieser Richtung gehalten. Er wurde von Frankreich, Südslawien und Japan abgelehnt und fand nur **die Unterstützung Litwinows.** Nachdem die von der deutschen Delegation verlangte Ueberweisung an einen Expertenausschuß abgelehnt war, zog Graf Bernstorff den Antrag, der vorwiegend technischen Charakter trage und später der Abrüstungskonferenz zugehen werde, zurück. Die Aussprache über die Frage der Einbeziehung des Kriegsmaterials wurde auf amerikanischen Vorschlag bis zur Behandlung des Kapitels über Luftstreitkräfte und deren Rüstungen vertagt.

Am Freitag vormittag fand nochmals eine Debatte über die Frage der Abrüstung der Luftschiffahrt statt, wobei insbesondere der amerikanische Delegierte gegen jede Abrüstung auftrat, die die Zivilluftfahrt beschränken könne. Da die Zivilflugzeuge jederzeit für Kriegszwecke benützt werden können, war der Sinn dieses Vorstoßes klar.

Dann gab es am Schluß der Sitzung eine Sensation, als der amerikanische Delegierte die Erklärung abgab, daß seine Regierung auf die Einbeziehung der ausgebildeten Reserven in das Abrüstungsabkommen verzichte. Diese amerikanische Erklärung bedeutet ein Entgegenkommen vor allem gegenüber Frankreich, da sich dessen Delegierte gegen die Einbeziehung der Reserven mit allen Mitteln wehrten. Die amerikanische Erklärung wurde deshalb insbesondere von den französischen Vertretern begrüßt, während der deutsche Delegierte ankündigte, daß er am Samstag vormittag erneut seinen Standpunkt über die Einbeziehung der Reserven in das Abrüstungsabkommen vertreten werde.

Oeffentliche Gebäude sind durch Bomben zu zerstören

Newyork, 26. April.

Am 15. Mai werden die größten Luftmanöver beginnen, die je in den Vereinigten Staaten abgehalten worden sind. Sie werden mehrere Wochen dauern und die gesamten Luftstreitkräfte werden daran teilnehmen. Der interessanteste Teil des Manövers dürfte ein Nachtbombardement der Stadt Newyork durch mehrere hundert Flugzeuge sein. Die Stadt wird von Süden her angegriffen. Der Plan lautet: Alle wichtigen öffentlichen Gebäude sowie Wolkenkratzer sind durch Bomben zu zerstören. Die Stadt wird durch ein aus Norden kommendes Luftgeschwader verteidigt werden. Bei dem Bombardement werden die Bomben durch kleine leuchtende Fallschirme dargestellt werden.

Kabinett der Schwerindustrie in Oesterreich

Streeruwitz mit der Regierungsbildung beauftragt

WTB. Wien, 26. April.

Der Christlichsoziale Klub hat den Abgeordneten Streeruwitz beauftragt, Verhandlungen wegen der Regierungsbildung mit den anderen Parteien zu führen. Streeruwitz hat die Fühlung mit den anderen parlamentarischen Parteien, besonders mit den Koalitionsparteien bereits aufgenommen. Die Entscheidung ist nicht vor Montag zu erwarten, da für diesen Tag der Landbund seinen Vollzugsausschuß einberufen hat, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen.

Der neue Bundeskanzler Streeruwitz gilt als ausgesprochener Vertrauensmann der Schwerindustrie. Als solcher wurde er seinerzeit sogar in die Christlich-Soziale Partei delegiert. Die bürgerlichen Parteien und auch die Heimatwehren haben sich mit der Kandidatur Streeruwitz einverstanden erklärt. Die Verhandlungen zwischen den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten stehen ebenfalls vor dem Abschluß, so daß man mit der Neuwahl der Regierung Anfang der kommenden Woche rechnet.

Landtagswahlen in Tirol

Stimmenverlust der Großdeutschen und Nationalsozialisten.

S&B. Innsbruck, 28. April.

Für die heute in Tirol durchgeführten Wahlen für den Landtag waren zehn Listen eingereicht worden gegenüber fünf bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1925. Von den insgesamt neun politischen Bezirken liegen bisher aus fünf vollständige Ergebnisse, darunter aus folgenden zwei Grenzbezirken, vor.

Im Bezirk Kufstein wurden 22 168 gültige Stimmen abgegeben, davon für die Nationalsozialisten (Hitlerrichtung) 160, Kommunisten 36, Angestelltenpartei 282, Sozialdemokraten 5615 (1925: 5284), Großdeutschen 1078 (1746), Tiroler Volkspartei 12645 (12745), Landbund 309, Ständebund 1517, Wirtschaftsbund 491, Nationalsozialisten (Oesterreichische Richtung) 35 (498).

Im Bezirk Reute wurden 8669 gültige Stimmen abgegeben, davon für die Nationalsozialisten (Hitlerrichtung) 1, Kommunisten 0, Angestelltenpartei 176, Sozialdemokraten 789 (611), Großdeutschen 187 (501), Tiroler Volkspartei (6474 (6125), Landbund 19, Ständebund 1018, Wirtschaftsbund 1, Nationalsozialisten (Oesterr. Richtung) 4 (67).

In Osttirol (politischer Bezirk Lienz) wurden 15 920 gültige Stimmen abgegeben, davon für die Tiroler Volkspartei 13 518 (11 669), Sozialdemokraten 1662 (1483), Großdeutschen 0 (979), Nationalsozialisten (Oesterr. Richtung) 0 (279).

Reservisten-Kundgebung in Frankreich

Die kommunistische „Humanité" behauptet, im Reservistenlager von Oberhossen herrsche seit einigen Tagen große Erregung sowohl wegen der Reservistenübungen an sich, als auch wegen der schlechten Behandlung und Ernährung. Am 23. April hätten die Reservisten des 31. Dragoner-Regiments manifestiert und einen Vorgesetzten sogar angegriffen. Nach dem Blatt sind sechs der Manifestanten festgenommen und ins Militärgefängnis von Hagenaus eingeliefert worden.

Arbeiterdeportationen in Italien

Wie Mussolini die Erwerbslosenfrage löst

WTB. Rom, 27. April.

Auf Grund der Bestimmung des Premierministers, die Stadt Rom von unbeschäftigten Elementen zu befreien, um die Baracken in den Vorstädten der Hauptstadt im Interesse der Aesthetik und Hygiene niederreißen zu können, sind gestern die ersten Beschäftigungslosen in ihre Heimat und anderswohin befördert worden, und zwar 80 Familien bestehend aus 300 Köpfen. In den nächsten Tagen werden weitere Beschäftigungslose abgeschoben. Diese Arbeiterfamilien waren vor einigen Jahren aus ihrer Heimat, den Abruzzen und Apulien, nach Rom gezogen, um dort als Straßenarbeiter Verwendung zu finden. Nun werden sie bei den landwirtschaftlichen Meliorationsarbeiten, die jetzt in Italien in großem Stile vorgenommen werden, beschäftigt.

Staatsstreichpläne in Rumänien

WTB. Budapest, 26. April.

Wie dem „Pester Lloyd" aus Bukarest gemeldet wird, veröffentlicht heute das Blatt „Adevarul" sensationelle Enthüllungen über die Absicht gewisser rumänischer Militärkreise in Rumänien einen Staatsstreich durchzuführen und eine Diktatur ähnlich wie in Slawien zu proklamieren. Diese Absicht wird damit motiviert, daß die Regierung Maniu für die Verteidigung der Landesinteressen zu schwach sei und daß auch der Regentschaftsrat seinen Aufgaben nicht gewachsen wäre. Man müsse daher die Verwaltung der Erbschaft des Königs Ferdinand übernehmen, um sie dem König Michael anläßlich seiner Großjährigkeit unberührt übergeben zu können.

Die erste Manifestation dieser Bewegung der Militärkreise soll am Jahrestage der Schlacht bei Marasch esti, am 9. Mai dieses Jahres, stattfinden. In Regierungskreisen wird dem Blatt zufolge diese Bewegung mit einer gewissen Sorge betrachtet, doch hofft man, sie noch unterdrücken zu können, da die Regierung überzeugt ist, in der Verteidigung der Verfassung und der Demokratie auf die Unterstützung des ganzen Landes rechnen zu können. Auch die liberalen Kreise sollen bereit sein, der Regierung im Kampf gegen die Militärdiktatur beizustehen.

Persien erkennt den Irak an

WTB. Bagdad, 26. April.

Heute wurde der in Teheran weilenden Irakmission formell das Schriftstück überreicht, in dem die Anerkennung des Irak durch Persien ausgesprochen wird. Dieses Ereignis, über das ein Telegramm des Führers der Mission, des Privatsekretärs des Königs, Fessal, Mitteilung macht, bedeutet das Ende einer langen Periode von Reibungen zwischen beiden Ländern.

Arbeitsgemeinschaft in England

London, 24. April.

Der britische Industriellenverband hat gestern gemeinsam mit dem Generalrat der Gewerkschaft eine Resolution angenommen, nach der ein gemeinsamer Ausschuß von Unternehmern und Gewerkschaftsführern eingesetzt wird, der die beste Methode für eine ständige Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmern prüfen soll.

Razzia gegen RH in der Tschechoslowakei

RHH. Am Sonntag, den 21. April überfiel die Prager Polizei in Prag-Karlin das Sitzungslokal der erweiterten Zentralleitung der Roten Hilfe unmittelbar nach der Eröffnung der Sitzung. Die Beamten forderten die Anwesenheitsliste. Als die Versammelten gegen diesen ungesetzlichen Eingriff protestierten, erklärten die Polizisten die Sitzung für aufgelöst. Erst nachdem die Abgeordnete Landova-Stychova, ferner die Rechtsanwälte Dr. Bartoschek und Dr. Pollak beim Polizeipräsidium Protest eingelegt hatte, konnte die Sitzung stattfinden.

WTB. Nocales (Arizona), 23. April.

Zwei Mexikaner, die beschuldigt wurden, Spione im Dienste der mexikanischen Regierung zu sein, wurden gestern Abend in Nogales (Sonora) auf Befehl der militärischen Behörden der Aufständischen hingerichtet.

Vom weißen Kreuz zur Roten Fahne

Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse

Von Max Hölz

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50
(Nachdruck verboten)

19

In Falkenstein kam ich mittags an. Meine erste Frage war: „Habt Ihr schon die Reichswehr entwaffnet?" Ich wußte, daß Falkenstein noch mit den Truppen belegt war, die mich suchten. Ein Genosse erklärte, ein Teil sei dafür gewesen, die Reichswehr zu entwaffnen, der andere Teil der Genosse habe jedoch davor gewarnt, da das ein zu schwieriges Unternehmen sei.

Jetzt galt es zu handeln, und zwar ohne jeden Zeitverlust. Ich verlangte, daß sofort alle erreichbaren Genossen zusammenkämen und daß wir die Reichswehr durch einen Handstreich entwaffneten. Aber noch ehe diese Weisung alle Genossen erreichte, rückte die Reichswehr aus der Stadt ab, da sie Befehl zum Abmarsch bekommen hatte. Sie war als Verstärkung für die Reichswehrtruppen in Thüringen angefordert worden, die dort bereits am offenen Gefecht mit den Arbeitertruppen lagen. Als ich das hörte, packte mich ein grenzenloser Zorn. Ich fluchte und schimpfte auf die säumigen Genossen, begab mich nach dem „Hotel zum Falken" und sah dort noch mehrere Lastautos mit Benzinfässern, die von kleinen Reichswehrkommandos bewacht wurden. Der größere Teil der Truppen war bereits auf dem Wege nach [illegible]

Mit etwa sechs [illegible] die zurückgebliebenen [illegible] nahmte die Autos sam[illegible] durch bekamen wir ein[illegible] entwischte uns auch [illegible]

findlichen Truppen, die sofort Kehrt machten und Falkenstein wieder besetzten. Vor dem Schloß kam es zu einer Schießerei zwischen Arbeitern und Soldaten. Wir konnten mehrere Soldaten entwaffnen, mußten dann aber der erdrückenden Uebermacht weichen und uns in Sicherheit bringen.

Nun begann eine tolle Verfolgung. Nie in meinem Leben bin ich so gelaufen wie an diesem Tage. Während der wahnsinnigen Hetzjagd wurde mein Fuß mit einemmal gesund. Als ich — den Reichswehrsoldaten glücklich entwischt — in Auerbach anlam, spürte ich nicht die geringsten Schmerzen mehr.

Ein paar auf der Straße stehende Arbeiter fragte ich, welche Maßnahmen die Auerbacher Arbeiterschaft getroffen hätte, um dem monarchistischen Putsch zu begegnen. Sie sagten, der Arbeiterrat hätte eine Versammlung einberufen, die soeben im Schützenhaus stattfinde. Ich ging hin. Ein paar hundert Meter vor dem Lokal sah ich, daß die Versammlung schon beendet war, und die Massen fortströmten. Mein Ruf: „Alles zurück in den Saal, ich habe der Arbeiterschaft Wichtiges zu sagen!" fand sofort Gehör.

Im Nu war der ungeheure Saal wieder gefüllt, ich ergriff das Wort und verlangte, daß alle Frauen den Saal verlassen. Diese Forderung rief eine ungeheure Spannung bei den Massen hervor, und die Frauen gingen aus dem Saal. Ich ließ die Ausgänge absperren und gut bewachen, so daß niemand nach außen Meldung machen konnte dann hat ich die Arbeiter, einer ihrer Sprecher solle mir sagen, welche Entschließungen gefaßt worden wären. Da erfuhr ich denn, daß der Generalstreik beschlossen war, und daß man im übrigen abwarten wollte. Ich sagte, das genüge auf keinen Fall, die Situation sei sehr ernst, man dürfe nicht abwarten, sondern müsse sofort handeln. In anderen Orten kämpften die Arbeiter mit der Reichswehr, wir dürften daher nicht untätig zusehen, sondern müßten uns sofort Waffen holen, wo sie zu finden seien. Meine Ausführungen fanden begeisterte Zustimmung. Nun ging ich aufs ganze und schlug vor, sofort geschlossen zum Gendarmeriegebäude zu marschieren, den Gendarmen alle Waffen abzunehmen und mit diesen Waffen die Reichswehr in Falkenstein anzugreifen. Mein Vorschlag wurde angenommen, und ich sorgte dafür, daß die Gendarmerie nicht gewarnt werden konnte. Jeder mußte seines Nebenmannes Tun schärfstens beobachten, so daß sich ein Verräter nicht unbemerkt hätte entfernen können.

Als der Zug von etwa zweitausend Personen vor dem Gendarmeriegebäude anlan, guckten die Gendarmen aus den Fenstern und wußten nicht recht, was sie von diesem Aufmarsch halten sollten. Aber ein paar merkten, daß etwas nicht stimme; sie verbarrikadierten Tore und Türen, und wir mußten mit Aexten und Beilen die Türen zertrümmern. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem einige Gendarmen leicht verletzt wurden; viele gaben ihre Waffen freiwillig, den anderen wurden sie mit Gewalt abgenommen. Wir erbeuteten außer einer Menge Karabiner viele Kisten mit Stielhandgranaten und eine Anzahl Maschinengewehre. Die Gendarmen wurden gefangengesetzt und mußten mit uns nach einem günstig gelegenen Lokal marschieren, das ich für Verteidigungszwecke bestimmt hatte.

Einige Stunden später schickte ich mehrere Genossen mit einem requirierten Auto in das Schloß nach Falkenstein und ließ dem Kommandeur sagen, wenn er nicht sofort freiwillig die dort befindlichen Waffen an uns abliefere, würde Falkenstein von den Arbeitern der umliegenden Ortschaften eingeschlossen.

Der Kommandeur beantwortete mein Ultimatum damit, daß er die Genossen verhaftete, das Auto behielt und nun seinerseits ein größeres Kommando nach Auerbach sandte, um uns auszuheben.

Es kam in Auerbach zu einem scharfen Nachtgefecht, bei dem wir außer einigen Leichtverletzten keine Verluste hatten. Die Reichswehr erschoß bei diesem Ueberfall den Rittergutspächter Wanitzki, als er in Nachthaube und Schlafrock aus dem Fenster sah; seine Frau wurde verwundet.

Diesen überraschenden Angriff der Noskiden, die vier große Maschinengewehre und eine Unmenge von Handgranaten und Leuchtkugeln verwendeten, wehrte auf unserer Seite ein zwanzigjähriger Arbeiter mit einem einzigen Maschinengewehr ab. Nach Abwehr des Ueberfalles entschlossen wir uns zu schärferen Maßnahmen. Wir verließen Auerbach und rückten von verschiedenen Seiten gegen Falkenstein vor. Aber die Noskiden hatten Wind bekommen. Als wir mit unseren Automobilen in Falkenstein ankamen, fanden wir das Nest leer. Die Truppen waren nach der drei Stunden entfernten Stadt Plauen gezogen, um sich mit dem dort liegenden Reichswehrbataillon zu vereinigen.

Wir gaben uns mit dem errungenen Erfolg nicht zufrieden, um so weniger, als wir hörten, daß im ganzen Reich, besonders aber im Ruhrgebiet, die Arbeiter gegen die Truppen von Kapp und Lüttwitz kämpften. Die Meldungen über das Fehlschlagen des Kapp-Putsches und die Wiedereinsetzung der alten Regierung hielten wir für einen Bluff, mit dem man die Arbeiter lähmen und beruhigen wollte. Wir waren uns einig: solange Hunderttausende von Arbeitern und Genossen im Ruhrgebiet im heißen Kampfe standen, mußten wir alles tun, um sie zu unterstützen. Das konnten wir am besten, indem wir die re[illegible] Reichswehr und die Bourgeois Zeitfrei[illegible] waffneten und die [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter-Sport

Asozio schägt Sportfreunde

Endlich einmal Sonnenschein auf den Fußballfeldern. Begünstigt durch die bessere Witterung entwickelten sich gestern schöne und harmonisch verlaufene Wettkämpfe auf den verschiedenen Spielfeldern. Die größte Ueberraschung ergab das Resultat des Kampfes Asozio : Sportfreunde. Die Sportfreundeelf erlitt gestern ihre erste Niederlage. Auch das Ergebnis des Kampfes Süd : Freie Turnerschaft überrascht in der Höhe des Sieges. Westend verstand es, Eintracht ein Remis abzuringen.

Eine schöne Partie bot Union, es rang seinen Gegner Landshut in schönem Stile vollständig nieder. Im Nachstehenden die einzelnen Resultate:

Gruppe A

Asozio : Sportfreunde 3 : 2 (2 : 2)

Die größte Ueberraschung des gestrigen sechsten Spielsonntages. Der besseren Technik von Sportfreunde setzte Asozio größeren Eifer und vollkommene Hingabe jedes einzelnen Mannes in seine Aufgabe gegenüber. Die erste Halbzeit ergab sich ein gleichwertiges Spiel beider Mannschaften. Allen Eifer zusammennehmend, gelang es der Asoziomannschaft, im Endspurt das Siegestor, eine prächtig verwandelte Flanke, zu erzielen. Asozios standfester Verteidigung gelang es, den Schlußansturm der Sportfreunde abzuwehren und das knappe Resultat zu halten. Als verdienter Sieger verließ Asozio den Platz. Großer Eifer wurde somit mit zwei wertvollen Punkten belohnt.

Turngemeinde Augsburg : Eldorado 3 : 2

Ein Spiel zweier gleichwertiger Mannschaften, bei dem der besser kombinierende Sturm der Augsburger den Ausschlag gab. Das Spiel wurde im schärfsten Tempo durchgeführt und ging es mitunter hart auf hart. Schiedsrichter Gen. Froschmayr war gut.

Vorwärts Augsburg : Pasing 1 : 0 (1 : 0)

Auch der zweite Augsburger Verein nahm gestern aus München beide Punkte fort. Mit dem knappesten aller Resultate konnten die glücklicheren Vorwärtsleute gewinnen. Beiderseits waren die Verteidigungen der bessere Mannschaftsteil. In der zweiten Halbzeit flaute der Kampf ab. Mangelndes Schußvermögen beider Stürmerreihen verhinderte weitere Erfolge. Schieds-richter Gen. Bosch war dem Spiel ein aufmerksamer Leiter.

Freie Turnerschaft : Süd 9 : 0 (3 : 0)

Der Abteilungsmeister des Vorjahres trat mit einer vollkommen unzulänglichen Mannschaft an. Die Gerner waren in jeder Beziehung weit über[legen und gewannen], [verdient aber], [hoch] in dem [Ausmaße] [wie das Endergebnis] [lautet]. Schiedsrichter Gen. Wolfer war gut.

B. S. C. : Freiland 3 : 1 (2 : 1)

Der Altmeister mußte alles aus [sich] [heraus]-[geben], um den Liganeuling zu schlagen. Erst gegen [Ausgang] des Spieles setzte sich B. S. C. durch seine größere Spielerfahrung durch. Beiderseits boten die Läuferreihen ein hervorragendes Spiel. Schiedsrichter Gen. Färber amtierte mit gewohnter Meisterschaft.

Dachau : Haar 6 : 2 (3 : 0)

Sicherer Sieg des [Meisters] [über] den Liganeuling. Trotz der Ueberlegenheit der Dachauer behielt Haar bis zu Spielschluß seinen Eifer bei und sah sein Bemühen durch zwei prachtvoll geschossene Tore belohnt, die aus zwei Durchbrüchen resultierten. Schiedsrichter Gen. Panzer war gut.

Gruppe B

Westend : Eintracht 1 : 1 (0 : 1)

Eintracht, das in seiner Spielstärke etwas zurückgegangen ist, mußte sich mit einem Unentschieden begnügen. Eintracht war die erste Halbzeit leicht überlegen, die gute Verteidigung der Westendler ließ sich aber nur einmal schlagen. Nach Halbzeit setzte Westend Dampf auf und gab alles aus sich heraus und trotzte seinem guten Gegner ein beachtenswertes Unentschieden ab. Schiedsrichter Gen. Schiffer war gut.

Ost : Borussia 3 : 1 (1 : 1)

Das Spiel [wurde] im [schnellsten] Tempo geführt. In der ersten Halbzeit gab Borussia einen gleichwertigen Gegner ab. Durch das schnelle Tempo ermüdet, mußte Borussia sich in der zweiten Spielhälfte durch zwei Tore geschlagen bekennen. Schiedsrichter Gen. Falk hatte das Spiel jederzeit fest in der Hand.

Union : Landshut 4 : 0 (2 : 0)

Die stark verbesserte Unionelf bot gestern eine glänzende Leistung. Sie war ihrem Gegner in jeder Hinsicht weit überlegen. Sämtliche Tore waren die Frucht prächtiger Kombination. Von einer sehr gut spielenden Läuferreihe kräftig unterstützt, konnte sich der ganze Sturm der Schwarzgelben am Torschießen beteiligen. Das Resultat könnte weit höher sein, denn mehrmals wurde von Seiten Unions an die Latte oder knapp darüber geschossen. Die sehr gute Verteidigung der Schwabinger im Bunde mit dem erstklassigen Torwart verstand es, Erfolge des Gegners zu verhindern. Schiedsrichter Gen. Weindauer bot eine prächtige Leistung, er hatte das Spiel jederzeit in der Hand und amtierte zur Zufriedenheit beider Parteien.

Weitere Resultate.

Astoria : Penzberg 5 : 2 (2 : 0)

II. Klasse Gruppe A

Kickers Augsburg : Firnhaberau 1 : 0 (1 : 0)
Berg a. Laim : Steinhausen 7 : 1 (3 : 0)

Gruppe B

Olching : Gilching 5 : 2 (3 : 2)
Waldtrudering : Schwaben 2 : 0 (0 : 0)

I. Klasse II. Mannschaften.

Gruppe A

Asozio : Sportfreunde 4 : 1 (2 : 0)
Pasing : Olching 4 : 1
Freie Turnerschaft : Süd 5 : 1 (2 : 1)
B. S. C. : Freiland 3 : 2 (0 : 0)
Dachau : Haar 7 : 0 (3 : 0)

Gruppe B

Union : Berg a. Laim 3 : 1 (2 : 1)
Ost : Borussia 2 : 1 (1 : 1)

Jugendspiele:

Union : Berg a. Laim 3 : 0 (2 : 0)
Borussia : Asozio 2 : 0
Olching : Freie Turnerschaft 6 : 1
Haar : Dachau 3 : 1
Sportfreunde : Pfaffenhofen 3 : 0
Waldtrudering : Steinhausen 2 : 1

Schüler:

Viktoria : Freie Turnerschaft 6 : 0
Asozio : Borussia 6 : 0
B. S. C. : Ost 1 : 0

Die Fahrtentschädigung, welche von Seiten des Bezirks an die Vereine bezahlt wird, ist jeweils am darauffolgenden Montag im Restaurant Rumfordhof, Rumfordstraße (Bezirks-Ausschußsitzung) in Empfang zu nehmen. Den Provinzvereinen werden die Beträge per Postanweisung zugesandt.

L. Schrödl, Bezirksjugendleiter.

Spiele am 5. Mai:

Pasing : B. S. C. in Pasing.
Eldorado : Dachau an der Säbenerstr.
Freiland : Asozio auf dem Sendlinger Oberfeld.
Freie Turnerschaft : Haar auf dem Oberwiesenfeld.
Vorwärts Augsburg : Süd in Augsburg.
Göggingen : Union in Augsburg.
Landshut : Westend in Landshut.
Viktoria : Astoria an der Hansastr.
Penzberg : Borussia in Penzberg.

Koaliton verpflichtet

Der Reichstag hat den Fond für die Pflege der Leibesübungen, von dem selbstverständlich der bürgerliche Sport den wesentlichen Teil erhält, gegenüber dem vergangenen Jahre wiederum um 200 000 Mark gekürzt. Die SPD.-Minister und die bürgerlichen Parteien bewilligen zwar Millionen für die Aufrüstung der Deutschen Bourgeoisie, aber für die Pflege der Leibesübungen gibt es kein Geld, das gerade der Arbeitersport so notwendig braucht, während die bürgerlichen Sportvereine allein durch die horrenden Finanzierungen der Unternehmer und der Kommunen das Notwendige erhalten.

Wildung schreibt in der neusten „Sportpolitischen Rundschau" zur Kürzung des Sportfonds:

„Vor einem Jahre noch wäre eine solche Kürzung ganz unmöglich gewesen, auch dann, wenn die Finanzlage ebenso schlecht gewesen wäre. (D. h. also, die Regierung mit SPD.-Ministern baut noch rücksichtsloser wie die Bürgerblockregierung die Unterstützung der Arbeitersportverbände ab. D. Red.) Die Kürzung des Fonds muß leider als ein Symptom dafür angesehen werden, daß der Sport in seiner heutigen Form nicht mehr das Ansehen und die Wertschätzung bei Regierung und Reichstag genießt, deren er sich vor kurzem noch erfreuen konnte."

Aber die Koalition der SPD mit den Parteien der Bourgeoisie verpflichtet auch Wildung, das schandbare Verhalten der SPD.-Minister zu verteidigen und er tut es mit folgenden Worten: „Schließlich glaubt wohl auch der Staat, daß die Bewegung nun auf eigenen Füßen stehen könne und — wie eine durch Zollschutz erstarkte Industrie — keine Subventionen mehr nötig habe." Wildung und damit die Zentralkommission tritt also offen für die Kürzung des Sportfonds ein, trotzdem er weiß, daß gerade davon die Arbeitersportverbände zuerst getroffen werden. Die reformistischen Führer sind nicht nur Wegbereiter der Politik der Bourgeoisie, sie sind, wie das Beispiel zeigt, die besten Verteidiger und Vollstrecker dieser. Die Arbeitersportler haben alle Ursache, sich mit dem Verhalten dieser Führer zu beschäftigen.

Arbeitersportler, heraus zum 1. Mai!

Die sozialdemokratischen Arbeitersportführer haben bewiesen, daß sie Euere Interessen dem Bündnis mit den bürgerlichen Parteien zum Opfer bringen. Sie stimmen nicht nur für die Herabsetzung der staatlichen Zuschüsse an die Arbeitersport-Bewegung und für die drei- und viersachen Zuschüsse an die bürgerlichen und faschistischen Sportverbände, gründen selbst bürgerliche Sportvereine, sind Vorsitzende von Bergbauvereinen und

erdolchen so die Front des klassenbewußten Arbeitersports.

Nur die Kommunisten kämpfen für die Intressen des Arbeitersports. Nur sie organisieren den Angriff gegen den bürgerlichen Sport und arbeiten dafür, daß der alte Geist des revolutionären Klassenkampfes wieder die Arbeitersportbewegung beherrscht.

Deshalb, Arbeitersportler, laßt die Reformisten bei ihrer Maidemonstration für die schwarz-rot-goldene Geldsackrepublik, die Reichsbanner-Sportvereine und den Werksportfaschismus allein. Beteiligt Euch an der Demonstration der revolutionären Gewerkschaftsopposition, kommt zu den Sammelpunkten der Kommunisten,

erscheint in Massen
am Valleyplatz zur Maidemonstration!

SPD.-Führer Gründer eines bürgerlichen Motorradklubs

In Leipzig ist in den letzten Tagen die Gründung eines „Reichsverbandes republikanischer Motorradfahrer e. V." erfolgt. Den Ehrenvorsitz hat der Reichsbannergeneral und Sozialdemokrat Hörsing übernommen. Die Leitung liegt in Händen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner-Leipzig. Dieser Reichsverband bezeichnet sich als eine unabhängige und neutrale (!) Organisation.

Die Gründung dieses Verbandes ist weiter nichts als ein Schritt in der Richtung der Republikanisierung des Arbeitersports. Die Arbeitersportler sollen, wenn es nach dem Willen der Reformisten geht, bei passender Gelegenheit mit den republikanischen Organisationen zusammengeführt werden. Die Arbeiterradfahrer besonders müssen den Kampf gegen diese Organisation führen, die keine Arbeiterorganisation ist. Interessant dürfte noch die Stellungnahme des Bundesvorstandes des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes Solidarität zu dem neuen Verband sein.

SPD.-Vorstand für bürgerlichen Sport

Der bekannte günstige Wind weht uns ein Schreiben auf den Tisch, das Aufschluß über die Stellungnahme des SPD.-Parteivorstandes zur Frage des Arbeitersportes gibt, die bekanntlich als besonderer Tagesordnungspunkt auf dem Magdeburger Parteitag steht.

Die Anträge von SPD.-Parteiorganisationen, die darauf hinauslaufen, daß der Parteitag alle sportlich tätigen SPD.-Mitglieder, die der Deutschen Turnerschaft und ähnlichen bürgerlichen Sportorganisationen durch Parteitagsbeschluß zwingen soll, in die Vereine des Arbeitersports einzutreten, werden abgelehnt. Im Gegenteil verlangt der Parteivorstand die aktive Unterstützung der Reichsbanner-Sportabteilungen und die Aufnahme von Werksportvereinen in die Arbeitersportverbände. Andererseits sollen alle SPD.-Mitglieder aufgefordert werden, aus solchen Arbeitersportvereinen auszutreten, die unter oppositioneller oder kommunistischer Führung stehen. Das soll vor allem der Fall in Berlin, Halle, Rheinland und Sachsen sein. Wo keine Aussichten bestehen, die oppositionell geführten Vereine zu erobern, sollen besondere sozialdemokratische Vereine geschaffen werden.

Weiter geht aus dem Brief hervor, daß **auf Grund einer Fühlungnahme mit dem Reichsbanner und dem Reichskartell „Republik" die offene Spaltung und Zerschlagung des Arbeiter-Schützenbundes** in den Bezirken und Gauen angestrebt werden soll, wo die Situation zur Eroberung der Führung aussichtslos ist. Man rechnet damit, daß die große Mehrheit der Arbeiterschützen weiterhin in Opposition gegen die Politik des Bundesvorstandes verharren wird.

Diese Enthüllungen liegen ganz in der bisherigen Linie der sozialdemokratischen Sportführer: Umwandlung des Arbeitersports in ein Instrument der Koalition und imperialistischen Politik der SPD. mit der Perspektive der späteren Verschmelzung mit Reichsbannersportabteilungen, Werksportvereinen und Teilen der bürgerlichen Sportverbände zu einem schwarz-rot-goldenen Republikanischen Sportverband. Severing auf dem Turnfest der Deutschen Turnerschaft in Köln, Loebe auf dem nationalistischen Sängerfest in Wien haben den Weg gewiesen.

Wie es zahlreiche Anträge beweisen, ist unter den einfachen SPD.-Mitgliedern ein Widerstand gegen diesen bürgerlichen Kurs vorhanden. Aber da die Arbeiter in der SPD. nichts zu melden haben, wird man ihre Anträge ebenso in den Papierkorb werfen, wie die Resolutionen und Anträge zum Panzerkreuzerbau und zum Konkordat.

Das Schweigen der sozialdemokratischen Presse zu diesen Mitteilungen, die wir oben gemacht haben, beweist schon allein ihre Richtigkeit. Die Arbeitersportler haben also alle Ursache, auf die Vorgänge im Arbeitersport genau zu achten und den Kampf gegen die Auslieferung des Arbeitersports durch die reformistischen Führer an den Klassengegner, die Bourgeoisie

Verschacherung der Frischauf-Werke

Der Bundesvorstand des Arbeiterradfahrerbundes Solidarität hat entgegen den Beschlüssen des Hamburger Bundestages die Verschacherung der „Frisch-Auf-Werke" an die Lindcarwerke beschlossen. In der Resolution, die auf dem Bundestag zu dieser Frage angenommen wurde, heißt u. a. **„Die Selbständigkeit des Fahrradhauses „Frisch-Auf" darf unter keinen Umständen aufgehoben werden."**

Nach den Verhandlungen mit den Lindcarwerken veröffentlicht der Bundesvorstand darüber eine Notiz in der er mitteilt, daß „als vorläufiges Ergebnis dieser Verhandlungen die Bereitwilligkeit beider Teile zur **Verschmelzung des Produktionsbetriebes** erreicht worden ist". **Damit muß der** Bundesvorstand offen zugegeben, daß er die Selbständigkeit der Frisch-Auf-Werke aufgegeben hat. **Es ist interessant, daß zum Zwecke der weiteren Verhandlungen mit den Lindcarwerken wegen der Verschmelzung Richtlinien ausgearbeitet worden sind, die aber der Mitgliedschaft vorenthalten werden.**

Die Mitgliedschaft des Arbeiterradfahrerbundes Solidarität muß zu dem Vorgehen des Bundesvorstandes, eine Verletzung der Bundestagsbeschlüsse bedeutet, sofort Stellung nehmen. Unzweideutig müssen die Mitglieder zum Ausdruck bringen, daß sie gegen die Verschacherung der Frisch-Auf-Werke kämpfen werden. Die Auslieferung an die Lindcarwerke bedeutet nichts anderes, als daß die [reformistische] Gewerkschaftsbürokratie Einfluß auf die Tätigkeit des Arbeiterradfahrerbundes in einem Masse erhält, das die Aufgabe der Selbständigkeit der Gesamtorganisation bedeutet. Der Kampf um die Erhaltung der Frisch-Auf-Werke ist im Zusammenhang mit den Massenausschlüssen durch den Bundesvorstand gleichzeitig ein Kampf gegen die Auslieferung des Bundes an die SPD. und um die Erhaltung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder.

SPD-Führer sind Feinde des Proletariats

Dem „Sächsischen Arbeitersport" entnehmen wir folgende Notiz über die Demonstrationen zum 1. Mai:

„Nur noch kurze Zeit trennt uns vom Feiertag des Weltproletariats. Millionen unserer Klassenbrüder werden am 1. Mai wieder unter roten Fahnen für die gerechten Forderungen, den 8stündigen Arbeitstag usw. demonstrieren. Der Massenschritt der organisierten Proletarier wird die Feinde des Proletariats aufhorchen lassen. Mit Hilfe ihrer Machtinstrumente werden die Proletarierfeinde versuchen, die Massen zu zerstreuen. Doch es muß diesen Feinden gezeigt werden, daß allen Behinderungen zum Trotz die Proletariermassen vorwärts schreiten."

Jawohl, Proletarierfeinde sind die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, sind die sozialdemokratischen Minister, die glauben, mit Hilfe der Machtinstrumente der Bourgeoisie die revolutionäre Arbeiterschaft zu unterdrücken.

F.J.M. Rehse
Archiv
z. Zeitgeschichte
Politik
München

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft"

Nr. 100 | „Neue Zeitung" erscheint tägl. Verantwortl. für Redaktion Alb. Buchmann, für Anzeigen O. Epple, Verleger: Freier Verlag G.m.b.H. Druck: Bajuvarendruck G.m.b.H. alle in München, Nymphenburgerstr. 32, Telefon 50463, Postscheckkonto: Freier Verlag Nr. 47286 | Dienstag, 30. April 1929 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.50 Mk. ohne Zustellgebühr, durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. — Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 50 Pfg. Rabatt nach Tarif | 12. Jahrg.

Am 1. Mai

Mit roten Fahnen für den Sieg des Weltproletariats

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren und zwar dergestalt, daß zugleich in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten Forderungen richten, den Arbeitstag auf 8 Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Durchführung zu bringen."

Seit diesem Beschlusse des Pariser Kongresses der 2. Internationale sind 40 Jahre vergangen, ein ganzes Menschenalter, das für die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung von weittragendster Bedeutung war.

In diesen 40 Jahren haben sich die Parteien der 2. Internationale zu offenen Schleppenträgern der Bourgeoisie entwickelt, ist inzwischen der 2. Internationale und der Bourgeoisie eine geschlossene Front gegen die Arbeiterschaft entstanden. Aber diese 40 Jahre sahen auch heldenhafte Kämpfe des internationalen Proletariats, sahen die Aufrichtung der Sowjetunion, des Vaterlandes der Arbeiterschaft der ganzen Welt, dessen siegreiche Aufbauarbeit von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr in steigender Verwirklichung des Sozialismus vorwärts schreitet. Diese 40 Jahre, sie sahen die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse, sie sahen die Kämpfe des Proletariats in einer Reihe anderer imperialistischer Länder, sie brachten nicht zuletzt eine Reihe kolonialer Aufstände und nationaler Kämpfe gegen den Imperialismus, ein Zeichen, daß sich in die Front des internationalen Proletariats auch die ausgebeuteten und unterdrückten Kolonialsklaven der imperialistischen Länder eingereiht haben.

Im Rahmen eines Leitartikels ist es nur im beschränkten Maße möglich die Entwicklung der 40 Jahre seit denen das internationale Proletariat der ganzen Erde den 1. Mai als Weltfeiertag begeht, zu schildern.

Der 1. Mai als Kampftag war den Revisionisten und Reformisten von aller Anfang an ein Dorn im Auge. Der 1. Mai mit seiner Arbeitsruhe und seiner Demonstration versuchten sie zu verwandeln, in einen kleinbürgerlichen Sonntagsspaziergang mit anschließenden Abend-Tanzvergnügungen. Sie entblödeten sich nicht die lächerlichsten Begründung — Schonung der Gewerkschaftskassen vor Maßregelungsunterstützungen — anzugeben.

Der August 1914, er brach nicht nur alle Schwüre der sozialdemokratischen Führer, gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, er brachte auch die Schande der Burgfriedenspolitik, der Bewilligung der Kriegskredite, der Vaterlandsverteidigung. Er brachte das völlige Streichen des 1. Mai als Kampftages des internationalen Proletariats. Der August 1914 brachte das bisher nur im geheimen getriebene offene Uebergehen zur Bourgeoisie.

Eine kleine tapfere Gruppe unter der Führung Karl Liebknechts war es die trotz der gemeinsten reformistischen Verleumdungen und Denunziationen den 1. Mai als Kampffeiertag hochhielten. Am 1. Mai 1916 wurde Karl Liebknecht in Berlin verhaftet weil er mit einer kleinen Gruppe entschlossener und tapferer Kämpfer auf dem Potsdamer Platz gerufen hatte: „Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung". Aus jener Gruppe ging die Kommunistische Partei hervor, die alle Lehren der Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse bewußt ausnützend, die besten Traditionen der 2. Internationale übernehmend, auf dem Boden der Lehre Karl Marx und ihrer praktischen Verwirklichung durch Lenin stehend, heute als die einzige revolutionäre Partei am 1. Mai das rote Banner hochhält und aufruft zum Kampfe gegen Bourgeoisie und Reformismus, für die Ziele der Arbeiterschaft, für die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats.

Am 1. Mai 1919, heute vor 10 Jahren, schlugen die weißen Bestien Noskes das von der Sozialdemokratie und den unabhängigen Wirrköpfen bewußt provozierte und dann verratene Proletariat Münchens nieder.. Ewig wird in der Geschichte der Arbeiterklasse jener heroische Kampf als ein leuchtendes Vorbild stehen bleiben mit dem sich gerade in diesen Tagen die Münchener revolutionäre Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei gegen die Weißen Garden verteidigte. Der Einzug der weißen Garden Noskes am 1. Mai in München, er wird für immer ein Symbol bleiben des Verrates der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie durch die sich heute zu Sozialfaschisten entwickelten Reformisten. Der blutige 1. Mai 1919 — er ist die Geburtsstunde der „sozialen — demokratischen Republik" von der die Arbeiterschaft nichts zu erwarten hat, als neue Fesseln, neue Belastungen, ein verschärftes Sklavendasein.

Mit Hilfe derselben Sozialdemokratie, die ihre Mordbanden ausgerechnet am 1. Mai nach München schickte, wurden in den nachfolgenden Jahren alle Errungenschaften der Arbeiterschaft in der Periode der Revolution annulliert, die Herrschaft der Bourgeoisie auf dem Leichenhaufen der deutschen Arbeiterklasse stabilisiert. Auch das wenige, was von den Errungenschaften der Novemberrevolution noch stehen geblieben war, 8 Stundentag, die Rechte der Betriebsräte usw. ginger verloren. An ihrer Stelle entwickelte sich mit aktiver Hilfe der SPD.-Führer ein neuer deutscher Imperialismus, mit dieselben [illegible] schen Führer, die 1918 und [illegible] Proletariat blutig niederzuschlagen, heute als Koalitionsminister, Polizeipräsidenten und sonstige Beamte in gut dotierten Staatsstellungen willig Gefolgschaft leisten.

Offen hat sich der Reformismus der Jahre vor dem Kriege heute zum Sozialfaschismus entwickelt. Die Tatsache, daß der Sozialdemokrat Zörgiebel in Berlin als Polizeipräsident die 1. Maidemonstrationen des Berliner Proletariats verbietet, die weitere Tatsache, daß ein Grzesinski als Sozialdemokrat offen das Verbot aller revolutionären Organisationen ankündigt, sie sind nur Meilensteine auf dem Wege den die Sozialdemokratie schon seit der Zeit vor dem Kriege geht. Diesen Etappen auf dem Wege der völligen Auslieferung der Arbeiterschaft an die Bourgeoisie waren andere vorausgegangen. Die Gewerkschaftsverbände die heute noch von den Reformisten beherrscht werden, sollen die Fesseln bilden mit deren Hilfe alle größeren Kämpfe der Arbeiterschaft verhindert werden. Diesem Zwecke sollen auch die mit Hilfe der Sozialdemokratie zustande gekommenen reaktionären Gesetze dienen. Wir erinnern nur an den durch das Schlichtungswesen durchgeführten Raub des freien Streikrechts, der von der Gewerkschaftsbürokratie benutzt wird um im Interesse der Unternehmer alle Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu verhindern und den Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft sicher zu stellen. In fast allen Industriegruppen ist es im Laufe der letzten Jahre gelungen, ebenfalls wieder mit Hilfe der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie der Arbeiterschaft den 8-Stundentag zu rauben. Wenn heute das Proletariat auf den Straßen demonstriert für den 8- und 7-Stundentag, gegen die imperialistische Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjet-Union, so trifft sie auf einen zähen und zu jeder Gemeinheit fähigen Gegner, der die vereinigte Front von Imperialismus und Reformismus darstellt, einen Gegner der sich in den Jahren nach dem November 1918 konsequent zum Sozial-Imperialismus und Sozial-Faschismus entwickeln mußte. Die Große Koalition im Reich, das Müller-Kabinett ist nur ein Beweis der nicht zu widerlegenden Tatsache, daß die Bourgeoisie heute zur Niederhaltung der Arbeiterschaft, zur Durchführung ihrer Offensive gegen das Proletariat, zur Steigerung der Profitrate, der Sozialdemokratie auch weiterhin als ein unentbehrliches Werkzeug bedarf.

Dieser Einheitsfront der Gegner der Arbeiterklasse ist die geschlossene Einheitsfront des Proletariats zum Kampfe gegen das Kapital entgegenzusetzen. **Gerade an diesem 1. Mai rufen wir alle Klassengenossen auf, appelieren wir an alle ehrlichen Proletarier, die bis jetzt noch den sozialdemokratischen Parolen Gefolgschaft leisteten, die geschlossene proletarische Einheitsfront herzustellen, sich zu entscheiden für den revolutionären Klassenkampf, der heute nur von der Kommunistischen Partei geführt wird, sich mit einzugliedern in die Front, die auch dem Sozial-Faschismus, dem Helfershelfer der Bourgeoisie, den schärfsten Kampf ansagt.**

Neben der weiteren Linksentwicklung der werktätigen Massen bringt das Jahr 1929 — das ein Kampfjahr im wahrsten Sinne des Wortes sein wird — auch eine verschärfte Zuspitzung der Gegensätze innerhalb der Imperialisten der ganzen Welt. **Noch nie seit dem letzten Weltkrieg war die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges so akut, als wie gerade jetzt, eines Krieges gegen die Sowjetunion, als jenem Land, auf das gerade, weil es das Vertrauen und die Sympathie der Werktätigen aller Länder genießt, die Bourgeoisie nur mit Haß** blicken kann. Der Krieg gegen die Sowjetunion, er ist bereits in sein akutes Stadium eingetreten. Schon werden die letzten diplomatischen Ränke gesponnen, die letzten militärisch-technischen und agitatorischen Vorbereitungen getroffen. Die deutsche Bourgeoisie und mit ihr die Sozialdemokratie ist grundsätzlich bereit, an diesem Krieg aktiv mitzuwirken. Die Pariser Reparationskonferenz, sie war jene Schacherkonferenz, auf der man den Kaufpreis für Deutschlands Beteiligung aushandelte.

Der 1. Mai 1929 mit seinen gewaltigen Aufmärschen der deutschen Arbeiterklasse, er ist eine Warnung an die Bourgeoisie, eine Kampfdemonstration gegen imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion. Wenige Wochen nach dem 1. Mai wird aus allen deutschen Gauen, aus allen Ländern die Arbeiterschaft in Hamburg zum Pfingsttreffen des RFB. zusammen kommen, um gerade an diesem Tage ein internationales Kampfbekenntnis für das Vaterland aller Werktätigen abzulegen. Hände weg von der Sowjet-Union, das ist die Parole, mit der am 1. Mai und auf dem roten Pfingsttreffen in Hamburg die internationale Arbeiterklasse demonstriert.

Neben diesen beiden Aufmärschen rüstet sich das gesamte Proletariat, den Antikriegstag im August ebenfalls zu einem wuchtigen internationalen Aufmarsch zu gestalten, zu einem roten Tag des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjet-Union.

Die Sozialdemokratie in der Front der Bourgeoisie, sie hilft nicht nur den Krieg aktiv mit vorbereiten durch ihr Wehrprogramm, durch die Bewilligung der Panzerkreuzerraten, sondern sie unterstützt die Kapitalisten auch offen in ihrer Offensive gegen die Arbeiterklasse. Am 1. Mai, an dem das Proletariat ein Kampfgelöbnis für den 8- und 7-Stundentag und gegen die Kriegsgefahr ablegt, glauben die reformistischen Führer sich damit begnügen zu können, Petitionen nach Genf zu schicken und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu fordern. Dies in einer Zeit, wo in ganz Deutschland bei einer Erwerbslosenzahl von beinahe drei Millionen in allen Werkstätten 9 und 10 Stunden geschuftet werden muß. Mit Recht kann die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei behaupten, daß bei den Verhandlungen um die Große Koalition 75 Prozent der Forderungen des deutschen Kapitals und der Sozialdemokratie angenommen wurden. Wachsende Teuerung, steigende Mieten, neue Massensteuern, keinerlei ausreichende Lohnerhöhung, das ist das Programm, das bewußt gegen die Arbeiterklasse Deutschlands gerichtet ist.

Entsprechend der immer engeren Verwachsung der Sozialfaschisten mit der Bourgeoisie geht auch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie in immer steigenderem Maße dazu über, alle revolutionären Arbeiter aus den Verbänden auszuschließen, diese Verbände zu spalten und in staatliche Streikbrecher-Organisationen zu verwandeln. Gegenüber dieser Spaltungspolitik gilt es zu kämpfen für die **Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes für einheitliche Klassengewerkschaften auf der Grundlage der Industrieverbände, für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.**

Jahrelang hat der Regierungsfaschismus in Bayern jeden Aufmarsch der revolutionären Arbeiterklasse in den bayerischen Orten verhindert. Unter dem Drucke und der steigenden Erregung der bayerischen Arbeiterschaft hat es der bayerische reaktionäre Bürgerblock dieses Jahr nicht wieder gewagt, den Aufmarsch der revolutionären Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei unter revolutionären Losungen und roten Fahnen zu verhindern. **Der Erfolg muß ausgewertet werden zu einem noch verstärkteren Angriff für die völlige Erringung der Demonstrationsfreiheit, für das grundsätzliche Recht der Arbeiter, auf den Straßen für ihre Forderungen zu demonstrieren. Es ist mehr als ein Symbol, wenn der reaktionäre Bürgerblock in Bayern der Arbeiterschaft die Straße nicht mehr verbieten kann, der Sozialdemokrat Zörgiebel in Berlin jedoch am 1. Mai die demonstrierende Arbeitschaft mit Polizeiknüppel und Maschinengewehren zu Paaren treiben will.** Das ist der zum Gesetz erhobene Sozial-Faschismus, der gerade im Interesse der Durchführung der nächsten Ziele der imperialistischen Bourgeoisie, eines neuen imperialistischen Kriegs, einer erneuten Verschärfung und Unterdrückung, den Gedanken des Kommunismus aus dem Herzen der Arbeiter herausreißen will. Mit hunderttausend von geballten Fäusten, mit Millionen von Zungen legen darum gerade an diesem 1. Mai die Arbeiter das Gelöbnis ab, den schärfsten Kampf gegen den Sozialfaschismus zu führen, für die Stärkung der Kommunistischen Partei und des RFB. einzutreten.

Während das Proletariat der imperialistischen Länder an diesem 1. Mai für seine elementarsten Rechte demonstriert, Kampfgelöbnisse gegen Kapitalismus und Imperialismus ablegen, demonstriert in der Sowjet-Union heute die gesamte Arbeiterklasse mit ihrem Staat der Arbeiter und Bauern für die Losung des 1. Mai, für Weltsolidarität gegen den imperialistischen Krieg. Zum Unterschied von den westeuropäischen Arbeiterr marschiert das russische Proletariat heute auf als befreite siegreiche Klasse, die den Sozialismus aufbauen kann, weil sie die Macht besitzt, als jene siegreiche Klasse, die der Arbeiterschaft der ganzen Welt den Weg zum Siege weist.

Der 1. Mai 1929, er sieht nicht nur das Zusammengehen der Sozialfaschisten mit der Bourgeoisie aller Länder, er sieht auch eine **verstärkte und gesteigerte Linksentwicklung der Massen.** Jedem einzelnen Arbeiter ist das Wachsen der revolutionären Kräfte bewußt geworden. Der Vormarsch der roten Front, er ist nicht aufzuhalten. Die letzten Betriebsrätewahlen, sie haben wiederum gezeigt, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben sich immer entschiedener von den sozialdemokratischen Führern abwendet, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter erwacht und erstarkt. Der 1. Mai 1929, er steht im Zeichen des roten Vormarsches, im Zeichen der Sammlung des Proletariats für die kommenden entscheidenden Kämpfe.

Mit roten Fahnen, unter Führung der Kommunistischen Partei demonstriert heute das Proletariat Bayerns für den Sieg des Weltproletariats! Machtvoll klingen die Losungen der bayerischen Arbeiterschaft der Bourgeoisie in die Ohren.

Kampf dem imperialistischen Krieg — Hände weg von der Sowjet-Union.

Hinein in die KPD., der Partei der Arbeiter.

Jeder Angriff auf die revolutionären Organisationen ist ein Angriff auf die gesamte Arbeiterschaft.

Kampf dem Sozialfaschismus.

Kampf den reformistischen Spaltern der Massenorganisationen.

Stärkung der revolutionären Opposition.

Stellt der Einheitsfront der Bourgeoisie und Sozialfaschisten die rote Klassenfront entgegen.

Kämpft gegen die imperialistischen Kriegshetzer, für die internationale Solidarität aller Arbeitenden.

Kämpft gegen die kapitalistische Diktatur für die Diktatur des Proletariats.

Alles für den Sieg des Proletariats Deutschlands und der ganzen Welt.

Zörgiebel befiehlt höchste Alarmbereitschaft

Berlin, 30. April.

Wie die Telegraphenagenturen melden, hat Zörgiebel für den 1. Mai bereits von den frühesten Morgenstunden ab die höchste Alarmbereitschaft für die Schutzpolizei angeordnet. Alle verfügbaren Beamten werden in den Streifen- und Postendienst eingeteilt. Der Straßenaufsichtsdienst wird durch Einsatz zahlreicher Kraftwagenstreifen und den Ueberfallkommandos bedeutend erweitert. Alle Streifen sollen in einer Stärke auftreten, daß es ihnen ohne weiteres möglich ist, auch größere Demonstrationen auseinander zu knüppeln. Zörgiebel hat fliegende Wachen und sonstige Reserven eingerichtet, die an den Brennpunkten des Verkehrs stationiert sind und die Aufgabe haben, auf öffentlichen Plätzen und dergleichen jede Demonstration zu verhindern.

Zörgiebel hat also alle Vorbereitungen getroffen um den 1. Mai in ein Blutbad zu verwandeln.

Die Deutsche Revolution

Von Werner Möller

Noch warst du's nicht! Ob auch auf allen Zinnen
Drei Tage lang die rote Fahne stand;
Noch warst du's nicht! Ob auch der bied're Bürger
Ins Knopfloch sich das rote Bändchen band;
Ob auch das Herrchen und der Modestutzer
Die rote Farbe prunkend trug zur Schau;
Ob auch die roten Blümchen grüßend nickten
Vom Busen und vom Pelz der gnäd'gen Frau.
Noch warst du's nicht! Und schon mit den Bedrückern
Hat prächtig sich das Führerpack versöhnt.
Noch warst du's nicht! Und schon wirst du betrogen.
Geschmäht, besudelt und zur Dirn gedingt.
Es macht sich breit um deinen hehren Namen
Ein Lügensumpf, der auf zum Himmel stinkt.
Noch warst du's nicht! Ob auch die heisern Raben
Schon ängstlich kreischten, aus der Ruh' gescheucht.
Noch warst du's nicht! Ob auch die Krämerseele
Dem neuen Kurs in Eile Rechnung trug;
Ob heute „Republik" schrie, der noch gestern
Schrie „Monarchie" — es war nur Trug, nur Trug.
Noch warst du's nicht! Es flog durch Deutschlands Gauen

Dein Odem nur blies den Staub hinaus,
Er fegt die Kronen von erlauchten Häuptern,
Zusammenstürzte wie ein Kartenhaus,
Was vordem schien so stolz und unerschüttert,
Bis in die Tiefen schwankt, der morsche Bau.
Der Freitssonne goldene Strahlen blinken
Schüchtern hervor aus düsterm Nebelgrau.
Noch warst du's nicht! Doch als um unsre Stirnen
Dein Odem blies, hat unser Herz gebebt;
Vor Lust gebebt: — uns, die wir für dich stritten,
Verzweifelnd oft, ward Mut und Kraft belebt.
Dein Hauch schon sprengte auf die Kerkerpforten,
Gab Licht und Freiheit manchem Kampfgenoß;
Von hinnen flohen fluch- und schuldbeladen
Der Hohenzoller und sein Schergentroß.
Noch warst du's nicht! Doch nah und immer näher
Schon dröhnt dein Tritt! Schon schmettert dein Signal!
Nun gilt es, Volk, die letzte Schlacht zu schlagen,
Dem Erbfeind gilt's, dem Riesen Kapital.
Stürz' ihn, der stets das Mark dir ausgesogen!
Herbei zum Kampf! Das rote Banner steigt.
Die Revolution — sie kommt geflogen,
Und weh den Schuldigen, die ihr Arm erreicht!
Gab Licht und Freiheit manchem Kampfgenoß;

Zum roten Mai!

50 Pf.

Jeder klassenbewußte Arbeiter trägt am 1. Mai die Reichstreffen-Plakette

Jeder Arbeiter zeichnet einen Beitrag für das Kominterngeschenk des RFB. (3 Lastkraftwagen) zur Unterstützung des sozialistischen Aufbaus des proletarischen Vaterlandes auf Postscheckkonto Ernst Thälmann, Internationales Treffen der Rotfrontkämpfer-Organisationen, 5. Reichstreffen, Hamburg, Pfingsten 1929, Konto-Nr. 43093, Berlin

Zum 10. Jahrestag der Bayerischen Räterepublik

Bayern — die erste Räterepublik auf deutschem Boden

Ihre Lehren für das deutsche Proletariat

Mit dem Sturz der bayerischen Räterepublik wurde einer der bedeutenden Abschnitte des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse abgeschlossen. Es war die Periode des offenen Bürgerkrieges, welche mit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland November 1918 eingesetzt hatte.

Unter den Schlägen des Entente-Imperialismus war das kaiserliche Deutschland zusammengebrochen und die Republik ausgerufen worden. Es setzten die Kämpfe um den sozialen Inhalt dieser Republik ein. Klasse stand gegen Klasse. Proletariat und Bourgeoisie rangen in gewaltigen bewaffneten Kämpfen unmittelbar um die Macht. Das Ziel dieser Kämpfe war von Seiten der deutschen Bourgeoisie die bürgerliche Republik, die Herrschaft des Kapitalismus. Das revolutionäre deutsche Proletariat dagegen stritt unter der Losung: „Alle Macht den Räten". Sein Ziel war die proletarische Republik, die Diktatur des Proletariats.

In letzter Stunde

Arbeiter! Soldaten der Roten Armee!

Der Feind steht vor den Toren Münchens. In Schleißheim sind schon die Offiziere, Studenten, Bourgeoisiesöhne und weißgardistische Söldner des Kapitalismus.

Keine Stunde ist zu verlieren. Heraus aus den Betrieben. Sofortiger Generalstreik! Schützt die Revolution. Schützt euch selbst. Alle Mann zu den Waffen! Auf zum Kampf. Setzt eure ganze Kraft ein. Alles steht auf dem Spiele!

Der Feind kennt keine Gnade!

In Starnberg haben die weißgardistischen Hunde die Sanitätsmannschaften niedergemetzelt. Ihr kämpft für eure Frauen, eure Kinder, für euch selber.

Zeigt den Kapitalisten und deren bezahlten Söldnern, wie das Proletariat für seine Sache zu kämpfen weiß.

Zeigt der weißen Garde, wie die Rote Armee zu siegen versteht.

Auf zum Kampfe für die Sache des Proletariats!

München, 29. April 1919.

Das Oberkommando der Roten Armee.
gez. R. Egelhofer.

Die Periode dieser Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse in dem ersten Halbjahr des Jahres 1919 charakterisiert sich in Norddeutschland besonders durch die Januar- und Märzkämpfe der Berliner Arbeiterschaft. Im Süden, in Bayern, fanden diese Kämpfe ihren Ausdruck in der Errichtung und dem Sturz der bayerischen Räterepublik.

Die bayerische Räterepublik war aber nicht nur der Abschluß dieser Periode des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die unmittelbare Machtergreifung. Insofern würde ihre keine besondere Bedeutung zufallen. Das, was sie aus der Periode dieser Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse entscheidend heraushebt und das, was die besondere Aufmerksamkeit des internationalen Proletariat verdient, ist vielmehr.

1. **Die Tatsache, daß wir es hier mit dem ersten und bisher einzigen Versuch zu tun haben, die proletarische Diktatur auf Grund der Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution auf deutschem Gebiet mit allen Konsequenzen durchzuführen**

2. **Daß dieser Kampf der bayerischen Arbeiter** die bisher höchste und zeitklarste Form des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Macht war.

[illegible] nachher hat das deutsche Pro[illegible] Bour[illegible] — wenn auch vorübergehenden — [illegible] reinen proletarischen Diktatur steigern können. [illegible] Bewegung der Arbeiter im Ruhrgebiet [illegible] rend des Kappputsches im Jahre 1920 [illegible] eine größere und [illegible] den bewaffneten Ka[illegible] Anbetracht der beson[illegible] Bewegung des Ruhrprole[illegible]ch nur Zeit zur Bewaffnung der Arbeiter, erreichte aber **nicht die Form der Diktatur des Proletariats.** Die Ruhrarbeiter bildeten wohl im Verlaufe dieser Bewegung eine Rote Armee, die sogar zahlenmäßig stärker war als die ihr vorausgegangenen [illegible]en Armee der bayerischen Räterepublik; irgend[illegible] [illegible] von den Arbeitern im Ruhrgebiet nicht in Angriff genommen werden. Was zur Errichtung der proletarischen Diktatur konnte sich der Kampf der Ruhrarbeiter nicht steigern, weil das Ruhrgebiet durch die kurz vorher erfolgte Abspaltung der KAP. tatsächlich so gut wie ohne jede kommunistische Parteiorganisation geblieben war. Ein weiteres Moment, welches die Entwicklung dieses Kampfes bis zur proletarischen Diktatur verhinderte, war ohne Zweifel auch die Tatsache, daß das Ruhrgebiet einfaches preußisches Provinzgebiet ist und nicht, wie Bayern, als deutscher Bundesstaat eine Verwaltungs- und Regierungseinheit mit einem spezifischen Regierungsapparat bildet.

Im Oktober 1923 befand sich die deutsche Arbeiterklasse abermals im Kampfe um die Staatsmacht. Unter der Führung Brandlers endete jedoch dieser Kampf im bürgerlich-parlamentarischen Kretinismus. **Der Oktoberkampf der deutschen Arbeiter von 1923 kann deshalb überhaupt nicht als ein bolschewistischer Versuch der Partei die Macht zu ergreifen, betrachtet werden,** obwohl die kommunistischen Parteigenossen und die breiten Massen des Proletariats selbst bedeutend reifer und erfahrener in diesen Kampf gegangen sind als es vier Jahre vorher in Bayern der Fall gewesen war.

Wenn ein Vergleich dieser beiden Bewegungen vorgenommen wird, und er muß vorgenommen werden, so müssen wir leider feststellen, daß der Oktober 1923 in der Frage der Machtergreifung sowohl als auch prinzipiell **ein vollständiger Rückfall hinter den Kampf der bayerischen Arbeiterklasse im April 1919 war. In Bayern war die Machtergreifung die Folge eines bewaffneten Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie.** Das revolutionäre Proletariat Bayern hatte die Macht faktisch erobert und die Bourgeoisie gestürzt und die bayerischen Arbeiter übten diese Macht in der Form der offenen proletarischen Diktatur aus. Gestützt wurde diese Macht durch das bewaffnete Proletariat. Die Tatsache, daß der Kampf um die Macht in Bayern vorzeitig, in einem von der Bourgeoisie bestimmten Moment geführt werden mußte, ändert an der Art der Ergreifung der Macht selbst und an der Form ihrer Ausübung nicht das Geringste.

Im Oktober 1923 führte dagegen der Kampf der deutschen Arbeiterklasse überhaupt nicht zu einer tatsächlichen Machtergreifung **durch das Proletariat.** Unter der Führung der Brandler-Gruppe ging die Kommunistische Partei in Sachsen vielmehr eine parlamentarische Koalition mit den linken Sozialdemokraten ein, übernahm die Regierungskoalition und versuchte, mit Hilfe des alten bürgerlichen Regierungsapparates zu regieren. Weder war die Bourgeoisie gestürzt, noch wurde die Regierung Brandler von der Macht des bewaffneten Proletariats getragen. Dabei war seit Bayern und Ruhr eine starke kommunistische Massenpartei herangewachsen.

Der Versuch Brandlers, die Macht auf parlamentarischem Wege zu übernehmen ist platter sozialdemokratischer Reformismus gewesen und die opportunistische Politik der Brandler-Gruppe verhinderte, daß die Bewegung des deutschen Proletariats im Oktober 1923 das wurde, was sie unbedingt hätte werden können und müssen: **der auf erweiterter Grundlage erneut aufgenommene bewaffnete Kampf des Proletariats um die Macht mit dem Ziel, eine wirkliche proletarische Regierung, die Diktatur des Proletariats, zu errichten.** In „Staat und Revolution" äußert sich Lenin zur Frage der proletarischen Machtergreifung folgendermaßen:

> **„Die Lehre vom Klassenkampf", die Marx der Frage vom Staat und von der sozialistischen Revolution anwendet, führt unbedingt zur Anerkennung der politischen Herrschaft des Proletariats, d. h. zu einer Diktatur, einer mit niemand sonst geteilten und unmittelbar auf der bewaffneten Macht der Massen begründeten Macht."**

[illegible] Zeilen vorher setzt sich Lenin mit dem [illegible] Macht mit Hilfe des bürgerlichen [illegible] muß ergreifen zu wollen, auseinander, in dem er sagt:

> [illegible] Kleinbürgerlichen Demokraten, diese an[illegible] [illegible] [illegible] [

SPD. für die Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung

Ein Gesetzentwurf der Koalitionsregierung / Beitragserhöhung gefordert Erwerbslose, Betriebstätige, wehrt Euch!

Am Freitag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu der Arbeitslosenversicherung Stellung genommen und beschlossen, **den anderen Koalitionsparteien vorzuschlagen, die Beiträge, die bisher 3% der Löhne betrugen, um 1% zu erhöhen.**

Bekanntlich hat vor einiger Zeit der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding gegenüber den schwerindustriellen Angriffen zur weiteren Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung erklärt, daß auch er eine Revision der jetzigen Arbeitslosenversicherung für erforderlich erachte. Dieser Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist der Anfang dazu. Die Erhöhung der Beiträge um 1% bedeutet eine neue Massenbelastung der Arbeiter, bedeutet auf ihre Kosten das Reichsdefizit zu vermindern. Dabei wird es nicht bleiben. Die Unternehmer fordern die Kürzung der Unterstützungssätze, der Unterstützungsdauer. Und es ist jetzt schon so viel sicher: die sozialdemokratischen Koalitionspolitiker, die sich gegen jede Mobilisierung der Erwerbslosen wenden, werden diesen Unternehmeranschlägen keinen ernsten Widerstand entgegensetzen.

Soviel bis jetzt über den von Hilferding angekündigten Gesetzentwurf bekannt ist, soll **den Saisonarbeitslosen die Erwerbslosenunterstützung ganz entzogen werden.** Ferner sollen die Vorschriften **über angeblich unberechtigte Arbeitsverweigerung** äußerst verschärft werden. Die Pläne laufen darauf hinaus, daß, **wenn ein Erwerbsloser zweimal eine vermittelte Arbeitsstelle nicht annimmt, und mögen die Gründe noch so berechtigt sein, er keine Unterstützung mehr bekommen soll,** es sei denn, er habe eine neue Anwartschaft erfüllt. Weiter soll die **Vermittlung von Arbeitskräften auf das Land** mit Hilfe der verschärften Bestimmungen rigoroser gehandhabt werden. Da alle Arbeitskräfte, die auf dem Lande Arbeit annehmen müssen, zu den sogenannten Saisonarbeitern zählen, fallen sie ebenfalls aus der Erwerbslosenunterstützung heraus und ermöglichen der Reichsanstalt große Einsparungen. Das sind einige bisher bekannte Gesichtspunkte, nach denen die Koalitionsregierung ihren Gesetzentwurf ausarbeitet. Auf jeden Fall ist eine ungeheuere Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung geplant.

Als vor 1¾ Jahren das Versicherungsgesetz beschlossen wurde, sagten wir mit aller Deutlichkeit, daß es die Basis zu immer neuen Angriffen gegen die Arbeiterklasse sein wird. Die Sozialdemokratie behauptet, das Gesetz sei die Grundlage zum Ausbau und Verbesserungen. Unsere Voraussagen sind in vollem Umfange eingetroffen. Auch nicht die geringste Verbesserung wurde eingeführt. Bei allen Angriffen hat die SPD. die Pläne der Bürgerlichen gedeckt und diese verteidigt, sie hat die kämpfende Arbeiterschaft als „Gesindel", Parasiten und „Raudauelemente" beschimpft.

Es darf nicht gewartet werden, bis die angekündigte „Reform" beschlossen ist. Es ist notwendig, schon jetzt in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen hierzu Stellung zu nehmen und eindeutig zu fordern, daß nicht nur jede neue Verschlechterung abgewehrt wird, sondern daß die bereits eingeführten Ausnahmebestimmungen und Unterdrückungsmethoden beseitigt werden.

Auseinandersetzung über die Todesstrafe

Guerard gegen Koch

In den Verhandlungen des Strafrechtsausschusses darüber, ob die Todesstrafe bei Mord abzuschaffen oder beizubehalten sei, gab es am Freitag, dem zweiten Tag der Debatte, einen interessanten Zwischenfall. Der Reichsjustizminister v. Guerard vom Zentrum, der sich am Donnerstag für die Todesstrafe eingesetzt hatte, sollte auf Verlangen des demokratischen Abgeordneten Ehlermann zu der Aufforderung Stellung nehmen, die sein Vorgänger, der demokratische Reichsjustizminister Koch an die Länder dahin gerichtet hatte, sie sollten bis zur Entscheidung des Reichstags über die Todesstrafe kein Todesurteil mehr vollstrecken. Minister v. Guerard verlas den Brief Kochs und fügte hinzu, daß er darüber hinaus nicht gehen könne. Diese Erklärung wurde vom Ausschuß allgemein dahin aufgefaßt, daß der Justizminister des Zentrums zwar dem Brief Kochs formell beitritt, materiell aber zu seiner weiteren Befolgung durch die Länder nichts tun wird. Von Guerard versuchte zwar hinterher, diesen Eindruck wieder ein wenig abzuschwächen. Aber die Deutschnationalen wußten, was sie taten, als sie beantragten, daß sowohl der Koch-Brief wie auch die Erklärung Guerards wörtlich in das Protokoll aufgenommen werden sollten.

Die Sozialdemokraten, die mit so großem Lärm gegen die Todesstrafe Attacke reiten, haben es durch ihre Koalitionspolitik glücklich dahin gebracht, daß der Justizminister für das Hermann Müller-Kabinett nicht nur ein Anhänger der Todesstrafe ist, sondern im Grunde auch nichts dagegen hat, daß Todesurteile noch vollstreckt werden.

Genosse Ab[illegible] weist [illegible] matische Täuschung der [illegible] darin liegt, daß der Eindruck [illegible] mit der Abschaffung der Todesstrafe beim Mord die Todesstrafe überhaupt abgeschafft sei. Sie bleibt dank Artikel 48 der Reichsverfassung unter dem Belagerungszustand gegen revolutionäre Proletarier noch weiter bestehen. Der bürgerliche Staat kann in seinem Unterdrückungsfeldzug gegen das Proletariat auf die Todesstrafe nicht verzichten. Um das jedem Arbeiter deutlich zu machen, fordern die Kommunisten in einem Antrag, **daß in Zukunft auch noch Artikel 48 die Todesstrafe nicht mehr verhängt werden darf.** Aber dieser Antrag ist verfassungsändernd und wird schon deshalb abgelehnt werden. So muß jeder Arbeiter begreifen, daß schon die Verfassung selbst für die Beibehaltung der Todesstrafe gegen das revolutionäre Proletariat sorgt.

Der kommunistische Redner wandte sich dann weiter in scharfen Worten gegen einen Antrag Kahl. Der Herr Professor und Vorsitzende des Ausschusses will gegen die Beibehaltung der Todesstrafe stimmen, wenn ein zu lebenslangem Zuchthaus verurteilter Mörder auch nach seiner Begnadigung noch in Sicherungsverwahrung gehalten werde — vielleicht gar, trotz der Begnadigung, auf Lebenszeit. Gerade dieser Antrag, einer der Väter der angeblich so fortschrittlichen Strafrechtsreform, zeigt, so führte Genosse Alexander aus, die ganze Ausweglosigkeit des bürgerlichen Klassenstrafrechts. So wird gerade die Frage der Todesstrafe zu einem Anlaß mehr, das ganze Strafensystem, das Strafrecht des bürgerlichen Staates überhaupt, grundsätzlich abzulehnen.

Die Abstimmung über Todesstrafe soll in der

Was haben wir Frauen mit dem 1. Mai zu tun?

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Die meisten Frauen **besitzen eine Abneigung** gegen alles politische. Sie möchten **mit Politik überhaupt** nichts zu tun haben. Sie **meinen, wenn sich die** Männer mit Politik befassen, ist es vollkommen genug, ja manchmal übergenug. **Wir Frauen, die** wir uns in der **Kommunistischen Partei** organisiert haben, sagen aber, **uns Frauen geht die Politik verdammt viel an.** Ja in manchen Dingen noch mehr als den Männern.

Unser Leben ist ein Spielball in den Händen der Besitzenden. Mit uns machen sie was sie wollen. Geht uns das **vielleicht nichts an?**

Geht es uns nichts an, wenn wir nicht genug zu essen haben für unsere Kinder?

Geht es uns nichts an, wenn unsere **Kleinen** schon früh sterben aus Mangel an Pflege, während die Kinder der Besitzenden mit aller Raffinesse aufgezogen werden?

Geht es uns nichts an, daß wir um einen Schundlohn arbeiten müssen?

Unser Genosse Lenin prägte den Satz: **„Die Politik liegt schon im Suppentopf."** Wir spüren doch alle am eigenen Körper ganz genau, wie dreckig es uns geht, wie wir uns abschinden müssen. Und für wen? Die Antwort kann wohl jede selbst geben.

Am 1. Mai demonstrieren alle Arbeiter der Welt für die Forderungen, die sie sich gestellt haben. Sie zeigen durch ihren geschlossenen Aufmarsch, daß sie gemeinsam gegen ihre Unterdrücker, für den Sozialismus kämpfen wollen. Und da sollen wir Frauen, die wir am meisten unterdrückt sind, beiseite stehen? **Im Gegenteil, wir Frauen sollten an der Spitze eines jeden Zuges marschieren, damit beweisend, daß auch wir erkannt haben, daß nur eiserner, mitleidsloser Kampf gegen unsere Unterdrücker uns befreien kann.**

Es gibt auch eine sogenannte Arbeiterpartei, die angeblich die Forderungen der Arbeiter, insbesondere der Frauen, vertritt. Sehen wir sie uns genauer an, diese SPD. Sie feiert den 1. Mai mit dem „Thema „Menschheitsfriede", während sie doch den Bau der Panzerkreuzer bewilligte. Sie bewilligte bekanntlich ja schon 1914 die Kriegskredite. Unser geliebter Karl Liebknecht, der die Bewilligung der Mittel zu weiterem Morden als einziger ablehnte, wurde von den SPD.-Blutnoske-Garden zusammen mit Rosa Luxemburg meuchlings ermordet. **Jetzt will sie** die SPD. als die Ihrigen feiern. Arbeiterfrauen, vergeßt sie nicht die Scheußlichkeit der Noske-Ebert-Scheidemann.

Die SPD. lehnte erst vor kurzem die Bewilligung **größerer Mittel für Kinderspeisung ab, ja** eine bekannte Wiener-SPD.-Rednerin sagte hier in einer Frauenversammlung im Velodrom offen: **Sie sind nicht für vollkommene Abschaffung des berüchtigten Abtreibungsparagraphen 218.**

Wir Frauen in der Kommunistischen Partei rufen Euch zu: **Laßt Euch nicht mit schönen Phrasen einwickeln! Schaut ihnen auf die Finger, nicht auf den Mund! Die einzige wirkliche Partei, die unsere Interessen vertritt, ist und bleibt nur die Kommunistische Partei! Sie frißt keine kleinen Kinder, im Gegenteil, sie erzieht sie zum Klassenkampf. Darum Frauen, demonstriert zusammen mit uns am 1. Mai:**

Für die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten!
Für gleichen Lohn, für gleiche Arbeit!
Für mehr Schutz für Mutter und Kind!
Für den Sozialismus!
Gegen den Schandparagraphen 218!
Für ein Deutschland der Arbeiter und Bauern!

40
JAHRE
WELTKAMPFTAG
DES PROLETARIATS
1889-1929
ERSCHEINT SOEBEN • 24 SEITEN, PREIS 10 PF.
VERLAG CARL HOYM NACHF.
HAMBURG — BERLIN NW6

Ein Schandspruch gegen die Berliner Metallarbeiter

Am 22. April wurde unter Vorsitz des Gewerberates Körner für die Berliner Metallarbeiter **ein Schiedsspruch gefällt, der den Metallarbeitern direkt ins Gesicht schlägt.** Der Vertreter der Unternehmer, Rechtsanwalt Oppenheimer lehnte jede Erhöhung der Löhne ab, besonders wandte er sich gegen die Forderung der Erhöhung der Frauenlöhne. **Er erklärte, daß sich die Rentabilität der Betriebe auf die Minderbezahlung der Frauen aufbaue, an der im Interesse der Wirtschaft nicht gerüttelt werden dürfe.** Dieser Forderung der Unternehmer kam der Schlichtungsausschuß vollinhaltlich nach, indem er die Frauenlöhne wieder auf 70 Prozent der Männerlöhne festsetzte, obwohl in dem Tarif vor 1924 die Frauenlöhne 75 Prozent der Männerlöhne betrugen.

Der Siemens-Generaldirektor **Dr. Koettgen** forderte, daß die Metallarbeiter **„ihre Lonforderungen für längere Zeit zurückstellen sollen und im Interesse der Reparationszahlungen, die nicht nur von den Unternehmern (hört — hört!), sondern auch von den Arbeitern getragen werden müssen, die schwer um ihre Existenz ringende Wirtschaft längere Zeit in Ruhe lassen."**

Diese Scharfmacherreden geben dem gefällten Schiedsspruch Ziel und Richtung. Der Schiedsspruch setzt für die Gruppen folgende Erhöhungen der Einstellungslöhne vor:

Gruppe A bisher 1,06 Mk., jetzt 1,12 Mk. + 6 Pfg.
Gruppe B bisher 0,95 Mk., jetzt 1,00 Mk. + 5 Pfg.
Gruppe C bisher 0,85 Mk., jetzt 0,89 Mk. + 4 Pfg.
Gruppe D bisher 0,80 Mk., jetzt 0,84 Mk. + 4 Pfg.

An der bisherigen Gruppeneinteilung, deren Verringerung auf drei eine der Hauptforderungen der Metallarbeiter ist, wurde nichts geändert. Es sollen lediglich in Verhandlungen bis 30. Juni etwaige Härten, „vielleicht" beseitigt werden. Dieser Schiedsspruch soll am 20. April in Kraft treten und 1½ Jahre, bis zum 30. September 1930 Geltung haben. Auch in dieser Frage ist der Schlichter dem Wunsch des Dr. Koettgen, der „Wirtschaft" auf längere Zeit Ruhe zu verschaffen, vollinhaltlich nachgekommen.

Der Schiedsspruch soll vortäuschen, als ob eine Zulage gegeben wird, während die Metallarbeiter in ihrer Mehrheit nichts erhalten. Er ist nichts anderes als ein Betrugsversuch an den Metallarbeitern, den diese erkennen müssen. Es gilt jetzt, diesen Schiedsspruch zurückzuweisen und unter der Führung von Kollegen, die das Vertrauen der Metallarbeiter besitzen, den Kampf aufzunehmen.

Entlarvter Etatschwindel Hilferdings

Lohnabzüge um 115 Mill. Mk. gestiegen / Fehlbeträge bei den Besitzsteuern

Durch unverschämten Etatschwindel versucht Hilferding ebenso wie seine bürgerlichen Vorgänger den arbeiterfeindlichen Charakter der Etatvoranschläge wenigstens zum Teil zu verdecken. Bereits im Etatvoranschlag besteht der größte Teil der Einnahmen aus den direkten Verbrauchssteuern, den Zöllen und den Lohnabzügen. Tatsächlich ist aber die Belastung der werktätigen Massen alljährlich viel größer und die Belastung der Besitzenden viel niedriger als im Etatvoranschlag.

So ist im Jahre 1927/28 waren zum Beispiel die Einnahmen aus den Lohnabzügen um 148 Millionen [illegible] größer als der Voranschlag. Trotzdem [illegible] dem abgelaufenen Finanzjahre die Voranschläge wieder so gewesen, daß eine **Mehreinnahme von 115 Millionen Mark** sich ergibt. Aehnlich ist die Entwicklung bei den übrigen Massensteuern.

1928/29	Voranschlag in Mill. Mk.	Aufkommen	Ueberschreitung des Voranschlags
Lohnabzüge	1300	1415	115
Umsatzsteuer	1050	1000	—
Beförderungssteuer	340	453	14
Zuckersteuer	140	158	18
Biersteuer	370	397	27
Spiritusmonopol	270	297	27
Verschieb. Massensteuern	42	50	8

Welch „Zufall"! Während bei den oben genannten Massensteuern fast durchweg Etatüberschreitungen zu verzeichnen sind, sind bei den meisten Besitzsteuern gegenüber dem Voranschlag die Einnahmen viel zu niedrig gewesen

1928/29	Voranschlag in Mill. Mk.	Aufkommen	Fehlbetrag gegenüber Voranschlag
Vermögenssteuer-	520	451	—69
Kapitalsverkehrs-	195	131	—64
Erbschaftssteuer	100	73,5	—26,5

Lediglich bei der Kapitalsertragssteuer und der Körperschaftssteuer sind die Einnahmen etwas über dem Voranschlag. Aber die Kapitalistenklasse hat ja gleichzeitig in Form von Subventionen einen erheblichen Teil ihrer Steuerzahlungen zurückbekommen.

Von den gesamten Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von 9,02 Milliarden bei einem Voranschlage von 8,86 Milliarden Mark stammen etwa zwei Drittel der Einnahmen aus den Massensteuern und den Lohnabzügen. Dies Verhältnis verschlechtert sich auf Grund der Subventionszahlungen noch weiter zungunsten der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes.

Insbesondere hat sich auch die von Hilferding angekündigte **Herabsetzung der Lohnsummensteuer** als großer Schwindel erwiesen. **Statt der Herabsetzung ist eine Mehrbelastung eingetreten, gegenüber dem Voranschlage um 115 Millionen Mark und gegenüber dem Vorjahre um 67 Millionen Mark.**

Trotz dieser Einnahmeüberschüsse besteht gegenwärtig eine „Notlage" in der Reichskasse. Das ist an sich bei den hohen Rüstungsausgaben und Subventionszahlungen leicht erklärlich. Sie liegt allerdings auch im Interesse der deutschen Reparationspolitik, wobei die angebliche „Notlage" zum Anlaß für neue Heraufsetzung der Massensteuer bei Entlastung der Besitzenden genommen wird.

Die Hilferdingsche Steuerpolitik unterscheidet sich also nicht im geringsten von der alten Bürgerblockpolitik und verdient deswegen ebenfalls schärfste Bekämpfung seitens der Arbeiterschaft.

Die Opfer der Nürnberger Explosion werden bestattet

Die Beerdigung der Explosionsopfer ist zu einer riesigen Kundgebung geworden. Ueber 7000 Personen waren auf dem Westfriedhof versammelt. Nachdem die verschiedenen Vertreter der Religionsgemeinschaften gesprochen hatten, sprachen Vertreter der Regierung und der Stadt Nürnberg. Alle zusammen konnten nur ihre Teilnahme den Angehörigen übermitteln. Ebenso sprach der Vertreter des Holzarbeiterverbandes, der nur von Frühling und Sonnenschein sprechen konnte, sowie ein Vertreter des ADGB., Ortskartell Nürnberg, der leider nicht zu verstehen war.

Der Betriebsrat der Firma J. S. Städtler sprach davon, daß die Kommission feststellen muß, ob die Herren der Betriebsleitung schuldig oder unschuldig an diesem gräßlichen Unglück sind. Nachdem noch verschiedene Kränze niedergelegt waren, sprach ein **Vertreter der Kommunistischen Partei, Bezirk Nordbayern.** Erst hier kam Bewegung in die Versammelten. Ueberall sah man Gruppen, die den Ausführungen des Parteigenossen zustimmten. Nach ihm wurde ein großer Kranz von einem Vertreter der Bezirksleitung des Kommunistischen Jugendverbandes niedergelegt. Wie Peitschenhiebe wirkten die Worte auf die Massen. Nur einen Satz sprach er: **„Im Auftrage des Bezirks Nordbayern des Kommunistischen Jugendverbandes lege ich an den Gräbern der durch den kapitalistischen Betriebsmord aus dem Leben gerissenen jungen Arbeiterinnen als äußeres Zeichen unserer Trauer diesen Kranz nieder."** Ueberall fand man Zustimmung, überall sah man das Einverständnis mit dem Jugend-Genossen. Eine Ehrenwache von 6 Jugendgenossinnen und Genossen begleiteten im Russenkittel die Särge der Opfer!

Zwei Bauernhöfe niedergebrannt

SCB. **Bilsbiburg,** 26. April.

In dem Anwesen des Seppenbauern in Willerskirchen brach gestern früh gegen 5 Uhr aus bisher unbekannter Ursache Feuer aus, das bald auf das Wohnhaus des Wastlbauern übergriff. Bei der großen Wassernot und dem herrschenden starken Wind, der die glimmenden Balken immer wieder zu hellen Flammen entfachte, brannten die Anwesen bis auf die Grundmauern nieder. Dem Feuer fielen sämtliche noch vorhandenen Ernte- und Futtervorräte, sowie landwirtschaftliche Maschinen und Fahrnisse zum Opfer.

Reformisten und Deutschnationale in einer Front

Bei der Zusammenstellung und Besetzung der Betriebsausschüsse der Vorsitzenden, Schriftführer usw. in den Margarine-Werken Jürgens und Prinzen in Goch **stimmten die Christen mit den Reformisten und den Vertretern des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gemeinsam in allen Teilen gegen die Opposition, sodaß die Oppositionellen Betriebsratsmitglieder trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke durch die Hilfe der Reformisten nirgends eine Vertretung erhielten.** Die Belegschaft wird, indem sie geschlossen hinter den oppositionellen Kollegen steht, die Einheitsfront von Deutschnationalen bis zur SPD. zu sprengen verstehen.

Aus dem Gewerkschaftsleben

Der 1. Mai und der Achtstundentag

„Daß die deutsche Arbeiterschaft tatsächlich im November 1918 Herr der Lage war, wird durch nichts besser verdeutlicht, als durch die ebenso rasche wie widerstandslose Einführung des Achtstundentages."

(Die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland. Herausgegeben und verlegt vom Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam. 1923 Seite 42).

Der Kampf um den Achtstundentag, der zuerst in den Chartistenkämpfen in England geführt wurde, gab der am 20. Juli 1889 auf dem Pariser Internationalen Sozialisten-Kongreß beschlossenen Maifeier den unmittelbaren Anstoß. Die Sozialdemokratie aller Länder erblickte in ihren besten Zeit in dem Achtstundentag immer den Inbegriff aller Sozialpolitik. Das beweist allein die Tatsache, daß diese fast hundert Jahre alte Forderung der Arbeiterschaft nicht nur den unmittelbaren Anstoß zur Maifeier, sondern für lange Jahre auch deren eigentlichen Mittelpunkt bildete. Bis der mit die Jahrhundertwende sich durchsetzende Imperialismus den Ideengehalt der Maifeier erweiterte und vertiefte, war die Forderung des Achtstundentag immer noch eine der wichtigsten Forderungen des internationalen Proletariats am 1. Mai.

Als Rosa Luxemburg im April 1910 den Versuch machte, die Wirkungen der Wahlrechtsdemonstrationen des Februar und März durch eine Maidemonstration zu steigern, da vergaß sie in ihren prächtigen Artikel vom 20. April auch nicht den Achtstundentag. Wann, so fragt sie, waren die leitenden Gedanken der Maifeier: Achtstundentag, Weltfrieden, Sozialismus, Arbeitsruhe als Machtmittel des Proletariats „lebendiger denn heute?" Auch damals, als Rosa den Kampf um die Reform des preußischen Wahlrechts als Hebel zu größeren entscheidenden Kämpfen ausnützen wollte, vergaß sie nicht, „die alte Programmforderung", den Achtstundentag, der für sie das oberste und radikalste Mittel „zur Beseitigung der ersten Mißstände der kapitalistischen Wirtschaft" als Forderung aufzustellen. Ihr galt der Achtstundentag „als ein wahres Rettungsmitel für die Arbeiterschaft, wenigstens aus dem tiefsten Elend . . . ." Darum hielt sie es für notwendig, daß „der Gedanke der achtstündigen Arbeit jetzt mit verdoppelter Macht in den Geistern der breitesten Massen einschlagen" muß. Jeder großen Bewegung des internationalen Proletariats habe sich die Forderung des achtstündigen Arbeitstages „zugesellt", sie ist „wie ein leuchtendes Flammenzeichen aus jeder stürmischen Schlacht zwischen der Arbeit und dem kapitalistischen Staat aufgelodert."

Rosa sprach damit nur das aus, was die ganze Arbeiterschaft, auch besonders die sozialistische, dachte. Wie ernst es der Arbeiterschaft mit der Forderung des Achtstundentages war, zeigen ihre zahllosen und zähen Kämpfe um die Verkürzung des Arbeitstages und die Blutopfer, die z. B. die Arbeiter in Chikago am 3. und 4. Mai 1886 dafür brachten. Wenn er schließlich für eine Zeit lang im Novemberzusammenbruch des Jahres 1918 den Arbeiter zufiel, so nicht, wie die Reformisten heute noch den Arbeitern vorschwindeln, als Resultat der Arbeitsgemeinschaft, sondern als Ergebnis der Angst der Unternehmer vor der fortschreitenden Revolution. Dafür ein paar Zeugnisse: Der bekannte Sachwalter und Führer der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, der jetzige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Reichardt, erklärte in seiner oft zitierten Rede am 30. 12. 1918 in Essen:

„Der Achtstundentag ist eine der ältesten Forderungen der organisierten Arbeiter. Ferner war bei einer Revolutionsregierung, die lediglich aus Arbeiterköpfen besteht, zu befürchten, daß mangels des Entgegenkommens der Unternehmer der Achtstundentag Gesetz werde. Zweifellos ist freiwillig gewährt, doppelt so viel wert, als wenn man es auf ein Zwangsgesetz ankommen läßt."

Dieses freiwillige Gewähren, war von derselben Art wie der Verzicht der französischen Feudalherren in der berühmten Augustnacht 1789. Soweit sie wirklich verzichteten, taten sie es aus Angst vor dem roten Hahn, den die Bauern vielen der feudalen Herren aufs Dach gesetzt hatten. Am 24. März 1922 sagte der Sozialdemokrat Kaliski als Sachverständiger in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über das Arbeitgebergesetz (siehe Reichsarbeitsblatt Nr. 21 1922):

„Ich behaupte, daß Angst der treibende Faktor war. . . Angst war der treibende Faktor und Angst vor ungeheuerlichen Dingen, die mit Revolutionen nun einmal in Verbindung gebracht werden, hat zu Kapitulationen Veranlassung gegeben, die sonst nicht geschehen wären." Auch Max Cohen sagte gelegentlich derselben Verhandlungen einen Tag vorher über die „Gewährung" des Achtstundentages: „daß es nicht wirtschaftliche Erwägungen, sondern politische Erwägungen einer sich geschlagen fühlenden Unternehmerklasse gewesen sind.

Diese revolutionäre Wertung des Achtstundentages erklärt es auch, daß die Unternehmer erst dann mit ihren Verstößen gegen den Achtstundentag begannen, als sie den Stachel der Revolution nicht mehr spürten, als sie sich wieder als die Herren fühlten. Selbst dann richteten sie zunächst ihre Pfeile nur gegen den „schematischen Achtstundentag", in der Erwartung, daß es ihnen gelingen würde, die Arbeiterschaft zu spalten. In dem Briefe, den Herr Thyssen am 14. Oktober 1922 an den Reichskanzler Wirth schrieb, heißt es u. a.: **„Das unglücklichste, was uns die Revolution bringen konnte, ist die unterschiedslose Einführung des Achtstundentages."**

Thyssen konnte in diesem Brief darauf hinweisen, daß „selbst ein Teil der sozialdemokratischen Führer erklärt hat, es gehe so nicht weiter". Gelegentlich der schon erwähnten Verhandlungen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat sagte z. B. der Sachverständige Wissell, der heutige Reichsarbeitsminister: **„Ich bin nie ein Anhänger des Achtstundentages gewesen,** in dem Sinne, daß ich seine rein schematische Anwendung gefordert hätte."

Und Kaliski meinte: **„Der achtstündige Maximalarbeitstag unterschiedslos . . . ist eine Unmöglichkeit."** Dieser Kaliski war es, der dann seine Ansichten, die er lange vorher schon in der Presse vertreten hatte, am Schluß seiner Rede in folgenden Vorschlag zusammenfaßte: **„Ich empfehle die Suspendierung des gesetzlichen Achtstundentages auf die Dauer von 5 Jahren. . ."** Werner vom Deutschen Verkehrsbund sagte, daß „die Arbeitnehmersachverständigen von Herrn Baltrusch (christlicher Gewerkschaftsführer H. Fg.) angefangen bis zu Leipart und Wissell . . . den Standpunkt vertreten, daß **der Achtstundentag nicht schematisch durchgeführt werden kann . . .,** daß es eine sittliche Pflicht der Arbeiter ist, wirtschaftliche Notwendigkeiten zu berücksichtigen".

Es ist nicht möglich, alle Äußerungen reformistischer Gewerkschaftsführer gegen den Achtstundentag anzuführen. Viel wichtiger ist ja auch die Praxis dieser Leute, die hunderte von Tarifverträgen unterschrieben, die den Achtstundentag nur auf dem Papier bestehen ließen. Wenn die Arbeiterschaft kämpfte um die volle Durchführung des Achtstundentages, wie in der Hütten-, Metall- und chemischen Industrie und im Bergbau, dann sabotierten sie regelmäßig den Kampf und warfen gar die energischsten Verfechter des Kampfes um den Achtstundentag aus den Verbänden heraus. So vertreten die Reformisten heute die alte sozialdemokratische Forderung.

In einem Lande nur ist der Achtstundentag wirklich gesichert. Dort ist man auch schon längst über ihn hinausgegangen. **Die durchschnittliche Arbeitszeit in der ganzen Sowjetunion beträgt 44,6 Stunden in der Woche und wird nach dem Wirtschaftsplan in 5 Jahren nur noch 40,2 Stunden betragen.** In den Vereinigten Staaten beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit dagegen 49 und in Deutschland 47 bis 52 Stunden. Mehr als 50 Prozent Arbeiter der Fertigwarenindustrie der Sowjetunion arbeiten heute nur 7 Stunden.

Wenn die deutschen Arbeiter dieses Jahr trotz aller sozialdemokratischen Verbote am 1. Mai demonstrieren, dann werden sie die Forderung des Siebenstundentages erheben. Einmal darum, weil jetzt der Rationalisierung der Achtstundentag längst überholt ist, und dann auch, weil die beste Sicherung des Achtstundentages in dem Kampf für den Siebenstundentag besteht.

Aus Wirtschaft und Betrieb

Wie Krauß verdiente

Schon oft gingen Gerüchte, daß die Lokomotivfabrik Krauß AG. in München ihren Betrieb stillegen oder in irgendeinem der großen Konzerne in der Lokomotivindustrie eingehen würde. In der Oeffentlichkeit hat die Leitung der Aktiengesellschaft immer behauptet, daß an diesen Erklärungen kein wahres Wort sei. Jetzt veröffentlicht sie für das vergangene Jahr den Geschäftsbericht, der beweist, daß die Fabrik trotz aller Klagen des schlechten Geschäftsgangs immer noch verhältnismäßig gut geht. Im vergangenen Jahr wurden danach erhebliche Neuanlagen geschaffen. Die Folge ist, daß der **Wert der Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen von 4,42 auf 4,63 Millionen Mark** gestiegen ist. Als einer der Gründe für diese Steigerung wird der **Kauf einer Arbeiterkolonie in Allach,** sowie die Aufstellung eines Sechstonnen-Elektrostahlofens angegeben.

An Betriebsüberschuß wurden 2,35 gegenüber 2,39 Millionen Mark im Vorjahr erzielt. Die Abschreibungen sind um 100 000 Mk. auf 210 000 Mk. gestiegen. Der Reingewinn weist ebenfalls eine Steigerung von 21 588 auf 37 731 Mark auf, wozu noch ein Vortrag von 55 420 Mark kommt. Die Verwaltung hofft außerdem, durch neue Aufträge im Lokomotivbau eine Verbesserung der Geschäftslage herbeizuführen.

Aus der USSR

Aktive Außenhandelsbilanz der USSR

im 1. Wirtschaftshalbjahr 1928/29

Nach den Angaben der Zollverwaltung des Handelskommissariats der Sowjetunion betrug der Umsatz des Außenhandels über die europäischen Grenzen im Monat März 114,5 Millionen Rubel; davon entfielen auf die Ausfuhr 60,6 Millionen Rubel und die Einfuhr 53,9 Millionen. Danach betrug die aktive Bilanz des Außenhandels im März 1929 6,9 Millionen Rubel, während im März des Vorjahres eine passive Bilanz von 20,5 Millionen zu verzeichnen war.

Der Gesamtumsatz des Außenhandels über die europäischen Grenzen betrug in den ersten sechs Monaten des Wirtschaftsjahres 1928/29 (Oktober bis April) 651,3 Millionen Rubel. Der Export betrug 340,8 Millionen im Vergleich mit 300,6 Millionen in derselben Zeitspanne des Vorjahres; der Import beziffert sich auf 310,5 Millionen Rubel, im Vergleich mit 352,4 Millionen Rubel im Vorjahre.

Von der Produkten der Ausfuhr stieg insbesondere der Export von Flachs (25 105 000 im Vergleich mit 17 231 000 im Vorjahre), von Fleischprodukten, rohen Därmen. Der gesamte Export von Industriewaren betrug im ersten Halbjahre 1928/29 151 220 000 Rubel, was eine Zunahme von 48,9 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahre bedeutet. Ebenso gestiegen ist die Ausfuhr von Holzmaterialien, von Naphtaprodukten und Manganerzen. Die Ausfuhr von Naphtaprodukten betrug 52 942 000 Rubel, was eine Zunahme von 34,3 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahre bedeutet; die Ausfuhr von Manganerzen stieg von 5 615 000 Rubel im Vorjahre auf 7 117 000 Rubel.

Entsprechend dem Industrialisierungsplane war die Einfuhr von Produktionswerkzeugen besonders stärker als von Gebrauchsgegenständen. Die Einfuhr von Werkzeugen für die Industrie und das Verkehrswesen betrug 97 516 000 Rubel, von Rohstoffen 117 194 000 und von Halbfabrikaten 36 423 000 Rubel.

Der Gesamtumsatz des Außenhandels in den genannten sechs Monaten durch die europäischen Grenzen einschließlich des Handels von 4 Monaten durch die asiatischen Grenzen betrug 749,4 Millionen Rubel, im Vergleich mit 738,9 Millionen Rubel des Vorjahres. Der Export betrug 391,6 Millionen Rubel oder war um 14,7 Prozent größer als im Vorjahre, während der Import 357,8 Millionen Rubel betrug, was einen Rückgang von 10 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahre ausmacht.

Die aktive Außenhandelsbilanz betrug 33,8 Millionen Rubel, während im Vorjahre eine passive Bilanz von 56,3 Millionen vorlag.

Klassenkampf und Tanzkurs

Wir entnehmen unserem Mannheimer Bruderblatt:

„Aus Mitgliederkreisen ist mehrfach der Wunsch laut geworden, im Kreise von Verbandsmitgliedern auch einmal einen Tanzkursus abzuhalten. Wir sind diesem Wunsche nachgekommen und haben uns mit einer sehr bekannten Privattanzschule in Verbindung gesetzt. Es ist uns auch möglich gewesen, eine Preisermäßigung zu erreichen, die mehr als die Hälfte des sonst üblichen Honorars beträgt. Anmeldungen für die Tanzkurse sind auf der Geschäftsstelle abzugeben. Für die verschiedenen Altersgruppen werden getrennte Kurse stattfinden.

Diese Notiz entnehmen wir nicht etwa einer bürgerlichen Verbandszeitschrift, sondern sie prangt in dem **Verbandsorgan des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Mannheim vom April** d. J. Wie lange noch und wir werden in dem gleichen Verbandsorgan eine Notiz über die Schaffung eines Heiratsvermittlungsbüros finden. Aber wer kann sich noch wundern über eine solche Entwicklung der freien Gewerkschaften! Einmal ihres Klassenkampfcharakters entkleidet, der Basis, **der sie ihre Entstehung verdanken, entzogen,** müssen sie zwangsläufig die Entwicklung nehmen, die wir heute allenthalben an allen freien Gewerkschaften mehr oder weniger beobachten können: sie sinken herab zu reinen Unterstützungs- und Vergnügungsvereinen. Es braucht in diesem Zusammenhange nur an die Einführung der Invalidenversicherung in einer Reihe von Verbänden erinnert zu werden.

Die Abneigung sehr vieler Proletarier gegen die heutigen freien Gewerkschaften hat ihre Ursache ausschließlich darin, daß sie den Glauben an eine Besserung ihrer materiellen Lage mit Hilfe der freien Gewerkschaften vollkommen verloren haben. Eine Folge des permanenten Verrats der Arbeiterinteressen bei allen Wirtschaftskämpfen. Darüber ist sich die Verbandsbürokratie sehr wohl im klaren. Anderseits besteht aber bei dieser verwahrlosten Gesellschaft nicht minder Klarheit darüber, daß die freien Gewerkschaften — wenigstens so lange sie sich in den Händen verluderter Reformisten befinden — infolge des engen Verwachsenseins der reformistischen Verbandsbürokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat, konsequent den Weg des Verrats der Arbeiterinteressen weitergehen und damit notwendigerweise in steigendem Maße das Vertrauen breiter Proletarermassen verlieren müssen.

Neue Anreize müssen infolgedessen geschaffen werden, um dem unausbleiblichen Zerfall der freien Gewerkschaften, der selbstverständlich durch die Massenausschlüsse ihrer besten Elemente durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie noch beschleunigt wird, einigermaßen zu steuern. Man führt die Invalidenversicherung ein, veranstaltet Tanzkurse, arrangiert Vergnügungsabende, Maskenbälle, gewährt, wie z. B. im Z. d. A., den weiblichen Mitgliedern im Falle ihrer Verheiratung eine Aussteuerbeihilfe von 50—100 Mark und was es noch mehr an solchen spießigen Kinderlichen gibt.

Erscheinungen, die jedem **Proletarier,** der auch nur noch einen Funken Klassenbewußtsein besitzt, nicht nur zu denken geben, sondern ihn unbedingt veranlassen müssen, **im Verein mit den Vertretern der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf zu führen gegen die verluderte und verkommene Gewerkschaftsbürokratie, um aus den Gewerkschaften das zu machen, was sie sein sollen: Klassenkampforgane des Proletariats!**

Erwerbslose, Betriebstätige! Hört!

Der „Vorwärts" vom 26. April bringt einen Bericht über Hilferdings Etat-Rede im Reichstag, Hilferding sagte nach diesem Bericht:

„Eine Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zur Entlastung des Reichs ist dringend notwendig, die Reichsregierung arbeitet einen solchen Entwurf aus!"

Die Koalitionsregierung will also die kärgliche Erwerbslosenunterstützung noch mehr abbauen. Die Beiträge sollen erhöht werden.

„Zur Entlastung des Reichs", das heißt zur Ermöglichung der Panzerkreuzerbauten, zur Ermöglichung eines Wehretats von über 700 Millionen.

Für Technische Nothilfe, Subventionen an Kapitalisten, Polizeizwecke hat die Müller-Regierung Millionen über Millionen. Aber auf Kosten der hungernden Erwerbslosen, durch neue Belastung der Betriebstätigen sollen die Panzerkreuzer gebaut werden.

Arbeiter, nehmt die Gefahr nicht leicht! Denkt an das Schicksal der Saisonarbeitslosen! Wehrt Euch!

Marschiert am 1. Mai auf! Gestaltet den 1. Mai zu einem Kampftag gegen die arbeiterfeindliche Politik der Müller-Regierung!

Eisenbahner, heraus zu den Betriebsrätewahlen!

In 14 Tagen sind die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn. In der jetzigen Situation sind gerade diese Wahlen von hervorragender Bedeutung.. Die Eisenbahner sollen Antwort geben auf die reformistische Verschleppung der Lohnbewegung. Sie sollen durch ihre Abstimmung erklären, ob sie die Macht, die ihnen ihre Arbeit in die Hand gibt, in entscheidender Situation ausnutzen wollen. Die Eisenbahner sind — so erklärte einstmals ein bürgerlicher Schriftsteller „die Hand an der Gurgel des Staates". **Diese Hand soll zupacken** und mit ihr sollen bei den kommenden Betriebsrätewahlen Reichsbahnhauptverwaltung mit ihrem reformistischem Anhang zerdrückt werden. **Diese Hand soll zupacken, wenn Dorpmüller** und Scheffel die Reichsbahn in den Dienst des Krieges gegen die Sowjetunion stellen wollen. **Diese Hand soll zuzupacken,** wenn es gilt die Verkehrsbetriebe in den Dienst der proletarischen Revolution zu stellen.

Deshalb Eisenbahner geht zur Betriebsrätewahl. Antwortet den reformistischen Lakaien des Unternehmertums, wählt revolutionäre Betriebsräte. Die Kandidaten der revolutionären Opposition für den Bezirksbetriebsrat im Bezirk München sind folgende:

1. **Knödler Gottlieb, Betr., Bahnarbeiter, Bw. Pasing,**
2. **Schaufler Benno, Werkstatt, Gehilfe, RAW. Planegg,**
3. **Koch Wilhelm, Betr., Rangiergehilfe, München-Laim,**
4. **Hoffmann Franz, Betr., Stat.-Geh., Mühldorf,**
5. **Kettner Bernhard, Werkst., Dreher, RAW. Freimann,**
6. **Haas Franz, Betr., Bahnmeisterei, Ingolstadt,**
7. **Bösmeier Johann, Betr., Bahnarbeiter, Oberbau, Hauptwerkst.,**
8. **Geiger Mathias, Betr., Gehilfe, Bw. München-Hauptbahnhof,**
9. **Kurzlechner Hans, Betr., Bw., Geh., München.**

Eisenbahner, heraus zur Wahl, gestaltet sie zu einem Siege der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Stuttgarter Eisenbahner für die Opposition

In den Eisenbahnwerkstätten Stuttgart-Nord hat die Opposition bei der Betriebsrätewahl einen glänzenden Sieg davongetragen. Bei der Aufstellung der Kandidaten in der Gewerkschaftsversammlung schlug die Opposition zehn Genossen der KPD. vor, die trotz aller Sabotageversuche und Drohungen des anwesenden Gewerkschaftsbonzen gewählt wurden. Erst an elfter Stelle kommt ein Sozialdemokrat.

Das drohende Zuchthausgesetz

Am Freitag abend war der Löwenbräukeller überfüllt. Die Arbeiterschaft war gekommen, um sich Aufklärung zu verschaffen aus dem berufenen Munde von Genossen Professor Feliz Halle über den Schandgesetzentwurf, der die Grundlage bildet für die kommende Praxis der Justiz. Genosse Halle führte dem Sinne nach aus:

Die Entwicklung der Rechtsfragen geht Hand in Hand mit den Klassenfragen. Die Verschärfung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit löst eine Verschärfung der „Rechts"mittel aus, mit denen die herrschende Klasse die ausgebeuteten Schichten niederhalten will. Unter diesem Zeichen steht der neue Gesetzentwurf. Vollkommen bankrott gemacht in ihren rechtlichen Anschauungen hat die Sozialdemokratie. Das Erfurter Programm, das nach Wahl der Richter verlangt, ist völlig vergessen, an seine Stelle trat die Unterwerfung unter die Prinzipien des Kapitalismus und des faschistischen Staates, zu dessen eifrigsten Verteidigern die SPD. gehört. Halle bringt erschütternde Zahlen über die ungeheure Zunahme der Verurteilungen aus offensichtlichen Klasseninteressen der Bourgeoisie. Das neue Gesetz wird diese Zahlen noch ins Ungemessene steigern.

Hochverrat!

Das bisher geltende Recht verstand unter Hochverrat ein gewaltiges Unternehmen gegen die Verfassung. Der Entwurf sieht jedoch schon in der **Drohung mit einer gewaltsamen Maßnahme** ein Hochverratsdelikt, das mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft werden soll. Die SPD. hat für den Entwurf in dieser Fassung gestimmt. Weiter heißt es im Entwurf: **Wer auf andere Art Hochverrat vorbereitet** unterliegt ebenso der Bestrafung. Damit ist dem Klassenrichter Tor und Tür geöffnet zur schrankenlosen Willkür, zur Auslegung eines Deliktes, wie er es für richtig befindet. **Auch Streik kann als Hochverrat gewertet werden, jede Maßnahme der Arbeiterklasse ist Hochverrat, wenn der Richter es so haben will.**

Die Todesstrafe,

um die im Rechtsausschuß soviel Für und Wider laut geworden sind, ist im bürgerlichen Staat ein mittelalterliches Ueberbleibsel des Feudalismus, der Zeit, als die körperliche Züchtigung noch dominierte und Ausdruck des herrschenden Feudalrechtes gegenüber den Hörigen und Sklaven war. Die Bourgeoisie hat ein anderes Interesse. Das Prinzip der individuellen Freiheit und der kapitalistischen „freien" Verfügung über die eigene Arbeitskraft bedingte ein „Recht", das sich gegen diese Freiheiten richtet. **Beraubung der persönlichen Bewegungsfreiheit und Entzug der freien Verfügung über die Arbeitskraft** ist das der herrschenden Klasse am besten entsprechende „Rechts"mittel. Diese kann aber jetzt nicht mehr auf die Todesstrafe verzichten und erhebt sie besonders für die Zeit **schwere Klassenkämpfe, während eines Krieges und einer akut revolutionären Periode zur ersten und wichtigsten Stelle.** (Faschismus.) Daß die Todesstrafe ausschließlich gegen das Proletariat angewandt wird, bezeugt die Statistik, **nach welcher seit 1870 (Reichsgründung) alle Todesurteile nur gegen Personen gefällt wurden, die den arbeitenden Schichten angehörten.**

Zur Frage d[er]

Paragraphen 218

[...] arbeitenden Schichten einen Um[schwung] angenommen hat, der nicht mehr leicht überbrückt werden kann. Vor allen Dingen auf dem sexuellem Gebiete und dem der Religion. Als Blüte aus dem neuen Gesetzentwurf führt er an, daß nunmehr bereits eine „unzüchtige Verführung unter Verwandten" eine Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren nach sich ziehen wird. Bei den jetzigen Wohnungsverhältnissen eine klare Maßnahme ausschließlich gegen die ärmsten Leute.

Nach dem Referat wurde eine Entschließung an **den Rechtsausschuß des Deutschen Reichstages** angenommen. Eine weitere Entschließung, die sich mit den Terrormaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und das Redeverbot von Max Hölz beschäftigt und gerichtet ist an Volzei[präsidenten] **Zörgiebel, Berlin, an das bayerische Innenministerium, München, und das badische Innenministerium, Karlsruhe,** fand ebenfalls einstimmige Annahme.

Unter großer Begeisterung wurde [...] Programm zugestimmt, das an das heldenhafte Pro[letariat] von Berlin abgeschickt wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Revolutionäres Proletariat Münchens sendet Maikampfgrüße und versichert Solidarität im Kampf gegen Zörgiebelfaschismus."

Die anderen Resolutionen werden wir demnächst zum Abdruck bringen.

Nach der Pause trat als Diskussionsredner **Genosse Max Hölz**

auf das Podium. Ueber die ungeheure Begeisterung, die sein Erscheinen auslöste haben wir bereits kurz berichtet. In scharfen Worten gab Max Hölz einen Kommentar zu den Ausführungen mit der Klassenjustiz und der Gefangenenbehandlung. Schreie der Empörung wurden laut, als Max Hölz schilderte, wie man ihn bis aufs Blut quälte, schlug, nackend auszog und in eine eiskalte völlig leere und stockdunkle Zelle sperrte. „Wahnsinnig muß werden, wer das durchmacht, nach dem Willen der herrschenden Klasse". Nach Max Hölz sprach Genossin Traute Hölz, die besonders die anwesenden Achtgroschenjungen aufs Korn nahm.

Die Kriminalpolizei hatte versucht, als Max Hölz sich zu erkennen gab, auf die Tribüne vorzustoßen. **Vergebliches Bemühen, Hunderte sprangen auf, die Situation schien scharf und bedrohlich zu werden.** Dank der Einsicht der anwesenden Beamten konnte jedoch die Versammlung ruhig und ohne jeden Zwischenfall zu Ende geführt werden. Mit dem Gesang der Internationale, intoniert von der Schalmeienkapelle schloß die wuchtige Versammlung, Diskussionsredner aus dem gegnerischen Lager hatten sich nicht zu Worte gemeldet.

Die bürgerliche Presse nimmt das Auftreten von Max Hölz zum Anlaß, um wieder aufs gemeinste die Persönlichkeit des Genossen herabzusetzen. Allerdings muß konstatiert werden, daß der Ton, in dem das geschieht, ein außerordentlich zahmer geworden ist. Das energische Auftreten von Max Hölz gegenüber einigen bürgerlichen Zeitungen hat diesen die Stimme verschlagen. Wohl bekomms!

Heraus zur Maidemonstration

Augsburger Klassengenossen!

Die Unterzeichneten Organisationen rufen hiemit die gesamte arbeitende Bevölkerung auf, den

1. Mai

durch restlose Arbeitsruhe zu feiern.

Programm

Vormittags ½10 Uhr versammeln sich die Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung im

Saalbau „Herrle"

zur

Demonstrations-Kundgebung

Im Anschluß **Aufstellung** zur

Demonstration

durch die Straßen der Stadt.

Abends 7 Uhr im Saalbau „Herrle"
große Abschluß-Veranstaltung

mit reichhaltigem Programm: Theater, Sprechchor, Rezitationen u. a., unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle und des Spielmannszuges des RFB., der Freien Kraftsportvereinigung und des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität".

Arbeiter Arbeiterinnen! Sorgt dafür, daß am 1. Mai alle Räder stille stehen!

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Augsburg
Roter Frontkämpferbund
Kommunistischer Jugendverband

Kirchenaustritt am 1. Mai

Vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung wird geschrieben:

Genossen! Wer den 1. Mai im Sinne von Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin feiern will, wer wirklicher Klassenkämpfer ist, der muß auch in der Frage der Weltanschauung — hie Gottesglaube, idealistische Weltanschauung, so lautet die Frage und da muß er sich entscheiden. **„Sozialismus und Religion stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser."** Diesen Satz wollen die Sozialdemokraten aus der Welt schaffen, aber er muß lebendig bleiben im Herzen und Gehirn der Arbeiterklasse. Für den wirklichen Klassenkämpfer ist Religion keine Privatsache, für ihn ist sie ein Gegner, ein gefährlicher Gegner, der mit Mitteln arbeitet, die jenseits der Wissenschaft und des offenen Tageslichtes liegen:

Am 1. Mai kann nur eine Parole herrschen: Heraus aus der Kirche!

Arbeiter des Ostens

erscheint heute abend in Massen zu den

drei Kundgebungen der KPD

Haidhausen
„Lothringer Bierhalle", Lothringerstraße

Au / Altstadt
„Hammerschmiede", Ecke Zeppelin- u. Breiter Anger

Ober- und Untergiesing
„Falkenwand", Falkenstraße

Reichhaltiges Programm ist vorgesehen

Bringt eure Frauen und Bekannten mit

Eintritt frei

So ist's richtig!

Die Zeitschrift der katholischen Jugendbewegung „Vom frohen Leben" bringt in ihrem Aprilheft folgende kleine, lehrreiche und ergötzliche Geschichte, die zur Nachahmung nur zu empfehlen ist:

„Wohnungsämter? Beamtenpest! Rote Gefahr! Einen Beitrag dazu leistete sich die Wohnungskommission in Torgelow (Pommern). Sie antwortete dem dienstluenden katholischen Pfarrer von Torgelow, der über 9 Kilometer vom Pfarrort entfernt wohnt und seit zwei Jahren vergebens um eine Wohnung einkommt:

„Ihre Anwesenheit in Torgelow ist nicht erforderlich. — Torgelow ist rot!"

Die Oelarbeiter von Baku am 1. Mai 1902

Wir, die Arbeiter der Sowjetunion, rüsten voller Freude zu unserem proletarischen Fest, zur Maifeier. Aber früher, unter der Herrschaft des Zarismus, mußten wir es teuer bezahlen. Die erste Mai-Demonstration in Baku 1902 hat folgenden Verlauf genommen:

Die Arbeiter der Betriebe und Petroleumquellen von Baku versammelten sich um 11 Uhr auf dem Platz vor der armenischen Kirche und als das Volk aus der Kirche strömte, entrollten wir die rote Fahne und zogen unter dem Absingen revolutionärer Lieder nach den Zentralstraßen der Stadt. Unterwegs schlossen sich uns immer mehr Menschen an, so daß, als wir vor der Stadt-Duma (heute Sowjet) angelangt waren, der Zug 10 000 Teilnehmer zählte. Hier aber stießen wir auf eine Kosakenkette. Die Kosaken feuerten gegen uns eine Salve ab und gingen zum Angriff über. Viele von uns wurden mit Nagaikas blutig geschlagen, viele wurden verhaftet. Trotzdem aber, trotz Mißhandlungen, Verhaftungen und darauffolgende Verbannungen organisierten wir jährlich unsere Mai-Demonstration.

Jungpioniere grüßen

Kiew. Zum Fest des 1. Mai grüßen wir Euch recht brüderlich. Dies Fest sei für uns ein Ansporn zu noch engerer Verbindung mit Euch! Wir wollen

Seid bereit!

die Welthilfssprache Esperanto für unsere Vorbereitung der Siege der Arbeit in Dienst stellen!

Nun wollen wir Euch erzählen, wie wir uns für dieses große Fest vorbereiten. Vor allem wollen wir unsere internationalen Beziehungen, unsere Verbindung mit Euch enger knüpfen. Dann bereiten wir auch eine antireligiöse Ecke in unserem Heim vor. Wir prüfen auch unsere Arbeit im vergangenen Winter. Außer der Einrichtungen unserer antireligiösen Ecke wollen wir auch ein antireligiöses Museum besuchen. Wir lernen ein Theaterstück ein. Im Laufe des 1. Mai-Festabends wollen wir viele Kinder von der Straße her in unseren Klub einladen. Wir rüsten uns auch zur Teilnahme an der Mai-Demonstration. Am Tage der Maifeier unternehmen wir einen Propagandamarsch der Kinder außerhalb der Stadt. Wir wollen unseren erwachsenen Genossen in ihrer Arbeit helfen, wie sie auch uns immer helfen werden.

Schreibt uns, wie Ihr Euch zur Maifeier vorbereitet habt? Was macht Ihr für antireligiöse Arbeit der Aufklärung? Habt Ihr unsere Sendungen erhalten? Schreibt uns bald!

Mit Pioniergrüßen (folgen 33 Namen).
Pioniere aus der Abteilung 23, im Namen von
Woroschilow, Kiew, Ukrainie USSR., Degtjarewskaja Nro 9, Detgorodok, 11. Kollektiv.

Silverkron, die 5 ₰ Zigarette
mit Gutschein

Perusa München

Großfeuer in Würzburg

SCB. **Würzburg,** 26. April.

Im Anwesen des Landwirts Martin Roos brach Feuer aus. In ganz kurzer Zeit stand die Scheune [...] in hellen Flammen. Durch den [...] Wind wurde die Feuergarbe über einen Garten hinweg zur Nachbarscheune des Landwirts Alois Köhler getragen und von dort auf eine weitere Scheune, die beide mit Nebengebäuden und vielen Vorräten ein Raub der Flammen wurden. Die Brandgeschädigten kamen erst nach Hause, als nichts mehr als Schutt und Asche zu sehen war. Die Wohnhäuser wurden nur wenig beschädigt.

Rücksichtsloser Autofahrer.

SCB. **Nußbach,** 24. April.

Auf der Staatsstraße zwischen Nußbach und Neustadt schnitt ein Tabakfabrikant aus Holland mit Namen van der Heyden mit seinem Auto beim Ueberholen drei vor ihm fahrende Kraftfahrzeuge. Da der erste Wagen stark bremsen mußte, fuhr das zweite Auto in voller Fahrt auf das erste auf, wodurch beide schwer beschädigt wurden. Ein Insasse, ein Gemeindebeamter aus Alzey, erlitt leichtere Verletzungen. Der schuldige Autofahrer fuhr in rasendem Tempo davon, sodaß er von der gerade anwesenden Verkehrspolizei nicht mehr eingeholt werden konnte. Kurz vor Landau überrannte der gleiche Fahrer noch eine Radfahrerin aus Walsheim. Sie blieb jedoch unverletzt, während ihr Rad vollständig demoliert wurde. Hier gelang es, die Personalien des Fabrikanten festzustellen. Gegen eine entsprechende Sicherheitsleistung konnte er seine Fahrt fortsetzen.

An der Stieftochter vergangen.

SCB. **Ludwigshafen a. Rh.,** 24. April.

Das Schöffengericht Ludwigshafen verurteilte heute unter Ausschluß der Oeffentlichkeit den 34jährigen verheirateten zur Zeit erwerbslosen Arbeiter Karl Bund von Oggersheim wegen Sittlichkeitsverbrechen nach § 174, 176 und 218 (Abtreibung), begangen an seiner minderjährigen Stieftochter, zu einem Jahr und neun Monaten Zuchthaus. Der Angeklagte, der nach dem Kriege eine Kriegerwitwe mit zwei Töchtern geheiratete hatte, hatte sich die jüngste zu seinem Laster auserwählt. Eines Tages unternahm er einen Abtreibungsversuch. Durch Drohungen, daß er ihr den Hals abschneide, hatte er sich das Mädchen gefügig gemacht.

Heraus zur Pasinger Maifeier

am 1. Mai nachmittags 3 Uhr
in der Brauerei Pasing

Veranstalter: KPD., RFB., RH., Arbeitertribüne, Proletarische Freidenker. Reiches Programm, unter anderm Aufführung von „Oktoberstürme".

Werktätige Rosenheims und Umgebung!

Die Kommunistische Partei veranstaltet mit dem RFB. am Mittwoch, den

1. Mai eine Maidemonstration, der eine Kundgebung im Saale

vorausgeht. Es ist für die klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen und Erwerbslosen selbstverständliche Pflicht, sich geschlossen zu beteiligen.

Die Versammlung beginnt

vormittags 10 Uhr im Gasthaus Perlohner,

anschließend

Festzug durch die Hauptstraßen

Rosenheims. Die Kollegen von Kolbermoor und Rebenfelden haben ihre Beteiligung zugesagt.

Nachmittags 2 Uhr findet in Kolbermoor ebenfalls Versammlung mit Umzug statt.

In Rebenfelden findet abends 7 Uhr eine große Massenversammlung statt.

Kollegen, Arbeiter, heraus zum 1. Mai auf die Straße, demonstriert für eure Rechte am Weltfeiertag des Proletariats. Laßt die Sozialdemokraten am 5. Mai mit ihrem Bierfest allein.

Wie bekannt wird das 400 Jahre alte Haus Oberpfalz in der Sendlingerstraße Nr. 55 niedergerissen. Das seit zwei Jahren dort befindliche die gesamten Parterre-Räume innehabende Schuhhaus Oberotti ist daher gezwungen seine Riesenlager zu räumen und aus diesem Grunde einen Ausverkauf zu veranstalten. Um eine schnelle Räumung zu ermöglichen sind die Preise derart rücksichtslos herabgesetzt worden, daß man mit Recht sagen kann, „Geht hin und kauft, denn billiger ihr Reich". Das Schuhhaus Oberotti führt nur erstklassige Qualität was die jahrelangen treuen Abnehmer bereits festgestellt haben. Wir bitten unsere Leser um Beachtung des unserer heutigen Stadtauflage beiliegenden Prospektes der vorgenannten Firma.

Aus der Partei

Stadtteil Süd

Alle Parteigenossen und Mitglieder von Rot-Front, RH., KJVD. und Freidenker der Bezirke Schlachthaus, Ober- und Unterlendling und Konsumverein werden ersucht, sich heute abend um 6½ Uhr zur Propaganda für den Maiaufmarsch an den Treffpunkten „Reichskrone", Schwellerstraße, „Frühlingsburg", Dalserstr. und „Unterfahrt", Boschetsriederstraße, einzufinden.

Spielplan der Münchener Theater

Dienstag, den 30. April abends

Prinz-Regenten-Theater. „Feurio". 7½ Uhr.
National-Theater. „Sly". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. „Emilia Galotti". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Das Nachfolge-Christi-Spiel". 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. Friederike". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Das Geld auf der Straße". 7½ Uhr.

Mittwoch, den 1. Mai abends

Prinz-Regenten-Theater. „Schlagt mich tot, aber ich muß lachen!" 7½ Uhr.
National-Theater. „Die Rose vom Liebesgarten". 7 Uhr
Residenz-Theater. „Quintett". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Olympia". 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. Friederike". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Das Geld auf der Straße". 7½ Uhr.

Donnerstag, den 2. Mai abends

National-Theater. „Die Boheme". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. „Spiel im Schloß". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Das Nachfolge-Christi-Spiel". 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. Friederike". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Das Geld auf der Straße". 7½ Uhr.

Paris unter Belagerungszustand

Poincare in den Spuren Zörgiebels

WTB. Paris, 28. April.

Für den 1. Mai wurden heute vom Innenministerium folgende polizeilichen Anordnungen getroffen: Umzüge auf offener Straße sind verboten. Jede Kundgebung, jeder Sabotageakt, jede Arbeitsbehinderung und jede Gewalttätigkeit sollen mit größter Strenge unterbunden werden. Ausländer, die an einer Kundgebung teilnehmen, werden verhaftet und sofort ausgewiesen. Die Polizei wird verstärkt durch die republikanische Garde. Außerdem werden die Truppen eines Teiles der Garnison von Paris, sowie weitere zur Verstärkung herangezogene Truppenverbände den ganzen Tag über in den Kasernen zur Verfügung der Polizei stehen.

Beerdigung der Abrüstung

Genf, 20. April.

In den Kreisen der Abrüstungs-Kommission herrscht über die letzten Verhandlungen des Abrüstungs-Ausschusses tiefer Pessimismus. Die Sonntag-Sitzung der Kommission hat der ganzen Abrüstung ein feierliches Begräbnis bereitet. Die Vertreter der mit Frankreich und England verbündeten Staaten traten im Verein mit dem Vertreter Nordamerikas mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß nur die stehenden Heere und nicht die größeren Reserven in die Abrüstungsdebatte hineingezogen würden, was natürlich jeder imperialistischen Macht die Möglichkeit gibt, ihr Heer zu verkleinern, die Ausbildungszeit zu verkürzen und die Reserven zu verdoppeln und verdreifachen.

Genosse Litwinow trat als Vertreter der Sowjet-Union mit aller Entschiedenheit gegen diesen Schwindel auf. Besonders scharf wandte er sich gegen die Haltung der Vereinigten Staaten, deren Schwenkung in der Frage der Reserven den jetzigen Bankrott herbeigeführt habe.

Nach einer weiteren Debatte, in der Polen und England für den amerikanischen Vorschlag eintraten, wollte der Präsident ohne Abstimmung über den Tagesordnungspunkt mit der Feststellung weitergehen, daß der Ausschuß nicht genelgt sei, die Frage der ausgebildeten Reserven in die Abrüstungskommission aufzunehmen. Gegen dieses Manöver trat sowohl Litwinow als auch der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, auf. Bernstorff stellte fest, daß jene Delegationen, die sich für die Einbeziehung der ausgebildeten Reserven ausgesprochen habe, etwa die Hälfte der Menschheit vertreten. Litwinow verlangte namentliche Abstimmung über seinen Antrag. **Der Präsident Loudon ging über diesen Antrag einfach zur Tagesordnung hinweg und erklärte, daß die Abstimmung erst nach Vorliegen des abschließenden Berichtes erfolgen werde.**

Mit diesem negativen Ausgang der Debatte über die Einbeziehung der Reserven ist man so ziemlich am Ende des Arbeitsprogramms. Man will die **Einberufung der endgültigen Abrüstungskonferenz auf den Mai nächsten Jahres festsetzen.**

Das ist der großartige Erfolg des sozialdemokratischen „Petitionssturmes". Die Berge von Papier haben lediglich fertig gebracht, daß die Imperialisten die Abrüstungskonferenz auf den Mai nächsten Jahres festlegen wollen. **Bis dahin können jene Waffen, deren Abrüstung auf dem Papier man beschließen will, selbstverständlich schon lange losgehen. Aber man will gar nicht abrüsten.** Man will die Abrüstungskonferenz zum Abschluß neuer Bündnisse und zur Herausbildung neuer Mächtegruppierungen benutzen. In Genf ergibt sie jetzt die Groteske, daß man, während die Abrüstung zur Debatte steht, hinter den Kulissen über neue Kriegsbündnisse verhandelt. Deshalb die Furcht der imperialistischen Räuber der internationalen Arbeiterschaft, durch eine namentliche Abstimmung ihr wahres Gesicht zu zeigen.

Kommunistenverhaftungen in Paris

WTB. Paris, 28. April.

Bei der Verteilung der kommunistischen Wochenschrift „L'Avantgarde" sind heute Kommunisten verhaftet worden. Das Blatt soll besonders heftige Angriffe gegen das Militär gerichtet und die Soldaten zur Gehorsamsverweigerung aufgefordert haben.

Kommunistenjagd an der österreichisch-jugoslavischen Grenze

WTB. Graz, 28. April.

Heute früh ereignete sich an der jugoslavischen Grenze, 1¼ Stunden von Leutschach (Bezirk Leibnitz) entfernt ein aufsehenerregender Zwischenfall. Von einer jugoslavischen Gendarmerie-Eskorte wurden ein Professor und ein Hochschüler, beide jugoslavischer Nationalität, in dem Augenblick, als sie nach Oesterreich flüchten wollten, erschossen. Hierüber erfuhr der österreichische Gendarmerieposten in Leutschach folgendes:

In einem Kaffeehaus in Agram wurde das Gespräch mehrerer Gäste belauscht, aus welchem hervorging, daß sie **Druckschriften umstürzlerischen Inhalts** verbreiten wollten. Die Behörden verhafteten zwei Personen, den Professor und den Hochschüler. Sie wurden unter Bedeckung an die österreichische Grenze bei Leutschach gebracht, um dort zu ermitteln, wo diese Druckschriften, die von Oesterreich eingeschmuggelt werden sollten, versteckt sind. Während der Suche nach den Druckschriften unternahmen heute Früh die beiden Verhafteten jugoslavischen Staatsangehörigen einen Fluchtversuch (?) nach Oesterreich, wobei sie von den jugoslavischen Gendarmen in dem Augenblick erschossen wurden, als sie die Grenze erreicht hatten, so daß die Füße der beiden auf österreichischem Boden und die Oberkörper auf jugoslavischen Boden zu liegen kamen.

Nach weiteren Meldungen aus Jugoslavien soll es sich bei den Ermordeten um Kommunisten handeln. Möglich ist allerdings auch, daß diese Meldung in die Welt gesetzt wird, um Agitatoren gegen die Faschistendiktatur in Jugoslavien in den Augen des Auslandes herabzusetzen. Wieder einmal für uns schmeichelhaft, daß die blutigsten Gewalthaber in aller Welt jede freiheitliche Bewegung als „kommunistisch" bezeichnen.

Straßenkämpfe in Bombay

WTB. London, 29. April.

Aus Bombay wird berichtet, daß es dort in der Nacht zum Sonntag zu neuen ernsten Zusammenstößen zwischen Mohamedanern und Hindus kam, bei denen drei Personen getötet und 16 verwundet wurden. Die Lage in der Textilindustrie hat sich verschlimmert. 61 Fabriken liegen still. Die Zahl der feiernden Arbeitern beträgt 120 000.

Wie Streikkämpfe in Nordamerika niedergeschlagen werden

Newyork, 24. April.

In Gastonia im Staate Nordkarolina haben 150 maskierte Banditen im Auftrage der dortigen Unternehmer mit Aexten einen Ueberfall auf das dortige Büro der revolutionären Textilarbeitergewerkschaft unternommen. Das Büro ist zertrümmert. Ebenso haben sie die dort von der IAH. angesammelten Vorräte auf die Straße geworfen und die dort von der revolutionären Gewerkschaft aufgestellten Posten und außerdem dreizehn andere Streikende verhaftet. Der Vorsitzende der Polizeibehörde des Bezirkes sah diese Vorgänge mit an, weigerte sich aber, einzugreifen und verhaftete die dort aufgestellten Wachen, dreizehn Streikende und einige Funktionäre der IAH. Die Streikenden antworteten auf diese Vorgänge mit einer nochmaligen Verstärkung der Streikposten. Die IAH. hat ihre Unterstützungslager sofort wieder eröffnet.

Die Gewerkschaftsorganisation in Helen Dawson, die bei den Streiks in Passaic und in New Bedford eine führende Rolle gespielt hatte, wurde verhaftet. Gegen sie wurde ein Ausweisungsverfahren aus den Vereinigten Staaten anhängig gemacht. Weiter wurde auch der Gewerkschaftsorganisierte Beal verhaftet und gegen ihn ein auf Betrug aufgebautes Gerichtsverfahren eröffnet. Er wird beschuldigt, die Streikenden dazu aufgefordert zu haben, die Streikbrecher zu mißhandeln. Die „New Yorker Times" sieht sich gezwungen, die heftige Stimmung unter den Streikenden gegen diesen Ueberfall anzuerkennen. Sie teilt weiter mit, daß in dreizehn in der Nähe gelegenen Dörfern Flugblätter verteilt wurden, die zu einer großen Demonstration aufforderten.

Indiens Arbeiter in Bewegung

RHP. Nach indischen Pressemeldungen finden in zahlreichen indischen Städten **Protestversammlungen der Arbeiterschaft gegen die Verhaftung der revolutionären Führer statt.** In Bombay tagte eine riesige Protestversammlung unter Leitung des provinziellen Kongreßkomitees und anderer Organisationen. In einer Massenversammlung sprach unter Jubel der Anwesenden u. a. die Frau des Verhafteten Dange, die wegen ihrer tapferen Haltung ununterbrochen von der Polizei schikaniert wird. Aehnliche Versammlungen fanden in Neu-Delhi, Meerut, Madras, Lahore und anderen Städten statt.

In London sammelten sich die Arbeiter am Sonntag, den 21. April auf dem Trafalgar Square zu einer eindrucksvollen Protestkundgebung gegen die Verhaftungen in Indien unter Führung der Roten Hilfe. Als Hauptsprecher erschien der indische Abgeordnete im britischen Parlament, Saklavala. Die Rote Hilfe Englands, die britische Sektion der antiimperialistischen Liga und andere revolutionäre Arbeiterorganisationen erhalten täglich Protestresolutionen gegen die Verhaftungen.

In Kanada hat das Zentralkomitee der Roten Hilfe beschlossen, ein besonderes Komitee einzusetzen, dem die Aufgabe zufällt, die Protestbewegung in Kanada gegen den imperialistischen Terror in Indien zu organisieren und zu stärken.

Die Lebensmittelversorgung Moskaus

Während die bürgerliche und sozialdemokratische Presse sich überschlägt in der Erfindung von Sensationsmeldungen über die angebliche „Hungersnot" oder den „Lebensmittelmangel" in Moskau, wissen die Reisenden, die aus Moskau zurückkehren, nichts von alledem zu erzählen. Im Gegenteil, sie berichten von überfüllten Lebensmittelgeschäften und davon, **wieviel besser die russischen Arbeiter sich ernähren als ihre deutschen Klassenbrüder.** Wie es mit der „Lebensmittelnot" in Moskau aussehen muß, besagt u. a. die kurze Chronik im lokalen Teil der Sowjetpresse über die Lebensmittelversorgung der Hauptstadt. Da heißt es z. B. in den Zeitungen vom 19. April: Zur Fleischversorgung Moskaus wurden eingeführt aus verschiedenen Teilen der RSFSR. 10 000 Stück Vieh und aus der Ukraine 6000 Stück. Das gesamte Vieh wird noch im Laufe des Monats April in Moskau eintreffen, so daß der Gesamtbedarf der Bevölkerung vollauf gedeckt ist und ein Rest von zirka 5000 Stück übrig bleiben wird. Eine andere Notiz meldet: In Moskau trafen aus dem Süden 18 Waggons frische Fische ein, die in den Fischläden und -Ständen, und ferner auch in den Fleischläden zu beziehen sind. In den nächsten Tagen wird eine Senkung der Butterpreise erwartet.

Die Lügenpresse, die so verschwenderisch ist in der Verbreitung falscher Alarmnachrichten, hat natürlich keinen Raum für die Meldung dieser Tatsachen.

Stärke und Zusammensetzung der KPSU

Nach den Angaben der statistischen Abteilung des ZK. der KPSU. hatte die Kommunistische Partei der Sowjetunion am 1. Januar 1929 1 529 280 Mitglieder. Von den 1 506 112 durch Fragebogen erfaßten Kommunisten waren der sozialen Lage nach

Arbeiter	928 457 oder 61,6%
Bauern	323 551 oder 21,5%
Angestellte	234 802 oder 15,6%
Sonstige	19 302 oder 1,3%

Von den Arbeitern stehen 41,5% jetzt noch im Produktionsprozeß.

Im Laufe des Jahres 1928 ist die Partei um 224 909 Mitglieder oder um 17,2% gewachsen.

WTB. Warschau, 29. April.

Im Zusammenhang mit zahlreichen **Verhaftungen von Kommunisten,** die insbesondere in Warschau und Lodz vorgenommen wurden, hat die Warschauer Polizei gestern nach einer Haussuchung die Räume der polnischen sozialistischen Partei (linker Flügel) geschlossen und versiegelt. Dabei wurden 50 Personen verhaftet.

Vom weißen Kreuz zur Roten Fahne

Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse

Von Max Hölz

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50
(Nachdruck verboten)

19

Wir errichteten Werbestellen zur Bildung einer Roten Armee des Vogtlandes. Die aus vielen Teilen des Reichs kommenden Arbeiter, die sich am revolutionären Kampf beteiligen wollten, wurden von uns bewaffnet. Um die für die Rote Garde erforderlichen Geldmittel für Verpflegung, Löhnung usw. aufzubringen, forderten wir durch Maueranschläge die Kapitalisten und Kriegsgewinnler auf, sich an einem bestimmten Tag in einem näher bezeichnenden Lokal einzufinden. Zur angegebenen Zeit begab ich mich in Begleitung eines Genossen ohne jede Waffe dorthin und fragte die anwesenden Geldleute, etwa sechzig, ob sie gewillt seien, wöchentlich vorläufig fünfundvierzigtausend Mark zur Finanzierung der Roten Truppen aufzubringen. Sie erbaten sich einige Minuten Bedenkzeit. Ich verließ mit meinem Begleiter den Raum.

Nach meiner Rückkehr erklärten sie sich bereit, sich den augenblicklichen Machtverhältnissen zu fügen und die gewünschte Summe aufzubringen. Sie äußerten nur den Wunsch, daß die Rote Garde, nachdem Polizei, Gendarmerie und alle bewaffneten Organe von der Arbeiterschaft entwaffnet waren, auch für Ordnung sorgen und Plünderungen verhindern möge. Das lag in unserem eigensten Interesse. Wir durften auf keinen Fall dulden, daß irgendwelche unsauberen Elemente die revolutionäre Sache in Verruf brachten.

In Plauen hatte sich bei einer Haussuchung nach Waffen im Hause des Fabrikanten Zöbisch ein junger Rotgardist durch den Anblick einiger auf dem Tisch liegenden Schmucksachen bestechen lassen und sie mitgenommen. Der Fabrikant meldete den Vorfall bei der militärischen Leitung. Ich ordnete eine strenge Durchsuchung an, die zunächst erfolglos war. Nach unserem Aufruf an die Arbeiterschaft meldete sich eine junge Arbeiterin, der ein Rotgardist einen Ring geschenkt hatte. So fanden wir den Uebeltäter. Dem Fabrikanten wurde sein Schmuckstück wiedergegeben, um die Sache der Arbeiter nicht zu diskreditieren, der Rotgardist wurde zwecks Bestrafung festgesetzt.

In einem anderen Fall hatte ein von auswärts zugereister Rotgardist, der die Stellung eines Gruppenführers bekleidete, seinem Quartierwirt Silbermünzen entwendet. Bei meiner Ankunft in Klingenthal an der tschechoslowakischen Grenze drängte sich ein Mann in meine Nähe und behauptete, einer unserer Rotgardisten hätte ihm sein ganzes, mühsam erspartes Silbergeld, etwa eineinhalbtausend Mark, gestohlen. Der Mann berichtete: Während unsere Truppen seinen Heimatort passierten, reichten ihnen die Einwohner Kaffee und andere Erfrischungen. Auch er habe eine Gruppe unserer [illegible] asten bewirtet, und einer davn müsse unbemerkt das Geld an sich genommen haben.

Ich veranlaßte die Visitation sämtlicher Rotgardisten, selbst die Kompanieführer mußten sich eine Durchsuchung gefallen lassen. Trotz dieser wiederholt und überraschend vorgenommenen Leibesvisitationen konnte bei keinem der Rotgardisten auch nur eine Spur des Geldes gefunden werden.

Ich war durch die Erfolglosigkeit des Suchens sehr niedergedrückt und glaubte fast, der Mann habe mir einen Bären aufgebunden, um einen Schadenersatz herauszuholen.

In der gleichen Nacht kontrollierte ich die ausgesandten Feldwachen. Bei einem der am weitesten vorgeschobenen Doppelposten fehlte der verantwortliche Führer. Auf meine erstaunte Frage nach seinem Verbleib antworteten die Rotgardisten, der Gruppenführer sei schon seit mehreren Stunden verschwunden. Nach fast einstündigem Suchen fand ich ihn völlig betrunken in einem Wirtshaus, wo er bereits eine auffallend große Zeche gemacht hatte, obwohl für die roten Truppen strenges Alkoholverbot bestand. Da stieg der Verdacht in mir auf, daß dieser pflichtvergessene Mensch auch fähig wäre, seinen Quartiergeber zu bestehlen. Die Taschen und das Rockfutter des Mannes wurden genauestens untersucht. Wir fanden auch wirklich einige Silbermünzen, über deren Herkunft er keine genügende Auskunft geben konnte. Ich drang in ihn, und er gestand, das Geld entwendet zu haben. Den Rest der Münzen habe er im Walde versteckt.

Ueber das Verhalten des Rotgardisten war ich so erbittert, daß ich mich dazu hinreißen ließ, ihn an Ort und Stelle zu züchtigen. Ich prügelte ihn mit seinem Gewehr, bis er wie ein Klotz umfiel; ich befürchtete, ihn totgeschlagen zu haben. Meine Begleiter trugen den Mann in die nahe Wachtstube. Am nächsten Morgen meldete er sich ernüchtert bei mir, bat unter Tränen um Verzeihung und um Wiederaufnahme in die kämpfende Truppe. Das mußte natürlich abgelehnt werden. Der Bestohlene aber erhielt den vollen Betrag wieder. Das sind die einzigen Fälle, die mir bekannt wurden, wo revolutionäre Soldaten vergaßen, was sie der Sache ihrer Klasse schuldig waren.

Die Zahl der Roten Soldaten vergrößerte sich täglich und so mußten weitere zahlungsfähige Kreise herangezogen werden. Die Plauener Fabrikanten verpflichteten sich, ohne daß wir einen besonderen Druck auf sie ausübten, zu einer wöchentlichen Zahlung von nunmehr hunderttausend Mark.

Die Aktionsausschüsse der um Markneukirchen liegenden Orte erbaten unsere Unterstützung. Sie befürchteten, von der Markneukirchener Bürgerwehr angegriffen zu werden. Um dem zuvorzukommen, unternahmen wir mit den bewaffneten Arbeitern von Oelsnitz im Vogtland, Adorf und anderen Orten einen Angriff auf Markneukirchen. Während wir langsam gegen die Stadt vorrückten, sandte ich einen Parlamentär zu dem Bürgermeister mit der Aufforderung, innerhalb zehn Minuten die Waffen niederzulegen, andernfalls wir den Kampf eröffnen würden. Der Bürgermeister antwortete, daß die Einwohnerwehr von Markneukirchen bereit sei, die Waffen an uns abzugeben. Mittlerweile war es aber schon zu einer Schießerei zwischen unseren Truppen und der Bürgerwehr gekommen, wobei ein Zuschauer durch ein abirrendes Geschoß getötet wurde.

Als wir uns mit unseren Autos dem Rathause näherten, konnten die Wagen nicht weiter. Die brave Bürgerwehr hatte durch die vier Jahre Kriegmachens gelernt und regelrechte Schützengräben ausgehoben, die ganzen Straßen aufgerissen und sich auf eine große Schlacht vorbereitet.

Die Bürgerhelden waren bald überwältigt, und ich gab einigen von ihnen, dem Bürgermeister, den beiden Pastoren, dem Führer der Bürgerwehr, Oberleutnant Schatz, und anderen die nötige Anzahl Schaufeln unter meiner Aufsicht mußten sie die etwa zwei Meter tiefen Gräben zuschaufeln. Als Sicherstellung für die noch abzuliefernden Waffen mußten die reichen Fabrikanten eine sofortige Zahlung von hunderttausend Mark an uns leisten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Münchener Arbeiterschaft

besucht am **1. Mai** nachmittags **5** Uhr

im großen Saal des „Hackerkeller", Theresienhöhe

die große Maifeier der Kommunistischen Partei

Eintritt 50 Pfg.

Mitwirkende: Schalmeienkapelle, Gesangv. Freiheit, Arbeitertribüne, Agitproptruppe des KJVD., Prolet. Kindergruppe

Kein Arbeiter, keine Arbeiterin darf fernbleiben!

Frühjahrs-Verkauf

Kleider- u. Waschstoffe

Waschstoffe, hell kariert, indanthren . . . . . Mtr. -.75
Gartenkleiderstoffe, waschecht, modern gemustert, Mtr. -.85
Sommerkrepp, hübsche Karomuster, indanthren, Mtr. 1.10
Moderne Bordürenstoffe sol. Kleidermuster, ca. 120 br. 1.60
Moderne Jumperstoffe, für Sportkleider, hellgem., Mtr. 2.75
Zwirnpopeline, „Unsere Höchstleist.", mod. Farb., Mtr. 3.90
Covercoat, beigefarben, besonders schw. Qual., 140 br. 5.75
Kammgarnstoffe, f. Mänt. u. Kost., herrenstoffart., 140 br. 9.75

Seidenstoffe

Waschkunstseide neue Dessins . . . Meter -.80
Rohseide, naturfarbig reine Seide . . . . Meter 1.50
Bembergseide, einfarbig u. neue Druckmuster, Meter 1.90
Crepe de Chine, Agfa-Traviskunsts., mod. Druckmust. 2.90
Bemberg-Crepe de Chine ca. 100 cm, i. viel. Farb., Mtr. 3.50
Crepe de Chine, reine Seide ca. 100 cm, viel. Modef., Mtr. 3.90
Tramatine, ca. 140 cm, hochwert. Schlauchtrik., Mtr. 3.90
Honan, gefärbt, ca. 85 cm, schw. Qual., neue Farb., Mtr. 5.50

Waschseiden-Kleid jug. Form, i. hübsch Mustern und flotter Kragengarnitur . . 5.75

Popeline-Kleid in Glocken und Falten, in verschiedenen Farben . . . 13.50

Wollmousseline-Kleid fesche jugendliche Form und aparte Muster . . . . . 16.—

Frühjahrs-Mantel flotte jugendliche Form in modernem Stoff 17.50

Ripspopeline-Kleid in fescher Machart, in modernen Farben . . . 19.50

Mantel fesche Form, in verschiedenen modernen Stoffen und Sattelfutter . . . . . 21.—

Kostüm flotte, jugendliche Form, in modernen Mustern . . 25.—

Mantel jugendlich, aparte Gürtelform, teilweise ganz gefüttert . . . . . 26.—

Modewaren

Ansteckblumen f. Frühjahrsmäntel . . . . . 1.25 -.95 -.75
Kleiderweste Kunstseidenrips . . . . . -.85
Damengürtel Wildlederimit. in viel. Modefarb., ca. 5 cm br. -.95
Crepe de Chine-Garnitur Krag. u. Mansch., w. u. champ. -.95
Opal-Garnitur mit reicher Spitzengarnierung, Bubiform 1.65
Damen-Krawatten, Crepe de Chine, farbig gemustert 1.75
Damen-Garnitur aus Seidenrips m. hoh. Manschetten 1.95
Bindekragen, Crepe de Chine, durchg. m. Spitzegarn. 2.75

Strümpfe und Socken

Damenstrümpfe, künstlich. Waschseide, kl. Schönheitsf. -.75
Damenstrümpfe echt Mako, schwarz u. farbig -.95
Damenstrümpfe künstl. Waschseid., fehlerfrei 1.65
Damenstrümpfe, künstl. Waschseide, kl. Schönheitsf. 1.90
Damenstrümpfe, künstl. Waschseid., feines Gewebe 2.40
Herrensocken, Mako u. Flor mit diversen Mustern . . . -.75
Herrensocken, Seidenflor mit modernen Mustern . . -.95
Herrensocken, kräft. Seidenflor m. ap. Fantasiemust. 1.75

Kunstseidene Damen-Wäsche

Schlupfhosen Kunstseide, Silkanese in vielen Farben . . 1.75
Unterkleider Kunstseide, glatt, oben u. unten Spitze 3.50
Hemdhosen, glatt Kunstseide, oben. u. unten Spitzengarn. . 3.90
Unterkleider Kunstseide, gestr. in vielen Farben . 4.50
Unterkleider Kunstseide, oben u. unten mit Spitzen-Galon . 4.90
Complets glatt mit Spitze 5.25
Hemdhosen Kunstseide mit sehr hübsch. Spitzengalon 5.90
Complets Kunstseide, fein gestreift, m. Spitz.-Garn. 6.90
Hemdhosen Charmeuse mit Spitzen-Galon . . . 7.25
Complets gestreift, mit breit. Spitzen-Galon . 10.75

Gardinen und Gardinenstoffe

Etamin 150 cm breit, weiß, karliert . . . . Meter -.45
Mull, doppelbreit f. Schlafzimmer-Vorhänge . . . . Meter -.68
Landhausgardine ca. 70 cm brt., farbig, indanth., gestrft., Mtr. -.75
Schwedenleinen, indanthren, in hübschen Streifen u. Farb., Mtr. -.95
Gardinen-Tüll mit Bordüre, solide Qual., doppelbreit . . Meter 1.60
Madras-Garnitur farbig, Indanthren, 2 Flügel, 1 Behang . 3.60
Leinen-Garnitur imitiert, undurchsicht., farbig bestickt . . . 4.50
Filet-Halbstor, weiß, Handarbeit mit breitem Sockel . . . 4.90
Künstler-Tüllgarnit. Filettüll, modern gemustert 5.90
Etamin-Garnitur, eleg. m. Handfilet auf glatt, weiß Etamin . 8.90

Herrenartikel

Umlegkragen, Mako, 4fach, moderne Formen . -.50
Selbstbinder, reine Seide, verschiedene Muster . . . -.95
Sportbinder in modernen Dessins . . . 1.50
Selbstbinder, besonders schwere Qual., mod. Muster 2.25
Herren-Nachthemd aus gutem Wäschestoff . . 3.25
Oberhemd mit 2 Kragen, moderne, helle Muster . . 3.90
Trachtenhemd a. unserem bewährten, gutem Haustuch 3.90
Herren-Haarhüte moderne Farben u. Formen 6.75

Lederwaren

Einkaufsbeutel Wachstuch . . . . . 1.—
Besuchstasche Leder mit Streifen 4.90
Reisekoffer, Hartplatte, 65 cm, mit 2 Schlösser . . 5.—
Beuteltasche farbig Saffian, 20 cm . . . 5.50
Beuteltasche, Saffian-Bast 16 cm mit eingesetzt. Boden 5.50
Aktenmappe, Flor.-Rindl., 40 cm, Griff u. Schiene . . 5.90
Stadtkoffer, farbig, Hartplatte, abgerundet, 50/55 cm 6.—
Reißverschlußtasche farbig, Saffian-Bast, 22 cm . 9.25

Sport- und Trachtenkleidung

Knaben-Trachtenhosen Velveton, Größe 1 . . . 3.90
Jede weitere Größe M. —.20 mehr
Burschen-Trachtenhosen Velveton . . . . . 7.—
Herren-Windjacken Imprägniert M. 11.50, 12.50 7.50
Herren-Breecheshosen M. 10.75 8.75 7.75
Herren-Trachtenhosen Velveton 8.75
Knickerbocker-Hosen für Herren M. 13.50, 11.75 10.75
Herren-Kletterwesten mit Umlegekrag., Velveton 14.75

Decken u. Korbmöbel

Kinder-Steppdecke 90/135 ¾Wollfüll., 2seit. Satin-Bez. 5.50
Tischdecke, Kunsts. 130/160, m. Seidenfranse 8.90
Steppdecke 150/200 Satinbez., 2seit., mod. Farb. 12.75
Ottomane-Decke Cobeline, 140/280, apart gemust. 12.75
Peddigrohr-Sessel Wulstform 8.75
Peddigrohr-Sessel, gebl. dicht ausgefl., Perlenverz. 15.50
Peddigrohr-Sessel, gebl. Rüsselwulst, stabile Form 12.50
Peddigrohr-Garnitur 4teil., dicht ausgeflochten 59.—

OBERPOLLINGER

Das Blut der gemordeten Revolutionäre ruft die Lebenden zum Kampf

Der Russenmord in Gräfelfing

Geschildert nach Gerichtsakten und Dokumenten aus dem Pfarrhaus in Gräfelfing / Von Sepp Schwab

Auf dem Friedhof in Gräfelfing

Weit weg von den Gräbern aller guter Bürger in einer Ecke hinter der Friedhofskapelle in Gräfelfing ist in die Mauer des Friedhofes eine Tafel eingelassen. Trotzdem die Tafel erst wenige Jahre alt ist, kann man ihre Inschrift nur mühsam entziffern. Mit dem Finger die Buchstaben abfahrend las ich:

Fern von der Heimat fanden hier ihr Grab
53 russische Kriegsgefangene
zum zweitenmal gefangen genommen
im Kampf gegen die Regierungstruppen
am 2. Mai 1919.
Standrechtlich erschossen in der großen Sandgrube nahe bei diesem Friedhof.
Wanderer wer Du auch seist, wünsche ihnen eine sanfte Ruhe!
War denn nicht auch von ihnen jeder einer Mutter Sohn?

Diese Tafel errichtete zum Gedächtnis für kommende Geschlechter die Bäckerinnung München.

Mein Besuch im Pfarrhaus

Gestern war ich beim Pfarrer von Gräfelfing. Ich wußte, er war ein Tatzeuge jenes grauenhaften Mordes an 53 Kriegsgefangenen, unschuldige Opfer einer entmenschten Bestie. Zur Einführung frug ich bei ihm an, ob er mir als Vertreter einer bürgerlichen Photopressestelle eine Aufnahme der obigen Tafel und des Grabes auf dem Friedhof gestatten würde.

Der Pfarrer ist ein alter aber noch rüstiger Mann der mir mitunter im Gespräch den Eindruck eines Pfau machte. Er zierte, spreizte sich, tänzelte, blies sich auf und reckte seine Brust in die Luft als ob es eine Heldentat gewesen wäre, den 53 Armen russischen Kriegsgefangenen auf ihrem letzten Gange beizustehen. Mit offensichtlichem Haß gegen alles was proletarisch denkt und fühlt, erzählte er mir, daß man es sogar gewagt habe, ihn, den geweihten Mann, den Diener seines Gottes, zu verdächtigen an der schandvollen Mordtat aktiv mitgewirkt zu haben. Seine Einstellung mit einem gewissen Dünkel beleuchtet es drastisch, wenn er erzählt für den Beistand, den er den Russen geleistet hat, erwarte er auch heute noch einen russischen Orden. In aller Oeffentlichkeit will ich diesem „Seelenhirten" nur eine Frage vorlegen; — er mag sie beantworten oder nicht, unser Urteil über ihn wird es nicht erschüttern: Herr Pfarrer, wenn ihr Gewissen wirklich so rein ist, warum haben sie sich dann die Mühe gemacht, 10 Jahre lang die Standgerichtsakten, die Dokumente jenes grauenvollen Mordes sorgfältig aufzubewahren?

Das Komplott des Schweigens

Der Pfarrer von Gräfelfing ist ein sehr redseliger Mann. Ich brauchte nur gelegentlich im Gespräch bestimmte Dinge anzutippen und schon quoll es hervor, alles, alles, was ich wissen wollte.

Die Erlaubnis für das Bild des Grabes wollte mir der Pfarrer nicht geben. Er ist zwar nicht zuständig hierfür, aber er meinte als Vertreter eines bürgerlichen Blattes würde er mir dringend abraten, die Geschichte der 53 erschossenen Russen in der Presse, und sei es auch nur in Form eines Bildes der Grabstätte, wieder aufzufrischen. **Absolutes Schweigen sei das Beste.** Schon jetzt kommen alle Jahre am 1. Mai die langhaarigen Kommunisten, Burschen und Mädels an das Grab der Russen, und man müsse an diesem Tage eigens Gendarmerie aufstellen um sie am Betreten des Friedhofes zu behindern. Der Pfarrer appellierte sehr warm an den bei mir irrtümlich vermuteten bürgerlichen Klasseninstinkt, man müsse schweigen, nichts soll über das Russengrab und den Mord an die Oeffentlichkeit kommen.

Nun Herr Pfarrer, ich bin ein Arbeiter, ein Proletarier der unter falschem Vorwand zu Ihnen gekommen ist. Ich werde nicht schweigen, sondern das was ich bei ihnen sah an Dokumenten, an authentischen Schriftstücken eines der grauenhaftesten Morde der Geschichte, will ich der ganzen Welt erzählen.

Die Gefangennahme der Russen

„Es war eben Kriegszustand" sagte mir der Pfarrer", „aber trotzdem ging es bei der Verurteilung der Russen gerecht zu. Kein Vergleich mit Perlach, wo man die Arbeiter ohne Urteil an die Wand stellte. Die Russen sind alle vor dem Standgericht abgeurteilt worden. **Es war ein sehr gerechtes Verfahren!" und zum Beweis schleppte er seinen Russenakt an, der allerdings etwas ganz anderes erzählte, als was mir der Pfarrer glauben machen wollte.**

Der Akt den ich einsehen konnte, enthält alle Originalbokumente, oder genaue Abschriften solcher (vom Pfarrer selbst angefertigt), **von der Verhaftung der 53 russischen Kriegsgefangenen, ihrer Vernehmung, der Standgerichtskomödie bis zu den Originaldokumenten ihrer letztwilligen Verfügungen.**

Nach dem Akt der von Weißgardisten angefertigt, von einem Pfarrer treulich behütet, zweifellos nichts verheimlicht, ist die Geschichte des Mordes folgender:

Am 1. Mai 1919 wurden von dem unter Führung des General Haas und zum größten Teil aus Studenten bestehenden württembergischen Freikorps am Bahnhof Pasing 53 russische Kriegsgefangene in bayerischen Militäruniformen ohne jeden Widerstand gefangen genommen. Ihre Gefangennahme war für die württembergischen Studenten alles eher als eine Heldentat.

Denn keiner der Russen hatten irgend eine Waffe bei sich.

Aus dem Akt geht einwandfrei hervor, daß der größte Teil der Russen, die ausschließlich als Bahnhofswache beschäftigt wurden und an keinem Kampfe beteiligt waren, bereits am 30. April ihre Waffen fortgeworfen hatten, teilweise nach München fuhren um ihre Löhnung zu holen und sich am Bahnhof Pasing sammeln wollten um wieder ins Russenlager Puchheim zurückzukehren.

Irgendwelche Kampfhandlungen oder auch nur die Spur einer Gewaltanwendung war auf Seiten der Russen auch vor dem Standgericht nicht nachweisbar.

Die erste Vernehmung

Nach ihrer Gefangennahme schleppte man die 53 Russen noch am gleichen Tag nach Lochham das nur ein kurzes Stück von Pasing entfernt liegt und sperrte sie dort in das Spritzenhaus. **53 Mann mußten stundenlang in einem Raum von knapp 20 Quadratmeter stehen, ohne Gelegenheit zu haben sich zu setzen oder auch nur auszutreten zu gehen.** Als es deshalb unter den Russen begreiflicherweise zur Erregung kam, und sie baten wenigstens austreten zu dürfen,

schoß die Wache kurzerhand durch das verschlossene Tor und tötete dabei einen von den russischen Kriegsgefangenen.

Die Leiche blieb bis zum Abtransport der Russen inmitten der übrigen Kriegsgefangenen liegen.

In Lochham wurde auch nach dem Akt des Herrn Pfarrer **das erste Verhör der Russen** durchgeführt. Diese überaus wichtigen Dokumente sah ich mit meinen eigenen Augen und zum Ueberfluß las sie mir der Pfarrer noch vor. Es war so erschütternd, so eindringlich, daß sie mir fast Wort für Wort mit Ausnahme der russischen Namen im Kopf hängen blieb.

Nummer 1... gibt an, am 21. April im Lager Puchheim angeworben worden zu sein. Er ist freiwillig mitgegangen. Er hat Wache gestanden. Am 30. April fuhr er nach München um seine Löhnung zu holen.

Nummer 2... schrieb sich am 21. April in die aufliegende Liste ein. Er machte Wachtdienst. Seine Waffe hat er auf dem Weg nach Pasing weggeworfen.

Nummer 3... versucht zu lügen (das ist tatsächlich alles was über das Verhör des Mannes im Protokoll steht).

Nummer 4... Protoll fehlt.

Nummer 5... hat sich am 21. wegen besseren Essens freiwillig gemeldet. Hat in München seine Löhnung nicht erhalten. Waffen angeblich fortgeworfen, wollte zurück nach Puchheim.

Der Angeklagte als Uebersetzer

Das sind nur 5 dieser 53 Protokolle. Aber man darf es mir auf das Wort glauben, **alle 53 Protokolle sehen genau so aus wie die obigen fünf.** Das skandalöseste an dieser „Untersuchung" wie auch an der nachfolgenden Standgerichtstragödie ist jedoch die Tatsache, daß unter dem württembergischen Gesindel nicht eine Person war, die als Dolmetscher hätte fungieren können.

Aus diesem Grunde nahm nahm man kurzerhand einen von den 53 russischen Kriegsgefangenen der recht und schlecht deutsch verstehen und sprechen, während seiner Gefangenenzeit gelernt hatte, als Dolmetscher her.

Welch Ungeheuerlichkeiten sich dabei vor dem Standgericht ergaben, will ich später aufzeigen.

Eine Selbstverständlichkeit bei den Bestien Noskes war, daß

die Russen auf dem Wege zum und vom Verhör durch die Gassen der Weißgardisten Spießruten laufen mußten und in der brutalsten und niederträchtigsten Weise mißhandelt wurden.

Der Pfarrer erzählte das so nebenbei ohne sich wohl besonderes zu denken.

Nach diesem ersten Verhör transportierte man die Russen mit Ausnahme des bereits Gemordeten in das Schulhaus nach Gräfelfing wo sie etwa Abends 10 Uhr ankamen. An diesem Abend war im Pfarrhof in Gräfelfing die Ortskommandantur eingerichtet, und der Pfarrer erzählte mir, daß er **durch größeren Lärm auf dem Hausflur, kurz nach** Einlieferung der Russen aufmerksam geworden sei und **beobachtet habe**, wie die württembergischen Zeitfreiwilligen und Studenten von dem Ortskommandanten, einem Major, im Hausflur des Pfarrhauses

die sofortige Einsetzung eines Standgerichts verlangte.

Das Standgericht — Mörder Strölin

Angeblich soll sich der Major anfänglich geweigert und auf die eventuellen Blutfolgen aufmerksam gemacht haben. Aber gerade die Tötung der Russen wollte ja die weißgardistische Räuberbande und so trat denn nachts nach 12 Uhr in Gräfelfing das Standgericht zusammen.

Vorsitzender war nach dem Akt des Pfarrers Gräfelsing ein gewisser Hauptmann Strölin.

Als der Pfarrer sah, daß mich gerade die Namen des Gerichts interessierten, **verdeckte er sie schnell mit der Hand und erklärte, die Namen blieben sein Geheimnis, die gebe er nicht bekannt.** Er konnte aber dennoch nicht verhindern, daß ich den Namen des Gerichtsvorsitzenden bereits in mein Gedächtnis geschrieben hatte.

Aus dem Protokoll des Standgerichts geht hervor, daß von den

52 Russen überhaupt nur ein einziger zur Anklage vernommen wurde.

Das „Gericht" hat 50 Russen zum Tode verurteilt, ohne daß diese auch nur mit einem Wort vernommen worden wären, oder sie sich überhaupt zur Anklage äußern konnten.

Man frug sie vor Gericht noch nicht einmal nach ihrem Namen.

Der Pfarrer von Gräfelfing nennt dieses Verfahren ein „gerechtes Verfahren", wir Arbeiter und jeder rechtlich denkende Mensch wird darüber anders urteilen.

Vernommen wurde vom Gericht nur jener Angeklagte der gleichzeitig als Dolmetscher fungierte. **Nachdem die Verhandlung bereits geschlossen war und das „Gericht" sich zur Beratung zurückgezogen hatte, kam es nochmals zurück und frug durch den** angeklagten Dolmetscher irgendeinen aus der Reihe der übrigen Russen ob es richtig sei, daß er sich **„freiwillig" gemeldet habe. Der Dolmetscher gab darauf natürlich ein seinen ursprünglichen Angaben entsprechende Antwort, da er, wie der Pfarrer erzählte, des festen Glaubens war, daß man 53 Menschenleben unmöglich töten würde.** Dieser durch den Mund des Dolmetschers befragte russische Kriegsgefangene war der einzige Russe außer dem angeklagten Dolmetscher der überhaupt nur mit einem Wort vom Gericht gehört wurde.

Warum die Kriegsgefangenen zur Roten Armee gingen

Der Dolmetscher hatte vor Gericht erklärt: **Von den 2000 Russen im Gefangenenlager Puchheim haben der Aufforderung zum Eintritt in die Rote Armee etwa 120 Folge geleistet. Im Gefangenenlager wurden Listen aufgelegt in die sich die Meldenden eintragen lassen konnten. Es waren die Aermsten der Armen die sich auf diese Liste einzeichneten. Bei den Hungerrationen mit denen Deutschland die Kriegsgefangenen nährte, waren sie auf Nahrungsmittelpakete aus der Heimat, oder auf Zuwendungen vom Roten Kreuz angewiesen.**

Die 120 sich Meldenden waren diejenigen, die weder von der Heimat, noch vom Roten Kreuz etwas bekamen und zur Roten Armee gingen weil sie der Hunger dazu trieb, und sie hofften bei der Roten Armee, wenn nichts anderes, so wenigstens täglich eine größere Brotration zu erhalten.

Die kriegsgefangenen Russen wurden in der Roten Armee ausschließlich im Wachtdienst beschäftigt. **An Kampfhandlungen nahm von denen in Pasing gefangenen Russen kein einziger teil.** Der größte Teil war am 29. und 30. April nach München gefahren um sich seine Löhnung zu holen. Ein Teil erhielt diese, ein anderer Teil konnte die für die Löhnungsauszahlung zuständige Stelle nicht finden. **Auf dem Wege nach oder von München zurück hatten sie fast sämtlich ihre Gewehre und sonstigen Waffen weggeworfen.**

Das ist im Wesentlichen die ganze Aussage des einzigen vernommenen Russen, der selbst anscheinend gar nicht wußte, um was es bei diesem Standgericht ging. **Die übrigen Russen wurden nicht gehört, nicht vernommen, nicht befragt.**

Der Mordbefehl des General Haas

Am Morgen des 1. Mai war in Gräfelfing ein Befehl des General Haas angeschlagen, den mir der Pfarrer ebenfalls zeigte, und der in seinem Absatz 1 sagt:

„Alle Personen, die mit der Waffe in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen werden, sind vor ein Standgericht zu stellen, das auf Todesstrafe zu erkennen hat."

Der Absatz 2 dieses Mordbefehles gibt den Truppen freie Hand und erklärt nur:

„Alle anderen gefangengenommene Personen sind gleichfalls vor ein Standgericht zu stellen und wenn dieses nicht auf Todesstrafe erkennt, dem Hauptstandgericht zuzuführen."

Der Militäranwalt des Gräfelfinger Standgerichts forderte nach diesem Absatz 2 die Todesstrafe für die Russen. Von der Rede eines Verteidigers habe ich meiner Erinnerung nach im Protokoll des Standgerichts überhaupt nichts gelesen.

Nach neuerlicher Beratung verkündete das Standgericht von Gräfelsing die Todesstrafe für die Angeklagten.

Auch der Pfarrer erzählte, daß man etwas anderes nach der „Stimmung" bei den Württembergern gar nicht erwartet habe, was ihn aber nicht hindert dieses „Urteil" auch heute noch für ein „gerechtes Urteil" zu erklären.

Eine bessere Charakteristik über diesen geistlichen Würdenträger, als er damit über sich selbst gibt, kann auch ich nicht geben.

Die Ermordung der Russen

Das Standgericht schloß morgens 4 Uhr. Die Exekution war auf 7 Uhr festgesetzt. Die Mörder die den Russen das Leben nahmen, sie trieben ihre Heuchelei bis zur Spitze und holten den Pfarrer von der Frühmesse weg, damit den Russen ja nicht „der letzte Beistand" geraubt werde.

Bis ins tiefste erschüttert war es, wie der Pfarrer nun erzählte von der Gefaßtheit und der Ruhe, mit der die 52 Russen auf ihre letzten Minuten warteten. Sie hatten in ihrem Leben wohl wenig oder kaum etwas vom Klassenkampf gehört.

Aber sie starben würdig als Klassenkämpfer. Mit ihrem Tod haben sie es verdient für alle Zeiten eingeschreint zu werden in das große Herz der internationalen Arbeiterklasse.

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Russen von dem Pfarrer nicht nur geistlichen, sondern auch weltlichen Beistand forderten, war er doch ihre letzte Hoffnung sie vor dem sicheren Tode zu retten. Da ist nun für die christliche Moral dieses „Seelenhirten" bezeichnend, was der Pfarrer auf diese Bitte mit den Russen tat."

„Schauen Sie, ich habe es so gemacht", sagte er und zog mich an einem Knopf meines Rockes zu sich heran „Russki, was ist das für ein Rock, Bayer! Bist Du ein Bayer! Nein! Warum ziehst Du dann den Rock an? Wer die Waffe ergreift, wird durch die Waffe umkommen!" Das war alles, was der Pfarrer von Gräfelsing auf die Bitte der Russen auf Aussetzung der Exekution nach seinem eigenen mir gegenüber gemachten Geständnis erklärt hat. Vorne, hinten und auf beiden Seiten umringt von den Mordgesellen, an der Spitze der die Exekution leitende Offizier zu Pferde zogen die Russen durch die von der Menschenmenge dicht gefüllte Straße, zu der etwa fünf Minuten entfernten Richtstätte. Auf Wunsch des Pfarrers sangen die Russen Lieder, einige beteten, alle gingen gefaßt. Der Pfarrer erzählte auch von der Erregtheit der die Straßen füllenden Massen.

Es war ein Pulverfaß in das nur ein Funke hätte fallen brauchen, um die erregte Menge über die Weißgardisten herfallen zu lassen.

In der außerhalb Gräfelfings unmittelbar unter dem neuen Friedhof befindlichen großen Sandgrube wurden die Russen erschossen. Nicht auf einmal, nicht durch Maschinengewehrfeuer, sondern langsam in einer auf die Todesminuten ins Uebermaß steigernden bestialischen Tortur.

Jeweils fünf Mann mußten vor die Gewehrläufe einer Abteilung der Mordbanditen treten. Als die erste Salve krachte da fielen nur zwei, für diese gesellten sich zu den nur verwundeten noch stehenden drei Opfer zwei andere, und so ging es Salve auf Salve.

„52 russische Kriegsgefangene standrechtlich erschossen in der großen Sandgrube unweit dieses Friedhofes!"

Spät am Abend brachte man auch noch den Leichnam des bereits am Tage vorher ermordeten russischen Kriegsgefangenen zu seinen toten Kameraden, und nun ruhen sie die 53 Opfer einer verrotteten Gesellschaftsordnung, weißgardistischer Bestien im Massengrab auf dem Friedhof in Gräfelfing. Die Tafel zu ihren Häuptern frägt stumm:

„War nicht auch von ihnen jeder einer Mutter Sohn?"

*

Das ist die Geschichte des Mordes an den 53 russischen Kriegsgefangenen nach den Dokumenten die mir der Pfarrer von Gräfelsing zeigte. Sie ist gleichzeitig ein Ausschnitt aus der Geschichte der bürgerlichen Klasse, und ist nicht zuletzt ein Ausschnitt auch aus der christlichen Moral mit der die katholische Kirche hausieren geht.

Der Mord an den 53 russischen Kriegsgefangenen er muß auch heute nach 10 Jahren noch die Welt aufrütteln, er muß das ganze Proletariat veranlassen allüberall der bürgerlichen Gesellschaft die Mordanklage ins Gesicht zu schleudern. Dieser Mord er muß mit beitragen Schluß zu machen mit dieser Gesellschaftsordnung, er soll und er wird mit ein Stein sein im Bau der neuen proletarisch Weltordnung

Hamburg

DIE STADT DES FÜNFTEN REICHSTREFFENS

Vom Gängeviertel bis zum Chilehaus

Wo die Barrikaden standen

Die Tage des Oktobers 1923 werden in den Annalen des Klassenkampfes der deutschen Arbeiterschaft stets fortleben. Heute ist allerdings an den Stellen, wo damals gekämpft wurde, nichts mehr zu sehen. Höchstens ein Kugeleinschlag in der Mauerwand einer Mietkaserne, der nicht verputzt wurde, erinnert uns daran. **Aber die Arbeiterschaft spricht noch jeden Tag von damals.** Und wenn in den Pfingsttagen die Veteranen unserer Kameraden im **Barmbecker** Arbeiterviertel ihre Quartiere beziehen, dann werden jene unvergeßlichen Kampftage erneut lebendig werden. Das Barmbeck der Arbeiter, das sind die grauen Mietkasernen, die Terrassen und Höfe. In diesen Kasernen und Terrassen, in diesen Höfen ohne Licht und Sonne, schlagen die Herzen **für die Rote Front, für die Partei Lenins.**

Aber es gibt in diesem Stadtteil, der so groß ist wie viele mittlere Städte, noch andere Schichten. Die großen Wohnblocks der Konsumgenossenschaft **„Produktion"**, die neuen Kleinwohnhäuser, von denen nach dem Krieg ganze Straßenzüge entstanden sind, bilden zu einem großen Prozentsatz die Viertel, in denen die **Arbeiteraristokratie sich häuslich eingerichtet** hat. Aus ihnen rekrutieren sich zum Teil die Rollkommandos des Reichsbanners, die durch die Hetze ihrer Führer an der Arbeiterschaft schon so manches gemeine Verbrechen begangen haben.

Die Straße der Dreitausend

Sind Proletarierviertel nicht immer gleich? Graue Häuser, schwarzgeteerte Außenwände, feuchte Treppenaufgänge, die in dumpfe Stuben führen? Wohl herrscht in ihnen überall die gleiche Not und der gleiche Haß gegen die Unterdrücker. So wie in Barmbeck die Häuservorsprünge, ja jeder Dachgiebel mahnt, nicht zu vergessen, was früher hier geschah, so könnte man auch manches von **Uhlenhorst** berichten. Doch nirgends in Hamburg wie hier, gibt es so endlose Straßenzüge, in denen die Arbeiterfamilien wohnen. Haus reiht sich an Haus — stumpf und farblos. Gleich gähnenden Rachen, finster und grauenvoll, quellen die Terrasseneingänge aus den Vorderhäusern heraus. **Dreitausend Menschen und mehr, in einer Straße zusammengeballt.** Dreitausend Menschen und mehr — Straßen auf und Straßen ab. Selten ein Baum, selten ein Platz, den die Sonne mit ihrer Wärme füllen kann. Es ist, als müßte man unter den mächtigen Steinwänden ersticken. Kinder spielen in den Höfen. Schmutz der Aschetmer, Schlamm der Gossen ist überall. Dumpfe Luft zieht aus den geöffneten Fenstern, um nichts bessere quillt herein.

Wie die Wohnhäuser, so auch die Schulen, die mit ihren schmutzig-roten Steinen, mit ihren trostlosen Schulplätzen **für Arbeiterkinder gut genug sind.**

Hier in Uhlenhorst gibt es auch noch Kellerwohnungen. Tief unter der Erde liegend, dringt **nicht einmal das Tageslicht zu ihnen hinein.**

Rund um den Hauptbahnhof

Abend für Abend leuchten rund um den Hauptbahnhof tausende elektrische Kerzen, flimmern von den Dächern die Reklamebuchstaben, und tun so ein übriges, um die Nacht taghell zu machen. Hotels und Cafés, Bars und andere Nachtlokale geben den Straßen das Gepräge.

Hinter den leuchtenden Häuserfronten erstrecken sich düster die Proletarierstraßen. Kreuz und quer liegen sie in wahllosem Durcheinander. Hier sind für die „besseren" Prostituierten die

Der Ebräergang in Alt-Hamburg

Schlupfwinkel, um sich vor der ewigen Treibjagd der Sittenpolizei zu verbergen. Während ein paar Schritte weiter das Nachtleben brandet, ist es in diesen dunklen Straßen still und ruhig. Nur ab und zu klingen die Klänge einer Musikkapelle herüber und ein Mädchen scharrt in einem dunlen Hauseingang oder unter einer fahl leuchtenden Gaslaterne mit den Füßen, gerade so, als wollte auch sie ihren elendig zerschundenen Körper mit den Klängen der Musik verschmelzen. Doch dann tappen von irgendwo **her barsche Schritte ....**

Der Seuchenherd Hammerbrook

An dem Gewerkschaftshaus vorbei, diesem **Brennpunkt des Verrats an der klassenbewußten Arbeiterschaft,** liegt der Seuchenherd Hammerbrook.

Durchzogen von Kanälen, deren modriges Wasser während der Sommerzeit einen unerträglichen Pestgeruch verbreitet, lagern an den Ufern dieser Kanäle **zahlreiche Fabriken der Darm- und Fellbereitungsbranche. Sie verpesten** mit ihren Abflüssen das Wasser der Kanäle und die Luft in diesem Arbeiterviertel. Der Seuchenherd wird dieses Viertel genannt. Und das mit Recht. In tausenden Wohnungen, ganz gleich ob Keller- oder Dachwohnung, **triefft die Feuchtigkeit von den Wänden, wächst der Schwamm zentimeterstark unter den Fußböden.** In tausende dieser Wohnungen dringt keine Sonne und kein Licht, hungern und darben Arbeiterkinder. **Nicht nur nach Brot, sondern auch nach einem Platz, auf dem sie spielen können.** Ueberall halten steinerne Wände die Wacht. Erst nach einem Jahrzehnt glorreicher Koalitionsherrschaft haben die Pfeffersäcke einige Bettelpfennige für einen Grünplatz bewilligt.

In den Gängen der Neustadt

Das Gängeviertel der Alt- und Neustadt übertrumpft alles. Die schmalen, krummen Gassen mit den schiefen, verfallenen und verkommenen Baracken stammen noch aus der Zeit, da die Festungsmauern und Schanzen den Raum innerhalb dieser Schutzgürtel so unentbehrlich machten.

Für den Spießbürger ist dieses Gängeviertel bei Tage eine **„historische Sehenswürdigkeit".** Er staunt die alten Baracken an, die sich gegenseitig stützen, er findet diese Gassen und Winkel äußerst „romantisch". Daß hier Menschen wohnen, kümmert ihn nicht.

Und **wie** wohnen diese Menschen hier! Mit Stricken, die als Treppengeländerersatz fungieren, ziehen sie sich zu ihren Löchern — denn anders kann man diese „Wohnungen" nicht nennen — hinauf. Die Treppen sind schmal und steil. Viele kann man nur seitwärts hinaufgehen, erklimmen. Fenster hängen in halbverrosteten Angeln, Türen schließen nicht, da ihre Pfosten vermodert und versackt sind. Ungeziefer **nistet in den Holzbaracken,** mag eine Arbeiterfrau noch so sauber sein. **Unter niedrigen Zimmerdecken, auf schwankenden Fußböden, zwischen zerfallenen Wänden, so lebt in diesen Gängevierteln die Arbeiter.**

Vor den Türen stehen ehemalige Kontrollmädels, die hier ihrem Gewerbe nachgehen. Abgehärmte Gestalten, stehen sie Stunde um Stunde. Widerliche Szenen der Menschenjagd durch die Sittenpolizei spielen sich vor den Augen der Arbeiterkinder ab.

Doch diese dumpfen und engen Gänge leuchten in einem Meer von roten Fahnen und Tüchern, von Wimpeln und Girlanden an den Tagen, an denen das revolutionäre Proletariat demonstriert. **So wird es auch Pfingsten 1929 sein.** Nirgends werden unsere Kameraden so brüderlich, so jubelnd empfangen werden, wie in der Neustadt.

Die Aermsten der Armen waren von jeher die besten Pioniere der Solidarität. Barmbecks revolutionäre Arbeiterschaft wird ihr Bestes geben. Die Arbeiter ganz **Hamburgs** werden den roten Frontkämpfern einen stürmischen Empfang bereiten, doch **Neustadts Arbeiterschaft** wird sie alle übertrumpfen.

Rund um das Gängeviertel liegen andere Proletarierstraßen. In all diesen Straßen ist schon Arbeiterblut geflossen. So ist die Neustadt der Schrecken der Bourgeoisie geworden — und wird es bleiben.

Spendet für das

Komintern-Geschenk des RFB.

Einzahlungen auf Postscheckkonto: Ernst Thälmann, Internationales Treffen der Roten Frontkämpferorganisationen

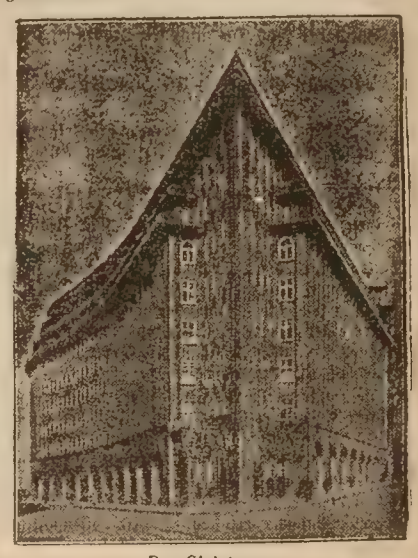
Konto-Nr. 43093, Postscheckamt Berlin

Die Reeperbahn auf St. Pauli

Von Sankt Pauli, von der Reeperbahn, wird in allen Ländern gesprochen. Kein Seemann, der, wenn er nach Hamburg kommt, nicht über St. Pauli bummelt. **Ueberflutet von Licht,** trennt die Reeperbahn das Arbeiterviertel St. Pauli in Nord und Süd. Von Kinos und Tingeltangels, von Hotels und Cafés flankiert. Ab und zu unterbrochen von einem Varieté, von einem Panoptikum, von Hippodromen und anderen Vergnügungsstätten. Menschen aus aller Herren Länder bummeln hier vorüber. Ein buntes Leben und Treiben. Der Seemann, der sich in monatelanger Fron abschuftete, wird in diesen bewußt raffiniert aufgezogenen Taumel der Lust und des Vergnügens hineingezogen.

Doch die Reeperbahn ist nur die äußere Fassade. In dunklen Nebenstraßen haust die **Prostitution,** kann man **Kokain** zu schnupfen bekommen, kann man **Opium** rauchen, kann man spielen. **In diesen dunklen Nebenstraßen gärt und brodelt es.** Biedere Seemannskneipen wechseln ab mit wüsten Spelunken. In finsteren Kellerlöchern hausen Chinesen, deren Gesichter alle gleich sind. Niemand wird ihr Tun und Lassen erraten können. Asoziale Elemente, Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, führen hier ihr grauenhaftes, unmenschliches Dasein.

Erst wenn man die Randstraßen der Reeperbahn durchschritten hat, kommt man in die des Nachts wie in einem bleiernen Schlafe liegenden Proletarierstraßen. Und wieder Mietkasernen, Höfe und Terrassen. Wieder die dumpffeuchten Wohnungen, die stickigen Treppenaufgänge, mit den feuchtklammen Treppengeländern.



Das Chilehaus

Proletarier wohnen überall gleich

In den Tagen vor Pfingsten werden die holprigen Pflaster der Proletarierstraßen von den Trupps der Roten Frontkämpfer widerhallen. Ganz gleich, in welchem Arbeiterviertel sie untergebracht, empfangen und bewirtet werden. Ueberall wohnen die Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern gleich. Ueberall hat man ihnen die Sonne und das Licht gestohlen. Statt großer und freundlicher Schulen, recken die Tempel der Pfaffen ihre Turmspitzen in den Himmel. Statt Spiel- und Grünplätze, die die grauen Ketten unterbrechen müßten, hat man hinter den Mietkasernen noch weitere Steinhaufen aufeinander getürmt. Und wie überall, so ist auch hier den Arbeiterkindern nicht der geringste Platz zum Spielen erlaubt. Das zynische „Es ist verboten ...." grinst sie in den Hofeingängen wie in den Treppenhäusern an.

In keinem der Proletarierviertel gibt es ein Volkshaus, das den Arbeitern eine Erholungsstätte wäre. In keinem der Proletarierviertel hat man das größte Wohnungselend beseitigt. Kirchen für die Pfaffen und Prunkgebäude für den Staat — das ist das „kulturelle", „sozialpolitische" Bauprogramm der hamburgischen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Handlanger.

Eine City wird neu gebaut

Vor ein paar Jahren standen da, wo heute die gewaltigen Geschäftshäuser stehen, dieselben elenden Baracken in ebensolchen schmutzigen engen Gängen wie heute noch im Gängeviertel der Neustadt. Doch die „königlichen Kaufleute" brauchten Platz, **um ihre Geschäfte abwickeln zu können.** Das Gängeviertel der Altstadt lag im Zentrum Hamburgs. Nicht weit hiervon befanden sich die Mönckebergstraße und der Rathausmarkt mit ihren Kontor- und Geschäftshäusern.

„Ballin-Haus" und **„Chile-Haus"** waren die ersten beiden Hochhäuser. Beides zwei Namen, die ihre Bedeutung haben. **Ballin,** der Jude, der sich von einem Habenichts **bis zum Generaldirektor** der Hamburg-Amerika-Linie und Freund der Hohenzollern-Wilhelme emporarbeitete, und das Chile-Haus als Ausdruck eines der wichtigsten Handelszweige der hamburgischen Im- und Exporteure.

Weitere Hochhäuser sind hinzugekommen. Mit riesigen Straßenfronten, mit übereinandergetürmten Stockwerken und Tausenden von Fenstern, sind sie zu Wahrzeichen der hamburgischen Bourgeoisie geworden. Kein Zweifel, es sind Bauten von architektonischer Wucht und Schönheit. Aber die klassenbewußte Arbeiterschaft wird nicht vergessen, daß diese Paläste der Kontore mit dem aus ihren Knochen herausgepreßten Profit errichtet worden sind. Wie denn auf jeder dieser Bauten manches blühende Menschenleben der Rationalisierung zum Opfer fiel.

Hamburgs Bourgeoisie baut sich eine neue City. Der „Handel mit aller Welt" wirft ungeheure Profite ab. Hamburg ist die Stadt in Deutschland, die die meisten Millionäre besitzt!

Rund um diese neue City liegen die Banken und Kaufhäuser. Was in keiner Stadt, in keinem Land auf der Erde der Fall ist, das findet man in Hamburg: **Rathaus und Börse stehen eng miteinander verbunden, zusammen auf einen Platz.** Rathaus und Börse! Die beste Illustration, daß die „Königlichen Pfeffersäcke" den „Marionetten der Politik" ihre Orders geben. Damals wie heute. Damals war die Elite der Kaufleute auch Senator. Heute lassen sie ihre politischen Geschäfte durch Syndizis und — in allererster Linie, durch sozialdemokratische Lakaien besorgen.

Die Alster gehört der Bourgeoisie

Neben **„Chilehaus", „Sprinkenhof"** und anderen Hochbauten stehen noch die **Ueberreste** des letzten Teiles des Altstädter Gängeviertels.

Anders jedoch sieht es in dem Villenviertel rund um die Alster und in den exklusiven Straßen **Pöseldorfs und Harvestehudes aus.** Villen und Paläste, denen gewaltige Gartenflächen vorgelagert sind, kennzeichnen dieses Viertel. Golf- und Tennisplätze, Reitplätze und Reitwege sind hier Selbstverständlichkeiten. Jahrhunderte alte Bäume säumen die Straßenränder. Ihre Aeste und Wipfel haben sich ineinander verstrickt, so daß sie in solchen Straßen ein fast ununterbrochenes Laubdach bilden.

Doch das schönste, was sich die Bourgeoisie hier geräubert hat, ist der tagtägliche Anblick der Außenalster.

Ihre Bootshäuser säumen die Alsterufer. Ihre Parks oder Sportplätze liegen an gleicher Stelle. Sie **haben alles,** was die **Proletarierviertel entbehren. Paläste und Villen, Licht, Luft und** Sonne. Schattige Bäume und herrliche Rasen.

Pfingsten werden Hamburgs Straßen unter den Marschschritt der roten Bataillone erzittern. Ein Meer von roten Fahnen, ein Donnern und Dröhnen der Trommeln und Trompeten, ein helles Jubeln der Schalmeien wird sich über die Dächer der Mietkasernen und Baracken schwingen.

Das wird und muß, das soll der Bourgeoisie in die Ohren klingen. Denn Hamburgs Bourgeoisie und ihre Helfershelfer gieren nach neuen Kolonien, liefern Waffen für solide Preise zur Unterdrückung der chinesischen Arbeiterklasse und der indischen revolutionären Bewegung, schüren und hetzen zum Krieg gegen den Arbeiter- und Bauernstaat.

Hamburgs Bourgeoisie marschiert mit an der Spitze des neudeutschen Imperialismus.

Ihr gilt der Schlag der roten Massenfaust!

Carl Lucas, Hamburg.

Kampfesgrüße zum 1. Mai 1929 von den russischen Arbeitsbrüdern!

Maifeiern im zaristischen Blutrußland

An alle Proletarier Bayerns zum 1. Mai 1929

Im nachfolgenden bringen wir aus einer reichen Fülle von uns zugegangenen Briefen und Resolutionen aus dem Vaterland aller Werktätigen, einige Korrespondenzen. Die Briefe sind durchwegs in Esperanto geschrieben und wurden übersetzt vom „Internacia Koresponda Fako de Sat, Büro München".

Liebe Genossen!

Zum Tage des 1. Mai, dem Tag der internationalen brüderlichen Solidarität, senden wir Euch, mit Hilfe der Redaktion der Werkszeitung, im Namen einer Belegschaft von 17 000 Arbeitern des Werkes „Derschinski", unseren flammenden, kameradschaftlichen Gruß!

Mit diesem Briefe, wollen wir Euch mit den großen Aufgaben und Pflichten, die wir uns zum Tage der internationalen Arbeitersolidarität, dem 1. Mai, gestellt haben, bekanntmachen.

Für uns Arbeiter der USSR. ist der 1. Mai nicht nur ein Fest der Arbeiterschaft, sondern mehr noch ist er ein Fest des Staates. Dieses Jahr dauert das Fest des 1. Mai bei uns sechs Tage, es wird die „Maiwoche" genannt. Man veranstaltet bei uns einige Ausflüge der Arbeiterschaft nach Moskau, nach Leningrad und zu den Werken „Dneprostroj".

In der Maiwoche wird bei uns eine

neue Bauschule

für die Werks-Lehrlinge eröffnet. Es wird ein prächtiger Palast der Kultur gegründet. Eine neue Radiostation wird ebenfalls eröffnet. In unserem Werk beschäftigen wir uns jetzt mit sozialistischem Wetteifer, die beste Erfüllung des Produktionsplanes, die tiefste Senkung der Produktions-Selbstkosten hervorzubringen. Es ist dabei ganz natürlich, daß unsere diesbezügliche Arbeit auf diesem Wege vielerlei Schwierigkeiten begegnet.

Es ist für uns notwendig, die Industrialisierung nur mit eigenen Kräften und Mitteln, ohne irgendwelche äußere Hilfe, d. h. unter Bedingungen, die noch kein Land in der ganzen Welt erlebte, durchzuführen.

Trotz all diesen Schwierigkeiten sind wir nicht entmutigt; zusammen mit der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und der moralischen Unterstützung der ausländischen Genossen, werden wir zweifellos Erfolge in unserer Volkswirtschaft erringen. **Wir haben eine jährliche Steigerung der Industrialisierung um 20—22 Prozent.**

Die Kapitalisten bereiten mit Hilfe der Sozialdemokraten ein neues Massenmorden vor; sie möchten die USSR. überfallen und damit alle unsere Errungenschaften über den Haufen rennen.

Genossen! Ihr müßt Euch klar sein, daß unsere Erfolge auch Eure Erfolge sind. Ohne die Unterstützung unserer Genossen im Westen, wie der ganzen Welt, wäre es uns nicht möglich gewesen, solche große Erfolge zu erringen. Darum ist es notwendig, am Tage des internationalen Arbeiterfestes, wenn Ihr diesen Brief erhaltet, die Reihen der Werktätigen gut zu kontrollieren. Seid Ihr gerüstet, einen eventuellen neuen Krieg einzudämmen? Seid Ihr bereit, unser gemeinsames sozialistisches Vaterland zu verteidigen?

Der Maifunke der internationalen Arbeiterverbrüderung, den unser Brief darstellen will, möge die Flamme der Internationalen proletarischen Revolution bald entfachen.

Mit kameradschaftlichen Gruß: Redaktion der Zeitung „Derschinski".

An die revolutionären Eisenbahner von Bayern!

Vor allem unsere revolutionären, brüderlichen Grüße zum 1. Mai!

In unserem Brief wollen wir Euch mitteilen, wie wir leben, wie wir unsere Wirtschaft aufbauen und welches unsere politischen Betrachtungen sind. Ihr wißt, daß das Proletariat der USSR. die Vorhut der Armee im Kampf für die Weltrevolution ist.

Wir, Schacht-Donecer Arbeiter und Bauern, leben in Bedingungen, die planmäßig nach und nach immer besser werden. Unser Lohn, den wir unter den Umständen der proletarischen Diktatur mit allen ihren Hindernissen im Aufbau der Wirtschaft, der Industrialisierung, des Wiederaufbaues der schweren Industrie, der Gewinnung von Metall, Naphta, Kohlen usw.; der Landwirtschaft und auch unter der Ueberwindung der feindlichen Verräterbanden (Sabotage) usw. erhalten, betrachten wir als zufriedenstellend.

Die schwere Metall- und Kohlenindustrie hat den Stand der Vorkriegszeit schon überschritten.

Die elektrische Industrie gegenüber 1914 ist um 100 Prozent gestiegen.

In der Landwirtschaft machen wir dieses Jahr in Bezug auf die Bewirtschaftung der Felder eine umwälzende Aenderung. Vor dem Kriege hatten wir keine Traktoren, heute zählt man auf den Feldern der USSR. Tausende von Traktoren. Große Sowjet-Güter, die 1000 Traktoren besitzen, sind keine Seltenheit.

Unser Rajon, der sechs Dörfer mit etwa 400 individuellen Wirtschaften besitzt, hat zwei Genossenschaften mit sechs Traktoren.

Wir Arbeiter des großen Eisenbahnknotenpunktes, bearbeiten die Feldwirtschaft, drei Genossenschaften und folgende Gesellschaften: Mopr (IRH.), Osoawiachim, Autodor (Gesellschaft für den Bau von Autos usw.) ODR (Liquidation des Analphabetentums), Komitee der Esperantisten usw. Die Arbeit ist viel, aber Freudespendend, da wir sie selbst führen können und alle Fehler sofort sehen und abstellen können. Alle unsere Organisationen haben schon große Erfolge zu verzeichnen.

Gegenwärtig rüsten wir uns, um das Fest des 1 Mai, das Fest der Arbeit und Solidarität des Weltproletariats zu begehen. Wir feiern sechs Tage, aber natürlich bleiben diese sechs Tage nicht ohne Arbeit. In unseren Fabriken wird sieben bzw. sechs Stunden gearbeitet.

Von den religiösen Vorurteilen entfernen wir uns immer weiter.

Bei den Wahlen haben die Wähler in unserem Rajon verlangt, daß die bestehende Kirche geschlossen werde, um in deren Bau eine Rajons-Krankenanstalt zu eröffnen.

Nach dem Mai-Tag fahren viele Arbeiter in die Krim, in den Kaukasus oder an andere Orte, um dort von der Arbeit sich zu erholen. Sie genießen dort unentgeltliche Pflege und Nahrung, bekommen ihren Lohn weiter.

Schreibt uns von eurem Leben, wie Ihr den 1. Mai begangen habt, was die Faschisten zum 1. Mai bei Euch machten usw.

Schließt die Reihen! Hoch der 1. Mai, das Fest der Arbeit!

Blutmai 1905

der transkaukasischen Eisenbahner

Werte Genossen!

Baku. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die Kämpfe, die ihr zur Verbesserung Eurer Lebenslage, zur Beibehaltung des Achtstundentages, zur Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Joch führt. Wir sehen, welche großen Anstrengungen ihr machen müßt, um gegen den Faschismus, der in Eurem Lande die Oberhand gewinnt, gegen Eure Imperialisten zu kämpfen. Wir kennen auch sehr gut alle die Schwierigkeiten, die ihr zu überwinden habt. Wir sind aber auch fest überzeugt, daß es Euren Feinden nicht gelingen wird, die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse zu brechen und daß früh oder spät der revolutionäre Ansturm der kapitalistischen Wirtschaft ein Ende machen wird und als Beherrscher der Welt die freie Arbeit bleiben wird.

Es naht der erste Mai, der Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen, der Tag, an dem eine Heerschau der revolutionären Kräfte stattfindet, der Tag, an dem wir unsere Kräfte mit denen unserer Feinde messen.

Ich will Euch heute erzählen, wie wir vor vielen Jahren während des Zarenregimes diesen Tag feierten. Heute arbeite ich als Instrumentalschlosser in den Eisenbahnwerkstätten in Baku. Seit dem Jahre 1894 arbeitete ich in verschiedenen Werkstätten der Transkaukasischen Bahn. Im Jahre 1905 war ich auf der Bahnstation Michailow, 112 Kilometer von Tiflis, beschäftigt. Dieses war ein an Wirtschaftskämpfen besonders reiches Jahr, welches schließlich in den bewaffneten Aufstand überging.

Am 1. Mai beschlossen die Eisenbahner, den ganzen Tag zu feiern, nicht zur Arbeit zu erscheinen und eine Demonstration zu organisieren. Vor dem Bahnhof stellten wir uns auf und nahmen unser Orchester mit, welches revolutionäre Lieder spielte. Wir hoben die rote Fahne hoch und begaben uns zur nächsten Station Suram, die 3—4 Kilometer entfernt lag. Ueberall wurden wir von der Bevölkerung freudigst begrüßt, die sich uns anschloß. Anfangs war die Polizei dermaßen überrascht, und verblüfft, daß sie uns ruhig unseren Weg ziehen ließ, nachher aber kamen sie zu sich und gingen zum Angriff über.

Sie feuerte eine Salve in die Luft, da wir aber nicht auseinandergingen, **wurden die ersten Reihen mit den Pferden niedergetrampelt und mit blanker Waffe in der Hand gingen die Polizisten auf uns los.** Wir waren natürlich unbewaffnet und mußten ihrer Macht weichen. Am nächsten Tag folgten massenhafte

Verbannungen, Verhaftungen und Massenentlassungen.

Aber ungeachtet der Repressalien haben wir nicht den Mut verloren und bereiteten uns zu den weiteren Kämpfen, die auch nicht lange auf sich warten ließen, vor.

Nach dem Zusammenstoß am 1. Mai haben wir begriffen, daß wir uns unbedingt Waffen verschaffen müssen. Da die Waffen nirgends aufzutreiben waren, fingen wir selbst an, sie in unseren Betrieben während der Arbeit zu meistern. Unser Depotchef war ein gewisser Ingenieur Magimowsky, ebenfalls ein Revolutionär, der uns Gasröhren zu diesem Zweck zur Verfügung stellte. Wir fertigten sogar eine Kanone an, die wir auf dem Surampaß aufstellten, wo wir den Tunnel verbarrikadierten. Selbst verschanzten wir uns auf dem Hauptpaß und konnten weit die Umgegend übersehen.

Die Zarenregierung schickte gegen uns ein Militärregiment und Kosaken aus. Der Kampf dauerte 5—6 Tage und unsere Feinde konnten nicht an uns heran. Schließlich gelang es doch der überwiegenden Militärmasse, unser kleines Häuflein niederzumetzeln. **Viele kamen dann um.** Ich wurde am linken Fuß verwundet.

Unter uns befanden sich auch einige Matrosen von dem Panzerkreuzer „Potemkin", von dem Ihr sicherlich gehört haben werdet. Den Matrosen haben wir nachher mit Hilfe der georgischen Bevölkerung, die sie in ihre Nationaltracht kleidete, zur Flucht verholfen.

Unser Ingenieur kam in die Festung und viele andere unserer guten Genossen und Mitkämpfer wurden umgebracht. Ich wurde von den Arbeitern aufgenommen, die mich versteckten, meinen Fuß kurierten und im Betriebe meldeten, ich sei an einem schweren rheumatischen Anfall erkrankt.

Nach dem Jahre 1905

herrschte bei uns die schwärzeste Reaktion. Und doch ließen wir uns nicht unser Maifest nehmen, sondern zogen mit Branntwein und Imbiß auf den Friedhof, vorgeblich um die Totenmesse zu feiern. In kleinen Gruppen versammelten wir uns dann und knüpften unsere revolutionäre Verbindungen wieder an.

Ich könnte Euch viele Beispiele und Geschichten aus diesen Maitagen erzählen. Aber davon das nächste Mal. Das Wichtigste ist, daß wir keine Schwierigkeiten, keine Verfolgungen scheuten und den Kampf mit unseren Feinden weiterführten. Wir schmiedeten unsere Reihen, wir stählten sie, um letzten Endes unter der Führung unseres

großen Lehrers, Iljitsch,

und der Kommunistischen Partei den Endsieg davonzutragen. Freilich, auch jetzt haben wir ungeheure **Schwierigkeiten auf unserem Weg. Wir zweifeln aber keinen Augenblick, daß wir alle diese Schwierigkeiten gänzlich überwinden und den Sozialismus** aufbauen werden.

Die Kapitalisten aller Länder bereiten sich fieberhaft zum Krieg gegen uns vor. Sie wollen uns niederringen. Ihnen wird es aber nicht gelingen, denn wir sind fest überzeugt, daß das Proletariat keinen Krieg zulassen wird. Es wird wie ein Mann zum Schutze seines ersten Arbeiterstaates aufstehen und unter der Führung der kommunistischen Internationale dasselbe tun, was wir im Jahre 1917 gemacht haben.

Werte Genossen, laßt Euch von einem alten Mann, der große revolutionäre Erfahrungen hat, sagen:

Zieht am 1. Mai ungeachtet Eurer Schwierigkeiten, ungeachtet der Kämpfe, die Euch die Faschisten aufzwingen, mit der roten Fahne auf die Straße.

Die russischen Bauern reichen den deutschen Bauern die Hand

Redaktion der Bauernzeitung „Strada" in Perm (Ural).

Im Namen der 9575 Abonnenten unserer Zeitung und unserer 873 Bauernkorrespondenten bitte ich Euch, am 1. Mai den Lesern Eurer Zeitung, den Arbeitern und Bauern unsern Gruß zu übergeben. — Erzählt an diesem Tag Euern Lesern, wie die Klein- und Mittelbauern unseres Permer Bezirks leben und arbeiten. — Gerade heute, wo ich in Auftrage der Redaktion diesen Brief schreibe, **findet in unserer Stadt der 4. Bezirksrätekongreß statt. Zu ihm sind über 500 Delegierte gekommen. Darunter etwa**

100 schaffende Bauern vom Pflug weg;

die übrigen Delegierten sind Arbeiter. —

Die Bauernschaft unseres Bezirkes hat durch unsere Zeitung dem Kongreß eine Reihe von Geschenken überreicht. Z. B. eine Kollektivwirtschaft, dessen Mitglieder Klein- und Mittelbauern sind, und über die unsere Redaktion das Patronat hat, übergaben dem Staat 100 Pud Getreide; sortierten alle Samen, und treffen eine Reihe von Maßregeln, um den Ernteertrag zu erhöhen. — Einige Bauerndelegationen begrüßten den Kongreß mit den Worten:

„Wir werden bestimmt, nach Bolschewiken Art, ohne Heuchelei alle Bestimmungen durchführen, die vom Kongreß und von der Regierung zur Hebung des Ernteertrages erlassen werden."

Am ersten Mai

fahren Hunderte von Arbeitern aufs Land, um den Bauern bei der Saat zu helfen, um landwirtschaftliche Maschinen zu reparieren, um Samen zu sortieren, usw.

Auf dem Lande wird der 1. Mai unter der Losung gefeiert werden:

Erweitert das Saatgebiet,
säe mit gereinigten Samen,
pflüge mit einem richtigen Pflug. —

Die Dorfschulen und Dorflesestuben, die landwirtschaftlichen Kreis, Kommunistischen Jugendzellen veranstalten an diesem Tag Ausstellungen ihrer Arbeiter, Erinnerungsabende über die Kämpfe mit den Gutsbesitzern. — Die Zellen der „Gesellschaft zur Hebung der Landesverteidigung" werben neue Mitglieder und unterrichten sie im Kriegshandwerk, machen sie mit der Heeresmacht unserer wahrscheinlichen Gegner, Polens, Rumäniens, Frankreichs und Englands bekannt.

Sagt Euren Lesern auch noch folgendes: **die immer mehr zunehmende Kriegsgefahr beunruhigt die Bauernschaft des Permer Bezirks sehr.**

Sie will keinen Krieg.

Und daher bittet die Bauernschaft die ausländischen Arbeiter und Bauern, unter Führung der Kommunistischen Partei gegen diese Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Das muß die Hauptlosung bei der Maifeier unserer ausländischen Genossen sein.

Wie wir beim Zaren den 1. Mai 1913 feierten

Sibirien. Diesen Tag versammelten wir uns im Urwald, sechs Kilometer von unserem Dorf entfernt, um einem Meeting, welches von der

bolschewistischen Partei

einberufen wurde, beizuwohnen. Ich entsinne mich, wie der Redner über die Zeit sprach, wo die Selbstherrschaft gestürzt, und die Macht der Arbeit und des Proletariats errichtet werden wird. Dann wird man den 1. Mai, das internationale Fest der Arbeit nicht heimlich, nicht unter der ewigen Furcht eines Polizeiüberfalls, sondern frei und offen, mit Musik und Gesang auf großen öffentlichen Plätzen feiern können. Nach vier Jahren haben sich diese Worte verwirklicht. Heute feiern wir das 12. Mal unser Proletarierfest, indem wir uns mit ganzen Herzen, mit ganzem Sinn der Freude unserer Befreiung, den Kämpfen mit unseren Feinden und der Bekämpfung unserer Hindernisse hingeben.

Ihr unsere deutschen Brüder, müßt an diesem Tage Eure Kräfte sammeln, um einen energischen Kampf mit der Polizei und den faschistischen Organisationen zu führen. Aber werte Genossen, tretet nicht vor den Schwierigkeiten zurück, auch nicht, wenn Ihr Eure besten Leute verliert, wenn Eure besten revolutionären Kämpfer aus Euren Reihen entzogen und in die Kerker gestreckt werden. Es wird und es muß der Tag kommen, an dem das Proletariat der ganzen Welt unter der Führung der Kommunistischen Partei as kapitalistische Joch von seinen Schultern abschütteln wird. Seid versichert, daß Ihr im Kampf nicht allein stehen werdet, denn das Proletariat der USSR. verfolgt einen jeden Eurer Schritte und wir werden Euch im nötigen Moment die Hand reichen und zu Hilfe kommen. Erst dann, wenn Ihr den Endsieg davongetragen haben werdet, werdet Ihr frei aufatmen und Euer Fest in vollen Zügen mit uns zusammen genießen können.

Es lebe die Kommunistische Partei, der Führer des Weltproletariats! Es lebe die Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt!

A. Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in München und Ingolstadt

München-Zentrum

Es hat sich herumgesprochen Links Damen-Konfektion ist die billigste!

Damen-Konfektion Link

Gärtnerplatz München

56771

Nackte

TATSACHE!
Die billigsten und dauerhaftesten
Schuhe
kaufen Sie bei
56862
Eugen Diegel, am Stachus
und Filiale: München, Neuhauserstr. 30

Nähmaschinen
für Haushalt, Industrie, Handwerk
Kostenlose Nähanleitung — Zahlungserleichterung
„Deutsche Nähmaschinen"
Vertriebsaktiengesellschaft
56863
München, Gärtnerplatz — Telefon: 297 616
Nürnberg, Ludwigstr. 51 — Telefon: 25 827
Fürth, Kohlenmarktecke — Telefon: 73 112
Augsburg, Karolinenstr. D 67 Telefon: 1 952
Ulm a. D., Bockgasse 12 — Telefon: 2 031
Regensburg, Wahlenstr. 4 — Telefon: 2 407
Ingolstadt, Harderstr. 19 — Telefon: 210

J. Zeller
Feinbäckerei und Conditorei
Jahnstr. 27
Tel. 27130

Café Bauer
täglich abends 8 Uhr
Künstlerkonzert
Angenehmer Familienaufenthalt
Müllerstr. 54
56867

KARL LEUTE
Spezialgeschäft in
Holzwaren für Haus und Küche
56870 Altes Rathaus und Rumfordstr. 15

56815 Kaufen Sie Ihre
Hüte
bei Griner, Müllerstr. 31
Spezialität: in Herren-Velour hüten von Mk. 14.50 an, riesige Auswahl. Filzhüte von Mk. 10.50, Mk. 4.50. Mützen in allen Preislagen, stets Neuheiten von Mk. 1.90 an.

Möbel-Storz
München Tal 24
56816

Schokoladen, Kaffee, Tee :-: alle süßen Sachen
nur von der
56868 **Süßen Quelle,** Rumfordstraße 22

Max Saffer
Frauenhoferstr. 8
Billigste Einkaufsquelle
56869 für
Kolonialwaren

56851
Spezialhaus für **Opel-Räder**
Günstigste Preise u. Zahlungsbedingungen. Stets Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Rädern
Opel-Fahrrad-Vertrieb, Eugen Niedermayr
München, Bayerstr. 69, am Holzkirchner Bahnhof

Farbenfabrikniederlage
F. P. Hartl
Landsberger Str. 78
Farben, Lacke, Pinsel etc.
Abg. von Kalk, Gips, Cement
57789 Dachpappe etc.

56812
Führendes Spezialhaus
am Platze
Sonnenstr. 27
gegenüber d. prot. Kirche

Fleischhandelsgesellschaft m. b. H. - München
Verkaufsstellen nur:
Viktualienmarkt 7 (hinter der Nordseefischhalle)
Viktualienmarkt 13 (neben Kustermann)
Färbergraben 35 (gegenüber Knagge & Peltz)
Reichenbachstraße 21 (gegenüber Gärtnertheater)
56767

Kaufhaus Gebr. List
Reichenbachstr. 47
Unsere bekannt guten Qualitäten
56859 zu niedrigsten Preisen

Ochsen-, Kalb- u. Schweinemetzgerei
56848
Peter Mayer, Zweibrücken Straße 11

56860
Karl Mohr
Reichenbachstr. 41
Spezialhaus sämtlich. elektr. Bedarfsartikel

Schuhreparaturen
schnell und billig
Schuhinstandsetzungs-Fabrik
HANSA
Tal 17 / Augustenstr. 24
56817

Farben
Lacke 56768
Pinsel
Schablonen
R. Wagner
Reichenbachstr. 45

56866
Ph. Reinhard
Müllerstr. 36
Radio-Bedarf

56861
Emelka - Filmpalast
Blumenstr. 29 - Müllerstr. 32
Das Haus der guten Filme
Jed. Donnerstag Programmwechsel

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Ludwig Kallmünzer
56864 **Westermühlstr. 15**

Billigste Einkaufsquelle
56871 sämtlicher Lebensmittel
Altlebensmittelfirma
Heinrich Bosert
Kolonialwaren — Landesprodukte
Rumfordstr. 11a, nächst Reichenbachplatz u. Viktualien-Markt - Tel. 25297

Max Hieber, München
Marienplatz Nr. 18
Musikalien Theaterkarten
56814 Elektrola-Schallplatten

Josef Rauscher, Tal 58
Sämtl. Musik-Instrumente
56818 Reparatur-Werkstatt

Photo-Scheithauer
Entwickeln - Kopieren - Vergrößern
Apparate auf Teilzahlung
Westermühlstr. 8 - Tel.: 20494
56865

Gebr. E. & J. Marx
Kaufinger Str. 14
Kaufen Sie fertige Herrenkleidung nur bei der Firma Marx, Kaufinger Str. 14
Wir bedienen Sie gut und billig.
56857

Kolosseum
täglich ab 8 Uhr
Auftreten erster Künstler
Bierhalle
Samstag und Sonntag
Doppel-Konzert mit Komiker-Vorstellung
1. Seitengeb. TANZ
Ausschank der ganz vorzüglichen Spatenbiere
56828

56769
Möbelhaus A. Weichhart
liefert Möbel aller Art zu niedrigen Preisen auf Teilzahlung
Reichenbachstr 5-7

PHOEBUS-PALAST
2200 SITZPLÄTZE - PREISE 1-3 MK.
TRAMBAHNLINIEN 2, 7, 18, 20
SONNENSTR. 8 TEL. 91118, 91119
56813
ERSTKLASSIGE DARBIETUNGEN IN
FILM u. MUSIK

München-Ost

Kaufhaus Pappenheimer
56855 Weißenburgerplatz
Bekannt niedrige Preise!
56786 Spezialhaus für Liköre u. Weine
E. Prester - Weißenburger Str. 43

Ochsen,- Kalb- und Schweinemetzgerei
Otto Steinmayer
56846 Emmererstr. 1
Empfehle zu den niedrigsten Tagespreisen:
Prima frisches Ochsen-, Rind-, Kalb- und Schweinefleisch
56904 ff. Wurstwaren
Michael Prenninger, Metzgermstr.
Weißenburger Platz 3

München-West

Drogerie Ludwig Hegel
Inh. Wilh. Sambammer
Drogen — Farben — Verbandstoffe
56792 Kolonialwaren
Schwanthaler Str. 142 Fernruf 56293

München-Süd

Wilhelm Bernbacher
56820
Bäckerei
Conditorei
Lindwurmstraße 143

Aug. Müller
Bäckerei und Conditorei
56825 Auenstr. 29

Anna Stöhr
Damenkonfektion
Kleider — Blusen — Mäntel
56831 Strickwaren
Günstige Preise
Thalkirchnerstr 90, Eing. Kapuzinerstr.

Kolonialwaren - Obst - Gemüse
Karl Trost
56823 Am Glockenbach 6

L. Empfenzeder, Lindwurmstr. 13
Spezialgeschäft für Bruchbänder, Leibbinden
56819 u. Sanitäre Artikel
Lieferant aller Krankenkassen

Aeskulap-Drogerie - Parfümerie
Josef Aufschnaiter +
56811 Hübnerstraße 20

R. Regele, Ifartalstr. 20
Fahrrad-Handlung — Reparatur-Werkstatt
56917 Nähmaschinen und Sprechapparate
Mitgl. des „Schutzverbandes gegen unlauteren Wettbewerb"

Photo-Artikel
u. Hausbedarf
Salvator-Drogerie
56821 Lindwurmstraße 44

Arbeiter-Angestellte-Beamte
decken ihren Bedarf an Qualitätsschuhwaren von Arbeitsschuhen bis zum Luxusschuh in großer Auswahl nur in dem Fabrikschuhwarenlager von
56829
Josef Weilbach, Roecklplatz 6
direkte Haltestelle der Linie 30

Rosenheim

Auerbräu A. G.
Rosenheim 56890
Vorzügliche dunkle und helle Lagerbiere
I a Spezialbiere Tel. 17 u. 357

Reserviert

Ingolstadt

Optiker Clemens vorm Pomayer
Fachgeschäft
für Optik, Photo und Feinmechanik
56787 Theresienstr. 20

Ferd. Schweizer Nachflg
D. Ascher
Das führende Haus
für
Stoffe und Damenbekleidung
Ludwigstr.
56893

Kaufen Sie im Spezialgeschäft
G. M. Schwarz
Obst- und Beerenweinkelterei — Likörfabrik
Weingroßhandlung — Chabesofabrik
56896 Ludwig Mor...

Holzer & Neumeier
Milchstr.
Manufakturwaren
56899 Betten u. Aussteuerartikel

Damenmodehaus Theodor Ritter
Am Bach 23
56902
Damenhüte - Damenkonfek... - Pelze

L. K. Neumayer's Nachf.
Inh. Ulrich & Maier
56900 Am Stein 12
Das Spezialgeschäft für Jedermann

Gewerkschaftshaus
Eselbräustr. 2
Spezialausschank der Schäffbrauerei hell und dunkel, sowie Exportbier
eigene Schlächterei
billiger Mittagstisch 56892
Pächter Betty und Hans Hauner

Bruchleidenden
empfehle ich das seit fast 60 Jahren überall bekannte, altbewährte u. von vielen Aerzten lobend anerkannte
Hans Opel, Bruchband ohne Feder
für Leisten-, Schenkel- u. Hodenbrüche, bei schwerster Arbeit leicht u. bequem tragbar. Tausende mit bestem Erfolg im Gebrauch. Leibbinden für Nabel- u. Bauchbrüche. Suspensorien, Vorfallbandagen. Kein Ring. Kein Kegel! (Viele Dankschreiben von Frauen!) Bruchbänder für Kinder in jedem Alter. Prospekte zu Diensten.
Geschäfts- gründung 1873 **Hans Opel** Geschäfts- gründung 1873
Bandagen-Spezialgeschäft
München, nur Baldestr. 1, Linie 12, 17, 30.
Die Opel'sche Bruchsalbe ist erhältlich in der Löwen- und Schützen-Apotheke, München. Diskreter Versand. 56824

Ingolstadt

Haus- und Küchengeräte Oefen und Herde 56895
kaufen Sie am günstigsten bei
Georg Stahl, Donaustr.

Dampfwäscherei „Edelweiss"
56894 Ludwigstraße 22

N. Gutmann
Manufaktur und Modewaren
56899 ***Moritzstr. 13***
Das Haus der ***guten*** *Stoffe*

Reserviert

Schuhhaus Friedmann
Ludwigstr 10
Erstklassige Qualität Niedrige Preise
56901

München-Nord

Berg Osk. - Türkenstr. 31
bekannt für billigsten Einkauf von Fahrrädern — Nähmaschinen — Sprechapparaten und Schallplatten
56791 **Bequeme Teilzahlung**
Anzahlung von Mk. 10.— an / Wochenraten Mk. 3.—

Ankauf
von
Altpapier, Lumpen
Flaschen
Alteisen u. Metall
— Autogummi —
Duschl, Jos.
Gabelsberger Str. 85
56852 Tel. 55386

Schindler & Co., Photohaus
56790 München, Türkenstr. 20
Sämtliche photogr. Bedarfsartikel / Kameras etc.
Sauberste Ausführung sämtl. Amateurarbeiten

MARMORHAUS
Leopoldstr. 35 - Tel. 31759
Ecke Hohenzollernstr.
Das Theater der guten Filme!
Wochentags ab 4 Uhr
56774 Sonntags ab 2 Uhr

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei, sämtl. Wurstwaren
Xaver Biersack
56847 Hohenzollernstr. 21

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei
Hubert Enzinger
56788 Schleißheimer Str. 47

Photo-Kinner
Leopoldstr. 60
Photo-Apparate u. Bedarfsartikel
56841 Alle Amateurarbeiten

Dampfmolkerei Schwabing
Tel. 33557 Leopoldstr
56773 Verkaufsstellen
Leopoldstr. 48 Augustenstr 76
Ungerstr. 56 Kölnerplatz 8
empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte

Reserviert

Ludwig Bauer, Gabelsbergerstr. 81
56850 empfiehlt sich in
Prima Mastochsen Kalb- und Schweinefleisch

Kaufhaus R. Glückmann
Gegründet 1887 **Augustenstr. Ecke Steinheilstr.** Gegründet 1887
Altbekanntes Spezialhaus für Kleider und Wäschestoffe, - Gardinen - Herren- und Damenwäsche - Strümpfe - Socken - Kragen - Krawatten
56883 Strickwaren - Kurzwaren
Spezialabteilungen Kinder- u. Damen-Konfektion - Bleyle-Kleidung

---

Kaumaus Günther
56897 **Ludwigstr. 3**
Manufakturwaren, Aussteuerartikel
Kleiderstoffe, Damenputz

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft" / „Unterhaltung und Wissen"

Nr. 25 | Die „Neue Zeitung" erscheint täglich. Verleger: Freier Verlag G. m. b. H., München, Nymphenburgerstraße Nr. 32. Druck: Bajuvarendruck G. m. b. H., München, Nymphenburgerstraße 32. Telefon 50463. Postscheck-Konto: München, Freier Verlag Nr. 47280 | Freitag, 31. Januar 1930 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.50 Mk. ohne Zustellgebühr, durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. — Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 50 Pfg. Rabatt nach Tarif | 13. Jahrg.

Massenvernichtung von Brot

So treibt man die Preise in die Höhe! / Der Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition organisiert den proletarischen Kampf um Lohn und Brot

Die „Rote Fahne" erfährt von besonderer Seite: An der Berliner Produktenbörse wird jetzt mit Cosin behandelter Roggen angeboten. Es handelt sich hierbei um Roggen, dessen Verwendung als Brotgetreide durch Cosin unmöglich gemacht ist, und der nur noch als Viehfutter verwendet werden kann — also direkte Unbrauchbarmachung von Brotgetreide. Dieser entwertete Roggen stammt von dem Scheuer-Konzern (Getreide-Industrie- und Kommissions-A.-G.), der mit staatlichen Geldern arbeitet, von der staatlichen Preußenkasse und insbesondere von dem Reichskommissar Dr. Bade kontrolliert wird. Dieser ist prominentes Mitglied der SPD.

Dreieinhalb Millionen deutsche Arbeiter sind erwerbslos. Nur ein Teil von ihnen bekommt in der Arbeitslosenversicherung und Krisen- und zum Sterben zu viel ist. Das Brot, das sie für sich und ihre Kinder brauchen, soll das Vieh fressen. So will es die Koalitionsregierung!

Zusammen mit dem Brot, mit der Straßenbahn, mit dem Gas, Wasser und Elektrizität, werden auch alle anderen Lebensmittel und Bedarfsartikel teurer. Die Teuerungswelle steigt mit jeder Woche, mit jedem Tag. Die Löhne aber sind auf Jahre hinaus durch die Gewerkschaftsbürokratie und die Unternehmer in Tarifverträgen festgelegt.

Die Arbeiter müssen diese Tarifverträge in Papierfetzen zerreißen und um höhere Löhne kämpfen.

Die Betriebsarbeiter und die Arbeitslosen müssen gemeinsam den Kampf um den Siebenstundentag, um die Sicherung und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung aufnehmen.

Die bayerischen Bezirkskongresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition werden der Arbeiterschaft die Wege und Mittel zeigen, wie dieser Kampf geführt werden muß. Die wenigen Tage bis zum Kongreß müssen benutzt werden, um in Betriebs- und Werkstättenversammlungen die Fragen des Kongresses zu behandeln und Delegierte zu wählen. Wählt noch heute in den Betrieben, in den Werkstätten und auf den Stempelstellen Delegierte zum Kongreß!

Das nächste Kettenglied

Zu den Bezirks-Kongressen der revolutionären Gewerkschafts-Opposition

Von Paul Merker

In der revolutionären Gewerkschaftsbewegung geht es Schritt für Schritt wuchtig, geschlossen und auf breitester Front vorwärts. Dem ersten Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO.) sind bereits eine Anzahl Bezirkskongresse gefolgt. Im Niederrhein, im Ruhrgebiet, in Sachsen, Baden, Pfalz, in Nordwest-Deutschland und im Münsterland traten mehr als 3000 gewählte Delegierte der Betriebsbelegschaften und der Erwerbslosen zum einheitlichen Kampf zusammen. Das starke Interesse der proletarischen Massen an den Oppositionskongressen, die Beteiligung breiter parteiloser Schichten (zirka 1400 der Delegierten gehörten keiner politischen Partei an) ist ein ernster Beweis für die wachsende Radikalisierung der Massen, als Folge des unerhörten Druckes der kapitalistischen Rationalisierung und der aufrüttelnden Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Es besteht kein Zweifel darüber, daß ist ein neuer Zusammenprall der Massen im großen Ausmaße vorbereitet.

Ebenso wie der Reichskongreß der RGO. unterscheiden sich die Bezirkskongresse sehr wesentlich von sämtlichen allgemeinen revolutionären Tagungen der letzten Jahre. Die Kongresse der RGO. haben nicht nur eine propagandistische Bedeutung, sondern sie alle vereinigen ihre große revolutionär-propagandistische Tätigkeit mit der konkreten Vorbereitung unmittelbarer proletarischer Kampfaktionen.

Im Vordergrund aller Reden und Beschlüsse der Kongresse steht infolgedessen die gewissenhafteste Herausarbeitung der proletarischen Kampfesaufgaben für die nächsten Monate, der Losungen zur Sammlung und Mobilisierung der Massen, der revolutionären Formen zu ihrer festeren Organisierung, des Charakters und der Bedeutung der in der gegenwärtigen Phase entscheidenden Kampfesformen und die Steigerung der Arbeiterkämpfe zu Massenbewegungen um die Klassenziele des Proletariats.

Die zentralen Kampfeslosungen, die der Reichskongreß und die die Bezirkskongresse der RGO. proklamierten, sind: **Gegen Massenentlassungen, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für Lohnerhöhung und für die Sicherung und Verbesserung der Erwerbslosenversorgung.** Die unmittelbare Kampfesaufnahme zur Durchsetzung von Forderungen, die in dieser Linie liegen, in jedem Betrieb, durch die Erwerbslosen in allen Orten, die Entfaltung einer wirksamen, umfassenden, revolutionären Propaganda gegen das ganze kapitalistische Ausbeutungssystem, das ist der wirksamste Kampf gegen die mörderische Rationalisierung der Kapitalisten, gegen den faschistischen Blutkurs der Regierung, für die Zerreißung des Young-Planes.

Diese Streiks und Demonstrationen, die in immer größerem Maße aufflammen müssen, gegen jeden Versuch der einzelnen Unternehmer und ihrer Werkzeuge zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, für die Durchsetzung von [illegible] gegen, gegen jeden Gewaltakt der Regierung und ihrer Polizei, gegen [illegible] Streikbrecher- und Spaltungsmanöver der Sozialfaschisten im Betrieb und im [illegible] Kampf gegen den [illegible] der Sozial- und Nationalfaschisten, [illegible]. Solche revolutionären Streiks [illegible] Demonstrationen, das sind die wichtigsten Formen des täglichen Kampfes des Proletariats, der die Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter und die im Betriebe Tätigen mit den Erwerbslosen vereinigt. Dieser tägliche Kampf der Massen stößt auf den brutalsten Widerstand der Unternehmer, des Staatsapparates und der sozialfaschistischen Bürokratie. Gummiknüppel, Revolver und Maschinengewehre sind schon zu den wichtigen Werkzeugen geworden, mit denen die Bourgeoisie diesen Widerstand leistet. Ihre Henkersknechte dazu sind in erster Linie die Sozialfaschisten, die sowohl den be-

4. Februar Kommunistengesetz-Beratung

Zweite Ausschußberatung im Strafrechtsausschuß beschlossen

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung, gemäß dem Antrag seines Vorsitzenden, des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Kahl, den Beschluß gefaßt, die zweite Ausschußberatung über das Republikschutzgesetz bereits am kommenden Dienstag, dem 4. Februar vorzunehmen.

Die Sozialfaschisten und ihre bürgerlichen Auftraggeber haben es fürwahr eilig, das Kommunistengesetz für den Reichstag beschlußreif zu machen, damit es dann in wenigen Stunden durchgepeitscht werden kann. Aber schneller noch als die Beschlüsse des Reichstages der Satten fallen, steigt die Protestwelle, die Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft, die mit dröhnender Stimme ruft: So darf es nicht weiter gehen! Schluß mit der Regierung, die zur Stillung des Hungers nur Gummiknüppel und blaue Bohnen kennt! Republikschutzgesetz und Verbot der Kommunistischen Partei, das wird den Herren teuer zu stehen kommen. Für die marschierende Armee des kämpfenden Proletariats, für den entschlossenen Kampf gegen die Aushungerer gibt es kein Verbot!

Barrikadenbau in Hamburg

Polizeiterror dauert weiter an

Hamburg, 31. Januar.

Den ganzen Donnerstag bis in die späte Nacht hinein hielten die Provokationen der Polizei gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft an. Ganze Straßenviertel wurden abgesperrt und durch Polizei die Passanten mit Gummiknüppel, Kolbenschlägen in die Häuser getrieben. Beim Neubau des Gebäudes des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes am Holstenwall machte die Polizei wiederum von der Schußwaffe Gebrauch. Ueber die Zahl der Verletzten ist bisher noch nichts bekannt geworden. In der Notwehr flüchteten die Arbeiter auf den Neubau und versuchten die Polizei durch Steinbombardements zu vertreiben.

In den Nachmittagsstunden wurde das Proletarierviertel Hohihöfen von der Polizei in provokatorischer Weise durchstreift. Auch hier kam es zu Zusammenstößen mit der sich energisch zur Wehr setzenden Arbeiterschaft.

In den späten Nachtstunden kam es dann in der gleichen Gegend zu weiteren Polizeiprovokationen die von den Arbeitern dadurch abgewehrt wurden, daß diese aus Bauplanken und Steinen Barrikaden aufrichteten. Die Polizei stürmte mit der Schußwaffe diese Hindernisse, die Zahl der Verletzten ist auch hier bisher nicht bekannt geworden. Der Polizeibericht meldet lediglich 20 Verhaftungen.

Das entschlossene Entgegentreten der Arbeiterschaft gegenüber den maßlosen Polizeiprovokationen zeigt, daß die Hamburger Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich von den Schergen des Sozialfaschisten Schönfelder blutig niederknüppeln zu lassen. Die Sympathie der gesamten revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands ist mit dem Hamburger Arbeitern.

Macht Schluß mit dem Hakenkreuz!

Bremen, 30. Januar.

In entschlossener Weise verhinderten heute abend eine Reihe revolutionärer Arbeiter eine von den Nationalsozialisten hier einberufene Versammlung. Die Hakenkreuzler versuchten dadurch Rache zu nehmen, daß sie Arbeiter auf der Straße nach Schluß der Versammlung anfielen und zu mißhandeln suchten. Sie haben aber auch dabei schwere Prügel bezogen.

Kurpfuscherei

Auch diese Medizin wird die kommunistischen „Bazillen" nicht vernichten.

waffneten Angriff auf die Arbeitermassen führen und gleichzeitig durch Streikbruch und Ausschlußmaßnahmen, durch die Verleumdung der revolutionären Opposition und ihrer Führer, durch radikale Reden und Schwindelmanöver die proletarische Kampffront erschüttern wollen.

Infolgedessen weisen die Bezirkskongresse der RGO. eindeutig daraufhin, daß mit umso größerer Aktivität und Ausdauer und mit den wirksamsten revolutionären Methoden, wie sie die Straßburger Konferenz der RGI. vorschlug, diese Kämpfe organisiert und durchgeführt werden müssen.

Hartmannsdorf, wo 800 Textilarbeiter trotz mörderischem Polizeiterror und trotz sozialfaschistischen Streikbruch- und Unterdrückungsmaßnahmen, seit zirka 10 Wochen gegen die Herabsetzung der Löhne kämpfen und sich aufs Engste zum gemeinsamen solidarischen Vorgehen mit den erwerbslosen Massen verbanden.

Worms, wo die Massen der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen gemeinsam gegen das Hungerregime und für die Forderungen der Opfer der Rationalisierung demonstrierten und zwei Tage lang gegen die skrupellosen Polizeitruppen des Sozialdemokraten Lenschner Widerstand leisteten;

Hamburg und Kiel, wo sich die Erwerbslosen trotz des brutalsten polizeilichen Angriffes zur Demonstration der Hungernden nach dem Sitz der Regierung in Marsch setzten;

das sind leuchtende Beispiele für die Zähigkeit und Entschlossenheit für die in der gegenwärtigen

Der Hungermarsch wird fortgesetzt

Hamburg, 30. Januar.

Der Polizeibericht muß aus der ganzen Provinz Schleswig Märsche der Erwerbslosen nach Hamburg zur dortigen Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition melden. In Heide, Mehldorf, Itzehohe, Lägerdorf, Horst und einer Reihe anderer Orte soll es der Polizei angeblich gelungen sein, die marschierenden Erwerbslosen aufzuhalten und an ihre Wohnorte zurückzubefördern. **Aus den Meldungen der „Hamburger Volkszeitung" unseres dortigen Bruderblattes, geht jedoch hervor, daß sich die Erwerbslosen aus einer ganzen Anzahl von Orten bereits in Hamburg befinden und daß der Hungermarsch der Erwerbslosen, trotz des Polizeiterrors, von allen Orten der Provinz Schleswig fortgesetzt wird.**

Phase anzuwendenden Methoden im Kampfe der proletarischen Klasse, aus denen die Gesamtheit der unterdrückten Massen die wichtigsten Lehren ziehen muß.

Auf der Grundlage solcher Kämpfe gilt es vorwärts zu marschieren. Das ist das nächste Kettenglied. Das ist der Weg, der zum Uebergang in die Offensive gegen die Bourgeoisie und ihre faschistischen Regierungen führt. Das sind die Vorpostengefechte für große politische Massenaktionen, die das Proletariat in der Periode zum Entscheidungskampfe gegen die Bourgeoisie durchführen muß.

Solche revolutionären Streiks und revolutionären Demonstrationen zur Durchsetzung der unmittelbaren Arbeiterforderungen, ihre Entfesselung, Steigerung und Ausbreitung — das ist der entscheidenste Teil der Vorbereitungsarbeiten für die Betriebsrätewahl, für den internationalen Erwerbslosentag am 6. März, für politische Massenstreiks gegen die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie.

Solche revolutionären Streiks und Demonstrationen schlagen vielfach über Nacht um zu bedeutungsvollen politischen Massenbewegungen als Aktionen gegen die bewaffneten Angriffe auf um Lohn und Brot kämpfende Arbeiter und gegen die Schändlichkeiten der Sozial- und Nationalfaschisten. Auf der Basis der Gesamtheit dieser Kämpfe, von denen einer den anderen ergänzt, von denen einer den anderen fördert, reift die Situation parallel mit der Verschärfung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Ausbeuter heran, zum endgültigen Kampfe um die Errichtung der proletarischen Diktatur.

Das sind die Kampfesformen, die der erste Reichskongreß und die Bezirkskongresse der RGO. die proletarischen Massen auf das Ausdrücklichste hinweist und für deren Anwendung gleichzeitig die notwendigen Organisationsformen beschlossen wurden. Ganz richtig haben die Kongresse hervor, die Situation erfordert eine wirkliche Verbindung der revolutionären Propaganda mit der energischsten revolutionären Organisationsarbeit. Die Organisationsform der revolutionären Opposition sind die in den Betrieben um die revolutionäre Gewerkschaftszeitung zusammengefaßten aktiven Anhänger der revolutionären Opposition, sind die revolutionären Vertrauensleute und Betriebsräte, sind die revolutionären Erwerbslosenausschüsse und die Komitees zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Reichs-, Bezirks- und örtlichen Maße sowie in den einzelnen Industriegruppen. Das sind die Kräfte, die zielbewußt und energisch die Voraussetzungen in den Massen herbeiführen müssen zur Durchführung der revolutionären Streiks und revolutionären Demonstrationen. Zur unmittelbaren Vorbereitung und Führung dieser Bewegungen gilt es, die Kampfesleitungen, die revolutionären Delegiertenkonferenzen zu wählen und einen starken und entschlossenen revolutionären Selbstschutz in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen herauszubilden. Gleichzeitig weisen die Kongresse ernst daraufhin, daß zur Beschleunigung der Herausbildung der einheitlichen Kampfesfront der proletarischen Massen in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen, der Organisierten und Unorganisierten, der Männer und Frauen, der Erwachsenen und Jugendlichen, der Hand- und Kopfarbeiter die zahlreichste Beteiligung aller dieser Arbeiterschichten in breitestem Maße an allen Funktionen der revolutionären Opposition und die Steigerung der revolutionären Arbeit in den gewerkschaftlichen Organisationen eine wichtige Voraussetzung ist.

Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung schreitet vorwärts. Ueberall dort, wo aktiv in der Linie des 1. Reichskongresses gearbeitet wird, ist ein Wachsen der proletarischen Kampfesmaßnahmen, eine Verschärfung der Auseinandersetzung in den Gewerkschaftsverbänden, eine Steigerung der Auseinandersetzungen mit den Regierungsorganen und eine Festigung der Reihen der RGO. zu verzeichnen. Das beweist die Richtigkeit des Kurses der revolutionären Opposition.

Die sozialdemokratischen Arbeiter erklären: „Das Maß ist voll"

Masseneintritt von SPD.-Arbeitern in die KPD.

Sturm der sozialdemokratischen Arbeiter im ganzen Reiche gegen die Hunger- und Unterdrückungspolitik der SPD.

„Das Maß ist voll" — „Wir können den Verrat der SPD. nicht mehr länger mitmachen". Hunderte und tausende sozialdemokratischer Arbeiter verleihen solchen Gedanken täglich Ausdruck. **In Berlin, in Köln, in Chemnitz, Frankfurt a. M.,** überall im ganzen Reich hat ein Sturm unter den Arbeitern eingesetzt, der ein untrügliches Zeichen dafür ist, daß die SPD. **in raschem Maße ihren Einfluß unter der Arbeiterschaft als Folge ihrer sozialfaschistischen Hunger- und Unterdrückungspolitik verliert.** Die Schüsse, die in **Hartmannsdorf, Worms** und anderen Städten des Reiches fielen, sie waren in gleicher Weise gegen die SPD.-Arbeiter gerichtet; die Gummiknüppelhiebe, die die sozialfaschistische Schupo im ganzen Reiche statt Erwerbslosenunterstützung, Kinderspeisung und Winterbeihilfe verteilt, sie zerschlagen die **letzten Reste von Illusionen,** die etwa sozialdemokratische Arbeiter noch an ihre Partei fesseln.

Aus dem ganzen Reich erhalten wir Meldungen über Massenaustritte sozialdemokratischer Arbeiter, die vielfach 20, 30 und mehr Jahre in der SPD. waren, und deren Eintritt in die KPD.

Anläßlich des Chemnitzer Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition traten 41 sozialdemokratische und parteilose Arbeiter ostentativ in die KPD. ein.

Der sozialdemokratische Arbeiter Max Lenk aus Meißen, dem die SPD. mit Ausschluß gedroht hatte, wenn er zum Kongreß nach Chemnitz fahre, richtete vor dem Forum des Landeskongresses an alle sozialdemokratischen Arbeiter die Aufforderung, seinem Beispiel zu folgen und sich der KPD., der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, anzuschließen.

Wie wir bereits gestern berichteten, trat der sozialdemokratische Arbeiter Richter aus Köln nach 30jähriger Mitgliedschaft in der SPD. unter Abgabe einer die SPD.-Politik vernichtend kritisierenden Erklärung in die KPD. ein. Auch in Frankfurt trat ein alter sozialdemokratischer Arbeiter, der 25 Jahre in der SPD. organisiert war, zur KPD. über.

Allen ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern, die noch aus irgendwelchen Loyalitätsrücksichten in der SPD. bleiben, müssen diese Beispiele als Ansporn dienen. Macht Schluß mit der Partei des Gummiknüppels, des Arbeitermordes, des Hungers, her zur KPD.!

Tscherwonzenfälscher Bell englischer Spion-SPD.-Agent

Erdrückende Beweise in der gestrigen Verhandlung / Zur Entlastung soll heute ein antisowjetistischer Lügenvorstoß erfolgen

Die Mittwoch-Verhandlung im Tscherwonzenfälscherprozeß brachte erdrückende Beweise dafür, daß der Angeklagte Bell sowohl in sozialdemokratischen als auch in bezahlten Diensten der englischen Polizei stand. **Der Kaufmann Rieger gab an, daß Bell in seinem Büro die Artikel geschrieben habe,** die er dann an die Nürnberger sozialdemokratische „Fränkische Tagespost" verkauft hat, wo sie in sensationeller Aufmachung erschienen. Man erinnert sich, daß Bell sich schon bei seiner Vernehmung zur SPD. bekannte. Der als Zeuge vernommene Kaufmann Wendt, der Bell nach Kräften zu entlasten versuchte, mußte zugeben, daß Bell von Sofia aus mit englischen offiziösen Nachrichtenagenturen in Vorderasien in engster Verbindung gestanden hat. Und der zweite Zeuge, Ingenieur Matern, hat in der Voruntersuchung zu Protokoll gegeben, daß Bell seiner eigenen Behauptung nach in Interessen englischer Wirtschaftsgruppen gegen Rußland tätig gewesen ist. Ja, Bell mußte gestern sogar zugeben, daß, solange er in Paris war, seine Post nach dem englischen Konsulat geschickt wurde.

Man hat also mit einem bezahlten Spion zu tun. Um diesen für die Angeklagten niederschmetternden Eindruck zu verwischen, holt der sattsam bekannte Femeverteidiger Sack, unter dessen Mandaten der Bell natürlich nicht fehlen darf, zu einem großen antisowjetistischen Coup aus. Bewußt vom Gegenstand der Verhandlung ablenkend, will er in der heutigen Verhandlung den Beweisantrag stellen, daß die Sowjetregierung ausländische Währung in sehr großem Umfange habe fälschen lassen, darunter auch jene Hunderttdollarnoten, deren Fälschung jetzt aufgedeckt wurde. Herr Dr. Sack kommt mit seinem Antrag allerdings einige Tage zu spät, ist doch die USAmerikanische Werkstatt der Dollarfälscher unterdessen bereits festgestellt.

Das hindert den Sack nicht, schon jetzt geheimnisvoll die Namen der Genossen Jenukidse, Jurowitt, Kaganowitsch als angebliche Leiter der Fälschungsaktion in die Presse zu lancieren. Der famose Herr

erniedrigt sich zum Sprachrohr der ebenso zynischen wie erfindungsreichen Drahtzieher, des englischen Intelligence Service.

Wir prangern jetzt schon seine Aktion an, die vereinbarungsgemäß heute die Spalten der bürgerlichen Presse füllen soll.

Weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit!

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Woche vom 20. bis 25. Jan. von 2 140 600 auf 2 300 000 gestiegen. Das ist eine Zunahme um etwa 90 000. Zu diesen Arbeitslosen kommen noch über 200 000 Krisenunterstützte und über eine Million Nichtunterstützte. Es muß also mit annähernd 3¼ Millionen Arbeitslosen gerechnet werden.

Je länger diese ungeheure Arbeitslosigkeit währt, umso schärfer und unerträglicher wird das Elend der Arbeitslosen. Die sozialfaschistische Partei hat aber gegen den Hunger der Massen kein anderes Rezept, als blaue Bohnen. Ueberall lassen sozialfaschistische Polizeipräsidenten in die Reihen der Erwerbslosen feuern, die für ihre Forderungen demonstrieren, oder verbieten faschistische Minister, wie es in Bayern der Fall ist, überhaupt alle Aufmärsche und Versammlungen der Erwerbslosen.

Zu gleicher Zeit läßt die Koalitionsregierung Brotgetreide vernichten. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages stimmten die Sozialfaschisten gegen den kommunistischen Antrag, die Arbeitslosenfrage zu behandeln.

Die Arbeitslosen müssen sich bewußt sein, daß sie in der sozialfaschistischen Partei einen unbarmherzigen Feind vor sich haben, der im Interesse des Kapitals bedenkenlos Hunderttausende dem Hungertod und dem Siechtum überliefert und der dazu noch die Arbeitslosen in gemeiner Weise beschimpft. Doch trotz des sozialfaschistischen Terrors wird der Massenkampf der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter weitergehen, wird überall der Ruf ertönen:

Her mit dem Siebenstundentag, her mit höheren Löhnen!

Erwerbslose, wählt Delegierte für die Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 8. März!

Bayerische Zensurforderungen

Ungefähr vor einem Jahr lief in Berlin der Film „Geschlecht in Fesseln", der sich mit künstlerisch durchaus sauberen Mitteln und einer vernünftigen Tendenz mit der Sexualnot der Gefangenen befaßte. Nachdem dieser Film überall im Reich gezeigt worden ist, ohne Anstoß zu erregen, hatte Ende vorigen Jahres das bayerische Staatsministerium die Stirn (und es ist eine sehr niedrige Stirn), den Antrag auf ein Verbot zu stellen, weil der Bildstreifen — wie es in der trefflichen bayerischen Amtsterminologie heißt, „geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu gefährden und entsittlichend zu wirken".

Jetzt hat die Filmoberprüfstelle die Zulassung des Films bestätigt. Es ist immerhin grotesk genug, daß der bayerische Minister des Innern bei seinem Verbotsantrag ausgerechnet auf eine Beschwerde der Strafanstaltsverwaltung Zweibrücken und des katholischen Anstaltsgeistlichen zurückgreifen konnte.

Ein Hakenkreuzler Ehrenbürger in Königsberg

Königsberg, 24. Januar.

Der Senat der Universität in Königsberg hat beschlossen, den General Litzmann zum Bürger der Akademie unter Zuerkennung der goldenen Ehrenkette und Ueberreichung eines Schreibens des Rektors zu ernennen. Litzmann ist heute führend in den Hakenkreuzbewegung tätig.

Bürgerliche Neugruppierungen

Die aus der Deutschnationalen Partei ausgeschiedene Opposition hat sich nun als **„Volkskonservative Vereinigung"** konstituiert und mit dem „Christlich-sozialen Volksdienst", sowie der „Christlich-nationalen Bauernpartei" die Parlamentsfraktion der „Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft" gebildet. Auf eine formelle Parteigründung haben die „Volkskonservativen", die am 29. Januar mit einer öffentlichen Kundgebung erstmalig hervortraten, vorläufig verzichtet — sie hoffen offenbar, im Zusammenhange mit den Umgruppierungen in den anderen bürgerlichen Parteien später größere Kräfte sammeln zu können, wenn sie vorläufig als bloße politische Gruppe wirken. Freilich haben sie bei dem Versuch zur Konzentrierung des „legalen" Faschismus mit allerhand Konkurrenz zu kämpfen, insbesondere versucht der „Jungdeutsche Orden" neuerdings eine eigene Parteibildung und hat dafür auch einige bisherige Angehörige der volksparteilichen Parlamentsfraktionen sowie die kaum verhüllten Sympathien des „Vorwärts" gewonnen. Früher oder später werden sich alle diese Gruppen natürlich zusammenfinden — ist die politische Linie ihnen doch allen gemeinsam, werden sie doch selbst von den Hugenbergen nur durch Differenzen über den Zeitpunkt des Hinauswurfes der Sozialfaschisten aus der Regierung geschieden. Und die Sozialfaschisten selbst sowie alle anderen schwarzrotgoldenen Schwätzer klammern sich, wie der Ertrinkende an den Strohhalm, an die Hoffnung, daß irgendwelche „vernünftige" bürgerliche Gruppen die Faschisierung der bürgerlichen Demokratie gemeinsam mit ihnen vornehmen könnten.

Kein Amnestiegesetz im Bayerischen Landtag

Mehr Kontrollstellen für Arbeitslose / Keine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter

München, 30. Januar.

Die Kommunisten hatten im Bayerischen Landtag einen Antrag auf Erlaß eines Amnestiegesetzes **für politische Straftaten und Notdelikte, insbesondere auch für Amnestierung der Straftaten § 218 eingebracht.** In der Vollsitzung des Landtags vom Donnerstag kam u. a. auch dieser Antrag zur Beratung. Bezeichnender Weise wurde der kommunistische Antrag mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien, auch der Sozialfaschisten **abgelehnt.**

Ein Antrag des Justizministeriums auf Freigabe **zur Strafverfolgung** des Genossen Büchs wegen Flugblattverteilung in Nürnberg, öffentlicher Beleidigung von Polizeibeamten etc., wurde **nicht genehmigt.** Dagegen ein gleicher Antrag auf Strafverfolgung des Sozialdemokraten Dewald, der als verantwortlicher Redakteur in Aschaffenburg den Werkdirektor und die Stadtverwaltung dort beleidigt haben soll.

Nach Ablehnung eines ähnlich lautenden kommunistischen Antrages fand ein sozialdemokratischer Antrag Annahme, wonach die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsbahngesellschaft dahin zu wirken, daß Faschingsvergnügungen in den **Warte- und Wirtschaftsräumen** der Bahnhöfen möglichst eingeschränkt werden.

Auch der kommunistische Antrag, mehr Kontrollstellen für die Erwerbslosen zu schaffen und die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung möglichst durch die Gemeinden vornehmen zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einiger Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei, angenommen.

Einstimmig Annahme fand weiter der kommunistische Antrag, die Erledigung der eingereichten Anträge für die Arbeitslosenunterstützung so rasch als möglich durchzuführen.

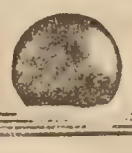
Zur Beratung im Plenum stand weiter der **kommunistische Antrag auf Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter** den wir bereits veröffentlicht haben. Nachdem Genosse Büchs den Antrag eingehend begründet hatte, glaubte der Volksparteiler Konrad ihm entgegen treten zu müssen. Der kommunistische Antrag verfiel der Ablehnung.

Am Schlusse der Sitzung kam es noch zu einer erregten Debatte zwischen dem Nationalsozialisten Streicher und dem Volksparteiler Wohlmuth, da sich Streicher durch eine Versammlungsrede Wohlmuths in der dieser erklärt hatte, daß die Nationalsozialisten mit Ausnahme ihres großen Maules, unreif seien, beleidigt fühlte.

Das Haus vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Reportage aus aller Welt

Er schlief auf Dynamit



Von Paul Körner / (Zur Zeit auf Festung Gollnow)

Flucht vor den Ausnahmegerichten. Von Ort zu Ort ging die unstete Wanderung. Als einziges Ausweispapier trug ich einen Zeitungsfetzen in der Tasche. Ein Inserat wurde aus einer Zeitung ausgeschnitten und in der Mitte durchgerissen. Auf ein Stück wurde die Nummer 361 geschrieben und in einem Briefumschlag gesteckt, dann an die Adresse geschickt, wo ich mich in den nächsten Tagen zu melden hatte. Das andere Stück steckte ich in die Tasche. Das war mein Ausweis.

Der Genosse brauchte, wenn ich bei ihm eintraf, nur die beiden Papierfetzen gegeneinander zu halten. Er sah, daß sie zusammengehörten und er wußte, daß es stimmte. Vielleicht fragte er nach der Nummer. Die sagte ich ihm. So konnte sich kein Unberufener einschleichen.

In der Nähe des Heimatsortes konnte ich nur bei Nacht wandern. Am Tage konnte mich dieser oder jener sehen und erkennen. Dann wäre ich den Henkern ausgeliefert gewesen.

Tagelang war ich gelaufen, ohne die Strümpfe zu wechseln. Es regnete seit Tagen.

Kurz nach eintretender Dunkelheit verließ ich das Gebirgsdorf, wo ich den Nachmittag ein wenig im Stall eines Genossen geschlafen hatte. Die Genossen mußten selbst aufpassen, um nicht verhaftet zu werden, denn im nahegelegenen Bergwerk war von den Arbeitern während des Kampfes ein größerer Posten Dynamit beschlagnahmt worden, weswegen überall Haussuchungen stattfanden. Die Frau des Genossen brachte mich auf den Weg. Wir benutzten keine öffentliche Straße, gingen hinten im Garten heraus und durchquerten den dicht anschließenden Wald. Ein Mann kam uns entgegen. Wir gingen hinter eine dichte Tannenreihe und ließen ihn erst vorüber. Dann schnitten wir eine Ecke ab und überschritten einen Acker.

Immer an den Masten einer Ueberlandzentrale entlang, stampften wir in die schwarze Nacht. Der Wind heulte und geigte auf den Drähten der Hochspannungsleitung. Bald klatschte wieder der Regen nieder. Ein paar Eulen flogen wild auf und vom Wald, der dunkel von drüben abstach, schrie kreischend ein Totenvogel.

„Du bist der sechszehnte, den ich übers Gebirge bringe", sagte die Frau. Die Traversen eines Mastes brummten wie ein tiefer Orgelton.

„Der Sechzehnte?" fragte ich. Sie überhörte es, schien an etwas anderes zu denken. Wenn wir an einen Stein stießen, daß es hart in die stille Nacht dröhnte, erschrak sie mächtig. Sie hatte offenbar in den Tagen nach dem Aufstand viel erlebt. Sechzehn Flüchtlinge zu beherbergen und dann wieder bei Nacht und Nebel wegzubringen, ist keine Kleinigkeit. Das kostet Nerven. Aber ihr Solidaritätsgefühl war stärker, als die Angst um die eigene Person.

Meine Kleider waren bald durchgeweicht. In den Stiefeln quirlte es bei jedem Schritt. Die Drähte zogen ihren Weg jetzt an den Waldrand. Da war es etwas trockener an der Erde. Rechts schimmerte ein Licht.

„Das ist die Försterei," bemerkte die Frau.

„Kehr um, Genossin, ich such den Weg alleine. Kommst auch erst in der Nacht zurück" sagte ich zu ihr.

Nach einer Weile antwortete sie erst:

„Bis zur Ecke, am Fließ komme ich mit, sonst verpaßt du den Pfad."

Sie hustete.

Meinen Ausweis wickelte ich ins Taschentuch, damit er trocken blieb und sich nicht auflöste oder vom Regen zerriß. Ohne diesen Papierschnitzel hätte ich nicht weitergekommt, denn keiner hätte geglaubt, was ich ihnen erzählt hätte.

Am Fließ verabschiedeten wir uns.

„Nun läßt du die Masten rechts liegen", flüsterte meine Begleiterin, als ob es jemand hören könne. „Gehst diesen Radspuren nach, die führen direkt ins Dorf. An den Strohschobern mußt du aufpassen, da ist ein Gehöft. Vor dem Dorf ist eine Holzbrücke, die führt über einen kleinen Bach. Im ersten Hause am Bach wohnt Ladewig. Kannst nicht irren. Ladewig weiß Bescheid, der wartet bis du kommst."

Ich drückte ihr die Hand. Knochen mit nasser Haut überzogen.

Die Wagenspuren zerteilten sich bald. Wo ist es nun richtig, rechts oder links? Ich riet an meinen Knöpfen ab und die Wahl fiel auf links. Also zog ich links weiter. Ich kannte zwar die Gegend einigermaßen, aber ob ich in der Nacht jetzt richtig war, wußte ich nicht. Der Schlamm wurde wieder tiefer. Da bellten irgendwo Hunde. Sie waren noch weit, aber Hunde sollen in der Nacht einen Menschen auf viele Kilometer wittern. Aber sie können mich ja nicht kennen. (Fortsetzung folgt.)

Der Papst fährt Eisenbahn

Nachdem der Papst mit Mussolini Frieden geschlossen hat und Italien unter dem Zeichen des Kreuzes sowie des Hakenkreuzes steht, beginnt der Papst, seinen Machtbereich zu erweitern. Der neue Vatikanstaat hat nunmehr auch seine Eisenbahn erhalten- die ihn mit der Außenwelt verbindet. Die Eröffnung der Bahn soll am 11. Februar erfolgen. Der sozialdemokratische Konkordatsminister Braun wird also in Zukunft direkt nach der Eisenbahnstation Sankt Peter fahren können!

200 Bergarbeiter verschüttet

Tokio, 29. Januar. Wie aus Formosa gemeldet wird, ereignete sich dort ein schweres Grubenunglück, bei dem 200 Bergarbeiter verschüttet wurden. Bisher konnten erst 34 gerettet werden. Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß zwei große Förderkörbe, die mit Bergarbeitern besetzt waren, abstürzten.

Das Gold in der Haferkiste

Köln, 29. Jan. Seit vielen Jahren hatte ein Landwirt in Ensheim im Pferdestall eine alte Kiste stehen, die stets als Haferkiste diente und nicht weiter beachtet wurde. Als der Schwiegersohn des Landwirts die Kiste zerschlug, erlebte er eine Ueberraschung. Plötzlich rollte dem jungen Mann eine stattliche Anzahl Goldmünzen vor die Füße. Die Untersuchung ergab, daß die Münzen in einem Geheimfach gelegen hatten. Es handelt sich um französische Goldfranken und holländische Goldgulden. Die Goldmünzen weisen Prägungsdaten von 1799 und 1860 auf. Die Goldstücke waren einzeln in Stoff eingenäht und zusammen in vier Säckchen verpackt. Sie stellen einen beträchtlichen Schatz dar.

Der Selbstmordkandidat

vor dem Schnellrichter

Berlin, 29. Jan. Vor dem Schnellrichter wurde heute die gegen den 38jährigen Musiker Wieczikowski erhobene Anklage verhandelt, die dahin geht, daß er sich der fahrlässigen Transportgefährdung schuldig gemacht habe, weil er sich in selbstmörderischer Absicht auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz vor einen einfahrenden elektrischen Eisenbahnzug geworfen hatte (!). Der Angeklagte, ein Mensch mit verhärmten Gesichtszügen, sagte aus, daß man ihm seine Trompete gestohlen hatte und daß seine Frau mit einem Matrosen durchgebrannt sei. Er habe dann auch lange Zeit keine Arbeit finden können und die Lust zu leben verloren. Er habe bei der Tat nicht daran gedacht, daß er den Zug durch seinen Selbstmordversuch gefährden würde. Das Gericht erkannte auf Freispruch.

Die „Göttin geklaut"

Berlin, 29. Jan. Aus dem Berliner Völkerkundemuseum wurde von unbekannten Dieben die Figur der Göttin Parvati entwendet. Die Figur wiegt annähernd 20 Pfund. Die Göttin ist dargestellt mit unter der Brust zusammengelegten Händen, in denen sie eine lotosartige Blume hält. Es handelt sich um ein ziemlich seltenes Stück; in Deutschland sind bisher nur drei Exemplare der Figur bekannt.

Räuberischer Ueberfall auf eine Stationskasse

Dessau, 29. Jan. Gestern drangen zwei Räuber in das Stationsgebäude in Dessau-Alten ein, bedrohten die anwesenden drei Beamten mit dem Revolver und raubten die Stationskasse mit 14 Mark Inhalt. Als der Stationsvorsteher Hennig sich zur Wehr setzte, gab einer der Räuber einen Schuß auf ihn ab, der jedoch fehl ging. Die Räuber entkamen unerkannt.

Sturmbrigaden der Kollektivisierung

Eine Gruppe Arbeiterfreiwilliger der Moskauer Maschinenfabrik „Press", die als Organisatoren von Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern zur Arbeit aufs Land gehen.

Mord?

Neudsburg, 29. Jan. Die Untersuchung der in der niedergebrannten Scheune des Landwirts Bree in Kropperausbau aufgefundenen verkohlten Leiche einer jungen Frau, deren Personalien bisher nicht festgestellt sind, hat ergeben, daß sich die Frau im vierten Monat der Schwangerschaft befunden hat. Der Befund läßt auf Mord schließen. Wahrscheinlich hat der Mörder die Scheune angezündet, um die Spuren der Tat zu verwischen.

Geständnis eines Mörders

Bielefeld, 29. Jan. Der im Bielefelder Untersuchungsgefängnis untergebrachte Kaufmann Keese, der für Unterschlagungen und Betrügereien bereits mit Zuchthaus vorbestraft ist, hat ein Geständnis abgelegt, wonach er in Essen den Zigarren- und Papierhändler Courbois bei einem Einbruchsversuch durch einen Schuß getötet hat. Keese wurde vor einiger Zeit in Bielefeld wegen eines großangelegten Kautionsschwindels verhaftet. Er hatte zusammen mit Komplizen ein Büro eröffnet, in dem er Chauffeure, Beifahrer usw. gegen Stellung einer Kaution anstellte.

Unerhörtes Klassenurteil

im Dinkelscherbener Eisenbahnprozeß

Augsburg, 29. Jan. Im Dinkelscherbener Eisenbahnprozeß wurde heute das Urteil verkündet. Wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und eines Vergehens der Transportgefährdung wurde Weichensteller Hübler zu drei Monaten und Oberwerkmeister Müller zu fünf Monaten Gefängnis unter Anrechnung von vier Tagen Untersuchungshaft verurteilt. Beiden Verurteilten wurde bis 1933 Bewährungsfrist eingeräumt. Die Mitangeklagten Amler, Karner und Wiedenbauer wurden entsprechend dem Antrag des Staatsanwaltes freigesprochen.

Beraubung eines Postwagens

Allenstein, 29. Jan. Der von Wartenburg nach Tollack verkehrende Paketpostwagen wurde in einem Waldstück kurz hinter Wartenburg von zwei Verbrechern, die Räder bei sich führten, überfallen und beraubt. Die Täter zwangen den Wagenführer zur Herausgabe eines etwa einen Zentner schweren Postsackes, mit dem sie im Walde verschwanden. Geraubt sind etwa 2800 Mark Militärrentengelder, die am 1. Februar zur Auszahlung kommen sollten.

Zwei Berliner auf der Charles-Insel aufgefunden

Neuyork, 29. Jan. Von der Eugens Macdonal-Expedition, die einige Inseln in der Nähe der Aequators erforscht, liegt ein Funkbericht vor, wonach sie auf der zur Gruppe der Galapagos gehörenden Charles-Insel zwei Berliner, Dr. Ritte und Frau, auffanden. Das Ehepaar strandete vor fünf Monaten bei der genannten Insel. Die Macdonald-Expedition verproviantierte das Ehepaar für die Dauer eines Jahres.

Untergang eines Fischdampfers

18 Matrosen ertrunken

Bark, 29. Jan. Ein Fischdampfer ist infolge einer Kesselexplosion untergegangen. Von der zwanzigköpfigen Besatzung konnten nur zwei Mann gerettet werden.

Langjährige Freiheitsstrafen wegen riesiger Unterschlagungen

Neuyork, 29. Jan. Der frühere Vizepräsident der Union Industrial Bank wurde in Flint wegen Veruntreuung von Bankgeldern zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, wovon er mindestens zehn Jahre verbüßen muß. Außerdem erhielten neun andere ehemalige Angestellte der Bank langjährige Freiheitsstrafen. Die Gesamtsumme der Unterschlagungen beträgt 14 Millionen Mark, was einen Rekord in der Geschichte des amerikanischen Bankwesens darstellt.

Stimmen der Werktätigen

Aus den Bezirken

Der Renegat

Eine Antwort auf eine „Antwort"

(Arbeiterkorrespondenz)

Kirchseeon. Am 16. Januar erschien in der „Münchener Post" ein Artikel, betitelt „Ein Deserteur der proletarischen Klassenfront". Dieser Schrieb soll wohl eine Antwort auf unsere Anprangerung vom 8. Januar des ehemaligen Genossen Egger von Kirchseeon sein, der sich zur richtigen Zeit aus dem Lager der Revolution drückte, um mit Hilfe seines Freundes Zolbrecht von der SPD. in die Liste der Postenanwärter der SPD. aufgenommen zu werden. Zolbrecht hat es für notwendig gehalten, den Artikel zu schreiben, wobei es ihm auf eine ganze Reihe von bewußten Verleumdungen gar nicht ankam, die er gegen den Genossen Lenz von Kirchseeon schleuderte.

Vor allem ist es niederträchtig, die eigenen Sünden anderen aufhalsen zu wollen. Genosse Lenz hat **nicht Ueberstunden** geschustet, wie behauptet wird, sondern er war gezwungen Ueberarbeit zu verrichten, **weil die Betriebsvertretung, an deren Spitze Zolbrecht und Egger stehen, mit der Direktion es so vereinbart hatte.** Ob wohl Zolbrecht die Ueberarbeit verweigert hätte, wenn er dieser Regiearbeit zugeteilt gewesen wäre? Wir wissen bestimmt, daß er es nicht getan hätte, denn die Entlassung aus dem Betrieb ist schließlich keine Kleinigkeit. Viel besser wäre es, Zolbrecht als Betriebsratsvorsitzender hätte dafür gesorgt, daß keine derartigen Abmachungen getroffen werden.

Niederträchtig ist auch die Behauptung, daß Genosse Lenz andere Arbeiter schikaniert oder geohrfeigt hätte. Erstens war Lenz ein Aufsichtsbeamter und zweitens hat er sich mit Recht gegen die Anrempelung eines Arbeiters gewehrt, der sich seiner Kleider bemächtigte und Lenz dieselben dann dem Betreffenden erst ausziehen mußte, als er sie selber benötigte. Das weiß natürlich Zolbrecht ganz genau, aber Schwindel muß sein, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß bei den Kirchseeoner Arbeitern dieser Schwindel nicht mehr zieht. Auch die Geschichte mit der Denunziation wegen angeblichen verspäteten Arbeitsbeginn ist hinreichend bekannt, um nicht eigens widerlegt werden zu müssen. Wenn es Halunken gibt, die jetzt lügen und schwindeln, in dem Glauben, daß ihre eigenen Schandtaten dadurch verdunkelt und aus der Erinnerung der Arbeiterschaft gewischt werden, damit sie später wieder als Propheten und Messiasse auferstehen und Triumphe feiern können, so sollen sie sich nur nicht täuschen, wir werden schon sorgen, daß die Tatsachen erhalten bleiben über Zolbrecht und Egger.

Es ist lächerlich, wie ausgerechnet Egger sich über „Schikane" der Arbeiter nur aufhalten mag. Er, der die Arbeiter mit Kosenamen des größten Formats, wie Idiot usw. betitelt, sollte viel besser das Maul halten.

Daß die Herrschaften auch intime Geschichten, Familienangelegenheiten hereinziehen, kennzeichnet ihren Charakter. Wir wollen nur feststellen, daß die Geschichte mit der kirchlichen Trauung ein Blödsinn ist, weil gerade Egger ganz genau im Bilde ist, und er sogar um Rat angegangen wurde, als Genosse Lenz seinerzeit heiratete. Inmitten der ländlichen Bevölkerung, bei Verwandten, die noch starr und steif am kirchlichen Glauben festhängen, ist es eben keine Selbstverständlichkeit, daß ein revolutionärer, kirchenfeindlicher Genosse ohne weiteres auch die andern, sehr nahe im Spiele stehenden Personen von der Richtigkeit seiner Auffassung überzeugt.

Wir wollen darüber nicht mehr sagen, auch nichts über eine kleine Geschichte von einem gewissen fürstlichen Brautschleier und einer fürstlichen Hochzeit, auch nichts von einer bestimmten „Schlagschicht" wie der Oberbayer sagt, auch nichts von übermäßigem Alkoholgenuß und häuslichen kleinen Zwistigkeiten. Egger und Zolbrecht werden sich schon auskennen. Aber wenn sie's wünschen, werden wir gerne nähere Auskunft erteilen.

Wir können verstehen, daß die beiden Brüder verstimmt sind. Ist es doch trotz der schmählichen Verbrüderung, unter Hintansetzung der Arbeiterinteressen, nicht gelungen, den Bürgermeisterposten zu ergattern, auf den Zolbrecht so scharf war. Aber die Arbeiter und Bauern kennen ihre Pappenheimer und wissen, was sie zu erwarten haben, wenn Zolbrecht Bürgermeister würde. Ist es doch eine Tatsache, **daß Zolbrecht einem Arbeiter mit Hinauswerfen und Polizei holen drohte,** als dieser ihn wegen einer Zeugenaufforderung aufsuchte. Jeder, der näheren Einblick hat, weiß, daß die beiden, vor allem Zolbrecht tüchtige Geschäftsleute sind und vielfach ihre Politik ebenfalls von Geschäftsrücksichten getragen ist. Seine Heldentaten bei der **Wohnungsbaugenossenschaft** haben ihn ebenso wenig berühmt gemacht als sein Geschäftssinn als **Kantinenwirt.** Wir wollen nur noch daran erinnern, welche Haltung Zolbrecht als **Vorsitzender des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner Kirchseeon, einnahm, als dem verschuldeten Arbeiterturn- und Sportverein 20 Mark aus der Kasse überlassen wurden.** Auch das ist nicht abzustreiten, daß er als guter Stimmungsmacher auf eigene Faust Funktionen an Sozialdemokraten übergibt. Wenn er schmollt, und von den proletarischen Veranstaltungen wegbleibt, so geht er bestimmt niemand ab, jedenfalls werden ihm erste Plätze nicht umsonst zur Verfügung gestellt. Mag er sich ruhig vom „Kirchseeoner Pöbel" fernhalten, er kanns ja, hat ein gutes Einkommen, eine schöne Wohnung, seine Frau kann sich dann an ihren Dienstmädchen austoben, von denen es keine lange aushält. Wir verwundern uns deshalb auch nicht, daß es mancher Arbeiter vorzieht, die Kantine nur von außen anzusehen, ohne hineinzugehen, muß er doch gewärtig sein, falls er eine Kleinigkeit aufschreiben läßt (wie es in Kantinenbetrieben üblich ist) im ganzen Dorfe herumgeschrieen zu werden, als einer der nicht zahlen kann.

Wir wollen uns nicht mehr länger mit den Leutchen beschäftigen, aber herausgefordert, muß man dazu Stellung nehmen. Sowohl für Zolbrecht gilt, als auch für Egger: Sie sollen ja nicht glauben, daß sie die Herrgötter sind. Wir können ihnen auch im Vertrauen mitteilen, daß ein Teil der Zeitungsabbestellungen wieder zurückgenommen wurde, als die Hinterfotzigkeit der ganzen Argumentation des Gesinnungshelden Egger erkannt wurde.

AK. 2586.

Eine Gipfelleistung der Lüge

(Arbeiterkorrespondenz)

Augsburg. Die „Schwäbische Volkszeitung" bringt unter der Ueberschrift „Die Gipfelleistung" eine Meldung, nach der der „Vorwärts" über Anweisungen der Bezirksleitung der KPD. Berlin-Brandenburg und Lausitz, in der es angeblich heißt, daß „die oppositionellen Arbeiter, das heißt die kommunistischen und Unorganisierten aufgefordert werden, die sozialfaschistischen Elemente, also die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Betrieben bei ihrer Arbeit zu sabotieren und auf ihre Entlassung hinzuarbeiten."

Die „Schwäbische Volkszeitung" verwechselt anscheinend die Praxis der reformistischen Betriebsräte mit den Anweisungen der Kommunisten, denn in Wahrheit sorgen die ersteren dafür, **daß die kommunistischen Arbeiter aus den Betrieben fliegen,** indem sie sie bei den Direktionen denunzieren. Wir bezeichnen das Augsburger [illegible] Blättchen so lange als eine elende Lügnerin, bis sie den Beweis für ihre schwindelhaften Behauptungen antritt. In Wahrheit fordern die Kommunisten natürlich nicht, daß „die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter" entlassen werden, **sondern daß die Sozialfaschisten aus ihren Betriebsfunktionen entfernt werden.** Daß das eine selbstverständliche Notwendigkeit ist, brauchen wir nicht weiter zu betonen.

Im übrigen regt sich das Blättchen über die Anweisungen der Kommunistischen Partei zu den Kommunalwahlen auf. „Bruderkampf als Prinzip" so nennt das Blatt diese Anweisung. Wahrscheinlich glauben die Herren in Augsburg, daß es „Bruderliebe aus Prinzip" ist, wenn die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ihre Schupo auf die kommunistischen Arbeiter hetzen und wie in Chemnitz ein Blutbad unter ihnen anrichten. Daß die sozialdemokratischen Blätter für diese Liebesdienste noch verlangen, daß die Kommunisten ihnen ihre Stimme geben, entspringt wahrscheinlich ihrer eigenen Geistesverfassung, die der Bourgeoisie die Stiefel leckt, wenn diese den Sozialdemokraten Fußtritte gibt.

AK. 2578.

Zwei nette Brüder

(Arbeiterkorrespondenz.)

München: Es ist angebracht das Geschäftsgebahren der Firma **Schleiser & Söhne** einmal der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Diese Firma (Damenkleiderstoffe und Baumwollwaren-Großhandlung, Landwehrstraße 62) **stellte massenweise Kleberinnen vorübergehend ein bei einem Stundenlohn von**

35 Pfg. und 10[illegible] Arbeitszeit.

Nun ist da eine Vorarbeiterin, Fräulein Lam[illegible], eine Antreiberin schlimmster Sorte die [illegible] nicht entblödet die Mädchen und Frauen „g'scherte Bauernviecher" zu heißen. Außerdem erklärte diese „Dame" Frauen gegenüber, die mit dieser Antreiberei nicht einverstanden sind: „Wir sorgen schon dafür, daß Sie in keinen anderen Betrieb mehr hineinkommen". Dabei prahlt diese kapitalistische Handlangerin noch damit, 6 Jahre lang eine höhere Schule besucht zu haben (darum die Ausdrücke!) **Am 16. Januar wurden nun über 70 Arbeiterinnen entlassen ab Nachmittag 2 Uhr und zwar alle halbe Stunde ein Teil, ohne ihnen die Papiere auszuhändigen.** Es wurde ganz einfach erklärt: „Ihre Papiere können Sie Montag oder Dienstag haben."

Am 17. Januar ging ein Mann, dessen Frau ausgestellt wurde, zu der Firma um die Invalidenkarte zu holen und machte dabei die Firma auf das ungesetzliche ihrer Handlung aufmerksam. Anwesend waren die beiden Söhne Schleiser. Da sagte einer dieser Beiden: „Das sehen Sie doch selbst, was für einen Betrieb wir haben, ich habe keine Zeit, Ihnen die Papiere zu geben, die bekommt Ihre Frau schon." Da erklärte ihm der Mann, daß er gar nicht fähig sei, seinen Betrieb ordnungsgemäß zu führen. Darauf geriet das andere Söhnchen in Zornisch, stellte sich wie ein Protz hinter seinen Bruder und **versuchte dem Mann eine runterzuhauen.** Allerdings waren dessen Nerven nicht so auf dem Hund wie dem Herrn Sohn sein, sonst wäre es nicht so glatt abgegangen, wie einen Tag vorher mit seiner Vorarbeiterin, der eine Frau mit aller Wucht einen Schirm auf ihr „studiertes Haupt" fallen ließ. Feige wie diese Gesellschaft nun einmal ist, verweigerte dieser feine Herr seinen Namen anzugeben, war aber nicht wenig entsetzt, als nach kaum 10 Minuten der Arbeiter in Begleitung eines Schutzmannes wieder in seinem Betrieb erschien um seinen Namen feststellen zu lassen. Nun stellte es sich heraus, daß dieser mutige Jüngling, der Bruder des anderen Herrn Friedrich Schleiser, wohnhaft Rückertstraße 6/I, war. Also nette Brüder!

Frauen, laßt Euch nicht länger von diesen Leuten ausbeuten, die noch die Gemeinheit besitzen, auf die Arbeitsbescheinigung zu schreiben **„für 35 Stunden Arbeitszeit 20 Mark bezahlt" und in Wirklichkeit waren es nur 12,08 Mark.** Organisiert Euch, reiht Euch ein in die Front Euerer revolutionären Klassengenossen. Nieder mit diesem System, das nur Hunger und Elend für Euch hat.

AK. 2555.

Aus Rethenbach a. d. Pleite

Aus aner Gmaastubn kummt folgendes Gespräch:

Du Hanni, wos isn des eigendli wos da Burgamasta dou in seine Ried alles gsacht hot.

O mei Fritz, die Ried woar ja ganz nett wo dem sozialdemokratischn Burgamasta. Jetz muß alles wie om Schnürla gehi.

Ja mei Hanni, wos werd denn dou dabei rauskumma, glabst daß a Paragraf neikummt durch an Antrag wo der Bayerischn Volkspartei, daß in Zukunft jeder sozialdemokratische Rat beichtn muß, um seini Sündn zu bekenna. Freindla, die hom viel zon Beichtn, wenn sie all dös abbüßn wolln, wos alles scho an der Arbeiterschaft verbrochn ham.

Ja Fritz dou host recht.

Du Hanni gibts des a, daß der Kanditat von der Vereinigtn Partei zu der Bayerischn Volkspartei übertretn is?

O mei Fritz, der hot sich halt gforchtn su ganz allaa. Woast des is asu. In der vorletztn Sitzung hot a Sozialdemokrat gsegt, daß es in Rethnbach nur zwa Arbeiterparteien gibt, des wärn die Sozialdemokratie und die Bayerische Volkspartei. Die Volkspartei hout sich natürli an Haufn eibild, daß sie jetzt a a Arbeiterpartei worn is. Dou hot sich der Kandidat von die Vereinigtn gsagt, des gibs net, dou muß i a wos wern und is zur Volkspartei ganga. Jetzt is er a bei andere Arbeiterpartei und a Freint von di Sozi.

Ja Hanni i konn des net versteh, daß die Kommunistn net zu die Sozialdemokratn genga, nachet wern doch die Linkn belanand.

Schau Fritz, des is ganz anderscht. Die Sozi san scho lang la Arbeiterpartei mehr. Die rassn um an Posten und ham scho lang ihrn Marxismus und die ganze Arbeiterschaft verkast. Die gehn mit all dena bürgerlichn Partein zusamm gegn die Arbeiterschaft und stempeln sogar die Bayerische Volkspartei als Arbeiterpartei. Des gibs bei die Kommunistn net. Deswegn möchtns ja die Kommunistn am liebstn alli umbringa. Du mußt amal in su a Sitzung vom Gemeinderat geh. Ich sag dir ich woar amal im Zirkus Sarasanni, dou hob i ja allahand gseng. Viecher und Leit. Des hot mi damals zwa Mark kost. Wenn i jetzt natürli unsan Gemeinderat betracht, nou reua mi die zwa Mark. Es nächstemal mußt a mit, Fritz dou konnst deini Wunder erlebn. Dou geht dir a Safnsieder auf, warum du ka Weihnachtsbeihilf kriegt hast, obwohl du bei der Wahl die Sozialfaschistn, i wollt sogn, die Sozialdemokratn gwählt hast.

Dienstbotenkreuz bei Schweinemetzger Fottner

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Es ist nicht länger mehr anzusehen, wie bei dem Schweinemetzger und Hausbesitzer Fottner, Ganghoferstr. 11, die beiden Dienstmädchen schikaniert und mit allen Mitteln und Methoden um Ehre und Arbeit gebracht werden. **Die Arbeitszeit beträgt täglich 14 bis 15 Stunden, eine kleine Mittagspause eingerechnet. Von morgens 6 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr sieht man die beiden bedauernswerten Geschöpfe mit aller Anstrengung arbeiten und schuften. Aber nicht genug damit, auch am Sonntag wird von ihnen Arbeit bis tief in den Nachmittag hinein verlangt.** Das Schlimmste aber ist, daß die Frau Fottner und ihre Tochter, ein „Fräulein" Marie sich die größten Unverschämtheiten herausnehmen. So ist es wiederholt vorgekommen, **daß in Abwesenheit der Mädchen die Kästen und Koffer in ihrem Zimmer durchschnüffelt werden.** Und wehe, wenn ein Stückchen Wurst gefunden wird. **Die müssen sie unbedingt gestohlen haben, auch wenns auf der Hand liegt, daß es Ueberreste von Mahlzeiten sind.** Es ist daher auch kein Wunder, wenn beinahe alle **vierzehn Tage neue Dienstmädchen erscheinen,** weil es die alten nicht mehr ausgehalten haben.

Einmal gingen gleich **zwei auf einmal.** Da sie sich noch ein **Abschiedsessen kochen wollten, kauften** sie Mehl und Fett und buken sich einen Abschiedskuchen. Da ihnen aber der Appetit bei Frau Fottner vergangen war, kochten sie bei einer Nachbarin, die die beiden Mädchen in ihrer Küche ruhig hantieren ließ. Aber die Schnüfflerin, die Stieftochter Fottners, brachte diese Geschichte heraus und **verständigte unverschämterweise die Polizei mit der Angabe, daß die beiden Mädchen Fett und Mehl gestohlen hätten.** Die rächende Hermandad erschien auch, wie immer bei Proleten, sehr pünktlich — aber o weh, die klug gewordenen Mädchen hatten sich die Rechnungen der gekauften Waren sehr gut aufgehoben und wiesen diese vor, weshalb die unverschämte Schweinemetzgerstochter dann um ihr freches Vergnügen kam. Nun ging das Donnerwetter mit der Nachbarin los, daß sie es gewagt hatte, den beiden Mädchen eine Freude zu machen. Aber hier kam die schöne Familie sauber an, denn die Nachbarin ließ gar keinen Zweifel aufkommen, daß das sowohl der Frau als der Tochter F[illegible] einen D . . . angeht, was sie in ihrer Wohnung macht.

Diese edle Evastochter Marie scheint für Herrn Fottner eine Art Verkehrspolizei zu sein. Sie schafft an, und so wird es gemacht. So zog einmal ein Inwohner ein, in dessen Wohnung ein **Fenster zerbrochen war.** Da auf verschiedentliches Monieren das Fenster vom Hausherrn nicht gemacht wurde, ließ der Mieter es auf eigene Rechnung herstellen und präsentierte diese dann, im ganzen 1,80 Mark, bei der nächsten Zinszahlung mit dem selbstverständlichen Verlangen auf Zurückerstattung des Betrages. Der Hausherr Fottner hätte schließlich nichts dagegen gehabt, wenn nicht die Stieftochter dazu gekommen wäre und kurz, bündig und frech erklärte:

Wer anschafft, der zahlt auch.

Und dabei bliebs auch.

Die Arbeiterschaft, die ihr gutes Geld zu dem Schweinemetzger trägt, hat allen Grund, sich diese geschilderten Verhältnisse ein wenig durch den Kopf gehen zu lassen. So kann es doch nicht weitergehen, daß die ärmsten Arbeitermädels hier ausgesaugt und ausgepowert werden und überdies noch die größten Grobheiten sich bieten lassen müssen.

AK. 2589.

Hakenkreuzler wollen LLL-Feier überfallen

(Arbeiterkorrespondenz.)

Coburg: Unsere Genossen in Coburg haben zum Gedächtnis unserer großen Führer

Lenin-Liebknecht und Rosa Luxemburg

eine Feier im Saale der Kappele veranstaltet. Einfach und schlicht mit revolutionärem Inhalt war das Programm des Abends ausgefüllt, verbunden mit einer Bannerweihe der Jugend. Da es sich um eine öffentliche Veranstaltung handelte, haben die Hakenkreuzler davon Kenntnis erhalten und verabredeten die LLL.-Feier zu stören und die Teilnehmer zu überfallen. **Der Stoßtrupp der Nationalsozialisten war in einem Hakenkreuzlokal in Bereitschaft zum Ueberfall. In Uniform schlichen sich die Hakenkreuzler wie Straßenräuber um das Versammlungslokal der Kommunisten. Als sie aber erfahren hatten, daß die Veranstaltung von der Arbeiterschaft gut besucht war, zogen sie es vor, ihr Vorhaben nicht durchzuführen, da ihnen die Arbeiterfäuste gesunde Massagen beigebracht hätten.** Unter dem Schutze der Kriminalpolizei und insbesondere des Herrn Gareis wittern die Hakenkreuzler in Coburg Morgenluft und glauben [illegible]b, ihre Mordlust an den Arbeitern weiter befriedigen zu können.

Dieser Vorgang beweist wieder, daß die Hakenkreuzler immer frecher werden, aber wenn sie von der Arbeiterschaft die entsprechenden Prügel bekommen, dann schreit die gesamte bürgerliche Meute „kommunistische Rowdys".

AK. 2583

PROLETARISCHES FEUILLETON

Die Galgen des Fürsten Vorronzoff

Von Klaus Neukrantz

Tausende von Kerzen erleuchteten in dieser Nacht das Schloß des zaristischen Gouverneurs der Krim. Weithin auf das Schwarze Meer, über das sich der funkelnde Sternendom südlicher Sommernacht wölbte, strahlten die Fenster des festungsartigen Palastes aus dunkelgrünem Granit.

Musik und Gelächter drang auf der Landseite bis in die dunklen Hütten der tartarischen Bauern des an den Berghängen des Ai Petri liegenden Dorfes Alupka. Ohnmächtige Angst schlich durch das stille Tartarendorf.

Es gab mehr als eine Hütte, aus der der Vater oder der Sohn seit Tagen unten im Schloßkerker als Gefangener des Gouverneurs lag.

An den dunklen Fenstern patrouillierten Kosakenpatrouillen vorüber. . . .

★

Im Schloß des Gouverneurs wurde die hundertjährige Wiederkehr der blutigen Unterwerfung der Krimtartaren unter das Protektorat des Zaren gefeiert.

Fürsten und Großfürsten der ganzen Krim, denen der Zar das fruchtbare Küstenland und die blühenden Weinberge an den Abhängen des Krimgebirges geschenkt hatte — die tartarischen Bauern wurden in die unfruchtbaren Berge oder in die Oede der Steppe vertrieben — waren unter starker militärischer Bedeckung zu dem Fest gekommen.

Ausgang des 19. Jahrhunderts war die Krim ein gefährliches Land für die schmarotzenden Günstlinge des Zaren, die sich hier festgesetzt hatten und das Land bis zum Weißbluten ausplünderten. Katharina II. hatte die freien Tartaren zu Leibeigenen der Gutsbesitzer gemacht. Hunderttausende wanderten nach der Türkei aus, die dreifache Zahl der Einwohner wurde durch Blut und Terror ausgerottet. In einem Winter gingen der in die Steppe getriebenen Bevölkerung das ganze Vieh und Tausende von Menschen zugrunde. 1897 waren nach noch nicht ganz hundertjähriger zaristischer Herrschaft 90 Prozent der Stammbevölkerung vernichtet.

Jahrzehntelang lebten und kämpften in dieser Zeit Tausende von Tartaren als „Grüne Partisanen" in den unzugänglichen Schluchten und Höhlen des Krimgebirges.

★

In dem blauen Gastzimmer, dessen goldeingelegte kostbare Möbel im Stil des russischen Empire als Geschenk an die Großfürstin Vorronzoff extra zu diesem Fest aus Petersburg gekommen waren, saß die als geisteskrank vom Hof verschickte Fürstin Golyzin und versuchte mit dem betrunkenen Grafen Panin über Tolstoi zu diskutieren. Fürstin Golyzin war begeisterte Anhängerin von Tolstoi, was sie aber keineswegs hinderte, auf ihrem Gut Gaspra die Bevölkerung genau so mit Hilfe der zaristischen Kosaken auszuplündern, wie es alle russischen Gutsbesitzer taten. . . .

Durch die hohen offenen Fenster flackerte der Schein der Pechfackeln von der Terrasse am Meer, auf der getanzt wurde.

Große Kosaken in dunkelgrünen, pelzbesetzten Kitteln trugen auf silbernen Tabletten Wein und Früchte vorüber. Im Nebenzimmer hielt Großfürst Nicolajewitsch an einem runden grünbezogenen Tisch die Bank. Die meisten Spieler waren betrunken.

Auf der Terrasse erscholl plötzlich ein schallendes Gelächter. Ein mit dem St. Georgs-Kreuz geschmückter total betrunkener Offizier hatte aus irgend einem Anlaß den Geiger Sergje mit einem Fußtritt die breiten Marmortreppen hinuntergestoßen. Die ganze Gesellschaft war in ein brüllendes Gelächter ausgebrochen, als sie sah, wie der Tartare im Fallen versuchte, seine Geige zu schützen.

Nachdem er mit blutendem Gesicht wieder oben ankam, befahl ihm derselbe, die Geige an einem Löwenkopf aus carrarischem Marmor zu zerschlagen. . . .

Wenige Sekunden später wurde der Geiger unter den Peitschenhieben der Kosaken abgeführt und in den Kerker geworfen.

Pauken wirbelten . . . Becken klirrten. Das Fest stieg auf den Höhepunkt.

★

Vor dem vergitterten Loch oben an der Decke tauchte ab und zu der schwarze Schatten eines Kosakenstiefels auf.

Zwölf Augenpaare starrten aus der Finsternis jedesmal erschreckt darauf. Manchmal flatterten ein paar abgerissene Musiktöne durch das winzige Loch zu Zwölfen, die an zentnerschweren Ketten und Kugeln aneinander gefesselt waren.

Vor wenigen Tagen waren plötzlich die Kosaken des Gouverneurs in die Dörfer gekommen und hatten sie zusammengetrieben. Als die Frau eines Armeniers sich schreiend an ihren Mann klammerte und einem Kosaken mit dem Mut der Verzweiflung ins Gesicht schlug, band man sie mit den Füßen an ein Pferd und schleifte sie neben ihrem Mann, der mit demselben Pferd laufen mußte, auf den Steinwegen zu Tode.

Der eine hatte zu wenig Wein, der andere zu wenig Tabak usw. an den Gutsbesitzer abgeliefert. Den weißhaarigen alten tartarischen Dorfältesten aus Koreis nahmen sie mit, weil das

Dorf nicht pünktlich die Steuern abgeliefert hatte. Ein Jude war verdächtig, mit dem „Narodniki" in Verbindung zu stehen. Der Sohn eines gefangengenommenen Grusiniers sollte als Partisane an einem Ueberfall in den Bergen teilgenommen haben. Niemand war bisher vernommen worden.

★

Punkt 12 Uhr versammelte der Gouverneur seine Gäste in dem großen Speisesaal, in dem die kleine, aber äußerst wertvolle Gemäldegalerie des Fürsten, Flamländer und Holländer des 16. und 17. Jahrhunderts, untergebracht war. Die Vorronzoffs waren als ebenso gebildete wie kunstliebende Menschen bekannt.

Lächelnd stand der Fürst in dem ordenfunkelnden Schmuck seiner Staatsuniform an der Spitze der langen Tafel neben der jungen schönen Gemahlin, die sich kurz vorher von einem jungen Petersburger Gardeleutnant auf der Terrasse hatte küssen lassen.

„Mes dames et messieurs, ich danke Ihnen, daß Sie in so prachtvoller Stimmung den Gedenktag an den glorreichen Sieg unserer ruhmvollen kaiserlichen Garden über ein wildes Volk der Barbaren in meinem Hause festlich mit mir begehen. Ich hoffe, Ihnen jetzt ein besonderes Vergnügen bereiten zu können, an dem Sie erkennen mögen, daß die Gnade unseres allergnädigsten Zaren das schwere Amt eines Gouverneurs nicht in unwürdige Hände gelegt hat. Ich bitte Sie, mir zu folgen."

Lachend und erzählend setzte sich die ganze Gesellschaft unter Führung des Gouverneurs erwartungsvoll in Bewegung.

Der Hof vor dem Schloß war mit Pechfackeln erleuchtet. Links und rechts der breiten Zypressenallee, die durch den Schloßpark führte, standen Kosaken mit Fackeln. Gigantische Zedern, Wellingtonbäume, Pinien und Palmen reckten ihre mächtigen Schatten gegen den Sternenhimmel.

Als es auf einem Seitenweg bergan ging, mußte der betrunkene Graf Panin, der fortwährend stolperte, von zwei Kosaken gestützt werden.

Zu beiden Seiten türmten sich riesige Felsblöcke, die vor vielen Jahren ein Vulkanausbruch bis hierher geschleudert hatte. Es wurde fast unheimlich. Der Gouverneur hat immer so bizarre Einfälle. . . .!

Bäume und Büsche traten zurück, ein paar Steinstufen hinauf und die Gäste standen auf einer glatten Felsenplattform, dessen Hintergrund nicht von den Fackeln erhellt war.

Man hörte die ruhige, scharfe Stimme des Gouverneurs: „Bitte, nur ein kleiner Scherz. Damit die Tartaren nicht vergessen, daß sie Untertanen unseres Mütterchens Rußland sind."

Ein furchtbarer Schrei, der kaum noch an eine Menschenstimme erinnerte, zerriß plötzlich die Stille der Nacht. Drei, vier Menschen schrien jetzt. . . .

Auf einen Wink des Gouverneurs — in dem Fackelschein sah man, wie sein glattes Gesicht zu einer brutal grinsenden Fratze verzerrt war — stürzten die Fackelträger in den Hintergrund.

An einer senkrechten etwa fünf Meter hohen Felswand, die den Abschluß des Plateaus bildete, hingen an eisernen in den Stein getriebenen Haken zwölf schreiende, gurgelnde Menschen, deren wie wahnsinnig um sich greifende und schlagende Hände vergebens an dem glatten Stein krallten. . . .

„Teufel, warum spielt ihr Hunde nicht?", brüllte der Gouverneur wutverzerrt die Musiker an. Die Schweine verdarben ihm die ganze Pointe. Das Schreien dieser verdammten Tartaren ging den Damen auf die Nerven.

Die Musiker starrten mit entsetzten Augen zu den immer noch zuckenden Gehenkten hinüber. Der letzte links war der Geiger — Sergje!

„Spielen, ihr Tartarenhunde, oder ihr baumelt daneben."

Und sie spielten.

Die Offiziere salutierten bei den ersten Tönen der Zarenhymne:

„Gott sei des Kaisers, des Zaren Schutz . . ."

★

Hinter dem Schwarzen Meer flammten die ersten Lichter des Tages über den Himmel. Mit einem befreienden Gelächter der Damen verlor sich die Gesellschaft durch den Park nach dem Schloß zu.

Oben an der Felswand schaukelten die zwölf Gehenkten im Morgenwind. Links der letzte ist der tote Geiger Sergje. . .

★

Am 15. November 1920 kämpften die tartarischen „grünen Partisanen" bei der letzten entscheidenden Vernichtung der Wrangelarmee durch die Schlacht bei Perekop in der Krim in den Reihen der Roten Armee. Die Krim war frei.

Das Schloß des Gouverneurs Vorronzoff ist heute ein Sanatorium für die Arbeiter und Angestellten des Volksbildungskommissariats und von dem Felsen mit den zwölf Galgen hat mir ein früherer tartarischer Partisane diese Geschichte erzählt.

Wachgerütteltes Gewissen

Dieser Tage wurde Pressevertretern das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden gezeigt, das im Mai dieses Jahres eröffnet werden soll, nachdem sein 1911 begonnener Bau durch Krieg und Inflation verzögert wurde.

Durch Stiftungen der Stadt Dresden, durch Zuwendungen des Reiches und andere Mittel konnte das Museum fertiggestellt werden.

In seinem Bericht über die Besichtigung durch die Presse liefert der „Vorwärts" vom 9. Januar eine ganz neue Methode, die Wohlfahrt aller zu erringen:

„. . . Wir haben in Deutschland immer noch reiche Leute genug, die, wenn sie wollten, derartige dem Gemeinwohl dienende Unternehmungen sehr wohl fördern könnten. Man sollte nur ihr soziales Gewissen wachrütteln."

Tatsächlich! Und wenn man nur genug rüttelt, dann werden sie ja wohl wollen, der Klassenkampf wird in den Wohltaten, die Stampfer aus den Reichen herausrüttelt, erstickt werden und das Schmutzblatt der Sozialfaschisten, der „Vorwärts", kann endlich seine sämtlichen Spalten der Blumenzucht widmen.

Die Schleusen öffnen sich

Tine Folkerts ist wieder nach Hause gekommen, in ihre Heimat, einem deichbeschützten Dorf in Ostfriesland. Die schmucken Bauernhäuschen sind fort. Aus den grünen Weideflächen blühen nicht mehr die Ziegeldächer gleich roten Blumen auf. Die Gärten sind verschwunden. Nirgends stehen Päonien, Balsaminen und Kresse. Die Behausungen sind nicht mehr Schmuckkästchen, die innen und außen abgewaschen werden, sie sind ersetzt durch lange, graue Gebäude, die trostlos und unfreundlich wie Scheunen dastehen. Hier wohnen die Familien so eng ineinandergeschachtelt, wie Fische in der Versandkiste liegen. Stiegen gehen steil herauf, immer andere Schritte traben auf und ab. Auch die Menschen haben sich verändert, sie sitzen nicht mehr auf der Bank hinter blanklackierten Gittern, vor hell gestrichenen Fensterladen und sehen zu, wie Boretsch und Zwiebeln wachsen, sondern rennen eilig auf der großen Straße, die zu den Werften führt. Die Hafenstadt hat sich weitergefressen ins Land hinein und das Dorf mit seiner kleinbürgerlichen Ruhe verschlungen.

Tine Folkerts geht in das Haus. Unten ist ein großer Raum, leer, kahl, farblos. Ein gescheuerter Tisch, eine Holzbank, ein Bord mit bäuerlichem Geschirr läuft an der Wand entlang. Eine alte Frau rührt in einem großen Topf Essen, das für viele reichen muß. Kinder schnitzeln Bohnen, schnippen mit kleinen Fingern die Erbsen aus saftigen Hülsen. Alle kugeln in den braunen Napf, keine Erbse entkommt auf den Fliesen, Holzschuhe klappern der Eigenwilligen nach. Auf der Küchenschwelle kauern still und blaß zwei kleine Mädchen und füttern ein Meerschweinchen mit Gurkenschalen. Im Flur läuft strubeliges Federvieh weg, niemand hat Zeit, es aufzuziehen, außerdem brauchen die Kinder die Grütze.

Die Sirene pfeift. Männer und Frauen kommen die Hafenstraße entlang. Alle kennen sich, alle grüßen sich: Tag Genosse! Sie sind von überall her, aus Württemberg, aus Baden, aus ganz Mitteleuropa. Sie setzen sich zusammen um den gescheuerten Tisch und sprechen von den roten Matrosen der Emden. Einer von denen hat hier Frau und Kind. Tine Folkerts kennt ihre Ostfriesen nicht wieder. Das ist ein anderer Ton als in Tines Kindheit, wo die Mutter sagte, „den Vater geht das nichts an, der ist ein Fremder," dabei war er aus dem Hannoverschen und schon als Junge übersiedelt. Auch Tines Großvater war stiernackig wie sein Vieh auf der Weide, „ich habs nicht nötig, mich wo anders hinzusetzen als auf diesen Stuhl, wo ich immer gesessen habe." — Bis in die späte Nacht sprechen die Menschen miteinander und Tine Folkerts fühlt, der einzelne wurzelt nicht mehr in seinem Fleck Erde wie ein Baum oder der Hollunderstrauch, er ist losgelöst von der Scholle Die vielen Einzelnen sind Tropfen in einem Strom, der damals an die schmucken Bauernhäuschen nicht heranschlagen konnte: dem breiten Strom der Arbeiterbewegung! Schon spielen Kinder an seinem Ufer und Männer und Frauen in allen Ländern graben sein Bett breiter, immer breiter, damit er stärker vorwärts stößt.

Seine Gratulanten

Eduard Bernstein, der Begründer und Förderer des Revisionismus in der II. Internationale, der dieser Tage 80 Jahre alt wurde, bekam ein Bukett von Gratulationen, das sich kein Sozialist hinter den Spiegel stecken würde. „An seinem Geburtstag," schreibt der „Vorwärts", „strecken ihm Albert Thomas, Renaudel, Faure, Blum (das sind die Führer der französischen Sozialdemokratie, die besten Helfer des Imperialismus in der II. Internationale) die Brüderhände entgegen. . . Heute huldigen ihm ein Zeretelli, Kerenski, Dan. Deutsche Universitäten," greint das Imperialistenblatt, „verleihen Doktorhüte an Bäckermeister und Großindustrielle, und sie versündigen sich gegen ihre eigene Ehre, indem sie einen Mann wie Bernstein nicht mit den Ehren ausstatten, die sie zu vergeben haben."

Das ist wirklich eine Gemeinheit von den Universitäten! Wie hübsch hätte ein Bernstein im Doktorhut zum Beispiel neben Thyssen oder Vögeler sich ausgenommen!

Vor ihm „verneigen sich tief Politiker aller Parteien: Theodor Wolff, Erkelenz, von Gerlach (der Bolschewistentöter), Fischbeck (mit der Kutte)." Wie weit es ein Sozi bringen kann. Da staunste! Und der bürgerliche Professor Julius Wolff attestiert dem Bernstein gern, was er ist: „Dem Vorkämpfer des Revisionismus entbietet herzliches Glückauf der ihm in Bestrebungen und Arbeiten nicht wesensfremde Julius Wolff"

Nein, wesensfremd ist der Bernstein ihnen nicht, den bürgerlichen Professoren, wahrhaftig. Selbst der Staatssekretär Popitz „erinnert sich mit Freuden des verständnisvollen Wirkens Bernsteins im Reichsschatzamt: Ich sehe Sie vor mir, in ihrer flammenden Empörung, als uns die Nachricht von der Ermordung Rathenaus . . erreichte."

Stellt euch mal Bernstein in „flammender Empörung" vor, wenn ihn die Nachricht erreichte, daß irgendwo in der deutschen Republik ein Arbeiter getötet wurde! Nicht genuckst hat er sich in all den Jahren.

Wirtschaftliche Rundschau

Teuerung! Teuerung!

Was sind ihre Ursachen? — Organisiert den Kampf für Lohnausgleich und Siebenstundentag!

Aus einer Zuschrift an die Redaktion:

„Ein Wehgeschrei geht durch alle Börsenzeitungen: Katastrophale Entwicklung am Roggenmarkte. Die Preise für Roggen gehen trotz den bewilligten Zollerhöhungen weiter herunter. Es ist gar nicht auszudenken, das Brot könnte billiger werden!

Doch keine Sorge! Die Regierung trägt u. a. den teuflischen Plan, einen großen Teil der Roggenvorräte zu denaturieren, d. h. für menschliche Nahrung unbrauchbar zu machen, damit die Preise für Roggen hoch bleiben.

Ich will einen anderen Vorschlag machen. Wie wäre es, wenn man den Erwerbslosen und Sozialrentnern als Winterbeihilfe wöchentlich zwei Brote, oder, wenn man nicht erst backen lassen will, 5 Pfund Roggenmehl und 2 Pfund Haferflocken, da auch die Haferpreise „gestützt" werden sollen, geben würde? Ich glaube, das würde ihnen besser bekommen als andere Maßnahmen der Regierung."

Der deutsche Kapitalismus leidet erneut an Ueberfülle an Produkten, für die er keinen Absatz findet. Seine Exportträume sind jäh durch die amerikanische Krise und die internationale Verschärfung aller Konkurrenzkämpfe zerschlagen worden. Auch der Inlandabsatz an Produktionsmitteln nimmt ab, weil neben der Kapitalsnot die internationale Krise und die allgemein verschärften Widersprüche der relativen Stabilisierung die Verwertungsbedingungen für das Kapital erneut verschlechtert haben. Deswegen werden in der Industrie neue Produktionseinschränkungen und Massenentlassungen vorgenommen, obwohl der vorangegangene Konjunkturabschnitt keine Hochkonjunktur, sondern eine Zeit stagnierender Depression war. Das Einkommen der Massen schrumpft zusammen; der Inlandsabsatz geht zurück.

Die gute Ernte des Vorjahres, die in die Scheuern der Großagrarier eingebracht war, wird von ihnen als schlimmes Verhängnis betrachtet. Ihr Getreide findet um so weniger Absatz, als der Massenkonsum infolge der sprunghaft vermehrten Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in fast allen kapitalistischen Ländern, besonders aber in Deutschland, jäh zurückgegangen ist. Deswegen sind in Deutschland die Getreidespreicher bis zum Erbrechen mit Nahrungsmitteln gefüllt, die verfaulen, weil sich für sie kein Absatz findet.

Wucher bei Absatznot

Also allenthalben, in der Industrie und in der Landwirtschaft neue Ueberproduktion, Stocken des Absatzes, Verschärfung der Krisenerscheinungen. Müßte nicht die Ueberfülle an Waren und die Verschärfung der Absatznöte einen schroffen Sturz aller Preise und Bewilligung der Konsumgüter zur Folge haben? Nun, was zur Zeit der freien Konkurrenz, im aufsteigenden Kapitalismus zutraf, gilt nicht mehr für das Monopolkapital, den faulen, morschen Niedergangskapitalismus.

Das Monopolkapital erhöht seine Preise gerade in der Zeit der Krise, akuter Absatznöte, damit sein Profit trotz Absatzrückgang sich nicht vermindert, sondern obendrein noch sich steigert, um die Konkurrenz auf dem Weltmarkte durch Dumping, Schleuderkonkurrenz aus dem Felde schlagen zu können. Es verstärkt somit den Druck auf das Konkurrenzkapital und verschlechtert durch Preiswucher die Lage der Arbeiterschaft, über die durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau bedingte Verelendung hinaus. Je schärfer die Krise, um so schärfer diese Widersprüche und um so parasitärer und reaktionärer die Rolle des Monopolkapitals.

Gewiß sinkt der Inlandsabsatz infolge des verringerten Konsums der Massen noch mehr, als es ohnedies der Fall wäre. Dafür soll aber durch Schleuderkonkurrenz und Dumping der Auslandsabsatz gesteigert werden. Und was dann noch übrig bleibt, wird zurückgehalten oder direkt vernichtet, damit die Preishöhe nicht ins Schwanken gerät.

Der reformistische Schwindel vom Preisabbau

Die Produktionskosten sind zwar gesunken, durch neuen technischen Fortschritt und rationalisierte Ausbeutung der Arbeitskraft, aber die Preise sind gestiegen. Die verstärkt parasitäre Rolle des Monopolkapitals auf Grund der Verschärfung der allgemeinen Krise, der Widersprüche der Stabilisierung, geht klar aus folgenden Angaben hervor:

Wo das parasitäre Monopolkapital nicht die Preise beherrscht, sind sie von 128,4 im Monatsdurchschnitt 1927 auf 112,8 im Dezember 1929, im Laufe des Vorjahres allein von 130,7 auf 112,9 gesunken (amtliche Indexziffer der reagiblen oder konjunkturempfindlichen Waren). Dagegen ist trotz Rationalisierung, technischem Fortschritt und beschleunigter Hetzarbeit, also Senkung der Produktionskosten gerade für das Monopolkapital der amtliche Großhandelsindex für industrielle Fertigwaren von 147,3 im Jahre 1927 auf 156,2 im Dezember vorigen Jahres gestiegen. Der amtliche Lebenshaltungsindex hat sich in derselben Zeit von 147,6 auf 152,6 erhöht. Die Verteuerung der Verbrauchswaren ist aber in Wirklichkeit noch viel schneller vorwärtsgeschritten.

Das ist die Bilanz von drei Jahren. Darin kommt aber noch nicht die neue Teuerungswelle zum Ausdruck. Von ihr werden weniger industrielle Produktionsmittel oder Luxusartikel, sondern im wesentlichen nur die Verbrauchswaren der breiten Massen betroffen.

Neue Preissteigerungen wichtiger Konsumwaren

(Amtliche Durchschnittspreise im Kleinhandel je Kilogramm in Berliner Ladengeschäften und Markthallen.)

	Ende Dez. 1928	Ende Juni 1929	Ende Dez. 1929	Preissteigerung in %
Schweinefleisch				
Bauch	2,30	2,20	2,50	14
Speck (inl., mag.)	3,—	3,—	3,30	10
Landleberwurst	2,80	2,80	3,—	7
Schellfisch	1,20	1,10	1,40	25
Molkereibutter	4,50	3,80	4,10	8
Schrippen	0,72	0,70	0,75	7
Spinat	0,58	0,38	0,72	19
Eier	0,16	0,13	0,17	30
Gaskoks	2,55	2,62	2,92	15
Elektrizität	0,16	0,16	0,20	25
Koch- u. Leuchtgas	0,16	0,16	0,20	25

Das ist aber nur der Anfang der neuen Teuerungswelle. Denn die letzten Zollbeschlüsse der Koalitionsregierung vom Dezember v. J. werden zumeist erst in diesem Jahre in Kraft treten und beginnen jetzt erst voll sich auszuwirken. Sie betreffen ebenfalls die wichtigsten Verbrauchswaren der Massen.

Die neuen Hungergesetze der Regierung

Neue Erhöhung der Zollsätze je Doppelzentner*)

auf Großvieh von 16 M. (Schwedenvertrag) auf 27 M. (Mindestsatz bei Handelsverträgen 24,50 M.);
auf Schafe von 16 M. auf 22,50 M. (Mindestsatz auch bei Handelsverträgen);
auf Schweine von 16 M. auf 27 M. (innerhalb der Preisgrenze von 70—85 M. je Zentner Lebendgewicht beträgt der Zoll 18 M.);
auf Rindfleisch von 37,50 auf 45 M. (Mindestsatz auch bei Verträgen);
auf Schweinefleisch von 32 M. auf 45 M. (Mindestsatz bei Verträgen 32 M.);
auf Butter von 27,50 M. (Finnlandvertrag) auf 50 M. (Mindestsatz);
auf Roggen von 6 M. (Schwedenvertrag) auf 9 M. (bei einem Preis unter 230 M. die Tonne);
auf Weizen von 6,50 M. (Schwedenvertrag) auf 9,50 M. (bei einem Preis unter 260 M. die Tonne);
auf Gerste von 5 M. auf 9 M., auf Futtergerste von 2 M. auf 5 M. (Vorzugszoll von 2 M. bei Mitverfütterung von vergälltem Roggen);
auf Hafer von 6 M. auf 8 M.;
auf Brotmehl von 11,50 M. (Vertrag mit Frankreich) bzw. 14,50 M. (Junizoll) auf 18,50 M.;
auf Malz von 12,75 M. auf 22 M.;
auf Stärke aus Weizen oder Roggen in Aufmachungen für den Kleinverkauf von 21 M. auf 36 M., in anderen Aufmachungen von 16 M. auf 31 M.;
auf Honig von 40 M. auf 65 M.;
auf Schuhwaren aus Leder (bei einem Gewicht von 600—1200 Kilogramm) von 120 M. auf 280 M., (bei einem Gewicht von 600 Kilogramm oder darunter) von 180 M. auf 420 M.;
auf Eisensand von 1 M. auf 10 M.;
auf Stahlspäne von 1 M. auf 15 M.;
auf Stahlwolle von 1 M. auf 50 M.;
auf Aluminiumdraht von 12 M. auf 37 M. bzw. von 50 M. auf 75 M.

Neben diesen erhöhten Zöllen neueingeführt wurden der Zoll:
auf Rohaluminium von 25 M.;
auf Bruchaluminium von 20 M.;
auf Aluminiumspäne von 12 M.;
auf Aluminium gepreßt, gewalzt, gezogen von 37 M.;
auf Aluminiumpulver von 80 M

Der Staat als größter Wucherer

Das Finanzkapital diktiert dem Staat unmittelbar die Wuchergesetze. Der Staat selber ist zum Garanten für den Preiswucher des privatkapitalistischen Monopol- und Agrarkapitals geworden. Er garantiert dem Großkapital in der Industrie und Landwirtschaft eine Monopolrente durch Preiswucher. Deswegen werden aus der Steuerkasse Subventionen für die Roggenausfuhr und Roggenvernichtung, für die Fleischausfuhr usw. bezahlt.

Darüber hinaus stellen die staatskapitalistischen Unternehmungen sich an die Spitze der Wucherfront, um Schachts Finanzprogramm: riesige Steuer- und Subventionsgeschenke an das Großkapital zu verwirklichen. Nach dem Zündholz- und Zigarettengesetz haben zahlreiche Kommunen die Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Verkehrspreise von 20—30 Prozent heraufgesetzt. Weitere Preiserhöhungen sind geplant. Des weiteren droht eine neue Erhöhung der Umsatzsteuer, die bei Begünstigung des Monopol- und Trustkapitals sämtliche Verbrauchswaren ohne Ausnahme in die Höhe treibt.

Allein die Verteuerung der Verkehrspreise um 5 Pf. für eine Fahrt kostet den Arbeiter, der zur Arbeitsstelle fahren muß,

täglich einen Groschen oder im Jahre rund 30 Mark.

Gerade die Waren, die für den täglichen Lebensbedarf am wenigsten entbehrt werden können, werden im Preise heraufgesetzt. Für Preissenkung setzt sich die Koalitionsregierung nur ein, insoweit es sich um Luxuswaren der Bourgeoisie handelt. Z. B. hat der Koalitionsminister die französische Regierung um sofortige Aufhebung der Mehlzollabmachungen ersucht, damit der Mehlzoll ohne Verzögern von 14,50 Mark auf 18,50 Mark nochmals erhöht werden kann. Zum Ausgleich wird Frankreich ein

Vorzugstarif für die Einfuhr von Austern und Tafeltrauben

gewährt. Also **billige Tafeltrauben und Austern für die Reichen, aber teures Brot für die Armen.**

Diese neue Teuerungswelle offenbart den völligen Bankrott der reformistischen Theorie und des kapitalistischen Systems. Der Preiswucher bringt zwar goldenen Segen dem Finanzkapital in Deutschland und — Amerika, aber noch mehr Hunger und Elend den Massen. Zu dem direkten Lohnabbau tritt der indirekte durch den Preiswucher, der auch den Arbeitslosen ihre wenigen Unterstützungspfennige raubt.

Hunderttausende von Arbeitslosen, Millionen von Frauen und Kindern verhungern. Aber in den Speichern verfault das Brotgetreide und wird auf Staatskosten vernichtet oder im Auslande verschleudert. **Warum werden die gewaltigen „überflüssigen" Nahrungsmittel nicht sofort beschlagnahmt und für die Erwerbslosen sichergestellt?** Das dient zwar nicht den Profitinteressen, aber den proletarischen Massen. Dieses kapitalistische Wucher- und Ausbeutungssystem ist so morsch, daß es sich nur noch durch offene Polizeidiktatur aufrechterhalten kann, um den revolutionären Kampf der Arbeiter gegen die sozialfaschistische oder faschistische Hungerdiktatur, für die Errichtung der proletarischen Diktatur abzuwehren.

Die Betriebsarbeiter müssen, unabhängig von der Dauer des Tarifvertrages, den sofortigen Kampf für Lohnausgleich und Siebenstundentag in engster Gemeinschaft mit den Arbeitslosen aufnehmen. Auf den Kongressen der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß die Arbeiterschaft selber sich die Basis für ihre revolutionären Kampfführungen schaffen und die einheitliche Kampffront herstellen.

*) Vgl. „Internationale" Nr. 1-2 d. J. über den „Zollwucher der Hermann-Müller-Regierung"

Wer ist J. P. Morgan?

Wer ist Morgan, dessen Wink genügt, um den Reichsbankpräsidenten Schacht, den Abgott aller offenen und versteckten Faschisten, zum Schweigen oder auch — zum Reden zu bringen?

Seinen Stammbesitz hat der jetzige Beherrscher des Bankhauses J. P. Morgan bereits von seinem Vater John Pierpont Morgan geerbt, nämlich die mächtigsten Riesenbanken Amerikas J. P. Morgan & Co., die National City Bank, sowie noch drei andere Großbanken. Sie sind aufs engste mit den größten amerikanischen Industrieunternehmungen, insbesondere mit dem Stahltrust, der Internationalen Harvester Corporation, dem Schiffahrtstrust und zahlreichen Eisenbahngesellschaften, die über eine Schienenlänge von etwa 50 000 Kilometer verfügen, verbunden.

Morgans großer Weltaufstieg begann aber erst während des Weltkrieges. Er war der Finanzier der Ententemächte. Er besorgte ihnen etwa 9½ Milliarden Dollar, auf deren Rückzahlung er nie verzichtet hat. Als mächtigster Konkurrent des englischen Finanzkapitals hat er seit langem versucht, besonders enge Beziehungen zum französischen Imperialismus herzustellen. Erst durch seine Kredite gelang dem französischen Staat die Währungsstabilisierung. Sie brachte allerdings nebenbei Morgan viele Dutzende Millionen Dollar Spekulationsgewinne ein.

Mit Haag beginnt für ihn eine neue Etappe in seinem imperialistischen Weltkampf.

Gewiß haben sich Morgans Wünsche hinsichtlich der Ausgestaltung der Reparationsbank zum großen Teil nicht erfüllt. Das englische und französische Finanzkapital wollte nicht zulassen, daß ihm in Europa selber Morgan durch die Reparationsbank gefährliche Konkurrenz bereiten kann. Gerade deswegen glaubte Schacht als „nationaler" Kritiker an den Verschlechterungen des Young-Plans für den deutschen Kapitalismus auftreten zu können. Hatte er doch sogar einen entsprechenden schriftlichen Wink von Morgan persönlich erhalten. Aber Morgan handelt schneller, als Schacht dessen Befehle ausführt. Denn inzwischen war ein neuer Schacher zwischen Morgan und dem französischen Imperialismus perfekt geworden. Auch er war für den veränderten Young-Plan, weil er durch ihn ungezählte Millionen Dollar als Provision für die Herausgabe der Reparationsanleihe erhalten und außerdem dem deutschen Kapitalismus bei zukünftigen Auslandsanleihen Wucherzinsen abnehmen und deren Politik bestimmen kann. Denn ohne seinen Willen wird der deutsche Kapitalismus keine Auslandsanleihe mehr aufnehmen dürfen. Ein schwerer Schlag für Morgans Bankenkonkurrenz auch in Amerika selber.

Auch der Leiter der neuen Reparationsbank soll ein Vertreter Morgans sein. Er, der Finanzier des vergangenen Weltkrieges, wird auch der Finanzier des nächsten Weltkrieges, des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion sein. Denn mit seiner Machtausdehnung wächst sein imperialistischer Appetit, gleichzeitig auch das Elend der ausgebeuteten Massen, die durch das Bestehen der Sowjetunion zum revolutionären Kampfe gegen die Diktatur Morgans und aller übrigen Finanzkapitalisten, für die proletarische Diktatur und das Bündnis mit der Sowjetunion werden.

52,6 Millionen Mk. Reingewinn beim Stahlverein

Der offiziell ausgewiesene Reingewinn beläuft sich auf 32,69 Millionen Mark, etwas mehr als der Reingewinn des Vorjahres. Die Dividende beträgt wiederum 6 Prozent oder 48 Millionen Mark. Außerdem sind noch 83 Millionen Mark von dem Werte der Maschinen, Gebäude usw. „abgeschrieben" worden — ein Teil der versteckten Gewinne! Während so die Taschen der Direktoren und Aktionäre sich füllen, schrumpft der Lohn durch die Teuerung immer mehr zusammen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer rühren sich nicht. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition allein organisiert den Kampf für Lohnausgleich und Siebenstundentag.

Gründung eines belgischen Stahlwerksverbandes. In Belgien haben sich die Schwerindustriellen zu einem Stahlwerkssyndikat zusammengeschlossen, um auf dem Weltmarkte geschlossen auftreten zu können.

Trust-Konzentration in der Kaliindustrie. Die Kalikonzerne Wintershall, Salz-Dettfurt, Burbach, Kali-Chemie, Preußag und Solvay, von denen besonders Wintershall und Burbach trotz gemeinsamen Preiswuchers in scharfem Machtkampf miteinander standen, haben eine Dachgesellschaft, die IG. der Deutschen Kaliindustrie, für die Dauer von fünf Jahren gegründet. Sie soll Erzeugung und Absatz der Kalinebenprodukte zusammenfassen.

Marxistisch-Leninistische Selbstbildung

Lenins Lehre von der Rolle der Partei

Ein Kernstück des Leninismus

In der Schrift „Was tun?“ schrieb Lenin im Jahre 1902:

„Gebt uns eine Organisation von Revolutionären und wir werden Rußland aus den Angeln heben.“

Unter dem eisernen Druck der zaristischen Despotie schufen die Bolschewiken unter Lenins Führung diese **„Organisation von Revolutionären“**, die bolschewistische Partei, und sie haben Rußland aus den Angeln gehoben. In keinem anderen Lande gab es eine solche Partei und in keinem andern Lande hat das Proletariat den Sieg erringen und behaupten können.

Lenins Theorie vom Aufbau einer revolutionären Partei, von dem Verhältnis der Partei zur Arbeiterklasse ist darum ein Kernstück der leninistischen Thorie. Es ist **die Grundlage der Strategie und Taktik des Proletariats**, der Lehre von den Methoden des revolutionären Klassenkampfes, die zum Siege der Arbeiterklasse führen:

„Wir sehen in der selbständigen, unversöhnlich marxistischen Partei des revolutionären Proletariats die einzige Gewähr für den Sieg des Sozialismus und den von Schwankungen denkbar freiesten Weg zum Siege. Wir werden daher niemals, auch nicht in den revolutionärsten Augenblicken, auf die völlige Selbständigkeit der Sozialdemokratischen Partei*), auf die völlige Unversöhnlichkeit unserer Ideologie verzichten.“

Die Partei, die Vorhut der Arbeiterklasse

Wären alle Arbeiter klassenbewußt, würden alle im gleichen Maße die Aufgaben der Arbeiterklasse begreifen, dann wäre eine besondere Partei zur Führung des revolutionären Klassenkampfes nicht notwendig. Aber unter den Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung ist es infolge des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Drucks der herrschenden Klasse unvermeidlich, **daß im allgemeinen nur eine Minderheit der Arbeiterklasse klassenbewußt ist.** Solange die bürgerliche Klassenherrschaft nicht erschüttert ist, wird es immer Teile der Arbeiterschaft geben, die sich direkt für die reaktionären Ziele der Bourgeoisie mißbrauchen lassen, andere, die ohne jedes Verständnis teilnahmslos den politischen Kämpfen fernstehen. Und auch in der klassenbewußten Minderheit des Proletariats wird es große Unterschiede in der Zielklarheit, in der Opferbereitschaft, in der Kampfentschlossenheit geben.

Gerade um die Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf zu gewinnen, um die zurückgebliebenen Teile der Arbeiterschaft auf die Höhe des klassenbewußten, fortgeschrittenen Teiles zu heben, um den gesamten Kampf der Arbeiterklasse auf allen Fronten des Klassenkampfes bewußt und einheitlich zu gestalten, ist eine straffe, festgefügte Organisation der fortgeschrittensten Arbeiter, der Vorhut des Proletariats, notwendig.

„Wir sind eine Klassenpartei“ — schrieb Lenin in der Schrift **„Einen Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts“** (1904) — **„und darum muß fast die ganze Klasse (und in Kriegszeiten, in der Zeit des Bürgerkrieges, auch die ganze Klasse ohne Ausnahme) unter der Leitung unserer Partei handeln, muß sich an unsere Partei möglichst eng anschließen. Aber es wäre eine weltfremde Sentimentalität und Schlepptaupolitik, zu glauben, daß fast die ganze Klasse oder die ganze Klasse überhaupt jemals imstande sein wird, unter dem Kapitalismus sich bis zur Bewußtheit und Aktivität des Vortrupps ihrer Partei zu erheben.“**

Massenpartei, nicht Sekte

Aber wenn die Partei nicht im Schlepptau der Massen marschieren, nicht hinter den Massen herhinken darf, so heißt das nicht, daß die Vorhut sich von den Massen loslösen und isoliert den Kampf führen soll. Die Führerrolle der Partei bedeutet gerade, daß sie **die Massen führen** soll. Das bedeutet sowohl **beharrliche, systematische Arbeit** in den Betrieben und Massenorganisationen, um das Vertrauen der Massen zu gewinnen, als **auch kühne Initiative und fortreißendes Beispiel**, um die Massen in den Kampf zu führen. Die Grundsätze, Ziele und Kampfmethoden der Partei müssen die Kommunisten offen vor den Massen **vertreten, auch wenn sie noch eine kleine Minderheit sind.** Das ist der Weg, um die Minderheit in die Mehrheit zu verwandeln.

Der Aufbau von **Zellen in den Betrieben, von Fraktionen in den Massenorganisationen, die selbständige Kandidatur bei** Betriebsrätewahlen, die Initiative bei **der Entfesselung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe**, alles das dient dem **Zweck**, die Führung der Arbeitermassen zu gewinnen, **die Mehrheit der Arbeiterschaft für den Kommunismus zu erobern und dadurch die Voraussetzungen für den Sturz des Kapitalismus zu schaffen.**

Dazu ist es auch notwendig, die Partei organisatorisch möglichst zu stärken. Es soll keinen wichtigen Betrieb geben, in dem nicht eine kommunistische Zelle den Kampf der Arbeitermassen organisiert. Aber man kann die Partei nicht dadurch stärken, daß man sie zahlenmäßig vergrößert um den Preis von Konzessionen in den Anforderungen an die Parteimitgliedschaft.

Im jahrelangen Kampfe setzte Lenin gegen die Menschewiki im Parteistatut den Grundsatz durch, daß **als Parteimitglied nur gelten darf, wer aktiv in einer unteren Organisation mitarbeitet.** Die Menschewiki wollten jeden Sympathisierenden, der seine Beiträge bezahlt, als vollwertiges Mitglied anerkennen. Aber **in einer Kampforganisation muß man sich auf jedes Mitglied als einen Mitkämpfer verlassen können.** Als Lenin am Anfang **des revolutionären Aufschwunges 1905 besonders die Aufgabe betonte, die Zahl der Parteiorganisationen zu vergrößern, da** wandten die Menschewiki ein, das widerspräche doch seiner Forderung der Einengung des Rahmens der Partei. Um diesen reformistischen Einwand zu widerlegen, gebrauchte Lenin ein einfaches anschauliches Beispiel:

„Nehmen wir der Einfachheit halber an, eine ganze Armee bestehe aus Personen der gleichen Waffengattung: den Bestand der Armee muß man auf die Summe der Personen beschränken, die wirklich, nachgewiesenermaßen, schießen können, ohne zu dulden, daß man sich mit Phrasen und Beteuerungen ihrer Kriegstauglichkeit darüber hinwegsetzt, sodann muß man sich alle Mühe geben, die Zahl der Leute, die fähig sind, die Prüfung in der Schießkunst zu bestehen, zu vermehren.“

(Werke, Band VII, S. 269.)

Eine Armee wird nicht stärker, wenn man ein paar tausend Mann, die nicht schießen können, in Scharfschützenkompanien einteilt, und die Partei wird nicht stärker, wenn man Tausende aufnimmt, die nicht fähig und gewillt sind, für das Ziel der Partei zu kämpfen. Das heißt nicht, daß wir den sektiererischen Grundsatz vertreten: **„Klein, aber rein!“**, sondern umgekehrt, durch die Reinheit ihrer Grundsätze, durch die grundsätzliche Klarheit und Festigkeit in ihren Reihen wird die Partei groß und stark.

Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus

Weder das Proletariat noch seine Partei lebt isoliert von der bürgerlichen Umgebung. Darum dringt unvermeidlicherweise an einzelnen Stellen der bürgerliche Einfluß auch in die proletarische Partei ein und erfaßt ihre weniger widerstandsfähigen oder mit der proletarischen Klasse nicht genügend fest verbundenen Elemente. Im Zeitalter des Imperialismus ist eine breite Oberschicht besser bezahlter Arbeiter entstanden, die sogenannte Arbeiteraristokratie, die sich mit der imperialistischen Politik solidarisierte, weil die Extraprofite, die auf Grund der kolonialen Ausbeutung und des Monopolwuchers erzielt wurden, Grundlage ihrer verhältnismäßig gehobenen Lebensstellung waren. In der Nachkriegszeit kam zu dieser Arbeiteraristokratie noch die breite Schicht der durch Posten und Stellungen im bürgerlichen Staat korrumpierten Arbeiterbürokratie hinzu, welche die soziale Grundlage des Sozialfaschismus bildet.

Lenin erkannte klar, daß der Opportunismus, die Politik der Konzessionen an die Bourgeoisie, der Aussöhnung mit der bürgerlichen Gesellschaft, der Preisgabe des revolutionären Ziels für kleine, vergängliche Vorteile eines kleinen Teils des Proletariats nicht aus zufälligen Irrtümern entspringt, sondern eine soziale Erscheinung ist, in der sich der Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat widerspiegelt. Daher führte er seit dem Beginn seiner politischen Tätigkeit den schärfsten Kampf gegen die Theorie von der „Meinungsfreiheit“ innerhalb der Partei, gegen die Theorie von der Notwendigkeit, alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei freundschaftlich auszutragen. Das Recht der „Meinungsfreiheit“ wird von den Opportunisten verteidigt als ein Recht, Meinungen, die den Parteigrundsätzen widersprechen, in der Partei zu propagieren. Eine revolutionäre Partei, die das zuläßt, gibt ihre Einheit und Kampfkraft preis. Jeder hat das Recht und sogar die Pflicht, die Meinung zu vertreten, die er für richtig hält, aber die revolutionäre Partei hat das Recht und die Pflicht, jeden unbarmherzig aus ihren Reihen zu stoßen, dessen Meinungen mit den Grundsätzen und Beschlüssen der Partei unverträglich sind.

Nach diesen Grundsätzen ist die von Lenin begründete Kommunistische Internationale immer vorgegangen. Manche Arbeiter haben zeitweise nicht verstanden, **warum der Bruch mit den Trotzkisten und mit den Brandlerianern** mit solcher Schärfe durchgeführt wurde. Die Erfahrung hat aber sehr bald bestätigt, daß sich unter dem Deckmantel **„taktischer Meinungsverschiedenheiten“ grundsätzliche Gegensätze** verbargen, die einstige Revolutionäre **sehr rasch ins** Lager der Konterrevolution **führten. Die Renegaten jammern** über den „Spaltungskurs“ **und wollen in spießerhafter Weise** die Schärfe der bolschewistischen **Disziplin auf die persönlichen Eigenschaften des Genossen Stalin, des Führers der Kommunistischen Internationale**, zurückführen. **Sie erklären, zu** Lenins Lebzeiten wäre ein so **schroffes Vorgehen gegen „Andersdenkende“** nicht möglich gewesen.

Aber jede Zeile, die Lenin geschrieben hat, beweist die Vergeblichkeit des Versuchs, diesen unbeugsamen Kämpfer als süßlichen Versöhnler hinzustellen. Als ein Beispiel für viele zitieren wir nur, was Lenin 1905 gegen die angesehenen Führer der menschewistischen Richtung, die damals noch Mitglieder des Parteirates, der obersten Parteikörperschaft, waren, schrieb:

„Man darf sich nicht auf Ermahnungen und Ueberredungen beschränken, sondern muß allen Schwankenden, allen Wankelmütigen, Unsicheren und Zweifelnden das direkte und unerbittliche Ultimatum stellen: wählt! Von der ersten Nummer unserer Zeitung an haben wir dieses Ultimatum im Namen der Redaktion des „Wperjod“, im Namen jener ganzen Masse der russischen Parteiarbeiter gestellt, die durch die Desorganisation in eine unsagbare Wut versetzt wurden. Schmeißt sie rasch hinaus, Genossen, und geht an die gemeinsame organisatorische Arbeit!“

Der demokratische Zentralismus

Unsere Partei ist die einzige wirklich demokratische Partei, in der allein die Arbeiter zu bestimmen haben. **In der Sozialdemokratie herrscht die größte „Meinungsfreiheit“**, aber nur in der einen Richtung: jede bürgerliche Meinung ist hier zugelassen, nur die proletarisch-revolutionäre wird unterdrückt und mit dem Ausschluß bedroht. Die Parteidemokratie, die hier herrscht, ist ein bloßer Schein, genau wie die bürgerliche Demokratie. Die Mitglieder dürfen in den angegebenen Grenzen sagen und schreiben, was sie wollen, aber der Parteivorstand, die Parlamentsfraktion, die Minister in der Regierung tun, was sie wollen, oder — genauer gesagt — was ihnen die Bourgeoisie befiehlt.

Die Kommunistische Partei ist nach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Demokratischer Zentralismus bedeutet, daß alle wichtigen Fragen zentral für die gesamte Organisation entschieden werden, in letzter Linie von den obersten internationalen Instanzen, da wir eine internationale Partei sind, vom Weltkongreß oder von dem auf dem Weltkongreß gewählten Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI.)

Die Leitungen werden unter normalen Bedingungen (d. h. in Zeiten des legalen Kampfes) von unten gewählt. Die Delegierten der Betriebszellen entscheiden auf dem Parteitag über die personellen wie über die politischen Fragen.

Ist ein Beschluß gefaßt, dann wird er von jeder Organisation durchgeführt. Denn ohne revolutionäre Disziplin kann es keine revolutionäre Organisation geben. Entstehen aber Meinungsverschiedenheiten, dann ist es auch nicht in das Belieben jedes einzelnen gestellt, über jede beliebige Frage beliebig lang zu diskutieren. Auch hier entscheidet die Parteiorganisation selbst, in welchem Rahmen die Parteidiskussion stattfindet. Hat die höchste Instanz, der Parteitag oder der Weltkongreß gesprochen, dann ist die Frage entschieden, die Diskussion abgeschlossen.

Nach diesen Grundsätzen vereinigt unsere Organisation die möglichst weite Ausdehnung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder mit der Sicherung der Schlagkraft und Kampffähigkeit der Partei. In Zeiten der Illegalität und des Bürgerkrieges kann selbstverständlich weder die Wahl der Leitungen von unten noch eine breite Diskussion aller Fragen stattfinden. Desto notwendiger ist es, daß die Partei in den Zeiten der Vorbereitung der entscheidenden Kämpfe sich eine feste, autoritative Leitung schafft und die disziplinierte Durchführung aller Parteibeschlüsse sichert.

Nach diesen Grundsätzen hat Lenin die bolschewistische Partei aufgebaut, und die Erfahrung hat gezeigt, daß nur eine solche Partei in allen Stürmen einen festen Kurs einhalten und das Ziel erreichen kann.

Das „russische Schema“ und die westeuropäische Wirklichkeit

Die Opportunisten aller Schattierungen, zuletzt auch die Renegaten des Brandler-Vereins, behaupten, daß diese Organisationsprinzipien für die russische Partei unter den Bedingungen des illegalen Kampfes in der Zeit des Zarismus richtig gewesen sein könnten, sie paßten aber nicht für unsere „zivilisierten“, „demokratischen“ Verhältnisse. So schrieb das Brandler-Blättchen in diesen Tagen, man müsse gegen den „bürokratischen Zentralismus“ **an die Selbsttätigkeit der Mitgliedschaft „im Sinne Rosa Luxemburgs“** appellieren. Die Opportunisten klammern sich gerade an das, was an dem großen Lebenswerk Rosa Luxemburgs vergänglich ist. Rosa Luxemburg appellierte gegen den Opportunismus der sozialdemokratischen Parteiinstanzen **an die Spontaneität** (das heißt die Selbsttätigkeit) der Massen. Sie erkannte nicht, daß gegen die bürokratische Organisation des Opportunismus die unorganisierte, unbewußte Massenbewegung sich nicht durchsetzen konnte, sondern allein die feste revolutionäre Organisation nach den Grundsätzen Lenins.

Die Brandlerianer erklären, Lenins Theorie sei gut für **Rußland**, Rosa Luxemburgs Auffassung für Deutschland. Selbstverständlich kann ein Marxist nicht schematisch die gleichen Organisationsmethoden unter verschiedenen konkreten Bedingungen anwenden. **Aber was die Opportunisten nicht begreifen** wollen, das ist, daß **die Verhältnisse im zaristischen Rußland nicht wesensverschieden waren von den Verhältnissen, die sich** gegenwärtig in der ganzen „zivilisierten“ Welt herausbilden und immer mehr herausbilden werden. Das „spezifisch russische“ war in der Vorkriegszeit einerseits **der Druck der zaristischen** Despotie, **die die Arbeiterpartei zu illegalen Organi**sations- und Kampfmethoden zwang, andererseits die Notwendigkeit **des unmittelbaren revolutionären Massenkampfes, der eine wirkliche Kampforganisation im Gegensatz zu den in** Westeuropa üblichen Wahl- und Propagandaorganisationen erforderte.

Beide Bedingungen reifen in den „zivilisierten“ Ländern heran, je mehr sich der Zeitpunkt der entscheidenden Machtkämpfe nähert. Die faschistischen Unterdrückungsmethoden sind nicht „zivilisierter“ als die Methoden des Zarismus. Noskes Taten in den Jahren 1918-19, das Wüten von Severings weißen Banden im Ruhrgebiet 1920 und schließlich die Heldentaten der Zörgiebel-Kosacken seit den blutigen Maitagen 1929 unterscheiden sich nicht wesentlich von den Kampfmethoden der zaristischen Kosaken und Gendarmen.

Darum werden sich die revolutionären Arbeiter Deutschlands für die neuen brandleristischen Organisationsprinzipien bedanken, auch wenn sie mit der Berufung auf den großen Namen Rosa Luxemburgs begründet werden —, **und alle Anstrengungen daran setzen, eine Partei nach leninistischen Prinzipien aufzubauen**, die trotz aller Verbote der Severing, Grzesinski, Zörgiebel und Cie. die Arbeitermassen in den siegreichen Kampf zu führen versteht.

*) Damals waren noch in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ Bolschewiki und Menschewiki vereinigt.

(Werke Band VII Seite 166.)

B. Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Augsburg

Augsburg

Kröll & Nill
Meßner Straße — Bauernstraße
Teppiche
Vorhänge
Linoleum
Tapeten
Wäsche aller Art

das Zeichen für gute Qualität billigem Preis
LANDAUER
DAS KAUFHAUS FÜR ALLE

+Liebig-Apotheke+
Dr. Aug. Ganghofer
Liebigplatz
Ecke Eisenhammerstraße
bei allen Krankenkassen zugelassen
Fernruf 1992

„Trinkt das Prima-Bier der Schloßbrauerei Unterbaar, der Kenner sagt, schmeckt wunderbar"
Prima helle, dunkle Biere, erstklassige Export-Weizenbiere

Grüne Rabattmarken
Bettwaren-Spezialhaus
Bettfedern-Großreinigerei
Matratzen-Fabrikation
Matratzen-Aufrichterei
Anfertigung u. Aufarbeitung von Polster-Möbeln
Metall-Möbel
F. Friedmann & Cie.,
Ob. Graben G 337 Augsburg, Neubaujakobsplatzseite
auf alle Artikel!

Konfektion
Hch. Grausmann
Augsburg
Bahnhofstraße 7
Größte Auswahl in
Damen- und Mädchen-Kleidung
zu niedrigsten Preisen

Auf Kredit
in Wochenraten von RM. 2.- an
Möbel
Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung
Wäsche
Leuchtmann, Ludwigstr. 190, Hauptpostnähe
Lechhausen, Waterloostr. 9 Laden

Benno Siegeler
Spezialhaus für moderne und solide Herren- und Knabenbekleidung
neue Bernriederung
jetzt: Karlstr. D. 51/52 Ecke Karlstr.-Steingasse
Grüne Rabattmarke

C. Rohrmüller Nachf. Max Lindner
Oefen und Herde
Telefon 10 — Augsburg — Ludwigstraße D 173

Rohproduktenhandlung
W. Göring
Brunnenstraße 5

Möbelhaus Scheurich
empfiehlt sich in Qualitätsmöbeln Holz-, Polster- und Einzelmöbel
Riesenauswahl — Niedrigste Preise
Zahlungserleichterung
Metzgpl. C 241 Frauentorstr. F 15

Karl Apfelbacher
Elektrische Licht- u. Kraft-Anlagen
Radio
Mittleres Kreuz F 280 — Telefon 1798

DKW
Das Volks-Motorrad
mit den günstigsten Preisen und Zahlungsbedingungen
DKW Fabrikniederlage Paull — Obstmarkt D 75½

— KAUFT NUR BEI UNSEREN INSERENTEN! —

SPANIER
AM ANNAPLATZ

Fotohaus am Dom
entwickelt, kopiert, vergrößert Ihre Fotoarbeiten fachgemäß und preiswert. — Apparate u. Zubehör aller ersten Marken in größter Auswahl auf Lager.
Weitgehendste Zahlungserleichterung

1. Augsburger Weizenbier-Brauerei
Zur goldenen Gerste
empfiehlt anerkannt f. Weizenbiere — Brauerei-Ausschank
Telefon 2269

BRAUMANN BE & GE GÜNZBURGER
FÜHRENDES KAUFHAUS
FÜR BEKLEIDUNG UND AUSSTATTUNG

Schuhkönig I
Wertachstraße 8
Herren- u. Damenschuhe
Hauptpreislagen:
RM. 8.75, 10.75, 12.75, 14.75

Stebich-Zigarren

TRINKT
das gute
„Gesellschaftsbräu"

Reserviert

Damen-Konfektion
Wollstoffe
Seide
S. Guttmann Nfg., Maximilianstr. B 4-7
Das Kaufhaus der guten Qualitäten!
Baumwoll-Waren
Wäsche
Teppiche
Gardinen

Augsburg-Oberhausen
Photohaus Carl Mader
früher Wany
Zollernstraße 31

Fahrräder
Zubehörteile — Grammolaplatten
Reparatur-Werkstätte
Teilzahlung
J. Müller, Brunnenstraße 29

Eßt „Grünland"-Käse!
Wiederverkäufer-Nachweis durch Hersteller: Allgäuer Käseschmelzwerk G. m. b. H. Kempten / Allg.

Ludwig Mürrle
Diverse Weine und Liköre
Neuhoferstraße 2

+Adler-Apotheke+
Dr. Albert Camerer
Augsburg, Donauwörther Str. 42
empfiehlt
sein bestbewährtes Gicht- und Rheuma-Fluid „Windelica"

Brot- und Feinbäckerei
Anton Baur
Donauwörther Straße 15

Trinkt
Chabeso
ärztlich empfohlen
Achten Sie genau auf Marke „Chabeso"

Blaue Arbeitsanzüge

in allen Größen zu niedrigen Preisen bei
Leop. Siegle †
Obstmarkt D 71 Augsburg

Hans Aigner, Kürschnerei
vord. Lech A 471
Mäntel, Pelze, Besatzfelle
Reparaturen

Augsburg-Lechhausen
Pflaum's Stadt-Apotheke
Augsburg-Lechhausen
Blücherstraße 25
Lieferant aller Krankenkassen.

LERNT
Automobil- und Motorrad-Fahren
bei den privaten Kraftfahrkursen
Jos. Hauser
Augsburg, Weite Gasse B 55/56
Tel. 4193

Hygienisches Bad Augsburg
Bes. Heinrich Harlacher, Jesuitengasse F 413
empfiehlt sämtliche med. Bäder

A. Regensburger, Perlachberg
Schnitt-, Weiß-, Woll- u. Strumpfwaren
Grüne Rabattmarken
Spezialhaus für Wiederverkäufer

Josef Giegerich
Maßschneiderei,
sowie sämtl. Herrenkonfektion
Yorkstraße 39

HOTEL DREI KRONEN
BAHNHOFSTRASSE
Täglich KÜNSTLER-KONZERT

Reserviert

Gaststätte Blumenschein
altes Gewerkschaftshaus — Frauentor 313
Treffpunkt aller Arbeiter

Bavaria-Apotheke
Otto Niggl, vorm. Kompter,
Neuburgerstraße 11
Lieferant aller Krankenkassen

Beste Bezugsquelle für
Kolonialwaren
Anton Kaiser, Augsburg
Unteres Kreuz
Lieferung in's Haus

LUDWIGS-APOTHEKE
A. Fahrmbacher
Ulmer Str. 8 Telefon 2429

Reformhaus GE-FRO
Obstmarkt D 75½
Naturreine Nahrungsmittel - Alkoholfreie Weine
Wandernahrung — Hausmalöle — Kräutertee
— Zuckerkrankennahrung — Reformschuhe —

Roman Lauchner
Haus- und Küchengeräte
Porzellan
Neuburgerstraße 25

Bürgerliches Brauhaus
Augsburg-Göggingen
Ludwig Glück / Telefon 482/83
fl. helle u. dunkle Biere
in Fässern und Flaschen

Dinkelscherbener Eisenbahnprozeß

Die Urteilsbegründung

Stellwerk nicht in Ordnung / Hübler und Müller schuldig gesprochen

In der Urteilsbegründung führte Vorsitzender Landgerichtsdirektor Simon u. a. aus:

Das Gericht ist der Ansicht, daß Hübler wirklich vergessen hat, die Weiche 23 umzustellen, weil er von vorneherein dies schon zugestanden hat. **Daß die Weiche verriegelt war, ist kein Zweifel. Wenn er tatsächlich die Weiche von Gleis 4 auf Gleis 3 umgestellt hätte und es hätte ein anderer hinterher die Weiche geändert, so hätte Hübler zweifellos davon Kenntnis haben müssen. Die Unterlassung der Weichenstellung war also eine Pflichtvernachlässigung und es konnte auch angenommen werden, daß Hübler davon Kenntnis hatte.** Allerdings war es richtig, daß das Behelfsstellwerk 2 neu war. Der Unterschied zwischen dem früheren Stellwerk und dem Behelfsstellwerk war aber nicht groß. **Hübler hat auch eine falsche Meldung gemacht, daß die Weiche auf Gleis 3 stehe.**

Zutreffend sei, daß eine

weitere Ursache

des Unglücks war, daß das

Stellwerk nicht in Ordnung

war. Die Frage, ob Hübler in der Lage war, vorauszusehen, daß durch eine solche falsche Weichenstellung das Unglück passieren würde, verneinte das Gericht, weil diese Folgen außerhalb der menschlichen Voraussetzung gewesen sind. Denn die Stellwerke sind im allgemeinen derart konstruiert, daß mit einem Versagen nicht gerechnet werden kann. Aus diesem Grunde konnte eine Verurteilung nur nach § 316, Abs. 2 des Strafgesetzbuches erfolgen. Strafmildernd ist in erster Linie die Sorge um seine Frau, straferhöhend die außerordentlich schweren Folgen des Unglückes.

Verantwortlich für die Auswahl des Behelfsstellwerkes waren Karner und Wiedenbauer, die den von Amler vorgeschlagenen Apparat billigten. Es ist an sich zulässig, daß solche alte Apparate verwendet werden unter der Voraussetzung, daß sie noch brauchbar sind. Amler und Wiedenbauer haben die Prüfung vorgenommen. Die Vernachlässigung einer Pflicht des Amler liegt nicht vor, wenn auch Amler die Ueberdeckung hätte größer machen müssen, so konnte er doch nicht voraus denken, daß später Leute an den Schlitzen feilen und zwar derart, daß der ganze Zweck der Versicherung ausgeschlossen und hinfällig wurde. **Deshalb wurde Amler freigesprochen.** Auch Karner und Wiedenbauer konnten nicht annehmen, daß später eine ungeschickte Hand die Sicherung des Stellwerkes beseitigen würde. **Diese beiden Angeklagten mußten daher ebenfalls freigesprochen werden.**

Vom 20. Juli ab hatten das Betriebsamt Neu-Ulm und der Angeklagte Müller die

Verantwortung für das Stellwerk.

Es ist in keinem Fall bekanntgeworden, daß ohne Mitwissen Müllers an dem Apparat gearbeitet wurde. **Müller habe erklärt, daß er nicht gewußt habe, daß ein breiter und ein schmaler Schlitz vorhanden sei.** Am darauf folgenden Tage habe er seine Erklärung wieder eingeschränkt. Nach den Feststellungen an den Schlitzen ist anzunehmen, daß an dem breiten Schlitz überhaupt nicht gefeilt wurde; ferner hat Müller angegeben, daß er mit einem Vierkant gefeilt habe, an dem breiten Schlitz ist aber nicht das Geringste einer derartigen Arbeit zu sehen, dagegen an dem schmalen. **Das Gericht kommt daher zu der Anschauung, daß nur Müller am 24. Juli die Feilung am schmalen Schlitz vorgenommen habe.** Dies war die Ursache, daß das Signal auf freie Fahrt für Gleis 3 gezogen werden konnte, obwohl die Weiche nach Gleis 4 abgelenkt war. Müller konnte sich nicht darauf berufen, daß er das Unglück nicht hätte voraussehen können, indem er darauf vertraute, daß der Weichenwärter seine Sache richtig mache, denn es sei bekannt, daß Weichensteller täglich ihre Weichen falsch stellen. **Müller mußte deshalb als schuldig erkannt werden.**

Nach der Urteilsbegründung beantragte Staatsanwalt Dr. Hartmann die Scherstellung des Apparates im Falle einer Berufungsverhandlung. Rechtsanwalt Dr. Hirschberg erklärte, daß er auf weitere Rechtsmittel sofort verzichten werde, wenn auch der Staatsanwalt verzichte. **Der Staatsanwalt erklärte dem gegenüber, daß er eine diesbezügliche Erklärung nicht sofort abgeben könne.** Dieselbe Erklärung gab auch Rechtsanwalt Roßteutscher ab.

LLL-Feier im Allgäu

(Arbeiterkorrespondenz)

Blaichach. Trotzdem die Blaichacher Arbeiter, soweit sie noch im Betrieb sind, schon über ein Jahr kurzarbeiten und in dieser Woche teilweise mit 8, 4, 6 und 8 Mark Verdienst heimgehen mußten, war der Saal im Gasthaus zur Gemse, wohin die LLL.-Feier einberufen worden war, stark besucht. **Einige Arbeiter waren 2 und 3 Stunden weit her mit dem Fahrrad gekommen, um an der Ehrung unserer toten Führer und der Tausende erschlagener roter Arbeiter teilzunehmen.**

Genosse Buchmann sprach über die Bedeutung des Tages im Zusammenhang mit den sehr ernsten Aufgaben, die jetzt vor der gesamten Arbeiterklasse, insbesondere aber vor der Kommunistischen Partei, stehen: **Stärkung der Partei und aktive Anteilnahme an ihrer Arbeit.** Einige gut vorgetragene Rezitationen des Genossen Schmidt nebst kurzen Vorlesungen aus dem Arbeiterleben, drei Neuaufnahmen für die Partei und zwei Abonnenten für die „Neue Zeitung" schlossen den echt proletarischen Abend. AM. 2582.

Kempten. (Hütteneinbruch.) In der Nacht vom 25. auf 26. Januar wurden die Alphütte und die Riesler-Unterkunftshütte auf der Alpspitze bei Nesselwang erbrochen und daraus in der Hauptsache Kleidungsstücke gestohlen. Die Täter gingen mit größter Rohheit zu Werke und demolierten auch die Einrichtungsgegenstände. Mit Aexten schlugen sie die Türe der Hütten ein. Als Täter kommen drei Handwerksburschen in Frage, die eine Nacht vorher auch die Jägerhütte im Kemptener Wald gewaltsam erbrochen hatten.

Kapitalistisches Sittenbild

Kempten. Ein trauriges Sittenbild entrollte die Verhandlung der letzten Sitzung des Schöffengerichtes Kempten. Fünf Fälle standen auf der Tagesordnung und alle betrafen Sittlichkeitsverbrechen, Verbrechen an jugendlichen Knaben und Mädchen. Unter den Angeklagten befand sich auch ein Geisteskranker, der freigesprochen wurde. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren.

Deggendorf

Am Sonntag, 2. Febr., abends 7½ Uhr, findet eine

L.L.L.-FEIER

statt, zu der alle Genossen u. Sympathisierenden eingeladen sind. / Referent: Gen. Ende-Berlin

Pfarrer Wackerl vor Gericht

München. In der Affäre des früheren Pfarrers Jakob Wackerl und Genossen ist Termin zur Verhandlung auf Mittwoch, den 19. Februar im Münchener Justizpalast anberaumt. Zur Verhandlung sind 13 Zeugen geladen.

Der Ueberfall im Eisenbahnzug

Regensburg. Zu dem kürzlich gemeldeten Ueberfall auf ein alleinreisendes Mädchen, das der Bankontrolleur Ludwig Trautwein aus Düsseldorf angeblich von zwei Burschen befreite, die das Mädchen vergewaltigen wollten, schreibt die Reichsbahndirektion Regensburg u. a., daß nach ihren Erhebungen die ganze Geschichte offensichtlich erfunden ist. Weder dem Zugbegleitpersonal noch der Gendarmerie in Gangkofen — an die Trautwein die Burschen abgeliefert haben wollte — ist das Allergeringste bekannt. Selbst Trautwein, von dem die Mitteilung offenbar ausging, gibt keinerlei bestimmten Aufschluß und erklärt in einem Schreiben an die Reichsbahnverwaltung, „daß die Sache sehr übertrieben dargestellt worden sei", schweigt sich aber über den wirklichen Sachverhalt vollkommen aus.

Nahrungsmittelfälschungen in Augsburg

Augsburg. Die Fälschungen der Nahrungsmittel haben in Augsburg in bedenklichem Maße zugenommen. Die Untersuchungsanstalt beanstandete von 2022 Proben 451 wegen Fälschungen. Die meisten Beanstandungen treffen auf die Molkereiprodukte. Ueber 100 Milchproben waren mit 62 Prozent Wasser verpanscht. Durchschnittlich enthielt der Fettgehalt der Milch 3,87 Prozent. Ein weites Gebiet für Fälschungen ist die Bierbrauerei. Von 173 Bierproben waren 20 nicht den Vorschriften entsprechend. Vereinzelt hatten Halbliterflaschen nur Minusmaß. 21 Traubenweine [illegible] Beanstandungen

Aus der Partei

Fraktionssitzungen.

Sattler- und Tapeziererfraktion: Am Montag abends 7½ Uhr im Parteibüro, Baaderstraße 42, wichtige Sitzung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung.

Konsum-Genossenschaftsvertreter: Am Dienstag, den 4. Februar, wichtige Fraktionssitzung im Parteibüro abends 7½ Uhr. Tagesordnung: Vertreterversammlung des Konsumvereins Sendling-München.

Parteiarbeiterversammlung München

Heute Freitag, den 31. Januar, findet in der **Lothringer Bierhalle**, Lothringerstraße, abends 7½ Uhr eine

Funktionärversammlung für sämtliche Parteiarbeiter Münchens

statt.

Tagesordnung:

1. Gewerkschafts- und Betriebsratswahlen;
2. Wettbewerb mit Augsburg;
3. Organisierung der Frauenwoche.

Das Erscheinen aller Parteiarbeiter ist Parteipflicht. **Alle Parteiveranstaltungen der Zellen und Stadtteile fallen am Freitag aus.**

Sturmbrigadensitzung: Gewerkschafts-, Fraktionsleiter und Sturmbrigade 9 treffen sich am Freitag im Gasthaus „Kaiserblume, Baaderstraße 11, zu einer wichtigen Sitzung.

Achtung, Sturmbrigaden des KJVD.

Heraus zum Appell am Freitag, abends 7½ Uhr. Die Lokale werden in den Zellenversammlungen noch bekanntgegeben.

Pünktliches und restloses Erscheinen ist Pflicht, jeder bringt einen neuen Genossen mit.

Sendling

Am Freitag, 31. Jan., abends 7½ Uhr, findet eine

L.L.L.-FEIER

statt, zu der alle Genossen u. Sympathisierenden eingeladen sind. / Referent: Gen. Ende-Berlin

KPD. Passau. Am 1. Februar abends hält die KPD. in Passau eine öffentliche Gedenkfeier für die großen Toten der Revolution

Lenin — Liebknecht — Luxemburg

ab. Arbeiter Passaus, werbt schon heute für diese Feier.

Vereinskalender

Rote Hilfe.

Mitgliederversammlung:

München-Nord am Freitag, den 31. Januar, abends ½8 Uhr im „Ludwigshof", Theresienstraße 128.

Vertreterversammlung des Konsumverein Sendling-München. Am Donnerstag abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. Kein Genosse darf den Besuch der Versammlung versäumen.

Bestattungen am 1. Februar in München.

Ostfriedhof: Fauser Karl, Säger, 83 J., 2½ Uhr; Schlederhuber Ursula, Stationsgehilfensgattin, 55 J., 3 Uhr; [illegible]mann Johann, Maschinist, 68 J., 1½ Uhr; Gräbler Karl, Forstamtmann, 37 J., 3 Uhr; Jocks Karl, Silberarbeiter, 86 J., 2 Uhr; Dr. Eickelberg Emil, Zahnarzt, 56 J., 11 U.; Roith Josef, Hilfsarbeiter, 61 J., 9½ Uhr; Wienecke Lorenz, Kunstglaser, 68 J., 10½ Uhr; Franz Katharina, Eisenbahnschaffnerswe., 56 J., 9 Uhr; Pillmann Berta, Privatiere, 71 J., 12 Uhr; Sedlatschek Ernst, Werkmeister, 41 J., 10 Uhr; Krick Friedrich, Kaufmann, 56 J., 11½ U.

Westfriedhof: Leiner Angelina, Hausangestellte, 26 J., 2 Uhr; Finsterwald Ludwig, Erdarbeiter, 43 J., 1½ Uhr; Theobaldy Therese, Gärtnerskind, 1½ J., 2½ Uhr

Südl. Friedhof: Paulus Nikolaus, Prälat u. Dr. theol., 76 J., 11 Uhr; Baumann Ernst, Kaufmann, 34 J., k. n. Landshut.

Alter nördl. Friedhof: Lachenmeier Katharina, städt. Fachhauptlehrerin, 50 J., 11 Uhr; Schindler Margarete, Schneidermeisterswe., 76 J., 11½ Uhr.

Sendling: Neumaher Viktoria, Heizersgattin, 60 J., 11¼ Uhr; Wölfl Johann, Schneider, 78 J., 11½ Uhr; Meingast Maria, eisenbahnhabersgattin, 48 J., 11 Uhr.

Nordfriedhof: Graf Helene, Kunstgewerblerin, 19¾ J., 2½ Uhr; Stein Emma, Bildhauersgattin, 68 J., 3½ Uhr; Wik Franziska, Schreinergehilfenswe., 66 J., 3 Uhr.

Waldfriedhof: Broneb Anton, Seidenfärber, 72 J., 2 U.; Steingräber Ingeborg, Hilfsarbeiterskind, 1½ Mt., 2½ U.; Kellermann Wendelin, pens. Bahnarbeiter, 73 J., 3 Uhr; Schnell Ernst, 2 Mt., 1½ Uhr.

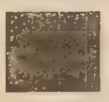
Spielplan der Münchner Theater.

Freitag, den 31. Januar.

Nationaltheater: „Violetta", 7½ Uhr.
Residenztheater: „Einen Jux will er sich machen", 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Die Dreigroschenoper", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Es kam ein Bursch gezogen . .", 8 Uhr.
Münchner Volkstheater: „Hulla di Bulla", 8 Uhr.

Verantwortliche Schriftleitung: Für Politik und Reportage: Sepp Schwab; für Ausland, Wirtschaft und Gewerkschaft: Erich Böhm; für „Aus den Bezirken": Sebastian Hohenadl; für Inserate: Gustav Epple, sämtliche in München.

Kauft
Arbeits-Kleider
im ersten Spezialhaus
A. EBERT
München, Sendlingerstraße 31
Haltestelle der Linien 6 und 16
Um Irrtümer zu vermeiden, bitte auf Hausnummer zu achten!

Radio-Anlagen

Sprechmaschinen
Schallplatten
kaufen Sie gut und billig auch auf Teilzahl. bei
J. Wünsch / Augsburg
Hermannstraße 33a

Filme der Woche

Phoebus Palast: In einer kleinen Konditorei. Wer den Skandal am Freitag abend nicht erlebt hat, versäumte ein Lustspiel erster Klasse. Der Mist auf der Leinwand war stimmungsfördernder Absinth, der Humbug der gestimmten Musikstückerei mit dem 400 Meter Film langen blöden Schlager von der „Kleinen Konditorei" nur Gelegenheit, endlich kräftig zu protestieren. Und so wurde denn protestiert mit Gelächter, Trampeln und Pfeifen gegen den kindischen Mist, gegen den öden Schlager, gegen den endlosen Kitsch der gesamten Emelka-Produktion, dem diese neueste „Schöpfung" nur die Krone aufsetzte. Wenn jetzt Herr Reichskanzler Müller die Emelka übernimmt, braucht er nur die Tradition seiner Vorgänger fortzusetzen — und der Lacherfolg wird die Reichskasse füllen. Man wird dann zur Emelka-Premiere pilgern zum Pfeif- und Trampelkonzert wie sonst zum Weiß Ferdl oder zum fidelen Männergesangverein. Eine Komödie für sich, wie der Kinodirektor zur Polizei telephonierte, eine andere Lachpille für Eingeweihte, wie die stolze Direktion der Emelka durch selige Abwesenheit glänzte. Ein zufällig anwesender Filmdarsteller verließ nach einer Viertelstunde unter Geschimpf auf diesen Tondreck seine Loge. Es muß gesagt werden, daß der Film durchaus dem Durchschnitt der bürgerlichen Produktion entspricht; daß die meisten übrigen die gleiche Aufnahme der zahlenden Massen verdient haben. Nur der Grad der Verseuchung verschiebt sich hier und da. Der klassenbewußte Prolet schätzt von vornherein diese verzuckerten Unterhaltungskorten richtig ein und bevorzugt die wertvollen Produkte naturkräftiger Proletarierkunst. Es gibt deren ja genug.

Luitpold-Lichtspiele: Börsenfieber. Die Leistung des Amerikaners Bancroft als Börsenausbeuter ist überzeugend, weil sie mit Instinkt der Rücksichtslosigkeit kapitalistischer Großspekulanten nachspürt, die um eine Frau tausende kleiner Leute ruinieren, wenn verbrecherisches Machtbedürfnis es verlangt. Hier trifft einen dieser Sorte die sogenannte gerechte Strafe. Am Ende aber beginnt er fidel wieder da, wo er aufhörte. Eine reizende Aussicht für ähnlich Veranlagte mit der freien Bahn dem Tüchtigen!

Sendlingertor-Lichtspiele: Sünden der Väter. Ein Film um Emil Jannings in seinem bevorzugten Milieu des kleinbürgerlichen Geldverdieners und schicksalhaft Gestrafften, der nur von der Seite seiner großen schauspielerischen Qualitäten aus gewürdigt werden kann. So betrachtet ist er allerdings ein Könner von großem Format. Die „alkoholfreie" Handlung ist dabei sehr gleichgültig, typisch amerikanische Moralpredigt.

Regina-Lichtspiele: Die Lady von der Straße. Historische Kostümangelegenheit mit schwach sozialem Einschlag zeigt einen neuen amerikanischen Filmstern, die schöne, außerordentlich temperamentvolle Lupe Velez in einigen famosen Szenen. Noch muß man ja diese neue Erscheinung durch gutes Milieu stützen. Im übrigen herrscht in diesem hier stumm gezeigten Tonfilm die faule Sentimentalität eines immer wiederkehrenden Liedes. Zuletzt: glückliches Ende zwischen preußischem Junker und Pariser Kaschemmensängerin. G. F.

Inserate
die in der „Neuen Zeitung" regelmäßig aufgegeben werden
bringen
dem Geschäftsmann der dort inseriert den besten
Erfolg

Retten
Sie Ihr Haar
bevor Sie durch starken Haarausfall kahl werden. Schreiben Sie sofort um eine Sendung meines garantiert sicheren Haarmittels. Preis 2.— Mk. — gegen Nachnahme —
Genossin Anna Kupka
Dasiach b. Traunstein

Von heute an betragen unsere Verkaufspreise für
Kalbfleisch
aus eigenen frischen Schlachtungen:

Hals	76	in Pfg. je Pfd. mit Zuw.
dicker Halsgrat, Kotelett	86	
Nierenstück, Brustspitz	92	
Bug (Schulter)	100	
Schlegel	112	

Schweinefleisch
vollfleischige, beste, frische Qualität
von allen Stücken 126 Pfg. je Pfd. m. Zuw.
Bayerische Gefrierfleisch- und Fettverwertungs-G. m. b. H.
Verkaufsstellen nur
Sendlingerstraße 65
Geyerstraße 7
Rosenheimerstraße 38
Schwanthalerstraße 28
Leopoldstraße 56a
Gabelsbergerstraße 99 (Eingang Schleißheimerstr.)
Schluderstraße 2 (Ecke Donnersbergerstraße)
Reichenbachstraße 14
Pasing, Bahnhofstraße 13

Erobert die Festungen des Kapitals!

Organisiert die Wahl roter Betriebsräte

Die oppositionellen SSW.-Arbeiter rufen zum Kampf

Wirtschaftskampf, Rote Betriebsrätewahlen und Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Nürnberg, 30. Januar.

Am Mittwoch nahmen die oppositionellen und kampfbereiten Arbeiter und Arbeiterinnen der SSW. in einer Belegschaftsversammlung, die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufen war, zu der allgemeinen Lage, den Betriebsrätewahlen und zur Einberufung einer Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition Stellung. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Meyer, das beifällig aufgenommen wurde, und der anschließenden Diskussion, **stellte die Belegschaftsversammlung ein Kampfprogramm auf und forderte in einem Aufruf die gesamte Arbeiterschaft Bayerns auf, sich ihrem Kampfprogramm anzuschließen und in geschlossener Front und unter Zerschlagung des Widerstandes der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie dem Angriff des Trustkapitals entgegenzutreten. Es wurde einstimmig folgendes Kampfprogramm beschlossen:**

Kampfprogramm der Arbeiterschaft der SSW. zur Betriebsrätewahl

„Der Generalangriff der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse richtet sich auch mit aller Schärfe gegen die Belegschaft der SSW.

Lohndruck, erhöhte Arbeitsintensität, Ueberstunden, Kurzarbeit, Entlassungen, wechseln in unserem Betrieb miteinander ab und führen so zur gesteigerten Ausbeutung der Belegschaft.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Macht des Trust- und Finanzkapitals wird im Reich, den Ländern und Gemeinden eine Finanz- und Steuerpolitik durchgeführt, die zu einer gewaltigen Teuerung und damit zu gesteigerten Lebensunterhaltskosten führt. Demgegenüber wird durch die Zusammenarbeit des kapitalistischen Staatsapparates, der Unternehmerverbände und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nicht nur eine entsprechende Lohnerhöhung verhindert, sondern eine Politik des rücksichtslosen Lohnabbaues durchgeführt und so eine weitere Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft herbeigeführt.

Die Arbeiterschaft der SSW. kann den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen nur unter einer selbstgewählten Kampfleitung und revolutionärer Betriebsräte führen, wenn sie gleichzeitig die reformistischen Gewerkschaftsführer und die reformistischen Betriebsfunktionäre ausschaltet.

Die Belegschaftsversammlung der SSW. vom 29. Januar beschließt deshalb, folgende Forderungen aufzustellen und fordert die Gesamtbelegschaft auf, dafür zu kämpfen und nur solche Betriebsratskandidaten aufzustellen, die sich für den Kampf zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen einsetzen:

1. **Aktivste Förderung des Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse gegen Young-Plan, gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen Faschismus.**
2. **Kampf gegen Feierschichten und Entlassungen. Dagegen Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich, 40-Stundenwoche, bei vollem Lohnausgleich, Ablehnung jeglicher Ueberstunden.**
3. **Einleitung einer zwischentariflichen Lohnbewegung zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft der SSW. auf der Grundlage folgender Forderungen:**
   Für Facharbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pfg., für ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen 20 Pfg.; Neuumrechnung sämtlicher Akkordpreise unter Mitbestimmung des Betriebsrates.
4. **Abschaffung der Stoppuhr und der Nachkalkulation bei festgesetzten Preisen; Aufrundung von Bruchteilen von Pfennigen auf ganze Pfennige bei der Akkordberechnung.**
5. Maschinenreinigung wird als normale Arbeitszeit bezahlt.
6. Arbeiterinnen und Jungarbeiter bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn und dieselbe Akkordberechnung, wie männliche Arbeiter.
7. Kampf gegen die Koalitionspolitik, gegen das Schlichtungswesen, für die Streikfreiheit, gegen Unternehmerterror und Betriebsfaschismus, Auflösung des Werksportvereins.
8. Kampf für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, gegen die Spaltungs- und Ausschlußpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, für einheitliche Klassengewerkschaften auf der Grundlage der Industrieverbände, für die Entwicklung der Betriebsräte zu revolutionären Kampforganen der Arbeiterklasse.
9. **Aufhebung der §§ 26 und 31 der Fabrikordnung, die die Bestrafung für Fehlarbeit, Abzüge für Material, Werkzeug und Maschinen, Strafen für Zuspätkommen und für Verstoß gegen die guten Sitten usw. enthalten.**
10. Schaffung von hygienisch einwandfreien Wärmeöfen mit jeweiliger Reinigung nach Benützung.
11. **Vor jeder Essenpause wird eine Freizeit von 5 Minuten zur Reinigung eingeführt. Die Wärmeöfen werden 5 Minuten vor der Mittagspause geöffnet.**
12. **Die Belegschaftsversammlung wählt ein betriebliches Komitee aus 3 Kollegen und 2 Kolleginnen als Kampfleitung, zur Führung des Kampfes um die aufgestellten Forderungen und für die Vorbereitung der Betriebsrätewahl.“**

Zur Durchführung der Arbeiten wurde ein siebengliedriges Betriebskomitee der SSW. gewählt, dem gleichzeitig die vorbereitenden Arbeiten zur Einberufung der Bezirkskonferenz übertragen wurde.

Treffender noch kommt der Kampfeswille und die Erkenntnis, daß ein geschlossenes Handeln der Gesamtarbeiterschaft den Gegenangriff gegen die Offensive der Bourgeoisie führen muß, in einem Aufruf an die Arbeiterschaft Nordbayerns zum Ausdruck, in dem es u. a. heißt:

„Die SSW.-Arbeiterschaft fordert die gesamte Arbeiterschaft von Nürnberg und Nordbayern auf, sich diesen Forderungen anzuschließen und für das Zustandekommen einer Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition alle Kräfte einzusetzen.

Gleichzeitig verpflichten sich die Versammelten, alle Kräfte anzuspannen, um die noch fernstehenden Betriebskollegen und Kolleginnen für das aufgestellte Kampfprogramm und die Beschickung einer Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch Delegierte zu mobilisieren.

Die gesamte Arbeiterschaft Bayerns muß den Kampfruf der SSW.-Arbeiterschaft aufnehmen. In Betriebsversammlungen, in den Versammlungen der Gewerkschaften und der Erwerbslosen muß die Arbeiterschaft Stellung nehmen und ihre Beschlüsse fassen und Maßnahmen treffen, um die Bewegung für die Auslösung von Wirtschaftskämpfen, für die Wahl revolutionärer Betriebsräte und für die Beschickung der Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu verstärken. Kein Betrieb ohne Betriebskomitee und ohne Kampfprogramm. Aus allen Betrieben, Gewerkschaften und Erwerbslosenversammlungen Delegierte zur Bezirkskonferenz. Dafür muß alle Kraft eingesetzt werden.

Herausbildung der revolutionären Führung in jedem Betrieb!

In diesem Zeichen stehen die Betriebsrätewahlen!

Die deutsche Arbeiterklasse steht gegenwärtig vor der großen Aufgabe, den verstärkten Angriffen des Trust- und Finanzkapitals, des kapitalistischen Staatsapparates, unterstützt von der sozialfaschistischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie den wuchtigsten organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Die Arbeiterschaft kann unter keinen Umständen die Massenentlassungen, die Verschärfung der Ausbeutung durch neue Rationalisierungsmaßnahmen, die Lohnkürzungen und die absolute Verschlechterung der Lebenshaltung durch Steuer- und Zollerhöhungen, Steigerung der Mieten und der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und der Verkehrsmittel widerstandslos hinnehmen. Sie muß um höhere Löhne und um den Siebenstundentag kämpfen.

In dieser Situation ist es notwendig, daß sich die revolutionäre Führung des Proletariats, die Kommunistische Partei, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in **jedem Betrieb durchsetzt.** Es ist notwendig, daß sich die Angehörigen der revolutionären Führung in allen Betrieben wirklich als Führer erweisen, die den Belegschaften einige Schritte vorausgehen. Diese Führung muß sich in jeder Frage der Situation gewachsen zeigen und so wird sie von der Arbeiterschaft als unumstrittene einzige Führung anerkannt werden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß bei jeder Betriebsbewegung um eine Lohnzulage oder um Abstellung irgend eines Mißstandes führen, sie muß sich aber besonders bewähren bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen.

Es muß der revolutionären Gewerkschaftsopposition gelingen, in den Betrieben das Kampfprogramm zu verfechten, rote Betriebsräte aufzustellen und rote Betriebsrätewahlen zu organisieren. Gerade in der Bewältigung dieser Aufgabe muß sich die revolutionäre Führung bewähren, wenn sie in den bevorstehenden Kämpfen wirklich die Führung des Proletariats sein will. Eben deshalb sind gerade jetzt die Betriebsrätewahlen so außerordentlich wichtig. Jedes Zurückweichen vor den sozialfaschistischen Drohungen und Machenschaften, vor dem Unternehmerterror erschüttert das Vertrauen der betreffenden Belegschaften zur revolutionären Gewerkschaftsopposition und schädigt die Gesamtbewegung. Die roten Betriebsrätewahlen sind ein Teil der großen Arbeit zur Herausbildung einer revolutionären Führung in jedem Betrieb. Darum heran an die Organisierung roter Betriebsrätewahlen!

In jedem Betrieb ein revolutionäres Kampfprogramm!

In jedem Betrieb Aufstellung roter Betriebsratslisten und ein scharfer Kampf gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie.

Nur durch entschlossenes Auftreten können die führenden Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Arbeitermassen der Betriebe fest um sich scharen und erzielen, daß diese Massen gegen Maßregelungen roter Betriebsrätekandidaten und gegen die spalterischen Maßnahmen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie wirkungsvoll kämpfen.

In Betriebsversammlungen, vor den Arbeitermassen der Belegschaften muß das Kampfprogramm zur Diskussion gestellt werden, müssen die roten Kandidaten aufgestellt werden.

Nur auf diesem Wege wird sich die Arbeiterschaft trotz der Sabotage der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, trotz des Terrors der Unternehmer und des Staatsapparates ihre unbestrittene revolutionäre Kampfführung schaffen, und nur, wenn in allen Betrieben dieser Weg eingeschlagen wird, wenn überall die revolutionären klassenbewußten Arbeiter sich an die Spitze der Betriebsbelegschaften stellen und die notwendigen Abwehrmaßnahmen durchführen, wird eine breite Massenbewegung entstehen, die die erfolgreiche Gegenwehr der Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive und gegen das Aushungerungsprogramm der Koalitionsregierung ermöglichen wird.

Rote Vertrauensmänner werden gewählt

Bei der Harvester-Company in Neuß wurden im Anschluß an einen Bericht von der Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition der Beschluß gefaßt, in allen Betriebsabteilungen die Wahl revolutionärer Vertrauensleute vorzunehmen. Jede Abteilung entsandte vorläufig einen Vertrauensmann in den Vertrauensmännerkörper, der nunmehr mit den roten Betriebsräten aufs engste zusammenarbeitet. Die erste Sitzung der roten Betriebsräte mit den revolutionären Vertrauensleuten hat bereits stattgefunden, in der das betriebliche Kampfprogramm beschlossen und die Kandidaten für die rote Einheitsliste aufgestellt wurden.

Der oppositionelle Arbeiterratsvorsitzende von Leuna gemaßregelt

Das Landesarbeitsgericht Halle hat den Beschluß des Merseburger Arbeitsgerichts auf Amtsenthebung des Arbeiterratsvorsitzenden, Gen. Heinrich Schmidt von Leuna bestätigt.

Die Werkleitung hatte bekanntlich wegen eines Artikels, den der Gen. Schmidt im „Klassenkampf“ veröffentlicht hatte, sowie wegen zweier Entschließungen, die im Arbeiterrat zur Annahme gelangten, Amtsenthebung beantragt. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß Schmidt sich für die Durchbrechung der tariflichen Abmachungen eingesetzt habe. Die Leuna-Arbeiter werden durch diese Maßregelung sich noch fester um die Opposition scharen, sie werden zur Betriebsratswahl der Werkleitung sowie den Sozialfaschisten, die bei der Maßregelung aktive Mithilfe geleistet haben, die richtige Quittung geben und rote Betriebsräte wählen.

Kommunistenverfolgung in den Betrieben

Die Direktion des Betriebes Fenestra-Crittal in Düsseldorf hat vor kurzem 100 Arbeiter entlassen. Vor dieser Entlassungsaktion hatte die Direktion eine Konferenz mit den Meistern abgehalten, in der beschlossen wurde, daß bei den Entlassungen **in erster Linie alle radikalen Elemente an die Reihe kommen sollen.** Ein Nußlanddelegierter, der auf Beschluß des Betriebsrates mit einer Arbeiterdelegation in der Sowjetunion gewesen war und im Betrieb Bericht erstattete, wurde als erster entlassen.

In einer außerordentlich gut besuchten Belegschaftsversammlung wurde zu diesen Massenentlassungen Stellung genommen und nach den Ausführungen eines Vertreters des Bezirkskomitees der RGO. wurde beschlossen, einen roten Vertrauensmännerkörper aus Vertretern aller Betriebsabteilungen zu bilden. Die Belegschaft hatte richtig erkannt, daß diese Maßnahmen die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Abwehr des Unternehmerangriffs sind.

Weitere Erfolge der Opposition

In der Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes in Lägerdorf wurde, nachdem die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Verräterpolitik der Sozialfaschisten gekennzeichnet hatte, die Bezirksleitung neu gewählt, wobei nur Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition die meisten Stimmen erhielten. Ein Reformist erhielt genügend Stimmen, um in die Bezirksleitung hinein gewählt zu werden. Die Bezirksleitung besteht jetzt aus vier Kommunisten und einem Reformisten.

Rote Betriebsräte organisieren die Kampffront

In Dresden fand eine von den roten Betriebsräten einberufene Versammlung der Dresdener Straßenbahner statt, an der trotz der Hetze, die die reformistische Gewerkschaftsbürokratie gegen die Versammlung entfaltet hatte, 500 Straßenbahner teilnahmen. Die Versammlung, die von einem glänzenden Kampfgeist getragen war, nahm Stellung zu dem am Sonntag in Chemnitz stattgefundenen Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. In einer einstimmig angenommenen Entschließung stellte sich die Versammlung hinter die Beschlüsse des Landeskongresses. Des weiteren wurde beschlossen, den Tarif für die Straßenbahner sofort zu kündigen und den Kampf um eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. pro Stunde einzuleiten.

Der Verlauf der Versammlung war ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft immer mehr in der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Führung im Kampf für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft erkennt. Ein Ausdruck dieser wachsenden Erkenntnis ist auch die Tatsache, daß in dieser Versammlung 10 Straßenbahner in die Kommunistische Partei eintraten.

Kein Betrieb ohne Delegierten für die Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Primo de Riveras Sturz

Die spanische Krise ist unerwartet schnell zu ihrem ersten Ausbruch gekommen: Primo de Rivera und seine Diktatur sind den Kliquenkämpfen im Heere, bezw. in den dahinterstehenden herrschenden Klassen des Landes erlegen, ehe noch die Massenrebellion zum offenen Ausbruch kommen konnte. Um den Bestand der Ausbeuterherrschaft und der Macht der Kirche besorgt, ging eine andalusische Gruppe von Generälen unter unverhüllter Sympathie des Königs und mit aktiver Unterstützung eines nahen Verwandten des Königs daran, durch einen Militärputsch Primo zu stürzen, bevor der Sturz seiner Diktatur die Monarchie mitreißen könne. Denn schon zeigten sich in Catalonien Militärrebellionen und Massenbewegungen ausgesprochen republikanischen Charakters.

Vom König offen im Stich gelassen, ohne einen Rückhalt in der Armee, mußte Primo das Feld räumen. Gemäß der Forderung der Generäle, die sich gegenüber dem Diktator auf den König beriefen, ist ein General aus dessen nächster Umgebung, Berenguer, vorläufig zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Aber es ist klar und wird auch von den bürgerlichen Berichterstattern offen zugegeben, daß nun, wo die Dinge erst in Fluß sind, es bei dieser Zwischenlösung nicht bleiben kann: schon liegen aus Catalonien, insbesondere aus Barcelona Meldungen über gewaltige Massendemonstrationen revolutionären Charakters vor, schon beginnen die Arbeiter, sich zu rühren, schon wurden selbst in Madrid bei den Freudenkundgebungen über Primos Sturz Hochrufe auf die Republik laut. Noch läßt sich das Bild der Lage nicht übersehen, man kann nicht mit Bestimmtheit feststellen, wie sich das Entwicklungstempo in den nächsten Wochen gestalten wird. Aber mögen hinter Primos Sturz zunächst im wesentlichen Kliquenkämpfe im Lager der Herrschenden, Differenzen zwischen den verschiedenen imperialistischen Nachbarn Spaniens (nur die italienische Presse widmet Primo ausgesprochene Worte des Bedauerns, während man in Frankreich und England über seinen Sturz offen jubelt) gestanden haben — die „Vossische Zeitung" hat nicht so unrecht, wenn sie in ihrer Abendausgabe vom 29. Januar schreibt:

„Im spanischen Volk liegen unter der Oberfläche der Gleichgültigkeit dunkle Instinkte. Was nun, nachdem der Druck gewichen ist und alle Kräfte frei geworden sind, geschehen kann, ist unübersehbar."

Natürlich ist mit dem Ersatz eines Generals durch den anderen der Druck noch lange nicht gewichen — aber die Dinge sind im Fluß und die Zukunft gehört zweifellos — vom Standpunkt der „Vossischen Zeitung" aus gesehen — den „dunklen Kräften".

Die Mukdener Provokateure entlarvt

Ein chinesisches Eingeständnis / Wie der Ueberfall auf das Charbiner Sowjetkonsulat von der Mukdener Regierung organisiert wurde

Moskau, 30. Januar.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet aus Tokio über eine sensationelle Erklärung des mandschurischen Diplomaten Tsai, der im Namen der mandschurischen Regierung das Protokoll von Chabarowsk unterzeichnet hat. Tsai erklärte in einer Versammlung chinesischer Politiker in Fudsjadan, daß die Haussuchung im Sowjetkonsulat in Charbin im Juli vorigen Jahres, deren angebliche Ergebnisse der mandschurischen Regierung den Vorwand für ihre provokatorischen Vorstöße gegen die Sowjetunion gegeben haben, von der Mukdener Regierung mit Hilfe eines durch 15 000 Dollar bestochenen Agenten, der um diesen Preis eine förmliche Denunziation gegen das Sowjetkonsulat eingereicht hatte, inszeniert worden sei.

Diese Erklärung Tsais ist von der größten Bedeutung. Sie ist ein Eingeständnis der skrupellosen Frechheit, mit der die chinesischen Machthaber ihre Kriegsprovokation gegen die Sowjetunion organisiert haben. Sie bestätigt restlos die von der Sowjetregierung und von der sowjetrussischen Presse erhobenen Beschuldigungen gegen die chinesischen Generalsregierungen. Sie bestätigt ferner, daß die von der Nankinger Regierung veröffentlichten „Geheimdokumente", die angeblich im Charbiner Sowjetkonsulat gefunden worden seien, und das Material für eine ungeheuerliche Hetze gegen die Sowjetunion lieferten, von Anfang bis zu Ende gefälscht und erfunden sind.

Gen. Cachin und Doriot angeklagt

Der Terrorfeldzug der französischen Bourgeoisie gegen die KPF. wird verschärft

Die „Humanité" meldet, daß der Untersuchungsrichter den kommunistischen Abgeordneten Cachin und Doriot mitgeteilt habe, daß sie der Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates beschuldigt würden.

Der wachsenden Radikalisierung der französischen Arbeiterschaft, der steigenden Einflußnahme der Kommunistischen Partei Frankreichs auf breite Arbeiterschichten, ihrem Eindringen in das Bollwerk des französischen Imperialismus, in die Armee, glaubt die französische Trustbourgeoisie mit dem Terror des Staatsapparates begegnen zu können. Tardieu ließ Hunderte Prozesse gegen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter anstrengen, Tausende wurden verhaftet, aber diese Maßnahmen vermochten nicht, die Kampfkraft der französischen Arbeiterklasse zu brechen. Die Anklageerhebung gegen die Genossen Cachin und Doriot ist die konsequente Fortführung dieser Politik, die bezweckt, die KPF. der leitenden Funktionäre zu berauben.

„Turksib" am 1. Mai in Betrieb

Großtat des sozialistischen Aufbaues / Eine Strecke von 1100 Kilometern dem Verkehr übergeben / Vier Monate vor dem geplanten Termin vollendet

Moskau, 28. Januar.

Die Turkestan-Sibirische Eisenbahn (Turksib), deren Bau 1926 in Angriff genommen wurde, und die eine Länge von 1445 Kilometern aufweist, wird bereits am 1. Mai 1930 (anstatt wie planmäßig veranschlagt am 1. September), dem Verkehr übergeben werden. Auf einer Strecke von etwa 1100 Kilometern ist der Verkehr bereits eröffnet. Der Ausgangspunkt der Eisenbahn in Sibirien ist die Station Semipalatinsk an der Omsker Eisenbahnlinie, der Endpunkt in Turkestan die Station Jugowaja an der Taschkenter Eisenbahn. Somit durchquert die neue Bahnlinie das gewaltige Gebiet der Republik Kasakstan, das drei Millionen Quadratkilometer umfaßt. Die Eisenbahn wird vor allem die Baumwollgebiete Mittelasiens mit sibirischem Getreide, mit Holz, mit Kusnetzk-Kohle beliefern und gleichzeitig den Baumwolltransport besorgen.

*

Die Arbeiter der ganzen Welt begrüßen mit Stolz und Bewunderung die Vollendung des Baues der Turkestanisch-Sibirischen Eisenbahn, die den gewaltigen mittelasiatischen Kontinent mit einem Schlage der Kultur erschließt, ihn mitten hineinreißt in den reißenden Strom des sozialistischen Aufbaus.

Tausende von deutschen Arbeitern haben mit innerer Freude und mit Staunen den Film „Turksib" gesehen, der die weltgeschichtliche Aufbauarbeit der Sowjetmacht in der fernen asiatischen Wüste mit bewundernswerter Anschaulichkeit und Begeisterung weckend zur Darstellung bringt.
bringen.

Während die kapitalistische Welt im Zeichen des Verfalls steht, das Endstadium der Stabilisierung sich abrollt, in Deutschland das Unternehmertum Betriebe schließt und Tausende von Arbeitern aufs Pflaster wirft — ist „Turksib" das leuchtende Fanal der siegreichen proletarischen Diktatur, der schnell und unaufhaltsam sich entfaltende Sozialismus.

Mexiko im Schlepptau der USA.

Die Hintergründe des Bruchs mit der Sowjetunion

Moskau, 29. Januar.

Zur Abberufung der mexikanischen Gesandtschaft aus Moskau bemerken die „Iswestija", daß diese Abberufung die Entwicklung der Sowjetunion weder auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaues noch auf außenpolitischem Gebiet auch nur im geringsten aufhalten kann. Zu beachten ist dieser Vorfall lediglich deshalb, weil er überaus bezeichnend für die Kampfmethoden ist, die die kapitalistische Umwelt gegen die Sowjetunion anwendet. Die „Iswestija" gibt der Meinung Ausdruck, daß das Vorgehen der mexikanischen Regierung von der Regierung der Vereinigten Staaten diktiert worden ist. Die mexikanische Regierung hat sich nicht einmal die Mühe gegeben, zu der gegen die Sowjetunion erhobenen völlig unbegründeten Beschuldigung im Zusammenhang mit dem Vorgehen „ausländischer Kommunisten" irgendwelche Beweise anzuführen. Sofern der Akt der mexikanischen Regierung gegen die Sowjetunion gerichtet ist, so macht sie einfach von Schablonen Gebrauch, die von so geübten Meistern wie den englischen Konservativen erprobt worden sind.

Das Blatt erinnert daran, 1921 habe die mexikanische Regierung aus eigener Initiative die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen und somit die Unabhängigkeit ihrer Außenpolitik demonstriert. Dies war jedoch eine Periode, in der die mexikanische Kleinbourgeoisie in der nationalen Befreiungsbewegung, die gegen die Raubpolitik des amerikanischen Finanzkapitals gerichtet war, die Führung zu übernehmen versuchte.

Diese Politik hat seitens der Vereinigten Staaten erbitterter Kampf ausgelöst, worauf die Kleinbourgeoisie vor der Entfaltung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zurückgeschreckt, an der nationalen Befreiungsbewegung Verrat übte und sich mit den Vereinigten Staaten einigte.

Bezeichnend für den Sieg des amerikanischen Dollars ist die jüngste Wallfahrt des neugewählten mexikanischen Präsidenten nach Washington zu Hoover. Erst unlängst schloß sich Mexiko demonstrativ an die Demarche Stimsons angesichts des Ostchinabahnkonfliktes an. Gegenwärtig demonstriert Mexiko durch sein Vorgehen gegen die Sowjetunion die völlige Abhängigkeit seiner Außenpolitik von den Vereinigten Staaten.

Das Blatt vermutet, Washington sei, als es Mexiko zum Bruch mit der Sowjetunion bewog, vom Wunsche ausgegangen, vor der ganzen Welt den ausschlaggebenden Einfluß der Vereinigten Staaten auf dem ganzen amerikanischen Kontinent zu demonstrieren. Insbesondere jetzt, wo in London eine Konferenz tagt, die sich mit der neuen imperialistischen Aufteilung der Welt beschäftigt, ist eine derartige Demonstration für Washington nicht ohne Nutzen.

10 000 politische Gefangene in Polen

Im Verlaufe der Debatten zum Budget des Justizministeriums erklärte im Sejm der Abgeordnete Rosmarin, daß sich in den polnischen Kerkern 10 000 politische Gefangene befänden. Der Abgeordnete Keller, der sich zwar als Feind des Kommunismus bezeichnete, protestierte gegen die mittelalterlichen Folterungen, denen die Kommunisten bei der Vernehmung unterworfen werden.

Zwangsarbeit gegen indische Revolutionäre

WTB. Kalkutta, 23. Januar.

Hier wurden mehrere Mitglieder der Provinzial-Versammlung Bengalen, darunter der Vorsitzende und der Schriftführer, wegen Aufwiegelung und Beteiligung an einer Verschwörung zu einem Jahre Zwangsarbeit verurteilt. Die Anklage stützte sich auf Vorgänge im Zusammenhang mit der seinerzeit in Kalkutta veranstalteten Feier des sogenannten Tages der „Blutzeugen".

100 slowakische Bergarbeiter vor Gericht

Prag, 27. Januar.

Die Bergarbeiter in Banska Stiavnica (Slowakei) veranstalteten im Jahren 1926 eine Demonstration vor der Bergwerksdirektion und forderten die Auszahlung einer Teuerungsbeihilfe. Die Gendarmerie hat gegen 100 Arbeiter und Arbeiterinnen Anzeige erstattet und diese Arbeiter standen dieser Tage vor Gericht. Von den Angeklagten wurden 47 Arbeiter freigesprochen, die übrigen 53 Arbeiter erhielten eine Gefängnisstrafe von einem bis fünf Monaten.

WTB. Mexiko, 25. Februar.

19 Personen, darunter einige Frauen, sind von der Polizei unter dem Verdachte, die Ermordung einer Reihe von angesehenen Persönlichkeiten geplant zu haben, verhaftet worden.

WTB. Paris, 27. Januar.

Zwei französische Ueberseedampfer konnten gestern in Le Havre nicht auslaufen, weil die Besatzungen, die bessere Verpflegung und Entlohnung verlangten, in den Streik getreten sind.

Der stille Don

Roman von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur u. Politik (Dr. Johann Wertheim), Berlin-Wien

12. Fortsetzung.

IX.

Nicht wie eine rote, schimmernde Blüte blüht die späte Liebe eines Weibes, wie eine Tollkirsche blüht sie, wie ein Tollkraut am Wegesrand.

Seit der Mahd auf der Wiese war Aksinja wie umgewandelt. **Als hätte jemand ein Mal auf ihr Gesicht gebrannt, als wäre sie gezeichnet. Die Weiber zwinkerten listig, wenn sie ihr begegneten, und schüttelten hinterher die Köpfe. Die Mädchen beneideten sie. Sie aber trug ihren glücklichen, sündigen Kopf stolz und hoch.**

Bald wußten alle von Grischkas Liebschaft. Zuerst sprach man nur flüsternd darüber — man glaubte es, glaubte es auch nicht —. Als aber der stupsnasige Dorfwirt Kußjka sie unter dem Mond, im niedrigen Roggen neben der Windmühle liegen sehen hatte, rollte das Gerücht wie eine trübe Flutwelle durch das Dorf.

Es kam auch Pantelej Prokofjewitsch zu Ohren. Einmal, an einem Sonntag, ging er zu Mochow ins Geschäft. Sehr viele Menschen waren dort. Als er hineinkam, sahen ihn alle an, lächelten. Er drängte sich an den Tisch, wo man Stoffe verkaufte. Der Besitzer selbst, Sjergej Platonowitsch, schnitt ihm die Ware ab.

— Warum hat man dich schon so lange nicht gesehen, Prokofjitsch?

— Hab immer zu tun. Ich werd mit der Wirtschaft nicht fertig.

— Wieso? Hast erwachsene Söhne und wirst nicht fertig?

— Söhne? Pjetro ist im Lager. Wir arbeiten mit Grischka jetzt nur zu zweit.

Sjergej Platonowitsch strich über seinen breiten, grauen Bart und schielt vielsagend zu den drängenden Kosaken hinüber.

— Warum tust du so heimlich, lieber Freund?

— Heimlich?

— Ja. Du willst deinen Sohn verheiraten und erzählst nicht ein Sterbenswörtchen davon.

— Welchen Sohn?

— Grigorij. Er ist doch noch unverheiratet.

— Vorläufig denke ich nicht daran.

— Ich habe gehört, daß du Stepan Astachows Aksinja zur Schwiegertochter nimmst...

— Ich? Von ihrem lebenden Mann! ... Was fällt dir ein, Platonytsch, machst dich vor allen Leuten lustig über mich?...

— Warum sollte ich mich lustig machen... ich hab's gehört...

Pantelej Prokofjewitsch streichelte das vor ihm liegende Stück Stoff und humpelte zum Ausgang. Er ging direkt nach Hause, wie ein Stier den Kopf nach vorn gebeugt, die schwieligen Finger hatte ein Stier den Kopf nach vorn gebeugt, die schwieligen Finger hatte er zur Faust geballt, er hinkte stärker als sonst. Als er an Astachows Hof vorbeikam, sah er durch den Zaun hinein; Aksinja, aufgeputzt, jünger geworden, ging, sich in den Hüften wiegend, einen leeren Eimer in der Hand, in die Hütte.

— He... du... wart einmal...

Pantelej Prokofjewitsch schob sich wie ein Teufel durch die Pforte. Aksinja blieb stehen, wartete auf ihn. Sie gingen in die Hütte. Der saubere Erdboden war mit roten Sand bestreut, in der Ecke standen, eben aus dem Ofen herausgenommen, Pirogen. Es roch nach alten Kleidern und Anisäpfeln.

Ein riesiger, gesprenkelter, großköpfiger Kater wollte sich an Pantelej Prokofjewitschs Stiefeln reiben, doch dieser stieß ihn weg, runzelte die Brauen und schrie Aksinja an.

— Was treibst du?... Dein Bett ist noch von deinem Mann nicht ausgekühlt, und du bändelst schon mit anderen an... Grischka schlage ich blutig, und Stepan werd ich's schreiben!... Er soll nur alles wissen... verfluchte Hure! Man hat dich augenscheinlich in deiner Jugend zu wenig geprügelt... Dein Fuß soll von heute ab meinen Hof nicht betreten... Bändelst mit meinem Burschen an, kommt Stepan zurück, dann wird er mir, dann wird er mir...

Aksinja hörte mit zusammengekniffenen Augen zu. Plötzlich hob sie mit einer schamlosen Bewegung den Rock in die Höhe, ein scharfer Geruch von Weiberröcken und Weiberbrust überströmte ihn. Sie trat, das Gesicht verzerrt, die Zähne fest aufeinandergepreßt, auf ihn zu:

— Bist du mein Schwiegervater? Was? Bist du mein Schwiegervater? ... Was hast du mir Lehren zu erteilen? Tu's bei deiner Breithintrigen! Bei dir, auf deinem Hof kannst du kommandieren! ... Komm' mir nicht unter die Augen, du lahmer, hinkender Teufel! ... Mach, daß du fortkommst, tob nicht wie ein verschnittener Eber herum, hab keine Angst vor dir!...

— Wart einmal, du Närrin...

— Geh nur, einen Dreck geht dich die ganze Sache an!... Mach, daß du fortkommst... geh dorthin, woher du gekommen bist! Wenn ich Grischka haben will, dann freß ich ihn mit Haut und Haaren und hab mich vor niemand zu verantworten... ja!... Ich hab Grischka lieb... ja... Nun? Wirst mich dafür erschlagen? ... Wirst meinem Mann schreiben?... Schreib dem Zaren selbst ... Grischka gehört mir!... Mir!... Mir!... Mein ist er... und wird mein bleiben!...

Aksinja drängte mit ihrer Brust (die zitterte, wie ein Vogel im Netz) den kleinmütig werdenden Pantelej Prokofjewitsch zur Tür, sie verbrannte ihn mit der Flamme ihrer schwarzen Augen, überschüttete ihn mit Worten, eines immer fürchterlicher, schamloser als das andere. Pantelej Prokofjewitsch wehrte sich mit den Armen, wich mit zitternden Augenbrauen zurück, nahm die in die Ecke gestellte Krücke und stieß mit dem Rücken die Türe auf. Aksinja drängte ihn aus dem Vorraum, schrie, keuchte, tobte:

— Für mein ganzes bitteres Leben will ich mich satt lieben. Dann könnt ihr mich erschlagen ... Grischka ist mein! Mein!

Pantelej brummte etwas Unverständliches in den Bart, hinkte seinem Hause zu.

Er traf Grischka im Vorraum. Ohne ein Wort zu sagen, schlug er ihm mit der Krücke über den Rücken.

— Wofür, Vater?

— Verdienst's, Hundekerl!

— Wofür denn?

— Mach dem Nachbarn keine Schweinereien! ... Mach dem Vater keine Schande! Treib dich nicht herum, du Hund, du! —/ Der Alte atmete schwer, schleppte Grigorij, der versuchte, ihm die Krücke wegzureißen, durch die Stube.

— Ich laß mich nicht prügeln! — keuchte Grigorij dumpf, preßte die Zähne zusammen und riß die Krücke aus den Händen des Vaters. Legte sie über das Knie und — krach... sie war entzwei!...

Pantelej Prokofjewitsch schlug den Sohn mit geballter Faust ins Genick.

— Ich sperre dich in die Scheune ein ... du Luder, du verdammtes ... verd—a—ammtes ...! — Ich werde dich mit der blöden Marfuschka verheiraten ... Ich werd's dir schon zeigen! ...

Die Mutter kam, durch den Lärm erschreckt, hereingelaufen.

— Prokofytjch, Prokofytjch! ... Beruhige dich ... Beruhige dich! ...

(Fortsetzung folgt.)

Die internationale Erwerbslosigkeit und ihre Bekämpfung

I.

Die sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika entwickelnde Krise greift allmählich auf die anderen Länder über. Es unterliegt bereits keinem Zweifel, daß wir es nicht mehr mit einer konjunkturmäßigen Depression von lokaler Bedeutung zu tun haben, sondern mit einer Wirtschaftskrise von internationalem Charakter. Man kann noch über das Tempo der Entwicklung dieser Krise streiten, aber man kann weder ihr unaufhörliches Wachstum noch ihre Tiefe leugnen. Die Folgen dieser Krise werden für die kapitalistische Gesellschaft um so schwerer, da sie sich auf dem Hintergrund der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems entwickelt und die Widersprüche desselben außerordentlich zuspitzt. Die Bedeutung dieser Krise wird dadurch noch größer, daß sie mit einer schweren Agrarkrise verbunden ist, die ihrerseits das Verfaulen des monopolistischen Kapitalismus noch mehr unterstreicht.

Zum Unterschied von der internationalen Krise 1920 entfaltete sich die gegenwärtige Krise des Jahres 1930 bei einem gleichzeitigen Aufstieg der revolutionären Welle und mächtigen Erstarkung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, d. h. in Begleitung zweier entscheidender Umstände, die die Folgen dieser Krise für den Kapitalismus unbedingt vertiefen müssen. Die Analyse, die das X. EKKI.-Plenum vom unvermeidlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Stabilisierung gab, fand eine glänzende Bestätigung. Die Symptome dieses Zusammenbruchs kommen in einer Reihe von Erscheinungen zum Ausdruck, von denen die wichtigste das unglaubliche Wachstum der Arbeitslosigkeit ist.

In den Vereinigten Staaten werden bereits 5 Millionen Arbeitslose gezählt, in Deutschland 3 Millionen, in Großbritannien nähert sich ihre Zahl 2 Millionen. Die ganze östliche Hälfte von Europa kämpft seit Monaten mit der sinkenden Produktion, die unvermeidlich dazu führt, daß Hunderttausende von Arbeitern auf das Pflaster geworfen werden. In dem kleinen Oesterreich gibt es 325 000 Arbeitslose. In Polen wird für die allernächste Zeit mit einer Arbeitslosigkeit bis zu 400 000 gerechnet usw. In Südamerika hungern infolge der Krise Millionen von Landarbeitern. Ueberall wächst neben der Massenarbeitslosigkeit in erschreckender Weise die Zahl der Kurzarbeiter. Die kapitalistische Rationalisierung und die neuen Methoden zur Ausbeutung der Arbeitskraft wurden auch bisher von chronischer Arbeitslosigkeit begleitet, vom Wachstum der Reserve der Arbeiterarmee und vom allgemeinen Sinken des Lebensniveaus der Arbeiterklasse. So war es sogar im Moment des wirtschaftlichen Aufstieges der kapitalistischen Wirtschaft, der noch nicht so weit zurückliegt. Die gegenwärtige Krise verschärfte und wird im weiteren noch mehr verschärfen alle diese Prozesse bis zu einem phantastischen Ausmaß. In den großen Industriezentren der kapitalistischen Welt gibt es jetzt keine einzige Arbeiterfamilie, in der es keinen Arbeitslosen gäbe. Die kapitalistische Gesellschaft und ihre sozialdemokratischen und „Arbeiter"minister liefern Millionen proletarischer Familien dem Hunger und Elend aus, für die es keinen Platz im Produktionsprozeß gibt. Die kapitalistische Gesellschaft weiß unter den gegenwärtigen Verhältnissen des katastrophalen Wachstums der Arbeitslosigkeit nichts Besseres als Zuchthausgesetze zu erlassen, die den Arbeitslosen sogar die geringe Unterstützung nehmen, die sie bisher hatten (Deutschland).

Gleichzeitig geht überall ein schonungsloser Angriff der Kapitalisten auf das Lohnniveau vor sich. In den Vereinigten Staaten werden die Löhne der Arbeiter der Stahlindustrie um 20 Prozent gekürzt. Dasselbe sehen wir in anderen Ländern. Die Bourgeoisie ist bemüht, die schwersten Lasten der gegenwärtigen Krise auf die Arbeitermassen abzuwälzen und auf ihre Kosten die Schwierigkeiten zu überwinden. **Alles das stellt zwingend die Frage des Kampfes gegen die internationale Arbeitslosigkeit, die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Kommunistischen Internationale.** Die Streikwelle, die sich jetzt durch alle kapitalistischen Länder ergießt, ist vor allem mit dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Senkung ihres Lebensniveaus verbunden. Es gibt jetzt keine einzige Frage mehr, die jede proletarische Familie, jeden, auch den rückständigsten parteilosen Arbeiter so unmittelbar berühren würde wie die Arbeitslosigkeit. In dieser Frage empfindet sowohl der deutsche sozialdemokratische Arbeiter — der bisher den Wissell und Müller Glauben geschenkt hat — wie der englische Prolet — der bei den letzten Wahlen seine Stimme der Macdonald-Partei gab — am besten das Klassenwesen der bürgerlichen Politik von Müller und Thomas. Die fürchterliche Arbeitslosigkeit ist die Achillesferse der kapitalistischen Gesellschaft und aller bürgerlichen und „Arbeiter"regierungen. Hier zeigt es sich für die breitesten Massen der Arbeiter am klarsten, daß die Bourgeoisie außerstande ist, die Widersprüche des kapitalistischen Systems zu lösen. An dieser Frage werden sich vor allem sämtliche Sozialfakire die Köpfe zerbrechen, die von der Bourgeoisie ins Rad gestellt wurden.

Von dieser Frage aus kann man am leichtesten den Arbeiter auf die Frage des Young-Planes, des Faschismus, des Sozialfaschismus, des imperialistischen Krieges bringen, zum Problem der Macht und der proletarischen Diktatur. An Hand dieser Frage, die, wie auch die Frage des materiellen Lebensniveaus jeden Arbeiter berührt, kann man am leichtesten die Arbeitermasse aufrütteln, die tiefen proletarischen Reserven der Vorhut des Proletariats zuführen, die Klassenfront des Kampfes dieser Vorhut auffüllen. Die Kommunistische Partei, die die Arbeitermassen um diese Fragen zu mobilisieren vermag, wird zum Schwungrad, das die Klasse in Bewegung setzt, die von der Geschichte berufen ist, die alte verfaulende kapitalistische Welt zu stürzen. Welcher Arbeiter wird dem Rufe der Kommunistischen Partei, sich nicht von der Bourgeoisie dem Hungertode ausliefern zu lassen, Gleichgültigkeit entgegenbringen. Wer von ihnen wird nicht auf die Straße gehen, um gegen die Arbeitslosigkeit und gegen den Kapitalismus zu kämpfen, sogar in den Ländern des weißen Terrors. Wer von ihnen wird über die politischen Ergebnisse der sich faschisierenden „Demokratie" und über das von den Sozialdemokraten so verherrlichte Regime der „Prosperität" nicht nachdenken, und sie nicht mit den politischen Ergebnissen der proletarischen Diktatur vergleichen, mit der Lage der Arbeiterklasse im Lande, das auf Grund des Fünfjahresplanes siegreich den Sozialismus aufbaut.

(Schluß folgt)

Aus Wirtschaft und Betrieb

Kapitalsoffensive in den öffentlichen Betrieben

Sozialfaschisten für Massenentlassungen und Lohnabbau

Von Georg Ziaja

Mit großer Heftigkeit setzen in den letzten Tagen die Angriffe der Klassenfeinde gegen die Arbeitermassen in den öfentlichen Betrieben ein. In Berlin stellte der Sozialfaschist Brolat an die Arbeiterschaft der Verkehrs-AG. die Forderungen, sie **soll entweder Feierschichten ohne Vergütung hinnehmen, oder es würden einige Hundert Arbeiter entlassen werden.** In Gelsenkirchen, Buer und Horst plant die Verwaltung den Abbau städtischer Arbeiter, in einzelnen Abteilungen sogar bis zu 80 Prozent der Belegschaft. In einigen kleineren Gemeinden ist die von der Gemeinde bisher gezahlte Sonderzulage abgebaut worden. Der Badische Städteverband beschloß in den letzten Tagen, das Lohnabkommen der badischen Gemeindearbeiter zu kündigen zu dem Zweck, einen Lohnabbau vorzunehmen.

In den Postbetrieben wird eine Entlassung von mehreren Tausend Arbeitern geplant.

Was sind die Ursachen dieser Maßenentlassungen und Vorstöße auf Lohnabbau in den öffentlichen Betrieben? Offensichtlich ist hier das Zusammenwirken der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie mit der Gemeinde- und Staatsbürokratie und der Trustbourgeoisie. Der ungeheure Raubzug gegen die Arbeiterschaft in den öffentlichen Betrieben wird auf der Basis des Youngplanes durchgeführt. Die Bestimmungen des Youngplanes besagen in Artikel 8, daß eine Spartätigkeit und die Bildung von Kapital, d. h. Steigerung der Ueberschußwirtschaft, in den öffentlichen Betrieben unerläßlich sei. Schließlich wird in Anlage 4 des Youngplanes festgelegt, daß

„die nicht transferierbaren Reichsmarkguthaben in Deutschland anzulegen sind."

Diese Bestimmungen sind ganz offen die Richtlinien für die Raubzüge gegen die öffentlichen Betriebe. Deshalb ist von den Gemeindeverwaltungen in trauter Harmonie mit dem internationalen Finanzkapital die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität vorgenommen worden. Mit dem Abbau von Arbeitern und einer gleichzeitigen Preis- und Leistungssteigerung soll die Rente aus den öffentlichen Betrieben für das internationale Finanzkapital profitabler gestaltet werden.

Unerhört ist in diesem Zusammenhange die Frechheit und Gemeinheit der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokrati, mit der sie die Arbeiterschaft betrügt. In einer „Kundgebung" wendet sich der sozialfaschistische Vorstand des Gesamtverbandes der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs unter der Ueberschrift: **„Verteidigt die öffentlichen Werke"** an die Arbeiterschaft und sagte u. a. darin folgendes:

„Die Parole der Entkommalisierung ist von der Privatindustrie ausgegeben worden und die Gefahr eines Verkaufs der deutschen öffentlichen Wirtschaft an private in- und ausländische Kapitalistengruppen ist unmittelbar nahe gerückt, wobei die werbenden Betriebe der Kommune mit ihren günstigen Entwicklungs- und Gewinnaussichten das Hauptangriffsobjekt der Kapitalisten sind."

Dieselben Sozialfaschisten, die den „Ausverkauf der deutschen öffentlichen Wirtschaft an in- und ausländische Kapitalistengruppen" im Youngplan vereinbart haben und diesen durchführen, sprechen jetzt davon, daß die „Gefahr" einer „Entkommunalisierung" und der „Auslieferung der öffentlichen Betriebe an das Privatkapital" bestehe. Diese Propaganda wird von den Sozialfaschisten in den Gewerkschaften, in den Gemeinden und staatlichen Verwaltungen lediglich betrieben, um die Ausbeutung der Arbeitermassen am besten dort durchführen zu können, wo sich diese von den Losungen und Parolen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie einfangen lassen.

Im Frühjahr wird für einige Hunderttausend Arbeiter der Gemeinde-, Staats- und Verkehrsbetriebe der Tarifvertrag ablaufen. **Rechtzeitig** hat die Gemeinde- und Staatsbürokratie mit der Gewerkschaftsbürokratie wieder einmal mit einer Kampagne eingesetzt zu dem Zweck die psychologischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Arbeitermassen auch von Lohn- und Arbeitskämpfen abzuhalten. Mit der Propaganda, daß die deutschen Gemeinden 5 Milliarden Goldmark Schulden hätten und den Beschlüssen der Deutschen Städtetage, sowohl wie die in dem Aufruf der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, enthaltenen Forderung, die Gemeindeverwaltungen müßten eine bessere Kapitalausrüstung für die öffentlichen Werke bekommen, beabsichtigt diese Betrügergesellschaft nichts anderes, als jeden Kampf um höhere Löhne zu verhindern. Die Arbeiterschaft muß auf dem Posten sein. Etwa 2½ Millionen Arbeiter und Angestellte sind in öffentlichen Betrieben beschäftigt. Der Anschlag des internationalen Finanzkapitals und der Sozialfaschisten gegen die öffentlichen Betriebe hat auch insofern eine besondere Bedeutung, als die öffentlichen Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Verkehrsbetriebe Lebensfunktionen dieses kapitalistischen Staates sind und der Weltimperialismus ein großes Interesse daran hat, auf der Linie seiner Kriegsrüstungen gegen die Sowjetunion diese Betriebe zu guten festen faschistischen Säulen für den deutschen kapitalistischen Staat zu machen. Deshalb auch die Konzentration der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie unter der Maske „Verschmelzung der Gewerkschaftsverbände."

Es liegt an den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Betriebe selbst, diesen sozialfaschistisch-[illegible]-kratischen Feldzug zurückzuschlagen. In scharfer Frontstellung gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie muß die Arbeiterschaft der öffentlichen Betriebe unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition schnellstens, wo dieses noch nicht geschehen ist, den revolutionären Betriebsvertrauensmännerkörper aufbauen, die Betriebszellen der Kommunistischen Partei verbreitern und aktivieren und den **Kampf um den Siebenstundentag, um höheren Lohn, um rote Betriebsräte gegen die verbündete Gewerkschafts- und Gemeinde- und Staatsbürokratie, sowie gegen die Trustbourgeoisie sofort organisieren und aufnehmen.**

Aus dem Gewerkschaftsleben

Tarifabschluß mit 30 Prozent Lohnabzug

Eine sozialfaschistische Heldentat hinter dem Rücken der Arbeiter

Der vom Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes in Eisenach eingesetzte „Diktator" Matthies hat eigenmächtig, ohne Zustimmung der Arbeiter mit der Direktion der Kammgarnspinnerei einen Tarifvertrag für die Handwerker dieses Betriebes abgeschlossen, der so ungeheure Verschlechterungen bringt, daß sogar ein Gauleiter des Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereins den von Matthies abgeschlossenen Vertrag als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnete. Die von diesem Tarifvertrag betroffenen Arbeiter nahmen in einer Betriebsversammlung dazu Stellung. Matthies versuchte seine Schandtat zu rechtfertigen, doch die Zwischenrufe wie Lump und Arbeiterverräter waren Beweis genug, wie die Arbeiter über seinen Verrat dachten. Der Vorsitzende des Betriebsrates erklärte, daß er zwecks Regelung der tariflichen Angelegenheiten Matthies zu einer Aussprache in den Betrieb gerufen habe. Matthies habe es aber abgelehnt, mit dem Betriebsrat über diese wichtige Frage zu sprechen, sondern habe es vorgezogen, **stundenlange Verhandlungen mit dem Betriebsdirektor ohne Hinzuziehung der Arbeitervertretung** zu führen. Die Versammlung forderte auf dem schnellsten Wege eine **Revision des Tarifvertrages** und erklärte sich bereit, den Kampf gegen diesen Schandvertrag und für eine Lohnerhöhung aufzunehmen.

Wuchtige Kampfkongresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Der pfälzische Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition nahm trotz des über Kaiserslautern verhängten Belagerungszustandes einen glänzenden Verlauf. Weit über die Hälfte der etwa 100 Delegierten waren unmittelbar in den Betrieben gewählt worden. Der provokatorische Aufmarsch hunderter Polizeimannschaften konnte nicht verhindern, daß zweimal am Tage die Massen zur Begrüßung des Kongresses aufmarschierten. Auf dem Kongreß selbst sprachen Parteilose, sozialdemokratische und christliche Arbeiter ihre Bereitwilligkeit aus, unter Führung der Kommunistischen Partei die kommenden Kämpfe zu organisieren.

15 Delegierte, darunter ein christlicher und zwei Sozialdemokraten erklärten auf der Tagung ihren Eintritt in die Kommunistische Partei.

Die Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition für das Münsterland nahm einen glänzenden Verlauf. 82 Delegierte, darunter 49 Parteilose, 4 Mitglieder des KJVD., 34 freigewerkschaftliche Organisierte, 41 Unorganisierte, 4 christliche Gewerkschaftsopposition, 3 Ausgeschlossene sowie 216 Gäste zeigten, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition auch im Münsterland fest verankert und auch im Vormarsch ist. Der Genosse Fritz Emrich, Mitglied des Reichskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition hielt das Referat zu den Fragen des Kampfes gegen die Trustdiktatur und das Massenelend. Er konkretisierte die Aufgaben der revolutionären Arbeiterklasse, insbesondere für die Textilindustrie. Die Diskussionsredner erklärten sich alle im Sinne der revolutionären Gewerkschaftsopposition bereit, den Kampf aufzunehmen unter Anwendung der neuen Kampfformen und Kampfmethoden. Nach der Konferenz formierte sich ein großer Demonstrationszug nach dem Marktplatz. Ein Aufgebot von Landjägern und Polizisten versuchte die Kundgebung mit [illegible] auseinanderzutreiben.

In Bremen tagte die erste oppositionelle Gewerkschaftskonferenz des Weser-Ems-Gebietes. Die Konferenz war durch 130 Delegierte vertreten, [illegible] in Betriebsversammlungen, 21 in Einzelbetriebsversammlungen und 6 in Gewerkschaftsversammlungen [illegible] wurden. Gewerkschaftlich waren [illegible] 13, die übrigen [illegible] gewerkschaftlich nicht organisiert. Die Frauen waren durch 10 Delegierte und die Jugendlichen durch 20 Delegierte vertreten.

Der Kongreß wurde mit einer wuchtigen Demonstration eingeleitet. Als Vertreter des Reichskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition hielt Genosse Peschke das Hauptreferat, welches alle Probleme vom Standpunkt der revolutionären Gewerkschaftsopposition beleuchtete. In der Diskussion erklärten sich alle Delegierten bereit, den Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterschaft aufzunehmen. Sämtliche Resolutionen wurden nach ausgiebiger Diskussion einstimmig angenommen. **Eine Reihe bisher parteiloser Delegierte traten auf dem Kongreß der KPD. bei.** Der Kongreß war ein voller Erfolg für die revolutionäre Opposition des Weser-Ems-Gebietes. Mit dem Gesang der „Internationale" wurde der bedeutungsvolle Kongreß geschlossen.

Stillegung der Wernigeroder Steinindustrie

In Wernigerode wurden am 22. Januar der Betrieb von Wolfram stillgelegt, am 8. Februar liegt der Hauptbetrieb Wegener still und zum 15. Februar soll der Betrieb Strutz stillgelegt werden. **Damit ist die gesamte Steinindustrie mit einer Belegschaft von über 500 Mann stillgelegt.** Was für diesen Ort für den Arbeiter den Verlust ihrer letzten Arbeitsstelle bedeutet. Die Steinwerke, die früher in städtischem Besitz waren, sind mit Hilfe der Sozialfaschisten im vorigen Jahre an Privatunternehmer ausgeliefert worden. Am 1. Januar lief der Tarif für die Steinarbeiter ab und die Unternehmer verlangten einen Abbau der Hungerlöhne. Während die Verhandlungen, die die Reformisten am grünen Tisch führen, ergebnislos verlaufen, gehen die Unternehmer dazu über, die Betriebe still zu legen.

Die Gewerkschaftsopposition fordert die Arbeiter auf, den Kampf gegen die Stillegung und für höhere Löhne aufzunehmen.

Hohe Dividende bei den Mitteldeutschen Stahlwerken

In der Aufsichtsratssitzung der Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G., zugehörig zu den Vereinigten Stahlwerken, wurde der Abschluß des Geschäftsjahres der Gesellschaft vorgelegt. Danach beträgt ein Betriebsüberschuß nach Deckung sämtlicher Unkosten von über 13 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre von rund 12¼ Millionen Mark. Der Rohgewinn ist im Vergleich zum Vorjahre um über 1½ Millionen Mark gestiegen. Die Dividende erhöht sich auf [illegible] Prozent. Das Kassenguthaben der Gesellschaft ist erhöht von 3,5 auf 10 Millionen Mark. Die Förderungszunahme in den Braunkohlenbetrieben ist um 17,5 Prozent, bei der Rohsalzerzeugung 13 Prozent gestiegen.

Diese Riesengewinne konnten nur erzielt werden durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen, durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Die Arbeiter müssen infolge der gewaltigen Gewinne der Unternehmer den Kampf aufnehmen um höhere Löhne, um Kürzung der Arbeitszeit. Die hohe Dividende ist ein Beweis dafür, daß die Unternehmer sehr wohl in der Lage sind, die Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen, ohne etwa auf große Gewinne deshalb verzichten zu müssen.

F.J.M. Reiß Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft" / „Unterhaltung und Wissen"

Nr. 47 | Die „Neue Zeitung" erscheint täglich. Verleger: Freier Verlag G. m. b. H., München, Nymphenburgerstraße Nr 32. Druck: Bajuvarendruck G. m. b. H., München, Nymphenburgerstraße 32. Telefon 30455. Postscheck-Konto: München, Freier Verlag Nr. 47280 | Mittwoch, 26. Februar 1930 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.50 Mk. ohne Zustellgebühr, durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. — Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 50 Pfg. Rabatt nach Tarif | 13. Jahrg.

Sozialfaschistisch-deutschnationale Pressehetze gegen den 6. März

„Erwerbslose, Waffen abholen!"

Hugenberg als Zörgiebels Lügen-Pressechef / Völliger Bankrott des Zörgiebelüberfalles auf das Karl Liebknecht-Haus

München, 25. Februar.

Die gesamte Hugenberg-Presse veröffentlicht in den letzten Tagen „sensationelle Feststellungen" über angebliche Funde im Karl Liebknecht-Haus bei der Zörgiebelschen Gewaltaktion. „Ein Großkampftag der KPD. aufgedeckt", „Das wichtigste Ergebnis der Haussuchung im Karl Liebknecht-Haus", so betiteln sich die neuesten Lügen. **Es heißt darin, daß die KPD. beabsichtigt, am 6. März eine großangelegte Aktion gegen Berlin durchzuführen und daß man den Entwurf eines „Geheimbefehls an die Funktionäre der Partei" gefunden habe.**

In diesem Geheimbefehl heiße es, daß die KPD. vermeiden müsse, daß die Polizei, ähnlich wie am 1. Februar, zu früh Kenntnis von den Plänen der Partei bekomme. Es heißt dann wörtlich:

„Dies müsse diesmal durch strengste Geheimhaltung der Befehle unbedingt vermieden werden. Es wird ausdrücklich ausgesprochen, daß die Partei am 6. März nun endlich zu einem Hauptschlag in Berlin auszuholen werde. Die Beschlagnahme des Geheimbefehls war der eigentliche Zweck der Aktion gegen das Karl Liebknecht-Haus."

Da haben sie aber wirklich etwas entdeckt. Allerdings konnte schon seit Wochen in der kommunistischen Presse „entdeckt" werden, daß am 6. März in Berlin und in allen größeren Städten der ganzen Welt Kampftage gegen die Erwerbslosigkeit durchgeführt werden sollen. Die Kommunistische Partei hat dazu in aller Oeffentlichkeit aufgerufen. Zörgiebel mag doch dieses angeblich gefundene Rundschreiben im Wortlaut veröffentlichen. Wenn er ein echtes Dokument veröffentlicht, dann wird jeder sehen, daß darin nichts anderes steht, als was wir täglich in der kommunistischen Presse schreiben. Aber weil eben dieses Dokument nicht vorhanden ist, deswegen wird auf dem Umweg über die Hugenberg-Presse eine solche verlogene Geschichte losgelassen.

Was sich hinter diesen deutschnationalen Lügen noch versteckt, ist offensichtlich. **Es wird noch bestätigt durch die Tatsache, daß auf den Berliner Arbeitsnachweisen in den letzten Tagen Zettel angeschlagen worden sind folgenden Inhalts:**

Achtung, Erwerbslose!
Der Sturm beginnt.
Die Mitglieder der G.M.
können Waffen ab 2. März
bei den Führern abholen.

Der Zusammenhang ist klar. Die bürgerliche Presse „stellt fest", und „entdeckt", daß die KPD. zum 6. März einen „Großkampftag" beabsichtigt, daß sie „Geheimbefehle" erläßt, und Zörgiebels und Severings Spitzel kleben Zettel, worin es heißt, daß **„Waffen ab 2. März bei den Führern abzuholen sind".** Es handelt sich hier um eine ganz planmäßige sozialfaschistische Hetze zur Vorbereitung des Verbots der Kommunistischen Partei, deren Niederschlagung notwendig ist als Voraussetzung der weiteren Ausbeutung der Arbeiterschaft, als Voraussetzung des Krieges gegen die Sowjetunion. Darum dieser Vorstoß der Sozialfaschisten durch die deutschnationale Presse, der für die Arbeiterschaft ein Alarmruf ist für die verstärkte Arbeit, für den verstärkten Kampf.

Die Nazis gehen beten

Ein Schulgebet gegen den Versailler Vertrag

Weimar, 24. Februar.

Nachdem der neue thüringische Innenminister, der Hakenkreuzler Frick so fleißig mitgeholfen hat, die Gemeinden auszuplündern und die Steuerlasten der Werktätigen zu erhöhen, will er neuerdings den Beweis bringen, daß er auch in ideologischer Beziehung versteht den Forderungen der Bourgeoisie gerecht zu werden. **Wie Hakenkreuzler-Versammlungsredner in öffentlichen Versammlungen in Thüringen mitteilten, beschäftigt sich der nationalsozialistische Innenminister mit der Absicht in allen Schulen Thüringens ein tägliches Gebet einzuführen, das gegen den Versailler Vertrag gerichtet ist.**

Frick plant bei diesem neuesten, bisher noch nie gekannten nationalsozialistischen Kampfmittel gleichzeitig auch das bisherige Mißtrauen der Pfaffen gegen das Hakenkreuz zu zerstören und dadurch mit beizutragen, die reaktionäre Front zu schließen und zu stärken.

125 Delegierte

zur südbayerischen Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Nach den aus dem ganzen Bezirk vorliegenden Berichten wurden bisher in Betriebs- und Erwerbslosenversammlungen für die südbayerische Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition 125 Delegierte gewählt.

200 Delegierte hat sich die südbayerische Organisation als Ziel gesetzt. Dieses Ziel muß erreicht werden!

Auch in Nordbayern muß nunmehr die Wahl der Delegierten für die Konferenz in allen Betrieben und Erwerbslosenversammlungen vorwärtsgetrieben werden!

Nur noch 12 Tage bis zur Konferenz!

Verstärkt die revolutionäre Mobilisierung der Betriebe!

Zeigt durch die Tat, die Steigerung der revolutionären Energie im Wettbewerb!

Kabinett Chautemps gestürzt!

Paris, 26. Februar.

Die Regierung Chautemps, die sich gestern unter Stellung der Vertrauensfrage der französischen Kammer vorstellte hat bei der Abstimmung keine Mehrheit erhalten. Mit 292 gegen 277 Stimmen wurde der Vertrauensantrag abgelehnt.

Bei der Zusammensetzung der Kammer war von Anfang an anzunehmen, daß eine in der Hauptsache aus den Radikalen gebildete Regierung auch dann, wenn sie die Unterstützung der Sozialdemokraten erhält, einen schweren Stand hat. Die Regierungserklärung Chautemps brachte wohl einige Versprechungen, konnte aber die reaktionären Rechte nicht befriedigen.

Die Abzählung des Stimmenergebnisses dauerte sehr lange. Als es bekannt gegeben wurde, brachen die Rechtsparteien in lärmenden Beifall aus. Der Ministerpräsident Chautemps begab sich mit den übrigen Ministern nach der Abstimmung ins Elysee um dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts zu überbringen. Doumergue hat die Demission angenommen und sofort Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung aufgenommen. Man rechnet neuerdings wiederum mit einem Kabinett Tardieu.

„Nun erst recht!" Aufgebot!

Jede Zelle, jede Ortsgruppe muß bis zum 1. April ein eigenes Organ haben. Die Kampffondssammlung ergibt die Mittel für den Vervielfältigungsapparat.

Jeder Arbeiter gibt für die Partei!

Fordert Sammellisten an.

„Erster Mai darf nicht freigegeben werden"

Die sozialfaschistischen Maimörder wollen Maidemonstrationen verbieten / Schamlose Geständnisse auf der Berliner SPD.-Fraktionssitzung der Metallarbeiter

Nun erst recht auf die Straße!

Berlin, 25. Februar.

Auf einer vertraulichen Sitzung der Berliner SPD.-Metallarbeiterfraktion, auf der u. a. auch zugegeben wurde, daß Zörgiebel in den Maitagen 33 Menschen erschießen ließ, weil er den überwältigenden Eindruck der kommunistischen Demonstration fürchtete, machen die SPD.-Führer jetzt schon Stimmung für ein neues Maiverbot auch in diesem Jahre. Die Sitzung hat am 17. Februar in den Berliner Sophiensälen stattgefunden und dort machte der sozialdemokratische Fraktionsleiter Holz wortwörtlich folgende Ausführungen:

„Wir müssen uns vorstellen, was es bedeutet, wenn die Kommunisten freie Demonstrationsmöglichkeiten haben. Die Berichterstatter aller Zeitungen, nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, werden sicher die Maivorgänge in Berlin verfolgen. Fest steht, wird der 1. Mai freigegeben, dann versuchen die Kommunisten alles, was hinter ihnen steht, auf die Beine zu bringen.

Wir können wohl Säle füllen, aber wenn unsere Genossen auf die Straße kommen, dann haben sie sich rasch verkrümelt. Von was werden dann die internationalen Presseleute berichten? Selbstverständlich von roten Fahnen mit Sowjetsternen, von kommunistischen Schildern und Transparenten . . . Ob der 1. Mai freigegeben werden kann, darüber werden die Genossen in den maßgebenden Instanzen, im Innenministerium, entscheiden."

Die schmutzige, erniedrigende Abhängigkeit der Sozialdemokratie vom internationalen Finanzkapital — ist sie jemals krasser verdeutlicht worden als hier, wo die SPD.-Führung offen zugibt: Jawohl, wir verbieten die Demonstration am 1. Mai, damit die Pressekulis des internationalen Finanzkapitals nicht merken, daß die Kommunisten in Berlin zahlenmäßig stärker sind als die Sozialdemokraten. Allerdings, das gäbe einen niederschmetternden Eindruck, wenn die SPD. in die peinliche Lage käme, ihre Anhänger auf die Straße rufen zu müssen. Denn

wo gibt es noch einen Arbeiter, der neben blutbesudelten Arbeitermördern demonstrieren möchte?

Wo gibt es einen Proleten, der neben Zörgiebel oder den sozialdemokratischen Achtgroschenjungen oder den Nachäffern Bismarcks im Reichskabinett auf die Straße gehen möchte?

So etwas gibt es nicht! Und gerade in der letzten Zeit nimmt die

katastrophale Zersetzung innerhalb der ganzen deutschen Sozialdemokratie

solche Ausmaße an, daß sie niemandem mehr verborgen bleibt. Und darum bieten die sozialfaschistischen Staatsfunktionäre ihren ganzen Einfluß und Machtapparat auf, um den Abmarsch der SPD.-nach links aufzuhalten. Darum Demonstrationsverbot und darum auch Belagerungszustand!

Aber die deutsche Arbeiterschaft ist nicht dazu da, um sich für das speziell sozialdemokratische

Parteiinteresse von der Straße verjagen zu lassen.

Sie ist nicht dazu da, sich in Löcher zu verkriechen, weil die Satten die Hungergesichter der Armen nicht zu sehen wünschen.

Ganz im Gegenteil, die Arbeiter von ganz Deutschland bereiten sich vor, den

6. März zu einer neuen Etappe des proletarischen Hungermarsches gegen die kapitalistisch-sozialdemokratische Reaktion

zu machen. Gerade das zynische Bekenntnis, daß der Belagerungszustand eine parteiegoistische Angelegenheit der SPD. zur Schwächung des deutschen Proletariats ist, wird für alle Werktätigen ein Grund mehr sein zum Sturm gegen die Severing-Grzesinski-Diktatur.

Vorwärts zum Kampf gegen Ausbeuterherrschaft! Vorwärts zur Eroberung der Betriebspositionen durch die Wahl der roten Betriebsräte! Vorwärts zum Weltkampftag gegen die Erwerbslosigkeit!

Sogar 50 Millionen mehr für die Reichswehr!

Wie ein SPD.-Blatt, die Kölnische „Rheinische Zeitung" vom 21. Februar eingesteht, hat die Müller-Regierung in den neuen Etat 1930 sogar 50 Millionen Mark mehr eingesetzt, als im Etat 1929. Außerdem sind für die Flugzeugindustrie 20 Millionen mehr als im Vorjahre eingesetzt und 3 Millionen für die Zeppelin-Luftschiffbau G. m. b. H.

Die Müller-Regierung hat jetzt den Zoll für Kaffee und Tee hinaufgesetzt und damit der proletarischen Bevölkerung diese bescheidenen Genußmittel ungeheuer verteuert. Von der Erhöhung des Kaffee- und Tee-Zolles erwartet die Müller-Regierung einen Mehrertrag von 52 Millionen. Was also jetzt durch Erhöhung des Kaffee- und Tee-Zolles den werktätigen Verbrauchern geraubt wird, erhält allein die Reichswehr mehr, obwohl der Reichswehretat an sich schon die ungeheure Summe von 800 Millionen Mark beträgt.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Politik der Koalitionsregierung, die die Politik der sozialfaschistischen Partei ist.

Es gilt in allen Betrieben mit den Mitgliedern der sozialfaschistischen Partei für diese Ausbeutungspolitik abzurechnen.

Die Papsthetze geht weiter!

Herr Kardinal, Sie schwindeln!

Die Bayerische Volkspartei verlangt Abbruch der Beziehungen zur Sowjet-Union

Täglich sind die Spalten der sogenannten „christlichen" Presse Bayerns übervoll mit Greuelnachrichten über Hinrichtung von Priestern und Schließung der Kirchen in der Sowjetunion. Dabei lügt diese christliche Presse in so unverschämter und unerhörter Weise, daß sich beispielsweise die Zahlen der Kirchenschließungen in der Sowjetunion nach den Meldungen in dieser Presse nicht nur von Tag zu Tag um einige hunderte erhöhen, sondern, in der Zahl der angeblich hingerichteten Priester diese Blätter in ihren Meldungen gegenseitig so sehr von einander abweichen, daß man ohne weiteres den Schwindel wie seine Erzeuger in diesen katholischen Redaktionsstuben feststellen kann.

Der „Bayerische Kurier" von gestern nimmt auf zwei Spalten zu der die Papsthetze offen als imperialistische Hetze entlarvenden Deklaration des russischen Metropoliten Sergius in einer widerlichen und schmutzigen Weise Stellung, indem er als das „christliche" Blatt Bayerns seinen Lesern bewußt vorschwindelt von dem Metropoliten Sergius vor bürgerlichen Journalisten abgegebene Erklärung sei von der G. P. U. erpreßt worden. Wir halten es nicht für nötig, auf diese plumpen Methoden näher einzugehen. Es genügt völlig demgegenüber ein anderes bürgerliches Blatt zu zitieren, die „Frankfurter Zeitung" die ebenfalls mit im Kreise der von allen Kirchen getriebenen Antisowjethetze steht. Dieses Blatt schreibt über dasselbe Thema:

„Immerhin entzieht auch die neue Gesetzgebung der Ausübung religiöser Kulte nicht den Boden. Sie verlangt, daß die Kultgemeinden behördlich registriert werden und eine Mindestzahl von 25 Mitgliedern aufweisen. Die Geistlichen sind an ihren Ort gebunden, sie dürfen ihre Tätigkeit nicht über einen gewissen abgegrenzten Bezirk ausdehnen. Damit tritt man dem Wanderpredigertum entgegen. Aber auf der anderen Seite ist es den verschiedenen Religionsgemeinschaften möglich, Landeskongresse abzuhalten. Sie werden auch tatsächlich abgehalten. Was der Metropolit Sergius vor kurzem in seinen öffentlichen Kundgebungen über diese Zustände erklärt hat, ist also richtig ..."

Gegenüber dieser sich immerhin den Anschein von Objektivität gebenden und darum nicht ungefährlicheren Berichterstattung ist das, was der „Bayerische Kurier" aber, in derselben Nummer in einem Leitartikel, überschrieben: „Intervention" macht, nichts anderes, als eine ganz offene und durch nichts verdeckte Hetze zum Abbruch der politischen Beziehungen mit der Sowjetunion und der ihr auf dem Fuß folgenden militärischen Auseinandersetzung.

In diesem Leitartikel wird es den kapitalistischen Staaten zur „Pflicht" gemacht, das „Ziel des moralischen Weltprotestes" „nach Maßgabe der völkerrechtlichen und moralischen Beziehungen die das Verhältnis der Staaten untereinander regeln, mit allen geeigneten Mitteln zu fördern." Und als das schärfste Mittel wird hier zunächst „der Abbruch der zwischenstaatlichen Beziehungen" bezeichnet.

Dabei sind sich die Kriegshetzer im schwarzen Rock vollkommen klar darüber, daß es sich hier um eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Sowjet-Union handelt, eine Einmischung, die gerade sie bisher, wenn es sich um die kapitalistischen Staaten gehandelt hat, als das schwerste Verbrechen brandmarkten, selbst dann, wenn was selbstverständlich ist, nicht die Regierung der Sowjetunion, sondern die Komintern die von der kapitalistischen Gesellschaft in den Kolonien und den imperialistischen Ländern ausgebeuteten Arbeiter zum Zusammenschluß, zum Schutz der Sowjetunion und zum Sturz der eigenen Bourgeoisie aufrief. Mit Jesuitenrabulistik wird die Begründung für **die imperialistische Intervention** in diesem christ-katholischen Blatt geführt. Hier heißt es: **„Die Berechtigungen solcher Interventionen kann im gegebenen Falle weder völkerrechtlich noch moralisch in Zweifel gezogen werden. Als ein Recht und eine Pflicht aller übrigen Staaten wird es erklärt", die zwischenstaatlichen Beziehungen zu einem staatlichen Gebilde zu lösen, dessen derzeitige Machthaber nicht nur die Gesetze der Menschlichkeit, sondern auch die Gesetze der zwischenstaatlichen Sittlichkeit mit Füßen treten..."**

*

Wie uns bekannt geworden ist, hat der Kardinal Faulhaber höchst persönlich den bayerischen Polizeiapparat in Bewegung gesetzt, um zu verhindern, daß auf seine üble Hetze, die er in seiner seinerzeitigen Predigt gegen die Sowjetunion entfaltete, eine Antwort durch die revolutionären proletarischen Organisationen Bayerns gegeben werden kann. Der Erfolg blieb nicht aus. Stützel ließ durch seine Polizeiorgane **die sämtlichen der Aufklärung dienenden Versammlungen der proletarischen Freidenkerorganisationen verbieten.** Die Herrschaften um den Kardinal Faulhaber und die bayerische Staatsregierung haben ein schlechtes Gewissen. Sie wissen, ihre Presse schwindelt Tag für Tag, ihre Presse lügt und verleumdet, ihre Presse fördert bewußt die imperialistische Intervention gegen die Sowjetunion und darum muß die Wahrheit unterdrückt werden, soll kein Arbeiter Aufklärung in öffentlichen Volksversammlungen erhalten können. Die schwarze Gesellschaft weiß auch warum. **Ihre Herrschaft ist die Herrschaft des Imperialismus, der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist auch ihr Sturz. Die Gefahr einer Bolschewisierung Europas ist eine Gefahr des Verlustes ihrer Pfründen und eines Aufgebenmüssens ihres Prasserdaseins. Die von Tag zu Tag größer werdende Not in den Arbeiterfamilien treibt zu einer dringenden Radikalisierung, die neuerdings angekündigten und bereits teilweise durchgeführten Zoll- und Steuererhöhungen sollen das Elend des Proletariats noch vergrößern.** So ist **außenpolitisch** die Hetzaktion des Papstes und seiner Kardinäle in allen Ländern **eine Hetzaktion gegen die Sowjetunion, innenpolitisch** wird sie zu einer Hetze gegen das gesamte Proletariat, **gegen die gesamte werktätige Bevölkerung! Innenpolitisch soll die Arbeiterschaft bereit gemacht werden, nicht nur die Knarre neuerdings auf den Buckel zu nehmen wie 1914, sondern auch bereit eine noch größere Ausbeutung, ein noch größeres Elend und eine noch größere Not auf sich zu nehmen. Und darum, nur darum, schwindeln Sie bewußt, Herr Kardinal!**

Abbau der Mieterschutzgesetzgebung

Nur die Kommunisten kämpfen für die Rechte der Mieter

Berlin, 24. Februar. (Eig. Bericht)

Auf der Tagesordnung der Montagsitzung des Reichstages steht die erste Beratung der Gesetzentwürfe, durch die die Geltungsdauer des Mieterschutzes und das Reichsmietengesetz bis zum 30. Juni 1932 **verlängert werden soll.** Aber gleichzeitig in Verbindung mit diesen Anträgen **stehen die Anträge der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei auf die vollkommene Aufhebung des Mieterschutzes und den ungehinderten Mietwucher. Die Kommunisten haben dagegen einen Antrag auf Verbreiterung des Mieterschutzes eingebracht.** Ein sozialdemokratischer Antrag liegt zur Beratung nicht vor.

Die Debatte beginnt mit kurzen Ausführungen des Reichsarbeitsministers Wissell, der endlich eingesteht, daß die Wohnungsnot in Deutschland keineswegs herabgemildert ist, aber auch gleichzeitig die Mitteilung macht, daß in diesem Jahre der Wohnungsbau erheblich zurückgehen wird. Aus diesem Grunde empfiehlt Wissell, allerdings ohne sich von den Anträgen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei abzugrenzen, die Ueberweisung dieser Anträge an den Ausschuß.

Der Sozialdemokrat Lipinski begnügt sich mit dem Vorschlag, **die Verlängerung der Mieterschutzgesetze ohne Ausschußberatungen zu erledigen.** Würde seinem Vorschlage nicht nachgekommen, so behalte er sich vor, im Ausschuß auch Abänderungsanträge zu stellen. (Heiterkeit und Zurufe bei den Kommunisten.)

Für die Kommunistische Partei spricht

Genosse Schumann,

der im Gegensatz zu den bürgerlichen und sozialdemokratischen Rednern **die Gelegenheit benützt,** um anhand von ausführlichem Material nachzuweisen, **daß die Wohnungsnot ständig steigt und daß die Angriffe der Hausbesitzer auf den Mieterschutz und auf weitere Erhöhung der Mieten die Unterstützung der Reichs- und Länderregierungen findet.**

Der Angriff auf den Mieterschutz erfolgt nicht allein von den Hausbesitzern, sondern auch in der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie fordern sämtliche Spitzenorganisationen des Großkapitals von der Regierung die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. (Kommunistische Zurufe: Auch diesen Ruf wird Wissell hören!) Es ist daher bemerkenswert, daß gerade die Deutsche Volkspartei, die bisher in der Regierung alle Wünsche der Großindustrie durchsetzen konnte, gemeinsam mit den Hausbesitzern aus der Wirtschaftspartei **einen entscheidenen Vorstoß** auf den Abbau der wenigen Rechte der Mieter unternimmt. Woher nimmt die Volkspartei diesen Mut? Sie weiß, daß auch die jetzige Regierung von Etappe zu Etappe die Forderungen der Deutschen Volkspartei zugunsten der Hausbesitzer durchführen wird.

Mit der steigenden Erwerbslosenziffer, mit dem Wachsen des Elends durch den Abbau der Sozialausgaben, dem Zollwucher und die neuen Steuererhöhungen für die Werktätigen wird es Millionen und Abermillionen Menschen immer schwerer, ihre Mieten zu zahlen. Diese Mieter nun nennt man „asozial", wirft sie aus ihren Wohnungen hinaus und steckt sie in Unterkünfte, in denen sie im wahren Sinne des Wortes verkommen müssen.

Durch den Mietwucher werden aber auch die gewerblichen Mieter, insbesondere die kleinen Händler, getroffen. Auf der Tagung des Reichsverbandes der Mieter gewerblicher Räume in Chemnitz wurden erschütternde Dinge mitgeteilt. Menschen, die ihr Leben lang in einem kleinen Laden gearbeitet haben, sind durch die Aufhebung des Mieterschutzes für Ladenräume um den vollen Ertrag ihrer Lebensarbeit gebracht worden. Wieviele kleine Geschäftsleute mußten zum Strick oder zum Gashahn greifen, wieviele wanderten in die Irrenanstalt? Für kleine Ladengeschäfte, die im Frieden 2000 Mark kosteten, sind in einzelnen Fällen jetzt 8000 Mark gefordert worden.

In dieser ernsten Situation sagen wir allen Wohnungssuchenden: „Die Frage des Kampfes um den Mieterschutz, des Kampfes um Heim und Wohnung der arbeitenden Klasse, ist nur ein Teil des Kampfes um die Existenz der arbeitenden Bevölkerung. Darum müssen sich alle Mieter, alle Arbeiter, unteren Beamten und Angestellter, auch die kleinen Gewerbetreibenden in der gemeinsamen Kampffront der arbeitenden Klasse gegen die Ausbeuter und die Ausbeuterregierung zusammenfinden. Aber wir sagen auch gleichzeitig, daß nur durch den Sturz dieser Gesellschaftsordnung durch die Uebernahme der Macht durch die Arbeiterklasse die Wohnungswucherer und Ausbeuter endgültig besiegt werden können. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Der neueste Schwindel der SPD-Presse

Niedriger hängen!

Der „Sozialdemokratische Pressedienst" verbreitet in der SPD.-Presse einen Artikel, in dem die freche Lüge verbreitet wird, das „Karl Liebknecht-Haus" in Berlin beherberge „einen großen Weinkeller, wie ihn mancher Großkapitalist nicht sein eigen nennt und wegen seiner Größe niemals sein eigen nennen dürfte". Dann heißt es weiter:

„Sekt, Rot- und Weißwein, ja alles, was die Kehle der Thälmanntrabanten vor oder während der Weltrevolution an Flüssigkeiten begehren könnte, ist in diesem unterirdischen Weinkeller in endlosen Mengen erhalten. Da labt man sich nun, oft bei Tage, oft auch bei Nacht, an dem Saft edler und edelster Reben, während draußen im Lande, fern von den Gelagen sagenannter kommunistischer Führer, zu Hungermärschen aufgerufen wird."

Alles das ist von A bis Z erlogen. Das erbärmliche Lügenlaborat der SPD.-Presse soll offenbar die Blicke der Arbeiterschaft von den Sekt-Prassereien der SPD.-Führer ablenken, die von einem großkapitalistischen Ball zum anderen laufen und die das werktätige Volk bis auf das letzte ausplündern, ihm sogar den Kafee und Tee so verteuern, daß vielen Tausenden selbst dieses bescheidene Genußmittel unerschwinglich wird.

Es ist notwendig, hin und wieder die sozialfaschistischen Schmutzereien niedriger zu hängen, um den Arbeitern die niedrige Kampfesweise der Sozialfaschisten zu zeigen.

Neuer Generalskrieg in China

Tschangkaischek macht mobil gegen Feng und Yen

Paris, 24. Februar.

Nach einer Meldung der Agentur Indopacifique aus Peiping bestätigen sich die Gerüchte von Kämpfen zwischen den Truppen Fengs und den nationalen Truppen bei Kreiteh in der Provinz Honan. Die Nanking-Regierung habe fünf Divisionen nach Norden entsandt, die Tientsin besetzen sollen. Jenhsischan habe darauf seinerseits 30 000 Mann in Richtung auf Tsinanfu gesandt. In Peiping selbst herrsche das Kriegsrecht.

Peking, 24. Februar.

Tschangkaischek hat General Jen die Kriegserklärung übermittelt und gleichzeitig, wie amtlich gemeldet wird, seine Truppen mobil gemacht. Die Truppen befinden sich bereits nach Hankau unterwegs, um die Stadt vor Angriffen Jensinschans zu schützen. An der Eisenbahnlinie Lunhai sollen sich bereits die ersten Kämpfe abgespielt haben, wobei die Vorhut Tschangkaischeks durch die Truppen der Generale Feng und Yen angegriffen wurde.

Es ist infolge der von den chinesischen Behörden äußerst streng gehandhabten Zensur schwer, ein klares Bild zu gewinnen, wie weit die Ereignisse in China bereits gediehen sind.

Fest steht, daß sämtliche dem Machthaber von Nanking, Tschangkaischek, feindlichen Generale eine fieberhafte Tätigkeit entfalten. Die Armee des Generals Feng bereitet den Feldzug gegen Hankau vor. Weiter werden Kriegsrüstungen der Kwangsi-Gruppe gemeldet. An vielen Fronten stehen die Armeen der feindlichen Generäle sich bereits gegenüber und warten nur noch auf das Zeichen zum Angriff.

Der vollkommene Bankrott der Nanking-Regierung, die Mißerfolge Tschangkaischeks auf allen Gebieten werden von den übrigen Generälen, hinter denen England steht, gegen Nanking ausgenutzt.

Amerika stützt sich demgegenüber weiter auf die Tschangkaischek-Clique. Das Wiederaufflammen des Generalskrieges in China ist ein Ausdruck, der infolge des verstärkten Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte zugespitzten Gegensätze zwischen England und Amerika.

Im Hintergrund dieser imperialistischen Intrigen und der blutigen Generalskriege erhebt sich drohend die große chinesische Revolution.

Der Terrorfeldzug gegen die revolutionäre Presse

Am 21. Februar wurde ein Teil der Auflage der „Schlesischen Arbeiterzeitung" in Breslau beschlagnahmt. Im Verlag und auch im Büro der Bezirksleitung der Partei erschienen uniformierte Polizeibeamte, die angaben, auf Anweisung der Oberstaatsanwaltschaft die Nummer der Zeitung beschlagnahmen zu müssen. Eine nähere Begründung wurde nicht gegeben. Ihre gesamte Beute bestand allerdings nur aus zwei Exemplaren, da die Zeitung bereits schon fertig war.

Die Dresdener „Arbeiterstimme" wurde am Samstag, den 22. Februar ebenfalls mit Beschlagnahme bedroht. Als die Polizei im Verlag erschien, um die Beschlagnahme vorzunehmen, war **die Zeitung allerdings bereits versandt, so daß nur die Restauflage beschlagnahmt werden konnte. Als Grund wurde angegeben, daß eine hochverräterische Maßnahme darin erblickt wurde, daß in der Zeitung aufgefordert wurde, die Straßen Dresdens von den Faschisten zu säubern.**

Arbeiter, verteidigt eure Presse! Protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den Justiz- und Polizeiterror, antwortet auf die Beschlagnahme mit der Werbung neuer Abonnenten, der Herausgabe von tausenden von Betriebszeitungen zur Stärkung des Kampffonds der KPD.

Berlin, 25. Februar.

Gestern fand in Neukölln **eine überfüllte Protestkundgebung** gegen den Justiz- und Polizeiterror statt, in der der Genosse Werner Hirsch **die Verfolgung der revolutionären Presse und die Verhaftung kommunistischer Redakteure als eine Maßnahme der Regierung zur Sicherung ihres Hungerfeldzuges gegen die Arbeiterschaft bezeichnete**

Reportage aus aller Welt

Kapitalistische Barbarei

Großbauer Gundermann sperrt seinen Bruder 12 Jahre ein

Der Gefangene von Breesen - Das Pflegegeld verjubelt

Die Berliner Mordkommission wurde durch ein anonymes Schreiben darauf aufmerksam gemacht, daß ein Großbauer Gundermann aus dem Orte Breesen „einen Menschenaffen" halte. Beim Eintreffen auf dem Gehöft fanden die Beamten die Familie Gundermann beim Frühstück. Gundermann verbat sich die „Belästigung" durch die Beamten und wurde ausfallend. Sein Widerstand mußte erst gebrochen werden. Eine Durchsuchung des Gebäudes förderte Dinge zutage, die jeder Beschreibung spotten. In einer Dachkammer, deren nach dem Hof gehendes Fenster vergittert und verkittet war, fanden die Beamten ein Wesen, das kaum noch einem Menschen glich. In einer Ecke lag auf einem verlausten und verfaulten Strohsack ein etwa 50 Jahre alter Mann splitternackend. Er bestand fast nur noch aus Haut und Knochen. Haar, Bart und Fingernägel hatten eine unheimliche Länge erreicht. Als er die Fremden eintreten sah, kroch er sofort unter den Strohsack und stieß wimmernde Töne aus, ein Zeichen, daß er aus früherer böser Erfahrung wohl Mißhandlungen fürchtete.

In dem Raum, dessen Fenster jahrelang nicht geöffnet worden war, herrschte ein pestilenzialischer Gestank. Ein mitten im Raum stehender Eimer war zu Dreivierteln mit Unrat gefüllt. Die Speise, die man dem Eingesperrten gewährt hatte, war ein Mehlbrei, der schon halb in Gährung übergegangen war. Das gründliche Verhör Gundermanns klärte den entsetzlichen Fund auf. Er hatte den 800 Morgen großen Hof, von dem 300 Morgen Waldbestand sind, von seinen Eltern geerbt. Als die Mutter vor etwa zwölf Jahren starb, setzte sie zur Pflege und Unterhaltung ihres schwachsinnigen Sohnes einen Betrag von 12 000 Mark aus. Sie erwartete, daß der Hoferbe seiner Pflicht getreulich nachkommen werde. Dieser hat aber das Geld für sich selbst verbraucht und den hilflosen Schwachsinnigen auf die unmenschliche Weise eingesperrt. Der Kranke wurde von einem Arzt sofort untersucht und nach dem Krankenhaus in Zielenzig überführt.

Unsere Bilder zeigen den Eingang zu der Kammer und die Kammer selbst, in welcher der Gefangene 12 Jahre eingesperrt war.

Lawinenunglück bei Bolognola

15 Personen getötet

Rom, 24. Febr. Der Lawine, die mehrere Landhäuser bei Bolognola unter sich begrub, sind 13 Menschen zum Opfer gefallen. Sie wurden aus den Schneemassen zutage gefördert. Drei Personen sind schwer, zwei leicht verletzt.

Die Zahl der Toten bei dem Lawinenunglück in Bolognola ist auf 15 gestiegen. Sechs weitere Personen werden noch vermißt.

Eine Schnellzugentgleisung verhindert

Rheine, 24. Februar. In der Nacht bemerkte ein Eisenbahnbeamter bei dem einlaufenden Schnellzug Bentheim—Berlin, daß ein Radreifen auf der Fahrt abgesprungen war und der Wagen stark schleifte. Der Wagen mußte ausgewechselt werden. Mit einiger Verspätung konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen.

Verhaftung von Falschmünzern

Magdeburg, 24 Februar In den letzten Tagen wurden in Magdeburg und Umgegend falsche Ein-, Zwei- und Fünfmarkstücke angehalten Die Kriminalpolizei hat jetzt als Hersteller und Verbreiter der Falschstücke den Uhrmacher Wilhelm Ballin und den Arbeiter Friedrich Ballin, beide aus Magdeburg, festgenommen Die Falschstücke sind in der Wohnung des Uhrmachers hergestellt worden. Das verwendete Material konnte bisher nicht beschlagnahmt werden. Wilhelm Ballin behauptet, die Formen und alles übrige kurz vor seiner Festnahme in die Elbe geworfen zu haben, da er sich bereits von der Polizei verfolgt glaubte.

Raubmord

Lissabon, 24. Februar. In der Ortschaft Borba drang ein Bandit unter dem Vorwand, Arbeit zu suchen, bei einem Handwerker ein. Er gab auf diesen mehrere Schüsse ab und erschlug die ihrem Manne zu Hilfe eilende Frau mit einem Beil. Hierauf stürzte er sich wieder auf den Schwerverletzten, der in hoffnungslosem Zustande in ein Krankenhaus gebracht wurde. Der Mörder ist entkommen.

Raubüberfall auf einen Personenzug

Mit Maske und Revolver Postgeld geraubt

Kosel, 24. Febr. Auf den von Bauerwitz kommenden Personenzug wurde ein schwerer Raubüberfall verübt. Als sich der Zug auf der Station Reinschdorf bereits in Bewegung gesetzt hatte, stiegen von der dem Bahnsteig entgegenliegenden Seite des Zuges zwei maskierte und bewaffnete Männer in die Packwagen und forderten mit vorgehaltener Pistole von dem Zugführer und dem Schaffner die Herausgabe der in dem Zug mitgeführten Tageseinnahmen von den fünf vorhergehenden Stationen. Den Beamten blieb nichts anderes übrig, als den beiden Räubern das Geld im Betrage von 1658 Mark auszuhändigen, worauf diese aus dem mit etwa 50 Kilometer Stundengeschwindigkeit fahrenden Zuge sprangen und im Dunkel der Nacht verschwanden.

Zu dem Ueberfall auf den Personenzug bei Reinschdorf in Oberschlesien wird noch mitgeteilt, daß in der Nacht Beamte des Bahnschutzes neben dem Bahndamm zwei Geldkassetten mit etwa 150 Mark Inhalt wiedergefunden haben. Der Zugführer, den die Banditen mit Revolvern bedroht hatten, erlitt einen schweren Nervenschock und ist noch nicht vernehmungsfähig.

Schwere Kesselexplosion

10 Arbeiter getötet

Havanna, 24. Februar. Ein riesiger Kessel in den Anlagen der Wasserwerke der Stadt explodierte. Das Kesselhaus wurde vollständig zerstört. Mindestens zehn Arbeiter sind dabei ums Leben gekommen. Die Trümmer des Gebäudes werden nach den Opfern durchsucht. Vier Schwerverletzte wurden bisher geborgen.

250000 Mark erbeutet

200 Personen geschädigt

EMB. Berlin, 24. Februar. Die Berliner Kriminalpolizei fahndet nach zwei Männern, die sich Karl Richard Koch und Franz Schulz nennen und unter dem Decknamen einer Firma Karl Richard Koch, Gutsverwaltung der E. v. Simsonschen Erben, Frankfurt a. d. O., in Berlin O Anfang Dezember ein Zimmer gemietet hatten und dann etwa 200 Gutsbesitzer, Gärtner und Landwirte im ganzen Reich auf ganz raffinierte Art um mehr als 250 000 Mark geschädigt haben. Bisher liegen bei der Kriminalpolizei ungefähr 100 Anzeigen gegen die beiden Schwindler, die seit etwa 14 Tagen spurlos aus Berlin verschwunden sind, vor.

Ein Rektor wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt

Stendal, 24. Febr. Im Prozeß gegen den Rektor Weidemann, dem vorgeworfen worden war, sich an ihm anvertrauten Schülerinnen vergangen zu haben, hat das Schöffengericht Weidemann wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Pflegebefohlenen in 15 Fällen und wegen desselben Delikts an Minderjährigen in zehn Fällen zu einem Jahr, neun Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilte.

Auf dem Nachhausewege überfallen

RWP. Waltrop, 24. Februar. Der Bergmann Fritz Ebinghaus aus der Hermannstraße 8 befand sich auf dem Wege von seiner Arbeitsstelle zu seiner Wohnung. Auf der Ickernstraße wurde er von drei unbekannten Männern überfallen und mit Knüppeln zu Boden geschlagen. Alsdann durchsuchten die Räuber die Taschen des Ueberfallenen. Da dieser aber nur 2 Mark bei sich hatte, gaben sie ihm diesen Betrag wieder großmütig zurück. Die Schutzpolizei nahm sofort die Verfolgung der Räuber auf. Am Tatort wurde das dem Ueberfallenen abgenommene Fahrrad wieder vorgefunden. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Drei Todesopfer eines Autounglücks

Wittenberge, 24. Februar. Auf der Chaussee Wittenberge—Lenzer rannte ein Auto mit drei Insassen in voller Fahrt gegen einen Baum. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert. Zwei der Insassen waren sofort tot, der dritte erlag auf dem Transport ins Krankenhaus seinen Verletzungen.

Krankenschwester Flessa begnadigt

Berlin, 24. Februar. (Eigene Meldung.) Die frühere Krankenschwester Wilhelmine Flessa, die wegen Tötung des Frankfurter Chirurgen Dr. med. Seitz am 7. August 1926 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt und deren Strafe späterhin in Gefängnis umgewandelt worden war, ist nunmehr in der Weise begnadigt worden, daß ihr ab 1. Juli 1930 eine Strafunterbrechung durch eine Bewährungsfrist zuteil wurde, die bis zum 30. Juni 1933 läuft.

Erhängt in der Wohnung aufgefunden

RWP. **Hamborn, 24. Februar.** In seiner Wohnung erhängt aufgefunden wurde von seiner Ehefrau der 36 alte Berginvalide Max Werner, aus der Haldenstraße. Werner hinterläßt Frau und fünf Kinder.

Vom Karneval in den Tod

Aachen, 24. Februar. Gestern nacht befanden sich mehrere Frauen und Männer auf dem Nachhausewege von einem Kostümfest. Ein Chauffeur, der ebenfalls an der Festlichkeit teilgenommen hatte, erfaßte mit dem Kotflügel seines Autos eine der Frauen, die durch den Anprall zu Boden geschleudert und so erheblich am Kopf verletzt wurde, daß sie kurz darauf im Krankenhause starb.

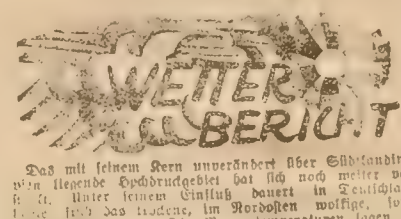
Gasexplosion

Vier Schwerverletzte

Brüssel, 24. Febr. Eine schwere Gasexplosion ereignete sich in einem Hause der Rue de Flandre. Das erste und zweite Stockwerk des Hauses stürzten teilweise in die Tiefe. Vier Personen wurden schwer verletzt. Die Trümmer des zerstörten Hauses gerieten in Brand. In der Nachbarschaft zersprangen sämtliche Fensterscheiben.

Die Probefahrt der „Europa"

Bremen, 24. Febr. Die „Europa", die gestern beim Hoheweg-Leuchtturm vor Anker gegangen war, ist heute nach Bremerhafen gedampft, um an der Columbus-Kaje etwa 5000 Tonnen Oel und Kesselspeisewasser an Bord zu nehmen. Das Schiff wird nachmittags etwa drei Stunden vor Hochwasser Bremerhaven wieder verlassen, um am Dienstag an der norwegischen Küste mit vollem Tiefgang seine Meilenfahrten zu beginnen.



Das mit seinem Kern unverändert über Südskandinavien liegende Hochdruckgebiet hat sich noch weiter verstärkt. Unter seinem Einfluß dauert in Deutschland heiteres Wetter fort. Die Morgentemperaturen liegen im allgemeinen zwischen +1 und —5 Grad. Der Kahlfrost allgemeinen zwischen +1 und —5 Grad Frost und 18 cm Schneehöhe.

Aussichten bis Mittwoch: Fortgesetzt trocken meist heiter, nachts Frost.

Stimmen der Werktätigen

Brudergruß von der Roten Flotte und der Roten Armee zum 12 jährigen Bestehen

Rote Matrosen

Sebastopol, 13. Februar 1930.

Gruß, Euch lieben ausländischen Genossen!

Zum zwölften Geburtstage der Roten Armee und der Roten Marine senden wir Angehörige der Roten Schiffe dem ganzen Proletariat in Bayern unsere heißesten brüderlichen Grüße und geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieser unser Brief der Anfang sein möge zu unserer ständigen festen Verbindung mit Euch, Genossen und Genossinnen von Bayern.

Liebe Genossen, wir, die wir in der Roten Armee und in der Roten Marine dienen, lernen nicht nur das Kriegshandwerk; **wir helfen auch der Arbeiterschaft und der werktätigen Bauernmasse in dem Aufbau des proletarischen Staates.**

Mit den Werken und Fabriken, aus denen wir hervorgegangen sind, sind wir eng verbunden. **Es gibt bei uns kein einziges Schiff, das nicht von einer Belegschaft irgend einer Fabrik patronisiert würde.** Bei jedem unserer Feste kommen Delegationen unserer Patronatsfabriken an Bord und besuchen uns. Unsererseits nehmen auch wir Patenstelle an über ganze Dörfer; wir helfen dabei den Bauern mit allem Möglichen; wir reparieren ihre Maschinen und Werkzeuge und arbeiten freiwillig in der Zeit unseres Urlaubes auf den Patendörfern mit.

In der Roten Marine

ist der Arbeitstag der gleiche wie an Land in den Fabriken, **wir haben den Siebenstundentag.** Die Beziehungen zwischen den

Mannschaften und den Kommandeuren

sind denkbar gute. Im Dienst sind unsere Führer die Leiter — in der dienstfreien Zeit sind sie unsere besten Kameraden. Theater und Klub gehören den Mannschaften gleich wie den Kommandeuren. In jeder Kaserne gibt es Leninecken, wo immer Vorlesungen und Berichterstattungen abgehalten werden. Dabei werden die denkbar verschiedensten Themata behandelt.

In der kurzen Zeit unseres Dienstes **haben viele unserer bei Dienstantritt des Lesens und Schreibens unkundigen Genossen einen zufriedenstellenden Grad der Allgemeinbildung erreicht.** Die Rote Armee und die Rote Marine erzieht ihre Angehörigen nicht nur zu Kämpfern mit der Waffe, sondern sie macht aus ihnen erfahrene und überzeugte Revolutionäre, die bereit sind, mit Freuden das Proletariat der ganzen Welt zu verteidigen.

Wir rote Matrosen

erinnern uns sehr wohl, daß die ausländischen Genossen uns in den Jahren, da unser proletarisches Vaterland von den Imperialisten aller Länder umschlossen gehalten wurde, mit großer moralischer Hilfe beigestanden sind und uns geholfen haben, die feindliche Umklammerung zu sprengen.

Auch jetzt führen die Genossen in eurem Lande einen heldenhaften Kampf gegen unseren gemeinsamen Klassenfeind, unter dem die Sozialdemokraten die hervorragendste Rolle spielen. Diese würden nur zu gerne einen Krieg gegen das Land der Arbeitern-, Bauern- und Soldatenräte, gegen das Land des erstehenden Sozialismus anzetteln.

Liebe Freunde und Brüder! Enger noch schließt die Reihen um die einzige Führerin der Arbeiterklasse — um die Kommunistische Partei — und der Endsieg für das Proletariat der ganzen Welt ist unzweifelhaft sicher! Vorwärts, an die Arbeit!

Es lebe das Proletariat von Bayern und Deutschland! Mit brüderlichen Rot-Matrosen-Grüßen:

Im Namen der Roten Matrosen von Sebastopol:

Chomenko.

Wir erwarten Antwort von Euch, Genossen! Unsere Adresse ist: Sebastopol USSR., Korabelnaja storona, poatovij jascik 3.

Vermittelt: Internacia Laborista Esperanta Korrespondo Fako de SAT., Büro München.

Die Antwortschreiben vermittelt die Redaktion.

Rote Soldaten

Perm, im Ural, 1. Februar 1930.

Teure ausländische Genossen!

Vor dem zwölfjährigem Jubiläum der Gründung der Roten Armee halten wir es für unsere Pflicht, Euch zu schreiben, wie wir in der Roten Armee leben.

Unser

Arbeitstag in der Roten Kaserne

verläuft folgendermaßen: Unser Unterricht beginnt um 8 Uhr früh, und dauert bis 14 Uhr. In dieser Zeit haben wir miliätrischen und politischen Unterricht. Und zwar lernen wir nicht nur gute Schützen zu sein, sondern auch auf wen wir im künftigen Krieg zu schießen haben und was wir unseren Klassenbrüdern jenseits der Grenze zu sagen haben, damit sie nicht gegen uns marschieren, sondern ihre Bajonette gegen den eigenen Feind richten. Wir lernen auch, nach unserer Rückkehr aus der Roten Armee in die Fabrik oder ins Dorf, das Leben nach neuer Art zu bauen. Und wir lernen, unsere Feinde nicht nur im Ausland zu suchen. Sondern auch bei uns zuhause im Dorf in Gestalt der Kulaken, und in Gestalt der Privatkaufleute in der Stadt. Wir lernen mit unseren Feinden zu kämpfen in den Sowjetbüros in Gestalt der Bürokraten, und anderer klassenfremder Elemente.

Jeder Rotarmist, der aus dem Dorf oder der Fabrik als Analphabet in die Rote Armee kommt, wird in der Roten Armee zum politisch entwickelten Menschen. Alle Rotarmisten unserer Teile abonnieren und lesen Zeitungen. Zusammen mit unseren Kommandeuren nehmen wir an den verschiedensten Zirkeln teil. Zum Beispiel in den Theaterzirkeln spielen wir zusammen auf der Szene, in unserem Kasernenklub. Zur nützlichen Verbringung der Freizeit ist bei uns ein

Rotarmistensowjet

organisiert, der die ganze Arbeit der Zirkel leitet, allgemeinbildende, künstlerische, Musik- und Photographie- und andere Zirkel gegründet. Jeder Rotarmist kann nach seinen Wünschen an ihnen teilnehmen. Wählen sich ihren Leiter und arbeiten in diesem Zirkel. So hat der Rotarmist bei uns die Möglichkeit, vieles zu lernen. Außerdem gibt es bei uns eine Reihe von Kursen: zu ihrem regelmäßigen Besuch **werden die Rotarmisten von verschiedenen Dienstpflichten befreit.** In unserem Truppenteil zum Beispiel bestehen **Traktoristenkurse, landwirtschaftliche Kurse, Kurse für Instruktoren in den Kollektivwirtschaften.** Diese Kurse sind für die Bauern bestimmt, für die Arbeiter gibt es andere Kurse. Z. B. für **Elektromonteure,** Radiokurse zur Vorbereitung in die höheren Schulen. Ich selbst bin in die Rote Armee aus dem Dorf eingetreten. Lebte dort als Landarbeiter und arbeitete bei den reichen Bauern. Ging in einer lumpigen zerrissenen Bauernkleidung aus grobem Stoff. Jetzt nach dem Dienst in der Roten Armee gedenke ich in eine höhere Schule einzutreten.

Das war nur ein wenig darüber, wie wir in der Roten Armee leben. Liebe ausländische Genossen, wir möchten sehr gern von Euch Antwort erhalten, wie ihr lebt in dem kapitalistischen Betrieb und wie der Dienst in der bürgerlichen Armee ist.

Mit proletarischem Gruß

Alexander Schumskoff und Gregorij Dudukin.

Unsere Adresse: Perm im Ural, Redaktion der „Swesda" (für Schumskoff).

„Schon wieder Schwabinger Krankenhaus" und die Staatsanwaltschaft

(Arbeiterkorrespondenz)

München. In Nr. 261 vom 11. November 1929 **unterrichtete** ich die Leser dieser Zeitung über den im Schwabinger Krankenhaus erfolgten Tod meines Vaters, **des Bauhilfsarbeiters Karl Feuerer. Die Staatsanwaltschaft leitete damals gegen zwei Aerzte des Schwabinger Krankenhauses ein**

Verfahren wegen fahrlässiger Tötung

ein, dessen Ergebnis mir in den letzten Tagen schriftlich zugesandt wurde. Ich gebe es im nachfolgenden wieder. Wer den ersten Artikel und die von mir erhobenen Zweifel gelesen hat, wird die völlige Unzulänglichkeit dieses Untersuchungsergebnisses der Staatsanwaltschaft bestätigen.

(Abschrift)

Betr. Bardenheuer Franz und

Dr. Slawoff wegen fahrl. Tötung.

Das Verfahren wird eingestellt.

Die Erhebungen haben nach Anhören der Beteiligten und Erholung der gerichtsärztlichen Gutachten und der Feststellungen der mikroskopischen Untersuchungen des gerichtl.-medizinischen Instituts keinerlei mit dem Tod des Hilfsarbeiters Karl Feuerer in Zusammenhang zu bringendes Verschulden der an der Behandlung beteiligten Personen ergeben. Die gerichtsärztlichen Sachverständigen stellen folgendes fest:

Einzige **Todesursache war eine doppelseitige Lungenentzündung. Wundstarrkrampf steht nicht in Frage. Gegen die eingetretene Blutvergiftung gibt es kein Vorbeugungsmittel.** Die von allem Anfang unter Aufsicht des Chefarztes erfolgte Behandlung war einwandfrei. **Insbesondere wurde die Wunde einwandfrei gereinigt und sauber gehalten.**

Die Handverletzung war von Anfang an eine ganz außerordentlich schwere, wegen der erheblichen Zertrümmerung der Weichteile bei gleichzeitiger hochgradiger Beschmutzung. Ob derartige Wunden durch ärztliche Kunst und durch eine starke Heilkraft des Organismus des verletzten Menschen zur Ausheilung führen, oder ob sie zu frühzeitiger Blutvergiftung und Allgemein-Infektion kommen, das hängt vielfach **nicht von der Geschicklichkeit des Arztes,** sondern von der Schwere der Verletzung und von der ersten Verschmutzung der Wunde ab, wie auch die allgemeine Widerstandskraft **ein bedeutender Heilfaktor** ist.

Im vorliegenden Falle konnte ärztliche Kunst trotz aller entsprechenden Maßnahmen den unheilvollen zum Tode führenden Verlauf nicht hindern.

gez. J. V. Hoffmann, I. Staatsanwalt
Dr. Bechert, III. Staatsanwalt.

Damit ist für die Staatsanwaltschaft der Fall erledigt. Aus diesem Untersuchungsergebnis können wieder einmal die interessierte Arbeiteröffentlichkeit und die Hinterbliebenen des verunglückten Arbeiters die Richtigkeit der Behandlung des verunglückten Arbeiters im Schwabinger Krankenhaus schließen. Deshalb ist für die Arbeiteröffentlichkeit der Fall noch nicht erledigt. Einige Fragen werden das beweisen:

1. **Warum ist in dem Verfahren nicht ein Wort über den Arzt zu hören, der meinen Vater zuerst behandelte und der auf die Frage, ob er meinem Vater die Schutzimpfung gegeben hatte,** verlegen **bejahte? Ich habe seinen Namen sowohl in erster Linie beim Staatsanwalt Dr. Ziegler als auch dem Kriminalkommissär angegeben, der mir in der Wohnung das Protokoll über die Vernehmung Dr. Bardenheuers vorlas. Dr. Bardenheuer, dem meines Erachtens gar keine Schuld beizumessen ist, wurde angezeigt. Dr. Brandenburg nicht! Warum?**

(Ich habe meine Ueberraschung über das Beiseitelassen von Dr. Brandenburg bereits dem Kriminaler gegenüber geäußert. Hat dieser Herr meine diesbezüglichen Zweifel an die Staatsanwaltschaft weitergegeben?)

2. **In dem Schreiben der Staatsanwaltschaft ist die Rede von „Anhören der Beteiligten". Wo und wann ist Dr. Slawoff, der sich kurz nach Anzeigeerstattung auffallenderweise nach seiner Heimat Bulgarien begeben hat, vernommen worden?**

3. **„Wundstarrkrampf steht nicht in Frage." Wem soll man glauben? Den gerichtlichen Sachverständigen, die dieses schreiben, oder Chefarzt Dr. Bardenheuer, der auf der Sterbeurkunde als Todesursache „Blutvergiftung und Wundstarrkrampf" angab?**

4. **„Gegen die eingetretene Blutvergiftung gibt es kein Vorbeugungsmittel." Welcher Arzt deckt diesen Satz?** Warum wird jeder Verunglückte sofort nach der Einlieferung ins Krankenhaus geimpft? **Hat es während des Massenmordes 1914/18 auch kein Vorbeugungsmittel gegen Blutvergiftung gegeben?**

5. **Warum hat mir die staatsanwaltschaftliche Untersuchung nicht den von mir geforderten überzeugenden Beweis gebracht, daß mein Vater geimpft wurde?**

Ich schließe aus dem ganzen Ergebnis folgendes. **Offenbar konnte die Staatsanwaltschaft nicht feststellen, daß der Verunglückte die notwendige Schutzimpfung erhalten hat. Aus dem übrigen Text des** Schreibens ist anzunehmen, daß die ärztliche Kunst im 20. Jahrhundert auch bei **lerngesunden** Menschen nicht helfen kann, wenn — es sich um Arbeiter handelt. Es ist doch eine Tatsache, daß im gleichen Saal des Schwabinger Krankenhauses viel schwerer verletzte Leute lagen, die weder Blutvergiftung noch Lungenentzündung bekamen. Uebrigens ist Lungenentzündung nur als die Folge einer vorausgegangenen Infektion zu erklären! Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß die Wunde „einwandfrei gereinigt und sauber gehalten wurde". **Bei keinem der Patienten im Schwabinger Krankenhaus, die mit meinem Vater in einem Saal lagen und ähnliche Verletzungen hatten, roch die Wunde, daß dies den Patienten auffiel. Mußte das bei meinem Vater sein?** Mag die Staatsanwaltschaft die Sache für abgeschlossen betrachten und die von mir neuerdings gestellten, unbeantworteten früheren Fragen wiederum nicht überzeugend beantworten, **so wird das an sich schon für jeden denkenden Menschen aus dem vorliegenden Material ersichtliche Urteil erst recht bekräftigt. Tatsächlich habe ich durch die Untersuchung nicht einen meiner Zweifel ausgelegt bekommen. Für mich bedeutet das Schreiben und die Untersuchung der Staatsanwaltschaft ein Dokument bürgerlicher Klassensolidarität, bürgerlichen Klassenbewußtseins, denn gerade das Untersuchungsergebnis, das auf keine meiner Fragen Antwort gab, beweist die Richtigkeit meiner Zweifel.**

Das Urteil steht fest. Für die Arbeiterschaft muß dieser skandalöse Fall eines Arbeiters und Familienvatters ein Mahnruf sein, mit allen Kräften für den baldigen Sturz des korrupten kapitalistischen Systems mit allem was drum und dran hängt, zu kämpfen! Das ist die einzige Lehre, die aus diesem Fall gezogen werden kann!

Karl Feuerer.

Verbot der Freidenker-Versammlungen

Verstärkter Kirchen-Austritts-Aufmarsch am 28. Februar

Dem Verband proletarischer Freidenker **mit Feuerbestattung,** München, ging folgendes Schreiben zu:

.... Anordnung.

1. Die nachfolgenden vom Verband proletarischer Freidenker mit Feuerbestattung geplanten öffentlichen Werbeveranstaltungen mit dem Thema „Das russische Elend ohne Gott" werden verboten:
   a) Montag, den 24. Februar Gasthaus Lothringer Bierhalle;
   b) Dienstag, den 25. Februar Gasthaus Hohenburg;
   c) Mittwoch, den 26. Februar Gasthaus Falkenwand;
   b) Mittwoch, den 26. Februar Gasthaus Occamhof;
   e) Mittwoch, den 26. Februar Gasthaus Cornelius.
2. Jede als Ersatz dienende Veranstaltung unterliegt dem gleichen Verbote...

Genossen! Es gibt nur eine Antwort: Jeder Freidenker gewinnt einen Arbeiter oder eine Arbeiterin zum

Kirchen-Austritt am 28. Februar

Sammeln der Genossen am **Freitag in München mittags um 1 Uhr** in den nachfolgenden Lokalen:

Westend: „Hohenburg", Ecke Ganghofer- und Fallierstraße.
Untersendling: Gasth. „Frühlingsburg", Daiserstraße.
Obersendling: Gasth. „Unterfahrt", Boschetsriederstraße 43.
Schlachthaus: Gasth. „Reichskrone", Schmellerstr.
Haidhausen: Gasth. „Lothringer Bierhalle", Lothringerstraße.
Au-Giesing: Gasth. „Falkenwand", Falkenstraße.
Schwabing: Gasth. „Occamhof", Occamstraße.
Nord: Gasth. „Ludwigshof", Theresienstraße 128.
Altstadt: Gasth. „Cornelíushof", Ecke Cornelius- und Baaderstraße.
Neuhausen: Gasth. „Zum Sternecker", Linprunstraße und Gasth. „Volkarts Bierhallen", Volkartstraße.

Freidenker im Bezirk! Bisher hat nur München organisatorische Schritte zur Entfaltung einer Kirchenaustrittskampagne unternommen. Es ist von weittragendster Bedeutung, daß nunmehr auch im Bezirk, in jeder Arbeiterorganisation verstärkt für den Kirchenaustritt Propaganda gemacht wird. Kein Parteigenosse, kein revolutionärer Arbeiter darf länger einem Kirchenverband angehören, er fällt dadurch seiner Klasse in den Rücken.

Heraus aus der Kirche!

„Enterbte des Glücks"

Erwerbslose! So werdet ihr von der „Münchener Post" verhöhnt

München. Die von uns bereits angekündigte Aktion der ganzen bürgerlichen und sozialfaschistischen Presse zur Durchführung des Hakenkreuzler-Antrages ist inzwischen gestiegen. Die gesamte Münchener Presse brachte in der Nummer vom 24. Februar 1930 einen Aufruf für die Sammlung unter dem Titel: „Helft den Hungernden und Frierenden!" Unter dem Aufruf hat sich ein sogenanntes „Hilfskomitee" verewigt. Da findet man in holder Einheitsfront u. a. folgende Organisationen und Zeitungen:

Erzbischöfliches Ordinariat München-Freising
Evang. Luther. Dekanat München I
Rabbinat München

Redaktion und Verlag des „Bayerischen Kurier", der „Bayerischen Staatszeitung", der „München-Augsburger Abendzeitung", der „Münchener Neuesten Nachrichten", „Münchener Post", „Münchener Zeitung", „Völkischer Beobachter" usw.

Industrie- und Handelskammer
Münchner Bankenvereinigung und
Münchner Bankiervereinigung.

Dazu kommen dann die klerikalen und selbstverständlich auch die sozialdemokratischen Wohlfahrtsorganisationen und ganz zum Schluß bescheidentlich der Münchner Stadtrat.

Der Aufruf an sich ist ziemlich harmlos. Lediglich die Ziffer von 150 000, die in öffentlicher Fürsorge oder Versicherung stehen, scheint uns bei näherer Betrachtung zu niedrig zu sein. Wenn es in München bereits 50 000 registrierte Arbeitslose gibt, dann ist die Elendsziffer von 150 000 unter Einrechnung der von der Wohlfahrtsfürsorge Unterstützten zweifellos zu niedrig. **Bezeichnend aber ist die holde Einheitsfront, die sich vom jüdischen Rabbinat bis zum „Völkischen Beobachter", von der Bankiervereinigung bis zur „Münchener Post" herausgebildet hat.** Vergessen wurde wahrscheinlich der ADGB. und der Arbeitgeberverband. Aber lieblich: **Dieselbe Bankiervereinigung, die eben einigen hundert Angestellten die Kündigung ins Haus schickte, bettelt jetzt die Oeffentlichkeit für die von ihr auf die Straße Geworfenen an!** Es benötigte wirklich nicht des Geständnisses des Hakenkreuzlers Fiehler, daß jeder der Beteiligten weiß, daß diese Bettelaktion den Riesenmassen der Hungernden nicht einmal ein warmes Mittagessen bringen wird.

Wichtiger aber noch als der offizielle Aufruf sind die Kommentare und die redaktionellen Notizen, die die einzelnen Zeitungen bringen. Die „Münchener Post" zum Beispiel veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer an der Spitze des lokalen Teils einen Artikel „150 000 Menschen, die hungern", in dem das Blättchen von der „wirtschaftlichen Bangigkeit" schwätzt, „die in diesem Jahr über unserem Volke liegt." **Der Schreiberseele, die diese Zeilen schrieb, scheint noch nicht aufgegangen zu sein, daß die Bankiervereinigung, die Industrie- und Handelskammer usw. alle jene Kapitalistenorganisationen, die diesen Aufruf mit der „Münchner Post" überschrieben, von der „wirtschaftlichen Bangigkeit, die über unserem Volke liegt", nichts gemerkt haben.** Freilich, für sie gibt es kein „Schicksal", oder nur jenes „Schicksal", das ihnen mit Hilfe der sozialdemokratischen Finanzpolitik und der Wirtschaftsdemokratie jährlich neue Millionen in den Schoß wirft. Dafür aber schwätzt dieses sogenannte Arbeiterblatt bei den Arbeitern von dem

„verzweifelten Kampf, der gegen ein Schicksal geführt wird, das ungerecht und nur nach bestimmten Seiten verteilt".

Beim „Bayerischen Kurier" ist es der liebe Gott, der den Kapitalisten das Geld und den Arbeitern das Elend gibt, bei der „Münchner Post" ist es „ungerechtes Schicksal". Und das nennt sich Sozialismus!

Im zweiten Teil des Artikels aber kommt zu diesem offenen Spott auch noch der Hohn. Der „Schicksalsfaden" wird weitergesponnen. Aus den 150 000, deren Väter von der Bankiervereinigung und ihren Freunden auf die Straße geworfen wurden und die von den sozialdemokratischen Ministern außerdem noch mit dauernd herabgesetzter Unterstützung bestraft werden, sind „Enterbte des Glücks" geworden, für die „zu einer allgemeinen großen Sammlung aufgerufen wird." Ja, der Redakteur bekam geradezu Visionen. Angesichts der 150 000 Hungernden in München sah er wahrscheinlich gerade in die Reichsverfassung der deutschen Republik und entdeckte dort den Paragraphen über das „Recht auf Arbeit". Hingerissen von der fabelhaften Uebereinstimmung zwischen dem Paragraphen und der Wirklichkeit schrieb er folgenden Satz:

„Wir sind doch alle Kinder eines großen Volkes, der, der im vierzigpferdigen Kraftwagen als Generaldirektor in sein feudales Büro sich fahren läßt, und jener, der das letzte Stück Brot unter seine vier Kinder verteilt . . ."

Irrsinn oder Dichtung? — Nein, es ist ein sozialdemokratischer Redakteur. Und mit solchen aus dem Lexikon eines Pfaffen stammenden Phrasen will man das Erwerbslosenelend beheben! Schandvoller hat wohl kaum jemals die „Münchener Post" gezeigt, daß ihre Politik darin besteht, die Besitzer der „vierzigpferdigen Kraftwagen" anzubetteln, statt die Arbeiterklasse aufzurufen, gegen sie zu kämpfen und dafür zu sorgen, daß die „vierzigpferdigen Kraftwagen" jenen gehören, die sie mit ihrer Hände Arbeit erzeugten.

Die Münchner Erwerbslosen bedanken sich für diesen Schwindel. Sie kämpfen mit den Kommunisten um höhere Erwerbslosenunterstützung und mit der Arbeiterschaft im Betrieb um Verkürzung der Arbeitszeit. Sie denken daran, daß es die Stadträte der Münchner Bankenvereinigung, der Besitzer der vierzigpferdigen Kraftwagen und — der „Münchner Post" waren, die den kommunistischen Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe für die Erwerbslosen ablehnten, trotzdem Millionen für Polizei und Kirche vorhanden sind. Sie wissen, daß die Generaldirektoren und ihre sozialdemokratischen Lakaien die Ettstraße mobilisieren werden, wenn die Erwerbslosen um einige Pfennig Arbeitslosenunterstützung auf die Straße gehen. Und deshalb pfeifen sie auf diese Heuchelei und beantworten sie mit Verstärkung des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erringung höherer Unterstützungen.

Unternehmer, „die immer eine offene Hand hatten"

Wir lesen in einer Münchener Zeitung über die Bettelaktion für die Erwerbslosen in München folgende Sätze:

„Von allen Seiten ist den Komitee die Mithilfe in Aussicht gestellt worden. Es ist dies um so erfreulicher und dankbarst zu begrüßen, als unter der lang andauernden Wirtschaftskrise nicht nur zahlreiche Arbeitnehmer, sondern auch das Unternehmertum in Industrie und Handel und Gewerbe schwer zu leiden hat. Es muß deshalb umsomehr anerkannt werden, wenn die Kreise der Wirtschaft, die immer eine offene Hand hatten, wenn es galt, die Not zu lindern, auch jetzt wieder denen helfen, die ganz auf fremde Hilfe angewiesen sind . . ."

Was meinst du, verehrter Leser, wo diese Zeilen zu finden sind? Du rätst sicher: Im „Bayerischen Kurier", in der Kuhhaut, in der „Münchner Zeitung" oder sonst in irgend einem Unternehmerblatt. Falsch geraten! Die obigen Zeilen findest du in dem Organ des L.D.GB. München, dem **Organ der Münchner Sozialdemokratie, der „Münchener Post" in der Nummer vom 25. Febr. 1930, Seite 5.** Diese Schande mußt du dir merken und jedem Arbeiter, der diese Zeitung noch liest, eindringlich sagen: **„Heraus mit diesem Fetzen aus jeder Arbeiterwohnung! Lest die „Neue Zeitung"!**

Schiedsspruch für Münchener Rechtsanwaltsangestellte

SCB. München, 22. Februar.

Für die Münchener Rechtsanwaltsangestellten fällte der Schlichtungsausschuß am 20. Januar 1930 einen einstimmigen Schiedsspruch, wonach der mit den tariffreudigen Rechtsanwälten bereits bestehende Tarifvertrag mit einigen unwesentlichen Aenderungen die Grundlage eines Tarifvertrages für alle Münchener Rechtsanwälte bilden soll. Die verlängerte Erklärungsfrist für die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches lief am Samstag, den 22. Februar ab. Die beiden in Frage kommenden Angestelltenorganisationen, der Zentralverband der Angestellten (ZdA.) und der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA.) sowie sechs Rechtsanwälte haben den Spruch angenommen, während die übrigen 328 **Anwälte überhaupt keine Erklärung abgaben,** so daß er von dieser Seite als abgelehnt gilt. ZdA. und GdA. haben daraufhin die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Das Münchener Volkstheater wird verkauft

SCB. München, 22. Februar

Wie die „Süddeutsche Sonntagspost" von gut unterrichteter Seite erfährt, soll das Münchener Volkstheater verkauft werden. Der langjährige Besitzer und Leiter des Theaters, Direktor Ernst Bach, der bekannte Lustspielautor ist bekanntlich vor einiger Zeit gestorben. Seine Gattin, Frau Direktor Lotte Bach, hat bis heute zusammen mit dem Berliner Regisseur Karl Reisser das Theater weitergeführt, will es aber nun aufgeben und sich vom Bühnenleben zurückziehen. Wie das Blatt weiter hört, verhandelt die Direktion gegenwärtig mit den Münchener Kammerspielen wegen einer eventuellen Uebernahme des Volkstheaters.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Passau

SCB. Passau, 20. Februar.

Die Zahl der Arbeitslosen im Bezirk des Arbeitsamtes Passau hat vom 1. bis 15. Februar nur mehr um einen Arbeitslosen zugenommen. Sie beträgt nunmehr 5776 gegen 5775. Abgenommen hat die Zahl der männlichen Arbeitslosen um 13, dagegen erfuhr die an und für sich geringere Zahl der weiblichen Arbeitslosen eine Zunahme von 333 auf 347.

Die Masern

Die Masern sind eine der gefährlichsten Krankheiten. An ihnen sterben jährlich etwa 40—50 000 Kinder meist im jugendlichen Alter, das ist mehr als am Scharlach und an Diphtherie zusammen genommen. Die gefährdetsten Kinder, Säuglinge und Kleinkinder kann man vor drohender Ansteckung durch Geschwister und Spielgenossen dadurch schützen, daß man dem Vater oder der Mutter, welche masernimmun sind, etwas Venenblut entnimmt und dem gefährdeten Kinde einspritzt. Es kommt dann entweder zu gar keiner oder zu einer sehr leichten Erkrankung. Professor Degkwitz-Greifswald ist der Auffassung, daß das Blut masernimmuner Personen einen Schutzstoff enthält, welcher das (unbekannte) Maserngift paralysiere. Dies ist lediglich aber eine Vermutung, für welche es keinen Beweis gibt. Es könnte auch an das d'Herelle'sche Phänomen oder an andere Dinge gedacht werden. Die Theorie des Auftretens von Schutzstoffen hat etwas märchenhaft Phantastisches an sich. Ja sie erscheint im Grunde als ein unerklärliches Wunder, das schwer glaubhaft ist.

Wolfratshausen. (Schwerer Unfall.) Am Freitag vormittag wurde die 30jährige Landwirtsfrau Veronika Demmel in Königsdorf von dem auffahrenden Lastkraftwagen ihres Mannes überfahren. Sie erlitt schwere Verletzungen an beiden Beinen. Im Krankenhaus Wolfratshausen mußte ihr das linke Bein am Oberschenkel abgenommen werden.

Fortbildungskurs für Kraftfahrzeugführer (Herren- und Berufsfahrer), veranstaltet vom Polytechnischen Verein in Bayern. Ein neuer Kurs beginnt am Freitag, den 7. März abends 7 Uhr in dem Vortragssaal des Sozialen Landesmuseums, Pfarrstraße 3. Der Kurs hat den Zweck, Herren- und Berufsfahrer und -Fahrerinnen in ihren [illegible] des Baus und der Behandlung von Kraftfahrzeugen zu vervollkommnen. Die Leitung ist in den Händen des Herrn Postoberinspektor Sämann. Der Kurs findet jeden Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt und umfaßt 9 bis 10 Abende. Kursgebühr 10 Mark. Anmeldung in der Geschäftsstelle des Polytechnischen Vereins, Briennerstraße 8/I, 4. Aufgang., Fernsprecher 92 7 73, mündlich, schriftlich oder durch Fernsprecher.

Aus der Partei

Stadtteil Nordost.

Stadtteilleitersitzung um 7 Uhr, **Parteiarbeiterversammlung** um 8 Uhr im Gasthaus Lothringer Bierhalle.

Stadtteil Nord.

Mittwoch, den 26. Februar, 7½ Uhr abends im Luisengarten, Ecke Luisen-Ziebladstraße Gesamt-Funktionärversammlung der Betriebs- und Straßenzellen. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Stadtteil Ost.

Gärtnerviertel: Cornelliushof, Ecke Cornelius- und Baaderstraße, Freitag, den 28. Februar, Zellenversammlung.

KJVD. München.

Alle Gruppen-Abende am Mittwoch, den 26. Februar fallen aus. Alle Genossen kommen zu der Kundgebung im Kreuzbräu.

Vereinskalender

Rote Hilfe, Bezirk Westend!

Freitag, den 28. Februar abends 8 Uhr öffentliche Rote Hilfe-Versammlung im Gasthaus Ludwigsvorstadt, Kazmairstraße 48. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Die Leitung.

Ein Arbeiterkind

welches in der Sowjetunion war

soll vom bürgerlichen Klassengericht in eine Zwangserziehungsanstalt gesteckt werden.

Jungarbeiter, Jugendgenossen, Parteigenossen! Heraus zur

Protest-Kundgebung

am Mittwoch, den 26. Februar abends 8 Uhr im „Kreuzbräu". Zeigt mit Eurem Erscheinen Eure Verbundenheit mit dem Arbeiterkind.

Rote Hilfe Ramersdorf.

Samstag, den 1. März, Rote Hilfeversammlung, Goldenes Roß, Rosenheimerstraße 183.

Rote Hilfe Obergiesing.

Alle Unterkassiere sollen bei ihrem Hauptkassier für Februar abrechnen. Zeit: 5 bis 7 Uhr.

Gemeinschaft sozialistischer Studenten. Donnerstag, den 27. Februar, 8¼ Uhr im Restaurant Alpe, Schellingstraße 43, Diskussionsabend: „Klassenkampf oder Klassenfrieden". Gäste willkommen.

Arbeitersport

Freie Turnerschaft München e. V., Abteilung 8 (Nordwest). Mittwoch, abends ½8 Uhr im Vereinslokal Müllergarten Jugendversammlung mit Vortrag des Genossen Frühschütz über: „Marine- und Revolutionserinnerungen". Außerdem steht die Aufstellung eines Frühjahrsprogramms sowie die Konsumvereinsbesichtigung zur Debatte. Wir erwarten daher vollzähliges, pünktliches Erscheinen der Abteilungsjugend. Jugendgenossen und -genossinnen, die Interesse an der Versammlung haben, sind natürlich herzlich willkommen. Liederbücher nicht vergessen! — Das Mädchenturnen findet nunmehr jeden Donnerstag von ½6—7 Uhr in der Schule an der Schulstraße statt. Die Knaben beteiligen sich bis zur Erlangung einer geeigneten Turnhalle in der bisherigen Weise beim Turnbetrieb der Turner.

Gewerkschaften

Deutscher Holzarbeiterverband München. Donnerstag, den 27. Februar 1930, abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses Jugendversammlung für die Lehrlinge und Jugendlichen des Holzgewerbes.

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter München. Mittwoch, den 26. Februar 1930, abends 7 Uhr Generalversammlung im Kolosseum.

Verband der Fabrikarbeiter München. Jahresschluß-Versammlungen:

Bezirk Westend: Freitag, den 28. Februar 1930, abends ½9 Uhr im Atlierhof. Referent: Kollege Lederer.
Bezirk Gaulting: Sonntag, den 2. März 1930, nachmittags ½3 Uhr im Gasthaus Sterr. Referent: Kollege Lederer.
Bezirk Olching: Sonntag, den 9. März 1930, nachmittags 2 Uhr im Gasthaus Streller. Referent: Kollege Lederer.
Tagesordnung in den Versammlungen: 1. Vortrag; 2. Neuwahl des Bezirksausschusses und der Generalversammlungs-Vertreter; 3. Verschiedenes.

Bestattungen am 27. Februar in München.

Ostfriedhof: Schreyer Sofie, Stationsdienerswe., 80 J., 3 Uhr; **Kreuzpaintner Albert,** Postassistent a. D., 50 J., 4 Uhr; **Scheller Margarete,** Zimmermeistersgattin, 71 J., 8 Uhr; **Donner Anna,** Buchhalterswe., 47 J., 3¼ Uhr; **Zehetbauer Lorenz,** Brauereiarbeiter, 60 J., 4 Uhr; **Breitenlachner Liselotte,** Zementeurkind, 11 Mt., 3½ Uhr; **Landinger Georg,** ehem. Hilfsarbeiter, 80 J., 2½ Uhr; **Höchstetter August,** Polizeisekretär a. D., 78 J., 10 Uhr.

Westfriedhof: Halbhuber Josef, Kaufmann, 59 J., 2½ Uhr; **Hueber Kreszenz,** Kaufmannsgattin, 46 J., 2 Uhr; **Hupf Josefine,** Min.-Oberoffs.-Gattin, 59 J., 3 Uhr.

Alter nördl. Friedhof: Hölzl Maria, Oberoffiziantenswitwe, 64 J., 11¼ Uhr.

Sendling: Knoll Franz, ehem. Schmiedmeister, 70 J., 11 Uhr; **Würdinger Josefa,** Oberpostsekretärsgattin, 51 J., 11¼ Uhr.

Waldfriedhof: Huber Berta, 28 J., 4¼ Uhr; **Kullich Walter,** Schauspieler, 37 J., 3½ Uhr; **Spindler Hildegard,** 2½ J., 4 Uhr; **Will Wilhelm,** 8 Mt., 1¼ Uhr; **Karl Auguste,** Oberregierungsratswe., 51 J., 3 Uhr; **Wohlfahrt Alois,** ehem. Schuhhändler, 87 J., 2½ Uhr.

Spielplan der Münchener Theater.

Mittwoch, den 26. Februar.

[illegible]theater: „Zemlia", 7¼ Uhr.
[illegible]theater: „Ein Sommernachtstraum", 7½ Uhr.
[illegible] im Schauspielhaus: „Zwei Krawatten", [illegible] Uhr.
[illegible] „[illegible]", 8 Uhr.
[illegible] „[illegible]", 8 Uhr.

Donnerstag, den 27. Februar.

Prinzregententheater: „Gesellschaft der Menschenrechte", 7½ Uhr.
Nationaltheater: „Tiefland", 8 Uhr.
Residenztheater: „Figaros Hochzeit", 7 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Kreatur", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Die Fledermaus", 8 Uhr.
Münchner Volkstheater: „Sulla di Sulla", 8 Uhr.

Verantwortliche Schriftleitung: Für Politik Albert Buchmann, für „Stimmen der Werktätigen" Sebastian Hohenadl, für Gewerkschaft, Wirtschaft und Südbayern Erich Wöhm, für Inserate Gustav Epple, sämtliche in München.

Glosse zur Hetze

Die Tscheka auf dem Faschingsball

Wir leben in einer fabelhaften Zeit!

Tscheka! Wer (unter uns Bürgern gesagt) erschrickt nicht, wenn er diesen Namen hört, der der Inbegriff aller Kellermorde, Generalsentführungen, Spionagegeschichten, Vergewaltigungen und neuerdings — Giftmorde ist?

Fasching! Wer (unter uns Bürgern gesagt) freut sich nicht, wenn er dieses Wort hört, das der Inbegriff aller Nischentugenden, Tanzperversitäten und sonstigen irdischen Freuden ist?

Tscheka und Fasching, zwei Kontraste! Können sich die berühren? Jawohl und jawohl! Die „Münchener Zeitung", die neben der „Münchner Post" eines der übelsten Antisowjetblätter Bayerns ist, löst die Frage auf Seite 4 ihrer Nummer vom 14. Februar 1930. Hier können die sozialdemokratischen Märchendichter etwas lernen! Also, los:

In Graz, dem kleinen Heimwehrstädtchen Oesterreichs haben die „armen" russischen Weißgardisten ein Konzert mit Faschingsball veranstaltet. Die gesamte Heimwehrblase war anwesend. Es wurde geschwooft und geschobert. Mittendrin waren die Agenten der Tscheka, einige Kommunisten, die sich erst über die nationalistische Propaganda aufregten, dann aber den Abend „sehr gemütlich fanden". Schließlich hat so ein Ball auch ein Ende. Alles verabschiedete sich mit warmen Händedrucken (nicht falsch zu lesen!) vom Vorsitzenden des russischen Flüchtlingskomitees in tiefer „Gerührtheit". (Verführt ist an dem Abend niemand geworden!) Auch die Kommunisten drückten dem Mann die Hand und — da fühlte er einen leisen Stich, dem er aber keine Bedeutung beimaß. Am nächsten Tage aber schwoll die Hand unförmlich an, ähnlich einer Blutwurst (oder der Hetze gegen uns), der Weißgardist ging ins Krankenhaus der Barmherzigen Brüder und die stellten eine Blutvergiftung fest! Nach den vom Papst erst kürzlich ausgegebenen „Richtlinien zur Totbetung des Bolschewismus" handelte es sich hier um ein Mordattentat der Tscheka" (gelobt sei Jesus Christus), in welches die Polizei sofort ihre Nase hineinstecken mußte. Aber Graz ist nicht München und die „Urheber dieses niederträchtigen Verbrechens" konnten auch in Graz noch nicht ermittelt werden, obwohl diese nur „in kommunistischen Kreisen zu suchen" sind. Nun, wir sind ja alle mit den Agenten der Tscheka per Du und wissen, daß diese entweder mit den Raketenflugzeug der „Frau im Mond" oder aber mit dem grauen Tscheka-Kutjepoffauto inzwischen abgereist sind. Der Weißgardistenführer wird wahrscheinlich sterben müssen, kann das aber ohne Sorgen, denn der Papst hat die Absicht ihn heilig zu sprechen.

Daß sich der Mann aber durch Unvorsichtigkeit verletzt hat, scheint vollkommen ausgeschlossen, denn auf weißgardistischen Faschingsbällen spielen gewisse zarte und runde Formen eine primäre Rolle und daran kann sich ja niemand verletzen. Keiner wird glauben, der Zarist sei von einer Giftschlange oder einem hysterischen Heimwehr-Kantipp-Fräulein gebissen worden, denn — kitte, so was kommt doch auf keinem bourgeifen Faschingsball vor.

Bleibt also zu registrieren: „Schon wieder ein Verbrechen von der Tscheka ausgeführt . . ." (Melodie nach dem bekannten Heilsarmeeschlager!) Wir sind der „Münchener Zeitung" für ihren aufklärenden Hetzartikel sehr dankbar: Es lebe die Tscheka!

Carolus.

PROLETARISCHES FEUILLETON

Der Empfehlungsbrief / Von Gustav Gebheim

„Adje," sagte Franz zu dem Mann, der das Tor öffnete. „Adje," sagte der und verzog seinen Mund dabei. Franz hörte hinter sich das Zuschlagen der schweren Eisentür, ging ein paar Schritte durch einen Vorgarten und dann war er draußen. Feiner Regen machte die Luft feucht. Rechts und links freies Feld und Wald, hinter ihm, das Gefängnis. Franz ging rechts, den Weg zur Stadt. Erst langsam, Schritt für Schritt, doch je länger er das freie Pflaster trat, um so schneller tappten seine Füße. Wie sagte doch sein Zellennachbar? „Wenn du rauskommst, nicht umsehen, sonst kommst du wieder rein." Das war eine schwere Sache dieses Nichtumsehen. Es zuckte in seinem Hals, die Füße wollten stocken, doch immer weiter zwang Franz seinen Körper, immer weiter. Schwarze Umrisse tauchten auf, schoben sich vor, die ersten Häuser, die erste Straßenbahn. Menschen liefen an ihm vorbei. Franz atmete auf und stieg in die Bahn. Er wagte nicht hochzuschauen, erst langsam löste sich der Blick vom Boden, stieg höher, tastend, fragend, doch niemand beachtete den jungen Mann, der da in einer Ecke stand und krampfhaft seinen Fahrschein in Händen hielt.

Der 30jährige Franz Mendel, schmalbrüstig, mittelgroß, graue Augen, besondere Merkmale: Keine, sah die Welt wieder als freier Mann, als Mensch unter Menschen. Eine große Hoffnung stieg in ihm auf, die Hoffnung auf die Einreihung in das tägliche Leben. Hatte er nicht von dem Geistlichen des Gefängnisses ein Empfehlungsschreiben bekommen? Franz fühlte nach seiner Brusttasche, ja es knisterte, es war da. Alles war gut. Wie war doch die Adresse? „Herrn Direktor Bell, Baltenplatz 4", stand auf dem Schreiben. Franz lächelte still vor sich hin, denn der Baltenplatz lag in einer vornehmen Gegend, sicher findet er da Hilfe, die er so nötig braucht um Fuß zu fassen in dem fast fremdgewordenen Leben, das um ihm brauft.

Franz sah die Großstadt mit den Augen eines Kindes, das ein Geschenk bekommt. So schön war alles, so verheißungsvoll.

„Baltenplatz", rief der Schaffner.

Franz gab sich einen Ruck und stieg aus. Hinter Bäumen und blühenden Sträuchern sah er prachtvolle kleine Villen. Eine davon trug die Nummer 4. Franz drückte auf den Knopf der elektrischen Leitung, ein Hund kläffte, dann trat aus dem Vorhäuschen ein Mann in einer schwarzen Jacke. „Sie wünschen?" fragte der.

Franz zeigte den Brief. „Kommen Sie, ich werde Sie anmelden."

Die Gittertür wurde geöffnet und dann ging es durch einen Seiteneingang ins Haus. In einem Vorraum machte der Mann mit der schwarzen Jacke eine Handbewegung und sagte: „Warten Sie einen Moment", dann ging er in ein Zimmer. Franz hörte leises Sprechen, dann Schritte, die Tür öffnete sich wieder — Franz durfte eintreten. Es war ein Zimmer mit großen gewölbten Fenstern, man konnte das Grün des Gartens sehen. Das Licht des Tages fiel auf einen klobig massiven Schreibtisch, der Mann am Schreibtisch war alt, sehr alt.

„Sie sind der Franz Mendel, der mir hier empfohlen wird?"

„Ja," sagte Franz, und blickte in das gelbe, faltige Gesicht und auf die langen knochigen Hände, die das Empfehlungsschreiben hielten.

„Wie lange waren Sie im Gefängnis?"

Warum fragt er danach? dachte Franz und sagte leise: „Ein Jahr."

„Ein Jahr, ein Jahr," murmelte der Alte, „und warum?" Franz sah auf den dicken, rotgemusterten Teppich, auf dem er stand, und drückte seine Mütze zusammen. „Einbruch," kam es gepreßt hervor. „Das durften Sie natürlich nicht machen," sagte der Alte und lehnte sich in seinen Sessel zurück.

„Ich hatte Hunger." Es klang demütig.

„Trotzdem, trotzdem. Bedenken Sie, wenn alle Menschen, die Hunger haben, einbrechen? Das geht natürlich nicht! Das Eigentum muß doch geschützt werden! Wir haben doch eine Gesellschaftsordnung! Warum haben Sie sich nicht an eine wohltätige Stelle gewandt?"

„Ich habs getan. Man gab mir immer eine Suppe, jeden Tag eine Suppe. Ich konnte sie nicht mehr sehen, diese Suppe. Ich brach ein, bei einem Kaufmann. Stahl, Würste, Brot, Butter und Schinken. Doch ich kam nicht weit."

Der Alte lachte auf. „Ja, ja, unsere Polizei paßt auf, sie bekommt dafür bezahlt. Und jetzt?" Franz sah die zittrigen Finger, die immer noch den Empfehlungsbrief hielten. „Ich möchte gern Arbeit haben."

„Arbeit?"

„Ja, denn was nützt mir ein Almosen von 20 Mark."

„20 Mark?" Der Alte fuhr hoch aus seinem Sessel. „28 Mark kann ich nicht geben."

„Ich will ja kein Geld, arbeiten will ich, arbeiten —, ich bin gelernter Schlosser, ich dachte, daß Sie für mich in irgendeinem Betrieb — — —"

„Das geht auch nicht, denn in den Fabriken, an denen ich beteiligt bin, wird rationalisiert und reduziert. Aber ich kenne einen Mann, der allein imstande ist, für Sie zu sorgen und Sie beschützen wird."

Die zu Boden gesunkene Hoffnung in Franz stieg wieder auf. Also doch ein Weg, der weiterführt. „Ja?" sagte er.

„Es ist Kapitän Hinrich von der Heilsarmee!" Der Alte schrieb auf einem Blatt Papier. „Heilsarmee?" Franz sah alles wieder versinken. „Nun ja, dort sind sie gut aufgehoben und finden den seelischen Zuspruch, der Sie trösten wird. Sie werden vergessen und ein folgsamer Diener Christi werden." „Heilsarmee! Diener! Trost!" Franz hat keine Beherrschung mehr. Was nun folgte, ging alles sehr schnell. Mit ein paar Sätzen war er am Schreibtisch und seine Faust fuhr dem Alten mitten ins Gesicht. „Du Hund du! Blutsauger! Da! Da! Da!" — „Na, ich glaube, du hast dir doch umgesehen?" meinte der ehemalige Zellennachbar zu Franz, als derselbe wegen Körperverletzung, wieder eingeliefert in das Gefängnis, einer Arbeitsabteilung zugewiesen wurde. „Ja," sagte Franz, „aber nicht nach dem Gefängnis. Draußen, im Leben habe ich mich umgesehen, und darum bin ich wieder hier."

Drei Quellenbücher des Marxismus

Auf Marx und Engels zurückgehen, heißt in die Zukunft vorstoßen! Für jeden revolutionären Kommunisten ist ein neues Buch von Marx und Engels ein Ereignis. Der Internationale Arbeiterverlag gibt soeben in der bekannten Sammlung seiner „Elementarbücher des Kommunismus" drei neue marxistische Schriften heraus, die das Interesse jedes klassenbewußten Proletariers erregen müssen.

Man kann den Marxismus in die Gebiete des philosophischen, ökonomischen und politischen Marxismus einteilen. Gewissermaßen für jedes dieser Hauptteile liegt jetzt eine Veröffentlichung vor, die in wichtigste, zum Teil neue Gedankengänge des Marxismus einführt.

Oft ist bedauert worden, daß Marx und Engels kein Handbuch ihrer materialistischen Geschichtsauffassung verfaßt hätten. Aber sie hatten es ja geschrieben und nur die sozialdemokratischen Grabhüter des Marx-Engels-Nachlasses verhinderten die Auferstehung des prachtvollen Geisteswerkes von Marx und Engels: „Deutsche Ideologie", das in seinem ersten Teil eine breite Gegenüberstellung der „materialistischen und idealistischen Anschauung" enthält. Erst durch den Genossen Rjazanow wurde dieser Teil 1926 ans Tageslicht gezogen (im ersten Band des Marx-Engels-Archivs). Nur konnten nicht viele Proletarier die fünfzehn Mark für den Band ausgeben. Ebenso sind die übrigen, zum Teil umfangreichen Schriften, in denen Marx und Engels in der Mitte der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ihre Welt- und Geschichtsauffassung entwickelten und sofort glänzend bestätigten, zumeist vergriffen oder doch nur schwer erlangbar.

Man wird daher begrüßen, daß unter dem Titel „Marx-Engels über den historischen Materialismus" ein Quellenbuch vom Genossen Hermann Duncker herausgegeben worden ist, das in seinem jetzt vorliegenden ersten Teil die Herausbildung der materialistischen Welt- und Geschichtsauffassung in den Schriften von 1842—1846 vor dem Leser entstehen läßt. Niemand wird das Buch aus der Hand legen können, ohne wesentliche Bereicherung erfahren zu haben. Für den proletarischen Freidenker wird da die leidenschaftliche Kritik der Religion, das rücksichtslose Bekenntnis zum Atheismus ebenso wertvoll erscheinen, wie für den Politiker der Nachweis der Notwendigkeit der proletarischen Revolution und die Kritik von Staat und Gesellschaft. Eine Fülle neuer sozialkritischer Gesichtspunkte entfaltet sich vor uns. Und alles scheint für den heutigen Tag geschrieben, eine grandiose Weitsicht des Marx-Engelsschen Blicks!

In das Gebiet des ökonomischen Marxismus führt Friedrich Engels' „Zur Wohnungsfrage" (herausgegeben von Paul Friedländer). Diese Broschüre ist aus Artikeln entstanden, die Engels 1872 für Liebknechts „Volksstaat" geschrieben hatte. Eine sehr anschauliche Darlegung der kapitalistischen Ausbeutung und des Verhältnisses des Mietzinses zum Mehrwert und Arbeitslohn führt Engels zur Untersuchung der Grenzen aller Sozialreform im Kapitalismus. Scharf brandmarkt er den kleinbürgerlichen Opportunismus in der sozialdemokratischen Partei selbst, der hinter sozialem Flickwerk das revolutionäre Endziel vergißt. Daher wurde denn auch von der deutschen Sozialdemokratie seit Jahrzehnten dieses Büchlein unseres Meisters auf den Index gesetzt, d. h. seit 1887 nicht wieder aufgelegt. Daß aber diese Schrift ganz und gar nicht veraltet ist, weist der Herausgeber in seiner Einleitung ausführlich nach. So wird dieser Neudruck auch für die ökonomische Belehrung und aktuelle Tagespolitik wertvolle Dienste leisten.

Mitten hinein in das Gebiet des politischen Marxismus stellt den Leser die Veröffentlichung der „Militärpolitischen Schriften" von Friedrich Engels (Teil I der „Militärpolitischen Schriften von Engels und Lenin"). Aus zahlreichen Artikeln und längst vergriffenen Broschüren von Engels aus den Jahren 1848 bis 1895 baut der Herausgeber K. Schmidt die „theoretische und praktische Stellung des Marxismus zur bürgerlichen Armee und zu den Problemen der Schaffung der proletarischen Wehrmacht" vor uns auf. Da die Erörterung dieser Probleme jeweils durch konkrete militärische Ereignisse hervorgerufen worden war, so beleuchtet dieses Quellenbuch in zum Teil überraschender Weise die großen historischen Ereignisse vom proletarischen Aufstand in Paris, Juni 1848, dem Fall Wiens (Oktober 1848) und der Reichsverfassungskampagne (1849), über die verschiedenen nationalen Kriege und Aufstände von 1849, 1853 bis 1855, 1859, 1863, 1866 bis zum Kriege 1870/71 und der Pariser Kommune. Den Beschluß bildet die grandiose Prophezeiung Engels über den kommenden Weltkrieg und die proletarische Revolution (aus der „Neuen Zeit" 1892), sodann noch wichtige Sätze über die Bedingungen des Aufstandes aus der vom deutschen Parteivorstand schamlos kastrierten Einleitung von Engels zu „Klassenkämpfe in Frankreich" von Marx. Alles in allem eine Schrift von größter Gegenwartsbedeutung.

Wenn das Jahr 1930 hält, was es in seinem Beginn mit der Veröffentlichung dieser drei Quellenbücher des Marxismus auf literarischem Gebiet zu versprechen scheint, ist noch gutes zu erhoffen. Freilich Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterleserschaft, das Marx-Engelssche Wort vom theoretischen Sinn des deutschen Proletariats bekräftigend, diese Werke auch mit Eifer und Begierde aufgreift.

Hermann Duncker.

Drei mal Orangen

Auf der staubigen Straße von Genua nach Nervi spielen Felizita und Rossa mit Muscheln. Mehlige Autos fahren vorüber, eines dicht hinter dem andern, ein Amerikaner, ein Fiat, ein Opel, ein englisches Motorrad. Hochsaison. In den großen Hotels ist alles besetzt. Die Galerien, die Kirchen, die Plätze stehen voll. In die engen Winkelgassen zum Fischereihafen verirrt sich selten ein Fremder. Trockenleinen mit Wäsche hängen quer über die Gasse, aus offenen Türen brenzelt Fischgeruch. Spülicht wird auf die Straße gegossen. Hier wohnen Felizita und Rossa. „Shocking! International mob", mokiert sich die englische Lady und die deutsche Gesellschafterin fügt hinzu: „ja, wirklich, überall ist das Gesindel gleich schmutzig und roh". Die Luft brütet feucht, die Damen gehen zum Orangenstand, zur frutteria und lassen sich einen großen Korb saftiger Früchte ins „Imperial" schicken. Felizita und Rossa schauen dem Lastträger mit den gelben Bällen nach. „Lächerlich billig sind die Früchte hier", hat die Deutsche beim Einkauf gesagt. Sie haben nicht einen Soldo; seitdem die schwarze Silhouette des Duce an alle Mauern und Häuserwände schabloniert ist, hat die Mutter kaum Polenta für alle Mäuler. Jetzt darf man auch nicht mehr bei Fremden stehen, halb tot haben sie den Marino geschlagen, dabei hat er gar nicht gebettelt, sondern wurde nur gefragt, wo es zum Campo-Santo geht. — Am Orangenstand steht wieder ein Käufer. Die schwarzen Augen der Mädchen beißen sich in die gelben Früchte ein, und der junge Mann hält Felizita und Rossa eine Orange hin. Aber die Kinder greifen nicht zu, wild entsetzt jagen sie davon. Bald darauf geht ein Carabinieri an dem Obststand vorbei. . .

*

Ein Abteil in der Berliner Vorortbahn. Die Luft ist stickig, schwül. Der dreijährige Paul, der fünf Stationen lang stehen mußte, hat endlich einen Platz bekommen. Gegenüber sitzt eine blonde Dame in einem grauen Fehpelz. Sie nimmt aus ihrem Lederlöffelchen eine große Orange und schält sie ab. Bedächtig steckt sie Scheibe um Scheibe in den Mund. Der kleine Junge verfolgt jeden Bissen, der zwischen den feuchten Lippen verschwindet. Er ist so vertieft, daß er nicht merkt, wie der Zug bremst und anhält. Der Ruck wirft ihn an die Messingklinke. Das Zahnfleisch blutet. Die Mutter beruhigt ihn: „Sei man still". Und der kleine Junge ist still. Die Dame im Fehpelz sieht ihn bedauernd an: „armes Kind", sagte sie und steckt weiter Apfelsinenscheiben in ihren Mund. — Wieder hält der Zug, die Dame steigt aus. Das Kind klettert von der Bank, sucht sich die Schalen zusammen und spritzt den aromatischen Saft auf sein Händchen. —

*

In Amerika fand kürzlich ein origineller Wettbewerb statt. Ein Bassin wurde mit Orangen gefüllt, und die Schwimmerinnen mußten sich durch das Apfelsinenmeer hindurcharbeiten. —

Gertrud Ring.

Aeroschlitten als Verkehrsmittel

Die große Ausdehnung der Sowjetunion erschwert die Hebung der Kultur bei den zurückgebliebenen Völkern. Besonders leidet der nordöstliche Teil, der bei dem noch ungenügend ausgebauten Eisenbahnnetz mit Ausbruch des Winters von den zentralen Gebieten so gut wie abgeschnitten ist.

Nun soll auch da abgeholfen werden: es wird ein Luftverkehr zwischen dem Nordosten und den Zentren der Sowjetrepubliken nächstens in Kraft treten. Die Fahrt im einfachen Schlitten dauert drei Tage und kostet nicht weniger als 15 Rubel; dieselbe Strecke im Aeroschlitten dauert drei Stunden und kostet nicht über 10 Rubel.

Der Aeroschlitten faßt sechs Personen, der Führer mitbegriffen. Die Geschwindigkeit beträgt 30 bis 35 Kilometer in der Stunde. Der Schlitten ist ganz geschlossen.

Es wird auch in nächster Zeit mittels Aeroschlitten ein Postverkehr zwischen dem Nordwesten, Archangelskgebiet, und dem Nordosten hergestellt werden. Dieser Riesenarm wird von dem Aeroschlitten in sieben Stunden durchflogen.

Die Bedeutung des Aeroschlittenverkehrs ist außerordentlich für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes: er ermöglicht die beständige Verbindung der entlegensten Gebiete der Sowjetunion mit den großen politischen und wirtschaftlichen Zentren.

Verstärken wir unsere Verbindung mit den Berliner Arbeitern!

Ausschnitt aus der „Prawda".

Ende des Jahres 1925 haben wir Straßenbahner des Schtschepitilsktparks in Moskau unsern ersten Brief den Berliner Straßenbahnern geschickt. Im Sommer 1926 besuchten unsern Park deutsche und österreichische Genossen, unter welchen Berliner Straßenbahner waren.

Seit drei Jahren erhielten wir vom Auslande fünf bis sechs Briefe. Gewiß, es ist wenig — zu wenig. Ueber jeden Brief wird in der Generalversammlung referiert, da werden auch Anträge gestellt und drei Genossen gewählt, um die Antwort zu schreiben. Dieser Brief wird dann der Generalversammlung vorgelegt, die ihn verbessert, einiges hinzufügt oder ausstäßt und das Schreiben bestätigt.

In unseren Briefen fragen wir die Berliner, wieviel Mitglieder der Partei sie haben, wie sie den Kampf um politische Rechte führen, um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Wir fragen, was sie zu tun gedenken, wenn der Krieg ausbricht. Wir erzählen über unsere Errungenschaften: über den einen Monat währenden Urlaub mit vollem Gehalt, über die Erholungsheime, über die Arbeitsbedingungen usw.

In den Versammlungen, in denen die Briefe vorgelesen werden, wird die internationale Lage besprochen, werden Fragen über die politische und wirtschaftliche Lage ausländischer Arbeiter erörtert.

Ein Brief aus Berlin ist ein großes Fest für die Arbeiter des Parks. Die Nachricht über den Erhalt eines Briefes macht bald die Runde unter allen Straßenbahnern. Ueber den Brief wird gesprochen, diskutiert, man erzählt darüber seinen Familienangehörigen und erinnert sich seiner noch nach Wochen. Der Brief erzieht unsere Arbeiter zum Klassenkampf und zur internationalen Solidarität.

Unsere Aufgabe ist es, diese Verbindung mit den deutschen Arbeitern zu festigen und auszubauen!

Anisskin

Labour-Regierung verehrt vor

Bruch mit der Sowjetunion

Macdonalds Vertreter Lord Parmoor fordert Verantwortung der Sowjetregierung für die Taten der Komintern

Die Frage der englisch-russischen Beziehungen wurde vor einigen Tagen im Oberhaus angeschnitten, wo Lord Parmoor im Namen der Regierung eine Erklärung über die Unterscheidung zwischen Sowjetregierung und kommunistischer Internationale abgab, der für die Zukunft wahrscheinlich noch größere Bedeutung zukommt.

Der Konservative Lord Birkenhead hatte zuvor die Behauptung aufgestellt, die Sowjetregierung habe ihr bei der Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen gegebenes Versprechen, die Propaganda und die sonstige politische Tätigkeit der Komintern im Zügel zu halten, gebrochen. Es sei allgemein bekannt, daß die energische Propaganda der Komintern gegen England in Indien und Afghanistan nicht im geringsten nachgelassen habe.

Lord Parmoor erklärte darauf das Folgende:

Wenn seitens der Komintern irgendwelche Erklärungen erfolgen sollten, die es nach Auffassung der englischen Regierung notwendig machen würden, die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubrechen, so würden wir uns in einem solchen Fall genau so verhalten, als ob die fraglichen Erklärungen von der Sowjetregierung selbst erfolgt seien, denn

die englische Regierung ist nicht gesonnen, eine Definition des Unterschiedes zwischen den beiden Körperschaften, nämlich der Sowjetregierung und der Komintern, zu versuchen.

Sie ist aber auch nicht der Ansicht, daß gegenwärtig eine Verletzung der Verpflichtungen vorliege, die nötig machen würde, die Beziehungen abzubrechen.

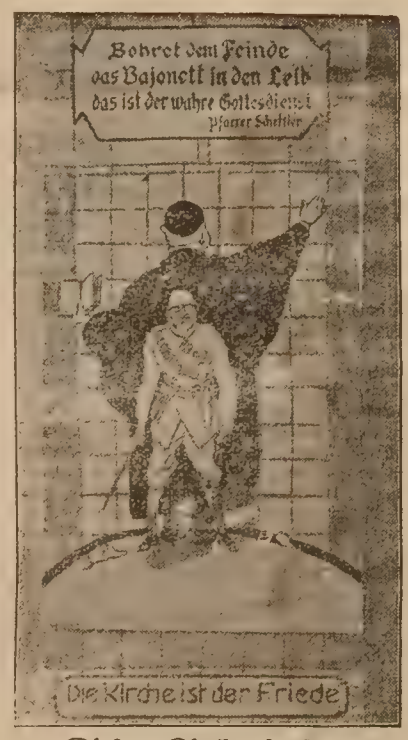
*

Diese Erklärung Lord Parmoors, des Vertreters der Macdonald-Regierung im englischen Oberhaus, zeigt, in welche Nähe bereits der Bruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion gerückt ist. Der Standpunkt der Labour-Regierung, wie ihn Lord Parmoor vertrat, die Sowjetregierung für die Handlungen der Komintern verantwortlich zu machen, ist hundertprozentig identisch mit dem der konservativen Regierung, die das gefälschte Sinowjew-Dokument als eine Handlung der Komintern zum Anlaß nahm, den Bruch mit der Sowjetunion zu vollziehen.

Die Labourparty hat damals, um der Stimmung der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, betont, daß keine Regierung für die Taten einer politischen Partei, sei es selbst die Regierungspartei, verantwortlich gemacht werden kann. Die Macdonalds zogen in den Wahlkampf; eine ihrer Hauptparolen war die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Millionen Arbeiterstimmen, die hofften, dieses Versprechen eingelöst zu bekommen, köderten sie damit. Die ersten Taten des Labour-Außenministers Henderson ließen bereits erkennen, daß die Labour-Regierung kein Interesse an der Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjetunion hat. Entsprechend der Verschärfung der internationalen Lage, der größer gewordenen Schwierigkeiten des britischen Reiches, setzte die Labour-Regierung alles daran, vom Bruch mit der Sowjetregierung zum Kriege gegen die Sowjetunion zu schreiten.

Was die Macdonald-Regierung von der Sowjetregierung wünscht, ist nicht mehr und nicht weniger als die Zensur über die Kommunistische Internationale, die Unterdrückung der Meinungsäußerung der Arbeiterschaft. Eine Forderung, die die Sowjetregierung niemals erfüllen kann und niemals erfüllen wird. Und da die Macdonalds das wissen, präsentieren sie diese undiskutablen Forderungen.

Die Aktion der Laabour-Regierung ist die Fortsetzung des päpstlichen Angriffs auf die Sowjetunion. Sie signalisiert dem internationalen Proletariat, daß die Imperialisten den Krieg gegen die Sowjetunion beschleunigt herbeiführen wollen, eine Tatsache, die die Beschleunigung der Mobilisierung der breitesten Massen zum Schutze der Sowjetunion und zum Kampf gegen die Trustbourgeoisie notwendig macht.



Dieses Kirchenfenster,
das die Rolle der Geistlichkeit während des Weltkrieges darstellt, wurde u. a. von Zörgiebel beschlagnahmt!

Der zwölfte Jahrestag der Roten Armee in der Sowjet-Union

Moskau, 23. Februar.

Anläßlich des 12. Jahrestages der Roten Armee fand gestern abends im Großen Theater eine Festsitzung des Plenums des Moskauer Sowjets statt, die sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der heißen Liebe des Proletariats für seine heldenmütige Rote Armee gestaltete.

In seiner Begrüßungsrede erklärte Genosse Kalinin:

„Es gibt und gab kein Heer, das vom ganzen Volk so geliebt wurde, wie unsere Rote Armee. Welche äußeren Zeichen der Aufmerksamkeit wir der Roten Armee auch erweisen mögen, sie bringen doch nur im geringen Maße unsere tiefen Gefühle für die Rote Armee zum Ausdruck."

Genosse Budjonni überbrachte der Kommunistischen Partei den „proletarischen Kavalleristengruß" und erklärte unter stürmischen Beifallsbezeugungen:

„Mögen die Klassenfeinde wissen, daß wir uns nicht nur zur Wehr zu setzen, sondern auch zu siegen verstehen!"

Der heldenmütige Kämpfer der Reiterarmee, Genosse Bondarenko, der Führer aus dem Bezirk Salsk, dem ursprünglichen Entstehungsort der Reiterarmee, eingetroffenen Delegation, schilderte den Feuerring, von dem die ersten Trupps der künftigen Armee eingeschlossen waren. Jetzt arbeiteten die einstigen Kämpfer der Reiterarmee an der Front des sozialistischen Ackerbaus. Dort, wo die erste Reiterarmee geboren wurde, sei auch die erste Sowjetwirtschaft, „Gigant", die jetzt 100 000 Hektar umfasse und über 500 Traktoren verfüge, ins Leben gerufen worden.

Die Festsitzung schloß mit einer Rede des Genossen Jenukidse, der den Beschluß des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion über Verleihung des Ordens des Roten Banners an eine Anzahl von Kämpfern der Besonderen Fernöstlichen Armee, an Rotarmisten und Kommandeure der Ersten Reiterarmee und für besondere Verdienste um die Wehrmacht der Sowjetunion an die Genossen Budjonni, Jegorow, Kalinin, Woroschilow und Stalin bekanntgab.

Neue Anleihe

„Fünfjahresplan in vier Jahren" in der Sowjetunion

Moskau, 23. Februar.

Es wurde ein Beschluß der Regierung über Ausgabe einer neuen Anleihe „Fünfjahresplan in vier Jahren" und Konversion der früher ausgegebenen drei Industrialisierungsanleihen und der Anleihe zur Festigung der Bauernwirtschaft ausgegeben.

Die „Prawda" zu den Verhandlungen über das Oelmonopol auf dem deutschen Markt

Moskau, 22. Februar.

Zu den Verhandlungen des Weltöltrusts mit Deutschland über das Oelmonopol auf dem deutschen Markt bemerkt die „Prawda":

Immer klarer und eindeutiger werden die Bestrebungen der großen internationalen Finanzgruppen, sich den deutschen Markt zu sichern und ihn anderen Ländern, in erster Linie der Sowjetunion, zu verschließen. Mit seinen Bemühungen um das Zündholzmonopol bezweckte der Kreuger-Konzern offenkundig, den billigen Zündhölzern aus der Sowjetunion den Absatz in Deutschland zu entziehen. Die gleichen Versuche werden nun in Bezug auf das Oel aus der Sowjetunion wiederholt.

Der Erfolg der Sowjetunion auf dem Gebiete der Oelausfuhr ist allbekannt. Die Oelausfuhr aus der Sowjetunion hat jetzt den Vorkriegsstand um ein mehrfaches überschritten. Der Anteil der Sowjetunion an der Oeleinfuhr Deutschlands betrug im Jahre 1924 1,8%, im Jahre 1929 10,3%. Diese Ziffern sind um so bedeutsamer, als die Einfuhr von Naphta nach Deutschland in den letzten Jahren in rascher Entwicklung begriffen ist.

In ihrem Kampfe gegen das Oel aus der Sowjetunion haben die Leiter der Weltöltrusts, Deterding und Teagle, in Gestalt der deutschen Sozialdemokratie einen Verbündeten gefunden. Bekanntlich wurde das Zündholzmonopol Kreuger vom sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding überlassen. Unzweifelhaft werden die sozialdemokratischen Minister auch jetzt dem Versuch des Weltkapitals, die Schlinge um den Hals der werktätigen Massen Deutschlands noch enger zu knüpfen, bereitwillig entgegenkommen. Allerdings wird das Monopol unfehlbar eine Verteuerung des Oels zur Folge haben, die das dürftige Ausgabenetat des deutschen Arbeiters noch weiter belasten wird. Doch die deutschen Sozialdemokraten sind schon längst aus einer Arbeiterpartei zu Lakaien des deutschen und des ausländischen Kapitals geworden.

Die Repressalien in der französischen Armee

Paris, 21. Februar.

Wie die „Humanité" mitteilt, finden seit der berüchtigten Angelegenheit der „antimilitaristischen Verschwörung" täglich Verhaftungen von Soldaten statt.

Der Verhaftung eines Soldaten des 152. Infanterieregiments in Kolmar folgte am nächsten Tage die Verhaftung von 13 Sappeuren des 3. Pionierregiments. Einen Tag darauf wurden in Chalons zwei Soldaten in ganz geheimer Weise verhaftet. Die Anzahl der Verhaftungen in den Kasernen hat innerhalb weniger Wochen 22 erreicht.

Die Aktion, die darauf gerichtet ist, die Bewegung der Soldaten zu zerschlagen, wird also langsam, aber sicher weitergeführt. Während die Bourgeoisie ihren Militärapparat verstärkt und ihre Offiziere unter der Führung des Faschisten Weygand eine ausgesprochen konterrevolutionäre Aktivität entfalten, werden die kommunistischen oder des Kommunismus verdächtige Elemente in jeder Weise verfolgt.

Vergeblich! Die ständigen Kundgebungen, die fortgesetzten Sammlungen der Soldaten für den Verteidigungsfond der „Humanité" beweisen, daß sie im Kampfe gegen die Bourgeoisie auf Seiten der Arbeiter sind.

Der stille Don

Roman von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur u. Politik (Dr. Johann Wertheim), Berlin-Wien

34. Fortsetzung.

Sein Kompagnon, Jemeljan Konstantinowitsch Atjopin, ein Mann mit kleinen Aeuglein und einem Spitzbart, kam nur selten zu ihm. Er war mit einer gewesenen Nonne verheiratet, hatte in einer fünfzehnjährigen Ehe acht Kinder mit ihr gezeugt und verbrachte die meiste freie Zeit zu Hause. Jemeljan Konstantinowitsch hatte sich vom Regimentsschreiber heraufgearbeitet und von dort hatte er auch den dumpfen Geist von Unterwürfigkeit und Speichelleckerei in die Familie gebracht. Die Kinder gingen in seiner Anwesenheit auf den Zehenspitzen, sprachen nur leise flüsternd. Jeden Morgen stellten sie sich, nachdem sie sich gewaschen hatten, in Reih und Glied im Eßzimmer auf, unter dem schwarzen, hängenden Buckel der riesengroßen Wanduhr. Die Mutter stand ganz hinten, und kaum ertönte aus dem Schlafzimmer das trockene Hüsteln des Vaters, als sie falsch und nicht im Takt zu singen begannen: „Rette, o Gott, unsere Seelen" und „Vater unser".

Jemeljan Konstantinowitsch war, bis sie mit dem Gebet fertig waren, angezogen und kam, die kleinen Augen zusammenkneifend, ins Eßzimmer. Er streckte wie ein Erzbischof die fleischige Hand aus, und die Kinder kamen der Reihe nach auf ihn zu und küßten sie. Jemeljan Konstantinowitsch küßte die Frau auf die Stirn und sagte ein wenig geziert:

— Polizka, hast du den Tee aufgebrüht?

— Ja, Jemeljan Konstantinowitsch.

— Gieß mir einen recht starken ein.

Er führte die Buchhaltung des Geschäftes, schmückte die Seiten mit fetten Ueberschriften „Debet" und „Kredit", die er mit seiner verschnörkelten Schreiberhandschrift aufmalte. Er las „Die Börsennachrichten" und zwängte die Nase ganz ohne Grund in einen goldenen Zwicker. Die Angestellten behandelte er sehr höflich.

Die beiden Geistlichen — Vater Wissarion und Vater Pankratij — standen mit Sergej Platonowitsch nicht gut. Sie lebten aber auch untereinander nicht im Frieden. Der verstockte, ränkesüchtige Vater Pankratij verstand es, allen ihn Umgebenden in geschicktester Weise Unannehmlichkeiten zuzufügen. Der Vater Wissarion aber, ein Witwer mit einer von Syphilis zerfressenen Nase, der mit seiner Wirtschafterin, einer ukrainischen Bäuerin, lebte, mied den Probst und konnte ihn wegen seines hochmütigen, intriganten Charakters nicht ausstehen.

Alle, außer dem Lehrer Balanda, besaßen eigene Häuser. Auf dem Dorfplatz stand das blau gestrichene große Haus Mochow. Ihm gegenüber, im Nabel des Platzes, hatte sich das Geschäft mit den breiten Glastüren und dem verwitterten Aushängeschild breit gemacht.

Kaufhaus S. P. Mochow
und J. K. Atjopin.

An das Geschäft grenzte ein niedriger, langgestreckter Lagerraum mit einem Keller. Einige Meter von ihm entfernt die roten Ziegel der Kirchhofmauer, hinter ihr eine Kirche mit einer Kuppel, die einer reifen, grünen Zwiebel glich. Auf der anderen Seite der Kirche die weißen, strengen Wände der Schule und zwei schöne Häuser. Ein hellblaues, mit einem Vorgärtchen, das Vater Pankratij gehörte, und ein braunes (damit es dem Probsthaus nicht ähnlich sähe), mit geschnitztem Zaun und breitem Balkon, in dem Vater Wissarion wohnte. An der Ecke stand das zweistöckige, lächerlich schmale Haus von Atjopin, dahinter die Post, dann sah man die Eisen- und Strohdächer der Kosakenhütten und den runden Rücken der Mühle mit den verrosteten Blechhähnen auf dem Dach.

Man lebte von der blauen Welt getrennt, indem man die inneren und äußeren Fensterladen mit eisernen Bolzen schloß. Abends, wenn kein Besuch kam, wurden die Bolzen festgeschraubt, die Kettenhunde losgelassen, und durch das stumme Dorf dröhnte nur die hölzerne Sprache der Klapper des Nachtwächters.

II.

Ende August traf Mitjka Korschunow zufällig die Tochter Sergej Platonowitschs, Jelissaweta, am Don. Er hatte gerade angelegt, band sein Boot fest und bemerkte einen leichten, farbigen Kahn, der mit der Strömung schwamm. Der Kahn näherte sich der Landungsstelle. Bojaryschkin saß in ihm, sein nackter Kopf glänzte vom Schweiß, auf der Stirne und an den Schläfen quollen kleine Aederchen auf.

Mitjka erkannte Jelissaweta nicht sofort. Ein Strohhut warf einen dunklen Schatten auf ihre Augen. Mit sonnverbrannten Händen preßte sie ein Büschel gelber Wasserrosen an die Brust.

— Korschunow, — nickte sie ihm mit dem Kopf zu. — Du hast mich betrogen!

— Erinnerst du dich nicht, du hast versprochen, mich zum Angeln mitzunehmen.

Bojaryschkin ließ die Ruder fallen und reckte den Rücken. Der Kahn fuhr mit dem Bug ans Ufer an, knirschte auf dem Sand.

— Erinnerst du dich? — lachte Lisa und sprang aus dem Kahn.

— Hab keine Zeit gehabt. Arbeit! — entschuldigte sich Mitjka und beobachtete mit angehaltenem Atem das sich nähernde Mädchen.

— Nein, genug!... — sagte sie zu Bojaryschkin. — Ich, Jelissaweta Sergejewna, will nicht mehr! Wir sind schon lange genug auf diesem langweiligen Wasser herumgerudert! Blutige Blasen habe ich vom Rudern bekommen!

Bojaryschkin trat mit nackten Fersen auf den stechenden Kreidestein, wischte mit der zerknüllten Studentenmütze den Schweiß von der Stirn. Lisa näherte sich Mitjka. Er drückte ihr ungeschickt die Hand.

— Wann fahren wir also angeln? — fragte sie, den Kopf zurückwerfend und blinzelte mit den Augen.

— Morgen! Wir sind mit dem Dreschen fertig. Jetzt hab ich Zeit.

— Wirst mich wieder sitzen lassen.

— Nein, bestimmt nicht.

— Kommst du sehr früh?

— Vor Sonnenaufgang

— Ich warte auf dich.

— Ich komme, bei Gott ich komme!

— Hast du auch nicht vergessen, an welches Fenster du klopfen sollst?

— Ich werd's schon finden! — lächelte Mitjka.

— Ich muß wahrscheinlich bald verreisen, ich möchte also vorher angeln.

Mitjka drehte schweigend den verrosteten Schlüssel seines Bootes in der Hand und sah auf ihre Lippen.

— Nun? — fragte Bojaryschkin und musterte eine feingezeichnete Muschel.

— Sofort...

Sie schwieg, lächelte aus irgendeinem Grunde und fragte:

— Bei euch wurde eine Hochzeit gefeiert?

— Wir haben die Schwester verheiratet. (Forts. folgt.)

Aus Wirtschaft und Betrieb

Der Eisenbahnerbank-Skandal wird vertuscht

Christliche Gewerkschaftsbonzen, christliche Kapitalisten und christliche Minister haben augenblicklich in Bayern alle Hände voll zu tun, um den Skandal der Eisenbahnerbank zu vertuschen. Sie fürchten, daß die bei dem Zusammenbruch dieser Bank aufgedeckten skandalösen Geschäftsmethoden und die dabei an die Oeffentlichkeit gebrachte Korruptionspolitik einer Reihe christlicher Gewerkschaftsführer zu einem schweren Schlag gegen die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung in Bayern führen könnte. Deshalb arbeiten sie einträchtig zusammen, um die Massen der christlichen Arbeiter und Beamten bei der Stange zu halten.

Der Weg zu diesem Ziel ist nicht einfach. Da sorgen zunächst christliche Kapitalisten im Verein mit den an Verbindungen reichen Ministern in der bayerischen Regierung dafür, daß das Geld zur Liquidierung der Eisenbahnerbank herbeigeschafft wird. Das ist vielleicht noch nicht einmal die schwerste Aufgabe. Größere Geschicklichkeit erfordert die Arbeit der christlichen Gewerkschaftsbonzen. Ihre Eisenbahnerbank ist zusammengebrochen, ihre Führer leiteten die Bank, ihre Führer wußten von dem nahenden Krach seit Monaten. Sie sind also vor dem letzten christlichen Arbeiter für den Skandal verantwortlich. Aber diese Leute wären nicht gleichzeitig geriebene Gewerkschaftsbonzen und mit allen Wassern gewaschene Jesuiten, wenn sie nicht auch mit dieser Empörung in den Reihen der christlich organisierten Arbeiter fertig werden würden. Das beweist der Ausgang einer Mitgliederversammlung, zu der die Ortsverwaltung des Bayerischen Eisenbahnerverbandes in der vergangenen Woche in den Münchener Hackerkeller eingeladen hatte. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht. Ihr Ergebnis war für die Eisenbahner gleich Null. Zunächst wurde beschlossen, daß

„alle die an der Leitung der Bank AG. mitbeteiligt waren, zur schärfsten Rechenschaft auch mit ihrem Vermögen gezogen werden und aus dem Verband ausscheiden müssen."

Unter dieser Voraussetzung erklärten sich die Versammelten bereit, „tatkräftig im Verbande weiter mitzuarbeiten". Gleichzeitig wurde der Ortsverwaltung München des Bayerischen Eisenbahnerverbandes, deren Mitglieder mit zu den Schuldigen an dem Zusammenbruch sind, das Vertrauen ausgesprochen. Dann kam noch eine Entschließung, in der „die Vorkommnisse bei der Eisenbahnerbank aufs Tiefste bedauert" werden und verlangt wird, **„daß die Verbandsleitung zunächst durch einen Sonderausschuß geführt wird."** In seinem Referat teilte der Sekretär der Ortsverwaltung noch mit, daß der Zusammenbruch der Bank vor allem auf die Hinausgabe von Krediten ohne genügende Sicherheiten, auf Grundstücksgeschäfte und auf den Ankauf von Effekten, deren Kurse inzwischen gesunken sind, zurückzuführen ist. Und dann kam zum Schluß der Trost, daß

die Sparermitglieder „völlig zu ihrem Gelde kommen müssen, — wenn es vielleicht auch einige Jahre dauert."

Mit diesem demagogischen Tricks gelang es den christlichen Gewerkschaftsbonzen, die Mitglieder vorläufig zu beruhigen. Daß es sich dabei aber um ein ganz ordinäres Schwindelmanöver handelt, beweist das Schicksal des an Stelle der bisherigen Verbandsleitung geforderten Sonderausschusses. **Am vergangenen Sonntag nämlich tagte der Hauptausschuß des bayerischen Eisenbahnerverbandes in München, der zu dieser Forderung der Münchener Obmänner erklärte, daß sie sich „aus vereinsrechtlichen Gründen nicht durchführen läßt, weil satzungsgemäß die Verbandsleitung der von dem Verbandstag gewählten Vorstandschaft obliegt."** Mit dieser Erklärung kann also die Vorstandschaft des Bayerischen Eisenbahnerverbandes, die an dem Krach in hervorragendme Maße beteiligt ist, weiter ihre Riesengehälter beziehen. Dabei hieß es in der Erklärung der Münchener Obmänner des Bayerischen Eisenbahnerverbandes wörtlich:

„Die Obmannschaften sprechen den Angehörigen der Vorstandschaft, die an der Bank beteiligt waren, das schärfste Mißtrauen aus."

Jetzt sollen die, die das schärfste Mißtrauen erhielten, weiterhin ihres Amtes walten. Lediglich ein fünfgliedriger Prüfungsausschuß wurde eingesetzt und die **Einberufung eines Verbandstages** angekündigt, der darüber entscheiden soll, „ob und wieweit eine Neuwahl der Vorstandschaft erforderlich ist."

So sind die christlich organisierten Arbeiter und Angestellten wieder einmal glänzend über die Ohren gehauen. **Die oberste Instanz des Bayerischen Eisenbahnerverbandes hat mit dieser Entschließung bewiesen, daß sie auf den Willen der Mitglieder pfeift.** Sie hat mit der Forderung nach der Einsetzung eines Sonderausschusses lediglich ein demagogisches Manöver zur Beruhigung der Mitglieder durchgeführt; denn daß dieser Sonderausschuß „vereinsrechtlich" unzulässig ist, wußten die Herrschaften natürlich auch, bevor sie diese Resolution annehmen ließen. Die Antwort der christlich-organisierten Eisenbahner auf dieses Schandstück kann nur sein **Sturz der Bonzenherrschaft im Bayerischen Eisenbahnerverband und gemeinsame Arbeit mit allen klassenbewußten Eisenbahnern unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!**

Warum rote Betriebsräte?

Akkordmord an neun Arbeiterinnen

Die Ursachen des Explosionsunglücks in der Nürnberger Pulverfabrik
Die Mitschuld der Führer des Fabrikarbeiterverbandes

E. St. Am 20. Februar kurz vor Arbeitsschluß ereignete sich in der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffabrik in Stadeln bei Nürnberg eine schwere Pulverexplosion. Neun Arbeiterinnen wurden zum Teil schwer verletzt. Es wird versucht, die Ursachen dieser Explosion zu vertuschen. Man will verhindern, daß die Arbeiterschaft erfährt, wie wiederum durch ungeheure Rationalisierungsmaßnahmen, durch Akkordarbeit und Entlassungen das Leben und die Gesundheit von hunderten Arbeitern und Arbeiterinnen aufs Spiel gesetzt wurde. Die Verschweigung der Ursachen soll gleichfalls die Mitschuld der Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes verdecken, denn sie sind es, die die Sanktion zu diesen Arbeitsmethoden gegeben haben.

In der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffabrik sind 800 Personen beschäftigt, davon ungefähr 600 Frauen. Ein Teil der Belegschaft ist bereits vor Weihnachten entlassen worden. Die gesamte Arbeit wird im Akkord verrichtet und es herrscht das Fließbandsystem.

Die Arbeitszeit beträgt täglich zehn Stunden. Die Arbeitsmethode vollzieht sich nach einem alten französischen Verfahren. Die Stifte, die zur Auslösung der Sprengwirkung eingesetzt sind, werden erst angebracht, wenn die Patronen bereits gefüllt sind. Die Einsetzung der Stifte wird im selben Arbeitsraum vorgenommen, wo die fertigen Patronen verpackt und versandfertig gemacht werden. **Wir wissen, daß keine bayerische Polizei- und Gewerbeaufsichtsbehörde sich jemals um diesen Betrieb gekümmert hat.** Unsere Anklage erheben wie in erster Linie gegen die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes, denn die Sprengstoffwerke gehören zum Organisationsbereich des FAV.

Der 10-Stundentag und die Akkordarbeit sind die unmittelbaren Ursachen des Unglücks.

Der Verband hat aber ausdrücklich in seinem Reichsvertrag in § 2 Abs. 3 festgelegt, daß „die Werkleitung im Einverständnis mit den bezirklichen Organisationen eine **Ausdehnung der regelmäßigen Arbeitszeit bis zu 10 Stunden vornehmen**" kann. Alle Versuche der Arbeiter, diesen Schandvertrag zu beseitigen, hat der FAV. mit einer Hetze gegen die Gewerkschaftsopposition beantwortet, weil er durch ein Geheimabkommen mit den Unternehmern sich verpflichtet hat, diese Arbeitszeitbedingungen nicht mehr zu kündigen. Die Akkordarbeit, die auch hier zur Mordarbeit wurde, ist gleichfalls ausdrücklich vom Fabrikarbeiterverband sanktioniert worden. Im Reichstarif § 8 heißt es ausdrücklich, daß, wo die Akkordarbeit Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter in sich birgt, diese nur dann eingeführt und aufrecht erhalten werden kann, wenn die Zustimmung der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft vorliegt. Der Verband, der sich als Tariflontrahent und gesetzlicher Vertreter fühlt, hat ebenso wie sein Vertrauensleute aus der Sozialdemokratie es gebilligt, daß in dieser Sprengstoffabrik Akkordarbeit durchgeführt wird.

Nur günstigen Umständen ist es zuzuschreiben, daß nur 9 Arbeiterinnen die beklagenswerten Opfer der kapitalistisch-gewerkschaftsbürokratischen Einheitsfront wurden. Wir erinnern an die vielen Explosionskatastrophen und täglichen Unfälle, die sich ereignen. Die Nachprüfung zeigt jedesmal, daß die Arbeiter die Opfer jener Politik sind, die von den Sozialfaschisten durchgeführt wird. Nur wenn die Arbeiterschaft sich **revolutionäre Betriebsräte und Vertrauensleute** schafft, wenn sie für den Siebenstundentag, gegen Rationalisierung und Akkord kämpft, wird es möglich sein, auch das Leben und die Gesundheit der Proletarier zu schützen. Jetzt bei den **Betriebsrätewahlen** gilt es Abrechnung zu halten mit den direkten und indirekten Mördern der Arbeiterklasse.

Aus dem Gewerkschaftsleben

Massenausschlüsse im Baugewerksbund

Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie des Baugewerksbundes steht im Kampf gegen den revolutionären Teil der Arbeiter an der Spitze, mit offen faschistischen Methoden versucht sie, die Linksentwicklung der Bauarbeiterschaft aufzuhalten. Nach dem Vorbilde August Winnigs, der längst im Lager des Faschismus gelandet ist, glaubten Bernhard und die 569 angestellten Bürokraten, die [illegible] Opposition mundtot zu machen. Bernhard und seine Trabanten, die noch kein Wo[illegible] auf der Lohntarife für über eine Mi[illegible]arbeiter geschrieben haben, wissen nur zu gut, daß die revolutionäre Bauarbeiteropposition den Kampf im Baugewerbe organisieren und durchführen wird. Deshalb schließen sie massenweise die besten Kollegen aus dem Baugewerksbund aus und führen eine wüste Hetze im „Grundstein" gegen die Opposition und ihre Führerin, die KPD. Die sozialfaschistische Bürokratie des Baugewerksbundes hat klar erkannt, daß die Opposition zu einer Macht geworden ist, mit der sie rechnen muß.

107 Ausschlüsse im Baugewerksbund seit dem 1. Reichskongreß der RGO. — das ist die Rache des Baugewerksbundes gegen die 169 Bauarbeiter, die sich an dem 1. Reichskongreß beteiligten. **Allein an dem Berlin-Brandenburger Bezirkskongreß beteiligten sich 132 gewählte Delegierte der Industriegruppe Bau** und alle Verleumdungen im „Grundstein" werden nicht verhindern, daß die Beschlüsse der Oppositionskongresse durch die Bauarbeiter in die Tat umgesetzt werden. Allein im „Grundstein" Nr. 7 sind 31 Ausschlüsse durch den Bundesvorstand veröffentlicht. Diese Maßnahme zeigt, daß die Sozialfaschisten im Baugewerksbund vor der kommenden Lohnbewegung im Baugewerbe hunderte revolutionärer Arbeiter ausschließen wollen, um widerstandslos neuen Verrat an der Bauarbeiterschaft zu üben.

Ein Sturm der Entrüstung muß durch die gesamte Bauarbeiterschaft gehen und auf allen Baustellen wie auf den Arbeitsnachweisen die revolutionäre Abwehrfront gegen die Zerstörungspolitik der Gewerkschaftsspalter in den Bauarbeiterverbänden hergestellt werden. Die klassenbewußten Bauarbeiter Deutschlands dürfen nicht zurückweichen. **Kein Ausschluß, keine Funktionsenthebung, Redeverbot oder Auflösung von ganzen Baugewerkschaften, wie es in Weißenfels geschah, darf die revolutionäre Opposition hindern, den Kampf für die revolutionäre Einheit aller Bauarbeiter auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes fortzuführen.**

Nach wie vor werden die Ausgeschlossenen im Interesse der gesamten Bauarbeiterschaft ihren Kampf weiterführen zur revolutionären Umstellung der Gewerkschaften als Klassenkampfinstrumente der Arbeiterschaft. **Bauarbeiter, schart euch um die revolutionäre Opposition und vertreibt die sozialfaschistischen Gewerkschaftsspalter aus euren Reihen!**

Wahlschiebungen im Landshuter Baugewerksbund

Landshut. Wie auch in anderen zahlreichen Orten gewinnt die KPD. auch in Landshut immer mehr und mehr an Einfluß gegenüber den sozialfaschistischen Bannerträgern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die organisierte Arbeiterschaft erkennt immer mehr und mehr die Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie als beste und zuverlässigste Stütze des kapitalistischen Ausbeutersystems.

Gegen diese Politik des Wirtschaftsfriedens, der Arbeitsgemeinschaft mit der Kapitalistenklasse führen die Kommunisten seit Jahren einen heftigen Kampf in den Gewerkschaften. Auch in dem historischen Provinzstädtchen Landshut sind die leidlichen Kommunisten trotz einer schikanösen Wohnungspolitik des früheren SPD.-Stadtrates und heutigen Wohnungsinspektor und Polizeikommissar Weiller, trotz der Schikanen eines Arbeitsamtvorsitzenden Sozialdemokrat Rupp, trotz einer gemeinen demagogischen Hetze großer und kleiner SPD.-Lakaien und trotz der Hochburg der Faschistenbanden unter Führung Gregor Strassers, der Gulaschkanone Hugenbergs, nicht auszurotten.

Wie rücksichtslos aber gerade die Sozialfaschisten die demokratischen Rechte der Mitgliedschaft mit den Füßen treten, zeigt uns die diesjährige **Generalversammlung des Baugewerksbundes.** Schon bei der vorjährigen Wahl des Ausschusses mußte man ganz raffinierte Wahlbräuche einführen, um so mit geringer Majorität die Opposititon auszuschalten. Daß sich in diesem Jahr das Kräfteverhältnis zu Gunsten letzterer entschieden verschoben hatte, wußten die reformistischen Dorweg und Taflmeier ganz genau.

Schon seit Monaten wurde eine wüste Hetze gegen die bösen Kommunisten als Gewerkschaftler durchgeführt, beim Bezirksvorstand Hartl, gegen die Genossen Gamböck und Ohneis Ausschlußantrag gestellt. Dabei kam es jedoch zum Leidwesen der Reformisten nur zu einer haltlosen Rüge.

Doch der Glücksstern der SPD. zeigte sich nochmal vor seinen Untergang in seiner majestätischen Größe, wurde doch der Genosse Gamböck ins Erholungsheim Fürstenfeldbruck überwiesen. Und nun schnell ihr Brüderlein SPD. zur Generalversammlung gerüstet, bevor die Opposition in ihrer vollen Stärke beisammen ist, so gings raunend von Ohr zu Ohr. Aber welche Ueberraschung, aus dem modernen Zuchthaus, genannt Erholungsheim, von welchem wir später berichten, ausgebrochen, erschien dieser gerade noch rechtzeitig in der Versammlung. Enttäuschte und freudige Gesichter konnte man sehen, und nun konnte es losgehen mit den so gut einstudierten Wahlschiebungen. Gefälschte Protokolle, Veruntreuungen und Defizit zierten den Geschäftsbericht des Sekretärs Imerausch. Büroausgaben, Druckereikosten und Schreibutensilien zu einem erheblichen Teil auf die Wahlpropaganda für die SPD. zurückzuführen, war dessen Inhalt zum Beweis reiner Lotterwirtschaft mit Arbeitergroschen.

Der Bericht der Revisoren ließ wohl zu wünschen übrig, da Dorweg die fadenscheinige Erklärung abgeben mußte, nachdem sein Bericht gebührend unter die Lupe genommen wurde, er hätte in seinem eigenen Interesse einen Bücherrevisor der Organisation angefordert. Wie unlieb ihm aber eine Revision ist, beweist uns die Tatsache, daß er sich bei der Wahl von Revisoren gegen den Vorschlag der Opposition ganz kindisch zur Wehr setzte; trotzdem Genosse Ohneis schon mit Stimmenmehrheit gewählt war, mußte ein zweiter Wahlgang auf Grund gemeiner Wahlanfechtungsmanöver stattfinden. Aber die Bauarbeiter waren diesmal entschlossen, ihren Willen durchzusetzen und allem zum Trotz wurde Ohneis wiedergewählt. Als aber der Genosse Gamböck noch als Kartelldelegierter gewählt wurde, da schlugen die Bauarbeiter dem Faß den Boden aus. Neuerdings versuchte man die Wahl anzukämpfen und einen anderen Wahlmodus einzuführen und dergleichen Dinge, aber dagegen setzte sich die Opposition entschieden zur Wehr; ein Bauarbeiter trat vom Wahlausschuß mit der Erklärung zurück, daß er unter einem so parteilichen Wahlausschuß nicht weiter fungieren kann und jede Verantwortung ablehne. Darauf verließen ein großer Teil der Bauarbeiter demonstrativ die Versammlung, so daß es den Reformisten unmöglich war, weiter zu tagen. Wie wir erfahren, wollen die Reformisten die Wahl des Genossen Gamböck nicht anerkennen. In einer Aussprache der SPD.-Lakaien am selben Abend, zu welcher auch der Vorsitzende des Ortskartells Hösl geladen war, erklärte dieser, er werde nie zugeben, daß Gamböck in den Kartellsitzungen erscheint. Die Bauarbeiter haben dazu jedoch in der nächsten Versammlung noch ein Wort zu sprechen und werden diese Bürokratie zeigen, daß nicht die Angestellten zu bestimmen haben, sondern die den Beitrag zahlenden Mitglieder.

Das Sinken der bayerischen Geburtenziffer

Alle Agitation der allmächtigen katholischen Kirche in Bayern hilft nichts. Die wirtschaftlichen Tatsachen sind stärker als alle Phrasen katholischer Priester. Diese Wahrheit zeigt sich wieder einmal mit außerordentlicher Deutlichkeit bei der Entwicklung der Ziffern für Geburten, Sterblichkeit und Eheschließungen in Bayern. Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes in Bayern ist die Zahl der Eheschließungen von 48 438 im Jahre 1913 auf 64 221 im Jahre 1928 und 63 477 im Jahre 1929 gestiegen. Trotz dieser Steigerung der Ziffer der Eheschließungen um rund 15 000 weist die Zahl der Geburten in derselben Zeit einen rapiden Rückgang auf. **Während noch 1913 207 557 Geburten zu verzeichnen waren, fiel diese Ziffer im Jahre 1928 auf 157 810 und im Jahre 1929 auf 153 245.** Die Geburtenziffer hat also seit der Vorkriegszeit in Bayern um rund 55 000 abgenommen. Gleichzeitig ist allerdings in Bayern bei der Sterblichkeitsziffer dieselbe Entwicklung wie im Reich festzustellen. Die Zahl der Gestorbenen betrug 1913 126 136, 1928 98 581 und 1929 103 227.

Der Geburtenüberschuß, auf den das landwirtschaftliche katholische Bayern immer so stolz war, weist ebenfalls ein dauerndes rapides Sinken auf. 1913 betrug er 81 321, 1928 59 029 und 1929 sogar nur 49 413.

Diese Zahlen sind nicht nur ein Beweis dafür, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die trotz aller Manöver der katholischen Kirche fortschreitende sexuelle Aufklärung eine Einschränkung der Kinderzahl in Bayern herbeiführt. Die Zahlen zeigen auch, welch einen ungeheuren Druck die riesige wirtschaftliche Not in Bayern auf die Entwicklung der Bevölkerungsziffer ausübt. Für diese Tatsache ist gerade das Steigen der Sterblichkeitsziffer im Jahre 1929 bezeichnend. Nicht nur der strenge Winter, sondern vor allem auch das furchtbare Elend des Jahres 1929 hat diese Steigerung der Sterblichkeitsziffer — die erste seit den Vorkriegsjahren — herbeigeführt. Das Jahr 1930 wird zweifellos eine weitere Steigerung der Sterblichkeitsziffer bringen. Auch der Rückgang der Geburtenziffer ist zweifellos neben der Aufklärung vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß heute das Einkommen eines Arbeiters und Angestellten nicht mehr genügt, um eine größere Familie zu ernähren. So ist die Entwicklung der Bevölkerungsbewegung in Bayern eine schwere Anklage gegen das herrschende kapitalistische System.

Oppositioneller Vorstand zum drittenmal gewählt

In der Zahlstelle des Baugewerksbundes Viersen wurde am Sonntag zum dritten Male die Vorstandswahl getätigt und zum dritten Male der oppositionelle Vorstand wiedergewählt. Das Stimmenverhältnis ergab 32 für den oppositionellen Vorstand und 7 dagegen.

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Bayerisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit den Beilagen „Der Rote Stern" / „Die Energie" / „Wirtschaft" / „Unterhaltung und Wissen"

Nr. 61 | Die „Neue Zeitung" erscheint täglich. Verleger: Freier Verlag G. m. b. H., München, Nymphenburgerstraße Nr. 32. Druck: Bajuvarendruck G. m. b. H., München, Nymphenburgerstraße 32. Telefon 50463. Postscheck-Konto: München, Freier Verlag Nr. 47280 | Freitag, 14. März 1930 | Der Bezugspreis beträgt durch die Post bez. monatl. 2.90 Mk. ohne Zustellgebühr, durch Träger wöchentl. 60 Pfg. halbmonatl. 1.25 Mk., monatl. 2.50. — Anzeigenpreise: die zehnspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., die Millimeterzeile im Textteil 50 Pfg. Rabatt nach Tarif | 13. Jahrg.

SPD. will Bruch mit der Sowjetunion!

Alarmierende Artikel in der SPD.-Presse / „Lieber heute als morgen den Krieg gegen die Sowjetunion"

Mit der Annahme des Youngplanes verwielfacht die Sozialfaschistische Partei ihre Anstrengungen, um den sofortigen Bruch mit der Sowjetunion herbeizuführen und um möglichst rasch zur Teilnahme am frisch-fröhlichen Interventionskrieg zu kommen. In der Kriegshetze gegen die Sowjetunion hat die SPD.-Presse einen gewaltigen Vorsprung gegenüber der übrigen kapitalistischen Presse gewonnen.

Vor wenigen Tagen hat die SPD.-Presse triumphierend verkündet, daß **Curtius** im Auftrage der Müller-Regierung dem Berliner Botschafter der Sowjetunion erklärt habe, daß in Zukunft die Sowjetregierung für die Politik der Komintern verantwortlich gemacht werde. Da nun zweifellos selbst der bewährte Vertreter des deutschen Kapitals, Curtius, den Abbruch der Beziehungen nicht mit so unsinnigen und plumpen Sätzen vorbereitet hat, erließ das auswärtige Amt ein Dementi, daß in der SPD.-Meldung der Wortlaut der Drohung nicht ganz richtig wiedergegeben sei. Zu diesem rein formalen Dementi schrieb der „Sozialdemokratische Pressedienst" einen Artikel vom 11. März, in dem es heißt:

„Der Präsident der Komintern untersteht den Richtlinien, den Direktiven und der Disziplin des russischen politischen Büros, ebenso wie jene Funktionäre der russischen Kommunistischen Partei, die die Sowjetregierung bilden. Auch Herr Krestinski, der Botschafter der Sowjetunion in Berlin, ist Mitglied des Polit-Büros der RKP. Im Polit-Büro der RKP. aber herrscht der Generalsekretär der Partei, Stalin, als unumschränkter Diktator, Herr über die Sowjetpolitik und ihre Funktionäre und Herr über die Komintern mit ihren Agenten.

Das Vertragsverhältnis, das zwischen Deutschland und Sowjetrußland besteht, gibt der Sowjetpolitik keinen Freibrief, durch ihre Agenten eine Politik des Hochverrats gegen die deutsche Republik treiben zu lassen! Also Herr Curtius!"

Curtius wird also aufgefordert, der Sowjetunion den Abbruch der Beziehungen zu notifizieren. Diese Aufforderung, den Kriegszustand mit der Sowjetunion herbeizuführen, ist so kraß, daß selbst ein „linkes" SPD.-Blatt von dieser Offenheit der Sprache erschreckt ist. In ihrer Ueberraschung schreibt die sozialdemokratische „Plauener Volkszeitung" am 11. März:

„Gegenüber der gestern von uns wiedergegebenen Meldung, daß der deutsche Außenminister dem Berliner Sowjetbotschafter mitgeteilt habe, er werde künftig die russische Regierung für die Handlungen der Kommunistischen Internationale, also insbesondere für die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands verantwortlich machen, verbreitet das Auswärtige Amt ein Dementi.. Völlig unbegreiflich ist uns jedoch, daß der „Sozialdemokratische Pressedienst" dieses Dementi zum Anlaß nimmt, um nochmals in einem Leitartikel festzustellen, daß in Wahrheit die Sowjetregierung doch verantwortlich für die Politik der Kommunistischen Partei in Deutschland sei, und den Außenminister aufzufordern, entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Daß zwischen der Kommunistischen Internationale und der einzigen kommunistischen Regierung der Welt enge persönliche und politische Bindungen bestehen, ist selbstverständlich und kann in keiner Weise der Sowjetregierung, noch den Kommunisten zum Vorwurf gemacht werden. Wir hätten nur den einen Wunsch, daß ebenso enge politische Beziehungen zwischen den sozialistischen Regierungsmännern und der sozialistischen Internationale bestünden; daß die sozialistischen Minister sich in ihrer Tätigkeit [illegible] die Vollstrecker des Willens der sozialistischen Internationale fühlten. Aber wie es hier vom „SPD." geschieht, eine deutsche Regierungspolitik dazu zu mobilisieren, ist einer Arbeiterpartei unwürdig und es wäre gut, wenn man im „SPD." einmal gründlich darüber nachdächte, wie sehr ein solches Vorgehen den Kreisen der Bourgeoisie in Deutschland und in der ganzen Welt in die Hände spielt, die aus imperialistischen Gründen lieber heute als morgen den Krieg gegen die Sowjetunion beginnen würden."

Diese Stimme des Plauener SPD.-Blattes ist wichtig, weil sie bestätigt, daß die SPD.-Presse auf den Bruch mit der Sowjetunion und auf den Krieg hinarbeitet. Was die Gegnerschaft des Plauener SPD.-Blattes gegen den Interventionskrieges anbelangt, so ist sie nicht ernst zu nehmen. In kurzer Zeit wird das Organ den Befehlen des Parteivorstandes nachkommen und die Hetzartikel des „SPD." ohne Widerspruch verbreiten.

Was die Wels, Crispien und Müller wollen, hat der „SPD." in einem anderen Artikel ausgesprochen, der u. a. in dem Thüringer SPD.-Organ „Das Volk" — Jena vom 11. März abgedruckt wurde. In diesem Artikel wird zunächst die freche Lüge ausgesprochen, daß in der Sowjetunion eine Hungersnot herrsche, ja, daß sie „ein Ausmaß erreicht habe, wie selten zuvor". Mit diesem Schwindel will der „SPD." den Lesern der SPD.-Presse weismachen, daß die fürchterlichen Zustände unter der Müller-Regierung besser seien, als die Zustände in der Sowjetunion. Anschließend heißt es dann wörtlich:

„Wie lange noch — haben wir kürzlich gefragt — beabsichtigt die Reichsregierung die bolschewistische Propaganda in Deutschland noch länger widerspruchslos gewähren zu lassen? Wir glauben, diese Frage angesichts der Vorgänge am 6. März nochmals wiederholen zu sollen, zumal feststeht, daß sich an diesem Tage in den verschiedensten Gegenden Deutschlands Moskauer Abgesandte aufgehalten haben. Ist es richtig, daß man in der Wilhelmstraße endlich entschlossen ist, der bolschewistischen Propaganda in der gebührenden Form entgegenzutreten? Curtius hat, wie wir gestern mitteilten, den russischen Botschafter bereits gewarnt. Wir wünschen darüber hinaus vor allem, um es ganz klar zu sagen, die tatsächliche Feststellung, welchen Vorteil für sich aus den bestehenden Verträgen noch er-

Auf Befehl des Oberreichsanwalts

Münchener Reichswehroffiziere verhaftet

München, 14. März.

Trotz des von einem Sonntagsblatt verbreiteten Berichtes, daß Meldungen über Verhaftung von bayerischen Reichswehroffizieren wegen nationalsozialistischer Propaganda in der Reichswehr falsch seien, wird uns nunmehr durch andere Seite ihre Richtigkeit bestätigt. Bereits im Verlaufe der vergangenen Woche sind in Ulm durch den Obecreichsanwalt Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich ein Oberleutnant des dortigen Reichswehrbataillons Hausuchungen förderten umfangreiches schriftliches wie gedrucktes Material über den nationalsozialistischen Agitationsapparat in der Reichswehr zu Tage. Nach aufgefundenen Anschriften befinde sich die Zentrale der Hakenkreuzler-Propaganda innerhalb der Reichswehr in den Händen von Münchener Reichswehroffizieren. Die Verhaftung von zwei Münchener Reichswehroffizieren soll bereits erfolgt sein bezw. unmittelbar bevorstehen.

Schon die Tatsache, daß das Vorgehen des Oberreichsanwalts gegen die hakenkreuzlerischen Offiziere der Reichswehr in aller Stille vor sich geht und der Oeffentlichkeit verschwiegen wird, muß für die Arbeiterschaft der Grund sein, die Entwicklung dieser Angelegenheit schärfstens ins Auge zu fassen.

Zweifellos wird die Oberreichsanwaltschaft in der Propaganda der Nationalsozialisten in der Reichswehr keine „Zersetzung" sehen, wie das bei der Propaganda der Kommunisten der Fall ist, und die Beschuldigten bald wieder auf freien Fuß setzen, denn bei der Verhaftung der Hakenkreuzler-Reichswehroffiziere handelt es sich offensichtlich doch nur darum, die Erbitterung der Arbeiterschaft über die unerhörten Strafen und Anklagen, die gerade wegen dieser Delikte gegen Arbeiter ausgesprochen wurden, abzudämpfen und das Gericht der bürgerlichen Klassenjustiz im Interesse eines noch schärferen Vorgehens gegen die Arbeiterschaft zu verdecken.

Einer von Tausenden

Ein sozialdemokratischer Angestellter ruft zum Kampf gegen den Sozialfaschismus und zum Eintritt in die KPD.

Der Redaktion der „Roten Fahne" ging das nachfolgende Schreiben eines sozialdemokratischen Angestellten zu, das wir im vollen Wortlaut zum Abdruck bringen:

„Ich war Augenzeuge der Polizeibrutalitäten des 1. Mai 1929. Ich habe gesehen, wie die Soldateska in unerhörter und viehisch zu nennender Weise auf die Passanten einschlug und in die flüchtende Menge hineinschoß. Das geschah in einem Lande, in welchem die „Sozialdemokratische Partei" die zahlenmäßig stärkste und herrschende Partei war.

Das alles geschah in Berlin auf Veranlassung des Zörgiebel. Eines Menschen, der sich rühmt, durch die SPD. auf diesen verantwortungsvollen Posten gelangt und heute noch Mitglied derselben Partei zu sein.

Kein Mitgliedsbuch der SPD. schützte am 1. Mai 1929 die Bürger Berlins vor den Ausschreitungen der Polizei. Viele Sozialdemokraten haben es am eigenen Leibe zu spüren bekommen, was es heißt, unter dem „Schutze" der „Demokratie" zu leben.

Ich habe ferner die demagogischen Phrasen des „Vorwärts" und der sozialdemokratischen Flugblätter gelesen und festgestellt, daß die SPD. weder im Landtag noch im Reichstag auch nur daran gedacht hat, nur wenigstens eine ihrer Phrasen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Ich habe auch gesehen, wie am 6. März 1930 berittene Polizei in selbstherrlicher und provozierender Art in die harmlos auf dem Bürgersteig an der Straßenbahnhaltestelle stehenden und auf ihre Straßenbahn wartenden Menschen hineinritt und diese auseinanderjagte.

Ich habe aber auch erkannt, daß die einzige Partei, die in aufrichtiger und wirksamer Weise die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt, die Kommunistische Partei ist. Und nur eine Losung gibt es heute:

Hinein in die KPD.!

Mögen alle diejenigen, die heute noch in stupider Gleichgültigkeit ihren Frondienst verrichten, aus ihrer Lethargie endlich aufwachen! Mögen alle denkenden und vernünftigen Arbeiter und Angestellten, die noch Mitglieder der SPD. sind, endlich den Mut finden, der SPD. den Rücken zu kehren und in die Partei einzutreten, die das Beste auch für sie will, die Kommunistische Partei Deutschlands!

Ich selbst bitte die KPD., mich als Mitglied in ihre Reihen aufzunehmen und gelobe, alles, was in meinen Kräften steht, zu tun, um die Ziele der Partei zu verwirklichen.

Ich appelliere an alle diejenigen Arbeiter und Angestellten, die sich ihren gesunden Menschenverstand bewahrt, aber sich trotzdem heute noch nicht zur KPD. bekannt haben, und fordere sie auf, meinem Beispiel zu folgen und Mitglied der KPD. zu werden.

*

Was der ehemals sozialdemokratische Genosse in diesem Schreiben ausspricht, das empfinden mit ihm Tausende sozialdemokratische Parteimitglieder und Zehntausende parteiloser Arbeiter. Sie alle müssen dem Beispiel dieses Genossen folgen. Sie alle müssen den Kampf gegen kapitalistische Ausplünderung und sozialfaschistischen Polizeiterror Seite an Seite mit den Kommunisten, ja, in den Reihen der Kommunistischen Partei führen. Der Kampfwille der klassenbewußten Proletarier, der Arbeiter wie der Angestellten und unteren Beamten muß die proletarische Einheitsfront in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervierteln schaffen, an der alle Anschläge des Kapitals, der Sozialfaschisten und der Hitlergarden zerschellen.

Hinein in die Kommunistische Partei! Das ist die Losung!

Von allein
wird niemand
kommen!

Du mußt die Sammel-Listen
ständig anbieten!

Direkte Geldsendungen an Wilh. Pieck, Berlin NW 7 Nr. 102254

Der neueste Selbstmord bei der Reichswehr

Der 29 Jahre alte Feldwebel Wilhelm Karl vom Ausbildungsbataillon des 21. Infanterieregiments hat sich in der Erfurter Infanteriekaserne mit seinem Dienstgewehr erschossen. Höchst unglaubwürdig erscheint dazu die Mitteilung bürgerlicher Zeitungen, daß es sich hierbei um einen Selbstmord aus Verzweiflung über eine vermeintliche Untreue einer Geliebten handle. Die Vermutung, daß es sich auch hier um einen Selbstmord handelt, der auf das bei der Reichswehr herrschende System zurückzuführen ist, liegt jedenfalls viel näher.

hoffen kann. Deutschland braucht für seinen Aufbau im Innern Ruhe und muß allen Störungsversuchen, gleichviel woher sie auch kommen mögen, rücksichtslos entgegentreten. Den Versuch, es zum Tummelplatz Stalin'scher „Schwindelreichsbau" zu machen, ist mit allen gegebenen Mitteln ein für allemal ein Ende zu machen. Wenn es nicht anders geht, auch durch die Aenderung gewisser Verträge die Sowjetrußland zur Unterhaltung gewisser Stellen in Deutschland berechtigen, die jedoch in der Hauptsache nichts anderes sind, als bolschewistische Propagandazentralen!"

Mit den „gewissen Stellen" ist nichts anderes gemeint, als die Sowjetbotschaft und die Handelsvertretungen, die nach dem Willen der SPD. sofort „ausgehoben" werden sollen. Die SPD. will den sofortigen Bruch mit der Sowjetunion, weil sie so rasch wie möglich den Krieg will.

Warum will die SPD. den Krieg? Die Sozialfaschisten handeln wie immer im Interesse des Kapitals. **Mit dem Abschluß des Youngpaktes ist eine allgemeine Steigerung der Hetze gegen die Sowjetunion zu konstatieren. Der Youngplan soll ja die kapitalistische Einheitsfront gegen die Sowjetunion herstellen. Wenn dabei die SPD.-Presse der übrigen kapitalistischen Presse ein gutes Stück vorauseilt, so zeigt das nur die verächtliche Rolle der Henkersknechte im Dienste des Kapitals.**

Die SPD. will den Krieg gegen die Sowjetunion schon deshalb, **weil sie im Interesse des Kapitals die Arbeiterschaft international am Boden halten will. Es ist klar, daß der grandiose Aufbau in der SU., die immer mehr sich bessernde Lebenshaltung der russischen Arbeiterschaft die Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder im Klassenkampf ermutigt.** Die SPD. verspricht sich zwar vom Verbot der Kommunistischen Partei vieles, doch ist sie des Glaubens, daß der Klassenwiderstand des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung nur dann vollständig gebrochen werden könne, wenn die Sowjetunion vernichtet ist.

Die Sozialfaschisten werden sich in jeder Beziehung verrechnen. Aber sie können gleichwohl durch ihre Kriegshetze dazu beitragen, daß der Bruch mit der Sowjetunion und der mörderische Interventionskrieg beschleunigt wird. Und da fragen wir jeden Arbeiter: Willst du das? Es muß ausgesprochen werden, daß jeder Arbeiter, der angesichts der klaren Sprache der SPD.-Presse noch den Sozialfaschismus unterstützt, mit dazu beiträgt, daß die Kriegshetzer ihre Zwecke verfolgen können. Für jeden ehrlichen klassenbewußten Arbeiter kann es nach Kenntnisnahme der SPD.-Pläne nur den Bruch mit der Sozialfaschistischen Partei und die Einreihung in die rote Front zur Verteidigung der Sowjetunion geben.

Für die gesamte Arbeiterschaft muß die kriegshetzerische Sprache der SPD.-Presse ein Warnungssignal sein! Schließt fester die proletarischen Reihen zum Schutze der Sowjetunion!

Krach in der Bayerischen Volkspartei

Leicht als Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei zurückgetreten

München, 13. März.

Im Zusammenhang mit der Beratung der Younggesetze kam es innerhalb der Bayerischen Volkspartei zu Auseinandersetzungen, die schließlich den Rücktritt Leichts als Fraktionsvorsitzender herbeiführten und unter Umständen auch den bayerischen Volksparteiminister Schäffel aus der Reichsregierung ausscheiden lassen werden.

Unter Führung Helds, des bayerischen Ministerpräsidenten versuchte die Bayerische Volkspartei und die Bayerische Regierung aus der Beratung der Younggesetze soviel materiellen Vorteil wie möglich herauszuschlagen, d. h. die Steuerlasten der Werktätigen zu Gunsten eines Steuerabbaus für die Besitzenden zu erhöhen und im besonderen die bayerischen Sonderwünsche auf weitere Sondersubventionierung der bayerischen reaktionären Regierungspolitik durch Beibehaltung des Artikel 35 des Finanzausgleichsgesetzes und sonstige erhöhte Steuerüberweisungen an Bayern durchzusetzen. Die Bayerische Volkspartei ging dabei soweit, **daß sie offen ihre angebliche Gegnerschaft gegen den Youngplan sich durch klingendes Gold von der deutschen Schwerindustrie abkaufen lassen wollte.**

Die deutsche Schwerindustrie, ebenso wie die bayerischen Großindustriellen fürchteten jedoch, daß bei einem Eingehen auf die Wünsche der bayerischen Regierung ihre besonderen Wünsche auf Steuerabbau nicht voll zur Durchführung kommen können, oder aber durch eine noch gesteigerte Mehrbelastung die Rebellion der Werktätigen, die allein die Reparationslasten zu tragen haben, unmittelbar zum Ausdruck kommt und die bereits vorhandene Zuspitzung der Klassengegensätze noch weiter verschärfen könnte.

Ministerpräsident Held ist in Berlin offen als Vertreter der deutschen Junker und des bayerischen Feudaladels und Großbauerntums aufgetreten. Seine Wünsche, daß die Bayerische Volksparteifraktion im Reichstag die von ihm gewünschte Haltung einnehmen soll, wurde von dem Fraktionsvorsitzenden Leicht als einem ausgesprochenen Vertreter der Durchsetzung der Diktatur des deutschen Trustkapitals desavouiert. Leicht hat sich bei der Abstimmung über den Youngplan zwar der Stimme enthalten, aber ausdrücklich für die Müller-Regierung gestimmt.

Im Anschlusse daran hat er dann in einer Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei am späten Abend den Vorsitz niedergelegt.

Der Streit im Lager der Bayerischen Volkspartei ist ein Ausschnitt aus jenem Streit im Lager der deutschen Bourgeoisie über den Hauptanteil der Beute, die neuerdings aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt werden soll. Die Niederlegung des Fraktionsvorsitzes durch Leicht zeigt genau, wie das bevorstehende Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Reichsregierung einen Rechtsruck der gesamten bürgerlichen Parteien.

So tritt unmittelbar nach der Beratung des Youngplans und seiner Annahme bereits das in Erscheinung, was wir Kommunisten voraussagten: eine Verschärfung der Reaktion zur innerpolitischen Durchführung des Youngplans, ein verschärfter Druck auf die Arbeiterschaft durch Severings Schandgesetz und ein weiterer Raubzug auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Nur im gesteigerten Klassenkampf, im verschärften Angriff kann das Proletariat der Bourgeoisie entgegentreten!

Ein Dementi

Die V. V. C. gibt eine Erklärung heraus, wonach die Meldungen über Auseinandersetzungen in der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei **ebensowenig den Tatsachen entsprechen, wie die Meldungen von einem Rücktritt Leichts, als Vorsitzender der Fraktion.**

Das Dementi ist wohl kaum ernst zu nehmen, da zwar alles aber doch nicht die Tatsache der Abstimmungen Leichts im Reichstag aus der Welt geleugnet werden können.

Hafenarbeiterstreik in London

London, 11. März.

An drei Anlegestellen des Londoner Hafens sind die Hafenarbeiter, 600 an der Zahl, gegen Maßregelungen und Rationalisierungsmaßnahmen in Streik getreten.

Ein schwarzer Tag der Deutschnationalen

Der „Retter" unterschreibt den Youngplan

Annahme des Sklavenpaktes im Reichsrat

WTB. Berlin, 13. März.

Der Reichsrat genehmigte heute sämtliche mit dem Youngplan in Verbindung stehenden Gesetze mit 42 gegen 5 Stimmen bei Stimmenthaltung von Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin.

Berlin, 13. März.

Unmittelbar nach der Annahme durch den Reichsrat hat auch Hindenburg das den Youngplan enthaltende Gesetz über die Haager Konferenz und die übrigen mit ihm in Verbindung stehenden Gesetze ausgefertigt und ihre sofortige Verkündung im Reichsgesetzblatt veranlaßt.

Der neue imperialistische Raubvertrag erhält dadurch Gesetzeskraft. Hindenburg hat sich noch nicht einmal an die von den Deutschnationalen beantragte zweimonatige Aussetzungsfrist der Verkündung gehalten. Er hat sofort unterzeichnet! Wirklich ein schwarzer Tag für die Nazis und die sonstigen nationalen Hanswursten! Das Verhalten Hindenburgs zeigt erneut, daß die sogenannte nationale Opposition gegen den Youngplan niemals ernst zu nehmen war und nur wir Kommunisten als die Einzigen entschlossen und rücksichtslos auf die Zerreißung dieses internationalen Schandvertrages hinarbeiten.

Der Youngplan im Bayerischen Landtag

Die Nazi enthalten sich der Stimme

Gen. Dressel zum Younggesetz / Ablehnung des kommunistischen Antrages Das neue Körgesetz

In der Fortsetzung der Beratung des Bayerischen Landtags zu den Anträgen gegen den Youngplan nahm am Mittwoch als erster der Genosse Dressel als Vertreter der Kommunisten das Wort. Er zeigte eingehend auf, mit welcher Perfidie die Sozialfaschisten und die heute herrschenden Parteien der deutschen werktätigen Bevölkerung die Annahme des „Dawesplanes empfohlen haben. „Die aufgehende Sonne über Deutschland" nannten die Sozialfaschisten diesen seinerzeitigen Sklavenpakt. **Not und Elend der Arbeiterschaft aber haben sich unter ihm, genau wie wir Kommunisten es voraussagten, vermehrt.**

Auch der Youngplan, der die Dawesverträge ablösen soll, bedeutet nichts anderes als wie neues Elend und neue Massenbelastung auf den Schultern der Werktätigen. Trotzdem die Younggesetze praktisch noch nicht in Kraft sind, hat die Reichsregierung unter Führung des Sozialfaschisten Müller bereits einschneidende Maßnahmen für die innerpolitische Durchführung in der Gestalt neuer Massensteuern, neuer Zollerhöhungen und im Gegensatz hierzu eines Abbaus der Besitzsteuern getroffen. **Severings Zuchthausgesetz soll als Ergänzung jede oppositionelle Stimme im Keime ersticken und im Zusammenwirken mit dem Sklavenpakt in Deutschland die Ruhe sichern, die Ruhe eines Friedhofs..** Wir Kommunisten sehen nur einen Ausweg, der allerdings nicht mit den Mitteln des parlamentarischen Systems erreicht werden kann. Es ist jener Kampf, den die Arbeiter ganz Deutschlands zur Vernichtung und zur Niederschlagung der eigenen Bourgeoisie aufnehmen müssen, jener Kampf, an dessen Ende sich das deutsche Proletariat konstituiert zu einer eigenen politischen Macht. Einzig allein die Verbindung der Werktätigen Deutschlands mit den Werktätigen Rußlands ist die Möglichkeit den Sklavenvertrag des Youngplanes, wie auch alle übrigen Verträge aus dem Versailler Vertrag endgültig zu liquidieren.

Bei der Abstimmung über den von den Nationalsozialisten eingebrachten Antrag, die bayerische Regierung solle im Reichsrat gegen die Annahme der Youngesetze einen Einspruch herbeiführen, wurde dieser abgelehnt. **Die Nazi enthielten sich selbst bei ihrem eigenen Antrag der Stimme und zeigten so wiederum, daß ihr angeblicher Kampf gegen den Youngplan nichts darstellt, als eine unverschämte Heuchelei.**

Der kommunistische Antrag auf Ablehnung des Haager Abkommens verfiel ebenfalls gegen die Stimmen der Kommunisten der Ablehnung. Ein Antrag der Regierungsparteien auf Billigung der Haltung der Landesregierung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

In der Beratung des neuen Körgesetzes nahm der Genosse Dressel das Wort. In der Abstimmung fand das Gesetz in erster und zweiter Lesung nach den Ausschußbeschlüssen Annahme.

Warum Gen. Kollwitz in Paris verhaftet wurde

Die bürgerliche Presse und ihre Presseagenturen verbreiten die Nachricht, daß Genosse Kollwitz in Paris wegen Paßvergehen verhaftet wurde. Genosse Kollwitz konnte gar nicht wegen Paßvergehen verhaftet werden, da er einen gültigen Paß bis zum Jahr 1932 besitzt, der zur Einreise nach Frankreich mit einem gültigen Visum versehen war. Der eigentliche Grund der Verhaftung war lediglich die Tatsache, daß Genosse Kollwitz am 6. März bei einem Massenmeeting der Pariser Arbeiterschaft, an dem 5000 Arbeiter teilnahmen, gesprochen hat. Auch am Samstag war Genosse Kollwitz in St. Denis, einem Arbeitervorort von Paris als Redner aufgetreten. Die französische Polizei war gegen die Pariser revolutionäre Arbeiterschaft äußerst brutal vorgegangen und wenn schon der Plan bestanden hatte, den Genossen Kollwitz zu verhaften, so hatte man sich diese Maßnahme aufgespart bis zur Abfahrt des Genossen Kollwitz. Die Verhaftung erfolgte unmittelbar vor Abgang des Zuges auf dem Bahnhof und war nichts weiter als eine schikanöse Maßnahme gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Zur zehnjährigen Wiederkehr des 13. März 1920

Die Lehren des Kapp-Putsches

III. Die Führung des Aufstandes

Alle Mängel, die in der Führung des Kapp-Aufstandes auf der Seite des Proletariats zum Ausdruck kamen, waren begründet in der organisatorischen Schwäche der Kommunisten und linken Fraktion der Unabhängigen, im Mangel an Erfahrungen und in der Führung der Kommunistischen Partei selbst, die [illegible] von Paul Levi und seinen Leuten lag, die später aus der Partei ausgeschlossen wurden. Das Zentralkomitee der KPD. (Thalheimer) gab die falsche Losung heraus, das Proletariat solle sich im Kampf der Ebertianer mit Kapp neutral verhalten. Die Spartakuszentrale hinkte im Schlepptau der antikappistischen Kampfbewegung. Unsere heutigen brandleristischen Renegaten decken diesen Fehler der Levi-Zentrale. Das Renegatenblättchen „Gegen den Strom" verteidigt in einem von Thalheimer in Nr. 10 (8. März 1930) gezeichneten Artikel heute noch die damaligen schweren Fehler der Spartakusleute.

In einer revolutionären Führung gehören beim Aufstande eine revolutionäre Regierung und eine revolutionäre Armee. Im Rheinisch-Westfälischen Aufstand gab die KPD. die Parole heraus „Keine Gemeinschaft mit den Noske-Sozialisten". Das besagte nicht, daß man damals in keinerlei außenparteilichen Organen, besonders in der ersten Kampfphase zusammen mit USP. und SPD. gegen die Kappisten kämpfen sollte. Falsch war nur, daß in diesen durch die damalige Lage geschichtlich bedingten Einheitsorganen nicht immer die notwendige Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit gewahrt blieb.

Eine einheitliche revolutionäre Regierung im Ruhrgebiet gab es nicht. Auf dem Gebiete der Vollzugsregierung lagen die stärksten Mängel vor. Auf militärischem Gebiete gelang eine stärkere Zentralisation und Durchorganisierung. Aber die Schwierigkeiten des Rheinisch-Westfälischen Kampfes demonstrierten die unbedingte Notwendigkeit der Einheitlichkeit von Regierung und Armeeführung. In den sächsischen Kämpfen, insbesondere in Chemnitz arbeiteten Militär und Vollzugsgewalt zwar Hand in Hand, hatten aber eine falsche politische Linie. Aber die Einheitlichkeit war hergestellt. Dem Chemnitzer Aktionsausschuß war eine Abteilung für das Militärwesen angegliedert. In Rheinland-Westfalen haben wir drei verschiedene Führungen während des Aufstandes, und zwar

1. Die Hagener Gefechts- und Vollzugszentrale

Diese stand unter rechtsunabhängigem Einfluß, sie wollte lediglich die Kapp-Putschisten bekämpfen, um die verfassungsmäßigen „Zustände" wieder herzustellen. Die Hagener Leitung unterstützte und billigte den Bielefelder Vertrag, sie zerriß die rote Front und förderte den Reichswehreinmarsch.

2. Der Essener Zentralrat

Derselbe stand unter kommunistischem und linksunabhängigem Einfluß. Er war auf Grund der Wahl von 200 Delegierten der Aktions- und Vollzugsausschüsse des gesamten Industriegebietes gebildet worden. Die Leitung umfaßte 16 Mitglieder (8 linke USP.-Leute, 7 Kommunisten und 1 Rechtssozialist). Das Forum wird später verbreitert durch Hinzunahme 18 weiterer Vertreter aus den größten Aufruhrstädten. **Der Essener Zentralrat unternahm den Versuch der Schaffung einer Einheit von Vollzugsregierung und Roter Armee. Er beteiligte sich an keinem Schacher, blieb von Bielefeld fern und bekämpfte den Verrat der USP.- und Rechtssozialisten, die das Bielefelder Abkommen unterschrieben.** Auf deren Verratsaktion lautete die Antwort: „Es gibt kein Zurück". Von Beginn seiner Konstituierung ab kämpfte der Essener Zentralrat für die allein richtige Parole der Diktatur des Proletariats, der Verbreiterung des Aufstandes über das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet hinaus und für die Sozialisierung und Inbesitznahme der Produktion. Falsch waren lediglich verwirrende Parolen, die der Essener Zentralrat nach der Niederlage herausgab und das Fehlen der klaren Einsicht, daß die Kämpfe an der Ruhr gerade durch Bielefeld eine große Niederlage für das Proletariat mit sich brachten.

3. Die Mühlheimer militärische Oberleitung

leistete sachtechnisch geradezu glänzende Arbeit. Ihr fehlte jedoch der politische Weitblick und besonders gegen Ende der revolutionären Kämpfe die Ein- und Unterordnung unter den Essener Zentralrat. Syndikalistische, KAPDistische und anarchistische Wirrköpfe beherrschen zuletzt die Mühlheimer Leitung. Bei der Aussichtslosigkeit des bewaffneten Weiterkämpfens und der Fortsetzung der Offensive gaben die Mühlheimer gar setzende Parolen, u. a. die des „Weiterkämpfens bis zum Weißbluten" heraus. Die Mühlheimer begriffen nicht die Notwendigkeit und vor allen Dingen die Durchführung eines mit minimalsten Verlusten organisierten Rückzuges. (Was die Hamburger Arbeiter 1923 dagegen glänzend verstanden).

IV. Militär- und Vollzugsgewalt

Militärisch leisteten sowohl die sächsischen wie die rheinisch-westfälischen Arbeitertruppen geradezu Glänzendes. Die Ruhrarbeiter schufen sich in den wenigen Tagen eine aktionsfähige Armee. Die Soldatenformationen rekrutierten sich folgendermaßen: a) Belegschaften bauten eigene Betriebskompanien auf, bezw. mehrere Betriebsabteilungen oder benachbarte Betriebe gründeten Arbeiterwehren.

b) In den meisten Fällen wurden die Roten Wehrformationen städteweise aufgebaut.

c) Bei den Stellungs- und Rückzugsgefechten vor Wesel und an der Lippe wurden versprengte und aufgeriebene Truppenteile zu neuen Formationen zusammengefaßt.

Die Bewaffnung der Arbeitertruppen

geschah durch Entwaffnung von Zeitfreiwilligen, Bürger-, Einwohner- und Schützenwehren, durch Verwendung der Waffenbeute beim Kampf mit der Reichswehr, durch Erstürmung von Polizeiwachen, Inbesitznahme von Waffenläden, Lägern und Waffenarsenalen. Die Rote Armee baute sich einen eigenen Nachrichtendienst, eigene Kurierabteilungen, ferner besondere Infanterie-, Artillerie-, MG.-, Sanitäts- und Radfahrerabteilungen auf. Die Unterführer wurden von den Soldaten selbst gewählt. Trotz des Fehlens einer einheitlichen Führung war die Strategie des Rheinland-westfälischen Aufstandes geradezu genial: mit den wenigen Waffen von Wetter und Hagen wird Dortmund erstürmt. Nun, durch Massenzustrom und durch neue Waffen gestärkt, nimmt die Armee drei verschiedene Aufmarschpläne in Angriff, die Hauptarmee zieht in revolutionärem Triumphzug westlich und durch das Zentral-Ruhrgebiet. Planmäßig wird die Lippe-Front und die Abschnitte vor Wesel und Münster aufgebaut und die Front von Münster und Bergischen Land bezogen. Das alles ohne einheitliche, zentrale Führung des Ruhraufstandes.

(Schluß folgt.)

Bravo, Leutnant Brailou!

Rumänischer Fliegeroffizier liefert ein Flugzeug an die Rote Luftflotte ab

Nach Meldung ausländischer Zeitungen hat der junge rumänische Fliegerleutnant Brailou, einer der verwegensten Piloten der Galatzer Fliegertruppe, der schon seit seiner Kadettenzeit dem weißgardistischen Blutterrorr der rumänischen Offiziere ablehnend gegenüberstand, die erste sich ihm bietende Gelegenheit benutzt, um eines Nachts mit seiner Flugmaschine nach der Sowjetunion zu fliegen, dort zu bleiben und sein Flugzeug in die Rote Luftflotte einzugliedern. Die rumänische Offizierskamarilla ist über die verwegene Flucht nicht wenig außer Rand und Band geraten.

Die deutsche bürgerliche Sensationspresse, die die nicht unbegründete Befürchtung hegt, daß sie durch Meldung von diesem gelungenen Streich die Zersetzung in den kapitalistischen Armeen fördert, schweigt sich aus, trotzdem die Begleitumstände dieser Flucht abenteuerlich genug sind.

Leutnant Brailu, der, wie schon erwähnt, mit dem blutdürstigen Treiben der weißgardistischen Offizierskamarilla nicht einverstanden war, führte ein äußerst zurückgezogenes Leben und erschien zu keinerlei Festlichkeiten seiner Kameraden. Selbst als man in ihn drang, die Hochzeit eines Offiziers mitzumachen, weigerte er sich konsequent.

Dafür schlich er aber in der Hochzeitsnacht, als die ganze Offiziersgesellschaft bereits betrunken war, in die Flugzeughalle und machte eine Flugmaschine startbereit.

Den in der Flugzeughalle dienstabenden Unteroffizier forderte er auf, ihn zu einem dienstlichen Aufklärungsfluge zu begleiten. „Zu Befehl", antwortete dieser und schlug diensteifrig die Hacken zusammen. Dann wurde der Propeller angeworfen und

nach einer eleganten Schleife über das Offizierskasino schlug Brailu unterzüglich die Richtung auf die rumänisch-russische Grenze ein.

Kurz vor der russischen Grenze machte er eine Notlandung, um seinen Begleiter abzusetzen. Er selbst flog dann in der Richtung nach Rußland weiter.

Inzwischen aber war die verwegene Flucht in Galatz nicht unbemerkt geblieben Schnell ernüchtert nahmen drei der Offiziere mit ihren Flugzeugen **die Verfolgung des Flüchtigen auf,** ereilten ihn über russischem Gebiet und eröffneten ein mörderisches Maschinengewehrfeuer auf Brailou,

ohne ihn jedoch zu verletzen oder das Flugzeug zu einer Landung zu zwingen.

Brailou landete später und erklärte, sich rückhaltlos in den Dienst der Arbeiter- und Bauerndiktatur stellen zu wollen.

Die Antisowjethetze in Polen

Moskau, 11. März.

Die heutige „Prawda" schreibt:

Das bürgerliche Polen, das klassische Land der nationalen und religiösen Unterdrückung, das Land der blutigen ukrainischen und jüdischen Pogrome, das Land, wo die herrschende katholische Kirche mit Hilfe des Staatsapparates rücksichtslos gegen ihre Gegner vorgeht — dieses Land steht in den ersten Reihen des Feldzuges gegen die Sowjetunion unter der Fahne der „Religionsfreiheit". Unter der Fahne der Verteidigung des von den Bolschewiken beleidigten Gottes schließen sich zusammen der offizielle polnische Faschismus und das Lager des polnischen Sozialfaschismus. Die von allen Parteien unterzeichnete Interpellation im Senat über „Verfolgungen der Religion in Rußland" ist in dieser Beziehung äußerst bezeichnend. Sie ist ein Versuch der antisowjetistischen Kräfte Polens, von der „Agitation und Propaganda" zur direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion unter Benutzung offizieller Institutionen des polnischen Staates zu diesem Zwecke überzugehen.

Das Blatt hebt die provokatorischen Erfindungen der polnischen Presse über die innere Lage des Sowjetlandes, die Lügenmeldungen über die Massenflucht der Bauern und über den Fünfjahrplan hervor und weist auf die Beteiligung des polnischen Innenministeriums an dieser Bearbeitung der öffentlichen Meinung, weiter auf die Leitung der Pressekampagne von Organen des Kriegsministeriums, wie „Polska Zbroina" und „Gazeta Polska" hin.

Die „Prawda" warnt die Inspiratoren der Antisowjethetze, die mit dem Feuer eines Anschlages auf die Sowjetunion ernstlich zu spielen beginnen und damit die ohnehin gespannte internationale Situation noch mehr komplizieren.

Die „Prawda" betont, daß selbst ein der Sowjetunion so feindlich gesinnter polnischer Politiker, wie Jan Dombski, im Sejm zugeben mußte, **daß die Aufhetzung der öffentlichen Meinung gegen die Sowjetunion und die Aktion des Vatikans den Eindruck eines Kreuzzuges erwecken als Vorspiel eines bewaffneten Vorgehens.** Angesichts zahlreicher russischer und ukrainischer konterrevolutionärer Emigranten in Polen ist die antisowjetistische Kampagne stets von großen politischen Komplikationen schwanger. Die „Prawda" verweist darauf, daß der Schuß Kawerdas vor drei Jahren in einer ähnlichen Situation gefallen ist.

Die kirchliche Lügenkampagne gegen die Sowjetunion

Moskau, 11. März.

Die Mitteilung der „United Preß" aus Moskau, die von einer Reihe bürgerlicher Zeitungen aufgegriffen und vom Superintendenten der evangelischen Kirche Dibelius angeführt wurde, wonach in einer Moskauer Kirche feindliche Kundgebungen der Gläubigen gegen den Metropolit Sergius in Verbindung mit dessen jüngsten Erklärungen über die Lage der rechtgläubigen Kirche in der Sowjetunion stattgefunden hätten, **ist vollständig aus der Luft gegriffen. In keiner Moskauer Kirche haben irgendwelche ähnliche feindliche Kundgebungen stattgefunden. Im Gegenteil: die entschiedene Absage des Metropoliten Sergius an den römischen Papst, seine Entlarvungen der feindlichen Absichten der römisch-katholischen Kirche gegenüber der orthodoxen Kirche haben die größte Befriedigung der Gläubigen hervorgerufen.**

Durch die Verbreitung solcher Lügenmeldungen versuchen die Initiatoren der Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, das Vertrauen gegenüber den Erklärungen des Metropoliten Sergius und der Mitglieder der Synode über die ausgesprochenen politischen Zwecke der Urheber des Feldzuges gegen die Sowjetunion zu untergraben.

Polizisten vergewaltige Arbeiterfrau

Sofia, 11. März.

In der Stadt Trojan drangen Polizeiagenten nachts in ein Haus ein, um einen revolutionären Arbeiter zu verhaften. Als sie den Gesuchten nicht in der Wohnung vorfanden, fielen die Polizeibestien über die Frau des Arbeiters her und vergewaltigten sie.

In der Arbeiterbevölkerung herrscht außerordentlich große Empörung über diese Gewalttat. Obwohl die Angelegenheit den Behörden unterbreitet wurde, hat der Chef dieser Polizeibestien, der Minister des Innern, Liaptscheff, weder eine Anklageerhebung noch eine Maßregelung der schuldigen gewalttätigen Polizisten angeordnet.

Der 19. März ist Kampftag gegen Pfaffenhetze!

Klerikale Strategie

1914/18: „Immer feste mang gepfeffert! Weg mit dem russischen Artilleriebeobachter!"

1930: „Sakrilegische Gottlosigkeit! Die Bolschewisten entweihen das Gotteshaus, verführen die unschuldigen Kinderseelen!"

65 Jahre Zuchthaus im Belgrader Monstreprozeß

Wien, 10. März.

Am 6. März wurde im Belgrader Monstreprozeß das Urteil gefällt: Anton Klementschitsch zu 4 Jahren Zuchthaus; Anton Festini zu 10 Jahren Zuchthaus; Momtschilo Gjorgjewitsch zu 12 Jahren Zuchthaus; Radoslav Ljumowitsch zu 1 Jahr Zuchthaus; Dragutin Kostitsch zu 1 Jahr Zuchthaus; Branko Solaritsch zu 6 Jahren Zuchthaus; Marko Dreschkowitsch zu 5 Jahren Zuchthaus; Wukota Dabitsch zu 6 Jahren Zuchthaus; Danilo Rauschewitsch zu 1 Jahr Zuchthaus; der geflüchtete Gojko Samardschitsch in contumatiam zu 10 Jahren Zuchthaus; Dragutin Petrobitsch zu 2 Jahren Zuchthaus; Ivan Miluntinowitsch zu 6 Jahren Zuchthaus; Sreten Zujowitsch zu 6 Monaten Gefängnis; die übrigen wurden freigesprochen.

Bemerkenswert ist, daß drei der Angeklagten in diesem bis zur Urteilsfällung streng geheim durchgeführten Prozeße auch jetzt auf der Liste der Verurteilten und Freigesprochenen in der jugoslavischen Presse nicht genannt werden. Es handelt sich um folgende Angeklagte: Rechtsanwalt Rajko Johanowitsch, Metallarbeiter Josip Belontschek und der Schneider Trajan Jowtschewitsch.

Der Verlauf der Reichskonferenz der KPF.

Paris, 11. März.

Am zweiten Verhandlungstage der Reichskonferenz ergriffen Delegierte aus den Bezirken Ost, Norden, Südwest, Marseille, Auvergne, Elsaß, Lothringen, Bretagne, Limousin, Zentrum und Languedoc das Wort, die vor allem auf die ersten Folgen der Krise — Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Streiks — hinwiesen, sowie auf die Rolle der Sozialfaschisten und der Opportunisten.

Genosse Gitton ging auf die einzelnen Ausführungen der Diskussionsredner ein und erinnerte in der Zusammenfassung der Schlußfolgerungen daran, daß die gefährlichste Strömung in der Partei der Opportunismus sei.

Zum Schluß der Sitzung gab der Genosse Vassart einen ausführlichen und eingehenden Bericht über die wirtschaftliche Lage und die Kämpfe der Arbeiterschaft, die sich in den letzten zwei Jahren auf über 2000 beliefen. Er betonte die Schwächen der Partei bei ihrer Betriebsarbeit und kritisierte die in verschiedenen Bewegungen begangenen Fehler. In seinen Ausführungen brachte er wertvolle Präzisionen über die Politisierung der Streikkämpfe, die führende Rolle der Partei und die Vorbereitung des 1. Mai.

An der Konferenz nehmen 126 Delegierte teil, darunter 56 Delegierte aus Betriebszellen.

Der stille Don

Roman von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur u. Politik (Dr. Johann Wertheim), Berlin-Wien

48. Fortsetzung.

— Ich gehe, ich gehe — Grigorij zog den Halbpelz, den er auf das Bett geworfen hatte, am Aermel hinunter. Seine Nasenflügel bebten, er zitterte in derselben siedeheißen Wut wie der Vater. Ein und dasselbe von Türkenblut durchtränkte Blut floß in ihren Adern, und bis zum Lächerlichen sahen sie in diesem Augenblick einander ähnlich.

— Wohin ge—e—ehst du — stöhnte Iljinitschna auf, packte Grigorij an der Hand. Doch er stieß die Mutter mit Wucht von sich und fing die vom Bett herunterfallende Mütze auf.

— Er soll nur gehen, dieser liederliche Kerl! Verflucht soll er werden! Geh! Geh! Geh!...— donnerte der Alte und riß die Tür auf.

Grigorij war mit einem Satz draußen. Das Letzte, was er hörte, war Nataschas lautes Weinen.

Ueber dem Dorfe lag frostige Nacht. Vom schwarzen Himmel fiel feines, stechendes Schneepulver. Dröhnend, als wären es Kanonenschüsse, barst das Eis auf dem Don. Grigorij lief schweratmend zum Tor hinaus. Am anderen Ende des Dorfes bellten die Hunde. Schwere, undurchdringliche Finsternis dunkelte, durchzogen von gelben Lichtern.

Grigorij schritt ziellos durch die Straßen. In Stepans Hütte spiegelte sich schillernd das schwarze Dunkel.

— Gri—i—scha—a! — tönte vom Tore Nataljas tieftrauriger Schrei.

„Hol sie der Teufel, wie ich sie hasse!..." — Grigorij knirschte mit den Zähnen und beschleunigte seine Schritte.

— Grischa, kommt zurück!

Grigorij lenkte seine trunkenen Schritte in die nächste Gasse, zum letztenmal hörte er den durch die Entfernung gedämpften, bitterverzweifelten Aufschrei:

— Grischenjka, Liebster!

Rasch überquerte er den Dorfplatz, blieb auf der Kreuzung stehen, ließ sich alle die Namen seiner Kameraden durch den Kopf gehen: bei wem könnte er wohl übernachten...

Er verblieb bei Michail Koschewoj. Der wohnte am äußersten Rande des Dorfes, neben dem Berge: Michail, dessen Mutter und Schwester. Er trat auf deren Hof, klopfte an das winzige Fenster der Hütte.

— Wer dort?

— Ist Michail zu Hause?

— Ja. Wer ist dort?

— Ich, Grigorij, Meljechow.

Einen Augenblick später öffnete Michail, Schlaf geweckt, die Türe.

— Bist du's, Grischa?

— Ja.

— Warum treibst du dich in der Nacht herum?

— Laß mich herein, ich erzähl's dir drinnen.

Im Vorraum packte Grigorij Michail am Arm, wütend auf sich selbst, daß ihm die notwendigen Worte fehlten, flüsterte er:

— Ich will bei dir übernachten... hab mich mit meinen Leuten überworfen... Ist's bei euch zu eng?... Macht nichts, ich finde schon irgendwo Platz...

O ja, Platz wird sich schon finden: warum seid ihr aneinander geraten?

— Später, Bruder... später. Wo ist die Türe? Ich sehe nichts...

Grigorij wurde ein Bett auf der Bank bereitet. Er legte sich nieder, wickelte den Kopf in seinen Halbpelz, um nicht das Geflüster von Michails Mutter zu hören, die mit der Tochter in einem Bett schlief.

„Wie es wohl jetzt zu Hause zugehen mag? Wird Natalschka fortgehen oder nicht?... Ein neues Leben beginnt... Wohin soll ich meinen Kopf legen?..." — und rasch hatte er die Antwort „Ich spreche morgen mit Aksinja. Ich geh mir ihr nach Kubanj oder noch weiter weg... weit... weit..."

An Grigorijs geschlossenen Augen schwammen Steppen vorbei, Dörfer, Kosakensiedlungen, die er noch nie gesehen hatte, die seinem Herzen fremd waren. Und hinter den Bergen, hinter der grauen Landstraße — wie ein blaues Märchen ein freundliches Land und Aksinjas späte, rebellisch blühende Liebe.

Er schlief, unruhig vor dem nahenden Unbekannten, ein. Vor dem Einschlafen versuchte er vergebens darauf zu kommen, was ihn niederdrückte. Er konnte es nicht erfassen. Im Halbschlaf schwammen seine Gedanken, gleichmäßig und glatt, wie ein Boot von der Strömung getragen, und plötzlich stießen sie auf etwas, wie auf eine Sandbank. Unruhig wurde es in ihm und trübe. Er wälzte sich umher, quälte sich in Vermutungen: „Was ist das? Was steht mir eigentlich im Wege?"

In der Frühe erwachte er, und plötzlich kam es ihm zum Bewußtsein: der Militärdienst! Wohin kann ich also mit Aksinka gehen? Im Frühling gehts ins Lager... im Herbst zum Dienst... Das ist es, das Hindernis!"

Er frühstückte und rief Michail in den Vorraum.

— Geh zu Astachows, Mischa. Sag Aksinja, sie soll, wenn es zu dunkeln beginnt, zur Windmühle kommen.

—Und Stepan?

— Tu, als hättest du was Geschäftliches mit ihr zu erledigen...

— Gut.

— Sie soll unbedingt kommen

— Gut, gut...

Abends saß er neben der Windmühle, rauchte in den Aermel hinein. Hinter der Windmühle stöhnte, über trockene Maiskolben stolpernd, der Wind. An den Flügeln der Mühle schlenkerte die losgerissene Leinwand hin und her. Es schien Grigorij, als kreise ein riesengroßer Vogel über ihm, schlage mit den Flügeln und könne nicht davonfliegen. Das war unheimlich und gespenstisch. Aksinja kam noch immer nicht. Im Westen ging die Sonne in mattem, lilaschimmerndem Golde unter. Von Osten eilte ein immer kräftiger werdender Wind herbei.

Die Finsternis nahte, holte den in den Weiden steckengebliebenen Mond ein. Blau unterlaufen dunkelte der Himmel über der Windmühle. Die letzten verworrenen Klänge des geschäftigen Alltags tönten vom Dorfe her.

Grigorij rauchte drei Zigaretten hintereinander, steckte den letzten Stummel in den zerstampften Schnee, sah sich in grimmig-sehnsüchtiger Traurigkeit um. Kein Mensch war zu sehen. Er stand auf, dehnte die Schultern, daß es krachte und ging dem Pfade zu, das von Astachows Hütte lockend flimmerte. Er ging bis zum Hof, lief durch die Zähne und stieß ganz unerwartet auf Aksinja. Sie war augenscheinlich sehr rasch gelaufen. Sie atmete schwer. Ihr frischer, kalter Mund roch nach Wind und frischem Heu.

— Solange warte ich hier, ich dachte schon, du kommst nicht...

— Es war so schwer, Stepan loszuwerden...

— Ganz erfroren bin ich, verfluchte Hexe!

— Ich bin heiß, ich werde dich erwärmen — sie öffnete ihren Pelz und umklammerte Grigorij wie Hopfen eine Eiche umklammert.

(Fortsetzung folgt.)

B. Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Augsburg

Augsburg

Kröll & Nill
Weißer Straße — Annastraße
Teppiche
Vorhänge
Linoleum
Tapeten
Wäsche aller Art

das Zeichen für gute Qualität zu billigen Preis
LANDAUER
DAS KAUFHAUS FÜR ALLE

+Liebig-Apotheke+
Dr. Aug. Ganghofer
Liebigplatz
Ecke Eisenhammerstraße
bei allen Krankenkassen zugelassen
Fernruf 1992

„Trinkt das Prima-Bier der Schloßbrauerei Unterbaar, der Kenner sagt, schmeckt wunderbar"
Prima Helle, dunkle Biere, erstklassige Export-Weizenbiere

Grüne Rabattmarken
Bettwaren-Spezialhaus
Bettfedern-Großreinigerei
Matratzen-Fabrikation
Matratzen-Aufrichterei
Metall-Möbel
Anfertigung u. Aufarbeitung von Polster-Möbeln
F. Friedmann & Cie.,
Ob. Graben 83/87 Augsburg, Neubaujakobsplatz
auf alle Artikel!

Konfektion
Hch. Grausmann
Augsburg
Bahnhofstraße 7
Größte Auswahl in
Damen- und Mädchen-Kleidung
zu niedrigsten Preisen

Auf Kredit
in Wochenraten von RM. 2.- an
Möbel
Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung
Wäsche
Leuchtmann Ludwigstr. 190 Hauptpostnähe
Lechhausen, Waterlooplatz

Benno Siegeler
Spezialhaus für moderne und solide
Herren- und Knabenbekleidung
sowie Berufskleidung
jetzt: Karlstr. D. 51/52 Ecke Karlstr.-Steingasse
Grüne Rabattmarke

C. Rohrmüller Nachf. Max Lindner
Oefen und Herde
Telefon 10 — Augsburg — Ludwigstraße D 178

Rohprodukten-Handlung
W. Göring
Brunnenstraße 5

Möbelhaus Scheurich
empfiehlt sich in Qualitätsmöbeln
Holz-, Polster- und Einzelmöbel
Riesenauswahl — Niedrigste Preise
Zahlungserleichterung
Metzgpl. C 241 Frauentorstr. F 15

Karl Apfelbacher
Elektrische Licht- u. Kraft-Anlagen
Radio
Mittleres Kreuz F 280 Telefon 1798

DKW
Das Volks-Motorrad
mit den günstigsten Preisen und Zahlungsbedingungen
DKW Fabrikniederlage Paull —
Obstmarkt D 75½

— KAUFT NUR BEI UNSEREN INSERENTEN! —

SPANIER
AM ANNAPLATZ

Fotohaus am Dom
entwickelt, kopiert, vergrößert ihre Fotoarbeiten fachgemäß und preiswert. — Apparate u. Zubehör aller ersten Marken in größter Auswahl auf Lager.
Weitgehendste Zahlungserleichterung

1. Augsburger Weizenbier-Brauerei
Zur goldenen Gerste
empfiehlt anerkannt ff. Weizenbiere — Brauerei-Ausschank
Telefon 2269

BRAUMANN & GÜNZBURGER
BEGE
FÜHRENDES KAUFHAUS
FÜR BEKLEIDUNG UND AUSSTATTUNG

Schuhkönig I
Wertachstraße B
Herren- u. Damenschuhe
Hauptpreislagen:
RM. 8.75, 10.75, 12.75, 14.75

Stebich-Zigarren

TRINKT
das gute
„Gesellschaftsbräu"

Reserviert

Damen-Konfektion
Wollstoffe
Seide

S. Guttmann Nfg., Maximilianstr. B 4-7
Das Kaufhaus der guten Qualitäten!

Baumwoll-Waren
Wäsche
Teppiche
Gardinen

Augsburg-Oberhausen
Photohaus Carl Mader
früher Wanz
Zollernstraße 31

Ludwig Mürrle
Schokoladenfabrikation
Diverse Weine und Liköre
Neuhoferstraße 2

Fahrräder
Zubehörteile — Eremotaplatten
Reparatur-Werkstätte
Teilzahlung
J. Müller, Branderstraße 29

Eat „Grünland"-Käse!
Wiederverkäufer-Nachweis durch Hersteller: Allgäuer Käseschmelzwerk G. m. b. H.
Kempten / Allg.

+Adler-Apotheke+
Dr. Albert Cameret
Augsburg, Donauwörther Str. 42
empfiehlt
sein bestbewährtes Gicht- und Rheuma-Fluid „Bindelica"

Brot- und Feinbäckerei
Anton Baur
Donauwörther Straße 15

Trinkt
Chabeso
ärztlich empfohlen
Achten Sie genau auf Marke „Chabeso"

Blaue Arbeitsanzüge

in allen Größen zu niedrigen Preisen bei
Leop. Siegle †
Obstmarkt 971 Augsburg

Haus Aigner, Kürschnerei
vord. Lech A 471
Mäntel, Pelze, Besatzstelle
Reparaturen

Augsburg-Lechhausen
+Pflaum's Stadt-Apotheke+
Augsburg-Lechhausen
Blücherstraße 25
Lieferant aller Krankenkassen.

LERNT
Automobil- und Motorrad-Fahren
bei den privaten Kraftfahrkursen
Jos. Hauser
Augsburg, Weite Gasse B 55/56
Tel 4193

Hygienisches Bad Augsburg
Bes. Heinrich Harlacher, Jesuitengasse F 413
empfiehlt sämtliche med. Bäder

A. Regensburger, Berlachberg
Schnitt-, Weiß-, Woll- u. Strumpfwaren
Grüne Rabattmarken
Spezialhaus für Wiederverkäufer

Josef Giegerich
Maßschneiderei,
sowie sämtl. Herrenkonfektion
Yorkstraße 39

Reserviert

HOTEL DREIKRONEN
BAHNHOFSTRASSE
Täglich
KÜNSTLER-KONZERT

Bavaria-Apotheke
Otto Niggl, vorm. Kompter,
+ Neuburgerstraße 11 +
Lieferant aller Krankenkassen

Beste Bezugsquelle für
Kolonialwaren
Anton Bauer, Augsburg
Unteres Kreuz
Lieferung in's Haus

LUDWIGS-APOTHEKE
A. Fahrnbacher
Telefon 2429

Gaststätte Blumenfelden
altes Gewerkschaftshaus — Frauentor 313
Treffpunkt aller Arbeiter

Reformhaus GE-NO
Obstmarkt D 75½
Naturreine Nahrungsmittel - Alkoholfreie Weine
Wundermahlung — Hautsalböle — Kräutertee
— Zuckerkrankenernährung — Reformgebäcke —

Roman Lauchner
Haus- und Küchengeräte
Porzellan
Neuburgerstraße 25

Bürgerliches Brauhaus
Augsburg-Göggingen
Ludwig Glück / Telefon 482/83
helle u. dunkle Biere
in Fässern und Flaschen

Der tägliche Beobachter

Die Astlochgucker am Werk

„Bigamie" und „Unzucht" — Haarsträubende Urteile deutscher Gerichte

Zusammenleben vor der Ehe — ein zuchthauswürdiges Verbrechen

Ein älteres Ehepaar hatte sich am vergangenen Dienstag vor dem Altonaer Schöffengericht zu verantworten, weil es geduldet hatte, daß ihre Tochter kurz vor der Ehe mit ihrem Schwiegersohn in der elterlichen Wohnung zusammenlebte. Das reaktionäre Schöffengericht verurteilte „im Namen des Volkes" wegen dieser „schweren Kuppelei" das aus allen Himmeln gerissene Ehepaar zu einer Woche Gefängnis.

Das mit dieser empörenden Strafe bedachte Ehepaar, das in seinem ganzen Leben noch nie mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen ist, hat nichts anderes getan, als was viele hunderttausend Arbeitereltern in der jetzigen Zeit der entsetzlichen Massenwohnungsnot auch tun. Nämlich

> **den Bräutigam ihrer Tochter in ihrer Wohnung aufgenommen und geduldet zu haben, daß die beiden jungen Leute ohne staatliche oder pfäffische Bevormundung sich das vorwegnehmen, was ihnen eigentlich nach den Paragraphen eines mittelalterlichen Gesetzes und einer verlogenen „Moral" erst nach Schließung einer Ehe zustand.**

Das wurde als schwere „Kuppelei" und „Vorschubleistung von Unzucht" vom Klassengericht geahndet.

„Wenn Eheleute 20 Jahre nicht zusammenleben, so sind sie doch verheiratet", sagt der Klassenrichter

Das Moabiter Schöffengericht verurteilte am Samstag, den 15. März, den Schachtmeister Sch. wegen „Bigamie" zu **sechs Monaten Gefängnis.** Dem Urteil lagen folgende Tatsachen zugrunde:

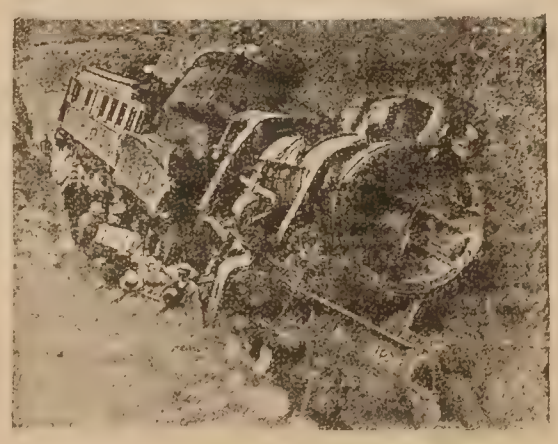
Im Jahre 1918 heiratete der Beschuldigte im Elsaß eine Französin. Die anfangs glückliche Ehe wurde durch die Eltern der Frau zerrüttet. Im Jahre 1921 fährt Sch. nach Berlin, um seine Mutter zu beerdigen und um Arbeit zu suchen. Seither arbeitet er nun in Berlin, seine Frau weigerte sich jedoch, nachzukommen. Auf Veranlassung der Eltern schrieb sie ihm: „Ich denke gar nicht daran, nach Berlin zu kommen, ich bleibe bei meinen Eltern." Im Jahre 1926 lernte Sch. nun eine Frau kennen, die er, da er nicht allein sein wollte, auch heiratete. Bekannte erklärten ihm, daß dem bei seinen Verhältnissen auch nichts im Wege stehe. Nun wurde er prompt angezeigt wegen „Bigamie" und zu **sechs Monaten Gefängnis** verurteilt.

Er hatte seine Frau vergessen

Der ehemalige Kosak Adam Belonow, der Ende 1914 in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten und nach dem Kriege als Landarbeiter in einem Dorfe bei Berlin geblieben war, lebte schlecht und recht mit seiner Familie — er hatte sich 1920 verheiratet — in seiner Gutsarbeiterwohnung, als wie ein Blitz aus heiterem Himmel bei der Berliner Polizei ein Brief von einer Frau Belonow aus Alexandrewsk in Rußland eintraf, in dem Frau Belonow um Nachforschungen ersuchte, wann und wo ihr Mann, der Kriegsgefangene Belonow, gestorben sei. Der Brief hatte für Adam die Folge, daß er wegen Bigamie vor Gericht erscheinen mußte. Der Angeklagte war sehr erstaunt, er hatte gar nicht gewußt, daß er mit dem Mädchen aus seiner Heimat verheiratet sei. Allerdings befäße das Mädchen ein lebendes Andenken von ihm und er hätte ihr den Gefallen getan, mit ihr in die nächste Stadt zu fahren, um das Kind taufen zu lassen. Dort sei er aber in irgendein dienstliches Gebäude geraten, wo ein Beamter die Trauung vollzogen habe. Aber die Ehe wäre doch, weil der Pope nicht seinen Senf dazu gegeben habe, nach seiner Meinung ungültig gewesen.

Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Zugunglück des Simplon-Orient-Expreß



Auf der Linie Athen—Saloniki entgleiste am 234. Kilometer bei Sirfaca der Expreßzug „Simplon-Orient-Expreß", von Paris kommend. Unser Bild zeigt den bei Sirfaca entgleisten Simplon-Orient-Expreß.

Primo de Rivera gestorben

Der faschistische Diktator a. D. einem Schlaganfall erlegen

Aus Paris kommt die Nachricht, daß dort Primo de Rivera, der spanische Diktator a. D. am Sonntag in einem Hotel im Alter von 60 Jahren einem Herzschlag erlegen ist.

Primo de Rivera ist seiner ganzen Tradition nach Monarchist und Exzreaktionär. Der Name seines Vaters ist verknüpft mit der **blutigen Niederschlagung der Unruhen, die im Jahre 1908 in Barcelona ausbrachen.** Schon im Alter von 80 Jahren war de Rivera General. 1923 trat er als Generalkapitän an die Spitze des faschistischen Staatsstreiches, **sagte die bestehende „parlamentarische" Regierung in Spanien zum Teufel und setzte eine Militärregierung ein. Unter seiner Regierung wurde der Marokkokrieg in der brutalsten und blutigsten Form geführt.** Im Sommer 1925 übernahm er sogar selbst **den Oberbefehl über das blutige Henkerwerk des Imperialismus gegen die Bewohner des Rifs.** Nach sechsjähriger Alleinherrschaft mußte er, da eine zu starke Gegenbewegung gegen ihn eingetreten war, den Platz räumen. An seine Stelle trat bekanntlich der natürlich um keinen Deut bessere General Berenguer, der unter dem Deckmantel einer „freieren Verfassung" die faschistische Diktatur in Spanien fortsetzte.

Die diebische Regierungspräsidentin

Das kommt in den besten Familien vor — Nervenchoks en gros

Berlin, 17. März. (Eig. Meldung). Man hörte durch die Presse von der Diebstahlsaffäre in der Wohnung des Regierungspräsidenten von Potsdam, Dr. Momm. Eine Anzahl wertvolle Bilder wurden dabei durch einen Einbruch entwendet. Dazu wird jetzt bekannt, daß, nachdem auf Grund der Tatbestandsmerkmale in der Wohnung des Regierungspräsidenten kein Leugnen mehr möglich war, die Frau Dr. Momms vor der Kriminalpolizei gestand, daß sie selbst am Diebstahl beteiligt ist. Als am Sonntag die Zeitungen schon deutliche Anspielungen darauf enthielten, erlitt sie angeblich einen Nervenzusammenbruch. Die Kriminalpolizei ging natürlich glimpflicher mit ihr um, als mit anderen Sterblichen. Ein Kriminalkommissar fuhr zu ihr nach Hause und ließ sich das Vorgegangene „erzählen".

Die diebische Frau Regierungspräsident ist natürlich nicht haftfähig und wird tunlichst geschont. Der Regierungspräsident Dr. Momm selbst hat sein Abschiedsgesuch eingereicht und ebenfalls, wie gemeldet wird, einen „schweren Nervenzusammenbruch" erlitten. — — Das kann man sich denken.

Familientragödie

Bonn, 17. März. Der arbeitslose, frühere Seemann Heinrich Krudwig, schoß gestern vormittag in der Küche seiner Wohnung seine Stiefschwester, die Kriegerwitwe Müller, nach einem kurzen Wortwechsel nieder und tötete sich selbst durch einen Schuß in den Kopf. Die Schwester ist kurz darauf im Krankenhaus gestorben. Der Grund zur Tat sind Familienzwistigkeiten.

Massenvergiftung durch Kohlenoxydgas

Altona, 17. März. Nach einer Festlichkeit in Groß-Flottbeck, zu der sich etwa 150 Personen versammelt hatten, kam es am 15. März zu einem schweren Unfall. Etwa 40 Festteilnehmer erkrankten an Vergiftung durch Kohlenoxydgas. Zunächst wurden 24 Personen von starker Uebelkeit, Atemnot und Herzklopfen befallen und dann bewußtlos. Die erkrankten und bewußtlosen Personen wurden in Nachbarhäusern untergebracht, wo sich mehrere Aerzte erfolgreich um sie bemühten. Kaum hatten sich die zuerst erkrankten erholt, als weitere 16 Festteilnehmer unter den gleichen Erscheinungen erkrankten. Die Vergiftungen sind auf einen schadhaften Ofen, der vier Wochen lang nicht benutzt worden war, zurückzuführen.

Lieber ins Gefängnis, als ins Fürsorgeheim

Hamburg, 17. März. (Eig. Bericht.) Nach den vielen Fürsorgeskandalen im Reiche ist ein solcher nun auch auf dem Kattenhof in Kattendorf bei Kaltenkirchen, wo etwa 40 Fürsorgezöglinge des Rauhen Hauses untergebracht sind, zu verzeichnen. Die Fürsorgezöglinge zerschlugen die Fensterscheiben und Einrichtungsgegenstände und erklärten, **daß sie lieber ins Gefängnis wollten, weil sie** dort bessere Unterkunft und bessere Versorgung hätten, als in Kattendorf. Mit Landjägermannschaften und Feuerwehr wurde die **Revolte niedergeschlagen.**

Neue Ueberschwemmungen in Südfrankreich und Spanien

Paris, 17. März. Nach einer Meldung aus Dax haben die Dämme des Adour dem gewaltigen Druck des Wassers nachgegeben. Das ganze Tal zwischen Dax und Sainte-Marie-de-Gosse ist überschwemmt. 200 Häuser sind abgeschnitten und 2000 Hektar Ackerland mit angeschwemmten Steinmassen bedeckt. Die gesamte Ernte dieser Gegend ist vernichtet. Die Tarnbrücke bei Cacor stromabwärts von Moissac, die eine Länge von 200 Metern hat und auf fünf Pfeilern ruht, ist vom Wasser eingerissen worden. Zwei Pfeiler sind zerstört.

Die Ueberschwemmung in Nordspanien

Saragossa, 16. März. Der Ebro ist sieben Meter gestiegen. Sein Tal ist sieben Kilometer überschwemmt. Hunderte von Häusern sollen eingestürzt, 1500 Familien obdachlos sein. Die Eisenbahnlinie Saragossa—San Sebastian ist auf fünf Kilometer Länge überschwemmt. In der Provinz Navarra sind der auf dem Südabhang der Pyrenäen entspringende Aragon und der Irati aus ihren Ufern getreten. Die Eisenbahnstrecke ist an mehreren Stellen überflutet, ebenso die Ortschaft Sumbilla.

Nach neueren Meldungen werden die **Ueberschwemmungen, die in mehreren Provinzen Spaniens eingetreten sind, immer beunruhigender.** In Pradilla, Provinz Saragossa, **stehen einige Stadtviertel unter Wasser.**

Die armenisch-katholische Kirche gegen den Papst

Tiflis, 16. März 1930.

In Tiflis fand am 10. März der **Kongreß der Vertreter der armenisch-katholischen Kirche** statt. Auf dem Kongresse wurde klargestellt, daß die ehemalige apostolische Verwaltung in Tiflis ein Herd konterrevolutionärer Propaganda war, die unter der Flagge der Religion betrieben wurde.

Der Kongreß richtete an den Papst ein Schreiben und ließ einen Aufruf an die armenischen Katholiken, in dem er die gegen die Sowjetregierung erhobenen falschen Beschuldigungen religiöser Unduldsamkeit mit Entrüstung zurückweist und dem Bedauern Ausdruck verleiht, daß „infolge des böswilligen Treibens einiger Obskuranten unter der Geistlichkeit der Heilige Thron die Möglichkeit verlor, sich über die wahre Lage der Gläubigen in der Sowjetunion zu orientieren."

Ein Gendarmeriewachtmeister als Raubmörder

Eine treue Stütze der faschistischen Hortymacht

Budapest, 17. März. In Szalanta bei Fünfkirchen wurden vor etwa zwei Wochen die Postmeisterin Helene Bodenlos und ihre Schwester ermordet und aus der Postkasse 1700 Pengö geraubt. Die polizeilichen Erhebungen ergaben, **daß der Mörder der Gendarmeriewachtmeister von Szalanta, Stephan Ambrus, ist.** Dieser hat die Tat eingestanden.

Die Abnahmefahrt der „Europa"

Der neue Reklameartikel der deutschen Bourgeoisie, der Schnelldampfer „Europa" des Norddeutschen Lloyd, wird gegenwärtig in den norwegischen Gewässern erprobt. Das geht natürlich nicht ohne eifriges Rühren der Reklametrommel für „deutsche Tüchtigkeit" und „deutsches Wesen", an dem immer noch „die Welt genesen" soll. In Wirklichkeit zeugen solche ungeheuren Bauten nur von den Riesenprofiten, die diese Schiffahrtslinien in der deutschen Republik einheimsen.

Die „Europa" hat am Sonntag früh 1 Uhr die 24stündige Abnahmefahrt angetreten. Um 1.47 Uhr befand sich das Schiff zwei Seemeilen nördlich von Utsire an der norwegischen Küste, 8.58 Uhr passierte es den Skroo-Leuchtturm auf Fair Island nördlich von Schottland im Abstand von einer Seemeile. Die 198,5 Seemeilen lange Strecke zwischen den beiden genannten Punkten legte die „Europa" bei frischem bis flauem östlichen Winde mit einer **Geschwindigkeit von 27,07 Seemeilen zurück.**

Der Siegeszug der Kollektive in Sowjetrußland

Agitatorischer Skilauf der Arbeiter von Jegorjewsk unter der Losung: „Durch Kollektivisierung zum Sozialismus!"

Stimmen der Werktätigen

Sowjethetze ist Trumpf!

(Arbeiterkorrespondenz)

Selb. Die Hetze gegen Sowjetrußland ist in den letzten Wochen ungeheuer gestiegen. Oertlich strengt sich besonders das „Selber Tagblatt" in der Wiedergabe gruseliger Schauermärchen über angebliche blutige Verfolgungen von Pfaffen, Kulaken (reichen Bauern) an. Der vom Papst verkündete Kreuzzug gegen das „gottlose" Rußland findet in dem hiesigen Lokalblatt einen eifrigen Verfechter. Man staunt über die Geduld, welche den Lesern zugemutet wird. In der Erfindung des blödsinnigsten Mumpitzes ist die bürgerliche Presse absolut nicht verlegen. Nur eine kleine Probe: Russische Barbaren haben Geistliche mit Wasser überschüttet und sie zu Eisstatuen erstarren lassen... Priester in ungelöschten Kalk vergraben usw...

Was bezweckt diese gemeine Verleumdungskampagne?

Nichts anderes, als die ideologische Vorbereitung breiter Bevölkerungsschichten zum Kriege gegen Sowjetrußland. Lassen wir einen Zeugen sprechen, welcher sicher nicht als Kommunist bezeichnet werden kann. Generalmajor a. D. von Schönaich, welcher längere Zeit Rußland bereiste, schreibt in einem bemerkenswerten Artikel „Droht ein Krieg?", folgendes:

... ich gebe unbedingt zu, daß alle kapitalistisch regierten Länder, und das ist außer Sowjetrußland die ganze Erde, in ihrer herrschenden Mehrheit den dringenden Wunsch haben, die Macht der russischen Sowjets zu brechen, und daß ihnen dazu jedes Mittel recht ist.

Weiter stellt Schönaich fest:

daß hinter allen derzeit amtierenden Regierungen, einschließlich der sozialdemokratischen, als wahre Herrscher große Finanz- und Wirtschaftsgruppen stehen, kann ernstlich nicht bezweifelt werden.

Jawohl, das internationale Finanzbanditentum weiß nur eine Rettung aus dem kapitalistischen Wirtschaftszerfall, ein Sechstel der Erde, Sowjetrußland wieder einzugliedern in ihren Machtbereich. Dieser Lebensfrage der kapitalistischer Gesellschaftsordnung sind die Hetzartikel in der bürgerlichen, sozialdemokratischen Presse, in Versammlungen und Konferenzen, wesensverwandt, untergeordnet.

Die örtlichen Industrie- und reaktionären Bürgerkreise als Drahtzieher einer üblen, dreckigen Rußlandhetze.

Der Vormarsch des Kommunismus läßt die bornierte, stockreaktionäre Sippe nicht mehr ruhig schlafen. Kein Ausweg mehr aus der tiefen Wirtschaftskrise; **vor einiger Wochen Massenentlassungen in der Porzellanfabrik Hutschenreuther, ständige Belegschaftsreduzierungen in den übrigen Betrieben. Neuerdings beunruhigt die Arbeiterschaft eine weitere Ankündigung einer Massenentlassung bei Hutschenreuther, Abteilung B.** Das Erwerbslosenelend wächst. In einer solchen Zeit der unsicheren Lage benötigen die Verfechter der kapitalistischen Unordnung

Ablenkungsmanöver

und greifen deshalb zur Rußlandhetze. Zu offenkundig ist die Strategie der Reaktion, als daß dies von der klassenbewußten Arbeiterschaft nicht erkannt werden dürfte.

Wer waren die Macher der letzten öffentlichen Versammlung?

Rechtsanwalt Arnds, Syndizi der Porzellanfabrik Rosenthal, Oberlehrer Lippert, Rechtsanwalt Eichinger und gleichsam als Clown dieses Zirkus durfte der Töpfermeister Schobert nicht fehlen. Diese reaktionäre Gruppe hatte sich einen „Rußlandreisenden" aus Görlitz geholt, eine

Kreatur, welche wegen Wirtschaftssabotage aus Rußland ausgewiesen wurde.

Ja, es sind gute Zeiten für Sowjethetzer. Mit diesem Geschäft ist jetzt etwas zu verdienen.

Herr Gustav Adolf, wieviel haben sie für die niederträchtigen Provokationen, welche sie sich am 13. März leisteten bekommen? Hat sich ihr Gang zum Büro des Porzellanindustriellenverbandes am 14. März vormittag gelohnt?

Auffallend und belehrend war die Regie der Versammlung. Eigentlich sollte als Versammlungsleiter der Rechtsanwalt Arnds fungieren. Aber hier wäre ja jedem Tölpel der wahre Hintergrund des Zweckes aufgefallen, nämlich daß das Unternehmertum, das Kapital, hinter der Rußlandhetze steckt. Oberlehrer Lippert lehnte ebenfalls ab und so übernahm der Rechtsanwalt Eichinger die Versammlungsleitung.

Man kann diesem Manne nur dankbar sein, daß er so rasch sein politisches Inkognito lüftete und sich als konservativ reaktionärer Feind entpuppte.

Der Verkünder der „Wahrheit" über Rußland, ein ehemaliger Deutschrusse etablierte sich als ein geriebener Lügner und Provokateur. Mit frecher Effelthascherei, in geradezu schauspielerischem Raffinement vergaßte dieser Schriftsteller aus Görlitz die unsinnigsten, blödesten Gemeinheiten.

Hungersnot in Moskau.

Man wundert sich in Anbetracht der ständigen Wiederholung dieser „Feststellung" seit Jahren, daß dort überhaupt noch Menschen am Leben sind. Auf dem Gebiete der Versorgung der Städte mit Getreide sind bereits solche große Erfolge zu verzeichnen, daß die russische Regierung einen Reservefonds von 2 Millionen Tonnen anlegen konnte.

90 Prozet der Fabriken zerstört:

elende Gemeinheit! Was ist wahr?

Ein Volk von 150 Millionen in Bewegung!

Vor wenigen Jahren noch Krieg und Bürgerkrieg, die Wirtschaftskräfte waren erlahmt. Heute wühlen Traktoren riesige Landstrecken auf, Elektrizität dringt vor, Wasserwerke, Oelleitungen von amerikanischen Ausmaß entstehen. Vier neue Metallfabriken, in ihrem Umfange **größer als die größte Deutschlands** zur Zeit im Bau. In Nischninowgorod ist eine Automobilfabrik, die größte Europas, welche jährlich 100 000 Automobile schafft, im Bau.

Sowjetrußland glüht — Deutschland erkaltet! —

In Sowjetrußland ein sicherer ständiger Aufschwung; alles Geschehen wickelt sich um die Achse des gigantischen Fünfjahrplanes ab.

Wie jämmerlich sind doch die Gestalten, die angesichts des grandiosen sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion von irgend einem geschützten Winkel aus spucken und immer wieder spucken.

Greuelmärchen über Religionsverfolgungen

Die Religionsübung in Rußland ist frei. Kein Priester irgend einer Religion wird bei Abhalten von „Gottes"diensten und „Seelsorge" bestraft. Die Angestellten der Kirche sind allerdings als nicht produktiv tätige Gesellschaftsmitglieder vom Wahlrecht ausgeschlossen. Aber auch das gibt keinen Anlaß zu ihrer Verfolgung. **Wenn allerdings Popen, Pfaffen und Rabbiner im Bunde mit sowjetfeindlichen Elementen aktiv zum Sturze des Arbeiter- und Bauernstaates zusammenarbeiten, dann schützt die proletarische Diktatur den Sowjetstaat.**

Daß die Wissenschaft der Religion überlegen ist, sie verdrängt und schlägt und infolgedessen wissenschaftlich geschulte Arbeiter die Kirchen schließen, Heiligenbilder verbrennen und die Popen boykottieren, das ist nun schon nicht gut den bösen Bolschewisten zur Last zu legen.

Die Revolution hat die strenge

Trennung von Staat und Kirche

durchgeführt. Die Kirche ist ein Privatverein. Wer hineingeht zahlt als Mitglied dieses Privatvereins seinen Beitrag. Wenn sich heute nicht genügend Gläubige finden um die zahllosen Kirchen des alten Zarenreiches mit ihren Priestern, Oberpriestern, Diakonen und Mandriten zu erhalten, so beweist das nur, daß die berühmte „Religiosität des Russen" eine Legende ist. Und wenn in Städten und Dörfern riesige Mehrheiten der Bevölkerung sind, die in ihrem Beschluß die Leerstehenden Kirchen in Schulen, Kinderheime, Klubs, Kinos, Bibliotheken und Kornspeicher verwandeln, so ist dies ein Beweis für die schnell fortschreitende Aufklärung und Hebung des Bildungsniveaus.

Sowjetrußlands Massen erkennen: die Gottheitsidee schläfert die sozialen Gefühle ein, stumpft sie ab, ersetzt Lebendes durch Totes. Die Gottheitsidee war immer schon die Idee der schlimmsten, rettungslosesten Sklaverei. Nie hat die Gottheitsidee „die Persönlichkeit mit der Gesellschaft versöhnen", aber immer band sie die unterdrückten Klassen durch den Glauben an die Göttlichkeit der Unterdrücker.

Gefängnisbarbarei:

die alten Weiber in Männerhosen bekamen Gänsehaut, als dieses Exemplar eines Gauklers persönliche Erlebnisse servierte. Wir machen unseren russischen Genossen den Vorwurf, wenn es schon stimmt, daß dieser Wirtschaftssaboteur bereits neunmal in russischen Gefängnissen inhaftiert war, daß sie nicht fester zugriffen.

Aber dessen Schauermärchen sind ja direkt aus der Luft gegriffen. Der Mann muß seinen Auftraggebern imponieren.

Wir wissen, daß das russische Gefängniswesen sich eminent von dem bürgerlichen unterscheidet. An Stelle des mittelalterlichen Racheprinzips bedeutet der sowjetrussische Humanitärismus Besserung und Erziehung.

Und wenn während den stürmischen Revolutionstagen Erscheinungen zutage getreten sind, für die letzten Endes das Blutregime des Zarismus Schuld trägt, so fragen wir,

wo sind die Mörder Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und der anderen 20 Tausend deutscher braver Arbeiter?

Man darf und soll nicht vergessen, daß die ehemaligen russischen zaristischen Blutsauger durch die siegreiche soziale Revolution geerntet haben, was sie in den Jahrhunderten der unheilvollen Unterdrückung gesät haben.

Die verschiedenen Nationalitäten in Sowjetrußland

sollen in größter Unterdrückung durch den „Zar" Stalin leben. Lassen wir gegen diese infame Lüge einen bürgerlichen Schriftsteller Arthur Feiler sprechen:

„Sowjetrußland gewährt den Nationalitäten die nationale, politische und kulturelle Autonomie. Es gibt ihnen den Stolz auf ihre Eigenart und das Bewußtsein der Freiheit. Am stärksten empfinden das heute vielleicht die Deutschen, weil gegen sie das Unterdrückungssystem des Zarismus sich während des Krieges am allerschlimmsten gesteigert hatte, so daß beim Ausbruch der Revolution das Dekret bereits ausgearbeitet war, das die Deutschen von der Wolga vollständig vertreiben und sie nach Sibirien ansiedeln sollte. Heute sind diese Wolgadeutschen dort die führende Staatsnation, und sie tun sich viel darauf zugute. Diese große Nationalitätenpolitik des Bolschewismus ist ein echtes Stück wirklicher Demokratie."

(Aus der „Frankfurter Zeitung" vom 21. Nov. 1929.)

Es hat keinen Sinn den Bandwurm gemeiner blödsinniger Verleumdungen und Provokationen, die sich dieser Beauftragte des hiesigen reaktionären Bürgertums in der öffentlichen Versammlung leistete, fortzuführen.

Man muß sich darüber klar sein, daß die bolschewistische Revolution in Rußland das einzige ganz große weltgeschichtliche Ereignis unserer Zeit ist. Die Tatsache, daß seit 12 Jahren eine kommunistische Arbeiter- und Kleinbauernregierung die Leitung eines 150-Millionen-Staates übernahm und führt, hat ein ungeheures Gewicht.

Alle Feinde Sowjetrußlands werden sich die Köpfe einrennen!

Kampf gegen die Sowjetunion — ist die Fahne aller kleinen und großen Schieber der kapitalistischen Welt, die um ihren Profit zittern.

Kampf für die Sowjetunion — ist das Banner der Werktätigen, die den Sozialismus wollen.

Die Rolle der Polizei, Gendarmerie und Schupo anläßlich der Hetzversammlung am 13. März

Sinnfällig gestaltete sich das Zusammenarbeiten der Staatsautorität mit den Drahtziehern dieser faschistischen Versammlung.

Die Macht geht vom Volke aus! —

„Ein einziger Schutzmann, Gendarm oder Schupo hat mehr Recht und Macht als die gesamte Arbeiterschaft." Für diese Feststellung hat Genosse Prell einen Prozeß wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" zudiktiert erhalten. Schon eingangs der Versammlung stellten einige Besucher die gute Harmonie der bewaffneten Macht mit den Veranstaltern fest. Einige Uniformierte hatten nichts Besseres zu tun, als die Macher der Rußlandhetze zu informieren, daß die Kommunisten keinen Diskussionsredner da hätten und **Prell wegen Redeverbot ja nicht sprechen könne.**

Eine nette Liebedienerei!

Sonst entschuldigen sich die Herren, daß ihr Dienst „unparteiisch" sei, und daß es ihr Brot, und dazu ein sehr schlecht bezahltes, ist. Trotzdem Polizeibeamte die krassen Gehaltsdifferenzen ihrer Besoldungsstufe gegenüber den höheren Beamten empfindsam spüren, zeigen diese in ihrer Einstellung zur Arbeiterschaft reaktionären Zynismus. Wir wollen hier gar kein Urteil eines Arbeiters zitieren, sondern führen die Bemerkung eines Geschäftsmannes an. Derselbe äußerte: **„wenn ein Kommunist so gesprochen hätte, in einer derart aufpeitschenden, provozierenden Weise, hätte man ihn von der Bühne geholt."** — Aber was war der Fall. **Die Augen der** Ordnungshüter rollten ständig im Saal herum und suchten die Zwischenrufer. Besonders hatten sie es auf bekannte Genossen abgesehen. Sie wollten einmal ihr Mütchen kühlen. Der

Stadtkommissar von Selb

leitete persönlich die Aktion. Man wurde das Gefühl nicht los, daß erst durch den starken polizeilichen Schutz, **mit der Schupo waren es 50 Polizeibeamte,** der beauftragte Redner der reaktionären Clique aufgemuntert wurde, seine Tiraden in unerhört frecher aufreizender Weise loszulassen.

Die Erregung bei den zahlreich erschienenen Arbeitern war groß und wurde besonders durch den Aufruf „an das Bürgertum", doch endlich den russischen Machthabern Paroli zu bieten, bis aufs Aeußerste herausgefordert.

Die Polizeiwillkür greift ein.

Genosse Prell wurde aus der Versammlung weg verhaftet. Ein großer Teil der Versammlungsbesucher verließ den Saal und forderte Freilassung des Genossen Prell. Die Genossen Ainesch, Müller und Winderlich, welche im Auftrage der erregten Arbeiter die Freilassung forderten, wurden von der Rathaustreppe brutal zurückgestoßen. Schupo räumte mit Gummiknüppel die Straße.

Ein Beispiel mehr über die Demokratie.

Gleichzeitig offenbart sich aber auch die Rolle der Lokalzeitung. In tendenziöser Weise entstellt ein Bericht den Verlauf der Versammlung. Es ist auch selbstverständlich, daß eine bürgerliche Presse nichts gemein haben kann mit der Auffassung der Arbeiterschaft.

Aber wir werfen wiederholt die Frage auf: würde man einem Arbeiter etwas anbieten, das als Gift seinen Körper ruinieren würde, so würde er ablehnen. Aber weil das bürgerliche Pressegift nicht die Wirkung eines organischen Giftes hat, so verdaut der Arbeiter das ideologische bürgerliche Gift und bezahlt für die tägliche Verhöhnung.

Es gibt nur eines: Hinaus mit allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Schmierblättern. **Lest die „Neue Zeitung, Ausgabe A. Verteidigt durch euren Beitritt die Kommunistische Partei!**

Wer sind die Schuldigen von Stadeln?

(Arbeiterkorrespondenz.)

Fürth: Das Explosionsunglück ist noch in aller frischer in Erinnerung. Neun Arbeiterinnen wurden verletzt, zum Teil auf Lebensdauer verstümmelt. Ueber die Schuldfrage konnte man offiziell noch nichts erfahren, aber eine Pressenotiz berichtete der Oeffentlichkeit davon, daß die Aufsichtsbehörde dem Rüstungsbetrieb in Stadeln einen Besuch abgestattet hat. Allenfalls im Zusammenhang mit dem kurz vorher erfolgten Unglück. Nun erwähnt sonderbarerweise diese Pressenotiz der Aufsichtsbehörde, die als Bericht einer stattgefundenen Inspektion anzusehen ist, mit keinem Wort das Explosionsunglück oder dessen Ursachen. Vielmehr hebt diese Pressenotiz hervor, daß sich der Aufsichtsbeamte der Regierung sehr anerkennend über die hygienischen und Wohlfahrtseinrichtungen des Betriebes ausgesprochen hat.

Also ihr Todeskandidaten der RWS., nun wißt ihr, woran ihr seid. Eure Antreiber dürfen in Zukunft wieder von euch verlangen, daß ihr die hochexplosive Leuseucheux-Munition zu hohen Stapeln auf den Arbeitstisch aufschüttet. Arbeiterknochen sind ja billig und gleich zu haben. Ebenso darf weiter wie bisher auch der abgehalfterte Schupowachtmeister, der in der Presse Aufseher spielt, die Arbeiterinnen, wenn sie beim Füllen, der gefährlichsten Arbeit, sind, über die Schulter anschreien. Ist dann das Unglück fertig, dann wird man hier ebenso rasch und intensiv wie an der jüngsten Unfallstelle die Spuren der Verheerung beseitigen. Wurde doch noch am gleichen Abend gründlich aufgeräumt, ja sogar die Glasdächer dieselbe Nacht neu eingedeckt und deswegen war wohl auch alles in schönster Ordnung, als der Vertreter der Gewerbeaufsicht an die Unfallstelle kam. Die Riesenprofite des IG. Farbenkonzerns, unter der Kontrolle die RWS. steht, verlangen weiterhin verschärfte Ausbeutung. Der Fabrikarbeiterverband ist Aktionär dieser Gesellschaft, deswegen unfähig, hier wirklich Abhilfe zu schaffen. **Die Stadelner Belegschaft der RWS. aber muß sich aufraffen und Front gegen alle Unterdrücker und ihre Helfershelfer. Die Führer in diesem Kampf schafft auch die Belegschaft durch die Wahl revolutionärer Vertrauensleute und roter Betriebsräte.**

AK. 2710.

Südbayern

Jeder Jungkommunist ein Massenfunktionär

Die 14. Bezirkskonferenz des KJVD., Bezirk Südbayern, für beschleunigten Kurs auf die Eroberung der Mehrheit der arbeitenden Jugend. — „Jeder Betrieb unsere Burg!"

München. Am Samstag, den 15. und Sonntag, den 16. März 1930 tagte in München die Bezirkskonferenz des KJVD. Südbayern, die im Zeichen der schärfsten Selbstkritik und der intensivsten Arbeit zur Konferenz der Wendung geworden ist. 46 Delegierte und eine große Anzahl von Gästen verfolgten gespannt den Verlauf der arbeitsreichen Tagung. Zum ersten Punkt sprach Genosse Götz über die politische Lage. Er kennzeichnete Wesen und Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die krampfhaften Bemühungen der internationalen Bourgeoisie, sie abzuwehren, den Kurs der Sozialdemokratie in der Front der Bourgeoisie zum Sozialfaschismus, den Youngplan und seine Auswirkungen für die Arbeiterklasse, die verschärfte Kriegsgefahr in Verbindung mit der Papsthetze und stellte demgegenüber die wachsende Radikalisierung der Arbeiterschaft und die sich für uns hieraus ergebenden Konsequenzen fest. Der Kampf gegen Bourgeoisie und Sozialfaschismus könne nur erfolgreich sein, wenn er seine Wurzeln in den Betrieben hat. Alle Kraft gilt es anzuwenden, um das Wort unseres größten Führers zu erfüllen und damit den Sieg zu sichern: Jeder Betrieb unsere Burg! (Lenin.)

An die ausgezeichneten Ausführungen des Genossen Götz schloß sich das Referat des ZK.-Vertreters über unsere nächsten Aufgaben. Der Genosse betonte, daß die Bezirkskonferenz, wie überhaupt der gesamte deutsche Jugendverband, im Zeichen schärfster Selbstkritik, sich der endlichen Wendung zur Massenarbeit und der Durchführung der Beschlüsse klar werden müsse, und daß der rücksichtslose Kurs auf die Betriebe, vor allem auch in Südbayern, die primäre Aufgabe des Verbandes sei. Er lewies an Hand von glänzenden Beispielen — Lodz, Ruhrgebiet, Hamburg, Berlin — daß die Rolle der arbeitenden Jugend nicht nur in der Produktion, sondern auch im Klassenkampf entscheidend sowohl in Verbindung mit der erwachsenen Arbeiterschaft, als auch als alleiniger Kampffaktor gestiegen ist, was die Jugendstreiks in der letzten Zeit beweisen.

Bereits vor 1½ Jahren hat sich der 5. Weltkongreß der KJI. mit der Wendung zur Massenarbeit befaßt und bis heute — das muß in rücksichtsloser Selbstkritik festgestellt werden — ist an diesem wichtigsten Problem der internationalen kommunistischen Jugendpolitik nur herumgedoktert worden. Während die Linken innerhalb des Verbandes sich wohl hinter die Beschlüsse stellen, jedoch dieselben nicht praktisch durchführen, sondern in radikalem Phrasentum aufgehen, lehnen die rechten Strömungen innerhalb der Organisation trotz der offensichtlichen Radikalisierung und Kampfentschlossenheit der werktätigen Jugend die Organisierung von Wirtschaftskämpfen teilweise ganz ab, teilweise jedoch weichen sie vor den Methoden des Klassenfeindes und des Sozialfaschismus zurück. Der Referent zeichnete klar und durch Beispiele veranschaulicht den Weg unserer Arbeit in den Betrieben, Berufsschulen, Sport- und Kulturorganisationen, auf dem flachen Lande, gegen den Krieg und schloß mit dem Appell: **Jeder Jungkommunist ein Massenagitator, Massenpropagandist und Massenorganisator! Heran an die Massen der arbeitenden Jugend!**

Anschließend an das Referat wurde die Wahl von 5 Arbeitskommissionsleitern vorgenommen. Sämtliche Delegierte mußten an diesen Kommissionen mitarbeiten.

Sonntag vormittag von 9—10 Uhr besprachen sich die Kommissionsleiter. Um 10 Uhr tagte wieder das Plenum der Konferenz, das in sehr ausgiebiger Form zu den beiden Referaten Stellung nahm. Ein Diskussionsredner wies auf die Kampagne des Kultusministeriums gegen die Schularbeit der revolutionären Arbeiterkinder hin. Ein anderer auf die Notwendigkeit verstärkter Mitarbeit an der Presse und Pressewerbung, ein Jungbetriebsarbeiter kritisierte die schlechte Unterstützung der Betriebszellenarbeit von außen, ein junger Bergarbeiter aus dem oberbayerischen Bergbaugebiet sprach über den Kampf der jungen Bayernkumpel gegen Unternehmertum und Sozialfaschismus, mehrere Diskussionsredner bemängelten die Arbeit der BL. und der Sturmbrigaden. Insgesamt beteiligten sich an der Diskussion, die durch eine einstündige Sitzung der 5 Kommissionen und die Mittagspause unterbrochen wurde, 27 Delegierte aus allen Zellen und Ortsgruppen. Die Diskussion dauerte insgesamt 5½ Stunden. Kurz vor Beendigung der Aussprache wurde unter Bezugnahme auf die Papsthetze die besondere Notwendigkeit der Einreihung des Jugendverbandes in die proletarische Freidenkerfront betont.

In seinem Schlußwort faßte der Genosse vom ZK. alle die aufgeworfenen Fragen zusammen, bemängelte an der Diskussion, daß die Frage der rechten und linken Abweichungen zu wenig aufgerollt wurde, und daß die Arbeit des Bezirks an der ungenügenden Konkretisierung der Aufgaben gelitten habe. Bei objektiver Betrachtung habe der Bezirk Südbayern als Organisation des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und Mitglied der KJ. die vom 5. Weltkongreß und der deutschen Plenarzentrale gefaßten Beschlüsse keineswegs in die Tat umgesetzt. Die aus der gegenwärtigen Lage des Bezirks und der politischen Lage der Arbeiterjugend sich ergebenden Aufgaben seien in erster Linie die Diskussion der Bezirkskonferenz und des Offenen Briefes in allen Zellen, die Einsetzung einer breiten Massenschulung zum 1. Mai und allen Kampagnen und die rücksichtslose bolschewistische Durchführung der Beschlüsse. Kurs auf die Betriebe zum unerbittlichen Kampf um die Eroberung der Mehrheit der arbeitenden Jugend.

Um die der Konferenz vorgelegte streng selbstkritische Resolution entspann sich eine ausgiebige Debatte, da dieselbe nach Ansicht einiger Delegierter zu wenig die positiven Ergebnisse unserer Arbeit aufzeigte. Ueber diese Meinungsverschiedenheit herrschte bald Einigkeit, indem mit allen gegen 2 Stimmen und 2 Enthaltungen die Resolution angenommen und einer eigens gewählten Subkommission zur Fertigstellung unter Berücksichtigung der positiven Ergebnisse übergeben wurde.

Nach Entgegennahme des Berichts der Kommissionen, und der **Neuwahl der BL.** wurde die äußerst arbeitsreiche Bezirkskonferenz des KJVD. Südbayern Sonntag abends gegen 7 Uhr mit dem Gesang der Internationale geschlossen.

Genossen! Die Hauptfrage der Konferenz war die **Wendung zur Massenarbeit.** Die Berichte der einzelnen Delegierten haben gezeigt, daß auch in Südbayern die Grundlagen für die Entwicklung des KJVD. zur Massenorganisation gegeben sind. Der Klassenfeind kämpft mit Hilfe des Staatsapparates und des Sozialfaschismus brutaler denn je gegen uns! Heran an die Massen der arbeitenden Jugend, das muß die Antwort an den Klassenfeind sein, das ist die Konsequenz der Bezirkskonferenz und das ist im internationalen Maßstab der Sieg. C.

Aus dem Gerichtssaal

Mord oder Totschlag?

1.

Kurze Zeit vor Weihnachten vorigen Jahres wurde in einer Wiese in der Nähe der Hofmannstraße die Leiche eines jungen Mädchens, der Berta Weinmann, gefunden, die ungeheuerliche Verletzungen durch Beilhiebe am Kopfe aufwies. Die Aufregung in der Stadt war groß. Die Polizei trat in Aktion. Erst durch die Mitwirkung der Oeffentlichkeit gelang es daher, des Täters habhaft zu werden. — So steht der 22 Jahre alte Elektromonteur, Peter Kräutler, vor den Schranken des Schwurgerichtes. Ein blonder, mittelgroßer Mensch, der keinen ungünstigen Eindruck macht, nimmt mittelgroßer Mensch, der keinen ungünstigen Eindruck macht, nimmt, flankiert von zwei pickelhaubenbewehrten Schutzleuten, auf der Anklagebank Platz.

Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Bertram, als Staatsanwalt fungiert Herr Kastner, die Verteidigung hat Rechtsanwalt Strauß übernommen. Als Sachverständiger ist der Vorstand des gerichtlich-medizinischen Instituts geladen. Daneben soll eine größere Anzahl von Zeugen erscheinen.

Die Anklage lautet auf Raubmord. Der Staatsanwalt nimmt an, daß die Tötung der Berta Weinmann von Kräutler mit Ueberlegung ausgeführt worden sei, um sich in den Besitz der zwei oder vier Mark zu setzen, die sie höchstenfalls und vielleicht bei sich gehabt haben kann. Ob der Anklagebehörde diese Beweisführung gelingt, davon wird das Ausmaß der Strafe abhängen.

2.

Der Saal ist voll besetzt. Sonderbarerweise mit sehr vielen Frauen. Sie gehen mit Pelzmänteln und geschminkten Lippen in den Saal, so wie man ins Kino oder ins Theater geht. Dem Alter nach steht die Mehrzahl dieser Damen auf jener Lebensstufe, wo man aufhört von der zweiten Blute zu sprechen und einen angenehmen Nervenkitzel, wie es die eventuelle Verkündung eines Todesurteils ist, als Ersatz für andere, nicht mehr gegebene Möglichkeiten mit wollüstigem Schauer dankbarst empfindet. Leider mußten diese Damen den Saal verlassen, als die Oeffentlichkeit während der Vernehmung eines Zeugen ausgeschlossen wurde. — Auch ein Bild der bürgerlichen Kultur! Man muß einmal einen Raubmörder gesehen haben, und es ist vielleicht sogar eine soziale Tat, wenn man an einem langweiligen Vormittag einmal in dieses Milieu „heruntersteigt". „Haben Sie Faust gesehen, Gnädigste?" — „Och nee, ik habe Kräutler anjeguckt." —

(Fortsetzung folgt.)

Saalabtreibermethoden der Ettstraße

Von der Arbeiter-Tribüne München wird uns geschrieben:

Die Arbeiter-Tribüne meldete als 29. Bezirk des Arbeiter-Theater-Bundes zum 8. März ds. Js. eine **Theater-Aufführung** im großen Saale des Kreuzbräu an, an welchem Abend die Uraufführung der altrussischen Komödie „Die Brüder Taimaroff" und eine Zweitaufführung von „Die Staatstretter vom Krähwinkel" stattfinden sollte. Einige Tage vor der Aufführung wurde diese jedoch vom Polizeipräsidium unter nachstehender Begründung verboten:

1. Die von Ludwig Seiß, hier, Adlzreiterstr. 13/3 Rgb. für den Deutschen Arbeiter-Theaterbund Bezirk 29 nachgesuchte Erlaubnis zur Veranstaltung einer öffentlicher Theateraufführung am Samstag, den 8. März lfd. Jahres in Kreuzbräu Saal Nr. 1) Brunnstraße 7 wird versagt.

2. Gebühren bleiben außer Ansatz.

Gründe:

Die früheren Aufführungen des Deutschen Arbeiter-Theaterbundes hatten einen stark **revolutionären und aufreizenden Inhalt** und dienten offen der **kommunistischen** Propaganda. Das gleiche Ziel verfolgt die für den 8. März lfd. Jahres vorgesehene Aufführung der Stücke „Die Brüder Taimaroffs" und „Die Staatsretter von Krähwinkel".

Aus Gründen der öffentlichen Ordnung mußte daher die nachgesuchte Erlaubnis für diese Vorstellung verweigert werden.

Für die im öffentlichen Interesse getroffene Verfügung war eine Gebühr nach Art. 3 Ziffer 1 des Kostengesetzes nicht zu erheben."

Abgesehen davon, daß eine gesetzliche Bestimmung aus dem Jahre 1872 in Anwendung gebracht wird, ist es schon eine bodenlose Dreistigkeit, **von einem Repertoire, das der Polizei gar nicht bekannt ist, zu behaupten, es hätte eine „staatsgefährende" Tendenz.** Diesen Beweis „mimosenhaften Ahnungsvermögens", den uns die Polizei schon vor dem oppositionellen Gewerkschaftskongreß schriftlich zugestellt hatte, hätte sie auch am 9. März antreten sollen, um nicht hinterher mit dummen Geschichten dazustehen und zu erfahren, daß der Kongreß trotzdem stattgefunden habe. Hier hätte die hellseherische Kunst des Theaterreferenten sicherlich die Blamage der Polizei verhüten können.

Nachdem uns das lächerliche Verbot zugestellt war, beschlossen wir, eine geschlossene Veranstaltung am 16. März durchzuführen. **Nun kam plötzlich der Bescheid vom Saalinhaber, daß er unsere Vormerkung streichen muß, da die Polizei wegen unserer Veranstaltung Schwierigkeiten mache.** Ein Kriminalbeamter hatte, ohne daß wir von der Polizei eine Mitteilung darüber erhalten hatte, daß die geschlossene Veranstaltung ebenfalls verboten wäre, kurzerhand **den Saal abgetrieben.** Diese eigenwillige Verfügung über das von uns gemietete Lokal ist selbstverständlich eine unbefugte Handlung des Polizeiorgans, da nach dem BGB. nur die beiden Vertragsteile d. i. der Saalinhaber als Vermieter und wir als Mieter Befugnisse in dieser Hinsicht haben. Wir beauftragten zwei Genossen, diesem Unfug nachzugehen und bei der Polizeidirektion gegen derartige Machinationen Protest einzulegen. In der Ettstraße wurde unseren Genossen der lakonische Bescheid:

Weil die erste Veranstaltung verboten wurde, war die zweite (geschlossene) ebenfalls zu verbieten.

Unsere Genossen forderten jedoch das Aufführungsrecht für eine nach den gültigen Bestimmungen ordnungsgemäß bestehende Organisation, selbst wenn die Propaganda die revolutionäre Tendenz der KPD. habe, da nach der Weimarer Verfassung einer legalen Partei Propagandafreiheit gewährleistet wäre. Auf den Vorhalt des Genossen Dietlinger, daß die Polizei anläßlich der Weihnachtsaufführung des J. B. ausdrücklich schriftlich erklärte, daß **für ein Spielverbot der Tribüne gegenüber keine gesetzlichen Handhaben** existieren, erwiderte der Beamte: „Das war im Dezember, heute haben wir eine andere Situation in einem Jahr vielleicht ist die Lage so verändert, daß Sie wieder spielen können." Genosse D. ließ dem Beamten keinen Zweifel darüber, **daß in einem Jahr die Situation derart verändert sein wird, daß die Tribüne auch ohne die Genehmigung der Ettstraße spielen wird.**

Die Arbeiter-Tribüne ist sich ihrer Pflichten im Kampfe gegen Kulturreaktion und Polizeiterror im vollen Umfange bewußt. Um der Ettstraße zu beweisen, daß wir uns durch derartige Schikanen die Freude am Kulturkampf nicht nehmen lassen, hat der sofort zusammengetretene Ausschuß einstimmig beschlossen, daß

als Protestaktion gegen das Verbot, 10 Indifferente zum Austritt aus der Kirche und zum Eintritt in den Verband proletarischer Freidenker geworben werden.

Beim nächsten Verbot werden es zwanzig. Auf welche Art und Weise wir der Reaktion zu Leibe rücken, ist Nebensache; Hauptsache: Der Effekt ist derselbe und das Verbot ist für die Katze.

Aus der Partei

Stadtteil Nord.

Dienstag, den 18. März, Elementarkurs. „Leninismus". Gasthaus zur Alpe, Schellingstr. Beginn punkt ½8 Uhr

KPD. Augsburg.

Morgen Mittwoch, den 19. März (Feiertag), nachmittags 3 Uhr im Elysium Mitgliederversammlung. Erscheinen Pflicht! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Vereinskalender

Verband proletarischer Freidenker mit Feuerbestattung

Am Dienstag, 18. März, abends 8 Uhr im Gasthaus Pesenbach, Baldestraße 3 wichtige Ortsleitungssitzung. Da außerordentlich wichtige Fragen, **Bericht über die Berliner Konferenz vom letzten Sonntag** behandelt werden, ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht. Jeder Bezirk hat eventuelle Aenderungen und Ergänzungen inbezug auf **Kirchenaustrittskampagne** genauestens zu berichten.

Bestattungen in München am 19. März 1930.

Ostfriedhof. Hugo Josef, Rittmeister a. D., 70 J., 3 Uhr; Dimpfl Anna, Zimmermeisterstochter, 85 J., 1½ Uhr; Mauerstetter Johann, Metzger, 42 J., 2½ Uhr; Meister Elise, Formersgattin, 64 J., 2 Uhr; Ludwig Wilhelmine, 11 Mt., 2 Uhr; Würmer Maria, Schreinermeistersgattin, 42 J., 2½ Uhr; Allwang Siegfried, 3 Mt., 1¾ Uhr; Bayer Marie, Zugeherin, 44 J., 1½ U.

Westfriedhof. Wiederer Edelme, Metallschleiferskind, 1½ Mt., 1¾ U.; Saller Therese, Postassistensgattin, 53J., 2½ Uhr; Vogt Karl, Maler, 80 J., 2¾ Uhr; Heidingsfelder Georg, Kraftwagenführerskind, 5 Mt., 2¾ Uhr; Ruprecht Karl, Lohnbuchhalter, 50 J., 3¼ Uhr; Linke-Zimler Magdalena, Ingenieurswitwe, 78 J., 2 Uhr.

Nordfriedhof. Schmidt Franziska, Ehe[illegible]r., 31 J., 3 Uhr; Schmid Josef, Ehemigrapb, 23 J., 3½ U.; Schöppler [illegible], Kontorist, 72 J., 2½ U.

Waldfriedhof. Dickl Therese, Taglöhnersgattin, 48 J., 2 Uhr; Lommer Liselotte, 3 Mt., 1½ Uhr; Rappl Benno Lagerist, 32 J., 2½ Uhr; [illegible] mann Johann, Hilfsarbeiterskind, 4 Mt., 1¾ Uhr.

Spielplan der Münchener Theater.

Dienstag, den 18. März.

Prinzregenten-Theate[illegible] „Einen Jux will er sich machen". 7½ Uhr.
National-Theater. „Schwanda, der Dudelsackpfeifer". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. „Der Raub der Sabinerinnen". 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Das Kamel geht durch das Nadelöhr." 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Der Dickschädel (Ein Prachtmädl)". 8 Uhr.
Münchner Volkstheater. „Hulla di Bulla". 8 Uhr.

Des gesetzlichen Feiertages wegen erscheint am Mittwoch keine Zeitung. Die nächste Ausgabe unseres Blattes erscheint am Donnerstag zur gewohnten Stunde. Der Verlag.

Prinzregenten-Theater: „Peer Gynt"

Ein dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen.

Die Hauptfigur dieses überlangen Schauspiels ist, wenn man will, ein Uebermensch, einer jener Egoisten vergrößerten Formats, wie sie die Zeit um die Jahrhundertwende mit ihren imperialistischen Instinkten zu züchten versuchte, um sie, mit einem tragischen Mäntelchen behängt, den Dummen als bestes Produkt der Welt vorzusetzen. Daß ein großer Mann wie Ibsen sich mit einem solchen Stoffe befaßte, hebt die uns sonst gleichgültige Angelegenheit in das Gebiet der kunstvollen Auseinandersetzung mit Zeitproblemen, ein Zeichen, wie stark der Ichmensch das bürgerliche Denken beeindruckt hat.

Betrachten wir „Peer Gynt" vom Standpunkt des dialektischen Materialismus. In den ersten drei Aufzügen läßt der Idealist Ibsen seinen Psychopathen Peer Gynt die rauhe Wirklichkeit fliehen, schickt ihn in das überirdische Reich des Bergkönigs, um ihn nach gehöriger Läuterung wieder auf den Erdboden zu seiner sterbenden Mutter zurückzuführen. Holl hat das so gut idealistisch inszeniert. Bekanntlich war Ibsen aber auch durch die materialistische Philosophie Ludwig Feuerbachs beeinflußt und man könnte diesen ersten Teil auch als Bedingtheit des Geistigen durch das Materielle darstellen, mindestens aber besser hervorbringen, als das die Inszenierung Holls machte. Daß Ibsen mehr Materialist war, als in der Inszenierung Holls, geht sehr deutlich aus dem 4. Aufzug hervor. In glänzendem Sarkasmus läßt Ibsen Peer Gynt um die Vernichtung seiner materiellen Konkurrenten zu Gott flehen:

„. . . Du hast wohl die Negerplantagen vergessen,
Die Missionäre, die ich persönlich
Ausgestattet mit Delikatessen!
Eine Liebe ist doch der anderen wert! . . ."

„Gelobt sei der Zufall". — Dieser Materialismus ebbt sowohl im Gedicht — wohl daher, weil die materialistische Weltanschauung noch in den Kinderschuhen steckte und die Erziehung Ibsens auf diesen idealistischen Vorurteilen basierte — als auch in der Inszenierung ab.

Sich selbst genug sein, hier: nur sich selbst gelten lassen, das ist höchste Lebensweisheit dieses Bauernburschen, dessen übergroße Phantasie sich nicht, wie beim Künstler, in Arbeiten entladen kann. So verwebselt Peer bald Sein und Vorstellung. Ein Weib mit dreckigen Lumpen wird ihm eine Prinzessin, das sogenannte Gewissen wird einmal ein „Krummer", dann ein „fremder Passagier", ein „Knopfgießer" und andere wirkliche Personen. Neben diesem dramatisch fixierten Gewissen führt er aber, wie die meisten Egoisten, ein geschäfts- und liebereiches Leben, handelt mit ägerisklaven und Pfaffen und führt sich ein nettes Mädchen nach dem anderen zu genießerischem Gemüte. Als schließlich das klapprige Alter naht, fährt er heim und stirbt selig in den Armen der reinen Jungfrau, die geduldig auf ihn gewartet hat.

Ibsen hat diesen ganz objektiv fesselnden Charakter eigentlich nicht für die Bühne gezeichnet. Lose aneinandergereihte Szenen schaffen, rapid wechselnd, dem Publikum das Vergnügen theatralischer Abwechslung, dem Regisseur aber Kopfschmerzen. Es bleibt als letztes Mittel: Streichen! Das wurde in der Inszenierung des Prinzregententheaters ohne allzu sadistische Morde besorgt. Die phantastische Gedankenwelt ganz lebendig werden zu lassen, wird nur einem Institut gelingen, das mehr Vorbereitungsbetrieb besitzt als die Staatstheater. Im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten taten Spieler, Regie, Maler und Musik, was in ihren Kräften stand. Ernst Martens wuchs in den letzten Akten zu einem packenden, dramatischen Peer Gynt; aus der großen Zahl der Uebrigen fielen auf: Die Mutter der Frau Hohorst, die Wanderbogelfigur Solbeig der Annemarie Holtz und der alte Bergkönig Armand Zäpfels. Alles übrige war da und spielte Theater mit menschlichen Anwandlungen. Die sehr stimmungsvolle Begleitmusik von Grieg schien mir nicht allzu oft durchgeprobt und das ist immer ein Risiko, wo heute jede Klaviergans in ihr Bescheid weiß. Im ganzen stand die Aufführung unter der Regie Fritz Holls über dem Durchschnitt der üblichen Staatsinszenierungen und das Publikum war begeistert. Herrn Holl möchten wir empfehlen, die Solbeig im zweiten Aufzug als „Elkhaserl" nicht mehr in Hausschuhen, sondern in ganzen Stiefeln auf die Bühne zu schicken.

G. F. u. C.

Verantwortlich für Politik A. Wicker, Stuttgart; für lokalen Teil E. Böhm, München; für Inserate G. Epple, München.

Die Hungerkatastrophe der 20 Millionen

Weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit — Verschärfung der kapitalistischen Krisenlage

Neue Aera verschärften Klassenkrieges

„Durch! Je gründlicher und rascher sich jetzt die Entwicklung vollzieht, desto besser am Ende für uns alle, so können die Arbeiter die Losung der Rationalisierung aufnehmen. Sie haben seit Jahren auf die Rationalisierung gedrängt."

Das war die Losung der reformistischen Gewerkschaftsführer vor vier Jahren, als im Verlauf der Wirtschaftskrise 1925/26 über drei Millionen Arbeiter in Deutschland arbeitslos wurden. Die Reformisten wurden die eifrigsten Verfechter der kapitalistischen Rationalisierung.

Es wurde dann auch rationalisiert, die Leistung des einzelnen Arbeiters und die Gesamtproduktion gesteigert.

Hunderttausende von Arbeitern wurden in dieser Rationalisierungsperiode für die Kapitalisten erneut überflüssig. Sie fanden nicht in einer Hochkonjunktur, wie sie von der Sozialdemokratie prophezeit wurde, neue Beschäftigung, sondern es wurden weitere Millionen arbeitslos. Das gilt im internationalen Maßstabe.

So sind gegenwärtig in der ganzen kapitalistischen Welt

über 20 Millionen Arbeiter ohne Arbeit,

davon allein über 5½ Millionen einschl. Kurzarbeiter in Deutschland und etwa 6 Millionen in Amerika. Der Dollarimperialismus, der „gefestigste" Kapitalismus der Welt, scheint mit dem International faulsten und morschesten in Wettbewerb getreten zu sein, wer den Weltrekord der Arbeitslosigkeit erreicht. Der deutsche Young-Imperialismus hat alle Chancen, hierbei Sieger über die Vereinigten Staaten zu werden.

Lawinenartig ist in den letzten Monaten das Heer der Arbeitslosen angeschwollen. Die jetzige Arbeitslosigkeit schlägt alle Rekorde der Vergangenheit. Sogar die gewaltige Arbeitslosigkeit während der Krise von 1924/25 und 1925/26, die die Periode der „relativen Stabilisierung" eröffnete, wies eine geringere Arbeitslosigkeit als gegenwärtig auf.

Der Sozialismus im Spiegel der Arbeitslosigkeit

Zwar waren im Januar 1924 26,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder voll arbeitslos gegenüber „nur" 23,4 im Januar 1930. Aber in der gleichen Zeit ist die Andrangsziffer auf den Arbeitsnachweisen von 650 auf 920 gestiegen. Sie gibt das wirkliche Spiegelbild der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und beweist gleichzeitig, daß infolge der sozialfaschistischen Entwicklung der Gewerkschaften vielfach sozialdemokratische Arbeiter von den Unternehmern bevorzugt werden, während die Arbeitslosen zum größeren Teil zu den „Unorganisierten" gehören. Die Andrangsziffer auf den Arbeitsnachweisen war im Januar 1930 um 16 Prozent größer als im Januar 1926, die Arbeitslosigkeit innerhalb der Gewerkschaften dagegen um 1,6 Prozent geringer.

Kein Arbeiter kann sich den Folgen der neuen Arbeitslosigkeit entziehen. Millionen, die im Vertrauen auf die reformistischen Phrasen glaubten, durch tägliche Hetzarbeit im Betrieb wenigstens das Notwendigste zur Füllung des Magens sich gesichert zu haben, und die sich an ihrer Arbeitsstelle krampfhaft festzuhalten versuchten, sind auf das Straßenpflaster geflogen. Ihnen werden Millionen andere folgen und das Heer der Arbeitslosen, von dem Teile aus saisonmäßigen Gründen vorübergehend wieder Beschäftigung finden können, immer wieder auffüllen.

So zieht für die gesamte Arbeiterschaft eine Elendswelle herauf, wie sie in den schlimmsten Zeiten früherer Wirtschaftskrisen nie zu verzeichnen war.

Jeder Arbeiter muß sich die Frage stellen

Warum die Arbeitslosigkeit?

Bürgerliche und reformistische Theoretiker versuchen die neue Massenarbeitslosigkeit als eine unabhängig von der Klassenherrschaft hereinbrechende Naturerscheinung hinzustellen. Gar zu gern möchten die Verteidiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems die neue Massenarbeitslosigkeit nur als eine Saisonerscheinung oder gar als eine Folge des natürlichen Bevölkerungszuwachses hinstellen. Als wenn es in Deutschland an sich nicht mehr als genügend Arbeitsplätze und Produktionsmöglichkeiten gäbe, von denen über 5 Millionen Arbeiter vertrieben wurden. Deswegen die neue Arbeitslosigkeit, obwohl nicht, wie in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, Hunderttausende und Millionen „vogelfreier Proletarier" vom Lande in die Stadt strömen, wodurch sich die im Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern in der Sowjetunion geringe Arbeitslosigkeit erklärt

Sogar das amtliche Institut für Konjunkturforschung muß in seinen neuen Vierteljahrsheften zugeben, daß die saisonmäßige Arbeitslosigkeit außerordentlich gering ist:

„Kennzeichnend für die krisenhafte Zuspitzung der Arbeitsmarktlage ist es, daß das starke Anschwellen der Arbeitslosigkeit durch einen Beschäftigungsrückgang in allen Wirtschaftszweigen bedingt ist."

Ist doch in fast sämtlichen Industriezweigen die Produktion wegen verschärften Absatzmangels eingeschränkt worden. Der Gesamtindex des IfK. weist einen Rückgang um 13 Prozent in der Zeit von Juni 1929 bis Dezember 1929 auf. In der Auto-Industrie werden nur noch 45 Prozent der Produktionskapazität, in der Baustoffindustrie noch keine 40 Prozent der Produktionskapazität ausgenutzt.

Die absoluten Produktionszahlen zeigen ebenso wie der Preisindex den wirklichen Umfang der Krise im Monopolkapitalismus, nur in stark abgeschwächtem Maße, im Gegensatz zu der Arbeitslosigkeit, die viel sprunghafter auf Grund der Abwälzung der Krisenlasten seitens des Monopolkapitals anwächst.

Die Prophezeiung der Sozialfaschisten und Opportunisten aller Schattierungen, daß im Zeichen der gelungenen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft und der wirtschaftlichen Depression des Vorjahres ein neuer Konjunkturaufschwung folgen werde, hat sich als Schwindel entlarvt. Welches sind

die Ursachen der Krise,

deren wichtigstes Merkmal die Massenarbeitslosigkeit ist?

Während der Rationalisierungskonjunktur der vergangenen Jahre sind zahlreiche und zum Teil gewaltige Produktionsanlagen neu geschaffen, erweitert und verbessert worden. Dazu gaben die günstigen Ausbeutungsverhältnisse, die erst durch die Rationalisierung für das Kapital sprunghaft verbessert wurden, Anlaß. Dazu zwangen die Konkurrenzverhältnisse. Die erhöhte Profitrate in zahlreichen Monopolindustrien, insbesondere in der Schwerindustrie, veranlaßte zahlreiche Industriemagnaten zur Errichtung neuer Werke, um Ansprüche auf höhere Quoten sich erkämpfen zu können. Ueber 13 Milliarden Mark Auslandskapital wurden aufgenommen, um im Interesse der Besserung der internationalen Konkurrenzstellung beschleunigt Kapital akkumulieren zu können. Ausdrücklich muß das Konjunkturforschungsinstitut feststellen: „Dieser Rationalisierungsdrang besteht heute nicht mehr im gleichen Maß. **Der technische Vorsprung des Auslandes ist weitgehend eingeholt.**"

Gerade jene erweiterte Kapitalsakkumulation hat aber die Verwertungsbedingungen für das Kapital erneut jäh verschlechtert.

Der Inlandsmarkt hat mit der Fertigstellung der neuen Anlagen abgenommen, die Produktionskapazität ist gestiegen und der Konkurrenzkampf hat sich verschärft.

Gescheiterte Ausfuhrhoffnungen

Die deutschen Industriekapitalisten hofften, durch technischen Vorsprung, verstärkte Ausbeutung der deutschen Arbeiter und großzügigstes Dumping sich einen großen Teil des Auslandsmarktes erobern und hierdurch einen Ausgleich für den rückgängigen Inlandsabsatz schaffen zu können. Dazu werden sie schon durch die Verpflichtung zur Zahlung von über zwei Milliarden Mark Reparations- und über eine Milliarde Zinstributen an das Auslandskapital gedrängt.

Wohl stieg im letzten Jahre die Ausfuhr deutscher Waren, aber nicht einmal so stark, daß ein Ausgleich der Handelsbilanz erreicht wurde. Die Weltwirtschaftskrise, die mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Hochkonjunktur sich zu entwickeln beginnt, hat die letzten Exportträume den deutschen Kapitalisten zerschlagen. Erneut geht die Ausfuhr zurück. In der ganzen Welt verschärfen sich die Konkurrenzkämpfe. Die Widersprüche des Young-Systems wachsen um so mehr für den deutschen Kapitalismus. Drei Milliarden Mark Tributzahlungen (einschließlich der Zinsen) machen neue Kapitaleinfuhr notwendig, ohne daß sich der alte Rationalisierungszyklus, wie im Jahre 1927, der zu sprunghafter Steigerung der Produktion und des Inlandsabsatzes führte, wiederholen könnte.

Dauerarbeitslosigkeit von drei Millionen

Deswegen schätzt das Institut für Konjunkturforschung die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger für das ganze Jahr 1930 auf 1,5 bis 1,7 Millionen, wobei die Fortsetzung der „Reformen" bei der Arbeitslosenversicherung, d. h. vermehrter Entzug von Arbeitslosenunterstützungen, bereits einkalkuliert ist. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird hier offiziell auf durchschnittlich mindestens 3 Millionen geschätzt.

Welchen Charakter hat eine derartige Dauerarbeitslosigkeit? Sie wächst von Jahr zu Jahr und erfaßt alljährlich infolge der starken Fluktuation in der Beschäftigung einen vielfach größeren Kreis von Arbeitern. Schlägt die Tatsache der Massenarbeitslosigkeit nicht all denen ins Gesicht, die von der „gesunden" kapitalistischen Wirtschaft faseln? Das behaupteten die Reformisten und die Opportunisten, um die Arbeiterschaft von ihren revolutionären Aufgaben abzuhalten. Für sie ist demnach die Arbeitslosigkeit eine für die Konjunkturlage nicht mehr charakteristische Erscheinung.

Auch der Genosse Varga behandelte die Dauerarbeitslosigkeit als „strukturelle" Arbeitslosigkeit im Gegensatz zu einer konjunkturellen, weil bei absoluter Verminderung der Zahl der Industriearbeiter dennoch das Gesamtkapital rapide wachsen könne und wachse. Die Arbeitslosigkeit sei dann also „strukturell"

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland

	Andrangsziffer (auf je 100 offene Stellen)	Verfügbare Arbeitsuchende in 1000*)	Hauptunterstützungsempf in 1000
November 1925	453	1120	750
Dezember 1925	751	1924	1650
Januar 1926	797	2495	2250
November 1926	568	2007	1550
Dezember 1926	707	2390	1900
Januar 1927	648	2536	1999
November 1927	333	1255	752
Dezember 1927	486	1926	1400
Januar 1928	443	2012	1548
November 1928	470	1763	1138
Dezember 1928	576	2545	1830
Januar 1929	608	3008	2391
November 1929	615	2240	1387
Dezember 1929	884	3030	1985
Januar 1930	820	3394	2483

*) Bis Oktober 1928 bei den Arbeitsnachweisen, ab November 1928 bei den Arbeitsämtern und nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen.

in dem Sinne, daß unabhängig von ihr die kapitalistische Wirtschaft blühen und stabiler werden könne. Diese Gegenüberstellung von „struktureller" und „konjunktureller" Arbeitslosigkeit ist aber völlig unrichtig und führt zu opportunistischen Schlußfolgerungen.

Gewiß sind hunderttausende Arbeiter durch die sprunghafte Entwicklung der neuen kapitalistischen Technik und die Steigerung der Arbeitsintensität für das Kapital überflüssig und abgebaut worden. Insoweit ist der Anteil des Lohnkapitals innerhalb des Gesamtkapitals zurückgegangen. Wenn man dies aber als ein neues Entwicklungsgesetz des Niedergangskapitalismus hinstellt und hiermit die Dauerarbeitslosigkeit erklärt, dann könnte mit Recht die Frage gestellt werden: warum wächst das Gesamtkapital nicht so, daß das Lohnkapital trotz relativer Abnahme absolut zunimmt und so die Arbeitslosenarmee wieder Beschäftigung bekommt? Das würde auf den Ruf der Kapitalisten und Reformisten nach vermehrter Kapitalsbildung hinauslaufen.

Mehr Kapitalsbildung — mehr Arbeitslosigkeit

Kann aber tatsächlich durch beschleunigte Kapitalsakkumulation die Arbeitslosigkeit beseitigt oder auch nur gemildert werden? Hiermit verteidigen die Reformisten ihr Eintreten für die Rationalisierung und treten offen als sozialfaschistische Harmonieapostel zwischen der Arbeiter- und Kapitalistenklasse auf.

In der Zeit des Niedergangskapitalismus schränken die Kapitalisten selber wegen den ungünstigen Verwertungsbedingungen für das Kapital die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und die Kapitalsakkumulation immer mehr ein. Gleichzeitig verschärfen sich die Konkurrenzkämpfe zwischen den Kapitalisten, die sich gegenseitig die Krisenlasten und Absatznöte aufbürden wollen. Deswegen fand während der letzten Rationalisierungswelle, die nicht mit einer Erweiterung des äußeren Absatzfeldes verbunden war, weniger extensive, sondern vor allem intensive Kapitalsakkumulation (zum Zwecke der Senkung der Produktionskosten) statt, d. h. unmittelbare Rüstung auf verschärfte Konkurrenzkämpfe.

Für den deutschen Young-Kapitalismus ist unter den gegenwärtigen Weltmarktverhältnissen eine Erweiterung seines äußeren Absatzfeldes, vor allem durch Kapitalsausfuhr in besonders profitabler Kapitalanlagegebiete, oder die Eroberung neuer Rohstoffquellen, wodurch sich die Verwertungsbedingungen für das deutsche Kapital wieder bessern würden, nur in geringem Maße oder überhaupt nicht möglich.

Deswegen ist die Dauerarbeitslosigkeit der wichtigste Ausdruck der kapitalistischen Wirtschaftskrise, der Faulheit der relativen Stabilisierung und der allgemeinen Wirtschaftslage. Die chronische Arbeitslosigkeit ist demnach sowohl „strukturell" als auch konjunkturell.

Sozialfaschisten für neue Rationalisierungsoffensive

Die neue Verschärfung der Konkurrenzkämpfe und Absatznöte in Verbindung mit dem Ueberfluß an Arbeitskräften treibt gerade die deutschen Kapitalisten zu einer neuen Rationalisierungsoffensive, die der deutschen Arbeiterschaft abermals vermehrtes Lohnelend und noch schnellere Hetzarbeit aufzwingen soll. So soll die Profitrate erhöht, die Verwertungsmöglichkeit des Kapitals gebessert werden. Die Reformisten setzen sich auch für die neue Rationalisierungsoffensive ein. Nach dem jüngsten Beschluß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale „müssen die Gewerkschaften die planmäßige Entwicklung der Industrie, ihre rationelle Konzentration in große Produktionseinheiten, ihre finanzielle Reorganisierung und die Ersetzung alter Methoden und Maschinen unterstützen". Die neue Rationalisierungsoffensive zwingt die Reformisten, den offenen sozialfaschistischen Terror gegen die Arbeiterschaft zu organisieren.

Aber gleichzeitig geht das Dollarkapital zu einer beispiellosen Weltoffensive über. Obwohl die deutschen Großkapitalisten auch in dieser Zeit das Young-System durch noch stärkere Ausbeutung der deutschen Arbeiter, vermehrte Ausplünderung der werktätigen Massen mit Hilfe der sozialfaschistischen Diktatur zu festigen versuchen, wird es immer morscher. Dafür wachsen die Kriegsgelüste des Finanzkapitals, besonders auch der deutschen Young-Imperialisten, die durch den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion eine gewaltsame Erweiterung ihrer Interessen- und Absatzsphären erstreben.

Der einzige Ausweg für die Arbeiterschaft

Die Massenarbeitslosigkeit von 1925/1926 gehörte zur Einleitung der Periode der relativen Stabilisierung und des Konjunkturaufschwunges von 1927. Die Möglichkeit zu einer derartigen neuen Hochkonjunktur besteht für den deutschen Kapitalismus nicht mehr. Seine relative Stabilisierung wird immer brüchiger, die Krisenlage verschärft sich, ohne Aussicht auf „Gesundung". Neue revolutionäre Situationen reifen heran. Um so mehr wird der sozialfaschistische Terror gesteigert, verschärft sich die Gefahr der offen faschistischen Diktatur und des Krieges gegen die Sowjetunion. Diese neue Aera des revolutionären Machtkampfes wird im Zeichen der verstärkten Massenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung stehen.

Für die Arbeiterschaft gibt es keinen anderen Ausweg, als den des revolutionären Massenkampfes für den **Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für den Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung der proletarischen Diktatur**, um durch den sozialistischen Aufbau in engster wirtschaftlicher Verbindung mit der Sowjetunion der Arbeiterschaft den Weg zu ihrem Aufstieg zu eröffnen.

Handbuch der Rationalisierung. Herausgegeben vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Bearbeitet unter Mitwirkung zahlreicher Körperschaften und Fachleute von Dr. Fritz Reuter, Berlin. 1930. Industrieverlag Späth & Linde. 1234 S. Dieses dicke Handbuch bringt zahlreiches Material über die technische Rationalisierung, über die Fließbandmethoden und ihre Erfolge. Man erfährt z. B., daß im Eisenbahnwagenbau durch Einführung von Fließbandarbeit die Fertigstellung eines Wagens von 24 Tagen auf 7 Tage gesunken ist und bei Verkürzung der Trockenzeiten eine weitere Verkürzung auf 3 Tage möglich sei. Ueber die Steigerung der Arbeitsintensität, ihre Auswirkungen und den verstärkten Lohndruck erfährt man allerdings aus dem Handbuch nichts.

Der bolschewistische Kurs der Kollektivisierung

Weitere rasche Entwicklung der Kollektivisierung und Liquidierung des Kulakentums als Klasse ohne sofortige Liquidierung der sektiererischen linken Entstellungen der bolschewistischen Parteilinie unmöglich — Linkes Phrasentum unterstützt den rechten Opportunismus und hilft dem Klassenfeind

Moskau, 15. März. Das ZK. der KPSU. richtete an alle Parteiorganisationen folgendes Schreiben:

Die dem Zentralkomitee der Partei zugegangenen Angaben über den Verlauf der Kollektivwirtschaftsbewegung zeigen, daß neben wirklichen und überaus ernsten Fortschritten der Kollektivisierung in verschiedenen Rayons der Sowjetunion Fälle der Entstellung der Parteilinie festzustellen sind.

Vor allem wird der Grundsatz der Freiwilligkeit im Kollektivwirtschaftsaufbau verletzt. In einer Reihe von Rayons tritt an die Stelle der Freiwilligkeit der Zwang zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften unter der Drohung der Entkulakisierung, der Entziehung des Wahlrechtes usw. Infolgedessen gerät unter die „Entkulakisierten" mitunter ein Teil der mittleren und gar armen Bauern, wobei in manchen Rayons die Zahl der „Entkulakisierten" bis zu 15 Prozent, die Zahl der Personen, denen das Wahlrecht entzogen wurde, 15—20 Prozent ausmacht. Es werden Fälle außerordentlich roher, abscheulicher, verbrecherischer Behandlung der Bevölkerung durch manche unteren Funktionäre wahrgenommen, die mitunter das Opfer der Provokation eingeschlichener konterrevolutionärer Elemente sind. (Marodeurtum, Aufteilung des Eigentums, Verhaftung von Mittel- oder sogar von armen Bauern usw.)

Dabei wird in einer Anzahl von Rayons an Stelle der Vorarbeit für die Kollektivisierung und der geduldigen Aufklärung der armen und Mittelbauern über die Grundlagen der Parteipolitik die bürokratische Diskreditierung aufgebauschter Ziffern und künstliche Vergrößerung des prozentualen Anteils der Kollektivisierung gesetzt (in einigen Rayons „steigt" die Kollektivisierung in einigen Tagen von 10 auf 90 Prozent.)

Somit wird der bekannte Hinweis Lenins verletzt, wonach die Kollektivwirtschaften nur dann lebensfähig und stark sein können, wenn sie auf der Grundlage der Freiwilligkeit entstehen. Es wird der Beschluß der 16. Konferenz unserer Partei über die Unstatthaftigkeit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen bei der Bildung von Kollektivwirtschaften verletzt. Es wird das vom Rat der Volkskommissare und dem Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion bestätigte Statut des landwirtschaftlichen Artels verletzt, das direkt besagt, daß die Landarbeiter, die armen und Mittelbauern dieses oder jenes Dorfes „sich freiwillig zu einem landwirtschaftlichen Artel zusammenschließen."

Neben diesen Entstellungen werden mancherorts unstatthafte und für die Sache schädliche Fälle zwangsweiser Vergesellschaftung von Wohngebäuden, Kleinvieh, Geflügel, von nicht für den Markt bestimmtem Milchvieh und in diesem Zusammenhang Versuche zu einem tölpelhaften Sprung von der artelmäßigen Kollektivwirtschaftsform, die ein grundlegendes Glied der Kollektivwirtschaftsbewegung ist, zur Kommune wahrgenommen. Man vergißt, daß bei uns nicht das „Geflügel"- oder „Gurkenproblem", sondern das Getreideproblem das Hauptproblem der Landwirtschaft ist. Man vergißt, daß im gegenwärtigen Augenblick nicht die Kommune, sondern das landwirtschaftliche Artel die Grundform der Kollektivwirtschaftsbewegung ist. Man vergißt, daß die Partei gerade deshalb es für nötig befunden hat, nicht für die landwirtschaftliche Kommune, sondern für das landwirtschaftliche Artel ein Statut zu geben.

Infolge dieser tölpelhaften Entstellung liegt in einer Reihe von Rayons die Diskreditierung der Kollektivwirtschaftsbewegung und ein Abmarsch der Bauernschaft aus einer Reihe in aller Eile zurechtgezimmerte und daher völlig unstabiler Kommunen und Artels vor.

Somit wird der Standpunkt der Partei verletzt, wonach die grundlegende Form der Kollektivwirtschaftsbewegung im gegenwärtigen Augenblick nicht die Kommune, sondern das Artel ist. Es wird der bekannte Beschluß des ZK. der KP. vom 6. Januar 1930 verletzt, wonach das Artel die Hauptform der Kollektivwirtschaftsbewegung ist und daher ein leichtsinniger Sprung vom Artel zur Kommune unzulässig sei.

Schließlich hält das ZK. für nötig, auf die völlig unstatthaften Entstellungen der Parteilinie im Bereiche des Kampfes gegen die religiösen Vorurteile wie auch im Bereiche des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land zu verweisen. Wir meinen damit die administrative Schließung von Kirchen ohne Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des Dorfes, was meist zur Verstärkung religiöser Vorurteile führt und mancherorts erfolgte Aufhebung der Märkte, was zur Verschlechterung der Belieferung der Städte führt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine derartige Praxis, die unter der Flagge „linker" Phrasen geübt wird, in Wirklichkeit Wasser auf die Mühlen der Konterrevolutionäre ist und mit der Politik unserer Partei nichts gemein hat.

Das ZK. betrachtet alle diese Entstellungen als ein Ergebnis direkter Verletzung der Politik der Partei, direkter Verletzung der Beschlüsse leitender Organe unserer Partei, wodurch lediglich der Boden für die Stärkung der Rechtselemente der Partei vorbereitet werden kann.

Das ZK. erachtet, daß alle diese Entstellungen das Hauptübel der weiteren Entwicklung der Kollektivwirtschaftsbewegung und eine direkte Unterstützung unserer Klassenfeinde sind.

Das ZK. erachtet, daß eine weitere rasche Entwicklung der Kollektivwirtschaftsbewegung und die Liquidierung des Kulakentums als Klasse ohne die sofortige Liquidierung dieser Entstellungen unmöglich ist.

Das ZK. macht den Parteiorganisationen zur Pflicht: 1. Die an manchen Orten wahrgenommene Anwendung der zwangsweisen Kollektivisierungsmethoden einzustellen und gleichzeitig weitere beharrliche Arbeit für die Einbeziehung der Bauernschaft in die Kollektivwirtschaften auf der Grundlage der Freiwilligkeit und für die Kräftigung der bestehenden Kollektivwirtschaften zu entfalten.

2. Die Aufmerksamkeit der Funktionäre auf die wirtschaftliche Verbesserung der Kollektivwirtschaften und Organisierung der Feldarbeiten hinzulenken, wobei die Verankerung der erzielten Fortschritte der Kollektivisierung und die organisatorisch-wirtschaftliche Gestaltung des landwirtschaftlichen Artels durch entsprechende wirtschaftliche und parteipolitische Maßnahmen sicherzustellen sind.

3. Die Umstellung der landwirtschaftlichen Artels auf das Statut landwirtschaftlicher Kommunen ohne Bestätigung der Bezirkskollektivwirtschaftsverbände oder Bezirksexekutivkomitees nicht zu gestatten und die zwangsweise Vergesellschaftung von Wohngebäuden, Kleinvieh, Geflügel und nicht für Marktzwecke bestimmtem Milchvieh einzustellen.

4. Die Listen der Entkulakisierten und ihres Wahlrechts Verlustigen zu revidieren und die auf diesem Gebiete begangenen Fehler in bezug auf Mittelbauern, ehemalige rote Partisanen und Familienangehörigen von Dorfschullehrern und Lehrerinnen, Rotarmisten und Angehörigen der Roten Flotte sofort gutzumachen.

5. Bei strenger Befolgung der Regel der Nichtzulassung von Kulaken und anderen Personen, denen das Wahlrecht entzogen wurde, soll mit den Mitgliedern solcher Familien, denen der Sowjetmacht treu ergebene rote Partisanen, Rotarmisten und Angehörige der Roten Flotte, Dorfschullehrer und Lehrerinnen angehören, eine Ausnahme gemacht werden; vorausgesetzt, daß diese die Bürgschaft für ihre Familienangehörigen übernehmen.

6. Die Schließung der Märkte zu verbieten, die Wiederherstellung geschlossener Märkte vorzunehmen und den Bauern, darunter auch den Mitgliedern der Kollektivwirtschaften, den Verkauf ihrer Erzeugnisse auf dem Markte freizustellen.

7. Die Praxis der administrativen Schließung von Kirchen entschieden einzustellen, die verhüllt wird mit dem fiktiven, öffentlichen, freiwilligen Wunsch der Bevölkerung. Die Schließung von Kirchen lediglich im Falle des wirklichen Wunsches der überwältigenden Mehrheit der Bauernschaft und nur nach Bestätigung des Beschlusses der Bauernversammlung durch das Gebietsexekutivkomitee zu gestatten. Diejenigen, die verletzender Ausfälle gegen religiöse Gefühle von Bauern und Bäuerinnen schuldig sind, strengstens zur Verantwortung zu ziehen.

8. Funktionäre, die unfähig oder nicht gewillt sind, die Entstellungen der Parteilinien energisch zu bekämpfen, ihrer Posten zu entheben und durch andere zu ersetzen.

Der Beschluß des Zentralkomitees der KPSU. über den Kampf gegen die Entstellungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung ist ein historisches Dokument von großer Bedeutung.

Ihm liegen zugrunde die grandiosen Erfolge der Kollektivisierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion und sein Zweck besteht darin, für den weiteren Vormarsch dieser Bewegung alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Das wichtigste Hindernis sind im gegenwärtigen Augenblick die sektiererischen linken Abweichungen von der bolschewistischen Parteilinie, die in manchen Fällen zutage getreten sind und nur Wasser auf die Mühlen der rechten Opportunisten und des Klassenfeindes liefern.

Die bisherigen Erfolge der Kollektivisierung haben alle Erwartungen übertroffen. Etwa 50 Prozent aller bäuerlichen Wirtschaften in der Sowjetunion sind unter der aktiven Initiative der Bauernmassen kollektiviert. In den Gebieten mit restloser Kollektivisierung stehen 95 Prozent der Bauernschaft voll und ganz hinter der Sowjetregierung und der bolschewistischen Partei.

Die grandiosen Erfolge zu verankern und auszubauen und den Kurs auf die volle Kollektivisierung planmäßig und konsequent weiterzutreiben, das ist die Hauptaufgabe der KPSU. in der Gegenwart. Und die Bewältigung dieser gewaltigen Aufgabe erfordert schonungslosen Kampf gegen alle sektiererischen linken Abweichungen, welche die Politik der Partei entstellen und stören und dem Klassenfeind Argumente in die Hand geben.

Die deutsche bürgerlich-sozialdemokratische Presse glaubt triumphieren zu können. „Rückzug der Sowjetpolitik" — „Rückzug vor den Bauern" — „Stalin steckt um" — „Einschränkung der Kollektivisierung", so schreit es in ihren Spalten.

Nichts von alledem. Alle Beschlüsse bleiben unverändert bestehen. Der Kurs auf die restlose Kollektivisierung wird planmäßig und konsequent weitergetrieben. Die Vernichtung des Kulakentums als Klasse wird durchgeführt. Keine Macht der Welt kann das Sowjetdorf vom sozialistischen Entwicklungswege abwenden, auf welchen sich Millionen von Bauern unter der Leitung der bolschewistischen Partei begeben haben.

Nicht um die Kollektivisierungsbestrebungen abzustoppen, sondern um ihre planmäßige und konsequente Fortführung zu gewährleisten, eröffnet die Bolschewistische Partei jetzt einen energischen, schonungslosen Kampf gegen die sektiererischen linken Entstellungen der Parteilinie, welche die Kollektivisierung diskreditieren, schwächen und hemmen. Dasselbe gilt für den Kampf gegen die religiösen Vorurteile, die nicht durch scheinradikale Gewaltmaßnahmen, sondern nur durch eine geduldige, systematische Aufklärungsarbeit ausgerottet werden können.

Nicht Rückzug, sondern Wegräumung der Hindernisse für den weiteren Vormarsch — das ist der Sinn des Schreibens des ZK. der KPSU. an die Parteiorganisationen.

Die Arbeitskämpfe in Belgien

Nur revolutionäre Gewerkschaften und KPD. unterstützen die Forderungen der Arbeiter

Brüssel, den 15. März 1930.

Seit dem 13. Januar stehen 1300 Bergarbeiter in den Kohlengruben von Tilleur bei Lüttich im Streik. Nur die revolutionären Gewerkschaften und die Kommunistische Partei unterstützen die Unorganisierten finanziell, die von den reformistischen Führern im Stiche gelassen wurden. Bei einem Zusammenstoße mit Streikbrechern, in dem Polizei und Gendarmen eingriffen, wurde ein Arbeiter verletzt. Gegen den kommunistischen Abgeordneten Jacquemotte und gegen den kommunistischen Provinzrat Lahaut wurde ein Verfahren wegen „Angriffs auf die Freiheit der Arbeit" und wegen „Schmähung der Behörde" im Zusammenhange mit ihrem Eingreifen bei diesem Zusammenstoß eingeleitet.

In einem wichtigen Webereibetriebe in Leuze (Provinz Hennegau) ist die Belegschaft im Kampfe um Lohnerhöhung in den Streik getreten.

*

Faschistische Hilfsdienste der belgischen Regierung

Beim Begräbnis der Opfer der kapitalistischen Rationalisierung, die beim Grubenunglück in Marcinelle ums Leben gekommen waren, wurde dem italienischen Konsul von Charleroi, seinem Sekretär und einem faschistischen Leutnant, die die Fahne des Verbandes italienischer faschistischer ehemaliger Kriegsteilnehmer trugen, diese Fahne von antifaschistischen Arbeitern entrissen. Dies liefert einer neuen Welle von Repressalien und Provokationen den Vorwand. Die Kantinen der italienischen Arbeiter von Coullett und Chatelineau wurden von der belgischen Polizei von oben bis unten durchwühlt.

Der stille Don

Roman von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur u. Politik (Dr. Johann Wertheim), Berlin-Wien

51. Fortsetzung.

— Na, brumm nicht, ich kenn das Lied schon...

— Wirst wieder Geld verspielen?

— Laß mich in Ruh, Aksjutka. Geh, draußen wartet jemand auf dich.

Aksinja ging in den Vorraum. Maschutka, rotwangig und sommersprossig, empfing sie mit einem Lächeln.

— Grischka ist gekommen ...

— Nun?

— Er läßt dir sagen, du sollst zu uns kommen, wenn es dunkel geworden ist.

Aksinja packte Maschkas Hände, drängte sie zur Tür hinaus.

— Nicht so laut, Maschka, nicht so laut. Hat er mir sonst was sagen lassen?

— Er sagt, du sollst alles, was du kannst, mitnehmen. Aksinja, heiß und zitternd, sah immer wieder zur Tür hin, trat von einem Fuß auf den anderen, wie ein mit Hafer überfüttertes Pferd.

— Heilige Jungfrau! ... So rasch ... wie soll ich's schaffen! Wart einmal, sag ihm ... ich komme bald ... wo wird er mich erwarten?...

— Komm zu uns nach Hause.

— Nein ...

— Gut, ich werde ihm sagen, er soll dich draußen erwarten.

Stepan fuhr in den Rock, zündete sich eine Zigarette über der Hängelampe an ...

— Was wollte sie? — fragte er zwischen zwei Zügen.

— Wer?

— Maschka Koschewaja?

— Sie wollte sich von mir einen Rock zuschneiden lassen.

Stepan blies die Asche von der Zigarette und öffnete die Tür.

— Leg dich nur, wart nicht auf mich!

— Schon gut ...

Aksinja preßte ihr Gesicht an die zugefrorene Fensterscheibe, kniete auf die Bank vor dem Fenster. Stepans Schritte knarrten auf dem hartgefrorenen Steg zur Pforte. Der Wind packte ein Fünkchen seiner Zigarette und trug es ans Fenster. Durch den aufgetauten kleinen Kreis sah sie im Lichte der glühenden Zigarette seine Pelzmütze, die sein Ohr zusammenpreßte und einen Teil seines blassen Gesichtes.

In fieberhafter Eile warf sie Röcke, Jacken, Kleider, Tücher in ein großes Tuch. Ihre ganze Aussteuer. Schweratmend ging sie, die Augen weit aufgerissen, zum letztenmal durch die Küche. Löschte das Licht, lief hinaus. Aus Meljechows Haus ging jemand hinaus, um nach dem Vieh zu sehen. Aksinja wartete, bis die Schritte verhallten, riegelte die Tür zu und lief, das Bündel fest an sich pressend, zum Don. Haarsträhnen lösten sich unter dem Tuch los, kitzelten ihre Wangen. Sie kam zu Koschewojs Hof, verlor plötzlich die Kraft, bewegte mit Mühe ihre wie Blei schwer gewordenen Beine. Grigorij erwartete sie vor dem Tor. Er nahm ihr schweigend das Bündel ab, ging ihr voran in die Steppe.

Hinter der Scheune verlangsamte Aksinja die Schritte, zog Grigorij am Aermel.

— Wart' einen Augenblick.

— Wozu? Der Mond kommt heute nicht so bald, wir müssen uns beeilen.

— Warte Grischa ...— Aksinja blieb, sich krümmend, stehen.

— Was fehlt dir? — Grigorij beugt sich zu ihr.

— Mein Leib ... ich hab wohl was Schweres gehoben. — Sie befeuchtete ihre trockenen Lippen, vor Schmerz stoben feurige Funken vor ihren Augen. Sie legt die Hände auf den Leib. Stand gekrümmt, kläglich, armselig einen Augenblick da, schob die Haarsträhnen unter das Tuch und begann wieder zu gehen.

— So ... komm, gehen wir!

— Du fragst nicht einmal, wohin ich dich führe? Vielleicht schleppe ich dich bis zum ersten Abhang und stoß dich hinunter! — Grigorij lächelte ins Dunkel hinein.

— Mir ist alles egal ... — Aksinjas Lachen klang unfroh und kurz.

Stepan kam diese Nacht, wie gewöhnlich, um Mitternacht nach Hause. Er ging in den Stall, warf Heu in die Krippe und begab sich in die Hütte. „Wahrscheinlich ist sie zu Besuch gegangen" — ging's ihm durch den Kopf, als er den Tierrügel öffnete. Er trat in die Küche, machte die Tür fest hinter sich zu und strich ein Zündholz an. Er hatte gewonnen, deshalb war er friedlich gestimmt und schläfrig. Er machte Licht, sah, ohne die Ursache zu verstehen, die Unordnung, die in der Küche herumliegenden Sachen. Etwas erstaunt ging er in die Stube. Der offene Koffer gähnte ihn mit schwarzem Schlund entgegen. Auf dem Fußboden lag eine alte, in der Eile vergessene Jacke Aksinjas. Stepan riß seinen Pelz herunter, stürzte in die Küche, holte von dort die Lampe. Sah sich in der Stube um ... begriff plötzlich alles. Stellte die Lampe hart auf den Tisch. Ohne sich Rechenschaft zu geben, weshalb, riß er den Säbel von der Wand, preßte den Griff fest, bis die Finger blau wurden, in der Hand, hob mit der Säbelspitze die hellblaue, rosa geblümte Jacke auf, die Aksinja vergessen hatte, schmiß sie in die Höhe und schnitt sie mit kurzem Schwung im Fluge in zwei Teile.

Aschfahl im Gesicht, wild in seiner tierischen Trauer, warf er die hellblauen Fetzen zur Decke, der scharfe, singende Stahl zerschnitt sie im Fluge in immer kleinere Fetzen.

Er riß die Säbelquaste ab, schmiß den Säbel in ein Ecke, ging in die Küche und setzte sich dort vor den Tisch. Den Kopf tief geneigt, streichelte er lange mit zitternden, eisernen Fingern den ungewaschenen Tisch.

XI.

Ein Unglück kommt selten allein: in der Frühe schlitzte der Zuchtstier Miron Grigorjewitschs der besten Stute den Hals auf. Getjka hatte nicht genügend acht gegeben, und das ... im Nu geschehen. Getjka kam zitternd in die Stube gelaufen. Er war blaß, verworren, zitterte wie im Fieber.

— Ein Unglück Herr! ... Der Stier ... Krepieren soll er — der Stier ... der verfluchte Stier ...

— Was ist mit dem Stier? ... — fragte Miron Grigorjewitsch erschrocken.

— Er hat die Stute verwundet ... mit den Hörnern ... ich sage ...

Miron Grigorjewitsch rannte halb angezogen auf den Hof. Neben dem Brunnen hieb Mitjka mit einem dicken Stock auf den Stier ein. Der drehte, mit der runzligen Wamme fast den Erdboden berührend, den Kopf in allen Richtungen hin und her, warf mit den Hufen große Schneeklumpen in die Höhe, silberner Staub wirbelte in Spiralen um seinen Schwanz. Er floh nicht vor den Schlägen, brüllte nur dumpf, trat von einem Hinterbein auf das andere, als bereite er sich zu einem Sprung.

Ein dröhnendes Brüllen drang aus seinem Rachen. Mitjka schlug ihn unter heiserem, unflätigem Geschimpfe auf den Kopf, auf die Flanken, ohne Michej zu bemerken, der ihn am Gürtel fortziehen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Weltkirchentag gegen den Kommunismus

Die Rolle der christlichen Kirchen durch zwei Jahrtausende als Instrument der herrschenden Klassen

München. „Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche", dieser Grundsatz wurde von Karl Marx als eine der ersten prinzipiellen Forderungen des klassenbewußten Proletariats aufgestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese marxistischen Grundsätze keineswegs zuerst von Karl Marx formuliert wurden, sondern ein bedeutsames Erbstück der bürgerlichen Revolution sind, derentwegen in Frankreich, England, Amerika viel Blut und Tinte geflossen sind. Aber auch deutsche bekannte vormarxistische bürgerliche Revolutionäre haben diese Forderung erhoben, als notwendige Konsequenz der Haltung der Kirche zu jedem bestehendem Herrschaftssystem.

Worin besteht diese Haltung?

Als das Christentum sich als Sekte gründete, als Katakomben- und Märtyrerbewegung sich allmählich durchsetzte im alten Rom und den unterworfenen Provinzen des römischen Imperiums, da erfüllte es geschichtlich eine revolutionierende Mission. **Es war eine Bewegung der Sklaven, der Armen und Aermsten, der Plebejer,** die in immer größerem Umfange als Stimmvieh und Schmarotzer des brüchig gewordenen Weltreiches ausschieden, grenzenlose Not und Entbehrung trieben sie zu gegensätzlichen Organisationen, welche in Lehre und Absicht sich als Klassenfeinde der herrschenden Großgrundbesitzer, Industriellen und Berufsoffiziere bekannten. Die Aufstellung eines eigenen Königs, der in allem als der Antipode der Cäsaren dargestellt wurde, löste eine fast klassenmäßig bedingte Plebejerbewegung aus. Dabei ist es unbeachtlich, daß die eigentliche Lehre von einem Himmelskönig, einer jenseitigen Majestät handelte; im Empfinden der Sklaven und ungebildeten Volksmassen verwischten sich die Begriffe, **denn es mußte ihnen als selbstverständlich erscheinen, daß dieser allmächtige und allwissende und allgute Himmelsmonarch unbedingt seine geheimnisvollen Zauberkräfte vor allem und in erster Linie gegen die Gewaltherrschaft der Cäsaren und Großgrundbesitzer anwandte.** Diese Einstellung erregte die Klasseninstinkte der Herrscher, der Klassenkrieg wurde entfesselt und Tausende und Abertausende von Hingerichteten, als Märtyrer in die Ideologie des Christentums eingegangen, starben als

Opfer des Klassenkampfes,

mußten sterben, weil die organisierenden und politischen Tendenzen der Unterdrückтenbewegung unausgebildet waren, **und dort, wo sie auftraten, abgewürgt wurden.** Man darf ferner nicht außer Acht lassen, bei der Betrachtung der ersten Zeit des Christentums, daß der Spartakusaufstand ungefähr 50 Jahre nach dem Tode des angeblichen Gründers des Christentums ausbrach, ferner nicht, daß ganze Truppenteile, insbesondes aus den römischen Legionären der unterworfenen Länder und Provinzen bestehend, geschlossen sich zum Christentum bekannten **und als geschlossene Formationen von den hohen Würdenträgern, insbesondere den adeligen Heerführern, die ihrerseits nach der Cäsarenkrone strebten, benützt wurden zu den zahllosen Putschen, Aufständen, Meutereien, Kaisermorden und Kaiserstürzen der damaligen Zeit.** Der Versprechungen, um sie zu gewinnen, mögen nicht wenige gewesen sein.

Freiheit, Land, Arbeit,

das waren auch damals die Forderungen der Unterdrückten.

Wir haben hier nicht Platz, um die geschichtliche Weiterentwicklung des Christentums zu verfolgen. Wir wollten lediglich beweisen, **daß das Christentum vom ersten Tage seines Auftretens an einen politischen Faktor bildete, wie alle Religionsgeschichte überhaupt sich immer wieder entpuppt als wichtiges Kapitel der Geschichte der Klassenkämpfe.** Es genügt hinzuweisen auf den christlichen Mythos der Bauernaufstände, die politische Rolle der Inquisition, die ungeheure klassenmäßige Bedeutung der Reformation, als einer der wichtigsten Triebkräfte mit in der Entwicklung des Städte- und Zunftwesens und eines damit verbundenen ganz neuen Abschnittes der gesellschaftlichen Entwicklung Mittel- und Westeuropas überhaupt. Man braucht nur erinnern an den jahrhundertelangen Kampf zwischen den deutschen Kaisern und dem Papste um die Frage der Herrschaft, die mit dem Canossagang Kaiser Heinrichs IV. endete, mit dem Erfolg, **daß der Papst in Zukunft die deutschen Kaiser erst bestätigen mußte, wenn sie als Kaiser anerkannt sein sollten.** Es genügt an die Formel zu erinnern: „Heiliges römisches Reich deutscher Nation", das erst um die 19. Jahrhundertwende, erst unter dem Einfluß der großen französischen Revolution endgültig zusammenkrachte. **Zwei Jahrtausende hindurch war Europa zerfleischt von sogenannten Religionskriegen, selbst der Dreißigjährige Krieg wird als solcher in den Schulen gelehrt und gedeutet, obwohl jeder ernsthafte Forscher und jeder klassenbewußte, marxistisch geschulte Arbeiter weiß, daß es sich ausschließlich um Machtkämpfe von Fürsten, Königen und Kaisern handelte, um gewaltige Exploitationen, um Steuerquellen, Landbesitz, Städteausplünderung und Menschenschacher.** Aber auch Kaiser sind letztlich nur

Marionetten der Geschichte,

selbst wenn sie vom Format eines Kreuzzüglers wie Friedrich Barbarossa, oder eines Tyrannen wie Karl V. der „die Sonne in seinem Land nie untergehen" sah, oder eines Napoleon sind. Marionetten **der gesellschaftlich wirkenden Grundkräfte der menschlichen Existenz, der Entwicklung und der Formen der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion.**

Welche klassenmäßige Haltung nimmt das Christentum ein?

Ueber die verhängnisvolle Rolle des Christentums im gesellschaftlichen und politischen Leben ist niemand mehr im Unklaren. Wie ordnet sich nun das Christentum und die Kirche in das Gesellschaftsleben ein? Als der Kaiser Konstantin die fabelhafte Geisterschrift mit dem Kreuz am Himmel las, die ihm gebot, mit der Kirche Frieden zu stiften und sie zur Staatsreligion zu machen, **beginnt die Rolle der Kirche als**

Zutreiber der herrschenden Klasse.

Zweifellos bewies Konstantin durch diesen Akt seine hervorragende strategische Einsicht, als er sich aus einer unterirdischen, geheimen, mit dem ganzen Nimbus der fanatischen Religiosität umgebenen Armenbewegung einen Bundesgenossen schuf. Es sind die dem modernen Proletariat nicht unbekannten Methoden der Korrumpierung einer Führerschicht durch die herrschende Klasse, die er anwandte, als er die neuen Bundesgenossen in Samt und Seide kleidete, ihnen riesigen Grundbesitz, Kirchen, Staatsämter und Vermögen zuwies, Kirchen und Tempel erbaute und ihnen alle Ehren bezeigte. **Der Kaufpreis war die vollständige Unterstellung der Kirche unter die Belange des herrschenden Kaisertums und der bestehenden Gesellschaftsordnung.** Eine gründliche Ausmerzung der alten, überlieferten Anschauungen vom tausendjährigen Reich, ein radikaler Bruch mit den Kirchenvätern, Würdenträgern und den Sekten, die noch viele Jahrhunderte hindurch, bis in die moderne Neuzeit hinein das **„johanneische Evangelium" eines Himmelreiches auf Erden verkündeten** und tausendfältige Projekte seiner Durchführung entwarfen. Die paulinische römische Organisierung der Staatsreligion und der „Erklärung" der schriftlichen Ueberlieferung allein durch den unfehlbaren Papst und die Kirchenkonzilien wurde Dogma. Aus den über hundert Evangelien wurden vier ausgewählt, die trotz ihrer großen Widersprüche als die Grundlage der Kirche erklärt wurden.

Im Nu hatte sich das Bild gewendet. Satt geworden und auf dem Wege zu noch größerem Einflusse konnte die kirchliche Hierarchie keinen Widerspruch dulden, aus der „Liebesreligion" wurde die Furchtreligion, die den „Ketzer" verfolgt und martert und die Erde mit Teufeln, Hexen und bösen Geistern bevölkert, die direkt aus der christlichen Hölle auf die Menschen losgelassen werden, damit sie deren Geist „verblenden", sie „besessen" machen. **Mit der Kirche drang das römische Recht, die Auffassung der Herren des Imperiums über Gesellschaft, Menschenrechte und wirtschaftliche Ordnung in die Welt. Eine vollkommene Anpassung an die Herrenbelange wurde im christlichen Sittenkodex hergestellt. Im engsten Einvernehmen zwischen kirchlicher und weltlicher Macht entstanden die „Halsordnungen", Rechtsbücher, Lebensspiegel, die allzuoft im krassesten Widerspruch standen zu den überkommenen Rechten der Bauern und Bürger Europas.** Ein Blick ins frühe und späte Mittelalter gibt Zeugnis von der entsetzlichen Lage aller schaffenden Stände, die unter der zusammengeflochtenen Knute der weltlichen und kirchlichen Gewalthaber zum Pauperismus verdammt waren. Der Machtdünkel der Kirche kannte keine Grenzen. Der Papst wurde zum Herren der Welt gemacht, der Königen und Kaisern sein Diktat aufzwang. Der Reichtum der ganzen Welt floß in Rom zusammen und wurde hier verschleudert, zum kleinen Teil auch in Kunstwerken angelegt, von denen her die Kirche heute noch das Recht ableitet, sich als Kulturträger zu bezeichnen. Es wäre wert, gesondert zu dieser Frage zu sprechen, hier ist nicht Raum dafür.

Die Rolle der Kirche als Büttel des Staates kam ungeschminkt zum Vorschein als die weltliche Macht in immer breiterem Maße auf die geistlichen Fürsten überging, als sie als Regenten, Minister, Beichtväter, Kanzler fast das gesamte politische Leben Europas dirigierten und in ungeheure, nie abgerissene blutige Kämpfe und Intrigen verstrickten. So anmaßend, überheblich und unsinnig wurde die kirchliche Herrschaft, daß darüber die Entwicklung ganzer Völker, ihre Wirtschaft, ihr geistiges und gesellschaftliches Leben nie überwundene Schäden und Hemmungen erlitt, wie das Beispiel Spaniens, Polens und auch Deutschlands bezeugt.

Die bürgerliche Revolution und die Kirche

Nie und nirgends kam ein fortschrittlicher Gedanke von der Kirche. Weder die Aufhebung der Sklaverei, noch die Abschaffung der grausamen Fronden der leibeigen und hörig gewordenen ehemals freien Bauern, wurde zur gegebenen Zeit von der Kirche gefordert, sondern ganz im Gegenteil, **gerade sie hat das System der unmenschlichen Ausbeutung zu Höchstleistungen entwickelt.**

Wissenschaft und Literatur,

zwei Dinge, die gerne von sogenannten Klosterschulen der alten Zeit vom Pfaffentum in Anspruch genommen werden, hatten dort, wo sie der Erforschung des Neuen und der Geißelung von Mißbräuchen dienten, in der Kirche wütende Hasser und vor nichts zurückschreckende Bekämpfer. Es ist überflüssig, Namen zu nennen, jeder Arbeiter kennt die traurige Geschichte von der Sonne, die um die Erde laufen muß, weil die Bibel es so und nicht anders haben will. Darwin, Haeckel, alle großen Naturforscher hatten bis in die Neuzeit zu leiden unter der Verfolgung der Kirche, von Kant noch weiß man, daß er unter kirchlich-königlichem Einfluß seine scharfe Stellungnahme gegen die Kirche abschwächte, Goethe, von dem alle möglichen Leute als dem Heros deutschen bürgerlichen Menschentums schwärmen, wird heute noch von der Kirche auf dem Index gehalten. Unerhört ist die Flut kirchlicher Zensur über alles fortschrittliche Geistesleben aller Zeiten gekommen, **ganze Bibliotheken wurden vernichtet, die Arbeit vieler Gelehrten auf Scheiterhaufen öffentlich verbrannt und als Gnade galt es, wenn nicht der Mann mitverbrannt wurde.**

Das gesamte Wirtschaftsleben lag in Europa brach, als die feudaladeligen Formen des Staates im 18. und 19. Jahrhundert jede Entfaltung der neuen technischen Wirtschaftskräfte lahmlegten. Nicht nur, daß die Kirche nicht dagegen Stellung genommen hat, **sie gerade war es, die das feudale System mit allen Mitteln stärkte und hielt, war doch ihr eigener Besitz, ihr eigenes unerhörtes steuerfreies Vermögen auf Gedeih und Verderb mit diesem System verflochten.**

Kein Wunder, wenn die bürgerlichen Revolutionäre und ihre Vorläufer, die Aufklärer in einer Art und Weise gegen die Kirche Sturm liefen, deren einfache Wiederholung heute jeden kommunistischen Redakteur oder Schriftsteller auf Jahre hinaus hinter Schloß und Riegel brächte. Ihr Schlachtruf wurde von der französischen großen Revolution in die Formel gebracht:

Rücksichtslose Trennung von Staat und Kirche, fort mit dem Klerus aus den Schulen.

Die Wogen der bürgerlichen Revolution schienen die Kirche zu zertrümmern, Pfaffen und Meßgewänder waren feil wie die Brombeeren, aber niemand wollte sie. **Selbst das schwarze Bayern zog Früchte aus der französischen Revolution und führte um das Jahr 1800 die Säkularisation durch, die einen tiefen Griff tat in das Kirchenvermögen zu Gunsten der königlichen und fürstlichen Schatullen.** Unter den Schlägen der bürgerlichen Entfaltung brachen Klöster und Orden zusammen, die Jesuiten wurden vertrieben, besonders unsinnige Orden mit unbegreiflichen Regeln wurden überhaupt aufgehoben, bzw. ihre Weiterexistenz unterbunden. Eine ungeheure Literatur antikirchlichen Charakters entstand, von der wohlmeinend dozierenden Haltung der deutschen Klassiker, Schiller, Lessing usw. bis zu den beißendsten Satyren der Voltaire, Rousseau. In aller Herren Länder nahm die Logenbewegung, die von der Kirche nachher bis aufs Blut bekämpfte Freimaurerei ungeheuer zu an Ausdehnung und Einfluß, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß die heutigen spießbürgerlichen Formen nur die traurigen Ueberreste eines kämpferischen Stammes fortschrittlicher Weltbürger sind.

Aber die Anpassungsfähigkeit der Kirche ist ebenso groß wie ihre Scheinheiligkeit. Sie machte gute Miene zum bösen Spiel und obwohl sie bis zum heutigen Tage nirgends die Rechtlichkeit der damals durchgeführten staatlichen Maßnahmen anerkannte, besonders wo es sich um Vermögenswerte handelte, fügte sie sich murrend in das Gegebene, auf bessere Zeiten hoffend.

Die bürgerliche Revolution konnte die Kirche nicht vernichten. Sie hatte es fertig gebracht, daß in einer Reihe von Ländern die papierene Trennung von Staat und Kirche eingeführt wurde, sie hatte den Kirchenstaat aufgehoben, den Grundbesitz gestutzt, die Rechtsprechung vom direkten Einfluß der Kirchen als Organisationen befreit, sie hatte Kraft genug gefunden, um wie Bismarck gegen die politischen Mächte des Ultramontanismus einen Kulturkampf zu entfesseln, **aber wie in allen Fragen begnügte es sich auch hier mit Kompromissen.** Das Bürgertum hatte aus eigener Kraft die Revolution nicht durchführen können, die Arbeiter und Bauern mußten für ihre Ziele bluten und in den Krieg ziehen um den Feudalismus zu stürzen. **Sehr bald schon, als die Grundlagen für die Entwicklung des Bürgertums geschaffen waren, und jedes Weitertreiben der Revolution die Macht und das Bewußtsein des Proletariats gefestigt hätte, wie es die Februarrevolution in Frankreich bewies, schritt die Bourgeoisie mit fliegenden Fahnen zum Kompromiß mit den alten Mächten und verbündete sich mit ihnen gegen die Arbeiterschaft, bis diese blutig niedergeschlagen war.** Weder in der Agrarfrage, noch des Staates und des Parlamentes fand die bürgerliche Revolution eine Lösung, kein Wunder, wenn sie auch in der Frage der Kirche versagte und sich mit ihr verband, als einem der treuesten, und, wie sich eben zeigt, wertvollsten Bundesgenossen im Kampfe gegen das erwachende Proletariat.

Schon nach kurzer Zeit verschwand die antikirchliche Stimmung aus dem Bürgertum. **Sie war allzugut zu gebrauchen als** Sachwalterin des Kapitalismus und des darauf aufgebauten Staates.

Wir haben darüber in den letzten Monaten soviel gesagt, daß es sich heute erübrigt.

Das gleiche Bürgertum aber, die Söhne und Enkel derjenigen, die vor einem Jahrhundert und einem halben Jahrhundert noch die Trennung von Kirche und Staat als Kampfforderung aufstellten, brüllen sich heute die Kehle heiser, wenn das Proletariat ihre eigene alte Losung wieder aufnimmt.

Die Geschichte kennt keine Sentimentalitäten, auch nicht in Bezug auf die Kirche und ihre Entwicklung. **Wie erst die proletarische Revolution in Sowjetrußland die Agrarfrage und das Nationalitätenproblem löste, an dem alle bürgerlichen Revolutionen scheiterten, so wird auch die proletarische Revolution, nicht nur in der Sowjetunion, die religiöse und Kirchenfrage lösen. Diese Lösung kann nur darin bestehen, daß die Kirche aus dem Staate und aus dem Bewußtsein der Massen verschwindet. Wir verstehen die Kirchenhetze gegen Sowjetrußland und den internationalen Kommunismus, wir verstehen und parieren mit der einzigen möglicher und wirksamen Gegenaktion:**

Organisierung und Aktivisierung aller proletarischen Kräfte zum Sturze des Kapitalismus und damit zur Liquidierung der Religion.

Arbeiter, Freidenker, Kulturkämpfer!

Nicht ruhen auf den Lorbeeren. München allein hat im Februar über

300 Kirchen-Austritte

gebracht. Wir kämpfen weiter auf diesem Boden, die Kampagne darf nicht abgebrochen werden.

Am Freitag, den 21. März

wieder in allen Bezirken Organisierung des

Kirchen-Austritts

Die Genossinnen und Genoss

sammeln mittags um 1 Uhr

in den nachfolgenden Lokalen:

Westend: „Hohenburg", Ecke Ganghofer und Gollierstr.
Untersendling: Gasth. „Frühlingsburg", Daiserstraße
Sendlingtanz: Gasth. „Reichskrone", Schmellerstr.
Haidhausen: Gasth. „Lothringer Bierhalle", Lothringerstraße
Au-Giesing: Gasth. „Falkenwand", Falkenstraße
Schwabing: Gasth. „Occamhof", Occamstraße
Nord: Gasth. „Ludwigshof", Theresienstraße 128
Altstadt: Gasth. „Corneliushof", Ecke Cornelius- und Baaderstraße
Neuhausen: Gasth. „Zum Sternecker", Linprunstr.

Stimmen der Werktätigen

Regensburger Rundschau

Regensburg. Nun kann die Regensburger Spießbürgerseele wieder ruhig schlafen, die Republik ist gerettet, die Revolution, die ja am 6. März nach Ansicht aller eingeweihten ausbrechen sollte, wurde verhindert. Und wenn dies möglich war, so hat die Polizeidirektion Regensburg ein großes Verdienst daran. Nämlich auch hier hatte der Erwerbslosen-Ausschuß für genannten Tag zu einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung eingeladen, d. h. er wollte es. Aber die Sache war nicht so einfach: Um allen Eventualitäten vorzubeugen, legte ein Mitglied des Ausschusses die Einladungszettel der hohenPolizei zur Genehmigung vor. Als Tagungsordnung war vorgesehen:

1. Aufklärung über den vom Arbeitsamt herausgegebenen Bewerbungsbogen.
2. Wo sind die Anträge der Erwerbslosen im Regensburger Stadtrat geblieben?
3. Wie steht es mit der Arbeitsbeschaffung?

Obwohl diese Punkte für die ganze Arbeiterschaft und hauptsächlich für die Erwerbslosen von größter Wichtigkeit sind, wurde die Versammlung von der Polizei-Direktion verboten. Die Polizei hatte mobil gemacht und stand in höchster Alarmbereitschaft. Den ganzen Tag standen und liefen Doppelpatrouillen in allen Gassen herum, nicht einmal eine Gelegenheit zum Provozieren ließ sich finden. Wohl sehr zu ihrem Leidwesen. Welche Beachtung dieser Tage überhaupt in ganz Deutschland bei hohen und höchsten Herrschaften gefunden, und wie tief ihnen das Herz in die Hosen gerutscht war, zeigt sich, wenn man erfährt, daß man ausgerechnet für den 6. März bayerische Reichswehr nach Berlin schickte. Traute man den Soldaten nicht, weil sie ja doch meistens Bekannte und Verwandte in der Garnison haben oder hoffte man, die dummen Bayern würden schon auf die Preußen schießen. Jedenfalls ein Zeichen eines schlechten Gewissens. Aber es wird einmal die Zeit kommen, daß auch die Regensburger Erwerbslosen trotz Polizeiverbot auf die Straße gehen und dort ihre Forderungen aufstellen und vertreten werden.

Not und Elend werden immer größer, die Arbeitslosigkeit immer mehr, die Zahl der vom Wohlfahrtsamt Unterstützten steigt von Tag zu Tag Erklärte doch erst der Vorsitzende des hiesigen Wohlfahrtsamtes vor einigen Tagen in einer öffentlichen Versammlung: Innerhalb der letzten sieben Wochen wurden 200 Personen von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert und fallen nun dem Wohlfahrtsamt zur Last. Und dabei wurden die Mittel des Wohlfahrtsetats in den letzten zwei Jahren erheblich gekürzt und überall werden die Bezüge der armen Teufel, die ohnedies kaum wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen, geschmälert. Die Verzweiflung zeigen die

drei Selbstmorde innerhalb vierundzwanzig Stunden

hier in Regensburg. Und darunter zwei junge Mädchen von kaum 15 Jahren. Ueber den Grund wird verschiedenes gesprochen. Unter anderem hört man auch von moralischen Defekten, weswegen sie in eine Zwangserziehungsanstalt kommen sollten. Natürlich, die Moral der heutigen Gesellschaft: erst läßt man den Menschen schuldig werden, um sie dann zu bessern. Ob dabei zwei junge Menschen in der Blüte der Jahre zu Grunde gehen, was liegt daran? Und die wahren Schuldigen heucheln Zerknirschung und verdammen in echt christlicher Nächstenliebe noch über das Grab hinaus. Sogar das kirchliche Begräbnis hat man den beiden verweigert und während man die beiden im wahrsten Sinne des Wortes einscharrte, sperrte man sogar den Friedhof ab.

Aber die christliche Nächstenliebe äußert sich hier auf eine ganz andere Art. Auch der Bischof von Regensburg hält es für notwendig, in seinem diesjährigen Fastenhirtenbrief an der allgemeinen Hetze gegen Sowjetrußland teilzunehmen, indem er seine Schäflein aufforderte, für die verfolgten Christen im Lande der Bolschewisten zu beten. Er fordert den Frieden für alle, möchte aber diese dreimal verdammten Marxisten mit Stumpf und Stil vom Erdboden vertilgen. Den Klassenkampf verurteilt er auf das schärfste; natürlich sind daran nur die Kommunisten schuld, an dem sacro sanktem Eigentum der Kapitalisten darf man sich nicht vergreifen, das wäre Diebstahl. Wahrscheinlich hält der Herr Bischof die aus dem Blute der Arbeiterschaft herausgeschundenen Riesenvermögen der Unternehmer für ehrlich erworben. Darum auch der Kreuzzug gegen den Arbeiterstaat Rußland, der jetzt von den Kirchen sämtlicher Schattierungen auf der ganzen Welt gepredigt wird.

Hier in Regensburg wurde derselbe am Montag eröffnet, mit einem Vortrag, zu welchem der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband aufgerufen hatte. Man hatte sich einen früher von der Tscheka zum Tode verurteilten Schriftsteller verschrieben, der über „Das wahre Gesicht Rußlands" sprechen sollte. Ein Emigrant, der vor vielleicht zehn Jahren Rußland zum letztenmal gesehen hat, von den heutigen Zuständen in diesem Lande kaum etwas weiß, das ist gerade der richtige Mann, um die Wahrheit zu erfahren. Wir glauben ihm ja gerne, daß er von der russischen Regierung für seinen Verrat, — er hat als Weißgardist gekämpft, — nicht mit Handschuhen angegriffen hat, und das mit Recht. Aber was er erzählte über Hunger, Not und Kinderelend hat man alles schon vor Jahren in sämtlichen bürgerlichen Zeitungen lesen können und ist bis heute schon hundertmal widerlegt worden. Vom Wiederaufbau und dem Fünfjahresplan will er erst das nächstemal sprechen. Der ganze Vortrag war so, daß ein großer Teil der Zuhörer vor Ende desselben den Saal verließ. Aber die Dummen werden bekanntlich nicht alle; das weiß dieser Herr Gustav Adolf ganz genau. Darum war auch der Besuch von Seiten der Hautevolle ein guter. Es ist nichts so dumm, es findet doch sein Publikum. Das hat Regensburg wieder einmal bewiesen. Wenn man heute über Rußland schimpft, kann man Geld verdienen; denn er hat gar nicht schlecht verdient mit seinen Eintrittspreisen von 50 Pfg. bis zu 1,25 Mark, dieser Herr Gustav Adolf.

Aber es wird sie nichts nützen und wenn die ganze Meute geifert und bellt; Sowjetrußland wird bestehen bleiben als Arbeiterstaat und wenn notwendig wird ihn die deutsche Arbeiterschaft verteidigen bis zum Tode. Das können sie sich merken, die Rußlandfeinde, von rosarot über schwarzrot-gold bis zu schwarz-weiß-rot. AK. 2734.

Handgranaten-Kisten in der Ortskrankenkasse Miesbach

Warum schweigen Polizei und Miesbacher Anzeiger?

(Arbeiterkorrespondenz)

Miesbach. Wenn in Miesbach die revolutionäre Arbeiterschaft demonstriert, so bringt der Miesbacher Anzeiger eine herabwürdigende Notiz, bloß um der Wahrheit aus dem Wege zu gehen. Oder wenn sich sonst Arbeiter ein kleines Vergehen zu schulden kommen lassen, dann bringt es der Miesbacher Anzeiger bestimmt, und zumeist in spöttischer Aufmachung.

Wenn es sich aber um Kreise der bürgerlichen Gesellschaft handelt, dann schweigt dieses reaktionäre Blatt. Deshalb ist es notwendig, in Zukunft die Oeffentlichkeit auch auf Dinge dieser Gesellschaft hinzuweisen. Nachstehender Vorfall dürfte auch die Oeffentlichkeit interessieren.

In Hausham findet ein Ball statt. Ein 17jähriges Mädchen, welches in Schliersee bei einem Friseur in Stellung war, geht mit ihrer Schwester in den Ball. Dieses Mädchen kommt in eine Gesellschaft, die den bürgerlichen Kreisen angehört Günstig is und grüabi is — — das Mädchen genießt zu viel von dem ihr dargebotenen Wein. Diese Gelegenheit nützen Miesbacher und Hanshamer Spießer aus und gehen mit dem Mädchen fort. Sie wurde in den Schnee gelegt und das Mädchen, das noch unberührt gewesen sein soll, wurde

das Opfer von fast einem Dutzend Miesbacher- und Haushamer Spießer.

Die genaue Zahl wird wohl nie bekannt werden, da das Mädchen bewußtlos wurde. Nachdem diese Wüstlinge ihre Gelüste befriedigt hatten, ließen sie das Mädchen liegen und gingen davon. Als es aufgefunden wurde, wurde sie in das Knappschaftskrankenhaus eingeliefert.

Der Geschlechtsteil des Mädchens war eingefroren und wie schrecklich sie sonst noch zugerichtet war, geht daraus hervor, daß der Arzt die Behandlung ablehnte und erklärte, daß er so etwas während seiner ganzen Praxis nicht erlebt hätte.

Sie wurde dann nach München überführt. Die Attentäter die ein junges Menschenleben ruiniert haben, können unbesorgt sein. Die Gendarmerie wird ein Auge zudrücken und die Kirche hält Messen ab, damit die Sünden, welche während der Faschingszeit begangen wurden, vergeben werden.

Ein zweiter vom Miesbacher Anzeiger verschwiegener Fall ist folgender: Vor einiger Zeit wurden in der Ortskrankenkasse Miesbach bei einer Störung im Dachgeschoß,

etliche Kisten Handgranaten gefunden.

Herrühren sollten diese Dinge aus der Zeit, als der nationalsozialistische Direktor R a a b noch in der Ortskrankenkasse tätig war. Die Handgranaten wurden fortgeschafft. Aber wohin? Weder der Miesbacher Anzeiger noch die Polizei bringt darüber ein Wort. Die Polizei, die am 6. März wie Wilde auf die Köpfe der hungernden und wehrlosen Arbeiter einschlug, läßt nichts davon hören. Es wäre so viel wie sicher, wenn diese Handgranaten, in einem Haus in dem ein Kommunist wohnt gefunden worden wären, so säße dieser schon längst hinter Schloß und Riegel. Die bürgerliche Presse würde ein wüstes Geschrei anstimmen, wie das der Fall in Leipzig beweist. Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei auf der Hut sind, damit solche Dinge nicht in ihr Haus geschwindelt werden. Arbeiter! Klassengenossen! Erkennt daraus, daß die bürgerliche Presse nicht in eure Wohnung gehört. Lest und abonniert das Organ der revolutionären Arbeiterschaft. AK. 2735.

Arbeiterkorrespondent

Merke Dir!

1. Jeder Bericht muß der Wahrheit entsprechen und bei Angriffen gegen Personen mit Zeugen belegt werden.
2. Berichte und Korrespondenzen niemals mit Blei- oder Kopierstift, immer mit Tinte schreiben.
3. Wenn Du mit der Schreibmaschine schreibst, tue es zweizeilig, damit noch etwas dazwischen geschrieben werden kann.
4. Namen müssen besonders deutlich geschrieben werden.
5. Jeder Bogen darf nur einseitig beschrieben werden.

Erwerbslosenelend in Kronach und im gesamten Frankenwald

Polizeikontrolle für Wohlfahrtsempfänger

(Arbeiterkorrespondenz)

Teitau: So wie infolge der kapitalistischen Rationalisierung und allgemeinen Wirtschaftskrise ein steigendes Heer von Erwerbslosen überall zu verzeichnen ist, so hat noch dazu die Arbeiterschaft des Frankenwaldes infolge des

vollkommenen Brachliegens der Korbindustrie

seit mehreren Jahren die Geißel der Erwerbslosigkeit zu spüren bekommen. Allein der Ort Kronach hat über 300 unterstützungsberechtigte Erwerbslose aufzuweisen. Fast ein Drittel (83 Erwerbslose) sind ausgesteuert und auf Wohlfahrtsfürsorge angewiesen, welche mit einer hundsgemeinen Unterstützung die für bedürftig Befundenen abspeist.

Beispielsweise erhält ein verheirateter Arbeiter mit sechs schulpflichtigen Kindern ganze 13 Mark pro Woche. Vom Stadtrat wurde noch dazu gefordert, daß diese Arbeiter zu kontrollieren sind, **ob sie evtl. ein Glas Bier trinken oder rauchen, man solle mit dieser Kontrolle die Polizei beauftragen! Derselbe Stadtrat wirft alljährlich viele Tausende Mark für Festungsmauern und kirchliche Zwecke hinaus,** während er für Erwerbslose angeblich kein Geld hat und auch zur Beseitigung der Wohnungsnot nur ein paar Gipsbaracken hatte. Der von der Stadt angestellte Baumeister zur Erhaltung des „historischen Baustiles" hat es sich sicher zur Aufgabe gesetzt, die historischen Klassengegensätze, insbesondere das Elend der Arbeiterschaft und der Erwerbslosen entsprechend dem Wunsch der im Fett erstickenden Stadtväter zu erhalten und zu steigern.

Eine Ende Februar in Kronach stattgefundene Erwerbslosenversammlung befaßte sich eingehend mit der ungeheuren Notlage der Erwerbslosen, dem Verrat und Verbrechen der sozialdemokratischen Führer an den Erwerbslosen und der gesamten Arbeiterschaft, sowie mit Erwerbslosenforderungen für Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbeihilfe gegen Sozialunterstützungsraub. In einer Entschließung, welche von der gut besuchten Versammlung gegen drei Stimmen anwesender Nazis (darunter auch der frühere Landtagsabgeordnete Zipfel) angenommen wurde, appelliert die Versammlung an alle Werktätigen zur Sammlung auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes unter der Führung der KPD. für Kampf um bessere Sozialunterstützung für Arbeit und Brot für alle, gegen den wachsenden faschistischen Polizeiterror gegen Versammlungsverbot und das angedrohte Verbot der KPD.

Nachdem noch einige dringende Erwerbslosenforderungen beschlossen waren, welche dem Stadtrat und dem Arbeitsamt gestellt werden sollen, durch den Erwerbslosenausschuß, wurde der Wunsch geäußert, recht bald den Forderungen Nachdruck zu geben, durch den geschlossenen Aufmarsch aller Erwerbslosen, damit die elende Heuchelei unserer Auch-Arbeitervertreter der SPD. und Nazi zerstreut wird, daß die Erwerbslosen gar nichts fordern, sondern nur aufgehetzt werden von den Kommunisten. Die Arbeiter wissen das besser, welche die Erwerbslosigkeit mit durchmachen und werden den fettleibigen SPD.-Bonzen und sonstigen Arbeiterfeinden ihre Geschlossenheit und Kampfbereitschaft um ihre Interessen demonstrieren.

AK. 2786.

Bürgermeister Höcht beschimpft Arbeiter als Lumpen

(Arbeiterkorrespondenz.)

Straubing. Am vergangenen Sonntag fand im Kronensaal die Siegesfeier des bürgerlichen Fußballklubs statt. Anwesend waren unter anderem neben bürgerlichen Stadträten auch die SPD. Es ist besonders für die Arbeitersportler lehrreich, wie heute die Arbeiterklasse eingeschätzt wird und es sollte keinem Funktionär einfallen, einen amtlichen Faschisten einzuladen. Dieser Herr gratulierte in dieser glorreichen Republik, wo bekanntlich auch die Arbeiter gleichberechtigt sein sollen, den Siegern, aber der politische Hintergrund war der: er leistete bereits die Vorarbeit für die Niederknüppelung der Arbeiter. Vielleicht haben die Arbeiterkinder, die noch in den bürgerlichen Fußballklub sind, diese Tatsache bemerkt. Er sprach eine Beleidigung aus und zwar als amtlicher Vertreter der Stadt Straubing:

„Jedem Vaterlandsfreund tue es wehe, daß heute fremdländische Kräfte (Komm.) am Werke seien, unserer guten deutsches Volk unzufälschen zu charakter- und gottlosen Lumpen!

So urteilen die sogenannten Intellektuellen über die, die die Werte zu schaffen haben. Arbeiter Deutschlands, besonders Ihr Freidenker, was sagt Ihr dazu? AK. 2787.

Landau (Pf.) (Schwerer Verkehrsunfall.) Infolge unvorsichtigen Fahrens ereignete sich in der Nacht auf Montag ein schwerer Verkehrsunfall. In der Zweibrückenstraße konnte der Wagenlenker Reinhard Braun aus Ranschbach seinen Wagen in einer Kurve nicht mehr meistern. Dieser geriet ins Schleudern und rannte mit großer Geschwindigkeit gegen ein am Bahnübergang aufgestelltes Warnungskreuz. Drei der Insassen, aus Leinsweiler bei Landau stammend, wurden teilweise mit schweren Verletzungen in das Vinzentiusstift in Landau gebracht. Der Kraftwagen wurde fast vollständig zertrümmert.

Aus dem „Breitergarten"

Unser Leidensweg von Stufe zu Stufe.

(Arbeiterkorrespondenz)

Nürnberg: Wer heute das Unglück hat, auf Grund der kapitalistischen Rationalisierung oder seiner klassenbewußten Ueberzeugung aus dem Betrieb zu fliegen, wird wohl bei der gegenwärtigen Millionenstärke der industriellen Reservearmee des kapitalistischen Staates keinerlei Aussicht mehr haben, jemals wieder in irgend einen Betrieb unterzukommen, denn dafür sorgen neben vielen anderen die Praktiken des Arbeitsamts und die schwarzen Listen der Unternehmer.

Nach 26 Wochen Unterstützungsbezug beim Arbeitsamt, wo der Erwerbslose erst wochenlang von einem Schalter zum andern gehetzt wird, ist der größte Teil der Erwerbslosen ausgesteuert und wird dem Wohlfahrtsamt überwiesen. Wer nun beim Arbeitsamt die Segnungen der deutschen Republik oder deren Verfassung, welche allen Deutschen Arbeit oder ausreichende Unterstützung verspricht, nicht kennen gelernt hat, wird dies beim Wohlfahrtsamt dann bestimmt tun können. Ein Heer von Ermittlern, Pflegern und sonstigen Leuten muß den Beweis erbringen, daß die Erwerbslosen, welche das zweifelhafte Vergnügen haben, dem Wohlfahrtsamt „zur Last zu fallen", mit der ihnen zugedachten kargen Unterstützung auskommen können. Dann der Weisheit letzter Schluß, wer rebelliert, wer glaubt, mit seiner Unterstützung nicht auskommen zu können, kommt nach Schneidlitz oder Altenfurt, wer sich weigert bekommt überhaupt nichts mehr.

Selbst der besoldete Stadtrat und Wohlfahrtsreferent Eichenmüller, seines Zeichens Sozialdemokrat, erklärte anläßlich einer Besprechung mit Vertretern der Erwerbslosen, daß er sich wundere, daß die Erwerbslosen in Nürnberg so geduldig sind. Derselbe Eichenmüller stimmt aber mit seinen Fraktionsbrüdern von der SPD. in den in Frage kommenden Ausschüssen gegen alle Forderungen der Erwerbslosen. Bedarf es hier noch eines Hinweises, daß solchen Leuten, die nur Spott und Hohn für die Erwerbslosen übrig haben und die Polizei mit ihren Gummiknüppeln auf die Erwerbslosen hetzten, das Handwerk gelegt werden muß.

Nürnberg. Am Dienstag früh fuhr einem Personenzug nach Nördlingen bei der Ausfahrt in Pleinfeld eine Rangierlokomotive zwischen Lokomotive und Packwagen in die Flanke. Verletzt wurde niemand. Die eingleisige Strecke Pleinfeld-Gunzenhausen war vorübergehend vollständig gesperrt. Auf der Strecke Pleinfeld—Trenchtlingen war ein Gleis benützbar.

Reportage aus aller Welt

Vor zehn Jahren

Bei der Polizei im Kapp-Putsch

Von Robert Kambrik

6)

So wählten wir auch neben dem 1. Vorsitzenden des gegründeten Ortsvereins, einem der unseren, einen Offizier zum 2. Vorsitzenden. Man machte uns vor: Das wäre darum notwendig, damit der gewählte Offizier die Verbindung mit den Kommandostellen aufnehmen könne.

Mit solchen Mitteln wurde unsere gewerkschaftliche Organisation der Offiziersclique ausgeliefert. Die wirklichen Leiter des Verbandes waren die reaktionären Leutnants und Hauptleute.

Am 15. Januar 1920 kam der Kommandeur der Essener Polizei in unser Lager. Wir kannten den Mann bereits. Bei einem Besuch vorher hatte derselbe uns mal mit den Worten angeredet: „Wir Königstreue!"

Danach hielt er einen Salm von Treue um Treue und brachte schließlich ein Hoch aus. Er meinte, gemäß seiner Anrede, mit dem „auf ein geeintes Vaterland" etwas ganz anderes. Das ist bestimmt.

Diesmal, am 15. Januar 1920, hielt er uns eine kurze, aber sehr bemerkenswerte Rede. Er schrie zu uns Aufgestellten hinüber und wurde dabei vor Stimmaufwand rot bis in den Hals hinunter:

„Ich will euch hier keine große Rede halten. Wir fahren nach Essen an der Ruhr, und wenn die Arschlöcher dort etwas wollen, dann treten wir sie in den Hintern!"

Mit diesem Major hatte ich am 27. Januar 1929 in Essen ein lustiges Erlebnis. Aber bevor ich dieses erzähle, will ich kurz berichten, wie wir in der „Stadt des Kanonenkönigs" ankamen und wie wir von der dortigen Bevölkerung empfangen wurden.

Unsere Ausrüstung war selbstverständlich feldmarschmäßig. Untergebracht wurden wir in Baracken auf dem Kruppschen Gelände am Ende des Stadtteils Segeroth, dem roten Wedding der Arbeiterstadt.

Krupp hat unseren Eingang gesegnet. Darum ließ er zu unserem Einmarsch die Baracken mit allerhand Zeugs schmücken. Den Offizieren aber gab er ein Essen, dem sich ein Rundgang der Herren durch die Werke anschloß.

So empfing uns die Bourgeoisie. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aber begegneten uns frostiger . .

Wenn wir in den Straßen Essens aufzogen, so marschierten wir in Kolonnen, wie vorher die Kompagnien der kaiserlichen Regimenter aufgezogen sind. Zur Wache, zum Sportplatz, wo wir nach Zusammensetzen der Karabiner Fußball traten. Immer in voller Ausrüstung. Gesungen wurde auch. Ob wir dabei auch das wundervolle Lied gröhlten: „Wenn die Soldaten durch die Stadt marschieren, öffnen die Mädchen die Fenster und die Türen", weiß ich heute nicht mehr, obwohl es sehr wahrscheinlich ist, denn wir waren keine Beamte, sondern in allem, was wir taten regelrechte Kommißköppe. Und das blieb der Essener werktätigen Bevölkerung gewiß nicht verborgen. So allein kann ich das von dieser Seite entgegengebrachte Mißtrauen richtig verstehen.

Das Mädchen, welches ich mir bald anlachte, sagte zu mir: „Du bist wohl jäck! Wenn du Uniform trägst, gehe ich mit dir am hellen Tage nicht aus."

Ich antwortete: „Gut, dann komm zu den Baracken raus."

Da hat mich die Junge ausgelacht und dazu gespottet: „Glaubst du denn das?"

Was blieb mir danach über? Nun, ich erstand mir beim Althändler bald einen Anzug. Dazu mußte mir die Mutter einen Mantel aus der Friedenszeit schicken. Er saß wohl spack, aber ich zwängte mich ein.

Den damaligen Kameraden, ob verheiratet oder nicht, erging es ebenso. Die Frauen der Begatteten wohnten meistens weit entfernt. Urlaub aber gab es nur in seltenen Fällen.

Beim kasernierten Geschlecht spielt die andere Seite immer eine hervorragende Rolle. So riß das Gespräch über den demgemäß vorbestimmten Fall in den Baracken auf dem Segeroth zu Essen nicht ab. Wir waren immer noch in den Kasernen unserer Dienstzeit, in den Unterständen des Krieges; in der Dunkelheit unseres Soldatendaseins, von monarchistischen Offizieren bereitet und kommandiert.

Wir waren noch gar nicht so lange in Essen da haben wir uns einmal unsterblich blamiert. Ein Oberwachtmeister starb. Es ist ein junger und frischer Kerl gewesen. Im kaiserlichen Regiment hatte er es bis zum Offizierstellvertreter gebracht. Gebürtig war der Mann ein Friese.

Seine Leiche wurde zur Heimat befördert, darum zogen unsere Offiziere mit dem Sarg und den Soldaten des grünen Regiments durch ganz Essen. Das geschah nicht des Sarges wegen. Nein! Wir marschierten in voller Ausrüstung auf, und zwar nur deswegen, um der arbeitenden Bevölkerung mal ganz nachdrücklichst zu zeigen, daß wir imstande wären, für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen.

Ich kam mir vor, als schritte ich in einem Prozessionszug. Den Himmel trugen diesmal die Offiziere selbst, die hinter dem Sarg gingen und diesen zu Demonstrationszwecken mißbrauchten.

(Fortsetzung folgt.)

Die schwarze Pressemacht

Bombenanschlag in Südslawien

In Strumiza haben zwei unbekannte Leute den Gemeindewachtmann aus dem Hinterhalt erschossen und sodann eine Bombe in das Kaffeehaus Ujedinjenje geschleudert. Durch die Splitter der Bombe wurden von den Gästen des Kaffeehauses 15 Personen verletzt, davon vier schwer. Unser Bild veranschaulicht eine Straße in Strumiza. Im Vordergrund rechts eine Gruppe bulgarischer Komitatschis in ihrer malerischen Nationaltracht, kampflustige Naturen, die in endlosen Kämpfen mit ihren Gegnern ihr Leben für die Freiheit Mazedoniens einsetzen.

Furchtbare Familientragödie

München, 12. März. In ihrer Wohnung in der Lothringer Straße wurden der 23 Jahre alte Musiker Alfred Steinl, seine etwas jüngere Ehefrau und das vier Jahre alte Töchterchen tot aufgefunden. Nach den polizeilichen Feststellungen hat die Frau im Laufe der Nacht nach einem Streit ohne Wissen des Mannes den Gashahn im Schlafzimmer geöffnet. In der Familie war es wiederholt zu Eifersuchtsszenen gekommen.

Den Schwiegervater erstochen

RWP. Hamm, 13. März. Gestern wurde der 40 Jahre alte Wilhelm Poppe von seinem Schwager, dem 25jährigen Karl Meyer im Verlauf eines Streites mit einem Brotmesser ins Herz gestochen. Das Messer durchstach drei Rippen und verursachte eine 8 Zentimeter tiefe Wunde im Herzen, so daß der Tod kurz darauf eintrat.

Verhafteter Betrüger

RWP. Düsseldorf, 12. März. Wegen umfangreicher Warenschwindeleien in Düsseldorf und Köln verhaftete die Polizei den Kaufmann Benno Schneider. Schneider bezog von verschiedenen Firmen in Berlin, in der Lausitz und dem Erzgebirge Textilwaren, die er sofort zu Geld machte, ohne die Lieferanten zu bezahlen. Bei Bestellung der Waren benutzte der Betrüger Briefbogen mit dem Aufdruck „Textilia, Warenvertriebs G. m. b. H., Düsseldorf. Auch Angaben über Fernsprecher, Postscheckkonto und Bankverbindungen fehlten nicht. In Wirklichkeit bewohnte Schneider in Düsseldorf ein möbliertes Zimmer, nachdem ihm in Köln, wo er ähnliche Schwindeleien verübt hat, wohl der Boden zu heiß geworden war.

Ein 2jähriges Kind verbrüht

RWP. Castrop-Rauxel, 12. März. **Eine auf der Heimstraße im Stadtteil Ickern wohnende Frau hatte während der Hausarbeit ein Becken mit kochendem Wasser auf den Fußboden gestellt. In dem Augenblick kam das etwa zwei Jahre alte Kind in das Zimmer und stürzte rückwärts gehend in das siedende Wasser. Es erlitt furchtbare Verbrennungen und starb nach kurzer Zeit im Krankenhaus.**

Vor den Zug geworfen

Essen, 12. März. Am Mittwoch morgen warf sich kurz vor dem Einlaufen des aus Düsseldorf kommenden Personenzuges in den Bahnhof Hösel ein etwa 23 Jahre alter junger Mann vor den heranbrausenden Zug. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Identität konnte noch nicht festgestellt werden.

Schwere Wolkenbrüche

Hunderte Familien obdachlos

Neuyork, 12. März. Wie Associated Preß aus Buenos Aires meldet, haben schwere Wolkenbrüche in den Städten La Plata und Montevideo großen Schaden angerichtet. Der Verkehr ist unterbrochen und mehrere Familien sind obdachlos.

Flugzeugunglück

Paris, 12. März. Bei Bizerta geriet ein Wasserflugzeug in 1000 Meter Höhe in Brand. Es gelang dem Piloten, in der Nähe des Hafens zu landen. Fünf Mann der Besatzung konnten von herbeigeeilten Booten gerettet werden, während der sechste mit in die Tiefe gezogen wurde.

Unfall eines D-Zuges Berlin—München

München, 12. März. Heute früh 5.40 Uhr streifte die Lokomotive des D 28 Berlin—München auf der Fahrt im Bahnhof Windisch—Eschenbach (Hauptbahnlinie Hof—Regensburg) die Lokomotive eines im Bahnhof rangierenden Güterzuges. Beide Lokomotiven wurden erheblich beschädigt. Wagen sind nicht entgleist, und Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Der D-Zug konnte nach Maschinenwechsel seine Fahrt mit 120 Minuten Verspätung fortsetzen.

Brand eines Getreidespeichers

Danzig, 12. März. Heute brach auf der sogenannten Speicher-Insel im Doppelspeicher der Firma Cohn Feuer aus, das an den dort lagernden Getreidemengen reiche Nahrung fand. In kurzer Zeit stand das Gebäude in hellen Flammen. Die Feuerwehr, die mit mehreren Löschzügen an die Brandstelle geeilt war, bemühte sich vor allem, ein Uebergreifen des Feuers auf die benachbarten Speicher zu verhindern.

Ein Hase verursacht den Tod eines Motorradfahrers

RWP. Trier, 12. März. **Auf der Chaussee bei Pellingen kam ein Motorradfahrer auf eigenartige Weise zu Tode. Ein über den Weg laufender Hase lief direkt in das Motorrad hinein, daß sich infolgedessen überschlug. Der Motorradfahrer war sofort tot, während sein als Sozius mitfahrender Schwager mit leichten Verletzungen davonkam.**

18 wertvolle Gemälde gestohlen

London, 12. März. Aus einer hiesigen Kunstgalerie wurden in der Nacht 18 Gemälde im Werte von 30 000 Pfund Sterling gestohlen. Es befinden sich darunter Werke von Rembrandt, Ostade, Poissin und Gainsborough.

Beim Reinigen der Pistole getötet

RWP. Köln, 12. März. Ein 41 Jahre alter Installationsmeister in Köln-Merheim hat sich beim Reinigen einer Pistole in den Bauch geschossen. An der Verletzung ist er am nächsten Tage im Hospital gestorben. Nach den polizeilichen Ermittlungen liegt Unfall vor.

Päpstlicher Kleiderladen

Kostenpunkt 87 Millionen Mark

Großes Heil ist einigen zentrümlichen Republikanern widerfahren. Der Papst hat, wie die „Kölnische Volkszeitung" zu berichten weiß, dem Ministerialdirektor Friedrich Trendelenburg im preußischen Kultusministerium das **Komturkreuz mit Stern des Piusordens** und das **Großkreuz des Gregorius-Ordens** an den Minister Schätzl, Dr. Schmidt, Hirtsiefer, Steiger und die Staatssekretäre Lammers und Dr. Weißmann verliehen.

Wer viel Geld hatte, konnte sich auch in der „guten alten Zeit" einen Orden leisten. Gute Republikaner sind sparsamere Leute, sie schließen ein Konkordat, schustern aus den Taschen der Werktätigen 87 Millionen der Kirche zu und heften sich einen Orden an die Brust.

Wir sehen schon, wie der päpstliche Ordensregen sich über aller Herren Länder ergießt, um die **tapferen Krieger im Kampfe gegen den „Belzebub" Bolschewismus** zur Rettung des Glaubens, der Sittlichkeit und des Profits wie einst mit Wilhelms E. K. zu schmücken.

Nebenbei: Wie steht es mit dem Artikel 109 der Verfassung von Weimar, der doch besagt: „Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen". Oder ist der Kirchenstaat von dieser Bestimmung ausgenommen?

Sie schäumen vor Wut

die Kapitalisten und die Sozialfaschisten, weil sie trotz Verbotsandrohung und Presseverboten unsere revolutionäre Stimme nicht unterdrücken können.

Der Opfermut aller Arbeiter

ermöglicht der Partei die Herausgabe tausender Betriebs- und Häuserblockzeitungen!

Jeder Betrieb, jede Organisation fordere Sammellisten an.

Nun erst recht!

zeichnen die Werktätigen auf die

Sammellisten der KPD.

Aus dem Gewerkschaftsleben

Bauarbeiter organisieren die Kampffront

Gegen neuen Verrat — für das Kampfprogramm der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Die bezirklichen Lohnvereinbarungen der Bauarbeiter laufen am 31. März 1930 ab. Zwischen den Tarifparteien für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe ist eine Vereinbarung getroffen worden, die **bezirklichen Verhandlungen bis spätestens 13. März 1930 zu beenden.** Gelingt eine Einigung nicht, sollen die Bezirkstarifämter bis zum 18. März entscheiden und einen Schiedsspruch fällen, dessen Erklärungsfrist der 22. März ist. Werden die Schiedssprüche nicht angenommen, tritt das verstärkte Bezirkstarifamt in Tätigkeit und soll bis zum 28. März einen neuen Schiedsspruch fällen, der wenn er mit 7 Stimmen Mehrheit gefällt ist, bindend ist. Alle nicht mit Stimmenmehrheit gefällten Schiedssprüche sollen dann durch das Hauptarifamt entschieden werden und sind auf jeden Fall bindend.

Diese Vereinbarung, die von der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie des Baugewerksbundes gemeinsam mit den Unternehmern zusammengebraut wurde, soll die Bauarbeiterschaft überrumpeln und sie wieder vor vollendete Tatsachen stellen. Man will verhindern, daß die Bauarbeiter zu Kampfmaßnahmen greifen und der „Wirtschaftsfrieden" im Baugewerbe soll nicht gestört werden. Noch frecher als im Vorjahre sollen also die Bauproleten mit der Schlichtungsguillotine um ihre berechtigten Forderungen betrogen werden. Erneut soll der Bauarbeiterschaft ein Lohndiktat aufgezwungen werden, das eine weitere Verschlechterung der bisherigen Lebenslage mit sich bringt, den Unternehmern aber die Erhaltung ihrer ins ungeheuerliche gestiegenen Profite sichert. Der weitere Abbau der Erwerbslosenversicherung und die verschärfte Rationalisierung erhöht auch die Erwerbslosenarmee im Baugewerbe. Durch die Schaffung einer Reservearmee sollen die im Betrieb stehenden Arbeiter unter Druck gesetzt werden, um alle Maßnahmen des Unternehmertums widerstandslos hinzunehmen. Doch die Gewerkschaftsbürokratie und das Unternehmertum werden die Rechnung ohne die revolutionäre Bauarbeiterschaft machen. Davon zeugen die bereits stattgefundenen Kundgebungen der Bauarbeiterschaft in den verschiedensten Bezirken. Auf allen Bezirkskongressen der revolutionären Gewerkschaftsopposition haben die Industriegruppentagungen der Bauarbeiter ein Kampfprogramm aufgestellt und konkrete Maßnahmen zur Mobilisierung der Bauarbeitermassen getroffen.

In Berlin tagte eine Delegierten- und Funktionärkonferenz der revolutionären Bauarbeiter, die von 350 Delegierten, die über 10 000 Bauarbeiter vertraten, beschickt war. Die Konferenz stellte sich restlos hinter die Kampfforderungen der Opposition. Des weiteren findet am 30. März eine Delegiertenkonferenz, einberufen von der revolutionären Opposition statt, die zur Organisierung des Kampfes trotz Verrat der Reformisten, Schlichtungsdiktat und Unternehmerterror Stellung nehmen wird.

Am Montag, den 10. März fand eine Belegschaftsversammlung der Firma Jakobowitz in Berlin statt, die einmütig das Kampfprogramm der Opposition und die Einberufung der Delegiertenkonferenz beschloß. In Halle, Torgau und Weißenfels tagten öffentliche Bauarbeiterversammlungen, die sich für die Kampfforderungen der revolutionären Bauarbeiter aussprachen. Für die Bezirke **Ruhrgebiet, Niederrhein und Mittelrhein** tagte eine gemeinsame Konferenz der revolutionären Bauarbeiter, die die Einberufung einer Delegiertenversammlung beschloß und die Kampfesforderungen der revolutionären Opposition aufstellte. In Hamburg traten 67 gewählte Bauarbeiterdelegierte, die mehr als 7 000 Arbeiter vertraten, zusammen und beschlossen den Kampf unter Führung der revolutionären Opposition gegen Unternehmertum und sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie zu führen. In einer ganzen Reihe Baugewerkschaften wurden trotz Sabotage der reformistischen Bürokratie die Kampfesforderungen der Opposition angenommen und die Bauarbeiter werden ihre ganze Kraft für die Durchführung des Kampfes einsetzen.

Jetzt haben die Bauarbeiter das Wort. Sie dürfen sich auf keinen Fall dem Diktat der Unternehmer und der mit ihnen verbundenen Gewerkschaftsbürokratie fügen. Gegen die Arbeiterschaft des Baugewerbes richtet sich in diesem Frühjahr der erste Stoß des vereinigten Unternehmertums. Gestützt auf die Kampferfahrungen und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß von den Bauarbeitern der **Kampf für den Siebenstundentag und Lohnerhöhung** unter Durchbrechung der Schlichtungsfesseln und der reaktionären Tarifverträge auf der ganzen Linie vorbereitet und geführt werden. Ueberall müssen Baustellen-, Erwerbslosen- und öffentliche Versammlungen der Bauarbeiter stattfinden, um den Vorbereitungen der Bürokratie die revolutionäre Kampffront der Bauarbeiter entgegenzusetzen.

Die Streikabwürger am Werk

Seit fünf Wochen stehen die Arbeiter der Maschinenfabrik **Götze A.-G. in Burscheid bei Solingen** im Kampf gegen Lohnabbau. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition haben die Arbeiter allen Streikbruchversuchen getrotzt, was eine unerhörte Steigerung des Polizeiterrors gegen die Streikenden zur Folge hatte. Jetzt soll der heroische Streik durch die vereinten Kräfte der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Staatsorgane abgewürgt werden. Vor allen Dingen betätigt sich der Renegat Funk aus Opladen, Bevollmächtigter des DMV. als Streikabwürger, indem er mit allen Mitteln versucht, die Arbeiter mit Hilfe des Schlichters einzuseifen. Gleichzeitig bemüht sich die Firma, von auswärts Streikbrecher heranzuholen. Die Erwerbslosenausschüsse in den umliegenden Ortschaften haben sich mit den kämpfenden Arbeitern von Götze A.-G. solidarisch erklärt. Die revolutionäre Opposition in Burscheid führt einen scharfen Kampf gegen die Streikbrecher und hat bereits bei der Mobilisierung der Betriebsbelegschaften und der Erwerbslosen zur Solidaritätsaktion für die Streikenden gute Erfolge aufzuweisen.

Die Betriebsratswahl im Leunawerk

Von E. Steffen

Das Leunawerk gehört zu den wichtigsten Großbetrieben Deutschlands und ist das ausschlaggebendste Hauptwerk der J. G.-Farbenindustrie für die Kriegsproduktion von außerordentlicher Bedeutung. Den Betriebsratswahlen kommt daher eine hohe politische Bedeutung zu. Die Gegenüberstellung von 1929 und 1930 zeigt folgendes Bild:

Liste	1930	1929	Betriebsratsmitgl.
Reformistische Liste	5003	5914	10 (8)
Revolutionäre Opposition	**4763**	**3256**	**9 (14)**
Stahlhelm	2214	1736	4 (2)
Christen	726	591	1 (0)

Die revolutionäre Opposition verlor demnach 4500 Stimmen. Die Reformisten 820, Stahlhelm gewann 475 und die Christen 135 Stimmen.

Worauf ist dieses Ergebnis zurückzuführen? Woher kommt überhaupt der Stimmenverlust der revolutionären Opposition von 4500. Im Laufe des letzten Jahres sind **über 5000 Arbeiter aus dem Leunawerk entlassen worden.** Hierbei handelte es sich fast ausschließlich um oppositionelle Elemente, die mit Hilfe der Werkspolizei, der sozialdemokratischen Meister und Vorarbeiter, der Funktionäre des Fabrik- und Metallarbeiterverbandes und der SPD.-Fraktion herausgesucht und zur Entlassung gebracht wurden. Die Spitzentätigkeit wurde nicht nur im Betrieb ausgeübt, sondern in jedem Ort, vor allem in den Werkskolonien sitzen die bezahlten und unbezahlten Agenten der J. G. Jeder Arbeiter, der nur im Verdacht stand, die revolutionäre Betriebszeitung zu lesen, der sich an öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen usw. beteiligte, wurde entlassen. Der Kreis ist aber viel größer als die 6000, die jetzt weniger als im Vorjahr im Leunawerk beschäftigt sind. Die Erneuerung der Belegschaft wurde gleichfalls durchgeführt. Hunderte von ehemaligen Polizeibeamten wurden ins Werk geholt und von den Arbeitsämtern der gesamten Umgebung, die restlos unter der Führung von Sozialdemokraten stehen, wurden hunderte „zuverlässige" Elemente nach Leuna vermittelt. **SPD. und Gewerkschaften stellten drei Sekretäre an, die von der Leuna-Direktion Handlungsfreiheit im Werk bekamen und so mit Hilfe der hunderte ehemaliger Polizeibeamten Werkspolizisten und SPD.-Funktionäre den Kampf gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führten.** Die Gewerkschaftsbürokratie und die Sozialdemokratie gab jede Woche gratis drei bis vier verschiedene Zeitungen in einer Auflage von mehr als 20 000 Exemplaren heraus. Die Lügenblätter der Sozialfaschisten konnten im Betrieb verteilt und den Arbeitern in die Wohnungen gebracht werden, las jedoch ein Leuna-Arbeiter eine revolutionäre Zeitung, so wurde er entlassen. Hunderttausende von Mark gab die Leuna-Direktion und die Gewerkschaftsbürokratie aus, um die revolutionäre Front zu zerschlagen.

Diese Dinge muß man wissen, um zu sehen, wie schwierig die Arbeit für die revolutionären Arbeiter im Werk ist.

Gleichzeitig muß man aber aussprechen, daß die Führung der revolutionären Bewegung im Leuna-Werk eine Reihe politischer Fehler begangen hat. Sie hat sich eine lange Zeit in die Defensive drängen lassen. Die politischen Schwankungen, die jahrelangen politischen Fehler der Versöhnlergruppe die passive Einstellung, das ungenügende Vertrauen zu den Massen — das sind neben den starken, organisatorischen Mängeln und Schwächen die Ursachen, warum es der Opposition noch nicht gelungen ist, trotz der Massenentlassungen die Mehrheit der Leuna-Belegschaft um ihre Fahnen zu scharen. Wir müssen als Kommunisten stark genug sein, die Dinge richtig zu sehen, damit die so gewonnenen Lehren uns helfen, an anderen Stellen nicht wieder dieselben Fehler zu machen.

Terror im Münchener Buchdruckerverband

Am Sonntag fand im Kolosseum eine Versammlung der Münchner Buchdrucker statt, auf deren Tagesordnung Bericht und Diskussion über die Manteltarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe standen. Zu dieser Versammlung waren nicht nur die Münchner Buchdrucker, sondern auch zahlreiche Vertreter aus Provinzstädten erschienen. Der Gauleiter Döhling legte es bei seinem Berichte darauf an, **die Kollegen durch ein unendlich in die Länge gezogenes Referat zum Verlassen der Versammlung zu veranlassen.** Das ist denn auch gelungen: **Als der erste oppositionelle Diskussionsredner gesprochen hatte, verließen drei Viertel der Versammlungsteilnehmer den Saal und übrig blieben die näheren Freunde des Gauvorstandes mit den Provinzvertretern.**

Was Döhling berichtete, war wirklich nicht neu. Wie bei jeder Verhandlung schilderte er die ungeheuren „Schwierigkeiten", mit denen die Vertreter der Gehilfenschaft bei den diesjährigen Manteltarifverhandlungen zu kämpfen hatten. Immer wieder mußte er bedauernd feststellen, daß man leider bei den Prinzipalen jegliches „soziale Empfinden" vermißt habe. Um den Bankerott der Führer des Verbandsvorstandes zu verschleiern, berichtete er ausführlich über die Verschlechterungsanträge der Prinzipale, um dann als besonderen Erfolg die Abwehr dieser Anträge zu schildern. Eingestehen mußte er allerdings, daß in der Hauptfrage, nämlich bei der Arbeitszeitverkürzung, auch nicht die geringste Verbesserung erreicht wurde und daß selbst die von München seit jeher bekämpfte skandalöse **Verpflichtung zur Leistung von Ueberstunden** auch im neuen Manteltarif erscheint.

Hier knüpfte der erste Diskussionsredner, Kollege Böhm, an. Er kennzeichnete die Verschlechterungsanträge der Unternehmer als ein Spiel mit verteilten Rollen, bei dem die Unternehmer dem Verbandsvorstand die Ausreden zur Verteidigung des jetzigen Manteltarifes lieferten. Die Ankündigung Döhlings, daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung eine gesetzliche Entscheidung zu erwarten sei, und daß der Schlichter deshalb dieser Entscheidung nicht vorgreifen konnte, kennzeichnete der Redner als ein neues Ablenkungsmanöver. **In Wahrheit wird selbstverständlich die Müllerregierung gesetzlich keine Arbeitszeitverkürzung durchführen, denn wenn sie das wollte,** dann bräuchte sie heute ihrem Schlichter dazu nur Anweisung geben. Daß aber selbst diese Schlichter diese angeblich zu erwartende gesetzliche Arbeitszeitverkürzung als neues Schwindelmanöver ansehen, beweist die Tatsache, daß die Buchdruckervereinbarung mit der **Aufrechterhaltung der jetzigen Arbeitszeit zwei Jahre Gültigkeit haben soll.** Die Stimme der Gehilfenschaft bei der Urabstimmung über diese Vereinbarung kann nur ein Nein sein. Dem Verbandsvorstand muß gleichzeitig für seine Verhandlungsführung das schärfste Mißtrauen ausgesprochen werden.

Auch Kollege Haucke wies auf die Tatsache hin, daß angesichts der riesigen Erwerbslosigkeit die Annahme der Vereinbarung geradezu ein Verbrechen an den Erwerbslosen sei. Auch er verlangte die Ablehnung des Schiedsspruches. Ein sozialdemokratischer Fraktionsredner versuchte dann noch die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zu verteidigen und verlangte im Stile des Verbandsvorstandes, daß auch in München mit der Opposition „endlich Schluß gemacht" werde. Besonders haben es ihm die Artikel in unserer Zeitung angetan. Für seine beleidigenden Ausfälle mußte er einen Ordnungsruf des Vorsitzenden einstecken. Der Gauvorsitzende Döhling stieß dann in dasselbe Horn und wußte nichts besseres zu tun, als seine eigene Politik mit rein persönlichen Angriffen gegen die oppositionellen Redner und gegen unsere Zeitung zu verteidigen. Im Uebrigen hatte er nichts dagegen, daß der einzige Diskussionsredner aus der Provinz das Ergebnis der Verhandlungen in den Himmel hob und wundergläubig berichtete, daß die Kollegen in der Provinz ein solch „gutes Ergebnis" nicht einmal erwartet hätten. (Bescheidene Leute!)

Schon **während des Schlußwortes hatte sich die** am Anfang von etwa 1000 Kollegen besuchte Versammlung bis auf 100 geleert; Döhling hatte sie hinausgeredet. Die **Abstimmung über beide vorliegende Resolutionen** wurde kurioser Weise abgelehnt — und die Buchdrucker konnten nach Hause gehen.

Nichtsdestoweniger müssen die Münchner Buchdrucker bei der in dieser Woche stattfindenden Urabstimmung den neuen Manteltarif ablehnen und zum Ausdruck bringen, daß sie bereit sind, unter Führung der Opposition für eine wirksame Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen.

Verluste werden zu Gewinnen

Die **Wamslerwerke AG., München** hatten im Vorjahr einen Verlust von 209 000 Mark. Für dieses Jahr konnte die Gesellschaft aus ihren Gewinnen über 90 000 Mark als Abschreibungen verwenden und trotzdem noch einen Reingewinn von 3 448 Mark machen. Das wurde erreicht, trotzdem die Gesellschaft die Therma G. m. b. H. und die Fabrikation elektrischer Kleinapparate stillegte. Für das laufende Jahr berichtet die Gesellschaft, daß sie „Voll beschäftigt" sei.

Wie Gomolka Aufsichtsrat werden wollte

Am Dienstag, den 11. März fand in München eine **Vertreterversammlung des Konsumvereins Sendling-München** statt, auf deren Tagesordnung vor allem die Ersatzwahl für den verstorbenen Aufsichtsratsvorsitzenden Max Huber stand. Herr Huber war Gauleiter des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Aus dieser Tatsache allein schließt der Ortsvorsitzende der Verwaltungsstelle München im Deutschen Holzarbeiterverband, Josef Gomolka, daß er allein vom Schicksal als Nachfolger „unseres unvergeßlichen Kollegen Max Huber" auserwählt ist. Herr Gomolka versendet nämlich höchst persönlich an die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, die Genossenschaftsvertreter sind, ein Schreiben, das er von dem 2. Vorsitzenden Konrad Hahn unterschreiben ließ. In diesem Schreiben finden wir folgende Sätze:

„Nach dem der Holzarbeiter-Verband schon seit Jahrzehnten im Aufsichtsrat des Konsumvereins S. M. und nicht zu dessen Schaden, vertreten war, die Holzarbeiter auch wie bekannt in der Konsum-, Gewerkschafts- und Parteibewegung seit jeher ihren Mann gestellt haben, **dürfte es wohl der Billigkeit entsprechen, wenn wir den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß der Holzarbeiter-Verband auch für die Zukunft im Aufsichtsrat des Konsumvereins vertreten sein möge.** Unsere Verwaltung hat unter Zuziehung eines größeren Teiles der Mitglieder die im Genossenschaftsrat vertreten sind, sich über diese Frage unterhalten und hat einmütig den Wunsch geäußert, daß den Genossenschaftsräten empfohlen werden möge, dem Verlangen des Holzarbeiter-Verbandes Rechnung zu tragen.

Ebenso hat man sich einmütig dahin entschieden, Ihnen unseren Kollegen Josef Gomolka, Vorsitzender unserer Verwaltungsstelle hierfür in Vorschlag zu bringen."

Um diesen Fraktionsvorschlag der Verwaltungsstelle München des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes durchzusetzen, war für Dienstag, den 11. März vor Beginn der Genossenschaftsratssitzung um **6½ Uhr im Verbandsbüro des Holzarbeiterverban**des eine Fraktionssitzung eingeladen worden.

Wir Kommunisten sind nie gegen Fraktionssitzungen gewesen. Aber die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen, die heuchlerisch unter der Maske der Neutralität gegen die Fraktionen angeblich einen prinzipiellen Kampf führen, sind hier wieder einmal völlig entlarvt. Hier handelt es sich noch nicht einmal um die Durchsetzung prinzipieller gewerkschaftlicher Fragen, sondern lediglich darum einem Gewerkschaftsbonzen einen Posten zu verschaffen. Ja, Gomolka bringt sich selbst dafür in Vorschlag. Jedes Mitglied des Konsumvereins und jeder Arbeiter sieht daraus, was es mit der sozialdemokratischen Entrüstung über die Fraktionstätigkeit der Kommunisten auf sich hat.

Gomolkas Durchfall

Herrn Gomolka haben seine Fraktionssitzungen nichts genützt. Seine Anstrengungen haben lediglich dazu gedient, die Niederlage noch größer zu machen. Bei der Vertreterversammlung am Dienstag erhielten nämlich bei der Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat im ersten Wahlgang Karl Sailer 102 Stimmen, Gomolka 86, Mayer, Grünwald 36, Therese Langhauser 25 und Schaumann 8 Stimmen. **Bei der Stichwahl fiel dann Gomolka mit Pauken und Trompeten durch und erhielt nur 97 Stimmen, während auf seinen Gegner Sailer 160 Stimmen entfielen.**

Reichskongreß der ARSD.

Der Reichsausschuß der ARSD. hat beschlossen, am 14. und 15. Juni 1930 nach Dresden einen Reichskongreß einzuberufen.

Vom Mai bis Oktober soll in Dresden eine große internationale Hygieneausstellung stattfinden. Angesichts der verschärften sozialen Reaktion bedeutet eine solches Unternehmen nichts anderes als ein groß angelegtes Betrugsmanöver, gegen das die gesamte Arbeiterschaft Stellung nehmen muß.

Der Kongreß der ARSD. in Dresden wird ein Kampfkongreß gegen die soziale Reaktion werden. Es werden Delegierte entsenden die Organisationen der Kriegsopfer, Sozialrentner, Mieterverbände, proletarische Gesundheitsorganisationen, u. a. Als vorläufige Tagesordnung ist in Aussicht genommen:

1. **Die ARSD. im Kampfe gegen die soziale Reaktion,**
   a) **Offensive gegen die Sozialversicherung,**
   b) **Wohnungselend und Mietswucher,**
   c) **Wohlfahrtsfürsorge und Gesundheitswesen.**

Am Samstag, den 14. Juni wird sich der Kongreß mit den Organisationsfragen der ARSD. beschäftigen, während am Sonntag eine große öffentliche Tagung stattfinden wird.

Erhöhte Dividende in der Eisenindustrie

Die Vereinigten Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten-A.-G. wird in diesem Jahr 10 Prozent Dividende auszahlen gegen 9 Prozent im Vorjahr.

Durch die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter bei viel zu langer Arbeitszeit erzielen die Stahlherren erhöhte Dividende. Sie verdanken diese Riesengewinne in erster Linie den sozialfaschistischen Gewerkschaftsführern, die alle Mittel des Arbeiterbetruges anwenden, um die kapitalistische Rationalisierung zu fördern und den Siebenstundentag zu verhindern.

Südbayern

292 000 Hauptunterstützungsempfänger in Bayern

München. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Bayern wurden die Unterstützungseinrichtungen der Reichsanstalt Ende Februar 1930 in Bayern von rund 292 000 Hauptunterstützungsempfängern in Anspruch genommen und zwar die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung von 264 000, die Krisenunterstützung von rund 28 000. Von den Beziehern der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung waren etwa 141 000 = 53,4 Prozent berufsüblich arbeitslos.

Gegenüber Mitte Februar 1930 betrug die Zunahme in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung rund 4000, während sich die Zahl der berufsüblichen Hauptunterstützungsempfänger um ca. 5100 erhöht hat, die der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung um rund 700. Auf 1000 Einwohner treffen Ende Februar 1930 89,0, Mitte Februar 1930 88,9 Hauptunterstützungsempfänger. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres war ihre Zahl heuer Ende Februar um rund 15 000 niedriger, und zwar liegt in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um fast 20 000 niedriger, in der Krisenunterstützung um fast 5000 höher. In Notstandsarbeiten wurden Ende Februar 1930 um etwa 1000 mehr Arbeitslose beschäftigt, als im Vorjahre.

Selbstmord infolge Arbeitslosigkeit

München. In einem Kellerabteil am Edlingerplatz 2 wurde am Mittwoch vormittag der verheiratete Chauffeur Johann Fuß blutüberströmt tot aufgefunden. Nach dem Polizeibericht hatte sich der Arbeiter wegen seiner Erwerbslosigkeit mit einem Rasiermesser den Hals von einem Ohr zum anderen durchschnitten.

Eifersuchtsdrama in der Lothringerstraße

München. In der Nacht zum Mittwoch ereignete sich in dem Hause Lothringerstraße 10 ein furchtbares Familiendrama, dessen Folgen die Nachbarn der Beteiligten erst am Morgen sahen. Dort wohnt das Ehepaar Alfred und Anna Steinl mit einem vier Jahre alten Kind. Die Ehe war im Mai vorigen Jahres geschlossen worden, das Kind war vorehelich. Nach den Berichten der Nachbarn soll die Ehe bis vor einiger Zeit durchaus harmonisch gewesen sein, während in der letzten Zeit in der Wohnung der Familie es des öfteren zu Streitigkeiten kam, die im ganzen Hause zu hören waren. Am Dienstag nacht kam der Mann, der als Musiker etwa 12—15 Mark täglich verdiente, um 2 Uhr nach Hause. Kurz nach seiner Heimkehr hörte die Nachbarin durch die dünne Wand des Zimmers der Familie Steinl eine schwere Auseinandersetzung zwischen dem Ehepaar. Darauf verließ die Frau das Zimmer, während der Mann die Tür verschloß. Als er sie wieder nach heftigem Schimpfen der Frau öffnete, begann der Streit von neuem. Als sich darauf die Nachbarin bemerkbar machte, wurde es still — und Frau Steinl schritt zu ihrer furchtbaren Tat. Sie ging zum Gasautomaten, öffnete ihn und legte sich mit ihrem Kinde zu Bett. Als in den Morgenstunden des Mittwoch der Gasgeruch sich im Hause bemerkbar machte, versuchte die Nachbarin vergeblich den Hausmeister zu wecken. Schließlich verständigte man die Polizei, die in dem nicht verschlossenen Zimmer den Mann entkleidet auf dem Diwan fand und die Frau angekleidet mit ihrem Kind im Bett liegend fand. Sämtliche 3 Personen waren bereits tot.

Aus einem Brief, den die Frau mit zitternder Hand kurz vor der Tat geschrieben haben muß, geht hervor, daß es sich um eine Eifersuchtstragödie handelt. Der Brief trägt die Ueberschrift: Das Ende einer bis zum Fasching glücklichen, hernach aber unglücklichen Ehe. In ihm schreibt die Frau, daß sie ihren Alfred keiner anderen gönne und ihn bis über den Tod hinaus liebe. Das Schriftstück wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Todesurteil in Landshut

SCB. Landshut, 12. März.

Das Schwurgericht Landshut verhandelte am Dienstag und Mittwoch gegen den Hilfsarbeiter Georg Oberndorfer, der in einem Walde bei Kläham seine Frau durch Schläge und Messerstiche getötet hatte. Das Verhör des Angeklagten ergab, daß er verschiedene Liebesverhältnisse unterhielt. Ueber die Tat selbst machte ergeltend, daß er mit seiner Frau in Streit geraten sei und diese dann in der Erregung getötet habe, so daß also nicht ein Mord, sondern Totschlag vorliege. Durch die Zeugenaussagen wurde jedoch Oberndorfer sehr stark belastet, so daß das Gericht in seinem Urteil auf Mord erkannte und den Angeklagten zum Tode verurteilte.

Zugsunfall in Windischeschenbach

SCB. München, 12. März.

Die Reichsbahndirektion Regensburg teilt mit:

Am 12. März 5,40 Uhr streifte die Lokomotive des D 28 Berlin—München bei der Durchfahrt in Bahnhof Windischeschenbach (Hauptbahnlinie Hof – Regensburg) die Lokomotive des im Bahnhof rangierenden Leichtgüterzuges 8315. Die beiden Maschinen sind erheblich beschädigt. Fahrzeuge sind nicht entgleist. Verletzungen von Personen sind nicht eingetreten. D 28 konnte nach Maschinenwechsel die Fahrt mit 120 Minuten Verspätung fortsetzen. Die Ursache des Unfalles ist darin zu suchen, daß die Fahrstraße für D 28 vorzeitig freigegeben wurde.

Die Verkehrsunfälle in Bayern im Jahre 1929.

München. Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes sind in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1929 in Bayern 21 605 Verkehrsunfälle vorgekommen. Dabei wurden 586 Personen sofort getötet und 16 281 Personen verletzt. Von den letzteren starben 125 innerhalb des auf den Unfall folgenden Monats an der erlittenen Verletzung, sodaß sich hiernach die Zahl der Todesopfer auf 721 erhöht. An diesen Verkehrsunfällen waren der Hauptsache nach beteiligt: Personenkraftwagen 11 281, Lastkraftwagen 3476, Krafträder 6634, Kleinkrafträder 2404, Straßenbahnen 1835, bespannte Fahrzeuge 1747, Radfahrer 7509 und Fußgänger 3881. Bei den verunglückten Fahrern überwiegen natürlich weitaus die männlichen Personen. Aber auch bei den Fahrgästen und Fußgängern ist die Zahl der getöteten und verletzten weiblichen Personen die geringere.

Soweit hierüber Feststellungen möglich waren, lagen die Ursachen der Verkehrsunfälle in 13 179 Fällen beim Fahrer, in 2626 Fällen beim Fußgänger und in 1997 Fällen beim Fahrzeug. Als weitaus häufigste Unfallursache erscheint beim Fahrer das zu schnelle Fahren. Sodann folgen: Fahren auf falscher Straßenseite, Außerachtlassung des Vorfahrtrechtes, vorschriftswidriges Einbiegen, Ueberholen an Wegebiegungen oder Wegekreuzungen. Betrunkenheit des Führers wurde in 484 Fällen als Ursache des Unfalles festgestellt. Beim Fußgänger bildet Unaufmerksamkeit auf der Fahrbahn die hauptsächlichste Unfallursache. Als unfallverursachende Fahrzeugmängel wurden am öftesten fehlerhafte Beleuchtung, fehlerhafte Lenkung und Reifenschaden festgestellt.

Die hohe Zahl und die Schwere der Verkehrsunfälle bedeuten für alle Bevölkerungskreise eine ernste Mahnung zur Vorsicht im Straßenverkehr und zur genauen Befolgung der Verkehrsvorschriften und Verkehrsanordnungen.

Abnahme der Maul- und Klauenseuche in Bayern.

München. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes für die Zeit vom 16. bis 28. Februar 1930 waren durch die Maul- und Klauenseuche in Bayern 21 Gemeinden in 10 Verwaltungsbezirken verseucht. Am stärksten war der Regierungsbezirk Schwaben mit 20 Gemeinden betroffen. In Unterfranken wurde in einer Gemeinde die Seuche festgestellt. Alle übrigen Regierungskreise sind nunmehr von der Seuche frei. In Oberbayern und in der Pfalz ist die Maul- und Klauenseuche erloschen und auch in Schwaben ging die Zahl der verseuchten Gemeinden um 9 zurück.

Kempten. (Starker Schneefall in den Allgäuer Bergen.) Während unter der Einwirkung von Föhn am Montag noch hohe Frühlingstemperaturen gemessen wurden, ist in der Nacht zum Dienstag ein Witterungsumschlag erfolgt. In den ersten Morgenstunden ging der Regen in Schnee über. Aus den Bergen werden beträchtliche Schneehöhen gemeldet. So meldet Oberstdorf 15 Zentimeter Neuschnee, Hindelang 20 Zentimeter und das Oberjoch 30 Zentimeter. Der Schneefall dauerte den ganzen Tag über an. Die Temperaturen liegen auch am Tage um den Gefrierpunkt.

Bayreuth. (Immer wieder Brandstiftung.) In der vergangenen Nacht brannten in Seybothenreuth die Scheune und mehrere gefüllte Schuppen des Landwirts Engelmann vollständig nieder. Nur mit Mühe konnte ein Ausbreiten des Brandes verhütet werden. Der Schaden ist groß. Es wird Brandstiftung vermutet.

Partei- und Jugendgenossen!

Achtung! Heute abends ½8 Uhr im Gasthaus „Lothringer Bierhalle", Lothringerstr. geschlossene

März-Feier

des Jugendverbandes. Referent vom ZK. Reichhaltiges Programm.

Lichtbilder-Vortrag
12 Jahre Rote Armee.

und Musik. Erscheint zahlreich.

BL. d. KJVD.

Aus der Partei

Wochenendkurse

Am Samstag, den 22. März 1930 abends müssen die Vertreter der Ortsgruppen bestimmt in den Unterbezirksvororten zum Kurs erscheinen.

Die Kurse finden statt im U. B. Straubing, Rosenheim, Ingolstadt, Planegg, Kaufbeuren, Füssen, Blaichach, Memmingen und Deggendorf.

Gemeindearbeiter

Freitag abends ½8 Uhr im Büro des Genossen Buchmann, Baaderstraße 42/I Rgb. wichtige Besprechung aller oppositionellen Straßenbahnarbeiter.

Stadtteil Süd.

Zellen Schlachthaus, Untersendling und Brudermühlviertel.

Am Freitag, den 14. März pünktlich 8 Uhr im Rest. „Reichskrone", Schmellerstraße

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: Politische Lage. Erscheinen jedes Genossen ist unbedingt erforderlich.

Zelle Gärtnerviertel. Freitag, den 16. März, abends 7½ Uhr im Cornelushof Zellenmitgliederversammlung mit Vortrag eines Genossen über seine Reise nach Sowjetrußland.

Stadtteil Nordost.

Freitag, den 14. März, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Rosenheimer-Bierhalle, Ecke Rosenheimerstr. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Stadtteil Nord.

Freitag abends ½8 Uhr Stadtteilmitgliederversammlung im Occamhof, Occamstr. Sämtliche Genossen müssen erscheinen. Aeußerst wichtige Tagesordnung. Kassiere müssen ihre Leute restlos einladen.

Vereinskalender

Rote Hilfe Neuhausen. Freitag, den 13. Februar abends 8 Uhr in Volkarts-Bierhallen Mitgliederversammlung mit Gästen. Lichtbildervortrag.

Arbeiter-Theaterbund Deutschland, Bezirk 29, München.

Achtung! Der für Sonntag, den 16. März 1930, angesetzte Theaterabend fällt aus, da uns die Polizei den Saal abgetrieben hat. Sämtliche Karten werden zurückgenommen. Der Ausschuß.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Jugend München-Nord. Am Montag, den 17. März, spricht Genosse Linhart über: „Proletarische und bürgerliche Jugendbewegung". Die gesamte Schwabinger Jungarbeiterschaft ist eingeladen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität"

Ortsgruppe München.

Abteilung 4 am Donnerstag Gesamtausschußsitzung im Abteilungslokal. Am Donnerstag, den 13. März, außerordentliche Generalversammlung der Abteilung 7 im Rest. Linderhof, Sedanstraße 21. Am Freitag, den 14. März, finden folgende Abteilungsversammlungen statt: Abteilg. 2 im Rest. Riedlergarten, Sonnenstraße 25; Abteilung 20 in der Kantine Holzmüller, Alte Haide; Versammlung der Rennabteilung im Restaurant Deutsches Reich, Dachauerstraße 143. Am Samstag, den 15. März, Versammlung der Abteilung 8 im Rest. Pfalzburg, Reisenstuelstr. 13. Der Ausschuß trifft sich um 6 Uhr. Die Genossinnen und Genossen, welche Grenzkarten für 1930 benötigen, werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen. Am Samstag, den 15. März, Versammlung der Abteilung 8 im Rest. Goldenes Roß, Wallantstr. Abteilung 15 Versammlung im Rest. Dohmann, Feldmochingerstr.

Ausfahrten: 1. Werkungsfahrt: Am Samstag, den 15. März, Ausfahrt der Abteilung 18 nach Schleißheim, Abfahrt 6 Uhr abends. Am Sonntag nach Bruck, Abfahrt um 10 Uhr vormittag, Laterne ist mitzunehmen. Abteilung 10 Ausfahrt nach Perlach zur Abteilung 21. Abfahrt um 13 Uhr vom Lokal. Abteilung 13 Ausfahrt nach Perlach zur Abteilung 21, Abfahrt um 12,30 Uhr vom Lokal. Abteilung 14 Ausfahrt nach Perlach zur Abteilung 21, Abfahrt um 13 Uhr, Laterne ist mitzunehmen.

Am Sonntag, den 16. März, Schaffkopf-Rennen bei der Abteilung 8, wozu alle Genossen eingeladen sind.

Am Montag, den 17. März, Verwaltungssitzung im Ebersbergerhof, Rumfordstraße 33. Am Mittwoch, den 19. März, Werbesportfest im neuen Hackerkeller zu Gunsten des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes „Solidarität", Ortsgruppe München. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, dafür zu agitieren.

Kraftfahrer: Am Mittwoch, den 19. März (Josefitag), Zielfahrt nach Andechs am Ammersee. Einzeichnung zwischen 13 und 15 Uhr im Klosterstüberl.

Den Kraftfahrern zur Kenntnis, daß am 23. März die Ortsgruppen-Meisterschaft im Tempofahren auf der Strecke Wasserburg vom Kilometerstein 11 bis Kilometerstein 21 zur Austragung kommt. Meldetermin bis 22. März. Einschreibungslokal im Fahrradhaus Frischauf, Westendstraße 19.

Am 21. März läuft im Turnsaal in der Elisstraße (Volksgebäude) der Werbefilm für die „Solidarität". Auch andere Interessenten haben Zutritt. Beginn abends 8 Uhr.

Genossinnen und Genossen, bergeßt bei Einkauf von Fahrrädern und Fahrradartikeln, sowie Nähmaschinen, Schallplatten und Motorrädern das Fahrradhaus Frischauf nicht. Es ist unser eigenes Unternehmen. Für gute Bedienung und gute Qualitätsware ist garantiert.

Bestattungen am 15. März in München.

Ostfriedhof: Baumeister Magdalena, Expedientin, 33 J., 2½ Uhr; Schinner Maria, Verbandssekretärsgattin, 44 J., 3 Uhr; Ainesreiter Maria, Hausmeisterin, 60 J., 2 Uhr; Hamm Maria, städt. Schlossersgattin, 65 J., 2 Uhr; Schmid Franz Paul, städt. Betr.-Oberinspektor, 51 J., 3 Uhr; Egger Therese, Kassenverwaltersgattin, 60 J., 2½ Uhr; Rainer Katharina, Maschinenmeistersgattin, 63 J., 4 Uhr; Huber Luise, Packersgattin, 60 J., 3¼ Uhr; Erl Maria, Edgerswe., 71 J., 3½ Uhr; Buchholz Franz, Glaser, 34 J., 2¾ Uhr; Heumann Michael, städt. Amtsdiener a. D., 61 J., 3½ Uhr; Schuster Therese, Kassierin, 47 J., 4 Uhr; Völkel Carl, Kaufmann, 72 J., 10 Uhr; Stuhlmüller Karl, Kunstmaler, 71 J., 12 Uhr; Fuß Johann, Kraftwagenführer, 55 J., 9 Uhr; Märkl Bartholomäus, Maurer, 53 J., 11½ Uhr; Mayr Emilie, Kaufmannswe., 61 J., 9¼ Uhr; Thiele Mathilde, Lagerverwaltersgattin, 50 J., 11 Uhr.

Westfriedhof: Steidl Anna, Privatiere, 78 J., 2¼ Uhr; Becherle Therese, Taglöhnerswe., 83 J., 1¾ Uhr.

Südl. Friedhof: Krämmer Berta, Korrektorsgattin, 66 J., 11½ Uhr.

Nordfriedhof: Döberlein Elise, Oberstleutnantswe., 78 J., 4 Uhr; Kick Otilie, Bäckermeisterswe., 59 J., 2½ Uhr.

Waldfriedhof: Zehentbauer Elfriede, 4 Tg., 2 Uhr; Hauger Christine, Köchin, 66 J., 2¼ Uhr; Uders Werner, Kaufmann, 34 J., 3 Uhr; Kainz Theodor, ehem. Obermüller, 80 J., 1½ Uhr.

Spielplan der Münchener Theater.

Freitag, den 14. März

Prinzregententheater: „Peer Gynt", 7½ Uhr.
Nationaltheater: „Madame Butterfly", 7½ Uhr.
Residenztheater: „Der Kaiser von Amerika", 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Das Kamel geht durch das Nadelöhr", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Der Dickschädel (Ein Prachtmädl)", 8 Uhr.
Münchner Volkstheater: „Hulla di Bulla", 8 Uhr.

Samstag, den 15. März

Prinzregententheater: „Tobias Wunderlich", 7½ Uhr.
Nationaltheater: „Hans Heiling", 7½ Uhr.
Residenztheater: „Ein Sommernachtstraum", 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Das Kamel geht durch das Nadelöhr", 7½ Uhr.
Nachts 10 Uhr: „Die Kreatur".
Theater am Gärtnerplatz: „Der Dickschädel (Ein Prachtmädl)", 8 Uhr.
Münchner Volkstheater: „Hulla di Bulla", 8 Uhr.

Verantwortlich: Albert Buchmann, für Südbayern Erich Böhm, für Inserate Gustav Eppler, sämtliche in München.

Starkbier-Saison 1930. Zu den bekannten Münchener Frühjahrs-Starkbieren gesellt sich heuer ein neues unter dem Namen „Thannhauser Starkbier" aus der Postbrauerei Thannhausen, Besitzer Th. Schreiegg, der größten Landbrauerei Bayerns, deren hervorragende, unübertroffene, wohlbekömmliche Qualitätsbiere, in ganz München schnell bekannt wurden. Am Samstag, den 15. März 1930 nachmittags 4 Uhr gelangt im Spezialausschank „Regensburger Würstlglöckl", Klenzestraße 71, Ecke Westermühlstraße, dieses Frühjahrs-Starkbier in Faß und Flaschen zu dem allgemeinen Münchener Starkbierpreis zum Ausschank. Kenner und Starkbierliebhaber werden ganz besonders darauf aufmerksam gemacht.

Kempten

Am Samstag, den 15. März 1930, abends halb 8 Uhr im „Kreuzgarten", Vortrag:

„Das wahre Gesicht Rußlands"

Eine Gegenüberstellung zum Antibolschewistenvortrag im Kornhaus am 8. März.

Referent: Professor Mager-München, Mitglied einer Studienkommission in Rußland. — Eintritt: 40 Pfg., Erwerbslose gegen Ausweis 10 Pfg.

Aus besonderen Gründen muß der Vortrag im „Kreuzgarten" stattfinden, nicht wie vorgesehen, im „Kolosseum".

Verband für Freidenkertum u. Feuerbestattung (e. V.) Ortsgruppe Kempten

Kauft
Arbeits-Kleider
im ersten Spezialhaus
A. EBERT
München, Sendlingerstraße 81
Haltestelle der Linien 6 und 16
Um Irrtümer zu vermeiden, bitte auf Hausnummer zu achten!

Radio-Anlagen

Sprechmaschinen
Schallplatten
kaufen Sie gut und billig auch auf Teilzahl. bei
J. Wünsch / Augsburg
Hermannstraße 33a

Inserate
die in der „Neuen Zeitung" regelmäßig aufgegeben werden
bringen
dem Geschäftsmann der dort inseriert den besten
Erfolg

A. Schneider's Gaststätte Regensburger Wurstglöckl
Klenzestraße 71 (Haltestelle d. Lin. 7 u. 15) / Tel. 21570

A Spezial-Ausschank Postbräu-Thannhausen
Qualitätsbiere hell, dunkel
Voranzeige:
Thannhauser Starkbier-Ausschank
Beginn: Samstag, 15. März 1930 nachm. 4 Uhr vom Faß u. in Flasch. zu den üblich. Münchner Preisen
Bei freiem Eintritt Samstag, Sonn- u. Feiertags humoristische Konzerte

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale) Bezirk Südbayern

für München, Ober- u. Niederbayern

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags). Bezugspreis: wöchentlich 60 Pfg., halbmonatlich 1.25 Mk., monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Sprechzeit der Redaktion: Dienstag und Freitag von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr.

Mit den Beilagen: Der Rote Stern / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 10 Pfg., außerhalb Bayerns 15 Pfg. Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im u. anschließ. an Text 75 Pfg., außerhalb Bayerns 1 Mk. Anzeigenschluß: Tags zuvor abds. 6 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH., München, Nymphenburgerstr. 32. Fernspr. 50463. Postscheck: Freier Verlag München Nr. 47280. Druck: Bajuvarendruck G. m. b. H., München

Nummer 64 | München, Dienstag, den 18. März 1930 | 13. Jahrgang

Nieder mit dem Papstkreuzzug gegen die Sowjet-Union!

Bayerische Arbeiter! Die Kriegshetze gegen die Sowjet-Union ist der Kreuzzug von Pfaffentum und Finanzkapital gegen die deutschen Arbeiter!

München, 18. März.

Morgen soll in sämtlichen katholischen Kirchen Deutschlands das vom Papst angeordnete „Gebet" für die angeblich durch „Religionsverfolgungen" in der Sowjetunion unterdrückten Katholiken zeigen. Den Katholiken haben sich die sonst mit ihnen in grimmiger Fehde liegenden Protestanten, Juden und zahlreiche christliche Sekten angeschlossen. Alle haben sie einen Aufruf erlassen, der die Anhänger des Christentums zum Kreuzzug gegen das Land der Arbeiter und Bauern aufruft.

Zu dieser Front der Pfaffen kommt die Front der bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Die Demokraten verlangen im Reichstag eine diplomatische Aktion gegen die Sowjetregierung, weil die kommunistische Hetze in Deutschland den Ausbeutern gefährlich wird. Die Deutsche Volkspartei veranlaßte den Außenminister des deutschen Finanzkapitals, Curtius, bei der Sowjet-Regierung vorstellig zu werden. Die schlimmsten Kriegshetzer sind wieder einmal die Sozialdemokraten. Ihre Presse fordert noch offener als die des Finanzkapitals den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu der Regierung der russischen Arbeiter und Bauern. Schrieb doch der sozialdemokratische Pressedienst am 11. März wörtlich:

„Das Vertragsverhältnis, das zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland besteht, gibt der Sowjet-Politik keinen Freibrief, durch ihre Agenten eine Politik des Hochverrats gegen die deutsche Republik treiben zu lassen. Also, Herr Curtius!"

Und wo die Sozialfaschisten sind, da dürfen die Nationalfaschisten nicht fehlen. Blutrünstig verlangt der „Völkische Beobachter" Tag für Tag die Intervention des „jüdischen" Weltfinanzkapitals gegen die proletarische Diktatur in der Sowjetunion.

„Für eine Intervention sind wir nur zu haben, wenn es das nationalpolitische Interesse erfordern würden."

So schrieb das Blatt Hitlers am 14. Februar 1930: Wenn es gegen den Bolschewismus geht, dann verbünden sich katholische Pfaffen mit den sonst als Ketzern verdammten protestantischen Verteidigern der Ausbeuter, da gehen jüdische Rabbiner mit dem Papst, sozialdemokratische Minister mit Hitler zusammen! Die Grundlage dieser Einheitsfront ist klar:

Der Kampf gegen die Sowjetunion ist der Krieg gegen die Arbeiter im eigenen Lande.

Das haben die deutschen Kardinäle des Papstes offen verkündet.

Gestern fand in München eine Protestkundgebung der katholischen Aktion statt, die durch die Teilnahme aller katholischen Mitglieder der bayerischen Regierung, des Kardinals Faulhaber, des päpstlichen Nuntius, des Prinzen Alfons von Wittelsbach, des Indianerhäuptlings Scharnagl und sonstiger „hervorragender" Vertreter der liberalen und monarchistischen Bourgeoisie zu einer hochpolitischen Aktion wurde. Der Referent ein angeblicher Prof. Dr. Berg-Aachen sagte mit aller Deutlichkeit, daß der Krieg gegen die Sowjetunion der Kreuzzug und Vernichtungskampf gegen die revolutionären Arbeiter im eigenen Lande ist. Was dieser Mann — ein Pfaffe — in zwei Stunden zusammenlog, geht auf keine Kuhhaut. Während selbst dieser Redner des Oefteren die riesigen sozialen und kulturellen Errungenschaften der Diktatur des Proletariats zugeben mußte, nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der nicht nur gegen die angeblichen Religionsverfolgungen in der Sowjetunion, sondern auch „gegen die Unterdrückung der Freiheit und Gerechtigkeit und gegen die amtliche Irreführung der öffentlichen Meinung der Welt durch die Presseorgane der Sowjetmacht, sowie den Versuch, das deutsche Volk in die bolschewistische Weltrevolution hinein zu hetzen protestiert wird. Dafür wird neben der „Freiheit der Religionsausübung" vor allem die „Freiheit kirchlichen Besitzes" und von „den Weltmächten des Völkerbundes, insbesondere auch Deutschlands" verlangt, — „daß es der bolschewistischen Propaganda mit allem Nachdruck entgegentrete."

Diese Sprache ist für jeden Arbeiter klar und deutlich. Sie verlangt nicht nur, daß die Pfaffen in der Sowjetunion wieder wie vor der Revolution riesige Reichtümer und Grundstücke zur selben Zeit unter ihre Herrschaft bringen, wo Millionen hungern, sie verlangt auch,

die bewaffnete Intervention der Völkerbundmächte gegen Sowjet-Rußland

und den Vernichtungskrieg gegen die deutschen Proletarier.

„Der Bolschewismus in Rußland das ist der Kommunismus in Deutschland", so erklärte der Referent der Pfaffen in München. Der Mann hat nicht unrecht. Der Bolschewismus in Rußland ist aber nicht nur die Kommunistische Partei in Deutschland, sondern er ist das gesamte deutsche Proletariat! Gegen die deutsche Arbeiterklasse geht der Kampf! Die Pfaffen tun es mit dem „Gebet", Severing mit dem Republikschutzgesetz. Heute bereits ist dieses Zuchthausgesetz Tatsache geworden. Wenn der Kampf gegen den Bolschewismus in der Sowjetunion der Krieg gegen die deutschen Arbeiter ist, dann ist die Verteidigung des Landes der Arbeiter und Bauern die Verteidigung der Kommunistischen Partei und der Kampf gegen die Unterdrücker der deutschen Arbeiterschaft.

Bayerische Arbeiter! Antwortet der Pfaffenhetze! Protestiert in öffentlichen Versammlungen gegen die Kriegstreiber! Antwortet dem Kardinal Faulhaber und seinen Bischöfen durch Massenaustritt aus der Kirche. Reiht Euch ein in die Front der Verteidiger der Sowjetunion, in die Kommunistische Partei, die allein nicht nur das Land der russischen Arbeiter und Bauern, sondern auch die Interessen der deutschen Arbeiterklasse verteidigt!

Zörgiebel stiehlt Proletarierleichen

Gummiknüppelattacken gegen Berliner Arbeiter

Berlin, 17. März.

Der sozialfaschistische Polizeipräsident Zörgiebel hat seinen zahlreichen Verbrechen an der Arbeiterklasse ein neues blutiges Provokationsstück angereiht. Am Samstag ließ er die Leiche unseres ermordeten Genossen Frischmann und am Montag früh die Asche unseres Genossen Karl Lutz ohne jede Benachrichtigung der Angehörigen durch Polizeibeamte heimlich nach der Leichenhalle Friedrichsfelde bringen, nachdem er vorher die an verschiedenen Plätzen der Stadt vorgesehenen Trauerkundgebungen und das Trauergeleite verboten hatte.

Dem Rufe der Kommunistischen Partei, durch Spalierbilden an den Straßen, durch die die Leichenwagen fahren sollten, unseren Toten die letzte Ehre zu erweisen, waren große Massen der Berliner Bevölkerung gefolgt. Als der Schandstreich Zörgiebels bekannt wurde, bemächtigte sich der Massen eine ungeheure Erregung. Um jede Kundgebung und jeden Demonstrationszug zu verhindern, hatte Zörgiebel schon in den frühen Vormittagsstunden des heutigen Tages ein großes Polizeiaufgebot in den Straßen postiert. Die Polizei benahm sich wie gewöhnlich außerordentlich provokatorisch und versuchte an verschiedenen Stellen, die Massen mit dem Gummiknüppel auseinanderzutreiben.

Unterdessen hatten sich auf dem Friedhof Friedrichsfelde neben den Tausenden Arbeitern und Erwerbslosen eine **große Zahl Arbeiterdelegationen aus den Betrieben mit umflorten Fahnen und Kränzen** eingefunden. Starke Abteilungen des nicht zu verbietenden Roten Frontkämpferbundes und der Antifaschistischen Jungen Garden gaben in voller Uniform unseren Toten das Geleite. Vor dem Friedhofe war ein Aufgebot von Hundertschaften Polizei zu Fuß und zu Pferd postiert. Nach der Beisetzung ging die Polizei gegen die vom Friedhof zurückkehrenden Massen mit brutalen Gummiknüppelattacken vor.

Das Vorgehen Zörgiebels in Berlin ist die **erste Auswirkung des Republikschutzgesetzes.** Zörgiebel befiehlt seiner Polizei, Proletarierleichen zu stehlen, damit sie nicht gegen seine Blutherrschaft zeugen. Das tat derselbe Zörgiebel, der feierlichst gestattete, daß die Hakenkreuzler bei der Beerdigung des nationalfaschistischen Zuhälters Wessel eine Trauerkundgebung vor dem Trauerhause veranstalteten. **Deutlicher und klarer hat sich kaum je als bei dieser ersten Tat Zörgiebels nach der Annahme des Republikschutzgesetzes gezeigt, daß dieses Gesetz ein Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter und ein Schutzgesetz für die sozial- und nationalfaschistischen Arbeitermörder ist.**

Hitlerbanditen als Notpolizei

Hakenkreuzmörder und Polizei gegen die Arbeiter in Kolbermoor

In Kolbermoor hat sich am Donnerstag, den 6. März ein Vorgang ereignet, der bezeichnend ist für die Polizeizustände in Bayern. Der „Völkische Beobachter" weiß in seiner Nummer vom 16./17. März folgendes zu berichten.

„Am Donnerstag, den 6. März, sah sich der Bürgermeister von Kolbermoor in Oberbayern angesichts der bedrohlichen Lage infolge der Kommunistendemonstrationen und im Hinblick auf den Mangel an Polizeikräften veranlaßt, unsere dort etwa 25 Mann starke S.A. zu ersuchen, als Notpolizei sich zur Verfügung zu stellen.

Der zuständige Gendarmerieoberkommissar Neubauer ersuchte hierauf den S.A.-Führer um Alarmierung seiner Leute, was dieser sofort tat.

Nach wenigen Minuten bereits war die gesamte S.A. vollzählig zur Stelle und übernahm befehlsgemäß den öffentlichen Sicherheitsdienst im Verein mit der Ortspolizei. Bis zum reichlich verspäteten Eintreffen der angeforderten Landespolizei oblag der Schutz der anständigen Bevölkerung vor dem roten Janhagel, der noch von auswärts Verstärkung erhalten hatte, der S.A. Kolbermoor.

Erst als gegen 7 Uhr abends die angeforderte Landespolizei aus München endlich eingetroffen war, wurde auf Veranlassung der Ortspolizeibehörde die S.A.-Bereitschaft durch den S.A.-Führer aufgehoben."

Die Mörder vom Hakenkreuz werden also als Notpolizei eingesetzt. Das Gesindel, das sich bei den bezahlten Garden Hitlers sammelt, wird im Verein mit der Polizei auf hungernde demonstrierende Arbeiter losgelassen. So sieht in Wahrheit das Gesicht der nationalsozialistischen „Arbeiter"partei aus, die vorgibt, für die Erwerbslosen zu kämpfen! Das ist aber auch der Kampf, den die bayerische Regierung angeblich gegen die nationalsozialistischen Hochverräter führt. Brutaler und offener konnte wohl das Bündnis zwischen den Mördern vom Hakenkreuz und den Schergen der Landespolizei der Arbeiterschaft nicht vor Augen geführt werden!

Das Republikschutzgesetz ist angenommen!

Severing kann mit der Unterdrückung der Kommunistischen Partei und Presse beginnen. Aufs neue sollen sich die Zuchthäuser mit den Vorkämpfern der deutschen Arbeiterklasse füllen. Arbeiter! Wollt ihr tatenlos zuschauen? Werbt und wirkt für die Kommunistische Partei! Antwortet Severing!

Sammelt für den Wahlfonds der KPD!

Mörder im Pfaffenrock

Gemeinsame katholisch-evangelisch-jüdische Front gegen die Sowjetunion / 19. März Generalhetztag / Heraus zum Gegenstoß / Arbeiterkorrespondenten an die Arbeit!

Morgen, der 19. März, soll der Höhepunkt der Hetzkampagne des gesamten Pfaffentums gegen die sozialistische Sowjetunion sein. Der „Heilige Vater" hat zum „Gebetssturm" gegen die „Barbareien" und „Christenverfolgungen" in der Sowjetunion am 19. März aufgerufen, und nicht nur alle Pfaffenrichtungen, sondern alle Feinde der sozialistischen Sowjetunion haben sich zu dieser Hetze zusammengeschlossen. Alles, was im Dienste des Pfaffentums und der Kapitalisten steht, von den christlichen Gewerkschaften, christlichen Jungfrauenvereinen bis zu den nationalsozialistischen Mordbanditen auf der einen und den sozialfaschistischen Pfründenjägern und ihrer Presse auf der anderen Seite, ist für diesen Hetzfeldzug mobilisiert.

Wer sind die Nutznießer dieses Kreuzzuges voller Lüge. Niedertracht und Gemeinheit? Die Antwort auf diese Frage ist gegegeben durch die Tagung eines Konsortiums von Drahtziehern und Dunkelmännern am vergangenen Freitag in Berlin. Dort hat der „Herrenklub im Ring Berlin" unter Leitung seines Vorsitzenden von Gleichen eine Zusammenkunft veranstaltet, an der etwa 80 Vertreter von Organisationen und Kirchengemeinschaften sich beteiligten. Thema der Veranstaltung war die Hetzpropaganda gegen die Sowjetunion. Das Hauptreferat hielt kein anderer als der ehemalige Generalvertreter des Exkaisers Wilhelm, von Berg.

Anwesend waren die repräsentativen Vertreter aller drei deutschen Religionsgemeinschaften. Für die Römisch-Katholische Kirche nahm der durch Otto Brauns Konkordat eingesetzte Bischof von Berlin, Herr Schreiber, teil. Die Evangelische Kirche wurde durch den Generalsuperintendenten Dibelius vertreten. Da wegen der Sabbatfeier kein Rabbiner teilnehmen konnte, war für die jüdische Religionsgemeinschaft der Bankier Melchior erschienen.

Die Päpste für das kapitalistische Eigentum

Dieses Konsortium und seine Tagung zeigen, wie eifrig hinter den Kulissen die Fäden gesponnen werden für das Komplott, das alle bürgerlichen Kräfte Europas zum Sturz der Sowjetregierung einigen soll. Schon predigen die Pfaffen aller Konfessionen diesen Kreuzzug, und es ist kein Zufall, daß gerade sie es tun. Wer erinnert sich nicht noch, wie

> vor fünfzehn Jahren die Geistlichen die imperialistischen Mordwaffen segneten? Wer erinnert sich nicht noch, wie sie in Deutschland für den Sieg Wilhelms II. in Frankreich für den Sieg Poincarés, in England für den Sieg Georgs V. und in Rußland für den Sieg des blutigen Zaren und in allen Ländern für die Vernichtung des Feindes beteten?

Noch immer haben die Pfaffen auf der Seite der äußersten Reaktion gestanden. Gleich zu Beginn der Arbeiterbewegung erhob der Papst offen die Fahne des Kampfes gegen den Sozialismus. Wie haben Pius IX. und Leo XIII., jeder in einer Enzyklika gegen „Sozialismus, Kommunismus und Nihilismus" gewettert! Wie sind sie dabei für das „heilige „Eigentum" der Kapitalisten und Großgrundbesitzer eingetreten! Gegen die Sozialdemokraten braucht jetzt der Papst nicht mehr zu schimpfen; sie haben ihren Frieden mit ihm gemacht. Sie beteiligen sich an seiner Hetze gegen die Sowjetunion. Ihr Ebert stirbt als „treuer Sohn der katholischen Kirche". Ihr Ministerpräsident Braun schließt das Konkordat mit dem Papst ab, das ihm neue Einflußsphären in Preußen eröffnet.

Warum sie die USSR. bekämpfen

Aber der Kommunismus schleudert auf einem Sechstel der Erde die jahrhundertealten, von den Pfaffen genährten Vorurteile fort. Er schreitet aus den dumpfen Zellen des Aberglaubens auf die breite Straße des Aufbaues einer neuen sozialistischen Gesellschaft und Kultur entgegen, in der es weder Kapitalisten noch Ausbeutung, weder Päpste noch Popen, weder Pfarrer noch Rabbiner gibt.

Gerade deshalb unternehmen die Pfaffen ihren neuen Kreuzzug. Gerade deshalb steht das ganze Lager der Versklaver und ihrer pfäffischen Verbündeten und Propagandisten in hellem Aufruhr. Gerade deshalb erheben die Nutznießer der Volksverdummung, die Würger der Wissenschaft, deren Macht durch Meere von Blut, durch die Verbrennung von hunderttausenden von „Ketzern" begründet ist, ihr Geheul über die „Grausamkeit der Bolschewiken".

Lügen wie 1914

„Die Sowjetregierung läßt Geistliche in Oel sieden!" „Popen werden bei lebendigem Leibe zerstückelt oder lebendig begraben!" — das wird allen Ernstes von bürgerlichen Presseagenturen gemeldet und in Hunderttausenden von Exemplaren durch Zentrumsflugblätter verbreitet. Denkt ihr noch daran, wie

> im August 1914 die gleichen Lügen verbreitet wurden von abgeschnittenen Brüsten und Genitalien, vergifteten Brunnen und ausgestochenen Augen, von glühendem Blei, das in den belgischen Städten auf die deutschen Soldaten gegossen worden sein soll?

Das revolutionäre Proletariat wird den Kriegstreibern in den Arm fallen

Nichts von den erschwindelten Greueln hat sich ereignet. Alles war erlogen und mußte auch später als unrichtig zugegeben werden. Aber der Zweck war im Moment erreicht; die wildesten, barbarischsten Racheinstinkte wurden aufgepeitscht und wirkten sich aus.

Heute übt der schlaue Greis auf dem „Stuhle Petri" als Interessensachwalter der christlichen Oelkonzerne und jüdischen Bankiers dasselbe Pogromhandwerk aus, wie es vor 15 Jahren die Pfaffen aller Nationen und Konfessionen taten. Ein Unterschied ist allerdings da.

> Heute wirft sich den Kriegstreibern auf der ganzen Welt eine Macht entgegen, die die Kriegsfront gegen die Sowjetunion zerbrechen wird: das sind die aufgeklärten klassenbewußten revolutionären Arbeiter aller Länder.

Wenn am 19. März auf Befehl des Papstes und der evangelischen Kirchenfürsten in den Kirchen für die nicht vorhandenen „Glaubensopfer des Bolschewismus" verlogene Gebete veranstaltet werden — dann werden die Proletarier auf dem Posten sein. Arbeiterkorrespondenten an die Arbeit! Die Pfaffen sollen nicht unkontrolliert ihren Greuelschwindel gegen die Sowjetunion an den Mann bringen können. Ganz besonders gilt das auch für alle Landorte, wo das Pfaffentum des Glaubens sein dürfte, daß ihm keine Schranken gesetzt sind und daß es hemmungslos und ohne Kontrolle die Schleusen des Schwindels und der Kriegshetze gegen die Sowjetunion aufreißen kann. Dem müssen die Arbeiterkorrespondenten begegnen. Jede einzelne der Pfaffenlügen, muß aufgeschrieben werden, und jeder, der sie ausspricht, muß öffentlich gebrandmarkt werden.

Das teuflische Spiel der Pfaffen darf nicht gelingen. Verbreitet überall Aufklärung über die Pläne der Dunkelmänner! Der Weltsühnetag am 19. März muß zum Weltkampftag gegen das pfäffische Kriegstreibergesindel werden.

*

Die „Dementis" folgen

Sie bringen neue Tatsachen über die Sitzung vom vergangenen Freitag

Die oben geschilderte Veranstaltung im Herrenklub Berlin sollte zunächst im internen Rahmen bleiben. Nur die kommunistische Presse hatte den ganzen Skandal aufgedeckt. Als erste Zeitung konnte die „Welt am Abend", Berlin, darüber berichten, so daß auch die bürgerliche Presse davon Notiz nehmen mußte. Die detaillierten Angaben darüber, wie die schlimmsten Reaktionäre, Monarchisten und Vertrauensleute des Exkaisers gemeinsam mit der Kirche den Antisowjetkrieg forcieren, waren jedoch an interessierter Stelle unbequem. Diese „interessierten Stellen" lassen jetzt in der bürgerlichen Presse ein Dementi los, in dem zunächst zugegeben wird, daß man über die ganze Sitzung nur berichtete, weil die kommunistische Presse „auf den Busch geklopft habe. Dann wird abgestritten, daß die Veranstaltung vom Herrenklub ausging, sie habe „nur in seinen Räumen" stattgefunden. Es wird aber zugegeben:

> „Die Generalidee war, die Angehörigen beider christlicher Konfessionen und der jüdischen Religionsgemeinschaft zum Kampf gegen die Sowjetunion zusammenzufassen."

Dabei erfährt man gleichzeitig noch etwas über die [illegible] Persönlichkeiten. Außer den schon obengenannten Personen [illegible] Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten da. Dazu der Reichswehrminister a. D. Geßler und der bisherige Reichskommissar Künzer. Dieses Dementi rundet nur das Bild ab, das wir von dieser Gesellschaft bereits zeichneten. Es dementiert, um zu bestätigen.

Die Pfaffen arbeiten mit gefälschten Bauernbriefen

Bei der gegenwärtigen Agitation der Kirche werden von Kirchendienern und Beauftragten verschiedentlich „Originalbriefe" von deutschrussischen Bauern aus Sowjetrußland vorgezeigt, die auch schon in der Pfaffenpresse verwendet worden sind. Meistens wird in einer Vorbemerkung gesagt, daß man Namen und Ortsangaben nicht nennen könne, um die Briefschreiber „nicht neuen Verfolgungen auszusetzen." Es handelt sich bei diesen „Originalbriefen" ausnahmslos um gefälschte Machwerke, die von einer bestimmten Stelle fabriziert und verschickt werden. Die Fälschungen sind derart plump und zeugen von einer solch außerordentlich großen Unkenntnis der Dinge, daß die Fälscher nicht im geringsten mit irgendwelcher Sachkenntnis beschwert sein können. Jeder, der die deutschen Kolonien der Sowjetunion kennt und vor allem die Sprache, die die deutschen Bauern dort sprechen und schreiben, erkennt sofort, daß die Fälscher sich nicht einmal die Mühe gaben, wenigstens die Sprache nachzuahmen. Scheinbar darum, weil sie nicht wußten, daß das Deutsch der russischen Bauern sich wesentlich von dem unterscheidet, was man gemeinhin in deutschen Zeitungen zu lesen gewöhnt ist. Während die deutsche Sprache in diesen Kolonien sich auf dem Stand der süddeutschen Dialekte im 18. Jahrhundert gehalten hat und vielfach Worte besitzt, die heute der Durchschnittsdeutsche nicht mehr versteht, wagen die Pfaffendiener, Briefe in gewöhnlicher deutscher Sprache als „Originalbriefe" deutscher Kolonisten in der Sowjetunion ihren Lesern vorzusetzen. Auch ein Beispiel „christlicher Moral". Es kommt darauf an, den Kirchendienern auf die bezahlten dummdreisten Fälschungen die richtige Antwort zu geben.

Kapitalistischer Wahnsinn!

Katastrophale Agrarkrise in Amerika — Die Getreidespekulanten wünschen sich eine Mißernte — Werden wieder Riesenmengen Getreide ins Meer geschüttet? — Neue Zollwucherpläne in Deutschland — Vor einer Hungerzolldiktatur

London, 15. März. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Neuyork soll die amerikanische Agrarkrise katastrophale Ausmaße angenommen haben. Bis jetzt liegen schon in amerikanischen Lagerhäusern 155 Millionen Bushels Weizen aufgespeichert. (Ein Bushel ist etwa 36 Liter.) Die Lagerbestände werden bis zum Juni d. J. auf 250 Millionen Bushels anwachsen, da für die gewaltigen Ernteergebnisse kein Absatz vorhanden ist. In den Kreisen der Getreidegroßhändler, die den Weizen zu den billigsten Preisen aufkaufen, wird allgemein der Wunsch nach einer Mißernte ausgesprochen, um riesige Spekulationsgewinne einheimsen zu können.

Diese Meldung illustriert den ganzen Wahnsinn der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft. Ergänzend wird dazu mitgeteilt, daß die Menge des angesammelten Getreides bereits die gesamte Weizenausfuhr eines Jahres übersteigt. Wenn die Hoffnung der Getreidespekulanten, die eine Mißernte erwarten, sich nicht erfüllt, wird eine Finanzkatastrophe auf dem Getreidemarkt angekündigt, die so schlimm sein werde, daß man in Amerika mit einer Einkommensteuerverminderung von etwa 2 Milliarden Mark als unmittelbare Folge des unweigerlich eintretenden Preissturzes rechnet. Die Regierung macht den Versuch, durch Aufkauf von Riesenmengen Weizen den allgemeinen Zusammenbruch am Getreidemarkt zu verhindern. Wahrscheinlich beabsichtigt man, wieder Riesenmengen Getreide ins Meer zu schütten oder zu verbrennen.

Das sind die Auswirkungen der stinkenden kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft. Auf der einen Seite stehen viele Millionen hungernde Erwerbslose und auf der anderen Seite verfault das Getreide in den Lagerhäusern der kapitalistischen Spekulanten. Absichtlich wird der Weizen und auch das übrige Brotgetreide in Riesenmengen zurückgehalten, um den Weltmarktpreis auf einer gewissen Höhe zu halten. Diese Politik scheint jetzt in Amerika an dem Punkt angelangt zu sein, wo die Krise mit elementarer Wucht einsetzt. Entweder wird durch Riesenangebote von Weizen der Weltmarktpreis gedrückt oder es wandern Millionen und Aber millionen Bushels ins Meer. — — Aber 20 Millionen Erwerbslose mit ihren Familien müssen weiter hungern.

Aber dieser Wahnsinn herrscht nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland. Bekanntlich sind schon jetzt Riesenmengen von Roggen für die menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht worden, um durch diese Vernichtung den Brotwucher zu „stabilisieren". Und obwohl gerade erst die neuen Zollwucherssätze in Kraft getreten sind, ist die „sozialdemokratisch geführte" Hungerregierung schon wieder dabei, mit neuen ungeheuerlichen Zollsätzen alles Vorausgegangene in den Schatten zu stellen. Dabei sind zugleich Bestrebungen im Gange, der Regierung, resp. dem „Ernährungs"minister durch ein Ermächtigungsgesetz diktatorische Vollmachten zu geben, die ihn befähigen, unabhängig von Parlamentsschacher, die Höhe der Hungerzölle so zu bestimmen, wie es die Getreidespekulanten und die großagrarischen Getreidewucherer fordern.

So wird auch in Deutschland die Republik mit „sozialem Inhalt" gefüllt, wovon der Panzerkreuzerkanzler Müller am Samstag in seiner Stuttgarter Rede faselte.

Die Beispiele des Zollwuchers und der Getreidevernichtung müssen die Arbeiterschaft anspornen, alle Kräfte einzusetzen, um dem kapitalistischen Wahnsinn ein Ende zu machen. Die planmäßige Wirtschaft der Sowjetunion bietet Gewähr dafür, daß solche Massenvernichtung von Brotgetreide unmöglich wird. Der Sozialismus ist der einzige Ausweg aus dem kapitalistischen Wahnsinn. Vereint muß die Arbeiterschaft aller Länder den Kampf für die Zertrümmerung der kapitalistischen Ausbeutung führen. Arbeitslose und Betriebstätige, Hand- und Kopfarbeiter, Männer und Frauen, müssen gemeinsam kämpfen, bis die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, den Weg für den Aufstieg auf sozialistischer Grundlage frei macht.

Kommunistischer Sieg bei der Stadtratswahl in St. Denis

Die Pariser Arbeiter stehen zur Kommunistischen Partei

Paris, 17. März. (Eig. Drahtber.) Gestern fand im Pariser Arbeiterbezirk Saint Denis eine Stadtratswahl statt. Die meisten Stimmen, nämlich 6137, erhielt die kommunistische Liste. Die republikanische Vereinigung erhielt 5327 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt, muß noch eine Stichwahl stattfinden.

Vor den Wahllokalen fanden bis in die späten Abendstunden hinein Kundgebungen der Arbeiter für die Kommunistische Partei statt. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die provozierend gegen die Arbeiter vorging. Ein Polizeibeamter wurde durch die sich wehrenden Arbeiter am Kopf verletzt.

Das Ergebnis bedeutet einen großen Erfolg für unsere Bruderpartei, zumal die Gegner mit allen Mitteln des Terrors versucht haben, die Vormacht der Kommunisten, der Partei des revolutionären Proletariats zu brechen.

Rote Siege im Ruhrgebiet

Die Neuwahl des Betriebsrates im Anschlag-Betrieb Faber im Duisburg-Ruhrorter Hafen führte zu einem völligen Sieg der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die oppositionelle Liste, auf der als Spitzenkandidat Genosse Struth stand, der wegen seiner Teilnahme am Oppositionskongreß von den Sozialfaschisten aus dem Verkehrsbund ausgeschlossen wurde, wurde fast einstimmig gewählt. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition besetzt damit den gesamten Betriebsrat.

Dieses Wahlergebnis ist um so höher zu bewerten, da die Hafenarbeiter hundertprozentig gewerkschaftlich organisiert sind, so daß sich also hier die organisierten Arbeiter geschlossen hinter den ausgeschlossenen Spitzenkandidaten stellten, trotz der infamsten Hetze der Gewerkschaftsbürokratie des Verkehrsbundes, die erklärt hatte, daß die rote Liste nicht gewählt werden könne, da „Unorganisierte" auf ihr kandidierten.

Auf der Zeche Dahlbusch hatte die Betriebsrätewahl einen starken Erfolg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Das Ergebnis lautet: Liste des BVV. 1062 (im Vorjahre 1584), Liste der Gewerkschaftsopposition 564 (—), Christen 766 (684). Dieses Ergebnis zeigt, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition auch auf dieser früheren Hochburg der Reformisten und Christen den ersten Durchbruch erreicht hat.

Ein Schandurteil gegen den Jugendverband

ist die Verurteilung des Genossen Flodur, Mitglied des BL. des KJVD. zu 1 Jahr 8 Monaten Festung und 150 Mark Geldstrafe wegen „Vorbereitung zum Hochverrat"!

Jungarbeiter! Beantwortet die Vorbereitungen zum Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes

mit dem Masseneintritt in den KJVD.

mit dem Aufmarsch der Hunderttausend, Ostern 1930 in Leipzig zum Reichsjugendtag der Jungkommunisten!

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale) Bezirk Südbayern

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags). Bezugspreis: wöchentlich 60 Pfg., halbmonatlich 1.25 Mk., monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Sprechzeit der Redaktion: Dienstag und Freitag von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr.

für München, Ober- u. Niederbayern

Mit den Beilagen: Der Rote Stern / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 10 Pfg., außerhalb Bayerns 15 Pfg. Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im u. anschließ. an Text 75 Pfg., außerhalb Bayerns 1 Mk. Anzeigenschluß: Tags zuvor abds. 6 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH., München, Nymphenburgerstr. 32. Fernspr. 50463. Postscheck: Freier Verlag München Nr. 47280. Druck: Bajuvarendruck G. m. b. H., München

Nummer 66 | München, Freitag, 21. März 1930 | 13. Jahrgang

Kriegshetzer auf den Kanzeln!

Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjet-Union in München

München, 20. März.

Der Haupthetztag gegen die Sowjet-Union, vom Papst auf den 19. März bestimmt, brachte auch in den meisten katholischen Kirchen Münchens, ebenso wie im übrigen Bayern, wüste Hetzorgien gegen den Staat der Arbeiter und Bauern. Die Pfaffen hielten sich dabei in der Hauptsache an das im Papstbrief angezogene Material über angebliche Greuel in der Sowjet-Union, ebenso wie an die Lügen des Herrn von Berg bei seinem letzten Vortrag in München. **Dutzende von Katholiken verließen die im Zentrum Münchens gelegenen Kirchen.** Personen, die eigens in die Kirchen gegangen waren, um sich zu überzeugen, inwieweit die kommunistische Presse die Wahrheit spricht, wenn sie von der Kriegshetze der Pfaffen schreibt, erklärten uns nach den Predigten, daß niemand in der Welt diese wahren Hetzorgien, die unter dem Schutze von Zuchthausparagraphen und einer gläubigen fanatisierten Bevölkerung auf hunderttausende von Köpfen losgelassen werden, schildern könne.

Bemerkenswert war, daß in fast allen Arbeitervororten Münchens, wo die Pfaffen mit einer scharfen Kontrolle durch die Freidenker und revolutionären Arbeiter rechnen mußten, sie nicht wagten, in die übrige Hetzkampagne gegen die Sowjet-Union einzustimmen, sondern sich an diesem Tage ausschließlich mit Predigten über den hl. Joseph zufrieden gaben. Nach Schluß der Predigt in der Pfarrei Sendling kam es zu einem Zwischenfall. **Als einer der die Kirche verlassenden, von der Geistlichkeit verhetzten Spießer einen ihm bekannten Jungkommunisten auf der Straße daherkommen sah, fiel er plötzlich mit dem Ruf: „Ein Kommunistenbazi!" über den Jungkommunisten her, packte ihn von rückwärts und schlug ihm den Kopf an die Kirchenmauer, sodaß er eine größere Verletzung davontrug.**

Wir berichten hierüber noch im Innern des Blattes.

Die Kriegshetze in Rom

Rom, 20. März.

Im Mittelpunkt der vom Papst angeordneten Hetzkampagne stand gestern das vom Papst selbst zelebrierte Pontifikalamt im Petersdom, an dem das gesamte diplomatische Korps, das Kardinalskollegium, Tausende von Geistlichen aller Grade und eine große Anzahl russischer Weißgardisten teilnahmen.

Auf der Diplomatentribüne wohnten der kriegerischen Demonstration der König von Schweden und die Ex-Herzogin von Oesterreich bei.

Der Papst wurde von der „erlauchten" und „hochwürdigen" „Menge" mit einem frenetischen Beifallssturm empfangen. Tausendstimmig dröhnte in den „heiligen" Hallen der päpstliche Kriegsruf: „Nieder mit dem Bolschewismus!" Das vom Papst intonierte Gebet des „Vater unser" wurde bei den Worten „und erlöse uns von dem Uebel" abgebrochen.

Genau wie in Bayern beschränkten sich auch im übrigen Reich die „Massen", die in das Feldgeschrei der kirchlichen Reaktion einstimmten, auf den Klerus, der vollständig erschienen war und einen Teil der Mitgliedschaft der katholischen Jungfrauenvereine, kaufmännischen Gehilfenorganisationen usw. Alles in allem hat der päpstliche Sühnetag ein klägliches Fiasko erlitten. Trotz dieses offensichtlichen Fiaskos unterschätzen wir die Bedeutung des päpstlichen Gebetskreuzzuges jedoch keineswegs. Dieser Tag war ein Tag der Mobilmachung der internationalen pfäffischen Reaktion, ein Tag der Massenverhetzung wie kaum je zuvor.

Die Arbeiterklasse der ganzen Welt hat aber auch bewiesen, daß sie auf der Hut ist für die Verteidigung der Sowjetmacht. Auch unsere christlichen Klassengenossen haben gezeigt, daß sie sich von dem frevelhaften Feldzug gegen die Sowjetunion, den die kirchliche Reaktion im Auftrage der Petroleumkönige und der Bankgewaltigen in Newyork und London, Paris und Berlin führt, mit Verachtung abwendet.

So wurde aus dem päpstlichen Kampftag gegen den Bolschewismus ein Tag der Aufrüttelung der werktätigen Massen zum Kampf gegen die kapitalistische Barbarei, für den Sozialismus und die Sowjetmacht!

Rote Betriebsräte im ganzen Reich

Neue Siege in Berlin, Essen und Leipzig

Berlin, 20. März. (Eig. Drahtber.)

Die gestrigen Betriebsratswahlen in den Berliner Betrieben zeigen den unaufhaltsamen Vormarsch, den die revolutionäre Opposition im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterschaft antritt.

Bei den Askania-Werkstätten in Friedenau erhielt die revolutionäre Liste der Opposition 289 Stimmen, die Reformisten 158 Stimmen. Die revolutionäre Opposition erhält 5 Betriebsräte, die Sozialdemokraten dagegen nur 2.

Einen außerordentlich starken Erfolg errang die revolutionäre Opposition in dem Betrieb **Schwartzkopff.** Die Stimmen verteilen sich dort wie folgt: Liste 3 (Opposition) 203 Stimmen, Liste 1 (Reformisten) 327 Stimmen, die Gelben erhielten 48 Stimmen.

Die Opposition, die im vorigen Jahr mit einem Kandidaten vertreten war, erhält jetzt 4 Sitze, die Sozialdemokraten dagegen verlieren 3, die Gelben erhalten keinen.

Ebenfalls ein Erfolg für die Opposition ist die Betriebsratswahl in der **Gummifabrik Veritas.** Von 261 abgegebenen Stimmen erhielt **Liste 3 (Opposition) 132 Stimmen,** Liste 1 (Reformisten) 129. Die revolutionäre Opposition erhält diesmal 4, die Reformisten 1 Sitz.

Einen außerordentlichen starken Erfolg errang die Opposition bei der Firma **Elektrizitätsgesellschaft Hydra-Werke,** einer Tochtergesellschaft A. E. G. **Während im vorigen Jahr im Betriebsrat nicht ein einziger Oppositioneller war, verteilen sich in diesem Jahr die Sitze wie folgt: Liste 2 (Opposition) 162 Stimmen, 3 Mandate,** Liste 1 (Reformisten) 216 Stimmen, 5 Mandate.

Vormarsch bei Krupp

Essen, 20. März. (Eig. Drahtber.)

Die Betriebsrätewahlen bei Krupp zeigen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition im Vormarsch. Das Ergebnis (die eingeklammerten Zahlen stellen die vorjährigen Resultate dar) lautet: **Liste 1 (Freie Gewerkschaften) 7384 Stimmen** (7795), Liste 2 (Christliche Gewerkschaften) 7361 (7032), Liste 3 (Gelbe) 1679 (1684), Liste 4 (Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften) 204 (393), **Liste 5 (revolutionäre Gewerkschaftsopposition) 3633 (3393)** Die Mandate verteilen sich: Reformisten 8 (9), Christen 8 (8), Gelbe 2 (1), Hirschen 0 (0), **Rote Betriebsräte 4 (4).**

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat in diesem Jahr 240 Stimmen gewonnen, die Reformisten verloren 411. Die Christen konnten auf Grund ihrer Arbeitsvermittlung in den Kruppbetrieben in den letzten Jahr ständig ihre Anhänger hereinschieben und gewannen dadurch 329 Stimmen. Im vergangenen Jahr wurden annähernd 4000 Belegschaftsmitglieder entlassen.

Erfolgreicher Anfang der Eisenbahnerwahlen

Saarbrücken, 20. März (Eig Drahtber.)

Im Saargebiet haben jetzt die ersten diesjährigen Arbeiterausschußwahlen bei den Saarbahnen begonnen. Es sind bisher folgende Ergebnisse bekannt:

Bahnhof Saarbrücken: Opposition 6 Sitze, SPD. 2, Christen 1.
Bahnhof Neunkirchen: Opposition 4 Sitze, SPD. 2, Christen 1.
Betriebswerkstätten Neunkirchen: Opposition 4 Sitze, SPD. 1.
Hauptwerkstadt Wurzbach: Opposition 5 Sitze, Handwerker 4, Christen 3, Reformisten keinen.

In diesem Jahre sind zum erstenmale rote Listen aufgestellt worden.

Leipzig, 20. März. (Eig. Drahtber.)

Die am 19. März stattgefundene Betriebsratswahl im Metallbetrieb **Max Jahn, Leipzig-Leutzsch** brachte einen vollen Sieg für die rote Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Insgesamt wurden 295 gültige Stimmen abgegeben, davon erhielten die **rote Liste 151,** die Reformisten 144. Sitze erhielten: **die Opposition 4, die Reformisten 3.** Der Sieg ist umso höher zu bewerten, als in den letzten Wochen die Belegschaft stark gesiebt wurde.

Die Betriebsratswahl der Stettiner Hafenarbeiter brachte den Sieg der Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition und damit einen weiteren Fortschritt des Einflusses der RGO. bei den Hafenarbeitern. An der Wahl beteiligten sich insgesamt 530 Kollegen. Von den abgegebenen Stimmen erhielt die Liste 1 (revolutionäre Opposition) 302 Stimmen und die Liste 2 (Reformisten) 228 Stimmen.

Dieses Ergebnis ist bedeutungsvoll, weil der Betriebsratswahl die heftigsten Auseinandersetzungen nicht nur in der Gruppe der Hafenarbeiter, sondern im ganzen Gesamtverband vorausgingen. Die reformistische Ortsverwaltung kämpfte mit einer Flut verleumderischer Flugblätter, mit Ausschlüssen und mit der Drohung des Entzuges der Verbandsunterstützung für diejenigen, die mit der Opposition gehen, gegen die revolutionäre Betriebsratsliste. Das alles hat ihnen nicht geholfen. Es hat nur dazu beigetragen, daß die Zahl der offen zur Opposition stehenden Hafenarbeiter gewachsen ist.

In den letzten Tagen hat die Belegschaft der Firma Malty-Freithal (Sa.) ihre Betriebsratsliste aufgestellt. Nach den Vorschlägen der revolutionären Gewerkschaftsopposition wurde eine rein oppositionelle Liste aufgestellt und gegen zwei Stimmen bestätigt. Da nur eine Liste eingereicht wurde, gilt somit die rote Liste als gewählt.

Die Regierungsparteien fürchten den Sturm der Werktätigen

Erkämpft die Landtagsauflösung!

Das Urteil des bayerischen Staatsgerichtshofs hat das bayerische Landeswahlgesetz in der Frage der Landesabgeordneten für verfassungswidrig und in der Frage der Wahlkreiseinteilung, da diese nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, für reformbedürftig und einer Nachprüfung notwendig erklärt. Wir Kommunisten haben unmittelbar nach der Urteilsverkündigung die Auflösung dieses durch ein verfassungswidriges Wahlgesetz zustande gekommenen Landtags gefordert. Aber für diesen Antrag war nicht das Urteil des Staatsgerichtshofs ausschlaggebend, sondern unser Wille, der werktätigen Bevölkerung Bayerns Gelegenheit zu geben, klar und eindeutig durch Stimmabgabe zu dem Youngplan und seiner innerpolitischen Durchführung Stellung zu nehmen.

Die Regierungsparteien fürchten diese Stellungnahme. Sie wissen, daß die Werktätigen ein vernichtendes Urteil über sie fällen werden. Keinen Arbeiter, keinen Klein- und Mittelbauer, keinen Kleingewerbetreibenden gibt es im ganzen Lande, der das, was der werktätigen Bevölkerung durch den Youngplan und die Gesetze seiner innerpolitischen Durchführung an Steuerlasten aufgebürdet wird, der insbesondere die verschärfte Knebelung der Arbeiterbewegung durch Severings Republikschutzgesetz auch nur zu einem Teil deckt oder sich damit solidarisiert.

Deshalb wollen die Regierungsparteien, wie aus einem Artikel der „Bayerischen Staatszeitung" hervorgeht, jetzt unter gar keinen Umständen an eine Landtagsauflösung gehen. Sie glauben mit einer Novelle zum Landeswahlgesetz, die einigermaßen dem Urteilsspruch des Staatsgerichtshofes gerecht wird und die lediglich sich mit den 15 Landesmandaten beschäftigen soll, sich aus der für sie prekären Situation zu retten.

Der Kampf gegen die Younggesetze, gegen Severings Republikschutzgesetz, den die Werktätigen führen als den Kampf gegen die herrschende Gesellschaft und ihre Unterdrückungs- und Verelendungspolitik muß auch ein Kampf für die Beseitigung des verfassungswidrigen bayerischen Landtags sein. Werktätige! Nehmt in allen Betrieben und Versammlungen Stellung! Schließt euch der kommunistischen Forderung an: Fort mit diesem Landtag! Abrechnung mit den Parteien der Younggesetze! Abrechnung mit dem drohenden Faschismus! Abrechnung mit der Diktatur des Trustkapitals!

Die Schule als Zuchthaus in Bayern

Die Geschäftsführer der Trust- und Agrarkapitalisten haben als Bayerische Staatsregierung dem Landtag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der die „Unterwühlung der Schulautorität" hintanhalten soll. Der „Bayerische Kurier", das Leiborgan Faulhabers und des Hetzers gegen Sowjetrußland, genannt Papst in Rom, sagt einleitend dazu folgendes: **„Die Entwicklung der letzten Jahre hat in weit höherem Maße als früher, Versuche Außenstehender zu einer den Erziehungszielen der Schule nachteiligen Beeinflussung der Schulpflichtigen und zur Untergrabung der Autorität der Schule mit sich gebracht."**

Ganz richtig verweist hier der „Bayerische Kurier" auf die Entwicklung der letzten Jahre. Was brachten diese Jahre? Sie lehrten nicht nur den erwachsenen Teil der Arbeiterklasse, die Pestbeulen des kapitalistischen Systems erkennen, sondern auch die proletarischen Kinder haben unterscheiden gelernt zwischen Theorie und Praxis. Die Aufgabe der heutigen Volksschule ist es die Arbeiterkinder zu willenlosen Sklaven der Kapitalisten zu machen, sie zu Kanonenfutter für das kapitalistische Vaterland zu erziehen, soll sie lehren über alle Tagesnöte hinwegzusehen und aufs Jenseits vertrösten.

Wenn man in der Schule von der „Gutmütigkeit der Kapitalisten" lehrt und die Eltern der Arbeiterkinder haben trotz Arbeit kein Geld, um sich eine gute, gesunde Wohnung zu mieten, können keine Schuhe, Kleider und Wäsche kaufen, ja können sich noch nicht einmal an Brot satt essen, werden arbeitslos und müssen den Hungerriemen immer enger ziehen, wenn man in der Schule die „großen Heldentaten" der Fürsten lehrt, diese angehimmelte Bande als bestes Geschäft jedoch nur zu rauben und plündern verstand und bis zum letzten Tag ihrer Herrschaft in moderner Form diese „Tugend" fortführte, wenn man in den Schulen den „Gott im Himmel" mit seiner Allmacht lehrt, dieser Gott aber nur der Gott der Reichen gegen die unterdrückten, ausgebeuteten Armen ist müssen den Arbeitern die Augen aufgehen und da fallen auch den Kindern die Schuppen von den Augen und sie werden sehend. Sie lernen die wahren Zusammenhänge kennen, merken ihr Sklaventum und kämpfen dagegen. Sie betrachten die Darlegungen ihrer Lehrer durch die Brille des knurrenden Magens und bilden sich ihr Urteil selbst. Sie schließen sich zusammen und vertiefen ihre Sehkraft noch mehr und nehmen alles mit Bedachtsamkeit kritisch auf, sie haben sogar die Courage, dem Lehrer von seiner falschen Lehre ins Wort zu fallen und man denke sich, diese Schulkinder machen Konferenzen und einige fahren zur Erholung nach Sowjetrußland und nach ihrer Rückkunft erzählen sie, wie dort die Arbeiterkinder Rechte haben, wie es keinen Prügelstock in der Schule mehr gibt, wie der Götzendienst abgeschafft ist, wie Schulspeisung durchgeführt ist usw. Das bringt die Papstknechte in Bayern aus Rand und Band. Und schon klopft Rom an die Pforten der Held-Goldenberger und schon fliegt ein Gesetz, dessen Inhalt den Kadavergehorsam erzwingen will, auf den Tisch des verfassungswidrigen Landtags.

Was will das Gesetz? Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein Arbeiterkind unentschuldigt der Schule fernbleibt, es sei denn der Vater hat 150 Mark übriges Geld. Sollte ein Fortbildungsschüler unentschuldigt wegbleiben, so trifft ihn die gleiche Strafe, jedoch sind im Falle der Uneinbringlichkeit die Eltern haftbar. Das raffinierteste ist aber der Artikel 58a. Er lautet:

„Auf Antrag der zuständigen Schulbehörde, wird an Geld bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft, wer vorsätzlich:

1. Schulpflichtige gegen die Schule oder die Lehrer aufreizt,

2. die Achtung Schulpflichtiger vor der Schule oder den Lehrern untergräbt, oder

3. Der Erziehungsarbeit der Schule an den Schulpflichtigen in sonstiger Weise entgegenarbeitet."

Neben allem anderen ist das der Höhepunkt einer raffinierten Jesuitensprache. In jedem Paragraph wird „Anreizerei" konstruiert. Ist es nicht eine Anreizung, wenn Kinder den Prügelpädagogen zu verstehen geben, daß sie gegen die Prügelstrafe sind? Oder den Lehrer, der als treuer Papstknecht die Hetze gegen Sowjetrußland betreibt, zu verstehen geben, daß sie das nicht mitmachen und ein solcher Lehrer abgesetzt gehört, oder daß sie sich gegen die militärische Turnerei und Erziehung zum imperialistischen Krieg usw. wehren? Oder wenn die Eltern ihre Kinder auffordern, daß sie gegen die Lehrer, die so etwas machen, Stellung nehmen? usw. wehren? Oder wenn die Eltern ihre Kinder auffordern, daß seine Sprüchlein von der Weltentstehung ersonnener Schwindel sind, oder daß seine Lehre über die Geschichte, die Geschichte der herrschenden Klassen, der Interessen der Kapitalisten und nicht der der arbeitenden Klassen darstellt. So gäbe es noch viele Beispiele, die die „Anreizung" oder „Achtungsuntergrabung" oder „Entgegenarbeit gegen das Erziehungsziel" in sich birgt.

Im ganzen will die schwarze Reaktion jede freiheitliche Meinung unterdrücken, und im besonderen den Jungspartakusbund verbieten, den Kindern die Wahrheit verschweigen und so das Proletariat weiterhin noch stärker knebeln, noch gefügiger machen für den Kapitalismus, für Kanonenfutter gegen die Sowjetunion. **Gegen diese schwarze Reaktion muß die ganze Arbeiterklasse aufmarschieren und Front machen! Heraus aus der Kirche! und Kampf dieser Regierung, das muß die Antwort sein!**

Sand in den Augen der Massen

Bruderkrieg zwischen Frick und Severing

Severing verschafft sich ein Alibi für den Terror gegen das Proletariat

Der „Vorwärts" von gestern früh veröffentlicht eine Unterredung des Oberbürgermeister Dr. Janson-Eisenach mit dem Polizeioberleutnant Meuß, der in Eisenach angestellt werden sollte. Auf angeblich ausdrückliche Anweisung des thüringischen Innenministeriums prüfte er ihn auf seine politische Zuverlässigkeit, besonders deswegen, weil er durch einen im Reichsbanner organisierten Bruder durch die Behauptung, er habe sich im Kriege selbst eine Verwundung beigebracht, „verdächtig" erschien. Der Polizeioffizier hat die nationalistische Gesinnungsprobe angeblich nicht bestanden und ist daraufhin nicht eingestellt worden.

Der Polizeioffizier soll besonders die Frage, ob er im Falle eines Putsches gegen die Nazis vorgehen werde, nicht mit dem dem gewünschten klaren Nein beantwortet haben.

Der „Vorwärts" fragt daraufhin den Reichsminister des Innern, ob er aus diesem Vorfall „Konsequenzen gegenüber dem thüringischen Innenminister" ziehen will. Kaum war der „Vorwärts" gedruckt, wurden schon die — natürlich vorher abgekarteten — Konsequenzen" Severings bekannt.

Er hat ein Schreiben an den thüringischen Innenminister und Nazihäuptling Frick losgelassen, in dem er sich darüber beschwert, daß er bisher noch keine Antwort auf eine frühere Anfrage erhalten habe und aus zugegangenen Nachrichten „begründeter Zweifel" darüber hege, ob „die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke von seiten des thüringischen Staatsministeriums noch erfüllt sind!"

Infolgedessen werde das Reich an Thüringen keine Zuschußzahlungen mehr leisten.

Fast gleichzeitig haben die Weimarer Schuldirektoren, die alle reaktionär eingestellt sind, eine Erklärung gegen Frick veröffentlicht. Sie hatten ihren Schülern die Teilnahme an nationalsozialistischen Kundgebungen gegen den Young-Plan verboten. Doch Frick hob dieses Verbot auf, was sie als eine „Zerstörung der Autorität der Schulleiter" betrachten.

Diese Situation scheint für den „starken" Severing der günstige Moment zu sein, eine Papierschlacht gegen den Thüringer Nazihäuptling zu führen. Als 1923 Kommunisten in der sächsischen Regierung saßen, ließ die Reichsregierung sofort die Reichswehr einmarschieren und die an sich von vornherein zum Mißlingen verurteilten Versuche der Brandler-Leute, von diesen Ministersesseln aus „Arbeiterpolitik" zu machen, in Arbeiterblut ersticken. Jetzt versucht Severing, im Schatten der Erklärung Hindenburgs, gegen Frick nur ein solches Manöver mit dem ausgesprochenen Zweck durchzuführen, um eine Stärkung der die Young-Plan-Politik bejahenden großbürgerlichen Elemente herbeizuführen.

In allererster Linie aber — das muß die Arbeiterschaft verstehen — handelt es sich darum, den Massen Sand in die Augen zu streuen.

Die Offensive Severings gegen die Thüringer Nazis soll ihm gleichzeitig das Alibi vor der sozialdemokratischen Arbeitermitgliedschaft für das verschärfte Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und besonders die kommunistische Partei verschaffen. Die Entwicklung wird zeigen, daß sich Severings Maschinengewehre und Republikschutzgesetz nur gegen die revolutionäre Arbeiterschaft richten werden. Genau wie 1920, 21 und 23 wird er sich auch wieder jener Leute bedienen, mit denen er jetzt „Krieg" spielt.

An den Pranger!

Millionen Erwerbslose hungern, aber die sozialdemokratischen Abgeordneten der bayerischen Wahlkreise: Geiselhart, Simon, Unterleitner, Klara Weich, Pfülf, Vogel, Simon, Buchta, Seidel stimmten für die Erhöhung der Ministergehälter und Pensionen

Mit welcher Schamlosigkeit die Sozialdemokraten die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten betrügen, zeigte sich besonders bei der Abstimmung zum Reichsministergesetz. Dieses Gesetz regelt die Bezüge der Minister und des Reichskanzlers in einer Form, die charakteristisch ist für die Korruptionsmethoden in dieser kapitalistischen Republik. **Das Gehalt des Reichskanzlers wird erhöht auf insgesamt 122 900 Mark, das Gehalt der Minister auf 62 720 Mark pro Jahr.** Gleichzeitig werden durch das Ministergesetz die **Pensionen für die Minister** geregelt in einer Form, die die gemeinste Provokation der Werktätigen darstellt. **Ein Minister, der nur 14 Tage im Amte ist, erhält nach dem neuen Gesetz bereits eine Pension für 6 Monate; Beamte, die Minister werden, erhalten nach ihrem Rücktritt die volle Pension bis an ihr Lebensende.**

Das Minister-Pensionsgesetz wurde selbst von den sogenannten „linken" Sozialdemokraten in Artikeln und Reden als eine Provokation auf die Not der Erwerbslosen und Rentner bezeichnet.

Das hinderte jedoch die Sozialdemokraten nicht, gemeinsam in der Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien bis zu den Deutschnationalen diesem Gesetz in namentlicher Abstimmung zuzustimmen. Nach der jetzt vorliegenden Abstimmungsliste vom 27. Febr. dieses Jahres waren es die obengenannten sozialdemokratischen Abgeordneten unseres Wahlkreises die dem Minister-Pensionsgesetz ihre Zustimmung gaben.

Wir erwähnen an dieser Stelle, daß auch alle anwesenden Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei diesem Gesetz zustimmten, um damit auch den christlichen Arbeitern zu zeigen, wie sich ihre Abgeordneten den „sozialen Ausgleich" zwischen Ministergehältern und Erwerbslosenunterstützungen vorstellen. **In allen Versammlungen, in allen Betrieben müssen diese Tatsachen den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern vorgehalten werden.**

KPD.-Landtagsabgeordneter wird ins Gefängnis geschickt!

München, 21. März.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Bayerischen Landtags befaßte sich gestern unter anderem auch mit einem Antrage der Staatsanwaltschaft Zweibrücken, **unseren Genossen Herbert Müller zur Strafvollstreckung freizugeben.** Genosse Herbert Müller war seinerzeit wegen eines Artikels in der kommunistischen Presse, in dem angeblich ein pfälzischer Richter beleidigt wurde, vom Gericht **zu zwei Monaten Gefängnis** verurteilt worden. **Der Geschäftsordnungsausschuß beschloß, da es sich um einen Kommunisten handelt, mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen, den Genossen Müller zur Strafvollstreckung freizugeben.**

Die bürgerlichen Parteien des bayerischen Landtags haben also die von dem Sozialdemokraten Severing in seinem Republikschutzgesetz herausgegebene Parole der Dezimierung der Kommunistischen Partei bereits aufgenommen.

Sozialfaschistische Betriebsräte?

Straßenbahner: „Kommt gar nicht in Frage — Sozialdemokrat — liet nur nach Berlin, da sitzt der Brolat! SPD.? Det is ja die Direktion! In Betriebsrat gehört die Opposition!"

Wählt die Betriebsratsliste der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Die Eisenbahner marschieren!

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 10. März 1930 nahmen die Kollegen des RAW. München-Freimann zu der Lohnkürzung, von den Gewerkschaften und der Verwaltung Arbeitszeitverkürzung genannt, Stellung. In beiden Versammlungen kam eindeutig, sowohl von den Christlichen, als auch von den SPD.-Arbeitern zum Ausdruck, daß jetzt endlich Schluß gemacht werden muß mit der verbrecherischen Gewerkschaftspolitik. Einmütig wurde der Schritt **der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Bildung roter Betriebsräte und roter Vertrauensmänner begrüßt.** In einer Resolution wurde die Politik der Wirtschaftspazifisten scharf verurteilt und gelobt, die revolutionäre Opposition auf das kräftigste in der Durchführung ihrer Forderungen zu unterstützen.

Daß die „Bonzen" nicht nur die Arbeiter verraten, wo sie können, sondern daß sie auch zu feige sind, diese ihre Politik vor den Arbeitern zu verteidigen, das bewies dieser Tag treffend, denn obwohl diese „Herrchen" bestimmt waren, anwesend zu sein, haben sie der Tapferkeit besten Teil gewählt und sind, obwohl sie im Ort waren, nicht zur Versammlung gegangen.

Anschließend an die Belegschaftsversammlung wurde in Freimann der Verwaltung ein Schnippcher geschlagen und eine **öffentliche Eisenbahner-Versammlung** durchgeführt, in der Bericht über den Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition und über die Reichskonferenz revolutionärer Eisenbahner erstattet wurde.

In beiden Referaten wurde klar und deutlich der bisherige Weg der sozialfaschistischen Gewerkschaften gezeichnet und darüber hinaus die Vorbereitungen der Reichsbahn zum kommenden Krieg gegen Sowjet-Rußland aufgezeigt. Der Ausbau der östlichen und westlichen Bahnhöfe Deutschlands, die Bildung von Bahnschutz, Bahnpolizei und Bahnschutz in Zivil in Höhe von annähernd 100 000 Mann, all das bewies den Kollegen wie notwendig es ist, daß sie sich fest im Betrieb zusammenschließen um die rote Einheitsfront gegen Kapital und Sozialfaschismus zu bilden. Die Versammlung war sich klar darüber, daß die momentane Arbeitszeitverkürzung nicht bei den 48 Stunden bleiben wird, sondern daß der Prozeß der Rationalisierung fortschreitet, die stärkste Unterstützung der Gewerkschaftsführer findet. Und wenn die Referenten aufzeigten, daß die Entwicklung die weitere Verelendung der Eisenbahner mit sich bringen wird, die weitere Kürzung des Lohnes, so haben sie recht behalten, denn **heute am 15. März wird bereits hinter dem Rücken der Arbeiter erneut verhandelt, um die 45-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich durchzuführen.**

Die Versammelten stellten sich daher ausnahmslos hinter die Forderungen der Reichskonferenz revolutionärer Eisenbahner, die lauten:

1. Für die Beseitigung der Dienstdauervorschriften und Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich bzw. 40 Stunden in der Woche.

2. Für die Beseitigung der Wirtschaftsgebiete, der Ortslohnklassen und der Ortslohnstaffeln, sowie Reduzierung der Lohngruppen von 8 auf 3.

3. Für eine außertarifliche Lohnerhöhung von 20 Pfennig pro Stunde.

4. Gegen die Leistungszulagen und das Gedingesystem.

5. Gegen Bahnschutz, Teno, Eisenbahnbetriebshilfe und Eisenbahnsportvereine.

6. Gegen jeden Abbau, Wiedereinstellung abgebauter Arbeiter und Beamten unter Mitwirkung der Personalvertretung

Riesengewinne in der Textilindustrie

Die Rheinische Möbelstoff-Weberei, vormals Dahl & Hunsche AG. **Barmen,** verteilte an ihre Aktionäre eine Dividende von 10%.

Die **Geraer Strickgarnfabrik, Feix. Feiskorn AG.** gibt ihren Aktionären auf Vorzugsaktien 8 Prozent und auf Stammaktien 12 Prozent.

Die **Wollwarenfabrik in Liegnitz** hat ihren Reingewinn von 281 000 Mark im Jahre 1928 auf 307 000 Mark im Jahre 1929 erhöht. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 8. April einberufenen Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 12 Prozent zu empfehlen.

Die Berliner Textilfirma Felbisch AG. hat 20 Prozent Dividende angekündigt.

Riesendividenden auf der einen, Hungerlohn auf der anderen Seite, daß ist die Auswirkung der „Real"-Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Schluß mit der Lohn-, Tarif- und Schlichtungspolitik. Die Textilarbeiter müssen gegen die Organe des kapitalistischen Staates unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf um den Siebenstundentag und höhere Löhne aufnehmen

Der tägliche Beobachter

Wie in Sowjetrußland die Kollektivisierung gefördert wird

Landwirtschaftliche Geräte werden in den Lagern der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Absendung in die Kollektivwirtschaften bereitgestellt.

20000 Volt töten drei Menschen

Ein Faschist und katholischer Jugendführer als Mörder aus Geldgier

Wien, 19. März 1930.

In Korneuburg begann am Montag unter riesigem Andrang der Bevölkerung die Verhandlung gegen den Bauernsohn Franz Neumeyer aus Rückersdorf, der am 4. August auf einer Landstraße am Ausgang seines Dorfes eine Starkstromfalle von der elektrischen Leitung der Ueberlandzentrale gelegt hatte, und damit seinen Bruder und zwei fremde Bauernsöhne ermordete.

Der Angeklagte ist bereits viermal wegen Diebstahls vorbestraft. Trotzdem aber genoß er in seinem Dorfe großes Ansehen, das er sich durch fleißiges Kirchengehen und durch rührige Tätigkeit im katholischen Burschenverein, in dem er sogar Obmann war, und in der faschistischen Heimwehr errungen hatte.

Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Starkstrommörder die grauenhafte Tat mit einer geradezu unvorstellbaren Kaltblütigkeit vorbereitet hat. Monatelang vorher beschäftigte er sich intensiv mit den Geheimnissen der Elektrizitätstechnik. In der Nacht zum 5. August schritt er dann zur Ausführung seiner Tat. In Rückersdorf war gerade Kirchtag gewesen und es war [illegible] nacht, als der Wagenergehilfe Wölfel mit seinem Rade die Landstraße nach Klein-Rötz passierte. Plötzlich entdeckte er zu seinem Schrecken drei leblose Körper auf der Landstraße liegen.

Im gleichen Augenblick wurde auch er vom Strom erfaßt und zu Boden geschleudert.

Wölfel konnte sich jedoch wieder erheben und lief zur Gendarmerie. Diese fand die drei Toten.

Ueber die Landstraße war in 1½ Meter Höhe ein dünner Eisendraht gespannt, der mit der elektrischen Starkstromleitung verbunden war, so daß jeder, der die Stelle passierte, durch den 20 000 Volt starken Strom getötet werden mußte.

Aus der zeitweise sehr dramatischen Verhandlung ging hervor, daß der Angeklagte aus reiner Geldgier seinem älteren Bruder nach dem Leben trachtete. Der Angeklagte, als der ältere Bruder, hätte nach österreichischer Sitte dem jüngeren sogenanntes Heiratsgut auszahlen müssen. Der Angeklagte selbst scheint um sein weiteres Schicksal nicht allzu große Sorgen zu haben, denn er hat bereits Zellengenossen gegenüber erklärt, daß er wohl mit einer nicht allzu hohen Strafe davonkommen werde. Rechnet er doch mit der bekannten Milde der österreichischen Klassenjustiz gegenüber allen faschistischen Heimwehrlern, auch wenn sie kriminelle Verbrecher sind.

Zum Diebstahl die Gemeinheit

Die Klanpräsidentin von Potsdam bezichtigt Hausangestellte und brachte andere ins Gefängnis

Was man über die Potsdamer Regierungspräsidentin, Frau Momm, bis jetzt hörte, würde schon genügen sie unter die Namen der degeneriertesten Vertreter der besseren Gesellschaft einzureihen. Das wird aber noch übertroffen durch das Bekanntwerden neuer Tatsachen wonach Frau Momm nicht nur beim letzten Diebstahl, den sie verübte, ihre Hausangestellten bezichtigte, sondern auch schon früher. Als zu Ende des vorigen Jahres ein größerer Posten Wäsche angeblich gestohlen war bezichtigte die Täterin, Frau Momm, eine Hausangestellte und deren Bräutigam. Dieser junge Mann wurde, obwohl er seine Unschuld beteuerte, und obwohl ihm der Diebstahl nicht nachzuweisen war, auf die Bezichtigung Frau Momms hin zu Gefängnis verurteilt. Der damals Verurteilte will jetzt seine vollständige Rehabilitierung durchsetzen und mit seiner Braut u. a. auch gegen Frau Momm, Beleidigungsklage erheben

Ein netter Nazi-„Brigadeführer"

Volle Kassen bei den Nazis — „Brigadeführer" unterschlägt 3000 Mark

Wie man aus der bürgerlichen Presse erfährt, ist der Brigadeführer der nationalsozialistischen Sturmabteilung des Gaues Hessen-Nassau-Süd, ein Kaufmann namens Boßhaag, abgesetzt worden, weil er 3000 Mark Parteigelder unterschlagen hat.

Ein netter „Brigadeführer" der Nationalsozialisten. Aber diese Mitteilung deckt u. a. auch auf, daß bei den Nationalsozialisten nicht gerade Ebbe in der Kasse sein muß, wenn einer auf einen Schlag 3000 Mark greifen kann. Die verschiedenen Bittgänge zu den „Bankjuden" und den Industrieherren, die die Nationalsozialisten unternahmen, scheinen also doch nicht vergebens gewesen zu sein.

Vom Automobil aufgespießt

Zwei Motorradfahrer tödlich verunglückt

Darmstadt, 20. März. Gestern abend fuhr bei Eberstadt ein Motorradfahrer mit Darmstadt mit seinem Sozius in rasendem Tempo auf ein vor ihm befindliches Fuhrwerk. Beide Fahrer sind tot. Von [illegible] Straßenbahn wurde beobachtet, wie der Soziusfahrer von den Stämmen aufgespießt wurde.

Pfarrer als Betrüger und Urkundenfälscher

14 Monate Gefängnis für einen Pfarrer, der jahrelang Betrug und Urkundenfälschungen verübte

Düsseldorf, 20. März 1930.

Dieser Tage wurde vom Erweiterten Schöffengericht in Gladbach-Rheydt der frühere Dechant Dr. Hütten, der 35 Jahre im Dienste der katholischen Kirche stand, zu einem Jahre zwei Monaten Gefängnis wegen fortgesetzten Betruges und Urkundenfälschung verurteilt. Auf seine Verfehlungen war die Kirchenbehörde schon vor Jahren aufmerksam gemacht worden. Hütten besaß aber bei der bischöflichen Behörde in Köln, dessen Leiter Kardinal Schulte sich erst vor einigen Tagen durch seine Hetze gegen Sowjetrußland hervortat, unumschränktes Vertrauen.

Um einen Skandal zu verhüten wurde Hütten, der 19 Jahre in dem Orte Wanlo bei Gladbach amtiert hatte, vor zwei Jahren als Oberpfarrer nach Gladbach versetzt. Die Gerüchte von seinen Unregelmäßigkeiten in Wanlo ließen aber nicht nach. Man versetzte ihn an die Adolphuskirche nach Düsseldorf. Dort las er täglich die Messe, bis ihn am 1. Dezember 1929 die Staatsanwaltschaft verhaftete.

Die Verhandlung gegen den Pfarrer ergab daß er

das Erzbistum Köln um 12 000 Mark geprellt

hatte. Köln hatte von der Kirchengemeinde Wanlo eine Aufstellung über die vorhandene Ländereien verlangt. Hütten gab 9,36 Hektar an, während in Wirklichkeit 23 Hektar vorhanden waren.

Hütten war natürlich finanziell an dem Pachtzins der Ländereien, den er auch von den armen Leuten rücksichtslos eintrieb, interessiert und verdiente dabei jährlich über 3000 Mark.

Die Abrechnungen unterzeichnete er mit dem Namen der beiden Kirchenvorstandsmitglieder Küppers und Jordans.

Außerdem fälschte er die Gehaltsquittungen des Küster Jordans auf 1500 Mark, während Jordans in Wirklichkeit nur 720 Mark erhielt. Den Ueberschuß steckte der famose Vertreter Christi in seine eigene Tasche.

Finanziell war er als Auktionator bei der Kunstanstalt Kühlen in München-Gladbach beteiligt, die Heiligenbilder und religiöse Kunstwerke fürs leichtgläubige Volk herstellt. Außerdem war der Oberpfarrer Aktionär der „Westdeutschen Landeszeitung", dem führenden Zentrumsblatt in Gladbach. Er bezog ein Gehalt von 8000 Mark. Seine Nebenverdienste auf Grund seiner Betrügereien und finanziellen Beteiligungen betrugen aber jährlich 24 000 Mark, außerdem erhielt Hütten als Mitarbeiter einer großen katholischen Zeitschrift noch monatlich 1000 Mk. Ungeklärt ist, wo das gesammelte Geld für die Anschaffung einer Kirchenorgel blieb, und was mit den Einkünften aus den zahlreichen Kollekten geschehen ist. Der Herr Pfarrer sorgte, ohne an eine Vergeltung im Jenseits zu denken, außerordentlich tüchtig für sein irdisches Wohlergehen.

Das Urteil, das den Pfarrer nur 14 Monate ins Gefängnis schickt, ist sehr milde.

Die Zentrumspresse hat den Fall totgeschwiegen. Sie ruft dafür lieber zum Kreuzzug gegen Sowjetrußland auf, ein Land, in dem freilich für solche Art von Pfaffen kein Platz ist.

10000 Obdachlose

Ungeheure Auswirkungen der Ueberschwemmungs-Katastrophe in Südfrankreich

Paris, 20. März 1930.

Unser Bild zeigt Pioniertruppen bei den Aufräumungs- und Dammbau-Arbeiten im Ueberschwemmungsgebiet in der Nähe von Bordeaux.

Von welcher Größe die Auswirkungen der Ueberschwemmungskatastrophe in Südfrankreich, von der elf Departements heimgesucht worden sind, zeigt eine amtliche Statistik, die bis jetzt verzeichnet: Zahl der Toten 206, Zahl der zerstörten Häuser 2700, überschwemmtes Gebiet 140 000 Hektar. Der Schaden wird gegenwärtig auf eine Milliarde geschätzt.

Von der Katastrophe wurden natürlich fast ausschließlich die werktätigen Bewohner dieser Gebiete getroffen, wie Wein- und Obstbauern, deren Land verwüstet und deren Häuser zerstört sind. Wie das auch in Deutschland bei ähnlichen Katastrophen der Fall war, richten sich jedoch die Hilfsmaßnahmen der Regierung fast nur auf die Unterstützung der Besitzenden. Wie wir schon berichteten, hat die Regierung ja auch alle Sammlungen der IAH., die den werktätigen Obdachlosen und in Not Geratenen helfen wollte, verboten und bedroht die Sammler mit Verhaftung.

Heilsarmee provoziert Arbeitslose

Die Hungernden stürmen Brotwagen

Newyork, 19. März. Die Heilsarmee macht sich in Amerika noch mehr als in Deutschland das Elend Hunderttausender zunutze, um sie mit Almosen zu bekehren. Sie hat in ganz Newyork unter den Arbeitslosen bekannt machen lassen, daß sie an alle kostenlose Mahlzeiten abgiebt. Als sich nun u. a vor dem Unterkunftshaus in der Bowery-Straße etwa 1000 Arbeitslose einfanden, mußten sie hungernd und frierend erst einige Stunden warten. Dann erklärte man ihnen, daß sie erst einige Bet- und Predigtstunden über sich ergehen lassen müssen, bevor sie etwas zu essen bekommen. Das löste berechtigte Empörung bei den wartenden Massen aus. Sie stürmten zwei Lastwagen mit Brot, das für diesen Dummenfang vorgesehen war. Die von der Heilsarmee alarmierte Polizei ging mit Knütteln und Gewehrkolben gegen die Erwerbslosen vor und stellte die „Ordnung" wieder her.

100 Menschen verbrannt

Wieder eine Kinobrandkatastrophe im Fernen Osten

London, 20. März. „Daily Expreß" meldet aus Tokio: Bei einem Brande in einem Kinotheater in Kirin (Mandschurei) kamen 76 Personen ums Leben. 27 werden vermißt und über 100 erlitten Verletzungen. Dies ist die zweite Brandkatastrophe, die sich innerhalb weniger Tage im fernen Osten in einem Kino ereignet hat. Am 10. März hatte sich, wie erinnerlich, in Shinkai in Korea ein ähnliches Unglück zugetragen, das über 100 Kindern das Leben gekostet hat

394 Häuser durch Brand zerstört

Riesenbrand in einer persischen Stadt

Teheran, 20. März. Der Ort Bandar-Schah am Kaspischen Meer ist durch eine gewaltige Brandkatastrophe zum größten Teil vernichtet worden. 394 Häuser liegen in Trümmern. Es sind mehrere Todesopfer und zahlreiche Verletzte zu verzeichnen

Eine Stadt niedergebrannt

12 000 Einwohner obdachlos

In der chilenischen Provinzhauptstadt Puerto Montt wütete ein Riesenbrand, der die Stadt fast einäscherte. Etwa 12 000 Einwohner sind obdachlos geworden und drei Personen in den Flammen umgekommen, die Zahl der Verletzten ist noch nicht festzustellen. Der Schadenschaden wird auf mehr als eine Million Dollar geschätzt.

Flugzeugunglück in Böhmen — Zwei Tote

Prag, 18. März. Heute vormittag stieß das Flugzeug Sb 16/13 auf dem Flugplatz von Milowitz beim Landen an eine Umzäunung. Es kippte um und geriet in Brand. Die aus zwei Mann bestehende Besatzung verbrannte.

Zwei Züge entgleist

Eisenbahnunglück im Staate Illinois — Fünf Tote

Chicago, 19. März. Bei Arlington Heights ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem fünf Personen getötet und zahlreiche andere erheblich verletzt wurden. Ein Personenzug der Chicago-Northwestern-Eisenbahn, der nach Chicago fuhr, stieß mit einem Bahnbauzug zusammen. Der Personenzug streifte die Dampfschaufel des Bauzuges, die auf das Gleis eines dritten von Chicago kommenden Zuges geschleudert wurde. Die Lokomotive und fünf Wagen des nach Chicago fahrenden Zuges und die Lokomotive des von Chicago kommenden Zuges entgleisten. Zahlreiche Rettungswagen wurden nach der Unfallstelle abgesandt.

Opferstockmarder am „Weltsühnetag"

Einbrecher in Notre Dame

Paris, 19. März. In der Nacht zum Dienstag haben Einbrecher den „Weltsühnetag" auf ihre besondere Art gefeiert. Sie haben in der Notre Dame Kathedrale von Paris sämtliche Opferstöcke erbrochen und ausgeraubt. Wie man annimmt, hatten sie sich vor Schließung der Kirche in einen Beichtstuhl versteckt.

Acht Schwerverletzte bei einer Gasexplosion

Cleveland, 17. März. Ein obdachloser Neger, der in dem Keller eines Wohngebäudes nächtigen wollte, verursachte durch fahrlässiges Umgehen mit einem Streichholz eine Gasexplosion, die den Einsturz des zweistöckigen Gebäudes zur Folge hatte. Acht Personen wurden schwer verletzt. Auch das Nachbargebäude wurde stark beschädigt. Die Explosion machte sich in meilenweitem Umkreis bemerkbar

Spanische Arbeiter erobern ihr Volkshaus zurück

Madrid, 17. März. In Bilbao zog eine Demonstration von 3000 Arbeitern vor das seit sieben Jahren von der Polizei versiegelte Volkshaus, erbrach Siegel und Türen und nahm wieder Besitz von dem Arbeiter-Eigentum. Die Polizei, die sich zuerst zurückhielt, überfiel mit Verstärkungen die aus dem Volkshaus herauskommenden Arbeiter, von denen zwei durch Säbelhiebe und die Schüsse eines Polizeioffiziers verwundet wurden. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen

Rückkehr des Polarforschers Wilkins

Neuyork, 20. März. Der Polarforscher Sir Herbert Wilkins ist gestern von seiner Antarktis-Expedition zurückgekehrt. Er berichtet, er habe an Stellen, wo ein Teil des antarktischen Festlandes vermutet worden war, nur offenes Wasser gefunden, habe aber an anderer Stelle eine neue Küstenlinie von großer Länge topographisch aufgenommen und fünf Inseln entdeckt

Stimmen der Werktätigen

Mordstimmung über dem Lande

Arbeiter soll gelyncht werden / Bluthetze der Hakenkreuzler

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Der Weltkirchentag ist vorüber. Wir können noch nicht abmessen, was im ganzen Lande, in allen Orten von den verantwortlichen Priestern „geleistet" wurde, um dem päpstlichen Bannfluch gegen Sowjetrußland und den internationalen Kommunismus gerecht zu werden. Aber wir können einige Tatsachen aufzeigen, um nachzuweisen, **daß der Erfolg der Kirchenhetze eine Pogromstimmung in gewissen Kreisen des Volkes ist, die sich in erster Linie gegen Kommunisten richtet, darüber hinaus aber alle Schichten und Anhänger des klassenbewußten Proletariats treffen soll.**

So besuchte ein

sozialdemokratischer Arbeiter,

die Michaelskirche, weil er es nicht glauben wollte, was unsere Zeitung wiederholt schrieb, daß die Kirche im Effekt ausgesprochen, **politische Kriegshetze gegen die Sowjetunion** betreibe. Er kam **zurück, mit der Erklärung, daß er es nie und nimmer für möglich gehalten, daß er einen jeden als Lügner betrachtet hätte, der ihm von der „Predigt"** erzählt haben würde. Aber so hat er mit eigenen Ohren Kenntnis genommen vom Feldzug der Kirche gegen die Union. Er ließ sich auch nicht täuschen von den Worten des Predigers, als dieser sagte, daß es eine Lüge der KPD. sei, wenn sie hinter den Papstworten und der katholischen Aktion Kriegspropaganda gegen Rußland erblicke.

So wie diesem Arbeiter erging es bestimmt vielen Hunderten, die gestern, viele sicher ausnahmsweise nach langen Jahren, die Kirchen besuchten. Und es ist gut so, die Arbeiter sollen aus eigener Anschauung lernen, daß wir nicht übertreiben, sondern im Gegenteil gar nicht in der Lage sind, unter den gegebenen terroristischen Verhältnissen, der ganzen ungeheuren Flut auch nur einigermaßen gerecht zu werden.

In allen Kirchen lagen Broschüren auf, „Der Rufer" benannt, die kostenlos verteilt wurden. Die Beilage hat den schönen Titel: „Die Wochschule der Seele". Der erste Artikel in dieser Broschüre ist überschrieben: „Der heilige Vater gegen die gotteslästerlichen Greuel in Rußland". Neben dieser Schrift sind in vielfach verstärkter Auflage noch Tausende und Abertausende von „Sonntagsfrieden", Katholischen Sonntagsblättern, Stimmen Jesu, Missionsschriften, Vereinsblättern zur Verteilung gelangt, die alle samt und sonders sich in unerhörte Greuelberichten ergießen, ein wahrer Schrecken für empfindliche Seelen. Ohne besonders den Betrug verbergen zu wollen, werden „Photographien" von hingerichteten Mönchen, die Knochenberge verhungerter Kinder, Hausszenen in Kirchen usw. dargestellt, die auf den ersten Blick die Montage und die Retouche erkennen lassen. Weiter darf nicht vergessen werden, daß augenblicklich wieder in verschiedenen Bezirken Münchens die „Missionen" abgehalten werden, die natürlich ebenfalls weidlich für die Antirußlandzwecke ausgenützt werden. **Ueber die Frauenpredigt, die ein Missionar in Giesing gehalten hat, werden wir noch gesondert berichten.**

Wie die Friedenspredigten sich praktisch auswirkten, entnehmen wir einem uns zugestellten Bericht eines Arbeiterkorrespondenten.

Tod den Kommunisten

„Am Mittwoch, den 19. März spielte sich vormittags 10 Uhr nach Schluß des Amtes vor der Margarethenkirche in Sendling folgende höchst bemerkenswerte Szene ab. Mit den Kirchenbesuchern verließ auch ein junger, sauber gekleideter Mann die Kirche. Unmittelbar vor der Kirchentüre fiel plötzlich ein durch die verhetzter Spießbürger über den jungen Mann her; mit dem Ruf: „Du Kommunistenbazi!" **packte er den Ueberraschten von rückwärts und schlug ihn mit dem Kopfe gegen die Kirchenmauer, so daß er eine schwere Verletzung davontrug.** Nicht genug damit. **Mehrere der Christen benützten die Gelegenheit, um ihren katholischen Gefühlen Luft zu machen. Sie stürzten auf den Mißhandelten und bearbeiteten ihn mit Händen und Füßen.** Lediglich die Empörung der Umstehenden schützte den Mann vor dem Totschlag durch die Mexikochristen. Als einige Polizeibeamte erschienen, schwoll dem erstgenannten Rowdie abermals der Kamm. **In ihrer Gegenwart schlug er neuerdings auf den Mann ein.** Wer nun glaubt, daß die sogenannten Ordnungshüter den Mann verhaftet hätten, kennt nicht die weißblauen Gewohnheiten. **Nicht er, sondern der Geschlagene wurde auf die Wache geschleppt, nicht einmal die Personalien des Prügelhelden wurden festgestellt.** Dabei steht fest, daß in der Kirche nicht das geringste vorgefallen war, was eventuell die Mordwut des Katholiken hätte entfesseln können, mit Ausnahme der allgemeinen katholischen Kommunistenhetze.

Trotzdem wollen wir feststellen, daß in einer Reihe von Kirchen auf die Art und Weise, wie der Kardinal im Dom seinerzeit die Aktion aufzog, verzichtet wurde, wohl in der Ueberzeugung, daß die Aktion nach rückwärts losgehen könnte.

Katholischer Antisemitismus

Einen Artikel müssen wir aber anziehen, da er mehr als bezeichnend ist für die Geistesverfassung der eigentlichen Papsthörigen. Nach der Meldung des „Völkischen Beobachter" soll der Pater Haups S. J., ein Jesuit also, in der Fastenpredigt am Sonntag, den 16. März in der Michaelskirche im Verlauf seiner Rede über die „Zustände in Rußland" wörtlich geäußert haben:

> **„Der Name Jesus darf nicht mehr groß geschrieben werden, dagegen der Name Moses. Spürt man da nicht die Hand des ewigen Juden, der durch die ganze Weltgeschichte hindurchgeistert? Betrachtet man die Namen der russischen Führer und entkleidet sie ihrer russischen Namen, dann sehen wir, daß nur der Jude der Führer der christenfeindlichen Bewegung in Rußland ist."**

Diese köstliche Blüte des christlichen Antisemitismus begeistert natürlich den „Völkischen Beobachter" zu einem langen und dummen Kommentar. Was werden wohl die Herren Rabbiner dazu sagen **die mit der katholischen und evangelischen Kirche den Dreibund gegen Sowjetrußland geschlossen haben?** Was werden wohl die Herren jüdischen Aufsichtsräte in den bayerischen und deutschen Banken dazu sagen, die mit ihren Kollegen von der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum die imperialistischen Befehle an die Regierungen hinausgeben? „Jude ist Jude" sagt der „Völkische Beobachter", wenigstens in der Theorie, damit wird der Jesuit wohl nicht ganz einverstanden sein; mit dem ewigen Juden, dem er vermutlich den schnellsten Garaus wünscht, wird er wohl nur die armen Teufel von Judenabkömmlingen gemeint haben, die nicht mit Geldsäcken und Aktien gesegnet sind.

Den Arbeitern aber, auch den katholischen und gläubigen sollten solche Dinge zu denken geben. **Wollen sie sich als Vorspann mit benützen lassen, um eines schönen Tages eine Massenabschlachtung der revolutionären Arbeiterschaft miterleben zu dürfen?** Wir glauben das nicht.

Der Staat schweigt

So gefahrdrohend die Bemühungen aller beteiligten Kreise sind; insbesondere die nationalsozialistischen Anstrengungen, **die dumpfen Massen zu einem Pogrom aufzuputschen: der Staat schweigt.** Er sieht nicht, oder will nicht sehen, was sich vorbereitet.

Die Polizei läßt die Meute sich ungehemmt austoben und greift im gegebenen Augenblick sogar dazu, um die blutrünstigen Burschen als Notpolizei aufzubieten, wie das in Kolbermoor geschehen ist. Für den Arbeiter steht immer deutlicher die Frage: **Soll er sich einfach abschlachten lassen von den losgelassenen Bluthorden oder soll er seine Gegenmaßnahmen rechtzeitig ergreifen?**

Was kann er tun? **Er muß sich loslösen von der Kirche und ihrer Beeinflussung; er muß dem Faschismus aller Richtungen den entschlossenen Kampf ansagen; er muß sich einreihen als Mitglied in die KPD.** AK. 2747.

Heraus aus der Kirche!

Was alles gepredigt und — — — gelogen wurde.

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Mehr denn je haben die Freidenker und mit ihnen alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen Veranlassung, den Ruf: „Heraus aus der Kirche!" hineinzutragen in alle Familien, Werkstätten, Betriebe und auf die Straßen. Das mußten alle jene feststellen, die am Mittwoch als Antichristen die Predigten und Hetzreden von den Kanzeln herunter selbst mit anhörten.

An dieser Stelle sollen nur einige wahrheitsgetreue Berichte vor der breiten Oeffentlichkeit den Beweis antreten:

St. Benedikt, Schrenkstraße, Westend

Die Predigt begann um ½9 Uhr mit dem üblichen Betrieb. Sodann legte der Pfarrer die Bedeutung des „Sühnetages" seinen andächtigen und — unandächtigen Hörern auseinander und malte die bekannten Greuel der Bolschewisten aus, so schwarz er nur konnte.

„Gewaltsame Unterdrückung der Gläubigen."
„Schließung, Zerstörung und Entweihung von Tausenden von Kirchen und Klöstern."
„Kein Religionsunterricht in den Schulen."
„Verbannung und Tötung von Priestern und Bischöfen."

Alle bereits bekannten „Greueltaten" führte er aus.

Die Christenheit der ganzen Welt müsse sich dagegen wehren, „daß sich nicht auch bei uns der bolschewistische Pesthauch" ausbreite. Ja, der Herr Gottesvertreter ging soweit, zu sagen, der bolschewistische Geist stecke in vielen Frauen und Mädchen schon seit einigen Jahren. Alles horchte gespannt auf und siehe da, er verlangte die **Abschaffung der kurzgeschnittenen Haare, der kurzen Röcke, ärmellosen und ausgeschnittenen Kleider und Blusen.** „Die kurzen Röcke hindern auch in der Kirche das Niederknien, denn vorne sehe man das bloße Knie" — und hinten..." Von den Eltern verlangte er, **„daß sie ihre Kinder nicht in Sports- und Turnvereine lassen sollen, außer in solchen Vereinen, wo man wirklich katholische Luft atme".** „Nur die Flucht vor dem bösen Geiste könne den einzelnen vor den Klauen des Bolschewismus retten."

Nun der Höhepunkt:

„Priester, Bischöfe, Seelsorger sind von Gott eingesetzte Engel, die uns davor bewahren, daß der Ostwind uns Tod und Verderben bringe."

Ausgezeichnet! Herr Gottesvertreter! Also zugegeben, daß die Kirche die Beschützerin des Geldsackes ist. — Vielleicht ist der Herr Stadtpfarrer Wackerl auch ein „von Gott eingesetzter Engel?" Ein schöner Engel, der jahrelang Geld unterschlägt und schließlich ins Gefängnis gesetzt werden muß. — Vielleicht ein von Gott — oder vom Geldsack? — irregeleiteter Engel?

Mit der Aufforderung zum Gebet für die Verfolgten und Ungläubigen schloß die „erhebende" Rede.

St. Rupert (Gollierplatz)

und St. Paul begnügten sich mit einem Gebet für die „armen verfolgten Christen" in Rußland.

In der Frauenkirche (Dom).

„Auflösung und Vernichtung der Familie durch den Bolschewismus", „Verfolgung und Verbannung von Priestern", „In den Großstädten Rußlands beinahe soviele Ehescheidungs- wie Eheschließungsbüros" und zum Abschluß ein „Gebet um Gnade und Abkürzung der Qualen der Verfolgten in Rußland".

In der Michaelskirche, Neuhauserstraße

wurde wohl die bedeutendste Predigt in München vom Stapel gelassen. Kein Geringerer als — man lese und staune — der

Jesuitenpater Rupert Mayer

sprach dort von der Kanzel herunter. Er sprach nicht zu andächtigen — sondern zu „lieben Zuhörern". Hatte er wohl einige bekannte Freidenkergesichter bemerkt?

In seiner, allen Freidenkern Münchens bekannten Art führte er seine Schauermärchen vor.

„Hunderte und Tausende von Priestern, Bischöfen und Laien wurden in Verbannung geschickt, zu Tode gequält und gefoltert; Tausende Kirchen geschlossen; Kunstschätze vernichtet, verbrannt; das heilige Kreuz bespien und beschmutzt."

„Rußland watet in Blut!"

„Vernichtung und Untergang des Glaubens, aller Moral und Sitte, Knechtung und Gewissensfreiheit."

Jeder Freidenker kennt die Gesten und Grimassen, die dieser Jesuit in seinen Reden schneidet. Nach der eigentlichen Hetze und Aufpeitschung der katholischen Gemüter lenkte er in seiner echt jesuitischen Weise auf die christliche Nächstenliebe ein.

„Nicht Haß, Gift und Galle dürfen die Katholiken gegen die Mitglieder der Kommunistischen Partei speien, sondern Gebet und Liebe müssen ihnen entgegengebracht werden." Echt jesuitisch! Man weiß, daß die offizielle Staatsgewalt die „richtige Liebe" dem Arbeiter schon beibringt, darum spricht man in der Kirche so. Herauß en befiehlt dann Faulhaber anders — und die Polizei verbietet Freidenkerversammlungen, wahrscheinlich „aus Liebe".

Aber eine Erwiderung, eine Antwort können wir den Jesuiten und ihrer Garde geben:

Heraus aus der Kirche!

Der Anfang ist gemacht. Ueber 300 Austritte sind im Februar und März bei den Münchener Standesämtern getätigt worden! Nicht rasten, steigert die Aktion! Weiter gilt die Losung:

Kirchen-Austritt!

Werbt! Arbeitet! Agitiert!

AK. 2748.

Nationalsozialisten und Sowjetrußland

Vor mir liegt der „Völkische Beobachter" vom Mittwoch, den 19. März. Nur einmal die Ueberschriften als Zeugnis für den Pogromgeist des Organs der Leute vom „dritten Reich". Da heißt es: „Messerbrigade der KPD.", „Ein weiteres Opfer der KPD.", „Die Juden als Führer der antichristlichen bolschewistischen Bewegung", „Die im Schmutz ertrinken..." Grauenhafte Bilder vom Sittenverfall in Sowjetrußland — Wie sich die Arbeiterdirektoren amüsieren — Der Gipfel aller Orgien: Das „Kollektiv des Trunkes und des wissenschaftlichen Lasters", „Die Entehrung des Weibes" — Die „wilde Ehe" in Sowjetrußland staatlich anerkannt — Ein grauenhaftes Kinderelend die Folge — Vertierung und Verseuchung des Volkes als Ziel." Was müssen die Leser des „Völkischen Beobachter" für Säuglinge und Dummköpfe sein, daß sie diese Kost **nicht nur aufnehmen, sondern tatsächlich auch anscheinend verdauen. Kommentar ist wahrhaftig überflüssig,** es genügt, die Vermutung auszusprechen, daß die Leute des „dritten Reiches" wohl **alle einmal zusammengefangen werden müssen, um in Heilanstalten mit Kaltwasserbehandlung eingeliefert zu werden.**

München. (In den Tod gegangen). Eine 35 Jahre alte Metallputzerswitwe wurde mit ihrem 5 Jahre alten Pflegekind in ihrer Wohnung an der Leutstettenerstraße infolge Gasvergiftung tot aufgefunden. Da die Frau seit dem vor einigen Monaten erfolgten Ableben ihres Mannes schwermütig war, liegt mit großer Wahrscheinlichkeit Selbstmord vor.

Bücher- und Zeitschriften

Foto-Auge, ein Buch von Franz Roh und Jan Tschichold

Ein Bilderbuch der Anregung für Jeden, der im künstlerischen vorwärts will, besonders aber für unsere Arbeiter-Fotografen. Endlich einmal wird nicht langweilig Vorlesung gehalten über Schulweisheiten der Salonfotografen, über stimmungsreiche Beleuchtung, Retusche — oder über Belichten, Kopieren und Schulperspektive. Dies Buch zeigt, was und wie man alles fotografieren kann. Es wurde geradezu gegen die Berufsfotografen herausgegeben, weil diese im öden Malerischen ersoffen sind. Und das ist gut so.

Die beiden Herausgeber sind getreue Gefährten unseres russischen Genossen Werthoff, der in seinem Manifest „Kino-Auge" sich gegen die heuchlerische Romantik des bürgerlichen Spielfilms mit seiner Schminke, seiner Gefühlsduselei gewandt hat. Und wie dieser für die proletarische Filmkunst die Organisation gefilmter Tatsachen forderte, in seinen wundervoll revolutionären Filmen zur Tat werden läßt, so verteidigen die Verfasser die künstlerische Organisation fotografierter Tatsachen gegen die „Aesthetiken mit den blassen Köpfchen", die Magazinmacher oder die malerischen Lichtknipser.

Verblüffend die Möglichkeiten, die hier an Hand internationaler Beispiele sich ergeben, vom ungeschminkten Menschenkopf zur Puppe, vom künstlerisch ausgewählten Röntgenbild zur Fotomontage, von der nihilistischen Art dadaistischer Künstler zu der sachlichen Tatsachenarbeit des Mordfotos. Für uns ist bei der Beurteilung der geistigen Einstellung des Buches von Wichtigkeit, daß die Künstler aus unseren kommunistischen Reihen sich immer wieder in den Vordergrund schieben: Lissitzki gab das Titelbild und ein wundervolles Plakat der Ausstellung Sowjetrußlands in Zürich; Werthoff eine eindringliche Fotomontage aus der revolutionären Welt seiner Filme; unser John Heartfield eine grandiose Komposition „Nach der Sintflut"; George Groß schließlich beißende, tiefernste Verhöhnung bürgerlicher Welt.

Es ist die Gesinnung des ganzen Buches, daß die offizielle Kunstwelt, auch das Foto, faul ist, reif zum Abbruch; daß aber auch schon eine Schicht neuer Künstler mit neuen Mitteln unbelastet und geradeswegs eine neue Welt baut, natürlich begeifert von spitzfindigen bürgerlichen Kritikern. Was tut's? Ist eine Sache stark genug, wird sie sich auch dagegen durchsetzen.

Wie wir! G. F.

An unsere Leser

Die Redaktion der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung aller Länder (AIZ.) bittet alle Arbeiter, die im Besitz alter Mai-Bilder sind, Photos und Dokumente über

Maifeiern einst und jetzt

an die Redaktion der AIZ., Berlin W 8, Wilhelmstr. 48/III einzusenden, die diese Bilder für ihre große 1. Mai-Nummer braucht. Jedes veröffentlichte Bild wird mit 10 Mk. honoriert, nicht verwandtes Material geht an die Einsender zurück.

Wir fordern alle Leser auf, diesem Wunsche der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung zu entsprechen, die uns gleichzeitig mitteilt, daß diese 1. Mai-Nummer besonders hervorragend ausgestaltet und zum ersten Male

als mehrfarbige Mai-Zeitung

erscheinen wird.

Südbayern

Raub der Hauszinssteuererträge

Von Georg Schumann, M. d. R.

Die Tatsache, daß nur etwa der dritte Teil der von den Mietern erhobenen Hauszinssteuer zum Wohnungsbau, der größere Teil jedoch für Sondergeschenke an die Hausbesitzer und für allgemeine Staatsausgaben verwendet wird, ist hinlänglich bekannt. Trotz aller Beschlüsse der Mietervereine hat nur die Kommunistische Partei allein, unbeschadet ihres schärfsten Kampfes gegen diese ungerechteste aller Steuern überhaupt, für die Verwendung der vollen Hauszinssteuererträge zum Wohnungsbau durch Anträge gewirkt, die aber von allen anderen Parteien, einschließlich der SPD., abgelehnt worden sind.

Aber selbst den zum Wohnungsbau vorgesehenen Teil der Hauszinssteuer will das herrschende Trustkapital schlucken und damit den Wohnungsbau völlig drosseln. In der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie wird die Beseitigung dieses Teils der Hauszinssteuer und gleichzeitig die Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Mieterschutzgesetze gefordert. Den anderen Teil der Hauszinssteuer wollen die Industriellen ersetzen durch eine Mietsteuer, die direkt von den Mietern zu tragen ist.

Bis zur Durchführung dieser neuen Raubpläne, die von der Reichsregierung bereits in ihrer Regierungserklärung Anfang Dezember 1929 akzeptiert wurden, legen die Länder und Gemeinden ihre Hand einstweilen auf die Rückflüsse aus Hauszinssteuermitteln, um sie dem Wohnungsbau zu entziehen. Die Zinsen für Hauszinssteuerdarlehen haben die Länder schon längst stillschweigend für andere Zwecke verwandt. In diesem Jahre fließen erstmalig Tilgungsbeträge zurück (für die bis 1925 gegebenen Hauszinssteuermittel), die in den folgenden Jahren bis zu 150 Millionen Mark jährlich ausmachen. Preußen hat 12,5 Millionen solcher Rückflüsse in den Etat eingesetzt und will davon 10,5 Millionen Mark zur Deckung der Staatsschuld, und 2 Millionen Mark für den Bau von Staatsbeamten-Häusern verwenden. Ausgerechnet Preußen geht in diesem Raub der Hauszinssteuergelder voran.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurde wegen dieser Tatsache Alarm geschlagen. Das Reichsarbeitsministerium mußte die anderweitige Verwendung der Hauszinssteuergelder für verfehlt erklären, und die Regierungsparteien brachten im Reichstag einen Gesetzentwurf (Drucksache Nr. 1503) zur Aenderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juli 1926 ein. Danach sind die Rückflüsse (Zins- und Tilgungsgelder) dem Wohnungsbau und der ländlichen Siedlung im vollen Umfange auch weiterhin zuzuführen. Eine Aenderung der Verwendungsart dieser Mittel ist nur durch Reichsgesetz zulässig. Die Länder haben eine Aufstellung über die rückzahlbaren Beträge vorzulegen. Alljährlich haben die Länder der Reichsregierung nachzuweisen, welche Rückflüsse eingegangen sind und wie sie weiter verwendet wurden.

Gegen diesen Gesetzentwurf liefen die Vertreter der Länder Sturm, vor allem Preußen und Bayern. Sie behaupteten, daß die Hauszinssteuer den Ländern gehörten, die nur durch das Reichsgesetz verpflichtet seien, einen bestimmten Teil einmalig zum Wohnungsbau zu verwenden. Ueber Zinsen und Tilgungsbeträge könnten die Länder frei verfügen. Für die badische Regierung stellte sich der Zentrumsabgeordnete Dr. Föhr in die Reihe der Gegner des Wohnungsbaues und stimmte gegen das Gesetz, das dann im Reichstag mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Dabei haben die Regierungsparteien in einem Punkte dem Ansturm der Länderregierungen nachgegeben. Die Bestimmung, wonach auch Rückflüsse von Darlehen und Anleihen wieder zum Wohnungsbau verwendet werden müssen, zu deren Beschaffung oder Rückzahlung Hauszinssteuermittel gegeben wurden, ist gegen die Stimmen der Kommunisten fallen gelassen worden.

Gegen die mit überwältigender Mehrheit vom Reichstag beschlossene Vorlage setzten die Länder — voran das Preußen des Konkordatssozialisten Braun — den Reichsrat in Bewegung. Schon nach wenigen Tagen nahm der Reichsrat Stellung und beschloß am Sonntag, den 22. Dezember 1929, Einspruch zu erheben. Er gab dazu folgende bezeichnende Begründung:

> **„Dieses Initiativgesetz greift in die Verwendung von Mitteln einer Steuer ein, die den Ländern zusteht und über die das Reich nur die Rahmengesetzgebung hat. So sehr auch den Ländern die Förderung des Wohnungsbaues am Herzen liegt, so kann doch diese Frage nicht vorweg und nicht allein vom Standpunkt des Wohnungsbaues entschieden, sondern muß — zumal angesichts der bedrängten Finanzlage der Länder — im Zusammenhange mit der bevorstehenden Reform der Reichssteuergesetze und des Finanzausgleichs behandelt werden."**

Der Reichsrat behauptet also, daß die Hauszinssteuer den Ländern gehört, von deren Erträgnissen sie nur den festgelegten Teil einmalig zum Wohnungsbau verwenden müssen, aber die Rückflüsse für Tilgung und Verzinsung beliebig verpulvern können. Diese Auffassung steht aber schon jetzt in dem Wortlaut des § 1 des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juli 1926 (Reichsgesetzblatt I, S. 251) in Widerspruch.

Wesentlicher ist aber, daß die Länderregierungen trotz ihrer hohlen Phrasen über die Förderung des Wohnungsbaues die Hauszinssteuer, die doch ursprünglich geschaffen wurde, um dem Wohnungsbau zu dienen, als Schacherobjekt beim Kuhhandel über den Finanzausgleich und die Steuergesetze benutzt werden soll. Wird schon heute der größte Teil des Hauszinssteuerertrages dem Wohnungsbau entzogen, so wollen die Länderregierungen noch mehr von vornherein zur Sanierung ihrer „bedrängten" Finanzlage verwenden und alle Zinsen und Tilgungsbeträge obendrein in die unergründlichen Tiefen ihrer Defizitwirtschaft verschwinden lassen.

Noch der Reichsverfassung muß nach dem Einspruch des Reichsrats der Reichstag das Gesetz nochmals, und zwar mit Zweidrittel-Mehrheit, beschließen, wenn es Gesetzeskraft erhalten soll. Es bleibt abzuwarten, ob die Parteien der Hermann-Müller-Regierung in dieser Frage festbleiben, oder ob sie nicht, wie schon in vielen Fällen, die Hauszinssteuer völlig und damit den Wohnungsbau den „höheren Interessen staatspolitischer Notwendigkeiten" opfern.

In den Gemeinden müssen unsere Genossen protestieren gegen jede Schmälerung des Hauszinssteueranteils für den Wohnungsbau, dagegen, daß die Zinsen und Tilgungsbeträge aus Hauszinssteuerdarlehen dem Wohnungsbau entzogen werden und immer wieder fordern, daß der volle Ertrag der Hauszinssteuer, solange sie noch besteht, dem Wohnungsbau in kommunaler Regie zugeführt wird.

Die Polizei in Nürnberg schießt auf Jungarbeiter

Nürnberg. Schon vor acht Tagen, als der kommunistische Jugendverband demonstrierte für die Freilassung des Genossen Uitsch, schoß die Polizei in der Sebastiansstraße ohne jede Veranlassung in die Demonstration, ohne aber glücklicherweise jemand zu treffen. Bei den übrigen Demonstrationen der Erwerbslosen konnte festgestellt werden, daß die Polizisten mit dem entsicherten Revolver in der Faust gegen die Demonstranten vorgingen und daß es nur der Disziplin der Demonstranten zu verdanken war, wenn es zu keinem Blutvergießen kam. Kein Wunder auch, wenn im ganzen Reich sozialdemokratische Polizeipräsidenten auf Arbeiter schießen lassen, muß dies doch bei der Gareispolizei in Nürnberg seinen Widerhall finden. Die Instruktionsstunden unserer Polizei, von denen wir hin und wieder Nachricht bekommen, sind deswegen auf diesen Ton eingestellt.

Die Auswirkungen zeigten sich am Abend des 18. März in der Nähe der M. A. N. Der kommunistische Jugendverband, Gruppe Süd, hatte einen Ausflug gemacht. Es waren etwa 60 Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, die sich daran beteiligten. In vollster Ordnung und Ruhe marschierten sie, ohne etwa zu singen oder zu rufen, vom Südbahnhof über die Frankenstraße zur Gugelstraße. Bei der Gugelstraße kam ihnen eine Polizeistreife von einem Blauen und einem Grünen entgegen und forderten sie auf, auseinanderzugehen. Die Jungarbeiter kamen auch dieser Aufforderung nach. Das paßte aber den Gareisjüngern scheinbar nicht in den Plan und sie gingen nun von hinten auf die rechts und links der Straße gehenden Jungarbeiter los und faßten die letzten drei, um sie zu verhaften. Dieses Vorgehen löste natürlich nicht nur bei den Jungarbeitern, sondern auch bei den Straßenpassanten ungeheure Empörung aus. Die Jungarbeiter verlangten die Freilassung ihrer Genossen. Im allgemeinen Tumult konnte sich einer der Festgenommenen befreien. Unterdessen hatten sich auch eine Anzahl Arbeiter angesammelt, die ihre Empörung über das Verhalten der Polizisten bekundeten.

> **Nun zog der Grüne seine Pistole und schoß ohne Warnung in die Menge, wodurch ein sich auf dem Heimweg befindlicher Jungarbeiter schwer verletzt wurde.**

In seiner Angst war nun der Grüne nicht mehr in der Lage, schnell genug zu laden und er flüchtete vor den aufgeregten Arbeitern und Jungarbeitern um die Ecke, wo er seine Knarre von neuem laden konnte, um wiederum sechs Schüsse auf die Arbeiter abzugeben.

Nach dieser „Heldentat" wurde es aber gefährlich für die Polizisten. Die angesammelten Arbeiter gingen nun gemeinsam mit den Jungarbeitern gegen die Polizisten, die nun ihr Heil in einer schleunigsten Flucht suchten. Der Grüne rettete sich in eine Wirtschaft, von wo aus er das Ueberfallkommando verständigte, und wagte sich nicht mehr auf die Straße. Der verletzte Jungarbeiter wurde von den Arbeiter-Samaritern ins Krankenhaus verbracht.

Während die Nazi und die sogenannten Vaterländischen zu jeder Zeit, von der Polizei unbehelligt, in den Straßen von Nürnberg ihren Radau verüben können, schießt die Polizei ohne Veranlassung auf die ruhig ihres Weges ziehenden Jungarbeiter. Die ganze Brutalität des bürgerlichen Klassenstaates kommt hier zum Ausdruck. Arbeiter, schließt euch zusammen gegen die wachsenden Terrorakte der Polizei gegen die Arbeiterschaft. Diese Polizisten werden ausgehalten mit dem Geld der Arbeiterschaft und schießen dafür die Arbeiter wie tolle Hunde nieder. Wollt ihr dem weiter untätig zusehen? Diese Vorgänge entspringen dem allgemeinen Rüsten der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft. Schließt euch zusammen in der roten Klassenfront, an deren Geschlossenheit der Vorstoß der Bourgeoisie zerschellen muß.

Jungarbeiter! Ihr seht hier, ihr seid Zielscheiben der Polizeimenschen, auf euch haben sie es besonders abgesehen. Schließt euch zusammen im kommunistischen Jugendverband und kämpft mit an der Spitze der gesamten Arbeiterschaft.

Der Kräutler-Prozeß

Die Plaidoyers.

Wenn der Staatsanwalt am Ende seiner Anklagerede erwähnte, daß nach seiner innersten Ueberzeugung Kräutler einen Raubmord begangen habe, so ist das natürlich kein Beweis. Die Argumentation stand überhaupt auf schwachen Füßen, alles klang konstruiert. Wichtige Punkte, so der Umstand, daß in den Blumensälen am Abend des verhängnisvollen Tages tatsächlich von der Neuen Schießstätte gesprochen worden war, wurden nicht erwähnt. Die ganze Rede war auf Möglichkeiten aufgebaut. Eine große Rolle spielte die Frage, ob es möglich sei von ¾11—¾12 Uhr nachts den von Kräutler angegebenen Weg zurückzulegen. Das Gericht hat dazu nicht 60 Minuten, sondern 75—80 Minuten gebraucht. Es steht nur nicht fest, ob die Uhr in den Blumensälen richtig ging, wann ferner genau die Schreie der Berta Weinmann gehört wurden. Es hieß nur: nach ¾12 Uhr vor Mitternacht. Auch die Frage, wieviel Geld die Ermordete bei sich getragen habe, mußte ungeklärt bleiben. Es waren Annahmen, Möglichkeiten, keine Beweise. Einen Raubmord anzunehmen, weil der Angeklagte dreimal gestohlen hat, weil er sich selbst arbeitslos gemacht haben soll, weil einige Arbeitgeber ihn als einen schlechten Arbeiter schildern, während die günstigen Zeugnisse anderer Firmen übergangen werden, weil er keine „Reue" zeigte, stellte die Anklage auf Raubmord auf noch schächere Füße. Mangelnde Reue war straferschwerend. Was hätte denn der Angeklagte tun sollen? Weinen? Schreien? Phrasen dreschen? Es darf angenommen werden, daß dieser junge Mensch heute noch gar nicht die Einsicht in die Ungeheuerlichkeit seiner Tat besitzt, daß sie ihm selbst nicht verständlich ist. Als der Staatsanwalt Todesstrafe beantragt hatte, herrschte tiefe Stille im Saale. Der Besuch der Verhandlung war also für ein gewisses Publikum lohnend gewesen. —

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Alfred Strauß, zerpflückte in ruhiger, sachlicher Rede die einzelnen Punkte der Ausführungen der Staatsanwaltes. Er mußte auf Leben und Charakter der Berta Weinmann eingehen, und das Bild ward etwas trübe. Wegen fünf Minuten eventueller Zeitdifferenz könne man einen Menschen nicht zum Tode verurteilen. Die vielen Hiebe allein schon bewiesen, daß die Tat ohne Ueberlegung ausgeführt wurde. Kein Beweis sei gegeben dafür, daß aus dem Handtäschchen Geld genommen worden sei. Kräutler sei nachgewiesenermaßen ein äußerst jähzorniger Mensch, der noch dazu an krankhafter Eifersucht leide, wozu er ein gewisses Recht gehabt habe. Nicht der geringste Beweis könne erbracht werden dafür, daß die Tat mit Ueberlegung ausgeführt worden sei. Der Angeklagte sei deshalb des Verbrechens des Totschlages schuldig zu erkennen.

Wie schon mitgeteilt, wurde Kräutler wegen Verbrechens des Totschlages zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Vertreterversammlung des Konsumvereins Sendling-München e. G. m. b. H.

Vom Konsum-Verein Sendling-München wird uns geschrieben:

Die außerordentliche Vertreterversammlung, die am Dienstag, den 11. März 1930 im großen Saale des Münchener Gewerkschaftshauses stattfand, erfüllte vor Eintritt in die Tagesordnung einen Akt der Pietät aus Anlaß des im Februar erfolgten Ablebens des 1. Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Max Huber. Alsdann erfolgte die Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat, bei der Genosse Karl Seiler gewählt wurde.

Die anschließende Versammlung des Genossenschaftsrates nahm einen Vortrag des Herrn Direktor Albert Bayerle entgegen, über: „Mittelstand, Warenhäuser und Genossenschaften". Der Referent führte unter anderem aus: Wenn die deutschen Konsum-Genossenschaften, die heute einen Jahresumsatz von 1¼ Milliarden Mark haben, den Umsatz des deutschen Einzelhandels in Höhe von 35 Milliarden Mark erzielen würden, dann könnten sie davon mindestens 5 Prozent an Rückvergütung, was sind 1750—2000 Millionen Mark an das kranke Wirtschaftsleben zurückfließen lassen und dadurch fast jedem Arbeitslosen Arbeit verschaffen. In Wirklichkeit fließen diese 5 Prozent, die der Einzelhandel genau so zurückvergüten könnte, in dessen Taschen. Aber gerade diese Leute rufen den Staat bei jeder Gelegenheit um Schutz an und behaupten von den Konsum-Genossenschaften „vernichtet" zu werden. Von 1907 bis 1925 haben sich die Handelsbetriebe um 65 Prozent vermehrt, die Bevölkerungsziffer nur um 13,5 Prozent; der Konsum-Verein Sendling-München kann nachweisen, daß sein Angestelltenkörper, welcher 1914 654 Personen betrug bis zum Jahre 1929 auf 1282 gestiegen ist und haben somit 628 Personen eine Lebensexistenz erhalten. Ferner wurde vom Redner auch diese Tatsache berührt, daß in letzter Zeit einige Münchener Kaufhäuser den Versuch machten, dem Konsum-Verein Sendling-München die Lieferanten abzutreiben. Z. B. eine Möbelfabrik verkaufte an uns und an eine andere Privatfirma gleichartige Schlafzimmereinrichtungen. Der Konsum-Verein Sendling-München verkaufte diese Einrichtung abzüglich des Januar-Rabattes von 10 Prozent um 1075 Mark, die Konkurrenz dagegen um 1600 Mark. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Konkurrenz, als sie unseren Schaufensterpreis erfuhr, den Fabrikanten, bei seinem Wiedererscheinen, zurückwies. Der Redner wandte sich hierauf auf die leichtfertigen Behauptungen, welche in der Stadtratssitzung vom 11. Februar 1930 gefallen sind. Der Konsum-Verein Sendling-München hat an viele Privatfirmen ganz ansehnliche Aufträge gegeben. Von den in den letzten drei Jahren neuerrichteten Bauten in Höhe von 3 307 200 Mark entfiel die eine Hälfte auf Bau- und Zimmererarbeiten, die andere mit etwa 1½ Millionen Mark auf Handwerkerarbeiten, die sofort bar bezahlt wurden. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit starkem Beifall entgegengenommen.

Alsdann erfolgte die Neuwahl des Genossenschaftsratsausschusses. Zum Schluß der Versammlung schilderte Herr Sekretär Gastl die Umtriebe der Metzgermeister gegen die vom Konsum-Verein errichteten Fleischverteilungsstellen. Allseits wurde dringend die Errichtung von neuen Fleischverteilungsstellen gefordert.

470000 Mark unterschlagen

Veruntreuungen bei der Münchener Ziegelverkaufsvereinigung

München, 15. März.

Die „Welt am Sonntag" bringt die Nachricht, daß dem Geschäftsführer der Münchener Ziegeleiverkaufsvereinigung G. m. b. H., Kommerzienrat Oelgrey mit zwei weiteren Persönlichkeiten des Direktionsbüros fristlos gekündigt worden sei, weil Oelgrey, der ein Gehalt von 70 000 Mark pro Jahr bezogen habe, im Laufe der letzten Jahre sich ganz erhebliche Beträge, die in der Gesamtsumme mit 400 000 Mark eher zu niedrig angegeben seien, widerrechtlich angeeignet habe. Seit seiner Entlassung habe Oelgrey, der einen Teil seines Vermögens im Ausland deponiert haben soll, von den veruntreuten Beträgen etwas über 100 000 Mark zurückgezahlt. Von einer Strafanzeige sei abgesehen worden

---

Todesurteil im Urlauer Mordprozeß

SCB. Ravensburg, 17. März.

Nach mehrtägiger Verhandlungsdauer wurde am Samstag in später Abendstunde das Urteil im Urlauer Mordprozeß bekanntgegeben. Darnach wird der angeklagte, 35 Jahre alte Braumeister Alfons Wiedemann, früherer Brauerei- und Gasthausbesitzer in Urlau, der seine Ehefrau durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet hat, wegen eines allein oder in Mittäterschaft mit einem anderen begangenen Verbrechens des Mordes zur Todesstrafe verurteilt, ferner wegen zweier oder mehrerer Verbrechen der Urkundenfälschung zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis.

Krone verlängert bis 25. März!

Wie wir soeben erfahren, sieht sich die Direktion des Circus Krone veranlaßt, ihrer diesjährigen überaus erfolgreichen Spielsaison noch einige Vorstellungen zuzulegen. Es finden infolgedessen noch bis mit Dienstag, den 25. März täglich 8 Uhr große Dank- und Volksvorstellungen statt, welche ausnahmsweise zu 50 Prozent Ermäßigung sämtlicher Eintrittspreise durchgeführt werden. Eine weitere Vergünstigung schaltet jedoch aus. Am heutigen Sonntag finden letztmalig zwei Vorstellungen statt, auch ist der zoologische Park bis mit Dienstag täglich von 10 bis 4 Uhr zur Besichtigung geöffnet.

Aus der Partei

Stadtteil Neuhausen.

Zelle II. Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr im Restaurant Sternecker, Linprunstr., Zellenversammlung.

Zelle I. Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr in den Volkarts-Bierhallen, Volkartstr., Zellenversammlung. Jeder Genosse muß erscheinen.

Stadtteil Westend.

Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr Stadtteilleitungssitzung in der Hohenburg.

Straßenzelle Schwabing. Alle Genossen werden aufgefordert zu der am Samstag, den 22. März abends 8 im Freimannerhof, Freimann, stattfindenden öffentlichen Versammlung zu erscheinen.

Straßenzelle Nord. Alle Genossen werden aufgefordert zu der am Samstag, den 22. März abends 8 im Gasthaus Möbelfabrik, Hanselmannstraße, Milberthofen, stattfindenden Versammlung zu erscheinen. (Straßenbahnhaltestelle Linie 8 Schopenhauerstraße).

Vereinskalender

Verband proletarischer Freidenker mit Feuerbestattung, Bezirk Nord. Heute, Freitag abends 8 Uhr findet im Lukasbräuhof, Theresienstraße 128, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Massensteuern! Massensteuern!

Moldenhauer kündigt gewaltigen Unterstützungsraub an — Keil tritt für Senkung der Besitzsteuern und Kapitalbildung ein
Genosse Neubauer rechnet mit den Arbeiterfeinden ab

In der Mittwochsitzung des Reichstages begann die Durchpeitschung der Hungervorlagen, die am 1. April in Kraft treten sollen. Ueber die Scharfmacherrede des Finanzministers Moldenhauer berichteten wir bereits.

Eine geradezu schamlose Rede hielt der Sozialdemokrat Keil, der genau wie Moldenhauer mit keiner Silbe auf die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Massenausplünderung einging. Aber dafür sang er noch besser als der Syndikus und Finanzminister Moldenhauer das hohe Lied auf die Kapitalneubildung.

Wir sind nicht Gegner einer Steuersenkung für den Besitz,

erklärte Keil. Um aber den Massen Sand in die Augen zu werfen, fügt er hinzu, daß die „Sanierung der Reichskasse" vorausgehen müsse. Diese Sanierung wird aber natürlich nicht mit Besitzsteuern, sondern mit Massensteuern und Unterstützungsraub gemacht.

Für die kommunistische Fraktion sprach

Genosse Neubauer:

Warum
lebt die Hermann Müller-Regierung noch?

Die Hermann Müller-Regierung zieht jetzt seit 20 Monaten den Reichskarren von einer Panne zur anderen. (Heiterkeit.) Man wirft dieser Regierung jämmerliches Herumwursteln, Klüngelinteressen, Fraktionsintrigen vor, aber dennoch ist sie noch nicht gestürzt. Woraus erklärt sich das? Aus der einfachen Tatsache, daß das Finanzkapital an dem Bestand gerade dieser Regierung im Moment das größte Interesse hat. (Sehr wahr! bei den Komm.) Das Finanzkapital würde einer Regierung alle Jämmerlichkeiten, wie sie gerade die Hermann Müller-Regierung bewiesen hat, nicht verzeihen, wenn es nicht zugleich wüßte, daß

ein besseres, gefügigeres Werkzeug für die Durchführung der finanzkapitalistischen Ausbeuterpolitik garnicht zu finden ist, als diese von einem Sozialdemokraten geleitete Regierung.

(Lebhafter Beifall bei den Komm.) Es ist kennzeichnend, daß bei dem vielfachen Postenwechsel in der Regierung das Finanzkapital immer darauf geachtet hat, daß ein Sozialdemokrat als Reichskanzler die Verantwortung für die Regierungspolitik übernimmt.

Die Etappen der Massenausplünderung

Alle Gesetze, die in den letzten Wochen im Reichstage verabschiedet wurden, haben einen engeren, inneren Zusammenhang. Erst kam der Youngplan mit der Festlegung der Generallinie der imperialistischen deutschen Politik und zugleich auch der Festlegung der gesamten deutschen Innenpolitik. Dann folgte das Severingsche Terrorgesetz. Und danach kommt heute als dritter Akt dieses schamlosen Raubzugs gegen die Arbeiterklasse in Form von neuen Steuern, neuen Zöllen, in Form des Abbaues der Sozialpolitik. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Nach der dreimaligen Erhöhung der Zölle auf Weizen, Roggen, auf Gerste und Hafer, nach der Zollerhöhung auf Fleisch, Kartoffeln, Schmalz und Butter, nach der Erhöhung der Steuern auf Tabak und Streichhölzer, folgt heute die Erhöhung der Biersteuer, die Erhöhung der Steuern auf Mineralwasser, Limonade, Tee und Kaffee. Somit hat die Hermann Müller-Regierung in Deutschland alles Trinkbare versteuert.

(Zurufe rechts: Das Wasser noch nicht! Gegenrufe der Komm.: O ja, die Wassertarife sind auch erhöht!)

Wie vollzieht sich der Abbau der Sozialausgaben?

Bei der Erörterung des neuen Etats erfuhren wir, daß bereits jetzt schon eine große Reihe von Verschlechterungen im Sozialetat vorgesehen sind. Die Wochenbeihilfe wird von 29 auf 15 Millionen gekürzt (hört! hört! bei den Komm.), die Zuweisung an die Invalidenversicherung von 40 auf 20 Millionen, die Ausgaben für die Kriegsbeschädigten von 88 auf 63 Millionen. Gleichzeitig teilt die Regierung mit, daß alle Summen für die Unterstützung der Saargänger gestrichen werden. (Stürmisches hört! hört! bei den Komm.) Soeben hat auch der Finanzminister Moldenhauer den allmählichen

Abbau der Arbeitslosenversicherung um weitere 400 bis 500 Millionen

angekündigt. Dieser Finanzminister war es auch, der auf einem „Liebesmahl" der Großindustriellen in Hamburg ein Programm entwickelte, mit dem großen Ziel auf die entschiedene Drosselung der Wohlfahrts- und Sozialausgaben auf allen Gebieten.

Die Auswirkungen der neuen Massensteuern

Die Erhöhung der Biersteuer trifft lediglich den Verbraucher. Die Brauereien haben unerhörte Dividenden ausgezahlt. Die neue Mineralwassersteuer ist nichts anderes als das Produkt eines schändlichen Kuhhandels zwischen Reichsfinanzminister und Braukapital. Diese Steuer soll 40 Millionen ausmachen, das bedeutet auf die Flasche Selterwasser eine Preiserhöhung von mindestens 5 Pfg., auf die Flasche Limonade eine Preiserhöhung von mindestens 10 Pfg.

Ein besonderer Skandal ist die Erhöhung des Benzin- und Benzolzolls durch den Finanzminister Moldenhauer. Dieser Finanzminister ist bekanntlich Aufsichtsratsmitglied beim IG.-Farbentrust und bezieht als solcher ein Arbeitslosen-Einkommen von 40 000 Mark im Jahr! (Hört! hört! bei den Komm.) Mit samt seinem Ministereinkommen und seinen Diäten hat

Herr Moldenhauer im Jahre über 100 000 Mark zu seinem persönlichen Verbrauch.

(Stürmisches Hört! hört! bei den Komm.) Da braucht man sich nicht zu wundern, daß dieser Mann Steuergesetze macht, die den Aermsten der Armen das Brot stehlen! (Sehr wahr! bei den Komm.) Dieser Reichsfinanzminister präsentiert uns jetzt einen Benzinzoll, durch den

die IG. Farben einen besonderen Reingewinn von 10 Millionen Mark erhalten.

(Stürmisches hört! hört! im ganzen Hause.)

Das Gegenstück zu diesem Millionengeschenk an den Farbentrust bedeutet das offene Attentat auf die Lohn- und Gehaltsempfänger, das die Regierung durch eine Verschlechterung der Lohnsteuer plant. In Zukunft soll die Lohnsteuerrückerstattung in Fortfall kommen. Das bedeutet ein glatter Diebstahl an den Lohn- und Gehaltsempfängern von 70 Millionen Mark.

Und was tun die Gewerkschaften?

Auf der letzten Tagung des ADGB. sagte der Referent Dr. Arons:

„Die augenblickliche Lage erfordert ein besonderes Notopfer auch von den Arbeitern. (Stürmisches hört! hört! und Pfuirufe bei den Komm.) **Das allgemeine Notopfer auf der Basis der Einkommensteuer muß möglichst weiten Kreisen auferlegt werden, auch den Arbeitern in der Gestalt, daß die sogenannten Lohnsteuersenkungen aufgehoben werden, die das Reich 120 Millionen gekostet haben."** (Hört! hört! bei den Komm.)

Das ist die Weisheit des ADGB.! Biersteuererhöhung: einverstanden, Tabaksteuererhöhung: einverstanden; Erhöhung aller Massensteuern und Zölle: einverstanden. Aber darüber hinaus machen die Gewerkschaften noch den Vorschlag auf

Verschlechterung der Lohnsteuer um 120 Millionen.

Sie schwimmen im Geld

Der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller begründet die Notwendigkeit der Kapitalneubildung mit der Behauptung, daß zu wenig Kapital vorhanden sei. Dabei hat selbst der Referent des Industriellentages, Herr Dr. Kehl, festgestellt, daß wir

in Deutschland eine jährliche Kapitalbildung von 10 Milliarden haben.

(Hört! hört! bei den Komm.) Der Stahltrust allein hat in den letzten drei Jahren über 300 Millionen Kapitalien neu investiert. (Stürmisches hört! hört! bei den Komm.) Wenn jetzt Hermann Müller eine noch weitere Kapitalneubildung fordert, so nur, um damit die vollständige Besitzsteuerfreiheit zu begründen. Die Bourgeoisie kann sich keinen besseren Geschäftsführer wünschen, als den Sozialdemokraten Hermann Müller.

Die Schriftmacher des Faschismus

Die Folge der sozialdemokratischen Regierungspolitik ist die **Faschisierung der deutschen Republik.** Nicht umsonst faßt die deutsche Bourgeoisie die Diktaturvollmachten des Artikels 48 ins Auge, die sie selbst dem Kabinett Müller geben möchte. Die Bourgeoisie weiß, daß der ungeheure Raubzug gegen die Arbeitermassen von diesen nicht wehrlos hingenommen wird. Darum sagen wir,

jeder Blutstropfen, der von den Polizeipräsidenten und den Polizeiministern vergossen wird, ist eine furchtbare Anklage gegen die Sozialdemokraten.

Diese Partei trifft die Verantwortung für die gegenwärtige Hungerregierung. Wir rufen in dieser Stunde den Arbeitermassen zu: **es gibt nur eine Möglichkeit, den neuen Ausplünderungsantrag der Regierung zu verhindern, und sie besteht darin, daß ihr Proleten in Stadt und Land euch zusammenschließt zu einer eisernen Klassenfront zum Kampf für höhere Löhne und für den Siebenstundentag. Ihr müßt euch einreihen zum Kampf für eure Klassenforderungen und euch nicht behindern lassen durch die Schranken des Polizeiknüppels, die euch in den Weg gesetzt werden!** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Komm.)

Severings Ablenkungsmanöver

Der Entrüstungssturm gegen das Republikschutzgesetz soll mit einem Scheinkampf gegen die Faschistenregierung in Thüringen abgebogen werden

Der Froschmäusekrieg zwischen Frick, dem Nazi-Innenminister von Thüringen und Severing, d. h. zwischen der thüringischen Landesregierung und der Reichsregierung, nimmt, wenn man die Pressemitteilungen als Maßstab betrachtet, immer „bedrohlichere" Formen an. Briefe, Erklärungen, geharnischte Proteste gehen hin und her. Der ganze Kampf wurde von uns schon als Manöver gekennzeichnet, das **man an interessierten Stellen gerade jetzt braucht.** Es ist kein Zufall, daß der Konflikt zwischen der Koalitionsregierung im Reich und der Faschistenregierung in Thüringen, die übrigens beide bezeichnenderweise durch die **Teilnahme der Deutschen Volkspartei, sowohl an dem faschistischen, als auch am Reichskabinett miteinander verbunden sind,** gerade in diesen Tagen, ausbricht. Die Bestrebungen des thüringischen Innenministers Frick, die Landespolizei zu verhaftenkreuzlern, datieren **ja nicht erst seit gestern.** Schon am 26. Januar konnte die „Rote Fahne" einen Befehl der **Sturmabteilung Ober-Ost** (Berlin) der Nationalsozialisten veröffentlichen, in dem die **Sturmabteilungsmitglieder der Hitlerpartei aufgefordert wurden, in die Thüringer Schupo einzutreten. Wir erinnern uns nicht, daß Severing damals auch nur das geringste unternommen hätte.**

Warum gerade jetzt? Darum, weil das Republikschutzgesetz mit seinen ausschließlich gegen die Kommunistische Partei gemünzten Verbotsparagraphen auch in sozialdemokratischen Kreisen solche Unzufriedenheit erregt hat, daß z. B. **in den Abteilungsmitgliederversammlungen in Berlin** und selbst von verschiedenen Bezirksleitungen, so in Breslau, scharfe Resolutionen gegen das Zuchthausgesetz und seinen antiproletarischen Charakter gefaßt wurden. Das hat Herrn Severing zur Eröffnung eines Scheinkrieges gegen die thüringische Faschistenregierung gezwungen, um so einen Zweifrontenkrieg vorzutäuschen, der in Wirklichkeit nicht geführt wird, denn **nach links, da feuert er mit Pulver und Blei, da werden von der Polizei allwöchentlich Kommunisten erschossen oder verwundet, aber nach rechts schießt er nur Papierkugeln ab, schickt Briefe und Telegramme und wenn es hoch kommt, kein Geld mehr.**

Die SPD. hat in der Reichsregierung schon bewiesen, daß sie auch anders kann und sie hat auch schon einmal anders gekonnt. **Vor 6½ Jahren hatte die Reichsregierung auch mit der Thüringer Landesregierung einen Konflikt. Aber damals waren Kommunisten in die thüringische Regierung eingetreten.**

Was tat der Sozialdemokrat Ebert damals?

Er ließ kurzerhand Reichswehr einmarschieren und die kommunistische Regierung absetzen. Warum tut Severing jetzt nicht, was sein großer Genosse damals konnte?

Weil die faschistischen Grundprinzipien der faschistischen Regierung übereinstimmen mit denen der Reichsregierung!

In der Durchführung des Young-Plans, in der Durchführung der Gesetze zur Verschlechterung der Lage der Werktätigen, in der Drosselung der sozialen Ausgaben, in der Entlastung des Besitzes und der neuen Belastung der Besitzlosen, da sind sie sich vollständig einig.

Sie sind sich auch einig in der Durchsetzung des Faschisierungsprogrammes, das in Verwaltung, Polizei und Reichswehr durchgeführt werden muß. Auf der einen Seite geschieht das mit mehr sozialfaschistischem, auf der anderen mit **mehr nationalfaschistischem** Einschlag.

Die Arbeiter dürfen sich durch solche Manöver nicht düpieren lassen. In Young-Deutschland wird von der herrschenden Klasse und ihrer Regierung kein ernster Kampf, ja nicht einmal ein einziger Schlag, der weh tun könnte, gegen den Faschismus geführt. Die Front des Sozialfaschisten Severing, die Front der Reichsregierung richtet sich ausschließlich gegen links zur Niederschlagung der deutschen Arbeiterklasse. Darauf müssen die deutschen Arbeiter gerüstet sein und dürfen sich vom Gegenschlag auch durch solche Manöver nicht abhalten lassen.

Es geht wieder los

mit Abstellung von „Mißständen" in der Arbeitslosenversicherung

Im Haushaltsausschuß des Reichstags stand am Mittwoch der Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums zur Debatte. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell ging dabei ausführlich **auf die Arbeitslosenversicherung** ein. Er erklärte offen, daß sich „kein vernünftiger Mensch gegen die Abschaffung von Mißständen und Mißbräuchen wehre". Er berief sich darauf, daß man **bereits im vergangenen Jahr** in dieser Richtung vorgegangen sei.

Die Arbeiterschaft kennt die „Abschaffung von Mißständen und Mißbräuchen". Unter dieser Begründung erfolgte bereits im vergangenen Jahr der rigorose Abbau der Unterstützung. Damals wie heute beschwichtigten die Sozialdemokraten die Massen. Die Folgen der weiteren „Abstellung von Mißbräuchen" werden so sein, wie sie in der Sitzung des Bundesausschusses des ADGB. vom 17. Februar zugegeben werden mußten: „Der Kreis der Versicherten ist **erheblich eingeengt worden...** Die neue Regelung des Begriffs „Arbeitslosigkeit" bedeutet gleichfalls eine **erhebliche Einschränkung des Unterstützteukreises,** ebenso die teilweise **Verdoppelung der Anwartschaftszeit.** Das gleiche gilt vom Ausschluß zahlreicher Kleinbesitzer aus der Unterstützung. Auch die Regelung für die Saisonarbeiter und für Rentenbezieher bedeuten weitgehende Ersparnisse. Tatsächlich erscheint die bisherige Reform vielfach als eine unerträgliche Härte."

Und kaum ist dieses Geständnis den Sozialfaschisten entschlüpft, kündigt der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell weitere Verschlechterungen an, und auch das Ausmaß wurden schon von Moldenhauer angekündigt: **400—500 Millionen Abbau!**

Ueberall, wo ein Schlot raucht

muß für den Kampffonds für die Partei geworben werden. Die Arbeiter geben gerne

für die Kommunistische Partei!

Jugendsportler beschließen Teilnahme am Jugendtag

Die Ortsgruppe Aue des Arbeiterrad- und Kraftfahrerbundes wählte eine Delegation von zehn Jungarbeitern zum Jugendtag nach Leipzig.

Die Turnerjugend in Limbach in Sachsen begrüßt den Reichsjugendtag des KJVD. Ostern in Leipzig und beschließt kollektive Teilnahme. Sie fordert die jungen Sportler auf, sich dem Beschluß anzuschließen und geschlossen in Leipzig zu demonstrieren.

Junge Arbeiterradfahrer kommen. Die Jugendmitglieder des Arbeiterrad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität", Opposition Berlin, nahmen mit großer Begeisterung folgende Entschließung an: „Die am 10. März 1930 versammelte Jugend des Arbeiterrad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität" (Opposition) Berlin gelobt, alle Kraft einzusetzen für einen geschlossenen Aufmarsch zum Reichsjugendtreffen der arbeitenden Jugend in Leipzig."

Außer der jungen Kavallerie meldeten in dieser Woche vier weitere Jugendabteilungen der roten Sportler Berlins ihre Beteiligung zum Jugendtag, und zwar die **Freie Turnerschaft Neuköllns,** der **Schwimmverein „Vorwärts", „Fichte"** 68. und Freie Schwimmer Nord.

Der rote Wedding marschiert. Im Wedding haben sich bereits 400 Jungarbeiter, die nicht Mitglieder im KJVD. sind, zur Teilnahme am Reichsjugendtag gemeldet.

Kirchenverfolgungen in — Polen

In Polen 40 Prozent der griechisch-orthodoxen Kirchen geschlossen

Warschau, den 17. März 1930.

Der weißrussische Senator Bogdanowitsch sprach im polnischen Senat über die Verfolgung der griechisch-orthodoxen Kirche in Polen.

Der Redner führte viele Fälle der gewaltsamen Umwandlung von griechisch-orthodoxen Kathedralen in katholische Kirchen an, so die neuerlich auf Anordnung der polnischen Behörden erfolgte Schließung der Kirche in Ostrog unweit der Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion.

Der Redner erwähnte, daß in vielen Orten griechisch-orthodoxe Kirchen abgebrochen werden, und bemerkte weiter: „Der Abbruch der Kirche erfolgt auch jetzt, während die Protestaktion gegen die „Religionsverfolgungen" in der Sowjetunion im Gange sind".

Ferner erklärte der Redner: In der Sowjetunion wurden von 40 000 Kirchen etwa 1030, also 2,5 Prozent, in Polen aber 40 Prozent der griechisch-orthodoxen Kirchen geschlossen. Der Vize-Innenminister Peracki hat an die örtlichen Behörden ein gedrucktes Rundschreiben gerichtet mit der Weisung, die Einberufung des griechisch-orthodoxen Konzils zu verhindern, da dieses „aus politischen Erwägungen" unerwünscht sei. Dabei weist Peracki an, so zu handeln, daß der Eindruck erweckt werde, die Einberufung des Konzils sei der griechisch-orthodoxen Bevölkerung unerwünscht.

Die Rede des Senators Bogdanowitsch, die die Verfolgung der griechisch-orthodoxen Kirche in Polen aufdeckt, ist in keiner einzigen polnischen Zeitung zur Veröffentlichung gelangt.

Auch die Papst- und Kirchenpresse hat „aus politischen Erwägungen" nirgends Notiz von diesen Tatsachen genommen. Sie schwindelt weiter über „Kirchenverfolgungen" in der Sowjetunion.

Der Bischof selbst spricht von „Uebertreibungen"

Zwischenfälle bei sowjetfeindlichen Gottesdiensten in England

In den Kirchen aller englischen Religionsgemeinschaften wurden am 16. März Bittgottesdienste für die „verfolgten Christen" in Rußland abgehalten. Es geht aus den Presseberichten hervor, daß fast in allen Fällen die Geistlichen zunächst betonten, die Bittgottesdienste seien völlig apolitisch, um unmittelbar darauf die wüstesten Hetzreden zu halten.

Der Bischof von Bradford sagte in der Kirche von Ilkley u. a.: „Ihr könnt einen großen Teil all dessen, was Ihr gehört habt, als Uebertreibung in Abzug bringen, aber es kann nicht in Frage gestellt werden, daß eine große Zahl von Verfolgungen sogar bis zum Tode vorgekommen sind... Es kann eingewandt werden, daß sie aus politischen Gründen umgebracht wurden, aber wenn man Politik mit Religion vermischt — und manchmal kann man das nicht anders — so sind sie wirklich Märtyrer des christlichen Glaubens".

Die gesamte Presse meldet von verschiedenen Zwischenfällen und Protesten bei solchen Bittgottesdiensten. In verschiedenen Fällen wurden vor den Kirchen Flugblätter des Bundes der Freunde der Sowjetunion und anderer revolutionärer Organisationen verteilt.

Die antibolschewistische Papstmesse

Beim Schweißtuch der hl. Veronika: „Nieder mit dem Bolschewismus!"

Gestern stieg in der Peterskirche in Rom die feierliche Messe, die Papst Pius XI. „für die ganze Christenheit und für sein geliebtes russisches Volk" zelebrierte. Vormittags 10 Uhr erschien der Papst. „Sehr langsam und nach allen Seiten segnend, schwebte der Papst auf dem goldpurpurnen Tragstuhl an den berninischen Hauptaltar heran". Die aufgebotenen Schweizergardisten und Gendarmen machten die nötige Stimmung für Niederrufe gegen den Bolschewismus. Zwei Stunden lang wurde gebetet, gepredigt und gesungen, gegen die „Volksverderber in Rußland". Zuerst kam der 58. Psalm, dann der 78. und dann die Litaneien der Heiligen. Als besondere Attraktion hatte man sich eine Gruppe russischer Priesterschüler verschrieben. Das Vaterunser wurde nach dem Motto: „Und erlöse uns von dem Uebel" gesprochen. Dann kam noch der 129. Psalm und noch einige als Dreingabe. Damit die aufgebotenen Massen auch etwas zu sehen bekommen, zeigte man die „Reliquien" und zwar — man höre und staune — das Schweißtuch der Veronika, das Holz aus dem wahren Kreuze Christi und den Speer des Malchus.

Danach bestieg der Papst wieder seinen Tragsessel und entschwand . . .

Viele Vertreter, auf die man gerechnet hatte, blieben demonstrativ diesem ganzen Antisowjet-Rummel fern. Sogar die Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Englands im Vatikan konnten es offenbar nicht mit ihrer Mission vereinigen, an dem Aufzug teilzunehmen.

Norwegens Arbeiter stehen zu ihrer Partei

Gewaltstreich der norwegischen Sozialfaschisten gegen die kommunistische Presse von den Arbeitern abgewehrt

Oslo, 19. März 1930.

In Bergen, der zweitgrößten Stadt Norwegens, waren die Buchdrucker der kommunistischen Tageszeitung „Arbeidet" am 4. März plötzlich in den Streik getreten. Der Streik wurde mit dem Ausbleiben der Arbeitslöhne begründet — die Auszahlung war um ein paar Tage verzögert worden — aber auch, nachdem sämtliche Buchdrucker den Lohn bis auf den letzten Pfennig erhalten hatten, stellten sie dem Druckereivorstand ein Ultimatum und verharrten im Ausstand, während das sozialdemokratische Blatt die gemeinsten Lügen verbreitete und den Vorgang so darstellte, als wenn die kommunistische Zeitung Pleite gemacht und nicht mehr erscheinen könnte.

Das Vorgehen der sozialfaschistischen Buchdrucker erregte einen Sturm der Empörung unter den Arbeitermassen Bergens und Umgebung. Diese stehen seit Jahren in ihrer Mehrheit hinter der Kommunistischen Partei auch das Gewerkschaftskartell und die meisten Ortsgruppen der verschiedenen Verbände sind von den Kommunisten beherrscht, die hier in ihrer stärksten Festung getroffen werden sollten.

Das gerade Gegenteil dessen, was die Sozialfaschisten beabsichtigt hatten, traf ein; die Teilnahme an der Arbeitslosendemonstration war in Bergen größer als je zuvor, und über 5000 Demonstranten beschlossen einstimmig, über die sozialdemokratische Presse den Boykott zu verhängen.

Eine Massenversammlung, wo der bekannteste und wegen seiner revolutionären Vergangenheit früher sehr populäre Führer der Sozialfaschisten Tranmael reden sollte, endete mit einem großen Sieg der Kommunisten. Tranmael brach nach einer halben Stunde völlig zusammen, als er gewahr wurde, daß ihn die Wahrheit nicht hören wollte, und trat ab. Der kommunistische Redakteur Galoen rechnete unter dem ohrenbetäubenden Beifall der Zuhörer mit den Sozialfaschisten ab, worauf die Versammelten auf die Straße gingen, um vor der sozialfaschistischen Zeitung zu demonstrieren. Zahlreiche Gewerkschaften der Stadt Bergen und Umgebung erklärten in geharnischten Protestresolutionen, daß „Arbeidet" die einzige Arbeiterzeitung in diesem Landesteil sei, und daß alles aufgeboten werden müsse, um dieses Blatt zu verteidigen. Trotz der schweren Krise und der großen Arbeitslosigkeit sammelten die klassenbewußten Bergener Arbeiter in einigen Tagen über 10 000 Kronen für ihre Zeitung, die Gewerkschaft der Hafenarbeiter stiftete allein 3000 Kronen. Gleichzeitig beschloß die Gewerkschaft der Transportarbeiter mit großer Mehrheit über den gesamten Materialtransport an das sozialfaschistische Organ die Sperre zu verhängen.

Eine Anzahl revolutionärer Buchdrucker hat an Stelle der streikenden Sozialfaschisten die Arbeit aufgenommen, so daß „Arbeidet" unter allgemeiner Zustimmung der Arbeiterschaft am 10. März wieder erschien.

Das Vorgehen der revolutionären Buchdrucker und der gesamten Arbeiterschaft Bergens ist ein glänzendes Vorbild für die Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Nach hinten losgegangen

Politischer Skandal bei den sowjetfeindlichen Bittgottesdiensten in Polen

Warschau, den 19. März 1930.

Die zweifellos zu politischen Zwecken organisierten sowjetfeindlichen Bittgottesdienste am 16. März endeten mit einem ungeheuren politischen Skandal. Diese Kampagne schlug nicht nur fehl, weil am 16. März die ganze Polizei mobilisiert werden mußte, aus Furcht vor antireligiösen Kundgebungen der polnischen Arbeiter. Der Schlag kam von einer völlig anderen Seite: Die orthodoxen Kirchen Polens hielten sich ausdrücklich von der Teilnahme an den Bittgottesdiensten fern, um so gegen die Verfolgung der orthodoxen Kirche in Polen zu protestieren.

Es scheint, daß nicht allein die offizielle orthodoxe Kirche, sondern alle orthodoxen russischen Organisationen in Polen einschließlich des russischen Studentenverbandes in Warschau sich von der Antisowjetkampagne fernhielten. Der Studentenverband veröffentlichte in der Presse eine Erklärung, daß er nicht teilnehmen könne.

Antwort an Pius XI.

Die Protestbewegung in der Sowjetunion gegen den Papst-„Kreuzzug"

Moskau, 19. März. In der Sowjetunion hat die Protestaktion gegen den von der internationalen Clique und Reaktion angezettelten „Kreuzzug" eingesetzt.

In den Leningrader Betrieben wurden zahlreiche Arbeiterversammlungen abgehalten. Die Arbeiter der Roten Putilowwerke erklären, ihre Antwort auf die Antisowjetkundgebung sei ein noch engerer Zusammenschluß um die Leninsche Partei, noch beharrlichere Durchführung der Industrie- und Finanzpläne, noch entschiedenerer Kampf um die sozialistische Umgestaltung des Dorfs.

In Sebastopol, Simferopol und anderen Städten der Krim fanden wuchtige Kundgebungen der Arbeiterschaft und der gesamten werktätigen Bevölkerung statt.

Ueberall standen die Kundgebungen im Zeichen großer Begeisterung. Angesichts der auf den 19. März anberaumten sowjetfeindlichen Gottesdienste, haben die Belegschaften vieler Betriebe den Beschluß gefaßt, einen Tageslohn in den Industrialisierungsfond abzuführen.

Die Moskauer Arbeiter haben beschlossen, eine große Sammlung einzuleiten zur Finanzierung eines Flugzeug-Geschwaders: „Antwort an Pius XI."

Zurück nach der Sowjetunion!

Die schwedisch-russischen Bauern, die vor einem Jahr Rußland verließen, wollen zurück

Stockholm, den 20. März 1930.

Unter den schwedisch-russischen Bauern, die im vergangenen Jahr durch die Lügenpropaganda der Bürgerlichen und Sozialfaschisten genarrt wurden, ihre Heimat in der Ukraine zu verlassen und nach Schweden auszuwandern, wächst die Zahl derer, die nach der Sowjetunion zurückfahren wollen. Kürzlich hat neuerdings einer von ihnen bei der sowjetrussischen Gesandtschaft um die Einreiseerlaubnis in die Sowjetunion ersucht. Er hält an seinem Antrag fest, obwohl ihn die Bürgerlichen und Sozialfaschisten zu ködern suchten, indem sie ihm einen eigenen Bauernhof versprachen.

Nun haben sich weitere fünf Bauernfamilien dem Schritt des ersten angeschlossen und erklärt, daß sie durch nichts zurückgehalten werden können. Die Unzufriedenheit unter den 900 Menschen, die sich durch bisher nicht erfüllte Versprechungen überreden ließen, ihre Heimat und ihre selbständigen Bauernhöfe in der Ukraine zu verlassen, ist allgemein, kann sich aber nur langsam geltend machen, weil die meisten der Emigranten über das ganze Land als Lohnarbeiter auf den Herrenhöfen verstreut sind.

Ihr Ersuchen an die Sowjetgesandtschaft kommt für die schwedischen Patrioten doppelt ungelegen, weil sie gerade jetzt ihren „Kampf gegen die Religionsverfolgungen in der Sowjetunion" begonnen haben. Wenn die 900 Emigranten — welche sämtliche religiös und politisch indifferent waren, als sie nach Schweden kamen, — die bolschewistische Hölle dem demokratischen Schweden vorziehen, so werden die schwedischen Arbeiter den Greuelmeldungen über die Verhältnisse in der Sowjetunion schwerlich Glauben schenken können.

25 000 zur Verteidigung bereit

Kampagne zur Verteidigung der Sowjetunion in USA.

Newyork, 19. März 1930. In einer vom Bund der Freunde der Sowjetunion in Newyork veranstalteten Massenversammlung, an der sich 25 000 Personen beteiligten, wurde einmütig eine Resolution zugunsten der Verteidigung der Sowjetunion angenommen.

Unter den Rednern befanden sich Foster von der Kommunistischen Partei, Graf Karolyi von der Anti-Horthy-Liga, Ford, der Negerorganisator der Liga für Gewerkschaftseinheit, Vertreter der Freidenker, der Atheisten, der Internationalen Roten Hilfe und andere. Es waren nicht weniger als 500 Polizeispitzel anwesend.

Der stille Don

Roman von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur u. Politik (Dr. Johann Wertheim), Berlin-Wien

53. Fortsetzung.

Zu Aksinjas Pflichten gehörte es, dreimal wöchentlich die Fußböden im ganzen Hause zu scheuern, das Geflügel zu füttern und den Geflügelhof sauber zu halten. Sie packte die Arbeit fest an und gab sich Mühe, allen, sogar Lukerja gefällig zu sein. Grigorij verbrachte den größten Teil des Tages zusammen mit dem Stallknecht Ssaschka in dem großen, geräumigen Stall. Der Alte wurde trotz seiner weißen Haare noch immer Ssaschka genannt. Niemand setzte seinen Vatersnamen dazu, und seinen Familiennamen kannte wohl selbst der alte Lestnizkij nicht, bei dem Ssaschka schon mehr als zwanzig Jahre diente. In seiner Jugend kutschierte Ssaschka, doch als er älter wurde, seine Kraft verlor und schlecht sah, wurde er Stallknecht. Klein, mit grünlichgrauen Haaren bedeckt — sogar auf den Händen wuchsen ihm graue Haare — mit einer breiten Nase, die in seiner Kindheit von einem Schlag mit einem schweren Stock zerquetscht worden war, lächelte er stets ein himmelblaues Kinderlächeln, sah die Welt mit einfältigen, zwinkernden, in rote Fältchen gebetteten Augen an. Ssaschka ergötzte sich oft am Schnaps. In solchen Augenblicken wankte er über den Gutshof, stellte sich vor die Fenster des Schlafzimmers des Gutsherrn, drohte schlau mit dem Finger.

— Mikolaj Leksseytsch! Mikolaj Leksseytsch! — rief er laut und streng.

Der alte Herr pflegte, wenn er sich gerade im Schlafzimmer befand, zum Fenster zu kommen:

— Hast dich vollgesoffen, du Blöder! — donnerte er aus dem Fenster.

Ssaschka hielt seine hinunterfallenden Unterhosen fest, zwinkerte schlau. Ein Lächeln tänzelte quer über sein Gesicht: vom zusammengekniffenen linken Auge bis zu der rosa Narbe, die vom rechten Mundwinkel bis zum Kinn lief. Das war ein schiefes, aber angenehmes Lächeln.

— Mikolaj Leksseytsch, Euer Hochwohlgeboren... ich kenne dich! — Ssaschka tänzelte, drohte mit erhobenem, schmutzigem Finger.

— Geh, schlaf dich aus — lächelte der Herr ihm versöhnlich aus dem Fenster zu und drehte mit tabakgebräunten Fingern den hinunterhängenden Schnurrbart.

— Der Teufel betrügt Ssaschka nicht! — lachte Ssaschka und kam noch näher. — Du bist genau wie ich, Mikolaj Leksseytsch, genau wie ich. Wir sind beide wie Fische im Wasser... der Fisch geht auf den Grund ... und wir gießen eins in den Schlund!... Wir sind beide vornehm... jaaa... — Ssaschka blies sich auf, machte eine breitausladende Handbewegung. — Uns kennen alle ...im ganzen Dongebiet... wir... — Ssaschkas Stimme wurde einschmeichelnd und traurig — wir sind beide schön... nur unsere Nasen sind stinkig...

— Warum denn? — fragte der Gutsherr neugierig und wurde vor Lachen puterrot.

— Vom Schnaps! — sagte Ssaschka laut, zwinkerte mit den Augen und leckte mit der Zunge den Speichel ab, der die Narbe am Kinn entlang hinabfloß. — Trinke nicht, Mikolaj Leksseytsch, hörst du; trinke nicht! — Sonst gehen wir beide zugrund! Wir versaufen alles bis auf den letzten Faden.

— Geh nur, schlaf dich aus!

Der Gutsherr warf ein Zwanzigkopekenstück aus dem Fenster, das Ssaschka im Fluge auffing und im Unterfutter der Mütze versteckte.

— Nun, leb wohl, General!

— Hast du die Pferde getränkt? — Der General lächelte schon in Erwartung des Kommenden.

— Verflixter Teufel! Hundesohn! — schrie Ssaschka, blaurot werdend. Wut schüttelte ihn wie ein Fieber. — Ssaschka wird die Pferde vergessen! Ssaschka? Und wenn ich am Sterben wäre... würde ich mit meinen Eimern hinkriechen, um sie zu tränken!... Was quatschst du da!... Sooo waaas!

Ssaschka ging, niedergeschmettert durch diese unverdiente Beleidigung, fort, fluchte wild und drohte mit den Fäusten. Ssaschka war alles erlaubt: das Trinken, die mehr als vertraulichen Redewendungen dem Gutsherrn gegenüber. Und all dies, weil Ssaschka ein unersetzlich guter Stallknecht war. Sommer und Winter schlief er im Stall. Niemand wußte besser als er mit den Pferden umzugehen. Er war Stallknecht und zugleich Schmied. Im Frühling pflückte er Gräser und Kräuter in ihrer Maiblüte, grub in der Steppe Heilwurzeln aus. Hoch oben hingen sie ganz sauber in Bündelchen sortiert an der Wand. Das waren Heilmittel für alle möglichen Krankheiten und Beschwerden der Pferde.

Im Stall, in dem Ssaschka Winter und Sommer schlief, hing, wie ein leichter Spinnwebschleier, ein Duft, der in der Kehle stecken blieb. Auf dem Bett, aus Brettern zusammengezimmert, lag Heu, mit einer Pferdedecke zugedeckt und Ssaschkas Jacke, die durch und durch nach Pferdeschweiß stank. Außer dieser Jacke und einem kurzen Halbpelz besaß Ssaschka nichts.

Tichon, ein kräftiger, etwas blöder Kosak, mit dicken, schwulstigen Lippen, lebte mit Lukerja und war heimlich und grundlos auf Ssaschka eifersüchtig.

Einmal im Monat pflegte er ihn am Knopf seines schmutzigen Hemdes zu packen und ihn hinter den Stall zu führen:

— Du, Alter, laß meine Lukerja in Ruh!

— Das ist, sozusagen... — Ssaschka zwinkerte vielsagend mit den Augen.

— Paß auf, Alter! — bat Tichon.

— Ich hab Pockennarbige zu gern, mein Lieber. Schenk mir keinen Schnaps... eine Pockennarbige leg mir hin, sonst brauch ich nichts... Je pockennarbiger sie ist, um so mehr gefällt sie mir.

— In deinen Jahren, Großvater... das ist doch eine Sünde, eine Schande... Bist doch ein Bader... heilst Pferde, kennst dich in der Bibel aus...

— Ich kann alle Krankheiten heilen... — sagte Ssaschka trotzig.

— Laß sie in Ruh... das ist doch unmöglich...

— Ich muß Lukerja haben! Kannst dich von ihr verabschieden, Bruder! Ich muß sie dir wegschnappen! Sie ist wie ein Kuchen mit Rosinen... die Rosinen sind nur herausgekratzt, deshalb ist sie auch pockennarbig. Ja, ja, nur solche Frauenzimmer gefallen mir!

— So—o... komm mir nicht unter die Finger, hörst du?... Ich zerschlag dich noch mal... — sagte Tichon seufzend und holte eine Kupfermünze aus seinem Tabaksbeutel.

Monat für Monat wiederholte sich dasselbe Gespräch...

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität"

Ortsgruppe München.

Berichtigung: Der Film „Die Großmacht Solidarität" läuft nicht wie am Montag in der Voranzeige stand am 28. März, sondern am Samstag, den 26. April im Gewerkschaftshaus abends 8 Uhr. — Am Samstag, den 22. März öffentliche Radfahrer-Versammlung in Laim bei Pasing im Rest. zum Hirasl, Ecke Fürstenrieder und Cammerlohrstraße. — Die Abteilungen 4, 5, 11, 12, 13, 15 und 16 werden ersucht sich bei dieser Versammlung um 7 Uhr in Laim einzufinden. Der Propagandaabend Ungarn findet nicht statt. Die Genossinnen und Genossen der Abteilung 5 treffen sich um 5 Uhr im Abteilungslokal. — Die Abteilung 11 trifft sich um 5,30 Uhr im Lokal. — Abteilung 14. Abfahrt am Samstag vom Lokal um 6 Uhr. Die Genossinnen und Genossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Freitag, den 21. März der alte und neue Verkehrsfilm läuft im Turnsaal, Polizeigebäude in der Ettstraße, Beginn 8 Uhr, Eintritt frei. — Am Sonntag, den 23. März Ortsgruppen-Zusammenkunft bei der Abteilung 16 in Milbertshofen, Rest. zur Krone, Georgenschwaigstraße. — Sämtliche Abteilungen werden ersucht sich bei der Abteilung 16 einzufinden. — Die Ausfahrt der Abteilung 7 findet am Sonntag nach Lying statt. — Abteilung 1 Abfahrt 13 Uhr zur Abteilung 16. Bei schlechter Witterung Zusammenkunft bei Genossen Reichenbach, Rest. Deutsche Eiche, Reichenbachstr. 13. — Abteilung 10 Abfahrt zur Abteilung 16 um 13 Uhr vom Lokal. — Abteilung 11 Abfahrt zur Abteilung 16 um 13 Uhr vom Lokal. — Die Genossinnen und Genossen der Abteilung 14 treffen sich am Freitag um 19,30 Uhr im Polizeigebäude zum Film; am Sonntag Abfahrt zur Abteilung 16 um 13 Uhr vom Lokal. — Am Samstag, den 22. März treffen von der Ortsgruppe Straubing 25 Genossinnen und Genossen, darunter auch Jugendliche zur Besichtigung der Münchener Sehenswürdigkeiten ein. Die Quartiere hat die Abteilung 3 übernommen. — Samstag gemütlicher Abend bei der Abteilung 8 im Rest. Pfalzburg, Nelsenstuelstr. 13; die übrigen Abteilungen sind herzlich eingeladen.

Kraftfahrer Obacht! Die am Sonntag, den 23. März, angesetzte Tempofahrt findet nicht statt, dieselbe kann erst am 6. April durchgeführt werden wegen zu später Anmeldung. Einzeichnungsliste liegt auf im Fahrradhaus Frisch Auf, Westendriederstraße 19, Meldeschluß am 31. März. — Am Dienstag, den 25. März Ortsgruppen-Ausschußsitzung im Obersbergerhof, Rumfordstraße 33. Sämtliche Abteilungsführer und Verwaltungsmitglieder werden ersucht dort anwesend zu sein.

Bestattungen in München am 22. März 1930.

Ostfriedhof. Blank Georg, Tapezierer, 66 J., 3 Uhr; Gaßner Anna, Schäffersgattin, 64 J., 2½ Uhr; Holzbach Regni, Bahnarbeiterswe., 87 J., 2 Uhr; Hahn Karolina, Gesch.-Inh.-We., 74 J., 2 Uhr; Merkl Anton, Geschäftsführer, 64 J., 2½ Uhr; Kaiser Maria, Schneidermeisterswe., 87 J., 3 Uhr; Dr. Michel Else, Fabrikbesitzerswe., 77 J., 10½ Uhr; Weigl Heinrich, Gesch.-Inhaber, 54 J., 11½ Uhr; Müller Friedrich, Kaufmann, 69 J., 11 Uhr; Weiland August, Schachtmeister, 75 J., 10 Uhr; Hirzel Otto, Oberstleutnants. D., 75 J., 12 Uhr.

Westfriedhof. Zehle Maximilian, städt. Arbeiterskind, 3 Mt., 1¾ Uhr; Schröder Georg, ehem. Gastwirt, 63 J., 2¼ Uhr.

Südlicher Friedhof. Becher Agnes, Schalterbeamtensgattin, 72 J., 11½ U.

Sendling. Unterseher Josefa, ehem. Produktenhändlersg., 57 J., 11 U.

Nordfriedhof. Kneitel Paul, Vertreterskind, 1½ Mt., 1½ Uhr; Kothmeier Agathe, Fabrikarbeitersgattin, 62 J., 2½ Uhr; Sigbart Maria, Garnisonverw.-Direktorswe., 80 J., kommt nach Fürstenfeldbruck; Mandelshofer Auguste, Metzgerskind, 1 Tg., 2 Uhr; Binder Annamarie, Privatiersgattin, 77 J., 3 Uhr.

Waldfriedhof. Stiefenhofer Anna, Schuhmachersgattin, 29 J., 4 Uhr; Wißnet Paula, Techn. Reichsb.-Obersekretärsg., 52 J., 3 Uhr; Schily Anna, Elektrotechn.-Gattin, 57 J., 2 Uhr; Königer Klara, Zimmermann, 53 J., 3½ Uhr; Trinkl Otto, Fuhrunternehmerskind, 2½ J., 3 Uhr; Oswald Friedrich, Restaurateur, 51 J., 2½ Uhr.

Spielplan der Münchener Theater.

Freitag, den 21. März.

Prinzregententheater: „Maria Stuart", 7½ Uhr.
Nationaltheater: „Jenufa", 7½ Uhr.
Residenztheater: „Mathias Gollinger", 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Das Kamel geht durch das Nadelöhr", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Der Dickschädel (Ein Prachtmädl)", 8 Uhr.
Münchner Volkstheater: „Hulla di Bulla", 8 Uhr.

Samstag, den 22. März.

Prinzregententheater: „Gesellschaft der Menschenrechte", 7½ Uhr.
Nationaltheater: „Der Zigeunerbaron", 7½ Uhr.
Residenztheater: „Ernst", 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Das Kamel geht durch das Nadelöhr", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Der Dickschädel (Ein Prachtmädl)", 8 Uhr.
Münchner Volkstheater: „Hulla di Bulla", 8 Uhr.

Verantwortlich für Politik A. Wicker, Stuttgart; für lokalen Teil E. Böhm, München; für Inserate G. Epple, München.

Drucksachen jeder Art liefert schnell und billig **Bajuvarendruck G. m. b. H.** Nymphenburgerstraße 32

Billiges Fleisch

Schweinefleisch	1.— 1.10
Kalbfleisch	.80 1.—
frisches Rindfleisch	—.75
frisches Ochsenfleisch	.90 1.—
Hackfleisch mit Schweinefleisch	—.75
Rauchfleisch	1.50
Dicke, Stockwürste 12 Stück	1.—

Ohlmüller-Fleischhalle
Ohlmüllerstr. 4, Ecke Frühlingstraße
(Trambahnlinie 5, 7 und 15)
Samstag Geschäftszeit 7—7 Uhr / Telef. 25206

Inserate die in der **Nordbayerisch. Volks-Zeitung** regelmäßig aufgegeben werden **bringen** dem Geschäftsmann der dort inseriert den besten **Erfolg**

Kauft **Arbeits-Kleider** im ersten Spezialhaus **A. EBERT** München, Sendlingerstraße 31
Haltestelle der Linien 6 und 16
Um Irrtümer zu vermeiden, bitte auf Haus Nummer zu achten!

Radio-Anlagen Sprechmaschinen Schallplatten kaufen Sie gut und billig auch auf Teilzahl. bei **J. Wünsch / Augsburg** Hermannstraße 33a

A **Günstige Einkaufsquelle für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Augsburg, Kempten und Ingolstadt**

Augsburg

Kröll & Nill Philippine Welserstraße Annastraße 97092
Teppiche Vorhänge Linoleum Tapeten Wäsche aller Art

DKW 97102 Motorräder von 545.— ℳ an **DKW-Pauli** Maximilianstraße A 105

Trikotagen 97097 Strickwaren gut und preiswert **Wiedemann,** Bahnhofstraße 4 Carolinenstr. C 25

Auf Kredit in Wochenraten von RM. 2.- an **Möbel, Betten** Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung Wäsche 97098 **Leuchtmann,** Ludwigstr. 190, Hauptpostnähe **Lechhausen,** Waterloostr. 9, Laden

Konfektion **Hch. Grausmann** Augsburg Bahnhofstraße 7 97099 Größte Auswahl in Damen- und Mädchen-Kleidung zu niedrigsten Preisen

Alkoholfreie Gaststätte zur Weißen Schleife Augsburg, Frauentorstr. F 22 Fleisch und veg. Kost **Erfrischungsraum zur Weißen Schleife** Augsburg, Königsplatz 97100

BL DAS ZEICHEN FÜR GUTE QUALITÄT ZU BILLIGEM PREIS **LANDAUER** DAS KAUFHAUS FÜR ALLE AUGSBURG VERSAND-ABTEILUNG 97094

Kaufhaus Fischer jetzt: Steingasse, Ecke Annastraße 97096

Arbeiter und Angestellte kaufen nur bei den Inserenten der „Neuen Zeitung"

Schuh-Herbert Ludwigstraße D 214 — Ecke Annastr. Fernsprecher 1463 97401

Kronenbräu Donauwörth Feine Lager- und Spezialbiere 97232
Ausschankstellen: Saalbau Paradiesgarten Hofbräuhaus Stimmler, Vergißmeinnicht Mair

Die kluge Hausfrau kauft gut und billig **Edeka** Lebensmittel in den Geschäften 97094

Stoffe für Herren- und Damenbekleidung Größte Leistungsfähigkeit! Stets Qualität! Stets preiswert! **Tuch-Wimpfheimer,** Bahnhofstraße 97093

Schuhkönig 97239 Wertachstraße 5 Herren- u. Damenschuhe Hauptpreislagen: RM. 8.75, 10.75, 12.75, 14.75

Paul Funk färbt, reinigt alles 97227 Filialen in allen Stadtteilen

TRINKT das gute 97106 **„Gesellschaftsbräu"**

Trinkt 97400 **Chabeso** ärztlich empfohlen Achten Sie genau auf Marke „Chabeso"

Kormolkerei Augsburg Verkaufsstellen in allen Stadtteilen 97095

Augsburger Prügelbräu empfiehlt **Lagerbiere** hell und dunkel 97228 **Leonhard & Michael Gebler** Tel. Nr. 406 und 3858

Möbel-Eigner Maximilianstraße C 8 I und Jacoberstraße G 3 neben Fischzug-Petri 97103

M. Untermayer Gute Betten zu billigen Preisen 97104 Maximilianstraße D 4

Brot- und Feinbäckerei **Carl Keppler, Perlachberg** Spez. Salz-Bretzel 97105

Musikhaus Jos. Roth, Mittelstraße 3 Sämtliche Musik-Instrumente zu niedrigen Preisen 97101 Eigene Erzeugung Schallplatten — Bestandteile — Reparaturen

Kempten

Brauerei Zur Stadt Hamburg Kempten-Allgäu 97224 **Qualitätsbiere**

Adler-Apotheke Kempten Allopathie Homöopathie Salzstraße 4 97223

Die AIZ. und alle anderen Zeitschriften und Bücher liefert die Buchhandlung 97225 **M. Bonenberger,** Schelldorf/Kempten.

LEST DIE AIZ.

Ingolstadt

Josef Giegerich Maßschneiderei sowie sämtliche Herrenkonfektion Neuburger Straße 8

Empfehle allen Berufsständen meine 97108 ff. Fleisch- und Wurstwaren **Hch. Stumpf, Waterloostr. 11**

Max Lorenz 97231 Herren- u. Knabenkonfektion Anfertigungen nach Maß

Obere Apotheke 97230 Theresienstr. 2 — Inh. **A. Rott** Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Jakob Meixner Herren- und Knaben-Bekleidung Anfertigung nach Maß Steinstraße 1 97231

PROLETARISCHES FEUILLETON

Der Kampf um den Jungen

Von Gustav Gebheim

„Ist Peter Mahlke hier?" fragte der Gemeindediener Lippel, der in Begleitung des Gendarmen Heller das Klassenzimmer betrat. Die Köpfe der Jungens drehten sich und die Augen blieben haften, wo blondes wirres Haar über ein Buch gebeugt war. „Komm vor, Peter!" befahl der Lehrer.

Das blonde wirre Haar stieg hoch und man sah ein bleiches, ängstliches Knabengesicht. Peter Mahlke!

Er stand auf. Langsam, zögernd ging er durch den Gang der Sitzreihen nach vorn. Am Katheder blieb er stehen, den Kopf gebeugt.

„Was hast du getan?" fragte der Lehrer.

„Er hat dem Pfarrer Bühring die Eier aus dem Hühnerstall gestohlen. Die Sache ist gemeldet, und Peter kommt jetzt in die Fürsorgeanstalt." Gendarm Holler sagte es, streng, sachlich, vorwurfsvoll.

Peters Kopf war ganz tief gesunken. Ruckartig lösten sich seine Augen vom Fußboden, stiegen höher und blieben an den Messingknöpfen der Staatsgewalt haften. Dann sah er den breiten Ledergurt mit der Revolvertasche. Peter schrie auf und schlug die Hände vors Gesicht.

„Nicht in die Fürsorge! Bitte, bitte, nicht!"

Der Schrei kroch die Wände hoch und bohrte sich in das Gehirn der Zöglinge. „Komm!" sagte der Gendarm und griff nach der rechten Hand Peters. „Komm!" sagte der Gemeindediener und griff nach der linken Hand. Dann zogen sie den Jungen mit sich.

Der kleine vierzehnjährige Peter sah nicht den Weg; er sah nicht die kleinen Häuser. Er sah nur, wie sich irgendwo eine hohe Mauer auftürmte.

„Er ist barfuß," sagte der Gendarm, „er muß sich Schuhe und Strümpfe anziehen." „Wir werden nochmal bei ihm mit rangehen," meinte der Gemeindediener, und sie gingen einen Seitenpfad. Vor einer Baracke blieben sie stehen. Der Gendarm wollte gerade die Hand ausstrecken, als die Tür schon von innen geöffnet wurde. Franz Mahlke sieht seinen Jungen, den Gemeindediener, den Gendarm. „Was ist denn los?" ruft er. „Er soll sich was auf die Füße ziehen und dann müssen wir ihn in die Fürsorge bringen," kommt es aus dem bärtigen Munde des Gendarmen.

„Was?" schreit da der Waldarbeiter auf, „was, meinen Jungen in die Fürsorge! Wegen der lumpigen Sache! Das gibt's ja gar nicht!"

Er wollte nach Peter fassen, doch ein Stoß von der Faust des Gendarmen ließ ihn zurücktaumeln. „Schnell weg von hier, sonst gibt es Krach", sagte der Gemeindediener, und sie eilten fort.

„O, ihr Hunde!" fluchte Franz Mahlke, „den Jungen hol' ich doch!" Er lief in einen Schuppen, packte sein Fahrrad, und in rasender Eile trat er die Pedale. Bog über einen Feldweg in die Dorfstraße ein, überquerte den Marktplatz, fuhr um einen Park, über einen Wiesenweg und dann sprang er ab. Er war da. Vor ihm gähnten die Kiesgruben. Auf ihrem Grunde schippten zwei junge Männer mit freier Brust und aufgekrempelten Hemdsärmeln den körnigen Sand in eine Lore. Sie waren braungebrannt und sehr kräftig. „Werner! Karl!"

Der Ruf drang in die Grube und flog an der steilen Kieswand wieder hoch. Die beiden da unten sahen auf und erblickten ihren Vater, dessen Rechte eine rotierende Bewegung machte. „Kommt schnell mal her!"

Die Schippen blieben stecken und über den sich langsam heraufwindenden Feldbahnweg ging es zur Wiese.

„Sie wollen den Peter wegbringen!" schrie Franz Mahlke seinen Jungens entgegen. „Sie sind mit ihm zum Bahnhof. Wegen der Sache mit dem Pfarrer wollen sie ihn in die Fürsorge stecken, die Schweinehunde!"

„Los nach!" rief Werner, der älteste, seinem Bruder Karl zu. „Nimm einen Knüppel mit!" Karl griff nach einem derben Ast, Werner rannte nach seinem Rad, schwang sich rauf, Karl stellte sich auf die Hinterachse, und dann ging es los. Vorbei am Park, über den Marktplatz zur Chaussee.

Zwei Räder rasten, zwei Fahrradketten surrten.

An den kleinen Häusern waren sie schon längst vorbei. Hinten sah man den schwarzen Schatten des Waldes. Davor lag der Bahnhof. Rechts war freies Feld; man konnte rübersehen bis zum anderen Dorf. Unmerklich schob sich von da eine Rauchfahne immer näher heran.

„Der Zug kommt!" rief Werner.

„Schneller! Schneller!" erwiderte sein Vater.

Endlich sahen sie deutlich den Bahnhof. Immer größer wurde er, immer greifbarer, jetzt ganz dicht; sie sprangen ab, hörten den fernen Pfiff der Kleinbahn, rannten um das Bahnhofshäuschen herum auf den Bahnsteig und dann standen sie sich gegenüber.

Den Knüppel trug jetzt Werner. Es sah aus als wollte er einen Ochsen totschlagen.

„Den Jungen her!" schrie er dem Gendarm entgegen und hob den Ast hoch. „Den Jungen her!" schrie sein Vater dem Gemeindediener zu und riß aus dessen Hand den Arm Peters.

„Den Jungen her!" rief Karl und zog seinen jüngsten Bruder ganz an sich.

„Weg da!" Weiß wie die Wand rannte der Gendarm einige Schritte zurück, griff nach seiner Ledertasche und zog seinen Revolver heraus.

Bestürzt rannte der Gemeindediener auf ihn zu und rief: „Um Gotteswillen nicht schießen! Der Zug kommt gleich! Im Zug sitzen die Straßenarbeiter!"

Die Hand, die das Schießeisen hält, senkt sich ganz schnell und schiebt den Revolver zurück in die Ledertasche. Dann sehen sich beide an. Sie verstehen sich, drehen sich um und sind verschwunden. Die Rauchfahne war jetzt ganz nah. Jetzt dumpfes Rollen, dann Prusten und Zischen — der Zug hielt. Türen klappten, Menschen sprangen heraus.

Sie trugen Hämmer und Aexte auf ihren Schultern, hatten sehnige, kantige Gesichter. Es war die Chausseearbeiterkolonne. Franz Mahlke kannte sie, denn es waren alles Genossen. Werner schmiß seinen Knüppel weg und Karl erwachte aus seinem Schreck, daß der Gendarm schießen wollte. Dann begrüßten sich die Proleten. Und während der Trupp die Chaussee langzog, da stand der Gendarm am Bahnhofstelephon und bat für morgen um Verstärkung, damit endlich der Peter Mahlke in die Fürsorge abgeliefert werden kann.

Kurpfuscherei unter dem gekreuzigten Heiland

100 000 Prozent Gewinn / Von W. S.

3-Mark-Zeileis in Berlin

Großes Heil ist uns widerfahren. Berlin WW. hat eine neue Sensation. Der Wunderdoktor aus Gallspach, umwoben von einer Wolke mystischer Magie, in der ganzen Welt bekannt geworden durch seine raffinierte Reklame, hat in Berlin zwei Institute eröffnet. Zahllose Prozesse, die von verpfuschten Patienten, von den um große Teile ihrer Einnahmen betrogenen Aerzten gegen den Kurpfuscher Zeileis geführt wurden, dienten ihm nur dazu, seine „Methode der Behandlung mit kombinierten Strahlen" in weitesten Kreisen bekanntzumachen. Der „neue Messias der kranken Menschheit", der „Privatgelehrte" aus dem niederösterreichischen Dörfchen Gallspach, behauptet allen Ernstes, auf Grund gewisser übernatürlicher Eigenschaften, deren

göttlicher Ursprung ihm von der katholischen Kirche bestätigt wurde, alle Krankheiten ohne jede Ausnahme heilen zu können.

Das sagt er zwar nicht in der Form, aber das ist doch der Tenor seiner Behauptungen: Wenn alle Kranken, anstatt zum Arzt zu gehen, sich in den Zeileisschen Instituten behandeln lassen würden (3 Mark pro Bestrahlung), so wären die Krankheiten überhaupt in raschester Zeit ausgerottet.

Warum Zeileis?

Die großen Enttäuschungen, die die bürgerlichen Klassenmediziner, die Vertrauens- und Kassenärzte täglich der heilungsuchenden kranken Arbeiterschaft bereiten, haben dazu geführt, daß immer mehr Kranke bei den verschiedensten Arten der Kurpfuscher, bei den Magnetopathen, Biochemikern, Chiropraktikern, Heilmagnetiseuren und was sie sich sonst noch für hochtrabende Titel zugelegt haben mögen, Rettung aus ihrer Krankheit suchen. Dabei vergessen sie, daß hier ebenso Gewinnsucht das erste Leitmotiv ist; nur daß es sich hier mit noch größerer Unwissenheit und Gewissenlosigkeit paart, als bei den Kassenärzten. So auch bei Zeileis, der allen Ernstes behauptet, mit Hilfe seiner „Zauberröhre" jede Krankheit genau feststellen und sie mit seinem Strahlengemisch behandeln zu können.

Die Zauberröhre

Die „Zauberröhre" ist nun nichts weiter als eine Geißlersche Röhre, in der durch bestimmten Wechselstrom von sehr hoher Spannung im luftleeren Raum ein Glühen auftritt. Diese Geißlerschen Röhren sind in jedem noch so primitiven Physikzimmer einer Dorfschule vorhanden und dienen dort lediglich zur Demonstration elektrischer Erscheinungen. Die Strahlenbehandlung, die aus einer angeblichen Kombination der verschiedenen in der Medizin angewandten Bestrahlungsmethoden besteht, setzt sich — immer nach den Angaben des Wunderdoktors — aus ultravioletten Höhensonnenstrahlen, aus Wärmestrahlen, Röntgenstrahlen usw. zusammen; ja, angeblich soll sogar Radium in feinster Verteilung in ihnen enthalten sein. Eine Bestrahlung kostet 3 Mark und dauert den Bruchteil einer Minute. Sie wird mit einem einzigen Apparat in einem großen Saal vorgenommen, in dem sich mehr als 100 Patienten befinden. Eine Minute, die den Wunderdoktor einen Pfennig an Strom kostet, bringt ihm mehr als 300 Mark ein, ungerechnet die Gebühren für die Untersuchung mit der Zauberröhre, die in Oesterreich zwischen 20 und 1000 Schilling (12 bis 600 Mark) schwanken. Zeileis ist infolge seiner Geschäftstüchtigkeit Besitzer von fast allen Hotels in Gallspach geworden, sein Autopark, seine Schlösser, seine luxuriösen Lebensgewohnheiten, die er aber vor der Oeffentlichkeit, die ihn für einen Apostel halten soll, nicht zur Schau trägt, bilden in eingeweihten Kreisen das Tagesgespräch. Als treuer Diener der katholischen Kirche hat er sich durch zahllose große Stiftungen deren vollste Unterstützung zu sichern gewußt.

Konkurrenz dem weißen Käse

Das wundertätige Bild von Lourdes, Josef Weißenberg, der Berliner Prophet, der alle Krankheiten mit Umschlägen von weißem Käse heilt, die göttliche Therese von Konnersreuth, der Strahlendoktor Zeileis, diese geschicktesten Gauner unter den Kurpfuschern, wissen, daß sich mit tatkräftiger Unterstützung der Kirche viel mehr Geld verdienen läßt als ohne sie. Kirchliche Verdummungsmethoden Hand in Hand mit betrügerischer Kurpfuscherei, das ist das Symbol von Gallspach, das ist das Geheimnis der Erfolge aller Wundertätigen, allen voraus des „Strahlendoktos" Zeileis. Religion und Kurpfuscherei sind zwei Stützen der demokratischen kapitalistischen Republik und werden von ihr gefördert. 7000 Kurpfuscher haben allein in Berlin, mehr als 100 000 in ganz Deutschland, ihr auskömmliches Dasein.

In der Sowjetunion ist die Kurpfuscherei verboten und mit schweren Strafen belegt, der Kampf gegen die Religion wird mit aller Energie geführt. Dort ist das Interesse an Leben und Gesundheit des Proletariats ausschlaggebend für alle staatlichen Maßnahmen.

Sunyatsens Tod

Zu seinem fünften Todestag

Das kleine Zimmer ist voll von Menschen, Asiaten und Europäern. Im Bett mit eingefallenen Wangen Sun. Ihm zur Seite Wangtschingwei, sein Sekretär, der seit Wochen nicht mehr aus den Kleidern kam. Und Sunyatsen spricht zu ihnen, die atemlos und still dasitzen und warten, ob die Schmerzen ihm gestatten, wieder ein paar Worte zu sprechen. So hat er, oft mit versagender Stimme, zu ihnen gesprochen und die Freunde und Jünger haben es im Gedächtnis bewahrt als sein letztes Vermächtnis.

„Ueber mein Grab ziehen die Regimenter der Roten Lanzen. Sie kämpfen und sterben für China. Ihnen entgegen reiten die Regimenter der Nationalen Armee. Sie kämpfen gleichfalls für China. Wie kann es sein, daß zwei Armeen gegeneinander kämpfen, von gleichem Blute, für das gleiche Land? Ueber meinem Grabe baut ein Bauer sein Feld. Ueber meinem Grabe schuftet der Arbeiter in der Fabrik. Sie sagen sie arbeiten nicht für sich, sondern für China. Und Gutsbesitzer und Fabrikbesitzer, die vorüberfahren, sagen dasselbe. Welcher von ihnen lügt? Im Nachbarhause zwingt der Vater seinen Sohn, die Bücher Kungtseus zu lesen; aber der Sohn liest lieber die Bücher Lenins. Beide aber sagen, sie handeln im Interesse Chinas. Wer von ihnen hat recht? Ihr, die ihr alle Bücher und Länder und Universitäten der Welt kennt, wollt ihr mir das erklären?"

Sie schwiegen und sahen ihn an. „Ihr wißt es nicht. Aber ihr wartet und hofft, daß ich es euch sage, ehe ich sterbe." Und er sah sie aufmerksam an. Da war ihnen, als ob er sich veränderte. Sein europäisches Gewand fiel ab und ein langer Bart wuchs ihm über die fahlen Wangen; im Kimono saß er da, uralt, ein Weiser, und lächelte.

„Lau-Dan!" riefen die Chinesen, aber die Weißen riefen: „Laotse!" Aber er lächelte bloß und sah sie lächelnd an. Dann stand er auf und öffnete das Fenster. Und sie traten zu ihm und sahen hinaus.

Sahen mit ihm das Meer und den Berg und die Stadt. Und Sun Wen sprach:

„Berg und Fluß und Meer und Stadt sind nicht ewig. Dieses hat Laotse vor zweitausend Jahren gelehrt. Nichts ist ewig. Alles verfällt, so wie wir verfallen, heute ich und morgen vielleicht schon du, Genosse Wang, aber es bleibt zurück die Spur des Lebens, das für die Freiheit kämpft und gegen die Unterdrückung. Ein einzelner Mensch soll nicht alles wissen wollen und ein Sterbender erst recht nicht. Aber wenn ihr das Bild dieser Stadt in eurem Gedenken bewahrt, wie ich es euch jetzt beschwor, das zweitausendjährige Bild, dann werdet ihr versuchen, das Volk zu retten, daß es nicht verdirbt."

Im Bette lag wieder Sun, der große Sohn Chinas in unseren Tagen, und Wang, der Sekretär, bedeckte ihn mit den großen seidenen Fahnen der Kuomintang. Sie blieben noch eine Weile beisammen. Dann fuhren sie in ihre Heimat zurück.

In der fremden Stadt schlief Sun Wen, den sie Sunyatsen nennen. Und seine Genossen arbeiten für ihn an einem Grab in seiner Heimat, weit drüben, in den hohen Bergen.

Erik Grok.

„Ueberfall"

10 188mal hat sich die Berliner Schutzpolizei auf den Anruf „Ueberfall" hin in Bewegung setzen müssen, täglich also etwa 30mal hat jemand die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen müssen. Ob immer begründet, und mit Erfolg, verschweigt der offizielle Bericht. Mehr als 3500 Umzüge und Demonstrationen beehrte Zörgiebels Garde mit ihrer Anwesenheit, und bei 17 412 geschlossenen Versammlungen glaubte sie nicht fehlen zu dürfen. Sie beschränkte sich jedoch keineswegs nur auf den passiven „Schutz" kommunistischer und nationalsozialistischer Versammlungen; bei 586 Veranstaltungen in ganz Preußen mußte sie infolge von „Störungen" einschreiten. Diese Störungen fanden merkwürdigerweise immer bei kommunistischen Versammlungen statt. (122) Wo die Schutzpolizei in Rötgenthal und bei anderen Gelegenheiten blieb, verschweigt sie schamhaft.

Am eigenartigsten aber berührt der offizielle Bericht in jenem Punkt, den neben der gesamten bürgerlichen Presse auch der „Vorwärts" folgendermaßen wiedergibt:

„Leider ließen sich ernste Zusammenstöße nicht immer vermeiden; in insgesamt 82 Fällen (78 bei der Schupo, 4 bei der Kriminalpolizei) mußten die Beamten im äußersten Notfalle von der Schußwaffe Gebrauch machen, wobei 5 Personen getötet und 8 verletzt wurden."

Dieser Bericht gilt für das ganze Jahr 1929. Die 30 in Berlin von der sozialdemokratisch geführten Polizei ermordeten Maidemonstranten und Passanten, Frauen und Kinder, werden aus dem offiziellen Bericht einfach herausgeschwindelt. Und kein einziges Blatt besitzt den Mut, an diese Opfer zu erinnern.

Wirtschaftliche Rundschau

Was bringt die neue Massenausplünderung?

Das Deckungsprogramm der Young-Regierung

800 Millionen Mark neue Massensteuern — 600 Millionen Mark Steuerabbau für Großkapital

Die sozialdemokratischen Minister der Koalitionsregierung haben unmittelbar vor Annahme des Youngplans alle Forderungen der Deutschen Volkspartei und des Finanzkapitals hinsichtlich des Sanierungs- und Steuerabbauprogramms geschluckt, um in den Ministersesseln sitzenbleiben zu können. Wir bringen nachfolgend eine Uebersicht über die neuen Koalitionsbeschlüsse:

Erhöhung der Biersteuer

Im Etat 1928/29 war diese mit 370 Millionen Mark, im Etat 1929/30 mit 396 Millionen Mark eingesetzt. Auf Forderung der bayerischen Regierung ist an Stelle einer allgemeinen 100prozentigen Erhöhung der Biersteuer den Ländern die Ermächtigung gegeben worden, von sich aus die Biersteuer bis zu 100 Prozent zu erhöhen. Da bei der Abwälzung auf die Preise pro Glas Bier natürlich nicht mit Pfennigen gerechnet wird, sondern mit abgerundeten Zahlen, so werden dadurch die Massen mindestens mit 500 Millionen Mark neu belastet.

Benzinzollerhöhung um 66 Prozent und Einführung einer Benzolsteuer

Der Benzinzoll soll um 4 Pfennig auf 10 Pfennig pro Liter erhöht werden. Gleichzeitig soll ein Benzolzoll von 4 Pfennig und eine Ausgleichssteuer für den Benzinzoll eingeführt werden. Das Gesamterträgnis für das Reich wird auf 95 Millionen Mark geschätzt. Der IG. Farbenindustrie und den Ruhrindustriellen werden durch die Heraufsetzung der Benzin- und Benzolpreise mindestens 50 Millionen Mark Extraprofite aus der eigenen Benzin- und Benzolproduktion zufließen.

Erhöhung der Umsatzsteuer

Ihre Heraufsetzung um 0,05 Prozent bedeutet eine Mehrbelastung von mindestens 40 Millionen Mark. Gleichzeitig werden auch die Einfuhrwaren mit der Umsatzsteuer belastet; dies kommt einer Zollerhöhung gleich und bringt dem Reich 40 Millionen Mark ein; die tatsächliche Massenbelastung beträgt aber infolge der preiserhöhenden Wirkung auch für die im Inland hergestellten Waren das Vielfache der Steuereinnahme.

Einführung einer Mineralwassersteuer

Sie wurde im Jahre 1923 abgeschafft, soll jetzt wieder erhoben werden und 40 Millionen Mark einbringen. Der Sektverbrauch soll dagegen mit lumpigen 3 Millionen Mark mehr belastet werden.

Erhöhung des Kaffee- und Teezolles

Dies ist von der Koalitionsregierung auf Grund eines früheren Ermächtigungsgesetzes bereits in Kraft gesetzt worden. Dadurch fließen dem Reiche 50 Millionen Mark mehr zu.

Erhöhung der Lohnsteuer um 60 Millionen Mark

Die Lohnsteuerrückerstattung soll abgeschafft werden. Etwa 8½ Millionen Arbeiter erhielten bisher alljährlich für zuviel gezahlte Lohnsteuer infolge Lohnausfall durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Krankheit usw. etwa 60 Millionen Mark jährlich zurückerstattet. Die Arbeitslosen und Kurzarbeiter sollen also mit 60 Millionen Mark mehr belastet werden. Um den Schein zu wahren, sollen gleichzeitig 60 Millionen Mark als Pauschalbetrag der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung überwiesen werden, obwohl das Reich auch ohnedies gesetzlich zu diesen Zahlungen verpflichtet ist. Außerdem sollen durch Kürzung der Stundungsfristen für Steuerrückstände 30 Millionen Mark mehr einkommen.

Das sind die von der Koalitionsregierung beschlossenen Gesetze, die, soweit sie noch nicht in Kraft getreten sind, bereits dem Reichsrat zugegangen sind; sie sollen ab 1. April 1930 wirksam werden.

Insgesamt ergibt sich daraus eine neue Steuerlast von über 800 Millionen Mark. Infolge des damit verbundenen verschärften Monopolwuchers wird jedoch

die gesamte Massenlast um mindestens 1000 Millionen Mark zunehmen.

Durch die neuen Massensteuern soll bereits im Laufe des Jahres 1930 der größte Teil des Defizits in der Reichskasse, das im Laufe von über fünf Jahren entstanden ist, gedeckt werden. Dann würden im Jahre 1931 sich riesige Ueberschüsse in der Reichskasse ergeben; sie sollen, soweit sie nicht den zusätzlichen Kriegsrüstungen und Staatssubventionen dienen, für einen großzügigen Abbau der Kapitalsteuern verwendet werden. Deswegen wird in dem Etatgesetz für 1930 neben einem weiteren Abbau der Sozialausgaben der Abbau folgender Steuern vorgesehen:

Herabsetzung bzw. Beseitigung der Kapitalertragssteuer

Die Beseitigung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Papiere (Obligationen oder Anleihestücke) ist von der Koalitionsregierung bereits beschlossen worden. Der Steuerausfall beläuft sich auf etliche Millionen Mark.

Herabsetzung der Einkommensteuer

Die Einkommensteuer der Besitzenden soll um 12½ Prozent abgebaut werden. Das soll vor allem dem Großbesitz zugute kommen, indem der Höchstsatz für die Rieseneinkommen auf 40 Prozent beschränkt und die Staffelung ausgedehnt wird. Der Steuerausfall wird offiziell auf 152 Millionen Mark geschätzt, ist aber sicherlich viel höher.

Das lohnsteuerfreie Existenzminimum soll von 1200 auf 1440 Mark heraufgesetzt werden. Angeblich soll dadurch ein Steuerausfall von 208 Millionen Mark entstehen. Dann würde das Lohnsteueraufkommen sich aber immer noch auf weit über 1300 Millionen Mark belaufen, also mehr betragen, als die Höchstgrenze, die unter der Bürgerblockregierung noch gesetzlich festgelegt war, beträgt. Hinzu kommt, daß durch die Beseitigung der Lohnsteuerrückerstattungen die Lohnsteuer wieder um 60 Millionen Mark erhöht wird.

Ermäßigung der Industrieabgabe

Diese auf Grund des Dawes-Plans den Industriellen auferlegte Steuer soll mit dem Young-Plan stufenweise beseitigt werden. Das würde ein Steuergeschenk von 300 Millionen Mark jährlich sein. Die Regierung hat die Industrieabgabe zunächst um 20 Millionen Mark ermäßigt.

Abschaffung der Rentenbankbelastung

Bei der Ablösung der Rentenmarkwährung durch die Reichsmarkwährung wurden die Agrarier verpflichtet, die zur Einziehung des Rentenbankgeldes jährlich notwendigen Summen im Betrage von etwa 60 Millionen Mark aufzubringen. Die Belastung des Agrarkapitals ist gefallen; die Tilgung der Rentenbankbestände geschieht nunmehr auf Kosten der Arbeiter und des Mittelstandes.

★

Insgesamt soll sich die Steuerentlastung auf mindestens 600 Millionen Mark belaufen. Dem steht angeblich eine Steuerentlastung für die Arbeiter durch Heraufsetzung des lohnsteuerfreien Existenzminimums um etwa 148 Millionen Mark gegenüber. Dabei wird jedoch vergessen, daß gleichzeitig die Massensteuern, die vor allem die Arbeiter, aber auch den kleinen Mittelstand treffen, um rund 800 Millionen Mark erhöht werden. Im nächsten Jahre bereits würde also das Großkapital 600 Millionen Mark weniger, die werktätigen Massen aber 652 Millionen Mark mehr Steuern bezahlen.

Neue „Reformen" bei der Arbeitslosenversicherung

Dabei ist jedoch noch nicht die katastrophale Mehrbelastung der Arbeiter, insbesondere der Arbeitslosen, durch die „Sanierung" der Arbeitslosenversicherungskasse berücksichtigt. Bekanntlich war unter der Bürgerblockregierung das Reich zur Zahlung der Arbeitslosenversicherung gesetzlich verpflichtet. Die Koalitionsregierung hat das Arbeitslosenversicherungsgesetz eingeführt, wonach das Reich nur im Falle eines Defizits in der Versicherungskasse durch Darlehen einzuspringen hat.

An Stelle der Darlehen, die das Reich nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz im Falle eines Defizits zu geben verpflichtet ist, soll ein sogenannter „Notstock" von 140 Millionen Mark gebildet werden. Dieser Betrag deckt das Defizit der Reichsanstalt kaum zu einem Drittel. Ferner soll dieser „Notstock" u. a. durch die Entnahme von 60 Millionen Mark aus der Lohnsteuer finanziert werden. Das ist jener Betrag, den die Arbeiter zuviel bezahlt haben und zurückbekommen müßten. Praktisch bedeutet dies, daß

jeder Versicherte noch 3,75 Mark pro Jahr Extrabeitrag

zur Arbeitslosenversicherung zahlen muß. Weitere 30 Millionen Mark sollen ebenfalls aus der Lohnsteuer genommen werden, sofern diese in dem am 31. März ablaufenden Etatjahr mehr als 1450 Millionen Mark erbringen sollte. Da dies angesichts der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten ist, ermäßigt sich der „Notstock" praktisch auf 110 Millionen Mark. Die restlichen 50 Millionen Mark werden aus der durch den Young-Plan freigewordenen Reserve der Bank für Industrieobligationen, die sowieso dem Reich zufließt, gezahlt.

Den größten Teil des Defizits soll aber die Reichsanstalt selber decken, und zwar durch

Beitragssteigerung auf 4 Prozent und durch Abbau der Unterstützungen.

Schließlich hat die Koalitionsregierung mit Rücksicht auf die demagogischen Bedürfnisse der SPD. sich noch ein kleines Theaterstück geleistet: Aus der Reserve der Bank für Industrieobligationen sollen 20 Millionen Mark zur Deckung des Etatdefizits genommen werden. Das sollen angeblich zuviel gezahlte Industrieabgaben sein. In Wahrheit ist diese Reserve dadurch entstanden, daß die 300 Millionen Mark Abgaben in den vergangenen Jahren fast niemals vollständig für Reparationszahlungen verwandt, sondern diese immer mehr aus den Massensteuern und Zöllen geleistet wurden.

Ungeheuerliche neue Massensteuern, Kürzung und Abbau der Arbeitslosenunterstützung, Erhöhung der Zölle und erweiterter Schutz für den Monopolwucher, das alles soll nach Annahme des Young-Plans und des Antikommunistengesetzes („Republikschutzgesetz") durchgeführt werden. Eine neue graue Elends- und Nationalisierungswelle zieht herauf, wenn die Arbeiterschaft nicht unter Führung der Kommunistischen Partei den revolutionären Massenkampf für Lohnerhöhungen und den Siebenstundentag, gegen die Hungerregierung und für die proletarische Diktatur aufnimmt.

„Nur Mißernte kann uns retten!"

Drohende Finanzkatastrophe in USA. wegen Ueberfülle an Getreide

Der englische „Daily Telegraph" meldet aus Neuyork:

„Amerika kann nach Ansicht maßgebender Finanzkreise nur durch eine schwere Mißernte vor einer Finanzkatastrophe bewahrt werden. Gegenwärtig lagern 155 Millionen Bushel Weizen, sie dürften bis zum 1. Juli auf etwa 250 Millionen Bushel anwachsen. Zur Zeit sind die Vorräte größer als die gesamte Weizenausfuhr eines Jahres. Daher kann nur eine Mißernte oder ein Wunder das Land vor einer Finanzkatastrophe retten."

In Amerika selber hungern über 6 Millionen Arbeitslose und Millionen Kurzarbeiter. Der amerikanische Staat hat für sie keinen Pfennig Unterstützung übrig. Aber gleichzeitig sind die Speicher mit mehr Getreide als je zuvor gefüllt. Die Dollarregierung gibt Hunderte von Millionen für die „Stützung des Getreidemarktes" durch Massenvernichtung von Getreide, Zurückhaltung der Verkäufe und Einschränkung des Getreideanbaus aus.

Die hungernden amerikanischen Arbeiter erhalten so einen praktischen Aufklärungsunterricht über die Segnungen der kapitalistischen Wirtschaft und die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, besser als es lange Vorträge vermögen.

In **Deutschland** besteht ganz genau derselbe Widerspruch. Jüngst erst hat die Reichsregierung 20 Millionen Mark für die „Magazinierung" von Brotroggen, der jetzt in den Speichern verfault oder auf Staatskosten für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht wird, bewilligt. Auch in Deutschland gibt es Brot und Fleisch für alle Arbeitslosen in Hülle und Fülle, wenn nicht das Finanzkapital mit seiner Wucherregierung, sondern das Proletariat herrschen würde.

Oelkrieg in Deutschland

Chemietrust will Antirußland-Oelpakt — Naphthaabkommen mit Standard-Oil

Die anhaltende Oelkrise in Amerika auf Grund von Ueberproduktion und Absatzmangel hat zu einer neuen Offensive des Oelkapitals gegen das sowjetrussische Naphthasyndikat geführt. Das wichtigste Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion ist für die Oelimperialisten gegenwärtig Deutschland. In Vorbereitung des erstrebten Benzinmonopols, für das der IG.-Farbenminister Moldenhauer sich besonders einsetzt, bereiten die Absatzgesellschaften von Standard Oil, Shell und der IG.-Farbenindustrie (Rhenania-Ossag, Depag, Olex und Deutsche Gasolin-AG.) einen gemeinsamen Konkurrenzkampf gegen den Naphthaabsatz vor. Er richtet sich zunächst auch gegen den Benzolverband der Schwerindustriellen. Der Benzolverband benötigt bedeutende Mengen Benzin zwecks Herstellung von Benzolgemischen und erweiterte Absatzfähigkeit für das von den Schwerindustriellen erzeugte Benzol. Er soll nun von der Einheitsfront Standard Oil, Shell und IG.-Farbenindustrie gezwungen werden, nicht mehr wie bisher bedeutende Mengen Naphtha zu kaufen.

Der deutsche Chemietrust bemüht sich gleichzeitig ganz besonders, im Interesse von Standard Oil und Shell Regierungsmaßnahmen gegen den Naphthaabsatz und allgemein gegen die Sowjetunion durch seinen bezahlten Verbindungsmann, Finanzminister Moldenhauer, zu erreichen.

Er unterstützt in vollem Umfange die Bestrebungen der amerikanischen Oelimperialisten, um in Deutschland durch ein Benzinmonopol ein gesetzlich gesichertes monopolistisches Herrschaftsfeld zu erhalten. Hat sich doch die IG.-Farbenindustrie dazu bereit gefunden, seine Benzinerzeugung aus flüssiger Kohle zugunsten des Standard Oil-Absatzes einzuschränken; diese Liebesdienste werden allerdings reichlich entlohnt.

Das amerikanische Oelkapital wird zu einer um so schärferen Weltoffensive angetrieben, als in Amerika selber die Oelkrise weiter anhält. Hier hat sich der Konkurrenzkampf zwischen Standard Oil und Shell weiter verschärft. Deswegen führt die Standard Oil Co. of Neuyork seinen verschärften Absatzkampf gegen das englische Oelkapital in seinem wichtigen Absatzgebiet Indien und hat zu diesem Zwecke einen neuen Lieferungsvertrag mit dem Naphtha-Syndikat abgeschlossen. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" sollen sechs Jahre lang alljährlich 200 000 Tonnen Naphtha im Werte von etwa 20 Millionen Dollar geliefert werden.

Obwohl die Dollarimperialisten sich an die Spitze der Kriegstreiber gegen die Sowjetunion gestellt haben, verzichten sie unter Druck der eigenen Krisennöte und der dadurch sich verschärfenden imperialistischen Gegensätze keineswegs, für den Konkurrenzkampf günstige Auslandsgeschäfte zu machen.

Das Finanzprogramm des sozialistischen Aufbaus

160 Milliarden Mark aus eigener Kraft für sozialistische Umgestaltung — Jährliche Investition von 32 Milliarden Mark — Sozialistische Akkumulation das Vierfache deutscher Kapitalbildung

„16 Personen verwirklichen in Moskau das kühnste wirtschaftliche Experiment, das die Geschichte kennt.... Sie stellen einen sorgfältig durchgearbeiteten Plan für die nächsten fünf Jahre auf und bestimmen die Grundlagen in der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaft für die nächsten 15 Jahre.... Nehmen wir an, daß man sie morgen ersucht sich nach Washington zu begeben ... und den Eisenbahnen, Kraftwerken, Kohlengruben, dem Finanzminister, den Banken und dem Handel Anweisungen zu geben, wie sie während der nächsten fünf Jahre ihre Investitionen und ihre Rohstoffe zu verteilen, Produktion und Absatz planwirtschaftlich zu regeln haben. Selbst Henry Ford würde vor einer solchen Aufgabe zurückschrecken."

(Aus den Artikeln des amerikanischen Nationalökonomen Stuart Chase in den „New York Times".)

Man kennt den Ausspruch, daß zur Führung eines Krieges „silberne Kugeln" notwendig sind. Die kapitalistische Welt war anfänglich fest davon überzeugt, daß es der Sowjetunion unmöglich sein würde, diese „Kugeln", d. h. die finanziellen Mittel für die Entscheidungsschlacht gegen die letzten Ueberreste des Kapitalismus im Lande zu mobilisieren. Sie war um so mehr davon überzeugt, als sie nicht nur alles getan hatte, um der Union den Zustrom ausländischen Kapitals in Form von Krediten abzuriegeln, sondern auch, um den Aufbau, die Kapitalbildung in der Sowjetunion selbst durch „materiell und moralisch" großzügig unterstützte Schädigungsorganisationen zu durchkreuzen.

Die Schädigungsorganisationen waren, wenn man so sagen kann, der letzte Trumpf der „friedlichen" Bekämpfung der Sowjetmacht, ein Versuch, sie von innen zu unterhöhlen. Er ist jetzt, nachdem die Untersuchungen in Verbindung mit dem berühmten Schachty-Prozeß alle Zusammenhänge und die unmittelbare Beteiligung des internationalen Kapitalismus mehr oder weniger restlos aufgedeckt haben, endgültig zusammengebrochen, wenn es auch sicherlich nicht an weiteren Anschlägen auf die wirtschaftliche Macht des Sowjetstaates fehlen wird.

Das umfangreiche Untersuchungsmaterial hat aufgezeigt, daß die planmäßig aufgezogenen Schädigungsorganisationen bis in die ersten Jahre der Existenz des Arbeiter- und Bauernstaates zurückreichen, und daß ihre Taktik sich nach der jeweiligen internationalen Lage der Sowjetunion richtete.

Deterdings Traum und Enttäuschung

Als die Hoffnungen auf einen raschen Sturz der Sowjetmacht durch die Intervention und Blockade gescheitert waren — damals bestand die Aufgabe der Schädigungsorganisationen darin, die bestehenden Betriebe im Interesse der alten Besitzer zu erhalten, die Organisierung neuer zu verhindern usw. — stellte man der Sowjetregierung in verschleierter Form die ultimative Forderung (Genua-Konferenz 1922), die nationalisierten Unternehmen an die ausländischen Eigentümer zurückzugeben oder sie durch Gewährung von Konzessionen zu entschädigen. Mit anderen Worten, man wollte die Stützpunkte des Kapitalismus wiederherstellen und dadurch das Sowjetregime allmählich liquidieren. Auch dieser Plan zerrann.

Darauf bezog man neue Stellungen, man stellte nunmehr als Ziel die Auslösung ständiger innerer Krisen durch künstliche Drosselung der Produktion bestimmter Industrien und falsche Kapitalinvestierungen mit Hilfe der in den Sowjetapparat übernommenen technischen Kräfte, der alten Ingenieure, die früher entweder selbst Kapitalisten oder durch ihre ganze Erziehung sowjetfeindlich eingestellt waren. Durch solche Krisen sollte die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion in dem neuen Interventionskrieg, den man schon seit 1927 vorbereitet, und zu dem man besonders heute aktiv rüstet, geschwächt werden.

Der offene Krieg gegen die Sowjetunion scheint dem internationalen Kapital jetzt die einzige Rettung vor dem unvermeidlich näherrückenden Untergang. Man spekulierte auf die „Unmöglichkeit" der von den Bolschewiki in Angriff genommenen Industrialisierung und .. verspekulierte sich. Man glaubte, der brave Muschik des alten Rußland würde dem Sozialismus die Zähne weisen und .. sah sich enttäuscht. Wie es zu dieser Enttäuschung kommen mußte, haben wir in den beiden vorigen Artikeln ausführlich geschildert. Man dachte sich schließlich, ein Arbeiter- und Bauernstaat könnte nie und nimmer ohne Kapitalisten die für den Aufbau erforderlichen ungeheuren Summen aufbringen und .. ist wieder geschlagen.

Die Kapitalinvestierungen — die den zentralen Punkt des Fünfjahrplanes, seine Grundlage bilden — ausschließlich aus eigenen Kräften, sind aber tatsächlich eine Aufgabe, an der jede auf dem Profitprinzip, auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, auf der Verelendung der werktätigen Massen, die die Werte schaffen, aufgebaute Gesellschaft scheitern muß.

Vorausgeschickt sei, daß wir uns bei der Darstellung der Investitionsprogramme, wie sie im Fünfjahrplan festgelegt und gegenwärtig nach dem ersten Jahr der praktischen Ergebnisse zum Teil bereits überholt sind, darauf beschränken müssen, nur einen Ausschnitt zu geben, die wichtigsten Momente, die Richtung aufzuzeigen.

160 Milliarden Mark

Entscheidend für eine radikale Rekonstruktion des gesamten Wirtschaftssystems ist die Tendenz der Kapitalinvestitionen und die damit im Zusammenhang stehende Bewegung der Grundkapitalien. Sehr lehrreich ist der Vergleich zwischen dem Umfang und der Struktur der Investierungen im Jahrfünft 1923/24 bis 1927/28 und in der gegenwärtigen Rekonstruktionsperiode von 1928/29 bis 1932/33. Er zeigt die neuen Kräfte und Möglichkeiten in der Sowjetunion. Während im abgelaufenen Jahrfünft die Gesamtsumme der Investitionen nur 26,5 Milliarden Rubel betrug, sieht der Fünfjahrplan in seiner ursprünglichen Fassung 64,6 Milliarden Rubel (und nach den neuesten Angaben sogar rund 80 Milliarden Rubel oder etwa 160 Milliarden Mark) vor.

In der Wiederaufbauperiode waren die Aufgaben einfacher. Die Zahl der neuen Bauobjekte und ihr Umfang waren relativ klein. Ganz anders verhält es sich im neuen Jahrfünft, dessen erstes Jahr vor kurzem mit den bekannten großen Erfolgen abschloß.

Die Gesamtsumme der Investitionen wächst fast um das Dreifache, in der Industrie um das Vierfache (von 4,4 auf 14,6 Milliarden Rubel), in der Elektrowirtschaft fast um das Vierfache (von 0,8 auf 3,1 Milliarden Rubel), im Verkehrswesen um mehr als das Vierfache (von 2,7 auf 10 Milliarden Rubel) usw.

Um eine richtige Vorstellung von der Bedeutung dieser gewaltigen Summen zu vermitteln, führen wir die in Deutschland 1927 nach Angaben der Reichskreditgesellschaft durchgeführten Investitionen an. Es wurden in diesem Jahr insgesamt 12 Milliarden Mark investiert, davon (nach Angaben der Reichskreditgesellschaft) aus inländischen Mitteln 7,6 und aus ausländischen 4,4 Milliarden.

Die auf sich selbst angewiesene Sowjetunion, die dazu noch eine durch den Krieg und hauptsächlich den Bürgerkrieg fast vollständig zerstörte Wirtschaft übernahm, investierte im abgelaufenen Jahrfünft durchschnittlich jährlich 5,3 Milliarden Rubel oder umgerechnet rund 11 Milliarden Mark.

In dem gegenwärtigen Jahrfünft entfallen auf die jährlichen Investitionen bei einer Gesamtsumme von 64,6 Milliarden rund 13 Milliarden Rubel oder 26 Milliarden Mark und nach den neueren Berechnungen (bei einer Gesamtsumme von rund 80 Milliarden) jährlich 16 Milliarden Rubel oder 32 Milliarden Mark, d. h. soviel wie Deutschland in etwa vier Jahren investieren würde.

Der Hinweis, der hierbei gemacht werden könnte, daß Deutschland aus den Erträgen der Wirtschaft solche Summen schon aus dem einfachen Grunde nicht freimachen kann, weil es für die Reparationszahlungen aufkommen muß, ist nicht stichhaltig, da diese bisher praktisch mit den ausländischen Anleihen bezahlt wurden. Den 9 Milliarden Reparationszahlungen stehen 17 Milliarden Anleihen im Auslande gegenüber.

Das Investitionsprogramm des Fünfjahrplans

Es muß dabei berücksichtigt werden, daß das neue Jahrfünft die schwierigste Phase der Rekonstruktionsperiode darstellt und daß Investitionen hauptsächlich oder zu einem sehr großen Teil in Bauobjekte erfolgen, die erst nach Ablauf einer längeren Zeit einen Effekt zeitigen werden. Es kommt darin die Planmäßigkeit der Investierungen, die Verbindung mit dem allgemeinen Wirtschaftsprogramm zum Ausdruck.

Grundlegende Bedeutung hat nach wie vor die gesteigerte Energieversorgung der Wirtschaft. Es ist ein bekannter Grundsatz: War das Zeitalter des Dampfes das Zeitalter der bürgerlichen Gesellschaft, so charakterisiert die Elektrizität das Zeitalter der sozialistischen Gesellschaft. Wir haben in unseren früheren Ausführungen gezeigt, mit welch Riesenschritten die Landwirtschaft der Union sich der restlosen Vergesellschaftung nähert. Dementsprechend ist auch auf die Elektrifizierung der Landwirtschaft starkes Gewicht gelegt.

Neben der Entwicklung der Elektrowirtschaft gehört der Ausbau der Brennstoffbasis zu den Voraussetzungen, von denen die Erfüllung des übrigen Programms abhängig ist. Weiter ist die verstärkte Entfaltung der Hüttenproduktion und Maschinenfabrikation, auf die ebenfalls schon näher eingegangen wurde, zu nennen. Hier betragen die Investierungen etwa 4 Milliarden Rubel oder etwa 8 Milliarden Mark.

Der Heroismus der Massen

Diese gewaltigen Investierungs- und Bauprogramme stützen sich einerseits auf die Entwicklung der Technik und andererseits auf die Aufbringung ungeheurer Mittel. Es sei nochmals betont, daß das kapitalistische Ausland in diesen beiden Punkten unüberwindliche Schwierigkeiten für die Sowjetunion sah. Man weiß aber heute, daß die Technik und die Modernisierung der Betriebe in der Sowjetunion bereits große Fortschritte zu verzeichnen hat. Das technische Bildungswesen, Arbeitererfindungen usw. haben sich schon im ersten Stadium der Rekonstruktion über alles Erwarten ausgedehnt.

Was die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen der Bautätigkeit im Fünfjahrplan betrifft, so sind sie, abgesehen von der Planwirtschaft, durch die Unterordnung von allem unter die Idee der Industrialisierung und des bewußten Verzichtes auf verschiedene dringende Tagesbedürfnisse, im Außenhandelsmonopol, im Staatshaushalt und in der tatkräftigen heroischen Initiative der Massen auch auf diesem Gebiet der Aufbringung der riesigen Mittel gegeben.

Daß es sich in der Sowjetunion nicht mehr um die Frage handelt, ob der Fünfjahrplan erfüllt werden kann oder nicht, daß dieser Plan als ein grundlegendes Programm gesichert ist, zeigen ein übriges Mal die Ergebnisse der Kapitalinvestierungen in dem vergesellschafteten Teil der Wirtschaft einschließlich der allgemeinen Aufwendungen für die Landwirtschaft. Während der Fünfjahrplan für 1928/29 eine Investierungssumme von 5 270 Millionen Rubel vorsah, war das Resultat 5 560 Millionen Rubel. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1929/30 sind die entsprechenden Ziffern 10 008 Millionen gegenüber 7 414 Millionen Rubel (Fünfjahrplan).

Finanzplan und Haushaltsplan

Die Grundlagen der Akkumulation und des Finanzierungswesens sind im sogenannten „Finanzplan" enthalten. Er gewährt einen Ueberblick über die gesamten Mittel, die dem Lande aus den verschiedensten Quellen der Wirtschaft in dem betreffenden Jahr zufließen. Der Finanzplan für das Jahrfünft (ohne Berücksichtigung der sich aus der beschleunigten Entwicklung gegenüber den ursprünglichen Berechnungen) sieht die Aufbringung von insgesamt 86,005 Milliarden Rubel vor, darunter eigene Mittel der Wirtschaftsunternehmungen 18,961 Milliarden Rubel, Banken usw. 6,628 Milliarden, Versicherungswesen 9,180 Milliarden, sonstige Quellen 6,527 Milliarden und Staatshaushalt 44,709 Milliarden Rubel.

Die Konsequenz der Finanzpolitik der Sowjetmacht kommt vor allem im Haushaltsplan für das neue Wirtschaftsjahr zum Ausdruck. Die Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Ausgabenetats unterscheidet sich grundlegend von den Budgets der kapitalistischen Staaten. Während im kapitalistischen Haushaltsplan die produktiven Ausgaben eine ganz untergeordnete Rolle spielen, stehen sie im Haushalt der Union an erster Stelle.

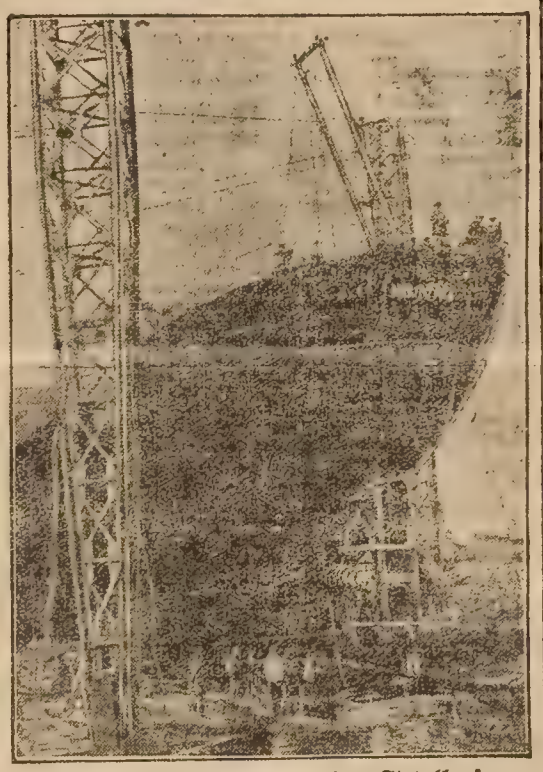
Kein Kriegs- und Hungerbudget

Nach dem inzwischen bestätigten Entwurf für 1929/30 entfallen auf die Finanzierung der Volkswirtschaft 40 Prozent oder zusammen mit den Ausgaben für das Verkehrs- und Postwesen 60 Prozent. Auf die Tilgung der Staatsanleihen kommen 3 Prozent, wobei zu bemerken ist, daß sich die Anleihepolitik des Sowjetstaates wesentlich von jener in den kapitalistischen Ländern unterscheidet. In der Union werden die durch Anleihen aufgebrachten Mittel restlos dem wirtschaftlichen Aufbau zugeführt. Und schließlich betragen die Ausgaben zur Stärkung der Wehrmacht, zur Verteidigung des sozialistischen Aufbaues kaum 10 Prozent des Haushaltes.

Aus Mangel an Raum kann hier nur ganz kurz auf die Budgets der einzelnen kapitalistischen Großmächte eingegangen werden. Der Haushaltsplan der Vereinigten Staaten Nordamerikas für 1928-29 wurde mit 3557 Mill. Dollar balanciert. Von dieser Summe sollten 1312 Mill. oder 34,1 Prozent für Zinsen und zur Tilgung der Staatsschulden dienen. Der Etat des Kriegs- und Marineministeriums betrug 763,7 Mill. Dollar oder 21,5 Prozent des gesamten Haushalts. Demgegenüber entfielen auf den Anteil des Ministeriums für Ackerbau und des Arbeitsministeriums 4,1 Mill. d. h. ganze 0,3 Prozent. Im englischen Ausgabenetat bilden die unproduktiven Ausgaben (ohne Unterstützung der Kriegsinvaliden) 56 Prozent des gesamten Budgets, darunter für militärische Zwecke 113 Mill. Pfund. Charakteristisch für den französischen Haushaltsplan ist, daß für die Entwicklung der Volkswirtschaft gegenüber dem Vorjahr nur 50 Mill. Franken mehr ausgeworfen sind, während die Beträge für Heer- Marine und militärisches Flugwesen eine Erhöhung um 600 Mill. Franken erfahren haben.

So spiegelt sich auch in den Budgetzahlen der Kontrast zwischen Kapitalismus und Sozialismus wieder. Auf der einen Seite ein parasitärer Haushaltsplan, auf der anderen — das Budget des am Sozialismus zimmernden Landes, dem die schöpferische Energie der Arbeiterklasse ihren Stempel aufdrückt

Holzfrachtdampfer Molotow



Das neuerbaute Schiff vor dem Stapellauf

Vom sozialistischen Aufbau

In Leningrad ist bei den Roten Putilow-Werken eine neue große Abteilung für Traktorenbestandteile in Betrieb genommen worden, die zusammen mit der neuen Schmiedewerkstatt (Eröffnung 1. April) tatsächlich eine neue selbständige Traktorenfabrik auf dem Gelände des „Krasny Putilowetz" bilden wird.

Die mechanische Werkstätte der Stalingrader Traktorenfabrik (Traktoro Stroj) hat den ersten Traktor hergestellt. Diese erste sowjetrussische Traktorenfabrik, ein Riesenwerk mit einer jährlichen Produktionsleistung von 50 000 Traktoren, wird bereits am 1. Juli dieses Jahres in Betrieb genommen werden.

In der Umgebung von Leningrad ist in Rekordfrist eine Kunstseidenfabrik erbaut, die ihrem Umfang nach die größte Europas ist.

A Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in München

München-Zentrum

Reichenbacher Fleischhallen
Inh. Ed. Werner
empfiehlt in Fleisch- u. Wurstwaren, insb. Mastochsen-Gefrierfleisch.
Eigenes Rabattsystem 58525

Fachgeschäft für Photo
Hübinger & Co.
Sendlinger Straße 26
Alle Markenkameras, auch auf Teilzahl. ohne Aufschlag.
Saubere Ausführung aller Amateurarbeiten. 58526

Besuchen Sie das
Viktoria-Theater
Lindwurmstraße 25
Das Haus der guten Filme

Warum kaufe ich meine
Möbel bei Storz, Tal 24?
Weil ich daselbst die größte Auswahl finde und hochanständig bedient werde. 58619

München-Nord

58627
Karl Hoy
Wurst- und Fleischwarenfabrik
Schwindstr. 12 — Augustenstr. 65,
Theresienstr. 61. Eing. Augustenstr.

Ochsen-, Kalb-, Schweine- und Jungrindfleisch
nur beste Qualität, kauft man preiswert beim
Metzgermeister Jos. Gernegroß
Goerresstraße 17 58620

München-Schwabing

Drogerie „Alte Heide"
Max Geiger, Berliner Str. 90, Tel. Nr. 32376
Drogen - Kolonialwaren u. Photoartikel

Kurz-, Strumpf-, Weiß- und Wollwaren
H. Reder, Alte Heide,
Berliner Straße 98 58634

Haushaltwäscherei Alte Heide
Alte Heidestraße 4 Telefon 58501
Annahme aller Wäsche
Schonende Behandlung

München-Neuhausen

KAMMER Lichtspiele
Kaufingerstraße 28

SCHLOSS Theater
am
Rotkreuzplatz

58656

Friseur – Parfümerie
Hermann Horn
58637 Schulstraße 34

München-Haidhausen

Gasthaus „Zur Schwane"
Zweibrückenstraße 26
Verkehrslokal der Arbeiterschaft
Gute Küche, Ia Biere 58654

München-Schlachthausviertel

Prima Mastochsen-, Rind-, Gefrier-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch, fl. Wurstwaren
zum niedrigsten Tagespreis nur beim
Metzgermeister H. Triller,
Kapuzinerstraße 2 58638

München-Sendling

Textil-Werner 58645
Ecke Oberländer-Aberlestraße

München

Jedem seinen Führerschein!

J. EIBL'S Priv. Kraftfahrkurse
MÜNCHEN
Lindwurmstraße 84/86
Telefon 73872 / 73464
Neuartiges Lehrmodell
Ausbildung auf allen Klassen
58626

Philipp Fleischner
Metzgermeister 58566
Hochfeine Fleisch- und Wurstwaren
Türkenstraße 47,
Telefon 29 60 35
empf. sich d. Arbeitern u. Angestellten
Mastochsenfleisch Ia ö. Fleisch

Es ist Tatsache
bei uns kaufen Sie
den besten Schuh
Maßarbeit sowie sämtl. Reparaturen zu Tagespreisen. Schuhmachermeister
Anton Bartl 58617a
Ecke Dalter- und Oberländerstraße

Besuchen Sie das
Musikhaus Böhm
58508 Augustenstraße 28
Eigener Fabrikationsbetrieb
Lieferung sämtlich. Musikinstrumente
Angenehme Zahlungsbedingungen

Rind- und Schweinemetzgerei
Martin Wolf, Isfstattstraße 16
Prima Mastochsenfleisch. ff. Wurstwaren zu den niedrigsten Tagespreisen 58520

Betten- und Möbelhaus
Franz Vogel, Entenbachstr. 9
empfiehlt sich in billig. Küchen, Schlafzimmern, Metallbetten, Ottomanen, Divanen und Auflegematratzen. Auf Wunsch Teilzahlung. Bettenreinigung sowie Bettfedern. 58631

Prima Fleisch- u. Wurstwaren
gut und billig nur beim
Metzgermeister Jos. Strobl
Schellingstraße 27 58597

Gewehrhaus Caspar Leichtle
München, Tal 54
empfiehlt Trachtenartikel, Bärte, Flaum, Reiherspitzen, Hasenschuhe, Joppen, Lederhosen, Westen, Schützenfedern sowie schöne Preise für Vereine. Fleisch-, Reh- und Gemsgewehe billigst. Auch werden solche aufgemacht. 58521

Mathäserbräu
Das bekannt gute
Speiselokal
Niedrige Preise
Beste Biere 58666
Besucht die neueröffnete
Weißbierhalle

Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Jos. Mayer
Dachauer Straße 30, Hauptgeschäft.
Gabelsbergerstraße 28 58621
Führe nur Qualitätsware

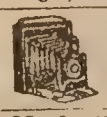


Photo-Kinner
Leopoldstraße 60
Photo-Apparate u. Bedarfsartikel 58523
Alle Amateurarbeiten

Mark 173.— kosten meine
Küchen 58627
besteh. aus einem Büfett, 140 breit, einer Kredenz, 100 breit, einem Tisch, zwei Stühlen u. einem Hocker, in beliebig farbig. Emaillackanstrich, naturlasiert, mit Linoleumplatten, beste Schreinerarbeit, auf Wunsch auch Teilzahlung bei 20 Prozent Anzahlung.
Möbel-Schreinerei, Jägerstraße 20 nächst Odeonsplatz, Telefon 29251

V. L. T.
FILM-PALAST 58628
Blumenstraße 29 Müllerstraße 32
Museum-Lichtspiele
Zeppelinstraße 85
Filmburg-Lichtspiele
Feilitzschstraße 7
Vorführung der Spitzenfilmwerke internationaler Filmkunst

Bevor Sie
Möbel
kaufen 58675
besichtigen Sie unsere Möbel-Ausstellung. Wir bieten Ihnen große Auswahl, niedrige Preise und 18 Monate Ziel
Weichhart
Reichenbachstraße 5—7

München-Tal

Billige Schuhe
im **Schuhhaus „Ideal"**
48 Rosenheimer Straße 48
Große Auswahl in Straßenschuhen, Luxusschuhen u. Arbeiterschuhen. Preislich billige Preise!

Farben
Lacke
Pinsel
Schablonen
R. Wagner
Reichenbachstr. 46

Drucksachen liefert preiswert
Bajuwarendruck G. m. b. H.
Nymphenburgerstraße 82

Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Andreas Schedler, Witwe.
Augustenstraße 58627
Empfiehlt sich allen Arbeitern und Angestellten. Führe nur Qualitätswar

den Mann, der so schöne Möbel macht, daß allen seinen Kunden das Herz im Leibe lacht, der wirklich billig liefert und dabei auch sorgt, daß die Bezahlung nicht gar zu schwierig sei — Merke vor:
Heinrich Georg / München
Möbelfabrik, Lindwurmstraße Nr. 5
Filialen in Augsburg, Landshut, Ingolstadt

Alle Arbeiter und Angestellten
besichtigen mein **reichhaltiges Lager** moderner
Herren-, Damen-, Kinder- u. Sportschuhe
Da kein Laden, daher billige Ersparnisse 58622
an Spesen, die meiner werten Kundschaft zu Gute kommen
Robert Schmidt
Schraudolphstraße 14
Straßenbahnhaltestelle Barerstr. und Scheffingstraße — Linien 10 und 20

Märzenkeller
am Hauptbahnhof
Gute bürgerliche Küche
Löwenbräubier
Jeden Abend Künstlerkonzert
Gemütlicher Aufenthalt 58604

Mein großer Einkauf ist Ihr großer Vorteil
Schuhhaus Rosenberg
Sendlinger Straße 52, Theresienstraße 126,
Ecke Augustenstraße, Bayerstraße 45,
Hochbrückenstraße 1, Ecke Tal
58624

Großdampfwäscherei S. Hainzlmayr
Fernruf 23210 Holzstraße 15 58629
Annahmestellen: Burgstr. 11, Schellingstr. 52, Fürstenstr. 8, Hackenstr. 5, Schommerstraße 14b, Landsberger Straße 59, Herzogspitalstr. 23, Schwanthalerstraße 44, Windenmacherstr. 4, Marsstr. 1a, Türkenstr. 19, Kazmairstr. 21

Fleischhandelsgesellschaft m. b. H., München
Verkaufsstellen nur:
Viktualienmarkt 7 (hint. d. Nordseefischhalle)
Viktualienmarkt 13 (neben Kustermann)
Färbergraben 35 (gegenüber Knagge & Peitz)
Reichenbachstr. 21 (gegen. Gärtner-Theater)
58619

München-Ost

Kaufhaus Mössbauer
Weißenburger Platz Telephon 41640 58645
Alle Artikel für Küche und Haushalt, Galanterie-, Spiel- und Lederwaren

Kaufhaus Pappenheimer
Weißenburger Platz 58546
Bekannt niedrige Preise

Inserate in der „Neuen Zeitung" haben großen Erfolg

Schmöger
Frisier-Räume
Humboldtstraße 9
58560

Schweinemetzgerei Schuster
58547 Weißenburger Straße 39
empfiehlt seine erstklassigen Wurstwaren

Elise Wolff, Humboldtstraße 20
leistungsfähigstes Geschäft am Platze für Schokoladen u. Zuckerwaren

Anton Dorn
Brot- und Feinbäckerei
Steinstraße 27
Spez.: Schlüterbrot

Georg Müller
Bäckerei und Konditorei
Pilgersheimerstraße 25 58556

Georg Bedacht
Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Entenbachstr. 38

Hans Mielich-Kino
Hans Mielichplatz 1
Stets 2 erstklassige Filme

Uhren, Reparaturen
Alois Bauer, vorm. Schober, Ohlmüllerstr. 20

Josef Steinbauer
Ecke Pariser und Balanstraße
Alt- und Jungmetzgerei 58605
Tägl. frische Fleisch- u. Wurstwaren

Genossen, kauft bei der
Arbeiterbuchhandlung
Karl Kebler, Humboldtstr. 15

Ochsen-, Kalb- und Schweinemetzgerei
ff. Wurstwaren 58551
Konrad Specht, Humboldtstr. 11

Herrenfriseur
Stolber, Rosenheimer Straße 129

Zigarren, Zigaretten
Studenbaum, Rosenheimer Straße 127

Kurhaus Eichenau
Bestrahlungen nach Gallspach
verbunden mit Radium-Trinkkuren
Näheres Bregerie Steiger, Pariser Straße 12

Xaver Wanner
Wurstfabrik und Rauchfleisch
58560 Metzstraße 18

Mitchael Ziegfalz
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Älteste Firma in dieser Branche in Haidhausen
Weißenburger Straße 15

Georg Leichinger
Brot- und Feinbäckerei
Rosenheimer Straße 36

Hans Brunner, Humboldtstr. 16
Trachtenartikel, Strümpfe,
Weiß- und Wollwaren

München-West

BAIERL & JÄCKLE
Landsberger Straße 120
Fernsprecher 61217
LIKÖRE / WEINE

S. Sundheimer
Das zuverlässige
Textilhaus
Tulbeckstraße 57

Arbeiter und Angestellte vom Westend kaufen nur bei den Inserenten der „Neuen Zeitung"

MAX GRILL
Kazmairstraße 34
Weiß- Woll- u. Kurzwaren
Herren- und Damenkonfektion
Möbel, Betten, Bar- u. Teilzahlung

Hans Leitgeber
Heimeranstr. 31, Fernsprech. 74194
Fleisch- u. Wurstwaren
Spez. Fränk. Wurstwaren

Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Nep. Spann
Gollierstraße 26

Kaufhaus Knäusl
Trappentreustr. 10 — Tel. 61907
Braune Rabattmarken

Westend-Gefrier- und Frisch-Fleisch-Halle
Schwanthaler Straße 153
Beste Einkaufsquelle für Mittagstisch

Einzelpreis 15 Pfg

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale) Bezirk Südbayern

für München, Ober- u. Niederbayern

Mit den Beilagen: Der Rote Stern / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags). Bezugspreis: wöchentlich 60 Pfg., halbmonatlich 1.25 Mk., monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Sprechzeit der Redaktion: Dienstag und Freitag von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr.

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 10 Pfg., außerhalb Bayerns 15 Pfg. Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im u. anschließ. an Text 75 Pfg., außerhalb Bayerns 1 Mk. Anzeigenschluß: Tag zuvor abds. 6 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH., München, Nymphenburgerstr. 32. Fernspr. 50463. Postscheck: Freier Verlag München Nr. 47280. Druck: Bajuvarendruck G. m. b. H., München

Nummer 70 | München, Mittwoch, 26. März 1930 | 13. Jahrgang

Die Wucherzölle durchgepeitscht!

Geschlossene Einheitsfront von der „linken" SPD. bis zu den Nazis
Landbundführer Schiele kommandiert „Der Kampf geht weiter"
Scharfe Abrechnung der Kommunisten mit den Zollwucherern

Berlin, 25. März. (Eig. Drahtber.)

Am Dienstag wurden im Reichstag alle Anträge über Zollerhöhungen für Weizen, Gerste, Malz, Kartoffeln, Mehl, Kleie, Zucker und Mais endgültig von der Einheitsfront der Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen. Die Kommunisten hatten wiederholt namentliche Abstimmung beantragt, dabei stellte sich heraus, daß auch die „linken" Sozialdemokraten allen Zollwucheranträgen zugestimmt hatten.

Die Abstimmung wurde mit lauten Pfuirufen der Kommunisten aufgenommen. Die Deutschnationalen stellten einige weitergehende Anträge die vorläufig jedoch noch von den Regierungsparteien abgelehnt wurden. Für diese weitergehenden Zollanträge stimmten auch die Nationalsozialisten.

Ein Antrag der Kommunisten

„Die Reichsregierung zu ersuchen, die zur Stützung des Roggenpreises eingelagerten 400 000 Tonnen Roggen umgehend der menschlichen Ernährung zuzuführen und zwar durch unentgeltliche Abgabe von Brot an Erwerbslose, Sozialrentner und sonstige Bedürftige, sowie durch Verabreichung eines auskömmlichen Milch- und Brotfrühstückes an alle Kinder dieser notleidenden Bevölkerungskreise" wurde wiederum **gemeinsam von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten niedergestimmt.**

Mit der Annahme der neuen Zollwuchervorlage ist jener Weg weiterbeschritten der von der **Annahme der Younggesetze über Severings Republikschutzgesetz durch Zollwucher und Steuerraub zur verschärften Verelendung und Knebelung der gesamten deutschen Arbeiterschaft führen soll.** Mit dem Steigen der Massennot steigen die Profite der Großagrarier und der deutschen Industriellen. Wer aber von einer dadurch herbeigeführten Verschärfung der Klassengegensätze, von der notwendigen Verschärfung des Klassenkampfes spricht wird von Severing und Stützel wegen Aufreizung zum Klassenhaß vor die Gerichte gestellt. Dabei braucht es doch hier wirklich keiner Aufreizung mehr. **Offenkundig und allen sichtbar ist es, wie die SPD.-Regierung den Werktätigen buchstäblich das Brot vom Munde wegreißt. Sie kauft Roggen auf, um ihn den Mäusen zum Fraß vorzuwerfen, nur damit die Getreidepreise noch weiter steigen. Und die Herren Abgeordneten von der SPD., den Demokraten und Volksparteilern, dem Zentrum, den Deutschnationalen und Nationalsozialisten hatten nur Hohn und Spott, wenn die Kommunisten beantragten, die von der Regierung aufgekauften 400 000 Tonnen Roggen an die Erwerbslosen und notleidenden Schichten kostenlos zu verteilen.**

Ein solches Bild hat selbst dieser Reichstag noch nicht oft gesehen. Wie auf ein Kommando erhob sich

bei der Abstimmung eine lückenlose Front von der Sozialdemokratie bis zur äußersten Rechten einschließlich der Nazis.

Es muß für alle Zeiten festgehalten werden, daß die „linken" Sozialdemokraten vom Schlage Künstlers und Littes ebenso wie die Herren Goebbels und Strasser und Frick diesem Zollwucher ihren Segen gaben. Wenn das Brot jetzt kleiner, dafür aber teurer wird, wenn der Preis für Zucker und Kartoffeln steigt — bedankt euch bei diesen Herren! Sie sorgen für die weitere Verarmung der Armen und die Bereicherung der Reichen. Denn nur diesen, nicht den kleinen Bauern, nicht den Landarbeitern, kommt dieser Raub zugute.

Als die Großagrarier gestern durch den Deutschnationalen Schiele neue, noch höhere Forderungen anmeldeten, da vertröstete sie der Koalitionsminister Dietrich auf die Zeit nach Ostern. **„Bis dahin machen wir eine Pause!" Also diese teilweise**

500prozentige Zollerhöhung ist erst eine Etappe.

Nun, die Arbeiter haben es in der Hand, die Pause, die das Müller-Kabinett zur Vorbereitung neuer Zollerhöhungen benutzt zur Verzehnfachung des Kampfes muß seinen konkreten Ausdruck finden in der Entfesselung von tariflichen und außertariflichen Bewegungen für höhere Löhne und Siebenstundentag, in der Eroberung aller Betriebspositionen durch die roten Betriebsräte, in der Verbündung des städtischen mit dem Landproletariat.

Was gestern im Reichstag seine Stimme für den unverschämten Zollwucher abgab — das waren die nationalistischen und sozialdemokratischen Sachwalter des Junkertums. Was wir in den nächsten Tagen in Berlin hören werden, wird die Stimme derjenigen sein, die viel zu lange schon geschwiegen haben: die Stimme der deutschen und internationalen Bauernarmut, deren Kongreß wir mit dem Wunsch begrüßen, daß endlich auch auf dem Lande eine breite geschlossene rote Front gegen die unersättlichen junkerlichen Nutznießer des Koalitionsregimentes erwachse.

Hakenkreuzprovokation im Münchener Stadtrat

Ohrfeigen und Prügel für die Nationalsozialisten

München, 26. März.

Im Innern unserer heutigen Ausgabe berichten wir über eine gestern von den Nationalsozialisten planmäßig durchgeführte Provokation im Münchener Stadtrat. Der Bayerische Volksparteiler Ostermeier hatte die Sozialdemokraten für zuverlässiger erklärt, als die Nationalsozialisten und war damit den Konkurrenzinteressen der Nazi in der Vertretung der imperialistischen Politik auf die Füße getreten. Wutentbrannt gab der Nazi Fiehler daraufhin eine Erklärung gegen die Kommunisten ab, die der Genosse Huber zurückwies. Daraufhin stürmte der Hakenkreuzler Grimminger **zur kommunistischen Fraktion und versuchte auf den Genossen Huber einzuschlagen. Es kam zu einer regelrechten Rauferei aus der die Nationalsozialisten mit zerbeulten Köpfen und kaputgeschlagenen Brillen als die Unterlegenen hervorgingen.**

Bezeichnenderweise erteilte Scharnagl, der Münchener Oberbürgermeister nicht den Nationalsozialisten für ihre Provokationen einen Ordnungsruf, sondern dem Genossen Huber. Das zeigt aufs Deutlichste, daß das Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die Kommunisten von der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien gebilligt wurde. Der Zusammenstoß im Münchener Rathaus ist lediglich ein Ausdruck der Verschärfung der Klassengegensätze, gleichzeitig aber auch ein Signal, das der gesamten Arbeiterschaft zeigt, wie die Nationalsozialisten durch Severings Republikschutzgesetz und den Justiz- und Terrorfeldzug gegen die Kommunisten ermutigt, immer mehr ihre Zeit für gekommen halten.

Das von uns vor kurzem veröffentlichte Flugblatt der Nationalsozialisten, das ebenfalls zum Arbeitermord aufforderte, wie die gestrige Provokation im Münchener Stadtrat, zeigen die offene Proklamierung der Brachialgewalt gegen die Arbeiterschaft. Von der Arbeiterschaft müssen diese Provokationen sofort beantwortet werden durch noch entschlosseneren Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus, durch Stärkung der revolutionären Organisationen durch rücksichtslose und entschlossene Führung des Klassenkampfes gegen alle Feinde des Proletariats!

Genosse Weber, Solingen erneut zum Bürgermeister gewählt!

Solingen, 25. März.

Nachdem die Wahl des kommunistischen Stadtverordneten Weber zum Oberbürgermeister von Groß-Solingen vom preußischen Staatsministerium nicht bestätigt worden war, hatte sich die Stadtverordnetensitzung heute erneut mit dieser Frage zu beschäftigen. Beim ersten Wahlgang wurden folgende Stimmen abgegeben: Für Weber (Komm.) 19 Stimmen, für Bürgermeister Seynsche (Bürgerl. Parteien) 21, für Hermann Meyer (Soz.) 8 Stimmen, ferner 4 weiße Zettel (Zentr.). Im zweiten Wahlgang erfolgte dann die Wiederwahl Webers, der 28 Stimmen erhielt, während auf Seynsche wieder 21 Stimmen entfielen. Fünf Zettel waren unbeschrieben.

Bolschewistische „Sklavensprache"

Das Republikschutzgesetz ist beschlossen. In den nächsten Tagen wird es „verkündet" werden und in Kraft treten. Von diesem Augenblick an steht zwischen den deutschen Arbeitern und ihrer legalen revolutionären Presse, steht zwischen den Proletariern und ihrer Zeitung das Drahtverhau konterrevolutionärer Paragraphen, mit deren Hilfe der sozialdemokratische Reichsinnenminister im Auftrage der Bourgeoisie und Sozialdemokratie die revolutionäre Bewegung mundtot zu machen, den proletarischen Widerstand gegen die Ausplünderung der Massen im Zeichen des Young-Planes zu brechen und die Kommunistische Partei zu dezimieren gedenkt.

Von diesem Augenblick an schwebt über jeder Zeile der „Neuen Zeitung" und der übrigen legalen Presse der Kommunistischen Partei der Zensurparagraph des Ausnahmegesetzes, der den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse das Recht gibt, auch das bißchen „Pressefreiheit", das die Weimarer Republik angeblich dem Proletariat zubilligt, offen zu zerschlagen und die kommunistische Presse zu verbieten. Der Paragraph 5 des Republikschutzgesetzes, der die „Untergrabung" der republikanischen Verfassung als Verbrechen erklärt, gibt dem Stützel und seinesgleichen eine Handhabe, mit beispielloser Willkür die Vertretung der proletarischen Klasseninteressen durch die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen zu verfolgen.

Wir brauchen das Selbstverständliche kaum erst zu betonen: Für die Kommunistische Partei und ihre Organe gibt es kein Zurückweichen, kein Kapitulieren vor der verstärkten terroristischen Ausnahmediktatur des Klassenfeindes. Für uns bleibt, wie bisher, nur eine Richtschnur unseres Handelns: das Klasseninteresse des Proletariats und seines Befreiungskampfes!

Aber bedeutet das, daß wir die Waffen unserer legalen Agitation mit Hilfe unserer Parteipresse strecken müßten? Wir denken nicht daran. Im Gegenteil: So wie spontan mit der Steigerung der reaktionären Verfolgungsmaßnahmen die Arbeiterschaft erst recht sich noch enger um die Kommunistische Partei schart, so wie angesichts des Terrors der Severing und Genossen gegen die KPD. und die revolutionäre Presse die Zahl unserer Leser sich täglich erhöht, die Gefolgschaft unseres Blattes sich täglich erweitert, so antworten wir auch nach der Annahme des Republikschutzgesetzes nur mit verstärkter Werbearbeit für unsere Partei und für die „Neue Zeitung".

Der Terror, die Verfolgungen des Klassenfeindes werden uns nicht biegen, nicht beugen, noch erschrecken. Kommunisten, die in die Schule der revolutionären Kämpfe in Deutschland seit 1918 gegangen sind, die von den gewaltigen Erfahrungen der Bolschewiki und der russischen Revolution gelernt haben, die das Erbe der revolutionären sozialistischen Kämpfer an der Spitze des deutschen Proletariats vor 50 Jahren unter Bismarcks Sozialistengesetz verkörpern — Kommunisten kämpfen auf jedem Posten und unter allen Bedingungen, ohne zu schwanken und ohne auch nur einen Fuß breit vom revolutionären Weg des Bolschewismus abzuweichen!

Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer der modernen Arbeiterbewegung, prägten einst das Wort, daß Kommunisten nichts zu verbergen haben, daß sie sich offen zu ihren Zielen bekennen. Das gilt auch für uns und unseren Kampf unter dem Republikschutzgesetz, gegen das Republikschutzgesetz. Wir brauchen keine Geheimdiplomatie, wir brauchen kein Versteckspielen. Wir sprechen aus, was wir und wie wir auf die Zuchthausparagraphen des neuen Sozialistengesetzes zu antworten gedenken.

Man „verbietet" uns, die Republik zu „untergraben". Nun gut: Wir werden also die Taten dieser Republik gegen das deutsche Proletariat, gegen die werktätigen Massen in Stadt und Land berichten. Wir werden erzählen, wie diese Republik den Erwerbslosen das letzte Stück Brot stiehlt, wie sie Hungersteuern und Wucherzölle gegen die Massen des arbeitenden Volkes beschließt und wie sie zu gleicher Zeit den vollgefressenen Kapitalisten Millionen und aber Millionen schenkt. Wir werden erzählen, wie diese Republik auf Arbeiter schießt, wie die Polizeipräsidenten dieser Republik nicht einmal vor der Leichenschändung an ermordeten revolutionären Proletariern zurückschrecken, wie diese Republik mit blauen Bohnen den Hunger der Massen zu sättigen sucht. Das alles werden wir — — berichten. **Die Schlußfolgerung, die zu ziehen uns das Republikschutzgesetz „verbietet", werden wir den Arbeitern überlassen!**

Das Republikschutzgesetz „verbietet" uns, die Taten der Minister in Zukunft bei ihren Namen zu nennen. Wenn einer mordet, ist es verboten, das auszusprechen. Wenn einer, gekauft vom Kapital, die Arbeiterklasse bis aufs Blut peinigt, ausplündert, verschachert — in der deutschen Republik mit ihren treuesten Ver-

fassung der Welt", ist es in Zukunft verboten, darüber nach Gebühr zu schreiben. Wenn eine Regierung sich als Agentur des internationalen Finanzkapitals auftut, die das ganze arbeitende Deutschland in Sklaven verwandelt — wir dürfens nicht mehr mit unseren Worten sagen. **Nun gut, wir werden nur noch die Taten berichten. Die Worte, die diese Taten kennzeichnen, werden wir den Arbeitern überlassen, die unsere Presse lesen!**

Vielleicht denkt der eine oder andere Arbeiter: Nun also, Severing ist doch ein „starker Mann", er bringt es doch zuwege, daß die „Neue Zeitung" nicht mehr alles das schreibt, was sie bisher schreiben konnte? Vielleicht denkt einer oder der andere, es sei doch möglich, daß der Druck der konterrevolutionären Machenschaften den revolutionären Charakter der Kommunistischen Partei auch nur in einem Punkte abschwächen könnte. Wir sagen mit aller Schärfe, mit aller Deutlichkeit, daß es niemals dem Klassenfeind, niemals den sozialfaschistischen Ministern und Polizeipräsidenten gelingen wird, uns auch nur um eine Handbreit von der klaren revolutionären Linie unserer Politik abzudrängen. Wir werden — auch darüber wollen wir nicht schweigen — in unserer Sprache den Fesseln der Zensur auf unsere Art Rechnung tragen.

In unserer Sache niemals!

Und wenn wir in Zukunft in unserer Sprache das Ausnahmegesetz Severings „einkalkulieren", so versprechen wir, daß es nicht zugunsten der Severing oder Zörgiebel oder ihrer kapitalistischen Auftraggeber ausfallen soll, sondern umgekehrt!

Der Führer und Begründer der Kommunistischen Internationale, der Genosse Lenin, schrieb einst, nach dem Ausbruch der russischen Revolution von 1917, in einem Vorwort zur neuen Ausgabe seines, noch unter dem Zarismus erschienenen Buches: „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus" über die „Sklavensprache", in der die Bolschewiki unter der zaristischen Ausnahmezensur alles, was sie legal schreiben wollten, hatten formulieren müssen. Genosse Lenin sagt:

„Die Schrift ist verfaßt im Hinblick auf die zaristische Zensur. Aus diesem Grunde war ich nicht allein gezwungen, mich streng auf die theoretische — insbesondere ökonomische — Analyse zu beschränken, sondern auch die wenigen politischen Hinweise mit der größten Vorsicht zu formulieren, andeutungsweise, gewissermaßen durch die Blume zu sprechen — durch die verfluchte Blume, zu der der Zarismus alle Revolutionäre verdammte, sobald sie die Feder in die Hand nahmen, um etwas „Legales" zu schreiben.

Wie schwer fällt es einem jetzt, in den Tagen der Freiheit, jene Stellen der Broschüre wieder zu lesen, die durch den Gedanken an die zaristische Zensur verkrüppelt, zusammengepreßt, in Daumenschrauben gequetscht sind. Daß der Imperallsmus den Vorabend der sozialistischen Revolution bedeutet... — darüber mußte ich in der „Sklavensprache" reden."

Sklavensprache! Severing will auch uns zwingen, „Sklavensprache" zu sprechen. Aber nicht die Sprache von Sklaven ist gemeint, die sich unter das Joch fügen. Nein, Lenins Sprache ist Sprache derer, die sich trotz Zensur und gegen Zensur auflehnen, bis das Sklavenjoch zerbricht! „Durch die verfluchte Blume" sprechen: auch wir wollen es lernen!

Die Sklavensprache, die der Zarismus den Bolschewiki auferlegte, soweit sie legal schreiben, sprechen, agitieren wollten, hinderte nicht, daß heute der Zarismus auf dem Kehrichthaufen der Weltgeschichte gelandet und an seiner Stelle die Sowjetmacht auf einem Sechstel der Erdkugel errichtet ist. **An diese Erfolge „trotz" der bolschewistischen „Sklavensprache" wollen wir uns erinnern. Wir und die deutschen Arbeiter. Und niemals darauf vergessen!**

Gegen die Antisowjethetze der Pfaffen

Pius XI. von Morgan gekauft

Dollaranleihen des Vatikans / Hintergründe der kirchlichen Antisowjethetze

Wie die „Rote Fahne" aus Kreisen der dem Berliner Bischof Schreiber nahestehenden Zentrumspolitiker erfährt, ist die Agressivität des Vatikans insbesondere in den letzten Monaten auf amerikanischen Druck erfolgt. Nur die Londoner „Times" hat schon vor längerer Zeit angedeutet, daß diese Aktion gerade im Frühjahr 1930 besonderen Umfang annehmen wird.

Papst Pius XI. hat von Wall-Street bereits vier größere Anleihen erhalten, um im Weltmaßstabe verstärkte Kirchenpropaganda treiben zu können.

Im vergangenen Jahre wurde eine neue Anleihe im Gesamtbetrage von 1½ Millionen Dollar bei der Wall-Street aufgelegt. Die Vermittlung zu dieser Kreditaktion hatte der Kardinalerzbischof von Chikago, Msgr. Mundelein, der die Vorbereitungen zur Emission der genannten Anleihe in den Vereinigten Staaten zu treffen hatte. Bis zum Betrage von 1½ Millionen Dollar sollten Bons mit einem Zinssatz von 5 Prozent herausgegeben werden. Dann sollte ein Amortisationsfonds die Tilgung der Schuld innerhalb 20 Jahren ermöglichen. Die Bons sind, um den direkten Zusammenhang mit dem Vatikan zu verwischen, auf den Namen des Kardinalerzbischofs von Chikago ausgestellt und durch das Kircheneigentum in der Metropolitanstadt, das auf 16 Millionen Pfund (oder etwa 400 Millionen Franken) geschätzt wird, vorläufig sichergestellt worden.

Wall-Street machte die Gewährung des Kredits davon abhängig, daß die flüssigen Gelder gemäß dem päpstlichen Versprechen auch wirklich für die neuen Gebäude des Kollegs der „Propaganda fide" in Rom verwendet werden. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß das amerikanische Finanzkapital die Tätigkeit der katholischen Aktion finanziert.

Zu diesen Tatsachen erfahren wir aus derselben informierten Quelle, daß sowohl auf direktem Wege als über den Umweg über den Kardinalerzbischof von Chikago von Seiten der Wall-Street wiederholt dringend verlangt wurde, den angeblichen Glaubensverfolgungen in Rußland durch eine internationale Kirchenaktion entgegenzutreten. Falls nicht schnellstens eine Wendung in der Politik des Vatikans eintrete, würden die im Gange befindlichen Verhandlungen zur Vorbereitung der Emission einer neuen Anleihe für den päpstlichen Stuhl sofort abgebrochen werden.

*

Soweit die nackten Tatsachen, die aus wohlunterrichteten Kreisen zentrümlicher Politiker mitgeteilt werden. Der päpstliche Sühnetag vom 19. März, die wahnwitzige Kriegshetze der katholischen Kirche gegen die Sowjetunion, der Haßgesang und die Aufforderung zum blutigen Kreuzzuge gegen die USSR. erscheinen gerade durch diese außerordentlich wichtigen Tatsachen in einem besonderen Licht. Das feierliche Pontifikalamt, das im Petersdom vom Papst selbst zelebriert wurde, die starke Anteilnahme des gesamten Kardinalskollegiums, die Aktivität der Tausende von katholischen Geistlichen in allen Ländern der Welt, der Ruf der Priester: „Nieder mit dem Bolschewismus" — das alles wurde ausgeführt auf Befehl Wall-Streets, auf Veranlassung des amerikanischen Finanzkapitals, das auf den Busch klopft und handgreifliche Zinsen für die aufgelegten Anleihen verlangt.

Dem katholischen Proletariat, das der Kriegshetze seiner hohen geistlichen Würdenträger zum großen Teil fernblieb, mogen gerade die genannten Tatsachen beweisen, daß die Kirche völlig im Dienste des Finanzkapitals steht. Die Kriegstrommler im geistlichen Ornat mögen unter sich bleiben. Die katholischen Arbeiter aber, die mit ihren kommunistischen und parteilosen Klassenbrüdern die gleiche Not teilen, müssen sich zur Verteidigung der Sowjetunion gegen das päpstlich-finanzkapitalistische Kriegsabenteuer sammeln.

Der Dreißigste!

Genosse Wenzel, Redakteur des Brandenburger „Volks-Echo", zu 15 Monaten Festung verurteilt / Intelligenz strafverschärfend!

Leipzig, 24. März.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Genossen Hugo Wenzel, Redakteur des „Volks-Echo", kommunistisches Organ für die Provinz Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, auf Grund des Republikschutzgesetzes wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Zersetzung der Wehrmacht zu einem Jahr drei Monaten Festung.

Der Anklage lagen drei Zeitungsartikel, vor allem der bekannte Mai-Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zugrunde, in dem die Soldaten der imperialistischen Armeen aufgefordert wurden, „ihre Waffen gegen ihre Unterdrücker zu kehren". Das ist nach Meinung des Reichsgerichts ein Zersetzungsversuch, der, wie es in der Urteilsbegründung heißt, um so schärfer zu bestrafen sei, weil die

Zersetzung in den letzten Monaten in der Reichswehr außerordentlich um sich gegriffen habe.

Das Reichsgericht hat es sich nicht nehmen lassen, die Intelligenz Wenzels als strafverschärfend anzusehen:

„Der Angeklagte verdient eine besonders harte Strafe, erstens, weil er, von Beruf Schmied, sich aus eigener Kraft und auf Grund seines Besuches von kommunistischen Parteischulen ein so umfangreiches Wissen angeeignet hat, daß er die umstürzlerischen Ziele der Kommunistischen Internationale nicht nur klar erkennt, sondern persönlich tatkräftig zu ihrer Verwirklichung mitarbeitet."

Der aufrechte Arbeiter, der sich bildet und das erworbene Wissen im Dienste seiner Klasse uneigennützig verbreitet — er ist besonders grausam zu bestrafen.

Genosse Wenzel ist nicht der erste, er ist

der dreißigste Redakteur, der innerhalb weniger Monate von den Reichsrichtern, denen die Sozialdemokratie eben erst das Republikschutzgesetz zur schärferen Verurteilung der Arbeiter an die Hand gegeben hat, eingekerkert bzw. verurteilt wurde.

Wer so von den Ausbeutern und ihren richterlichen Organen bekämpft wird, wie die Kommunisten, der ist auf dem richtigen Wege gegen den Kapitalismus. Und wir sind gewiß, daß für jeden unserer eingekerkerten Genossen Dutzende neue in die Bresche springen und sie ausfüllen werden. Wir Kommunisten sind durch keine noch so harten Strafen einzuschüchtern. An uns werden die Klassenrichter sich die Zähne ausbeißen!

Tagung des Bundes der Freunde der Sowjetunion:

Kampf gegen die Kriegshetzer!

Die vereinigten Imperialisten betreiben fieberhaft die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland

Essen, 24. März. (Inprekorr)

Am Samstag und Sonntag tagte in Essen die 2. Internationale Konferenz des Bundes der Freunde der Sowjetunion, zu der Delegierte aus fast allen europäischen Ländern erschienen waren. Auch Amerika hatte zwei Delegierte entsandt. Die Delegation der Gewerkschaften der Sowjetunion, die unter Führung des Genossen Jefreinow stand, wurde von Severing die Einreise nach Deutschland verweigert.

Die Tagesordnung der Konferenz lautete:

1. Die Lage in der Sowjetunion und das erste Jahr des Fünfjahresplanes.
2. Die Gefahr des Krieges gegen die Sowjetunion und die Aufgaben des Bundes der Freunde der Sowjetunion.
3. Der organisatorische Ausbau des Bundes der Freunde der Sowjetunion.

Zum 1. und 2. Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Tombell, der folgendes ausführte:

Die gegenwärtige verstärkte Antisowjethetze, die Vorbereitungen des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion sind durch vier Faktoren bedingt:

1. **durch die schwere Krise der kapitalistischen Wirtschaft, deren wichtigstes Sympton das ungeheure Arbeitslosenheer von 14 Millionen ist,**
2. **durch den Aufstieg der revolutionären Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern,**
3. **durch den Aufschwung der revolutionären Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien,**
4. **durch die Fortschritte des sozialistischen Aufbaues in der Sowjet-Union.**

Die Bourgeoisie mußte die Illusion auf eine kapitalistische Entartung der Sowjet-Union fallen lassen. Für die Kapitalisten gibt es nur einen Ausweg aus ihrer Lage, wenn es ihnen gelingt, die Sowjet-Union in den Kreislauf der kapitalistischen Wirtschaft einzuschalten. Das kann nur durch den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion und die Unterdrückung der eigenen Arbeiterklasse geschehen. In den großen Massen herrscht noch ein gewisser Skeptizismus gegenüber dem Herannahen eines neuen kapitalistischen Krieges. Dieses Gefühl wird von den Sozialdemokraten und Pazifisten genährt.

Aufgabe des Bundes ist nicht die Organisierung passiver Mitglieder, **sondern die Vereinigung aktiver Kämpfer, die Entfaltung einer breiten Massenbewegung der Werktätigen und der sympathisierenden Intellektuellen zur geschlossenen Verteidigung der Sowjet-Union.**

Anschließend sprach Genosse Münzenberg. Er stellte der Theorie Hilferding und Kautsky, daß sich der Kapitalismus noch weiter entwickeln und im stande sei, seine Widersprüche zu überbrücken, die Theorie der revolutionären Marxisten und Leninisten über die tödliche Krise des Kapitalismus entgegen. Das wichtigste Argument gegen die sozialfaschistische Theorie ist das Bestehen der Sowjet-Union. Der Krieg, der jetzt gegen die Sowjet-Union vorbereitet wird, ist nicht zu vergleichen mit dem Krieg gegen den Bolschewismus in den Jahren 1917/18/19, **es liegt ihm ein grandioser Plan des gemeinsamen Vorgehens aller kapitalistischen Länder zu Grunde.** Er wird mit ungeheurer Zähigkeit von Etappe zu Etappe durchgeführt. Der Krieg gegen die Sowjet-Union droht nicht nur, er ist bereits im Gange. Die Arbeiter und Bauern der Sowjet-Union sind auf dem Posten, aber noch nicht die breitesten Massen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern. Es gilt für einen entschlossenen Willen zu kämpfen. Keine bloße Propagandaabteilung, **sondern die Formierung einer Riesenarmee entschlossener Soldaten der Revolution, das muß die Aufgabe des Bundes sein.**

In der anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen beider Referenten von allen Rednern unterstrichen und die vorgeschlagenen Entschließungen einstimmig angenommen. Die 2. Internationale Konferenz des Bundes der Freunde der Sowjetunion wird der Ausgangspunkt einer breiten Massenpropaganda gegen den von den vereinigten Imperialisten planmäßig organisierten Krieg gegen das Vaterland aller Ausgebeuteten und Geknechteten sein und viel dazu beitragen, die geschlossene Kampffront der Werktätigen gegen das neue Kriegsverbrechen der Imperialisten zu schmieden.

Neue Verhaftung von Reichswehroffizieren

München, 26. März.

Die Untersuchung wegen der nationalsozialistischen Umtriebe in der Reichswehr wird anscheinend unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt. Insbesondere die kommunistische Presse soll der Arbeiterschaft nicht aufzeigen können, in welch skandalöser Weise die Untersuchung hier, wo es sich um Rechtskreise handelt, geführt wird. Wir haben bereits seinerzeit berichtet, daß die Fäden von Ulm über München nach Ingolstadt und Nürnberg führten. Trotzdem wurden nur Verhaftungen in Ulm vorgenommen, wo zwei Reichswehrleutnants es allzu offen getrieben hatten. Die Verhaftung des Leiters der ganzen Propaganda, eines Münchner Oberstleutnants, der vor kurzem erst aus der Reichswehr ausgeschieden ist, erfolgte jedoch nicht.

Wie nunmehr die bürgerliche Presse meldet, sind in den letzten Tagen in Ulm neuerdings vier Verhaftungen vorgenommen worden. Ob es sich um Reichswehroffiziere handelt, ist nicht bekannt.

Zweifellos wird die Oberreichsanwaltschaft die Verhafteten bald wieder auf freien Fuß setzen. Der Zweck der Uebung, angebliches Vortäuschen eines Kampfes gegen rechts durch Severing und die Reichsanwaltschaft ist ja erreicht. Nun kann es um so brutaler wieder gegen die Arbeiter losgehen!

Hitler will Reichspräsident werden

München, 26. März.

Wie der „Bayerische Kurier" mitteilt, sind von nationalsozialistischer Seite Ende des vorigen Jahres Versuche unternommen worden, **Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen.** Hitler, von Geburt bekanntlich Oesterreicher, wird, da Oesterreich seine Staatsangehörigkeit nicht mehr anerkennt, als staatenlos betrachtet. Ende vergangenen Jahres wurden Dr. Buttmann und Dr. Frick im bayerischen Innenministerium vorstellig, um dort ein Einbürgerungsgesuch Hitlers zu überreichen. **Ueber die Hintergründe der Bemühungen des Hakenkreuzlers wird nun gestern von der Berliner D. A. Z. gemeldet, daß sie von gut unterrichteter Seite erfahren habe, daß der Wunsch Hitlers hauptsächlich auf der Absicht beruhe, bei der nächsten Präsidentenwahl sich als Kandidat aufstellen zu lassen.**

Hindenburg ist seit dem Youngplan unten durch. Hitler fühlt, wie die Nationalen nach einem neuen „Retter" schreien und daß er sich selber als den einzig Möglichen betrachtet, ist bei seiner geistigen Verfassung kein Wunder.

Massenbekenntnis an Revolutionsgräbern

Wuchtiger Aufmarsch der Hamburger Arbeiter Ernst Thälmann spricht

Hamburg, 24. März.

Der gestrige Märzaufmarsch des Hamburger revolutionären Proletariats zeigte, wie fest die Kommunistische Partei in den Arbeitermassen verankert ist.

Mehr als zehntausend Arbeiter befanden sich im Zug, tausende marschierten an den Seiten des Zuges weite Strecken mit.

Im Zuge marschierten u. a. uniformierte Abteilungen der Jungen Antifaschisten mit Transparenten, die zum Eintritt in die Antifa aufforderten. Die Schönfelder Polizei wagte nicht, dagegen einzuschreiten. Bemerkenswert war ferner die starke Beteiligung der Werftarbeiter mit Transparten, die zur Wahl der Listen der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei den Betriebsrätewahlen aufriefen.

Tausende von Arbeitern lauschten dann den Worten des Genossen Thälmann, der an die Märzkämpfe von 1848, 1871 und in den Jahren nach 1918 erinnerte. Was die Pariser Kommunarden begannen, wird das internationale Proletariat fortsetzen. Verboten oder erlaubt, die KPD. wird ihre Aufgaben erfüllen. **Es wird der Tag kommen, wo die roten Fahnen auf den Palästen wehen werden.**

Nach Schluß der Rede wurden Kränze niedergelegt

Der tägliche Beobachter

Die Flucht aus dem Krankenhaus in das Gefängnis

Monatelang hat in Paris das plötzliche Verschwinden des russischen Konterrevolutionärs Kutjepow dazu gedient, eine frivole Hetze gegen die Sowjetunion zu betreiben. Die bürgerliche und sozialfaschistische Presse der ganzen Welt zehrte lange davon. Bis jetzt ist Kutjepow nicht „aufgefunden", es ist ruhig um ihn geworden. Aber der Zweck ist erreicht.

Ein neuer Fall, in dem es sich zwar nicht um einen russischen Konterrevolutionär, sondern um eine gerissene Geschäftsfrau handelte, die Bankiers und sonstige Geldleute hineinlegte, bewegt ganz Paris und diesmal ist der Hetze des Polizeipräsidenten gegen die Sowjetunion die Spitze abgebrochen, denn die Polizei ist die Blamierte. Eine Frau namens Martha Hanau sitzt seit Wochen im uralten Frauengefängnis St. Lazare in Untersuchungshaft. Sie tritt in den Hungerstreik und wird zur gewaltsamen Ernährung in das Krankenhaus überführt. **Die Frau leistet solchen Widerstand, daß zwölf Männer sie halten müssen.** Aber sie wird überwältigt und künstlich ernährt. Am Sonntag nachmittag wurde die Frau wieder einer solchen Prozedur unterzogen. Kurz nach 9 Uhr wird festgestellt, das Bett ist leer. Die Frau wird dauernd bewacht von zwei kräftigen Kriminalbeamten, aber das Bett ist leer und bleibt leer. Dreiviertelstunde später wird aus dem Untersuchungsgefängnis an das Krankenhaus telefoniert, **daß Frau Hanau ihre frühere Zelle wieder bezogen hat.**

Von ihrer gestern gemeldeten Flucht aus dem Krankenhaus gibt Frau Hanau selbst folgende Darstellung: „Ich ließ mich an dem Bettlaken aus dem Fenster herab, lief durch den Hof, durch das offene Tor und stieg in ein Mietsauto. Dann fuhr ich zur Post und gab einen Brief an den Hospitaldirektor auf. Ich erklärte in diesem Brief, das Hospital zu verlassen und in das Untersuchungsgefängnis zurückzukehren, weil Professor Achard mich in grausamster Weise behandle. Nachdem ich den Brief an den Hospitaldirektor aufgegeben hatte, wechselte ich zweimal das Auto, um zu vermeiden, daß der Weg bekannt würde."

Der Gefängnisdirektor von St. Lazare berichtet: „Gegen 9.45 Uhr trat Frau Hanau in mein Zimmer und sagte: „Hier bin ich wieder. Ich konnte die Brutalität nicht mehr aushalten. Bringen Sie mich in meine Zelle zurück." Dann brach sie ohnmächtig zusammen."

Aus Paris wird gemeldet:

Im Zusammenhang mit der Angelegenheit Hanau wird ein Urkundendiebstahl bekannt, der bei einem Ministerialrat begangen worden ist. Als dieser sich am Freitag in sein Arbeitszimmer begab, stellte er fest, daß der Schlüssel zum Schrank fehlte, in dem die Akten Hanau aufbewahrt werden. Nach langer vergeblicher Suche mußte die Tür gewaltsam geöffnet werden. Dabei ergab sich, daß aus dem Aktenstück 56 Seiten entfernt worden sind. Als sich der staatliche Anklagevertreter am Montag im Zimmer des Justizministers befand, wurde ihm der verschwundene Schlüssel in einem Umschlag überreicht.

Das Verhalten der Entflohenen ist äußerst peinlich für die Polizei und die Bourgeoisie. Wäre sie zum Kuckuck gegangen, welche Aussicht auf eine Neubelebung einer Hetze gegen die Sowjetunion. „Tschela", schöne Herren, falsche Schutzleute, Auto-Entführung, tausend Schmokmeldungen mit dem einen Ziel: Hetze gegen die Sowjetunion. So, aber ist alles verpufft.

60jähriger Mann kommt elend im Keller um

Drei Wochen unter Gerümpel gelegen

In Berlin wurde in einem Hofkeller des Hauses Neue Königstraße gestern mittag durch Hausbewohner eine männliche Leiche gefunden, die bereits seit Wochen dort gelegen haben muß. Wie bereits festgestellt werden konnte, handelt es sich bei dem Toten um einen Bettler, der zweifellos seit langem ohne Obdach war.

Als ein Mieter des Hauses in dem Keller zu tun hatte, nahm er einen widerlichen Geruch wahr, dessen Ursache er nachging. In einem abgeschlagenen Winkel, in dem allerlei Gerümpel, alte Matratzen und zerbrochene Möbelstücke lagen, entdeckte er die bereits **völlig verweste Leiche eines Mannes.** Der Tote kann, wie ein herbeigerufener Arzt feststellte, schon 14 Tage bis drei Wochen in dem Winkel gelegen haben. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß der Mann, der ein Alter von etwa 60 Jahren haben dürfte, in der dortigen Gegend als Bettler bekannt war. Den unbenutzten Kellerverschlag hat der Greis vermutlich als Nachtasyl benutzt. Der Tod dürfte wahrscheinlich infolge Entkräftigung durch Herzschlag erfolgt sein.

Banküberfall in Berlin

Berlin, 25. März. Montag vormittag gegen 9.15 Uhr wurde in der Filiale der Kommerz- und Privatbank in der Müllerstraße 128 die Kassiererin Marie Billerbeck, Seestr. 68 wohnhaft, die ungefähr 12 000 Mark auf das Konto der Brotfabrik Wittler in der Marxstraße einzahlen wollte, von mehreren Personen überfallen und 1200 Mark geraubt. Der Vorfall spielte sich folgendermaßen ab: Vor dem Hause der Bank fuhr ein Auto vor. In ihm saßen mehrere maskierte Personen. Einer der Männer betrat die Geschäftsräume der Bank, gab einen Schrotschuß ab, durch den niemand verletzt wurde und entriß der Kassiererin der Brotfabrik, die gerade mit dem Aufzählen des Geldes beschäftigt war, die Geldtasche, die noch ungefähr 1200 Mark enthielt. Der Täter bestieg sofort das Auto und dieses fuhr mit hoher Geschwindigkeit nach dem Nordhafen. Ein Schupowachtmeister schwang sich auf ein Droschkenauto, um die Räuber einzuholen. Da jedoch letzteres den stärkeren Wagen der Räuber nicht einholen konnte, sind diese unerkannt entkommen.

Kesselexplosion auf einem Kriegsschiff

Rio de Janeiro, 25. März. Nach einer Meldung aus Santos ereignete sich auf einer Uebungsfahrt auf dem Kreuzer „Minas Geraes" eine Kesselexplosion. Zwölf Mann der Besatzung wurden getötet und außerdem mehrere leichter verletzt.

Eine ganze Familie verbrannt

Neuyork, 25. März. Einem Brande fiel heute früh in einem Hause in der Vorstadt Bayside eine ganze Familie von sechs Personen zum Opfer. Das Feuer ist vermutlich durch einen überheizten Ofen im ersten Stockwerk verursacht worden und hat den übrigen Hausbewohnern den Ausgang abgeschnitten. **Unter den Toten befinden sich vier Kinder.**

Die „Europa" in Neuyork

Neuyork, 25. März. Die „Europa" ist um 5.54 Uhr amerikanischer Zeit vom Ambros-Feuerschiff gesichtet worden. Sie hat den Atlantik-Rekord gebrochen. Die für die Ueberfahrt benötigte Zeit beträgt 4 Tage 17 Stunden 6 Minuten. Die „Europa" hat den Rekord der „Bremen" um 18 Minuten unterboten.

Der deutsche Imperialismus bricht wieder einmal Rekorde. Eckener trifft bereits Vorbereitung, um bei gut Wetter im Sommer Flüge (programmäßig, ohne Wellenbruch der Motore) für Deutschlands Imperialismus zu werben. Die „Europa" hat soeben mit einer mondänen Gesellschaft an Bord ihr Schwesterschiff, die „Bremen", geschlagen. Darauf wird toastet. Die nationalistische Presse schäumt über vor Begeisterung. Durch tendenziöse Berichte über Sturmfahrt usw. wird versucht, die Leistungen zu vergrößern. Auf Kosten der deutschen Arbeiter triumphiert heute noch der deutsche Imperialismus. All diese Erfolge werden ausgetragen auf dem Rücken des deutschen Proletariats. Technische Vollkommenheit wird dem wildesten Nationalismus dienstbar gemacht. Erst die proletarische Weltrevolution wird alle technischen Errungenschaften dem internationalen Proletariat dienstbar machen, das Band der Werktätigen von Kontinent zu Kontinent enger schließen.

Verfahren gegen Bauwächter Schulz wird eingestellt

Berlin, 25. März. Das Verfahren gegen den Bauwächter Schulz wegen Ermordung der elfjährigen Hilde Zäpernick wird, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, von der Staatsanwaltschaft zur Einstellung gebracht werden. Die Einstellung des Verfahrens wird wegen Mangel an Beweisen erfolgen. Gegen die Verurteilung, die Schulz vor zwei Wochen wegen Blutschande, begangen an seiner Tochter, erfahren hat hat er Berufung eingelegt.

Ein schwerer Junge

„Herr" Staatsanwalt im Gefängnis

Der verunglückte „Schnellzugsanwalt" von Los Angeles muß brummen, nachdem er 4030 Menschen ins Zuchthaus gebracht hat

Asa Keyes, der ehemalige Staatsanwalt von Los Angeles, der im ganzen westlichen Amerika allgemein als „Schnellzugsanwalt" berüchtigt war, ist dieser Tage in das Staatsgefängnis von Saint Quentin im Staate Maryland zur Verbüßung einer 14jährigen Gefängnisstrafe eingeliefert worden. 200 Strafgefangene, die Keyes ins Gefängnis werfen ließ, bereiteten ihm einen „würdigen" Empfang.

Zur Charakteristik dieses verbrecherischen Klassenrichters darf nicht unerwähnt bleiben, daß Asa Keyes während seiner **fünfjährigen** Amtstätigkeit als „Schnellzugsanwalt"

nicht weniger als 4030 Männer und Frauen ins Gefängnis werfen ließ.

Nur in zwei bedeutenderen Fällen ließ er sich herbei, **für Freisprechung der Angeklagten zu plädieren. Und da war er bestochen!** In diesem Prozeß, in dem es ganz gewaltig nach Petroleum und nach Korruption stank,

hat sich Asa Keyes durch riesige Bestechungsgelder in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt bereitgefunden, die Hauptangeklagten, eine Reihe einflußreicher Petroleummagnaten, vor dem Gefängnis zu bewahren.

Hierbei unterlief ihm jedoch ein Kunstfehler, der minder kapitalkräftigen und daher einflußloseren Petroleumschiebergruppe seine Dienste zu verkaufen. Die stärkere Gruppe hüllte sich scheinheilig in den Mantel des Verfechters von „Recht und Ordnung" und brachte es tatsächlich fertig, daß Keyes seines Amtes als Staatsanwalt enthoben und gegen ihm Anklage auf **Amtsmißbrauch** erhoben wurde. Mit dem Erfolg, daß er zu einer Gesamtstrafe **von 14 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.**

Bei seiner Einbringung in das Gefängnis von Saint Quentin entstand unter den **Häftlingen eine ungeheure Erregung.** Da sich gegenwärtig in diesem Gefängnis nicht weniger als

200 Strafgefangene befinden, die Keyes dort hingeschickt hat,

und da die Gefängnisleitung angesichts der Drohungen, die gegen den neuen Häftling laut wurden, für sein Leben fürchtete, ist er zunächst in einem abgesonderten Teil des Gefängnisses in Einzelhaft untergebracht. Außerdem hat man, um ihm auf alle Fälle eine allzu stürmische „Begrüßung" zu ersparen, einen ständigen verstärkten Schutz zugebilligt.

Dieser durch und durch korrupte Staatsanwalt, der die ausgeklügelte Strenge des „Rechts" gegen jene Angeklagten in Anwendung brachte, der seinen Freispruch nicht erkaufen kann, hat einfach Pech gehabt. Hätte er auf die kapitalkräftigere Petroleumschiebergruppe getippt, würde er noch heute als wohlbestallter Klassenrichter in Los Angeles sitzen.

Sieben Todesopfer der Lawinen

Schwarzer Freitag in den Bergen

Der letzte Freitag war ein Tag schwerer Skikatastrophen. Der Schnee lockt noch immer zahlreiche Skifahrer in die Berge. Aber er ist schon trügerisch und die Lawinengefahr sehr groß. Unter den Brettern weicht der Schnee und wächst zur todbringenden Lawine. Das in den letzten Tagen herrschende milde Frühlingswetter war wahrscheinlich eine der Hauptursachen von nicht weniger als vier Lawinenkatastrophen, die sich am Freitag in den Bergen der Alpen ereigneten.

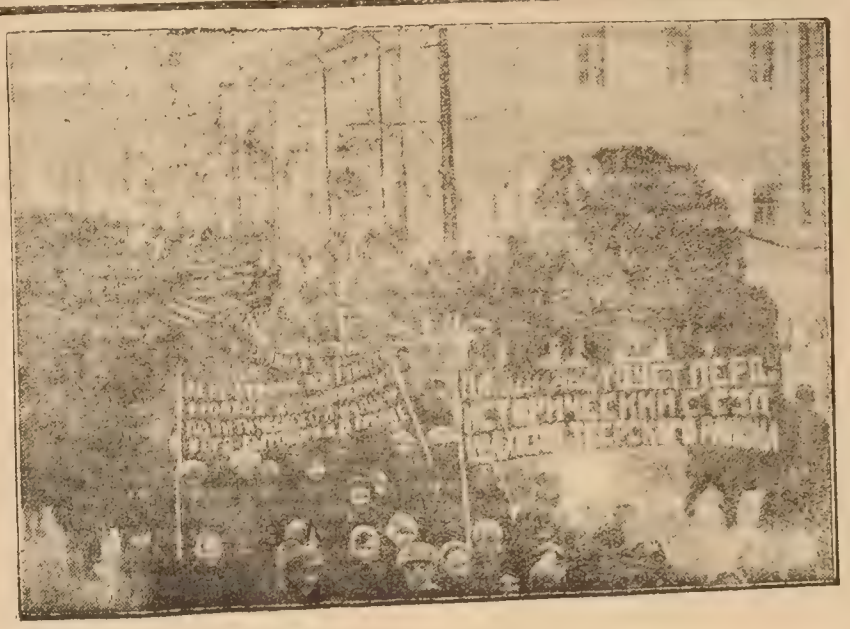
Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ereigneten sich am Freitag fast gleichzeitig in der Silvretta-Gruppe in der Schweiz zwei Lawinenunglücke, die zusammen vier Todesopfer forderten.

Die beiden Brüder Anton und Alois Mögele aus München hatten mit zwei Gefährten eine Skitour in die Silvrettagruppe unternommen und wurden von einer Lawine überrascht. Anton Mögele wurde sofort getötet, sein Bruder Alois, der ebenfalls verschüttet war, konnte sich aber selbst aus der Lawine herausarbeiten und kam mit dem Leben davon.

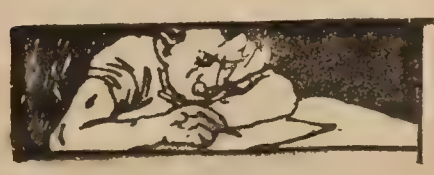
Das andere Unglück in der Silvrettagruppe ereignete sich im Jamtal. Sechs reichsdeutsche Skifahrer aus Heilbronn und Stuttgart passierten einen Hang oberhalb der Jamhütte. Von einer zweiten Gruppe von Skifahrern, die etwas höher fuhr, trieb plötzlich ein großes Schneebrett ab, das die weiter unten Gehenden in die Tiefe riß. Zwei Personen konnten sich nach kurzer Zeit selbst aus den Schneemassen befreien, eine dritte, ein gewisser Reich aus Stuttgart, wurde nach sechsstündigem Suchen mit schweren Verletzungen aus der Lawine geborgen. Die übrigen drei, die Frau des Regierungsbaumeisters Heinrich aus Heilbronn, die Studentin Lotte Wergo aus Stuttgart und Helga Opietz aus Freiburg wurden später tot aus der Lawine ausgegraben.

Im Gebiet des Mont Blanc bei Chamonix verunglückten die drei Stuttgarter Rudolf Rolfer, Robert Goebel, Albert Pallubanz und der Insbrucker Edgar Disant auf einer Skitour. Eine Lawine riß sie in die Tiefe, und während Rolfer und Pallubanz sich unter großen Mühen aus dem Schnee befreien konnten, ist die Suche nach den beiden andern, die eine aus Chamonix herbeigerufene Rettungskolonne sofort aufnahm, bisher ergebnislos geblieben.

Das vierte Lawinenunglück ereignete sich in Kärnten am Nordabhang der Makernis-Spitze. Dort wurden zwei Frauen Michaela Forstner und Erna Hollerer aus Klagenfurt von einer Lawine verschüttet. Frau Forstner wurde unverletzt geborgen, Frau Hollerer wurde getötet.



Gewaltige Kundgebung der Kollektivwirtschafter in Twer in Verbindung mit der ersten Rayons-Tagung der Kollektivwirtschaften



Stimmen der Werktätigen

Der Kampf um die 80 Millionen-Dollarerbschaft

Charitasdirektor Strempel auf „Armenrecht" / Skandal um Skandal
Abweisung der Berufung der Erben

Unerhörtes Aufsehen hat im Oktober vergangenen Jahres unsere Artikelserie über das mysteriöse Verschwinden eines Testamentes in der Erbschaftssache einer Reihe kleiner Leute in Rheinhessen erregt, nicht nur deshalb, weil in der Erbschaftssache der phantastische Betrag von 80 Millionen Dollar eine Rolle spielt, sondern auch insbesondere deshalb, weil der Direktor des Mainzer Charitasverbandes der ehemalige Kaplan Strempel unter dem schweren Verdacht stand, das echte Testament unterschlagen und ein gefälschtes Testament unterschoben zu haben. Die Angelegenheit hatte bereits die Staatsanwaltschaft und das Zivilgericht beschäftigt und war in der Klagesache der Erben ein Urteil gefällt worden, gegen das diese Erben Berufung einlegten. Diese Berufungsverhandlung fand am 20. Februar von dem 2. Zivilsenat des Darmstädter Oberlandesgerichts statt.

Unter großem Andrang von Interessenten, Arbeitern und Kleinen Bauern aus dem Rheinhessischen wickelte sich vor den Schranken des Senats ein höchst sensationeller Termin ab.

Ueber den Verhandlungsverlauf entnehmen wir unserer Frankfurter Bruderzeitung nachfolgenden Bericht:

Worum es geht

Die Berufungsklage lautete auf Herausgabe des ursprünglichen Testaments und Zahlung aller Kosten, die der Erbengemeinschaft durch die vollkommen undurchsichtige Behandlung der Angelegenheit durch Strempel entstanden sind.

Es handelt sich also für das Gericht um die Entscheidung folgender Fragen:

1. ob das ausgelieferte Testament mit dem ursprünglichen Testament identisch ist,
2. wenn nicht: ob der Charitasverband verpflichtet ist, das ursprüngliche Testament zurückzugeben,
3. ob der Charitasverband zum Schadenersatz verpflichtet ist.

Die erste Frage muß nach den Ausführungen des Rechtsanwalts glatt verneint werden. Schon der Inhalt des jetzt vorgelegten Testaments hätte den Direktor Strempel und die bemühten Banken und den herangezogenen amerikanischen Rechtsanwalt zu der Erklärung veranlassen müssen, daß das Testament für die Erben keinen Wert habe. Der Laie erkennt, daß sich niemand für ein solches Testament jahrelang bemüht hätte. Weiter geht aus dem Datum des falschen Testaments hervor, daß es ausgefertigt wurde, ehe noch die Erben dem Bürgermeister von St. Louis die Vollmacht zur Einholung des echten Testaments erteilt hatten. Hinzu kommen die Zeugenaussagen, daß das Testament nicht mit dem ursprünglichen identisch ist.

„Ein skrupelloser Mann"

Ergibt sich aus diesen Tatsachen an sich schon, daß die Geschichte nicht in Ordnung ist, so wurde der Verdacht gegen Strempel durch sein unerhörtes Verhalten in der Angelegenheit außerordentlich verstärkt. Aus den Strafakten der Staatsanwaltschaft zu dem eingestellten Verfahren gegen Strempel geht hervor, daß er

das Gericht wiederholt belogen

hat. Zum Termin vor dem Amtsgericht erschien er nicht mit der Begründung, er habe die Erbschaftssache gar nicht bearbeitet, sondern ein Angestellter Finkel vom Charitasverband, der aber vor Gericht bestätigen mußte, daß er zur fraglichen Zeit noch gar nicht dort angestellt war. Eine weitere Behauptung Strempels, daß er sich an die Urkunde gar nicht erinnern könne, wurde durch die Aussage eines anderen Zeugen widerlegt, zu dem Strempel über die Sache gesprochen hatte.

Wie er das Armenrecht erschwindeln wollte.

Herr Strempel hat für diesen Prozeß ein Armenzeugnis vorgelegt, in dem er behauptet, der arme Charitasverband sei nicht in der Lage, Prozeßkosten zu bezahlen, er besitze keine Mobilien usw. Demgegenüber steht fest, daß der Charitasverband ein erstaunlich hohes, in die Millionen gehendes Vermögen besitzt, darunter das Charitas-Haus in Mainz, das Hotel „Holländischer Hof", er ist Eigentümer eines Schlosses bei Darmstadt, besitzt Kinderheime in Bad Nauheim und Friedberg und einen auffallend großen Grundbesitz. Trotzdem hat er in dem von ihm persönlich ausgestellten Armen-Zeugnis sämtliche auf derartigen Besitz gerichteten Fragen mit nein beantwortet. Wie es kommt, daß fünf Beamte des Mainzer Ortsgerichts dieses Zeugnis gegengezeichnet und das Armenrecht anerkannt bzw. die Frage, ob nicht

die Beamten pflichtwidrig gehandelt

haben in dieser Sache, drängt sich in diesem Zusammenhang unmittelbar auf, zumal das Oberlandesgericht sich veranlaßt sah, das Armenrecht abzuweisen.

Unter dem Gesichtspunkt der Unglaubwürdigkeit Strempels sind seine Aussagen in der Erbschaftssache zu betrachten, vor allem war Strempel nicht in der Lage, den Entlastungsbeweis dafür zu führen, worauf es ankommt, nämlich

ob er in der Zeit vom Empfang des Testaments im Frühjahr 1925 bis zum Mai 1926 nicht persönlich in der Erbschaftsangelegenheit tätig war,

denn erst ein Bankausweis vom Mai 1926 weist nach, daß zu dieser Zeit die Bank mit der Angelegenheit befaßt war. (In dieser Zwischenzeit war aber Strempel in Amerika und für den Abschluß von Millionenanleihen für die katholische Kirche tätig!) Bezeichnend ist, daß Strempel in der langen Zeit den Auftraggebern, nämlich den Erben, nicht die geringste Mitteilung über den Stand ihrer Sache gemacht hat.

Keine Widerlegung

Hatte die Zuhörerschaft bis dahin mit größter Ruhe den Gang der Ausführungen verfolgt (die wir hier dem Sinne nach und in den Hervorhebungen wörtlich zitiert haben d. B.), so wurde dies anders, als

der Vertreter des Herrn Strempel

zu seinen Ausführungen antrat. Einen geradezu kläglichen Mangel an Argumenten zur Entlastung des Herrn Strempel suchte er zu ersetzen durch direkt provozierende Ausführungen gegen die im Zuhörerraum vertretene Erbengemeinschaft. „Ein ganzes Dorf ist vom Millionenrausch besessen", das jetzt nach Schuldigen sucht und ehrbare, hochangesehene Leute (Gelächter und Rüge des Vorsitzenden) verdächtigt. Er zählt die Verdienste seines Klienten auf: „Rettung des Mainzer Doms" (Herr Strempel ist Bauherr!), „Rettung" der Kapelle soundso, segensreiche Tätigkeit für die Armen im Charitasverband, außerordentliche Fähigkeiten und so weiter. Die Schuld, daß Strempels Strafakten so schlecht aussehen, will er auf eigenes Konto setzen, er habe mit Rücksicht auf Strempels wichtige Geschäfte zum Nichterscheinen vor Gericht veranlaßt, im „Bewußtsein seiner Unschuld" habe Strempel die Wahrnehmung der Termine nicht so ernst genommen. (Wieder Gelächter und zweite Rüge.) Und dann weist er ein Schreiben vor, wonach die Kommerzbank die Uebernahme der Angelegenheit schon am 2. April 1925 bestätigt habe, es ist aber nur eine Abschrift, das Original von der Bank ist angeblich nicht beizubringen. Zu den ausführlichen Deduktionen des Klägervertreters äußert er sich fast gar nicht, die schweren Indizien übergeht er vollkommen, die Ausführungen der Staatsanwaltschaft bei Einstellung des Verfahrens gegen Strempel mangels Beweisen will er damit abtun, daß sie in einer Animosität gegen Strempel verfaßt worden seien. Auf was der Vertreter des Beklagten sich verläßt, ist nicht im geringsten ersichtlich, es sei denn, daß er der Meinung ist, das Staatsinteresse, dessen Interesse mit dem der kirchlichen Autorität so eng verbunden ist, werde das Gericht veranlassen, durch Abweisung einer Verurteilung Strempels zur weiteren Vertuschung des Skandals beizutragen.

Die Verhandlung wurde sodann auf den 6. März vertagt, an dem das Urteil über die Zulassung der Berufung gefällt werden sollte.

Unser Bruderblatt knüpfte an den Ausgang der Verhandlung vom 20. Februar eine Reihe von Gedanken, die mehr oder weniger bei Berücksichtigung der Stellung des Angeklagten und der möglichen Kräfte die dahinter verborgen sein können, dunkle Perspektiven eröffneten.

Das Urteil

Am 6. März wurde nach kurzer Einleitung vom Gericht

die Berufung verworfen.

Damit ist der Anspruch der Erbenfamilie auf weitere Behandlung und Untersuchung erloschen, wenn nicht die Oeffentlichkeit noch einmal die Beweisaufnahme erzwingt.

Die Erben wollen es nicht glauben. Sie haben eine ganze Reihe von neuem Beweismaterial herbeigeschafft unter anderem Dokumente aus der Zeit der Erbschaftsbildung, die die Verhältnisse, die zweifellos verworren und wenig durchsichtig sind, noch mehr zugunsten der Erben erhellen.

Ein paar der Familienmitglieder, die an sich fast ihr ganzes Einkommen für die Verfechtung ihres Rechtes geopfert haben, sind mittlerweile auch körperlich vollkommen zusammengebrochen.

„Dem Volke das Recht."

Die Liquidation des Analphabetentums in der Sowjet-Union

Von Gen. Schwejkus, Mitglied des Esperanto-Büros bei der Eisenbahnlinie Samara-Zlatoust, Mittel-Wolgaland, USSR.

„Der Analphabet ist außerhalb der Politik", so sprach unser großer Lenin. Den Sozialismus zu verwirklichen und in die vollkommenste Epoche der menschlichen Entwicklung zu kommen — zum Kommunismus — ist nur möglich auf der Grundlage der höchsten Technik und Kalkulation, die sich in den Händen der sie geschaffenen Arbeiter befinden muß.

Dann wird die Maschine nicht mehr der gefürchtete Schrecken der Arbeiter sein, der immer drohte, Hunderte und Tausende aus dem Produktionsprozeß herauszuschleudern. Auf den höchsten Grad der Vervollkommnung gebracht wird die Maschine dann den wirtschaftlichen Stand der Gesellschaft bedeutend verbessern. Die Wirtschaft in den Händen der Werktätigen wird ein Mittel werden zur Hebung der Kultur der arbeitenden Massen.

Diesen Zustand ersehnen die Arbeitermassen überall — in der Sowjetunion ist er zum Teil schon Wirklichkeit geworden. Wir bauen den Sozialismus nicht mit schönen Worten auf, sondern in der Praxis, wir arbeiten am Sozialismus. In dieser Arbeit begegnen wir vielen Hindernissen. Und ein solches ist auch das Analphabetentum. Je größer aber ein Hindernis ist, umso größer ist auch der Wunsch, dieses zu überwinden. Und hier setzt unsere Tat ein.

Ein Wirtshaus an jeder Straßenecke, eine Kirche auf jedem städtischen Platz, ein Gefängnis mindestens in jeder Stadt, in jedem Dorf sicher ein schwerreicher Gutsbesitzer, **Schulen mit der Laterne nicht zu finden** — so war das alte Romanovsche Rußland, das zaristische und besser ist es nicht zu charakterisieren. Gab es einen Staat, der despotischer, in der Kultur weiter zurückgeblieben, wo es mehr Analphabeten gab, als das zaristische Rußland?

Das zaristische Rußland war der Gendarm der ganzen Welt, der alles bei sich und über seine Grenzen hinaus, in allen anderen Ländern, zu erdrosseln suchte. Im Schnaps ertrinkend, verelendet und auf der Straße allen Schikanen der Behörden ausgesetzt, so stöhnte das ungebildete Rußland, das von dem zweiköpfigen Adler zerfleischt wurde.

Es ist kaum glaublich, daß z. B. den Samojeden und anderen kleinen Nationen im alten Rußland die Seife völlig unbekannt war; aber gleichzeitig wurden ihnen der Alkohol in der Form des Schnapses von Seite der Regierung möglichst breit „bekanntgemacht".

Tausende von Dörfern, in denen es schwer war, auch nur drei oder vier Personen zu treffen, die des Lesens und Schreibens kundig waren, das war der Stolz Rußlands der Romanov...

Neu zu erziehen,

den vielen Millionen Menschen das Lesen und Schreiben zu lehren, **das ist die ehrende Aufgabe der Schöpfer der proletarischen Revolution.** Der praktische Aufbau des Sozialismus — die große Aufgabe der werktätigen Massen der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken.

Jahre der furchtbarsten Erlebnisse — Bürgerkrieg — die Hungerperiode — die Zerstörung — verhinderten damals den alsbaldigen Beginn der Liquidation des Analphabetentums.

Die heutige Losung lautet: „Alle bereit zum Kampf gegen die Unkultur, gegen das Analphabetentum! Das ist der letzte und entschlossenste Kampf auf dieser Front!"

Wir und die kapitalistische Welt haben verschiedene Hoffnungen: Wir: Kulturmarsch, Hebung der Allgemeinbildung, Liquidation des Analphebetentums usw. Bei den Kapitalisten und deren Regierungen, ganz gleich welcher Farbe sie sind, vom „demokratischen" bis zum despotischsten, sind auf der Tagesordnung: Kriegsschiffe, Luftfahrzeuge, Ausbeutung der Kolonien, der Gummiknüttel der Polizei, der immer bereit ist, um auf die Rücken der schaffenden Massen herabzusausen — das sind die loyalen Mittel der „Kultivierung und Zivilisation" in den Ländern des Kapitalismus.

Wir Eisenbahner haben uns die Aufgabe gestellt:

Bis zum 1. Mai des Jahres 1930 darf bei unserer Eisenbahn kein einziger Genosse der Gewerkschaft, auch kein einziges Mitglied seiner Familie mehr Analphabet sein.

Dieses Programm wird auf drei Wegen vollbracht:

1. **Von Seite des Staates.**
2. **Durch die Gewerkschaft und Kooperative.**
3. **Durch die Initiative der Massen selber,** was am allerwichtigsten ist. **An der Liquidation des Analphabetentums nehmen alle Werktätigen aktiv anteil: „Jeder, der lesen und schreiben kann, unterrichte zwei Analphabeten!"**, das ist die Losung in unserem Kampf.

Wie dies verwirklicht wird, sollen Euch

einige Ziffern

der Arbeit bei der Eisenbahnlinie Samara-Zlatoust zeigen. Im 1928/29 liquidierten wir an unserer Linie 3168 Analphabeten, das ist das Dreifache dessen, was wir in dem Jahre 1927/28 leisteten. Im laufenden Jahre zählen wir bis jetzt 8051 liquidierte Analphabeten und 1521 ungnügend belesene.

Durch Staatsmittel 1000 Personen; durch die Gewerkschaft und Kooperative 1707 Personen; die Gewerkschaft und die Kooperative bewilligten für dieses Ziel 11 395 Rubel und haben als Reservefonds 15 145 Rubel bis jetzt sichergestellt.

Das meiste aber wird geleistet durch die

Initiative der Massen

— **6865 Personen** — das wurde von Leuten gemacht, die in einer Gesellschaft organisiert waren, die als Devise die Losung hatte: „Nieder mit dem Analphabetentum!"

Diese Gesellschaft zählte im Oktober 1928 900 Mitglieder, im Mai 1929 3615 Mitglieder, **im Oktober 1929 aber schon 6000 Mitglieder.**

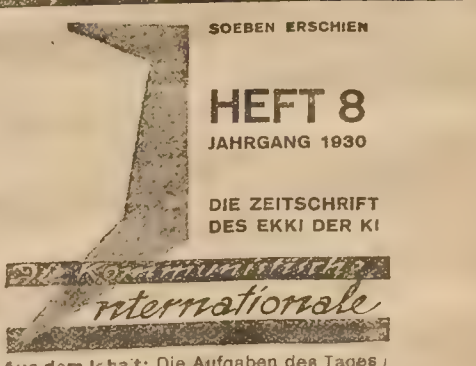
„Im Jahre 1930 darf es auf Transport keinen Analphabeten mehr geben!" Diese Aufgabe werden wir Werktätige der Eisenbahnlinie Samara-Zlatoust sicher lösen. Aber das heißt nicht, daß Analphabeten einfach nicht mehr eingestellt werden. Wir wachsen ja ständig wirtschaftlich, wir entwickeln unsere Produktion immer höher, wir gehen immer mehr zum Siebenstundentag über; dadurch kommen immer mehr Menschen aus dem Lande in den Dienst der Eisenbahn. Unter diesen werden sicher immer noch Analphabeten sein; diesen werden wir das allgemeine Wissen und auch die politische Bildung vermitteln.

Wir machen dies alles freiwillig; Energie und der starke Wille dazu fehlen uns nicht. **Es ist nur nötig, daß Ihr, Genossen im Auslande, Wache steht bei der Oktoberrevolution, damit Ueberfälle auf uns unmöglich sein werden.** Ihr werdet durch revolutionäre Arbeit die Stützen des Kapitalismus zum Einsturz bringen. Damit ist der Endsieg der arbeitenden Massen aller Länder in der großen kommenden Weltrevolution garantiert.

Es lebe der Kampf gegen das Analphabetentum!

Es lebe der Sozialismus und sein Hort, die USSR.!

Vermittelt: Internacia Laborista Esperanta Koresponda Fako de SAT, Büro München, Milok Centdek.



Aus dem Inhalt: Die Aufgaben des Tages / Der „Heilige Vater" und die Liquidierung des Kulakentums als Klasse / Gerber: Über die jüngste Entwicklung der Bedingungen des Kampfes gegen die faschistische Diktatur in Deutschland / Katayama: Japan im Bannkreis der Weltwirtschaftskrise / Über die Kontrolle der Arbeiten der Parteiorganisation usw.

Einzelheft 40 Pf., Postabonnement monatl. 1.30 M.
VERLAG CARL HOYM NACHF., HAMBURG-BERLIN

Esser und Fiehler erhalten Prügel

Sturm im Münchener Stadtrat / Die Hakenkreuzler provozieren und bekommen Ohrfeigen / Scharnagl schützt die Hakenkreuzler

Das Ende der gestrigen Stadtratssitzung verlief außerordentlich stürmisch. Die Banditen vom Hakenkreuz hatten es darauf angelegt, die Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft zu provozieren, um sich der Bayerischen Volkspartei als zuverlässige Garde gegen die Arbeiterschaft zu empfehlen. Als der Bayerische Volksparteiler Ostermaier betonte, daß

die Sozialdemokraten für sie zuverlässiger seien, als die Nationalsozialisten

und schließlich auf Zwischenrufe der Hakenkreuzler meinte, rechts vom Haus sitzen die Rechtsbolschewisten und links die Linksbolschewisten, gab Fiehler eine mit Beleidigungen gespickte Erklärung gegen die Kommunisten ab, in der er die Kommunisten als „Kirchenräuber" und „Pfaffenmörder" bezeichnete. Genosse Huber erklärte darauf, daß er diese Bezeichnung ganz ruhig annehme, daß aber seiner Ueberzeugung nach, wenn man den „Völkischen Beobachter" täglich liest,

die Hakenkreuzler nichts anderes als Arbeitermörder seien.

Das hatte gesessen. **Wutentbrannt stürmte der Hakenkreuzler Grimminger zur kommunistischen Fraktion und schlug auf den Genossen Huber ein. Aber er war an den Unrechten geraten. Mit einigen Boxhieben wurde er in Schach gehalten. Jetzt kamen die Hakenkreuzler Esser und Fiehler ihrem provozierenden Parteigenossen zu Hilfe. Brüllend, als wären sie eben aus dem Tierkäfig des Zirkus Krone entlaufen, stürzten sie sich auf die Kommunisten. Aber diese wußten sich zu wehren. Es entspann sich eine regelrechte Schlägerei, bei der die Hakenkreuzler den kürzeren zogen und bei der nicht nur Fäuste, sondern auch die Stadtratssessel ein gewichtiges Wort mitsprachen. Mit blauem Auge und verbeulter Brille mußte der Hakenkreuzler Fiehler abziehen.** Stadträte der anderen Parteien stellten sich zwischen die Streitenden, die Sitzung wurde unterbrochen und

die Zuschauertribüne geräumt,

damit die dort anwesenden Arbeiter die Provokationen der Hakenkreuzler nicht sähen. Nach Wiederbeginn der Sitzung versuchte Scharnagl die Hakenkreuzler herauszustreichen, indem er dem angegriffenen (!) Genossen Huber einen Ordnungsruf erteilte, während die Hakenkreuzler davon verschont blieben. Genosse Huber erklärte darauf hin, **daß die Kommunisten auf den Schutz des Bürgermeisters verzichten, da sie sich selbst zu wehren wüßten.** Dann wurde die Sitzung, wie unten berichtet, abgeschlossen.

Zu Beginn der Sitzung beschäftigte sich die Stadtratssitzung mit **der Neuwahl dreier berufsmäßiger Stadträte.** Die Amtszeit der sozialdemokratischen berufsmäßigen Stadträte Schmidt und Preis und des volksparteilichen Stadtrates Schubert ist nämlich abgelaufen. Bei dieser Wahl erlobten die Zuhörer auf der Tribüne das ergötzliche Schauspiel der **Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zur Bayerischen Volkspartei, bei der Wahl der Volksparteilers Schubert sogar von Auer bis Esser!** Der Hakenkreuzler Esser stimmte dafür ein gottesjämmerliches Klagelied über den „Verrat" der Bayerischen Volkspartei an, die die stillschweigenden und verabredeten Abmachungen bei der Wahl Scharnagls nicht eingehalten habe. Darüber hinaus aber kam noch durch die Rede Essers ans Tageslicht, daß noch in der allerletzten Zeit **zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Hakenkreuzlern Verhandlungen über die Auslieferung des Postens eines berufsmäßigen Stadtrates an die Hakenkreuzler geführt wurden.** Die Schwarzen haben dann — wahrscheinlich im Hinblick auf die Reichskoalition — im letzten Augenblick anscheinend den sozialfaschistischen Bundesgenossen für wertvoller erachtet, als den vom Hakenkreuz. Der Blamierte war Herr Esser, der zum Dank dafür — für den Stadtrat derselben Partei stimmte, die er eben des Kuhhandels bezichtigt hatte.

„Sie fressen Euch aus der Hand"

meinte ein Sozialdemokrat zu den Hakenkreuzlern **und merkte garnicht, daß das nicht nur auf die Verbündeten der Schwarzen von rechts, sondern auch von links zutraf.**

Bevor die Abstimmung vorgenommen wurde, gab Genosse Huber im Namen der kommunistischen Fraktion eine Erklärung zur Wahl ab, deren Inhalt geeignet ist, einiges Aufsehen zu erregen. **Danach wird augenblicklich gegen den sozialdemokratischen besoldeten Stadtrat Preis ein Verfahren durchgeführt, bei dem gegen diesen, wie wir erfahren, nicht nur Vorwürfe gegen seine Amtsführung, sondern auch gegen die in der kapitalistischen Gesellschaft üblichen Verquickung von Amt und Geschäft erhoben werden.** Genosse Huber erklärte deshalb, daß die kommunistische Fraktion einem solchen Menschen, der im Verdacht der Korruption stehe, nicht ihre Stimme geben könne. Im Uebrigen sei es bezeichnend für die Art, wie der kapitalistische Staat seine korrumpierten Vertreter schützt, daß angeblich gesetzliche Bestimmungen auch in diesem Fall die Wiederwahl erzwingen, wenn ein Disziplinarverfahren durchgeführt werden soll. Die heutigen Rechtsträte sind die Vertreter der herrschenden Klasse im Stadtrat und deshalb gilt ihnen der schärfste Kampf der Kommunisten.

Dann kam Herr Esser mit einem Jammerlied über volksparteiliche Untreue. Er berichtete dem aus seiner Lethargie erwachenden Hause über die Verhandlungen die zwischen der BVP. und Scharnagl einerseits und den Nationalsozialisten andererseits über die Wahl eines berufsmäßigen Stadtrates aus den Reihen der Hakenkreuzler stattgefunden haben. Nachdem er diesen Kuhhandel aus dem Dunkel der Geheimverhandlungen ans Licht der Oeffentlichkeit gezogen hatte, wetterte er um so beredter dagegen, daß die BVP. sich einen anderen Partner — nämlich die Sozialdemokraten — zu ihrem Kuhhandel ausgesucht hat. Es folgte eine Philippika gegen die 25 000 Mark Jahresgehalt, die die berufsmäßigen Stadträte erhalten, wobei zu bemerken ist, **daß die Hakenkreuzler selbst für dieses Gehalt gestimmt haben, als sie noch hofften, zum Dank für die Wahl Scharnagls ein Pöstchen zu ergattern.**

Nach Esser nahm zunächst Scharnagl den Standpunkt ein, daß man Preis schon deshalb wiederwählen müsse, weil nur dann die Durchführung eines Disziplinarverfahrens möglich sei. Der Vertreter der Bayerischen Volkspartei beschwerte sich dann darüber, daß Esser die Geheimbesprechungen unter den Parteivertretern der Oeffentlichkeit preisgegeben habe.

In der Abstimmung über die Kandidaten wurde der Sozialdemokrat Schmidt mit den Stimmen der SPD., Demokraten und Bayerische Volkspartei gewählt. Die Hakenkreuzler enthielten sich hier der Stimme. Bei dem Sozialdemokraten Preis stimmten die Hakenkreuzler für Fiehler und die Front von der Bayerischen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie für Preis. Als Dank für den „Verrat" stimmten dann die Hakenkreuzler am Schluß für den Genossen Schubert, der danach mit 48 Stimmen gewählt wurde. **Die kommunistische Fraktion stimmte bei sämtlichen Kandidaten für den Genossen Huber.**

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Positionen wurde die von der Einheitsfront von den Hakenkreuzlern bis zur SPD. vorgeschlagene neue Geschäftsordnung angenommen, wobei die Kommunisten die Erklärung abgaben, daß sie selbstverständlich dieser Geschäftsordnung nicht zustimmen können, da sie lediglich dazu diene, die Interessen der herrschenden Klasse auch im Stadtrat gegen die Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft zu wahren.

Bei einem Antrag der Demokraten, anläßlich des neuen Reichsfinanzausgleiches von der bayerischen Regierung die Rückerstattung von 16 Millionen Mark Umsatzsteuer an die Gemeinden zu verlangen, betonte Genosse Huber, daß es sich hier um ein übles demagogisches Manöver der Demokraten handelt, da die Vertreter dieser Partei im Reichstag alles getan haben, um den Kommunen Mittel für soziale Zwecke zu nehmen. Der Antrag wurde gegen die drei Stimmen der Kommunisten angenommen.

Danach wurde ein **Antrag der kommunistischen Fraktion gegen die Entlassungen und Maßregelungen bei den Städtischen Werken von der Einheitsfront von der SPD. bis zu den Hakenkreuzlern abgelehnt. Genosse Hirsch begründete in wirksamer Weise diesen Antrag, der folgenden Wortlaut hat:**

„Unsere Dringlichkeitsanfrage, in der wir Auskunft forderten darüber, ob es richtig ist, daß hunderte von Arbeitern entlassen werden, wurde dahingehend beantwortet, daß bei den städtischen Elektrizitätswerk Entlassungen vorgenommen werden, **Kündigungen auch in größerer Anzahl beim städtischen Gaswerk vorgenommen wurden. Es ist ferner festzustellen, daß man einem Arbeiter, der auf die oppositionelle Betriebsratsliste gesetzt werden sollte, die Kündigung aussprach, obwohl festgestellt werden kann, daß diesem in seiner Arbeit nichts nachgesagt werden kann und die Behauptung, daß er Flugblätter im Betrieb verteilt habe, jedes Beweises entbehrt.**

Wir stellen daher nachstehenden Dringlichkeitsantrag:

1. Die Arbeiterentlassungen beim städtischen Elektrizitätswerk sowohl als auch beim Gaswerk werden sofort zurückgenommen und die notwendigen Arbeiten, die in genügendem Maße vorhanden sind, sofort bereitgestellt.

2. Die oppositionelle Betätigung eines Arbeiters in den städtischen Betrieben, z. B. die Aufstellung eines Arbeiters auf die oppositionelle Betriebsratsliste darf keinen Entlassungsgrund darstellen."

Bei der Debatte über die Arbeitsnachweise kam es dann zu dem Krach, über den wir oben berichteten. Nach Wiederbeginn der Sitzung gab Genosse Huber die Erklärung ab, daß die Kommunisten gegen jede Arbeitsnachweise christlicher Organisationen seien. Der Sozialdemokrat Wimmer begründete nochmals die Haltung der SPD., die bekanntlich mit der Bayerischen Volkspartei für die **Fernhaltung auswärtiger Arbeiter** eintritt. Genosse Huber wies dem ehemaligen Holzarbeiter Wimmer nach, daß man, wenn man durch die Münchener Möbellager geht, die Beobachtung machen kann, daß der allergrößte Teil der Möbel nicht aus München, sondern von auswärts stammt. Nachdem diese Sache erledigt war, wurde die Sitzung geschlossen.

München. (Unbekannte Wasserleiche bei Thundorf.) Am 26. Februar wurde bei der Ortschaft Thundorf im Gemeindebezirk Niederaltaich, BA. Deggendorf, eine Leiche aus der Donau geborgen. Sie scheint schon seit längerer Zeit im Wasser gewesen zu sein und ist schon in Verwesung übergegangen. Es fehlen Kopf und Arme und auch das Geschlecht war nicht mehr feststellbar. Die Leiche war mit einer schwarzen Trikot-Badehose bekleidet und es scheint, daß es sich um einen Burschen handelt, der beim Baden in der Donau ertrunken ist. — Sachdienliche Mitteilungen werden an die Polizeidirektion München zu U T Nr. 13/30 erbeten.

München. (Das Urteil gegen Peter Kräutler rechtskräftig.) Das gegen den Mörder der jugendlichen Berta Weinmann, Peter Kräutler, ausgesprochene Urteil von 15 Jahren Zuchthaus ist nunmehr rechtskräftig geworden, da der Staatsanwalt auf eine Revision verzichtet hat; ebenso hat der Verteidiger Kräutlers auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet.

Augsburg. (Tödlicher Betriebsunfall). Ein schwerer Betriebsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich, wie die „Schwäbische Volkszeitung" meldet, in einer Werkstätte der M. A. N. Der Arbeiter Doppel war damit beschäftigt, einen in Reparatur befindlichen Brückenträger einer Augsburger Lokalbahnbrücke, der an einem Laufkran hing, zu wenden, als plötzlich das Seil riß und die schwere Last herunterstürzte. Der Arbeiter wurde am Kopf so schwer verletzt, daß er wenige Minuten später verschied.

Passau. (Mord in Haselbach). In einer Gastwirtschaft der niederbayerischen Gemeinde Haselbach bei Passau kam es zwischen dem in den sechziger Jahren stehenden Gütler Seidl und dem 25jährigen Brauereifuhrer Stecher, beide von Haselbach, zu einem Wortwechsel. Stecher verließ die Wirtschaft und holte aus dem Hause seiner Dienstherrschaft ein Jagdgewehr und wartete vor dem Gasthaus auf Seidl. Nachdem er schon auf mehrere Gäste Schüsse abgegeben hatte, die glücklicherweise fehlgingen, schoß er gegen ½2 Uhr auch auf Seidl, als dieser die Wirtschaft verließ. Er verletzte ihn so schwer, daß der Tod alsbald eintrat. Der Täter wurde in das Passauer Gefängnis eingeliefert.

Bad Tölz. (Zum Konkurs der Bankfirma Kraus & Co., Bad Tölz.) Wie beim Prüfungstermin im Konkursverfahren des Bankhauses Kraus & Co. bekanntgegeben wurde, stehen den 19 401 Reichsmark Aktiven Schulden in Höhe von 405 206 Reichsmark gegenüber. Die Abwicklung des Konkurses hat ergeben, daß das Bankinstitut schon seit langem überschuldet und der Inhaber der Firma leichtfertig mit fremden Geldern umgegangen war.

Speyer. (Die Arbeitszeit in Bäckereien in der Pfalz). Eine Bekanntmachung der Gewerbeaufsichtsbeamten für die Nord- und Südpfalz bei der Regierung der Pfalz betreffend die Arbeitszeit in Bäckereien besagt: Gemäß § 7 der Bäckereiverordnungen vom November 1918 und vom Juli 1927 wird widerruflich gestattet, daß in sämtlichen Bäckereien des Regierungsbezirkes Pfalz unter Wahrung sonstiger Bestimmungen der oben genannten Verordnungen am Samstag, den 19. April, Samstag, den 7. Juni und Mittwoch, den 24. Dezember 1930 mit den Bäckereiarbeiten um 3 Uhr morgens begonnen wird.

Neunburg v. W. (Tödlicher Motorradunfall.) Wie die „Neunburger Zeitung" meldet, verlor der Landwirt Johann Rötzer von Gmünd, als er mit dem 23jährigen Schmiedemeisterssohn Bauer nach Hause fuhr, die Herrschaft über das Rad, geriet an eine Telefonstange und kam zu Fall. Rötzer wurde nur leicht verletzt, sein Sozius Bauer brach durch den Sturz das Genick und war sofort tot.

Lonnerstadt (Ofr.). (Tot aufgefunden.) Auf der Straße zwischen Uehlfeld und Vestenbergsreuth wurde am Sonntag früh morgens der prakt. Arzt Dr. Ziegler aus Uehlfeld tot neben seinem Motorrad liegend aufgefunden. Dr. Ziegler hatte einen Krankenbesuch gemacht, klagte bei dem Besuch über Unwohlsein und verlangte eine Tasse Kaffee. Als er sich wieder wohler fühlte, machte er sich auf die Heimfahrt nach Uehlfeld, wo er nicht mehr ankommen sollte.

Münchener Stadtnachrichten

Wohlfahrtsfürsorge.

Für den Monat April 1930 erfolgt die Zustellung der Unterstützungsbeträge durch die Post an die Kleinrentner am Donnerstag, den 27. März, an die Sozialrentner am Freitag, den 28. März, an die in Allgemeiner Fürsorge Stehenden am Montag, den 31. März 1930.

Turksib.

Die Bayerische Landeslichtbühne bringt in dieser Woche nicht, wie angekündigt war, den Film „Spanien", sondern auf vielfachen Wunsch den Film von Viktor Turin „Turksib". Dieses allgemein als Meisterwerk der Filmkunst geschätzte „Epos einer Eroberung" (wie der Untertitel lautet) stellt in fantastischen Bildern den Bau der Bahn von Turkestan nach Sibirien dar, die 1930 fertig werden soll um zwei lebenswichtige Rohstoffgebiete miteinander zu verbinden, das der Baumwolle von Turkestan und das des Getreides von Sibirien. Der Film der auch für Jugendliche freigegeben ist läuft im Goethe-Saal, Leopoldstraße 46 a am Mittwoch nur 8,15 Uhr abends, Donnerstag und Freitag jeweils 4 Uhr, 6,15 und 8,15 Uhr, Samstag nur 8,15 Uhr und zum letzten Male kommenden Sonntag vormittags 11 Uhr.

Warum?

bist Du noch nicht Mitglied des Volkschors „Freiheit"

Bestattungen in München am 27. März 1930.

Ostfriedhof. Dingkreiter Elisabeth, Oberregierungsratswe., 78 J., 8 Uhr; Moser Leonhard, Zimmermann, 61 J., 2 Uhr; Braun Anna, Baderswe., 80 J., 8 Uhr; Meindl Wolfgang, ehem. Gastwirt, 65 J., 2½ Uhr; Mayr Therese, Metalldrehersk., 2¼ J., 4 Uhr; Morasch Anna, städt. Gasarb.-We., 61 J., 3½ Uhr; Steitner Kreszenz, Näherin, 61 J., 2 Uhr.

Westfriedhof. Obermeier Therese, Maschinistensg., 27 J., 2½ Uhr; Thalmeier Marie, Kaufmannsg., 60 J., 3 Uhr; Stoll Ludwig, Kaufmann, 81 J., 3¼ Uhr; Birle Richard, Obergefreitensk., 13 Tg., 2¼ Uhr.

Südlicher Friedhof. Moshammer Karl, Schlossermeister, 67 J., 11½ Uhr.

Nordfriedhof. Doppler Josef, Hilfsarbeiter, 23 J., 1¼ Uhr; Platzer Beate, Hauptwachtmeisterskind, 4¾ J., 2 Uhr; Zinil Ferdinand, Kaufmann, 66 J., 8½ Uhr.

Waldfriedhof. Kandler Magdalena, Hauptlehrersg., 75 J., 2½ Uhr; Gried Ottilie, Hauptmannswe., 80 J., 4 Uhr; Schild Andreas, Privatier, 77 J., 4¼ Uhr; Venninger Elisabeth, Pol.-Hauptwachtmeistersg., 26 J., 8½ Uhr; Dietrich Auguste, Oberlokomotivführerstochter, 34 J., 3 Uhr.

Spielplan der Münchener Theater.

Donnerstag, den 27. März.

Prinzregententheater: „Die Räuber", 7½ Uhr.
Nationaltheater: „Rigoletto", 7½ Uhr.
Residenztheater: „Figaros Hochzeit", 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Rivalen", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Der Dickschädel (Ein Prachtmädl)", 8 Uhr.
Münchner Volkstheater: „Arm wie eine Kirchenmaus", 8 Uhr.

Mittwoch, den 26. März.

Nationaltheater: „Violetta", 7½ Uhr.
Residenztheater: „Der Raub der Sabinerinnen", 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus: „Rivalen", 7½ Uhr.
Theater am Gärtnerplatz: „Der Dickschädel (Ein Prachtmädl)", 8 Uhr.
Münchner Volkstheater: „Arm wie eine Kirchenmaus", 8 Uhr.

Verantwortlich für Politik A. Wicker, Stuttgart; für lokalen Teil und Arbeiterkorrespondenzen E. Böhm, München; für Inserate M. Epple, München.

EMELKA

Achtung! Augsburg

Nur wir sind in der Lage, Ihnen heute und folgende Tage ein wahres Erlebnis zu zeigen, wie es spannender u. ergreifender wohl nicht gedacht werden kann.

Es führt Ihnen in authentisch leuchtender Form vor Augen, wie man deutsche Mädchen im Ausland verwendet, die auf Treue und Glauben verlockenden Stellungsangeboten gefolgt sind.

„Seelenverkäufer"

ist der Titel unseres Films, der die Weltgeschichte, die dunkelsten Häuser Südafrikas, das Freudenhaus von Port Said, nach einer wahren Begebenheit behandelt und in eindrucksvollen Szenen das schändlichste aller Gewerbe geißelt

In den Hauptrollen: **Eugen Neufeld / Graf Dr. M. Esterhazy / Grell Berndt / Hermine Andrae / W. Rothaupt / Rick Palm / Hanz Melzer / Emmy Flemmich**

Hiezu zeigen wir

eine der größten Forschungs-Reisen

„Atlantic-Fahrt des Vermessungsschiffes Meteor"

Im Beiprogramm:

Lustspiel und Wochenschau

Großes Orchester! Niedrige Eintrittspreise!
Täglich ab 3 Uhr / Sonntag ab 1.30 Uhr / Letzte Vorstell. 8 Uhr

Radio-Gramola

Lautsprecher
Reise-, Tisch-, Stand-
Schallplatten zu M. 1.80 bis 2.50 u. 3.50 kaufst Du preiswert geg. wöchentliche oder monatliche Ratenzahlung bei
Sellmayr Theo, München, Landsbergerstr. 61/3

Gasthaus z. Morgenrot
Augsburg X

Abschieds-Feier

am 28. März 1930 ladet ein
Kaspar Fraber jun.

Die rote Offensive

Weitere Erfolge der roten Betriebsratslisten — Ueberall Durchbruch durch den reformistischen Wall

Berlin, 25. März. (Eig. Drahtber.) Die Betriebsrätewahl im **Scherl-Verlag** in Berlin ergab einen guten Erfolg für die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Es erhielten: Die SPD. 1225 Stimmen, Vaterländischer Arbeiterverein (Faschisten) 90 Stimmen, **Revolutionäre Gewerkschaftsopposition 479 Stimmen.** Der Erfolg ist um so größer, als in der letzten Zeit 21 oppositionelle Gewerkschafter gemaßregelt worden sind. Bisher hatten wir keinen Arbeiterrat bei Scherl. Die Angestellten von Scherl sind bereits so stark faschisiert, daß sie nur eine reaktionäre Liste aufgestellt hatten.

Halle, 25. März. Die Betriebsratswahlen im **Griesheimer Konzern in Bitterfeld** hatten folgendes Ergebnis: **Revolutionäre Opposition 1527 Stimmen**, Reformisten 872, Hirsch-Dunckersche 211 Stimmen. Trotzdem im vergangenen Jahr 600 Entlassungen vorgenommen wurden, vergrößerte die Opposition ihren Prozentsatz an abgegebenen Stimmen.

*

Bei der Betriebsrätewahl in der **Filmfabrik Wolfen** in Mitteldeutschland erhielt die Opposition zwar nur 1212 Stimmen gegenüber 2028, die für die Liste der vereinigten Renegaten und Sozialfaschisten abgegeben wurden, aber das Ergebnis ist trotzdem ein großer Erfolg der Opposition, **die zum ersten Male eine rote Liste** im Betrieb aufstellte. Die früheren Wortführer der Opposition waren zu Renegaten geworden, die Reformisten stellten sie an die Spitze ihrer Liste.

*

Das vorläufige Ergebnis in der Chemischen Industrie Mitteldeutschlands, wo zirka 32 000 Arbeiter beschäftigt sind, ist folgendes: **Revolutionäre Opposition 10 306**, Reformisten 10 616 Stimmen. Zum ersten Male stellte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in den sieben chemischen Großbetrieben Mitteldeutschlands eigene Listen auf.

Zum erstenmale trat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition im **Harzer Hüttenwerk Zorge** mit einer eigenen Liste auf. Sie erzielte 100 Stimmen, die Reformisten 91.

Köln, 25. März. In der **Kali-Chemie** am Rhein, wo die Opposition zum ersten Male ein eigene Liste aufstellte, erhielt sie 290 Stimmen gegenüber 170 Stimmen der vereinigten Christen und Reformisten.

Dresden, 25. März. In der Dresdner Zigarettenfabrik **Bulgaria** schlug die revolutionäre Opposition die Reformisten mit 230 gegen 217 Stimmen.

In allen übrigen Betrieben in Dresden, wo die Opposition zum ersten Male auftrat, so in der Zigarettenmaschinenfabrik **Universelle**, in der Dresdner **Straßenreinigung**, in den **Deutschen Werkstätten** Hellerau brachte die Opposition den Reformisten empfindliche Schläge bei. In der Universelle gewann die Opposition einen Sitz gegenüber dem Vorjahre.

Auch in **Ostsachsen** marschiert die rote Offensive. Bei Gechter u. Kühne, **Heidenau**, erhielt die **Opposition 110 Stimmen** gegenüber 94 im Vorjahre, die SPD. 79 gegenüber 85 im Vorjahre. Bei **Meurer AG., Cossebaude: Opposition 264**, Reformisten 211. **Gaswerk Dresden-Reick: Opposition 106**, Reformisten 237. Hier war die Opposition im Betriebsrat überhaupt nicht vertreten.

Rote Betriebsräte in den Hanauer städtischen Betrieben

In den Hanauer **städtischen Betrieben** (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk, Straßenreinigung, Friedhof usw.), ist die von der **revolutionären Gewerkschaftsopposition** eingereichte Betriebsratsliste **gewählt. Weder** die Reformisten, noch die Christlichen hatten den Mut, der Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition eine eigene Liste entgegenzustellen, weil ihnen — wenn sie eine solche überhaupt zustande gebracht hätten — eine vernichtende Niederlage sicher gewesen wäre.

Blutregime der Nazi im Lande Fricks

Bewaffnete Ueberfälle auf Arbeiter — Zerstörungswut rasender Bestien

Jena, 24. März. Ermutigt durch die andauernde Verschärfung des Polizeiterrors gegen die Kommunisten wird auch das Hakenkreuzgesindel von Tag zu Tag frecher. Das heuchlerische Scheinmanöver des „kleinen Metallarbeiters" Severing scheint ebenfalls dazu beizutragen, daß den Hakenkreuzlern der Kamm immer mehr anschwillt. Diesem Umstand kann man es wohl zuschreiben, daß sich die Nazis in Thüringen jetzt eine ganze Kette von Ueberfällen und blutigen Provokationen auf die Arbeiterschaft leisten.

In Jena attackierten sie am Samstag kommunistische Jungarbeiter, wobei selbstverständlich die Frick-Polizei auf der Seite der Faschisten stand und sie mit dem Gummiknüppel traktierte, ohne jedoch dabei zu verhindern, daß die Abwehr der kommunistischen Jungarbeiter verschiedenen Nazis gehörige Denkzettel beibrachte.

Ebenfalls am Samstag abend ereignete sich in **Remstädt** in Thüringen ein noch brutalerer Ueberfall der faschistischen Mordbanditen auf Arbeiter. Sie veranstalteten dort eine Versammlung, in der ausdrücklich freie Diskussion angekündigt wurde. Als sich einer unserer Genossen zum Wort meldete, wurde ihm die Frage vorgelegt, wie er zu der bekannten Parole stände: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft". Als unser Genosse sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden dieser Parole stellte, ertönte aus dem Saal heraus ein Pfiff, und die Nazibanden fielen mit **Stühlen, Biergläsern, Knüppeln, Hirschfängern** und allem, was nur greifbar war, auf die andersdenkenden Teilnehmer ein. Der Gemeindevorsteher bekam als erster einen Schlag über den Kopf, ebenso der die Versammlung überwachende Gendarm. — Es entwickelte sich im Saale eine regelrechte Schlacht, bei der die Faschisten sehr bald merkten, daß sie trotz ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit elend zusammengehauen würden, wenn sie nicht polizeiliche Hilfe finden würden.

Vor Wut darüber begannen die Nazis, nachdem unsere Genossen aus dem Saale heraus waren, alles kurz und klein zu schlagen, **Stühle wurden zum Fenster herausgeworfen, die Fensterkreuze eingedrückt, die Tische demoliert, nichts blieb im Saale ganz.** Sogar die gegenüberliegenden Häuser u. a. auch die Pfarrerwohnung, wurden in Mitleidenschaft gezogen. Biergläser flogen durch die Fenster. Auch Dachziegel wurden abgerissen und auf die Straße geschleudert.

Das ging so lange, bis Schupo aus Gotha eintraf und ganz gegen ihren Willen genötigt war, die wilde Meute mit dem Gummiknüppel zu beruhigen.

Diese blutigen Ueberfälle unter dem Regime des Frick, die natürlich nicht im geringsten die Severing und Co. in Beunruhigung versetzen, da zwischen dem Frick- und Zörgiebel-Regime kein Unterschied besteht, erweisen immer dringender die Notwendigkeit für die Arbeiterschaft, **sich fester gegen den Faschismus zusammenzuschließen, die Arbeiterwehren zu stärken, denn die Youngplan-Sklaverei zieht die Verschärfung des faschistischen Terrors nach sich, dem die Arbeiterschaft in festen Organisationen begegnen muß!**

Nazi-Regierung für Stillegung, Massenentlassung

Die große **Jute-Spinnerei in Triebes** in Thüringen hat bei der Regierung die Stillegung des Betriebes beantragt, da dieser Betrieb mit 1153 Beschäftigten fast der einzige Betrieb in Triebes ist, wird eine Stillegung fast die gesamte werktätige Bevölkerung treffen. In der Sitzung des thüringischen Landtages vom 21. März forderte die KPD.-Fraktion, daß die Regierung dem Stillegungsantrag unter keinen Umständen stattgibt. Der Antrag der KPD. wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. Hier wurde der Antrag mit sieben Stimmen aller Regierungsparteien, einschließlich der Nazi, gegen zwei Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialfaschisten abgelehnt.

So lösen die Nazi ihre großmäuligen Wahlversprechungen ein.

Die Antwort auf das Republikschutzgesetz

In einer Kundgebung der Kommunistischen Partei im Capitol in **Chemnitz** traten der KPD. 32 Arbeiter bei, dem KJVD. 6, der Roten Hilfe 10 und für den „Kämpfer" wurden drei neue Abonnenten geworben. Eine Sammlung für den Kampffonds der Partei ergab 10.50 ℳ und außerdem wurden 95 Teilnehmer für den Reichsjugendtag des KJVD. Ostern 1930 in Leipzig gewonnen.

Billige Lebensmittel eine „fixe Idee" der großen Masse

sagen die pfäffischen Hetzapostel gegen die Sowjetunion

Auf der Hauptversammlung der Pfälzischen Landwirtschaftsvereine sagte der bekannte Katholik, der Bayerische Ministerpräsident Held (Bayrische Volkspartei) folgendes:

„Unsere Zeit wird von der fixen Idee (!!) beherrscht, daß es der großen Masse gut gehen müsse, daß die Arbeiter billige Lebensmittel haben müssen usw. Viel wichtiger aber für den Staat ist es, die wertvolle Schicht der Besitzenden und Erzeugenden lebensfähig zu halten, denn auf ihren Schultern ruht der Staat."

Die „Kölnische Volkszeitung", das führende rheinische Zentrumsblatt, schreibt am 12. November 1929:

„Das Zentrum hält grundsätzlich am Privateigentum fest und es ist bestrebt, die Zahl der Eigentümer (der Kapitalisten) ständig zu mehren . . ."

Darum also katholische Aktion gegen die Sowjetunion, weil es in diesem Lande umgekehrt ist und nicht der Kapitalismus wächst, sondern mit Riesenschritten der Sozialismus sich entfaltet. Der Kampf gegen die „Glaubensverfolgung" ist nur die Maske zum Generalangriff der Finanzkapitalisten auf den Staat der Arbeiter und Bauern. Darum die Aktivität des Katholizismus dagegen, „daß es der großen Masse nicht gut geht, daß die Arbeiter keine billigen Lebensmittel bekommen", wie es der katholische bayerische Ministerpräsident Held fordert. Darum Zoll- und Steuerwucher. Darum in den Landes- und Kommunalparlamenten Ablehnung aller sozialen kommunistischen Anträge. Darum Annahme des Zuchthausgesetzes durch das Zentrum. Darum stimmte am 3. Oktober das Zentrum im Reichstage dem Arbeitslosenreformgesetz zu und darum 28 000 Mark durchschnittliche Pension für einen katholischen Geistlichen als ebenfalls eine „wertvolle Schicht der Besitzenden". Darum auch 40 000 Mark jährlich bzw. 33 Mark pro Stunde für einen Erzbischof. Darum Millionengeschenke an die Kapitalisten vom Zentrum: Klöckner, Thyssen, Louis Hagen. — Weil die Massen erwachen und nach dem Vorbilde der Bolschewisten den Kapitalismus und das Pfaffentum zum Teufel jagen wollen, darum blasen Papsttum und Kirchenreaktion zum Kreuzzug gegen die UdSSR.

„Kommunistensturm auf Fürsorgeheim"

Unter solcher und ähnlicher Ueberschrift machte eine neue Moritaten-Gruselgeschichte die Runde durch die kapitalistische und sozialfaschistische Presse. Danach sollen 120 Jungkommunisten in der Nacht zum Sonntag einen Ueberfall auf die Fürsorgeanstalt Struveshof in der Nähe von Potsdam beabsichtigt haben. Aber dank der guten Riecher aller „friedlichen Bürger" in Struveshof und angrenzenden Ländern konnte die Gendarmerie rechtzeitig aus den Betten geholt und dem heranziehenden Feind entgegengeworfen werden, die ihn solange beschäftigen konnte, bis Verstärkung in Form von zwei Ueberfallkommandos aus Potsdam in die Front eingerückt war und durch Gefangennahme der ganzen feindlichen Heermacht einen entscheidenden Sieg erringen konnte.

Teils Angstzustände, teils das lebendige Bedürfnis nach Kommunistenhetze, haben diese Moritat gezeugt, wie viele andere. Natürlich ist das ganze Geschwätz von einem beabsichtigten Sturm auf die Anstalt nichts als dummer Schwindel und die Verhaftung der Jungkommunisten ein brutaler Willkürakt der Polizei. Die Jungkommunisten befanden sich am 22. März auf einem Nachtausflug und in der Nähe der Anstalt Struveshof wurden sie von der Polizei überfallen, festgenommen und über einen Tag in der Potsdamer Polizeikaserne gefangengehalten. Selbstverständlich mußten die Jungkommunisten inzwischen wieder freigelassen werden.

Es ist nicht das erstemal, daß unter dem preußischen **Demonstrationsverbot** Ausflügler von Polizei überfallen und festgenommen werden. Es ist sogar schon vorgekommen, daß die Landjägerei dabei irrtümlicherweise gegen **sozialdemokratische Jugendliche** verging, die im Wald und Feld einen „verbotenen Demonstrationszug" gebildet haben sollen. Bei der Polizeiaktion von Struveshof scheint auch das **schlechte Gewissen der Anstaltsleitung** eine Rolle zu spielen. Da der Ausflug der Jungkommunisten selbstverständlich mit Landagitation in der ganzen Gegend verbunden war und diese, wie üblich, einige Tage vorher von den Genossen vorbereitet worden ist, hatten Zöglinge der Anstalt von dem Ausflug erfahren und den Direktor benachrichtigt. Es war dieser Direktor, der in seinem schlechten Gewissen sofort die gleich lächerliche und brutale Polizeiaktion veranlaßte. Die daraufhin entfachte, geradezu **verrückte Pressehetze** ist nur daraus zu erklären, daß man fieberhaft nach Gründen zum beabsichtigten **Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes** sucht und um jeden **Preis** gegen die Jungkommunisten hetzt.

1,29 Milliarden Mark Gewinnsteigerung

Sensationelle Ergebnisse der bürgerlichen Bilanzstatistik

Angesichts der bevorstehenden Lohnkämpfe und der fortschreitenden Verteuerung der Lebenhaltungskosten bei verwehrter Arbeitsleistung, was beträchtliche Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit notwendig macht, wird in der gesamten Unternehmerpresse jede Lohnerhöhung abgelehnt, weil die „armen" Kapitalisten dafür kein Geld hätten und gar keine Gewinne mehr erzielten. Im Zeichen des Young-Planes wird sogar direkter Lohnabbau propagiert. Auch die reformistischen Gewerkschaftsführer verschließen sich diesen „Argumenten" als besonders eifrige Verfechter der Young-Politik nicht.

Die Bilanzstatistik des „Berliner Tageblatts" widerlegt all diese oberfaulen Argumente der Unternehmer mit einem Schlage. Hiernach ist in den meisten Industrien in dem Geschäftsjahr 1928/29 gegenüber dem Vorjahre der Reingewinn als auch die Dividende beträchtlich gestiegen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Geschäftsjahr 1928/29 bereits im Zeichen der sich entwickelnden Krise und sinkender Konjunkturlage stand, im Gegensatz zu dem Geschäftsjahr 1927/28. Trotzdem ist bei 406 Aktiengesellschaften der Maschinenindustrie z. B. der Reingewinn um 60 Prozent, in der Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Versorgungs-Industrie um 4 Prozent, in der chemischen Industrie um 20 Prozent, im Bankgewerbe um über 12 Prozent usw. gestiegen.

Ausgewiesene Reingewinne in Millionen Mark:

	1927/28	1928/29
Bergwerks- und Hütten-industrie (203 AG.)	205,1	224,6
Metallindustrie (522 AG.)	28,0	51,2
Maschinenindustrie (406 AG.)	30,7	48,4
Chemische Industrie (649 AG.)	186,7	222,6
Elektrotechnische und optische Industrie (162 AG.)	70,4	75,3
Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsversorgung (217 AG.)	146,3	151,6
Banken (342 AG.)	185,5	207,3

Auch die Dividendenbeträge haben sich entsprechend erhöht.

Insgesamt ist für 7876 Aktiengesellschaften der Reingewinn von 1224,5 Millionen Mark im Jahre 1927/28 auf 1289,9 Millionen Mark gestiegen, die Dividendenbeträge von 1063,3 Millionen Mark auf 1110,7 Millionen Mark.

Dabei ist noch nicht die **allgemeine Zunahme der Abschreibungen**, die von wachsenden versteckten Gewinnen zum Zwecke der „Selbstfinanzierung" usw. zeugen, berücksichtigt. **Die gesamten Abschreibungen haben sich von 1170,6 Millionen Mark auf den gewaltigen Betrag von 1250 Millionen Mark erhöht.** In der **Metallindustrie** allein sind sie um über 18 Prozent gestiegen.

Der Schwindel von den Großkapitalisten, die trotz Rationalisierung und steigender Ausbeutung keine oder auch nur abnehmende Gewinne erzielen, ist damit entlarvt. Aber die gewaltigen Profite der Vergangenheit genügen den deutschen Großkapitalisten nicht mehr. Neue Rationalisierungsoffensive und neuer Lohnabbau durch Herabdrückung der Sozialausgaben und direkte Lohnkürzung sollen dem deutschen Finanzkapital die Mittel für die Durchführung des Young-Planes, vermehrte Dumpingpolitik und imperialistische Aktivität gewähren.

Nur durch entschlossenen Massenkampf unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition werden höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erkämpft werden können.

NACHEIFERN!

200 Prozent

ihres Kampffondszieles erreichte die Ortsgruppe Goldap (Ostpreußen). Jede Zelle muß sich zur Ehre anrechnen, ebensoviel zu sammeln.

NUN ERST RECHT!

Der Papst will den Krieg

Der wahre Sinn der sowjetfeindlichen Politik des Vatikans

Rom, 23. März. In der Märznummer des offiziellen Vatikan-Organs, der Zeitschrift „Civita Catholica“ wird mit außerordentlichem Cynismus der wahre Sinn der sowjetfeindlichen Politik des Vatikans enthüllt. Im Artikel, der bezeichnenderweise „die Ansicht des Papstes über die Rettung Rußlands und der christlichen Zivilisation“ betitelt ist, heißt es:

Die Lage in Rußland hat leider noch keinen ausreichenden Reflex im Gewissen der Völker hervorgerufen. Es ist erstaunlich, daß unter den Regierungen, die sich als Regierungen zivilisierter Staaten bezeichnen, noch keine einzige Stimme ertönt ist, sich noch kein einziger Finger gerührt hat, um eine Intervention zu versuchen, die nicht besonders schwierig wäre und gewirkt hätte. Selbst jenes Institut, das sich damit brüstet, die wirtschaftliche Wiederherstellung der Völker und ihre Versöhnung zu fördern, der Völkerbund, hat es nicht verstanden, seine Pflichten zu erfüllen (!!).

Diese Passivität, angesichts der Gefahr der Vernichtung von Moral und Kultur und der Rückkehr zur Finsternis, Unwissenheit und Barbarei sei äußerst befremdlich. Es sei schwer zu begreifen, wie zivilisierte Völker die Mißbräuche der russischen Revolution in den ersten Jahren, als es so leicht war, den Bolschewismus zu unterdrücken, zu dulden vermochten. Damals konnte man die erschöpften, doch keineswegs schädlichen Völker des gewaltigen russischen Reiches noch auf den Weg der „Ordnung“ zurückbringen.

*

Die Antwort der Iswestija

Moskau, 24. März. Die „Iswestija“ nehmen zu dem in der Zeitschrift „Civita Catholica“ veröffentlichten Artikel folgendermaßen Stellung:

Die Frage, was im Schreiben des Papstes unter „Rettung der christlichen Zivilisation“ zu verstehen ist, ist jetzt völlig geklärt. Der Offiziosus des Vatikan erläutert, daß das päpstliche Schreiben nicht allein einen direkten Appell zur Intervention gegen die Sowjetunion enthält, sondern auch gewisse **strategische Erwägungen** darüber, daß die Durchführung der Intervention „nicht besonders schwierig“ wäre. Sodann geht der Papst zur **direkten Aufwiegelung, zur Intervention** über und verweist darauf, daß der Völkerbund dazu das geeignetste Instrument wäre. Zum Schlusse wird erwähnt, daß das päpstliche Schreiben den „zivilisierten“ Staaten direkt zum Vorwurf macht, daß sie seinerzeit die Intervention nicht zum Ende geführt haben.

Zu diesem offiziösen und durchaus offenherzigen Kommentar zum päpstlichen Schreiben ist nur zu sagen, daß das Geschwätz vom „apolitischen“ Charakter der sowjetfeindlichen Gottesdienste überflüssig ist. Wie naiv die Vertreter der britischen „Komitees für die Protestaktion gegen die Religionsverfolgungen in Rußland“ und ähnliche „Prediger“ sich auch stellen mögen, ihre Einwendungen zugunsten des päpstlichen Schreibens sind für niemand überzeugend, nachdem offen zugegeben wurde, daß der Kreuzzug gegen die Sowjetunion nicht eine moralische Kampagne, sondern ein bewaffneter Feldzug der vereinigten imperialistischen Armeen ist.

Feinde des sozialistischen Aufbaus

Aufdeckung einer konterrevolutionären Verschwörung in der Ukraine

Moskau, 20. März. In der Ukraine wurde eine konterrevolutionäre Organisation aufgedeckt, die eine breit angelegte **Schädigungstätigkeit in der Landwirtschaft betrieb.** Die Leiter der Organisation, die bedeutende Posten im Ackerbaukommissariat und in anderen Institutionen bekleideten, suchten durch systematische Entstellung wichtiger politischer Regierungsdirektiven **die Landwirtschaft in kapitalistische Bahnen zu lenken,** das **Kulakentum zu verstärken** und bedeutsame sozialistische Maßnahmen der Sowjetunion auf dem Dorfe lahmzulegen. Die Angeklagten sind meist **ehemalige Großgrundbesitzer und frühere Angehörige konterrevolutionärer Armeen.**

Neue Schulkommune in der Sowjetunion

In Orel ist nach einer Meldung der „Prawda“ vom 15. März eine neue Schulkommune mit dem Namen „Krupskaja“ errichtet worden. Der Unterricht wird sich auf die Landwirtschaft und Geflügelzucht erstrecken. 600 Schüler nehmen an der Kommune teil.

Die kommunistische Zeitrechnung tritt am 1. April in Kraft

Moskau, 22. März. Die für die geplante Kalenderreform vorgeschlagenen Projekte sind jetzt Gegenstand eingehender Studien und Beratungen, an denen die zuständigen wissenschaftlichen Institute beteiligt sind und die breitesten Kreise der Oeffentlichkeit lebhaft interessiert sind.

Da für die Betriebe, die sich auf die fünftägige Arbeitswoche umgestellt haben, die Zeitrechnung nach dem alten Kalender mit erheblichen Schwierigkeiten und Ungelegenheiten verbunden ist, wird jetzt auf Beschluß der Regierung **ein provisorischer einheitlicher Kalender für alle Betriebe,** in denen die Fünftagewoche in Kraft getreten ist, eingeführt werden.

Nach diesem Kalender wird das Jahr 360 Arbeitstage haben.

Die fünf revolutionären Festtage (22. Januar, 1. und 2. Mai, 7. und 8. November) sind in das Kalenderjahr nicht eingeschlossen. **Die Tage der fünftägigen Arbeitswoche werden mit Zahlen von 1—5 bezeichnet.**

Die Arbeiter und Angestellten jedes einzelnen Betriebes werden in fünf zahlenmäßig annähernd gleiche Gruppen eingeteilt. Der allwöchentliche Ruhetag **(nach vier Arbeitstagen)** fällt für jede einzelne Gruppe das ganze Jahr hindurch **stets** am ersten Tag, die zweite Gruppe am zweiten Tag der Fünftagewoche usw.

In Ausführung des Regierungsbeschlusses werden in allen Betrieben, Aemtern und Institutionen neue Schemas zur Aufstellung gelangen, in denen die Arbeits- und Ruhetage der fünf Gruppen festgelegt sein werden. **Die Schemas treten am 1. April in Kraft** und somit wird jeder Arbeitende fortan ein für das Jahr gültiges genaues Verzeichnis seiner Arbeits- und Ruhezeit haben.

Neue Terrorwelle in den Vereinigten Staaten

Newyork, 23. März. Dem Gen. Foster und den anderen im Zusammenhange mit dem 6. März Verhafteten wird der Schwurgerichtsprozeß verweigert, so daß ihnen **Kerkerstrafen von je sechs Jahren** drohen. In Minneapolis protestierten 2500 Arbeiter gegen die Verhaftungen; auch in Chicago und Buffalo fanden Protestkundgebungen statt.

Die nördliche Koalition gegen Tschang Kai Schek

Der Stand des Generalkrieges in China

Schanghai, 21. März 1930.

In Nanking wird die Lage mit jedem Tage gespannter. Die nördliche Koalition macht kein Geheimnis daraus, daß sie beabsichtigt, gegen Nanking zu ziehen. Sie erklärt offen, daß die militärische Expedition gegen Tschang Kai Schek, den „Kuomintang-Papst“, in Vorbereitung sei. Die nördliche Koalition erklärt, daß „Tschang Kai Schek zu töten, die Pflicht eines jeden wahren Nationalisten“ sei. Nanking versichert nach wie vor, daß es nur einen Defensivkrieg führen wird. Diese Behauptung ist nicht nur auf die militärischen Schwierigkeiten zurückzuführen, sondern auch auf die Befürchtungen, **neue Unzufriedenheit im Hinterlande zu schaffen.**

Feng Ju Hsiang ist nach Schentschau an der Grenze von Schensi und Honan. Seine Truppen haben Boyang und Schentschau besetzt, wodurch offenbar der Angriff und die Besetzung Hankaus vorbereitet wird. Die Nanking-Truppen räumten Tsinanfu und zogen sich südlich zurück.

*

Am 15. März veröffentlichte die Presse von Peiping ein Telegramm der Generäle der Schansi-Kwangsi- und Kuomitschun-Armeen, in dem Tschang Kai Schek der „unrechtmäßigen Machtergreifung und der Ausnützung der Partei, des Staates und der Truppen im eigenen Interesse“ bezichtigt wird. Das Telegramm besagt, Tschang Kai Schek habe das chinesische Volk durch ungleiche Verträge und große Auslandsanleihen versklavt. Ferner wird Tschang Kai Schek beschuldigt, die Bevölkerung Nordwestchinas dem Hunger preisgegeben zu haben, während das Geld für den Bürgerkrieg verpraßt wird.

Die Schansi-Truppen besetzten die Räume der Nankinger militärischen Vertretung in Peiping, bemächtigten sich des Telegrafenamtes und der Telefonzentrale, die bisher von den Nankingern verwaltet wurden. Das Peipinger Kuomintang-Blatt „Huapeishipao“ wurde beschlagnahmt.

Jen Si Schan trifft voraussichtlich am 20. März in Peiping ein. Pressemeldungen zufolge hat Feng Ju Hsiang von Jen Si Schan 8 Millionen Dollar erhalten, worauf er den Vertreter Jen Si Schans in Tientsin davon in Kenntnis setzte, er habe mit Jen Si Schan ein Bündnis geschlossen, um Tschang Kai Schek zu stürzen. Die Schansi- und Kuomitschun-Truppen dringen weiter nach dem Süden vor.

Die revolutionäre Opposition marschiert auch bei den Eisenbahnern!

Konferenz der revolutionären Eisenbahner von Süddeutschland

Am Sonntag, 23. März, tagte in Karlsruhe eine Konferenz der revolutionären Eisenbahner von Süddeutschland.

Von den 29 anwesenden Delegierten gehörten 19 der KPD. an, während 10 parteilos waren.

Genosse Bertz-Berlin, Vertreter des Reichskomitees, hielt ein ausgezeichnetes Referat, ausgehend von der politischen Lage in Verbindung mit den Auswirkungen des Young-Planes für die Eisenbahnarbeiter und den bevorstehenden Abbau bei der Reichsbahn, die hinter uns liegende Lohnbewegung und allgemeine Tarifbewegung, unter besonderer Berücksichtigung des Manteltarifes. Er lieferte durch sein Referat den revolutionären Eisenbahnern ausgezeichnetes Tatsachen-Material. Der starke Beifall der Delegierten, die aus den wichtigsten Bezirken und Dienststellen vertreten waren, zeigte, daß sie die **Strategie und Taktik der revolutionären Opposition** anerkennen und durchführen werden.

Die bevorstehenden **Betriebsratswahlen** wurden besonders eingehend behandelt, die Fehler, Mängel und Schwächen bei der letzten Wahl kritisch beleuchtet und dabei die Maßnahmen besprochen und beschlossen, die notwendig sind, um die diesjährigen Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn aggressiver im Kampf gegen den Reformismus und gegen die Maßnahmen der Reichsbahnhauptverwaltung durchzuführen.

Nachfolgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die am 23. März in Karlsruhe stattgefundene Konferenz der revolutionären Eisenbahner der süddeutschen Bezirke sieht in dem Vorstoß der Reichsbahnhauptverwaltung gegen einen Teil des Reichsbahnpersonals hinsichtlich der Feierschichten und der Entlassungen die ersten Auswirkungen des Young-Planes für die Eisenbahner, die in vollem Einvernehmen mit den Gewerkschaftsführern aller Richtungen unter Führung der Sozialfaschisten erfolgen. Diese Tatsache und die geplanten weiteren Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitszeit-Bedingungen verpflichtet die revolutionäre Opposition, mit aller Energie die Kampfmaßnahmen gegen die Reichsbahnhauptverwaltung und deren Lakaien zu treffen und insbesondere die zwischentarifliche Lohnbewegung zu organisieren. Außerdem gilt es, die **Betriebsratswahlen** systematisch vorzubereiten. Die gesamte Eisenbahnerschaft muß die Betriebsratswahlen nach den Richtlinien der revolutionären Opposition durchführen und den **Kampf um folgende Forderungen aufnehmen:**

1. **Für die Beseitigung der Dienstdauervorschriften und Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden pro Tag bzw. 40-Stundenwoche bei entsprechendem Lohnausgleich.**
2. **Für die Beseitigung der Wirtschaftsgebiete, der Ortslohnklassen und der Ortslohnstaffeln, wie der Reduzierung der Lohngruppen von 8 auf 3.**
3. **Für eine außertarifliche Lohnerhöhung von 20 ₰ pro Stunde.**
4. **Gegen die Leistungszulagen und das Gedingesystem.**
5. **Gegen Bahnschutz, Teno, Eisenbahnbetriebsbeihilfe und Eisenbahn-Sportvereine.**
6. **Gegen jeden Abbau, für die Wiedereinstellung schon abgebauter Arbeiter und Beamten unter Mitwirkung der Personal-Vertretung.“**

Die Konferenz zeigte, daß auch bei den Eisenbahnern feste Stützpunkte dazu vorhanden sind, daß revolutionäre Eisenbahner die Führung übernehmen und unter der Leitung des Bezirkskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die Dawesbahn-Gewaltigen und deren Lakaien führen werden.

Der stille Don

Roman von Michael Scholochow

Copyright by Verlag für Literatur u. Politik (Dr. Johann Wertheim), Berlin-Wien

57. Fortsetzung.

Natalias geheuchelte Fröhlichkeit erlosch wie ein Funke im Wind. Die Weiber beschäftigten sich mit dem neuesten Klatsch, Natalja strickte, ohne ein Wort fallen zu lassen. Mit großer Ueberwindung zwang sie sich, bis zu Ende zu bleiben und trug in ihrer Seele einen Entschluß mit sich fort, der noch nicht feste Form angenommen hatte. Das Schamgefühl wegen ihrer ungewissen Lage (sie glaubte noch immer nicht, daß Grigorij sie für immer verlassen habe, verzieh ihm, erwartete ihn) zwang sie zu folgendem: sie beschloß, heimlich zu Grigorij nach Jagodnoje zu schicken, um zu erfahren, ob er ganz von ihr gegangen sei oder ob er es sich überlegt habe. Sie kam jetzt nicht von Petrowja nach Hause. In der Stube saß Großvater Grischka, las in der schon ganz zerlesenen, mit Wachs betropften ledergebundenen Bibel. Miron Grigorjewitsch flickte in der Küche ein Fischnetz und hörte den Erzählungen Michejs über einen Mord, der vor undenklichen Zeiten geschehen war, aufmerksam zu.

Natalias Mutter schlief, nachdem sie die Kinder schlafen gelegt hatte, auf dem Ofen. Natalja entkleidete sich, irrte ziellos durch die Hütte.

Sie hielt sich einen Augenblick in Gedanken [illegible] in der Ecke, vor den Heiligenbildern aufgestapelt waren.

— Großväterchen, hast du Papier?

— Was für Papier? — Seine Stirn legte sich über der Brille in tiefe Falten.

— Papier ... worauf man schreibt.

Großvater Grischata blätterte in einem der Psalmbücher und zog einen zerknitterten, nach dumpfem Weihrauch riechenden Papierbogen heraus.

— Hast du auch einen Bleistift?

— Hol dir einen beim Vater. Ach, Liebling, stör mich nicht.

Natalja holte einen abgenagten Bleistiftstummel vom Vater, setzte sich an den Tisch und dachte voller Qual über das schon längst Beschlossene nach, das ihr Herz mit stechendem Schmerz zusammenzog.

In der Frühe versprach sie Gjetlo eine tüchtige Portion Schnaps und schickte ihn mit einem Brief nach Jagodnoje.

„Grigorij Pantelejewitsch!

Schreib mir, wie ich leben soll und ob mein Leben für immer oder nicht für immer verloren ist. Du bist von zu Hause weggegangen, hast mir kein Wort gesagt. Ich habe dich nicht gekränkt, nicht beleidigt, ich habe erwartet, daß du mir die Hände frei machst, daß du mir sagst, daß du für immer weggegangen bist. Du aber bist fortgegangen und schweigst wie ein Toter.

Ich dachte, du bist in großer Erregung fortgegangen, habe erwartet, daß du zurückkommst. Ich will euch nicht trennen. Es ist besser, ich bin allein vom Unglück zerstampft, als daß wir es beide sind. Erbarme dich meiner und schreib mir. Wenn ich's weiß, ist's besser, sonst stehe ich mitten auf dem Weg ganz verloren da.

Sei um Christi Willen nicht bös auf mich, Grischa.

Natalja.“

Mißgestimmt, düster im Vorgefühl der nahenden Saufperiode, führte Gjetlo das Pferd verstohlen hinaus, damit Miron Grigorjewitsch ihn nicht bemerke und galoppierte fort. Er saß auf dem Pferd in ungeschickter Haltung, die den Kosaken ganz ungewohnt war, baumelte mit den Beinen, schlenkerte mit den Armen. Die Kosakenkinder, die auf der Straße spielten, schrien ihm höhnisch nach:

— Ukrainisches Schwein! ... Ukrainisches Schwein! ...

— Fällst runter!

— Er sitzt auf dem Pferd wie ein Hund auf einem Zaun! ...

Gegen Abend kam er mit der Antwort. Brachte einen blauen [illegible] aus seinem Ritt, [illegible] Natalja zu [illegible], meine Liebe! Alle Eingeweide hat sich Gjetlo durchgerüttelt!

Natalja las den Zettel und wurde ganz grau im Gesicht. Etwas Jähliges, Scharfes bohrte sich viermal in ihr Herz, schien ein Gefäß zu zerreißen.

Vier undeutlich geschriebene Worte standen auf dem Zettel: „Leb' allein. Grigorij Melechow.“

Rasch, als traue sie ihren Kräften nicht, verließ Natalja den Hof, legte sich auf ihr Bett. Lukinitschna füllte den Ofen für die Nacht, damit er am Morgen sich rascher erwärme und die Osterkuchen rechtzeitig fertig würden.

—Natascha, komm, hilf mir! — rief sie der Tochter zu.

— Ich hab Kopfschmerzen, Mütterchen, laß mich ein wenig ruhig liegen.

Lukinitschna sah durch die Tür hinein.

— Trink ein bißchen Kwaß, das wird dich erfrischen ...

Natalja berührte die kalten Lippen mit trockener Zunge und schwieg.

Bis zum Abend lag sie, den Kopf in ein warmes Wolltuch eingewickelt. Ein Schüttelfrost rüttelte ihren zusammengerollten Körper. Miron Grigorjewitsch und Großvater Grischata machten sich schon bereit, um in die Kirche zu gehen, als sie aufstand und in die Küche kam. Auf ihren Schläfen glänzten Schweißtropfen, trübe Trübheit verschleierte die Augen.

Miron Grigorjewitsch knöpfte die vielen Knöpfe, die seitwärts an der Pluderhose angenäht waren, zu und sah die Tochter von der Seite an.

— Gerade heut mußtest du krank werden, Töchterchen. Komm mit uns zur Frühmesse.

— Geht nur, ich komme nach.

— Kommst du bald?

— Ich zieh mich erst an ... dann komm ich ...

Die Männer gingen fort. Lukinitschna und Natalja blieben im Haus. Müde und welk schleppte sich Natalja von der Truhe zum Bett, vom Bett zur Truhe, schaute mit nichts sehenden Augen den Haufen festlicher Kleider, die in der Truhe aufgewühlt lagen an, dachte krampfhaft über etwas nach, bewegte leise flüsternd die Lippen. Lukinitschna glaubte, Natalja schwanke, welches Kleid sie nehmen solle und schlug ihr mit mütterlicher Großherzigkeit vor:

— Zieh meinen blauen Rock an, Nataschka. Er wird dir jetzt gut passen.

Natalja hatte zu Ostern keine neuen Kleider bekommen, die Mutter erinnerte sich, wie gerne Natascha als junges Mädel ihren Rock zu festlichen Gelegenheiten angezogen hatte und bot ihn ihr nun bereitwillig an, in der Annahme, die Auswahl der Kleider bereite ihr Sorge.

— Willst du ihn anziehen? Ich such ihn gleich heraus.

— Nein, danke. Ich zieh diesen da an. — Natalja zog vorsichtig einen grünen Rock hervor und erinnerte sich plötzlich, daß sie diesen Rock getragen hatte, als Grigorij als Bräutigam zu ihr gekommen war und unter dem kühlen Dach des Schuppens sie zum erstenmal mit einem flüchtigen Kuß beschämt hatte. Bitteres Schluchzen erschütterte ihren ganzen Körper, sie fiel mit der Brust auf die scharfe Kante der geöffneten Truhe.

— Natalja, was hast du? ... — die Mutter schlug die Hände zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Verbandstag des D.M.V.

„Neue Lohnpolitik" des DMV.

„Gewerkschaftliche Tapferkeit" gegen die Arbeiter

Von Paul Peschke.

Immer, wenn die deutschen Unternehmer in einer bedrängten Lage waren und die Arbeiter unter dem wirtschaftlichen Druck auch gegen den Willen der Herren Verbandsbeamten sich zum Kampf gegen ihre Verelendung sammelten, eilte ihnen die Gewerkschaftsbürokratie zu Hilfe. Jedesmal wurde eine neue sinnverwirrende Parole unter der Arbeiterschaft propagiert, die den Zweck hatte, die Arbeiter vom direkten Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit abzuhalten und sie auf die „segensreiche", die Opfer des Streiks ersparende Tätigkeit der Herren Gewerkschaftsführer vertrösten sollte. Wer erinnert sich nicht noch dieser verschiedenen Schlagworte aus der Inflationszeit von den „Indexlöhnen" — „Goldlöhnen" — „gleitender Lohnskala" usw., die alle diesen Zweck der Vertröstung der Arbeiterschaft auf Verhandlungen hatten. Der Lobgesang auf die kapitalistische Rationalisierung und die Parole der Wirtschaftsdemokratie, die vom ADGB.-Kongreß 1928 offiziell ausgegeben und durch die gesamte sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse in die Köpfe der Arbeiter gepaukt wurde, diente demselben Zweck.

Die deutsche Bourgeoisie, die eben den Youngplan unterschrieben hat, ist infolge der nicht aus der Welt zu schaffenden, sich steigernden Widersprüche des Kapitalismus in einer besonders bedrängten Lage. Sie versucht aus dieser bedrängten Lage herauszukommen, indem sie zu einer ungeheuerlichen Ausbeutung schreitet, die alles bisher Erlebte in den Schatten stellt. Alle Opfer des Youngplanes, sowie die notwendigen Extraprofite für das deutsche Trustkapital zur Sicherung der kapitalistischen Herrschaft sollen aus der Arbeiterklasse herausgepreßt werden. In seiner Ausbeutungsoffensive gegen die deutsche Arbeiterschaft hat auch diesmal das Trustkapital wieder die Gewerkschaftsbürokratie an seiner Seite. Mit allen Mitteln versucht die Bürokratie, die entstehende Einheitsfront der Arbeiter in den Betrieben zu zerschlagen. Ganz besonders aber verhindert sie, daß die Arbeiter ihre Forderungen auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten durchsetzen. Schrieb doch der „Vorwärts" am 21. Februar ganz frech und dreist, daß die den Massen auferlegten Zölle und Steuern nicht durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden dürfen, denn

> **„damit würden die Wirtschaftsschwierigkeiten nur noch vergrößert werden."**

Dessenungeachtet läßt der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der letzten Nummer der „Metallarbeiterzeitung" den alten Schwätzer Fritz Kummer im Spitzenartikel ruhig schreiben:

> **„Was die bürgerlichen Parteien den Arbeitern jetzt an Steuern und Unterstützungen abnehmen, wird durch Streik, das ist durch Entbehrungen, wieder eingebracht werden müssen."**

Ganz abgesehen davon, **daß die Metallarbeiterbonzen gemeinsam mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion allen Massenbelastungen zugestimmt haben,** denken sie gar nicht daran, etwa durch Streik Lohnerhöhungen für die Arbeiter herauszuholen. Während sie aber noch in den Vorjahren wenigstens die Tarife kündigten, um vor den Arbeitern den Anschein zu erwecken, als ob sie durch Verhandlungen oder Schiedssprüche Lohnerhöhungen erreichen wollen, **lehnen sie in diesem Jahre die Tarifkündigung überhaupt ab.** Sie wollen der Wirtschaft (lies Trustkapital) bei der Stabilisierung seiner Macht keine Schwierigkeiten bereiten und verhindern, daß die erregten Arbeiter durch die Tarifkündigung die Basis für einen geschlossenen Massenkampf erhalten. So haben sie es abgelehnt, den am 31. Januar ablaufenden Lohntarif für die 60 000 württembergischen Metallarbeiter zu kündigen. Ebenso erging es den 60 000 Metallarbeitern in Mitteldeutschland und den 55 000 Metallarbeitern in Hannover und Braunschweig, deren Tarife am 15. Februar ablaufen. Frech und brutal erklärt die Bürokratie, die während der guten Konjunktur jeden Kampf sabotierte, um „ein schroffes Abstoppen der Konjunktur" zu vermeiden, daß bessere Zeiten für die Tarifkündigungen abgewartet werden müssen.

So schreibt unter dem 13. März die „Vossische Zeitung" aus Hamburg zu der vom DMV. einberufenen Versammlung der Vertrauensleute aus den Betrieben der Landeseisenindustrie, auf der nach stürmischer Aussprache mit Dreiviertelmehrheit die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. März verlangt wurde, folgendes:

> **„Die Ortsverwaltung empfahl im Einverständnis mit den Arbeitgebern, in Anbetracht der augenblicklichen Wirtschaftslage der Eisenindustrie in Nordwestdeutschland, von einer Kündigung abzusehen."**

Die DMV.-Bürokratie verfolgt damit eine von der Bourgeoisie jubelnd begrüßte „neue Lohnpolitik". Die Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes haben auf ihrer Tagung in Köln am 25. Februar den Sinn und Zweck dieser „neuen Lohnpolitik" offen eingestanden. Ihr zweiter Vorsitzender Schmitz, Duisburg, kam bei seinem Verrat über Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik zu folgender Schlußfolgerung:

> **„Eine starke Lohnsteigerung muß zu einer Drosselung der Ausfuhrmöglichkeiten und damit zu größerer Arbeitslosigkeit führen. Es ist daher Pflicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die Lohnpolitik des Jahres 1930 mit Umsicht und Reserve zu betreiben."**

Das bedeutet in der Konsequenz die Herabsetzung der Löhne im Einverständnis mit den Trustkapitalisten. Damit gibt die Gewerkschaftsbürokratie ihr Geschwätz von der „Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne zur Hebung des inneren Marktes" selbst preis und bekennt sich offen zu dem Unternehmerstandpunkt. Die „Vossische Zeitung" kommentiert diese Ausführungen folgendermaßen:

> „Diese Aeußerung im Zusammenhang mit dem neuerlichen Beschluß im Deutschen Metallarbeiterverband muß unterstrichen werden. Einstweilen sind solche **Kundgebungen wirtschaftlicher Einsicht** noch sehr vereinzelt. Sie werden sich durchsetzen, wenn von der anderen Seite alles getan wird, um den Preisabbau zu verwirklichen, der der neuen Lohnpolitik entspricht."

Da haben wir die neue Parole, die die Arbeiter von der Durchsetzung ihrer lebensnotwendigen Forderungen abhalten soll. Sie predigt den Arbeitgebern, ebenfalls Einsicht zu beweisen, wie dies die sozialfaschistischen Funktionäre des DMV. in Hamburg getan haben. Wie diese Einsicht auf der Unternehmerseite aussieht, beweist die Meldung aus Sachsen, wonach die Vereinigung der Verbände Sächsischer Metallindustrieller den Manteltarif für die gesamte sächsische Metallindustrie zum 30. Juni 1930 gekündigt habe. Die Unternehmer sind also durchaus nicht von jener Besorgnis um den Wirtschaftsfrieden befallen, wie die DMV.-Bürokratie. Sie nutzen vielmehr das Zurückweichen der Gewerkschaftsinstanzen zu erneuten Vorstößen aus, um die Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verschlechtern. Sie denken auch gar nicht an den Preisabbau, sondern **wollen** im Gegenteil die Preise für ihre Produkte noch erhöhen und die Löhne der Arbeiter senken. Das ist eine altbekannte Erfahrung, die jedem Marxisten geläufig ist. Nur die mit dem kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsapparat verfilzte und verschwägerte Gewerkschaftsbürokratie weiß davon nichts mehr. Sie predigen nach wie vor Rücksichtnahme auf die Wirtschaft und sind so bei der Verelendung der deutschen Arbeiterklasse führend. Auf dem Umwege über die bürgerlich-demokratische Presse lassen sie die Parole des Preisabbaues als Ersatz für Lohnerhöhungen in die Arbeiterschaft hineinwerfen. Eine Parole, die durchaus nichts Neues, sondern schon seit Jahren von den faschistischen Werkvereinen unter den Arbeitern ohne Erfolg propagiert wird. Die Gewerkschaftsbürokratie ist damit offen auf das Niveau der faschistischen Werkvereine herabgesunken. Unter den Schlägen der hereinbrechenden Krise und den Notwendigkeiten, die der Schutz und die Erhaltung des kapitalistischen Systems erfordern, übernimmt sie nicht nur die faschistischen Herrschaftsmethoden (Severing-Zörgiebel), sondern auch die faschistische Wirtschaftsideologie.

Auch dem letzten Arbeiter muß jetzt klar werden, daß er in seinem Elend und seiner Not keine Hilfe von der Gewerkschaftsbürokratie zu erwarten hat. Einzig und allein die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist es, die die Aufgaben der Gewerkschaften im Sinne Karl Marx weiterführt. Gegen die, die notwendige Lohnerhöhung sabotierende Gewerkschaftsbürokratie hilft nur die selbständige Erhebung und Zusammenfassung der Arbeiter in den Betrieben unter selbstgewählten Kampfleitungen. Direkte Stellung der Forderungen der Arbeiter an ihre Direktionen unter Beiseiteschiebung des aufgezwungenen Tarifes und die Aufnahme des Kampfes ist das Mittel, mit dem die Verelendung der Arbeiterklasse verhindert wird. Notwendig für die erfolgreiche Durchführung solcher Arbeiterkämpfe ist die Beseitigung der sozialfaschistischen Funktionäre in den Vertrauensmännerkörpern und Betriebsräten, die auf Befehl der Bürokratie die Einheit der Arbeiter im Betrieb zerstören und den geschlossenen Kampf sabotieren. Die jetzt im Gange befindlichen Betriebsrätewahlen geben jeder Belegschaft die Möglichkeit, durch die Aufstellung und die Wahl roter Betriebsrätekandidaten die Säuberung ihres Betriebes von Sozialfaschisten in Angriff zu nehmen. Die Parole der Arbeiterschaft ist Durchsetzung von Lohnerhöhungen, Erkämpfung des Siebenstundentages und der 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich durch Streik unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Maffei im Zeichen des Youngplans

Die Betriebsversammlung nimmt Stellung zur Lohnreduzierung

(Arbeiterkorrespondenz)

München: Die am Freitag, den 21. März nach Betriebsschluß in der Schwabinger Brauerei abgehaltene Gesamtbelegschaftsversammlung des Maffeiwerkes befaßte sich mit dem von der Direktion schon seit längerer Zeit beabsichtigten Angriff auf die Löhne der Belegschaft. Gleich zu Beginn der Versammlung wurde der Antrag gestellt, die Frage der Lohnsenkung als ersten Tagesordnungspunkt zu besprechen. Die Mehrheit war dafür. **Das hinderte jedoch den sozialfaschistischen Versammlungsleiter nicht, diese Mehrheit zu ignorieren und zuerst zu dem Geschäftsbericht der Firma Maffei zu sprechen.** Wir möchten vorweg nehmen, daß Mörsch sich durch die Kritik der revolutionären Gewerkschaftsopposition in „gemeiner Weise" angegriffen fühlte, und möchten dem entgegenhalten, daß wir hiermit unsere „gemeinen Angriffe" fortsetzen werden. Schon das **Trauerlied** das der reformistische Betriebsrat über die schlechte Lage der Firma sang, das hätte einer der Direktoren nicht besser machen können. Mehrere Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Direktion fanden statt, bis es endlich gelungen war, „die Forderung der Direktion auf Lohnreduzierung" auf **das niedrigste herunterzudrücken. Die Firma wollte bei einem Akkordlohn von 1,40 Mark 17 Prozent stutzen. Schließlich „gelang" es als niedrigsten Passus bei einer Akkordbasis von 1 Mark nichts, bei 1,05 1 Prozent, bei 1,10 2 Prozent usw. vom Lohn abzuziehen, die Forderung der Direktion herabzudrücken.** Mörsch verstand es ausgezeichnet für diesen letzten Vorschlag der Firma Stimmung zu machen. Er wies daraufhin, daß die Firma durch die Trennung von Henschel neuerdings Verluste erlitten habe, daß mit neuen Entlassungen gedroht wurde, daß die Löhne ja eigentlich schon über dem Tarifvertrag vom 8. Juni 1929 stünden und die Firma auf die Basis des Tarifvertrags zurückgehen könne, ohne daß die Arbeiter dagegen etwas machen könnten (unter Führung der Gewerkschaftsbürokratie natürlich nicht!), daß ihm die Zeit zum Experimentieren heute zu ernst sei. Mörsch führte wörtlich ungefähr folgendes aus **und man kann hieraus die geschickte Politik der Sozialfaschisten** herauslesen: **„Wir sind uns wohl klar, daß das eine außerordentlich unangenehme Sache ist. Die Frage steht aber so, welche Mittel uns zur Abwehr zur Verfügung stehen. Leider müssen wir sagen: keine. Das bestimmte Mittel, das bei solchen Angelegenheiten immer empfohlen wird, lehnen wir aber, weil wir in der gegenwärtigen Zeit keine Möglichkeiten auf Erfolg sehen** (Warum hat Mörsch das Wort „Streik" nicht offen ausgesprochen, sondern sprach von Mittel?) **Wir haben einen Tarifvertrag, der ist Bindung und Bestimmung.** (Hiermit hat Mörsch direkt für die Firma propagiert, weil er damit sagte, die Löhne sind zwar höher als der Tarifvertrag, aber für uns ist der Tarifvertrag Bindung und Bestimmung, genau wie die Direktion). **Wir sind schon recht froh gewesen um unseren Tarifvertrag ...**" usw. Auch dadurch machte Mörsch den Lohnabbau schmackhaft, indem er davon erzählte, daß es gelungen sei, im Laufe der letzten Zeit bei der Firma Maffei die Verrechnungsbasis nach oben zu schieben. (Daraus ist zu ersehen: Wir dürfen von einem Glück sagen, daß die Firma uns bislang die Löhne noch nicht kürzte, sondern uns bloß immer mehr ausbeutete.) Schließlich erklärte Mörsch, die Direktion würde weiter nicht mehr heruntergehen und es sei keine Aussicht auf eine Besserung der von der Firma geforderten Lohnabbaumaßnahmen zu erhoffen. Es sei für ihn leicht die Sache abzulehnen, aber dafür wäre ihm die Zeit zu ernst und die Verantwortung zu groß, deshalb sage er, was ist.

Zur Diskussion sprach als Erster Kollege Gulde. Er entlarvte das Manöver zur schmerzlosen Lohnsenkung ausgezeichnet. **Die Schulden und Defizit der Familie Maffei sollten nun aus den Knochen der Belegschaft herausgeholt und bezahlt werden. Auch die Lohnsenkung bei einem Durchschnitt von 3 Prozent sei undiskutabel. Die Metallarbeiter bekämen, wenn sie Lohnforderungen von 10 und 15 Pfennigen stellen, meist einen halben oder höchsten einige Pfennige bewilligt und die Firma will 17 Prozent Lohnabbau, die Proleten sollen nach Ratschlag des Betriebsrat 8 Prozent büßen. Der übertarifliche Zuschuß für die Lohnarbeiter soll von 20 auf 12 Pfennige pro Stunde sinken. Mörsch habe leicht abzulehnen, aber für die Belegschaft sei das nicht leicht, sie lasse sich von Mörsch nicht die Verantwortung absprechen. Gulde habe in der Betriebsausschußsitzung erklärt, 3,5 Pfennig Lohnsenkung bei 1,40 Mark Verdienst pro Stunde wäre diskutabel.** Unter lebhaftem „Hört! Hört!" teilte nun Gulde mit, **daß Mörsch diesen bei den heutigen schlechten Verhältnissen auch schon ganz unmöglichen Vorschlag von 3½ Pfennigen als Agitations- und Propagandavorschlag und als Kasperltheater, das er nicht mehr mitmache,** bezeichnet! Außerdem erklärte G., daß die Gewerkschaftsbürokratie wohl kein Mittel gegen die Lohnsenkungen habe, daß aber doch der größte Teil der Kollegen gewerkschaftlich in der sogenannten Klassenkampforganisation DMV. organisiert sind und daß heute **in dieser Betriebsversammlung nicht ein Mann vom DMV.-Büro anwesend ist. So kümmern sich die Brüder um den Kampf ihrer Mitglieder! Wenn die Masseibelegschaft die Lohnsenkung annehme, dann heiße das ein Lohnabbau für die gesamte bayerische Metallindustrie.** Von Tarifbruch werde immer nur gesprochen, wenn die Arbeiter fordern, wenn aber, wie im Ruhrgebiet usw. die Unternehmer mit Hilfe der Sozialfaschisten Tarife brechen, dann ist das in Ordnung. **„Deshalb wurde ich von Mörsch als Verbrecher bezeichnet"**, fuhr Gulde weiter, **„weil ich den unvermeidlich in den Kampf führenden Weg der Metallarbeiterschaft aufzeigte ..."** Hier setzte eine stürmische Entrüstung der versammelten Betriebskollegen ein. Die Auswirkungen aus diesem Lohnabbau werden sich schon zeigen. **Einmal, früher oder später muß der Kampf aufgenommen** werden, darüber muß sich die Arbeiterschaft klar sein, und die Forderungen der Direktion müssen unbedingt abgelehnt werden.

Nach Gulde sprach ein oppositioneller Kollege, der ebenfalls in ausgezeichneten Ausführungen zur Frage der Lohnsenkung Stellung nahm. Er zeigte den scharfen Kurs schärfster Ausbeutung und Rationalisierung auf und deutete die Lohnabbaubewegung der Unternehmer als eine Folge der Youngpolitik der sozialfaschistischen Trustregierung.

Die Versammlungsleitung brachte zum Schlusse vor die Belegschaft eine **Resolution zur Frage des Lohnabbaues,** die so abgefaßt war, daß man aus ihr herauslesen konnte, was man wollte. Die Direktion wurde darin ersucht keinen neuerlichen Lohnabbau durchzuführen. **Mit dem jetzigen Lohnabbau gibt man sich also anscheinend zufrieden.** In der Begründung dieser Resolution erklärte der reformistische Betriebsrat Mörsch, **die Arbeiter können nicht beschließen, ob man kämpfen solle oder ob man jedem Kampf aus dem Weg geht, darüber kann allein nur das Verbandsstatut als maßgebend entscheiden. Seiner Ueberzeugung nach sei jetzt auch ein Kampf unmöglich, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse ungünstige seien.**

Ueber die Resolution wurde abgestimmt. Dabei wurde auch hier wieder eine Schiebung gemacht, **denn nach Meinung des größten Teiles der Anwesenden waren von der gesamten in der Versammlung anwesenden Belegschaft nur ein Viertel für die Resolution. Ein weiteres Viertel übte Stimmenthaltung und die Hälfte der Versammelten stimmte geschlossen gegen die Resolution. Von Mörsch wurde aber von oben herunter die Annahme der Resolution proklamiert und die Versammlung geschlossen.**

Der Kampf bei Maffei geht weiter! Bei der Wahl der Betriebsräte wird die Belegschaft durch Stimmabgabe für die rote Liste zeigen, daß sie geschlossen hinter der revolutionären Opposition steht!

Hungerschiedssprüche gegen Bauarbeiter

Die im Reichstarifvertrag der Bauarbeiter vorgesehenen Tarifämter beginnen zu arbeiten. Wie aus Köln gemeldet wird, wurde vom Tarifamt Köln ein Schiedsspruch für das rheinische Baugewerbe gefällt, wonach die bestehenden Löhne bis zum 31. März 1931 verlängert werden sollen. Der Schiedsspruch wurde mit den Stimmen der Gewerkschaftsbürokraten und des „unparteiischen" Vorsitzenden gefällt. Die Erklärungsfrist läuft bis 22. März.

Damit wird zur Tatsache, was die revolutionäre Bauarbeiteropposition bereits vorausgesagt hat. Die Verhandlungen der Gewerkschaftsbürokraten mit den Vertretern der Bauunternehmer waren nur Scheinverhandlungen. Die Forderungen der Gewerkschaftsbürokratie nahmen die Herrschaften selbst nicht ernst. Da die Unternehmer das Lohnabkommen zuerst gekündigt hatten und eine Herabsetzung der Löhne forderten, werden die Gewerkschaftsbürokraten bei derartigen Schiedssprüchen, die gegenwärtig die Hungerlöhne verlängern, sogar den Bauarbeitern klarmachen wollen, daß dies ein Erfolg der Gewerkschaften sei. Aehnlich wie im Tarifgebiet Rheinland wird auch in den übrigen Tarifgebieten verfahren werden, wenn nicht sogar die Schiedssprüche der Tarifämter Lohnherabsetzungen bringen werden. Die Bauarbeiter müssen jetzt alle ihre Kräfte zusammenfassen, um unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf um die Erhöhung der Bauarbeiterlöhne und um die Siebenstundenschicht zu organisieren und durchzuführen. Auf allen Baustellen und auf allen Zahlstellen der Bauarbeiterverbände müssen die Forderungen der Opposition diskutiert und übernommen werden. Nur durch die selbständige Aufnahme des Kampfes wird es möglich sein, die Sabotage der Reformisten zu durchbrechen und den Kampf zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen siegreich zu führen.

Christlich-reformistische Betriebsräte für Lohnabbau von 15% für 3000 Arbeiter

Der aus Christen und Reformisten zusammengesetzte Betriebsrat der Stahlwerke Becker A.-G. in Düsseldorf, die eine Belegschaft von 3000 Arbeitern haben, hat an die Direktion das Anerbieten gerichtet, um eine Stillegung des Betriebes zu vermeiden, **die Löhne der Arbeiter und Angestellten um 10 bis 15 Prozent herabzusetzen.** In einem ausführlichen Schreiben an die Direktion unterbreitete der Betriebsrat der Direktion diesen Vorschlag und behauptete, daß die Belegschaftsmitglieder sämtlicher Betriebe des Stahlwerkes damit einverstanden seien. **Die Ersparnisse der Direktion betragen nach dem Eingeständnis des Betriebsrates zirka 120 000 Mark pro Monat,** um die die Arbeiter und Angestellten betrogen werden. Außerdem erklärte sich der Betriebsrat mit dem Abbau „aller überflüssigen Kräfte in allen Abteilungen" einverstanden.

Sobald, als dieser schändliche Verrat des Betriebsrates bekannt geworden war, versammelten sich in der Kantine der zum Stahlwerk Becker gehörenden Reinholdhütte die Kollegen und nahmen eine Entschließung an, in der sie gegen den Verrat des Betriebsrates den schärfsten Protest erheben.

Das Vorgehen der christlich-reformistischen Betriebsräte bei Becker wird von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse als Zeichen beginnender Einsicht gelobt.

F.J.M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale) Bez. Südbayern

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags). Bezugspreis: wöchentlich 60 Pfg., halbmonatlich 1.25 Mk., monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Sprechzeit der Redaktion: Dienstag und Freitag von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr.

für München, Ober- u. Niederbayern

Mit den Beilagen: Der Rote Stern / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 10 Pfg., außerhalb Bayerns 15 Pfg. Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im u. anschließ. an Text 75 Pfg., außerhalb Bayerns 1 Mk. Anzeigenschluß: Tags zuvor abds. 6 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH., München, Nymphenburgerstr. 32. Fernspr. 50463. Postscheck: Freier Verlag München Nr. 47280. Druck: Bajuvarendruck G. m. b. H., München

Nummer | München, Donnerstag 31. Juli 1930 | 13. Jahrgang

SPD. im Dienste Brüning-Hindenburgs

Verschleppung der Einberufung des ständigen Ausschusses des Reichstags / Immunitätsraub statt Aufhebung der Notverordnungen

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat, wie wir gestern berichteten, die sofortige Einberufung des Ständigen Ausschusses des Reichstages zur Stellungnahme gegen die Notverordnungen der Hindenburg-Brüning gefordert. Die Kommunistische Partei führt als einzige Partei den Vorstoß gegen die volksausbeuterischen Verordnungen der Artikel-48-Diktatur.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses, der sich „Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung" nennt, ist der Sozialdemokrat Henke. Dieser erklärte gestern unserem Genossen Torgler, daß er den Ausschuß erst zum Mittwoch nächster Woche einberufen werde, obwohl unsere Fraktion die sofortige Einberufung zum [illegible] bete diese Verschleppung mit der Erklärung, die Kommunistische Partei sei doch die einzige Partei, die die Einberufung dieses Ausschusses fordere und die Tagung habe doch nur die Bedeutung einer Geste. Das hinderte den gleichen Henke aber nicht, als ersten Punkt für die Ausschußsitzung am kommenden Mittwoch die Aufhebung der Immunität des Genossen Schneller, der als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses immun ist, auf die Tagesordnung zu setzen.

Echt sozialfaschistisch! Erst Verschleppung der Einberufung des Ausschusses aus knechtseliger Liebedienerei vor Brüning — dann provokatorisch den Immunitätsraub an einem Kommunisten als ersten Tagesordnungspunkt behandeln.

Die SPD.-Führer, die alle Mißtrauensvoten gegen die Brüning-Regierung und ihre einzelne Minister ablehnten, die sich beim Artikel 1 der neuen Steuerraubgesetze der Stimme enthielten, die jetzt in Preußen vom Fußtritt der Bourgeoisie bedroht sind — sie sabotieren die Tagung des Ständigen Ausschusses des Reichstages. Sie eröffnen nach der Verschleppung die Tagung dieses Ausschusses dann wenigstens mit einem Extrageschenk an die Brüning-Diktatur, mit der Aufhebung der parlamentarischen Immunität eines revolutionären Kämpfers.

Diese neue Schandtat wird der bankrotten Partei des Panzerkreuzer- und Partei-Sozialismus, der Partei der Hugenberg-Schiedssprüche und des Steuerraubes am 14. September von den werktätigen Massen heimgezahlt werden!

Du bist kein Börsenschieber!

Du bist kein Dividendenschlucker!

Du bist kein Pfaffe der im Chorrock Antisowjetreden schwingt!

Du bist kein Nazistrolch!

Du bist erst recht kein Sozialfaschist, der auf Ministersessel hofft und Arbeiter niederknüppeln läßt!

Du bist ein Prolet!

Deine Partei ist die KPD.!

Unterstütze sie im Wahlkampf! Gib für den Wahlfond!

Hilfe gegen die Kommunisten

Die Börsenschieber und Giftgaskapitalisten gründen die „Deutsche Staatspartei" Die Verhandlungen Scholz' ergebnislos verlaufen

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtber.)

Heute stimmte der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei nach Beendigung der Aussprache gegen vier Stimmen folgender Entschließung zu: „Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der „Deutschen Staatspartei" zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung. Der Parteiausschuß wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bemüht sein wird, alle gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher, politischer Arbeit zusammenzufassen.

(Siehe hierzu auch die Seite 2)

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die vielfach mit Spannung erwartete Besprechung, die Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei auf Mittwoch einberufen hatte, ist nach zweistündiger Dauer ergebnislos verlaufen. Der Besprechung waren trotzdem alle Eingeladenen gefolgt: für die Konservativen der Reichsminister Treviranus, für die Wirtschaftspartei Drewitz und Sachsenberg, für die Demokraten Koch-Weser und Oskar Meyer-Berlin. Auch die neue Staatspartei war durch Eschenburg repräsentiert und die Reichsvereinigung der Jungen Volksparteiler durch zwei ihrer Mitglieder.

Die Aussprache galt zunächst einem Zusammengehen der Parteien im Wahlkampf mit einer weitgehenden Bindung, aber darüber kam ein Einvernehmen nicht zustande. Dagegen verständigte man sich dahin, daß von den an der Besprechung beteiligten Parteigruppen ein gemeinsamer Wahlaufruf herausgegeben werden soll, in dem sich diese Partei verpflichtet, für das Finanzreformprogramm der Reichsregierung einzutreten. Die Staatspartei wird aber auch einen solchen gemeinsamen Aufruf nur dann unterzeichnen können, wenn völlige Klarheit darüber geschaffen ist, daß nach den Wahlen ein Zusammengehen der anderen beteiligten Parteien mit der äußersten Rechten nicht in Betracht kommt. Der Wahlaufruf soll heute von einem Redaktionskomitee entworfen werden. Die endgültigen Erklärungen werden erst nachher abgegeben werden.

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtber.)

Zwischen der Leitung der Deutschen Staatspartei und dem Reichsinnenministerium sind Verhandlungen geführt worden über die Plazierung der neugegründeten Partei auf der Wahlliste. Man ist überein gekommen, daß die Deutsche Staatspartei an sechster Stelle auf der Wahlliste stehen soll, an Stelle der bisherigen Demokratischen Partei.

Das „christliche" Zentrum als Triebkraft der Faschisierung

Zentrum droht SPD. mit Fußtritt

Prälat Kaas erklärt in der Vorstandssitzung des Zentrums: Die Artikel-48-Diktatur dient zur Erziehung des Volkes

Berlin, 30. Juli.

Am Dienstag tagte im Reichstag die Vorstandssitzung der deutschen Zentrumspartei. Auf dieser Tagung drohte der Zentrumsführer, Prälat Kaas, die Preußenkoalition zu sprengen, falls die SPD. nicht ihre Kritik an Brüning und der Zentrumspartei aufgebe. Die Redner, Prälat Kaas und Heß, verteidigten zynisch die faschistische Aushungerungsdiktatur mit dem Artikel 48, ja, sie wagten sogar zu erklären, daß die Artikel-48-Diktatur zur Erziehung des Volkes (!) diene. So bewies das Zentrum, daß es weiter gewillt sei, als stärkste treibende Kraft im Prozeß der Faschisierung der Herrschaftsmethoden der deutschen Bourgeoisie voranzuschreiten.

Prälat Kaas erklärte in seiner Rede:

„Ich hoffe, daß die Sozialdemokratische Partei wenigstens in ihren führenden Kreisen sich darüber keinen Täuschungen hingibt, daß in Zukunft in Preußen die Koalitionspolitik zu einer psychologischen und politischen Unmöglichkeit wird, wenn innerhalb der Reichspolitik derartige Vorgänge (Abstimmung gegen die Notverordnungen. Die Red.) sich wiederholen sollten.

Der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion, Abg. Heß, gab daraufhin folgende Erklärung ab:

„Ich möchte heute mit allem Ernst und Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß es für die preußische Zentrumsfraktion einfach unerträglich ist, wenn der zum Teil ganz hemmungslose und vor allem innerlich **vollkommen unwahrhaftige** (!!) Kampf so weitergehen soll, wie er jetzt seitens der Sozialdemokratie gegen das Zentrum und dem Reichskanzler Dr. Brüning geführt wird. Wenn die Sozialdemokratie nicht endlich zu einer **grundsätzlichen** Aenderung nicht nur ihrer **Kampfesart**, sondern auch ihrer ganzen politischen Arbeitsmethode (!) zu kommen vermag, wird eine Zusammenarbeit mit ihr zur Unmöglichkeit."

Das Zentrum ist seiner Sozialdemokratie, mit der es in Preußen die Ministersessel, und im Reichsbanner die Führung teilt, so sicher, daß es diesen Stiefelleckern sogar die geringste Kritik an der Zentrumspolitik einfach verbietet.

In seiner Rede mußte Prälat Kaas ein Bild der tiefen Weltwirtschaftskrise und besonders der Wirtschaftskrise in Deutschland entwerfen. Es sei eine Illusion, zu glauben, so erklärte er, „man könne ins Unendliche soziale Versprechen machen." Er kündigte dann weitere Angriffe auf die werktätigen Schichten an und sprach diese wahrhaft christlichen Worte aus, daß man vor solchen Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfe, die zum mindesten vorübergehend (?!) **harte Opfer für gewisse Berufsstände bedingen, darunter leider (?) auch für solche, die an sich schwer unter ihrem niedrigen Lebensstande leiden.**

Die Aushungerung des Volkes mit dem Diktatur-Artikel 48 verteidigte Kaas ganz im Stile des rücksichtslosen Unternehmersyndikus. Er kündigte an, daß das Zentrum, ob mit oder ohne Artikel 48, auf normalem oder anormalem Wege im Interesse des deutschen Volkes (?!) das Aushungerungsprogramm Brünings durchführen wird, die Anwendung des Artikels 48 diene zur „Verelendung und Disziplinierung" des Parlamentarismus.

Im Verlaufe seiner Rede führte Kaas aus, daß die Kommunistische Partei die einzige sei, die konsequent die Zentrumspartei bekämpfe.

Der Generalstreik in Nordfrankreich verbreitet sich

Uebergreifen auf Lothringen

Paris, 30. Juli. (Eig. Drahtber.)

Der Streikkampf gegen das „Sozialversicherungsgesetz", dessen Schwergewicht im nördlichen Industriebezirk und im Pariser Industriegebiet liegt, wo insgesamt über 100 000 Arbeiter im Streik stehen, greift auf die **östlichen Departements** über. In Saint Dié in Lothringen sind 1000 Arbeiter der dortigen Textilfabriken, Metallhütten und Sägewerke in den Streik getreten. Im Departement Aveyon greift der Streik, der bisher vor allem von den Handschuharbeitern geführt wurde, auch auf andere Zweige der Textilindustrie über. Am stärksten ist hier die Streikbewegung in Millau. In Denain bei Valenciennes haben weitere 1300 Metallarbeiter den Streik aufgenommen. Im Norden kam es in Wazommes und Wellemez zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei, bei denen die Polizei mehrere Verhaftungen vornahm. Die Streikenden befreiten jedoch die Verhafteten

„Der Rote Wähler"

„Der Rote Wähler" erscheint diesmal in verstärkter Auflage, als besondere Wahlnummer. Der Inhalt ist dementsprechend zusammengestellt. Auf der ersten Seite steht ein offener Brief an den Finanzminister Dietrich, in dem an Hand welcher Beispiele die wirkliche Interessenpolitik des deutschen Reichstages zugunsten des deutschen Trustkapitals aufgezeigt wird. Dazu ergänzend ist eine umfassende Aufstellung über die Zusammensetzung der bürgerlichen Fraktionen im Reichstag gegeben. An vollständig abgeschlossenen Seiten enthält der „Rote Wähler" eine Seite über „Das „soziale" Gesicht des Zentrums", eine Seite über „Die Nationalsozialisten als letzte Reserve des Kapitalismus", eine Seite über die „Wirtschaftspartei", ein weitere Seite über die sozialdemokratische Zollwucherpolitik. Außerdem befindet sich in der Wahlnummer des „Roten Wähler" ein Artikel **„Und schon blüht der Wahlschwindel"**, in dem die Wahlparolen der Sozialdemokraten an Hand ihrer wirklichen Politik im Reichstag untersucht werden. Ferner enthält die Nummer die Fortsetzung der Darstellung über den Abbau der Arbeitslosenversicherung durch die SPD. und Brüning. Ein Gedicht von Erich Weinert, Redebilliten aus dem Reichstag sowie zahlreiche Dokumente, Zitate und Anträge machen die Wahlnummer besonders lebendig.

Keine Partei ist in der Lage, ein solch glänzendes und schlagendes Material zu bieten, wie es diesmal im „Roten Wähler" zu finden ist. Es kommt nur darauf an, daß dieses Material in möglichst viel Hände kommt und von allen Referenten, Parteifunktionären und Mitgliedern überall ausgewertet wird.

Bestellungen des „Roten Wähler" können erfolgen bei: Herbert Firl Berlin (Zeitschriftenverlag) oder bei den bezirklichen Literaturstellen. Der Einzelpreis der Zeitung beträgt 10 Pfg.

Justizterror!

71 Monate Gefängnis gegen demonstrierende Arbeiter

Chemnitz, 30. Juli. (Eig. Drahtber.) Das gemeinsame Schöffengericht Zwickau verurteilte fünf Arbeiter zu je 7 Monaten Gefängnis und sechs zu je 6 Monaten Gefängnis wegen „schweren Aufruhrs", weil sie sich am 6. März an einer Erwerbslosen-Demonstration beteiligt haben. Am 6. März beschloß eine überfüllte Erwerbslosenversammlung in Schwarzenberg einstimmig, zu demonstrieren. Die Kundgebung wurde von der Polizei überfallen, die brutal mit dem Gummiknüppel auf die Demonstranten einschlug.

In der Verhandlung wurde bewiesen, daß das erst am 5. März von der Bünger-Regierung erlassene Verbot gegen Erwerbslosen-Demonstrationen den Arbeitern überhaupt nicht bekannt gewesen ist. Wegen des Polizeiüberfalles aber wurden 15 Arbeiter unter die Anklage wegen „schweren Aufruhrs" gestellt, und als Hauptbelastungszeugen stellte die Staatsanwaltschaft einen Achtgroschenjungen, der in seinem Eifer sogar Arbeiter denunzierte, die nachher durch eine Arbeitsbescheinigung nachweisen konnten, daß sie am Tage der Demonstration gar nicht in Schwarzenberg gewesen sind. Der Stabsfeldwebel Schaumlöffel war einer der ersten Führer des Jungdo, der aus der Offizierskompagnie Kassel hauptsächlich entstanden ist, aber auch zahlreiche Angehörige des Studentenkorps Marburg umfaßte. Schaumlöffel, der — wenn wir nicht irren — als Vorgänger des gegenwärtigen „Ordenskanzlers" Bornemann vom Jungdeutschen Orden hervorgetreten ist, mindestens aber eine hervorragende Rolle in der Kasseler Gruppe spielte, schied im Jahre 1925 unter heftigem Gezänk aus der Organisation aus.

Der Jungdo hat dann weiter in der vordersten Reihe jener weißen Banden gekämpft, die Ebert zur Abrechnung mit den revolutionären Arbeitern ins Ruhrgebiet entsandt hatte.

Der Name Jungdo ist mit einer Reihe der grausigsten Bluttaten im Ruhrgebiet verknüpft.

Im Jahre 1923 setzte er seine süddeutschen Abteilungen zum Kampf gegen die thüringischen Arbeiter ein und unterstellte sie längs der thüringisch-bayerischen Grenze dem Kommando des Oberputschisten Erhardt. In der Außenpolitik ist der Jungdo bis vor kurzem Anhänger einer Verständigung mit Frankreich und einer kriegerischen Intervention gegen die Sowjetunion gewesen. In der letzten Zeit hat sich in der Haltung des Jungdo zu Frankreich ein Wandel gezogen, die Stellung gegen die Sowjetunion ist die gleiche geblieben."

Das also sind die Führer der „Staatspartei", die vorgeben, die Partei der Jugend zu sein. Nun, diese Staatspartei will jene Partei sein, die die Millionenmassen der Proletarierjugend erneut auf die Schlachtbänke des Imperialismus führt, die die Führung im „heiligen" Kreuzzug gegen den Bolschewismus übernehmen will.

Die Arbeiterklasse weiß jetzt, was von dieser Seite aus gespielt wird, es gilt, auf dem Posten zu sein.

Gift! Gas! Mord! Krieg!

Geburtshelfer und Hintermänner der Staatspartei — Es riecht nach Krieg und Leichen

Die in diesen Tagen gegründete „Deutsche Staatspartei" stellt sich bei genauerer Betrachtung als eine Organisation dar, die in noch brutalerer Weise als die alten bürgerlichen Parteien die Interessen der Kriegstreiber und der Hochfinanz zu vertreten gedenkt.

Die treibenden Kräfte sind einerseits Männer der Hochfinanz, andererseits Elemente der blutrünstigsten weißen Reaktion.

Der bedeutendste der Hintermänner dieser neuen Parteigründung, der sich bezeichnenderweise zur Zeit „nur" als ihr Freund, nicht als ihr Mitglied ausgibt, ist der Hamburger Bankier Melchior, einer der reichsten Männer Deutschlands, dessen Vermögen ungefähr genau so groß ist, wie das der Rothschilds.

Unter den weiteren Gründern befinden sich die Professoren Bergius und Haber. Bergius ist der leitende Theoretiker der J.-G.-Farbenindustrie-AG., des großen deutschen Chemietrusts. Er ist der Erfinder der Herstellung von künstlichem Benzin durch die Verflüssigung von Braunkohle.

Professor Haber ist der bekannte Erfinder des deutschen Giftgases. Er steht seit langem in engster Verbindung zu Wilhelm von Amerongen, zu Hindenburg und zu dem deutschen „Kronprinzen".

Beide sind führende Exponenten des deutschen Chemiekapitals, der Kronprinz a. D. ist bekanntlich Aufsichtsratsmitglied der J.-G.-Farbenindustrie.

Das mächtige deutsche Chemiekapital, der Hauptlieferant von Giftgasen für Kriegszwecke hat kürzlich den größten Teil der Aktien der „Frankfurter Zeitung" aufgekauft. Da diese Zeitung ebenfalls eine offene Propaganda für die neue Staatspartei macht, ist die Verbindung zwischen dieser Partei und der deutschen chemischen Industrie erwiesen.

Wer sind aber nun die Leute des Jungdeutschen Ordens?

Die Mahraun, Bornemann und Abel, und wer ist schließlich der Demokrat Ernst Lemmer? Nun, diese Namen sind der Arbeiterschaft nicht erst durch die Gründung der Deutschen Staatspartei bekanntgeworden.

Die Berliner „Welt am Abend" veröffentlicht darüber folgendes:

„Der Zusammenschluß der Demokraten unter Koch-Weser, Oskar Meyer und Ernst Lemmer mit den Führern des Jungdeutschen Ordens Mahraun, Bornemann, und Abel zur Deutschen Staatspartei erweckt eine äußerst interessante Erinnerung an ein mehr als zehn Jahre zurückliegendes Ereignis: Die Mordtat von Mechterstädt!

Der Papp-Putsch war ausgebrochen. In Mitteldeutschland stellten sich die Führer der Reichswehr unter den Chefs des Gruppenkommandos Kassel — die Generale Schoeler und von Lossberg — offen an die Seite Kapp und Lüttwitz! Eine Unzahl von Freikorps, studentischen und anderen, schossen aus dem Boden.

Es galt, die durch die Abwehrbewegung entstandenen Am Sitz des Gruppenkommandos wurde unter anderem die „Offizierskompagnie Kassel" gebildet, die unter der Führung des damaligen Oberleutnants Mahraun stand. In Marburg wurde ein Studentenkorps aufgestellt, das unter dem Fregattenkapitän a. D. von Selchow nach Thüringen zog und dort den der Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat erwünschten Zustand herstellte.

Im Dorf Mechterstädt zwischen Gotha und Eisenach wurden am 25. März 1920 fünfzehn Arbeiter aus Bad Thal, die die Truppe als Geiseln mit sich führte, erschossen. Angeblich auf der Flucht, aber es war ein glatter Mord.

Elf Studenten wurden für die Tat unter Anklage gestellt, vom Kriegsgericht bald danach aber freigesprochen.

Die Taten des Marburger „Studentenkorps" hat dessen „Stabsfeldwebel", Herr Schaumlöffel, in einer Druckschrift ausführlich verherrlicht. Der Skandal selbst wurde aufgedeckt durch Angehörige der beim Studentenkorps befindlichen Marburger Volks-Kompagnie, die Leutnants a. D. und Studenten Ernst Lemmer und Henning Duderstadt.

Jetzt ist Ernst Lemmer zum maßgeblichen Befürworter der neuen Allianz mit dem Jungdeutschen Orden geworden.

Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda

In einer überfüllten Wählerversammlung der KPD. in Frankfurt a. d. O., in der sich Genosse Jendrezki besonders mit der konterrevolutionären Politik der Hakenkreuzpartei auseinandersetzte, traten zwei Arbeiter in die KPD. ein, 28 Aufnahmen für die Antifaschistische Arbeiterwehr und zwei neue Abonnenten für das „Volks-Echo" wurden gewonnen.

Genosse Jendrezki machte in seinem Referat die aufsehenerregende Mitteilung, daß der jüdische Frankfurter Warenhausbesitzer Hirsch, der für alle Fälle auch Anhänger des Reichsbanners ist, die Frankfurter Nazis finanziert. So hat er für die Pfingstfahrt der Nazis [illegible] für Lastkraftwagen ausgegeben.

[illegible]um nicht Geld von jüdischen Warenhausbesitzern nehmen, so sagen sich die Nazis. Dennoch: Es lebe der „Kampf" gegen die Warenhäuser.

Drei Wochen Gefängnis

erhielt in Berlin ein Arbeiter vom Schnellrichter zudiktiert, weil er die Umfassungsmauer eines Kirchenfriedhofes zum Ankleben von freireligiösen Plakaten benutzt hatte. Das ist ein unerhörtes Klassenurteil.

Die Reichsbahn vergibt angeblich für 350 Millionen Mark Aufträge, was von den Brüning-Parteien als Wahlreklame benutzt wird. Die Erwerbslosigkeit wird sich damit nicht beheben lassen.

Die thüringischen Staatsminister beraten in Garmisch-Partenkirchen ihre Maßnahmen gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes im Streit um die Reichsgelder für die thüringische Landespolizei. Sogar in den Ferien haben diese „Schwerarbeiter" ihre Sorgen!

Die SPD.-Presse unterschlägt einmütig die Tatsache, daß die Kommunisten den Zusammentritt des Ausschusses des Reichstages für Wahrung der Rechte der Volksvertretung beantragt haben.

Ein unbedeutender bürgerlicher Schriftsteller reklamiert die Erfindung des Namens „Deutsche Staatspartei" für sich und bezeichnet sich als ersten Vorsitzenden der Deutschen Staatspartei. Sogar der Name ist also Plagiat.

Urteil in einem Bauernprozeß

Am 3. Juni ds. Js. hatten sich die Bauern in Nindorf gegen die Zwangsvollstreckung dadurch gewehrt, daß sie die Zufahrtsstraßen absperrten und so die Vollzugsbeamten an der Ausübung ihrer Tätigkeit hinderten. Der Staatsanwalt hatte gegen jeden der zwölf Angeklagten nach zweitägiger Verhandlung je sechs Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht verurteilte jedoch nur zwei Angeklagte, den Bäcker Tiedemann und den Landwirt Kackmann zu je 100 ℳ Geldstrafe und sprach die übrigen Angeklagten frei. Eine schwere Blamage der Staatsanwaltschaft.

Weitere Zersetzung im Landbund

Nach vielen Austritten lokaler Organisationen aus dem Landbund hat jetzt auch die Führung des Reichslandarbeiterbundes unter dem Druck ihrer Mitglieder beschlossen, aus dem Reichslandbund auszutreten. Auf Grund seiner berufsständigen Einstellung könne er dem Reichslandbund nicht mehr angehören.

Diese Begründung zeigt deutlich, wie die wachsenden Klassengegensätze alle diese zur Irreführung der breiten Massen geschaffenen Organisationen auseinanderreißt.

Was liebt ein Demokrat an der SPD.?

Sie erfüllt die Aufgaben der demokratischen Kapitalspartei — Ein Demokrat wird SPD.-Mitglied — Sozialdemokratische Arbeiter kommt zur Kommunistischen Partei!

Der demokratische Abgeordnete Anton Erkelenz ist von der Demokratischen zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Er begründet seinen Schritt in einer Erklärung, die überaus bezeichnend für das Wesen der — Sozialdemokratie ist. Die sozialdemokratische Presse glaubt, mit dem Uebertritt des Erkelenz und dessen Erklärung ein politisches Geschäft machen zu können. Aber für den ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter liefert die Erklärung des Erkelenz nur wieder sehr drastisch die Bestätigung der vollkommenen Verbürgerlichung der SPD.

Erkelenz verläßt die Demokratische Partei, wie die Ratten das sinkende Schiff. Er konstatiert, daß die Partei von Wahl zu Wahl kleiner geworden sei, daß sie durch ihre immer stärkere Anlehnung an die Rechtsparteien ihre Aufgabe, „die Gegensätze zwischen links und rechts auszugleichen", nicht mehr zu erfüllen vermag und der Demokrat Erkelenz kommt deswegen zur Sozialdemokratischen Partei, weil sie

„seit Jahren schon einen großen Teil der Aufgaben übernommen hat, die man ursprünglich der Demokratischen Partei stellen mußte."

Also die Aufgaben, die ursprünglich die Partei des Börsenkapitals erfüllte, sind heute auf die SPD. übergegangen, konstatiert der Demokrat und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsbonze Erkelenz! Nicht eine Wandlung in seinen politischen Erkenntnissen führt ihn zur SPD., sondern die Erkenntnis, daß die SPD. sich zur bürgerlichen Partei gewandelt hat, die heute die Funktion der „Ausgleichung der Gegensätze zwischen links und rechts", d. h. zwischen Kapitalisten und Arbeitern ausübt, wofür die Proleten die Zeche zu zahlen haben! Erkelenz bleibt, was er war. Er kommt als Harmonieapostel zur Sozialdemokratie — zwischen ihm, dem Hirsch-Dunckerschen und den christlichen und sogenannten „freien" Gewerkschaftsbonzen bestehen keine Differenzen und keine Gegensätze mehr. Um so tiefer aber wird die Kluft zwischen allen ehrlichen, klassenbewußten Arbeitern und der bürgerlichen Sozialdemokratie und deren Führern. Kein Arbeiter, der es ernst meint mit dem Befreiungskampf des Proletariats, kein Arbeiter, der auch nur ernstlich gewillt ist, gegen die Hungerdiktatur des Trustkapitals, um mehr Lohn, um ausreichende Unterstützung für die Arbeitslosen zu kämpfen, kann auch nur einen Tag länger noch Mitglied der SPD. sein! **Heraus aus dieser Partei des berufsmäßigen Arbeiterverrats! Alle Arbeiter gehören in die Kommunistische Partei, die einzige Partei des proletarischen Befreiungskampfes!**

Eine „feine" SPD.-Abgeordnete

Am 13. Juli sprach die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Frau Toni Wohlgemuth in einer SPD.-Versammlung in Girnen bei Gumbinnen. Sie erklärte u. a. wörtlich:

„Kommunisten und Hakenkreuzler haben gemeinsam im Reichstag für die Freilassung von Verbrechern gestimmt."

Als der zur Diskussion erschienene Genosse Schmidt-Hamburg dagegen protestierte, daß die proletarischen politischen Gefangenen als Verbrecher beschimpft wurden, erklärte diese feine Arbeiter-„Vertreterin":

„Das sind alles Leute, die zum Arbeiten zu faul sind. Wenn jemand über andere Menschen Unglück bringt, gehört er ins Zuchthaus."

Als Genosse Schmidt gegen diese unerhörte Beschimpfung der proletarischen politischen Gefangenen protestierte, wurde er aus dem Saale geworfen. Doch auf seine Aufforderung hin verließen auch sämtliche Arbeiter die Versammlung. Am 14. September wird die Partei der Toni Wohlgemuth die Quittung erhalten.

Der tägliche Beobachter

Kaiserliche Kriegssozialisten

machen eine Bierreise an die Front

Millionen bluteten, starben, versaulten in den Schützengräben. Frauen und Kinder versanken in Not und Jammer, starben und verdarben am Sägmehlbrot und Steckrübenfutter. Aber die kaiserlichen Kriegssozialisten machten fröhliche Bierreisen an die Front! Aus dem Frohgefühl ihrer hohen Taten entstand ein Dokument, das nie in Vergessenheit geraten sollte. Es wurde im Januar 1918 mit folgender Pressenotiz ans Tageslicht gezogen:

„Sieben Reichstagsabgeordnete waren an die Ostfront gereist. Wie die „Tageszeitung für Brauerei" am 8. November mitteilt, hielten sie sich einige Stunden in Insterburg auf und wurden von dem Bürgerlichen Brauhaus AG., vormals F. A. Frisch, für die Weiterreise mit einem guten Tropfen versorgt. Sie vergalten dieses Liebeswerk mit folgendem Gedicht, das sie von Wilna aus an die Brauerei in Insterburg sandten:

In einer Zeit, da guter Trunk war selten,
Im Kampfe zweier Waffenwelten,
Genoßen sieben Reichstagsmannen
Die dunklen und die hellen Kannen.
Aus Wilna nun vom Frühstückstisch
Begrüßen sie das Brauhaus Frisch.

Mit bestem Danke!

R. Naumann, v. Böhlendorf-Kölpin, Ebert, Otto Wels,
Ph. Scheidemann, Holtschke, Dr. Junck."

Diese bierseligen Durchhaltepatrioten von damals sind die Panzerkreuzer-Bewilliger und Kriegshetzer gegen die Sowjetunion von heute. Proleten, denkt daran am 14. September!

Ein Kleid aus Kunstseide oder ein Kilo Sprengstoff!

Wie nett sie alle aussehen, die jungen Mädchen, wenn sie so mit den leichten Kleidchen aus Kunstseide und den hellen Kunstseidenstrümpfen einhergehen!

Aber welches von all diesen jungen Menschenkindern, welche von all den Frauen, wenn sie vor den Warenhäusern die Stoffe mit den schillernden Farben, die Strümpfe, Jumper und Kleidchen bewundern, denkt daran, daß dieses hübsche, kleidsame Gewebe auf das engste verwandt ist mit dem im Kriege verwandten Sprengstoff, dem Dynamit.

Mancher erinnert sich wohl, wie in der Kriegszeit junge Arbeiterinnen sich aus Sprengstoffhüllen und seidenen Sandsäckchen Blusen und Schals nähten, die ihres zarten, duftigen Gewebes halber sich so gut tragen ließen. Aber manch junges Menschenleben hat auch ein grausames Ende dadurch gefunden, denn diese Hüllen bestanden aus einem künstseideähnlichen Gewebe, der Nitroseide. Dieser hatte man nicht, wie es heute geschieht, durch weitere Bearbeitung ihre Explosivität genommen, sondern man hat sie gerade deshalb beibehalten, um die Sprengwirkung des damit umhüllten Sprengstoffes zu erhöhen.

Während des Krieges wurden alle Betriebe, die bis dahin Kunstseide aus Nitrozellulose erzeugt hatten, auf die Herstellung von Schießstoff umgestellt, was leicht zu bewerkstelligen war. Denn die Rohstoffe, die zur Herstellung des Kunstseidenkleides dienen, können ebenso gut und leicht zur Herstellung von Sprengstoff benutzt werden. Begünstigt durch den imperialistischen Staat, der an der Ausbreitung und Vervollkommnung der Rüstungsindustrie natürlich weitgehendstes Interesse hat, entwickelte sich die Kunstseidenindustrie ganz enorm. Schon bald kam man dabei auf billigere und einfachere Fabrikationsmethoden für die Kunstseide, wie das Viskose-Verfahren, an Stelle des Nitro-Verfahrens, oder die Kupferseide, die bei Bemberg hergestellt wird.

Betrachten wir kurz die technischen Vorgänge der verschiedenen Arten von Kunstseidefabrikation:

Im Jahre 1889 wurde zum erstenmale bekannt, daß man die schon seit 1845 bekannt gewesene Nitrozellulose durch Ausziehen zu haarfeinen Fäden in ein seidenartiges Fadengebilde umarbeiten könnte. Ein Franzose, namens Chardonnet (sprich: Schardonnéh), machte diesen ersten Versuch. Er ließ ein Gemisch von Schwefelsäure und Salpetersäure auf die Schießbaumwolle, die zur Herstellung von Dynamit gebraucht wird, einwirken. Diese wird in der Weise gewonnen, daß man auf die Baumwollfasern in Kesseln Salpetersäure einwirken läßt und damit haben wir schon die Schießbaumwolle, oder chemisch ausgedrückt, die Nitrozellulose, die von watteartigem Aussehen ist. In einem Gemisch von Alkoholäther löst sich dieses Gebilde auf zu einer breiartigen Masse, die, durch haarfeine Löcher, ähnlich einer Brause, gepreßt, als spinnwebdürre Fäden in einem Bade sofort erstarrten, so daß sie bereits spinnfähig wären. Jedoch ist das daraus herzustellende Gewebe noch ebenso explosionsgefährlich, wie die Schießbaumwolle. Dieses Gewebe ist es, das man im Kriege zu Pulversäckchen benutzt hat und das manchen Arbeiterinnen aus den Sprengstoff- und Granatenfabriken noch bekannt sein wird. Um ihm den explosionsbereiten Charakter zu nehmen, mußte man den Faden entnitrieren, d. h. die reine Zellulose von der explosiv wirkenden Salpetersäure befreien, die sich inzwischen aus der Baumwollwatte in einen glänzenden dünnen Faden verwandelt hatte. Aber man hätte genau so gut von Anfang an statt in einen dünnen Faden die Baumwolle zu Sprengstoff machen können.

Die Fortschritte der Technik brachten zutage, daß man auch aus Fichtenholz, ebenso gut wie Baumwolle, Zellulose gewinnen könne, ohne erst das Nitrierungsverfahren anwenden zu müssen. Das Holz wird in kreisrunde Scheiben zersägt, dann zerquetscht, von allen überflüssigen Bestandteilen durch andere Säurearten, die keine Sprengwirkung haben, befreit und die reinen Zellulosefasern bleiben übrig, die Zellulose. Nach diesem Verfahren wird heute meist die Kunstseide hergestellt. Die anderen Säurearten sind Natronlauge (im Haushalt als Seifenstein bekannt) und Schwefelkohlenstoff. Der Schwefelkohlenstoff ist ein wichtiger chemischer Bestandteil bei der Daraus geht dann eine [illegible] statt „Spinndrüsen" aus brausenartigen Platindrüsen gepreßt und statt an der Luft in einem besonderen Bad erhärtet wird. Das geschieht so plötzlich und ohne daß die Fäden zusammenkleben, wie ein Eiweiß in kochendem Wasser gerinnt. Die Fäden werden sofort zu einem aus mehreren Fäden stark beschaffenen Kunstseidenfaden gezwirnt, dann aufgespult und das Webeverfahren kann beginnen.

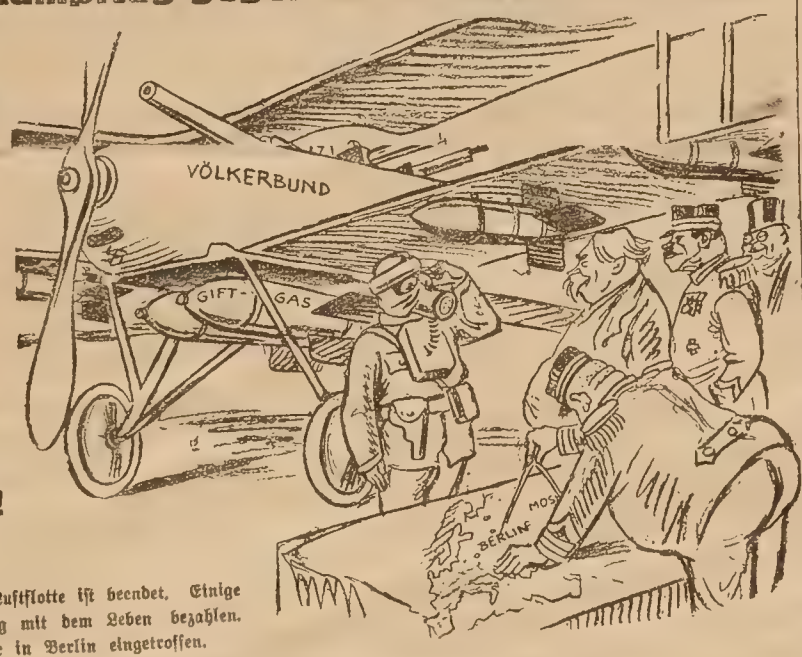
Die Industriellen der Kunstseidenfabrikation schließen sich immer mehr international zusammen. In England ist es die Courtauld-Gruppe, in Deutschland der Glanzstoff-Bemberg-Konzern, der sich kürzlich mit der IG. Farbenindustrie AG. verbunden hat. Die IG. Farben, die über etwa eine Milliarde Mark Kapital verfügt, ist der mächtigste Chemietrust Europas, der — heute als friedlicher Farbstoff-Fabrikant auftretend — die Giftgase der Kriegsgase herstellt und in seinem Gelb- und Blaukreuzgas die furchtbarsten Mordwaffen des kommenden imperialistischen Feldzuges gegen Sowjet-Rußland herstellen wird.

So wie aus der Baumwolle Sprengstoff oder Kunstseide hergestellt werden können, je nach dem Belieben der Kunstseidenkonzerne, so wird auch der Farbentrust seine Gase morgen zu den fürchterlichsten Mordwaffen verwenden, die heute noch der Herstellung friedlichen Farbstoffes dienen.

Diese Betrachtung über die Umstellung der Kunstseidenindustrie auf Kriegsindustrie, die sich genau so leicht durchführen läßt, wie die Umstellung der Farbenindustrie, muß jeder Arbeiterin klar machen, wie wichtig der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist.

Schützt die Sowjetmacht!
1. August Weltkampftag gegen die Kriegsverbrecher!

Das Ergebnis des Kriegsprobefluges



Melde gehorsamst:
Herr General!
Es langt bis Moskau!

Der Europa-Rundflug der weißen Luftflotte ist beendet. Einige Flieger mußten den Kriegsprobeflug mit dem Leben bezahlen. Die meisten Flieger sind wieder in Berlin eingetroffen.

Schwere Jungen – Schwere Sachen

Vierzentner-Geldschrank der Marburger Kreisbahndirektion geraubt

Marburg. Einen waghalsigen Gaunerstreich leisteten sich in der Nacht zum Samstag einige noch unbekannte wahrhaft „schwere Jungen", die in das Direktionsbüro der Marburger Kreisbahndirektion eindrangen und den dort aufgestellten, über vier Zentner schweren Geldschrank einfach mit sich nahmen.

Alle Achtung vor dieser Kraftleistung! — Denn sie transportierten das schwere eiserne Ungeheuer nicht etwa mit allen möglichen technischen Hilfsmitteln durch die Tür, sondern — es klingt fast unglaublich — sie hoben ihn wie einen kleinen hölzernen Nachtschrank

durch das Oberlicht ins Freie.

Nach Erdspuren zu schließen, ist er dort auf einen Gemüsewagen geladen und abgefahren worden.

Am Samstag nachmittag wurde der Vierzentner-Schrank dann einige Kilometer vom Tatort in einer Wiese aufgefunden. Mit Aexten und Hämmern war er angeknabbert und des gesamten Inhalts beraubt. Allerdings, gemessen an der Arbeitsleistung, fiel die Diebesbeute recht mager aus. Nur 500 Mark bares Geld und einige Sparkassenbücher, mit denen sie aber nichts anfangen können, fielen den Dieben in die Hände.

Die gesamte Marburger Polizei ist zur Verfolgung der schweren Jungens aufgeboten; doch war ihr fieberhaftes Suchen bisher ohne jeden Erfolg. Lediglich drei junge Erwerbslose, in denen man die Täter zu sehen glaubte, und die auf Anruf nicht gleich stehen blieben, wurden von der schießwütigen Polizei verfolgt und schließlich verhaftet. Die jungen Arbeiter konnten aber sämtlich ein einwandfreies Alibi nachweisen

Ein Todesopfer der Gesundbeterei

Unter furchtbaren Qualen gestorben

Wieder ist ein Menschenleben durch unsachgemäße Krankenbehandlung von Gesundbetern gestorben. Schon seit mehreren Monaten litt die 48jährige Witwe Frau Maria Frantz in Potsdam an einem Frauenleiden, das durch fachgemäße Behandlung hätte behoben werden können. Frau Frantz, Mutter von drei Kindern, war Anhängerin der „christlichen Wissenschaft".

Trotzdem sich ihr Leiden in letzter Zeit derart verschlimmert hatte, daß Blutungen eintraten, lehnte sie jede Hilfe ab. Die Schwerkranke gab ihren Bekannten immer wieder nur die Antwort, daß sie durch Gesundbeterei hoffe, gesund zu werden.

Schon seit Monaten ging bei ihr eine gewisse Frau Louis aus Potsdam aus und ein. Diese Louis hat bei ihr stündlich Gebete verrichtet. Sie hält auch jeden Mittwoch in der Kurfürstenstraße in Potsdam öffentliche Andachten ab. In der Nacht zum Montag drangen aus dem Krankenzimmer der Frau Frantz so furchtbare Schmerzensschreie, daß Nachbarn die 15jährige Tochter der Frau Frantz bewogen, zu einem Arzt zu gehen. Es kam auch der Sanitätsrat Dr. Neumann aus Potsdam, der aber nicht mehr viel ausrichten konnte, da er eine vollständig verpfuschte Patientin vorfand. Er ordnete sofort die Ueberführung in ein Krankenhaus an; dem widersetzte sich anscheinend die Gesundbeterin.

Nachbarn haben beobachtet und zugesehen, wie eine Gesundbeterin der schwerkranken Frau noch am Dienstag Rizinusöl mit Braunbier eingab. Am Mittwoch ist Frau Frantz unter qualvollen Schmerzen gestorben.

Lübeck: Der 63. Säuglingstote

Lübeck. Die Calmette-Fütterung hat abermals ein Opfer gefordert, nachdem in den letzten Tagen in der Sterblichkeits- und Krankheitsziffer der mit Todesbazillen gefütterten Säuglinge ein Stillstand eingetreten war. Damit hat sich die Zahl der Todesfälle auf 63 erhöht. Erkrankt sind noch 37 Säuglinge, gebessert 73, gesund bzw. in ärztlicher Beobachtung befindlich 58.

Ausbreitung der Kinderlähmungsseuche

Straßburg. Neun Fälle von spinaler Kinderlähmung sind festgestellt worden, davon vier in Straßburg selbst. Vereinzelt ist auch ein Uebergreifen auf Erwachsene zu verzeichnen. Von den 561 Gemeinden des Departements Unterelsaß sind 70 von der Krankheit betroffen.

Die aus dem Elsaß eingeschleppte spinale Kinderlähmung hat zu mehrfachen Erkrankungen im Hanauer Land geführt. In Greffern ist ein Krankheitsfall tödlich verlaufen.

Kleines Erdbeben in Nicaragua

Neuyork. „Associated Preß" meldet aus Managua (Nicaragua), daß dort um 2 Uhr nachts ein mehrere Sekunden dauernder Erdstoß wahrgenommen worden sei. Es sei jedoch kein Schaden angerichtet worden.

15 Mann ertrunken

Erie (Pennsylvanien). Auf dem Erie-See ist in Höhe der Stadt Dunkirk ein Lastkahn gesunken. 15 Mann der Besatzung sind ertrunken, sechs konnten gerettet werden.

Resolution des ZK.

zum Bericht des Genossen Thälmann

(Schluß.)

III. Mansfeld, Nordwest und die geschlossene Front der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen

Der seit mehr als sieben Wochen mit zäher Ausdauer und großer Kühnheit durchgeführte Streik im Mansfelder Kreis erlangt in der gegenwärtigen Situation in Deutschland eine weit über das Streikgebiet hinaus wirkende politische Bedeutung und ist ein Gradmesser für die zähe Widerstandskraft der deutschen Arbeiterklasse. Die nach Abschluß des Kampfes zu ziehenden Lehren werden zu der wichtigsten Bereicherung der Erfahrungen des revolutionären Klassenkampfes gehören. Die restlose Einreihung der Erwerbslosen in die Front der streikenden Arbeiter im Mansfelder Gebiet ist ein Musterbeispiel für die richtige Politik der Kommunistischen Partei und der RGO. In systematischer ideologischer und organisatorischer Arbeit wurde die Vertretung der Interessen der Arbeiter mit denen der Erwerbslosen verbünden und die Absicht der Industriellen, der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und des Staatsapparates, die Erwerbslosen gegen die in den Betrieben stehenden Arbeiter auszuspielen, zuschanden gemacht. So zeigte sich im Mansfelder Kampf die Wirkung der brüderlichen Solidarität der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern.

Die allgemeine Lohnabbauoffensive der Industriellen richtete ihren ersten Stoß gegen die Belegschaft der Mansfeld-AG. Es ist

das große Verdienst der Mansfelder Arbeiterschaft,

daß sie unter Führung der RGO. die vom gesamten deutschen Unternehmertum hingeworfene Kampfansage mit dem gegenwärtigen heroischen Kampfe beantwortete. Hierdurch hat der direkte Vorstoß des ausbeuterischen Finanzkapitals gegen das deutsche Proletariat den ersten wirksamen Gegenstoß erhalten.

Gleichzeitig ist es der RGO. unter Führung der Partei gelungen, im Zusammenhang mit dem Mansfelder Streik, weitere Arbeiterschichten (Landarbeiter, Chemie- und Fabrikarbeiter) in Mitteldeutschland mit in den Kampf zu ziehen, was eine wirkungsvolle Verbreiterung der Kampfbasis bedeutete. Das ZK. beauftragte das Polbüro, die Erfahrungen des Mansfelder Kampfes einer genauen kritischen Ueberprüfung zu unterziehen.

Seinen Hauptstoß versuchte das deutsche Finanzkapital in der Metallindustrie der Nordmetallarune zu führen. Mit Einsatzgruppen und der Staatsmacht, durch Verbindlichkeitserklärung des Oeynhausener Schiedsspruches und mit Unterstützung der sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie glaubte die Bourgeoisie, den

Generalangriff auf die Lebenshaltung der Nordwestmetallarbeiter

durchsetzen zu können. Die im Ruhrgebiet und Niederrhein aufflammenden Streikbewegungen unter Führung der RGO. zwangen die Industriellen, auch hier wenigstens zum teilweisen Verzicht auf ihr ursprüngliches Vorhaben eines generellen Lohnabbaues bis zu 30 Prozent.

Der bisherige Widerstand der Arbeiterklasse reichte jedoch noch durchaus in keiner Weise aus, um den von der Bourgeoisie beschlossenen Lohnabbau auf der ganzen Linie abzuwehren. In der Tat ist es den Unternehmern in einer Reihe von Industrien und Betrieben gelungen, erhebliche Lohnkürzungen vorzunehmen. Breite Schichten der Belegschaften stehen entweder unmittelbar oder in kürzerer oder längerer Frist vor der Gefahr neuer Lohnabbaumaßnahmen. Die verschiedenartig angewendeten Angriffsmethoden der Unternehmer führen zu der von den Unternehmern und Gewerkschaftsbürokraten gewünschten Zersplitterung der Bewegung. Darum ist alle Anstrengung auf offensive Vorbereitung und Entfaltung von Kämpfen für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Lohnerhöhung auf die Zusammenfassung der Kämpfe, auf ihre Steigerung zum einheitlichen, wirtschaftlichen und politischen Massenkampf zu richten. Aus diesem Grunde muß die Aktivität und die Kraft der RGO. außerordentlich gesteigert werden, um jeden Vorstoß des Unternehmertums mit dem Gegenstoß der Belegschaften zu beantworten. Das ist nur möglich, wenn der zersetzenden reformistischen Ideologie der Arbeitsgemeinschaft die Ideologie und Strategie des revolutionären Klassenkampfes entgegengestellt wird. In dem Maße, wie der Reformismus versucht, Teile der Arbeiterschaft zu korrumpieren durch Brosamen vom Tische der Bourgeoisie, muß von der RGO. der Glaube an die Kraft der Massen gestärkt und gefördert werden auf Grund der Erkenntnis des eigenen Sieges des Proletariats.

Der 5. RGI.-Kongreß

wird noch stärker als bisher der RGO. bei der selbständigen Organisierung und Führung der Massenkämpfe um Lohn und Brot, die von den reformistischen Gewerkschaften sabotiert und verraten werden, stärkste Unterstützung leisten und ihr Wegweiser sein. Die Arbeiterschaft darf nicht bei der Abwehr des beabsichtigten Lohnabbaues stehen bleiben, sondern muß darüber hinaus den offensiven Kampf führen für einen ausreichenden Ausgleich der bereits erfolgten Senkung der Reallöhne, die durch die Erhöhung der Steuer- und Zollasten, Leistungssteigerung, eingetreten ist. Gleichzeitig muß der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, bessere Unterstützung, gegen Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen. Die Generallosungen der RGO., Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, zur Verringerung der Erwerbslosenarmee, zur Erhaltung und Steigerung der Reallöhne, müssen zum Zentralpunkt des Massenkampfes gemacht werden. Die Popularisierung dieser Forderungen unter den Arbeitermassen ist die Voraussetzung für die Organisierung der Arbeiteroffensive gegen den Hungerangriff der Bourgeoisie und gegen den Verrat der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie. Die politische Auswertung der Waldenburger Grubenkatastrophe muß den Kampf um Verbesserung des Arbeiterschutzes und gegen die Rationalisierung steigern.

IV. Erfolge und Mängel unserer Arbeit und unsere Aufgaben

Der zunehmende Radikalisierungsprozeß der werktätigen Massen und die zunehmende Revolutionierung der Arbeiterklasse brachte ein starkes Anwachsen der Sympathien für den revolutionären Klassenkampf und eine sichtbare Neuorientierung breiter Arbeiterschichten zugunsten der kommunistischen Bewegung. Diese Entwicklung drückte sich besonders aus in dem gewaltigen

Erfolg der revolutionären 1. Mai-Demonstrationen

die fast in allen Großstädten und in den Industriezentren die Kundgebungen der Sozialdemokraten und der reformistischen Gewerkschaften bei weitem übertrafen. Der Jugendtag in Leipzig zeigte im Gegensatz zu allen anderen Jugendtagen in den früheren Jahren, daß es dem KJVD. zum ersten Male gelungen war, in einigen Bezirken die Arbeiterjugend über die Peripherie des Verbandes hinaus zu mobilisieren. Die Zusammenfassung der roten Sportopposition, der Aufmarsch der oppositionellen Sportbewegung in Erfurt legte Zeugnis ab vom Vordringen der revolutionären Bewegung in der Arbeitersportbewegung. Die Massenkundgebung am Jahrestage des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes demonstrierte das starke Anwachsen des revolutionären Wehrgedankens in der Arbeiterschaft. Der sichtbare Aufschwung der RGO. und die aktivere Beteiligung der Belegschaften an den Versammlungen gegen die Unternehmeroffensive, die in Erscheinung tretende Aktivierung der Erwerbslosenbewegung, die Festigung der roten Klassenfront der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen, der lebhafte Widerhall der Beschlüsse des Polbüros in bezug auf den Kampf gegen den Faschismus und die aktive Aufnahme der Losung der Partei zur Schaffung von roten Betriebswehren bestätigen ebenfalls die Richtigkeit der Generallinie der Partei.

Zugleich sind aber auch eine Reihe ernster Mängel, Fehler, Schwächen und Widerstände gegen die Parteilinie zu verzeichnen, deren rücksichtslose und kühne Bekämpfung das Lebensinteresse der Partei und des revolutionären Klassenkampfes erfordert. Der bisherige Verlauf der Mobilisierung und Organisierung des Widerstandes gegen die Aushungerungsoffensive der Bourgeoisie, gegen die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums hat genau so wie der Verlauf der Betriebsrätewahlen sowohl die starken, als auch die schwachen Seiten unserer Massenarbeit scharf beleuchtet. Ueberall dort, wo die Partei und die RGO. mit kühner Entschlossenheit die Belegschaften entschieden vorbereitete und zum Widerstand gegen die Lohnabbauoffensive mobilisierte, ist es gelungen, breite Massenkämpfe auszulösen (Mansfeld) und teilweise der Offensive der Unternehmer im Bunde mit der kapitalistischen Staatsmacht und der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie entgegenzutreten (Ruhrgebiet, Niederrhein). Ueberall dort, wo die Parteilinie durch den Opportunismus — und besonders durch den Opportunismus in der Praxis, der die überwiegende Hauptgefahr ist, sowie auch durch linkes Sektierertum entstellt war, war ein Verzicht auf den Massenkampf zu verzeichnen, der es der Bourgeoisie mit Unterstützung des Sozial- und Nationalfaschismus ermöglichte, ihre räuberischen Pläne zu verwirklichen.

Die Hauptmängel und Schwächen,

Fehler und Widerstände zeigten sich insbesondere an folgenden Erscheinungen:

a) in der Vernachlässigung der revolutionären Fraktionsarbeit der RGO., das bedeutet Verzicht auf den Kampf gegen die sozialfaschistische Politik in den Gewerkschaften, die an vielen Stellen auf den nicht zu unterschätzenden Fehler hinausläuft, überhaupt auf die ideologische und organisatorische Arbeit innerhalb der Gewerkschaften zu verzichten. Es ist in den meisten Gewerkschaften ein sichtbares Nachlassen, ja in vielen sogar ein offener Verzicht auf die ideologische Bearbeitung und Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf zu verzeichnen. Dieser Fehler in unserer Parteiarbeit und in der Arbeit der RGO. erleichtert der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie ihren Verrat an der Arbeiterschaft. Ein solches Nachlassen der Gewerkschaftsarbeit zeigte sich im besonderen im fast vollständigen Versagen der RGO. in der Vorbereitung und Einflußnahme auf die in diesem Jahre stattfindenden Verbandstage einer Reihe wichtiger Gewerkschaften.

Die bisherige Unzulänglichkeit in der Mobilisierung der Arbeitermassen gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer, die weitgehendste Möglichkeit der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie in der Sabotage der Lohnkämpfe und der aktiven Unterstützung der Bourgeoisie in ihrer Aushungerungsoffensive hatte leichtere Erfolge durch die mangelnde revolutionäre Fraktionsarbeit der RGO. in den Gewerkschaften. Die restlose und umfassendste innerparteiliche Mobilisierung zur Beseitigung und Ueberwindung dieser Mängel und Schwächen der Partei ist eine der wichtigsten Aufgaben, die vor der Partei stehen. Die

Vernachlässigung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front

durch die Anhänger der RGO. beruht auf der Verkennung und Unterschätzung der Rolle, die die Gewerkschaften trotz ihrer verräterischen Führer noch einnehmen. Diese Führer können sich ohne größeren Widerstand in den Gewerkschaften zu finden, anmaßen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Millionen von Arbeitern festzulegen und Tarife abzuschließen, ohne die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben selbst zu befragen. Dieses Monopol der Gewerkschaften muß durchbrochen werden, indem die RGO. den Abschluß von Tarifverträgen abhängig macht vom Willen und der Zustimmung der organisierten und unorganisierten Arbeiter selbst. Die Betriebsbelegschaften, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Tarifen festgelegt werden, haben selbst bzw. durch ihre von ihnen selbst gewählten Kampf- und Streikleitungen einzig und allein über diese Verhandlungen und über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden, nicht aber die verräterischen Führer des ADGB. und der Christen.

b) In der opportunistischen Einstellung bis in die Reihen unserer Partei und der RGO. hinein, die der verlogenen sozialfaschistischen Ideologie Rechnung trägt, wonach „in der Krisenperiode Lohn- und Arbeitskämpfe nicht geführt werden könnten", sowie in dem passiven Abwarten der Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer. Diese defaitistische Ideologie hatte einen erheblichen

Tempoverlust in der Abwehr- und Gegenoffensive des Proletariats

im Gefolge. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, daß der Radikalisierungsprozeß und die Bereitschaft der Arbeiter zu kämpfen in den parteilosen Massen weiter fortgeschritten war, als in manchen zurückgebliebenen Schichten unserer Parteimitgliedschaft, unserer Parteikader und auch innerhalb der RGO. Der Unglaube an die Kampfkraft und den Kampfeswillen des Proletariats ist in der gegenwärtigen Periode der Krise des kapitalistischen Systems einer der verhängnisvollsten Fehler, der auf das entschiedenste bekämpft werden muß.

c) Die unbestrittene Gefolgschaft der Millionenmassen der Erwerbslosen, die Anerkennung unserer Losungen im

Kampf für die Interessen der Erwerbslosen,

die aktive Solidarität der Erwerbslosen selbst unter der Androhung der Entziehung der Unterstützung mit den streikenden [illegible] die verstärkten Versuche der Sozialfaschisten und Faschisten, in die Erwerbslosenbewegung stärker einzudringen, legen Zeugnis davon ab, daß die Politik der Partei und der RGO. auf diesem Gebiete richtig und die Arbeit in den Massen der Erwerbslosen eine aktive und erfolgreiche ist.

Der Partei und der RGO. ist es aber bisher noch nicht gelungen, die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Partei und der RGO. im gemeinsamen Interesse der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen so auszugestalten und miteinander zu verbinden, wie das zur Entfachung der breitesten Massenaktionen erforderlich ist.

Die RGO. und die Partei können die Abwehr und die Gegenoffensive des Proletariats gegen den Vorstoß der geschlossenen Front der Ausbeuter, des Staates und der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie nur organisieren und durchführen, indem sie stärker als bisher in wirklich kühnem Kurs auf die Massen die geschlossene Einheitsfront aller Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, ob parteilos oder bei der SPD., ob christlich oder Hirsch-Dunckerisch, befestigen, ausbauen, erweitern und auf das stärkste verbinden. Diese verstärkte Methode unserer Einheitsfrontpolitik erfordert die Verschärfung unserer prinzipiellen Politik gegen alle Klassenfeinde.

d) Nach den Betriebsrätewahlen waren in einigen Bezirken einige gute Ansätze vorhanden, die Beschlüsse des ZK. und der RGO. auf

Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte

zu verwirklichen. Aber gerade im Zusammenhang mit den Lohn- und Arbeitskämpfen zeigt sich, daß das in vollkommen ungenügender Weise, in manchen Bezirken überhaupt nichts auf diesem Gebiete geschehen ist. An die Beschlüsse des Polbüros in dieser Frage muß erneut erinnert werden.

Das gleiche gilt besonders von der Errichtung und ebenfalls dem Ausbau und in jeder Bewegung notwendigen Erneuerung und Erweiterung des revolutionären Vertrauensmännersystems in den Betrieben.

Die mangelnde Mobilisierung der Belegschaften gegen die Hungeroffensive des Kapitals ist in der Hauptsache auf die ungenügende politische Aktivität der Betriebszellen, die nicht energisch genug erfolgende Mobilisierung der Belegschaften gegen Entlassungen und Kurzarbeit, Lohnabbau usw., auf die mangelnde Verbindung der Zellen mit den roten Betriebsräten und auf die wenig entwickelte Selbstinitiative der roten Betriebsräte zurückzuführen. Für die Mängel, Fehler und Schwächen der roten Betriebsräte und der Arbeit der revolutionären Vertrauensleute ist in erster Linie die Betriebszelle der Gesamtpartei verantwortlich und von deren Initiative, Aktivität und Kontrolle der Arbeit im Betrieb ist in hervorragendem Maße die Entfaltung des Widerstandes und des Kampfwillens der Belegschaft abhängig.

e) Der Kampf der Partei gegen die Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates durch die bürgerlichen Parteien und den Sozialfaschismus, sowie der Kampf gegen die stärker werdende faschistische Bewegung wurde als eine zentrale Aufgabe der Partei bisher zu wenig beachtet und die Tätigkeit auf diesen Gebieten in vielen Bezirken vollkommen vernachlässigt. Das Zentralkomitee macht es der Gesamtpartei zur Pflicht, dieses Versäumnis in raschem Tempo zu beseitigen. Die Resolution des Polbüros vom 4. Juni 1930 über den

politischen und wehrhaften Massenkampf gegen den Faschismus

stellt die Aufgaben in dieser Hinsicht. Größte Bedeutung muß der ideologischen Bekämpfung der faschistischen Ideologie und der demagogischen Phraseologie der NSDAP. gewidmet werden. Zur Abwehr und Gegenmaßnahme gegen den faschistischen Terror (Straßen-, Versammlungs-, Streikbrecher und sonstigen Terrors der NSDAP.) muß in den Betrieben und auf den Stempelstellen der Erwerbslosen die breiteste Basis zum Kampf gegen den Faschismus geschaffen werden. Die Bildung roter Betriebswehren auf der Basis der Einheitsfront von unten mit Einbeziehung der organisierten und unorganisierten, parteilosen, SPD.- und christlichen Arbeitern, in die Gruppen der Erwerbslosen von den Stempelstellen eingeschlossen werden müssen, ist eine der wichtigsten Aufgaben als Voraussetzung der breitesten Massenmobilisierung und Massenvorstöße der Arbeiterschaft gegen die faschistische Gefahr. Durch den energischen, offensiven Kampf gegen den Faschismus darf der Kampf gegen den Sozialfaschismus und gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie nicht vernachlässigt oder eingeschränkt werden, wobei unsere ideologisch-politischen und organisatorischen Methoden zur Loslösung der proletarischen Anhänger vom Faschismus und Sozialfaschismus verschiedene Formen annehmen müssen. Neue Methoden der Agitation, gestützt auf Tatsachen und gutes Material, müssen örtlich und bezirklich dabei in Anwendung gebracht werden.

f) Bei der Erfüllung wichtiger Aufgaben und bei Durchführung bedeutsamer Aktionen der Partei (Sachsenwahlen, Kampf gegen den Faschismus, Abwehr und Offensive gegen die Hungeroffensive u. a.) zeigten sich merkliche

Anzeichen eines mangelnden Selbstvertrauens,

das Fehlen eines wirklichen revolutionären und offensiven Elans und statt dessen kampflose Hinnahme der terroristischen Maßnahmen der Staatsgewalt und der gegnerischen Front.

g) Die Aufgabenstellung, wie sie vom ZK. gegenüber den Parteibezirken und Ortsgruppen erfolgt, wird nicht mit genügender Initiative und Ausdauer bis an die Mitgliedschaft herangebracht und versandet z. T. im oberen und mittleren Funktionärapparat der Bezirke. Die Gesamtmitgliedschaft und die Transmissionen zu den Massen des Proletariats (Massenorganisationen, RGO., Fraktionen in Gewerkschaften und anderen Organisationen usw.) reagieren nur schwerfällig, teilweise überhaupt nicht auf die durch das ZK. gestellten Probleme und Aufgaben. In Verbindung damit zeigte sich ein bedeutender

Mangel an führender und leitender Selbstinitiative

und Aufgabenstellung durch die Bezirksleitungen und Ortsgruppen. Unter diesem Mangel leidet besonders die Arbeit in den Betriebszellen, der roten Betriebsräte, wie überhaupt die Betriebsarbeit.

h) Der Inhalt und der Umfang der Aufgabenstellung durch die Bezirksleitungen [illegible] der Partei und der Parteipresse entsprechen in keiner Hinsicht dem krisenhaften Zustand der ökonomischen und politischen Lage in Deutschland und der damit in Verbindung stehenden beginnenden revolutionären Erschütterung des kapitalistischen Systems, dem allgemeinen Radikalisierungsprozeß und revolutionären Aufstieg der Arbeiterklasse. Es fehlt vor allem an revolutionärem Kraftbewußtsein und revolutionärem Optimismus, die Voraussetzungen sind, die radikalisierten Massen an die Basis der revolutionären Klassenfront heranzuführen. Es fehlt an einer starken und für jeden Arbeiter und Werktätigen verständlichen Auswertung des gigantischen sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, die klar den Ausweg aus der kapitalistischen Krise erläutert, es fehlt an der täglichen, den Massen verständlichen Agitation und Propaganda für die proletarische Revolution und die

Diktatur des Proletariats als den einzigen Ausweg aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Bei Beseitigung dieser Mängel dürfen die Parteiorgane nicht in den Fehler verfallen, die revolutionäre Schwungkraft und Sprache durch eine falsche prahlerische Sprache, durch ein phrasenhaftes kleinbürgerliches Pathos ersetzen zu wollen, da diese mit der wirklichen revolutionären Massensprache nichts zu tun hat.

Einer der stärksten Mängel ist die schwache organisatorische Verbindung der Parteiorgane mit den radikalisierten Arbeitermassen. Das gilt vor allem für die tägliche Kleinarbeit in den Betrieben, in den Gewerkschaften, unter den Erwerbslosen und für die Arbeit der RGO. Erhebliche Abweichungen von der Generallinie der Partei (Verkennung der Rolle der Partei, Verneinung oder Nichtdurchführung der Einheitsfrontaktik, Mißachtung der Organisationsaufgaben, Zurückweichen vor dem Reformismus, antigewerkschaftliche Stimmungen, selbstzufriedene sektiererische Abgeschlossenheit usw.) besonders in der Gewerkschaftsarbeit und in der engen Verbindung der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern ist auf diese schwache Organisationsarbeit zurückzuführen. Der Ausbau, die Sicherstellung und die systematische Kontrolle einer ausreichenden Organisationsarbeit in den Bezirksleitungen und Ortsgruppen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die vor der Partei stehen.

i) Auf dem Gebiete der Entwicklung neuer Parteikader und Heranziehung unverbrauchter Arbeitskräfte zu den Funktionen der Partei wurden in einer Reihe von Bezirken einige Fortschritte gemacht. Das geschah vor allem im Kampf gegen das rechte Liquidatorentum, gegen den Opportunismus in der Praxis und gelegentlich der Aktion der Partei zu den Betriebsrätewahlen, zur Organisierung der RGO. und bei anderen Anlässen. Doch vollzieht sich der Prozeß der

Entwicklung neuer Parteikader

in viel zu schleppendem Tempo. Die meisten Parteiorganisationen haben es noch nicht verstanden, besonders in den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen und im Zusammenhang mit dem Radikalisierungsprozeß des Proletariats die aktivsten Kräfte aus der Arbeiterschaft in die entscheidenden alten und neuen Funktionen der Partei hineinzubringen. Diese mangelnde Entwicklung neuer Parteikader ist eine der Hauptursachen, weshalb bei den gegenwärtigen Kämpfen des Proletariats der Funktionärkader der Partei, und damit die Parteiorganisationen hinter der Entwicklung und dem Radikalisierungsprozeß der Arbeiterschaft zurückbleibt und zeitweise erheblichen Tempoverlust zu verzeichnen hat. Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, diesen Mangel in den Organisationen auf das schärfste zu bekämpfen und für beschleunigte Abhilfe zu sorgen.

Im engsten Zusammenhang mit der Heranbildung und Verbreiterung der Parteikader, der unter allen Umständen durchgeführt werden muß, steht die Schulungsarbeit der Partei, [illegible] zu verzeichnen sind, liegt die Schulungsarbeit in den Bezirken und noch mehr in den Ortsgruppen und Zellen danieder. Die revolutionäre Schulungsarbeit der Kommunisten muß Massenarbeit für den Sozialismus sein, und man darf sich keineswegs die Aufgabe stellen, nur einige Qualitätsfunktionäre oder Spezialisten heranzubilden, sondern muß eine breite Schicht revolutionärer Funktionäre für die gesamte Massenarbeit der Partei, der RGO. und der Massenorganisationen innerhalb und außerhalb der Partei unter den proletarischen Massen heranbilden.

j) Einer der schwächsten Punkte in unserer revolutionären Gesamtarbeit ist die

wirkliche bolschewistische Selbstkritik

die vielmehr als bisher öffentlich in der Presse und in den Versammlungen, in den Betriebszeitungen und in der oppositionellen Gewerkschaftspresse gestellt, als Antrieb und Ansporn der Selbstinitiative der Massen zur Beseitigung der vorhandenen Schwächen und Fehler dienen muß und die parteipolitischen Probleme zur Sache des gesamten Proletariats macht, für deren große revolutionäre Bedeutung aber noch zu wenig Verständnis in der Partei vorhanden ist. Das Polbüro des Zentralkomitees hat mit Recht in der Resolution über die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen die ungenügende Abwicklung der Selbstkritik in der deutschen Partei in vielen Bezirken die Selbstkritik (Bezirksleitungen, Parteipresse) überhaupt nicht, in den übrigen Bezirken nur mangelhaft entwickelt ist. Diese Mängel der Selbstkritik zeigten sich insbesondere bei der Durchführung der Betriebsrätewahlen, wo die Bezirksleitungen und noch mehr die Tageszeitungen der Partei bei Fehlern, Mißerfolgen oder sogar Niederlagen häufig überhaupt keine selbstkritische Stellung eingenommen haben. Die RGO. und die roten Betriebsräte müssen vor der Gesamtbelegschaft in den Betriebszeitungen usw., besonders dort, wo wir Niederlagen hatten (wie in Berlin BVG., Leuna-Werke, Opel, Bochumer Verein, Siemens-AG.) die fehlerhafte Tätigkeit der roten Betriebsräte vor aller Oeffentlichkeit feststellen und gegen den Opportunismus den stärksten ideologischen Kampf, der die Hauptursache der Niederlage ist, führen. Noch stärker trifft das zu bei der Mobilisierung der Belegschaften zu Lohn- und Arbeitskämpfen, bei der Arbeit der RGO. und der Gewerkschaftsfraktionen in den reformistischen Gewerkschaften, bei der Mobilisierung der Arbeitermassen gegen den Faschismus und gegen die faschistischen Organisationen. Die Partei hat noch in keiner Weise die Wirkung der revolutionären Selbstkritik begriffen, die mit die stärkste Waffe einer kommunistischen Partei ist.

Dieser Mangel ist besonders in der Parteipresse festzustellen, deren Redaktionen dieser Aufgabe keine Beachtung schenken. Insbesondere tritt hierbei in Erscheinung die mangelnde Verbundenheit der Bezirksleitungen und der Redaktionen der Parteipresse mit den Betriebszellen und das fast vollkommene Fehlen [illegible] der Parteipresse, die auf dem Gebiete der [illegible] zirksleitungen und Redaktionen der Parteipresse sind verpflichtet, diesen Mangel raschestens zu beseitigen.

k) Unsere Mitgliederzunahme und der Abonnentenstand steht im schroffsten Gegensatz zu dem Radikalisierungsprozeß und der ständigen Verbreiterung unseres Einflusses in der Arbeiterschaft. Hierin zeigen sich die starken Tendenzen der sektiererischen Abgeschlossenheit und Selbstzufriedenheit in zahlreichen mittleren und Teilen von unteren Parteiorganen und Parteiorganisationen. Auf die nachlässige Behandlung dieser Frage ist auch die

starke Fluktuation an Mitgliedern und Abonnenten

zurückzuführen. Unsere Organisationsfundamente sind teilweise so schwach gefestigt, daß die neugewonnenen Mitglieder wegen mangelnder organisatorischer Erfassung und Bearbeitung häufig bald wieder verloren gehen. Noch weit größer ist das für eine revolutionäre Partei ganz unzulässige Uebel, daß in vielen Zellen und Ortsgruppen neugewonnene Mitglieder nicht in genügender Weise oder überhaupt nicht geschult werden oder zu den Parteiarbeiten nicht genügend oder auch gar nicht herangezogen und nicht als gleichberechtigte und wertvolle Mitarbeiter und Klassenkämpfer angesehen werden.

Aus dieser schwachen Entwicklung unserer Mitgliedschaft und des Abonnentenstandes resultieren auch die meisten Mängel, Schwächen und Fehler unserer Partei, da die schmale Parteibasis die Wurzel des Ausweichens oder Nachgebens gegenüber der sozialfaschistischen Ideologie, Wurzel der pessimistischen Einstellung und defaitistischer Stimmungen abgibt und insbesondere opportunistische aber auch sektiererische Schwankungen verursacht. Der Beseitigung und Ueberwindung dieser großen Schwächen der Partei müssen die Parteiorganisationen ihre größte Aufmerksamkeit widmen.

l) Aeußerst schwach entwickelt ist die

Arbeit unter den Angestellten und Beamten.

Die durch den Beamten- und Angestelltenabbau durch Verschlechterung der Angestellten- und Gehaltsbedingungen und durch das „Notopfer" und die Kopfsteuer (Negersteuer), sowie durch die politische Entrechtung (Verbot der Zugehörigkeit zur NSDAP.) und Gesinnungsschnüffelei unter den Beamten und Angestellten hervorgerufene Verbitterung macht es in weit stärkerem Maße als bisher möglich, die Agitation unter diesen Schichten zu entfalten. (Oeffentliche Versammlungen, Steigerung des Einflusses in den Beamten- und Angestelltenorganisationen, Delegiertenkonferenzen der Beamten und Angestellten, Verbindung der Kämpfe der Arbeiter mit denen der Beamten und Angestellten.)

m) Der Mittelstand (Handwerker, Geschäftsleute, Händler, freie Berufe u. a. m.), der durch die Hunger-, Steuer- und Unterdrückungsoffensive der Bourgeoisie schärfer in Mitleidenschaft gezogen wird, geht zu einer entschiedenen politischen Umgruppierung und Neuorientierung über. Die Partei hat es bisher nicht verstanden, die Millionenmassen dieser Opfer des Monopolkapitalismus, der Young-Ausplünderung und der Krise für den Kampf gegen das räuberische Finanzkapital an der Seite des revolutionär kämpfenden Proletariats zu gewinnen. Aus diesem Grunde wurden diese

Millionenmassen des Mittelstandes

zum großen Teil Opfer der nationalistischen und sozialen Demagogie des Faschismus. Die Partei hat die Pflicht, diese Massen der Werktätigen, deren Lebensinteressen in weitestem Maße mit den Erfolgen und Niederlagen des revolutionären Klassenkampfes verknüpft sind, unter der proletarischen Hegemonie zu sammeln. Von der erfolgreichen Erfüllung dieser Aufgabe wird der Ausgang der entscheidenden Kämpfe des Proletariats erheblich mitbestimmt.

n) Ebenso wie auf dem Gebiete der Gewinnung des städtischen Mittelstandes für die aktive Anteilnahme oder wenigstens seine Neutralisierung bei der großen Auseinandersetzung des Proletariats mit der Bourgeoisie, steht es mit der Arbeit der Partei unter der Klein- und Teilen der Mittelbauernschaft. Die Young-Sklaverei und die kapitalistische Krise bedrohen

die werktätige Bauernschaft

nicht minder als den notleidenden Mittelstand. Für den werktätigen Bauern kommt noch als besondere Last die Verschärfung der Agrarkrise hinzu. Wenn es dem Faschismus und besonders dem Stahlhelm bisher gelungen ist, im Dorfe und auf dem flachen Lande einen vorherrschenden Einfluß zu gewinnen, so hat das in der starken Vernachlässigung unserer Landpropaganda und Arbeit unter den Bauern seine Ursache. Die Bezirksleitungen und Ortsgruppen werden verpflichtet, in Verbindung mit den Wirtschaftskämpfen, mit der Mobilisierung der Massen zum Antikriegstag am 1. August und allen sonstigen Gelegenheiten auf das flache Land vorzustoßen und die werktätige Bauernschaft für das Bündnis mit dem Proletariat gegen die kapitalistische Ausplünderung zu gewinnen. Die immer mehr und mehr dem sozialen Elend zugetriebenen Landarbeiter und -arbeiterinnen müssen einer besonderen Arbeits- und Organisationsmethode unterzogen werden. Unsere Arbeit und Propaganda unter ihnen darf nicht gleichgestellt werden mit der unter den armen Bauernschichten.

o) Die Parteilinie in bezug auf die Mobilisierung und

Heranführung der Arbeiterinnen an die revolutionäre Klassenfront

aktive Beteiligung der Arbeiterstreiks an der [illegible] im Mansfelder Gebiet, die positive Einstellung von Arbeiterinnen zur revolutionären Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit legt Zeugnis davon ab, daß auf diesem Gebiete Fortschritte zu verzeichnen sind. Dies kommt aber noch in keiner Hinsicht in der Durchdringung der Funktionärkader der Partei durch Arbeiterinnen und in der Heranziehung der Arbeiterinnen in führende Parteifunktionen zum Ausdruck. In dieser Hinsicht zeigt sich in der Partei noch ein starker kleinbürgerlicher Einschlag, indem Anschauungen gehuldigt wird, daß die Frau qualitativ nicht so bedeutsam politische Arbeit bewältigen könne wie der Mann. Solche Einstellungen sind der Kommunistischen Partei unwürdig und müssen auf das schärfste bekämpft und überwunden werden.

p) Auch auf dem Gebiet der

Eroberung der Arbeiterjugend

für die rote Klassenfront und der Organisierung derselben im KJVD. sowie in der Mobilisierung der Arbeiterjugend sowohl zur Beteiligung an den Kämpfen der Erwachsenen, als auch zu selbständigen Kämpfen der Jugendlichen, wie Jugendstreiks usw., ist es dem KJVD. gelungen, sichtbare Erfolge zu erzielen. Das trifft auch auf die Verbreiterung der Mitgliedschaft des Verbandes und der Heranziehung neuer Schichten jugendlicher Arbeiter in einzelnen Bezirken zu. Doch ist die Gesamtarbeit des Jugendverbandes sowie die Arbeit in der Mehrzahl der Bezirke eine durchaus unbefriedigende und steht in keinem Verhältnis zu dem starken Radikalisierungsprozeß, der sich in der Arbeiterjugend besonders geltend macht. Vor allem kennzeichnet die ungenügende Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des KJVD. kraß dessen „linke" Isoliertheit von den entscheidenden Schichten des Jungproletariats. Auch gemessen an der Tatsache, daß es gelungen ist, breite Schichten der Arbeitersportbewegung, in der insbesondere die Arbeiterjugend organisiert ist, an unsere Positionen heranzuführen, bleibt das Wachstum des Jugendverbandes weit hinter den günstigen objektiven Verhältnissen zurück. In vielen Bezirken und Organisationen des Jugendverbandes machen sich noch außerordentlich stark die vom Plenum und vom Präsidium der KJI. mit Recht festgestellten Mängel und Fehler in bezug auf die sektiererische Abgeschlossenheit des Verbandes geltend und es ist dem Verband bisher noch nicht gelungen, die von der KJI. festgestellten Mängel und Fehler zu beseitigen.

Die größte Schwäche der Jugendarbeit liegt in der Tatsache des starken Rückganges der Kinderarbeit, ja, man kann sagen des fast vollkommenen Versagens des Jugendverbandes bei der

Organisierung der Jungpioniere

und des vollständigen Verzichts der Partei auf die Unterstützung des Verbandes bei dieser ernsten und wichtigen Aufgabe.

Während das ZK. der Partei durch enge Verbindung mit der Verbandsleitung ein befriedigendes Verhältnis der Zusammenarbeit geschaffen hat, bleiben die Bezirksleitungen, Ortsgruppen und Zellen hinter der Lösung dieser Aufgabe weit zurück. Meistens beschränken sich die Parteiorganisationen auf eine rein formale gegenseitige Delegation, ohne die Probleme und Aufgaben des Jugendverbandes als offizielle Parteiarbeit mit in den Mittelpunkt der Verhandlungen und Beschlüsse der Bezirksleitungen, Ortsgruppen und Zellen zu stellen. Eine solch formale Behandlung der Verbandsfragen durch die Partei ist unzulässig und muß einem initiativen System der Aufgabenstellung innerhalb der Parteiorganisationen Platz machen.

Die Hauptaufgaben der Partei

Die vorstehend aufgezeigten Schwächen in der Parteiarbeit in Verbindung mit den notwendigen Maßnahmen zu ihrer Ueberwindung machen die stärksten Anstrengungen der Partei erforderlich, um folgende **Hauptaufgaben** der Parteiarbeit in der gegenwärtigen Situation zu lösen:

1. **Klare Herausarbeitung der Rolle der Partei als der einzigen antifaschistischen Partei und Führerin der Massen, die allein den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise aufzuzeigen vermag. Breiteste Mobilisierung der Massen zum Antikriegsaufmarsch am 1. August.**

2. **Verschärfung unseres Kampfes gegen Faschismus und Sozialfaschismus, unter Verstärkung unserer ideologischen Arbeit zur Loslösung und Gewinnung der proletarischen Anhänger dieser Parteien für die revolutionäre Klassenfront. Verstärkte organisatorische Verankerung unserer Politik an allen Massenfronten.**

3. **Schärfste Offensive und außerparlamentarischer Massenkampf aller Werktätigen gegen die Hunger-, Zoll- und Steueroffensive und die reaktionären Unterdrückungsmaßnahmen des kapitalistischen Staatsapparates (Reichs- und Länderregierungen, sowie sonstige Staatsorgane).**

4. **Energische und systematische Vorbereitung, Auslösung und Führung von Lohn- und Wirtschaftskämpfen; festes Bündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen; höhere Entfaltung der Aufgaben der RGO. als der selbständigen Führung der Massen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften. Energische Vorbereitung der Problem- und Aufgabenstellung des 5. AGJ.-Kongresses.**

5. **Entschiedenere Wendung und Vertiefung unserer Massenarbeit unter den Arbeiterinnen und der Jungarbeiterschaft; erhöhte Aufmerksamkeit und verbesserte Arbeit für die Kinderbewegung.**

6. **Besondere Arbeitsmethoden zur Gewinnung der Angestellten und unteren Beamten. Nachdrückliche Verstärkung unserer politischen Arbeit unter dem städtischen Mittelstand, den werktätigen Bauernschichten und besondere spezialisierte Arbeit zur Gewinnung der Landarbeiter.**

7. **Systematische Werbung und Gewinnung von neuen Mitgliedern und Abonnenten. Erneuerung und Verbesserung unserer Parteiarbeit, stärkere Heranziehung neuer proletarischer Elemente; Hebung der politischen Arbeit und systematischer Ausbau der Betriebszellen, wie Verbesserung der Kontrollarbeit aller anderen Parteiorgane. Größere Entfaltung des politischen Lebens in der Gesamtpartei und in der RGO. Größte Kollektivität in allen Parteiorganen bei stärkster Hebung der innerparteilichen Demokratie.**

★

Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, unmittelbar nach der Tagung des ZK. die vorstehende Resolution zu behandeln, den Mitgliedern zu unterbreiten und zur Durchführung im Bezirksmaßstabe entsprechende Beschlüsse zu fassen. Alle durch das ZK. gestellten Probleme und Aufgaben gilt es vor der Gesamtmitgliedschaft zu stellen und entsprechend den Durchführungsmaßnahmen für die Ortsgruppen und Zellen auszuarbeiten. Nur durch die restlose und intensivste Durcharbeitung der Gesamtpartei und der daraus resultierenden Aktivierung kann die KPD. ihre großen historischen Verpflichtungen im Interesse des revolutionären Befreiungskampfes des Proletariats in der gegenwärtigen Situation der Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems erfüllen.

Kriegsopfer! München Arbeitsopfer!

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit ladet Euch zu folgenden

öffentlichen Versammlungen

ein.

Donnerstag, den 31. Juli, Restaurant „Kyreinhof", Kyreinstraße, Sendling;

Donnerstag, den 31. Juli, Restaurant „Reichskrone", Schmellerstr., Schlachthausviertel;

Donnerstag, den 31. Juli, Restaurant „Goldtante" in Schwabing;

Freitag, den 1. August, Restaurant „Deutsche Eiche", Blutenburgstraße, Neuhausen und Westend.

Thema: Rentenabbau (Abbau der sozialen Fürsorge) und [illegible]wahlen.

Die Ortsleitung.

Aus der Gesetzgebung

Preisabbau in Markenartikeln. Die Frage des Preisabbaus in Markenartikeln ist während der letzten Zeit wiederholt in den Tageszeitungen erörtert worden. Einzelne Markenartikel-Firmen der Lebensmittelbranche sind der Frage bereits praktisch nähergetreten und haben den Preisabbau durchgeführt. So liegt uns ein Rundschreiben der Firma Heinrich Franck Söhne G. m. b. H., Ludwigsburg-Berlin, an ihre Kundschaft vor, wonach die bekannte Kaffeemittel-Firma, wohl als das erste Markenartikel-Unternehmen der Lebensmittelbranche, einen Preisabbau vorgenommen hat. Interessant ist, daß die Firma den durchgeführten Preisabschlag mit weitgehenden Rationalisierungsmaßnahmen begründet, die, nunmehr abgeschlossen, ihre Auswirkung finden. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß ein großes Unternehmen auf diese Weise die Auswirkung von Betriebsverbesserungen ihren Abnehmern in Form eines Preisabschlages zugute kommen läßt — ein nachahmungswertes Beispiel.

Sozialdemokratische Wahldemagogie

Der Sozialfaschist Auer nicht auf der Wahlliste

Wie die sozialdemokratische bayerische Presse mitteilt, sind im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben vom Parteiausschuß nachfolgende Kandidaten zum Reichstag aufgestellt worden. Als Spitzenkandidat **Dr. Hoegner,** der Mann der engen Verbindung zwischen SPD., Bürgertum und Staatsapparat; dann **Hansi Unterleitner,** der den nötigen „radikalen" Ton für den Wahlkampf liefern soll. Ferner **Klara Weich,** als Lockmittel für die Frauenmassen. Für die Gewerkschaften **L. Horlacher,** Gauleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner, **Max Peschel** und — siehe da — **Gustav Schiefer,** der Vorsitzende des AGB-München.

Drei führende Gewerkschaftsreformisten sind neu auf die Liste gestellt worden. Die Linie also, die im Reichsmaßstab am unverfrorensten und konsequentesten den staatsfaschistischen wirtschaftsfriedlichen Standpunkt vertritt, hat gewaltig an Boden gewonnen. Um aber nicht allzu offensichtlich schon in den Namen das Programm zu verraten, hat der Parteiausschuß einen andern aus der Liste gestrichen: den Führer der Sozialdemokratischen Partei und vieler anderer Vereine, den umfangreichsten Repräsentanten des Reichsbanners und Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags

Herrn Erhard Auer.

Der Zweck dieser Wahlmache ist offensichtlich. Auer ist den Arbeitern zu bekannt, um nicht schließlich doch einmal durchschaut zu werden. Da man fürchtet, daß Auer **bereits** durchschaut ist, man aber die Massen der Indifferenten und auch der Unorganisierten in diesem speziellen Falle der Wahl notwendig braucht, setzt man Auer nicht auf die Wahlkreis-Liste. Möglicherweise kandidiert er dann auf der Reichsliste, worüber aber vorerst nichts in der Oeffentlichkeit gesprochen werden braucht.

Arbeiter, Genossen! Augen auf! Sagt den sozialdemokratischen Schiebern auf den Kopf zu, daß sie ein Wahlgeschäft machen wollen, sorgt dafür, daß die Proletarier die Seifenkünstler am 14. September allein lassen, mobilisiert für die Liste 4, für die KPD.

Durach. (Selbstmord eines Greises.) Der 81 Jahre alte Gastwirt und ehemalige Brauereibesitzer zum „Grünen Baum" in Durach in Schwaben Franz Nothaft hat gestern nachmittag seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Seine Frau hörte wohl einen dumpfen Knall, dachte aber nicht daran, daß ihr Gatte, der schon längere Zeit leidend war, zu diesem letzten Mittel gegriffen hatte. So fand man Nothaft erst gegen Abend tot im Bett auf. —

Aichach. (Gerüchte um Kaiseck.) Seit dem achtfachen Jahrestage des sechsfachen Raubmordes in Hinterkaiseck gehen ständig Notizen durch die bayerischen Zeitungen, in denen auf die immer noch ungeklärte Untat hingewiesen wird. Daß sich auch die Bevölkerung der ganzen Gegend durchaus noch nicht damit abgefunden hat, daß die Mordtat ungesühnt bleiben soll, beweisen die Gerüchte, die verschiedentlich sich immer wieder mit dem Mord

Blinkwunder zum Fensterputz

in Kaiseck beschäftigen. So erhält sich nun schon seit vier Wochen in der Gegend von Schrobenhausen und Hohenwart hartnäckig das Gerücht, daß zwei Brüder aus der Gemeinde Weidhofen, die schon seit längerer Zeit nach außerhalb verzogen sind, als vermutliche Mörder von Kaiseck verhaftet worden sein sollen. Auf die Anfrage hin, daß von einer solchen Verhaftung dort nichts bekannt ist.

Hirschau (Opf.) (Der Hirschauer Lohngelderraub aufgeklärt.) Der auf den kaufmännischen Lehrling Knorr vor einiger Zeit verübte Raubüberfall konnte nun geklärt werden. Als Täter wurde ein gewisser Reis aus Schnaittenbach verhaftet, der auch geständig ist. In dem Raubüberfall sollen noch mehrere Personen verwickelt sein, die zum Teil auch aus Hirschau stammen.

Bücher und Zeitschriften

Bilderzeitung zum 1. August
„Krieg dem imperialistischen Kriege! Schützt die Sowjetunion!"

Zum 1. August gibt die Partei eine reich illustrierte Bilderzeitung heraus. Die Verbreitung dieser Schrift ist äußerst wichtig. Großformat, 16 Seiten, 20 Pfg.

Ueber 60 Bilder in Tiefdruck

sind in der Zeitung. Diese Bilder, die die Rüstungen der imperialistischen Mächte zeigen, die Panzerkreuzer des neudeutschen Imperialismus, die faschistischen Verbände der deutschen und ausländischen Bourgeoisie, die „Pazifisten" der 2. Internationale (der bestahlhelmte Munitionsminister „Genosse" Thomas und Macdonald) illustrieren die Kriegsvorbereitungen des Weltimperialismus.

Bilder der Roten Armee, die ständig bereitsteht, um den Arbeiter- und Bauernstaat und seine sozialistische Wirtschaft zu schützen, und Bilder des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse der ganzen Welt zeigen, daß das Weltproletariat nicht weniger gerüstet ist. Es steht bereit, den kommenden Krieg mit allen Mitteln in den Bürgerkrieg umzuwandeln, um so das kapitalistische System zu stürzen und den Sozialismus in der ganzen Welt aufzurichten.

Diese Bilderzeitschrift muß in Massen vertrieben werden. Sie darf am 1. August in keinem Betrieb, in keiner Stempelstelle, in keiner proletarischen Familie fehlen. Sie soll anfeuern, aufklären und zur Mobilmachung der Werktätigen am 16. Jahrestag des Kriegsbeginnes aufrufen. Denn — wie im Einführungsartikel Genosse Thälmann schreibt: „...diese Mobilmachung muß dem Klassenfeind drohend zeigen, daß Millionen aktiver Kämpfer gegen das neue Kriegsverbrechen kampfbereit stehen und daß höher als alle Fahnen des imperialistischen Mordens die bolschewistische Fahne der Revolution flattern wird.

Zwölf Artikel behandeln die Frage des Krieges und der proletarischen Antikriegspolitik: Ernst Thälmann „Unter bolschewistischen Fahnen gegen imperialistische Kriegstreiber" — W. Stöcker „Riesensummen für die Aufrüstungen - Bettelpfennige für die Opfer des Kapitals" — Willi Münzenberg „Die Rote Armee — Schutz und Schirm des sozialistischen Aufbaues" — Ernst Rheinhardt „Der Kriegsruf der 2. Internationale" — P. Maslowski „Kirche und Krieg — Proletarische Jugend kämpft gegen den imperialistischen Krieg". — Und am Schluß der Kampfruf Erich Weinerts „An die Armeen Europas".

Hunderttausende müssen von dieser Kriegszeitung verbreitet werden.

Südbayerische Bezugsstelle:
Ewald Thunig, München, Nymphenburgerstraße 32,
Buch- und Zeitschriften-Vertrieb

Arbeiter- Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität" Ortsgruppe München

Abt. 1 am Freitag, den 1. August: Abteilungsversammlung im Rest. Ebersberger Hof, Rumfordstr. 33.

Am Samstag, den 2. August finden folgende Abteilungsversammlungen statt: Abt. 4 im Rest. Genossenschaftsheim, Lulbeckstr. 44; Abt. 5 im Rest. Artillerieverkstätte, Dachauerstr. 153; Abt. 8 im Rest. zum goldenen Roß, Wollanstr., Ramersdorf; Abt. 10 im Rest. Sendlinger Rathsstüberl, Schöttlstr. 10; Abt. 13 im Rest. zur Unterfahrt, Boschetsriederstr. 43; Abt. 16 im Rest. zur Krone, Milbertshofen; Abt. 1 im Rest. Freisinger Hof, Oberföhring; Abt. 6 hat ebenfalls am Samstag, den 2. August Abteilungsversammlung im Rest. Mühldorfer Hof, Aeuß. Wienerstraße.

Am Sonntag, den 3. August: Ortsgruppen- und Jugend-Ausfahrt zum Kastensee, Abfahrt 7 Uhr. Abt. 2: Sonntag, 3. August Ausfahrt nach Sachsenberg, Abfahrt 5 Uhr. Abt. 4: Sonntag, den 3. August Ausfahrt nach Wasserburg, Abfahrt 5 Uhr; nachmittag Kirchseeon, Abfahrt 12 Uhr. Abt. 6: Sonntag, den 3. August Ausfahrt nach Tegernsee, Abfahrt 5 Uhr. Abt. 7 sammelt sich am Samstag, den 2. August um 3.45 Uhr am Ostbahnhof zur Abfahrt nach Burghausen, Paß ist mitzunehmen. Abt. 9: Versammlung findet umständehalber am Samstag, den 2. August statt im Rest. Aignerhof, Aignerstr. 26. Abt. 10: Sonntag, den 3. August Ausfahrt nach dem Kastensee, Abfahrt 8 Uhr, nachmittag nach Ottobrunn, Abfahrt 13 Uhr. Abt. 14: Sonntag früh 7.30 Uhr Sammeln der Abteilung zum Langsamfahren; nachmittag Ausfahrt an den Kastensee, Abfahrt 7 Uhr. Abt. 15: Sonntag, den 3. Aug., 8 Uhr treffen sich die Genossinnen und Genossen in der Bahnhofsrest. Bestimmtes Erscheinen wird erwartet. Abt. 18: Sonntag, den 3. August Ausfahrt nach dem Kastensee, Abfahrt 7 Uhr; nachmittags 13 Uhr nach Ottobrunn. Abt. 22: Sonntag, den 3. August Ausfahrt zum Deininger Weiher, Abfahrt 7 Uhr.

Am Dienstag, den 5. August findet im Rest. Ebersberger Hof, Rumfordstraße, Bezirks-Sportausschußsitzung statt. Das Erscheinen sämtlicher Bezirks-Sportausschußmitglieder ist Pflicht.

Genossinnen und Genossen, Arbeitersportler, Parteigenossen, Gewerkschaftskollegen und Arbeitersänger besucht bei euren Einkäufen in Radfahrerartikeln, Nähmaschinen, Sprechapparaten sowie Motorrädern das Fahrradhaus Frisch auf, Westenriederstr. 19, eigene Fahrrad- und Motorrad-Erzeugung in der Bundes-Fabrik in Offenbach a. M.

Vereinskalender

Volkschor „Freiheit"

An alle Ausschußmitglieder!

Am Donnerstag, den 31. Juli, abends 8 Uhr, im „Kreuzbräu" Ausschußsitzung. Sehr wichtig! Alles muß erscheinen.

Ausflug

nach Irschenberg. Alle Mitglieder treffen sich Sonntag, 3. Aug., Punkt 6.30 Uhr in der Lilienstraße, Wagnerbräukübel. **Die Vorstandschaft.**

Bestattungen am 1. August 1930:

Ostfriedhof. Schening Katharina, Richtmeisterswitwe, 63 J., 2 Uhr. — Feninger Anna, Kassierin, 41 J., 2.45 Uhr. — Kraus Maria, Polizeioffiziersgattin, 79 J., 2.30 Uhr. — Bock Katharina, Dienstmagd, 63 J., 3 Uhr. — Demi Johann, Oberpfleger, 56 J., 3.30 Uhr. — Regler Margarete, Schneidermeisterswitwe, 63 J., 11 Uhr (Feuerbestattung). — Braun Edith, Malerskind, 48 Std., Uhr (Feuerbestattung). — Hofemann Franz, Oberbetriebsrat, 63 J., 10.30 Uhr.

Westfriedhof. Schober Joseph, ehem. Steinmetzmeister, 70 J., 2 Uhr.
Nordfriedhof. Schneider Babette, Schneidermeisterswitwe, 80 J., 3 Uhr.
Waldfriedhof. Forster Babette, Hilfsarbeiterswitwe, 45 J., 3 Uhr. — Eichner, Josepha, Schlosserswitwe, 74 J., 2.30 Uhr. — Reiter Joseph, ehem. Hoffriseur, 72 J., 4 Uhr.

Spielplan der Münchener Theater

Donnerstag.

Residenztheater. „Don Giovanni." 7 Uhr.
Münchner Volkstheater. „Majestät läßt bitten." 8.15 Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Ein Bummel durch München in 40 Stunden." 8.30 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Moral." 8.15 Uhr.

Verantwortlich für allgemeine Politik A. Wicker, Stuttgart; für bayerische Politik: Sepp Schwab, München; für lokalen Teil und Arbeiterkorrespondenzen Sebastian Hohenadl, München; für Inserate G. Epple, München; für den übrigen Inhalt der Zeitung: A. Wicker, Stuttgart.

Fahrräder
Nähmaschinen / Sprechapparate
mit **Zahlungs-Erleichterung!**
sämtliche Zubehörteile
sowie Schallplatten liefert
Fahrrad-Haus „Frischauf"
Filiale München, Westenriederstr. 19 (zwisch. Isartor u. Viktualienmarkt)

Glänzender Sieg der Roten Armee in China

Provinzhauptstadt Tschangtscha eingenommen — Siegreicher Vormarsch in allen Gebieten
Die Ausländer fliehen

Schanghai, 30. Juli. (Eigener Drahtber.) Tschangtscha, die Hauptstadt der Provinz Hunan, wurde von kommunistischen Truppen eingenommen. Die Garnison von Tschangtscha hat gemeutert und ist zur Roten Armee übergegangen. Die Bevölkerung hat großen Anteil an der Eroberung. Noch vor Einrücken der roten Truppen haben Arbeiter und Bauern Polizeistationen gestürmt und die Regierungsgebäude besetzt. Ueber den Sieg herrscht unbeschreiblicher Jubel. Es werden alle Vorbereitungen für die Errichtung einer zentralen Sowjetregierung für die Provinz Hunan getroffen.

Die Ausländer haben die Stadt auf drei englischen und einem amerikanischen Kanonenboot verlassen.

Die am Hau-Flusse liegende Stadt Yokiakal wurde ebenfalls am Sonntag von roten Truppen erobert. Nautschang, die Hauptstadt der Provinz Kiangsi, wird von revolutionären Truppenteilen belagert, deren Fall bevorsteht. Die Bevölkerung von Nantschang unterstützt die Rote Armee durch Demonstrationen und Aufstände. Die Ausländer verlassen bereits fluchtartig die Stadt und wenden sich nach Kiukiang, das aber ebenfalls von kommunistischen Truppenteilen belagert wird.

Die Tschangkaischek-Regierung plant die Entsendung von Regierungstruppen nach Nantschang.

Bürgerliche Blätter über die chinesische Rote Armee

Die in Zentralchina erscheinenden englischen Blätter berichten in letzter Zeit häufig über die Operationen der Roten Armee an den Ufern des Yangtse. Die Engländer sind gezwungen anzuerkennen, daß die chinesische Rote Armee keineswegs eine raubende mordende Banditenhorde ist. Der Korrespondent des in Hankau erscheinenden Blattes „Zentral China Post" beschreibt den Aufenthalt der roten Truppen in Tsungnien, im Süden der Provinz Hupei, folgendermaßen:

Die Truppen sind meistens einer strengen Disziplin unterworfen. Es fand hier keineswegs ein wahlloses Morden statt. Die Roten richteten nur einige Personen hin, nachdem über dieselben ein Gerichtsurteil gefällt worden war und führten beim Rückzug Geiseln mit. Sie bezahlten für alle Waren und ließen die Bevölkerung unbelästigt. Siebentausend Mann der 5. Roten Armee besetzten Tsungnien unter Führung von Pen-Teh-Huai. Die Truppen waren gut bewaffnet und mit Munition versehen, die sie den Arsenalen von Tinkiang in Südhupei entnommen hatten. Mitteilungen der Engländer und sonstigen Ausländer zufolge organisierten die Roten, bevor sie das Post- und Telegraphennetz und die Transportmittel besetzten, die Bevölkerung auf kommunistischer Grundlage, verteilten billige Lebensmittel unter der armen Bevölkerung. Gegenwärtig operieren im südlichen Hupei die zweite Armee unter Führung von Holung und die 5. Armee unter dem Kommando von Ten-The-Huai, sowie die 8. Armee mit Liten an der Spitze. Das Gebiet auf dem sich ihre militärischen Operationen abspielen, umfaßt das Yangtsetal von Taje bis Shasi und Jhang, es reicht im Süden bis Tschangschan, der Hauptstadt der Provinz Hunan. Anfang Juli besetzte die 5. Armee die Stadt Jochou an der Bahnlinie Tschangtscha-Hankau.

Nach allen Meldungen fliehen die Regierungstruppen bei Zusammenstößen mit der Roten Armee. Die in Jochou wohnhaften Ausländer erfuhren vom Vormarsch der Roten, als diese in die Stadt einmarschierten. Die Regierungsmiliz zog es vor, dem Kampfe auszuweichen und sich auf das andere Flußufer zurückzuziehen.

Vorbereitungen zum 1. August in China

Schanghai. Die hiesigen lokalen Blätter berichten über die betriebsamen Vorbereitungen der Kommunisten zum 1. August. In den Arbeitervierteln sind zahlreiche Plakate geklebt; durch Flugblätter und Aufrufe wird zur Massenbeteiligung an den Demonstrationen und Streiks zum 1. August aufgefordert. Die Polizei trifft Maßnahmen zur Sprengung der Demonstrationen und Versammlungen und veranstaltet zahlreiche Razzien und Verhaftungen. Bedeutende Mengen kommunistischer Literatur wurden konfisziert. Die Nanking-Regierung befürchtet „Ausschreitungen" der Eisenbahner und verordnete deshalb besondere Schutzmaßnahmen für die Linie Schanghai—Nanking und die anderen Bahnen; an den Eisenbahnbrücken und sonstigen wichtigen Punkten der Strecken werden Militärwachen aufgestellt.

47 Jahre Zuchthaus für die Meuterer von Oléron

Bordeaux, 28. Juli. Das Kriegsgericht verurteilte die 25 Führer der Meuterei im Militärgefängnis von Oléron zu insgesamt 46 Jahren zehn Monaten Zuchthaus. Zwei Angeklagte erhielten jeder fünf Jahre Zuchthaus.

Die dreitägige Verhandlung enthüllte die furchtbaren Drangsalierungen, mit denen in französischen Gefängnissen Militärstrafgefangenen die revolutionäre Gesinnung ausgetrieben werden soll. Unterschlagungen an den ohnehin kärglichen Rationen der wehrlosen Häftlinge waren an der Tagesordnung. Sogar ihre Privatpakete wurden beraubt. Der Matrose Lebeau sagte aus, daß sie sich während ihrer viertägigen Belagerung aus Badenwichse eine Suppe herstellten, die besser war, als das gelieferte sogenannte Essen.

Wieder ein Pogrom-Mord

Bukarest. Die antisemitischen Ausschreitungen in Rumänien nehmen ihren Fortgang. Am Montag wurde in dem altrumänischen Städtchen Orhei der jüdische Einwohner Sulim Landau von einem antisemitischen Agitator durch fünf Revolverschüsse getötet.

Unruhen in Brasilien

Neuyork. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß im Staate Parahyba im Zusammenhang mit der Ermordung des Präsidenten Joao Pessoa schwere Unruhen entstanden sind. Wie verlautet, ist eine Person getötet worden. In mehreren Teilen des Landes wurden Häuser in Brand gesteckt.

Die Sowjetunion bei der Ernte

Guter Verlauf der Julikampagne — Hervorragende Erfolge der Kollektivwirtschaften

Nach einer Mitteilung der „Iswestija" nimmt die Erntekampagne in den Sowjetwirtschaften einen sehr guten Verlauf. Die Lagerung und Bereitstellung geht gut von statten. Bis zum 20. Juli haben die Sowchose in der Ukraine, Krim, in Mittelasien und im Nördlichen Kaukasus 72 267 Tonnen Korn bereitgestellt. Auf der Kollektivgroßwirtschaft „Pariser Kommune" ist der Julplan der Getreidesammlung bereits erfüllt. Der Jahresplan wird schon im nächsten Monat erfüllt sein.

Verdoppelung der Rübenernte

Die „Prawda" teilt mit, daß die Gesamternte der Rüben in der Sowjetunion zweieinhalb Mal größer ist als im vergangenen Jahre. Im vergangenen Jahre betrug die Aussaat 620 000 Hektar, in diesem Jahre 1 114 000 Hektar. In diesem Jahre wird nach vorsichtigen Schätzungen die Ernte 150 Millionen Zentner betragen, das sind zweieinhalb Mal soviel als im vergangenen Jahre. Die Kollektivisierung und die Traktorenbearbeitung des Bodens haben dieses hervorragende Resultat zustande gebracht.

Neue Eisenbahnlinie eröffnet

„Ekonomitscheskaja Schisn" teilt mit, daß der Bau der Eisenbahnlinie Kurgan bis Scharbinsk (Ural) in einer Länge von 146 Kilometern fertiggestellt ist und zwar ist die Linie zweieinhalb Monate früher beendet worden als vorgesehen war. Damit ist die unmittelbare Verbindung mit dem neuen Industriezentrum Magnitgroi hergestellt, dessen Bauten eine außerordentliche Beschleunigung erfahren werden. Auf Magnitgroi sind nach einer Meldung vom „Trud" 15 000 Arbeiter beschäftigt, deren Zahl zur Beschleunigung der Bauarbeiten auf 30 000 erhöht werden soll. Die neue Eisenbahnlinie wird vor allem Baumaterialien befördern.

Die Verteilung der Ernte in den Kollektivwirtschaften

Die Zentralstelle für Kollektivwirtschaften erließ eine Verfügung, in der sie die Art der Verteilung des Einkommens der Kollektivwirtschaften regelt. Der wichtigste Inhalt dieser Verfügung besteht darin, daß die Einnahmen und die Ernte der Kollektivwirtschaften in der Regel nach Quantität und Qualität der von den einzelnen Mitgliedern geleisteten Arbeit verteilt werden soll. Fünf Prozent der Bruttoeinnahme soll entsprechend dem Wert des von den Mitgliedern in die Kollektivwirtschaft mitgebrachten Besitzes verteilt werden.

Handelskrieg gegen UdSSR.

Amerika in der Offensive

Die Hetze gegen die Holzladungen aus Sowjetrußland, die zur Ablenkung von der eigenen Wirtschaftskrise seit geraumer Zeit in den Vereinigten Staaten getrieben wird, hat jetzt dazu geführt, daß die Neuyorker Zollbehörde am Montag abend zwei mit russischen Holzstoffen beladene Dampfer aus Archangelsk anhielt und der Bemannung das Löschen der Schiffe verweigerte.

Die russische Handelsvertretung „Amtorg" in Neuyork hat sofort auf das entschiedenste bei der Regierung in Washington protestiert, besonders in Anbetracht dessen, daß weitere 32 Dampfer mit russischen Waren in Neuyork in dieser Woche noch erwartet werden.

Die Kommunisten führen den Angriff gegen den Faschismus

Turiner Arbeiter erobern die Straße

Mussolinis Polizeitruppen zurückgeschlagen — Mit Pflastersteinen gegen Maschinengewehre

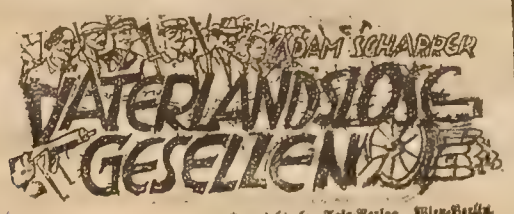
Von der italienischen Grenze wird berichtet: Am 28. Juli kam es in Turin erneut zu schweren Zusammenstößen. Die streikenden Arbeiter der Fiat-Werke demonstrierten mit roten Fahnen und unter dem Gesang der „Bandiera rossa" („Rote Fahne"-Lied) vor den Betrieben. Sie führten im Zuge riesige Transparente mit Aufschriften: „Nieder mit dem Faschismus", „Fort mit Mussolini", „Es lebe der Kommunismus und die Revolution."

Die Polizei wich anfangs vor den Massen zurück. Militär wurde zur Verstärkung eingesetzt. Kavallerie stürzte sich auf den Demonstrationszug. Die Arbeiter setzten sich mit Pflastersteinen und Stöcken zur Wehr. Es entspann sich ein wildes Handgemenge. Das Militär schoß mit Maschinengewehren auf die Menge. Die Straßenkämpfe dauerten bis spät in die Nacht.

Die Arbeiter verschiedener großer Metallbetriebe haben aus Solidarität mit der Fiat-Belegschaft ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Turin erlebte am Montag eine Massendemonstration, wie sie die Stadt noch nicht gesehen hat. Die Polizei wagte nicht einzuschreiten.

In Vieve di Cento ist in den letzten Tagen unter den bei den Entwässerungsarbeiten beschäftigten Tagelöhnern ein Streik ausgebrochen. Infolge einer Mitteilung, laut welcher ein neuer Lohnabbau eintreten sollte, verließen die entrüsteten Arbeiter die Arbeitsstelle und begaben sich ins Dorf, wo sie eine Demonstration gegen die Behörden veranstalteten.

In Bizzuno (Lugo) weigerten sich die Bauern, eine neue indirekte Steuer auf landwirtschaftliche Karren zu entrichten. Am Tage, an welchem sie sich mit ihren Karren auf einem Platz zwecks Kontrolle einfinden sollen, stellte sich niemand ein. Unsere Genossen hatten auf dem Platze folgendes Plakat befestigt: „Niemand stelle sich zur Kontrolle; wer dieses Plakat entfernt, wird mit dem Tode bestraft."



Copyright by Agis-Verlag, Wien-Berlin.

38. Fortsetzung

Wir frieren trotz der dicken Pferdedecken, in die wir uns einwickeln können. Und es ist dunkel und langweilig. Wir sind einander fremd, kennen uns kaum dem Ansehen nach. Jeder hat noch zu tun, seine „Klamotten" so unterzubringen, daß er auf dem einen Nagel, der für Mantel, Helm, Munition, Gewehr, Schuhe, Tornister und sonstiges Zubehör zur Verfügung steht, genügende Uebersicht bekommt.

Eine Frage beschäftigt alle: Wo fahren wir hin? Der Wagen ist fensterlos. — Kein Zugführer meldet irgendeine Station. Wir merken nicht, daß es draußen schon dunkel ist. Bei uns im Wagen brennt Tag und Nacht ein Stearinstummel. Das Vorderpferd neben mir stampft unablässig im Takt der rollenden Räder. Es ist ein „Krippensetzer".

Wir fahren schon dem anderen Morgen entgegen, warten auf Kasice, haben schon einige Stunden Schlaf hinter uns, den sich der müde Körper auch in der ungemütlichen Situation nimmt, als wir Berlin im Rücken haben. Es geht also nicht nach Frankreich! Wilzki, der zweite Kanonier des L-Wagens, ist willens, seine Schokolade zu opfern und einen Schnaps zu spendieren.

„'n lütten Köm", sagt Gustav, „lot ick mi gern gefallen."

Es dauert ein bißchen lange, bis Wilzki seinen „Spind" findet, und als er ihn findet, wünscht er die Hölle und alle Teufel auf den stampfenden Falben.

So schön hat Wilzki alles in seinen Helm gelegt: die Schokolade, die Bonbons, die teuren Datteln, obendrauf das Fläschchen Schnaps; nur zu dicht an den Falben. Der hat sich nicht durch das zusammengezogene Lederfutter im Helm beirren lassen, hat alles sauber herausgefressen, ohne es erst auszuwickeln. Als er nichts Passendes mehr fand, hat er die Lederschnur durchgebissen, so daß der Helm herunterpurzelte auf den frischen, dampfenden Pferdemist.

„So'n Schinder, verdammiger, Hund verfluchter, Mistkröte, — — Trete bloß noch meinen Helm entzwei, dann schlag ich dir's Kreuz in!" Wilzki ist furchtbar zornig, angelt ängstlich nach seinem Helm und schimpft in einem fort.

„Hat he den Schnaps ok utsopen?" fragt Gustav lachend. Wilzki leuchtet mit der Taschenlampe und findet die Schnapspulle unversehrt in der Streu. „Den Schnaps hat er übriggelassen", stellt Wilzki resignierend fest, bückt sich, um die Pulle aufzuheben, und fängt von neuem an zu toben. „Dem Schinder könnte ich das Messer in den Wanst rennen!"

„Warum denn dat?", fragt Gustav neugierig, „hat er denn sonst noch wat utfreten?" Wilzki ist zu ärgerlich, um von dem Spott besonder Notiz zu nehmen. Er hat dafür seine Gründe. Der Falbe hat auch die Zigaretten probiert. Sie müssen ihm aber nicht besonders geschmeckt haben, denn sie liegen zerbissen zwischen den Pferden zerstreut.

„Nu bring man rasch den Köm, eh he den ok noch utsupt", sagt Gustav; Wilzki tut wie gewünscht. Er hätte aber noch lieber gesehen, der Gaul hätte sich die Splitter seiner Schnapsflasche in den Rachen gefressen und wäre daran erstickt. Er sagt das wie bedauernd, während Gustav den Buddel entkorkt und nach einem kräftigen „Prost" einen tüchtigen Schluck nimmt. Ich trinke als zweiter und lasse einen Rest für Wilzki. Er trinkt ihn zornig aus und wirft die Flasche in die Ecke. Gustav schließt die Episode: „Lot man, Wilzki, dat is dat größte Unglück noch nicht."

Es wird Tag, wird wieder Nacht, wird wieder Tag — das heißt, außerhalb unseres Wagens. Wir fahren im Dunkeln durch die Tage und Nächte, essen die Dauerwurst auf, die wir als Verpflegung empfingen, und die mit Dauerwurst lediglich die Härte gemein hat — und die „Berliner", die in dem Paket von Sophie sind. Wir haben längst die deutsche Grenze verlassen. Als wir zum erstenmal haltmachen, sind wir schon in Brest-Litowsk. Dort gehen wir in eine große Kantine und essen Graupen, dick und blau und kleisterig.

Es wimmelt von Truppen aller Gattungen. Die große Truppenverschiebung vom Osten nach dem Westen ist in vollem Gange. Die Temperatur liegt 20 Grad unter Null. Unser minderwertiges Unterzeug kapituliert widerstandslos vor der schneidenden Kälte. Wir vertilgen unsere heißen Graupen — ihr Wert liegt in ihrer Temperatur, nicht in ihrem Nährwert — und gehen zurück zu unseren Gäulen. Ein Dauerfat hilft uns bis nach Kosowo, wo wir auf einer freien Rampe Kanonen, Wagen und Pferde ausladen und dann aus alten Konservenbüchsen Dörrgemüse essen.

Es ist noch früh, als die Batterie feldmarschmäßig antritt, Fahrer und Kanoniere aufsitzen und hineinfahren in die weiße, weite russische Ebene. Vier Mann scheiden sofort aus, sie können den russischen Winter nicht vertragen. Sie haben Durchfall, hohes Fieber und frieren.

*

Es ist aber nicht nur unter der Mannschaft schon recht später und wackliger Landsturm, sondern auch unter den Pferden. Sie sind nicht gewöhnt, ohne Deichsel in den Strängen zu gehen, sind mangelhaft zugeritten, viel zu mangelhaft, um durch die verwahrlosten Straßen so zu balancieren, daß einem Abrutschen der Kanonen in den hohen Schnee vorgebeugt wird. Der Schnee selbst blendet viele, sie bleiben stehen und sind durch nichts zu bewegen, weiterzugehen. Oefter als einmal sitzen wir fest, müssen die Kanonen wieder rückwärts aus dem Schnee ziehen. Die Pferde bäumen sich, wenn sie im Schnee versinken. Das neue Lederzeug ist schon minderwertig, es reißt. Die neuen Stränge ziehen sich ungleichmäßig. Unser Hauptmann reitet wütend auf und ab und schimpft: „Zigeuner! Zigeuner, wie sie im Buche stehen. Was soll das bloß werden, wenn wir ins Gefecht kommen. — Dazwischengeschossen müßte werden, Brennzünder müssen die Herrschaften haben."

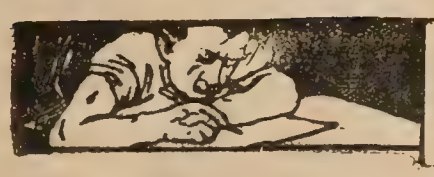
Da drängt das rechte Vorderpferd des zweiten Geschützes schon wieder so stark links auf; der Vorderreiter schlägt es über die Ohren. Es bäumt sich und springt dem Sattelpferd beinahe über den Kopf. Der Fahrer kann nicht verhindern, daß es wieder den Abhang hinuntergeht, in den tiefen Schnee, in dem die Gäule ängstlich stampfen und bäumen.

„Himmelkreuzdonnerwetter! — Kanoniere nach vorn!"

Spät abends machen wir in einer alten Scheune Quartier. Alles geht durcheinander. In der Scheune ist kaum für die Pferde Platz. Der L-Wagen soll Quartier bei der Infanterie beziehen, die in den wenigen Häusern liegt.

Es ist leidlich warm in dem engen Stall, in dem Pferd an Pferd steht. Gustav hat beim Empfang einige Flaschen Wein „erwischt". Wilzki hat bereits seinen Verlust verschmerzt; auch er sieht, wie rasch Glück und Unglück wechseln.

(Fortsetzung folgt)



Stimmen der Werktätigen

Kriegsalarm im Dorfe

Draußen auf dem Lande sind die **Nationalsozialisten** als Abgesandte der Schwerindustriellen, der Finanzkapitäne und Großgrundbesitzer eifrig am Werke, die Kleinbauern- und Landarbeitermassen für einen blutigen Krieg vorzubereiten und einzufangen.

Die von den Dorfreichen, von ehemaligen Etappenoffizieren geführten Schieß-, Sport- und Reitervereine, die Stahlhelm- und Nazigruppen, üben sich im militärischen Exerzieren. Die Regierung der Aktionäre und der sonstigen Arbeiter führt mit Hilfe des von den Sozialdemokraten geschaffenen Diktaturparagraphen einen unerhörten Raubzug auf die Taschen der Werktätigen in Stadt und Land.

Das ganze Raubsystem der Bourgeoisie wird roh und brutal angewandt. Was dem Arbeitervolk aus den Taschen und Knochen herausgepreßt wird, wird den Rittergutsbesitzern, Aktionären und Bankiers in den Schoß geworfen. Das alles hält aber den Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft nicht auf. So ist es in Deutschland, in Oesterreich, England, Frankreich, Polen, Italien; Amerika und allen übrigen kapitalistischen Ländern der Welt. Nur in einem Lande geht es aufwärts: im

bolschewistischen Rußland.

Wutentbrannt stieren die Feinde des Kommunismus aller Länder nach dem aufbauenden **Fünfjahrplan** der Sowjetunion. Dort Aufbau des Sozialismus, hier in Deutschland Zusammenbruch, Pleite, Chaos, Arbeitslosigkeit. In der Sowjetunion Zusammenschluß der Bauern und Landarbeiter in Kollektivwirtschaften. Bei uns in Deutschland Erdrücken der Kleinbauernwirtschaften, Lohnabbau für die Landarbeiter durch die modernen Großbetriebe der Junker und Kapitalisten.

Die kapitalistischen Länder der Welt, deren Wirtschaft sich in einer tiefgehenden Krise befindet, wollen aus ihrem Schlamassel heraus. Sie glauben, ihren Zusammenbruch aufhalten zu können durch die Vernichtung des Sowjetstaates der Arbeiter und Bauern. Darum führen sie, unterstützt durch die sozialfaschistischen Führer eine wüste Hetze gegen die Sowjetunion. In allen imperialistischen Ländern wird der Krieg gegen Räterußland vorbereitet.

Die kommunistischen Parteien aller Länder rufen jedoch die Massen der Arbeiter und Bauern in Stadt und Land auf, im revolutionären Bündnis das Vaterland aller Werktätigen, die Sowjetunion, zu verteidigen. Diesem Rufe folgen Millionen. Darum führen die reaktionären Mächte Europas und Amerikas einen blutigen Unterdrückungskampf gegen die Massen, die sich um die kommunistischen Parteien scharen. Die Nationalsozialisten marschieren im Unterdrückungsfeldzug gegen die revolutionären Arbeiter an der Spitze. Ihnen gilt darum in erster Linie der Kampf. Die revolutionären Massen Europas und die Kommunisten rufen daher alle von den Kapitalisten unterdrückten und ausgebeuteten Arbeiter und Bauern auf, in allen Ländern der Welt:

Am 1. August Kampf dem imperialistischen Krieg!

In den Dörfern und Städten müssen und werden die Arbeiter von den Gütern, aus den Fabriken, von den Stempelstellen, werden die Bauern, die Frauen und die Jungarbeiter dem Rufe der KPD. folgen unter der Parole

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Für die Verteidigung der Sowjetunion!

Für die sozialistische Organisation der Landwirtschaft der Sowjetunion!

Für die Verteidigung der indischen und chinesischen Arbeiter- und Bauernrevolution!

Fort mit den Kriegstreibern und faschistischen Mordhetzern!

Für das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern!

Alle Land den landarmen Bauern und Bauernsöhnen durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes!

Alle Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern!

Der bayerische Kulturfaschismus am Pranger

„Ihr könnt das Wort verbieten, verbieten nicht den Geist"

Ueberfüllte Protestversammlung gegen den Mord an Elly Maldaque

München. Zu einer gewaltigen Kundgebung gegen die Reaktion, gegen Kulturfaschismus und Muckertum gestaltete sich die vom „Verband proletarischer Freidenker mit Feuerbestattung" einberufene Protestversammlung am Montag, 28. Juli. Schon um 7 Uhr strömten Arbeiter und insbesondere viele Mittelständler, vor allem Lehrer und am Fall Maldaque unmittelbar Interessierte in den großen Festsaal des Mathäser. Als um 8.15 Uhr die Versammlung eröffnet wurde, war der Saal bereits auf allen Plätzen besetzt, sodaß die noch später Ankommenden in den Gängen stehen mußten. Der Genosse Hohenadl leitete die Versammlung mit einem allgemeinen Ueberblick über die beiden großen Kulturfronten

„Hie Kulturbolschewismus, dort Kulturfaschismus"

ein und umriß eindeutig den Zweck der Massenversammlung. Nicht eine leere Protestaktion soll sie sein, die nach Schluß der Reden auseinanderläuft ohne feste Losung, ohne festes Ziel, was zu tun ist. Sie soll der erste öffentliche Auftakt sein zur

Mobilisierung der werktätigen Massen,

zu ihrer unmittelbaren Einreihung in die Kampffront des klassenbewußten Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei. Zum Ausdruck muß der Wille der Versammlung kommen in einer Verbreitung all dessen, was die Referenten zur Sache zu sagen haben werden und in der Werbung für die revolutionären Ziele am 1. August und am 14. September, dem Tage der Reichstagswahl. Jede Freidenkerstimme, jeder, der Fortschritt will, muß KPD., Liste 4 wählen. Nicht der „Fall Maldaque" allein ist es, der losgelöst aus dem System des bayerischen Kulturfaschismus heute zur Behandlung stehe, **sondern das System selber ist es, das angeprangert werden muß, die kulturpolitische Reaktion und ihre faschistischen Handlanger in Bayern und im Reich.**

Mit begeistertem Beifall wurde

die erste Referentin

des Abends begrüßt, die Freundin und Kollegin der toten Volksschullehrerin Elly Maldaque. Sie selber ist ein Opfer des thüringer Frickfaschismus und hat alle Stufen des Leidensweges der Lehrerin Elly Maldaque miterlebt, bis Elly Maldaque hinter den Mauern des Heilinstitutes begraben wurde. Lautlose Stille herrschte während der Ausführungen der Genossin, als sie ein Bild der Gemordeten zeichnete und den Weg, den die Reaktion sie zu gehen zwang, bis in den Tod.

„Elly Maldaque gehörte zu uns"

stellte sie in schlichter Weise fest, sie ist eines der Opfer auf dem Wege der Revolution. Ueber die weiteren Ausführungen haben wir bereits in unseren ersten Artikeln über den Fall Maldaque berichtet.

Als zweiter Redner sprach

Landtagsabgeordneter Genosse Schaper.

In zündender Weise sprach er von seinem Besuch in der Irrenanstalt und den Erfahrungen, die er dabei machte, und knüpfte **daran eine Reihe von Feststellungen** und Fragen, die einerseits **für die** verantwortlichen Stellen vernichtend sind, andererseits sofortige Beantwortung erheischen, wenn nicht die Regierung in aller Oeffentlichkeit durch ihr Schweigen ein eindeutiges Bekenntnis für ihre **unmittelbare** Mitschuld am Tode Maldaques ablegen will. Die **mittelbare** Schuld stellte Genosse Schaper in seinen ganzen Ausführungen fest und geißelte sie entsprechend. Dann wandte sich Genosse Schaper den Regierungs- und Parlamentsstaten in Bayern zu, insbesondere auf kulturpolitischem Gebiete. Gebührend kennzeichnete er dabei die Rolle der Sozialdemokratie, die in Bayern nicht anders wie im Reich sich zur Schleppenträgerin des Faschismus gemacht hat. Vor allem aber stand der

Kulturfaschismus

zur Debatte. Schaper gab einen Ueberblick über die Kulturpolitik der Herren des Dritten Reiches und illustrierte sie im einzelnen am Beispiel Thüringens. **Nicht weniger als 300 Lehrer, Hilfslehrer und 150 Fortbildungsschullehrer wurden dort entlassen,** die Arbeitsstunden verlängert und jede Meinung, außer der faschistischen, **aus den Schulen verbannt.** Mit ungeheurer Spannung verfolgten die Anwesenden die Ausführungen und unterbrachen sie häufig mit lauten Protestrufen gegen das fluchbeladene System der heutigen Machthaber in Deutschland und Bayern.

In der Diskussion

sprach die Oeffentlichkeit ihre Meinung ungeschminkt und deutlich aus. Ein **tschechoslowakischer Genosse** brachte Grüße aus seinem Vaterland an die bayerischen Kampfgenossen und schilderte den heroischen Kampf der klassenbewußten Arbeiterschaft gegen den tschechischen Faschismus. Brausender Beifall lohnte seine Ausführungen. Weitere Diskussionsredner brachten Beispiele aus der Praxis des Kulturfaschismus. Nicht zu vermeiden war, daß auch ein stadtbekannter Gott- und Heilsucher seine Theorien zum Besten gab. Mit viel Lachen quittierte ihn die Versammlung. Ein ehemaliger Parteigenosse, der bis zum heutigen Tag seine chronische Verärgerung nicht überwinden konnte, glaubte einen Seitenhieb gegen die KPD. loslassen zu können. Er war der Auffassung, daß die Versammlung sich ausschließlich mit dem tragischen Tode der Genossin Maldaque befassen müsse, „statt dessen aber sei es eine Wahlversammlung der KPD." Es war keine Wahlversammlung der KPD., es war eine Versammlung der proletarischen Freidenker Münchens. **Aber daran werden sich alle kampfscheuen Anhänger von Freidenkerkirchen gewöhnen müssen, daß die proletarischen Freidenker gelernt haben, sich den politischen Situationen unterzuordnen und jede ihre Versammlungen in den Dienst der augenblicklich notwendigsten kulturpolitischen Arbeiten zu stellen. Wir stehen im Wahlkampf, auch als Freidenker, und führen diesen Wahlkampf unter den Losungen der KPD., der einzigen Partei, die die Freidenkerinteressen des Proletariats wirklich und ehrlich vertritt.** In diesem Sinne antwortete Genosse Hohenadl dem Diskussionsredner und der Beifall der Versammlung und die einstimmige Annahme der Resolution bestätigte, daß das der Weg ist, den das klassenbewußte Proletariat zu gehen hat.

Der Arbeiterdichter **Oskar Maria Graf** ergriff in der Versammlung, stürmisch begrüßt, ebenfalls das Wort und bekannte sich rücksichtslos zu der vom Referenten vorgezeichneten Linie des zu führenden Kampfes. Ein Genosse aus dem „befreiten Rheinland" sprach als Letzter und geißelte scharf die Praktiken des Faschismus in seinem Wohngebiete.

Bis zum Schluß harrten die Anwesenden aus. Noch einmal hallte lauter Beifall durch den Riesensaal, als bekanntgegeben wurde, **daß die KPD. am 9. August im Zirkus Krone eine Massenversammlung abhalten werde, zu der Adolf Hitler eingeladen werden soll, um vor der Arbeiteröffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen.**

Der Gesang der Internationale beschloß die Versammlung.

Saalabtreibung in Töging

(Arbeiterkorrespondenz)

Töging. Wie wir in den letzten Wochen erfahren mußten, weigern sich die Wirte von Töging und Neuötting auf Beeinflussung von bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite hin, der Kommunistischen Partei ihre Lokal zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Es ist soweit gekommen, daß Wirte die uns zugesagten Lokalitäten in letzter Minute auf sozialdemokratischen Einfluß hin abgesagt haben.

Die mehr und mehr sich in die rote Klassenfront einreihenden Arbeiter von Neuötting und Umgebung werden auf diesen feigen Schlag der Reaktion die richtige Antwort zu geben wissen. Sie sind sich klar, daß die Abtreibungsmanöver sich im Wahlkampf noch viel schärfer zeigen werden und sie werden deshalb jetzt schon mit aller Kraft für die notwendige Vorbereitung und Mobilisierung der Arbeiterschaft für den Wahlkampf sorgen!

Wie das Bezirksamt Friedberg der Wohnungsnot steuert

(Arbeiterkorrespondenz)

„Gemäß Verfügung des Bezirksamts Friedberg vom 2. Juli 1930, Nr. 2948, wird mitgeteilt, daß der von Ihnen widerrechtlich an der Afrastraße erstellte Wohnhausneubau nunmehr endgültig entfernt werden muß. Wir geben Ihnen hievon Kenntnis, damit Sie sich darnach einrichten können.

Unterschrift des Bürgermeisters."

Friedberg. Der verheiratete Maurer Berchtold erstellte auf seinem väterlicherseits ihm belassenen Grundstück im vorigen Jahre zur Erlangung einer Wohnung ein Blockhaus, innen feuersicher ausgemauert, mit Wohnküche und Schlafraum. Die an Bezirksamt und Stadtrat Friedberg vorgelegten Pläne wurden Berchtold genehmigt, somit lag also der Erstellung des Blockhauses nichts im Wege. Merkwürdigerweise nun, nachdem der Bau des Hauses schon sehr weit vorgeschritten war, erhielt Berchtold plötzlich von demselben Bezirksamt den Bescheid, **daß die schon erteilte Genehmigung wieder zurückgezogen wird,** auf Grund eines in dem Blockhause aufzuführenden Kamins, dessen Erstellung in einem Blockhaus nicht zulässig sei. Mit diesem Bescheid wird Berchtold bei Herrn Ministerialrat Marzius bei der bayerischen Regierung persönlich vorstellig und wird ihm von diesem Herrn schriftlicher Bescheid an das Bezirksamt mitgegeben, **daß die Erstellung derartiger Blockhäuser einer Genehmigung nicht bedürfe, sofern von der Aufführung eines Kamines Abstand genommen wird, und somit**

der Abbruch zu unterbleiben

hat. Berchtold hat nun von einer Augsburger Firma, um Kochgelegenheit in dem nun von ihm bezogenen Blockhaus zu haben, einen einwandfreien und auch zulässigen Rauchabzug anbringen lassen. Ein gegen Berchtold wegen Uebertretung der Bauordnung angestrengtes gerichtliches Verfahren wurde vom Staatsanwalt wieder zurückgezogen und somit war die Angelegenheit erledigt.

Es dürfte in der breiten Oeffentlichkeit Verwunderung hervorrufen, wenn nun

nach einem Jahre abermals

die Sache bei den Haaren herbeigezogen wird, und die **Entfernung des Blockhauses abermals verlangt wird.** Zu einer Zeit großer Wohnungsnot, und zu einer Zeit, wo dem Volke von Staatswegen äußerste Sparsamkeit nahegelegt wird, **arbeiten Bezirksamt und** Stadtrat getreulich Hand in Hand der Beseitigung unseres Elends entgegen. Die Behörde trifft eine schwerwiegende Anordnung, denn angesichts der auch in Friedberg herrschenden Wohnungsnot dürfte über eventuell in diesem Falle vorliegende Ueberschreitung der Bauordnung hinweggesehen werden, schon

im Interesse des Wohles der Staatsbürger,

wozu doch auch die Arbeiter gehören.

Berchtold war erst vor kurzer Zeit als unheilbar aus einer Anstalt entlassen worden, wegen eines Nervenleidens, das er sich im Felde zuzog. Nun wissen Bezirksamt und Stadtrat von Friedberg auf keine andere Weise einen „Vaterlands"-Verteidiger den Dank eben dieses Vaterlandes spüren zu lassen. Es wird sogar der von Berchtold auf Grund eingangs erwähnter Mitteilung gestellter Antrag, eine Regierungskommission zur Besichtigung des Hauses herbeizuführen, einfach abgelehnt, weshalb an dieser Stelle auf die bei der herrschenden Wohnungsnot einfach unverständlichen Maßnahmen des Bezirksamts Friedberg aufmerksam gemacht **und die Landesbehörde öffentlich aufgefordert wird, hier einmal nach dem Rechten zu sehen,** um dem über diese Maßnahme ebenfalls empörten großen Einwohnerkreis aller Stände Friedbergs endlich zu zeigen, daß Staat und Gemeinde es mit dem Wohle ihrer Bürger wenigstens manchmal ernst meinen. AW 31/1

Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei

Kampf-Zeitung

Mobilisiert zum Sieg! Jeder Prolet geht zur Wahl - für Liste 4

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale) Bez. Nordbayern

für

Nürnberg-Fürth, Franken, Oberpfalz

Mit den Beilagen: „Der Rote Stern" / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags). Bezugspreis: wöchentlich 60 Pfg., halbmonatlich 1.25 Mk., monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei in Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Geschäftsstelle: Nürnberg, Keplerstraße 11/1 Rgb. / Telefon Nr. 42494. Postverlagsort München

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 10 Pfg. außerhalb Bayerns 15 Pfg. Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im u. anschließ. an Text 75 Pfg., außerhalb Bayerns 1 Mk. Anzeigenschluß: Tags zuvor abds. 6 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH. München, Nymphenburgerstr. 32. Fernspr. 50453 Postscheck: Freier Verlag München Nr. 47280. Druck: Bajuvarendruck G.m.b.H. München Nymphenburgerstraße 32

Nummer 206 | Nürnberg, Freitag, 12. September 1930 | 13. Jahrgang

Letzter Appell an alle werktätigen Wähler!

Genosse Ernst Thälmann an die deutsche Arbeiterklasse

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werktätige Deutschlands! Klassengenossen!

In Not und Elend, wirtschaftlich und politisch geknechtet rüsten am 14. September die arbeitenden Massen Deutschlands zur Wahl.

Das Schicksal des Proletariats entscheidet sich nicht in Parlamentswahlen, sondern nur im offenen, revolutionären Massenkampf, im Kampf um die Macht.

Alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, ganz gleich ob links oder rechts, ob Hakenkreuz, ob schwarzrotgold — alle Parteien kämpfen für das Fortbestehen des Kapitalismus, für die Erhaltung des gegenwärtigen räuberischen Youngsystems.

Alle Parteien — mit der alleinigen Ausnahme der Kommunisten, sind Koalitionsparteien, Regierungsparteien, Ministerparteien, der Bürgerblock mit dem reaktionären Zentrum an der Spitze regiert im Reich, die Sozialdemokratie regiert in Preußen, Baden, Hamburg und vielen anderen Einzelstaaten, die Nationalsozialisten regieren in Thüringen. Sie alle räubern und pressen mit Hilfe der Brüningschen Notverordnung das werktätige Volk aus.

Nur eine Partei kämpft nicht für Regierungsämter und fette Ministerpensionen, sondern ausschließlich für die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, das ist die Kommunistische Partei.

Die Kommunistische Partei kämpft für den Sturz des bankrotten, völkerknechtenden Kapitalismus.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen den Youngplan, der das schaffende Volk Deutschlands 58 Jahre im Interesse des in- und ausländischen Finanzkapitals schamlos ausbeutet.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen die faschistischen Arbeitermörder, die nationalsozialistischen Garden des Unternehmertums, die mit blutigem Terror klassenbewußte Arbeiter planmäßig überfallen und meucheln.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen die Sozialdemokratie, die in den 12 Jahren seit der Revolutionszeit durch ihre Regierungstätigkeit, durch ihren fortgesetzten Verrat an der Arbeiterklasse, durch ihre Lakaienrolle im Dienste der ausländischen Kapitalisten und der deutschen Unternehmer unendliche Leiden und Entbehrungen über das Haupt des Proletariats heraufbeschworen hat.

Die Kommunistische Partei ruft alle werktätigen Männer und Frauen, Jugendliche und Erwachsene, Betriebsarbeiter und Erwerbslose, Industrieproleten und Landarbeiter, die gesamte Arbeiterklasse ebenso wie alle Angestellten, die unteren Beamten, die notleidenden Mittelständler und armen Bauern zur roten Einheitsfront, zum gemeinsamen Kampf für Freiheit und Macht des werktätigen deutschen Volkes.

Der Arbeiter gehört zu uns,
denn wir kämpfen für höhere Löhne, für den Siebenstundentag, für Brot und Arbeit der Erwerbslosen, für die Erhöhung der Unterstützungssätze, für billige Arbeiterwohnungen, für uneingeschränkte Sozialunterstützung, für die volle Gleichberechtigung der proletarischen Frau, für die Rechte der arbeitenden Jugend, für bessere Lebensbedingungen des Proletariats.

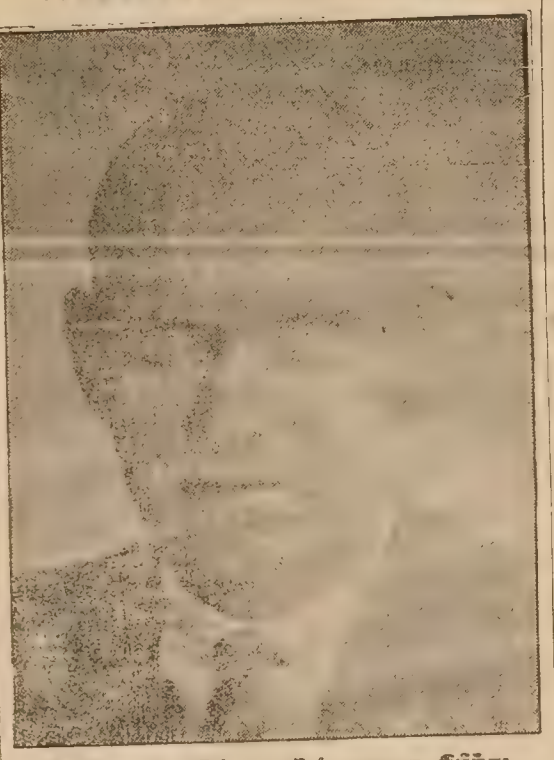
Der verarmende Mittelständler gehört zu uns,
denn wir kämpfen gegen die verbrecherische Steuerpolitik der Kapitalisten, gegen die frevelhafte Zollgesetzgebung, gegen die unerschwinglichen Mieten, gegen die Verteuerung von Gas, Wasser und Elektrizität, gegen die Wucherherrschaft des Finanzkapitals.

Der werktätige Bauer gehört zu uns,
denn wir kämpfen gegen Steuerdruck, gegen Zins- und Pachtwucher, gegen Pfändungen und Zwangsvollstreckungen, gegen Großagrarier und die bauernfeindliche Politik der sozialdemokratisch-bürgerlichen Parteien.

Wir Kommunisten machen keine betrügerischen Versprechungen wie alle anderen Parteien. Nicht durch das Parlament, sondern nur wenn die Massen einheitlich zusammenstehen und entschlossen gegen den Kapitalismus und seine Agenten kämpfen — nur dann werden die Forderungen des Volkes erfüllt, nur dann ist die soziale und nationale Befreiung sicher.

Der Kapitalismus bricht zusammen. Die faschistischen

Thälmann ruft



Kämpft mit uns für ein Sowjet-Deutschland

Mordbanditen werden durch den revolutionären Kampf der Arbeiterschaft niedergeschmettert werden, gegen die sozialdemokratischen Verräter erhebt sich der Haß und die Wut der Proletariermassen.

Schon empören sich die eigenen Anhänger Hitlers gegen den offensichtlichen Betrug, den man an ihnen verübt, schon kehren Tausende von sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerkameraden schwer enttäuscht ihren Führern den Rücken und wenden sich dem Kommunismus zu.

Wir rufen alle Arbeiter,
alle Anhänger der sozialdemokratischen und christlichen Partei auf, mit uns gemeinsam die siegreiche Freiheitsfront des kämpfenden Proletarats zu bilden.

Wir öffnen allen klassenbewußten Arbeitern die Tore unsrer Partei.

Der Henker Saccos und Vanzettis in München!

Gouverneur Fuller aus Boston, auf dessen Konto die bestialische Hinrichtung der beiden Klassenkämpfer Sacco und Vanzetti steht, befindet sich seit zwei Tagen in München im „Regina-Palast-Hotel". Fuller hat auf seiner Europareise bereits Paris an der Seite liegen gelassen und vor einigen Tagen aus Angst vor Demonstrationen der Arbeiterschaft Berlin fluchtartig verlassen. Er hofft im reaktionären München ungestört zu sein. Aber auch unstet und flüchtig soll der Mann in Bayern sein, auf dessen Gewissen der schrecklichste Justizmord der Weltgeschichte lastet!

Arbeiter und Werktätige ganz Deutschlands! Die Kommunistische Partei ist eure Partei.

Sie ist die einzige Partei der sozialen und nationalen Befreiung Deutschlands, sie ist die einzige antifaschistische, die einzige revolutionär-marxistische Kraft.

Nur der Sturz des Kapitalismus, nur die Diktatur des Proletariats, nur Sowjet-Deutschland im Bündnis mit der befreiten Sowjet-Union kann euch retten.

Darum richte ich in letzter Stunde vor den Wahlen
an alle Klassenbrüder,
an alle Werktätigen in Stadt und Land,
an alle Kameraden der Roten Front,
an alle proletarischen Frauen,
an die Jungarbeiter den ernsten Appell:

Macht den 14. September zu einem Millionenbekenntnis für den Kommunismus, zu einer wuchtigen Massendemonstration und einer revolutionären Kampfansage aller Arbeitenden gegen die Ausbeuter.

Millionen Stimmen für den Kommunismus, für die Partei, für Liste 4 — das gibt den Arbeitenden und Hungernden neuen Mut, neue Kräfte und neuen Angriffsgeist im Kampfe für Freiheit, Brot und Macht!

Zeigt der ganzen Welt, zeigt dem internationalen Proletariat, daß das werktätige Deutschland zur Fahne der sozialistischen Revolution steht!

Keine Stimme den Parteien eurer Feinde!

Keine Stimmenthaltung, denn sie nützt nur der Reaktion!

Wer nicht hungern will, damit kapitalistische Schmarotzer und Scharfmacher prassen.

Wer nicht schuften will, damit die deutschen Fronvögte Milliardentribute für das internationale Finanzkapital eintreiben.

Wer gegen Youngsklaverei, Faschismus und Massenelend zu kämpfen gewillt ist —

Wer ein freies, sozialistisches Sowjet-Deutschland will, der wählt am 14. September

Kommunistische Partei, Liste 4!

Berlin, den 12. September 1930.

Im Auftrage des Zentralkomitee der KPD.:
Ernst Thälmann,
Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands,
1. Bundesführer des „verbotenen" Roten Frontkämpferbundes.

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale) Bez. Südbayern

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) Bezugspreis: wöchentlich 60 Pfg. halbmonatlich 1.25 Mk. monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Sprechzeit der Redaktion: Dienstag und Freitag von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr

für

München, Augsburg u. Südbayern

Mit den Beilagen: Der Rote Stern / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Anzeigenpreis: Die 4gespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 10 Pfg., außerhalb Bayerns 15 Pfg. Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die 4gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im u. anschließ. an Text 75 Pfg., außerhalb Bayerns 1 Mk. Anzeigenschluß: Tage zuvor abds. 6 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH. München, Nymphenburgerstr. 32. Fernspr. 30155. Postscheck: Freier Verlag München Nr. 47250 Druck: Bajuvarendruck G. m. b. H. München

Nummer 11 | München, Freitag, 16. Januar 1931 | 14. Jahrgang

In Erfurt fließt Arbeiterblut

Ein streikender Arbeiter in Erfurt erschossen, zwei schwer verletzt
Fricks und Severings Polizei arbeiten Hand in Hand

Erfurt, 15. Januar. (Eig. Ber.)

Bei der Metallwarenfabrik Henry Pels in Erfurt streiken seit einigen Tagen 550 Arbeiter unter Führung der RGO. gegen Lohnabbau. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie hat darauf, als der Streik wuchtig und geschlossen einsetzte, eine Reihe ihrer Anhänger veranlaßt, als Streikbrecher wieder in den Betrieb zurückzukehren. Zum Schutze dieser Streikbrecher, die nur einen geringen Prozentsatz der Belegschaft ausmachen, wurde der ganze Stadtteil Erfurt-Nord in den Bürgerkriegszustand versetzt. Ein riesiges Polizeiaufgebot, nicht allein aus Preußen, sondern auch aus Frick-Thüringen, war herangeholt worden. Alle Straßen und Betriebe wurden abgesperrt.

Als am Nachmittag des 14. Januar ein Zug von Erwerbslosen zum Betrieb zog, um die Massenstreikposten zu verstärken, wurde er durch brutale Attacken auseinandergeschlagen. Als die Streikbrecher den Betrieb verließen, versuchten die Streikposten mit ihnen zu diskutieren. Die Polizei griff darauf zur Waffe, und ohne jede Warnung gab der Polizeileutnant den Befehl zum Feuern und schoß selbst direkt in die Arbeiter hinein. Dabei wurde ein 28jähriger Arbeiter durch Bauchschuß getötet und zwei andere Arbeiter schwer verletzt. In ihrer ungeheuren Erregung griff die Masse darauf zu Steinen, mit denen sie sich gegen die Polizisten zur Wehr setzte.

Dieser unerhörte Polizeiüberfall auf streikende Arbeiter hat eine ungeheure Empörung in ganz Erfurt ausgelöst. Zahlreiche Augenzeugen meldeten sich sofort auf dem Parteibüro und gaben ihre Eindrücke wieder.

Die Severing-Polizei setzt ihren Terror gegen streikende Arbeiter in ganz Preußen nach dem Beispiel des Ruhrgebietes fort. Die SPD.-Führer zeigen sich immer klarer als die besten Handlanger bei der Durchführung der Lohnabbauoffensive. Ueberall muß der Massenprotest gegen das Niederknüppeln und Niederschießen der streikenden Arbeiter und ihrer Streikposten verstärkt werden. Wuchtiger noch als bisher müssen die Belegschaften der Betriebe und alle proletarischen Organisationen fordern:

Fort mit der Polizei von den Streikbetrieben!

Wuchtiger Protest der Erfurter Arbeiterschaft

Die Unternehmer müssen mit der roten Streikleitung verhandeln

Erfurt, 15. Januar. (Eig. Ber.)

Die anläßlich des Polizeiterrors in Erfurt für heute angesetzte Demonstration ist glänzend verlaufen. Es demonstrierten über 3500 Arbeiter. Der Betrieb Henry Pels ist nunmehr geschlossen, da die noch Arbeitenden und auch die Angestellten sich geweigert haben, unter Polizeibewachung zu arbeiten. Die Direktion hat sich bereit erklärt, mit der roten Streikleitung zu verhandeln.

Der Gewerkschaftsbonze Gruson hat unter der Wucht des Kampfes zugestanden, Streikunterstützung — allerdings nur an die Organisierten — zu zahlen. Damit will er natürlich gleichzeitig die Streikfront zersetzen, was ihm aber nicht gelingen wird. Aus dem gleichen Grunde wollen sich die Gewerkschaftsbürokraten in die Verhandlungen hineindrängen.

Aus Anlaß der Zusammenstöße in Erfurt wurde auf der Parteischule in Elgersburg eine Haussuchung durchgeführt. Ein Genosse wurde verhaftet.

Versammlungsterror in Augsburg

Textilarbeiter sollen sich nicht zum Streik vorbereiten dürfen

Augsburg. Die Textilarbeiter stehen vor dem Kampf, den sie führen müssen, wenn sie nicht ihre Hungerlöhne durch einen empfindlichen Lohnabbau noch mehr schmälern lassen wollen. Die RGO. betrachtet es als ihre selbstverständliche Pflicht alles anzustrengen, um die Textilarbeiter für diesen Kampf zu organisieren. Zu diesem Zwecke berief die RGO. gestern drei Massenversammlungen der Textilarbeiter zusammen mit den Erwerbslosen ein. Diese Versammlungen hat die Polizeidirektion in Augsburg verboten. So wird schon im Anfangsstadium der Bewegung das Hand-in-Hand-Arbeiten der kapitalistischen Staatsgewalt mit dem Unternehmertum offensichtlich.

Angesichts dieses Terrors wird und muß die RGO. ihre Kräfte verdoppeln. Demonstriert gegen Versammlungsterror, für die Forderungen der Textilarbeiterschaft:

Duldet keinen Pfennig Lohnabbau, und keine Verschlechterung der Arbeitsbedingung!

Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau ist die Parole.

Für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich.

Für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!

Klassenurteile gegen Pirmasenser Arbeiter

Zuchthaus und Gefängnis trotz haltloser Anklage / Fordert Amnestie

Pirmasens, 15. Januar.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Pirmasens ging am Mittwoch der erste Teil des Justizfeldzuges gegen die Arbeiterschaft anläßlich der sogenannten Bombenaffäre in Szene. Angeklagt waren vier Arbeiter, und zwar der 30 Jahre alte Fabrikarbeiter Heinrich Reinhardt, der 22 Jahre alte Christian Schäfer, der 30 Jahre alte Zuschneider Karl Därnberger, und der 30 Jahre alte Arbeiter Lothar Räher. Unter den Angeklagten befinden sich drei Familienväter.

Um die Haltlosigkeit der Anklage zu verdecken, wurde die äußere Staffage des Prozesses groß aufgezogen.

Das Gerichtsgebäude war streng abgesperrt, nur Leute mit besonderer Erlaubnis wurden zur Verhandlung zugelassen und selbst dann noch einer hochnotpeinlichen Leibesvisitation unterworfen. Die Angeklagten wurden beschuldigt, sich Sprengstoff angeeignet zu haben, bezw. an andere Personen weitergegeben zu haben. Was bereits aus der Vorgeschichte dieser Affäre bekannt ist, bestätigte sich in der Verhandlung: Die ganze Sache ist aufgezogen, der revolutionären Arbeiterschaft eins auszuwischen, zu welchem Zweck kein Mittel unversucht gelassen wird, und mit Ach und Krach soviel wie möglich Arbeiter hinter Kerkermauern zu bringen. Trotz des faktischen Zusammenbruches der Anklage kam das Klassengericht zu folgendem

Urteil

Für den Arbeiter Räher 2 Jahre Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust.
Für den Arbeiter Schäfer 2 Jahre Gefängnis.
Für den Arbeiter Reinhardt 1½ Jahre Gefängnis.
Der Arbeiter Därnberger mußte freigesprochen werden.

Gegen dieses ungeheuerliche Klassenurteil muß die Arbeiterschaft Sturm laufen, umsomehr, als sich die Fälle häufen, wo die Faschisten trotz offener Bürgerkriegsübungen und Bewaffnung unter den Augen der Polizei nicht nur, nicht auf die Anklagebank kommen, sondern sogar noch befördert werden. Der Protest gegen das Pirmasenser Urteil muß verbunden werden mit einer Steigerung der Kampagne für die Amnestierung aller proletarisch-politischen Gefangenen.

Heraus mit unseren politischen Gefangenen!

SPD.-Betriebsarbeiter gegen die verbonzte SPD.

Die RGO. erobert die Massen!

18 Neuaufnahmen auf einen Schlag

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Industriegruppenleitung (Bau) hielt am Samstag, den 10. Januar in Trudering ihre Gründungsversammlung ab. Nach einem längeren Referat, in dem der Zweck und die Bedeutung der RGO. den versammelten Arbeiterinnen und Arbeitern erläutert wurde, schloß sich eine äußerst lebhafte Diskussion an.

Besondere Beachtung fanden die Ausführungen eines langjährigen SPD.-Gewerkschafters, der die SPD.-Bonzenwirtschaft derart beleuchtete, daß es selbst jeden unglaublich erschien, daß derartige Zustände in der SPD. herrschen.

Volle Aufmerksamkeit fand ein Diskussionsredner, der in seinem Referat eingehend den struppellosen Charakter eines SPD.-Gewerkschaftsführers beleuchtete. Unheimlich empörend waren die Schilderungen, die er machte. Alle Anwesenden konnten nur mit einem „Pfui!" dieser niederträchtigsten Handlungsweise beipflichten. Die Erregung aller Versammelten steigerte sich bis zur Siedehitze, Name, Name, scholl es aus allen Reihen, worauf der Redner erklärte

„es ist mein eigener Vater"

und darum bin ich der erste, der eintritt in die RGO.

Ein ungeheurer Beifallssturm brauste durch den Saal. Nachdem unser Genosse in treffend guter Weise hiezu Stellung nahm, brauchte es keiner Aufforderung mehr, der RGO. beizutreten.

18 zumeist langjährige SPD.-Gewerkschaftler traten ein in die RGO.

Sie haben erkannt, daß es nur die RGO. ist, die erfolgreich kämpft, für Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich. Das ist die Antwort, die die Arbeiter ihren sozialfaschistischen Verrätern geben. Die RGO.-Versammlung war ein Erfolg für Trudering, ein Auftakt für die bevorstehenden Kämpfe. Den Schluß der Versammlung bildete das mit ungeheurer Begeisterung aufgenommene Absingen der „Internationale" nebst einem kräftigen „Kampfbereit".

Eisenbahner im Kampf gegen Lohnraub

Heute fällt die Entscheidung

Die von der Eisenbahnhauptverwaltung verfügten Feierschichten hat ein großer Teil der Eisenbahner abgelehnt, worauf die Verwaltung versuchte die Arbeiter durch Kündigung des alten Arbeitsvertrages einschüchtern zu können. Heute am 16. Januar läuft die Kündigungsfrist ab.

Zur Stunde ist es noch nicht möglich näheres über die weiteren Kampfhandlungen mitzuteilen. Jedenfalls ist der Kampf von außerordentlich großer Bedeutung, da annähernd 20 000 Arbeitern gekündigt ist. Sollte die Eisenbahnhauptverwaltung es wagen die Gekündigten auszustellen, so muß im ganzen Reich unter Führung der RGO. der Kampf aufgenommen werden.

Frick diktiert Lohnabbau

Wie man jetzt erfährt, ordnet eine vertrauliche Verfügung des Thüringischen Ministeriums des Innern (Frick) vom 23. Dezember 1930 an, daß neben der Kündigung der Bezüge der Staatsangestellten auf Grund der Notverordnung auch sämtliche Lohntarife für die Kreis- und Gemeindearbeiter Thüringens zum 31. März 1931 zu kündigen sind. Eine Anzahl Thüringischer Gemeinden hat die Kündigungen der Lohntarife bereits zum 31. Dezember 1930 gekündigt. Die Kündigung der Gemeindearbeiterlöhne erfolgt zu dem Zweck der Herabsetzung der Löhne. Das Kommando dazu hat kein anderer als der Nationalsozialist Frick gegeben.

20 Prozent geringerer Bierabsatz

München, 15. Januar.

In der heutigen Generalversammlung der Aktiengesellschaft zum Löwenbräu in München teilte der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Schultmann mit, man habe sich schon jetzt in Bezug auf die erhofften Erträgnisse aus der Biersteuer getäuscht, denn der im laufenden Geschäftsjahr der Gesellschaft bereits 20 Prozent betragende Konsumrückgang werde sich noch weiter verschärfen, wenn die Steuerschraube irgendwie neu angezogen werden sollte.

Der rote Betriebsrat Becker gemaßregelt

Weil er gegen Brünings Hungerdiktatur sprach

Genosse Karl Becker, der rote Betriebsrat auf der Melchior-Grube im Waldenburger Revier, ist von der Direktion fristlos entlassen worden. Er war derjenige, der bei einem der Empfänge Brünings in Schlesien das Wort ergriff, das ungeheure Elend der Waldenburger Bergarbeiter schilderte, gegen die Diktaturregierung Anklage erhob und Brüning das Wort entgegenschleuderte:

„Jawohl, Sie sind der Hungerkanzler!"

Wegen dieses mutigen Auftretens im Interesse der vom Lohnraub bedrohten Waldenburger Bergarbeiter ist jetzt Gen. Becker auf die Straße geworfen worden. Selbstverständlich gibt die Direktion nicht den wahren Grund an, sondern nennt als formellen Entlassungsgrund, daß Gen. Becker ein von der RGO. herausgegebenes Flugblatt verantwortlich zeichnete, ein Flugblatt, daß die niederschlesischen Bergarbeiter zur Solidarität mit den Ruhrbergarbeitern aufforderte. Die brutale Maßregelung des Genossen Becker hat in der Waldenburger Bergarbeiterschaft große Empörung hervorgerufen.

Die Finanzkatastrophe vor dem Haushaltsausschuß

1,33 Milliarden Fehlbetrag

Keine Aussichten auf Besserung der Wirtschaftslage — Dietrich will seine Zwangsarbeitspläne durchführen — Weitere Streichung der Sozialausgaben um 550 Millionen — Die Kommunisten attackieren die Brüning-Diktatur

Berlin, 14. Januar. Im Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute die finanzpolitische Aussprache als Auftakt zu den Etatberatungen. Eröffnet wurde die Debatte durch eine Rede des Finanzministers Dietrich.

Trotz der gewaltigen fortgesetzten Steuererhöhungen, der Aufnahme der Kreuger-Anleihe und des Ueberbrückungskredits endete das vergangene Etatjahr, wie Finanzminister Dietrich zugeben mußte, mit einem Defizit von 1,33 Milliarden Mark. Dietrich fand den traurigen Mut, zu erklären, daß dieses Ergebnis „befriedigen" sei. In einem Ausblick auf das Jahr 1931 versuchte der Finanzminister nach der üblichen Art der Regierungsweissagungen eine bessere Wirtschaftslage zu prophezeien. Daß aber Dietrich und die gesamte Regierung nicht an diese Besserung glaubt, zeigt schon die vorsichtige Formulierung der Rede, in der es nämlich nur heißt, daß eine „leichte" Besserung zu erwarten sei und daß der „Tiefstand der Krise" erreicht sei.

Dietrichs kurze, programmatische Erklärung lief darauf hinaus, daß Abstriche an den einzelnen Etats nicht gemacht werden können — mit Ausnahme des Sozialetats, der eine weitere Kürzung um 550 Millionen erfahren soll.

Da sich Dietrich mit keinem Wort zur Frage des Schicksals der Millionen Erwerbslosen äußerte, obgleich Dietrich erst vor einigen Tagen in Stuttgart sein Sklavenprogramm entworfen hatte, attackierten ihn die Kommunisten mit stürmischen Zurufen. Dietrich hatte die Absicht, auf diese Zurufe nicht einzugehen. Aber immer wieder riefen die Kommunisten: „Wollen Sie Ihr Stuttgarter Programm durchführen?" Schließlich wurde Dietrich zu folgender Antwort gezwungen:

„Das steht jetzt nicht zur Debatte. Aber seien Sie versichert, daß ich eine Sache, die ich einmal angepackt habe, nicht so leicht fallen lasse."

Nachdem der Sprecher der Deutschnationalen, der Abgeordnete Hergt, dem „künstlichen Optimismus" des Finanzministers widersprochen hatte, nahm für die Kommunisten der Genosse Neubauer das Wort; und schleuderte dem Finanzminister die heftigsten Anklagen ins Gesicht.

Genosse Neubauer betonte, daß bereits der Minister Stegerwald im Juli vergangenen Jahres gesagt habe, der „Tiefstand der Krise" sei erreicht. Die Entwicklung selbst habe solche Ministerreden **Lügen gestraft. Alle Maßnahmen, die die** Regierungen in den vergangene Jahren zur Ueberwindung der Krise ergriffen haben, das „Arbeitsbeschaffungsprogramm", der „Preisabbau", der „Kampf gegen die Kartelle", haben sich als blauer Dunst erwiesen.

Der **Stuttgarter Plan** des Reichsfinanzministers, der einen unerhörten brutalen Angriff auf die ohnehin schändlichen Unterstützungssätze der Arbeitslosen darstellt, zeigt erneut mit aller Deutlichkeit den werktätigen Massen, daß die Bourgeoisie die Krise zu überwinden versucht nur durch eine weitere Auspressung der werktätigen Bevölkerung.

Die ungeheuerliche **Lohnabbauoffensive**, welche die Regierung im ganzen Reich durchführt, führt nicht zu einer Milderung der Wirtschaftskrise, sondern verschärft sie und verschärft gleichzeitig die politische Krise. Es ist charakteristisch für die gegenwärtige Diktaturregierung, daß sie am Wehretat, am Etat der Kriegsaufrüstung, keinen Pfennig streicht, aber die Sozialausgaben trotz der ungeheuren Notzeit weiter abbaut.

Genosse Neubauer schloß seine Anklagerede mit den Worten:

„Die Welle der proletarischen Massenkämpfe, die in diesem Jahr mit dem Streik an der Ruhr eingesetzt hat, wird ihren Fortgang nehmen. Die Arbeiterklasse ist zum Kampf gegen die Hungerregierung übergegangen."

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Bürgerkriegsrüstungen der Reichswehr

Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert Antwort: Was bedeuten die Mobilmachungsmaßnahmen der Reichswehr?

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„In der Interpellation Nr. 353 (V. Wahlperiode 1930) wurde durch die kommunistische Reichstagsfraktion auf die alarmierenden Gerüchte hingewiesen, daß die Reichswehr bereits in Alarmbereitschaft steht.

Wie übereinstimmende Meldungen aus allen Teilen des Reiches besagen, entwickelt die Reichswehr eine ständige und gesteigerte Aktivität zur Durchführung von Mobilmachungsmaßnahmen. Hierbei handelt es sich um Vorbereitungen zur faschistischen Diktatur, was in den Instruktionsstunden auch ganz offen zugegeben wird mit dem Hinweis auf die wachsende Erwerbslosigkeit, Hungerdemonstrationen, Streiks und Zusammenstöße zwischen Arbeiterschaft und Polizei. In dem Brief eines Unteroffiziers einer mitteldeutschen Garnison an die kommunistische Reichstagsfraktion heißt es:

„Es sieht so aus, als bereitet man die Soldaten auf einen evtl. Einsatz zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Unterstützung der Polizei, bzw. als Ersatz für die Polizei vor."

Vom Infanterieregiment 12 wurde gemeldet, daß solche Mobilmachungsalarme im Bataillonsverband und im Regimentsverband geübt wurden, am 17. Dezember 1930 bei Anwesenheit des Generals von Stülpnagel. Anläßlich dieser Generalmobilmachung wurden die Seitengewehre geschliffen und für jeden Mann die Erkennungsmarken ausgegeben.

Diese Mobilmachungsübungen gehen auf einen Befehl der Heeresleitung vom November 1930 zurück, der als 6. Punkt die Anweisung enthält, für den Winter hauptsächlich solche Alarmübungen durchzuführen.

Ist die Reichsregierung bereit, sich wegen dieser Bürgerkriegsübungen, die ihr zweifellos bekannt sind, im Reichstage zu verantworten?"

*

Illegales Waffenlager der Reichswehr

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation ein:

„Zu Beginn des Jahres 1930 haben Arbeiter in Leipzig ein großes Waffenlager mit Tausenden von Maschinengewehren, Gewehren, Karabinern und Handfeuerwaffen aufgedeckt, das in mehreren Schuppen außerhalb des Kasernengeländes untergebracht war. Die Schuppen dienten gleichzeitig einer Reihe von Privatfirmen als Lagerräume. Die Aufdeckung des Waffenlagers wurde merkwürdigerweise als „Diebstahl" bezeichnet, wobei die Leipziger Polizei, die unter der verantwortlichen Leitungen eines Sozialdemokraten steht, selber feststellte, daß es sich um ein illegales Lager handelte.

Die Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen 31 Arbeiter, die beschuldigt werden, an dem angeblichen Diebstahl beteiligt zu sein, unterstellt den Angeklagten als wahr, daß sie der Ueberzeugung waren, daß es sich um ein illegales Waffenlager für faschistische Zwecke handelte. Nachträglich ließen die Reichswehrinstanzen erklären, daß dieses illegale Waffenlager Eigentum der Reichswehr sei.

Ist das Reichsjustizministerium bereit, den unerhörten Prozeß gegen die 31 Arbeiter aus Leipzig sofort niederzuschlagen, die der Aufdeckung des illegalen Waffenlagers beschuldigt werden?

Ist das Reichswehrministerium bereit, sich vor dem Reichstag sofort darüber zu äußern, zu welchem Zweck die Reichswehr illegale, d. h. überetatsmäßige, Waffen besitzt?

Ist das Reichswehrministerium bereit, nachzuweisen, aus welchen Mitteln die Reichswehr überetatsmäßigen Waffenbesitz unterhält? Bei den Beratungen des Reichswehretats hat die kommunistische Reichstagsfraktion ständig darauf hingewiesen, daß die immer wiederkehrenden riesigen Summen im Haushalt des Reichswehrministeriums, besonders der Kap. 15 (Waffen, Munition, Heeresgerät) und Kap. 17 (Pionierwesen) der Beschaffung illegaler Waffenbestände dienen. Von einer Reihe von Wehrkreisen ist bekannt, daß dieser illegale Besitz an Waffen und Munition in die Hunderttausende geht, z. B. im Bereich des Wehrkreises I (Ostpreußen).

Ist das Reichswehrministerium bereit, dem Reichstag einen Ueberblick über den Gesamtbesitz überetatsmäßiger Waffen und Ausrüstungsgegenstände vorzulegen?

Kampfbund gegen den Faschismus

Achtung! Die Adresse der Reichsleitung lautet: Berlin C 2, Stralauer Str. 12. Alle Betriebe, Arbeitsnachweise, Orte, in denen die Gründung von Ortsgruppen bzw. Stafeln des Kampfbundes gegen den Faschismus beabsichtigt ist, wenden sich direkt an die Reichsleitung, wenn eine Verbindung mit der Bezirksvorstandsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus nicht zu bekommen ist. Die Reichsleitung vermittelt diese Verbindung und gibt auf alle Anfragen Auskunft.

Schwerer Faschistenüberfall in Hamburg

Hamburg, 14. Januar. Gestern abend fand in Hamburg eine öffentliche SPD.-Versammlung statt, wo sich Rundfunk-Noelting noch einmal mit Nazi-Feder beschäftigte, um damit einen Kampf der SPD. gegen den Faschismus vorzutäuschen.

In derselben Nacht überfiel ein Trupp Nationalsozialisten mehrere Mitglieder des Reichsbanners, wobei von seiten der Nazis scharf geschossen wurde. Durch die Schüsse der Nationalsozialisten wurde ein Reichsbannermann im Rücken und auch ein Nationalsozialist am Kopf verletzt. Eine Anzahl von Nazis und auch Reichsbannerleute wurden verhaftet.

Die Reichsbannerproleten haben hier den besten Anschauungsunterricht erhalten, was solche Diskussionen, wie die zwischen Noelting und Feder im Kampf gegen den Faschismus wert sind. **Hinein in den Kampfbund gegen Faschismus!**

SAJ.-Mitglieder in der roten Einheitsfront

Vor einigen Tagen fand in Artern eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus statt, die sehr stark besucht war, und in der sieben Jungarbeiter öffentlich ihren Austritt aus der SAJ., der sie bisher angehörten, erklärten.

Gegen den Lohnraub bei den Eisenbahnern

Eine Protestaktion der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 14. Januar.

Sofort zu Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags reichten die kommunistischen Ausschußvertreter zum Protest gegen den Schandschiedsspruch für die Eisenbahner folgenden Antrag ein:

„Der Reichsarbeitsminister wird aufgefordert, den Schiedsspruch der Arbeitszeit und auf Herabsetzung der Löhne der Eisenbahnarbeiter nicht für verbindlich zu erklären."

Genosse Chwalek begründete den Antrag in äußerst wirksamer Weise. Er unterbreitete dem Ausschuß eingehendes Material über die traurigen Arbeitsbedingungen und die noch traurigeren Lohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter. Mit scharfen Worten wandte sich Genosse Chwalek gegen jeden Lohnabbau und forderte eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Obwohl der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Scheffel, in der Sitzung anwesend war, verzichtete er auf das Wort, genau so wie die Nationalsozialisten.

Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag wurde verhindert durch die Mitteilung eines Regierungsvertreters, daß inzwischen, am Mittwoch vormittag, die Einigung zwischen Eisenbahnverwaltung und Gewerkschaften erzielt worden sei. Die Kommunisten erklärten darauf, daß sie sofort bei Bekanntwerden der Einigungsbedingungen, die zweifellos einem Verrat an den Interessen der Eisenbahnarbeiter gleichkommen, einen neuen Antrag einbringen werden, der die Forderungen der Eisenbahnarbeiter enthält.

Der faschistische Severing-Kurs gegen die werktätigen Bauern

In den letzten großen Streikkämpfen zeigte sich u. a. die neue und für die kapitalistische Herrschaft besonders gefährliche Tatsache der Verbrüderung von werktätigen Bauern mit den streikenden Arbeitern. Sowohl im Mansfelder und noch mehr im Streik der Berliner Metallarbeiter unterstützten die ebenfalls notleidenden werktätigen Bauern ihre kämpfenden Brüder durch Lebensmittel in beträchtlichem Ausmaße. Das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern wird im Tageskampf geschmiedet, erhält Fleisch und Blut. Die herrschende Klasse weiß diese Tatsache sehr wohl zu werten.

Anläßlich des Ruhrstreiks rief der Reichs-Bauernbund und das deutsche Nationalkomitee werktätiger Bauern die Bauernschaft Westdeutschlands wiederum zur Unterstützung der Streikenden auf. Eine Reihe Bauernversammlungen zur Organisierung der Solidaritätsaktion wurden vom RBB. einberufen. Aber Severing weiß, was er seinen Herren schuldig ist. Seine Polizeiorgane pfiffen auf die „demokratischen" Paragraphen der Weimarer Verfassung und haben die vom RBB. einberufenen Versammlungen verboten.

„RGO. wird immer stärker"

Bürgerliche Presse bestätigt die Angst vor der Kraft der RGO.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt zum Lohnraubschiedsspruch im Ruhrbergbau und zu dem zurückgezogenen Lohnabbauangebot der Gewerkschaftsführer:

„Der Grund für diesen überraschenden Schritt ist anscheinend der Wunsch, ohne jede taktische Belastung gegenüber ihren Mitgliedern bzw. der Gewerkschaftsopposition herauszukommen ... Die Gewerkschaften bereuten ihren Vorschlag auf vier Prozent, nachdem durch den wilden (!) Streik die Stärke der Revolutionären Gewerkschaftsopposition erkennbar geworden war ... Man vermutet wohl nicht mit Unrecht, daß die Reduzierung auf sechs Prozent ein Kompromiß zwischen Reichsregierung und Sozialdemokratischer Partei ist. Es gilt für die SPD., ihren großen Bergarbeiterverband möglichst zu schonen, um der

immer stärker gewordenen kommunistischen Opposition

möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten."

Das heißt: Wäre die RGO. am 2. Januar nicht so machtvoll vorgestoßen, dann wäre der Lohnraub [illegible]. Wenn schon der erste Kampf die Lohnräuber gezwungen hat, von 12 auf 6 Prozent „herunter" zugeben, dann zeigt sich die ganze Größe des Verbrechens der elenden Streikbrecherführer der Gewerkschaften, die von sich aus 6 Prozent Lohnabbau vorgeschlagen haben.

Was sind sie? Streikbrecher und Lohnräuber!

Rund um den Erdball

10 Tage, die die deutsche Arbeiterschaft nie vergißt

Noskes Weißgardisten auf der Jagd nach Karl und Rosa

Ins Maßlose gesteigerte Blut- und Mordhetze gegen Spartakus

Wir setzen heute die Schilderung der letzten zehn Tage im Leben unserer beiden unvergeßlichen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fort. Der gestern an dieser Stelle veröffentlichte Artikel befaßte sich mit den Ereignissen, die sich am 5., 6. und 7. Januar 1919, also kurz nach der Amtsenthebung des revolutionären Polizeipräsidenten Eichhorn, in Berlin abspielten.

(Arbeiterkorrespondenz)

Mittwoch, 8. Januar 1919

Von der Bötzowbrauerei, so schrieben wir gestern, gab Karl Liebknecht, während sich die revolutionären Arbeiter und Soldaten im Zeitungsviertel verbarrikadiert hatten, unermüdlich seine klaren Anweisungen und zündenden Parolen. Den ganzen Dienstag über hatte er kaum drei Stunden geschlafen. Trotzdem wurde es auch in der Nacht zum Mittwoch wieder 4 Uhr, bevor er sich zur Ruhe niederlegen konnte. Das Lager war sehr primitiv. Auf dem Billard im Restaurationszimmer hatte man ein provisorisches Ruhelager aufgeschlagen. Um 8 Uhr in der Frühe holte ihn ein Kurier zur Besprechung mit Rosa Luxemburg und anderen Genossen der Zentrale des Spartakusbundes. Auch diese Sitzung, die sehr erregt verlief, beschäftigte sich mit der spontanen Aktion der Arbeiter und Soldaten im Zeitungsviertel. Auf Betreiben Rosa Luxemburgs wurde in dieser Sitzung, die am 5. Januar 1919 erschienene Losung „Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Zusammenschluß aller der Revolution treuen Truppenteile — das ist das Gebot der Stunde!“ erweitert durch die Losung der Neuwahl der Räte.“

„Heute gilt es also, die Arbeiter- und Soldatenräte neu zu wählen, den Vollzugsrat neu zu besetzen unter der Losung: Hinaus mit Ebert und seinen Anhängern! Heute gilt es, die Erfahrung der letzten acht Wochen in den A.- und S.-Räten zum Ausdruck zu bringen und nur solche A.- und S.-Räte zu wählen, die der Auffassung, den Zielen und Bestrebungen der Massen entsprechen. Es gilt mit einem Wort, die Ebert und Scheidemann vor allem in den Fundamenten der Revolution, in den A.- und S.-Räten, zu schlagen. Dann, aber erst dann werden die Berliner Massen und ebenso die Massen im ganzen Reiche in den A.- und S.-Räten revolutionäre Organe haben, die ihnen in allen entscheidenden Momenten wirkliche Führer, wirkliche Zentren der Aktion, der Kämpfe und Siege abgeben werden.“

So peitschten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Tag für Tag, Stunde um Stunde die Obleute der Betriebe und die Führer der unabhängigen Sozialdemokraten zum Handeln an. Die aber hörten nicht und pflogen in ihrer Unentschlossenheit Beratungen Tag für Tag bis in die Nächte hinein und kamen zu keinem Entschluß.

Inzwischen waren auch die Ebert und Scheidemänner nicht müßig geblieben und in trautem Verein mit der Bürgerkanaille steigerten sie die Mord- und Bluthetze gegen die Führer des Spartakusbundes ins Maßlose. Karl Liebknecht jedoch hegte keine Minute Besorgnis um seine Persönlichkeit. Mehr schon hatte er Bedenken um das Schicksal seiner Familie. Trotz seiner ununterbrochenen angestrengtesten Tätigkeit versuchte er so oft es eben möglich war, sich mit ihr telephonisch in Verbindung zu setzen. Am Mittwoch nachmittag wurde dann einmal das Telephon gesperrt.

Erst auf die Drohung Liebknechts: „Fräulein, wenn ich nicht innerhalb zehn Minuten eine Verbindung habe, lasse ich das Amt besetzen!“ beeilte sich das Amt Steglitz, eine Verbindung herzustellen. Am späten Nachmittag erfuhr Liebknecht, daß sein ältester Sohn ebenfalls im „Vorwärts“-Gebäude eingeschlossen sei. Seine Antwort darauf: „Die Hauptsache, daß er sich tapfer verhält. Das verlange ich von meinem Sohn!“

Donnerstag, 9. Januar 1919

Die Nacht zum Donnerstag hatte Karl Liebknecht wieder in der Bötzowbrauerei verbracht. Am frühen Morgen fand abermals eine Besprechung im Polizeipräsidium statt, die in der Zentrale des Spartakusbundes ihren Fortgang nahm. Gleichzeitig fand im Humboldthain eine von Arbeitern aller Parteirichtungen besuchte Massenversammlung statt, in der der Sprecher der Regierung, das Vollzugsratmitglied Hermann Müller, mit demagogischen Mätzchen versuchte, die Massen in weiterer Unentschlossenheit zu halten. Während dieser Zeit aber begannen die Regierungstruppen ihre Offensive. Der Anhalter Bahnhof und die Eisenbahndirektion wurden gestürmt. Desgleichen kam es zu heftigen Kämpfen am Brandenburger Tor. Die Reichsdruckerei wurde den Regierungstruppen durch Verrat ausgeliefert. Der Sturm auf das Mossehaus wurde aber von den tapferen revolutionären Arbeitern und Soldaten nach hartnäckigem Kampfe abgeschlagen.

Gegen Mittag ging Karl Liebknecht mit einigen Genossen in ein kleines Restaurant in der nahegelegenen Puttkamerstraße. Hier erkannte ihn ein Soldat, der ihn aufgeregt zur Rede stellte und ihn für die blutigen Vorgänge der letzten Tage verantwortlich machte. Und nun ereignete sich das, was man so oft zu beobachten Gelegenheit hatte: Mit ruhigen Worten versuchte Liebknecht den aufgeregten Soldaten zu überzeugen. Die Unterhaltung dauerte knapp fünf Minuten. Dann schieden die beiden Gegner mit einem Händedruck als Freunde. Wieder hatte Karl Liebknecht einen begeisterten Anhänger mehr.

Freitag, 10. Januar 1919

Am Freitagmorgen erreichte Karl Liebknecht, der in der Greifswalder Straße bei Genossen übernachtet hatte, die Unglücksmeldung von der Niederlage der kämpfenden Arbeiter in Spandau. Dort hatte der Arbeiter- und Soldatenrat sich für die in Berlin kämpfenden Arbeiter erklärt und versucht, die in Spandau lagernden Waffen- und Munitionsvorräte für Berlin nutzbar zu machen. Am Widerstand der Spandauer Truppen war dieser Versuch gescheitert. Die Arbeiter wurden von der gewaltigen Uebermacht niedergeschlagen. Viele Arbeiter wurden gefangengenommen, darunter auch eine Anzahl Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates.

In der späten Vormittagsstunde wußte Karl Liebknecht zu einer Besprechung am Halleschen Tor. Um dorthin zu gelangen, benutzte er mit einem Genossen vom Alexanderplatz aus die U-Bahn und kam auch unerkannt zum Halleschen Tor. Als er nun dort eine aufgeregt diskutierende Menschenansammlung sah, wollte er sich auch gern einmal eine der dort gehaltenen Reden anhören und stellte sich unbemerkt dazu. Später, beim Fortgehen, sagte er dann: „Jammerschade, jammerschade, daß ich jetzt nicht mitreden kann!“ Hier, am Halleschen Tor, folgte dann eine Besprechung der anderen. Die letzte mit Rosa Luxemburg dauerte sogar bis morgens 3 Uhr. Hier platzte auch die Unglücksmeldung von der Verhaftung der Führer der Verhandlungskommission der revolutionären Arbeiter, Georg Ledebours und Ernst Meyers, herein, die von einen Kommando von 20 Mann und vier Maschinengewehren abgeführt worden waren.

Wie die Mordhetze begann

Bereits Ende Dezember begann die wieder erstarkende Reaktion, von Ebert, Scheidemann und Noske zur blutigen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft herangezogen, eine wüste Mordhetze gegen die Führer der klassenbewußten Arbeiterschaft. Das nachstehend wiedergegebene Plakat hing noch bis tief in das Jahr 1919 hinein an vielen Mauern und Häuserfronten Berlins:

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen: von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot!

Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten.

Wo ist Radeck?

Die Nachforschungen über den Aufenthalt des Bolschewistenführers Radek haben bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt. Die

„Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“

hat für die Ergreifung Radeks oder für Angaben, welche zu seiner Festnahme führen können, eine

Belohnung von 10000 Mark

ausgesetzt. Alle mündlichen oder schriftlichen Angaben sind an die Geschäftsstelle der Vereinigung, Berlin W 9, Schellingstr. 2, zu richten. Fernsprecher: Amt Kurfürst 5173.

(Hetzplakat aus den Januartagen 1919.)

Schwere Bergrutschkatastrophe im Rhonetal

Schülerin von Gesteinsmassen erschlagen

Vierzehnjähriges Mädchen sofort getötet — Zwei weitere Schülerinnen schwer verletzt

Am Dienstagnachmittag ereignete sich zwischen Mörel und Brig im Rhonetal ein gewaltiger Erdrutsch, und zwar gerade in dem Augenblick, als etwa 20 Schulkinder, die sich auf einem Ausflug befanden, die Unglücksstelle passierten. Ein vierzehnjähriges Mädchen wurde verschüttet und konnte später nur als Leiche geborgen werden. Die übrigen kamen, bis auf zwei weitere Schülerinnen, die lebensgefährliche Verletzungen erlitten, mit dem Schrecken davon.

Nach ergänzenden Mitteilungen ereignete sich das Unglück auf dem Rückweg der Schulklasse nach Brig. Eine Knabenabteilung hatte bereits die Kapelle Hohenflüh bei Mörel passiert. Als die Mädchen unter Führung einer Lehrerin der Knabenabteilung gerade folgen wollte, lösten sich unter donnerartigem Getöse ein Bergfelsen. Bei seinem Absturz wurde ein 14jähriges Mädchen sofort getötet. Die Furka ist durch den Felssturz vollkommen gesperrt. Die hervorstürzenden Wasser des Kanals eines Werkes überfluteten im Nu die Straße, so daß der Rückzug der Schulklasse äußerst lebensgefährlich wurde. Auch die Elektrizitätsversorgung der Furkabahn ist durch die Bergsturzkatastrophe gestört.

Vulkanausbrüche in Argentinien

Zahlreiche Todesopfer — Gesamte Ernte vernichtet

Buenos Aires, 14. Januar. In der Nähe von San Antonio de las Cobres in der Provinz Los-Andes sind am Dienstag zwei Vulkane plötzlich in Tätigkeit getreten und haben gewaltige Lavamassen ausgeworfen. Zahlreiche Todesopfer sind zu beklagen. Die gesamte Ernte in der Nähe der Vulkane ist vernichtet. Desgleichen sind die Verluste an Vieh sehr groß. Von Salta aus wurde eine Hilfsexpedition ausgerüstet, die sich sofort in das Unglücksgebiet begeben hat.

Zyklon über Tripolis

Zahlreiche Häuser abgedeckt

Rom, 14. Januar. Ungeheure Verwüstungen richtete ein schwerer Zyklon in Tripolis und anderen Gebieten Lybiens an. An der Küste erreichte der Sturm eine Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern.

In Tripolis und Umgebung wurden unzählige Bäume und Telegonphenstangen umgestürzt und zahlreiche Häuser abgedeckt. Im Judenviertel Tripolis' kam durch den Einsturz eines Hauses ein Bewohner ums Leben, zwei wurden schwer verletzt. In einem Dorf in der Nähe Tripolis' wurden zwei Eingeborene durch umstürzende Palmen erschlagen.

Der Lübecker Bazillenmord

Lübeck, 14. Januar. Von den Lübecker Kindern, die nach dem Calmette-Verfahren behandelt waren, ist in der Nacht zum Mittwoch das 75. Kind gestorben. Es hatte bereits ein Alter von 10½ Monaten erreicht. Trotzdem die Schuldfrage durch monatelange Untersuchungen nunmehr einwandfrei zuungunsten der Lübecker Aerzte ausgefallen ist, denkt jedoch die Staatsanwaltschaft immer noch nicht daran, die Schuldigen an dem Tode von 75 Säuglingen proletarischer Herkunft zu verhaften

Durch 4000 Volt getötet

Gefährliche Experimente eines Studenten.

Halle (Saale), 14. Januar. Der 25jährige Student Hans Thiele wurde bei Experimenten im physikalischen Institut der Universität Halle (Saale) durch den elektrischen Strom getötet.

Seit Monaten war der Verunglückte mit einer Examensarbeit über elektrische Schwingungen beschäftigt und kam beim praktischen Experimentieren durch ein Versehen den Hochspannung führenden Drähten zu nahe, die mit 4000 Volt geladen waren. Der Student wurde sofort getötet.

Acht Todesopfer einer Motorbootfahrt

Ein Motorboot, das am Montag mit acht Personen von Kabelvaag auf den Lofoten nach Hennings-vaer abgefahren war, wurde unterwegs von einem Sturm überrascht und erreichte nicht den Bestimmungsort. Am Dienstag fand man Wrackstücke und die Leiche einer der an Bord gewesenen Personen

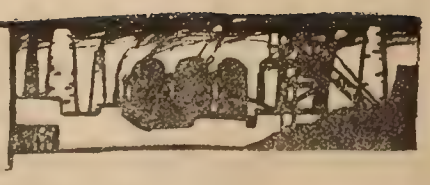
Auch in Japan schwere Sturmschäden

Gewaltigen Schaden richtete ein Sturm in der Provinz Fukien an. Ueber 1000 Häuser wurden schwer beschädigt. In der kleinen Stadt Muje sind fünf Personen ertrunken. In Osaka werden zwei Personen vermißt. Aus allen Hafenstädten werden Schiffsunfälle infolge des Sturmes gemeldet.

Ofenexplosion bewirkt Hauseinsturz

In St. Etienne in Frankreich ist durch die Explosion eines Ofens ein Haus eingestürzt. Neun Einwohner wurden verschüttet, doch gelang es, die Verwundeten aus den Gesteinstrümmern zu bergen. Der Zustand einer Frau ist lebensgefährlich.

Stimmen der Werktätigen



Blaichacher Erwerbslose gegen SPD.

Blaichach. Am Samstag vor acht Tagen hielten die Erwerbslosen mit Betriebsarbeitern eine Versammlung ab, in der im besonderen Stellung genommen wird, zu den rigorosen Verschlechterungen in der Erwerbslosenversicherung und Krisenunterstützung. Der Genosse Mayr ging dann auch auf die Notverordnung ein und brandmarkte das schändliche Verhalten der SPD. und NSDAP. In seinen weiteren Ausführungen kam dann im besonderen noch das ganze schamlose Treiben der SPD.-Bönzchen von Blaichach gebührend zur Sprache.

Durch folgende Resolution, die einstimmig von der gut besuchten Versammlung angenommen wurde, soll die SPD. Blaichach öffentlich gebrandmarkt werden:

„Die am 3. Januar 1931 versammelten Erwerbslosen und Betriebsarbeiter nahmen Stellung gegen das verräterische Vorgehen der sogenannten SPD.-Arbeitervertreter à la Ehrlich und Konsorten, die in schamloser Weise in ihren Anschlägen, die sie vor kurzer Zeit gemacht haben, die Kommunisten die sich bei jeder Gelegenheit für die Arbeiterklasse einsetzen, in den Schmutz und Kot ziehen. Die angehenden SPD.-Bönzchen scheinen nichts zu wissen von der heutigen Verelendung der Arbeitermassen, in der Rationalisierung, Lohnabbau, in der Durchführung der Notverordnung, die mit Hilfe der SPD.-Fraktion im Reichstag durchgeführt von Brüning mit § 48 auf das schaffende Volk losgelassen wird. Es ist kennzeichnend, daß die SPD. die Partei ist, die nur die Interessen der Bourgeoisie vertritt, wie es die verschiedenen Schiedssprüche sowie Streikabwürgungen, Verfolgung der revolutionären Arbeiterschaft, Verbot des RFB. durch Severing, Niederknallung der 33 Opfer am 1. Mai 1929 durch den SPD.-Präsidenten Zörgiebel bewiesen haben.

All diese Dinge sehen die Herren von Blaichach nicht, sie sehen nur solche Angelegenheiten, die sie überhaupt nichts angehen, aber wenn man die Fehler der eigenen Partei, die zum sogenannten Himmel stinken, nicht sieht, so kann es niemand wundern, wenn den Arbeitern Sand in die Augen gestreut wird, um die ganze skrupellose, ganz gemeine Verräterei an den Arbeitern durch die Führer der SPD. zu verdecken.

Daß die SPD. keine Arbeiterpartei mehr ist, das erkennen am allermeisten die Erwerbslosen, die begreifen, daß es nur eine Arbeiterpartei gibt, die KPD., die sich wirklich um die Interessen der Erwerbslosen sowie des gesamten schaffenden Volkes einsetzt.

Alle Anwesenden verwerfen und verurteilen das Vorgehen der SPD. in Blaichach,

die kein Recht hat, sich eine Arbeiterpartei zu nennen, und rufen allen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern zu, schart euch um die KPD. die das Banner der Freiheit voranträgt. Schmeißt alle SPD.-Schmierblätter in das Feuer, lest die „Neue Zeitung", die unerschrocken die Heuchelei der SPD. mit all ihrem Anhängsel brandmarkt. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis der Tag anbricht, wo wir das ganze Gesindel zum Teufel hauen, mit all ihren Trabanten und einen Arbeiterstaat aufbauen, ein freies sozialistisches Deutschland, nach dem Beispiel unserer russischen Brüder, zum Wohle aller Arbeiter und armen Bauern. AK. 3668.

Jahreshauptversammlung des Gesamtverbandes Füssen

Füssen. Am Samstag, den 10. Januar hatte der Gesamtverband öffentlicher Betriebe des Personen- und Warenverkehrs seine Mitglieder zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Die Mitglieder hatten der Einladung ziemlich Folge geleistet. Die Tagesordnung umfaßte 6 Punkte, von denen besonders der 3. Punkt Kassenbericht vom 4. Quartal 1930, sowie der Jahresbericht des Kassiers zu erwähnen wäre, der von Kollegen Leising Frz. mustergültig gegeben wurde, wofür ihm vom Vorsitzenden Kollegen Urban der Dank ausgesprochen wurde. Bei der geheimen Wahl wurden die alten Kollegen sämtliche wiedergewählt, ein Zeichen, daß die Mitglieder mit der Leitung der Ortsgruppe zufrieden sind. Es wurde von einem Mitglied die Anregung gemacht, daß der Schriftführer jeweils einen Bericht an die „Schwäbische Volkszeitung", an die „Neue Zeitung" und an die Gewerkschaftszeitung zu senden habe. Es wurde auch in diesem Sinne beschlossen. Um 23,15 Uhr konnte Vorsitzender Kollege Urban die interessante Versammlung unter Dankesworten schließen.

AK. 3691.

*

Diesem Versammlungsbericht nach herrscht in Füssen mustergültigste Ordnung und in der Gewerkschaft die schönste Eintracht. Es wäre uns schon sehr lieb gewesen, wir hätten kurz erfahren, welches die 6 Tagesordnungspunkte waren und was die Mitglieder dazu gesagt haben.

Steht in Füssen für die Kollegen des Personen- und Warenverkehrs kein Lohnabbau, keine Tarifkündigung zur Debatte?

Wenn noch nicht, was sagen dann die Kollegen zur Lohnrauboffensive der Unternehmer im Reich, was sagen sie zum Ruhrkampf, was sagen sie zur Aussperrung in der Textilindustrie, wovon auch Füssen betroffen ist usw. Diese Dinge gehören, soweit sie die Versammlung berührt haben, in den Bericht. Wir hoffen, daß uns der Schriftführer des Verbandes nicht mißversteht. Die Red.

Vormarsch im Steigerwald

Obwohl die Bevölkerung des Steigerwaldes unter äußerst ärmlichen Verhältnissen ihr Leben notdürftig fristet, hatten im allgemeinen noch immer die Parteien, welche am meisten die Bestellerung und Ausbeutung der Arbeiterschaft betreiben, einen starken Einfluß. Dies scheint sich nun in neuerer Zeit geändert zu haben.

Die am Samstag, den 10. Januar in Dankenfeld stattgefundene öffentliche Versammlung der KPD. bewies dies. Die sehr gut besuchte Versammlung lauschte gespannt den Ausführungen des Genossen B. aus Schweinfurt und bewies dann auch nach scharfer Abrechnung mit den Verrätern, ihre Sympathie für die KPD., durch reichen Beifall. Obwohl alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden um die Versammlung zu verhindern, oder den Besuch zu beeinflussen, folgten trotzdem eine große Anzahl von Arbeitern und Kleinbauern dem Ruf der KPD. Zweifellos hat die Versammlung gezeigt, daß es nur bei uns liegt, die Sympathie auszunützen, um die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern zu verwirklichen und durchzuführen.

Die Genossen von Dankenfeld werden nach diesem Ansporn, nun erst recht an die Arbeit gehen, um auch den Sieg der Partei auf dem Lande vorzubereiten. Mag die Dorfintellegenz unter Führung des Pfarrers auch noch so geifern und auf den „roten Mob" und den „roten Teufel" schimpfen und hetzen, an die Arbeit Genossen, das ist das Gebot der Stunde, um den Sieg des Proletariats zu sichern. AK. 3697.

Hunger im Bayerischen Wald

Das Schloß des Herrn Hochwürden ist fertig

Haidmühle. Die ganze deutsche Arbeiterschaft und die kleinen Beamten klappern vor Armut und speziell hier im Bayerischen Wald, aber die Pfaffen nicht, denn die Kirchenbausammlungen werden im bayerischen Landtag ohne weiteres genehmigt. Und von diesem Sammlungsrecht machen die geistlichen Würdenträger sehr ausgiebig Gebrauch, so daß der Pfarrer von Frauenberg bei irgend einer Feier über die Fertigstellung der Kirche schmunzelte: Sein Schloß sei fertig...

Sein Gartenzaun aus schön gehauenem Granit und ölgestrichenen Holzlatten hätte allein schon für eine Arbeiterfamilie ein Haus gegeben. Die Haushälterin und die Nichte des Pfarrers zeigen dem Schloß gemäß aus, wahrscheinlich kann das der Herr Hochwürden leisten, denn er verdient mindestens fünfmal soviel als ein Arbeiter.

Die Sammlung schrint's, hat sehr viel abgeworfen, denn die Kirchenverwaltung hat erst kürzlich einen Baugrund um 6800 M. gekauft und nach zuverlässigen Schätzungen noch 13 000 Mark Bargeld, alles natürlich aus den Taschen der Dummen!

Das reimt sich in der jetzigen Zeit gut zusammen. Gerade bei uns im Bayerischen Wald nagen Tausende am Hungertuch, die Kirche aber baut ihren Seelsorgern „Schlösser" und hat obendrein Ueberschuß. Dieses Mißverhältnis können nur die Arbeiter, Bauern und Mittelständler unter Führung der Kommunisten beseitigen, indem sie dieses System stürzen und ein freies sozialistisches Deutschland schaffen. Jeder fortschrittliche Werktätige hat die Verpflichtung angesichts solcher Tatsachen sofort aus der Kirche auszutreten!

AK. 3689.

Hauptbetriebsrat läßt Ausgesteuerten im Stich

Kolbermoor. Ich bin seit 5. November 1924 im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisiert. Seit 9. Februar 1929 bin ich arbeitslos. Seither habe ich nur neun Wochen arbeiten können.

Auf Weihnachten 1930 wurde für Ausgesteuerte von unserem Verband eine Weihnachtsbeihilfe ausgezahlt. Ich erfuhr zufällig davon und meldete mich beim Hauptbetriebsrat Holmer. Derselbe forderte mir mein Verbandsbuch und sagte, er wolle schauen, daß ich was bekäme. Es kam Weihnachten, ich bekam aber mein Buch zurück mit dem Bemerken, ich bekäme nichts. Ich wandte mich nun an den Verband selbst. In der Bestimmung hieß es: Wer mindestens 16 Wochen ausgesteuert ist, hat Anspruch auf Unterstützung. Ich bin aber schon 1½ Jahre ausgesteuert und habe sechs Kinder. Der Verband hat gesagt, daß ich berechtigt wäre für die Unterstützung. Am 11. ds. Mts. war nun in Bad Aibling die Generalversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes, von der man mir aber nichts zu wissen gab. Der Vertreter Weingart zeigte nun dem Hauptbetriebsrat Holmer mein Verbandsbuch und fragte denselben, wie das käme, das Buch sei in Ordnung, und warum ich nicht die Unterstützung bekommen hätte. Nun entschuldigt sich Holmer, der stets in Arbeit steht damit, ich hätte einmal Arbeit gehabt und keine Marken geklebt.

Wir wurden zirka 20 Mann anfangs Oktober zum Straßenbau nach Vagen überwiesen, Stundenlohn 70 Pfg. Wir forderten über den Tiefbautarif; als der Bezirksbaumeister Hintermeier vom Verband Wind bekam, wurden wir 20 Mann sofort wieder entlassen und nur solche durften arbeiten, die sich verpflichteten, den Tarif nicht zu verlangen. Also ich hätte eine Beitragswoche bleiben müssen, ich sagte es Holmer, daß ich jetzt kein Geld habe, denn wir haben weniger Verdienst, als die Unterstützung ausmachte. Er sagte auch, diese eine Woche sei nicht der Mühe wert. In der Versammlung aber macht er gerade diesen Punkt beim Verbandssekretär geltend. AK. 3686.

Dem Einsender dieser Zeilen und seinen übrigen Kollegen wollen wir nur sagen, daß sein Fall nicht der erste ist, wo Arbeiter von reformistisch eingestellten Dauerbetriebsräten kaltschnäuzig im Stich gelassen wurden. Kämpft mit der RGO., Kollegen, dann seid ihr eine Macht und könnt diesen Leuten zeigen, wo Barth den Most holt.

Aus dem Inhalt der neuen AIZ.

Titelseite: Streikwelle überflutet Deutschland! Sodann: Bilder der Woche, Gedenkblatt zum Todestage Lenins am 21. Januar. Reportage: Brennende Ruhr — Die rote Kampffront formiert sich. Bei den Strickerinnen des Frankenwaldes. Roman „Maria und der Paragraph". Gedicht von Alf. Raddatz „Gesang der Bauern aus Setzuan. Im Menschenkäfig von Sing-Sing. „Am Rande der Wüste Gobi". Humor und Satire, Bilder aus dem großen Russenfilm „Erde".

Aus dem Gerichtssaal

Ein Blick ins dritte Reich

Zu den Akkordarbeitern am Wallbau gegen den autoritätsfeindlichen Bolschewismus zählen sich die Herren vom Hakenkreuz. Der Herr nationalsozialistische Minister Franzen, begreift die Erneuerung des Teutschtums darin, daß jeder „den inneren Schweinehund ertöte". Das ist natürlich auch Aufgabe der Hakenkreuzler, z. B. des „Stürmer". Wer dieses Blättchen einmal gelesen hat, wird erkennen, daß der innere Schweinehundmord eine Sauarbeit ist.

Der „Stürmer" hat nun einmal einen Artikel veröffentlicht. Die Gewährsmänner waren Realschüler von Gunzenhausen, die eben die Gewißheit das Schlußexamen bestanden zu haben in der Tasche und somit den Mut hatten, gegen einen Lehrer der Anstalt anzugehen, auf dem der „Makel" des Judentums lastete. Selbst in Gunzenhausen. —

Der Herr Professor hatte die Kühnheit die „mit der Hitlerbewegung sympathisierenden" Schüler mit „Schaf Gottes, Lamm Gottes" zu betiteln, so ihre neusprachlichen Kenntnisse ihren politischen Kenntnissen adäquat waren. Der Ausdruck „Schaf Gottes" ist weitverbreitet, ebenso wie „Roß Gottes". Gerade der letzte Ausdruck sollte den Wotansjünglingen sympathisch sein, verbinden sich doch mit ihm die letzten Erinnerungen an den Schimmel Wotans. Aber solcher Kentnisse bedarf das dritte Reich nicht. Die Jünglinge nahmen Anstoß daran, weil sie im Ausdruck „Schaf Gottes" eine Beleidigung der katholischen Religion erblickten. Zudem soll der Lehrer noch gesagt haben, der „Papst sei der Leithammel der Katholiken". — Das Verbrechen war fertig, das Examen bestanden und nun „haut den Juden!" Hitler ist plötzlich katholisch geworden. Er schützt auch das semitisch-römische, ungermanische — weitere Ausdrücke, bitte, bei Ludendorff und Rosenberg nachzulesen — Bekenntnis. Wies trefft!

Die Zeugen können sich zum großen Teil an nichts erinnern. Der Pastor von Gunzenhausen hält die Aeußerungen des Professors über den Papst für absurd. Die Schülerinnen sagen aus, daß das Verhältnis zwischen den beiden Geschlechtern getrübt war, weil „die Buben unanständig gegen die Mädchen waren". — Paßt alles ins dritte Reich. Es ist viel leichter einen Juden ins Gesicht zu speien als ein unregelmäßiges Verbum zu konjugieren. Hitler kann das auch nicht. Wozu dann die Realschüler von Gunzenhausen? — — Innere Verlogenheit und Feigheit und Verleumdung! Heil, Teutschland! — — — Der Prozeß ist am Samstag nicht zu Ende geführt worden. Er kostet einen Batzen Geld. Macht nichts; dafür erfrieren einige Erwerbslose.

Vergehen gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Dreimal war diese Verhandlung angesetzt. Nun konnte sie steigen. Ein gewaltiger Apparat, Zeugen, Sachverständiger. Resultat: 30 Mark Geldstrafe.

Ein Arzt hatte eine Broschüre geschrieben mit der Tendenz den weitverbreiteten Frauenkrankheiten durch Aufklärung entgegenzutreten. Er hatte darin auch Ratschläge erteilt zur Selbstbehandlung von Katarrhen der Geschlechtsorgane.

Eine Broschüre war der Polizei in die Hände gefallen. Um ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, hatte sie Anzeige erstattet. Um die deutsche Gebärkraft zu erhalten, hat die Frau zum approbierten Arzt zu gehen, der sie unter Umständen auf Blinddarmreizung behandelt. —

Interessanter als der Fall, der die Lebensarbeit eines Mannes mit einem gerichtlichen Urteil abschließt, waren die Ausführungen, die mir gegenüber ein junger Arzt machte. Er verwies auch — wie schon öfter auch Juristen — auf die modernen Anschauungen Sowjetsrußlands. Er sprach von der Zulässigkeit der Abtreibung, von dem Unsinn Homosexuelle zu bestrafen und anderen modernen Fragen der Wissenschaft. Auch über die Rechtssprechung fand er gute Worte. —

Man muß konstatieren, daß der verdammte Kulturbolschewismus auch unter Intellektuellen marschiert und daß er den „Wall gegen den Bolschewismus" nehmen wird wie ein Tank einen Schützengraben.

Ernstes und Heiteres aus Neuburg v.W.

Ein Arbeiterkorrespondent mit poetischer Ader hat seine Zukunft in folgenden Reimen abgefaßt:

Jetzt sagt Dr. Schenkl: Es ist vollbracht —
Gottschall ist aus der Wohnung gejagt —
Schaller hat mit falschen Bericht —
An das Amtsgericht, ihn unterstützt —
Daß dieses nicht die Wahrheit war —
Zeigt der Auftrag, den er gab. —
Verwalter Ettl, Klein und Wendl —
Mußten erst zum Armenhaus pendeln —
Mit Eisensäge, Hammer und Schwert —
Wurden Zimmer und Keller gesprengt und geleert. —
Freund Nickel und Ettl, die Sozialdemokraten —
Haben ihren Freund Gottschall schmählich verraten —
Schorsch Legl, als Beisitzer im Mieteinigungsamt —
Hat mitgeholfen, und somit war Gottschall verdammt. —
Der Gerichtsvollzieher mit Zimmermann Klein und Sohn
Rückten am 2. Januar früh 10 Uhr an mit Hohn —
Wollten Gottschall herauswerfen aus dem Haus —
Doch dieser, als der Gescheitere, zog selber aus. —
Der Stadtrat mit Zuschuß aus Erwerbslosenmitteln —
Baut damit Wohnungen für Beamte mit Titeln. —
Läßt Arbeiter in Schweineställen hausen —
Und Kinder und Eltern in einem Bett verlausen. —
Kommissionen aus Stadträten, Aerzten und Beamten —
Finden im Armenhaus nichts zum beanstanden —
Im Armenhaus ist eben alles, auch sittliche Verrohung erlaubt
Freund Bezirksarzt hat geruht, zu verfügen —
Daß die Armenhäusler dürfen auf dem Dachboden liegen
Regen, Wind und Sonnenschein —
Können vom Dach ohne Fenster herein. —
Ratten und Mäuse im Ueberfluß —
Geben diese a Schlafstall besondern Genuß —
Nun haben wir frohen Mutes gesagt —
Daß hat niemand, als Schaller und Schenkl fertige

Bürokratie und Justiz Hand in Hand

Ingolstadt. Am 1. Mai 1930 wurde hier eine Demonstration der KPD. von zirka zehn Polizeibeamten aufgelöst. Der Führer der Polizei erklärte, daß die Kommunisten sich für diese Auflösung bei den Führern des Gewerkschaftsdemonstrationszuges bedanken müßten. In Frage käme der Sekretär Oberhauser. Genosse Haas warf demselben in einer Gewerkschaftsversammlung vor, er sei schuld an der Auflösung der kommunistischen Demonstration. Darauf klagte der Gewerkschaftssekretär beim Amtsgericht Ingolstadt wegen Beleidigung.

Am 26. November war Verhandlung. Ein Zeuge, Polizeioberinspektor Grünzweig sagte zu Gunsten Oberhausers aus (!), daß O. wohl zweimal auf der Polizei war und auf Befragen, ob er die Verfügung kenne, die besagt, daß kommunistische Fahnen, mit Sowjetstern usw. nicht mitgeführt werden dürfen, erklärte er,

er werde Sorge dafür tragen, daß derartiges in seiner Gewerkschaftsdemonstration nicht mitgeführt werde.

Genosse Haas hatte zehn Zeugen, daß der Leiter der Polizeiabteilung den obigen Ausspruch gemacht hat. Derselbe aber ist an den Folgen eines Unfalles gestorben und konnte deshalb nicht mehr als Zeuge auftreten. Das bürgerliche Gericht erblickte in den Aeußerungen des Arbeiters Haas eine Beleidigung schwerster Art gegenüber einem gutbezahlten Gewerkschaftsbeamten (SPD.) und verurteilte den Genossen zu 50 Mark Geldstrafe oder 15 Tagen Haft, zur Tragung der sämtlichen Kosten und Veröffentlichung des Urteils im „Ingolstädter Anzeiger", SPD.-Organ. Genosse Haas hat Berufung eingelegt.

Man sieht an diesem Fall wieder sehr genau die Zusammenarbeit der Sozialfaschisten mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Vor dem 1. Mai war der Herr Gewerkschaftssekretär bereits zweimal bei der Polizei, um mit seiner Demonstration nichts Unerlaubtes zu tun und nach der Demonstration arbeiteten beide wieder vor Gericht zusammen. Die zehn Zeugen des Arbeiters Haas galten nichts. Der Kommunist muß verurteilt werden, ob schuldig oder unschuldig. Auch dieses Klassenurteil wird die Arbeiterschaft eines Tages quittieren!

AK. 3698.

Zur Rechten sah man wie zur Linken

die halbe SPD-Fraktion von Pasing heruntersinken

Wenn Lächerlichkeit töten würde, die SPD. von Pasing wäre mausetot. Auch im Pasinger Stadtrat blieb es der SPD. nicht erspart, zu der von ihrer Partei im Reichstag gebilligten Negersteuer Stellung zu nehmen. Aber in Pasing ist das nicht so einfach wie im Reichstag, da sieht man nämlich besser zu. So kam es, daß drei der skrupellosesten Stadträte für die Negersteuer stimmten und vier SPD.-Stadträte dagegen. Wer hat nun recht? Beide Teile, sagt die überschlaue Pasinger SPD. Einem Bericht über ihre Generalversammlung entnehmen wir folgenden Auszug:

Nimmersall kam dann auf die städt. Notsteuern zu sprechen. Er bekannte sich rückhaltlos zu den Dreien der Fraktion, die für die Bürgersteuer stimmten. Einzig und allein die Rücksicht auf die Allerärmsten, die Ausgesteuerten und die Wohlfahrtsempfänger, war es, die die drei Genossen bewogen, in den bitteren Apfel der Negersteuer zu beißen. Die Gründe, die Nimmersall für sein Vorgehen veranlaßten, waren einzig und allein getragen von dem Gedanken des Allgemeinwohls.

Aber auch, was Langinger, als Mitberichterstatter im Namen der vier anderen Stadträte, die die Bürgersteuer grundsätzlich ablehnten, sagte, war hieb- und stichfest. Auch hier war der ernsthafte Wille maßgebend, der Arbeiterschaft zu helfen.

Diese grenzenlose Demagogie und Schleimerei wird nur noch durch die Gemeinheit überboten, die in der Behauptung liegt, liege im Interesse der Ausgesteuerten und Wohlfahrtsempfänger.

Solche schleimigen Brüder wie der SPD.-Berichterstatter scheinen große Teile der Mitgliedschaft in der Pasinger SPD. aber doch nicht zu sein, denn es gab eine schwere Diskussion über die Zwiespältigkeit der SPD.-Politik. Wir fragen die SPD.-Stadträte die gegen die Negersteuer gestimmt haben und jene SPD.-Mitglieder die hinter ihnen stehen, ob sie dieses erbärmliche Kasperltheater zur Täuschung der proletarischen Massen noch länger mitmachen wollen. Wenn ja, dann sind sie kein Haar besser als die Bewilliger der ungeheuerlichen Negersteuer.

Heimlich Schlemmen!

Die abgrundtiefe Heuchelei bürgerlicher Zeitungen

Aus Rosenheim wird gemeldet:

Nach dem Vorbild zweier Allgäuer Blätter haben nun auch die beiden Rosenheimer Tageszeitungen beschlossen, in diesem Fasching von einer Berichterstattung über Bälle usw. abzusehen, da es in den Kreisen, die gerade in diesem Winter so schwere Not leiden, bitter empfunden werden muß, wenn in den Zeitungen während des Karnevals fortgesetzt ein anschauliches Bild vom Leben und Luxus vorgesetzt wird.

Aber gefeiert wird natürlich erst recht. Nur soll es heimlich gemacht werden. Es fehlen einem wahrhaftig die Worte, mit denen diese Verhöhnung der Armen durch die widerlich feigen Satten hinreichend gekennzeichnet wären. Dieselben Heuchler sind es dann, die sich nicht genug entrüsten können, wenn ein Erwerbsloser mal ins Kino geht. Aber es kommen auch einmal andere Zeiten ihr Herren, wo die Arbeiterschaft eurem heimlichen und öffentlichen Luxus ein jähes Ende bereiten wird.

Gummiknüppel statt Brot

Redenfelden. Auch auf dem Lande wird die Not immer größer durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Arbeiter erkennen immer mehr, daß sie gemeinsam kämpfen müssen, um ihre Lebensexistenz zu verbessern. So demonstrierten am zweiten Weihnachtsfeiertag Erwerbslose und Betriebsarbeiter gemeinsam durch Redenfelden und Raubling unter dem Gesang von revolutionären Liedern. Mit einem dreifachen „Rot-Front" löste sich die Demonstration auf.

Als nun die meisten Arbeiter zu Hause waren, erschien die Polizei mit dem Gummiknüppel in der Hand, um die Arbeiter zu provozieren. Als nur noch ein paar Arbeiter anwesend waren, glaubten sie ihren Mut kühlen zu können, aber die Arbeiter fielen auf ihre Provokation nicht herein und sagten ihnen ihre Meinung richtig,

daß sie sich das Recht nicht nehmen lassen auf die Straße zu gehen.

Nun erst recht, reiht euch ein in die Kommunistische Partei und kämpft weiter bis zum Sieg.

AK. 3659.

Aus der Arbeiter Esperanto-Bewegung

München. Die Ortsgruppe München des Deutschen Arbeiter-Esperantisten-Bundes hielt am 9. Januar 1931 in ihrem Gruppenlokal im Gasthaus „Eichthalgarten", Buttermelcherstraße 5, ihre Jahres-Generalversammlung ab. Es konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß der Deutsche Arbeiter-Esperantisten-Bund durch den Anschluß an die Isa starken Zuzug aus den Reihen des klassenbewußten Proletariats aufweisen kann, so daß

die kleinen Lücken welche durch die, von der sozialdemokratischen Richtung betriebene Spaltung entstanden sind, längst wieder ausgefüllt sind.

Besonders auch die hiesige Ortsgruppe kann bereits wieder ein beträchtliches Anwachsen verzeichnen. Die im letzten Herbst begonnenen Kurse wurden in allen Stadtteilen gut besucht und weisen gegenwärtig laut Bericht der Kursleiter noch 123 Teilnehmer auf. Ein Esperanto-Doppel-Quartett ist bereits herangebildet und konnte schon in dieser Jahresversammlung den Beweis seines Könnens liefern.

Die bisherige Vorstandschaft wurde wiedergewählt und um ein Mitglied vermehrt. An der Schwelle eines neuen Jahres wurde die sichere Zuversicht ausgesprochen auf die besten Erfolge, da gerade jetzt Esperanto eindringt in die Massen des klassenbewußten, revolutionären Proletariats. Unter dem Eindruck aufrichtiger Kameradschaftlichkeit und den Klängen der Internationale (in Esperanto) schloß der 1. Vorsitzende die von 61 Teilnehmern besuchte Jahresversammlung.

Die SPD hütet ängstlich ihre Schäflein

In der SAJ. rebellieren die Mitglieder immer stärker gegen die sozialdemokratische Verräterpolitik der verbürgerlichten Führung. In allen Gebieten des Reiches gibt es Krach und werden Mitglieder ausgeschlossen, wenn sie es wagen, gegen das Diktat der SAJ.-Führer und des SPD.-Vorstandes, der die SAJ. in Wirklichkeit leitet, ein offenes Wort zu sagen.

Angesichts dieser Lage versucht nun die SPD. in München, die SAJ. abzudichten gegen oppositionelle Einflüsse. Man berief die Münchener Organisation am Montag zusammen und setzte den SAJ.-Mitgliedern ein paar große Kanonen vor die Nase. Dr. Hirschberg hielt ein Referat, das die Jugendlichen angeblich tief ergriffen haben soll. Wenn man dem Bericht der „Münchener Post" glauben darf, dann umging der Herr Doktor allerdings alle heiklen Fragen der SPD.-Politik. Sonst hätte es am Ende mit dem „ergreifen" ganz anders auslaufen können. Um vor den Jugendlichen ordentlich Eindruck zu schinden waren noch die „Größen" Elisabeth Kaeser, die Pfülf und die — Aschenbrenner zur Versammlung dirigiert. Von der letztgenannten sollen die Jugendlichen wohl Grundsatzfestigkeit lernen, natürlich nur so lange, bis sie wieder in einem anderen Lager ist.

Durch solche Paradeveranstaltungen wird die SPD. die allenthalben stürmisch anwachsende Opposition in der SAJ. nicht groß aufhalten können. Eines Tages werden alle großen Kanonen nichts mehr nützen und diejenigen Mitglieder der SAJ., die auf den Klassenkampf nicht verzichten wollen die ehrlich die Befreiung des Proletariats im revolutionären Kampf erstreben, werden dem Lager der verbürgerlichten, feisten Bonzen den Rücken kehren.

Verlassenes Leichenhaus als Wohnung

Neuburg a. D. Vor der Stadt in der Nähe des ehemaligen Garnisonlazaretts steht inmitten einer Tannenpflanzung ein kleines rotes Backsteinhaus, das früher und besonders im Kriege als Leichenhaus für verstorbene Soldaten diente. Nach Auflösung des 15. Infanterieregiments stand das Haus bis vor kurzem leer. Nun hat ein junges Ehepaar das kleine Haus bezogen, weil wahrscheinlich anderweitig keine Aussicht auf eine Wohnung war.

Wie haben wir's so herrlich weit gebracht!

Brand in den Bayerischen Motorenwerken

München, 15. Januar.

In den Bayerischen Motorenwerken in der Lerchenauerstraße geriet Mittwoch nachmittag in der Aluminiumgießerei das Oel eines Schmelzofens in Brand. Auch einige Kisten, Werkbänke und Fensterstöcke wurden vom Feuer ergriffen. Das Feuer konnte mit Handfeuerlöschern bald gelöscht werden, so daß die alarmierte Hauptfeuerwache, nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

Wie in Amerika

Zweibrücken. Für den vakanten Posten eines Materialsverwalters bei einer hiesigen Fabrik haben sich mehr als 250 Bewerber gemeldet. In den Bewerbungsschreiben war vielfach die Erklärung enthalten, daß die Reflektanten mit einem Minimum an Gehalt zufrieden seien.

Generalversammlung des F. C. Freiland.

Der F. C. Frei-Land hielt seine Generalversammlung, welche außerordentlich gut besucht war. Bevor der Vorsitzende Anton Weigl in die Tagesordnung eintritt, ersucht er die Versammlung zum Zeichen der Pietät für unsere verstorbenen Genossen Böcker sen. und Dieder sich von den Sitzen zu erheben. Nach der Verlesung des Protokolls, folgten die Berichte, und zwar als erster Vorstandsbericht; er führte aus, daß zu den 11 Monatsversammlungen 16 Ausschußsitzungen notwendig waren, um allen Anforderungen einer geordneten Geschäftsführung gerecht zu werden. Durch die Größe des Vereins influirte Privatabteilungen, ist es erklärlich, daß es manchmal schwierige Probleme zu lösen gab, und es bedurfte der Zusammenarbeit sämtlicher Funktionäre um alles wieder in geregelte Bahnen zu leiten. Der Vorsitzende dankte allen Funktionären und Mitgliedern für die tatkräftige Mitarbeit, besonders den Genossen, welche in der Mannschaft kämpften, und dem Verein nach so kurzem Bestehen die Gruppenmeisterschaft brachten. Austritt hatte der Verein 23, Aufnahmen 73 zu verzeichnen. Anschließend folgte der Bericht, des Hauptkassiers Genossen Danksreiter. Im Jahresabschluß waren sämtliche Einnahms- und Ausgabenposten so detailliert, daß man sich ein Bild machen konnte, welch große Arbeit hier geleistet wurde, und erntete seitens der Versammlung großen Beifall. Dem anschließenden Revisionsbericht konnte man entnehmen, daß die Kassenführung keinerlei Anlaß zur Beanstandung gab. Nach dem Jahresbericht vom technischen Leiter Genossen Schelnder L. und Jugendleiter Genossen Bauer endeten die Berichte. Die Neuwahl konnte Dank der Annahme der meisten Funktionäre bald erledigt werden und zeigt folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitz. A. Weigl, 2. Vorsitz. L. Rottenfußer, 1. Kassier A. Danksreiter, 3 Unterkassiere, die Genossen Hainerl, Bäcker, Riedl W., 1. Schriftführer Köppl E., 2. Schriftführer Müller M., Technischer Leiter Schneider Leop., 3 Beisitzer Gschendtner Joh., Richter Franz und Neumeier M., Revisoren Rupp und Lobmeier, Jugendleiter Bauer Fr., Vaihwart Müller K., Festausschuß für 1931 Weigl, Danksreiter, Scherbichler K., Bäcker P. Als Vereinsdelegierter wurd Genosse Winkler Ernst gewählt.

Briefkasten

Bertl Hosenau r. Es ist erfreulich, daß Sie mit dem Versicherungsblatt „Ich helf Dir" bessere Erfahrungen machen konnten als jener Erwerbslos., der uns die Zuschrift sandte, welche am 8. Januar bei uns abgedruckt war. Soweit sich aber Mißstände herausstellen, halten wir es für unsere Pflicht entsprechenden Zuschriften Raum zu geben.

Aus der Partei

An alle Zellen

Am Sonntag, den 18. Januar findet eine

Landobleutesitzung

statt, auf der jede Zelle vertreten sein muß. Die Tagung beginnt Vormittags 10 Uhr im Rest. Kreuzbräu, Zimmer 4, II. Stock. Referent: Genosse Putz, M. d. R. Alle Zellen, die es versäumen, einen Delegierten zu schicken, werden öffentlich angeprangert wegen Mißachtung unserer Landarbeit.

Vereinskalender

Sängerrunde Oberwiesenfeld. Wir machen darauf aufmerksam, daß unser „Bunter Abend" am Samstag, den 31. Januar im Vereinslokal Gaststätte Oberwiesenfeld stattfindet und richten an alle Sänger das Ersuchen, die kommenden drei Proben restlos zu besuchen. Unsere passiven Mitglieder bitten wir ebenfalls sich diesen Abend freizuhalten.

Restaur. „Reichskrone"

Schmeiserstraße 23 / Treffpunkt aller klassenbewußten Arbeiter

Paul Seissenberger, Gastwirt.

Spielplan der Münchener Theater

Freitag, den 16. Januar, abends

Nationaltheater. „Feuersnot"; hierauf: „Josephslegende". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. „Madame Sans-Gene". 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Grand Hotel". 7½ Uhr.
Münchner Volkstheater. „Das öffentliche Aergernis". 8 Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. Geschlossene Vorstellung.

Samstag, den 17. Januar, abends

Prinz-Regenten-Theater. „Paris Graf von Lodron". 8 Uhr.
Nationaltheater. „Die Boheme". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. „Die Stützen der Gesellschaft". 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Wie werde ich reich und glücklich". 7½ U.
Münchner Volkstheater. „Das öffentliche Aergernis". 8 Uhr.
Theater am [illegible]. 8 Uhr.

Verantwortlich: Franz Stenzer; für lokalen Teil und „Stimmen der Werktätigen" Walter Häbich; für Inserate Gustav Epple, sämtliche in München.

Aus Heeresbeständen

u. a. gut erhalten:

Mil.-Hose feldgr.	6.50	5.50	4.50
Mil.-Reit- u. Stiefelhosen		5.50	4.50
Mil.-Mäntel, feldgr. u. schw.	14.50	12.50	9.50
Mil.-Drill-Hosen u. Jack je	2.50	1.90	1.60
Mil.-Unterhosen und Hemden je			1.—
Mil.-Decken	4.20	2.45	1.85
Monteur-Anzüge Ia	neu 5.80		4.50
Tuchhosen, schw. neu 9.90, feldgr. neu			6.75
Arbeits-Streifhosen neu	6.90	4.90	2.75
Stoffwesten m. Ärmel		2.75	2.25
Oxford- und Mil.-Köper-Hemden neu			2.95
Strickwesten pr. Qual. neu	8.90	5.50	4.50
Fausthandschuhe, warm gefüttert		1.25	—.75
Mil.-Stutzen, Kopf- u. Ohrenschützer aus billig			

Versand geg. Nachnahme ab Mk. 20.— franko Umtausch garantiert

A. Wertheimer G.m.b.H., München 8
Maistraße 2, Ecke Reisingerstr.

Friseur

Ia Haarschneiden 45 Pfg
do. ganz Kurzschnitt . . . . 40 Pfg
Ia Rändel . . 40 Pfg
Ia Rasieren . . 20 Pfg
bei

Riedmeier
Preysingstr. 13

Ottomanen
ab Mark 22.—
Divans
40.—, 30.—, 60.— Mk.
70.—, 50.—, 90.— Mk.
Draht-Auflegmatratzen ab Mk. 10.—, Metallbett. Betten, Kinderwagenmatr. preiswürdig zu verk.
Liebmann,
Sendlingerstraße 55
Odeons-Passage
Bayerstraße 99

Backdie

Ia Mischobst	Pfd. 65	Pfg.
Pflaumen getrock.	„ 35	„
Eier-Schnitt-Nudeln	„ 56	„
Eier-Band-Nudeln	„ 56	„
Hartgrieß-Maccaroni	„ 56	„
gem. Marmelade	„ 45	„

Backdie-Filialen
in allen Stadtteilen

KAUFHAUS SCHOCKEN AUGSBURG
UNTERE MAXIMILIANSTRASSE

aus
neuen
Kästen

Zwirnpopeline
reine Wolle, bewährte Kleiderqualität, moderne Farben, ca. 100 cm breit . . . . Meter **1.95**

Inseratenform geschützt

Ueber Spitzel und ihre Entlarvung

teilt eine Broschüre, die von unseren Genossen in Essen herausgegeben ist, hochinteressante Tatsachen mit.

Der Fall Korff, der in der Broschüre behandelt wird, zeigt der Arbeiterschaft, mit Dokumenten belegt, die Methoden der Polizei zur Gewinnung von Spitzeln in der Partei und wie man solche Versuche vereiteln kann. Besonders wichtig ist dabei die Stärkung des Bewußtseins der Arbeiter, daß die KPD. ihre Reihen von unsauberen Elementen frei hält und in der Lage ist, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen. Sehr wichtig ist, daß in dieser Broschüre zum ersten Male öffentlich die Aufgaben des Nachrichtendienstes der KPD. umrissen werden und daß eine genaue Erklärung des Chiffresystems gegeben wird.

Diese wichtige Broschüre sollten sich alle Genossen beschaffen. Sie kostet nur 20 Pf. und kann auch durch den Literaturvertrieb Leipzig, Hospitalstraße 2, bezogen werden

Der Bericht des Uhrenarbeiters Siegel von der SPD.-Presse gefälscht

Sensationelle Aufklärung / Ein Brief Siegels / Er möchte zurück in die Sowjetunion

Der Fall des Uhrenarbeiters Siegel aus Schramberg (Schwarzwald), von dem in der SPD.-Presse ein toller Lügenbericht über die Verhältnisse in der Sowjetunion erschien, erfährt eine sensationelle Aufklärung. Siegels Bericht wurde nämlich in den entscheidenden Stellen von der SPD.-Presse gefälscht. Die Verzerrung ist so unerhört, daß sich der Uhrenarbeiter Hermann Siegel selbst mit folgendem Brief an die Bezirksleitung der KPD. Württemberg wandte:

Schramberg, 1. Jan. 1931.

An die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei, Stuttgart

Einige Aufklärung zu dem Artikel von Siegel-Schramberg

Von Rußland bin ich fortgegangen mit dem festen Glauben, in Schramberg wieder Arbeit zu bekommen, was sich als falsch erwiesen hat. Ich hatte nicht die Absicht, über Rußland zu schreiben, obwohl große Möglichkeit dazu vorlag.

Die Versammlung, die von der Kommunistischen Partei einberufen und in der meine Rückkehr behandelt wurde, ebenso die Parole, ich sei als Spion in Rußland gewesen, bestimmten mich, den Artikel zu schreiben. Derselbe wurde von einem Verwandten an die sozialdemokratische Presse weitergeleitet.

Obwohl ich heute den Artikel vertreten muß, hat er doch in der „Bearbeitung" eine große Verschärfung erfahren, einmal in der **Hervorhebung der schlechten Stellen, zum anderen durch absichtlich falsche Darstellung, die in meinem Manuskript nicht enthalten war.**

Am 12. Dezember habe ich, nachdem der Artikel sechs Wochen in den Händen der sozialdemokratischen Pressestelle unveröffentlicht war, an meinen Verwandten und an die Pressestelle geschrieben: „Bevor ich hier arbeitslos verelende, kehre ich nach Rußland zurück. Ich ziehe den Artikel zurück und verweigere die Veröffentlichung."

Antwort habe ich keine von beiden Stellen erhalten. In der Zwischenzeit habe ich an die Spezialisten in Moskau geschrieben, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, daß ich wieder nach Rußland zurückkehren könne.

Am 24. Dezember erhielt ich durch meinen Sohn, der bei meinen Verwandten als Lehrling unentgeltlich ißt und wohnt einen Brief und 75 Mark. Der Verwandte, Onkel meiner Kinder, sei krank, der Artikel erscheine nach den Feiertagen, die 75 Mark seien das Honorar für den Artikel.

Diese 75 Mark machten mich zittern

und ich habe sofort nochmals an die Pressestelle und an den Verwandten geschrieben, daß ich schon am 12. Dezember die Veröffentlichung des Artikels verweigerte, mit den Russen bereits wieder Verbindung habe und die 75 Mark nicht will und dieselben wieder zurücksende!

Es war zu spät! Bereits am 24. Dezember wurde der Artikel veröffentlicht. Man schrieb mir von der sozialdemokratischen Pressestelle, man habe vor mir keinen Artikel erhalten und auch keine 75 Mark gesandt.

Mein Verwandter schrieb mir:

„Das Schicksal nimmt seinen Lauf",

er hätte aber auch so nichts gegen die Veröffentlichung getan.

Ich schreibe Ihnen all dies nicht, um mich zu entschuldigen, sondern um Sie zu informieren.

Ich weiß, daß ich einen großen Fehler gemacht habe, ich bedaure dies und möchte gerne wieder gut machen, was in meiner Kraft steht.

Ich werde dasselbe Schreiben nach Rußland senden und bin bereit, mich dort zu verantworten.

Ich halte an der Bewerbung fest und werde nun erst recht meine ganze Kraft in den Dienst des Aufbaues stellen.

Mit Gruß

Hermann Siegel.

Dieser Brief Siegels ist Aufklärung genug. Er zeigt, mit welchen verbrecherischen Methoden die SPD.-Führerschaft arbeitet, wenn es darum geht, die Hetze gegen die Sowjetunion zu nähren. Der Arbeiter Siegel, der in Penno-Deutschland der Arbeitslosigkeit und dem Hunger überliefert war, wurde von den SPD.-Führern mit List und Versprechungen bearbeitet, bis er einen Bericht schrieb und dieser Bericht wurde dann in der SPD.-Presse umgefälscht. Ist es nicht ein wahrer Dienst für den Faschismus, über die Sowjetunion bewußte Unwahrheiten zu verbreiten? Wer die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion herabsetzt, wer die Sowjetunion verleumdet, leistet Zutreiberdienste für die faschistischen Phrasenre vom „Dritten Reich".

SPD.-Arbeiter, denkt darüber nach! Wollt Ihr noch länger eine Führerschaft unterstützen, die eine haßerfüllte Lügenhetze gegen die Sowjetunion treibt? Brecht mit dieser SPD.-Führerschaft, die nur dem Faschismus den Weg bereitet.

Schlichtungsverfahren für Behördenangestellte

Die am Reichsangestelltentarifvertrag und am preußischen Angestelltentarifvertrag beteiligten Organisationen haben, wie der ZdA. mitteilt, beim Reichsarbeitsministerium die Einleitung des Schlichtungsverfahrens gegen die Reichsregierung, die preußische Staatsregierung, die Deutsche Reichspost, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und die Deutsche Reichsbank beantragt, nachdem die Behörden auf ihrer Forderung beharren, die Bezüge der Behördenangestellten — wie bei den Beamten — ebenfalls um 6 Prozent zu kürzen.

Die Ausschlußpraxis der Spalter

„Unsolidarisches Verhalten" und der Regenschirm

München: Oppositionelle Töpfer schreiben uns: Was der 1. Sektionsführer Richter unter Solidarität versteht, zeigt folgender Vorfall: Geschehen Ende September 1930. Ein Kollege, schon vor dem Kriege organisiert, war gezwungen auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse sein Brot in München zu verdienen. Das Schicksal wollte es, daß er mit dem Obengenannten auf einer Baustelle zusammenarbeitete. (Das Bauchrutschen Richters vor der Baugewerksbundsbürokratie hatte leider noch keinen politischen Erfolg.) Weil der Kollege nun von auswärts kam, glaubte Richter ihn als Kollegen 2. Klasse stempeln zu müssen. Er machte dem Kollegen ungerechterweise den Vorwurf, daß er sich unsolidarisch verhalte, betrachtete seine Arbeit als minderwertig und beteilte ihn, sowie drei andere Kollegen, als Murkser. Ja, man muß lachen, sogar der Regenschirm den ein Kollege bei sich hatte, genierte Richter und er machte die Bemerkung: „Das sind wir schon die richtigen Arbeiter, die mit dem Regenschirm zur Arbeit gehen ..."

Ueber diese Schikane verärgert, bekam Richter von dem Kollegen die gebührende Antwort. Das brachte ihn aus dem Häuschen. Bald war eine Ausschußsitzung angesetzt und man gab dem Kollegen eine Rüge. Weil nun der Kollege aber trotzdem sein Recht haben wollte, sorgten Richter und sein Kollege Ebner in der Mitgliederversammlung für die nötige Stimmung, daß der Kollege nicht sprechen konnte, man nannte ihn „Hereingeschwommener" usw. und ekelte den Kollegen hinaus.

Im Handumdrehen galt er als ausgeschlossen.

Der Kollege glaubte nun felsenfest beim Baugewerksbund zu seinem Recht zu kommen. Doch weit gefehlt. 14 Tage später bekam er Bescheid mit der Bemerkung, Hans Schmid, Baugewerksbundvorsitzender sei in Urlaub gewesen, deshalb die Verzögerung. Aber der Kollege werde Gelegenheit haben, sich zu verteidigen. Das Ende war, er wurde nicht geladen, wahrscheinlich war diesen Herren der Mist selbst zu groß. Findig wie man nun ist, kam man auf die Idee als Ausschlußgrund: Er ist Mitglied der RGO. und so wurde er am 14. Dezember erledigt, rein auf Grund der Vermutung, denn der Kollege war nicht bei der RGO. Allerdings, nach seinem Ausschluß wußte er wohin er gehört und kämpft heute mit der RGO.

Ak. 2700

DMV.-Bürokratie empfiehlt 6-prozentigen Lohnabbau

und verbietet den erwerbslosen Kollegen das Wort, weil sie doch nicht mehr unterkommen ...

(Arbeiterkorrespondenz)

München. Am Samstag, den 3. Januar fand die Branchenversammlung der Elektromonteure im DMV. statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über die Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß, betreff Forderung der Arbeitgeber auf 15 Prozent Lohnabbau. 2. Brauchenangelegenheiten. Als erster Redner sprach Friedl, Vorsitzender der Branche und Mitglied der Verbands-Ortsverwaltung. Er erzählte zuerst davon, wie schwierig sich die Verhandlungen gestalten ... Die Unternehmer forderten 15 Prozent Lohnabbau, es wurde dann nach heißem Ringen (!) ein Lohnabbau 6 Prozent festgelegt.

Als Vertreter der Metallarbeiterinteressen waren vertreten der Kollege Heide, vom DMV., und ein Christlicher. Der Spruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmer gefällt. Friedl empfahl einzusehen, (!) weil die Lage im Gewerbe so schlecht sei.

Dann sprach Sterr über die „Rechtslage dieser Annahme" und natürlich empfahl auch er (mit seinen 500 Mark Monatseinkommen) den Proleten den 6prozentigen Lohnabbau anzuerkennen, damit die Profite der Unternehmer keinen Schaden leiden.

Eine unverschämte Provokation der erwerbslosen Kollegen leistete sich Sterr, indem er erklärte, in der Diskussion sollen sich nur solche Kollegen beteiligen, die im Arbeitsverhältnis stehen! **Die Erwerbslosen nicht. Er meinte, weil die Erwerbslosen ja doch nicht mehr etc. etc. unterkommen!** Das sagt ein sozialfaschistischer Gewerkschaftsangestellter! Also das kapitalistische System ist bankerott, kann die Erwerbslosigkeit nicht liquidieren, aber dennoch stützen und schützen es diese sozialfaschistischen Kapitalsknechte und empfehlen Annahme des Lohnabbaus statt den Kapitalisten den Kampf anzusagen. Daraus geht klar hervor, daß die Gewerkschaftsbonzen nur mehr ihre gutbezahlten Positionen halten wollen, sonst aber sich um die Interessen der Arbeiter nicht ein Jota mehr scheren!

Schon meldete sich aber ein Erwerbsloser, der die Ausführungen Sterrs etwas unter die Lupe nahm, und geißelte besonders, daß den organisierten, erwerbslosen Kollegen das Reden verboten wird. Es wurde aber gerade deshalb von einem erwerbslosen Kollegen recht ausgiebig davon Gebrauch gemacht.

Bezeichnend ist, daß schon gleich in der Versammlung die neuen Tarifformulare verteilt wurden, ohne überhaupt zu wissen, was die Kollegen zum Lohnabbau sagen. Organisiert sind zur Zeit in der Branche 650 Kollegen. Laut Präsenzliste waren 120 Kollegen anwesend. Für Annahme stimmten etwa 70 Kollegen, dagegen 16. Der Rest hatte sich der Stimme enthalten. Das haben sie wieder einmal glänzend geschoben

Haben wir Elektromonteure überhaupt schon so einen schlechten Lohn, und jetzt noch diesen Abbau, so wird unsere Lage von Tag zu Tag miserabler. Von Seiten der Bürokratie wurde alles versucht, den Kollegen den Lohnraub schmackhaft zu machen. Sterr schilderte die Lage grauenhaft, damit ja die Kollegen froh sind, wenigstens noch zu den Hungerlöhnen arbeiten zu dürfen. Angeregt wurde noch, die erwerbslosen Kollegen früher schon zusammenzuholen, um über diese Frage zu diskutieren. Das soll nun nachgeholt werden, d. h., es wird eine bewußte Trennung der erwerbslosen von den im Betrieb stehenden Kollegen vorgenommen, damit bei eventuellen Kämpfen, die über die Köpfe der Bürokratie hinweg entstehen, die Aufgabe der Gewerkschaften, den Streikbruch zu organisieren, besser erfüllt werden kann!

Gerade dieser Lohnabbau und seine Befürwortung und Empfehlung durch die Bonzokratie muß für jeden Kollegen eine neue Lehre sein, endlich mit den sozialfaschistischen Kapitalsknechten zu brechen und sich in die RGO. einzureihen, denn deren Parole ist: „Keinen Pfennig Lohnraub! Gegen Lohnraub, Streik! Für Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich! Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!"

Hinein in die RGO.!

Ak. 3656

Unternehmer und Gewerkschaftsbürokraten gegen oppositionelle Baudelegierte

Kollegen! Jeder einzelne hilft mit am Vormarsch der RGO.

(Arbeiterkorrespondenz.)

München. In letzter Zeit mehren sich in München die Fälle, daß Baudelegierte ohne weiteres entlassen werden. Bekanntlich darf die Betriebsvertretung nicht entlassen werden, bevor die Baustelle fertig oder dem Ende nahe ist. Das wird natürlich von den Bauunternehmern in brutaler Weise benutzt, um die unbequemen Baudelegierten so bald wie möglich loszuwerden.

Ja, die Unternehmerfrechheit geht so weit, daß sie sich bei der Gewerkschaftsbürokratie vorher erkundigen, ob sie die und jene Betriebsvertretung entlassen können.

Bei oppositionellen Betriebsräten und Delegierten haben die Unternehmer von ihren sozialfaschistischen Helfershelfern nichts zu fürchten. Vor Weihnachten wurde wieder ein Baudelegierter zu Unrecht entlassen auf einer Baustelle in Freimann. Trotzdem der Delegierte sofort zum Vorstand des Zimmererverbandes gefahren ist und die Sache gemeldet hat, ist es bei der Entlassung geblieben. Der Vorstand des Zimmererverbandes erklärte, er könne dagegen nichts machen. Diese Kapitalsknechte werden auch in Zukunft für einen oppositionellen Delegierten und Arbeiter keinen Finger rühren, ja sie sind froh, wenn diese kaltgestellt werden. Der Vorstand der Zimmerer in München, Reitberger, kann also nichts mehr machen, damit zu Unrecht entlassene Baudelegierte wieder eingestellt werden. Vielleicht hat er keine Zeit, aber uns scheint schon, es ist das System und Programm.

Er ist jetzt ja auch zur Genüge beschäftigt mit dem Diktieren von Briefen an nicht mehr ganz zufriedene Kollegen. Da ist z. B. ein früherer Kassier, der die Zimmerleute im oppositionellem Sinne aufklärt. Aber die Herren Gewerkschaftsbonzen machen ihre Rechnung ohne die Mitglieder. Einmal werden alle Ausschlüsse und Funktionsenthebungen nichts mehr nützen. Die Revolutionierung der Arbeiterschaft schreitet auch in den reformistischen Gewerkschaften immer weiter vor. Lange [illegible] keine Mitgliederversammlungen mehr einzuberufen, weil sie nicht mehr retten. So weit sind wir nun schon: Die Zimmerer haben keine Vollversammlungen mehr nötig. Das alles [illegible] wie man es in der letzten Versammlung selbst erlebt hat.

Ihre Wut über die [illegible] Entwicklung der RGO. wollen sie mit Tätlichkeiten an [illegible] Kollegen auslassen, nachdem sie von den gutbezahlten Gewerkschaftsangestellten genügend aufgehetzt waren. Die letzte Zimmererversammlung im Gewerkschaftshaus war nichts anderes als eine ganz gemeine Hetze gegen die Opposition. Aber wir werden parieren! Deshalb gibt es für jeden Zimmerer nichts anderes mehr, als daß er eintritt in die RGO. und mit ihr für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für revolutionäre Gewerkschaftspolitik kämpft!

Ak. 3673.

Dann werden Sie eben uns befehlen ...!

(Arbeiterkorrespondenz)

Die RGO.-Gruppe Industriegruppe Bau hatte am Freitag, den 9. Januar 1931 in Denning zu einer RGO.-Versammlung eingeladen. **Bereits nachmittag wurde durch die politische Polizei Abteilung IVa die Versammlung verboten.** Vor dem Gasthaus postierten sich Uniformierte, während im Inneren desselben sich zwei Kriminaler befanden. Der Referent Sch. sprach einige Worte der Verabscheuung derartiger Methoden um so die Veranstaltungen zu unterbinden.

Die Abteilung der Antifa T. in Stärke von 10 Mann war am Platze. Ein Arbeiter brachte seinen Unwillen durch eine kleine aber sitzende Ansprache und die Ernüchterung, daß noch die Zeit kommen werde, wo von uns keine Versammlung mehr zu verbieten ist usw. zum Ausdruck. Einer der Polizisten ließ sich zu der Aeußerung hinreißen: **„Sie sehen, wir müssen unsere Pflicht tun. Gut, vielleicht ist es möglich, daß die Zeit kommt, dann werden Sie eben uns befehlen! Und wir führen dann Ihre Befehle durch."**

Diese Worte zeigen, wie sehr die Staatsverfassung bei den Beamten verankert ist, und daß auch sie genug haben von dem System, das faul und morsch ist.

Und mit Recht sagte unser Referent zu den Polizisten: unsere Versammlungen könnt Ihr verbieten, nicht aber die Erwerbslosigkeit vermindern, noch unseren Hunger zu stillen. Und die versammelten Arbeiter zollten Beifall. Wohl fand die Versammlung nicht statt, aber im Herzen eines jeden Anwesenden machte sich die Ueberzeugung Platz, daß nur die Kommunisten es sind, die den Kampf aufnehmen für Brot und Freiheit. Die kleine Gruppe in Denning wird wachsen, trotz Polizeiverbot und Schikane.

Nach einem herzlichen Rot Front, verabschiedeten sich die versammelten Arbeiter. Durch die Straßen Dennings aber zog eine kampfbewußte Schar und sang die „Internationale" und viele Fenster öffneten sich in der Hoffnung, es käme der Morgen, den wir alle sehnlichst erwarten, der Morgen der Freiheit!

Ak. 3669.

Wichtig
für alle Betriebsarbeiter

Die rote Gewerkschafts-Internationale im Angriff
Von A. Losowsky. 120 Seiten, 20 Pf.

Sowjetgewerkschaften u. Fünfjahrplan
Referat, gehalten von A. Schwernik auf dem V. RGI.-Kongreß. 47 Seiten, 20 Pf.

Die Kampfbeschlüsse
des V. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale
I. Teil . . . . . 63 Seiten, 20 Pfennig
II. Teil . . . . . 88 Seiten, 20 Pfennig

Zu erhalten bei allen Litobleuten oder direkt vom
FOHRER-VERLAG, BERLIN SW 48
Wilhelmstraße 131-32

Vor großen Wirtschaftskämpfen in Polen

(Brief aus Warschau)

Sehr rasch hatten die breitesten Massen Polens die Möglichkeit, sich von dem Wert der Wahlversprechungen des Faschismus zu überzeugen. Schon am Tage nach den Wahlen zum Sejm und Senat entfalteten die Unternehmer und Großagrarier eine wütende, noch nicht dagewesene Offensive gegen die Arbeiterschaft.

In den wichtigsten Industriezweigen kündigten die Unternehmer die bisherigen Verträge und stellten die Forderung von Lohnkürzungen auf. In der Textil-, Berg- und Hüttenindustrie hat eine Welle von Massenentlassungen und Aussperrungen eingesetzt. Auch die Großagrarier haben die bisherigen Tarife gekündigt und sind bemüht, durch neue Massenentlassungen die Landarbeiter zur Annahme bedeutender Lohnkürzungen zu zwingen. Die faschistische Regierung hat soeben eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen eingeleitet. Die sogenannte „tote Saison" für die Bauarbeiter, deren Liquidierung die faschistische Diktatur während der Wahlen versprochen hat, ist auch weiter aufrechterhalten worden.

Gleichzeitig ist die Regierung zur weiteren Liquidierung, zum weiteren Abbau fast aller bisherigen Sozialausgaben geschritten. Es ist ein neues Dekret des Staatspräsidenten über die vollständige Liquidierung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und ihrer Uebergabe in die Hände der Unternehmer und Regierungsvertreter, erschienen. Gegenwärtig wird das Projekt der Uebergabe aller bisherigen Agenden des Arbeitsministeriums an das Polizeiministerium, erwogen. Eine neue Welle des faschistischen Terrors, der sich gegen die breitesten Massen der Werktätigen richtet, überflutet das ganze Land.

Die Kommunistische Partei Polens und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition haben bereits während der Wahlen die Organisierung eines Gegenangriffs in den wichtigsten Industriezweigen und unter den Arbeitslosen eingeleitet. Die Kampfesvorbereitungen sind nach den Wahlen beschleunigt worden.

Die RGO. hat bereits einige Tage nach der Wahlkampagne in den wichtigsten Städten eine breitangelegte Arbeitslosenaktion entfaltet. In Lodz, Pabjanice, Kalisch, Zgierz, Tomaschow, Plotrkow ist es zu großen Demonstrationen der Arbeitslosen gekommen. Fast in allen Fällen kam es zu ernsten Zusammenstößen mit der faschistischen Polizei, die mit blauen Bohnen auf die Forderung der Arbeiter nach Brot und Arbeit antwortete. Große Kundgebungen der Arbeitslosen hat die RGO. in Oberschlesien organisiert. Im Laufe der letzten Woche, am 5., 8. und 9. Januar, ist Kattowitz zum Schauplatz von scharfen Zusammenstößen zwischen den Arbeitslosen und Polizei geworden.

Am 5. Januar haben die sozialfaschistischen Gewerkschaften eine Versammlung der Saisonarbeiter einberufen. Dieses Meeting, das beinahe 2000 Arbeitslose versammelte, ist von der RGO. beherrscht worden. Es wurde ein Arbeitslosenkomitee von 15 Arbeitern gewählt, das für den 8. Januar ein Meeting einberufen hatte.

Große Massen Arbeitslose haben sich zu dieser Versammlung eingefunden. Das am 5. d. M. gewählte Komitee wurde neuerdings von den Massen bestätigt. Ein großer Demonstrationszug bewegte sich durch die Straßen unter den Losungen: „Brot! Brot! Es lebe die Revolution! Es lebe der kommunistische Deputierte Wieczorek! (Seit Monate im Kerker.) Nieder mit Pilsudski!" Vor dem Gebäude der Wojewodschaft wurde der Zug von einem großen Polizeiaufgebot gesprengt. Für den nächsten Tag wurde vom Komitee eine neue Versammlung einberufen. Sehr charakteristisch für die Stimmungen unter den schlesischen Arbeitslosen sind die Aktionen der Arbeitslosen in Bielszowitz und Pawlowice. In beiden Ortschaften haben die unter Führung der RGO. stehenden Arbeitslosenkomitees große Kundgebungen unter der Losung einer einmaligen Winteraushilfe organisiert.

Die demonstrierenden Arbeiter haben in beiden Fällen das Rathaus gestürmt und den Bürgermeister zur Uebergabe der Schlüssel zum Geldschrank gezwungen. In Bielszowitz sind die Arbeiter von der Polizei auseinandergejagt worden. In Pawlowice dagegen hat das Komitee den Bürgermeister dazu gezwungen, das ganze im Geldschrank vorhandene Geld unter die Arbeitslosen aufzuteilen.

Tschangkaischeks Feldzug gegen die „Roten" gescheitert

Glänzende Siege der Roten Armee über die Nankingtruppen

Zwei Divisionen entwaffnet — Große Mengen Waffen und Munition erbeutet

Peiping, 14. Januar. Die hiesigen Blätter bringen Berichte aus der Hunanprovinz, in denen die Berichterstatter gemäß der Einstellung der besitzenden Klasse die Lage in Hunan in düsteren Farben schildern. Diesen Meldungen zufolge konnte die von der Nanking-Regierung ausgegebene Losung der Vernichtung der „Roten" nicht in die Tat umgesetzt werden. Anstatt der versprochenen Siege der Regierungstruppen haben die Nankingtruppen in ihren Kämpfen mit den Roten Armeen schwere Schlappen erlitten.

Die roten Truppen haben in den Kämpfen mit der Nanking-Regierung eine große Menge Waffen und Munition erbeutet. Die Truppen der Roten Armeen halten sich in verschiedenen Bezirken der Provinz Hunan auf und sind bei der ersten Gelegenheit bereit, ihre früheren Stützpunkte wieder in Besitz zu nehmen.

In der Provinz Kiangsi herrscht eine ähnliche Lage. Dort haben die Roten Armeen einen glänzenden Sieg errungen und die 18. und 5. Division der Nanking-Armee entwaffnet. Die Roten Armeen haben im Süden der Provinz Kiangsi, im Norden derselben Provinz, im nordwestlichen Teil der Provinz Fukien und im Süden der Provinz Hupei zahlreiche Ortschaften und Bezirke besetzt.

Vor der Generalaussperrung in Lancashire

EP. London, 14. Januar. Die Bemühungen der Regierung für eine Beilegung des Lohnkampfes in der Textilindustrie von Lancashire, von dem rund 30 000 Arbeiter betroffen werden, haben bisher keinerlei Erfolg gehabt. Heute hat das Arbeitsministerium drei höhere Beamte nach Manchester gesandt, um in dem Arbeitskonflikt zu intervenieren. Mit den Vertretern der Arbeitgeber und den Gewerkschaften fanden mehrere getrennte Besprechungen statt, doch wurden auf dem Wege zu einer Einigung bisher keine Fortschritte erzielt.

Sonnabend ist der kritische Tag in dem Arbeitskonflikt. Falls bis dahin keine endgültige Einigung erzielt ist, dürften insgesamt 200 000 Arbeiter ausgesperrt werden.

Die Minderheitsbewegung in der Textilindustrie hielt am Sonntag eine Konferenz der Webereiarbeiter von Burnley ab, um die vorläufige Streikleitung, die vor einer Woche gebildet wurde, zu erweitern. Die Konferenz behandelte die Methoden zur Erweiterung des Kampfes und zur Stärkung der Stellung der Streikenden. Angesichts der Ankündigung der Aussperrung aller Weber des ganzen Kreises wurde beschlossen, eine Konferenz der Minderheitsbewegung der Textilarbeiter für ganz Lancashire einzuberufen, die am nächsten Sonnabend stattfinden soll.

Am Vorabend der Genfer Tagung

Gestern begannen in Genf die Tagungen des Völkerbundsrats. Am Freitag tritt das sogenannte Europäische Komitee zur Beratung des Briandschen Paneuropaprojekts zusammen. Die Außenminister fast sämtlicher 27 europäischen Mitgliedsstaaten, darunter Briand, Henderson, Grandi, Curtius und Zaleski, werden anwesend sein.

Die Genfer Tagungen stehen diesmal im Zeichen einer grundlegenden Veränderung der internationalen Lage. Unter den Schlägen der Krise sind die Mächtegruppierungen der letzten zwei Jahre auseinandergefallen. Neue Kombinationen, neue Bündnisse sind im Werden.

Das grundlegende Moment der neuen Konstellation im kapitalistischen Europa ist die, englisch-französische Annäherung, die in den letzten Wochen greifbare Gestalt angenommen hat. Dieses neue Bündnis ist die Kehrseite der Zuspitzung des englisch-amerikanischen Gegensatzes, der durch die Krise und den verschärften Kampf auf dem Weltmarkt stets neue Nahrung erhält.

In dieser Situation ist der deutsche Imperialismus in eine gefährliche Isolierung geraten. Die Brüning-Regierung versucht zunächst durch einen leisen Druck auf Polen von neuem Luft zu schöpfen. Daher u. a. die dramatischen Beschwerdeschritt beim Völkerbund über die Lage der deutschen Minderheiten in Polen, die Gegenstand der Genfer Verhandlungen sein werden und derentwegen Curtius auf den Vorsitz verzichtet hat. Die polnische Regierung hat diese Beschwerde bereits durch eine geharnischte Gegenerklärung zurückgewiesen. (Allem Anschein nach wird die angekündigte deutsche „Aktion" in Genf wiederum ein bemußter Schlag ins Wasser sein zur Täuschung der werktätigen Massen.)

Aber auch die „Europa"-Aktion Briands wird in Genf diesmal keinen Staub aufwirbeln. Die Verständigung mit England hat dem Europaprojekt gewissermaßen die Aktualität genommen. In der gegenwärtigen Situation könnte es sogar die neue Freundschaft trüben. Daher wird die französische Delegation in Genf alles tun, um die Europa-Verhandlungen auf die Beratung untergeordneter und rein akademischer Wirtschafts- und technischer Fragen zu beschränken und alle ernsteren Punkte zu „vertagen". Die französische Presse spricht bereits jetzt von einer neuen Tagung im Mai.

Die gegenwärtigen Genfer Verhandlungen werden gerade durch ihre nach außen zur Schau getragene Leere den Ernst der neuen internationalen Lage widerspiegeln. Hinterden Kulissen aber werden dafür um so wichtigere Beschlüsse gefaßt werden.

In Oberschlesien arbeiten gegenwärtig folgende von den Massen gewählte Arbeitslosenkomitees: Königshütte, Swietochowice, Kattowitz, Bielszowice, Lagiewnik und Pawlowice. Die RGO. schreitet jetzt zur Zentralisierung dieser Komitees, zur Schaffung eines Bezirkskomitees der Arbeitslosen.

Die wichtigste Aufgabe für die nächsten Tage ist der weitere beschleunigte Ausbau eines Netzes der Arbeitslosenkomitees in ganz Polen. Die Vorbereitungen zum Bergarbeiterkampf in Oberschlesien sind im vollen Gange. Auf zahlreichen Schächten sind durch die RGO. Versammlungen durchgeführt worden.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

4. Fortsetzung

Dann wurde Licht angezündet und Okayo stellte einen kleinen Eßtisch neben den Kranken. In gewöhnlichen Zeiten erklangen, wenn die Lampen angezündet wurden, die Glocken der Fabrik, die Gegend wurde lebhaft und lärmend — die Arbeiter kamen aus der Fabrik in die Baracken, als würde eine Herde in den Stall getrieben; dann schrien die Säuglinge und die Frauen schalten. Aber jetzt wurde der Tag dunkel und hell und lautlos, wie eine Kuckucksuhr mit zerbrochener Feder.

Leer, müde und unzufrieden.

„Hast du viel verkauft?"

Okayo setzte sich neben ihre Schwester und nahm ihre Stäbchen. Vorher hatte sie dem Vater Essen gegeben.

„Nicht besonders. Man verkauft jetzt so immer dieselbe Menge. Die Leute sind schon an uns gewöhnt."

„Dann bleibt doch lieber bei dem Geschäft, als daß ihr wieder Buchbinderinnen spielt. Ausgesperrt seid ihr so oder so — vielleicht tut ihr euch euer fünf oder sechs zusammen."

„Wenn wir dabei singen und trommeln, dann sehen wir gerade so aus — — —"

„Wie—so?"

„Wie die Kinder aus dem Waisenhaus."

Sie fingen an zu lachen, aber das Lachen hatte einen bitteren Beigeschmack. Besonders Okayo konnte ihr Lachen nicht verbeißen. Solch ein Mädchen von achtzehn Jahren lacht schön, wenn sich nur die Blätter am Baum bewegen; solch Mädchen das noch jeden Tag schöner wird. Okayo hatte ein weißes, wohl geformtes Gesicht. Wie Takaë die Schwester ansah, schien ihr das Mädchen müsse immer glücklich bleiben, und dabei fiel ihr etwas ein.

„Heut' hab' ich Miatji getroffen."

„Wo?"

Okayo hob den Kopf.

„In Dosaka im Hongo-Bezirk, mit vier oder fünf anderen zusammen, Hagimura war auch dabei. Die andern kannte ich nicht, aber ich glaube, sie gehören alle zu einer S-Abteilung."

„So? Was machen sie eigentlich?"

„Ich weiß es auch nicht. Die Sachen der S-Abteilung sind streng geheim."

„Machen sie etwas Gefährliches?"

Okayo glaubte, die Schwester wisse Bescheid.

„Ich weiß es nicht — — —."

Selbst die einzelnen Streikleiter wußten es nicht. Und wenn sie es wußten, würden sie nicht darüber sprechen. Die Arbeit der S-Abteilung soll geheim bleiben. Takaë hatte aber schon wieder den ernsten Ton aufgegeben:

„Und Miatji hat nach dir gefragt."

„Ach."

Sie wurde rot.

„Und da haben die andern ihn gehänselt, und Miatji war ganz verlegen."

Takaë wußte längst, daß Okayo und Miatji sich liebten. Der Gedanke an die Entwicklung dieser Liebe, von der schon die andern Arbeiter redeten, beunruhigte sie. Ein wenig Eifersucht war dabei und sehr viel schwesterliche Liebe.

Die beiden hatten ihr Essen verzehrt. Unversehens war das Geplauder verstummt. Sie gingen zusammen in das öffentliche Bad. Takaë machte sich Vorwürfe, weil sie der Schwester so zugesetzt hatte. Okayo wurde nach derartigen Gesprächen immer sehr lebhaft und schminkte sich lange vor dem Spiegel.

„Vielleicht bin ich auch in Miatji verliebt — —."

Takaë mochte nicht daran denken. Sie verließ vor der Schwester das Bad.

Auf der Senkawa-Brücke standen fünf oder sechs junge Männer. Eigentlich war es schon zu kalt, um sich auf der Straße zu treffen, aber sie hatten sonst keinen Raum, in dem sie sich versammeln konnten.

„Hallo, Taka-tjan, hast du gebadet?" rief ein Junge in weißer Matrosenhose und Arbeiterbluse, die Mütze schief über das Ohr gezogen.

„Wer bist du denn? Ah, der Ke-ko, du bist der Richtige!"

Sie gab dem Burschen die Hand, mit der andern nahm sie ihm seine Mütze fort.

„Oha, warte. Taka-tjan, du darfst sie nicht in den Graben werfen!"

Ke-ko spitzte vor Verlegenheit den Mund. Die andern amüsierten sich und klatschten in die Hände.

„Schadet nichts, die Mütze ist so schon schmutzig. Kauf dir eine bessere, wenn du eine Freundin willst."

Takae in ihrer Ausgelassenheit mußte sich selbst mit dem Siebzehnjährigen necken. Ke-ko sprang zu und ergriff sie am Arm.

„Was, du willst mit mir raufen? Komm doch heraus!"

Takae hatte seinen Hals mit beiden Händen gefaßt und schüttelte ihn.

„Ke-ko, Keri, du hast Glück", riefen lachend die andern.

Takaes Arme entblößten sich bis zur Schulter und leuchteten in der Dunkelheit.

„Guten Abend."

Okayo trat hinzu.

„O, hast du dich schön gemacht, gib mir deine Hand", näherte sich ihr ein Junge.

„Hör bloß auf."

Okayo hatte seine Hand zurückgestoßen und ging zu Ki-ko, der ein bißchen närrisch mit einer Mundharmonika vor dem Mund dumm vor sich hin lächelte.

„Spiel uns eins — — —."

„Vielleicht „Karaban"."

Ki-ko begann zu spielen, zwischen seinen vorstehenden Zähnen hielt er das Instrument.

„Hör auf damit, hör auf. Spiel lieber das rote Fahnenlied", rief Takae, die immer noch Ke-ko am Hals hielt.

„Ja, natürlich, das Lied von der roten Fahne."

Sie gehörten alle zu den Streikenden und waren aus verschiedenen Gruppen.

Das schwarze Wasser des Senkawa-Kanals floß langsam und träge abwärts, auf seinem Grunde leuchtete eine Porzellanscherbe oder ein Flaschenhals, ein Fischkopf trieb auf dem Wasser. Am Himmel stand die Mondsichel angenagelt, wie auf dem Hintergrund eines Theaters.

„Rote Fahne, Fahne der Massen — — —."

Tief und stark klang die Melodie durch die Nacht, unter der Tausende von Baracken schweigend und gedrückt lagen.

Fortsetzung folgt

Pasinger Lebensmittel-Haus
Inh.: Fritz Bauer
Billigste Einkaufsquelle f. Lebensmittel
5 % rote Rabattmarken — Lieferung frei ins Haus
Bahnhofplatz 1 / Telefon Nr. 80 696

Arbeiterbekleidung
Berufsbekleidung
Schutzkleidung
Starke Arbeitshosen, Knidlerbecker
gute Hemden
empfiehlt 1. Spezialhaus
A. EBERT
Sendlingerstr. 31
Kein Schaufenster
Bitte genau auf Firma zu achten!

Empfehle
Kernseife, weiss 72% . . . . . Pfd. 38 Pfg
Ia Seifenflocken 85% . . . . . Pfd. 69 Pfg
Ia Rasierklingen . . . . 10 Stück 40 Pfg
Alle Wäscheartikel und Parfümerien billig
Seifen-Haus Westend
Schwantha-ergstr. 15

Georg Huber Fleisch- und Wurstwaren
München / Falkenstraße Nr. 29

Gailers Gasthaus
empfiehlt sein Lokal
ff. Leist-Bräu sowie von seiner
Metzgerei ia. Wurstwaren
Feldmoching—Lerchenau

Weine u. Liköre
empfiehlt
K. Prester, Weißenburgerstr. 48

Erwerbslose
Frauen u. Männer
Seit Jahren gewähre ich den Erwerbslosen ganz besond. Vergünstigungen
für Herren:
Rasieren . . . M. —.35
Haarschneiden . M. —.40
für Damen:
Bubikopfschneiden M. —.60
Ondulieren . M. —.60
Neuschnitt mit Wasch u. Frisieren M. 3.—
2 Salons, 9 Gehilf., 6 Friseusen
Moderne, fachgem. Behandl.
EDUARD EHM
Herren und Damen-Friseur-Salon Fraunhoferstr. 20 (Hallest. 5, 7, 30)

HEUTE
Linga-Singh
Das mystische Wunder des Orients
. . . und ein vollständig neues grandioses Zirkus-Programm
Alles zu
KRONE
Täglich abends 8 Uhr

Kaufhaus Klein
Tegernseerlandstr. 26-30

Schuhhaus Jos. Bayer
Parisерplatz 3
Gute Qualitäten / Billige Preise

Ingolstadt
Gasthaus zum „Schwabenwirt"
Obere Graben 6 / Verkehrslokal all. Werktätigen

Gastwirtschaft z. Bereiteranger
Bereiteranger Nr. 5
Gute Küche und gutgepflegte Biere Hans Schmid und Frau

Werktätige von Feldmoching
beachtet bei Euren Einkäufen
die Inserenten der „Neuen Zeitung"

Aus meinem
Inventur-Ausverkauf!

Teller tief u. flach	Stück	**0.13**
Tassen weiß u. bunt	„	**0.12**
Waschgarnituren 5 tlg. 5.95, 4.95, 3,95		**2.95**
Satz Schüsseln 5 u. 6 tlg. 1.25 —.95		**—.85**
Eimer Emaille, 28 cm		**—.78**
Nachttöpfe, weiß 20 cm		**—.48**
Schöpflöffel weiß	nur	**—.28**
Brotkörbchen lackiert, reizende Dekore		**—.39**
Löffelblech, Emaille weiß . . .	nur	**1.58**
Wandkaffeemühlen, große, hübsche Dekoreauswahl		**2.45**

Einstoss
Augsburg
Wertachstr. und Filiale Neuburgerstr. 39

Herren-Friseursalon / Puppenklinik
Sämtliche Reparaturen zu reellen billigen Volkspreisen werden entgegengenommen bei **Georg Gigl**
Friseur und Puppen Klinik / Guldeinstraße Nr. 33

B **Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Hausfrauen**

Kempten

Fillisch das leistungsfähige Haus für „Alle" Residenzplatz 31136

Genossenschafts-Bank Kempten e. G. m. b. H.
Rathausplatz — Annahme von Spargeldern bei bester Verzinsung 31145

Fritz Ewecker Bahnhofstraße — Salzstraße
Sämtliche Lebensmittel
gut und preiswert — Zweckmäßiger Proviant für Reise, Sport- u. Wochenend 31154

Drogerie Schirmer Photo-Handlung
Fischerstraße 6 — Salzstraße 28 31155

Albert Scherrer
Größtes Spezialgeschäft in Kinderwagen, Sport- und Liegewagen / Gerberstr. 19 31158

A. Keffner jr.
Memminger Straße 13 — Kolonialwaren Zigarren, Zigaretten 31157

Möbelhalle Rothmaier
Bäckerstr. 5 — Stets preiswerte Wohnungseinrichtungen, Polsterwaren, Ergänzungsstücke 31158

Lebensmittel-Haus Emil Sauter
Gute und billige Lebensmittel
Kaffee — Tee — Tabakwaren
Rabattmarken — — Milchersatz 31160

ALBERT ADE
Fischerstraße 1 — Spezialgeschäft für Uhren und moderne Optik
Besteingerichtete Reparaturwerkstätte 31148

Bürger-[illegible]
Lichtspiele, Kempten 31120

Münchner Kaufhaus
Gerberstraße — Wir geben doppelte Rabattmarken 31132

Philipp Sauter Kempten, Fischerstieg
Betten aller Art
Fertige Betten
Weiß- und Wollwaren 31140

Touristen — Sportler — Naturfreunde
Genesende decken ihren Bedarf in Lebens- u. Körperpflegemitteln im
Reformhaus Hartmann, Hospiz 31123

Adler-Apotheke
Kempten, Salzstr. 4
Allopathie — Homöopathie
Lieferant für alle Krankenkassen 31125

Die AIZ sowie alle anderen Zeitschriften u. Bücher liefert die Buchhandlung
M. Bonenberger, Schalldorf-Kempten
Kotterer Straße 31126

Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren aller Art ist das
Allgäuer Kaufhaus
M. Konopitzky, Fischerstraße 32 31127

Hof-Apotheke
Dr. L. Bissinger
Allopathische und homöopathische Officin, gute, billige Handverkaufsartikel — Feilberg 31128

Den Mantel, das Kleid, den Schuh kauft billig bei Sax in Kempten Du
Schuh- u. Modehaus Sax
Kempten, Fischerstraße 25 31129

Allgäuer Brauhaus A.-G. in Kempten
Vorzügliche helle und dunkle Lagerbiere. Spezialität: „Allgäuer Edelbräu", das helle Qualitätsbier, ff. Weizenbier der Abteilung: Allgäuer Weizenbräu 31130

Atelier und Photohandlung
Schäffler
Entwickeln — Kopieren Vergrößern 31134

Schuhhaus Gebrüder Kohn
G. m. b. H,
Größtes Schuhhaus im Allgäu 31135

Elektro- und Radio-Spezialhaus Robert Schaller, Gerberstr. 40/42
bietet Ihnen bei Ihren Einkäufen in jeder Hinsicht Vorteile 31151

Mutterle, die
Städtische Sparkasse
Kempten, Gerberstraße
leiht Heimsparbüchsen
kostenlos aus. Bitte, hol mir eine solche, damit ich jeden Pfennig, den ich geschenkt bekomme, aufsparen kann 31139

Storchenbrauerei
Carl Hail, Kempten
empfiehlt ihre Qualitätsbiere 31133

Brauerei zur Stadt Hamburg
Kempten-Allgäu — Qualitätsbiere 31124

Werbt für die Partei und Presse

Mater Kempten 31149

Sport-Haus Kögl
Salzstraße 16
Fischerstraße 9
Beste Bezugsquelle für Sportartikel aller Art 31153

Erstes Sanitäts- und Gummiwarenhaus **Heberle**
Inh. Dora Wurm
Aeltestes Haus für Krankenartikel
Fischerstraße 31137

Alfr. Dobler-Kempten
Buch- und Steindruckerei
Spezialität: Plakate, Flugschriften 31139

Trinki die beliebten Biere des
St. Lorenz-Bräu
Kempten 31138

Otto Steinhart
Fischerstraße 15 — Spezial-Geschäft für
Herren-Artikel, Trikotagen
Strümpfe, Strickwaren 31131

Augsburg

Brotfeingebäck und Konditorei
Leonhard Thoma
Telefon 10 428
Schöpplerstraße 6 30673

Ochsen- und Schweine-Metzgerei
Bihler, Bäckergasse A 154
empfiehlt seine Wurst- und Fleischwaren zu den billigsten Tagespreisen 30674

Tabak-Waren
en gros — en detail
D. Hechenbleikner
Tel. 1475 Predigerberg A 71
Lieferant erster Häuser 30675

Trinkt Milch aus der
Genossenschafts-Molkerei 30638

Trinkt Reske-Liköre
Likörfabrik J. N. Reske — — Predigerberg 30671

Trikotagen
Strickwaren gut und preiswert
Wiedemann Bahnhofstraße 4 Carolinenstr. G 2 30640

Möbel-Eigner
nur
Maximilianstraße C 6
und Jacobstraße C 3
neben Fischzug Petri 30641

Fahrräder
fachmännische Reparaturwerkstatt für alle Systeme. Gramola-Schallplatten auf Teilzahlung
Josef Müller Brandenstraße 29 30639

Ludwig Haas
Philippine-Welserstraße D 26
Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte in Korbwaren und Möbeln, Lagerfühle, Nachtsessel, Holzwaren, Leitern fürs Haus und Gewerbe, Gartenmöbel, Rollschutzwände, Bürstenwaren, Bohnerbürsten, Kehrmaschinen, Fußabstreicher, Badematten, Kokos- und Ledermatten
Grüne Rabattmarken 30634

Lanaauer
Das Kaufhaus der guten Qualitäten zu billigen Preisen. 52 Spezialabteilungen von ersten Fachleuten geleitet, dienen mit größter Auswahl. Bei jedem Bedarf fürs tägliche Leben, geht man in erster Linie ins
Kaufhaus für Alle!
Landauer
Bürgermeister Fischer Straße 30635

Gasthof Blumenstein W. Hetchlinger
Uebernachtung, Niedrige Preise, Gute Bedienung 30636

Damen- und Mädchenkleidung
Hch. Grausmann 30637

Trinkt Chabeso!
ärztlich empfohlen
Achten Sie genau auf Marke
CHABESO!
Fernsprecher Nummer [illegible] 30672

Reserviert

Trustfrei! **ZIGARETTEN**
zu 3 Pfennig, 4 Pfennig, 5 Pfennig
Lieferung an alle Gastwirte **Zigarren-Zentrale** Steingasse 1358 Telefon 3457

F.J.M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Einzelpreis 15 Pfg

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale) Bez. Südbayern

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags). Bezugspreis: wöchentlich 80 Pfg., halbmonatlich 1.25 Mk., monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Sprechzeit der Redaktion: Dienstag und Freitag von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr.

für

München, Augsburg u. Südbayern

Mit den Beilagen: Der Rote Stern / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Millimeter-Zeile oder deren Raum 10 Pfg., außerhalb Bayerns 15 Pfg., Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile od. deren Raum im u. anschließ. an Text 75 Pf., außerhalb Bayerns 1 M. Anzeigenschluß: Vortag abds. 6 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH., München, Nymphenburgerstr. 32. Fernspr. 50 4 63. Postscheck: Freier Verlag München Nr. 47280. Druck: Freier Verlag GmbH., München

Nummer 52 | München, Mittwoch, 8. April 1931 | 14. Jahrgang

Die Gewerkschaftsbonzen für 10% Lohnraub an den Bauarbeitern

Die Bauarbeiter sollen „einmal auf die Zähne beißen" so höhnen die Bonzen

Die Maurer, Zimmerer und alle übrigen Bauarbeiter in München wie in allen Bezirken Bayerns haben in ihren Mitgliederversammlungen einstimmig den Schandschiedsspruch von 7½ Prozent Lohnabbau, den das Bezirkstarifamt fällte, **abgelehnt**. Auch der zweite vom zentralen Tarifamt in Berlin gefällte Schiedsspruch, der einen 10prozentigen Lohnabbau vorsieht, ist angeblich von der Konferenz der Vorstände des Baugewerkschaftsbundes wie auch einer zentralen Zimmererversammlung in München **abgelehnt** worden.

Eine ungeheure Rebellion herrscht unter den Bauarbeitern, die heute noch von der Bürokratie über den Stand der Lohnbewegung im Unklaren gehalten werden. Dobler, der in den Tarifverhandlungen bereits seine Zustimmung für einen 10prozentigen Lohnabbau gegeben hat, läßt sich bei den Bauarbeitern nicht mehr sehen und seine getreuen Untertanen, die Koch, Schmid und Heilmann, wagen in den Versammlungen auf den Baustellen nicht zu erklären, daß sie für den Lohnabbau sind. Großschnauzig propagieren sie, wie das z. B. der Verbandsbürokrat Koch am letzten Freitag in einer Baustellenversammlung: „Wir werden kämpfen, wenn die Unternehmer den Lohn abz ehen ..."

Die RGO.-Kollegen entlarvten vor den Bauarbeitern diese Schwindler und sagten diesen Unternehmerknechten, daß sie nur ein elendes Betrugsmanöver mit den Bauarbeitern betreiben. Welch elende Schwindelmanöver die Gewerkschaftsbonzen durchführen, beweist die Tatsache, daß zur selben Zeit, als sie in den Bauarbeiterversammlungen vom „Kampf" reden, sie schon bereits ein Rundschreiben an die Zahlstellenvorsitzenden herausgegeben haben, **deren wichtigste Absätze ihr volles Einverständnis mit dem Lohnraub und ihre Absicht der Verhinderung jeder Kampfaktion aufzeigen.** Wir wollen dieselben den Bauarbeitern nicht vorenthalten, und entnehmen dem Rundschreiben folgendes:

„...Wir empfehlen Euch nun ab 1. April so zu verfahren, daß vorerst Arbeitseinstellungen unsererseits unter keinen Umständen eintreten dürfen und zwar solange, bis weitere Weisung durch uns ergeht. Wir wollen vorher alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit man uns nicht den Vorwurf machen kann, einen Kampf frivolerweise heraufbeschworen zu haben...

Sollten die Unternehmer an die Kollegen herantreten und ab 1. April 1931 einen Lohnabbau nach dem Berliner Schiedsspruch vornehmen, so haben die Kollegen diesen Lohn mit Protest und Vorbehalt anzunehmen, d. h. wenn eventuell eine Aenderung in der Lohnhöhe eintreten soll, dieselbe später geltend gemacht werden kann.

In dieser wirtschaftlich für uns so ungünstigen Zeit dürfen und können wir keine Experimente machen und müssen, wenn es auch schwer fällt, einmal auf die Zähne beißen und den Gang der Entwicklung abwarten."

Neben ihrer elenden Streikbruchtätigkeit glauben diese Herren die Bauarbeiter noch verhöhnen zu können. Wie es mit den Protesten und Vorbehalten aussieht, darüber können die Eisenbahner berichten, die heute noch vergebens auf ihre Lohnansprüche durch das Einlegen der Feierschichten warten.

Für die Bauarbeiter kann es nur eine Losung geben und das ist: **Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub unter Führung der RGO.!** Erkennt das elende Betrugsspiel der Streikbruchbürokraten sozialfaschistischer und christlicher Richtung. Als treue Unternehmerknechte exekutieren sie euch in weiteres Hungerelend. **Zerschlagt die Pläne der Unternehmer und ihrer Lakaien durch eine machtvolle Streikaktion!**

Polizei auf den Baustellen

Berlin, 7. April. (Eig. Bericht.)

Die Berliner Bauarbeiter stehen unter Führung der RGO. im Streikkampf. Trotzdem finden sich auf einigen Baustellen reformistische Streikbrecher. In Schöneberg kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. **Zwei streikende Kollegen wurden verhaftet.** Die Streikbrecher arbeiten unter dem Schutz der im Ueberfallwagen erschienenen Polizei. Die Baustellen sind mit starken Polizeikräften besetzt.

Roter Einbruch bei den BMW.

Die Betriebsrätewahlen bei den Bayerischen Motorenwerken in München brachten trotz der wüsten Hetze der Sozialfaschisten und Hakenkreuzler einen gewaltigen Vorstoß der roten Einheitsliste, die heuer das erste Mal zur Wahl stand.

Von den abgegebenen Stimmen erhielten:

Liste 1 Reformisten	770 Stimmen	6 Mandate
Liste 2 Christen	96 Stimmen	0 Mandate
Liste 3 Rote Einheitsliste	**387 Stimmen**	**3 Mandate**
Liste 4 Nazi	118 Stimmen	0 Mandate

Die Wahl der Naziliste durch 118 Leute ist das Produkt der Faschisierungsmethoden der Firma, die bereits seit Monaten systematisch in Verbindung mit der NSDAP.-Leitung Hakenkreuzler in den Betrieb holt, alle Abteilungen besetzt und damit ein Netz von Betriebsspitzeln schafft.

Das Wahlergebnis bei den Bayerischen Motorenwerken signalisiert die Gefahr des Werkfaschismus, der von den Arbeitern aufs schärfste bekämpft werden muß. Bei den BMW. ist es jetzt, wie in allen anderen Betrieben, erste Aufgabe, alle Wähler der roten Einheitsliste in der RGO. zu sammeln, eine starke RGO.-Betriebsgruppe zu schaffen.

Nur die RGO. bekämpft den Werkfaschismus, der durch die unternehmerfreundliche Politik der Reformisten Nährboden findet.

Hinein in die RGO.! Schaffung einer roten Betriebswehr! Das sind die Parolen nach dem Einbruch der roten Liste bei den Bayerischer Motorenwerken!

Rüstet zum 1. Mai!

Rote Aufmärsche im ganzen Reich

Berlin, 7. April. (Eig. Bericht.)

Vom ZK. des KJVD. wird mitgeteilt:

Zur Vorbereitung des Jugendtages wurden drei Millionen Flugblätter fünferlei verschiedener Art, 250 000 Klebestreifen, 250 000 Plakate ausgegeben und 1000 Massenversammlungen durchgeführt. In den letzten Tagen vor dem Jugendtag fanden 132 illegale Demonstrationen statt.

Der Jugendtag selbst war ein großer Erfolg. Aus einzelnen Bezirken liegen folgende Meldungen vor:

In Berlin fanden Kundgebungen an den Gräbern der Revolutions-Gefallenen in Friedrichsfelde statt. Ueber tausend Jungarbeiter waren anwesend. Es sprachen Arthur Becker und Fritz Reuter, zur Begrüßung eine Jungarbeiterin aus Dänemark. Trotz Verbot waren in Berlin über 2000 auswärtige Teilnehmer, darunter 15 Delegierte aus dem Ausland, darunter England, Frankreich, Österreich, Schweden Dänemark, Tschechoslowakei.

Trotz Verbot fand die Durchführung des

Kongresses revolutionärer Einheit

am Samstag statt. Es waren 300 Delegierte anwesend, darunter **christliche Jungarbeiter, Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, des Reichsbanners,** sowie die entscheidenden Kriegs- und Großbetriebe.

Neue Regierungskrise in Rumänien

Das Bauernkabinett Manoilescu wurde gestürzt, da die Kammer das vorgelegte Wirtschaftsprogramm nicht genehmigte. Mit der Regierungsbildung wurde der bisherige rumänische Gesandte in London Titulescu beauftragt. Die Bauernpartei, die über eine Mehrheit im Parlament verfügt und durch den Sturz ihres Vertreters ziemlich verschnupft ist, will einem anderen Kabinett nur dann die Unterstützung gewähren, wenn keine Neuwahlen vollzogen werden. Während gerade aber der jetzige zur Macht kommende Faschistenflügel auf solche Wahlen drängt.

Die Regierungskrise in Permanenz kennzeichnet die schwere politische Krise, die in Rumänien herrscht. Unter der faschistischen Blutdiktatur in der Erfüllung der Aufträge des französischen Imperialismus gegen die Sowjetunion bricht immer mehr das gesamte Volk, besonders die Bauern unter der Hungergeißel zusammen.

Tausende demonstrieren in Hamburg

Hamburg, 7. April. (Eig. Drahtbericht.)

Hamburg, das schon vor der Verkündung der Notverordnung unter dem Belagerungszustand stand, hat am Samstag in vier Stadtteilen Demonstrationen gegen das Reichs-Jugendtagsverbot erlebt. 2000 junge und erwachsene Arbeiter demonstrierten in Hamburgs Straßen. Junge Arbeiter sprachen vor den versammelten Massen und gelobten, daß auch Hamburgs Jugend am 6. Reichsjugendtag gegen Brüning-Diktatur. Wahlrechtsraub und Arbeitsdienstpflicht marschieren wird.

437 Verhaftungen in Braunschweig

Braunschweig meldet gute Massenagitation und große Massenkundgebungen. Die Massenkundgebungen wiesen eine Zahl von über zehntausend Besuchern auf.

Sonntag mittag fanden in benachbarten Ortschaften kommunistische Versammlungen statt. Im Anschluß hieran bildeten sich Demonstrationszüge. Die Teilnehmer versuchten, geschlossen in die Stadt zu gelangen, wurden aber von der Polizei daran gehindert. Dabei wurden 120 Personen festgenommen. Am späteren Nachmittag bildete sich auf dem Kleinen Exerzierplatz, wo 500 bis 600 Teilnehmer zusammengeströmt waren, ein Demonstrationszug, der gleichfalls von der Polizei auseinandergetrieben wurde. Dabei wurden 219 Personen festgenommen und in Haft gesetzt.

Frankfurt im Zeichen des Jugendtages

Frankfurt, 7. April. (Eig. Drahtber.)

Frankfurt stand während der Osterfeiertage im Zeichen des Süddeutschen Jugendtages. Bereits am Freitag kamen aus ganz Süddeutschland Jugendmannschaften in großer Anzahl auf dem Hauptbahnhof an und, soweit es erlaubt war, auf Lastwagen, wie z. B. aus Württemberg und Baden. Am Samstag fanden acht große öffentliche Versammlungen statt. Sie waren sämtliche überfüllt und von einer guten Kampfstimmung getragen. Sonntag vormittag fand die Hauptkundgebung in Schumann-Theater statt, einem Riesenraum, der wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden mußte.

Im Verlauf der Kundgebung traten alle Agitproptruppen der süddeutschen Jugend mit Spielszenen auf, die gewaltig zündenden Beifall auslösten. Diese Spielszenen veranlaßten die Polizei, dreimal Verwarnungen anzubringen und mit der Auflösung der Kundgebung wegen Verächtlichmachung der Republik zu drohen. Es gelang jedoch die Kundgebung ohne polizeiliche Störung zu Ende zu führen.

SPD.-Fraktionsführer und Parteitagskandidat kommt zur Kommunistischen Partei

„Die Diktaturverordnung hat mir den letzten Stoß gegeben" / Ein Appell, dem Zehntausende folgen müssen

Das Stadtparlament von Leverkusen erlebte in seiner letzten Sitzung eine nicht alltägliche Ueberraschung. Der Fraktionsführer der SPD., Rohmer, der gleichzeitig Mitglied der SPD.-Unterbezirksleitung Remscheid-Solingen und Kandidat für den SPD.-Reichsparteitag in Leipzig ist, sollte für die Sozialdemokratie die Etatrede halten. Statt dessen hielt er eine flammende Anklagerede gegen die mit Schmach und Schande beladene Panzerkreuzer-Partei und erklärte zum größten Entsetzen der bürgerlichen Meute seinen Uebertritt zur KPD. In seiner Rede führte Genosse Rohmer unter dem brausenden Beifall der Tribünenbesucher u. a. aus:

„Ich kann es nicht mehr mit meinem Gewissen vereinbaren, was die sozialdemokratischen Parteiführer an der Arbeiterklasse begangen haben und noch immer begehen. Die Zustimmung der Parteiführer und der Reichstagsfraktion der SPD. zu den neuen Notverordnungen der Brüning-Regierung, zu dem Raub der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, hat mir den letzten Stoß gegeben."

Genosse Rohmer schloß mit dem Appell an alle ehrlichen Arbeiter in der SPD. sich seinem Schritt anzuschließen. Diese Erklärung des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden löste in den Reihen der SPD.-Fraktion eine wahre Panik aus. Ein Spitzenfunktionär der SPD. bemerkte einem KPD.-Abgeordneten gegenüber, daß ihr Fraktionsführer nicht der Letzte sei, der zur KPD. übertreten werde.

Es nützt nichts mehr, daß Herr Wels, der Parteivorsitzende der SPD., an der Spitze des „Vorwärts" erneut einen gellenden Hilferuf ausstößt: „Wo bleibt der zweite Mann?" Es nützt nichts mehr, daß die „linken" Seydewitz radikale Eiertänze veranstalten, um den Linksabmarsch von Hunderttausenden zu verhindern.

*

Der Berliner Stadtbaurat Martin Wagner, bisher SPD.-Mitglied, ist aus der SPD. ausgetreten. Wagner erklärt, daß er die Mitverantwortung für die Politik der SPD. nicht mehr tragen konnte.

Tausende von SPD.-Arbeitern ringen heute noch mit sich selbst, da sie die Mitverantwortung für die Politik der SPD.-Führerschaft schon längst nicht mehr tragen können. Diese Arbeiter müssen zu Entschlüssen kommen: Bruch mit der SPD.-Führerschaft, hinein in die KPD. und RGO.!

In der Aera verschärfter Klassenkämpfe

Aus dem Leitartikel der „Prawda" vom 28. März 1931

(Inpr.) Die gewaltigen Klassenverschiebungen, die in verschiedenen Ländern stattfinden, gehen im Zeichen einer Vertiefung der Krise in den kapitalistischen Ländern und gewaltiger Erfolge des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion vor sich. **Die Welt des siegreichen im Aufbau befindlichen Sozialismus steht der Welt des untergehenden sterbenden Kapitalismus gegenüber.** Bei ihnen Krise, Produktionseinschränkung, Verelendung der Massen, scharfer Rückgang des Verbrauchs, Desorganisation der Wirtschaft, Einengung der inneren und äußeren Märkte, Wachsen der Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Angriff auf die soziale Gesetzgebung, ungeheuerliche Ruinierung der armen und mittleren Bauernmassen, Verelendung des städtischen Kleinbürgertums, der Angestellten, der unteren Beamten. In der Sowjetunion ein in der Geschichte der Menschheit seinem Tempo nach unerhörtes Anwachsen der Produktion, Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebenshaltung der Massen, gewaltige Siege der Planwirtschaft, Liquidierung der Arbeitslosigkeit und Heranziehung neuer Massen in die Produktion, Wachsen der Ausgaben für Sozialversicherung, Wendung der Mittelbauernmassen zum Sozialismus, sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Bei ihnen die Verschärfung aller grundlegenden Gegensätze.

Die Bourgeoisie, die von ihrer Zukunft nicht überzeugt ist, sucht einen Ausweg aus der Krise in einem faschistischen Angriff auf das Proletariat und die Hauptmassen der Bauern in ihren Ländern, in der Verstärkung des nationalen und kolonialen Jochs, in der Vorbereitung mörderischer Kriege, in der Intervention gegen die Sowjetunion.

Wo sind die Theorien über die ewige „Prosperität", über die feste Stabilisierung? Im Feuer und Sturm der Krise sind sie dahingeschmolzen, gleich dem vorjährigen Schnee, und jetzt sind die Ideologen der Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Lakaien bereits gezwungen, mit Heulen und Zähneklappern zuzugeben, daß der Stabilisierung des Kapitalismus ein Ende gesetzt ist. Wo sind die Voraussagen über den bevorstehenden Sturz der Räte, über den „Zusammenbruch" des Fünfjahrplans, über den Thermidor, über die Krise der proletarischen Diktatur? Sie sind auf den Misthaufen geworfen worden, und jetzt sind sogar die hervorragendsten Führer der Bourgeoisie, die giftigsten Feinde der Sowjetunion, darunter auch einige Sozialfaschisten, gezwungen, die Erfolge des Fünfjahrplanes anzuerkennen. Den Werktätigen der ganzen Welt wird es klar, daß die Diktatur der Bourgeoisie zur Not, zum Elend, zum Ruin, zum Hunger, zur schwarzen Reaktion, zu Kriegen führt, die Diktatur des Proletariats aber zu neuem Leben, zum Wachsen des Wohlstandes der Massen, zum Wachsen der Produktivkräfte, zur Vernichtung der Ausbeutung, zum Sozialismus. Gerade deshalb wachsen im imperialistischen Lager die Bestrebungen an, durch eine Intervention die weiteren Erfolge des sozialistischen Aufbaues zu verhüten.

In der kapitalistischen Welt gehen auf dem Boden der Wirtschaftskrise gewaltige Klassenverschiebungen vor sich. Die Bourgeoisie wandte sich (oder wendet sich) einer offeneren, unmittelbaren, faschistischen Form ihrer Diktatur zu, indem sie die Klassenorganisationen des Proletariats zerschlägt, die kommunistischen Parteien in die Illegalität treibt, indem sie ihre terroristischen Organisationen gegen die revolutionäre Massenbewegung schafft, indem sie in breitestem Maße nationale und soziale Demagogie anwendet. In einer Reihe von Ländern hat sich bereits die faschistische Diktatur herausgebildet, in einer Reihe anderer reift sie schnell heran. Die Massen überzeugen sich durch ihre Erfahrungen immer mehr, daß der faschistischen Form die parlamentarisch-demokratische bürgerliche Diktatur gegenüberzustellen ein liberales und sozialfaschistisches Manöver zur Deckung der Diktatur ist. Aber die reichen Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt und bewiesen, daß die faschistische Diktatur nirgends errichtet, daß die Faschisierung des bürgerlichen Staates nirgends durchgeführt wurde ohne die Hilfe und Unterstützung der Sozialdemokratie, die sich seit dem Weltkriege und seit der Festigung der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion ununterbrochen zum Faschismus hinentwickelt. Die Sozialdemokratie ebnete und ebnet der faschistischen Form der bürgerlichen Diktatur mit allen Mitteln und Methoden den Weg.

Die bürgerliche Gegenrevolution sammelt ihre Kräfte zu den entscheidenden Kämpfen gegen „ihr" Proletariat, gegen die nationalen revolutionären Befreiungsbewegungen in den Kolonien, gegen die Sowjetunion.

Auf dem anderen Pol schließen sich die Kräfte der Revolution zusammen. Der revolutionäre Aufschwung der Massen ist eine unbestreitbare Tatsache. Streiks, wachsender Umfang der Arbeitslosenbewegung, Aufschwung der revolutionären Bewegung in den Kolonien, und im besonderen Entstehen von Sowjets und einer Roten Armee in weiten Gebieten Chinas, steigende Welle des Kampfes der bäuerlichen Massen, Gärung in den sozialdemokratischen Parteien, Gärung in den nationalreformistischen Parteien der kolonialen Länder, Anwachsen der politischen Aktivität der Massen sind die zuverlässigsten Gradmesser des revolutionären Aufschwungs. Dieser Aufschwung ist in allen Ländern zu beobachten, entwickelt sich aber ungleichmäßig.

In Deutschland und in Polen haben wir im Zusammenhang mit besonderen Verhältnissen (Youngplan in Deutschland, schweres nationales Joch und Last der militärischen Bürde in Polen) **das Heranreifen einer Tendenz zur revolutionären politischen Krise.**

In den größten Kolonien des Imperialismus aber — in China und in Indien — sind bereits die Elemente einer revolutionären Krise herangereift, besonders in China, wo der Gang der Ereignisse bereits zur Schaffung von Sowjets und einer Roten Armee geführt hat.

Die Krise enthüllt immer mehr das wahre Gesicht der Sozialdemokratie. Die „Arbeiter"-Regierung in England, die Politik der Sozialdemokraten in der Koalitionsregierung und außerhalb der Regierung in Deutschland, die Rolle der PPS. und der finnischen Sozialdemokratie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur, die Aktivität der französischen Sozialisten bei der Vorbereitung des Krieges, die Tätigkeit der II. Internationale und aller ihrer Parteien bei der Unterstützung und Durchführung der Ausplünderung der Kolonien, der imperialistischen Räuberei, bei der Unterdrückung des revolutionären Kampfes des Proletariats und der kolonialen Bewegungen, ihre Rolle beim Streikbrechertum, bei der Abwürgung sogar wirtschaftlicher Kämpfe haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie ist. Die gesamte Tätigkeit der II. Internationale, ihre Rolle bei der Vorbereitung der Intervention gegen den ersten proletarischen Staat, trotz „linker" Phrasen, trotz einzelner [illegible]iger „linker" Manöver, hat gezeigt, daß **die Sozialdemokratie [illegible]rktig eine Sturmabteilung der Bourgeoisie im Kampfe gegen die Sowjetunion ist.**

Bankrott wird bestätigt

Der Beschluß der Gutachter-Kommission zur Arbeitslosenfrage

Unter Vorsitz des ehemaligen Reichsarbeitsministers Brauns, einem frommen Zentrumsmann, wurde Ende Januar von der Regierung eine Gutachter-Kommission zur Arbeitslosenfrage eingesetzt. Jetzt tritt die Kommission mit einem Beschluß vor die Oeffentlichkeit, aus dem ersichtlich ist, daß die Kommission ihre Aufgabe nicht darin gesehen hat, Vorschläge zu machen, wie den Erwerbslosen Brot und Arbeit zu verschaffen ist, sondern wie ihnen und den noch im Betrieb stehenden Arbeitern die Lasten der Krise weiter aufgehalst, ein Groschen nach dem andern abgeknöpft und vorenthalten wird. Es klingt fast wie ein Hohn, wenn die Kommission ihren Auftrag in folgende zwei Aufgaben gliederte: Erstens in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zweitens in die Milderung ihrer Formen.

Infolge des Unvermögens der kapitalistischen Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen, hat sich die Kommission zunächst mit theoretischen Tüfteleien über den Stand der Arbeitslosigkeit und die Ursachen der Wirtschaftskrise unterhalten. Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, das wußten wir schon vor der Existenz dieser Kommission. Wo ihre Ursachen liegen, das vermag diese Kommission deswegen nicht aufzuzeigen,

weil die Ursachen im kapitalistischen Profitsystem liegen und infolgedessen die Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung erst mit dem kapitalistischen System verschwunden sein wird.

Der ganze sogenannte sachliche Teil des Gutachtens, der dann übrigbleibt, zerfällt in zwei Abschnitte, erstens in die Verkürzung der Arbeitszeit und zweiten in die Frage der Doppelverdiener.

Die Kommission schlägt vor, daß

die regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen

sei, sie verlangt aber dafür kein Gesetz, das diese Arbeitszeitkürzung allgemein vorsieht, sondern läßt den Kapitalisten die größte Bewegungsfreiheit. Das tollste vom tollsten ist aber, daß die Kommission jeden Lohnausgleich ablehnt.

„In der gegenwärtigen Krise erscheine ein Lohnausgleich im allgemeinen nicht tragbar",

erklärt diese Kommission, der natürlich auch eine Reihe sozialdemokratischer Führer auf Vorschlag der Brüning-Regierung und gegen angemessene Sitzungsgelder ihre kostbaren Dienste zur Verfügung gestellt haben.

„Von einem Zwang zur Neueinstellung von Arbeitnehmern", bei den Unternehmern, die die 40stündige Arbeitswoche einführen, „will die Kommission unter Hinweis auf frühere Erfahrungen absehen". Dazu folgt dann noch folgende Feststellung: **„Ein vollständiges Verbot aller Ueberarbeit hält die Kommission aus wirtschaftlichen Gründen nicht für möglich."**

Das heißt also alles zusammen:

Mit den Mitteln der Rationalisierung unter Hilfeleistung der SPD.-Bonzen können die Ausbeuter die Arbeitszeit bei gleichbleibender Leistung auf 40 Stunden pro Woche herabdrücken, sie brauchen keine Neueinstellungen vorzunehmen, desgleichen kommt kein Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit in Frage. Im übrigen bleibt nach jeder Richtung hin der kapitalistischen Ausbeutung Tür und Tor geöffnet.

Und diesen Beschluß der Gutachter-Kommission feiert die sozialdemokratische Presse als einen Erfolg.

In der Frage der Doppelverdiener

ersucht sozusagen die Kommission die Ausbeuter, „ihre vorhandenen Belegschaften daraufhin durchzuprüfen, ob die Arbeitnehmer mit einem anderweitig gesicherten Einkommen ersetzt werden können". Ein Vorschlag, der der willkürlichen Entlassung von politisch unliebsam gewordenen Arbeitern Tür und Tor öffnet.

Beamten und Dauerangestellten soll **„die Genehmigung zu bezahlten Nebenbeschäftigungen durchweg unverzüglich widerrufen werden".** Wir haben noch nicht gehört, daß höhere Beamte sich nach Nebenbeschäftigungen umsehen mußten. Das kommt normalerweise nur für jene unteren Schichten in Frage, für die die Gehälter nicht zum notwendigsten Lebensunterhalt ausreichen.

Ein Abbau der hohen Gehälter und eine enorme Erhöhung der unteren Gehälter ist die Forderung der Stunde, die von selbst dazu führt, daß untere Beamte und Dauerangestellte die Nebenbeschäftigungen aufgeben. Aehnlich liegt es

mit den verheirateten Beamtinnen.

Die Mehrheit der Kommission will diese „durch Abfindungssummen zum freiwilligen Ausscheiden anreizen", die Minderheit der Kommission verlangt jedoch kurzweg ihre **„Kündigung gegen eine gewisse Abfindung".** Auch damit werden nur jene Familien getroffen, bei denen die Frau infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen ist, Arbeit anzunehmen.

Diese ganzen Maßnahmen und Vorschläge zeigen nichts als den vollkommenen Bankerott des kapitalistischen Systems. Mit diesen Maßnahmen wird die Arbeitslosigkeit um nichts vermindert, die Ausbeutung wird dadurch gesteigert. Diese Maßnahmen müssen den stärksten Protest der Arbeiterschaft finden. Unter den Losungen der Kommunistischen Partei gilt es, für Brot und Arbeit mobil zu machen!

Im „Dritten Reich" nicht viel neues

Stennes verklagt Hitler und Goebbels / Die Zersetzung geht weiter

Die erste große Explosion der sozialen Gegensätze im Lager der Nationalsozialisten endet, wie vorauszusehen war, mit einem **Pyrrhussieg Hitlers.** Dem Hitler ist es **mit Zuckerbrot und Peitsche, mit der Drohung vor dem Verlust der Futterkrippe** an die „Angriff"-Redakteure und mit der Denunzierung des Stennes als einen **Polizeispitzel** gelungen, seine Haufen einigermaßen zu sammeln. Damit ist natürlich nur eine **vorübergehende** Verkleisterung der inneren Gegensätze des Nationalsozialismus erreicht. Morgen werden sie erneut aufbrechen, größer, mächtiger, zerstörender. Heute bleibt schon eine gewaltige **Kompromittierung Hitlers,** seine Entlarvung als einen **getreuen Lakaien Brünings,** seine Absage an die letzte **soziale Idee,** sein hundertprozentiges Bekenntnis zur Verteidigung des **kapitalistischen Ausbeutersystems,** zur **Landsknechtsrolle** und zum **Streikbrechertum** gegen das deutsche Proletariat zurück. Die Garden Hitlers finden sich mißtrauisch und pessimistisch, kurz, jammernd wie geschlagene Hunde, in ihrer Hütte, im „Braunen Haus", wieder zusammen.

Vom Kriegsschauplatz selbst wird gemeldet, daß der Osaf-Ost a. D. Stennes Hitler verklagen will. In einer umfangreichen Erklärung teilt er mit, daß er eine Beleidigungsklage gegen „München" anstrengen würde, um so „auch einmal die „Hintergründe der Stennes-Rebellion" der Parteigenossenschaft und dem deutschen Volke klarzulegen".

Bereits am Dienstag haben sich zwei Berliner Gerichte mit Klagen rund um Stennes beschäftigen müssen. Im ersten Prozeß handelt es sich um eine **Räumungsklage** der „Großdeutschen Handelsgesellschaft", der Besitzerin des Hauses, das Stennes in der **Matthäikirchstraße** bezogen hat. Stennes habe die Räume mit dem Vorwand gemietet, daß er einen **Bürobetrieb** einrichten wolle. Der geräuschvolle Betrieb der Ordonnanzen, der Wachen, der Motorradfahrer, fällt den übrigen Mietern so auf die Nerven, daß sie angeblich den Hauswirt zur Klage gezwungen haben.

In der zweiten Klagesache erreichte Stennes die einstweilige Verfügung des Gerichts, daß der Firma Goebbels verboten ist, **weiter die Behauptung zu verbreiten, Stennes habe die zugehörigkeit eines Polizeiwachtmeisters zur Nationalsozialistischen Partei dem Berliner Polizeipräsidenten verraten. Stennes verwahrt sich ganz entschieden dagegen, daß er die Nationalsozialistische Partei bespitzelt habe.**

Diese Streitereien sind nur die äußeren Erscheinungen dafür, daß der Nationalsozialismus immer mehr zu einem **zuverlässigen Hort des internationalen Finanzkapitals** geworden ist. Es kommt darauf an, daß das die Masse der Nazianhänger erkennt und daraus nicht bloß den Schluß zieht, den Stennes zog.

Scheringer hat den Weg gezeigt!

Was geht vor

zwischen Berlin, London und Paris

Schon seit langem plante die englische Regierung, an deren Spitze Sozialdemokraten stehen, nicht etwa eine Rücksprache mit der Sowjetregierung, sondern mit der deutschen Hindenburg-Regierung. Jetzt wird bekannt, daß diese Besprechung zwischen Brüning-Curtius und Macdonald-Henderson, die schon im April stattfinden sollte, am 1. oder im 8. Mai in London stattfinden wird. Etwa vier Tage lang werden sich dort die Minister miteinander unterhalten. Da auch die Teilnahme des französischen Außenministers Briand an diesen Besprechungen angekündigt wird, liegt es auf der Hand, um was es bei diesen Besprechungen geht. Es **dreht sich um die Bildung eines festen Blockes der europäischen Großstaaten zum Kampf gegen die Sowjetunion. Diese Besprechung signalisiert die Kriegsgefahr, sie alarmiert uns zur verstärkten Verteidigung der Sowjetunion.**

Die ersten Klassenurteile nach der Notverordnung

WTB. **Berlin,** 7. April. Die beiden ersten Urteile nach der neuen Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sind heute gefällt worden. Der 35jährige Arbeiter Hermann Maujocks erhielt **drei Monate,** der 24jährige Erwerbslose Heinz Schmidt **drei Wochen Gefängnis.** Maujocks hatte am 2. Februar einen unerlaubten Demonstrationszug in der Frankfurter Allee geleitet. Das Vorgehen fällt unter den verschärften § 2 Ziffer 1, der eine **Mindeststrafe** von 3 Monaten Gefängnis vorsieht. Dem Angeklagten, der bestritt, an dem Demonstrationszug teilgenommen zu haben, konnten durch einen Zeugen, einen Kriminalbeamten, belei**digende Rufe gegen die Regierung nachgewiesen werden** (und da behauptet man noch, er hat den Zug geführt. D. Red.). Der zweite Verurteilte, der Erwerbslose Schmidt, war beim Ankleben von Boykottzetteln an Geschäftslokalen festgestellt worden.

Die Stärkung der Roten Hilfe ist angesichts dieser Urteile ein dringendes Gebot der Stunde.

Auf der Grundlage des erfolgreichen Kampfes gegen den rechten Opportunismus, der die Hauptgefahr bleibt, und gegen die „linken" ungebetenen Augendiener, die den rechten Opportunismus nähren, haben eine Reihe von Sektionen der KI., und im besonderen ihre Hauptabteilung — die KPSU. —, aber auch die KP. Deutschlands, die KP. Chinas und andere Parteien große Erfolge erzielt. Vorhanden sind ein Anwachsen des politischen Einflusses der kommunistischen Parteien, eine qualitative und quantitative Festigung einer Reihe von Sektionen der KI., ein Anwachsen der selbständigen Rolle der kommunistischen Partei in der Streikbewegung, eine Herausbildung einer Reihe neuer kommunistischer Parteien, Siege auf den Fronten der kolonialen Revolutionen usw. und dergleichen. Ein Umschwung hat in der Arbeit einer Reihe von Sektionen, darunter auch in der Arbeit der KJI., eingesetzt.

Unter den Verhältnissen der Weltwirtschaftskrise, des Angriffs des Kapitals und des Faschismus, des Herannahens von Kriegen und der Intervention machen sich jedoch alle politischen und organisatorischen Schwächen, alle Mängel und Fehler der kommunistischen Parteien der kapitalistischen und kolonialen Länder besonders fühlbar. Notwendig ist die **Ueberwindung des Hinterherhinkens und des Zurückbleibens hinter dem Entwicklungstempo der revolutionären** Kämpfe. Ungenügende Aktivität bei der Vorbereitung, Organisierung und Leitung der Wirtschaftskämpfe, ungenügende Aktivität bei der Organisierung eines tatsächlich bolschewistischen Kampfes gegen Kriege und Intervention, ungenügende Aktivität im Kampfe gegen die Kriegsgefahr, gegen [illegible] Intervention gegen die Sowjetunion und gegen die kolonialen [illegible]evolutionen, das sind die schwachen Seiten der Arbeit der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Die Ueberwind[illegible]ser organisatorischen und politischen Schwächen wird durch die [illegible]amte internationale und innere Lage sowohl in den imperialistischen wie auch in den kolonialen Ländern erfordert.

Der tägliche Beobachter

P. Grau: Der Mord an der Lehrerin Elly Maldaque

(8. Fortsetzung.)

„Ich möchte Sie fragen, Herr Oberstadtschulrat, ob sich irgend jemand aus der Elternschaft meiner Schüler oder aus dem Lehrerkollegium über mich beschwert hat?"

„Nein. Von dieser Seite ist mir nichts zu Ohren gekommen. Aber das ist auch in diesem Falle ganz gleichgültig. Sie haben Beamteneigenschaft. Binnen kurzem werden Sie unwiderruflich angestellt sein. Sie sind ein intelligenter Mensch, Fräulein Maldaque. Es muß Ihnen bekannt sein, daß die Kommunistische Partei den Umsturz des bestehenden Staates anstrebt, wenn nötig mit Gewalt."

„Eine Besserung der Verhältnisse! So wie es jetzt ist, geht es doch nicht mehr weiter."

„Ich will mich nicht mit Ihnen in eine politische Diskussion einlassen. Sie mögen von der idealsten Gesinnung erfüllt sein. Aber das sind doch Phrasen! Solange die Welt besteht, hat es Arme und Reiche gegeben. Und das werden Sie, mein liebes Fräulein Maldaque, nicht ändern. Die Leute, die Ihnen das einreden wollen, gehen in Wirklichkeit auf ganz andere Dinge aus. Na, wie gesagt, ich bin nicht dazu da, Ihnen politische Aufklärung zu erteilen. Sie müssen selber wissen, was Sie zu tun und zu lassen haben. Jedenfalls möchte ich Ihnen nochmals dringend raten: Brechen Sie die Sache ab. Es kann Sie Ihre Stelle kosten. Sie werden scharf beobachtet. Mehr will ich Ihnen nicht sagen. Auf Wiedersehen, Fräulein Maldaque."

Nachdenklich geht Elly nach Hause. Das Ganze ist ihr rätselhaft. „Sie werden scharf beobachtet." Was meint Freudenberger damit? Von wem? Sie kann sich nicht vorstellen, daß die Polizei gerade ihrer unbedeutenden Person so viel Beachtung schenkt. Sie wird sehr bald eines Besseren belehrt.

„Im Namen des Volkes"

„Die Sache Konrad F.!" ruft der Gerichtsdiener in den Korridor hinaus. Die Sache Konrad F. ist eine Anklage wegen Gotteslästerung. Konrad hat am Grabe eines Genossen ein paar Worte des Nachrufs gesprochen. Für Regensburg genügt das.

Konrad steht zusammen mit Irene, die auf der Durchreise nach Weimar ein paar Tage Station gemacht hat. Beide gehen zusammen in den Gerichtssaal. Konrad nimmt auf der Anklagebank Platz, Irene unter den Zuhörern. Gleich nach ihnen kommt ein Mann herein, ein richtiger Bulldogg, klobig und massiv in Miene und Haltung, mit hervorquellenden, wässerigen Augen. Es ist der Sohn des verstorbenen Schindermeisters aus Abbach, der Kriminalkommissar Hartl.

Noch vor der Urteilsverkündigung verläßt Irene den Gerichtssaal. Sie will ihre Koffer holen, die sie bei Elly untergestellt hat. Am frühen Morgen geht ihr Zug. Auf dem Gang hört sie plötzlich, wie jemand hinter ihr herkommt. Instinktiv beschleunigt sie ihre Schritte. Da ruft jemand: „Fräulein!" Es ist Hartl. Auf der Treppe holt er sie ein. „Kommen Sie mit!" Irene starrt ihn verständnislos an. „Warum?" „Das werden Sie schon sehen." Unterwegs beginnt er, sie auszufragen. „Wer sind Sie? Wie heißen Sie? Haben Sie Ausweise?" Irene gibt auf alles wahrheitsgemäß Antwort. „Wo wohnen Sie? Wo ist Ihr Gepäck?" Eine rasende Angst überfällt Irene. Soll sie Elly in diese Sache hineinziehen? Sie weiß von der Verwarnung dieses Freudenberger, Elly hat es ihr geschrieben. Sie weicht aus: „Ich denke, ich soll mitkommen."

Sie sind am Haidplatz. „Ich frage Sie noch einmal: wo haben Sie Ihr Gepäck?" Irene zuckt die Achsel. Sie gehen hinauf zur ersten Etage. Oben spielt sich jenes widerwärtige und peinliche Schauspiel ab, das mit der Verhaftung eines Menschen verbunden ist. Irenes Sachen werden durchsucht, ihre Handtasche, ihre Kleider. Schließlich findet man die Schlüssel zu Ellys Wohnung, die sie Irene vor dem Weg zur Schule übergeben hat. „Was sind das für Schlüssel?" Irene sieht ein, daß sie durch weiteres Schweigen sich nur verdächtig macht. „Es sind die Schlüssel von Fräulein Maldaque, Orleansstraße 4," Hartl tauscht einen Blick mit einem Mann, der bisher schweigend in der Ecke des Zimmers gesessen hat. Er hat harte, kleine Augen, die unruhig hin und her wandern, ohne daß sich der Kopf bewegt.

Als Irene zusammen mit Hartl vor dem Hause Orleansstraße 4 anlangt, kommt Elly. „Wo kommst du denn her, Irene?" fragt sie ahnungslos. Erst in diesem Augenblick sieht sie den Unbekannten an Irenes Seite. Irene erklärt ihr, was vorgefallen ist. Elly bleibt vollkommen ruhig. Sie gehen zusammen ins Haus. Während Hartl Irenes Koffer durchwühlt, erscheinen noch zwei Kriminalbeamte. Was sie gefunden haben, ist unbedeutend: ein Brief der Bezirksleitung Thüringen, mit der Bitte, ein Referat zu halten, ein Mitgliedsbuch der KPD., eine Karte des Freidenkerverbandes. Mit dem Gepäck, das die Beamten schleppen, geht es zum Haidplatz zurück. Die Protokollaufnahme dauert bis 6 Uhr abends. Ja, Irene ist Mitglied der KPD., sie ist Mitglied des Freidenkerverbandes. Beide Organisationen sind nicht verboten. „Und Fräulein Maldaque?" „Darüber kann ich Ihnen nichts sagen."

Die Jagd nach „Material"

Inzwischen mußte Elly zur Schule zurück. Jetzt ist sie wieder zu Hause, im Begriff, fortzugehen, um sich nach Irenes Schicksal zu erkundigen. Da klingelt es. Wieder steht Hartl vor der Tür. Was er in Irenes Koffer gefunden hat, befriedigt ihn nicht. Erst später stellt sich heraus, daß er gehofft hatte — Zersetzungsschriften zu finden! Davon hatte er wohl mal gelesen, denn in Regensburg waren keine vertrieben worden. Es war der Traum einer ehrgeizigen Kriminalistenseele! „Ich muß auch bei Ihnen haussuchen." „Warum denn?" Verachtung und Ekel packen Elly. „Das werden Sie ja selber wissen." Eine peinlich genaue Durchsuchung der Wohnung beginnt. Die dicken Finger wühlen bis in die letzten Fächer des Schreibtisches. Was ist das Ergebnis?

„Eine Unmenge kommunistischer Literatur," sagte Kultusminister Goldenberger in seiner großen Rede am 31. Juli 1930 vor dem Bayerischen Landtag. Die „Unmenge" — das sind die Zeitungen und Zeitschriften, auf die Elly abonniert ist. „Darunter auch die „Trommel", das bekannte kommunistische Schülerhetzblatt", sagt Goldenberger. Es soll so klingen, als habe sie das unter ihre Schüler verteilt! „Das Rotfrontliederbuch". Aus dem hat sie die Singstunden abgehalten im alten Ratskeller. „Dann eine für Maldaque ausgestellte Mitgliedskarte des „Bundes der Freunde der Sowjetunion" . . . dann „Rundschreiben der oppositionellen KPD.-Gruppe Nordbayerns und eine schriftliche Stellungnahme der Regensburger KPD.-Gruppe als Beilage" und schließlich „Klebemarken der Partei und solche zu den Kommunalwahlen 1929."

Will man feststellen, daß ein Mensch sich für eine Bewegung interessiert, so genügt dieses „Material" als Beweis. Aber daran lag den Herren nichts. Gesinnung ist erlaubt, solange man nichts davon merkt, wozu haben wir eine Verfassung. Worauf es ankam, war, nachzuweisen, daß Elly Maldaque sich kommunistisch betätigt hatte. Und dafür war das Material geradezu kläglich

Brand im Pariser Zentral-Telephonamt

Die Brandstätte im Pariser Zentral-Telephonamt Carnot, das durch ein Riesenfeuer größtenteils zerstört wurde.

3000 Fischer stürmen ein Gefängnis

Polizeimeister gesteinigt — Gefangener wird befreit

Nach einer Meldung aus Bergen kam es am Donnerstag auf einer der Lofoteninsel, und zwar in dem Hafenort Svolvär, zu einem Sturm von 3000 Fischern auf das Gefängnis. Der Polizeiminister minister wurde gesteinigt und ein gefangener Fischer befreit.

Nach den offiziellen Meldungen soll angeblich der befreite Gefangene wegen Trunkenheit aus einem Kino verwiesen sein, worauf es im weiteren Verlauf vor dem Theater zu einem Zusammenstoß der Fischer mit der Polizei kam. Die Verhaftung verbreitete sich wie ein Lauffeuer, so daß im Laufe einer knappen Stunde etwa 3000 Fischer sich versammelten, um ihren Kameraden zu befreien. In allerkürzester Zeit war das Gefängnis von den empörten Fischern umringt, die ein Steinbombardement auf das Gebäude eröffneten, so daß die Zellenfenster in wenigen Minuten zertrümmert waren.

Als der Polizeimeister auf der Treppe des Gefängnisses erschien, wurde auch er mit Steinen beworfen, wodurch er schwer verletzt wurde. Nun gab man dem anderen Aufsichtspersonal fünf Minuten Bedenkzeit, um den eingesperrten Fischer freizugeben. Unter der drohenden Haltung der Menge sahen sich die Beamten gezwungen, den Fischer freizulassen, der dann im Triumph durch die Stadt getragen wurde.

Die Katastrophe in Managua

40 Wäscherinnen beim Erdbeben ertrunken

Managua. In einem nahegelegenen kleinen See, der sich im Krater eines erloschenen Vulkans befindet, wurden die Leichen von 40 Frauen gefunden. Die Frauen der Umgegend pflegten in dem See ihre Wäsche zu waschen und es ist anzunehmen, daß 40 dieser Wäscherinnen vom Erdbeben überrascht und in den See geschleudert wurden.

Bisher sind 975 Todesopfer des Erdbebens bestattet worden. Aus den Trümmern eines Hauses wurden zwei kleine Knaben noch lebend hervorgezogen. Sie waren eine volle Woche lebendig begraben und man befürchtet, daß sie infolge der ausgestandenen Schrecken den Verstand verloren haben.

Brandkatastrophe in Frankreich

Vier Menschen ums Leben gekommen

Paris. In der Stadt **Agen** an der Garonne brannte ein dreistöckiges Mietshaus nieder. Von den 38 Mietern sind vier, nämlich Vater, Mutter und zwei Kinder, ums Leben gekommen.

Zwei Tote durch Feuersbrunst

Köln. Ein Feuer, das am Sonntag in **Kell** auf dem Hochwalde ausbrach, äscherte zwei Häuser ein und verursachte den Tod von zwei Menschen. In dem zuerst von den Flammen ergriffenen Hause befanden sich drei Kinder unter Aufsicht einer Verwandten. Die beiden älteren Kinder konnten sich retten, jedoch das jüngste, das in der Wiege lag, und die Verwandte, die versuchte, es in Sicherheit zu bringen, fanden den Erstickungstod.

Großfeuer in Mecklenburg

Zahlreiche Häuser eingeäschert

Dömitz (Mecklenburg). Von einem verheerenden Großfeuer wurde am Samstag nachmittag die an der Elbe gelegene Ortschaft **Bohnenburg** heimgesucht. Das Feuer entstand in einem alten, mit Stroh gedeckten Bauernhaus und griff, durch starken Wind begünstigt, mit rasender Geschwindigkeit um sich. Insgesamt wurden zehn mit Stroh gedeckte Wohn- und Wirtschaftsgebäude in kurzer Zeit völlig eingeäschert. Die Feuerwehren standen dem Riesenbrand völlig machtlos gegenüber.

Fünffacher Mord

Belgrad. Ein fünffacher Mord wurde in der Nacht zum Ostersonntag in der Ortschaft Kamnica bei Marburg in Slowenien verübt. Der Bauer Alois Dobah, seine 70jährige Schwester, seine zwei erwachsenen Töchter und sein sechsjähriger Sohn wurden von einem Unbekannten mit einem Beil erschlagen und die Leichen zerstückelt. Der Täter ist unerkannt entkommen. Man vermutet, daß er sich in den Besitz einer größeren Geldsumme setzen wollte, die der Bauer durch Verkauf seiner Apfelernte erlöst hatte.

Mord und Selbstmord

Die Leichen im Schweinestall

Oelsnitz. Im benachbarten Dorfe Görnitz erschoß am Montag der 59 Jahre alte Gutsbesitzer Pöhlandt seine 50jährige Ehefrau und warf die Leiche in den Schweinestall. Am Donnerstag nachmittag brachte Pöhlandt seinen 29jährigen Sohn auf die gleiche Weise um und schleppte den Toten ebenfalls in den Stall. Dann erhängte Pöhlandt sich zwischen beiden Leichen.

Felssturz im Vierwaldstädter See

Luzern. Am Alpnachersee, einem Ausläufer des Vierwaldstädter Sees, südlich Luzern stürzten 30 000 Kubikmeter Felsen in den See. Der Wellenschlag war so stark, daß die Staatsstraße an mehreren Stellen überspült wurde. In 1½ Kilometer Entfernung erreichten die Wellen noch die Höhe von über 1 Meter. Transportschiffe von 60 Tonnen Nutzlast wurden zertrümmert.

Bombenanschlag in Neuyork

Neuyork. Eine Verbrecherbande, die einen italienischen Kolonialwarenhändler schon seit mehreren Tagen bedrohte, legte Feuer an dessen Laden und zerstörte ihn durch Bomben. Zwei junge Mädchen wurden getötet, sechs Personen verwundet.

Deutsche „Kultur"

Wie arme Leute zugrunde gehen

Spandau. In einer Laubenkolonie ist in der Nacht zum Samstag ein Mann, der dort unter dem Namen Lumpenpaul bekannt war, **verbrannt.** Man fand die Leiche des Mannes auf der in Brand geratenen Matratze einer Wellblechbude, in der er Unterschlupf gesucht hatte.

Christliche „Kultur"

Messerstecherei bei einer Kindstaufe

Plau. Am Ostersonntag feierte im benachbarten Wendisch-Priborn der Häusler Otto Düring Kindstaufe. Am Abend entspann sich zwischen ihm und seinem Schwager Gajewski ein heftiger Streit, in dessen Verlauf Gajewski den Düring mit einem Messer in die Brust stach. Düring starb kurze Zeit darauf infolge starken Blutverlustes.

Internationale Ausstellung in Leningrad

Moskau. In **Leningrad ist eine internationale Laboratoriumseinrichtungs-Ausstellung** eröffnet worden, an der 55 ausländische Firmen teilnehmen. Von den 5000 verschiedenen Apparaten für Laboratorien, die ausgestellt werden, sind besonders interessant die amerikanischen Apparate zur Bestimmung der Brüchigkeit der Metalle, Sondervorrichtungen zur Untersuchung der Stärke von Brücken, Theodoliten für Nachtaufnahmen usw.

In der Abteilung der neuesten Röntgenapparate lenken Röntgenvorrichtungen, die zur Tiefen-Therapie verwandt werden, besondere Aufmerksamkeit auf sich. Diese Apparate können gleichzeitig zur Durchleuchtung komplizierter Metallgüsse und Metalle von 10 Zentimeter Stärke benutzt werden. Die Ausstellung weckt großes Interesse.

Das Volk trotzt der Diktatur

Stärkung der roten Kampffront als Antwort auf Zeitungsverbot

Wenn die Herren Stützel und Koch die letzten Wochen die Stimmung in den Versammlungen der Arbeiterschaft gesehen hätten, dann wüßten sie, daß ihre ganzen Verbote und insbesondere das Verbot der „Neuen Zeitung" das Gegenteil von dem erreichen, was die Urheber wollen. Die Antwort auf das Verbot waren

massenhafte Eintritte in die KPD. und die Gewinnung neuer Abonnenten für die „Neue Zeitung".

Die Empörung über das Verbot im ganzen Land war groß. Zahlreiche Resolutionen, die der Redaktion zugingen, bringen diese Stimmung zum Ausdruck.

Eine von 140 Einwohnern besuchte Versammlung in Raubling nahm einstimmig nachfolgende Entschließung an:

Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Werktätige Raublings erheben schärfsten Protest gegen das Verbot der „Neuen Zeitung". Die Versammelten erkennen, daß dieses Verbot als offene Unterstützung der Lohnräuber im Metall- und Textilarbeiterkampf erfolgte. Durch dieses Verbot wie auch durch den verübten Polizeiterror gegen die RGO. sollte der Widerstand der Arbeiter gegen Lohnabbau gebrochen werden, um dem Hungerfeldzug der Trustkapitäne zum Erfolg zu verhelfen.

Die Anwesenden versprechen, alle Kräfte für die Verbreitung der „Neuen Zeitung" einzusetzen.

In der Erkenntnis, daß nur der revolutionäre Kampf aller Werktätigen gegen Faschismus, Lohnraub und Brüningdiktatur die Befreiung der Unterdrückten ermöglicht, geloben die Versammelten sich rückhaltlos in die Rote Kampffront einzureihen.

Eine ähnliche Entschließung wurde in Schwabing, in Westend, im Süden und in den anderen Stadtteilen von München sowie in zahlreichen Orten des Landes angenommen. Es ist nicht möglich, alle diese Entschließungen hier zu veröffentlichen. Jedenfalls aber zeigen sie mit aller Deutlichkeit, daß die Herren Stützel und Koch als ausführende Organe der Trustbourgeoisie das werktätige Volk gegen sich haben und daß das Volk nicht gewillt ist, sich die Diktatur gefallen zu lassen. Die diktatorischen Verbote selber haben die rote Kampffront verstärkt, die die faschistische Diktatur zerschmettern wird.

Die „Neue Zeitung" hilft den Arbeiterinnen

„Wir Arbeiterfrauen werden ständig mit der Neuen Zeitung in Verbindung bleiben"

München. Ich möchte auf die Firma Wagner nochmals zurückkommen, über die ich im Interesse aller schon berichtet habe. Der junge Chef, kaum 28 Jahre alt, führt sich auf, daß es eine wahre Schande ist. Er brüllt uns an, als wenn wir unter Polizeiaufsicht wären. Sein erstes Wort, was jeder Kapitalist sagt, ist: „Wenn's Ihnen nicht paßt, dann schmeiß ich Sie raus!" Aber für etwas sind sie doch gut, zum Kindermachen. Der Junge versteht es ausgezeichnet im Feldwebelton die Arbeiterinnen anzuschreien. Die derbsten Ausdrücke sind keine Seltenheiten. Für den alten Chef wäre es besser, er würde sich einen Polizisten hinauf tun, denn er rennt auf und ab, ob er keine erwischt, die gerade etwas schreibt gegen die Zustände, die hier herrschen.

Wir Arbeiterfrauen werden stets mit der „Neuen Zeitung" in Verbindung sein,

bis diese Zustände beseitigt sind.

Daß unser erster Artikel in der „Neuen Zeitung" erschienen ist, hat uns viel Freude gemacht, den Chef aber in Wut gebracht. Wir fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Betriebe auf, ständig Berichte an die kommunistische Presse zu senden, denn damit werden die Belegschaften aufgeweckt, sehen, daß sich die Kommunisten für sie einsetzen und erkennen die Notwendigkeit, daß sich die Verhältnisse nur bessern, wenn sich alle in der KPD. und RGO. zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für höhere Löhne und den Sozialismus zusammenschließen! Hinein in die KPD.! Werdet Korrespondenten der „Neuen Zeitung", werbt für die kommunistische Presse und gebt sie von Hand zu Hand! AK. 385.

26 Wochen sind keine 156 Tage

Erwerbslose im Kampf um die Hungerpfennige / Die Nothilfeaktion unter der Lupe

Penzberg. Ein Bergarbeiter aus Penzberg, Mitglied der SPD. schreibt uns:

Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder von 9 und 15 Jahren, für die ich aufkommen muß. Arbeit war im vergangenen Jahr ganz wenig. Ich mußte daher ab September bei der Gemeinde Kurzarbeit verrichten, um die Wochen zu bekommen, damit ich wieder zum Stempeln gehen konnte. Am 15. November waren 26 Wochen erreicht und nun wurde ich ausgestellt. Am 17. November wurde der Antrag gestellt. Nach drei Wochen erhielt ich eine Woche vom vorigen Stempeln ausbezahlt und es wurde mir gesagt, ich sei ausgesteuert, denn ich hatte 26 Wochen, aber nicht 156 Tage die nötig sind. Also ab 1. Dezember war ich erledigt und nun ging die Hetze los. Mehrere Anträge wurden vom Arbeitsamt abgewiesen. Am 5. Januar konnte ich bei einem Transport 8 Tage arbeiten und nun wurde wieder ein Antrag abgesandt, an das Arbeitsamt Weilheim, denn jetzt hatte ich 150 Tage. Ab 23. Januar bekam ich Unterstützung. Vom 1. Dezember bis 23. Januar, also für fast zwei Monate hatte ich bei allerlei Unannehmlichkeiten von der Gemeinde 95 Mark bekommen, wo von ich noch die Monatsmiete von 15,00 Mark bezahlen mußte. Für diese zwei Monate mußte mir die Gemeinde die Wohlfahrtsunterstützung nachbezahlen und da ging es mit dem Vorschuß glatt auf. Also hatten wir 4 Personen zum Leben und Wohnung usw. ganze 95 Mark für zwei Monate. Ab 23. Januar sollte ich die Unterstützung vom Arbeitsamt erhalten, aber die Gemeinde hatte die Vorschußquittung nicht eingefordert und so wurde mir die Unterstützung glatt einbehalten. Erst in der dritten Woche bekam ich Geld ausbezahlt und zwar für vier Personen 11,97 Mark. Ab 1. Februar wurden mir dann vom Wohlfahrtsamt 10 Mark für Wohnung bewilligt.

Außerdem möchte ich der Arbeiteröffentlichkeit bekannt geben, wie es den Arbeitslosen geht, wenn sie was brauchen. Zu Weihnachten, da wurde vom Hilfswerk Penzberg, das die SPD. und ihre Presse so lebhaft propagierten, zweimal eine Beihilfe gegeben. Ich bekam das erste Mal 10 Mark und für zwei Hemden Stoff. Eine andere Familie mit zwei Kindern, wo der Mann sogar Sonntagsschicht machte, also sein volles Einkommen hatte, bekam das erste Mal 20 Mark, das zweite Mal 14 Mark in bar. Als ich reklamierte, sagte der Beamte, das nächste Mal sollen wir ins Rathaus gehen und die Sachen verteilen.

Rührt man sich gegen solche Ungerechtigkeiten, dann kann es einem passieren, daß man mit dem Gummiknüppel geschlagen wird. Möchte bemerken, daß meine Frau krank ist, mir aber die Mittel fehlen, zu ihrer Gesundung.

Das sind die Opfer, die wir Arbeiter zu bringen haben für das Vaterland, während andere ein Schlemmerleben führen. Aber manchem wird dadurch der Weg gezeigt, wo er hinzugehen hat, aber einmal wird die Zeit kommen, wo die Massen der Arbeiter zur Einsicht kommen, daß man uns ganz langsam aber sicher dorthin befördern will, wo ewiger Friede herrscht.

AK. 355

Es zeugt von großem Vertrauen zur kommunistischen Presse, daß dieser sozialdemokratische Bergarbeiter den Kampf um die paar Unterstützungspfennige der Arbeiteröffentlichkeit durch die kommunistische Presse

Schreibt Rußlandbriefe zum 1. Mai

Die Arbeiter- und Bauernkorrespondenten der „Prawda" Moskau fordern die bayerischen Arbeiter und Bauern auf ihnen zum 1. Mai Briefe über ihre Lage zu schreiben.

Werktätige! Setzt euch hin und schreibt. Die Uebermittlung der Briefe übernimmt unsere Redaktion.

Wir werden zum 1. Mai eine Reihe von Briefen russischer Arbeiter und Bauern veröffentlichen. Die Korrespondenzen der bayerischen Arbeiter werden in der „Prawda" erscheinen.

Arbeiterkorrespondenten an die Front

SPD.-Politik vor und nach der Wahl

Högner hat seinen „Kampf" gegen den Faschismus eingestellt

Rosenheim. Am 11. September 1930 hielt die SPD. im Hofbräusaal hier eine öffentliche Wählerversammlung ab, in der Staatsanwalt Högner sprach. 1½ Stunden wetterte er über alles möglichste. Ich meldete mich zur Diskussion. Meine Fragen lauteten:

Wenn die SPD. schon gegen den Oeynhausen Schiedsspruch ist, warum hat sie den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Siegerwald abgelehnt?

Wenn die SPD. so scharf gegen die Nazis ist, — der Referent sparte nicht mit Kraftsprüchen — warum hat Braun sofort das Stahlhelmverbot aufgehoben und woher kommt es, daß gerade Severing den RFB. verbot?

Wenn die SPD. so sehr gegen das Kapital ist, warum hat sie die kommunistischen Millionärsteueranträge abgelehnt?

Nach 10 Minuten mußte ich abtreten, obwohl sonst niemand zur Diskussion sprach. Im Schlußwort sagte Högner wortwörtlich: „Daß der Millionärsteuerantrag abgelehnt wurde, das war einmal, aber heute ist uns (der SPD.) euer Antrag zu wenig weitgehend, wir, die SPD. fordern im neuen Reichstag nicht nur 20 Prozent Millionärsteuer, sondern auch ein Zuchthausgesetz für Kapitalsschieber. Durch den Auszug der Nazis aus dem Reichstag ist eine SPD.-KPD.-Mehrheit entstanden. Die SPD. hat zwar vor dem 14. September solche Sprüche gemacht, wie Högner in der Rosenheimer Versammlung, aber die Millionärsteueranträge der Kommunisten hat sie sogar in jüngster Zeit abgelehnt! Daraus können die Werktätigen sehen, welcher Demagogie die Sozialfaschisten fähig sind. Högner ging auf meine anderen Fragen nicht ein. Er griff mich lediglich persönlich an, **ich sei ihm zu jung (!) usw.** Als ich vor einigen Jahren noch bei der SPD. war, da war ich nicht zu jung.

Högner, der SPD.-Staatsanwalt, der damals mächtig gegen den Faschismus posaunte, ist heute in irgendeinem Loch verschwunden. Offenbar hat die Drohung Heims im Reichstag bewirkt, daß Högner seinen „Kampf" gegen den Faschismus „illegal" führt. Jedenfalls können die Arbeiter daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. Nur die KPD. kämpft gegen die faschistische Mordpest! AK. 398

Zum Hundeleben noch Beschimpfungen

Wie man in der Gemeinde Ufterling mit den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern umspringt.

Es ist unerhört, wie man in der Gemeinde Ufterling die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger behandelt. In dieser Gemeinde sind ungefähr sieben bis acht Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, diese müssen schon den ganzen Winter in der Gemeinde für acht Reichsmark wöchentlich vier Tage zu achtstündiger Arbeitszeit schuften. Wie gemein der dortige Bürgermeister und sogar das Bezirksamt gegen die erwerbslosen Kollegen ist, geht daraus hervor, daß wenn die Proleten einige Zeit verschnaufen wollen, der Bürgermeister nichts eiligeres zu tun hat, als sofort den Rachen aufzureißen und gegen die Arbeiter den Ausdruck zu gebrauchen, wie „faule Hunde" und ähnliches. Ein Kollege beschwerte sich beim Bezirksamt über diese gemeine Behandlung, da gab ihm der noble Herr vom Bezirksamt die Antwort, ihr dürft doch froh sein, daß ihr noch so viel bekommt, denn es ist besser als gar nichts.

Kollegen erkennt daß diese Herren nichts können als die arbeitslosen Kollegen zu schikanieren und die Proleten zu verspotten. Darum her zu uns, hinein in die KPD. und RGO.

Du wählst Liste 4 aber eins fehlt dir!

Das ist das monatlich erscheinende Mitteilungsblatt der Kommunistischen Reichstagsfraktion

„Der Rote Wähler"

Zu beziehen durch die Literatur-Obleute der Partei, durch die Post oder direkt vom Verlag: Zeitschriftenverlag Stern G. m. b. H., Berlin C 2, Burgstraße 30.

Mit dem Schrubber gegen den Lehrling

München. Ich lernte am 1. April 1931 aus und da verlangte mein Meister noch 14 Tage zuvor, ich soll den Boden putzen. Als ich mich weigerte sagte er in sehr provozierender Weise: Das hab ich ja gewußt, daß du den Boden nicht putzt, aber ihr werdet euren Meistern noch zu Füßen knien. Auf die Erwiderung ein guter Arbeiter habe das nicht nötig, fand er keine Worte mehr. Mit dem Munde konnte er sich nicht mehr auseinandersetzen und so fing er mit dem Schrubber zum zuschlagen an bis dieser in Brüche ging. Ich verließ sofort die Lehrstelle. Als mein Vormund zu ihm hinging und ihn fragte, was denn ihn zu dieser brutalen Handlung veranlaßt habe, kann er nur die windige Ausrede maen: Ich lasse doch mir von einem Lausbuben keine kommunistischen Vorträge halten.

Lehrlinge, Jungarbeiter schließt euch im Kommunistischen Jugendverband zusammen zum Kampf gegen die Ausbeutung. AK. 413.

KPD.-Ortsgruppe in einer Nazihochburg

Darching. Ein Beweis für den unaufhaltsamen Vormarsch der KPD. selbst in den reaktionärsten Gegenden auf dem Lande ist die Gründung einer neuen Ortsgruppe der KPD. in Darching bei Holzkirchen. Die Tatsachen und Beweismittel, die wir der bäuerlichen Bevölkerung vor Augen führen, zeitigten die Erkenntnis, daß die Arbeiter und Bauern gemeinsam unter Führung der KPD. für eine bessere Zukunft kämpfen müssen. In Darching besteht eine Ortsgruppe der Nazis, die der Bevölkerung das 3. Reich täglich aufdringlich anpreist. Sie haben auch teilweise Erfolg gehabt mit ihrer Demagogie. Was sich die Nazis nie träumen ließen, daß die KPD. hier Fuß fassen könnten, ist nun Tatsache geworden und hat die Hakenkreuzler schwer enttäuscht. Mit 8 Mann gründeten wir am 21. Februar hier eine Ortsgruppe der KPD. und drei Wochen später hatten wir die Hitlersöldlinge schon überholt, indem wir heute schon 17 Mann stark sind! Nicht nur Arbeiter, sondern auch Kleingewerbetreibende und Bauern haben sich zur KPD. bekannt. Die Leute erkennen schon, daß das 3. Reich nur Hunger, Terror und Barbarei bedeutet, und daß sie sich um die KPD. scharen müssen, denn sie allein kämpft für das werktätige Volk.

Wir werden selbstverständlich in unserer Arbeit nicht innehalten, sondern weiter unsere Front verstärken und kämpfen bis das Deutschland der Arbeiter und Bauern erkämpft ist, das allen Schaffenden Brot und Arbeit gibt! AK. 410

„Ratten durch Menschenleiber getrieben"

Die „Schongauer Nachrichten" bringen in ihrer Nr. 28 in der Beilage „Trautes Heim" eine grauenvolle Geschichte aus dem Sowjetparadies", die von dem berüchtigten Pater Muckermann stammt. Es sollen da bolschewistische Arbeiterführer braven Weißgardisten Ratten durch die Leiber getrieben haben. Mit dieser Hetze will man Stimmung gegen die Sowjetunion machen.

Wir setzen diesem Rattenmärchen eine Tatsache gegenüber, die wir dem bürgerlichen „Regensburger Echo" Nr. 11 vom 13. März 1931 entnehmen. Es heißt da:

Burglengenfeld. Abhilfe dringend notwendig. Ein ausgesteuerter Arbeiter, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, haust mit Frau und 3 Kindern im Alter von ½ bis 5 Jahren in einem Raum, der kaum 8 Quadratmeter groß ist. Neben einer größeren Bettstelle, in der die Ehegatten nächtigen, befindet sich in dieser „Wohnung" noch eine kleinere, in der das 4 Jahre alte Mädchen und der 6jährige Knabe schlafen, in einem Wäschekorb liegt das Kleinste. Ein Tischchen, 2 Stühle, ein Büfett und ein Ofen machen die übrige Einrichtung aus — der Raum ist so überfüllt, daß man sich kaum mehr darin umdrehen kann. Und trotz alledem, vielleicht wäre die Familie mit diesem Wohnungselend noch zufrieden, wenn nicht auch noch Ratten aus- und einmarschieren würden. Diese Langschwänze sind so frech, daß sie sich schon paarweise bei hellichtem Tage im Zimmer sehen ließen. Unter dem Schuhbänkerl haben die lästigen und abscheuligen Nager ein paar Schuhe bis auf die Sohlen vollständig zusammengefressen, die traurigen und vielsagenden Ueberreste wurden zur Einsichtnahme dem Stadtrate vorgelegt. Trotzdem die Zustände dem Wohnungsausschuß bekannt sind, wird der Gesuchsteller immer wieder vertröstet. Die Gesundheit sämtlicher Familienmitglieder ist aufs höchste gefährdet, **ein Wunder ist es nur, daß nicht schon die Kinder von den Ratten angefressen und entstellt worden sind.**

Also in der kapitalistischen deutschen Republik fressen Ratten beinahe die Menschen an und niemand schafft Abhilfe, am allerwenigsten die, die sich so sehr um Sowjetrußland kümmern. Und erst der Bolschewismus wird es sein, der auch in Deutschland solche Zustände beseitigt.

Herrn Muckermann aber raten wir, seinen Zauberstab in die Kiste zu legen, sonst könnte es passieren, daß die Rattenmärchen über Sowjetrußland in seinem Land rauhe Wirklichkeit werden.

Unser Vormarsch in den Stadtteilen

Pariser Kommune-Feier in Neuhausen.

Wie in allen übrigen Stadtteilen, wurde auch in Neuhausen eine Pariser-Kommune-Feier abgehalten. Die Veranstaltung wurde durchgeführt unter Mitwirkung der Arbeiterschalmeienkapelle und der Spieltruppe „Hammer und Sichel", die mit ausgezeichneten Darbietungen sich die Sympathien der sehr zahlreich erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen erwarben. Unter den größtenteils indifferenten Arbeitern und Arbeiterinnen wurden für die Beseitigung des Mordparagraphen 218 etwa 200 Unterschriften gesammelt und eine Resolution einstimmig angenommen, die sich mit Dr. Fr. Wolf und Frau Dr. Kienle solidarisch erklärt und Einstellung der gegen diese Aerzte schwebenden Verfahren fordert. Neben gutem Literaturverkauf wurden in der Veranstaltung

10 Aufnahmen für die Partei und einige RGO.-Aufnahmen gemacht.

Allen Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen der faschistischen Staatsgewalt zum Trotz stoßen immer neue Kämpfer zur roten Klassenfront unserer Partei. Unsere Aufgabe muß es sein, die neuen Genossen als aktive Kämpfer in unsere Bewegung einzureihen.

Der politische Giftmischer Auer

Der Ehrenmann Erhard Auer hat ein windiges Entlastungsmanöver angesichts der immer stärkeren Korruption in den Reihen der sozialdemokratischen Führerschaft eingeleitet. Und wie machte er das? Er verleumdete einfach den Genossen Dressel. Wir sind zwar überzeugt, daß die bayerische Arbeiterschaft Herrn Auer gebührend einzuschätzen weiß, wollen aber doch das dumme Mätzchen Auers durch nachfolgende Erklärung des Genossen Dressel niedriger hängen:

Erklärung.

Nach einem Bericht in der sozialdemokratischen Zeitung („Münener Post" Nr. 56 vom Montag, den 9. März 1931) hat der Vizepräsident und Abgeordnete des bayerischen Landtages Erhard Auer in einer Versammlung im Münchener Bürgerbräu folgendes ausgeführt:

Ein kommunistischer Abgeordneter des bayerischen Landtages hat, obwohl er in München wohnte, einen anderen Wohnsitz angegeben, um einen höheren Diätensatz zu erhalten.

Mit dem von Auer erwähnten kommunistischen Abgeordneten bin ich gemeint!

Ich erkläre darum von dieser Stelle, daß die erwähnten Ausführungen des Abgeordneten Auer eine grobe Entstellung der Tatsachen sind und stelle darum folgenden Sachverhalt nochmals entsprechend der Wahrheit ausdrücklich fest, wobei ich zugleich bemerke, daß meiner festen Ueberzeugung nach von mir nicht der geringste Verstoß gegen das Aufwandentschädigungsgesetz vorliegt.

Da ich seinerzeit den Auftrag von meiner Partei hatte, in dem Gebiet Ingolstadt, Neuburg, Niederbayern hauptsächlich tätig zu sein, habe ich diesem Auftrage Folge geleistet und meinen Wohnsitz entsprechend der Disposition nach Ingolstadt, wo ich am häufigsten war, festgelegt! Meine Familie blieb vorerst in München wohnen. Diese meine persönliche Adresse in Ingolstadt habe ich dem Landtagsamt gemeldet und auch ohne Gegenfrage den Satz der Diäten für außerhalb Münchens wohnende Abgeordnete erhalten!

Nach wie vor habe ich und meine Genossen die Auffassung, daß ich nur die mir nach dem Aufwandsentschädigungsgesetz zustehenden Diäten erhalten habe, und daß die Ausführungen Erhard Auers eine grobe Entstellung der Tatsachen sind.

Fritz Dressel.

(Diese Erklärung gab Genosse Dressel am Schluß der Landtagssitzung vom 13. März im Plenum ab.)

Um den Schein zu wahren

Verbot einer nationalsozialistischen Zeitschrift.

München. Die monatlich zweimal erscheinende nationalsozialistische Zeitschrift „Die Front", wurde durch Beschluß der Polizeidirektion München wegen Vergehens gegen die Notverordnung und das Gesetz zum Schutze der Republik auf die Dauer von drei Monaten verboten. Die Nummer 5 der „Front" vom 1. April wurde polizeilich beschlagnahmt.

Die Piccardiade

Herr Piccard ist wieder da. Beileibe nicht um den langpropagierten Stratosphärenflug endlich zu machen, sondern um nachzusehen, wie es seinen Instrumenten geht. Er hat festgestellt, es geht ihnen gut und das Wetter ist ihm immer noch nicht günstig genug für den Flug. Selbstredend muß das haargenau der Oeffentlichkeit berichtet werden. Freilich, durch die berühmten widrigen Winde des Dr. Eckener ist man schon an Geduld in dieser Hinsicht gewöhnt worden. Von Piccard kann Eckener noch einiges lernen, was Propaganda betrifft. Auf das Ende der Piccardiade sind wir neugierig.

München. (Mäßiger Osterverkehr.) Während der Ostertage wurden an den Münchener Bahnhöfen an Fahrkarten verkauft: im Hauptbahnhof im Fernverkehr am Sonntag 13 202, am Montag 10 750, im Nahverkehr am Sonntag 9880, am Montag 9912, an Sonntagsrückfahrkarten Donnerstag mit Montag einschließlich 77 765; im Ostbahnhof im Fernverkehr am Sonntag 3639, am Montag 978, im Nahverkehr am Sonntag 5890, am Montag 6226, an Sonntagsrückfahrkarten Donnerstag mit Montag einschließlich 17 888; im Bahnhof Giesing an Sonntagsrückfahrkarten Donnerstag mit Montag 1595. In die Wintersportgebiete wurden in Richtung Holzkirchen 5145, in Richtung Garmisch-Kochel 3590, in Richtung Rosenheim, Kufstein, Salzburg 3931 Personen befördert.

Augsburg. (Von der Straßenbahn getötet.) In der vergangenen Nacht wurde eine bis jetzt noch unbekannte Frau im Alter von 50—60 Jahren beim Ueberqueren der Neuburgerstraße von einem Straßenbahnwagen erfaßt und zu Boden geworfen. Sie erlitt einen Schädel- und Wirbelsäulenbruch und erlag ihren schweren Verletzungen auf dem Transport ins Krankenhaus.

Oberlöst (Ofr.) (Von der Transmission erfaßt.) Der Brauer und Landwirt Johann Schuster wollte einen abgesprungenen Riemen wieder auflegen. Er wurde dabei von der Transmission erfaßt. Dem Bedauernswerten wurden der Vorderarm und die linke Mittelhand gebrochen sowie vier Finger der rechten Hand abgedrückt.

Marktl a. Inn. (Verzweifelt.) Der Landwirt Rausch von Piesing hat vor 14 Tagen seinen Hof ohne Angabe von Gründen verlassen und ohne sich um das Schicksal seiner Ehefrau und seiner vier unmündigen Kinder zu kümmern. Sein Aufenthalt konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Der Mann scheint wegen familiärer Unstimmigkeiten und finanzieller Schwierigkeiten einfach davongelaufen zu sein.

Oberstdorf. (In den Bergen vermißt.) Ein Sohn des Oberlehrers Baumann aus Bad Dürkheim, Mitglied der Alpenvereinssektion Stuttgart, wird im Gebiet der Stuttgarter Hütte vermißt gemeldet. Eine von Oberstdorf ausgesandte Rettungsexpedition kehrte erfolglos zurück.

Gegen Unterdrückung der Russenfilme

Werktätige an die Filmfront — Erkämpft die Sowjetfilme durch Kinostreiks

Die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski und Fleißner haben vor wenigen Wochen in Berlin und Leipzig die Kulturausstellungen der Ifa geschlossen bzw. verboten. Sie haben damit neuerdings bewiesen, daß die sozialfaschistische Führerschaft auch zu den besten Schrittmachern des Kulturfaschismus zählt.

Unter Führung der Ifa (Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur) entwickelt sich in allen Städten des Reiches eine breite Volksbewegung gegen die faschistische Kulturreaktion. Die werktätigen Bevölkerungsschichten lassen sich ihre Kulturbedürfnisse nicht von den Volksaushungerern vorschreiben. Mit einem Riesenaufwand von Geld versucht die Kulturreaktion, gestützt auf den faschistischen Staatsapparat, besonders auf dem Gebiet der Filmpolitik die schaffenden Volksschichten über den Bankerott des kapitalistischen Systems hinwegzutäuschen und zu verdummen.

In Bayern, dem Zentrum des Kulturfaschismus, haben sich die Kino- und Theaterbesitzer offenbar ganz dem Einfluß und

dem Diktat der Kulturreaktionäre ergeben.

Die Münchener Polizeidirektion hat durch die Verbote gesellschaftskritischer Theaterstück (Bruckner „Verbrecher", Döblin „Die Ehe" usw.) und aufklärender Filme, wie „Frauennot und Frauenglück", den Kurs des Kulturfaschismus zum Ausdruck gebracht und dadurch nicht nur die proletarischen Kino- und Theaterbesucher, sondern auch breite Kreise der Mittelschichten und der Intellektuellen zum Kampf herausgefordert. Nationalistische und militaristische Hetzfilme, bürgerlicher Schund und Kitsch wird den Massen vorgesetzt, während die besten Filme der Gegenwart, die neuen hochwertigen Russenfilme, wie „Igdenbu, der große Jäger", „Kanonen und Traktoren" (Millionäre sehen Dich an), „Feuertransport", die beiden neuen Pudowkinfilme „Das Gehirn" und „Das Leben ist schön" u. a. Filme, die begeisterten Beifall gefunden haben, der werktätigen Bevölkerung Bayerns vorenthalten werden.

Die Empörung aller kulturfortschrittlichen Schichten über das Wüten der bayerischen Kulturreaktion ist groß. Sie muß zu einem organisierten,

systematischen Kampf

werden. Aehnlich wie in den großen Städten des Reiches muß auch in Bayern die Waffe des Kino- und Theaterstreiks von den fortschrittlichen Massen angewandt werden. Die Theaterbesitzer müssen gezwungen werden, die Filme und Theaterstücke zu spielen, die das zahlende Publikum wünscht. Der Boykott der Russenfilme durch die kulturreaktionären Kräfte muß durch den geschlossenen Kampf der werktätigen Schichten Bayerns gebrochen werden. Kinos, die prokapitalistischen Schund, militaristische und nationalistische Hetzfilme spielen, müssen von den fortschrittlichen Volksschichten gemeinsam gemieden werden!

Kinostreik gegen kapitalistischen Kitsch und Schund, her mit den Russenfilmen!

Das ist die Parole des proletarischen Filmkampfes!

Angesichts der fortschreitenden Reaktion an der Filmfront in Bayern muß es als eine respektable Tat bezeichnet werden, daß die „Gemeinschaft der Freunde des guten Films" mit Walter Jerven an der Spitze, den

Dowshenko-Film „Erde"

in zwei Matinees in den Luitpoldlichtspielen zur Aufführung brachte und den Film in den nächsten Tagen auch im Goethesaal vorführen wird. Der Film „Erde" zeigt in einer meisterhaften Art den Kampf um die Kollektive, die Ueberwindung der kulakischen Sabotage und den Vormarsch des Sozialismus im Dorf durch die Kraft der vorwärtsstürmenden Kollektive. Er ist ein Schlag gegen alle Kulakenfreunde und Antisowjethetzer. Der starke Beifall der zahlreich erschienenen Freunde des guten Films war ein mutiges Bekenntnis zum sowjetrussischen Film, und ist ein Ausdruck dafür, daß die Entfachung einer breiten Volksbewegung gegen die Massenverdummung durch den bürgerlichen Film, für Massenaufklärung durch den guten und durch Russenfilme zum Gebot der Stunde geworden ist.

Entfacht den proletarischen Filmkampf in Bayern! Gebt durch Massenbesuch des Dowshenko-Films „Erde" euren Kampfwillen gegen bürgerlichen Filmkitsch, für proletarische Filme kund!

Carolus.

Vormarsch trotz Diktatur

München. Im Gasthaus zum Germeringerhof sollte eine Betriebsversammlung der Firma Blatt-Metall stattfinden. Die Versammlung wurde von der RGO. festgesetzt. Auf die Genossen, welche die Einladungszettel verteilen sollten, wurde sofort von Stützels Angestellten Jagd gemacht, aber sie blieb erfolglos, denn unsere Genossen waren flinker. Die Betriebsversammlung konnte nicht abgehalten werden. Das hinderte jedoch unseren Vormarsch nicht. Zwei Arbeiter ließen sich sofort in die RGO. aufnehmen. Die Arbeiter, die zu der Versammlung erschienen waren, hatten sich bereits ins Gastlokal begeben und spielten Schafkopf. Auf einmal kamen drei Angestellte des Herrn Stützel und erklärten, das Lokal muß geräumt werden. Mit dem Liede „Der rote Wedding" wurde dann im Gastlokal Platz genommen. Das Resultat war eine weitere Partei-Aufnahme, Verkauf von sieben Stück Broschüren und Rote-Hilfe-Marken.

Dies alles spielte sich noch vor dem Erlaß der Notverordnung ab. Wie man sieht, haben schon damals die bayerischen Behörden die Verfassung außer Kraft gesetzt und sind in der Durchführung der Diktatur vorangegangen.

Bücher und Zeitschriften

Die Folgen des Paragraph 218

Durch unsachgemäße Abtreibungen verseuchte Körper, etwa 80 000 Tote jährlich, Erpressungen, Morde, Gefängnisstrafen, das sind die Folgen des § 218, des Abtreibungsparagraphen.

Krey hat in seinem Roman „Maria und der Paragraph" einen kleinen Ausschnitt aus dem Proletariat gegeben, auf dem wie ein Henkerbeil dieser Mordparagraph lastet. Er hat die Wirklichkeit gezeichnet, so wie sie ist: die Verkommenheit, die doppelte Moral der herrschenden Klasse, und wenn wir das Buch zu Ende gelesen haben, fragen wir uns: Warum dieses Grausen? und wir müssen uns die Antwort geben: „Weil wir die Gesellschaft noch nicht geändert haben." Und wir geben uns gleichzeitig die Versicherung, daß wir es tun müssen.

Die Sozialdemokratie auf der Anklagebank

So wie der Prozeß gegen die „Industriepartei" vor der ganzen Welt die reale Gefahr der Intervention aufgedeckt hat, hat auch der **Prozeß gegen die menschewistische konterrevolutionäre Organisation** von Gromann, Scher, Ilow, Suchanow und den anderen gezeigt, daß diese dasselbe Ziel wie die übrigen konterrevolutionären Organisationen verfolgen und vor allem die moralische und finanzielle Unterstützung der sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder, insbesondere Deutschlands, erhalten. In der soeben im Verlag Carl Hoym Nachf. Hamburg-Berlin erschienenen Anklagerede Krylenkos wird nachgewiesen, daß das sogenannte Unionsbüro des Zentralkomitees der Menschewiki für die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion gearbeitet hat, daß die Angeklagten mit faschistischen Gruppen einen Block gebildet und von ihnen Geld genommen haben, daß sie insbesondere Schädigungsarbeit zur Desorganisierung der sozialistischen Volkswirtschaft und zur Organisierung des Hungers und der Entbehrungen der Massen geleistet haben, und daß sie so an der Revolution und an den Interessen der internationalen Arbeiterbewegung Verrat geübt haben.

Die Broschüre, die 80 Seiten umfaßt und bloß 10 Pfg. kostet, sollte sich jeder Arbeiter anschaffen, der erkennen will, wie die internationale Sozialdemokratie aktive Hilfe zur Vorbereitung der Intervention mit den blutigsten Folgen einer weißgardistischen Schreckensherrschaft leistet. Jeder Genosse muß wenigstens drei Broschüren unter den Kollegen im Betrieb vertreiben.

„Proletarische Jugendweihe"

Material zur Durchführung der proletarischen Jugendweihen und der Vorbereitungskurse.

So heißt eine Neuerscheinung der Verlagsanstalt der proletarischen Freidenker (Otto Pariser), Berlin C. 25, Münzstraße 21/III. Das Heft, im Umfang von 24 Druckseiten, ist eine wertvolle Hilfe für jeden Jugendweihe-Lehrer und jeden Arbeiter, der seine Kinder in die Grundzüge der deutschen Arbeitergeschichte und des historischen Materialismus einführen will. Im Gegensatz zu den überlieferten Formen und Formeln der bisherigen Praxis in vielen Jugendweihekursen wird hier der Versuch unternommen, einen Kursusplan durchzuführen, der tatsächlich den gesteigerten Anforderungen des modernen Klassenkampfes entspricht. Das Heft eignet sich aber nicht nur für den speziellen Zweck der Jugendweihe, es bietet auch allen Führern von proletarischen Kindergruppen aller Sparten einen wichtigen Anhaltspunkt und viel Material für die Schulungsaufgaben, die vom Klassenstandpunkt aus am proletarischen Kind geleistet werden müssen.

Nürnberg. (Tödlicher Sprung vom Lastauto.) Ein 47 Jahre alter Kaufmann namens Haß ist in der Bucherstraße beim Abspringen von einem in Fahrt befindlichen Lastauto tödlich verunglückt. Haß hatte ohne Wissen des Chauffeurs auf dem Wagen Platz genommen und schlug beim Sprung vom Wagen so schwer auf das Steinpflaster auf, daß er einen Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und einen Sohn.

Wer gibt dir Material für die Betriebsdiskussion mit deinen Kollegen?

„Der Rote Wähler"

Zu beziehen durch die Literatur-Obleute der Partei, durch die Post oder direkt vom Verlag: Zeitschriftenverlag Stern G. m. b. H., Berlin C 2, Burgstraße 30.

Fee.

Spiel in 4 Bildern von Franz Molnar.

Residenztheater.

Molnar ist einer der erfolgreichsten bürgerlichen Bühnenschriftsteller der Gegenwart, weil er versteht, Motive zu konstruieren, die kompliziert aussehen und mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Die „Fee" beweist das aufs Neue.

Eine Kinoplatzanweiserin gibt sich als Frau Rechtsanwalt aus und benützt die Bekanntschaft mit einem reichen Amerikaner dazu, einem Vorstadtrechtsanwalt, dessen Adresse sie willkürlich aus dem Telefonbuch herausflicht, zu Reichtum zu verhelfen. Lu heißt sie, eine Fee will sie sein und einen Kellner liebt sie. Deshalb kommt der Amerikaner zu kurz und das hat natürlich auch seine Auswirkungen auf ihren Pseudogemahl, den Vorstadtrechtsanwalt.

Nun tritt der Regisseur vor die Rampe. Der 4. Akt steigt. 10 Jahre sind inzwischen verflossen. Alle in diese wehleidige Sache verwickelten Personchen treffen sich wieder. Das Publikum muß gespannt sein darauf: Wen hat sie geheiratet? — Nicht den Kellner nicht den Rechtsanwalt, nicht den Amerikaner, sondern dessen Freund einen alten Staatssekretär. So avancierte die kleine Kinoplatzanweiserin. Sie, die Fee hatte ja alle in ihrer Hand ...

Um diese Molnarsche „Wirklichkeit" amüsant zu machen, war es tatsächlich notwendig nur beste Kräfte aufzubieten und so steigt der Beifall von dem langweiligen ersten bis zum noch langweiligeren letzten Akt.

Bei dem wachsenden Kulturfaschismus ist gar nicht zu erwarten, daß die bayerischen Staatstheater Dr. Credes „§ 218" oder ein anderes modernes Stück inszenieren, weshalb sich mit jedem „neuen" Stück der wahre Sinn des bürgerlichen Theaters entlarvt.

C.

Spielplan der Münchner Theater.

Mittwoch, den 8. April, abends

Prinzregenten-Theater. „Kriemhilds Rache". (2. Abend der Nibelungen.) 7½ Uhr.
National-Theater. „Die Gespenstersonate". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. „Die Fee". 8 Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Das Märchen vom Wolf". 8 Uhr.
Münchner Volkstheater. „Der Frau". 8 Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Walzer aus Wien". 8 Uhr.

Donnerstag, den 9. April, abends

Prinzregenten-Theater. „Kriemhilds Rache". (2. Abend der Nibelungen.) 7½ Uhr.
National-Theater. „Tiefland". 7½ Uhr.
Residenz-Theater. „Così fan tutte". 7½ Uhr.
Kammerspiele im Schauspielhaus. „Das Märchen vom Wolf". 8 Uhr.
Münchner Volkstheater. „Der Frau". 8 Uhr.
Theater am Gärtnerplatz. „Walzer aus Wien". 8 Uhr.

Verantwortlich für den allgemeinen politischen Teil, täglicher Beobachter und Beilagen Adolf Maubach, Stuttgart.

für den übrigen politischen Teil, bayerische Politik und Gewerkschaftsteil Franz Stenzer, Passing; für lokalen Teil und „Stimmen der Werktätigen" Walter Hubig, München; für Inserate Gustav Epple, München.

Achtung!

Schallplatten billiger

Derby langspielend, 20 cm RM. 1.25
Gloria 25 cm . . . . . RM. 2.—
Odeon — Beka 25 cm . . . RM. 3.15
Sprechapparate — Reisegramola — Radio

Bequeme Teilzahlung

beim Genossen

Sellmayr Theodor, München 12

Kazmairstraße 29, Telefon 56778

Reparaturen aller Radioapparate und Gramolas fachgemäß und billig

Unser Wahlsieg an der Ruhr

Er muß jetzt auch von den Gegnern zugegeben werden

Bei den Betriebsratswahlen auf 144 Schachtanlagen im Ruhrgebiet, auf denen rote Listen aufgestellt waren, ist das Resultat der Betriebsrätewahlen folgendes:

RGO. 60 220, Reformisten 62 109, Christen 45 754, Gelbe 7541, Werksgemeinschaft 7561, Nazis 7463, Hirsche, Polen usw. 3317.

Auf mittleren Schachtanlagen, auf denen Betriebsrätewahlen stattgefunden haben, sind keine roten Listen aufgestellt worden. Der Sieg der RGO. wäre noch viel größer, wenn dieses Versäumnis nicht gewesen wäre.

*

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" berichtet: „Bis Montagmittag lagen von den Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau die **Ergebnisse auf 177 Schachtanlagen vor.** Demnach erhielten: die Freien Gewerkschaften 76 454 (128 902 im Vorjahr), RGO. 59 983 (68 824), Christliche Gewerkschaften 51 828 (77 694), Hirsch-Duncker 1703 (3332), Polen 163 (294), Syndikalisten 2227 (4324), Deutsche Arbeiter 9510 (8835), Nationalsozialisten 7508 (—)."

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" muß also zugeben, daß die RGO. bei den bisherigen Betriebsrätewahlen einen großen Erfolg erreicht hat. Während die freien Gewerkschaften einen Rückgang der Stimmen von 128 902 auf 76 454, die christlichen Gewerkschaften einen Rückgang von 77 694 auf 51 828 erlitten, hat die RGO. nur einen Rückgang von 68 824 auf 59 983 Stimmen zu verzeichnen. Trotz der Verminderung der Belegschaften, trotz des ungeheuren Terrors, ist es **der RGO. gelungen, ihren Anteil an den abgegebenen Stimmen absolut zu erhöhen. Der Anteil der Reformisten an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist von 44 Prozent auf 35 Prozent zurückgegangen, der Anteil der RGO. ist von 23 Proent auf 30 Prozent gestiegen.**

Dortmunder Union Metallbetrieb: Rote Einheitsliste 1791 (1219), SPD.-Liste 1382 (2703), Christen 604 (857), Nazis 102.

Hüttenbetrieb Meid.rich: Rote Einheitsliste 326 (zum erstenmal eine rote Liste), SPD.-Liste 410, Christen 187, Nazis 131.

Metallbetrieb Mannesmann-Huckingen: Rote Einheitsliste 460, SPD.-Liste 362, Hirsche 140, Christen 311, Nazis 210.

Streik der Berliner Metallschleifer

Am Montag, dem 30. März ist für die Metallschleifer ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen Lohnraub von 8 Prozent und für Frauen und Jugendliche 6 Prozent Lohnabbau vorsieht. Am Donnerstag fand eine vom DMV. einberufene Vollversammlung der Metallschleifer der Kundenbetriebe statt. In dieser Versammlung, die gut besucht war, wurde zu dem Schiedsspruch Stellung genommen. Die Versammlung war einmütig der Auffassung, daß man sich gegen den Schiedsspruch durch Streik zur Wehr setzen muß. Es wurde einmütig beschlossen, ab Samstag, den 4. April den Streik für die Kundenbetriebe zu verhängen. Die Arbeit wurde niedergelegt.

Der DMV., der sich in der Minderheit befindet, da der größere Teil der Metallschleifer im EVMV. organisiert ist, lehnte es ab, in der Streikleitung mitzuarbeiten. Unter dem Druck der Versammlung mußten sich die DMV.-Kollegen bereit erklären, mit in die Streikleitung zu gehen. Die Forderung der DMV.-Kollegen, Parität herzustellen, wurde abgelehnt. Die Streikleitung setzt sich aus 10 Kollegen des EVMV., 10 Mitglieder des DMV. und des Gesellenbundes zusammen. Letztere sind sämtlich im EVMV. organisiert.

Auch die DMV.-Kollegen werden in diesem Kampf erkennen, daß nur der rote Verband entschlossen ist, den Kampf gegen Lohnabbau zu führen.

Steinsetzer, reiht euch in die Kampffront ein!

Der Manteltarif der Steinsetzer ist seit Oktober 1930 gekündigt. Die Bürokraten vom Steinarbeiterverband verhandeln in aller Heimlichkeit mit den Unternehmern. Was bei diesen Kuhhandeleien herauskommt, kann sich jeder Kollege denken. Wie wir erfahren, haben die Bonzen den Unternehmern selbst **einen hohen Lohnabbau angeboten.** Zwölf Pfennig sollen nach ihrem Angebot in der Spitze abgezogen werden, dazu kein Fahrgeld, kein Feriengeld. Die Prozente für Ueberstunden und Nachtarbeit sollen gekürzt werden. An den Samstagen soll die halbe Stunde wegfallen. Vor den hohen Feiertagen die zwei Stunden nicht mehr bezahlt werden. Für Junggesellen sowie für ältere Kollegen sollen noch 20 Prozent weniger gezahlt werden. Bei den Steinhauern sollen die 15 Minuten Pause wegfallen, das sind solche ungeheuren Verschlechterungen, die sich kein Steinarbeiter gefallen lassen kann. Ein neuer Dreh ist durch die Verlängerung des alten Tarifes um 14 Tage vollzogen, um erst abzuwarten, ob der Verrat an den Bauarbeitern gelingt, damit ihnen der Betrug an den Steinarbeitern leichter wird.

Kollegen Steinarbeiter, fallt darauf nicht hinein, erkennt keinen Schiedsspruch an, der Euch einen Lohnraub bringt. Die Steinarbeiter müssen auf jeder Baustelle die Forderung stellen: Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich. Darüber hinaus müssen auf den Baustellen Kampfleitungen gewählt werden, die den Streik organisieren. Kein Vertrauen zur Verhandlungskommission des Verbandes; Streik ist die beste Waffe gegen Lohnraub. Reiht Euch in die Kampffront der Bauarbeiter ein!

Masseninitiative und Kontrolle von unten

Ab 1. April Kontrolltage über die Durchführung des Sturmplanes der RGO.

Jeder Anhänger der RGO. kontrolliert und hilft aktiv mit zur Erreichung des folgenden Zieles:

1. In jedem Betrieb eine RGO.-Betriebsgruppe.
2. In jeder Stempelstelle eine RGO.-Gruppe.
3. In jedem Betrieb mit Jugendbelegschaft eine Jugendgruppe der RGO.
4. In jeder RGO.-Gruppe eine Frauenkommission.
5. Neuwahl aller Leitungen der Gruppen und Aufbau des Funktionärkörpers.
6. Werbeaktion zur Aufnahme aller Wähler der roten Listen in die RGO.

Teilt mit, wo die Arbeit noch nicht eingesetzt hat und wo in Betrieben und Stempelstellen Unterstützung gewünscht wird.

Praktische Solidarität der IAH.

während des Metallarbeiterkampfes

Nürnberg. Nicht gefüllte Gewerkschaftskassen der Reformisten, sondern praktische, proletarische Massensolidarität der IAH. und der internationalen revolutionären Arbeiterschaft geben Gewähr für die siegreiche Durchführung der kommenden Kämpfe.

Die Internationale Arbeiter-Hilfe, deren erfolgreiche Tätigkeit und große Bedeutung für die Durchführung der Lohnkämpfe der Arbeiterschaft bereits während des Berliner Metallarbeiterkampfes und des Lohnkonfliktes in der Nord-West-Gruppe, allen Werktätigen deutlich vordemonstriert wurde, hat auch bei Beginn der Aussperrung der bayerischen Metallarbeiter sofort eine große Hilfsaktion eingeleitet. Es ist ja die Aufgabe der IAH. in allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Arbeiterschaft durch praktische Solidarität das Rückgrat zu stärken; die sich im Kampf befindenden Arbeiter und Arbeiterinnen durch Verabreichung von Essen, Lebensmittelpaketen und Versorgung der Kinder kampffähig zu erhalten und dadurch gleichzeitig die Pläne der Unternehmer, die jeweils im Kampf sich befindenden Arbeiter durch Hunger mürbe zu machen, zu durchkreuzen und zunichte zu machen.

Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist die IAH. heute notwendiger denn je, denn die Arbeiterschaft die ohnedies nur noch 25 Prozent in den reformistischen, sogenannten „Freien" Gewerkschaften organisiert ist, kann und darf sich nicht verlassen auf die evtl. Streikunterstützung der Verbände, die sie im Höchstfall 2 oder 3 mal erhalten werden, meist aber gar nicht, da alle entscheidenden Kämpfe als „wilde Streiks" erklärt werden, sondern muß die praktische, proletarische Massensolidarität organisieren.

Nur diese wird die siegreiche Durchführung der kommenden Kämpfe, die unter Führung der Kommunistischen Partei und der RGO. organisiert und geführt werden müssen, ermöglichen. Die Gewerkschaftsbonzen, welche heute die Gelder der Gewerkschaftsmitglieder auf andere Art und Weise vergeuden als damit Streiks zu finanzieren, geben ja selbst zu, daß sie nicht in der Lage sind einen größeren Kampf, der vielleicht Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen umfaßt, auf mehrere Wochen zu finanzieren, ganz abgesehen davon, daß sie dazu auch garnicht gewillt wären, denn sie haben Angst, es könnte dann zu ihren Riesengehältern nicht mehr ausreichen.

Es muß deshalb jeder Arbeiter begreifen lernen, daß nicht gefüllte Gewerkschaftskassen, sondern einzig und allein die praktische, internationale, proletarische Solidarität der Arbeiterklasse in den kommenden Kämpfen gegen weiteren Lohnraub, Massenelend und Faschismus, zum Sieg verhelfen wird.

Die Ortsgruppe Nürnberg der IAH., die während der Aussperrung der Metallarbeiter das erstemal praktisch und bedeutsam in einen Wirtschaftskampf der gleichzeitig ein politischer Kampf war, eingegriffen hat, kann sich mit ihren Leistungen durchaus sehen lassen.

In 5 Küchen die sich in den verschiedenen Lokalen des Stadtgebiets befanden, **wurden vom Montag, den 16. März bis Sonntag, den 22. März über 4000 Portionen Mittagessen verabreicht. Mehr als 60 Zentner Lebensmittel,** die zum Großteil bei den Nürnberger Geschäftsleuten gesammelt wurden, verarbeiteten die 5 IAH.-Küchen. **Hunderte von IAH.-Helfern und Helferinnen** hatten sich zur Verfügung gestellt, um die Durchführung des Hilfs- und Solidaritätswerkes zu ermöglichen. Den Abschluß hat diese Hilfskampagne der IAH. mit einer am Mittwoch, den 25. März nachmittags 3 Uhr durchgeführten Speisung von 200 Kindern der ausgesperrt gewesenen Metallarbeiter im Arbeitersamariterhaus gefunden.

Trotz der schamlosen, niederträchtigen Hetze, welche von den Sozialfaschisten gegen die Hilfsaktion entfaltet wurde, war sie ein voller Erfolg für die revolutionäre Arbeiterschaft und die IAH. **Hatten doch die Gewerkschaftsbonzen in der „Fränkischen Tagespost" (lies Lügenpost) die Geschäftsleute und die Oeffentlichkeit aufgefordert, für das IAH.-Hilfswerk nichts zu geben und die Sammler der Polizei zu melden.** Ja die Polizei selbst kam auf die Gewerkschaftsbüros und erkundigte sich, um was für eine Sammlung es sich hier handle. Eine nette Gesellschaft, die Gewerkschaftsbüros als Auskunftsstelle der Polizei. Ja die sozialfaschistischen Tintenkulis in der Ziegelgasse schrieben unter anderem das Hilfswerk der IAH. betreffend: „Ob der Bettel organisiert war, oder das Geld sonst erschlichen wurde, auf keinen Fall vermochte er zu imponieren."

Eine solche Schmierfinkerei entspricht voll und ganz der politischen Verkommenheit dieser „Auch"arbeitervertreter. Wir glauben gerne, daß ihnen das Hilfswerk der IAH. nicht imponiert hat, aber umsomehr hat es der sich im Kampf befindenden Metallarbeiterschaft imponiert. **Von dem Großteil der Nürnberger Metallarbeiter wurde das Hilfswerk der IAH. freudig begrüßt.**

Die IAH. und mit ihr alle ehrlichen revolutionär gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen werden trotz allem Geschrei der bankrotten, verräterischen Gewerkschaftsbonzen auf dem eingeschlagenen Wege weiter marschieren. Sie werden ihre internationale Solidaritätsorganisation, die Internationale Arbeiter-Hilfe weiter ausbauen und stärken, um in den kommenden Kämpfen gewappnet zu sein.

Den Metallarbeitern aber rufen wir zu: Werdet Mitglied der IAH.! Stärkt ihre Reihen!

Heraus zur roten Mobilmachung!

In jedem Betrieb
Auf jeder Stempelstelle
In jeder Ortschaft

Ein Kampfkomitee zur Vorbereitung des 1. Mai

Copyrigth by Internationaler Arbeiter Verlag GmbH., Berlin

DIE STRASSE OHNE SONNE

Ein japanischer Arbeiter-Roman von N. Tokunaga

(55. Fortsetzung)

„Solche Dummheit, gib das Kind der Frau," schimpfte ein Polizist den vierzigjährigen, etwas beschränkten Mann wütend an.

„Ja, meine Frau ist auf Arbeit, bei uns ist niemand zu Hause." antwortete er bescheiden und streichelte sanft den Kopf des Kindes.

„Dann gib es zu einer Nachbarin."

Ein alter Nattohändler, *) der zu Hause seine Ware vorbereitet hatte und gerade fortgehen wollte, um auf den Handel zu gehen, wurde mit seinem ganzen Kram verhaftet.

Aber das geheimnisvolle Feuer wurde bald gelöscht und ging vorbei wie ein Possenspiel.

Die Fabrik behielt ihr nüchternes Aussehen, als sei nichts passiert. Nur die Betonmauern waren ein wenig geschwärzt und das Dach vom Lagerhaus teilweise verbrannt. Fünf oder sechs Baracken hinter der Fabrik, von denen das geheimnisvolle Feuer ausgegangen war waren ganz ausgebrannt, aus den Ruinen stieg noch weißer Dampf und der Brandgeruch von Wolle und Leder.

Aber die Verhaftung der „verdächtigen" Männer ging weiter. Nach einem lange vorher festgelegten Plan wurden alle aktiven Streiker, mit Ausnahme der Frauen, wie Reissäcke auf die Lastwagen geworfen.

„Der muß ins Präsidium!" schrie ein Polizist, der mit Kreide auf den Rücken bestimmter Leute Zeichen machte. Die sogenannten Brandstiftungsverdächtigen waren in diesem Fall nur eine Ware, und Hagimura war eine verhältnismäßig wichtige Ware, die mit Kreide auf dem Rücken gezeichnet wurde.

*) Gericht von gekochten Bohnen, das die Arbeiter fertiggekocht kaufen.

Am selben Tage berichteten die Morgenzeitungen, Fräulein Etsuko, die siebenjährige Enkelin Okawas, sei um elf Uhr vergangener Nacht plötzlich verstorben.

Dieses kluge und hübsche Kind war das liebste, was Okawa besaß. Es war sein einziger Schatz, das schönste Licht in seinem Privatleben, das sonst nicht sehr glücklich war. Sein Stolz und seine Hartnäckigkeit, die ganze Welt zu beherrschen, verschwanden vor diesem Schatz. Mit ihr zusammen wurde er zu einem durchschnittlich schwachen, guten Großpapa.

Der Arzt stellte als Todesursache eine starke Vergiftung fest. Das Kindermädchen und die Diener waren ratlos, aber die Hausmeisterin sagte aus, daß niemand der „Prinzessin" eine solche gefährliche Speise, die zu einer Vergiftung führen konnte, gegeben hätte. Ungefähr um sieben Uhr, nach dem Abendessen, begann die Prinzessin über Schmerzen zu klagen, um elf Uhr war sie nach großen Qualen gestorben. Der junge Professor der Medizin bestand hartnäckig auf seinem Verdacht, den er mit seiner streng wissenschaftlichen Untersuchung begründete.

Okawa, der in diesem einen Augenblick den kostbarsten Edelstein seines Besitzes verlor, ertrug diesen Verlust trotz all seiner Hartnäckigkeit nicht, er schloß sich in sein Zimmer ein und zeigte sich niemandem.

Der Arzt verhörte alle Hausbewohner, er hatte in dem Erbrochenen des Mädchens Arsenik gefunden und erkundigte sich, ob solches Gift irgendwo im Hause sei. Dann fragte und forschte er weiter, ob jemand Fremdes ihr das Gift gegeben haben könnte.

Aber das war in diesem Hause, das streng bewacht wurde, unmöglich. Der Arzt sagte zu den Eltern des Kindes, deren Augen vom vielen Weinen geschwollen waren:

„Wenn jemand Fremdes mit bestimmter Absicht das Kind vergiftet hat, kann ich vom Standpunkt der gerichtlichen Medizin die Sache nicht so auf sich beruhen lassen. Wenn Sie erlauben, möchte ich die Leiche obduzieren." Der gewissenhafte Arzt hatte einen Verdacht wegen der Todesursache.

„Dummheit, wird sie durch eine Obduktion wieder lebendig —?" schrie Okawa seinen Sohn und seine Schwiegertochter an, die ihn um Rat fragten.

„Sie ist an einer Krankheit gestorben, das muß genügen", sagte er hart und wandte sich um.

Als die beiden die Tür zu seinem Arbeitszimmer hinter sich geschlossen hatten, stand er auf und ging in den Wintergarten in der zweiten Etage. In diesem Wintergarten, nach Süden gelegen, blühten Hunderte von Blumen wie im Frühling; er setzte sich in einen Rohrsessel und starrte hinaus.

. . . Er hatte gesiegt, er sollte siegen. Seine kräftige Energie ließ ihn noch nicht alt werden. Sein starker Arm, der ihn auf dem Strom der Zeit vom kleinen Händlertum bis zur Blüte des modernen Kapitalismus gerudert hatte, sollte noch nicht schwach werden. Er selbst hatte nie viel von sich reden gemacht, wie die Unternehmer mit den grünen Schnauzen von heute, aber er trug in sich das klare und sichere Bewußtsein, Mitglied der herrschenden Klasse zu sein. Er trug auf seinen Schultern nicht nur seine eigenen Lasten, sondern die der ganzen herrschenden Klasse.

Er hatte die Macht der Arbeiter nie gering geachtet wie die andern; mit seinem klaren und weitschauenden Kopf hatte er sie richtig eingeschätzt, aber darüber hinaus hatte er sich nie von ihrem großen Schatten beirren lassen. Er hielt seinen kurzgeschorenen Kopf geradeaus auf den Feind gerichtet und kämpfte mit den linken roten „Strolchen" ganz Japans. Er hatte anfangs geglaubt, daß sie seine Geschäfte nicht stören würden, doch er mußte bald einsehen, daß diese Rechnung falsch war. Die Arbeiter richteten die Spitzen ihrer Speere immer drohender gegen ihn. Sie wollten die Grenze, die ihnen als Arbeitern gezogen war, übertreten; sie waren nicht Aale, sie waren Schlangen.

Während dieses Streiks besuchte ihn eines Tages Herr Bunji Suzuki, der Vorsitzende des Sodome (Alljapanischer Gewerkschaftsbund), den er früher einmal kennengelernt hatte. Der wollte sein Einverständnis einholen, um die rechten Elemente der Streikenden zu organisieren und auf diese Weise die Versöhnung der Unternehmer und Arbeiter zu erreichen. Okawa antwortete diesem berühmten dicken Gentleman mit einem einzigen Satz:

„Meine Arbeiter sind keine Aale, denen können Sie nicht vorzaubern."

Und so kämpfte er mit diesen Schlangen, die keine Aale waren, und das nicht aus eigennützigen Gründen. Es brauchte ihn nicht zu kümmern, ob eine unter den vierzig Gesellschaften, die er besaß, sich wirtschaftlich rentierte oder nicht — dafür tat es nicht not, auf Leben und Tod zu kämpfen. Daß er trotz aller Angriffe und Vorwürfe, selbst aus seinen eigenen Kreisen, seinen grauen Kopf durchsetzte und in diesem Kampf unbeugsam geradeaus ging, geschah, weil er diese roten Schlangen, die sich riesenhaft vermehrten, die an die Wurzeln der herrschenden Klasse nagten, grundsätzlich vernichten wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Triumph des Sozialismus

Schluß der Agrar-Konferenz in Rom — Erklärung der Sowjetdelegation

Rom. Die Internationale Agrar-Konferenz hielt ihre Schluß-Plenar-Sitzung ab, in der Genosse Kritzmann im Namen der sowjetrussischen Delegation eine Erklärung abgab, worin es heißt: „Durch die Weltwirtschaftskrise sind die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem innewohnenden Widersprüche zutage getreten: Die Widersprüche zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatwirtschaftlichen Aneignung ihrer Resultate, zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und dem beschränkten Verbrauch breiter werktätiger Massen. Diese Widersprüche erklären den jetzigen tiefsten Grad der Krise.

Deshalb gibt es auch in unserem Lande, wo diese Widersprüche beseitigt sind, keine Krise.

Das Bestreben der Grundbesitzer und der Gläubiger, ihre Einkünfte in vollem Umfang zu erhalten, führt zum direkten Ruin bedeutender Massen von Bauern und Farmern, für die infolge ihres geringen Wirtschaftsumfanges und Mangels an Geldmitteln die Herabsetzung der Produktionskosten durch Uebergang zur rationellen Technik unmöglich ist. In unserem Lande wurde durch die Revolution **nicht nur der Großgrundbesitz, sondern überhaupt jeder Privatbesitz an Boden aufgehoben.** Die Nationalisierung des Bodens bedeutete die Möglichkeit des ungehinderten Ueberganges zum landwirtschaftlichen Großbetrieb, zur **vollen Ausnutzung aller Errungenschaften der Technik in der Landwirtschaft.** Diese Möglichkeit wird heute realisiert in den großen Staatsgütern und in den Kollektivwirtschaften.

Dadurch nimmt in unserem Lande der innere Verbrauch zu und die Produktionskosten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sinken.

Wie aus allem bisher Gesagten sowie aus unserer ersten Rede hervorgeht, steht vor uns nicht die Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Agrarkrise, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen, da wir

in der Sowjetunion weder eine Agrar- noch eine Wirtschaftskrise, weder Ueberproduktion, Preisrückgang, Absatzschwierigkeiten noch Erwerbslosigkeit haben.

(Bewegung im Saal.) Vor uns steht die Frage, unsere Wirtschafts-Beziehungen mit anderen Staaten, speziell was das Gebiet des Getreidehandels anbelangt, auszubauen. Die notwendigen Voraussetzungen eines solchen Ausbaues sind:

1. Die Schaffung solcher finanzieller und Kreditbedingungen, die uns auf der Basis der vorhandenen bestimmten Abmachungen über die Getreideausfuhr, die Möglichkeit einer Nichteinschränkung unseres Getreideexportes sichern, unseres Getreideexportes, der auch unter den Verhältnissen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die den Einfuhr-Rückgang der kapitalistischen Länder bedingt, stetig wächst.

2. **Die Wahrung der Interessen der breiten werktätigen Massen aller Länder, die Getreidekonsumenten sind.**

3. Der Verzicht auf finanzielle staatliche Ausnahme-Bestimmungen gegen unsere Getreideausfuhr.

Wenn diese Bedingungen eingehalten werden, so ist eine Besserung unserer Beziehungen zu den anderen Ländern sowie den Gebieten der Getreideausfuhr zum beiderseitigen Vorteil möglich. Um die oben genannten Ziele zu erreichen, wird die Sowjet-Delegation der Regierung der Sowjetunion die Frage der Beteiligung der Sowjetunion an der geplanten Konferenz der getreideausführenden Länder stellen. (Merkliche Bewegung im Saal.)

In Verbindung mit den von der Konferenz gefaßten Beschlüssen hält die Sowjet-Delegation es für erforderlich, die Vorbehalte, die die Delegation in den Sitzungen der Konferenz-Kommissionen gemacht hat, zu bestätigen. Zugleich erklärt die Delegation, daß sie die Konferenzbeschlüsse der Regierung der Sowjetunion mitteilen wird. Die Beschlüsse der Sowjet-Regierung werden zur Kenntnis der interessierten Länder durch Vermittlung des Konferenz-Vorsitzenden gelangen."

Vorbereitungen zum 1. Mai

In Moskau

Moskau. In Moskau begann die Vorbereitung zur 1. Mai-Feier, die unter den Losungen: Erfüllung des Produktionsplanes des dritten entscheidenden Jahres des Fünfjahrplans, Kampf gegen Kriegsgefahr, internationale Erziehung der Werktätigen durchgeführt wird.

In vielen Fabriken werden Stoßbrigaden mit dem Namen „1. Mai" gebildet. Angesichts dessen, daß der 1. Mai und der zweite Jahrestag des sozialistischen Wettbewerbs zusammenfallen, wird in den Betrieben eine Stoßbrigadler-Schau durchgeführt. Nach gesetzlicher Bestimmung erstreckt sich die Mai-Feier auf den 1. und den 2. Mai. An diesen Tagen finden an allen Plätzen Moskaus Massen-Unterhaltungen statt. Alle Theater, Kinos und Zirkusse Moskaus stellen ihre Vorstellungen den Werktätigen kostenlos zur Verfügung.

In Indien

London. Laut Mitteilungen aus Indien rüsten die Arbeiter in allen Teilen des Landes zur Durchführung der 1.-Mai-Demonstrationen. Die Vorbereitungen der indischen Arbeiterschaft zum 1. Mai sind überall, auch in den Betrieben, stärker und lebhafter, als in den vergangenen Jahren. In vielen Städten haben sie das Programm der Mai-Demonstrationen bereits ausgearbeitet. Bei diesen Vorbereitungen entwickeln die indischen **Eisenbahner** eine besonders große Aktivität.

Eine neue Großtat des sozialistischen Aufbaus

Drei Milliarden Mark für Arbeiterwohnungen

Die sowjetrussischen Arbeiter beziehen für billige Mieten moderne Neubauten

Moskau. Auf Beschluß der Sowjet-Regierung werden in diesem Jahre für den Neubau von Wohnungen in der gesamten Sowjetunion 1,1 Milliarden Rubel (2,2 Milliarden Mark) ausgegeben. Die Wohnfläche erhöht sich in diesem Jahre um mehr als 10 Millionen Quadratmeter. Außerdem werden die Wohnungsbaugenossenschaften für Neubauten in der ganzen Sowjetunion 450 Millionen Rubel (900 Millionen Mark) ausgeben, so daß insgesamt für 1,55 Milliarden Rubel oder 3,1 Milliarden Mark Arbeiterwohnungen im Jahre 1931 erstehen werden.

Die Bausaison hat bereits mit Hochdruck eingesetzt. In allen Städten werden moderne Häuserblocks mit allen Bequemlichkeiten, Bad, Zentralheizung, Warmwasser, Zentral-Waschküchen, Speiseküchen, Kinderkrippen, Klubhäuser usw. gebaut. Die Miete ist nach dem Einkommen der Arbeiter gestaffelt und beträgt im Höchstfall 10 Prozent des Lohnes.

Sowjetaufträge bringen Brot!

Moskau. Nach einer Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion hat der sowjetrussische Botschafter in Berlin mitgeteilt, daß die Finanzierung der Sowjetaufträge an Deutschland sichergestellt sei entsprechend dem Moskauer Uebereinkommen zwischen dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion und Vertretern der deutschen Industrie. Infolgedessen ist Pjatopkoff, der ehemalige Leiter der russischen Staatsbank als Bevollmächtigter des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion nach Berlin abgereist, um einen endgültigen Vertrag abzuschließen und die Verteilung der Aufträge in die Wege zu leiten.

In den nächsten Tagen wird ferner eine Gruppe von Vertretern der Sowjet-Industrie die Reise nach Berlin antreten.

Fast die Hälfte aller Bauern kollektiviert

Moskau. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, sind in den letzten zehn Märztagen 647 000 Bauernwirtschaften gegen 507 000 der vorhergegangenen zehn Tage Kollektivwirtschaften geworden. Insgesamt waren am 1. d. M. 10 514 500 kollektivierte Bauernwirtschaften vorhanden = 42 Prozent aller Bauernwirtschaften der Sowjetunion.

Streiks in Oberitalien

Massenverhaftung von Kommunisten

Aus Mailand wird gemeldet: In einer Metallwarenfabrik traten dieser Tage die Arbeiter in den Streik, um gegen die fortdauernden Massenentlassungen zu protestieren. Auch in der großen Metallwarenfabrik Breda macht sich seit einiger Zeit Streikstimmung bemerkbar. Die Polizei überfiel vor wenigen Tagen die Fabrik und nahm dabei eine gründliche Haussuchung vor. Dabei fand sie bei mehr als hundert Arbeitern kommunistische Flugblätter, Betriebszeitungen und ähnliches. Alle diese Arbeiter wurden verhaftet. Die Polizei glaubte, durch diese Razzia dem Ausbruch eines Aufstandes vorgebeugt zu haben, doch steigerte sie die Empörung der Arbeiterschaft dadurch nur noch mehr.

Die französischen Zechen liegen still

Eine starke rote Einheitsfront entsteht im Kampf um Arbeit und Brot

Paris. Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter, der erste große, von der Kommunistischen Partei Frankreichs geführte Massenkampf, hat mit großer Kraft eingesetzt und verbreitert sich immer mehr. Die Manöver und Winkelzüge der Reformisten, die einem 7prozentigen Lohnraub zustimmten, vermögen die Bergarbeiter nicht zurückzuhalten. Die Kampfaufrufe der Unitären Bergarbeiter-Föderation fallen auf fruchtbaren Boden. Ueber die Köpfe der reformistischen Führerclique hinweg schließt sich die revolutionäre Einheitsfront. Unorganisierte Arbeiter, Mitglieder der reformistischen und der roten Gewerkschaft, alle, alle treten in den Streik.

Das Gesamt-Streikkomitee des Departements Gard hat den allgemeinen Streik beschlossen.

Im Gebiet von Douai ist der Kampf fast vollständig. Der Kampf gegen die wenigen Streikbrecher wird erbittert geführt. In einer Versammlung in Lens haben mehr als 500 reformistische Kumpels ihre Führer als Verbrecher gebrandmarkt und sich für den Streik erklärt.

Der Streik steht ausgezeichnet im Gebiet von Aniche. Hier liegen fast alle Schächte zu 100 Prozent still. Das Kohlengebiet von Escarpelle liegt fast vollständig still, der Streik erreicht überall bis zu 100 Prozent.

Die „Humanité" kündigt an, daß im Loire-Becken die Streikbewegung morgen und am Freitag im Moselgebiet ausbrechen werde.

Der Kampf wird angesichts des brutalen Terrors durch die in allen Bergarbeiter-Dörfern stationierte Gendarmerie seitens der Streikenden mit unbeschreiblicher Erbitterung geführt. Ueberall greifen die Arbeiter das Militär mit Steinwürfen an. Signaldrähte werden zerschnitten, Militärzüge durch Hindernisse aufgehalten, Streikbrecher unter den Augen der Polizei verprügelt. Besonders tapfer benehmen sich die Bergarbeiterfrauen und die Kinder.

Copyrigth by Internationaler Arbeiter-Verlag GmbH., Berlin

DIE STRASSE OHNE SONNE

Ein japanischer Arbeiter-Roman von N. Tokunaga

(66. Fortsetzung)

Er starrte auf die Haufen der roten Schlangen und wollte keinen Schritt zurückweichen. Ein Schritt rückwärts bedeutete die Niederlage der ganzen Klasse. Alle Kräfte, die ihm zur Verfügung standen, hatte er zusammengefaßt, um diese Schlangen vollständig niederzuschlagen. Die zerschlagenen und zerrissenen Schlangen sollten die Lust verlieren, zu kämpfen, sie sollten nur noch kriechen . . .

Trotzdem — welch ein Fehler in seiner Rechnung! — durch eine weibliche Schlange, die ihn plötzlich von hinten anfiel, wurde ihm ein Stück Fleisch abgerissen. Die Wunde schmerzte — seine ganze Liebe, Etsuko, war ihm genommen.

Ohne die Untersuchung dieses dummen, ehrlichen Professors wäre die Todesursache niemals bekannt geworden.

„Wird sie wieder lebendig durch die Obduktion?"

„Dummheit!"

Sein großer Mund schrie noch einmal auf; aber was nützte es, die Todesursache noch bekannt zu machen.

„Dummheit!"

Mit höhnischem Lachen würde er sie fragen: Glaubt ihr, die Arbeiter werden sich fürchten, wenn die Todesursache bekannt wird und eine von den Schlangen vernichtet wird?

„Um diese Schlangen zu vernichten, gibt es noch andere Methoden!"

Man darf ihnen seine schwachen Seiten nicht zeigen. Ein Tiger wird wegen einer Wunde nicht zurückweichen . . .

Sein Blick kehrte aus den Weiten zurück: er sah durch die Glasfenster auf das Tor seines Hauses und [illegible] nachdenklich die Augen: er erinnerte sich daran, wie seine Enkelin gestern um fünf Uhr vor diesem Tor mit ihrem Ball spielte.

Als er als Teil seines Tagespensums gestern hier im Wintergarten seine Pflanzen begossen hatte, hatte er plötzlich gesehen, wie da unten vor der Tür ein zwanzigjähriges, schlecht gekleidetes Mädchen Etsuko streichelte — Etsuko lachte fröhlich — — —

Er hatte gedacht, es sei ein Mädchen aus der Nachbarschaft.

„Sie war es!"

Er kreuzte die Arme über der Brust und schloß wieder die Augen. „Großpapa" — die Stimme war in seinen Ohren, wie auf einer Grammophonplatte.

Die Ruhe des warmen Wintergartens hatte ihn getröstet; er fühlte es heiß unter den Augenlidern werden.

„Dummheit, kommt sie davon wieder?"

Er hob den grauen Kopf und stand auf.

IV.

Wir schützen die Fahne

Die Katastrophe näherte sich.

Das geheimnisvolle Feuer hatte den Streikenden den letzten Stich in die Kehlen versetzt.

Das System der Streikgruppen hatte überall empfindliche Lücken. Keine Streikgruppe hatte mehr ein Lokal, um sich zu sammeln; wenn sie zu mehreren auf der Straße erschienen, wurden sie auf Grund des „Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel" aufgelöst, zerstreut oder verhaftet.

Wäre Hagimura auch nicht in der Polizeizelle eingesperrt worden, seine Stellung zwischen den beiden Richtungen der Streikleitung hätte ihn weiter gequält. Es gab keinen anderen Weg mehr, als sich auf der Linie von Nakai zu einigen.

Die rechten Elemente, die bis jetzt unter den scharfen Augen der Gruppenzellen nichts unternehmen konnten, [illegible] allmählich die Köpfe. Sie erklärten ihr Mißtrauen gegen die [illegible] und das Gruppenkomitee, und halfen so, eine [illegible] zu verbreiten. Die Spitzel der Gesellschaft warben jetzt offen für Streikbruch und Verrat, und das Honorar für geheime Mitteilungen von den Plänen und Schwächen der Streikenden wurde immer geringer. Die „Waren", die erst geheim auf Wagen, verdeckt, in die Fabrik geschafft wurden, trugen jetzt Schuhe und Hüte und gingen durch das Haupttor der Fabrik. Die Streikposten wurden zwecklos, einige von ihnen kamen überhaupt nicht wieder.

Die Ernährungsabteilungen hatten keinen Reis mehr zum Kochen, die Verkaufsmöglichkeiten der Wanderhandelsabteilung wurden gleich Null. Die Genossenschaft war fast bankrott und in ihrem Laden war nichts mehr zu finden, womit man den Hunger stillen konnte.

Der Zentrale der Hyogikai war es wegen der Ausweitung der Front auch nicht mehr möglich, diesen einen Streik weiter zu unterstützen. Der erste Vorsitzende der Streikenden, Takagi, und fast alle Mitglieder der Zentralleitung, Nakai, Hagimura und die anderen waren in den Polizeizellen eingesperrt. Das Gruppenleiterkomitee war gleichfalls seines Kerns beraubt, und nur die rechten Elemente blieben.

Der Streik war fast schon niedergeschlagen.

Das Gruppenleiterkomitee in seiner augenblicklichen Zusammensetzung erklärte nun auch sein Mißtrauen zur Zentralstreikleitung.

Die Streikgruppenleiter konnten dem Jammern und den Vorwürfen, die sie überschwemmten, nicht mehr standhalten.

*

Im Büro der Zentralstreikleitung hing die rote Fahne in den Strahlen der Wintersonne; in ihrem roten Tuch barg sie die vielen traurigen und heroischen Erinnerungen des Kampfes.

Unter dieser Fahne tagte das Gruppenleiterkomitee.

Die Zahl der Gruppenleiter betrug kaum mehr zehn; außer einigen Rechten, die nur auf Grund ihrer langen Tätigkeit in der Fabrik gewählt waren und seit Beginn des Streiks noch nicht einmal verhaftet waren, waren alle andern dritte oder vierte Ersatzleute, die Alten waren verwundet, tot oder verhaftet.

Diese Gesichter, um einige rechtsgerichtete Gruppenleiter geschart, waren nun das einzige Organ, das die letzte Entscheidung über diesen großen Streik, der Tokio und ganz Japan erschüttert hatte, fällen sollte.

Ihre „glänzende Sitzung" wurde mit Jammern begonnen. Sie beharrten in ihren alten Träumen, suchten nach den persönlichen Fehlern der Zentralstreikleiter und formulierten ihre unsicheren Vorwürfe daraus.

1. Die Gesellschaft wird einen Teil der Streikenden wieder einstellen, nach Auflösung der Streikorganisation.
2. Die Streikenden sollen die von der Gesellschaft vorgeschriebenen Entlassungsgelder anerkennen.
3. Die Gesellschaft wird außer den Entlassungsgeldern den Streikenden 20 000 Yen übergeben.

(Fortsetzung folgt.)

Dokumente und Beweise

für die verbrecherische Tätigkeit der bonzentreuen reformistischen Betriebsräte

Rote Betriebsräte gegen das Ausbeutersystem

Die Kandidaten der roten Einheitslisten der RGO. sind im Vorjahre zum ersten Male den reformistischen und christlichen Betriebsrätekandidaten gegenübergetreten, die für sich das Prädikat der „erfahrenen, erprobten und bewährten Arbeitervertreter" in Anspruch nehmen. Heute muß die **Bilanz über ein Jahr Betriebsrätetätigkeit gezogen werden. Wie haben die roten Betriebsräte gearbeitet, und wie sieht die Praxis der Reformisten, Christen und der übrigen Unternehmerlakaien im Betrieb aus?**

Es hat in den verflossenen Monaten große, entscheidende Kämpfe der Arbeiterklasse gegeben, und es finden jetzt täglich in den Betrieben Auseinandersetzungen statt, die entscheidend sind für Lohn und Brot von Tausenden und Millionen von Arbeitern. **Wie haben sich die Betriebsräte bei den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit verhalten? Welche Stellung nahmen sie täglich in den Betrieben bei diesen Auseinandersetzungen der Arbeiter mit ihren Unternehmern ein?** Das ist der Prüfstein und der Gradmesser, nach welchem die Betriebsbelegschaften bei der Neuwahl ihrer Betriebsräte zu entscheiden haben.

Für die große Mehrheit der deutschen Arbeiter steht unbestritten fest, daß **die roten Betriebsräte im Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem** ihre Interessen vertreten. Die Arbeiter wissen durch eigene Erfahrungen: Die roten Betriebsräte sind gegen die kapitalistische Nationalisierung, sie sind gegen das Schlichtungssystem und die Lohnabbauschlichter der Brüningregierung, die von der SPD. und den Gewerkschaften gestützt wird. Die roten Betriebsräte sind sowohl gegen den tariflichen Lohnabbau, als auch gegen den Lohnraub durch Kurzarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit und führen dagegen einen erbitterten Kampf. Also in den Fragen der großen Politik kommen für die Mehrzahl aller Arbeitskameraden in den Betrieben nur die roten Betriebsräte als Interessenvertreter in Frage. Eine Anzahl der Kollegen ist jedoch geneigt, den Reformisten und Christen im Betriebsrat in den kleinen Fragen des täglichen Lebens mehr Sachkenntnis und Erfolgsmöglichkeiten bei den Unternehmern zuzubilligen, ohne daß die Kollegen selbst etwas zu tun oder dafür zu kämpfen brauchen. Die tägliche Praxis in den Betrieben beweist jedoch, daß eine solche Einstellung völlig unrichtig ist und mit unzähligen Opfern von den Belegschaften bezahlt werden muß.

Gewiß ist es vorgekommen, und kommt immer wieder vor, daß sich rote Betriebsräte nicht bewährt haben, indem sie dieselbe Politik wie die Reformisten betreiben. Laut und deutlich rückt die RGO. von solchen „roten" Betriebsräten ab und kritisiert sie offen vor der gesamten Arbeiterschaft.

Die gesamte Tätigkeit der roten Betriebsräte unterscheidet sich grundsätzlich von derjenigen aller anderen Betriebsräte

Die Politik der roten Betriebsräte ist die Durchführung des Klassenkampfes,

während die Betriebsräte aller anderen Richtungen Lakaien des Unternehmers sind und ihnen helfen bei der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft, bei der Durchführung der Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Hunderte von roten Betriebsräten wurden gemaßregelt mit Hilfe der reformistischen und christlichen Lakaien, sie wurden von den Klassengerichten verurteilt, sie blieben auf der Strecke im Klassenkampf, bei der Vertretung der Interessen ihrer Kollegen, im Streik der Ruhrkumpels, im Berliner Metallarbeiterkampf und in vielen anderen Kämpfen. Die roten Betriebsräte kämpfen für ihre Kollegen unter Einsetzung ihrer eigenen Existenz. Viele Erfolge für die Arbeiterschaft wurden durch diesen Kampf errungen. Wo haben die Christen und Reformisten oder gar die Nazis, die Lieblinge der Unternehmer, ähnliche Beweise für die Interessenvertretung und den Opfermut ihrer Betriebsräte. Rote Betriebsräte wurden von ihren Kollegen verteidigt gegen die Angriffe der Unternehmer.

Ein Teil der Bilanz der Tätigkeit der reformistischen Betriebsräte, die die Folgen der sozialfaschistischen Politik der SPD. und der Gewerkschaften ist, wird durch nachfolgende Beispiele aufgezeigt. Sie zeigen, in welchem Maße eine Anzahl Betriebsräte der Reformisten, Christen und der Nazis zu bezahlten Agenten der Unternehmer geworden sind, die treu die Befehle ihrer Herren gegen die Arbeiterschaft durchführen.

In der Dessauer Zuckerraffinerie wurde der Schwerkriegsbeschädigte Ehrentraut fristlos entlassen. Grund: er habe an drei Sonntagen nicht gearbeitet, sich aber trotzdem die Tage bezahlen lassen. Da die Schuld an diesem Vorfall nicht der Kriegsbeschädigte sondern der Rechnungsbeamte hatte, legte Ehrentraut Berufung beim Arbeitsgericht ein. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Betriebsratsvorsitzende Treubrecht, ein Reformist, in der erwähnten Angelegenheit einen anonymen Brief erhalten hatte und als getreuer Lakai des Unternehmertums den Inhalt sofort der Direktion mitteilte.

In dem Termin besaß Treubrecht die Frechheit, als an ihn die Frage gerichtet wurde, ob er den Brief an die Direktion weitergegeben habe, dies mit den Worten zu beantworten: „Ja, das war meine Pflicht."

Auch die weiteren Äußerungen dieses Betriebsrates hatten den Zweck, den klassenbewußten Arbeiter Ehrentraut, der bei der Betriebsratswahl als Ersatzmann auf der oppositionellen Liste gestanden hatte, unschädlich zu machen. **Bemerkenswert ist, daß dieser Treubrecht in früheren Jahren als Gewerkschaftsangestellter des Fabrikarbeiterverbandes in Dessau tätig war, wo er aber seines Postens enthoben werden mußte.** Als Angestellter der Gewerkschaft und jetzt als Betriebsratsvorsitzender hat er den Beweis geliefert, daß er seine Tätigkeit nur im Dienste des Kapitals ausübt.

Reformisten mit den Christen für Kündigung oppositioneller Arbeiter

Auf der Schachtanlage Rheinpreußen V wurden Entlassungen vorgenommen, u. a. erhielt auch der Schlepper H. seine Kündigung, nachdem er mit dem Revierſteiger eine Auseinandersetzung gehabt hatte. Die roten Betriebsräte setzten sich für diesen Arbeiter ein. Der klagte beim Arbeitsgericht und wurde abgewiesen.

Der Arbeitsrichter erklärte dem Kläger, daß ja der Arbeiterrat zu seinem Ungunsten entschieden habe.

Dieser Arbeiterrat ist in seiner Mehrheit aus Reformisten und Christen zusammengesetzt.

Auf Schacht Friedrich Thyssen 2—5 wurde der Kamerad **Treinen**, der als oppositioneller Kollege in den Ausschuß gewählt war, kurze Zeit darauf fristlos entlassen. Der Vorgang, der zu seiner Entlassung führte, sollte an einem Montag erfolgt sein, die Entlassung wurde jedoch erst am Donnerstag ausgesprochen. Warum die Firma mehrere Tage mit ihrem Vorgehen gegen den oppositionellen Betriebsrat gewartet hatte, zeigte sich sehr deutlich in der Gegenklageschrift der Direktion.

Als Beweis führte die Direktion das Zeugnis der reformistischen und christlichen Betriebsräte an, die selbstverständlich als Lakaien der Unternehmer gegen Treinen ausgesagt hatten.

Roter Betriebsrat wird denunziert

Noch ein weiterer Fall. **Im Leunawerk** wurde der Genosse **Franke** fristlos entlassen. Dieser Genosse, der als roter Betriebsrat seine Tätigkeit ausübte, wurde wegen einiger Veröffentlichungen im „Leunaprolet" denunziert. Die Sozialdemokraten plädierten offen für die Zustimmung zu der Entlassung

Der SPD.-Betriebsratsvorsitzende Walther erklärte, Franke habe im Betriebsratsbüro einen Artikel für den „Leunaprolet" angefertigt.

Besonders auf diese Aussage stützte sich die Werksleitung bei ihrer Maßregelung.

Die Praxis der arbeiterfeindlichen SPD.-Betriebsräte:

Planmäßig hat sich die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie einen Troß von Anhängern in den Betrieben geschaffen, mit dem sie ihre arbeiterfeindliche Politik durchführt. Diese Betriebsräte haben es verstanden, sich das Wohlwollen der Unternehmer zu verschaffen und dabei gleichzeitig gegen ihre Klassengenossen die erbärmlichsten Mittel anzuwenden. Besonders bei Arbeiterentlassungen, bei denen es sich um klassenbewußte Arbeiter handelt, tritt das in Erscheinung. Ja, diese Unternehmerlakaien schrecken nicht davor zurück, die übelsten Denunziationen anzuwenden, um ihre Positionen in den Betrieben zu erhalten.

SPD.-Betriebsräte berichten der Werksleitung

Der sozialdemokratische Betriebsrat **Budde** brachte es fertig, nachdem er den revolutionären Betriebsratsvorsitzenden Hecht, Bochum, bei der Betriebsleitung denunziert hatte, an die Werksleitung der Eisen- und Hüttenwerke folgenden Brief zu richten:

„Betr. Betriebsratsvorsitzenden:

Sonnabend, den 12. Juli, beschäftigte der Betriebsrat sich in einer Sitzung, in der 10 Betriebsratsmitglieder anwesend waren, eingehend mit der Person des Betriebsratsvorsitzenden Herrn Richard Hecht, Bochum, Dortmunderstraße 52 wohnhaft, und dessen seit längerer Zeit an den Tag gelegtes Verhalten, dem gesamten Betriebsrat, der ganzen Belegschaft und **der Werksleitung gegenüber. Mit großer Mehrheit wurde letzteres auf das entschiedenste verurteilt** und wurde demselben antragsgemäß in geheimer Abstimmung mit 7 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmenthaltung das Vertrauen des Betriebsrates entzogen. Der Kollege Wilhelm Budde, Bochum, Henriettenstraße, wurde dann an dessen Stelle mit der Führung der Geschäfte des Betriebsratsvorsitzenden betraut. Der Betriebsrat ersucht die Werksleitung, dieses zur Kenntnis zu nehmen.

gez. W. Budde. H. Brechticken."

Hecht war der Vertrauensmann der Arbeiterschaft, die von ihm verlangte, daß er trotz der Machinationen der Reformisten auf seinem Posten als Arbeiterratsvorsitzender beharren sollte. Im Gegensatz zu der Tätigkeit des revolutionären Betriebsrats Hecht trieb Budde sein erbärmliches Spiel und intrigierte auf die gemeinste Art. Einen Erfolg hatte er im Betriebsrat erzielt; die Betriebsleitung wird sein Schreiben mit vollster Zufriedenheit entgegengenommen haben.

Revolutionärer Arbeiter wird gemaßregelt

Ein zweiter Fall, der die Handlungsweise der Sozialfaschisten beleuchtet, ist folgender: Der Genosse **Käser** wurde auf Betreiben der SPD.-Betriebsräte der Brauerei Leicht, Stuttgart, **gemaßregelt. Gemeinsam mit der Verbandsbürokratie hatten diese alles unternommen,** um die Entlassung des revolutionären Arbeiters durchzudrücken. Käser reichte gegen die SPD.-Betriebsräte eine Klage auf Ersatz des durch die Entlassung erlittenen Schadens ein. Dabei stellte sich heraus, daß trotz einem großen Zeugenaufgebot dem Kläger weder als Arbeiter noch als Betriebsrat etwas nachzuweisen war, was seine Entlassung gerechtfertigt hätte. Bei der Verhandlung erklärte der Unternehmer:

„Die Entlassung sei nur im Glauben der Richtigkeit der Angaben des Betriebsrates erfolgt."

Die reformistischen Betriebsräte hatten den Genossen Käser beschuldigt, **daß er durch seine Politik in den Versammlungen die Belegschaft beunruhigt und Streitereien hervorgerufen habe.** Die Klage des Genossen Käser wurde, nachdem die Aussagen der Zeugen vollständig zusammengebrochen waren, durch einen Vergleich erledigt. Interessant ist, daß die Reformisten das Verlangen stellten, daß der Verlauf der Verhandlungen nicht in der Presse veröffentlicht werden sollte. Diesem Verlangen kam der Genosse Käser natürlich nicht nach, sondern in aller Öffentlichkeit wurde das Denunziantentum der sozialfaschistischen Betriebsräte und ihrer Anhänger gebrandmarkt.

SPD.-Betriebsrat für Abbau der Löhne

In dem Großbetrieb F. W. Wieland in **Auerbach Erzgeb.** wurde Mitte April des vorigen Jahres eine Lohnkürzung von 15 Prozent vorgenommen. Die Gewerkschaftsbürokratie unternahm nichts dagegen. Das Betriebsratsmitglied Uhlmann, SPD., setzte sich für einen noch höheren Lohnabzug ein und sagte zu einem anderen SPD.-Arbeiter:

„Ich werde als Betriebsratsmitglied dafür sorgen, daß die Spulen noch mehr abgezogen bekommen.

Judasgelder für Streikbruch

Für ihre Judasrolle erhalten die sozialfaschistischen Betriebsräte noch Geld von den Unternehmern. Bei einem Streik der Gruson-Arbeiter in Magdeburg gegen den Lohnraub, der von der Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt wurde, wurde nach dessen Beendigung anläßlich einer Auseinandersetzung im Betrieb die Behauptung aufgestellt, daß die Mitglieder des reformistischen Betriebsrats während der Streiklage ihren Lohn weiter bekommen hätten.

Zynisch wurde von dem sozialfaschistischen Betriebsrat Brewes diese Korruption durch die Grusondirektion zugegeben.

Die Belegschaft verlangte den sofortigen Rücktritt des Gesamtbetriebsrates.

Arbeitergroschen unterschlagen

Im Hamburger Hafenbetrieb hatte der sozialfaschistische Betriebsobmann Levy die Verwaltung einer Krankenunterstützungskasse, die von den Belegschaftsmitgliedern durch wöchentliche Beiträge finanziert wurde. Bevor Levy in Urlaub ging, hatte er von diesen Arbeitergroschen 1680 Mark unterschlagen.

Auch dieser „Betriebsrat" hat jahrelang oppositionelle Kollegen denunziert, dabei steht fest, daß der „Ehrenmann" in der SPD. hohe Funktionen bekleidete.

Die Belegschaft der Peiner-Hütte in Ruhort-Meiderich ging dazu über, eine eigene Hilfskrankenkasse nach dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe aufzubauen, um sich vor dem Allerschlimmsten bei Krankheit und Unglücksfällen zu schützen. Es soll hier nicht aufgezeigt werden, daß dieser Weg falsch ist, aber etwas anderes ereignete sich bei der Verwaltung der Krankenkassengelder. Die reformistischen Betriebsräte machten alle Anstengungen, die Führung dieser Kasse in die Hände zu bekommen. Besonders war es der reformistische Betriebsrat Hesselmann, der durch geschickte Manöver sich das Vertrauen der Belegschaft des Martinwerkes eroberte und neben seinem Betriebsratsposten auch das Amt des Kassierers dieser Kasse bekleidete. Als nun die Belegschaftsmitglieder, die inzwischen restlos arbeitslos geworden waren, in einer Versammlung die Auflösung der Krankenkasse beschlossen, stellte sich heraus:

daß der saubere Bursche Hesselmann 600 Mark unterschlagen hatte.

Mit allen Mitteln versuchte er seine schäbige Handlungsweise vor den Arbeiter zu verheimlichen, was ihm jedoch nicht gelang.

★

Unzählige Fälle, die sich im Laufe eines Jahres ereignen, zeigen, wie die reformistischen Betriebsräte als Beauftragte der Gewerkschaftsbürokratie und des Unternehmertums das Vertrauen der Belegschaften schändlich mißbrauchen. Dabei steht fest, daß diese Leute überall den Schutz der Unternehmer genießen. Das ist der Dank für die Dienste, die sie den Kapitalisten leisten, währendem sie gleichzeitig den schnödesten Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse begehen. Als eine ihrer wichtigen Aufgaben betrachten sie es, die klassenbewußten Arbeiter „unschädlich zu machen. Bei den kommenden Betriebsrätewahlen ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, diesen „Führern" nicht nur auf den Mund, sondern auf die Finger zu schauen.

Die Betriebsrätewahlen 1931 müssen zu einer Abrechnung mit der sozialfaschistischen Bürokratie und ihren Handlangern in den Betrieben werden.

Alle Stimmen den roten Betriebsräten, den alleinigen Interessenvertretern der gesamten Arbeiterschaft.

Keine Stimme der Panzerkreuzer-SPD.!

Keine Stimme den Hitler-Faschisten!

Stimmt für die rote Einheitsliste!

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) Bezugspreis: wöchentlich 60 Pfg., halbmonatlich 1.25 Mk., monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Sprechzeit der Redaktion: Dienstag und Freitag von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr.

für München, Augsburg u. Südbayern

Mit den Beilagen: Der Rote Stern / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfg., außerhalb Bayerns 15 Pfg., Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 1m u. anschließ. an Text 75 Pf., außerhalb Bayerns 1 Mk. Anzeigenschluß: Verlag abds. 6 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH., München, Nymphenburgerstr. 32 Fernspr 50463. Postscheck: Freier Verlag München Nr 47280. Druck: Freier Verlag GmbH., München.

München, Mittwoch, 7. Oktober 1931 | 14. Jahrgang

Verboten

bis einschließlich 20. Oktober 1931

München, den 7. Oktober 1931

Polizeidirektion München
Abt. VIc

Betreff:
Verbot der Tageszeitungen „Neue Zeitung" und „Neue Zeitung, Ausgabe A"

An den Verlag „Freier Verlag" G.m.b.H.
München
Nymphenburgerstraße 32

Beschluß:

Auf Grund § 86 RStGB., §§ 13, 9 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. 7. 1930 (RGBl. Nr. 9 S. 91) und der Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 31. 3. 30 über den Vollzug des Gesetzes zum Schutze der Republik (Bayer. Staatsanzeiger Nr. 76 v. 2. 4. 30) erläßt die Polizeidirektion München folgende

Anordnung:

I. Die in München erscheinenden Tageszeitungen „Neue Zeitung" und „Neue Zeitung, Ausgabe A" werden mit sofortiger Wirksamkeit bis 20. Oktober 31 einschl. verboten.

Dieses Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

II. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Verlag „Freier Verlag, G. m. b. H." München, Nymphenburgerstr. 32 zur Last.

III. Gebühren bleiben außer Ansatz.

gez. Koch

Einzelpreis 15 Pfg.

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags). Bezugspreis: wöchentlich 60 Pfg., halbmonatlich 1.25 Mk., monatlich 2.50 Mk. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.50 Mk ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 Mk. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung. — Sprechzeit der Redaktion: Dienstag und Freitag von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr.

für München, Augsburg u. Südbayern

Mit den Beilagen Der Rote Stern / Unterhaltung und Wissen / Funkprogramm / Wirtschaft / Proletarisches Feuilleton

Anzeigenpreise: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfg., außerhalb Bayerns 15 Pfg., Familienanzeigen, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im u. anschließ. an Text 75 Pf., außerhalb Bayerns 1 M. Anzeigenschluß: Vortag abds. 8 Uhr. Verlag: Freier Verlag GmbH., München, Nymphenburgerstr. 32. Fernspr. 50 4 63. Postscheck: Freier Verlag München Nr 47280. Druck: Freier Verlag GmbH., München.

München, Montag, 28. Dezember 1931 | 14. Jahrgang

14 Tage verboten!

Polizeidirektion München
Abt. VIc

München, 27. Dezember 1931

An den Verlag „Freier Verlag" G.m.b.H.

München

Nymphenburgerstraße 32

Betreff:
Verbot der „Neuen Zeitung" und „Neuen Zeitung, Ausgabe A"

Beschluß:

Die Polizeidirektion München erläßt auf Grund § 1 Ziff. 2, § 12, Abs. II und III, § 13 der VO. des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. 3. 1931 RGBl. Nr. 11 Seite 59), § 2 Abs. II, Ziff. 2 und Abs. III der VO. des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen in der Fassung vom 10. 8. 1931 (RGBl. Nr. 52 Seite 436) und Ziff. 3 der Bek. des Staatsministeriums des Innern vom 18. 7. 1931 über die Bekämpfung politischer Ausschreitungen in der Fassung vom 5. 11. 1931 (Bayer. Staatsanzeiger Nr. 258 v. 7. 11. 1931) folgende

Anordnung:

1. Die in München erscheinenden Tageszeitungen „Neue Zeitung" und „Neue Zeitung, Ausgabe A" werden mit sofortiger Wirksamkeit bis 10. Januar 1932 einschließlich, verboten.

   Dieses Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.
2. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Verlag „Freier Verlag, München, Nymphenburgerstraße 32", zur Last.
3. Gebühren bleiben außer Ansatz.

Gründe:

Die in München erscheinende „Neue Zeitung" und ihre Ausgabe A enthält in der Nummer 198 vom 24. 12. 1931 auf Seite 1 unter der Ueberschrift „Weihnachtsfrieden im christlichen Bayern, Hungerstreik gegen Kerkerqual" u. a. folgende Ausführungen: „Geradezu haarsträubende Zustände in den bayerischen Gefängnissen werden bekannt. Sämtliche politischen Gefangenen in Landsberg, 10 Genossen, befinden sich im Hungerstreik gegen den barbarischen Strafvollzug durch den Gefängnisdirektor und die übergeordneten Dienststellen als Untergebene des deutschnationalen Justizministers Gürtner ... Auch in den übrigen bayerischen Gefängnissen wütet ein Kerkersystem, das in nichts den Methoden der rumänischen Siguranza nachsteht ... Diese Hungerstreiks in den bayerischen Gefängnissen sind der lauteste Protestschrei gegen eine Behandlung, die man nicht anders als einen physischen Vernichtungsfeldzug faschistischer Justizdiktatoren gegen die eingekerkerten revolutionären Arbeiter betrachten kann ..."

Unter der Ueberschrift „Foltermethoden in Landsberg" wird dann weiterhin ausgeführt: „Mit welchen Inquisitionsmethoden die faschistische Direktion der Strafanstalt Landsberg gegen politisch inhaftierte revolutionäre Arbeiter vorgeht, dafür liefern nachfolgende Tatsachen eindeutige Beweise ..."

Am Schluß des Artikels heißt es dann: „Am Vorabend des „Weihnachtsfestes" der Bourgeoisie vernimmt die bayerische Arbeiterschaft die schrecklichsten Meldungen unerhörter Folter gegen ihre Klassenbrüder. Während die bürgerliche Gesellschaft vom „Weihnachtsfrieden" heuchelt, während die satten Bürger im Lichterglanz schmunzelnd den reichen Gabentisch betrachten, den die Arbeiter erschuften mußten, während die Glocken zur Christmette läuten und in den Kirchen „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" gepredigt wird, winden sich unsere eingekerkerten Klassengenossen in Hungerqualen und werden mit den niederträchtigsten Mitteln gefoltert. „Klassenfrieden", will die bürgerliche Gesellschaft heucheln, aber der Klassenkampf tobt schärfer denn je. Zu dem Weihnachten des grausamen Elends tritt in Bayern das Weihnachten organisierter Kerkerqualen gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft. Der Angriff gegen die wehrlosen politischen Gefangenen ist ein Angriff gegen die gesamte bayerische und darüber hinaus, deutsche Arbeiterschaft. Flammender Millionenprotest muß sich gegen ein solch ruchloses System, wie es in den bayerischen Kerkern um sich greift, erheben."

Mit diesen Ausführungen, die das Maß sachlicher Kritik überschreiten, werden Strafvollzugsbehörden, Einrichtungen des Staates, schwer beschimpft und böswillig verächtlich gemacht. Die Ausführungen sind zugleich geeignet und bestimmt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden.

In Anwendung der eingangs erwähnten gesetzlichen Bestimmungen waren daher die beiden Zeitungen zu verbieten. Da die beiden Zeitungen im letzten Jahre bereits wiederholt, und zwar vom 3. bis 12. 2. 1931, vom 13. 3. bis 6. 4. 1931, vom 1. 5. bis 31. 5. 1931, vom 15. 7. bis 16. 8. 1931 und vom 6. 10. bis 20. 10. 1931 verboten werden mußten, ist ein Verbot bis 10. 1. 1932 einschließlich, gerechtfertigt.

Eine Verwarnung versprach keinen Erfolg.

Gegen diese Anordnung ist Beschwerde zulässig. Diese ist bei der Polizeidirektion einzureichen. Sie hat keine aufschiebende Wirkung.

I. V. Tenner

Neue Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Die Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags). Bezugspreis: wöchentlich 55 Rpf. durch Träger frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2.25 RM. ohne Bestellgeld, unter Streifband 3 RM. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

München, Augsburg u. Südbayern

Mit der Beilage „Roter Stern" / Funkprogramm

Anzeigenpreise: Sechsgespaltene mm-Zeile 10 Pfg., außerh. Bayerns 15 Pfg. Familien-, Vereinsanzeigen 5 Pfg. Reklamepreis: Der Raum der dreigesp. mm-Zeile 75 Pfg., außerh. Bayerns 1 M. Anzeigenschluß: Vortag abds. 6 Uhr. Druck u. Verlag: Freier Verlag GmbH., München, Nymphenburgerstr. 32. Telephon 50463. Postscheckkonto München 47280. Erfüllungsort München.

Wahlsonderausgabe

Alles für die Liste 3!

Klassengenossen und Genossinnen! / Männer und Frauen des werktätigen Volkes!

Am morgigen Wahltag gilt es ein flammendes Bekenntnis abzulegen für die einzige Partei die die Interessen des Proletariats und aller Werktätigen in Deutschland in jeder Stunde und gegen jeden Feind vertritt und verfochten hat für die Kommunistische Partei.

Die KPD. ist die einzige Partei, die die Streiks gegen Lohnraub rücksichtslos fördert und so den Arbeitern hilft, gegen den räuberischen Angriff des Unternehmertums und der ganzen Bourgeoisie ihr tägliches Brot und ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen.

Die Kommunistische Partei ist es, die seit Jahren den Massen den Streik, den Massenkampf als den einzigen Weg für die Verteidigung ihrer Tagesinteressen aufzeigte, die ihr zugleich als einzige Partei den Weg zur sozialistischen Zukunft, zur Arbeitermacht, zum Sozialismus wies!

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die die

proletarische Einheit im Kampf gegen die Klassenfeinde

zusammenschweißt, die die Massen ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen, politischen oder religiösen Zugehörigkeit zum gemeinsamen Kampf für ihre Lebensinteressen einigt.

So wie die Kommunistische Partei mit der Antifaschistischen Aktion die proletarische Einheitsfront gegen den faschistischen Mordterror schmiedet, so hat sie jetzt mit der

Streikwelle in den Betrieben

die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter gegen alle reformistische Sabotage und Streikbrecherpolitik der SPD.- und ADGB.-Führer geschaffen, die den Massen die erfolgreiche Abwehr der Lohnraubanschläge der Bourgeoisie in zahllosen Betrieben ermöglichte.

Die KPD. ist die einzige Partei, die im Zeichen des proletarischen Internationalismus Schulter an Schulter mit den französischen und polnischen Klassenbrüdern den Kampf gegen das räuberische Versailler System, die gegen imperialistische Kriegspolitik nationalistischer Verhetzung und militaristische Aufrüstung im eigenen Lande führt.

Ernst Thälmanns Kampfruf in Paris

inmitten der Bajonette des französischen Imperialismus gegen Versailles und gegen die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie. Dieses leuchtende Beispiel des Kampfes der Kommunisten gegen das Versailler System und für den proletarischen Internationalismus wird von der sozialdemokratischen, wie von der nationalsozialistischen Presse feige und jämmerlich vor den eigenen Anhängern verschwiegen.

Dort die Hitler-Partei, die Papen zur Macht brachte, die den Lausanner Pakt begrüßte, auf deren Schuldkonto das verflossene Blut zahlloser deutscher Arbeiter, zahlloser ermordeter Freiheitskämpfer des deutschen Proletariats lastet, in deren Reihen die Kapitalsknechte die Prinzen und Grafen, die Fabrikanten und Generale kommandieren, die eben erst in Coburg vor den Fürsten katzbuckelten.

Keine Stimme den Nationalsozialisten.

Dort die Sozialdemokratische Partei, die mit ihrem sogenannten „kleineren Übel" die faschistische Reaktion großzüchtete, der Notverordnungsdiktatur den Weg ebnete und sich heute mit ihrer zynischen und schamlosen Streikbrecher-Propaganda offen in den Dienst der Lohnräuber, in den Dienst der faschistischen Diktatur über Deutschland stellt!

Keine Stimme der SPD.!

Dort die Bayerische Volkspartei und die übrigen bürgerlichen Parteien, die wie das Zentrum eben erst gegen den Faschismus zu kämpfen versprachen und heute mit Hitler kuhhandeln oder wie die Deutschnationalen noch schärfere Reaktion, wie die Papen-Diktatur, fordern.

Keine Stimme der Bayerischen Volkspartei oder den Deutschnationalen!

Dort der Feind des Volkes.

Hier die Kommunistische Partei, die Partei der Streiks und des Massenkampfes der Erwerbslosen.

Hier die Kommunistische Partei, die Partei des Kampfes für die Arbeitermacht und den Sozialismus.

Hier die Kommunistische Partei, die Partei des Kampfes gegen Papen-Diktatur und Faschismus.

Hier die Kommunistische Partei, die Partei des Kampfes gegen imperialistische Kriegshetze, gegen Chauvinismus und gegen Versailles.

Hier die Kommunistische Partei, die Partei der kämpfenden proletarischen Einheitsfront.

Hier die Kommunistische Partei, die Partei des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes.

Entscheidet euch für eure Partei!

Alle Stimmen der Kommunistischen Partei!

Keiner darf fehlen, keiner darf zu Hause bleiben.

Macht mobil in den Arbeiterfamilien, in den Dörfern, in Stadt und Land.

Wer nicht wählt, wählt Papen.

Wer nicht wählt, wählt Lohnraub, Unterdrückung, Zerschlagung aller sozialen Errungenschaften und jeglicher Freiheit der Arbeiterklasse.

Alles heraus für einen roten Wahlsieg.

Wählt Kommunisten, Liste 3.

Wählt Kommunisten, Liste 3!

Barrikaden in Berlin

Der Streik der Verkehrsarbeiter geht verschärft weiter / Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden / 3 Tote, 8 Schwerverletzte, über 400 Verhaftungen Streikbruchaktion der SPD.-Führer gescheitert / Kapitalistenpresse fordert Standrecht und Hochverratsanklagen gegen die Streikenden

Berlin, 5. November 1932 (Eig. Drahtbericht)

Der gewaltige Kampf der 20 000 Berliner Verkehrsarbeiter geht weiter. Heute morgen ist der Streik vollständig. Auch der sogenannte „Notverkehr" ruht wieder überall. Keine einzige Straßenbahn, kein einziger Autobus, keine Untergrundbahn ist ausgefahren. Es hat überhaupt kein Verkehrsarbeiter mehr den reformistischen Streikbrecher-Parolen Folge geleistet.

Die SPD.-Führer haben alle Mittel angewandt, um den Verkehrsarbeitern den neuen Lohnabbau von 2 Pfennigen pro Stunde aufzuzwingen. Gestern schickte die sozialdemokratische Leitung des Gesamtverbandes eine Anzahl Funktionäre zur Aufnahme der Arbeit vor und der „Vorwärts" von gestern abend forderte nochmals schärfer als je zum Streikbruch auf. Die Direktion versuchte gestern unter riesiger polizeilicher Bedeckung einen Notverkehr einzurichten. **Da auch die Massen der sozialdemokratischen Partei den Streikbruch ablehnten** und sich nur wenige Streikbrecher meldeten, konnten nur wenige Wagen einige Zeit fahren. Da überdies die werktätige Bevölkerung es ablehnte, die bestreikten Verkehrsmittel zu benützen und die Straßen schwarz voll Menschen waren, **mußte die Direktion abends 8 Uhr den Notverkehr wieder einstellen.**

Der „Vorwärts" treibt seine infame Hetze gegen die Streikenden auf die Spitze. In seiner heutigen Morgenausgabe schreibt er: **„Putsch statt Streik".** Die SPD.-Führer, die mit ihrer Hetze den Polizeibehörden das Stichwort zu ihrem Vorgehen gegeben haben, fordern noch schärferes Vorgehen gegen die Streikenden. Wörtlich schreibt der „Vorwärts":

„Seit Freitag abend üben die Kommunisten und Nationalsozialisten einen wohl organisierten Terror auf die Verkehrsarbeiter aus, dem die Polizei sich gestern nicht gewachsen zeigte."

Dabei ging die Polizei schon bisher mit größter Schärfe vor.

Die Zahl der gestern Verhafteten wird z. Zt. amtlich über 400 angegeben. Bei Zusammenstößen wurden bisher 2 Arbeiter und 1 Arbeiterin durch Polizeikugeln getötet, 8 Personen wurden schwer verwundet.

Die bürgerliche Presse meldet, daß die Regierung beabsichtige, diejenigen, die weiter streiken, bezw. die Streikenden unterstützen, wegen Hochverrat zu belangen. Der Polizeipräsident von Berlin erläßt eine Bekanntmachung, in der es heißt:

„Für heute sind im Einvernehmen mit der BVG. umfassende Schutzmaßnahmen für die Arbeitswilligen getroffen, die darin bestehen werden, **daß die Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, notfalls durch Gebrauch der Schußwaffe die Arbeitswilligen nachdrücklich schützen werden."**

Die „Münchner Neuesten Nachrichten" bringen in ihrer heutigen Morgen-Ausgabe eine breite Schilderung der gestern in Berlin stattgefundenen Kämpfe. Das Blatt schreibt u. a.:

„An einer Ecke errichtete die Menge auf dem Bahnkörper Barrikaden aus Brettern und Masten. Die Bahnen wurden dadurch zum Halten gezwungen und von der Menge wurden die Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert. Als Polizeibeamte die Hindernisse beseitigen wollten, ging die Menge gegen sie vor und die Beamten wurden mit Steinen beworfen und angegriffen. Die Polizei sah sich daher in ihrer Bedrängnis genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Eine Frau, die sich in der Menge befand, wurde von einer Kugel getroffen und erheblich verletzt. Der Tumult wurde darauf immer gefährlicher und schließlich wurde der Streifenwagen der Polizei und ein Straßenbahnwagen beschossen. Die Polizei erwiderte hierauf das Feuer. Die Angreifer flüchteten in wilder Hast."

Wie gestern schon, so fordert heute das Blatt in verschärfter Form Polizeimaßnahmen gegen die Streikenden. Es wirft der

Streikbruchschande d. „Vorwärts"

Die SPD. ruft offen zum Streikbruch auf!

„Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ist für die freien Gewerkschaften und ihre Mitglieder die Situation völlig klar. Seit gestern abend 10 Uhr sind die Gewerkschaften wieder Tarifpartner. Sie fordern ihre Mitglieder auf, sich zur Arbeitsaufnahme zu melden und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Das schreibt das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts" in seiner gestrigen Abendausgabe.

Die Schamlosigkeit, mit der hier der Streikbruch propagiert wird, übersteigt alle Grenzen.

Arbeiter, Werktätige! Denkt immer an die Verbrechen der SPD.-Führer. Gebt diesen Halunken eure Antwort.

Morgen gegen Verrat,

für Arbeit, Freiheit und Brot,

Liste 3!

Keine Stimme den Parteien der Volksbetrüger

3428 / 38

Regierung vor, daß sie bisher noch nichts getan habe, „um die Gefahr zu bannen.“ Die gestern durchgeführten Polizeimaßnahmen gehen also dem Kapitalistenblatt noch nicht weit genug.

Die kommunistischen Zeitungen, die „Volkswacht“ und das „Volksecho““, wurden verboten.

Alles das genügt den SPD.-Führern noch nicht. Die Arbeiter sprechen nur mit tiefer Verachtung von den SPD.-Führern. In der SPD. ist eine regelrechte Revolte gegen die Führer ausgebrochen.

Aber auch das Verhalten der Nazi-Führer findet die schärfste Kritik, denn auch sie sabotieren den Streik mit allen Mitteln.

Wie wir erfahren und wie auch die bürgerliche Presse bestätigt, hat die seit gestern Nacht ununterbrochen tagende zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter beschlossen, den Streik auf der ganzen Linie geschlossen weiterzuführen. Der Streik findet in den Betrieben einen starken Widerhall.

Auch die Gaswerke haben Streik beschlossen

Die 1600 Mann starke Belegschaft der Gasbetriebsgesellschaft in Berlin-Schöneberg hat mit über Dreiviertelmehrheit den Streik beschlossen.

Die 500 Mann starke Belegschaft der Bekleidungsfirma Kaß ist gestern in den Streik getreten. Auch die Arbeiter der Berliner Müllabfuhr stehen vor dem Streik.

Werktätige Mieter, kämpft in der Einheitsfront!

In allen Teilen Deutschlands nehmen die Mieterstreiks zu. Den Massen der werktätigen Mieter wird es bei der anhaltenden Senkung der Löhne und Gehälter und dem Abbau der Unterstützungssätze immer schwerer, die Mieten aufzubringen und ihre bisherigen Wohnungen zu halten. Die Räumungsklagen gehen in den einzelnen Gerichtsbezirken in die Tausende. Allein im Landgerichtsbezirk Düsseldorf wurden bereits 14 000 Räumungsurteile ausgesprochen. Tausende von Familien hausen in Lauben und Geräteschuppen oder wohnen jetzt bei Einbrechen der kalten Jahreszeit in den Mietskasernen eng zusammengepfercht.

Es besteht keinerlei Aussicht auf Abhilfe durch das heutige Regime. Es werden keine Wohnungen mehr gebaut und auch wenn sie gebaut würden, bestände für Millionen keine Möglichkeit, die Mieten dafür aufzubringen. Selbst für Gefängniszellen und Obdachlosen-Asyle wird eine Mietszahlung verlangt und die Wohlfahrtsbehörden ziehen vor der Wohlfahrtsunterstützung noch wesentliche Teile für die Miete ab.

Ein großer Teil der Mieter setzt noch ihre Hoffnungen auf den Schutz durch gesetzliche Bestimmungen. Aber selbst der im Herbst 1930 gewählte Reichstag hat nicht irgendwelche gesetzliche Bestimmung getroffen, die den hausbesitzerfreundlichen Kurs der von der SPD. unterstützten Brüning-Regierung geändert hätte. Im Gegenteil. Der Reichstag duldete eine Notverordnung nach der anderen, die den Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung immer mehr senkte und in der Wohnungspolitik den Hausbesitzern Geschenke brachte, den Mietern aber die Wohnung raubte. Der Wohnungsausschuß dieses Reichstages hatte zwar alle Anträge der Parteien beraten, aber das Plenum fand „nicht die Zeit“, diese Beschlüsse wirksam zu machen, obwohl sie nur eine geringe Hilfe für die Mieterschaft gebracht hätten. Am 4. Juni wurde dieser Reichstag aufgelöst und alle Hoffnungen, Verbesserungen auf gesetzlichem Wege waren illusorisch. Darum muß von allen werktätigen Mietern der Weg des Kampfes beschritten werden. Die Solidarität der ganzen Mieterschaft muß in Erscheinung treten.

Bei den Kämpfen der Mieter, die, wie in der Berliner „Wanzenburg“, schon zu zahlreichen Erfolgen geführt haben, ist allein die Kommunistische Partei für die Mieter eingetreten.

Die SPD.-Führer verraten und beschimpfen die kämpfenden Mieter.

Als in Berlin-Neukölln eine arbeitslose und obdachlose Familie in eine leerstehende Wohnung einzog, schrieb das Zentralorgan der SPD., der „Vorwärts“, am 28. Oktober:

„Es sieht so aus, als ob in diesem Fall die gesetzlichen Bestimmungen, ähnlich wie es bisher bei der vorübergehenden Entwendung eines Kraftwagens der Fall war, eine Lücke enthalten. Die Polizei lehnt nämlich jedes Eingreifen ab.“

Die SPD.-Führer schreien also nach neuen Notverordnungen und nach verschärftem, polizeilichem Vorgehen gegen die proletarischen Mieter. Überall hetzen die SPD.-Führer gegen die kämpfenden Mieter.

Für die Werktätigen kämpfen allein die Kommunisten. Mieter, stärkt die kämpfende Einheitsfront! Alle Mieter an die Wahlurne!

Alle Mieter wählen Liste 3!

Brauner Mordterror in Nürnberg

2 Arbeiter von Faschisten niedergeschlagen

Nürnberg. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurden **in Nürnberg zwei Arbeiter von Nazi überfallen und schwer verletzt.** Der eine Überfall trug sich im Stadtteil Gibitzenhof zu, der andere in Steinbühl. Ein Arbeiter erhielt eine schwere Kopfverletzung, herbeigeführt durch einen harten Gegenstand. Der andere Arbeiter befindet sich im Krankenhaus, er hat das Gehör verloren.

Obwohl der eine verletzte Arbeiter sofort die Polizei verständigte, daß die Täter in dem Industrie-Café zu finden seien, weigerte sich die Polizei dort hin zu gehen und die angegebenen Täter festzunehmen. Auch selbst, als die Täter benannt wurden, hat die Polizei sie noch nicht verhaftet.

Jeden Arbeiter drängt sich dabei die Frage auf, was würde im umgekehrten Falle sein. Wir erinnern nur an den Fall Neuner und Lang, **die erst vor wenigen Wochen vom Landgericht Nürnberg zu 3 und 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, weil sie einen Nationalsozialisten mit der Faust ins Kreuz geschlagen haben.** Erst vor wenigen Tagen wurden die Büchenbacher Arbeiter zu 64 Jahren Zuchthaus verurteilt, obwohl bei dieser Kirchweihrauferei niemand verletzt wurde.

Brutal zeigt sich hier wieder das Klassengesicht der herrschenden Organe. Darum heißt es zu kämpfen mit der KPD. und Roten Hilfe gegen Justizterror und kapitalistischer Ausbeutung.

Der 6. Novmeber ist ein Tag des Bekenntnis aller Werktätigen für ein sozialistisches Deutschland.

Beschluß der Parteikonferenz

über die Beteiligung der Kommunisten am Volksbegehren gegen die Papennotverordnung

Die Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, die sich zum überwiegenden Teil aus den Vertretern der wichtigsten Betriebe Deutschlands zusammensetzt, wendet sich an die Arbeitermassen in Stadt und Land, an die Belegschaften der Betriebe und die Erwerbslosen auf den Stempelstellen mit dem Appell, den begonnenen Kampf gegen die neue Hungeroffensive der Bourgeoisie durch Streiks und Massenaktionen fortzusetzen. Außerparlamentarischer Massenkampf allein und nicht Parlamentsentscheidungen, nicht Volksbegehren oder Volksentscheid können die Existenz der Werktätigen gegen die Anschläge des Klassenfeindes verteidigen.

Die Einleitung des Volksbegehrens gegen den sozialpolitischen Teil der letzten Papen-Notverordnung durch die Sozialdemokratie war ein Versuch, die Massen vom wirklichen Massenkampf und von Streiks gegen den Lohnraub und die Zerschlagung der sozialen Errungenschaften ebenso abzulenken, wie die SPD.-Führer nach dem Staatsstreich am 20. Juli ihre eigenen Anhänger auf den Staatsgerichtshof oder die Reichstagswahl vertrösteten.

Die Massen des deutschen Proletariats, die Arbeiter der Betriebe haben sich nicht abhalten lassen, heute mit der scharfen Waffe des Streiks auf den Lohnraub zu antworten, haben sich nicht auf ein Volksbegehren oder einen Volksentscheid vertrösten lassen, der — wenn überhaupt — frühestens im kommenden Frühjahr stattfinden wird.

Die Parteikonferenz der KPD. unterstreicht diese Tatsache, durch die die reformistische Lüge, wonach erfolgreiche Streiks in der Krise unmöglich seien, ein für allemal widerlegt ist. Die Parteikonferenz brandmarkt zugleich die demagogische Hetze der SPD.-Presse, als ob die Stellungnahme der Kommunisten gegen die Politik der SPD.-Führer, die ein Volksbegehren nur zur Ablenkung der Massen vom Streikkampf ankündigten, die Nichtteilnahme der Kommunisten an einem solchen Volksbegehren im Falle seines Zustandekommens bedeute.

Die Parteikonferenz der KPD. weist gegenüber diesem Betrugsversuch der SPD.-Führer auf das Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD. vom 17. September 1932, hin wo es u. a. heißt:

„Diese Entlarvung des Volksbegehrens der SPD. als Ablenkungsmanöver schließt keineswegs aus, daß wir — falls es zu irgendeinem Zeitpunkt zu einem Volksentscheid über das Volksbegehren der SPD. käme — uns dafür erklären würden. Es bedeutet keine große Schwierigkeit, den sozialdemokratischen Arbeitern klarzumachen, daß die Frage des heutigen Lohnraubs nicht in vier Monaten durch parlamentarische Manöver, sondern heute bereits durch den Massenkampf beantwortet werden muß.“

Entsprechend dieser Stellungnahme des Zentralkomitees erklärt die Parteikonferenz der KPD. vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit: Sofern es zu irgendeinem Zeitpunkt zur Durchführung eines Volksbegehrens oder Volksentscheids gegen die Notverordnung der Papen-Regierung oder gegen einen Teil derselben kommt, wird die Kommunistische Partei Deutschlands sich mit allen Kräften für dieses Volksbegehren und diesen Volksentscheid einsetzen. Die KPD. wird dabei die Massen vor parlamentarisch-demokratischen Illusionen warnen und die Kampagne des Volksbegehrens zur Massenmobilisierung für den unmittelbaren Kampf für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen in den Betrieben und bei den Erwerbslosen benutzen.

Die KPD. ruft die deutsche Arbeiterschaft auf, in allen Betrieben, an allen Stempelstellen und überall, wo die Arbeiter vereinigt sind, Einheitsfrontkomitees zu bilden, um durch Massenkämpfe, Streiks und durch außerparlamentarische Massenmobilisation für die Teilnahme am Volksbegehren und Volksentscheid den einheitlichen Kampf gegen Notverordnungen, Lohn- und Unterstützungsraub zu führen.

Die KPD. wird bei diesem Anlaß wie jederzeit ihre ganze Kraft für die Herstellung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront von unten in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln und auf dem flachen Lande einsetzen und den Massen den Kampf für eine Arbeiter und Bauernrepublik als einzigen Ausweg aufzuzeigen.

Es lebe die kämpfende einheitliche Klassenfront der deutschen Arbeiterklasse gegen alle Klassenfeinde des Proletariats!

Es leben die Einheitsfronaktionen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen Notverordnungsdiktatur, Hunger, Lohnraub und Faschismus!

Adolf Hitler und David Schnur

Das Geschäft mit dem Reemtsma-Konzern

Die Nationalistische Anzeigenzentrale in München hat einen Brief an die Inseratenabteilung eines Naziblattes gerichtet, wonach dessen die Aufnahme von Inseraten der Reemtsma-Zigarettenfabrik befohlen wird. Der Brief (Aktenzeichen Fi-Mü vom 12. 9. 32) hat folgenden Wortlaut:

„Ihr an den Eherverlag gerichtetes Schreiben vom 2. September wurde uns zur Erledigung überwiesen.

Wir machen Sie höflichst darauf aufmerksam, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Punkt 13 ihres Programms nicht den Kampf gegen die Konzerne, sondern die Verstaatlichung der Großbetriebe fordert.

Die Reemtsma-Zigarettenfabriken sind zum weitaus überwiegenden Teil im deutschen Familienbesitz. Der Jude David Schnur ist der Tabakeinkäufer der Firma. Es gibt keine Zigarettenfabrik, deren Einkäufer kein Jude oder sonstiger orientalischer Mischling ist. Vor Aufnahme der Reetsma-Anzeigen in die nationalsozialistische Presse wurde die Angelegenheit Reemtsma ein halbes Jahr lang von mehreren Instanzen geprüft; insbesondere von der Rechtsabteilung der Reichsleitung.

Die letzte Entscheidung fällte unser Führer Adolf Hitler nach einer persönlichen Aussprache mit Herrn Philipp Reemtsma.

Die Reemtsma-Anzeigen sind auf Befehl Adolf Hitlers in die **nationalsozialistische Presse aufzunehmen.** Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen gedient zu haben und wir empfehlen uns Ihnen

mit deutschem Gruß
(Stempel) Nationalsozialistische Anzeigenzentrale.
E. Finkenzeller.“

David Schur ist kein kleiner „Tabakeinkäufer“, sondern — das ist allgemein bekannt — zusammen mit Philipp Reemtsma der König des Reemtsma-Konzerns. Das Schreiben der Nazi-Anzeigenzentrale zeigt, daß Hitler und seine Partei nach eigenem Eingeständnis nicht gegen die Konzerne kämpft, auch nicht im besonderen gegen die von jüdischen Kapitalisten dirigierten Konzerne. **Die NSDAP. ist eben eine Partei des kapitalistischen Systems und Hitler der Lakai des Großkapitals, des „deutschblütigen“ wie auch des mit ihm unlösch verfilzten jüdischen Großkapitals.** Das Großkapital kennt keine Rassen, sondern Kassen und das Gerede Hitlers von „raffenden“ und „schaffenden“ Kapital ist demagogischer Schwindel zum Betrug der Arbeiter. Die Hitlerpartei ist ein Organ des Kapitals, ein Wächter der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter und des ganzen werktätigen Volkes.

Wer das kapitalistische System, wer die Reemtsma und Schnurs bekämpfen will, muß auch die Hitlerpartei bekämpfen und am 6. November die Liste 3 der einzigen antikapitalistischen Partei, der KPD., wählen.

Wieder „Burgfrieden“ diktiert

Versammlungsverbot vom 6. bis 19. November.

Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen nach der alle öffentlichen politischen Versammlungen vom 6. bis 19. November verboten sind.

Genosse Maddalena unter Immunitätsbruch verhaftet

Tilsit, 3. November 1932.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Maddalena wurde hier von der Polizei auf einer Reise nach Moskau aus dem Zug herausgeholt und ihm sein Paß abgenommen. Die Polizei verweigert über den Grund der Maßnahme bisher die Auskunft.

Für den Inhalt verantw.: E. Thumm — Druck: Bayerndruck GmbH. beide in München.

Wer nicht kommunistisch wählt — hilft Papen 3

Darum alle Stimmen der Liste 3

Aufnahmeschein

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die **Kommunistische Partei**

Vor- und Zuname: _____

Wohnort, Straße u. Hausnummer: _____

Beruf: _____

Geb. am _____ in _____

In welchem Verband Mitglied? _____

Die Aufnahmegebühr beträgt 20 Pfg.

Bestellschein für „Neue Zeitung“

Ich bestelle am . . . . . .

die „Neue Zeitung“, wöchentlich —.55 RM., monatlich durch die Post 2.25 RM.

Name . . . . . .

Geboren . . . . . .

Beruf . . . . . .

Wohnort . . . . . .

Straße . . . . . .

Freier Verlag, G. m. b. H., München, Nymphenburgerstr. 32.

Errungenschaften von der Arbeiterschaft erkämpft, von Sozialdemokraten abgebaut!

Die Tatsachen zerreißen das Lügengewebe der „Münchener Post"

„Wir sind die Verteidiger der sozialen Errungenschaften des Proletariats. Wir sind die Hüter der demokratischen Freiheiten und Rechte des Volkes." So schreit es jetzt täglich aus den Spalten der SPD.-Presse. Die „Münchner Post" zählt gestern wieder in ganzer Druckseite: „Leistungen der Sozialdemokratie" auf; so tönt es auch in allen sozialdemokratischen Wahlversammlungen. Wir zerreißen dieses Lügengewebe. Der Wahldemagogie der Kapitulanten vom 20. Juli setzen wir dokumentarisch belegte Tatsachen entgegen. Jeder SPD.-Arbeiter kann sie nachprüfen. Und diese Tatsachen beweisen: Im Bunde mit den Trustherren und Junkern hat die SPD. der Arbeiterklasse Schritt für Schritt und Stück für Stück alle sozialen Errungenschaften entrissen, die das Proletariat der Bourgeoisie in jahrzehntelangen Kämpfen abgetrotzt hat. Unter der Regierung Hermann Müller, als die „Macht" der SPD. am größten war, wurden die entscheidenden Breschen in die sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse geschlagen.

Hier sind die Beweise:

Ihr erkämpftet Erwerbslosenfürsorge

Ganz besonders hebt die „Münchner Post" die Erwerbslosenfürsorge als eine „sozialdemokratische Leistung" hervor und versucht den Kommunisten die Schuld an dem Abbau der Erwerbslosenfürsorge in die Schuhe zu schieben, indem sie schreibt:

„Hätten die Kommunisten den Wert des Gesetzes für die Arbeiterschaft gewürdigt, dann wäre es unmöglich gewesen, die Unterstützungssätze und die Dauer der Unterstützungen auf den gegenwärtigen Zustand herabzuschrauben."

Wie liegen nun die Tatsachen und was ist Wahrheit?

Bereits viele Jahrzehnte vor dem Weltkrieg stand die Frage der Versorgung der Arbeitslosen im Vordergrund der sozialen Forderungen des Proletariats. Der Grundsatz, der aufgestellt und vertreten wurde, war,

die Opfer der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf die Kapitalisten abzuwälzen.

Entsprechend diesem Grundsatz faßte der internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen 1910 eine Entschließung zur Arbeitslosenfrage, in der es heißt:

Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.

Diese Grundforderung war auch richtunggebend für die Stellung der Kommunisten in der Erwerbslosenfürsorge.

Im November 1918 wurde die Bourgeoisie durch das kämpfende Proletariat gezwungen, die allgemeine staatliche Erwerbslosenfürsorge zu verordnen. Das Proletariat hatte damit eine wichtige Position errungen. Bis zum Jahr 1923 wagte die Bourgeoisie unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht, einen entscheidenden Schlag gegen diese Position zu führen. Das änderte sich nach der Niederschlagung der Arbeiterklasse im Jahre 1923.

So wurde sie von der SPD. zerschlagen

Als Grundlage für den einschneidenden Abbau der Erwerbslosenfürsorge diente

das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923, für das die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte.

Auf Grund dieses Gesetzes wurden neue Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge erlassen, die den Grundsatz der allgemeinen staatlichen Erwerbslosenfürsorge beseitigten und das Gerippe für das kommende Erwerbslosenversicherungsgesetz schufen.

Die wichtigsten Verschlechterungen waren: Begrenzung der Unterstützungsdauer der Erwerbslosen, Einführung der Beitragspflicht der Arbeiter, die Schaffung einer Karenzzeit, die Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung durch eine Erwerbung der Anwartschaft.

Am 7. Juli 1927 wurde das reaktionäre Gesetz über die Arbeitslosenversicherung im Plenum des Reichstages verabschiedet. Während die Kommunisten entsprechend den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses den prinzipiellen Kampf gegen die Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge führten, hatte die SPD. eine breite Propaganda für das reaktionäre Versicherungsgesetz entfaltet mit dem Argument, daß damit ein „wirklicher Rechtsanspruch" auf Unterstützung verankert werde. Folgende Ziffern veranschaulichen die

Abwälzung der Unterstützungslasten auf die Arbeiter:

Während im Etat 1927 noch 580 Millionen Mark für die Arbeitslosenfürsorge eingesetzt wurden, wurde der Betrag nach Annahme des Gesetzes im Etat 1928 auf 125 Millionen Mark gekürzt.

Die Bourgeoisie war jedoch keineswegs damit zufrieden, daß es ihr mit Hilfe der SPD. gelungen war, den Grundsatz der allgemeinen staatlichen Erwerbslosenfürsorge zu beseitigen und die Kosten der Unterstützungen auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Kurz nach Inkrafttreten des reaktionären Versicherungsgesetzes setzten neue Angriffe unter dem Schlachtruf ein: „Kampf gegen den Mißbrauch der Erwerbslosenversicherung!" Die SPD.-Führer stimmten in diesen Schlachtruf ein. So erklärte Reichsarbeitsminister SPD.-Wissell am 26. April 1929: „Die Möglichkeit des Mißbrauchs in den einzelnen Zweigen der Versicherung ist zweifellos vorhanden."

Der Sozialdemokrat Wissell war es auch, der 1928 ein „Reformgesetz" zur Erwerbslosenversicherung ausarbeitete, das unter der sozialdemokratischen Hermann-Müller-Regierung gegen den schärfsten Widerspruch der Kommunisten und trotz riesiger Erwerbslosendemonstrationen in ganz Deutschland durchgepeitscht wurde.

Die wichtigsten Verschlechterungen dieser von der SPD. ausgearbeiteten „Reform" waren: 1. Einschränkung des Kreises der Versicherungspflichtigen, Verlängerung der Anwartschaft und Wartezeit und Abbau der Leistungen. 2. Erhöhung der Gemeindelasten und deren Abwälzung auf die Arbeiterklasse. Hunderttausende Erwerbslose wurden aus dem Kreis der Versicherungsberechtigten ausgemerzt.

So schlug die sozialdemokratische Hermann-Müller-Regierung die erste Bresche in die wenigen Errungenschaften, die den Erwerbslosen nach der Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge noch geblieben waren.

Die Notverordnungsdiktatur Brünings und Severings setzte diesen Kurs rücksichtslos fort. Die Notverordnung vom 17. Juli 1930 brachte eine Kürzung der Unterstützung für alle Erwerbslosen der Lohnklassen 1 bis 11 und eine weitere Ausdehnung der Wartezeit von 7 bis 14 Tage für ledige Erwerbslose sowie eine einschneidende Kürzung der Unterstützungssätze für verheiratete Frauen und Jugendliche. Die durchgreifendsten Abbaumaßnahmen wurden jedoch in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 unter der hoffnungsvollen Überschrift „Arbeitslosenhilfe" durchgeführt. Diese Notverordnung kürzte alle Unterstützungssätze um 7 bis 14 Prozent. Sie verlängerte die Karenzzeit bis auf drei Wochen, sie schloß alle Jugendlichen unter 21 Jahren vom Unterstützungsbezug völlig aus, sie senkte die Unterstützungssätze für die Saisonarbeiter auf die Sätze der Krisenfürsorge bei gleichzeitiger Senkung der Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen.

So waren Hermann Müller, Brüning und Severing die Wegbereiter für die weiteren ungeheuren Verschlechterungen, die von der Papen-Regierung durchgeführt worden sind.

Die Kommunisten, die den schärfsten Kampf gegen die Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge und gegen das reaktionäre Erwerbslosenversicherungsgesetz geführt haben, weil dieses Gesetz die grundlegende Verschärfung der Lage der Erwerbslosen eingeleitet hat, haben nach Erlaß dieses Gesetzes von der ersten Stunde ab einen erbitterten Kampf gegen jede weitere Verschlechterung geführt. Am 9. Oktober 1931 brachten sie einen eigenen Gesetzentwurf zur Erwerbslosenversicherung ein, der folgende Hauptgesichtspunkte enthielt:

Die Arbeitslosenversicherung erstreckt sich auf alle männlichen und weiblichen Arbeiter, Angestellten, nichtpensionsberechtigte Beamten und Kleingewerbetreibenden einschließlich der Landwirte.

Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat jeder Versicherte im Falle von Arbeitslosigkeit für deren Dauer.

Die für die Versicherung benötigten Mittel werden durch die Unternehmer im Umlageverfahren aufgebracht.

Gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien einschließlich der Nazis hat die SPD. diesen Gesetzentwurf abgelehnt.

Weil die SPD. die Rettung des Kapitalismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, deshalb mußte sie auch die sozialen Errungenschaften des Proletariats preisgeben und seine erkämpften Rechte mit Füßen treten. Jetzt rufen sie die Arbeiter unter der Parole „Zurück zu Weimar" erneut zur Verteidigung des kapitalistischen Systems auf.

Schluß damit, ihr sozialdemokratischen Arbeiter! Wer jeden weiteren Angriff der faschistischen Reaktion auf die proletarischen Lebensrechte zurückschlagen will, der gehört in die Reihen der proletarischen Einheitsfrontaktion, der kämpft mit den Kommunisten unter den Fahnen des Sozialismus.

Morgen keine Stimme den sozialdemokratischen Schrittmachern der faschistischen Reaktion! Alle Stimmen den Kommunisten, Liste 3!

SPD-Landtagsabgeordneter Berten für Tolerierung einer Koalition Zentrum-Nazis

für Tolerierung einer Koalition Zentrum-Nazis.

In der SPD.-Generalversammlung in Hamborn sprach der Landtagsabgeordnete P. Berten (Düsseldorf) über die politische Lage und erklärte:

„In Berlin herrscht in der Politik dicke Luft. Unter der Bedingung, daß die Nazis die parlamentarischen Regeln einhalten, die Verfassung garantieren, wäre zu überlegen, ob man nicht die gegebenen Verhältnisse vorerst zur Festhaltung der Demokratie akzeptieren soll."

Diese schamlose Erklärung des SPD.-Abgeordneten zeigt den Arbeitermassen, was sie nach dem 6. November von der SPD. zu erwarten haben. Darum keine Stimme der SPD.!

Reichsbannerarbeiter für Liste 3

In Eich bei Kempten fand am Sonntag eine Wählerversammlung statt, bei der Genosse Frühschütz über die politische Lage referierte. In der Diskussion erklärte sich ein Reichsbannerkamerad offen für die Wahl der Liste 3, da die Führer der Sozialdemokratie nicht mehr das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzen könnten.

Hitlerpartei — Todfeind der Erwerbslosen

Nazibonzen verleumden und beschimpfen die Arbeitslosen

Mit lautem Getöse treten die nationalsozialistischen Wanderredner in ihren Wahlversammlungen auf. Sie versprechen den Arbeitslosen Arbeit und Brot und höhere Unterstützung — und verschweigen dabei, daß sie gleichzeitig den Kapitalisten höhere Profite und Schutz des von ihnen zusammengeraubten „Privateigentums" versprechen.

In Wirklichkeit sind die Führer der Nationalsozialistischen Partei, die nur die Aufträge der Thyssen, Vögler und Konsorten durchführen, Todfeinde der Erwerbslosen. Lassen wir sie mit ihren eigenen Worten sprechen:

Prinz Auwi zum Kriegskrüppel: „Marschier mit mir unterm Hakenkreuz! Wir Rentenempfänger müssen zusammenhalten!"

„Arbeitslose sind Faulenzer und Spitzbuben"

„Die Sozialrentner sind Faulenzer und Spitzbuben, die in den Wald gehen und Holz stehlen. Sie kollern bis früh morgens im Wirtshaus herum und kloppen Skat."

(Abgeordneter Wald auf dem Plauener Bezirkstag der NSDAP.)

„Die Arbeitslosenunterstützung ist eine Faulheitsprämie für arbeitsscheues Gesindel."

(Referent Fleischmann auf einer nationalsozialistischen Bauernkundgebung in Duttweiler, Ende Januar 1930.)

Grundsätzliche Gegner der Sozialversicherung

„Wir sind grundsätzlich Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherungen..."

„Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden."

(Dr. Wagner in einer Düsseldorfer NSDAP.-Versammlung am 7. November 1931 und in einer Münchener NSDAP.-Versammlung am 4. Juli 1930.)

„Die Arbeitslosen beuten die Kapitalisten aus"

„Die Arbeitslosenversicherung hat sich gerade dahin ausgewirkt, daß sie nicht mehr nur eine segensreiche Einrichtung ist zur Erhaltung derer, die bei aller Arbeitswilligkeit eine Betätigung nicht finden können, sondern daß sie von allen Arbeitsscheuen ausgenutzt werden mußte als eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgesamtheit."

(Nationalsozialist Dr. A. Pfaff in seiner Schrift „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich", Seite 23.)

„An sich es ist nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren."

(Gottfried Feder: „Programm der NSDAP.")

„Wir erleben die Demoralisierung eines ganzen Volkes. Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitsscheu, man kann schon von einer Arbeitsflucht reden, selbst die fleißigsten Elemente werden angesteckt. Ein Volk verlernt zu arbeiten."

(„Völkischer Beobachter" vom 4. März 1931.)

Was wollen also die Nationalsozialisten? Sie wollen die Arbeitslosenunterstützung beseitigen. Was soll aus den Arbeitslosen werden? Sie sollen verrecken.

Aber sie wollen nicht verrecken — sie werden kämpfen und am 6. November

Kommunisten, Liste 3, wählen.

Die KPD., die Fahnenträgerin gegen Lohnabbau, gegen faschistische Reaktion, für die Einheitsfront

Wählt! Aber wählt Kommunisten, Liste 3

Aus dem Land der siegreichen proletarischen Revolution

15 Jahre Arbeiter- und Bauernherrschaft

Werktätige der Sowjetunion schicken flammende Kampfesgrüße an die bayerischen Arbeiter und Arbeiterinnen

Zum 15. Jahrestag der Befreiung der russischen Arbeiter- und Bauernschaft aus dem Joch der kapitalistischen Sklaverei erhielten wir aus allen Teilen der Sowjetunion Briefe von Arbeitern und Bauern, in denen sie freudigst über ihre gewaltigen Siege an der Aufbaufront des Sozialismus berichten. Die Korrespondenzen der Werktätigen lassen jedem Arbeiter erkennen, daß unter der Fahne der Kommunistischen Partei die russischen Arbeiter ihre Not beseitigt und eine habgierige Gesellschaft davongejagt haben und, daß die Sowjetunion für jeden Werktätigen Arbeit und Brot hat. Die Briefe sind aber auch eine letzte Mahnung an alle die, die morgen zur Wahlurne schreiten werden. Die russischen Arbeiter haben uns gezeigt, daß nicht der Stimmzettel, sondern der Kampf unter der Führung der Bolschewiki ihnen die Freiheit aus Knechtschaft und Not gebracht hat. Bayer'sche Werktätige, gebt morgen euere Stimme der Liste 3 und bekennt euch dazu, daß auch ihr bereit seid, mit den Kapitalisten proletarisch zu reden.

Aus Kiew vom erfolgreichen Aufbau:

... Indem wir unter der Führung der Leninistischen Kommunistischen Partei Rußland über die Schwelle des zweiten noch größeren Fünfjahresplanes treten, ist es für uns eine Freude, Euch zu grüßen mit der Versicherung, daß wir stark und unbesiegbar wie bisher in allen unseren Kämpfen und Siegen auf dem Wege zum endgültigen Siege des Sozialismus schreiten, weil wir hinter uns als Unterstützung unsere Klassenbrüder in der ganzen Welt wissen!

Wir wollen Euch noch mitteilen, daß am 10. Oktober dieses Jahres die größte Schöpfung des sieghaften Proletariats — Dnjeprostroj — zum erstenmal in Betrieb genommen wurde.

Dnjeprostroi ist zu Ende gebaut — Kusnezkstroi wird in Betrieb genommen!

In Kasakistan waren vor kurzen noch Nomaden:

... Kasakistan, unsere Heimat, das in der Vergangenheit das allerzurückgebliebenste zaristische Land war, hat sich unter der jetzigen leninistischen Regierung zu einem agroindustriellen Lande heraufentwickelt.

Mächtige Unternehmungen, wie das Kohlengebiet von Karaganda, Erzgruben, Kupferkombinat Balhascha, dann die einzigartige Turksib — unsere Eisenbahn, die Transportbasis des Fünfjahresplnaes und eine große Reihe von Werken und Fabriken haben die Grundlagen geschaffen zu der raschen Hinaufentwicklung von Kasakistan.

Immer mehr werden die nationalen Arbeiterkaders. Der vor kurzem noch nomadisierende Eingeborene ist heute schon ein fleißiger und geschickter Fabrikarbeiter geworden und steht an den neuesten Maschinen unserer neuen industriellen Giganten; durch seine Seßhaftwerdung erhöht sich die Zahl der produzierenden Arbeiter und nicht wenige aus ihnen sind schon zu geistigen Führern und zu tätigen Leitern in der sozialistischen Landwirtschaft und Viehzucht geworden.

Esperantisten aus Swerdlovsk grüßen bayerische Werktätige:

Im Namen der Esperantogruppe Sverslovsk der Arbeiter- und Bauernschaft von Bayern und München die herzlichsten Brudergrüße zum 15. Jahrestag der großen Oktoberrevolution. Unsere Gruppe will eine dauernde Verbindung mit der Arbeiter- und Bauernschaft von Bayern aufnehmen. Zu diesem Zwecke bitten wir Euch, uns Adressen mitzuteilen von solchen Partei-, Gewerkschafts-, Bauern- oder Arbeiterorganisationen, die gewillt sind, mit uns eine ernsthafte, für beide Teile lehrreiche internationale Korrespondenz zu führen.

Unsere Adresse ist: Swerdlovsk, Ural, USSR., Str. Schartaschskaja 23/34, Genosse Hermann Mamaeb.

Aus Woronesch schreiben lithographische Arbeiter:

... Wir Arbeiter der lithographischen Werkstätten danken unseren ausländischen Brüdern für den Brief zum 15. Jubeltag der Oktoberrevolution. Gegenwärtig führen wir den Fünfjahresplan zu Ende, der unsere Schwerindustrie ausgebaut hat. In diesen vergangenen fünf Jahren erstanden in unserem Lande eine ganze Reihe neuer Fabriken und Anlagen. Aber unsere allergrößten Errungenschaften sind: die durch die Wüste Kara-Kum führende Eisenbahn Turksib; das riesige Automobilwerk „Amo; die neue gigantische Elektrostation Dnjeprostroj" und viele andere.

Viele Zweige unserer Industrie haben den Fünfjahresplan nicht in fünf, sondern in **zweieinhalb Jahren** beendet, z. B.: die Elektroindustrie und die Naphtaförderung.

Euer Brief beweist uns aufs beste, daß die Kapitalisten in Eurem Lande alle Ursache haben, ihre eigenen Arbeiter zu fürchten.

Von Woskresensk schreibt ein Buchhalter:

... ich arbeite als Buchhalter in einem Kontor der Eisenbahnlinie Moskau-Kasan in der Station Woskresensk, die ungefähr 90 Kilometer von Moskau entfernt ist. Von hier aus bauen wir eine neue Bahn, eine sogenannte Ringbahn, die in einem großen Kreis die Hauptstadt Moskau umspannt. Jetzt, zu Anfang des Baues arbeiten erst ungefähr 1500 Arbeiter an den Vorbereitungsarbeiten. In einigen Wochen kann der Betrieb dann in vollem Umfange aufgenommen werden.

Wenn es Euch möglich ist, sendet uns viele Briefe aus Eurem Leben, Euren Kämpfen und Eurer Arbeit für den Sieg des Sozialismus. **Jeder Eurer Briefe wird von uns in den Wand- sowie größeren Zeitungen veröffentlicht,** selbstverständlich ausführlich beantwortet!

Aus Archangelsk schreiben die Eisenbahner:

... Nach der Beendigung des Bürgerkrieges ging die Kollektive unserer Werke an die Wiederinstandsetzung der ruinierten Lokomotiven und Waggon; 1929 begann die große Wiederaufrichtung unserer zerstörten Werke. Statt der früheren einfachen Reparaturwerkstätten errichteten wir eine moderne Lokomotivbauanlage. Und der eiserne Wille der Arbeiterkollektivs siegte. In unserer Werkszeitung „Tjagonik" ließen die Arbeiterkorrespondenten das innere Leben unserer Werke auferstehen. Und statt Reparatur von 6 Lokomotiven im Monat erfüllten wir schon in der gleichen Zeit im neuen Werke die Reparaturs von 36 Lokomotiven und 15 Waggons.

Unser Arbeiterkollektiv stieg bis auf 4000 Arbeiter an. Von diesen sind 1200 Kommuniten, 600 Jungkommuniten und 1500 Frauen.

Unser Werk arbeitet in Doppelschicht.

Wir haben den Siebenstundentag. Unsere Entlohnung steigt dauernd, also steigt auch unser Lebensniveau.

Unsere Belegschaft besitzt eine eigene Werkskonsumgenossenschaft und eigene Landwirtschaft. In der Nähe des Werkes haben wir ein eigenes Grundstück von 900 Hektaren. Dort gibt es eine Farm von 150 Kühen, 1000 Kaninchen und 100 Schweinen. Die Gemüsefarm umfaßt 250 Hektar. Wir haben zwei gemeinsame Speisehäuser. In der Nähe des Werkes haben unsere Arbeiter bisher 110 zweistöckige Häuser, einen Klub und einen Erholungspark gebaut...

Der Sieg ist auf unserer Seite!

Sebastopol, 25. Oktober 1932.

Genossen, Klassenbrüder!

Zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution, dem großen Feste der proletarischen Revolution, nehmt den flammenden, brüderlichen Gruß entgegen von den Werktätigen der Stadt Sebastapol.

Genossen, wir haben das Glück, die ersten zu sein in der ganzen Welt, die die klassenlose kommunistische Gesellschaft aufbauen. Durch das Feuer und den Sturm des Bürgerkrieges, durch den Hunger, die Zerstörung, durch die Sabotage und die Behinderungen, durch den mitleidlosen Klassenkampf, führte uns als erfahrene, kühne Führerin, die Kommunistische Partei der Bolschewiki, die einzige Partei in der ganzen Welt, die der Arbeiterschaft treu verbunden ist, auf dem Weg des sieghaften Sozialismus.

Unter ihrer Führung haben wir die größten Schwierigkeiten überwunden.

Ein Hindernis nach dem anderen wird mit großem Enthusiasmus der arbeitenden Massen genommen.

Wir überwanden die technischen Rückstände, indem wir in kurzer Zeit unsere neuen Giganten der Weltindustrie errichteten. Unqualifizierte Kräfte, die von den Dörfern in die Städte kamen, beeinflußt durch die allgemeine Begeisterung, zeigten in solchen gigantischen Bauten wie Dnjeprostroj, Magnitogorsk, Weltrekorde in ihrer Arbeitserfüllung.

Wir haben unser Land in ein Land der größten technisierten Landwirtschaft umgewandelt. Wir sandten Hunderttausende Traktoren und Automobile auf unsere Felder. Diese Maschinen sind in unserem Lande, von unseren Arbeitern und aus unseren Materialien, hergestellt worden.

Wir haben abschließend und entscheidend das Problem gelöst, „Wer besiegt wen?", zugunsten des Sozialismus, in der Stadt sowohl als auf dem Lande.

Wir haben die Arbeitslosigkeit und das Analphabetentum liquidiert, wir haben die am meisten zurückgebliebenen Völkerschaften zur Kultur und zum Sozialistischen Aufbau herangezogen.

Wir vollbrachten und vollbringen eine kulturelle Revolution, die ihresgleichen in der ganzen Weltgeschichte nicht hat

Seit dem Jahre 1928 ist die Zahl unserer höheren Schulen um das fünffache gestiegen. Zu der Zeit, da bei Euch die Professoren, Ingenieure, Lehrer usw. entlassen werden und keine Möglichkeit mehr finden, wo sie ihr reiches Wissen verwenden können, können wir 216 000 Spezialisten zählen gegenüber denen im Jahre 1929 nur 57 000 waren.

Zweieinhalb Millionen Studenten, von denen 80 Prozent Arbeiter sind, studieren in unseren höheren Schulen und Techniken.

Wie elend sind und erscheinen uns, Genossen, die Gemeinheiten und Schikanen unserer Feinde in bezug auf unsere Schwierigkeiten, die ja Schwierigkeiten des raschen Aufbaues sind.

Wir fühlen einen Mangel an Waren. Ja, Genossen, wir fühlen Mangel an vielem. Wir haben Mangel an Papier, weil Zehnmillionen von Menschen, die früher nicht lesen konnten, nun Papier in großen Mengen brauchen, **weil gegenwärtig in den fernsten Ecken der ungeheuren Sowjetunion Zeitungen und Bücher in allen nationalen Sprachen hergestellt werden,** weil alt wie Jung jetzt liest und Bücher benötigt, weil Tausende von Arbeitern, die zur Teilnahme an der proletarischen Literatur aufgerufen, nicht nur lesen sondern selber ihren Schatz in den Reichtum der proletarischen Kunst beisteuern.

Wir haben Mangel an Schuhen trotzdem man heute das vielfache von der früheren Produktion herstellt; die Schuhe reichen für uns nicht aus, weil Millionen von Bauern, die früher Lederschuhe nicht kannten und nur Bastschuhe trugen, heute die Lederschuhe kaufen, ebenso die Regengalaschen, genau so ist es mit den Kleidern. — Der einzelne Bauer hat früher kein anderes Licht gekannt als den Kienspan, oder im besten Falle noch die Kerze, **heute will er in der Genossenschaft mit Recht elektrisches Licht, Radio und Literatur haben.**

Sollen wir diese Zustände nun fürchten? Nein. Wir müßten das fürchten, was bei Euch vorgeht, **wenn das Bürgertum, das nur an die Interessen seines Profits und seiner Tasche denkt, den Weizen in großen Mengen vernichten läßt, wie den Kaffee, wenn eine irrsinnig gewordene Ausbeuterbande die Milch in das Meer schütten läßt, statt diese den Hungernden zukommenzulassen; wenn die Läden mit den verschiedensten Waren überfüllt sind und die Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern dabei verhungern.**

Unsere Schwierigkeiten, die nur unser ungeheures Anwachsen bezeugen, fürchten wir nicht. Wir haben schon mehr überwunden. Unter der Führung unserer Partei und deren Leiter, Genossen J. Stalin, werden wir auch diese siegreich überwinden.

Wir können deshalb alle Hindernisse besiegen, weil die ganze Wirtschaft in unserem Lande in unseren Händen sich befindet.

Genossen, mit Stolz schauen wir in die Vergangenheit, auf den zurückgelegten Weg und wir wissen, daß mit dem gleichen Stolz und der gleichen Freude die Proletarier aller Länder auf unser Land sehen. Alle Unterdrückten des kapitalistischen Systems sehen in unserem Lande die Verwirklichung ihrer höchsten Ideale.

Indem wir Euch zum Tage unseres gemeinsamen Festes unseren Gruß senden, rufen wir euch Genossen auf:

Höher die Standarte des Kampfes und der proletarischen Einheitsfront!

Unter der Fahne der Kommunistischen Internationale wollen wir die letzten Stützpunkte des Kapitalismus stürmen!

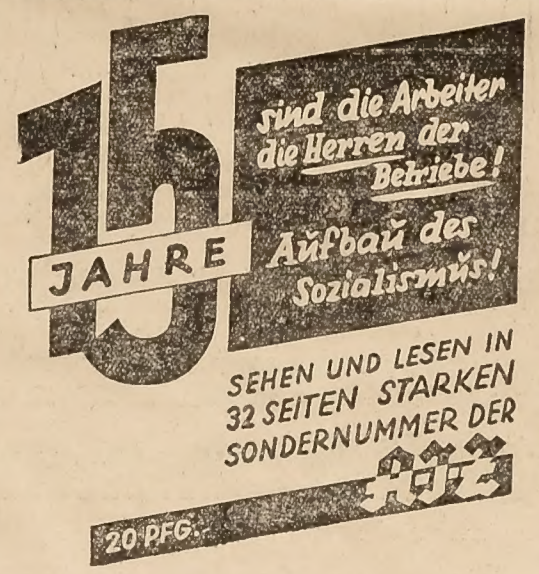
Deutsche Arbeiter in der SU. an Münchener Rote Hilfe-Genossen!

Stalingrad, den 20. Oktober 1932.

Werte Genossen!

Mit großem Interesse lesen wir in Euerer Presse die Erfolge, die ihr von Tag zu Tag für unsere gemeinsame Sache erringt. Aus der „Neuen Zeitung" vom 12. Oktober 1932 ersehen wir, daß die Rote Hilfe-Genossen vom Stadtteil Obersendling Stoßbrigadler in dem Kampf um die Befreiung unserer Genossen sind, welche heute in den Gefängnissen schmachten. Die Erfolge des Stadtteils Obersendling haben gezeigt, daß bei guter Aktivität der Genossen die Werktätigen für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen sind. Wir rufen hiermit alle anderen Stadtteile Münchens und die Ortsgruppen der Provinz auf, gleiche Aktivität zu entfalten, um im Kampf gegen unsere Klassenfeinde siegreich vorwärts zu schreiten. Zum Zeichen ihrer Solidarität überweisen heute die deutschen Arbeiter des Stalingrader Traktorenwerkes der Roten Hilfe einen Betrag von 210 Rubel. Euch Genossen rufen wir zu: Vorwärts mit verstärkter Kraft, vorwärts für die Befreiung der Arbeiterklasse!

Im Auftrag der deutschen Arbeiter
Josef Regnat (früher München),
Stalingrad USSR. Traktorstroj UHO 514—35.



Korrespondiert mit den russischen Arbeitsbrüdern!

Gerade in diesem Jahr der schärfsten kapitalistischen Krise interessieren sich alle Werktätigen mehr denn je über die brennende Frage des sozialistischen Aufbaues. Jedem ist die Möglichkeit gegeben, selbst mit den russischen Arbeitern und Bauern zu korrespondieren. Die proletarische Esperanto-Gruppe in München hat die Briefe übersetzt und vermittelt jedem Arbeiter in Deutschland Adressen. Genossen, die mit russischen Arbeitern korrespondieren wollen, melden sich in der „Neuen Zeitung".

Komitee SEU.; Redaktion „Maja"; Gewerkschaften; Rote Hilfe; Bauarbeiter; Komsomolzen; Sportler; Angestelltengenossenschaft Sebastopol.
Vermittelt: Proleta Esperanto-Korpondanto, Filio München.